Publicationen
aus den
Pr. Staatsarchiven
6.

P. Hassel
Geschichte
der
Preuß. Politik
1807 - 1815

1. Theil
1807, 1808

1881

Od
1273

Od 1273 8°

Publicationen

aus den

K. Preußischen Staatsarchiven.

Sechster Band.

P. Hassel, Geschichte der Preußischen Politik 1807 bis 1815.
Erster Theil.

STADTBIBLIOTHEK
KOENIGSBERG.

Veranlaßt
und unterstützt

durch die
K. Archiv-Verwaltung.

Leipzig

Verlag von S. Hirzel

1881.

Geschichte

der

Preußischen Politik

1807 bis 1815.

Von

Paul Haſſel.

Erſter Theil.

(1807, 1808.)

6199

Veranlaßt
und unterſtützt durch die
K. Archiv-Verwaltung.

Leipzig
Verlag von S. Hirzel
1881.

BIBLIOTEKA
UNIWERSYTECKA
W TORUNIU

Alle Rechte vorbehalten.

Vorrede.

Die Aufgabe des historischen Werkes, dessen erster Band hiermit der Öffentlichkeit übergeben wird, ist es, in zusammenhängender Darstellung den Gang der auswärtigen Politik Preußens während der inhaltreichen Epoche von 1807 bis 1815 zu verfolgen und zugleich an der Hand der wichtigsten, bisher noch nicht bekannten diplomatischen Schriftstücke, die sich auf den Gegenstand beziehen, dem Leser ein urkundlich getreues Bild der Ereignisse jener Zeit und ihres ursachlichen Zusammenhanges zu geben. Es sind die Vorgänge vom Tilsiter Frieden bis zum Ausgang des Jahres 1808, die dieser Theil umfaßt: er untersucht die politischen Beweggründe, die den Kaiser Napoleon bestimmten, wider alles Recht der Verträge nach beendetem Krieg seine Truppen in Preußen stehen zu lassen, die Drangsale, die das Land unter fortdauernder Occupation zu erdulden hatte; er schildert die Bemühungen König Friedrich Wilhelm's III., durch eine definitive Auseinandersetzung mit Frankreich die äußerste Gefahr, von der die Existenz seiner Monarchie bedroht war, zu beseitigen, gleichzeitig aber im Hinblick auf den dereinstigen Kampf der Wiederbefreiung, den die preußische Politik unabläßig im Auge behielt, die materiellen und moralischen Kräfte des zertrümmerten Staates auf neuen Grundlagen wieder aufzubauen. Von großen unvergänglichen Ruhmesthaten weiß die Geschichte Preußens aus den Jahren 1807 und 1808 nicht zu erzählen, aber in dem Geist, der die Grundzüge für die innere Reorganisation des Staatswesens zur Reife brachte, dem Geist, der noch während der Herrschaft der fremden Waffen den ersten Plan der Erhebung gegen Napoleon erweckte, offenbart sich die unversiechbare Lebenskraft des preußischen Volkes, die weder durch die harten Prüfungen des Schicksals gelähmt, noch durch die Gewalt des Siegers unterdrückt werden konnte.

Die Hauptmasse des archivalischen Materials, welches dem erzählenden Text und der Sammlung der Actenstücke zu Grunde liegt, stammt aus dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin. Da der Verfasser jedoch bei der Disposition seiner Arbeit von dem Gedanken geleitet worden ist, die preußische

Politik in ihren Berührungen und Verbindungen mit der allgemeinen Zeitgeschichte zu betrachten, so erwuchs ihm die Nothwendigkeit, sich noch nach anderen Quellen umzusehen, welche für den Einblick in die universalen Verhältnisse Europas eine ergänzende Ausbeute versprachen. Denn abgesehen davon, daß einige der wichtigsten Gesandtschaftsposten, z. B. der in Constantinopel, während der ganzen Zeit, die der vorliegende Band behandelt, unbesetzt blieben, andere, wie die in London und Stockholm auf Geheiß Napoleon's aufgehoben werden mußten, — ersterer im December 1807, letzterer im Februar 1808, — war es eine unzertrennliche Folge der verminderten Macht des Staates, daß auch die preußische Diplomatie ihr Gewicht und Ansehen an den auswärtigen Höfen nicht in vollem Maße aufrecht zu erhalten vermochte. Von der Theilnahme an den Berathungen über die großen Fragen der europäischen Politik waren die Vertreter Preußens nur allzuhäufig ausgeschlossen, und bei der Zurückhaltung, welche selbst die Regierungen befreundeter Mächte aus Connivenz gegen den französischen Kaiser ihnen gegenüber zu beobachten für gut fanden, entbehrten sie nicht selten der Mittel und Wege, in die Geheimnisse der Cabinette einzudringen.

Unter diesen Umständen war es für den Verfasser von besonderem Werth, neben den preußischen Berichten auch die diplomatischen Correspondenzen der österreichischen Gesandten zu Rathe ziehen zu können. Die mit gewohnter Freisinnigkeit gewährte Benutzung des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs ermöglichte es ihm, namentlich den orientalischen Angelegenheiten ein eingehenderes Studium zu widmen, wozu um so mehr Veranlassung vorlag, als das entscheidende Moment in der damaligen Verkettung der orientalischen Frage, der Widerspruch, den Napoleon der von Rußland erstrebten und von ihm selbst in Tilsit in Vorschlag gebrachten Theilung des türkischen Reiches entgegensetzte, unaufhörlich seine rückwirkende Kraft auf die Geschicke Preußens ausgeübt hat. Für die Erforschung dieser Verhältnisse, in denen man den Gegensatz zwischen Rußland und Frankreich lange vor seinem wirklichen Ausbruch allmählich entstehen sieht, bieten gerade die Depeschen des Internuntius in Constantinopel eine Fülle neuer Aufschlüsse dar, an deren Zuverlässigkeit um so weniger zu zweifeln ist, als die Pforte, von dem lebhaften Wunsch beseelt, sich die Freundschaft des Wiener Cabinets zu erwerben, durch ihr eigenes Interesse dahin geführt wurde, dem österreichischen Gesandten mit vollem Vertrauen entgegenzukommen. Ein zweiter Punkt, der an der Hand der Wiener Archivalien genauer festgestellt werden konnte, betrifft die Beziehungen zwischen Österreich und Rußland. Namentlich für die Verhandlungen, die im Juli 1808

von Wien aus mit dem Petersburger Hofe eingeleitet wurden, um Kaiser Alexander, wenn nicht zur Theilnahme an dem Kampfe gegen Frankreich, so doch zu dem Versprechen einer aufrichtigen Neutralität zu bewegen, fanden sich noch einige interessante Nachrichten, durch welche die dankenswerthen Mittheilungen Adolf Beer's in seinem Buche: „Zehn Jahre österreichischer Politik, 1801 bis 1810 (Leipzig 1877)", in erwünschter Weise vervollständigt werden.

Auch bei den Untersuchungen über die englische Politik war der Verfasser in der Lage, neben der gedruckten Literatur, deren Lücken für die ganze Epoche der großen Kriege am Anfang unseres Jahrhunderts schon so oft beklagt worden sind, noch eine handschriftliche Quelle benutzen zu können. Es sind die diplomatischen Papiere des Grafen Hardenberg, der bis zum Februar 1808 hannoverscher Gesandter bei dem Wiener Cabinet, nach dem officiellen Bruch zwischen Österreich und England in Wien zurückblieb und einen fortdauernden brieflichen Verkehr mit dem Minister für Hannover in London, Grafen Münster, unterhielt. Die wichtigsten Stücke dieser in dem Königlichen Staatsarchiv zu Hannover beruhenden Correspondenz sind zwei Rescripte des Grafen Münster aus dem Juli und August 1808: sie liefern den Beweis, daß das Londoner Cabinet von dem Augenblick an, wo die Expedition nach Portugal unter Führung Wellington's beschlossen wurde, den Gedanken einer Coalition der Continentalmächte gegen Frankreich wieder aufnahm, Österreich zu einer sofortigen Waffenerhebung gegen Napoleon zu veranlassen suchte und dem Petersburger Hofe das Anerbieten machen ließ, die Pforte durch englische Vermittelung zur Einwilligung in die von Rußland geforderten Länderabtretungen zu bewegen, wenn Alexander es über sich gewinnen würde, dem Bunde mit Napoleon zu entsagen und den Frieden mit England wiederherzustellen.

Endlich ist hier noch einer Quelle von preußischem Ursprung zu gedenken, der handschriftlichen Hinterlassenschaft des Oberst Grafen Götzen, in dem Archiv des Großen Generalstabes zu Berlin. Schon Ludwig Häusser in seiner Deutschen Geschichte (III, 184) und nach ihm Georg Pertz in seiner Biographie Gneisenau's (I, 426) haben auf die historische Bedeutung der Götzen'schen Correspondenz hingewiesen, in der die letzten Ziele, welche die preußische Politik im Sommer und Herbst 1808 verfolgte, deutlich zu Tage treten. Denn die Absicht der geheimen Verhandlungen, welche der Flügeladjutant Friedrich Wilhelm's III. Graf Götzen, im Juli 1808 von dem König nach Schlesien gesandt, mit österreichischen Militärs und Mitgliedern des österreichischen Kaiserhauses anknüpfte, war keine andere, als dem Wiener Hof auf vertraulichem Wege die Gewißheit zu geben, daß Preußen

zur Theilnahme an dem Kampfe gegen Napoleon bereit sei, wenn Österreich sich entschließe, mit der Kriegserklärung nicht länger zu zögern. Es finden sich unter den Papieren Götzen's mehrere chiffrirte Schriftstücke, die von den genannten Forschern nicht haben entziffert werden können: dem Verfasser gelang es, mit Hülfe des aufgefundenen Schlüssels für die Geheimschrift das Räthsel zu lösen. Eine urkundliche Quelle ersten Ranges kam hier zum Vorschein: die Briefe, welche Stein in jenen Tagen an Götzen richtete und die dazu bestimmt waren, dem Abgesandten des Königs nicht nur die politische Lage und die zu fassenden Entschlüsse nach den eigensten Anschauungen Stein's darzustellen, sondern zugleich ihm die nöthigen Direktiven für seine Mission zu ertheilen. Mit Recht darf behauptet werden, daß diese Briefe zu den wichtigsten Beiträgen der vorliegenden Publication gehören.

Was die technische Anordnung der Actenstücke betrifft, so sind die Texte, sowohl die deutschen wie die französischen, im Allgemeinen nach der modernen Orthographie wiedergegeben; nur eine Anzahl von Briefen und sonstigen eigenhändigen Aufzeichnungen hervorragender Persönlichkeiten, deren Schreibweise kennen zu lernen für den Leser nicht ohne Interesse sein dürfte, erscheint in buchstäblich genauer Übertragung der Originale. Für die diplomatischen Berichte insbesondere sei noch bemerkt, daß in der Regel das Datum des Tages, an welchem sie an dem Ort ihrer Bestimmung präsentirt oder dechiffrirt wurden, mit in den Abdruck übernommen worden ist, wenn das Original mit dem Vermerk dieses Datums versehen war.

Berlin, 20. Februar 1881.

Paul Haſſel.

Inhalt.

Seite

1. **Probleme der Unterhandlung mit Frankreich nach dem Tilsiter Frieden.** . 1

2. **Bemühungen um Intervention Rußlands.** 9

3. **Motive der Sendung des Prinzen Wilhelm.** 18

Verhandlungen mit Daru in Berlin S. 20. — Die Frage der Domänen und Festungen S. 30. — Preußische Anerbietungen vom 31. October 1807 S. 32. — Conventionsentwurf Daru's vom 23. October 1807 S. 34.

4. **Die Sendung des Prinzen Wilhelm in ihren Beziehungen zu der allgemeinen Lage der Politik. Bruch mit England.** 38

Fortsetzung des diplomatischen Verkehrs mit dem Cabinet von St. James nach dem Tilsiter Frieden S. 41. — Abberufung des preußischen Gesandten Baron Jakobi-Kloest in Folge der russischen Declaration vom 7. November 1807 S. 47. — Die orientalische Frage S. 48. — Versprechungen Kaiser Alexander's in Tilsit S. 51. — Abreise des Prinzen Wilhelm von Königsberg S. 54.

5. **Verkettung der preußischen und orientalischen Angelegenheiten.** 54

Stellung Alexander's in der preußischen Frage, November 1807, S. 55. — Napoleon fordert von Rußland Schlesien als Äquivalent für die Donaufürstenthümer S. 62.

6. **Der preußische Gegenentwurf vom 2. December 1807.** 64

Auffassung der Lage am Hofe in Memel S. 69. — Th. v. Schön für eine Länderabtretung S. 70. — Entwurf vom 2. December nach den Vorschlägen Stein's S. 72. — Finanzielle Projecte: Veräußerung und Verpfändung der Domänen, Anleihe bei dem Kurfürsten von Hessen S. 75.

7. **Prinz Wilhelm's erste Audienz bei Napoleon, 8. Januar 1808.** 80

8. **Beziehungen Rußlands und Frankreichs in ihrer Rückwirkung auf Preußen. Januar, Februar 1808.** 86

Ablehnung der Anträge Napoleon's in Petersburg S. 87. — Krieg gegen Schweden beschlossen S. 94. — Pläne Napoleon's S. 96. — Frankreich und die Pforte S. 98. — Österreische Friedensvermittelung in London S. 101. — Graf Tolstoi's Intervention für Preußen S. 107. — Ansicht des Prinzen Wilhelm S. 111

Seite

9. Stein's Sendung nach Berlin. Ende Februar 1808. 112

Stand der Verhandlungen mit Daru, Reclamationen der abgetretenen Provinzen S. 113. — Audienz des Prinzen Wilhelm bei Napoleon am 23. Februar 1808, S. 119. — Abwartende Haltung des preußischen Hofes S. 122. — Votum Stein's S. 124.

10. Die Berliner Convention vom 9. März 1808. 127

Audienz des Prinzen Wilhelm bei Napoleon am 29. März S. 134. — Finanzielle Maßregeln Stein's zur Tilgung der Kriegsschuld S. 136. — Verhandlungen mit den ostpreußischen Ständen, Verbindung der Domänen mit dem landschaftlichen Creditsystem S. 138. — Verpfandbriefung der Domänen in der Kurmark S. 142. — Anleiheversuche S. 144.

11. Bayonne. 146

Entthronung der Bourbonen S. 147. — Verhältnisse Rußlands, Krieg in Finnland S. 150. — Erste Anknüpfung der türkisch-englischen Verhandlungen S. 152. — Graf Czernitscheff in Paris und Bayonne S. 156. — Doppelsinnige Politik Napoleon's gegen Rußland S. 157. — Bayonner Vertrag mit Sachsen, 10. Mai 1808, S. 160. — Gewaltact gegen den Geh. Leg.-Rath Le Roux in Paris.

12. Das französische Lager bei Berlin, Mai 1808. 162

Versammlung der märkischen Notablen S. 167. — Eine zum Widerstand aufreizende Verfügung des Präsidenten Sack wird den Franzosen verrathen S. 168. — Stein und Beyme 169. — Napoleon's Drohung, den Tilsiter Frieden aufzuheben S. 172. — Stein's Rückkehr nach Königsberg S. 175.

13. Verhandlungen in Petersburg. Juni, Juli 1808. 177

Stellung Alexander's S. 181.

14. Die Kriegsrüstungen Österreichs und Preußens Stellung Ende August 1808. 185

Politik Österreichs nach dem Tilsiter Frieden S. 186. — Edicte über die Reorganisation des Heerwesens vom 12. Mai und 9. Juni S. 192. — Versuch einer Annäherung an Rußland S. 195. — Die Frage der Festungen in Oberschlesien S. 200. — Entsendung des Oberst Graf Götzen nach Glatz, 23. Juli 1808, S. 202. — Einfluß der Vorgänge in Spanien auf die Haltung der preußischen Politik S. 205. — Gutachten Scharnhorst's und Stein's S. 208. — Veränderte Instructionen für den Prinzen Wilhelm, 12. August 1808, S. 212. — Brief Stein's an Wittgenstein, 15. August 1808, S. 217. — Einleitung geheimer Verhandlungen mit dem Londoner Cabinet S. 220.

15. Der spanische Krieg und die Convention vom 8. September 1808. . . . 221

Überblick über die kriegerischen Ereignisse in Spanien S. 221. — Capitulation von Baylen, 20. bis 24. Juli 1808, S. 225. — Englische Politik, Landung Wellington's in Portugal, S. 226. — Abberufung der englischen Flotte von der Küste Schwedens, S. 227. — Diplomatische Verhandlungen in Wien und Petersburg S. 228, 229. — Capitulation von Cintra, 30. August 1808, S. 231. — Napoleon's Unterredung mit Metternich,

Seite

15. August 1808, S. 232. — Verhandlungen des Prinzen Wilhelm in Paris S. 236. — Der aufgefangene Brief Stein's S. 244. — Motive für die Annahme der Convention S. 245.

16. **Ziele der preußischen Politik im September 1808.** 247

Friedrich Wilhelm III. an Alexander, 28. August 1808, S. 249. — Alexander in Königsberg S. 256. — Österreich und Preußen S. 257. — Eindruck der Affaire des Stein'schen Briefes in Königsberg, Goltz nach Erfurt entsandt S. 261. — Unterredung des Prinzen Wilhelm mit Napoleon, 14. September, S. 263. — Ordre an Goltz vom 29. September S. 264. — Verhandlungen des Grafen Götzen und des Major Graf Lucey, S. 265. — Zusammenkunft Götzen's mit General Graf Bubna, S. 268. — Ansicht Friedrich Wilhelm's III. S. 271.

17. **Erfurt.** 273

Goltz in Erfurt S. 275. — Auswechselung der Ratificationen S. 276. — Zweideutigkeit der Politik Napoleon's S. 278. — Napoleon und General Vincent S. 279. — Verhalten Alexander's S. 280.

18. **Entlassung Stein's. Schluß.** 283

Goltz an Stein, 9. Oct. 1808, S. 284. — Stein's Organisationsplan S. 285. — Gedanke einer Proclamation an das Volk S. 289. — Altenstein und Nagler dagegen S. 291. — Hardenberg's Zusammenkunft mit dem König, Denkschrift vom 12. November S. 294. — Entlassung Stein's S. 300. — Politische Erwägungen S. 302.

Actenstücke.

I. Verhandlungen mit Daru, October und November 1807. 305

II. Finanzoperationen zur Tilgung der Contribution. Veräußerung und Verpfändung der Domänen; Anleihen, Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Hessen u. s. w. October 1807 bis Februar 1808. 321

III. Aus der Correspondenz mit dem Gesandten bei dem Cabinet von St. James, Baron von Jakobi-Kloest. Juli 1807 bis Februar 1808. 338

IV. Correspondenz zwischen König Friedrich Wilhelm III. und Kaiser Alexander I. Juli 1807 bis October 1808. 362

V. Aus der Correspondenz mit dem Abgesandten König Friedrich Wilhelm's III. am Hofe zu St. Petersburg, Major von Schöler. September 1807 bis November 1808. 375

VI. Aus dem Schriftwechsel mit dem Prinzen Wilhelm während seiner Mission in Paris. November 1807 bis September 1808. 423

VII. Aus dem politischen Schriftwechsel mit dem Gesandten am französischen Hofe, Baron von Brockhausen. Zur Ergänzung der Correspondenz des Prinzen Wilhelm. Januar bis December 1808. 494

VIII. Aus dem politischen Schriftwechsel mit dem Gesandten am Wiener Hofe, Grafen Finkenstein. Januar bis December 1808. 514

Seite

IX. Aus der Correspondenz des ehemaligen hannöverschen Gesandten in Wien, Grafen Hardenberg, mit dem englischen Minister Grafen Münster in London. Februar bis November 1808. 530

X. Aus dem handschriftlichen Nachlaß des Obersten Grafen Götzen, Flügeladjutanten König Friedrich Wilhelm's III. Juli bis October 1808. 542

XI. Begutachtende Denkschrift Scharnhorst's zu dem im Februar 1808 von dem Friedensfürsten Godoi gestellten Antrag der Entsendung preußischer Truppen nach Spanien. März 1808. 559

XII. Aus den Cabinetspapieren König Friedrich Wilhelm's III. März bis November 1808. 560

XIII. Zu den Verhandlungen in Erfurt. Aus der Correspondenz des Ministers Grafen Goltz. September, October 1808. 575

XIV. Bericht des preußischen Geschäftsträgers in Constantinopel, Bosgiovich, über die Revolution vom 28. Juli 1808. 578

XV. Brief des Ministers Freiherrn von Stein an den Fürsten Witgenstein, 15. August 1808, mit den Bemerkungen des »Journal de l'Empire« vom 9. September, nach der Übersetzung im „Berliner Telegraphen" vom 18. September 1808. 581

XVI. Bemerkungen, betreffend die Königl. Preuß. Verordnung zur Beförderung im Militär und die neuen Kriegsartikel. 29. September 1808. 584

1.

Probleme der Unterhandlung mit Frankreich nach dem Tilsiter Frieden.

(August und September 1807).

Man kennt die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die Regierung König Friedrich Wilhelm's des Dritten nach dem Tilsiter Frieden zu kämpfen hatte, bevor es gelang, die politische Unabhängigkeit Preußens wiederherzustellen, das Land von dem Druck der französischen Armeen zu befreien und der finanziellen Verpflichtungen ledig zu werden, welche das System eines weit hinaus rechnenden Siegers dem wehrlosen Besiegten auferlegt hatte.

Schon die ersten Verhandlungen, die der Unterzeichnung des Friedenstractates vom 9. Juli 1807 gefolgt waren, hatten den Beweis geliefert, daß Napoleon entschlossen sei, die Geschicke der preußischen Monarchie nicht aus seinen Händen zu lassen, sondern durch maßlose Ausbeutung der inneren Hülfskräfte des Landes die Wiederaufrichtung desselben für lange Zeit unmöglich zu machen. Allerdings waren in der Königsberger Convention vom 12. Juli die Zeitpunkte für die Räumung der einzelnen Gebietstheile genau vorgeschrieben worden. Bis zum 1. August sollten die französischen Truppen über die Passarge, bis zum 20. August über die Weichsel, bis zum 5. September über die Oder, und bis zum 1. October über die Elbe zurückgezogen werden. In unbegreiflicher Kurzsichtigkeit aber hatte der preußische Unterhändler, Feldmarschall Graf von Kalckreuth, sich zur Annahme eines Artikels verleiten lassen, nach welchem Frankreich an diese Bestimmungen nur dann gebunden sein sollte, wenn entweder die Zahlung der Kriegsschulden statt gefunden habe, oder wenn von Seiten des preußischen Gouvernements genügende Sicherheit für die Tilgung derselben gewährt worden sei.

Die Übereinkunft, deren vorher fertig gemachten Text General Berthier dem Feldmarschall aufgedrungen hatte, sprach mit keinem Wort von der Höhe der Contribution und von dem Zeitraum für die Abtragung derselben. Es fällt ein um so schlimmeres Licht auf das Verfahren Kalckreuth's,

als sich urkundlich nachweisen läßt, daß das Object der französischen Forderungen ihm nicht unbekannt sein konnte. Der General-Intendant Napoleon's, Graf Daru, hatte schon bei den Verhandlungen in Königsberg, denen er im Auftrage seines Kaisers beiwohnte, die Erklärung abgegeben, daß Frankreich die Zahlung einer Summe von Hundert Millionen Franken verlange.

Mit vollem Recht hat Hardenberg in seinen Memoiren die Convention vom 12. Juli als die Quelle alles Elends bezeichnet, von dem Preußen in den nächsten Jahren betroffen worden ist. Erst durch diesen Vertrag, so urtheilt er, habe Napoleon den Zweck des Tilsiter Friedens vollständig erreicht; denn nur mit Hülfe desselben sei es ihm möglich geworden, den größten Theil der preußischen Territorien besetzt zu halten und unter schweren Erpressungen seine Truppen auf fremde Kosten zu ernähren.

König Friedrich Wilhelm war weit davon entfernt gewesen, die unheilvollen Wirkungen, die aus jenem Vertrag erwachsen mußten, auch nur einen Augenblick zu verkennen. Ein treffendes Zeugniß dafür ist, daß er bereits am 16. Juli, also vier Tage nach der Unterzeichnung der Convention, einen seiner Offiziere, den Generalmajor von Knobelsdorff, an Napoleon abgeschickt hatte, um die ganze Frage der Kriegssteuer noch einmal zum Gegenstand einer directen Verhandlung zu machen. In einem eigenhändigen Schreiben wandte er sich an den französischen Kaiser und entwickelte aus der materiellen Lage seines Staates die „physische Unmöglichkeit" jene Summe von Hundert Millionen aufzubringen. Er bat um Erlaß der bis zum Tage des Friedensschlusses noch nicht erhobenen Contributionen oder wenigstens um Ermäßigung des Betrages und um Vereinbarung bestimmter Zahlungsfristen in möglichst großen Zwischenräumen, damit dem Lande Zeit zur Herstellung seiner Kräfte gelassen werde. „Ich seufze tief", sagte er, „über das, was meine Unterthanen erlitten haben und noch erdulden, und bin von dem lebhaftesten Wunsche beseelt, ihnen Erleichterung zu verschaffen, so viel ich vermag; aber nur Euere Majestät können mich in den Stand setzen, dies nachdrücklich zu thun. Ich werde mich niemals der trostlosen Annahme hingeben, daß die völlige Vernichtung meiner Monarchie in Ihren Absichten liegt, — und doch würde die Vollstreckung der harten Maßregel unfehlbar diese Folge nach sich ziehen".

Nur zu bald hatten die französischen Autoritäten, jene Clausel in der Convention vom 12. Juli zum Vorwand nehmend, den Kampf gegen die Festsetzungen des Tilsiter Friedens eröffnet. Die Räumung des Landstriches bis zur Passarge war noch innerhalb der vertragsmäßigen Frist vor sich

gegangen; als jedoch der Augenblick herannahte, wo die französischen Truppen bis zur zweiten Etappe ihrer Rückzugslinie, bis zur Weichsel, abmarschiren sollten, erklärte Berthier als Stabschef der Großen Armee, daß er den Befehl habe, mit seiner Avantgarde in Ostpreußen stehen zu bleiben, bis die Ausführung des Friedens in allen Punkten bewerkstelligt sein werde. Wenige Tage später, am 28. August, überreichte Daru, der in Berlin mit der Friedensvollziehungs-Commission die finanziellen Fragen der Auseinandersetzung zu behandeln hatte, seine berüchtigten Tableaux über die Abrechnung mit Preußen. Darin waren unter anderem sämmtliche Staatseinkünfte aus der Zeit vom 1. November 1806 bis zum Friedensschlusse für Frankreich in Anspruch genommen, und so die früher angegebene Gesammtsumme der Kriegsschuld von hundert Millionen Franken bis zur Höhe von hundert und vier und funfzig und einer halben Million emporgeschraubt.

Gleichzeitig erhoben die französischen Autoritäten noch einen anderen Anspruch von weittragendster Bedeutung. In einer Note vom 1. September erklärte Daru, daß die Truppen der großen Armee nicht eher die Passarge verlassen würden, bis die Regulirungen mit dem Herzogthum Warschau und der Stadt Danzig vollständig beendet seien. Es handelte sich dabei nicht etwa blos um Übereignung des Staatsgutes an die Bevollmächtigten des Königs von Sachsen und der Danziger Republik, sondern um die verschiedenartigsten Reclamationen, mit welchen Gemeinden, Corporationen, Gerichte, öffentliche Institute aller Art und Privatleute theils gegen die Chatulle des Königs, theils gegen die preußische Staatskasse glaubten auftreten zu dürfen. Bisher hatten nur erst die Zahlenangaben von einigen polnischen Distrikten zur Stelle geschafft werden können, allein Daru wußte sich zu helfen: er behielt sich vor, die übrigen Forderungen später anzumelden, und verkündete zugleich, daß er die Liquidation mit sämmtlichen Provinzen, die Preußen durch den Tilsiter Frieden verloren hatte, namentlich auch mit den fränkischen Fürstenthümern und den Landestheilen jenseits der Elbe, in die Hand nehmen werde. Immerhin war aus der „Nebenrechnung", die der Intendant auf diese Weise zusammenstellte, schon jetzt die sehr ansehnliche Summe von dreißig Millionen erwachsen.

Wohl mußte zugegeben werden, daß die Entschädigungsansprüche, zu deren Verfechter Daru sich aufwarf, theilweise der rechtlichen Begründung nicht entbehrten. Bevor nach der Schlacht von Jena das Land der Occupation anheimgefallen war, hatten die Verwaltungsorgane, wie es in der Natur der Sache lag, nicht nur die öffentlichen Kassen, sondern auch die in ihrem Verwahrsam befindlichen Depositen von Corporationen und Pri-

vaten, gerichtlich festgelegte Capitalien, Cautionen, wohlthätige Stiftungen, vor dem heranrückenden Feinde in Sicherheit zu bringen gesucht. Bei dem eiligen Rückzug des Heeres, der nur zu oft auch die Spitzen der Civilbehörden in kopflosem Taumel mit sich fortriß, war jene Maßregel in den westlichen Provinzen nur mit sehr schlechtem Erfolge durchgeführt worden, — die nach Halberstadt und Magdeburg geflüchteten Kassen fielen den Franzosen zur Beute, — in den östlichen Theilen der Monarchie dagegen hatten die Baarbestände und Effecten meistens noch zeitig genug bei Seite geschafft werden können, und dabei war es häufig vorgekommen, daß Magistrate und Gemeinden ihr Eigenthum den Gerichten und Domänenkammern zur Aufbewahrung anvertraut hatten. Nach dem Friedensschluß war es einer der ersten administrativen Acte des Königs gewesen, daß er die geretteten Kassen, sowohl diejenigen, auf deren ferneren Besitz der Staat ein Anrecht hatte, wie diejenigen, die den fremden Eigenthümern zurückgegeben werden mußten, in Memel und Königsberg vereinigen ließ, wo die beiden Brüder von Schrötter, der Minister und der Kanzler, die eingehenden Reclamationen prüfen und selbstverständlich nach strengster Gerechtigkeit entscheiden sollten.

Welche Aussicht auf die Zukunft öffnete sich nun aber, wenn der Bevollmächtigte Napoleon's auch in dieser Angelegenheit sich vermaß, ein förmliches Interventionsrecht ausüben zu wollen; wenn er sich für competent halten durfte, die Erledigung der mannigfaltigen Besitzfragen, bei denen das Recht der Interessenten oft erst durch langwierige Untersuchungen festgestellt werden konnte, mit der Ausführung des Friedens in den unmittelbarsten Zusammenhang zu bringen und sogar eine Vorbedingung für die Räumung des Landes daraus zu machen!

In den höheren Beamtenkreisen Preußens hat geraume Zeit die Ansicht bestanden, daß die schmähliche Behandlung, die Preußen während der Jahre 1807 und 1808 zu erdulden hatte, hauptsächlich auf den persönlichen Einfluß Daru's zurückzuführen sei. Die Correspondenz Napoleon's liefert den unwiderleglichen Gegenbeweis: in den beiweitem meisten Fällen war Daru nur der Vollstrecker eines höheren Willens; schon jene hundert und etliche funfzig Millionen der Kriegssteuer, welche der Generalintendant forderte, waren nicht das Resultat seines eigenen Rechenexempels, sondern der Imperator selbst hatte ihm die Summe vorgeschrieben [1]).

1) Napoleon an Daru 29. Juli: Correspondance de Napoléon I XV 453, vgl. Actenst. Nr. 6. Daru selbst sagte einmal zu Sack: Der Kaiser habe diese Summe „nach seinen politischen Rücksichten befohlen". Sack an den König 17. Sept. 1807.

Wäre bei den Verhandlungen in Berlin nach sachlichen Gesichtspunkten verfahren worden, so würde es für den Vorsitzenden der Friedenscommission, Geheimen Ober-Finanzrath Sack, nicht schwer gewesen sein, die Unhaltbarkeit der französischen Prätensionen nachzuweisen. Er konnte sich vor Allem darauf berufen, daß selbst nach dem Wortlaut der kaiserlichen Edikte, durch welche die Contributionen über die einzelnen Provinzen, Kreise und Communen verhängt worden waren, die preußische Regierung sich vollkommen im Rechte befand, wenn sie die auf die Natural-Lieferungen verwandten Summen von der Kriegsschuld in Abzug brachte. Indem die Commission nach diesem Grundsatz verfuhr und auch in den übrigen Punkten die Abschlüsse des französischen Intendanten einer gründlichen Revision unterwarf, gelangte sie zu dem Ergebniß, daß Preußen, um alle Verpflichtungen vollständig zu erfüllen, dem französischen Staate nur noch für einen Rest von neunzehn bis zwanzig Millionen verpflichtet sei[1]). Da es jedoch im Interesse Preußens lag, langwierige Erörterungen über die einzelnen Zahlungsposten zu vermeiden, und da bei der Unvollständigkeit der Rechnungsbeläge sich nicht sofort der Beweis führen ließ, daß die von den einzelnen Gemeinden übernommenen Lieferungen sämmtlich geleistet worden seien, so erbot sich die Commission, unter Vorbehalt der Genehmigung des Königs, den Betrag der noch zu zahlenden Kriegsschuld auf dreißig Millionen festzusetzen. In einem ausführlichen Memoire, das nach mehreren voraufgegangenen mündlichen Unterhandlungen am 13. September überreicht wurde, theilte sie das Resultat ihrer Arbeiten dem Bevollmächtigten Napoleon's mit. Allein Daru wies die preußische Berechnung unter Protest zurück; er werde so lange im Besitz der Civilverwaltung verharren, erklärte er, bis die von ihm geforderte Summe vollständig gezahlt sei.

Überraschend war diese Drohung nicht! Denn seit dem ersten Tage seiner Anwesenheit in Berlin hatte der französische Intendant ohne Wahl und Rücksicht jedes Mittel in die Hand genommen, um den preußischen Behörden

---

1) In den Acten der preußischen Friedensvollziehungs-Commission finden sich zwei amtliche Berechnungen über die noch zu zahlende Quote der Kriegsschuld: die eine, auf die sich Bassewitz (die Kurmark Brandenburg 1806—1808, I 493) bezogen hat, giebt den Betrag der Summe auf 19,830,432 Franken und 11 Cts. an, die andere noch etwas niedriger auf 19,452,769 Frk. 63 Cts. Vgl. Duncker, Abhandlungen aus der Zeit Friedrich's des Großen und Friedrich Wilhelm's III, Leipzig 1876, S. 503 ff. Die Angaben der Friedenscommission stützten sich auf folgende Rechnungsübersicht:

Die Gesammtsumme der seit dem 1. October 1806 von Frankreich auferlegten Contributionen betrug: 103,739,437 Fr. 35 Cts.
davon bezahlt: 84,286,667 „ 72 „
Rest: 19,452,769 Fr. 63 Cts.

die ganze Verwaltung des Landes zu entreißen. Hatte er doch selbst den Berliner Zeitungen die Veröffentlichung der königlichen Ordres untersagt, welche die Einsetzung der Friedenscommission und die Abgrenzung ihres Geschäftskreises verfügten. Der Commission blieb nichts weiter übrig, als sich einiger ausländischer Zeitungen, wie z. B. des im Kaufmannsstande viel gelesenen Hamburger Couriers zu bedienen, damit auf diesem Wege wenigstens die Thatsache ihres Bestehens zur Kenntniß des größeren Publikums gelange. Aber freilich war hiermit wenig geholfen, denn Daru verstand es meisterhaft, den preußischen Instanzen gegenüber seine usurpirende Präfectenmacht zur Geltung zu bringen. Durch einen Erlaß des Königs vom 8. August waren der Friedenscommission weittragende Befugnisse der Oberaufsicht über die Provinzialbehörden anvertraut worden, insonderheit sollte ihre Ressort sich über die Thätigkeit der Civilcommissare erstrecken, die an Stelle der ehemaligen Provinzialminister die Administration der Provinzen zu überwachen hatten, und als deren vornehmste Aufgabe von dem Monarchen die Wiederbelebung der Verwaltung in den einzelnen Landestheilen, die Wiederaufrichtung der in der Kriegszeit zum Theil außer Betrieb und Ordnung gerathenen Unterbehörden, bezeichnet worden war. Denn schon vor der Rückkehr Stein's hatte man in Memel richtig erkannt, daß in dem Bereiche dieser Reorganisation, die für die Neubildung des inneren Staatswesens von fundamentaler Bedeutung war, eine einheitliche Leitung unbedingt erforderlich sei. Daher hatte der König in einer weiteren Ordre vom 30. August, durch welche die Friedenscommission aufgefordert wurde, von der Civilverwaltung auch in den noch occupirten Gebieten förmlich Besitz zu ergreifen, die Rechte der obersten Controlle, welche diese Behörde ausüben sollte, nicht nur bestätigt, sondern in mancher Beziehung noch erweitert und verschärft. Sowie nun aber die Commission sich anschickte danach zu handeln, stieß sie auf den heftigsten Widerspruch des Generalintendanten. In einer Conferenz mit Sack, die in den ersten Tagen des September stattfand, äußerte sich Daru in der unverholensten Weise über die Taktik, die er befolgen werde. Es würde die größte Thorheit sein, sagte er, wenn das französische Gouvernement sich von seiner bisherigen Gewalt, auch nur den geringsten Theil entziehen lassen wollte. „Im Besitze der Civilverwaltung", fügte er hinzu, „regiert man das Land aus dem Tintenfaß, im andern Falle müßte man alle Tage die Soldaten marschiren lassen". Dies war und blieb sein Grundsatz bis zum letzten Tage seiner Anwesenheit in Berlin. Zunächst bemächtigte er sich der öffentlichen Kassen, wobei ihm Bignon, bald der gefürchtetste Blutsauger unter den französischen Finanzbeamten, mit verbissenem

Eifer Hülfe leistete. Dann wurde die ganze Maschinerie der Landesverwaltung dadurch aus den Angeln gehoben, daß der Generalintendant den Behörden in den Provinzen jede Correspondenz mit der Friedenskommission untersagte. Dagegen ergingen täglich von französischer Seite die mannigfaltigsten Befehle an die Unterbehörden; bei den Verwaltungen, aus denen die ergiebigsten Einkünfte flossen, — wie bei dem Departement der Domänen und Forsten, bei der Bank, der Seehandlung, der Post, — blieben die während des Krieges eingesetzten französischen Controlleure in Thätigkeit, und Daru benutzte diese betriebsamen Agenten, um sich genaue Angaben über den Stand des Staatsvermögens zu verschaffen. Im Laufe des Monats September mußten sämmtliche Behörden, die mit dem Ressort der Finanzen in Verbindung standen, dem französischen Machthaber vollständige Inventuraufnahmen über die disponiblen Gelder und Depositen, den Werth der Grundstücke, ja selbst über die vorräthigen Utensilien einreichen. Und in all diesen Dingen handelte Daru streng nach den Weisungen Napoleon's, der ihn dafür verantwortlich gemacht hatte, daß bis zur Bezahlung der Kriegssteuer die Verwaltung des Landes genau in demselben Zustand belassen werde wie während der Zeit des Krieges[1]).

Es kam hinzu, daß wie über die finanzielle Abfindung, so auch über die anderen, der Ausführung noch entgegensehenden Artikel des Friedens tiefgreifende Differenzen entstanden waren. Bei der Regulirung der Grenzverhältnisse, über welche in Elbing verhandelt wurde, bemühten sich die französischen Unterhändler territoriale Cessionen zu erzwingen, die den geographischen Zusammenhang der Monarchie Friedrich's des Großen vollends zerreißen mußten, Verpflichtungen in die Verträge hinein zu interpretiren, die mit der militairischen Sicherheit und staatlichen Abgeschlossenheit Preußens unvereinbar waren. In erster Linie handelte es sich hierbei um die ungemessenen Ansprüche, mit denen Marschall Soult, der französische Generalkommissar, in Bezug auf die Feststellung der Landesgrenzen des Herzogthums Warschau hervortrat. Im Widerspruch mit den Tractaten von Tilsit, den russischen wie den preußischen, die beide bestimmten, daß die unter der Benennung Neu-Schlesiens zusammengefaßten Distrikte an der Netze bei Preußen verbleiben sollten, verlangte der Marschall von der Commission in Elbing die Überlassung dieses Gebietes, dessen Umfang mehr als vierzig Quadratmeilen betrug. Ähnlich verhielt es sich bei den Berathungen über die Constituirung des Freistaates Danzig. Der Friede von Tilsit machte Danzig zu einer unabhängigen

1) Immediatbericht Sack's vom 29. September.

Stadt, die sich selbst verwalten, jedoch unter dem Protectorat von Preußen und Sachsen stehen sollte; außerdem war die Stadt durch den Artikel 19 des preußischen und den Artikel 6 des russische Vertrages mit einem Territorialgebiet von zwei „Lieues", von der Enceinte bemessen, ausgestattet worden. Die preußischen Unterhändler beriefen sich auf den französischen Begriff des Wortes „Lieue" als gleichbedeutend mit Wegstunden oder halben Meilen, Napoleon aber ließ durch Soult ein Weichbild von zwei deutschen Meilen fordern [1]). Schon an und für sich überaus lästig für den König war ferner jene Bedingung des Friedensschlusses, die der sächsischen Regierung das Recht zusprach, ihre Truppen jeder Zeit durch preußisches Gebiet nach Warschau zu führen. Der Vertrag vom 9. Juli erwähnte ausdrücklich nur der sächsischen Truppen, denen Friedrich Wilhelm eine Militairstraße eröffnen sollte [2]); Soult dagegen erklärte, daß das Benutzungsrecht nicht blos auf das sächsische Heer beschränkt werden dürfe, sondern auf die Armeen aller mit Sachsen verbündeten Staaten, — das hieß vor Allem auf die französische Armee, — ausgedehnt werden müsse. Und auch damit noch nicht genug, suchte Sachsen die Verbindung mit Warschau zugleich für seine handelspolitischen Zwecke auszubeuten. Der Augenblick, wo Preußen völlig darniederlag, schien dem Wettinischen Hause günstig, den alten Gedanken, den die sächsisch-polnischen Könige seit vier Menschenaltern verfolgt hatten, die Erwerbung einer „Via Regia" durch das preußische Schlesien, endlich zur Verwirklichung zu bringen. Friedrich August verlangte daher die Freigebung der Militairstraße für jede Art von Waarenverkehr, die Erlaubniß sächsische und polnische Handelsartikel ohne Entrichtung des Eingangszolles nach allen Orten Schlesiens zu transportiren und selbst die Etablirung sächsischer Posten auf den preußischen Stationen; — bescheidene Wünsche in den Augen der Franzosen, die man dem Bundesgenossen Napoleon's unmöglich versagen konnte und deren Gewährung denn auch von Soult zu einer Principienfrage für den Abschluß der Convention mit Preußen erhoben wurde.

Friedrich Wilhelm III. war auf das tiefste empört über diese offenkundigen Rechtsverletzungen und Eingriffe in die Selbständigkeit seines Staates.

1) Ordre an Soult, 29. Juli, Correspondance XV 451: J'ai toujours entendu que ce fussent deux lieues allemandes, c'est à dire deux meilen; vgl. 472, 486. In den Verträgen hieß es: La ville de Dantzick, avec un territoire de deux lieues de rayon autour de son enceinte, sera rétablie dans son indépendance. Recueil des traités de la France par M. de Clercq. Paris 1864, II 209, 220.

2) Art. XVI: Sa Majesté le roi de Saxe aura le libre usage d'une route militaire à travers les états de Sa Majesté le roi de Prusse. De Clercq II 220.

Es blieb ihm nur noch die eine Hoffnung, daß Napoleon in Folge der Sendung Knobelsdorff's seinen Beamten gemäßigtere Instructionen ertheilen werde.

Auch hierin aber sah er sich getäuscht. Noch ehe der Kaiser den preußischen General gesprochen hatte, ließ er ihn durch Talleyrand bedeuten, er möge sofort durch einen Courier dem König die Mittheilung machen lassen, daß von einer Ermäßigung der Kriegssteuer unter keinen Umständen die Rede sein könne. Die Contribution gehöre der Armee, nicht dem Kaiser, und dieser könne seinen Soldaten nicht entziehen, was ihnen gebühre. Mehr als 14 Tage vergingen, ehe Knobelsdorff zur Audienz befohlen wurde. Die Scene gestaltete sich für ihn zu einer äußerst peinlichen, denn in den Audienzsal geführt fand er Napoleon im Gespräch mit dem Erbgroßherzog von Baden und dem Erzkanzler Cambacérès; die Gegenwart dieser Zeugen machte es dem Abgesandten unmöglich, frei vom Herzen zu sprechen, wie er es sich vorgenommen hatte. Nach einigen höflichen Phrasen ward der General wieder entlassen; das Handschreiben Friedrich Wilhelm's blieb unbeantwortet. Es war nur allzu klar: Napoleon wollte in seinem Verfahren gegen Preußen keine Änderung eintreten lassen; Talleyrand wurde mit der Abfassung eines Erlasses beauftragt, in dem ausdrücklich gesagt war, daß die Zurückziehung der Truppen nicht eher stattfinden werde, bis die Verhandlungen in allen Punkten zum Abschluß gekommen seien[1].

Der Mißerfolg der Sendung Knobelsdorff's bildet insofern ein wichtiges Moment für die nächsten Schritte des preußischen Cabinets, als der König unmittelbar nach dem Eintreffen des Berichtes über die Vorgänge in Paris (12. September) den Entschluß faßte, sich an Kaiser Alexander zu wenden und dessen Vermittlung bei Napoleon in Anspruch zu nehmen.

2.

Bemühungen um Intervention Rußlands.

In der Biographie Hardenberg's hat Leopold von Ranke bereits hervorgehoben, daß die Beziehungen persönlicher Intimität, die seit Jahren zwischen den Herrschern von Preußen und Rußland bestanden hatten, durch den Tilsiter Frieden nicht einen Augenblick unterbrochen worden sind.

Geht man näher auf die urkundlichen Zeugnisse ein, so ergiebt sich,

1) Knobelsdorff kam am 4. August nach Paris, die Audienz fand am 20. statt. Die Erlasse Napoleon's vom 9. und 24. August vgl. Correspondance XV 484, 543.

daß das Verlangen, die alten Freundschaftsbande unverändert fortbestehen zu lassen, auf beiden Seiten gleich stark empfunden wurde. Das erste Schreiben Friedrich Wilhelm's an Alexander ist vom 30. Juli. Der König äußert darin den Wunsch, von dem Inhalt des russisch-französischen Vertrages in Kenntniß gesetzt zu werden, wie er seinem Vertreter am Petersburger Hofe Vollmacht ertheilt habe, dem russischen Cabinet den Wortlaut der preußischen Friedensbedingungen mitzutheilen. „Diese Gegenseitigkeit", schreibt er, „wird Ihnen natürlich erscheinen und ich glaube sie erwarten zu dürfen von einem Alliirten, vor dem ich kein Geheimniß gehabt habe"[1].

In der That hatte es nicht erst dieser Anregung bedurft, um den Kaiser zu einem gleichen Vertrauensakte zu bewegen. Sobald der preußische Gesandte in Folge einer Ordre vom 18. Juli die Bestimmungen des Tractates vom 9. und die der Kalckreuth'schen Convention mitgetheilt hatte, erhielt er auf Geheiß Alexander's eine Abschrift des russischen Vertrages, die nicht nur den ostensiblen Theil des Friedensinstrumentes sondern auch die geheimen und separaten Artikel umfaßte. Es war dies bereits am 29. Juli geschehen, also völlig unabhängig von der Bitte, die Friedrich Wilhelm ausgesprochen hatte.

Freilich darf man nicht glauben, daß Alexander das Geheimniß seiner Verabredungen mit Napoleon dem König ohne allen Vorbehalt dargelegt habe. Außer dem Hauptvertrag und den geheimen Artikeln war noch ein anderer Tractat abgeschlossen worden, der das welthistorische Moment des Tilsiter Friedens eigentlich erst zu seiner vollen Erscheinung bringt: die Defensiv- und Offensiv-Allianz zwischen Rußland und Frankreich, in deren Text die beiden Kaiser ihre gigantischen Pläne über die künftige Gestaltung Europas andeutend mit aufgenommen hatten. Der authentische Wortlaut dieses Documentes ist bis auf den heutigen Tag noch nicht veröffentlicht; wohl aber kennt man den wesentlichen Inhalt der getroffenen Vereinbarungen[2]. Rußland und Frankreich verpflichten sich zu gegenseitiger Hülfsleistung in allen Kriegen, die sie zu führen haben werden. Alexander übernimmt es, dem brittischen Gouvernement seine Vermittelung zur Herstellung des Friedens mit Frankreich anzubieten. Wenn bis zum 1. November nicht eine zustimmende Erklärung von Seiten des Londoner Cabinets

1) Friedrich Wilhelm an Alexander, s. Actenst. Nr. 67.

2) Vgl. Thiers, histoire du Consulat et de l'Empire VII 668 und das Resumé bei de Clercq II 213. Man hat zu unterscheiden zwischen dem russisch französischen Hauptvertrag, den Separatartikeln und den geheimen Artikeln; die beiden ersteren wurden von Rußland mitgetheilt, die letzteren nicht.

erfolgt, so tritt das Offensivbündniß in Kraft: Rußland macht mit Frankreich gemeinsame Sache in dem Kampfe gegen England. Dagegen wird Napoleon versuchen, seinem Alliirten einen vortheilhaften Frieden mit der Türkei zu verschaffen. Weigert sich die Pforte, auf die Intervention des französischen Kaisers einzugehen, so sind beide Mächte übereingekommen, sich in den europäischen Länderbesitz des osmanischen Reiches zu theilen. Nur Konstantinopel und Rumelien wollte man unter der Herrschaft des Halbmondes belassen, — im Übrigen sollte das Land von der Donau bis zum Balkan und bis zum mittelländischen Meere den Verbündeten von Tilsit zur Beute fallen.

Diese Abmachungen blieben dem preußischen Hofe einstweilen verborgen. Allein so unvollständig die Mittheilungen Alexander's auch sein mochten, sie genügten, um den Beweis zu liefern, daß der Beherrscher Rußlands sich ohne allen Rückhalt dem politischen Systeme Bonaparte's untergeordnet hatte. Für den König war es eine Hoffnung, die inmitten der drückendsten Heimsuchungen des Schicksals seinen Muth, sein Vertrauen in die Zukunft aufrecht erhielt, daß die Herrschaft dieses corsischen Eroberers doch nur eine vorübergehende sein werde. Man kann sich denken, wie unendlich schmerzlich es ihn berühren mußte, aus den russisch-französischen Stipulationen zu ersehen, daß es Alexander mit seiner Würde für vereinbar gehalten hatte, die gewaltthätigen Acte, durch welche in Neapel und in einer Anzahl deutscher Staaten an Stelle der legitimen Dynastien die Brüder und Verschwägerten Napoleon's auf den Thron erhoben worden waren, ohne Weiteres anzuerkennen. Eine so völlige Preisgebung des alten Rechtes hatte er von seinem Bundesgenossen nicht vermuthet. Was bedeutete dem gegenüber die einzige Clausel in den Verträgen, die künftighin vielleicht zum Vortheil Preußens ausschlagen konnte: jene Festsetzung in den separaten Artikeln, wonach Preußen, für den Fall, daß das Gebiet von Hannover mit dem Königreich Westfalen vereinigt würde, durch Abtretung eines Territoriums auf dem linken Elbufer mit einer Seelenzahl von drei- bis viermal Hunderttausend entschädigt werden sollte. Wie geringfügig war dieser Ersatz in Vergleich zu dem, was man verloren, und wie unsicher die Aussicht auf seine Verwirklichung! Denn konnte man erwarten, daß die Regierung Georg's III., wenn sie sich auch bereit erklären sollte, den Friedensanträgen des russischen Kaisers Folge zu geben, auf die alte Verbindung mit Hannover Verzicht leisten würde? Der König konnte sich nicht enthalten, die schmerzlichen Empfindungen, die ihn beseelten, vor seinem kaiserlichen Freunde offen auszusprechen und den Wunsch hinzuzu-

fügen, daß Rußland dereinst zu einer andern Politik zurückkehren möge. „Es scheint mir unmöglich", schrieb er am 9. August an Alexander, „daß es Ihnen nicht vorbehalten sein sollte, nach Maßgabe der ungeheuren Hülfsmittel Ihres Reiches, in der Zukunft die Sache, die Interessen der jetzt durch eine unfreiwillige und unwiderstehliche Fügung der Verhältnisse unterdrückten Staatsmächte zu beschützen und wieder aufzurichten"[1].

Die Schwierigkeiten, denen die Ausführung des Friedens und die Befreiung Preußens begegneten, waren dem russischen Kaiser nicht unbekannt. Eine Copie des Briefes, den der König an Napoleon gerichtet, befand sich in seinen Händen, er wußte um die Sendung Knobelsdorff's; umfangreiche Denkschriften über die wesentlichsten Punkte der Verhandlungen in Elbing und Berlin, die ihm zugestellt worden waren, versetzten ihn in die Lage, das willkürliche Auftreten der Franzosen nach Gebühr beurtheilen zu können. Schon längst hatte er selbst den König seiner Theilnahme an den fortdauernden Drangsalen des preußischen Staates versichert, ja durch eine schriftliche Erklärung, welche der interimistische Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, Baron von Budberg, am 21. September dem preußischen Gesandten überreichte, das Versprechen abgelegt, sich bei Napoleon zu Gunsten der baldigen Vollstreckung des Friedens verwenden zu wollen.

Um so mehr glaubte Friedrich Wilhelm den Czaren zu einer nachdrücklichen Beschützung der Rechte Preußens auffordern zu dürfen.

Die Geschäfte der Mission in Petersburg wurden seit dem März 1807, wo der damalige Vertreter Preußens, Graf Goltz, den Kaiser zur Armee begleitete, von dem Grafen Lehndorf geführt, der, bisher Legationsrath, im August zum außerordentlichen Gesandten befördert worden war. In mehrfacher Hinsicht aber erschien es dem König wünschenswerth, die gegenwärtige Sendung einem andern Bevollmächtigten anzuvertrauen. Einmal sollten die Functionen des Grafen Lehndorf nur vorübergehend sein, — sein Nachfolger, Baron von Schladen, war bereits ernannt; — und sodann empfahl es sich, bei den intimen Beziehungen zwischen Friedrich Wilhelm und Alexander, die den Wünschen Beider gemäß möglichst fern von jedem officiellen Character gehalten werden sollten, noch einen zweiten Bevollmächtigten nach Petersburg abzuschicken, der, dem Kaiser persönlich attachirt, mit der Aufgabe betraut werden konnte, den Meinungsaustausch der Monarchen auf direktem Wege, ohne Theilnahme der Minister, zu vermitteln. Der Mann, den der König zu dieser wichtigen Stellung ausersah,

1) S. Actenst. Nr. 68.

war der Major von Schöler. Er gehörte zu denjenigen Officieren aus der nächsten Umgebung Friedrich Wilhelm's, die während des Krieges von 1806 und 1807 mehrfach zu diplomatischen Aufträgen herangezogen worden waren. So hatte er die Kunde von der Schlacht von Jena und Ende November 1806 die Nachricht von der Verwerfung des Waffenstillstandes zu Charlottenburg dem russischen Kaiser überbracht. Im Februar 1807 war er abermals nach Petersburg gegangen mit den Vorschlägen, die Napoleon wegen Abschließung eines Separatfriedens an Friedrich Wilhelm hatte gelangen lassen, und nach Eröffnung der russisch-französischen Unterhandlungen war er in das französische Hauptquartier geschickt worden, um die Absendung des Feldmarschall Kalckreuth anzukündigen: in der Zwischenzeit aber hatte er, — auf besonderen Wunsch Alexander's dem russischen Oberkommando als Adjutant überwiesen, — einige Monate hindurch in der unmittelbaren Suite des Kaisers gestanden. Die Gunst des vertraulichen Umgangs, die ihm dieser während des Lagerlebens schenkte, übertrug sich auch auf die folgende Zeit. Als Schöler Ende September seine Beglaubigung überreichte, empfing ihn Alexander mit den Worten: „Ich kann Ihnen nicht sagen, wie sehr ich mich freue, daß der König gerade Sie gewählt hat. Sie wissen, daß ich zu Ihnen ohne Rückhalt rede". Mit kurzer Unterbrechung ist dieser militairische Abgesandte Friedrich Wilhelm's dann bis zum Ausbruch des russisch-französischen Krieges von 1812 am Petersburger Hofe thätig gewesen[1]). Man begreift hiernach, daß seine Berichte für die historische Forschung von höchstem Werthe sein müssen. In deutscher Sprache geschrieben, tragen sie um so mehr den Character der Wahrheit und Ursprünglichkeit als der Verfasser in vielen Fällen die Äußerungen des Czaren mit dessen eigenen Worten wiedergiebt. Nicht immer hat Alexander sein faltenreiches Herz mit unbegrenzter Offenheit vor Schöler erschlossen; im großen Ganzen aber trat er ihm ohne Rückhalt entgegen, und oft genug ward dem Gesandten Gelegenheit gegeben, einen tiefen Blick in das Innere des Kaisers zu thun; gerade für die persönliche Characteristik Alexander's bilden die Depeschen Schöler's eine Quelle ersten Ranges.

Bei der Empfangsaudienz, die am 26. September in Kamenoi Ostrow stattfand, hatte Schöler einen eigenhändigen Brief Friedrich Wilhelm's zu überreichen, in welchem der Zweck seiner Sendung mit bündigen Worten angegeben war. „Soll man festhalten", — fragte der König seinen kaiser-

1) Nach der Beendigung des Befreiungskrieges übernahm Schöler die Mission in Petersburg von Neuem und blieb in diesem Amte bis zum Jahre 1835, wo er zum Bundestagsgesandten ernannt wurde. Er starb zu Frankfurt a. M. am 28. October 1840.

lichen Freund, — „und gegen jeden widerrechtlichen Anspruch Protest erheben, in der Hoffnung daß die guten Dienste Euerer Majestät einen glücklichen Erfolg zu Wege bringen werden? Oder aber soll man in allen Punkten nachgeben, alles zugestehen, im Hinblick auf eine Entschädigung, zu der Ihre Intervention mir verhelfen wird? Die Freimüthigkeit, die in unserem Briefwechsel vorherrschen soll, gestattet mir offenherzig zu sprechen, und ich weiß, daß Sie mir gegenüber ebenso verfahren werden“ [1]).

Alexander empfand sehr wohl, daß mit diesen Zeilen das entscheidende Wort über die Haltung, die Preußen den französischen Anmaßungen entgegenzusetzen habe, in seine Hand gelegt wurde. Unter den lebhaftesten und überzeugendsten Versicherungen der Freundschaft für seinen bisherigen Bundesgenossen erklärte er sich bereit zu thun, was irgend in seinen Kräften stehe; er beschloß sofort, dem Grafen Tolstoi, der eben zum russischen Gesandten am französischen Hofe ernannt worden war und der gerade in jenen Tagen (30. September) Petersburg verlassen sollte, mit Instructionen zu versehen, die ganz den Wünschen des Königs entsprachen; er erbot sich sogar persönlich an Napoleon zu schreiben, — aber indem er alle diese Verheißungen gewährte, gab er dem preußischen Gesandten zugleich in der unzweifelhaftesten Weise zu verstehen, daß er selbst den Erfolg der russischen Einwirkung in Paris als äußerst fraglich und unsicher erachten müsse. „Daß ich es nicht an freundschaftlichen Vorstellungen fehlen lassen werde“, sagte er zu Schöler, „davon kann der König, der meine Gesinnungen kennt, ebenso überzeugt sein, als er überzeugt ist, daß mich nur die absolute Nothwendigkeit dazu gebracht hat, seine Vertheidigung durch die Gewalt aufzugeben. Allein welche Garantie kann ich für den Erfolg gewähren, da wir es nicht mit Gefühlen besserer Art, sondern mit der kalten Entschlossenheit zu thun haben, die Übermacht gelten zu lassen, der wir nichts entgegensetzen können. Ich kann, glaube ich, dem Könige keinen stärkeren Beweis der Aufrichtigkeit meiner Gesinnungen geben, als daß ich, anstatt auf meine Verwendungen bei Napoleon einen Werth zu legen, ihm geradeheraus gestehe, daß ich mir wenig oder gar nichts davon verspreche, daß ich ihm anrathe, sich ganz allein an Napoleon zu wenden, in seine Ideen, soweit es der König nur immer für rathsam hält, einzugehen und dadurch wenigstens seiner Eitelkeit zu schmeicheln“.

Indem Alexander nach diesen Bekenntnissen den Inhalt der einzelnen Beschwerden Preußens näher prüfte, empfahl er dem Könige in der Frage

1) Vgl. Actenstücke Nr. 69.

der Danziger Convention und der Militairstraße ohne Weiteres nachzugeben[1]; aber auch in der Sache der Kriegsschuld, meinte er, werde nicht viel zu erreichen sein, denn der Buchstabe der Verträge verpflichte Preußen zur Zahlung derselben. Sein Rath war daher, der König müsse es über sich gewinnen, in allen Punkten den französischen Bedingungen möglichst entgegen zu kommen und die Auseinandersetzung mit Napoleon zu beschleunigen. Schöler konnte sich nicht enthalten, darauf zu erwidern, daß in diesem Falle dem Könige nichts übrig bleiben werde, als sich ganz in die Arme Napoleon's zu werfen und die Dictatur des Siegers über sich ergehen zu lassen. Er erinnerte an die Garantie des Tilsiter Friedens, an die politischen Rechte, die Rußland durch denselben erworben; ja er ging so weit, dem Kaiser die Erwägung nahe zu führen, ob nicht die energische Behauptung jener Rechte das einzige Mittel sei, um Rußland selbst in der Folge vor übermüthiger Behandlung von Seiten Frankreichs zu bewahren. Kaiser Alexander widerstritt dieser Ansicht nicht. Aus seinen Äußerungen ging vielmehr hervor, daß seine Seele schon damals nicht frei von Mißtrauen gegen Napoleon war. Mit einiger Vorsicht hatte Schöler gewagt, darauf hinzudeuten, daß die fortgesetzte Occupation Preußens eine Maßregel sei, durch welche doch auch Rußland sich bedroht fühlen müsse: „Ich pflichte sehr der Meinung bei", fiel der Kaiser ein, „daß andere politische Zwecke die Veranlassung der verzögerten Räumung von Preußen sind, und glaube sogar mich nicht zu trügen, daß man sehen will, ob Rußland, wenn etwa die in der Ostsee erschienenen Engländer auch seine Häfen bedrohen möchten, nicht wieder gegen Frankreich sich erklären werde".

Nur in den Schlußfolgerungen, die er aus diesen politischen Betrachtungen zog, kam Alexander zu ganz anderen Resultaten als der Gesandte Friedrich Wilhelm's. Es enthüllt die innersten Gedanken, die ihn beschäftigten, wenn er darauf hinwies, daß es bei der gegenwärtigen Schwäche Rußlands der oberste Grundsatz seiner Politik sein müsse, gegen Frankreich die größte Zurückhaltung zu beobachten, jede Erörterung mit Napoleon zu vermeiden, die auf den Freundschaftsbund von Tilsit einen Schatten werfen

1) Schöler legte dem Kaiser eine Denkschrift über den Stand der Verhandlungen in Elbing vor. Darin hieß es in Bezug auf die Territorialabtretungen, welche Soult forderte: »Sa Majesté doit-Elle souscrire à ce que plusieurs districts, tels que Camin, Schneidemühl, Wisseck, Filehne, Schloppe, Maerkisch-Friedland et Conitz soient réunis au duché de Varsovie, alors que tous ces lieux se trouvant en deça de la ligne de démarcation tracée dans l'article 2 doivent incontestablement continuer à faire partie de la Prusse occidentale?«

könnte. Nur wenn Rußland den Plänen Frankreichs keine Hindernisse in den Weg lege, dürfe man darauf rechnen, daß man wenigstens für einige Jahre vor dem Angriff Napoleon's gesichert sei. „Sie wissen", sagte er zu Schöler, „daß ich nicht im Stande bin, einen Krieg gegen Frankreich zu unternehmen, und ohne die Hoffnung eines vorzüglich glücklichen Erfolges wäre, sicher nach des Königs eigener Überzeugung, dieser Krieg das größte Übel, welches Preußen begegnen könnte. Drohen, — und jede sogenannte kräftige Vorstellung muß doch wenigstens eine Drohung verstecken, — enthüllt aber, wenn man diesen Drohungen keine Folge geben kann, die Schwäche nur noch mehr und könnte also nur das Übel ärger machen"[1]).

In demselben Sinne, nur minder theilnahmsvoll für die drückende Lage Preußens, ließ sich Graf Romanzoff vernehmen, der kurz vor der Ankunft Schölers an die Spitze des Cabinets berufen worden war. In der ersten Conferenz, die Schöler mit dem russischen Minister hatte, eröffnete ihm dieser, daß die diplomatische Vermittelung in Paris nur in soweit bewilligt werden könne, als es sich dabei um einen Act der Freundschaft handle, zu welchem der Kaiser sich durch die Pflicht gegen seinen früheren Alliirten verbunden fühle: allein über dieses persönliche Motiv der Vermittelung hinaus zu gehen, kategorische Erklärungen daran zu knüpfen, etwa die Räumung Preußens als Bedingung für die Fortdauer des Tilsiter Bündnisses hinzustellen, — diese energische Fassung der Intervention könne er seinem Gebieter unmöglich anempfehlen. „Der Minister", schreibt Schöler am 13. October, „hat die Absicht, die Wirkungen des persönlichen Antheils, den sein Herr an Euerer Königlichen Majestät nimmt, zu schwächen, nicht aus feindlicher Gesinnung, sondern aus Übertreibung des Grundsatzes, dem man hier so allgemein huldigt: Rußlands Politik ist — sich ganz ruhig zu verhalten". Auch der Kaiser zeigte sich außerordentlich vorsichtig in Allem, was „sein System", wie er es nannte, hätte compromittiren können. Früher, vor dem Tilsiter Frieden, war es immer aufgefallen, wie ungezwungen Alexander mit den Gesandten der fremden Mächte verkehrte; nichts war leichter als bei ihm eine Audienz zu erhalten, seine Conversation bewegte sich ungezwungen und frei, auch wenn er die Politik anderer Staaten besprach. Jetzt erschien der Czar wie umgewandelt: er scheute die Berührung mit dem diplomatischen Corps, ließ sich kaum noch auf Discussionen über politische Gegenstände ein, ohne vorher Romanzoff um Rath gefragt zu haben, und dieser seinerseits war taub

1) Berichte Schölers, Actenst. Nr. 80 bis 82.

für Alles was nicht in die Tendenzen des französischen Bündnisses hineinpaßte.

Wohl mochte die ziemlich ablehnende Haltung, die das russische Cabinet den Anträgen Preußens entgegensetzte, zum Theil in der Unbestimmtheit der allgemeinen politischen Situation ihren Grund haben. Noch wußte man nicht, ob England die Friedesvermittelung, zu der Kaiser Alexander die Hand geboten, annehmen oder zurückweisen werde. Von dem Erfolg oder Mißerfolg der Londoner Verhandlungen hingen nicht nur die nächsten Schritte Rußlands ab, sondern die ganze Entwickelung des politischen Systems, das aus dem Bündniß von Tilsit hervorgehen sollte, war unübersehbar, solange diese Entscheidung noch nicht gefallen. Vielleicht daß Alexander nur während der Zwischenzeit jeder ernsten Erörterung mit Napoleon aus dem Wege zu gehen suchte, und daß sein Verhältniß zu Frankreich ihm später eine energischere Sprache gestattete. Jedenfalls hatte Schöler vollkommen Recht, wenn er das Resultat seiner ersten Wahrnehmungen dahin zusammenfaßte, daß wenigstens für den Augenblick auf eine kräftige Unterstützung von Seiten des Czaren nicht zu rechnen sei.

In der Lage, in welcher der Staat sich befand, ohne Freiheit der Bewegung im Innern, ohne jede Aussicht auf fremde Hülfe, blieb dem Könige nichts übrig, als sich in das Unvermeidliche zu fügen. Die nächste Folge der Mittheilungen aus Petersburg war, daß den preußischen Commissaren in Elbing der Befehl ertheilt wurde, zunächst die Festsetzung über die Militairstraße zwischen Sachsen und Polen zum Abschluß zu bringen; auch für die Unterzeichnung des Grenzvertrages mit Warschau wurde Vollmacht gegeben [1]). In wie vielen Punkten hatte man während des Verlaufs der Unterhandlungen den französischen und sächsischen Commissaren noch größere Zugeständnisse machen müssen, als im Anfang beansprucht worden waren. Preußen verlor nicht nur Neuschlesien, sondern auch den Michelauer Kreis; nicht vierzig Quadratmeilen, wie man nach den ersten Forderungen berechnet, sondern mehr als sechszig: eine große Anzahl von Ortschaften, die nach der Theilungslinie des Tilsiter Friedens dem preußischen Staatsgebiet verbleiben sollten, Güter der Krone, Domänen, Waldungen, deren Einbuße für die Staatskasse äußerst empfindlich war, mußten der polnischen Regierung überlassen werden. Bis in die kleinsten Bestimmungen hinab

1) Die Convention wegen der Militairstraße ist am 13. October ratificirt worden, die wegen der Warschauer Grenze am 10. November; vgl. Bassewitz I, 514 ff.; die Verhandlungen wegen Abgrenzung des Danziger Territoriums, über die später noch ein Wort zu sagen sein wird, dauerten bis Anfang Dezember fort.

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU

offenbarte sich jener Geist der Vergewaltigung, der den Verträgen von 1807 den Stempel aufgedrückt hatte. General York, der in Gemeinschaft mit dem Regierungspräsidenten von Königsberg, Grafen Dankelmann, die Schlußverhandlungen über die Grenzconvention mit Warschau zu führen hatte, mußte alle Kraft der Selbstüberwindung aufbieten, um seinen patriotischen Zorn über die Anmaßungen der Franzosen nicht in helle Flammen ausbrechen zu lassen [1]).

Auch der König trug die Entsagung, zu der das Geschick ihn zwang, mit schwerem Herzen. Er konnte die Empfindung nicht unterdrücken, daß das jetzt Unabänderliche sich doch vielleicht anders gestaltet haben würde, wenn man auf eine größere Festigkeit des russischen Cabinets hätte bauen können. Sehr vernehmbar fühlt man diese Dissonanz durchklingen in einem Rescript an Lehndorff und Schöler vom 23. October, worin Friedrich Wilhelm die Zugeständnisse, die ihm abgerungen worden waren, der Reihe nach aufführt und dann fortfährt: „Es giebt keine Art von entgegenkommenden Schritten, zu denen ich mich bei diesen Vergleichen nicht herbeigelassen habe, und die Schuld an den Verzögerungen, unter denen ich soviel zu leiden habe, liegt wahrlich nicht an mir. Die Opfer, die ich mir auferlege, sind fürchterlich, — aber ich muß sie bringen, weil meine Lage und selbst die Freundschaft meines erhabenen Bundesgenossen mir die Nothwendigkeit vor Augen führen".

3.

Motive der Sendung des Prinzen Wilhelm.

Nach den Entscheidungen, die im Laufe des October in Memel getroffen worden waren, handelte es sich noch immer darum, ob es möglich sein werde, den schwierigsten Theil der Transactionen mit Frankreich, die Frage der Räumung des Landes, zu einer befriedigenden Lösung zu bringen.

---

1) Vgl. Droysen, Leben York's I S. 125, nach einem Briefe des Generals. Zur Ergänzung dient eine Stelle in einem bisher nicht bekannten Briefe York's an Graf Goltz, worin er für die Anerkennung dankt, die der Minister ihm wegen seiner Haltung bei den Negociationen mit Soult ausgesprochen hatte, Elbing 19. November: „In einer Lage wo alle Vernunftgründe den Machtsprüchen weichen mußten, waren Fehler ganz zu vermeiden beinahe unmöglich. Aus diesem Gesichtspunkt fließt gewiß die gütige und nachsichtsvolle Beurtheilung unserer Arbeiten und ich bin Eurer Excellenz für Hochdero bezeugte Zufriedenheit unendlich verpflichtet; nur dadurch erhalte ich eine Entschädigung für so manche Kränkung, die ich hier erdulden mußte".

Gleich bei dem Austausch der ersten Repliken zwischen den unterhandelnden Parteien in Berlin trat, wie bemerkt, ein Zwiespalt von so principieller Natur hervor, daß kaum noch auf eine friedliche Verständigung zu hoffen war. Völlig unvermittelt standen sich die Geldforderungen des französischen Bevollmächtigten und die Erbietungen der Friedenscommission gegenüber: die letzteren waren von Daru unter schroffem Protest zurückgewiesen worden. Die Commission hatte über die Lage der Dinge an den König berichtet. Während sie nun den Befehlen aus Memel entgegensah, that der Generalintendant am 21. September einen weiteren Schritt, indem er dem Vorsitzenden durch eine Note ankündigte, daß Napoleon ihm den Auftrag ertheilt habe, vom 1. October an sämmtliche Revenuen des preußischen Staates mit Beschlag zu belegen, wenn bis dahin nicht eine Einigung über die Schuldzahlungen erfolgt sei.

Es war dies ein neuer, alle bisherigen Attentate übersteigender Gewaltakt gegen den Wortlaut der Verträge, die dem König ausdrücklich den ungeschmälerten Bezug der Staatseinkünfte auch während der Zeit der Occupation verbürgten. Der Inhalt dieses Schriftstückes traf die Commission vollkommen unvorbereitet. Sack hielt es für nothwendig, sich aus dem eigenen Munde des französischen Machthabers die Bestätigung geben zu lassen. Er verfügte sich am 24. September zu Daru und bat ihn um Aufklärung. Dieser nahm keinen Anstand, ihm das Decret Napoleon's, das zu der Note Veranlassung gegeben hatte, vorzulegen. Es war ein Cabinetsbefehl aus Rambouillet mit dem Datum des 14. September, nur wenige Zeilen umfassend, von dem Kaiser selbst unterzeichnet und in dem drakonischen Styl gehalten, der die eigenen Decrete Napoleon's leicht erkennen läßt[1]).

Als einziges Motiv für die angedrohte Maßregel, durch welche die preußische Monarchie vor den Abgrund des Staatsbankerottes gestellt wurde, gab Napoleon an, daß der schleppende Gang der Verhandlungen ihn in die Nothwendigkeit versetze, mit schweren Kosten für sein Land große Truppenkräfte in Preußen stehen zu lassen, und daß er demnach das Recht habe sich dafür schadlos zu halten. Eine Begründung, die denn freilich, zusammengehalten mit dem Raubsystem der französischen Intendanten und

1) Die Ordre findet sich Corresp. XVI 26. Nach dem Bericht Sack's vom 29. Sept. sagte Daru: er könne sich auf kein Abdingen, auch nicht von Tausend Franken einlassen; warte man noch länger, so würden die Bedingungen mit jedem Tage härter werden, und nach dem terme fatal — 1. Oct. — werde sich dies gleich zeigen. Er drohte schließlich mit Aufstellung einer Rechnung von 200 Millionen. Vgl. Actenst. Nr. 1.

den täglich einlaufenden Beschwerden über die willkürlichen Requisitionen der Armee, als der bitterste Hohn erscheinen mußte.

Seit dem Empfang der Note vom 21. September brach in den Regierungskreisen der Hauptstadt die Überzeugung durch, daß Napoleon aus politischen Gründen, über deren Zusammenhang man freilich noch im Unklaren war, die Verhandlungen absichtlich in die Länge zu ziehen suche, und daß dies die Ursache sei, weßhalb der Betrag der Kriegssteuer bis in das Endlose gesteigert werde. Daru's eigene Worte nährten den Verdacht. Bei seinen Besprechungen mit den preußischen Beamten entschlüpfte ihm in jenen Tagen wiederholt die verfängliche Phrase, daß die Kriegszahlungen „nicht als ein Gegenstand des Calcüls, sondern der Politik" zu betrachten seien, und als Sack, in der Absicht, das Geheimniß der französischen Pläne zu erforschen, ihm die Frage vorlegte, ob die Räumung der besetzten Provinzen stattfinden werde, wenn der König sich zur Zahlung der Hundert und Funfzig Millionen bereit erkläre, erhielt er eine ausweichende Antwort, die in ihm die Vorstellung erweckte, daß man sich je nach Lage der politischen Verhältnisse Europas noch auf ganz andere Prätensionen gefaßt zu machen habe.

Unendlich schwierig wurde es unter diesen Umständen für die Friedensvollziehungs-Commission, wenigstens einer weiteren Steigerung des an sich unlöslichen Conflicts vorzubeugen. Nach den gewissenhaftesten Berathungen faßte sie den Entschluß, daß im Hinblick auf das Herannahen des entscheidungsvollen Tages, des 1. October, den Daru, bedeutsam genug, als den »terme fatal« für Preußen bezeichnet hatte, dem Drängen des französischen Unterhändlers gegenüber wenigstens ein einlenkendes Verfahren beobachtet werden müsse. Sie erließ am 25. September eine Erklärung an Daru, worin sie die französische Geldforderung provisorisch anerkannte, unter Vorbehalt der Genehmigung des Königs und unter der Voraussetzung, daß die Erträge der seit dem Frieden erhobenen außerordentlichen Geldauslagen, sowie die Werthe der Naturallieferungen auf die Gesammtsumme der Kriegsschuld in Anrechnung gebracht würden. Berücksichtigt man, daß allein die seit dem 12. Juli widerrechtlich in die französischen Staatskassen abgeführten öffentlichen Gelder sich nach Ausweis der amtlichen Quellen auf einige dreißig Millionen beliefen, so wird der Commission nicht der Vorwurf gemacht werden dürfen, daß sie bei ihrem Beschluß die finanziellen Interessen des Staates außer Acht gelassen habe. Im Gegentheil herrschte unter den Mitgliedern nur Eine Stimme darüber, daß man keinen größeren Fehler begehen könne, als sich ohne Weiteres dem

Willen Napoleon's zu fügen. Sack versäumte nicht, in dem Immediatbericht, den er am 29. September über die Vorgänge der letzten Tage erstattete, diese Ansicht mit Nachdruck vorzutragen: man dürfe ohne die erwähnten Reductionen eine Schuld, die Preußen zu tilgen doch nimmermehr in der Lage sei, überhaupt nicht anerkennen, da dem französischen Kaiser sonst nur ein um so besserer Vorwand gegeben werden würde, anderweitige Entschädigung, sei es durch Territorialcessionen oder durch Überlassung von Domänen, zu fordern.

Napoleon hat gegen die preußische Regierung in jenen Tagen wiederholt den Vorwurf erhoben, daß sie nach Ausflüchten gesucht habe, um die Verhandlungen in Berlin solange wie möglich hinzuhalten, — und ohne Grund ist diese Behauptung nicht. Es war vornehmlich die Hoffnung auf die Intervention des Kaisers Alexander gewesen, die den König veranlaßt hatte, vorerst jeder bindenden Verpflichtung aus dem Wege zu gehen. Außerdem wünschte er die Ankunft Stein's zu erwarten, auf dessen Rath er bei den finanziellen Operationen, die zur Beschaffung der Geldmittel erforderlich waren, sein volles Vertrauen setzte. Der Zufall fügte, daß Stein, im Begriff sich nach Memel zu begeben, gerade in dem Augenblick in Berlin verweilte, wo die Note vom 21. September übergeben wurde. Da er außerdem mit Daru eine Unterredung gehabt und dabei auch seinerseits die Gewißheit erlangt hatte, daß das französische Gouvernement fest entschlossen sei, die Räumung Preußens lediglich von politischen Rücksichten abhängig zu machen, so wurde er bei seinem Erscheinen in Memel der lebendige Interpret der Ansichten und Stimmungen, die der letzte Schachzug Napoleon's bei der Commission hervorgerufen hatte[1]).

Man war eben mit der Berathung der Maßregeln beschäftigt, welche die Lage der Dinge erheischte, als am 5. October der erste Bericht Schöler's eintraf. Wir kennen seinen Inhalt; wir wissen, wie wenig er danach angethan war, eine günstige Aussicht für die Verwendung des russischen Cabinets in Paris zu eröffnen. Der Einfluß, den das verfehlte Resultat des Ansuchens in Petersburg auf die Entscheidungen Friedrich Wilhelm's ausübte, läßt sich bis in die kleinsten Beziehungen urkundlich verfolgen. Stein, der weit davon entfernt war, in einer Angelegenheit von so unberechenbaren Consequenzen wie die Feststellung der Contributionen, nur sein eigenes Urtheil zum Maßstab zu nehmen, hatte die Meinungsäußerung der hervorragendsten Mitglieder aus dem Ressort der Finanzverwaltung, der

1) Stein's Ankunft in Memel erfolgte am 30. September, Pertz, Leben Stein's II 7.

Geheimen Räthe Schön, Niebuhr und Stägemann, eingefordert[1]). Am 5. October wurden die Gutachten dieser Beamten schriftlich vorgelegt; am Abend vereinigten sie sich unter dem Vorsitz Stein's zu einem Conseil. Die Erörterungen dauerten bis in die Nacht hinein, — dann gelangten sämmtliche Materialien in die Hände des Geheimen Legationsraths Nagler, dem die Correspondenz mit der Friedensvollziehungs-Commission übertragen war, und der in dieser Obliegenheit das königliche Rescript auf die letzten Berichte aus Berlin zu entwerfen hatte. Am 6. war Nagler's Arbeit beendet; noch an demselben Tage erfolgte die Unterschrift des Königs.

In seiner Erwiderung auf die Anträge Schöler's hatte Kaiser Alexander seinem königlichen Freunde den Rath ertheilt, sich mit Napoleon abzufinden, soweit die Mittel Preußens es irgend gestatteten. Dieser Mahnung des russischen Kaisers folgend, entschloß sich Friedrich Wilhelm, wie wir sahen, in allen Nebenpunkten des Friedensvertrages und der Convention vom 12. Juli den ungerechten Ansprüchen des Gegners zu weichen. Und aus dem gleichen Grunde erklärte er sich bereit, auch in der Hauptverhandlung mit Frankreich neue Opfer zu bringen, allein den Gedanken an eine unbedingte Unterwerfung unter die Forderungen wies er mit voller Entschiedenheit zurück: er erklärte, es sei mit seinem Gewissen unvereinbar, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, deren Unerfüllbarkeit für Jedermann am Tage liegen müsse.

Der König ermächtigte die Commission, dem französischen General-Intendanten eine Zahlung von 60 bis 100 Millionen anzubieten, von welcher Summe etwa die Hälfte sogleich entrichtet werden sollte. Es war einer der vornehmsten Punkte, welche die Gutachten Stein's und der übrigen Räthe ins Auge faßten, wie trotz des Nothstandes der preußischen Finanzen die erforderlichen Capitalien für eine sofortige Abschlagszahlung herbeigeschafft werden könnten. Die Vorschläge gingen dahin, die öffentlichen Gelder, die nach der dritten Theilung Polens auf die Güter des Großherzogthums Warschau hypothekarisch eingetragen worden waren, und deren Gesammtwerth auf sechszehn Millionen Thaler berechnet wurde, der französischen Regierung zu überlassen. Es sind dies dieselben Capitalien, die Napoleon später durch die Convention von Bayonne dem preußischen Staate in so schmählicher Weise entrissen hat. Man hielt damals den Besitz dieser polnischen Depositen, bei denen besonders die Bank und die Seehandlung betheiligt waren, noch nicht gerade für gefährdet, aber man sah ein, daß die Disposition

1) Vgl. das Exposé Niebuhr's, Actenst. Nr. 2.

über dieselben immer mit großen Schwierigkeiten verbunden sein würde. Ein Mitglied des Directoriums der preußischen Bank, der Bankdirector Hundt, hatte der Friedenscommission eine Denkschrift vorgelegt, welche die Vortheile entwickelte, die den öffentlichen Geldinstituten aus der Cession der Warschauer Forderungen erwachsen würden. Stein trat dieser Ansicht bei: er hoffte, daß Daru dahin gebracht werden könne, die sechszehn Millionen als Baarzahlung für die Hälfte der Kriegssteuer anzunehmen[1]). Die andere Hälfte gedachte man durch Theilzahlungen von 4—5 Millionen Thalern ungefähr in einem Zeitraum von drei, höchstens vier Jahren zu tilgen.

Auf diesen Grundlagen beruht der Erlaß vom 6. October, der die Vollmachten für die Friedenscommission in Berlin enthält.

Aber Friedrich Wilhelm war nicht gemeint, so große finanzielle Opfer ohne entsprechende Gegenleistungen zu gewähren. Er verlangte den Abschluß einer neuen Convention, durch die Frankreich sich verbindlich machen sollte, einen bestimmten Termin für den Rückzug seiner Truppen festzusetzen, die Civilverwaltung sogleich in die Hände der preußischen Behörden zurückzugeben und auf alle weiteren Ansprüche, die über die Bedingungen des Friedens hinausgingen, zu verzichten. Nicht nur Frankreich, sondern auch die übrigen Staaten, die in Folge des Tilsiter Friedens in die Besitzrechte der ehemals preußischen Landestheile eingetreten waren, — man hatte dabei namentlich Sachsen-Polen und das Königreich Westfalen im Auge, — sollten sich aller weiteren Reclamationen gegen Preußen begeben.

Man sieht, was der König erstrebte, war die völlige und endgültige Durchführung des Friedensschlusses, die vertragsmäßige Auseinandersetzung ein und für allemal.

In der That hatte man in Memel einen Augenblick die Hoffnung, Daru werde durch diese Anerbietungen die im Bezug auf die Höhe des Entschädigungsobjects den ursprünglichen, beim Abschluß der Convention vom 12. Juli zur Sprache gebrachten Forderungen nahe kommen, wenigstens bewogen werden, die seit der Note vom 21. September unterbrochene Verhandlung mit der Commission in Berlin wieder aufzunehmen. Während dies geschah, wollte man versuchen, den preußischen Vorschlägen auch in

---

1) Die Zusammenstellung der Warschauer Capitalien giebt Bassewitz I 574. Der Bericht Hundt's ist vom 7. August. Auch der alte Staatsminister von Buchholz, der früher Gesandter in Warschau gewesen war, empfahl den Verkauf der polnischen Forderungen. Napoleon spricht von denselben zum ersten Male in der Ordre an Soult, 4. Aug., Corresp. XV 471, er veranschlagte sie damals noch zu niedrig: 50 bis 60 Millionen Franken.

Paris Eingang zu verschaffen. Knobelsdorff, den der König trotz seines Mißerfolges noch nicht zurückberufen hatte, wurde am 9. October von dem Inhalt der letzten Entschließungen in Kenntniß gesetzt und erhielt den Auftrag, sich für die Annahme derselben zu verwenden.

Schon nach wenigen Tagen aber trafen Nachrichten ein, die diese Auffassung der Dinge völlig vernichten mußten. Aus einem Schreiben Sack's vom 4. October erfuhr man am 11. in Memel, daß soeben sämmtlichen Behörden in Berlin von Seiten des französischen General-Intendanten ein Befehl zugefertigt worden war, durch den sie angewiesen wurden, die öffentlichen Einkünfte fortan ohne jeden Abzug den französischen Staatscassen zuzuführen. Daru hatte es nicht einmal für nothwendig erachtet, der preußischen Commission von dieser Ordre vorher Nachricht zu geben; es lagen keinerlei Äußerungen vor, aus denen man hätte entnehmen können, ob er gewillt war, die mit Beschlag belegten Revenuen später wenigstens von der Kriegsschuld in Abzug zu bringen. Die letzte Replik der Commission, die gerade auf eine Erläuterung dieses Punktes gedrungen hatte, war ohne Beantwortung geblieben. Nach diesem neuen Beweis unerschütterlicher Gewaltsamkeit hielt Sack es für seine Pflicht, die Überzeugung auszusprechen, daß von den Unterhandlungen in Berlin ein günstiges Resultat überhaupt nicht mehr zu erwarten sei. Er empfahl dem König, noch einmal eine unmittelbare Einwirkung bei Napoleon zu versuchen: er rieth, dem französischen Kaiser, unter Hinweis auf die mit jedem Tage sich steigernde Härte seiner Behörden, geradezu die Frage vorzulegen, ob es sein Wille sei, der Existenz Preußens ein Ende zu machen.

Kaum hatte Friedrich Wilhelm diesen Bericht erhalten, als ihm durch eine Estafette aus Elbing die Kunde überbracht wurde, daß der französische Intendant Stassart daselbst mit Instructionen Daru's erschienen sei und im Namen der französischen Regierung von der Civilverwaltung West- und Ostpreußens bis zur Passarge Besitz ergriffen habe. Die Anordnungen, die der französische Beamte hier vornahm, überschritten alle Grenzen. Unter andern erließ er eine Bekanntmachung, durch welche die Provinzialbehörden angewiesen wurden, an jedem zwölften Tag ein Dreißigstel der Revenuen von Westpreußen und dem noch besetzten Theil von Ostpreußen nach Elbing abzuliefern. Die preußischen Behörden, denen Stassart angekündigt hatte, daß sie ihrer Functionen enthoben seien, erklärten, der Gewalt weichen zu müssen: sie baten um den Schutz des Königs.

Zu aller Unbill, die Preußen in den letzten Monaten erfahren hatte, gesellte sich hier noch ein Moment persönlicher Kränkung. Friedrich

Wilhelm mußte sich tief verletzt fühlen über den Eingriff in die Regierung einer Provinz, in deren Bereich er selbst seine Residenz hatte aufschlagen müssen. Er fühlte, daß man andere Mittel versuchen müsse: er beschloß, nach dem Rathschlag der Friedenscommission, sich noch einmal direct an Napoleon zu wenden. Wenige Stunden nachdem die Vorgänge in Elbing dem Könige gemeldet worden waren, sind die ersten einleitenden Schritte zu der Mission des Prinzen Wilhelm nach Paris getroffen worden[1]).

Es entspricht durchaus den Zeugnissen urkundlicher Überlieferung, wenn in früheren Darstellungen dem Einfluß des Freiherrn von Stein ein großer Antheil an der Sendung des Prinzen Wilhelm beigelegt worden ist. Bei alledem aber würde es nicht richtig sein, wenn man Stein als den eigentlichen Urheber dieses wichtigen Schritts der preußischen Politik bezeichnen wollte. Die erste Anregung ging vielmehr, soviel ich finde, von einer anderen Seite aus: der diplomatische Begleiter Knobelsdorffs, Geheime Legationsrath Le Coq, hat schon in einem Bericht vom 27. August, also wenige Tage nach der erfolglosen Audienz des Generals, den Rath ertheilt, die Unterhandlungen in Paris durch einen Prinzen des königlichen Hauses führen zu lassen, und dieser Gedanke ist dann zunächst von Berlin aus lebhaft unterstützt worden, wo die Friedenscommission durch ihre directe Correspondenz mit Le Coq seit Anfang September zu übersehen vermochte, daß es Knobelsdorff in keiner Weise gelungen war, das französische Gouvernement zu einer milderen Behandlung Preußens zu bewegen. Napoleon hielt den General vom Hofe fern; seit der Audienz vom 20. August hatte er es absichtlich vermieden, ihn wieder zu sprechen oder zu sehen; und bei den Unterredungen mit den französischen Ministern erhielt der Abgesandte Friedrich Wilhelm's immer denselben ausweichenden Bescheid: die Festsetzung der Bedingungen für die Räumung Preußens sei die Sache Daru's, der keine Forderungen stellen werde, die über das Mögliche hinausgingen. Allerdings

1) Die Bedeutung des bisher nicht beachteten Ereignisses erhellt aus einer Ordre des Königs an Knobelsdorff, 12. Oct.: »Un incident tout nouveau et que j'apprends à cette heure même doit me faire juger que si non l'empereur Napoléon, au moins ses représentants sont à cet égard très mal disposés envers nous. On me mande que l'intendant Stassart est arrivé à Elbing, chargé par le sieur Daru de rétablir les administrations françaises dans la partie de la Prusse occidentale et orientale qui est encore occupée pas les troupes françaises, quoique ces deux provinces ayent acquitté leur part des contributions: et cette injuste mesure a été ordonnée par l'intendant général, parcequ'au 1. d'octobre mes commissaires à Berlin n'avaient pas encore définitivement réglé ce qui concerne les contributions du reste de mes états«.

hatte die preußische Regierung, bald nachdem die außerordentliche Sendung Knobelsdorff's ins Werk gesetzt war, darauf Bedacht genommen, die regelmäßigen diplomatischen Beziehungen mit dem Cabinet der Tuilerien wiederherzustellen. Die Wahl des Königs war auf den bisherigen Gesandten am sächsischen Hofe, Baron von Brockhausen, gefallen, einen Staatsmann, dem vor mehr als zwanzig Jahren das persönliche Wohlwollen Hertzberg's die dienstliche Laufbahn eröffnet hatte, und der noch immer in manchen Beziehungen für einen Vertreter der politischen Schule jenes Ministers angesehen wurde. Der König hielt viel von den Kenntnissen und Talenten Brockhausen's; er hat nach dem Tilsiter Frieden einen Augenblick daran gedacht, ihm die Leitung des auswärtigen Ministeriums anzuvertrauen, was auch wahrscheinlich geschehen sein würde, wenn nicht Hardenberg, der von dem starrköpfigen Character Brockhausen's die schlimmsten Störungen in dem collegialischen Zusammenwirken der höchsten Beamten befürchtete, dem König von dieser Berufung abgerathen hätte. Brockhausen war im August, unter Verleihung des Titels als Staatsminister, zum Gesandten am französischen Hofe ernannt worden, und alsbald nach dem Eintreffen der hoffnungslosen Berichte Knobelsdorff's, am 18. September hatte man seine Creditive ausgefertigt, so daß er, nach Abwickelung seiner Geschäfte in Dresden, etwa um Mitte October seinen neuen Posten antreten konnte.

In den Berliner Kreisen aber war Brockhausen nicht beliebt; auch hatte man noch einen besonderen Grund, an dem Erfolg seiner diplomatischen Thätigkeit in Paris zu zweifeln. Wenige Wochen nämlich bevor Brockhausen zum Gesandten bei Napoleon designirt worden war, hatte der König ihn bei dem österreichischen Cabinet als Vertreter Preußens anbieten lassen: von dort aber war eine Zurückweisung erfolgt, — offenbar weil man auf geheimen Wegen, von Dresden aus, über die bisherige politische Haltung Brockhausen's, seine bisweilen in ziemlich schroffer Weise zur Schau getragene Abneigung gegen das Napoleonische Regime, mancherlei Fingerzeige erhalten hatte, die dem wiener Hofe bei seiner gegenwärtigen Stellung zu Napoleon den Verkehr mit einem Staatsmann von solcher Gesinnung als gefährlich erscheinen ließen. Mit vollem Recht hegte man in Berlin die Besorgniß, daß diese Vorgänge in Paris nicht unbekannt geblieben sein würden, und betrachtete es daher als außerordentlich zweifelhaft, ob es dem Gesandten gelingen werde, am Hofe Napoleon's Boden zu gewinnen [1]).

---

18) Champagny befragte Knobelsdorff wegen Brockhausen's Ablehnung in Wien und

Dagegen war in dem Verkehr der preußischen Regierungsbeamten mit einigen höheren Officieren der französischen Garnison Berlins, die im Gegensatz gegen das Auftreten Daru's die baldige Erledigung der Streitpunkte mit Frankreich herbeiwünschten, die Meinung zum Ausdruck gekommen, daß es den Interessen Preußens zum größten Vortheil gereichen könnte, wenn der König sich entschlösse, eine directe Verhandlung mit Napoleon anzuknüpfen[1]). Niemand trat dieser Ansicht mit lebhafterem Eifer bei als der Präses der Friedenscommission. Beauftragte der König aber neben Brockhausen einen anderen Diplomaten oder einen Officier, so waren zwischen gleichgestellten Abgesandten persönliche Reibungen kaum zu vermeiden. Sack befürwortete daher die Entsendung eines königlichen Prinzen, zumal dieser Schritt sich auch aus Gründen der Convenienz ganz besonders zu empfehlen schien. Denn es gab bereits eine beträchtliche Anzahl deutscher Fürsten, die nach dem Tilsiter Frieden die Reise an den französischen Hof gemacht hatten, um in unmittelbarem Verkehr mit Napoleon für ihre politischen oder dynastischen Interessen zu wirken. Den Erbgroßherzog von Baden haben wir schon erwähnt; aber auch ein Mitglied des österreichischen Kaiserhauses, Ferdinand, Großherzog von Würzburg, hatte sich in Paris eingefunden, und alle Welt war voll von der zuvorkommenden Aufnahme, die der Erzherzog bei Bonaparte gefunden. Außerdem verweilten dort der Herzog Leopold von Anhalt, der Herzog Ernst I. von Sachsen-Coburg und mehrere jüngere Mitglieder der vornehmsten deutschen Fürstenhäuser, darunter nahe Anverwandte der königlichen Familie: der Bruder der Königin Luise, Erbprinz Georg von Mecklenburg-Strelitz, mit seinem Stammesvetter, dem Erbprinzen Friedrich von Mecklenburg-Schwerin; ferner eine ältere Schwester der Königin, Therese, Fürstin von

---

fügte hinzu: »s'il était vrai, que monsieur de Brockhausen avait été forcé de quitter Dresde d'une manière désagreable?« — chassé, c'était le mot dont il s'est servi, sagt Knobelsdorff, Bericht vom 7. October. Knobelsdorff antwortete: »Quoique moi-même j'ignore le fait, il est sûr qu'après le changement de système de la cour il ne pouvait plus rester à Dresde. Enfin on lui avait dit, que son caractère était dur; j'y ai répondu, que monsieur de Brockhausen était un brave Pomméranien, homme loyal et droit et élève du comte de Hertzberg, qui en faisait grand cas, que Mr. de B. était de ces hommes qui gagnent à être connus.

1) Am meisten gilt dies von dem französischen Gouverneur in Berlin, dem Commandirenden des ersten Corps der großen Armee, Marschall Victor, der in einer an Napoleon übersandten Denkschrift den Beweis zu führen suchte, daß man auf dem Wege der Daru'schen Forderungen mit Preußen niemals ins Reine kommen werde. Die Materialien für diese Denkschrift lieferte der Kriegsrath Jordan. Bericht Sack's vom 24. Oct. Actenst. Nr. 7.

Thurn und Taxis, die nach Paris gekommen war, um die Rückgabe der mit Beschlag belegten holländischen Güter ihres Gemahls bei Napoleon durchzusetzen, was sie auch erreichte. Nach solchen Beispielen anderer Regentenhäuser konnte es Niemandem als eine Minderung der Würde Preußens erscheinen, wenn der König einen seiner Brüder mit politischen Aufträgen an Napoleon betraute. Man war im Gegentheil überzeugt, daß dieser Schritt auch im Lande nicht mißverstanden werden würde. Wenigstens überwog diese Ansicht im Schoße der Friedensvollziehungs-Commission, und Stein, mit dem Sack wohl schon während seines Aufenthaltes in Berlin über den Plan gesprochen hatte, trat ihm bei [1]).

Sogleich nach der Übergabe des oben erwähnten Berichtes vom 4. October nahm Stein Veranlassung, dem König ein Votum vorzulegen, worin er die Gründe, die für die Mission sprachen, ausführlich erörterte [2]). Das Ereigniß von Elbing hatte dann die Folge, daß der König, rascher vielleicht als es sonst geschehen wäre, auf den Vorschlag seiner Räthe einging. Am 12. October wurde an Knobelsdorff ein Ministerialbefehl erlassen, der ihn beauftragte, in vorsichtiger Weise auszuforschen, ob die Reise des Prinzen dem Kaiser Napoleon genehm sein werde, und welchen Erfolg man sich davon versprechen dürfe. Der Minister Graf Goltz, der die Weisung selbst entwarf, faßte die Zwecke, die durch die Mission erfüllt werden sollten, in die drei Punkte zusammen: Verminderung der Contribution, Räumung des Landes und Festsetzung bestimmter Termine für die Zahlung, unter Berücksichtigung der finanziellen Lage Preußens [3]).

Inzwischen war die Friedenscommission von dem Generalintendanten abermals mit neuen Forderungen bestürmt worden. In einem Befehl vom 26. September hatte Napoleon die Bedingungen für die Abrechnung mit Preußen in der Form eines Ultimatums, dessen einzelne Punkte er für unwiderruflich erklärte, noch einmal zusammengefaßt. Daru übergab in

1) Über Sack's hervorragenden Antheil äußert sich Goltz in einem Schreiben an ihn vom 4. Nov.: „Ew. Hochwohlgeboren benachrichtige ich hierdurch, daß die von Denenselben selbst öfters in Anregung gebrachte Reise des Prinzen Wilhelm, Königliche Hoheit, nunmehr statthaben wird".

2) Actenst. Nr. 3.

3) Goltz schrieb an Knobelsdorff: »Le roi, après avoir essayé tous les moyens pour opérer un changement favorable dans les dispositions de l'empereur Napoléon à son égard n'a pas appris sans intérêt que tant à Paris qu'ailleurs on est d'opinion, qu'une ambassade extraordinaire présidée par un prince du sang, envoyé avec pompe et éclat à Paris, produirait peut-être, sans beaucoup de difficulté, l'effet que jusqu'ici les insinuations et les représentations de ses employés et ministres n'on pu produire.

Folge dessen in den ersten Tagen des October eine Note, in welcher er zuvörderst Fixirung der Kriegsschuld auf Hundert und Funfzig Millionen, sodann Zahlung der Summe in comptanten Wechseln, oder wenn dies nicht durchzuführen sei, und statt der Wechsel nur Schuldanweisungen auf den preußischen Staat gegeben werden könnten, als Unterpfand für die Einlösung der letzteren, — Besetzung preußischer Festungen. Der Kaiser nannte Stettin, Glogau, Küstrin. In jedem dieser Plätze sollten 6000 Mann zurückbleiben, die Preußen nicht bloß zu verpflegen, sondern auch zu besolden und zu kleiden habe. Würden diese Forderungen nicht angenommen, so eröffnete Daru, daß der Artikel des Friedens, der von der Räumung Preußens handle, aufgehoben sei. „Sie müssen eindringlich mit den Ministern des Königs von Preußen reden", hatte der Imperator dem Generalintendanten vorgeschrieben. „Es scheint mir, als ob man in Memel Scherz treibt, wozu die Dinge wahrlich nicht angethan sind. Sie müssen erklären, daß man die Mittel zum Zahlen schon finden wird, wenn man nur will. Der König von Preußen hat nicht nöthig eine Armee zu unterhalten; er ist mit Niemandem im Kriege"[1]).

Einem so erfahrenen Adepten der Napoleonischen Staatskunst wie Daru, konnte es nicht schwer fallen, aus den Fingerzeigen, welche in dieser Ordre gegeben waren, sofort die Absichten des Kaisers herauszulesen. Seine eigenen Erfahrungen während des Krieges von 1806 und 1807 und die Mittheilungen Knobelsdorff's mußten Napoleon überzeugt haben, daß Preußen weder für jetzt noch im Laufe der nächsten Zeit im Stande war, die Schuldsumme, die er verlangte, aufzubringen. Sein Befehl war daher einzig und allein darauf angelegt, durch Aufstellung unerfüllbarer Forderungen die Räumung Preußens in das Unbestimmte hinaus zu verzögern. Daru säumte denn auch keinen Augenblick in diesem Sinne der Friedenscommission seine Forderungen zu entwickeln. Am 6. October lud er den Vorsitzenden zu einer Privatconferenz ein und theilte ihm mit: der Kaiser sehe ein, daß die Auseinandersetzung nicht so rasch erfolgen werde wie man gedacht habe. Die französische Regierung aber könne sich auf das Ungewisse nicht einlassen, sie bedürfe bestimmter Garantien. Als solche bezeichnete er die Einräumung einiger Festungen. Es war dies ein Verlangen, von dem bei den bisherigen Berathungen mit dem Intendanten noch niemals die Rede gewesen. Sack hielt die Erwähnung dieses Punktes für so bedenklich, daß er sofort die Unterredung abbrach.

---

1) Corresp. XVI 50. Vgl. Actenst. Nr. 4.

Während man nun auf neue geharnischte Erklärungen des französischen Bevollmächtigten gefaßt sein mußte, traf am 16. October das königliche Rescript vom 6. in Berlin ein. Die Commission eilte dasselbe zur Kenntniß Daru's zu bringen und auf Grund der darin enthaltenen Vorschläge den Abschluß einer Convention anzubieten. Daru erwiederte am 19. October mit einer Note, in der er die Propositionen des Königs verwarf und dagegen ein vollständiges Programm der französischen Forderungen entwickelte.

Man muß die leitenden Gesichtspunkte desselben kennen, da sie nicht nur für den ferneren Verlauf der Berliner Unterhandlungen entscheidend geworden sind, sondern auch im Wesentlichen den materiellen Inhalt des später mit Frankreich abgeschlossenen Vertrages bedingt haben. Immer wieder zurückgehend auf seinen Anschlag von 154 Millionen, berechnete Daru den gegenwärtigen Betrag der von Preußen noch zu zahlenden Kriegssteuer, abzüglich der seit dem 12. Juli erhobenen Contributionen und der eingezogenen Staatsgelder, noch auf 112 Millionen. Hierdurch war die Thatsache constatirt, daß die französischen Behörden in dem einen Vierteljahr nach dem Friedensschlusse aus den erschöpften Landen zwischen Elbe und Passarge die ungeheure Summe von 42 Millionen herausgepreßt hatten. Der zweite Punkt der Daru'schen Note betraf die Zahlungsmittel für die restirende Schuld der 112 Millionen. Der französische Bevollmächtigte forderte Bezahlung von zwölf Millionen in baarem Gelde, von fünfzig Millionen in Promessen oder Pfandbriefen, — die Occupation preußischer Festungen bis zur Realisirung dieser Werthpapiere, und für die übrigen fünfzig Millionen Abtretung von Domänen, die mit allen Eigenthumsrechten dem französischen Kaiser zur Verfügung gestellt werden sollten!

Unmöglich konnte die Commission sich für ermächtigt ansehen, auch nur in die Erörterung solcher Bedingungen einzutreten. So schwierig, ja so unhaltbar die Lage der Verhandlungen in Berlin durch die letzten Zwischenfälle geworden war, so sprach Sack doch auch jetzt noch sehr entschieden die Meinung aus, daß man eher alles versuchen müsse, als sich den Geboten Daru's zu unterwerfen.

In Memel machte nicht allein die Frage der Festungen den peinlichsten Eindruck; fast noch niederschmetternder wirkte die Nachricht von der Forderung der Domänen. Wie sie am Hofe aufgefaßt wurde, zeigen die Worte, welche die Königin Luise damals an Stein schrieb: „Gott, wo sind wir? wohin ist es gekommen? Unser Todesurtheil ist gesprochen“[1]! Mochte

1) Denn in diesen Zusammenhang gehört der Brief der Königin an Stein vom

Napoleon die preußischen Staatsgüter als Dotationen für seine Generale benutzen, oder mochte er sie an französische Speculanten verkaufen, — eine Möglichkeit, die der Generalintendant in seinen Gesprächen ebenfalls hatte durchblicken lassen, — immer gerieth man in die Lage, weite Strecken des altangestammten Territorialbesitzes mit den am Grund und Boden haftenden Rechten der Fremdherrschaft zu übereignen. Die Überlassung der Domainen mußte dahin führen, die innere Selbständigkeit der Monarchie aufzulösen und, wie Sack zu Daru treffend bemerkte, einen Staat im Staate zu begründen: Schaaren französischer Besitzer, Pächter, Beamte würden in das Land gezogen sein. Und noch andere Erwägungen drängten sich auf. Bei den Besprechungen mit Sack hatte Daru in erster Linie auf die in unmittelbarer Nähe des Königreichs Westfalen gelegenen Domänen hingewiesen. Ein Moment, das sehr geeignet war den schlimmsten Argwohn zu erwecken. Wie bei den Grenzregulirungen mit Danzig und Warschau, so hatten sich auch bei der Auseinandersetzung mit Westfalen die Grenzverhältnisse für Preußen nachtheiliger gestaltet, als es in dem Vertrage von Tilsit bestimmt war. Statt der Elbe hatte Preußen die Elde als Grenze anerkennen müssen. Konnte nicht die Cession der Domainen in der Hand Napoleon's ein Mittel werden, um den Länderraub zu Gunsten des Königs Jérome noch weiter fortzusetzen? Allerdings hatte der französische Generalintendant, als er mit seinen neuen Anträgen hervortrat, der preußischen Regierung das Recht zuerkannt, die Domänen innerhalb einer gewissen Frist zurückzukaufen, aber wie es überhaupt seine Gewohnheit war, Zugeständnisse, die er in einem Augenblick gewährte, im nächsten wieder zurückzunehmen, so hatte er sich auch im vorliegenden Falle kein Gewissen daraus gemacht, seine ursprüngliche Erklärung im Laufe der Verhandlungen einfach zu widerrufen. Aus all diesen Gründen war Stein keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß man die Vergleichspunkte, wie Daru sie zuletzt gestellt hatte, unmöglich annehmen dürfe.

Es entstand demnach die Frage, ob man die Forderungen des Intendanten geradezu ablehnen oder noch einmal den Versuch machen wollte, die äußersten Concessionen, zu denen Preußen sich herbeilassen konnte, in ein Gegenproject zusammenzufassen. Wenn man sich für den letzteren Weg entschied, so geschah dies hauptsächlich mit Rücksicht auf die Sendung des Prinzen Wilhelm; denn der Abbruch der Verhandlungen in Berlin

29. October, den Pertz, Leben Stein's II 40, abgedruckt hat. „Die bösen Nachrichten aus Berlin", deren die Königin erwähnt, beziehen sich auf den Inhalt des Sack'schen Berichtes vom 20., der an jenem Tage in Memel eingetroffen war.

würde der diplomatischen Thätigkeit des Prinzen von vornherein jede Aussicht auf Erfolg geraubt haben. Stein verfaßte daher am 30. October eine Denkschrift, in welcher er die Daru'schen Propositionen Punkt für Punkt einer eingehenden Prüfung unterwarf[1]). Er rieth, die Höhe der Schuldforderung von 112 Millionen, vorbehaltlich einer genauen Rechnungslegung, im Principe anzunehmen. Allerdings überstieg diese Summe das Maximum dessen, was die preußische Regierung nach dem Erlaß vom 6. October bewilligen wollte um 12 Millionen, allein es schien noch immer am ehesten thunlich, in der Geldfrage nachzugeben, zumal auch die Commission sich in diesem Sinne ausgesprochen hatte. Dagegen protestirte Stein gegen die Herausgabe der Domänen auf das Entschiedenste. Er schlug dem König vor, die eine Hälfte der Hauptsumme, funfzig Millionen, in eine Hypothekenschuld zu verwandeln, die auf die Gesammtmasse der Domänen eingetragen werden sollte, — jedoch so, daß der Besitz der Güter und die Verwaltung derselben ausschließlich dem preußischen Staate verblieben. Zur Deckung der anderen Hälfte wollte er der französischen Staatscasse Wechsel der angesehensten Kaufmannshäuser Preußens und Pfandbriefe der landständischen Creditinstitute überliefern. Unter Voraussetzung der Bewilligung einer Frist von wenigstens zwei Jahren für die Einlösung der Werthdocumente hoffte Stein durch Ersparnisse des Budgets und durch außerordentliche Finanzmaßregeln, wie den Verkauf von Domänen, natürlich an Einheimische, sowie durch Creirung neuer Staatsschulden die Tilgung der Contribution bewirken zu können. Nichts sollte versäumt werden, um dieses Ziel sobald wie möglich zu erreichen.

Der König, der die Ansichten seines Ministers vollkommen theilte, verfügte sofort, daß Niebuhr nach Berlin geschickt werde, um mit der Friedenscommission über die Eröffnung einer Anleihe in Hamburg oder in Holland Rücksprache zu nehmen. Er selbst erklärte sich bereit, persönlich die größten Opfer zu bringen: es war in jenen Tagen, wo er das Anerbieten machte, alles überflüssige Silbergeräth seines Hofhaltes und das goldene Tafelgeschirr des preußischen Königshauses als Beisteuer für die Abfindung Frankreichs herzugeben.

Indem man auf diese Weise zum Beschluß über die Aufbringung der Zahlungsmittel gelangte, handelte es sich noch darum, eine Entscheidung wegen der Occupation der Festungen zu treffen. Stein hat in seinem Votum alle Bedenken entwickelt, denen eine solche Maßregel unterliege.

1) Vgl. den Bericht der Commission vom 20. Oct., Actenst. Nr. 5 und Stein's Bemerkungen dazu, Actenst. Nr. 6.

Er faßte das Problem nicht bloß vom militairischen, sondern auch vom finanzpolitischen Standpunkt auf: es erschien ihm unzweifelhaft, daß die Überlassung der Sicherheitsplätze ebenso nachtheilige Folgen für den auswärtigen Credit des Staates haben werde, wie sie gefahrdrohend für seine innere Sicherheit war. Alles in Allem betrachtet aber hielt er die Einräumung einiger Festungen noch eher für erträglich, als die Abtretung der Domänen. Demgemäß wurde die Friedenscommission ermächtigt, wenn alle Vorstellungen vergeblich blieben, in diesem Punkte zu weichen. Dabei sprach man jedoch die Erwartung aus, daß Napoleon wenigstens die Wahl der Festungen dem König überlassen werde. Es war damals der Wunsch Friedrich Wilhelm's, seine Residenz sobald wie möglich nach Berlin zurückzuverlegen; ohne die vollständige Räumung Pommerns und der Mark konnte jedoch von der Rückkehr nach der Hauptstadt keine Rede sein. Die Regierung wäre jeden Augenblick einem plötzlichen Handstreich der Franzosen ausgesetzt gewesen. Der König legte daher das größte Gewicht darauf, Küstrin und Stettin in seiner Hand behalten zu dürfen; er befahl der Commission, als Ersatz die Übergabe zweier Festungen in Schlesien, und zwar wo möglich in den weiter abgelegenen Theilen dieser Provinz, in Vorschlag zu bringen.

Die Bedingungen, die wir hier im Einzelnen angegeben haben, bilden den Inhalt einer königlichen Verfügung, die am 31. October vollzogen wurde; das Gutachten Stein's hat demselben von Anfang bis zu Ende zu Grunde gelegen. Bei dem Erlaß dieser Ordre war der Zeitpunkt für die Abreise des Prinzen Wilhelm noch nicht bestimmt. Es konnten noch Wochen vergehen, ehe der König die gewünschten Mittheilungen Knobelsdorff's erhielt: man rechnete, daß in der Zeit, die bis dahin verlief, auch die Friedenscommission im Stande sein werde, über die Aufnahme zu berichten, welche die neuesten Erbietungen Preußens bei dem Bevollmächtigten Napoleon's gefunden hätten. Erst wenn man hierüber Gewißheit erlangt, sollte die Entscheidung über die Mission des Prinzen getroffen werden.

Schon nach Verlauf von zwei, drei Tagen aber war die Lage der Dinge in Memel gänzlich verändert. Am 2. November morgens brachte ein Courier aus Berlin die Nachricht von einer neuen Katastrophe in den Unterhandlungen mit Daru. Nach einigen mündlichen Besprechungen, die in die Tage vom 19. bis 22. October fielen, hatte der Generalintendant am 24. October den preußischen Commissaren den Entwurf einer vom vorhergehenden Tage datirten Convention überreicht und die sofortige Unter-

zeichnung derselben verlangt. Als Schreckmittel hatte er sich auch bei dieser Gelegenheit einer Weisung Napoleon's bedient[1]).

Es bedurfte nur eines flüchtigen Einblickes in die Sommation des französischen Intendanten, um zu erkennen, daß sie beinahe in allen Punkten, an denen das Einverständniß bis jetzt gescheitert, noch über die Grenze der bisherigen Forderungen Frankreichs hinausging. Nur die Höhe der Contribution war dieselbe geblieben; im Übrigen aber bestand Daru nicht bloß auf der Cession der Domänen, sondern er nahm für die Zahlung der ganzen Schuld militairische Garantien in Anspruch, die den preußischen Staat geradezu der Waffengewalt Napoleon's überliefert haben würden. Statt der drei Festungen, die er früher genannt hatte, verlangte er jetzt deren fünf, — und zwar die wichtigsten strategischen Punkte an der Weichsel und Oder: Graudenz, Colberg, Stettin, Küstrin, Glogau. Jeder dieser Plätze sollte mit einer Truppenmacht von acht Tausend Mann besetzt werden, so daß die Occupationsarmee, die von Napoleon kurz vorher auf 18,000 Mann festgestellt worden war, nach dieser Convention die Stärke von 40,000 Mann gehabt haben würde. Und dazu kam, daß der gesammte Unterhalt dieser Besatzungen, die Kosten der Löhnung, Verpflegung und Waffenausrüstung einzig und allein von der preußischen Regierung bestritten werden sollten.

Nach den Tarifsätzen des napoleonischen Militairbudgets belief sich der Aufwand für je Tausend Mann der französischen Armee, einschließlich der Offiziere auf jährlich Eine Million Franken, und da dieser Anschlag, wie Daru in seinem Entwurf ausdrücklich zur Bedingung gestellt hatte, auch bei den Occupationstruppen in Anwendung gebracht werden sollte, so erwuchs dem preußischen Staate eine Leistung von jährlich vierzig Millionen. Wie aber verhielt sich diese Summe zu den damaligen Einnahmen Preußens? Der neue Staatshaushalt, der soeben in Memel ausgearbeitet worden war, normirte den Gesammtertrag der gegenwärtigen Staatseinnahmen im günstigsten Falle auf höchstens Sechszig Millionen Franken, im mittleren Durchschnitt sogar nur auf Fünf und Fünfzig Millionen. Es ergab sich also, daß Preußen durch Annahme der Convention vom 23. October in die Nothwendigkeit versetzt worden wäre, mehr als zwei Drittel seiner Revenüen auf die Erhaltung der in den Festungen verbleibenden fremden Truppen zu verwenden. Von einer preußischen Finanzverwaltung hätte unter solchen

1) Die Ordre, auf die Daru sich berief und die er Sack vorzeigte, war vom 12. October; in der Correspondenz Napoleon's findet sie sich nicht. Vgl. den Bericht Sack's vom 24. October, Actenst. Nr. 7.

Verhältnissen überhaupt keine Rede mehr sein können. Wenn man sich selbst entschloß, zu dem Mittel des Domänenverkaufs zu greifen, um mit dem Erlös die eine Hälfte der regulären Kriegsschuld zu decken, so würden die restirenden funfzehn bis zwanzig Millionen der jährlichen Einnahmen noch immer kaum ausgereicht haben, um die andere Hälfte der Contribution in einer Frist von drei Jahren abzutragen. Die Mittel für die öffentlichen Ausgaben, für die Civilliste, für die gesammte Verwaltung des Staates, für das Heer, für die Verzinsung der Staatsschuld und was noch etwa an Schuldposten für die Forderungen aus den abgetretenen Provinzen nach dem bekannten System Daru's zusammengerechnet wurde, — alle diese Summen hätten nicht anders beschafft werden können als durch neue Anleihen. Das Resultat wäre also gewesen, daß der preußische Staat, bei einer Verminderung des Domänenbesitzes um funfzig Millionen, drei Jahre hindurch mit einem Deficit von mindestens gleichem, wahrscheinlich weit höherem Betrage hätte wirthschaften müssen.

Friedrich Wilhelm sagte, er würde aufhören, Herr in seinem Lande zu sein, wenn Frankreich ihn zur Annahme eines solchen Vertrages zwingen wollte. „Die Domänen in der Gewalt der Franzosen", schrieb er, „und vierzig Tausend Mann französischer Truppen im Lande, — dies würde heißen, den preußischen Staat in jedem Augenblick der Gnade und Barmherzigkeit Napoleon's Preis zu geben". Sein Entschluß war sogleich gefaßt; er befahl seinem Bruder sich sofort zur Reise nach Paris zu rüsten.

Noch fehlte zwar dem Ministerium die Nachricht darüber, ob Brockhausen inzwischen am französischen Hofe angelangt sei; allein Knobelsdorff hatte den Auftrag, in jedem Falle die Ankunft des neuen Gesandten abzuwarten, ehe er sich entferne. Der König machte den General mit dem Verlauf der letzten Verhandlungen bekannt; er berief sich namentlich auf den Erlaß vom 31. October, mit dem seine Regierung den Beweis des willfährigsten Entgegenkommens geliefert habe. Dann sagt er weiter: „Urtheilen Sie über mein Erstaunen, als ich zwei mal vier und zwanzig Stunden nach dem Abgange des Couriers gestern früh das Project einer Convention erhielt, das Herr von Daru vorgelegt hatte. Mit aller nur erdenkbaren Entsagung, mit den nachgiebigsten Gesinnungen der Welt, ist es unmöglich, sich solchen Geboten zu unterwerfen. Man würde in dem ganzen Umfange der preußischen Monarchie von einem Ende zum andern die französische Herrschaft begründen, seine eigene Knechtung, seinen Untergang vollenden, — man würde Verpflichtungen eingehen, die ich nie erfüllen kann, — denn der Unterhalt der fremden Truppen im Verein mit

der allmäligen Abzahlung der Kriegssteuer würde die Gesammtheit meiner künftigen Staatseinnahmen verschlingen, für die Bestreitung der Ausgaben und der Civilliste würde nichts mehr übrig bleiben. Man braucht nur ein guter Patriot und ein pflichteifriger Diener zu sein wie Sie, um das Entsetzliche dieser Lage zu empfinden. Der Schmerz, den sie mir bereitet, übersteigt alle Beschreibung, da sie mit einem Schlage die Unterbrechung der Unterhandlung in Berlin bedingt und die Unmöglichkeit einer Verständigung mit Daru in das klarste Licht setzt. Unter so traurigen Umständen bleibt mir nichts weiter übrig, als mich ganz in die Arme Napoleon's zu werfen und einen letzten Versuch zu machen, um ihn zu einer endlichen und kategorischen Erklärung über das Schicksal Preußens zu veranlassen. Ich habe Ihnen schon Mittheilung gemacht von dem Entschluß, meinen Bruder, den Prinzen Wilhelm, nach Paris zu schicken und ich habe Sie beauftragt, seinem Erscheinen die Wege vorzubereiten. Jetzt, wo kein Moment mehr zu verlieren ist, liegt es Ihnen ob, die directe Meldung von seinem bevorstehenden Besuche zu machen und Pässe für ihn zu erbitten"[1]).

Es war der Wunsch des Königs, daß Prinz Wilhelm sich zunächst nach Homburg begäbe, wo er, ohne daß der Zweck seiner Reise bekannt wurde, bei seinem Schwiegervater, dem Landgrafen Friedrich von Hessen-Homburg, verweilen sollte, bis ihm die Reiselegitimationen überbracht werden würden. Alexander von Humboldt, der damals in Berlin lebte, erhielt von dem König den Auftrag, mit dem Prinzen in Frankfurt a. M. zusammenzutreffen und ihn nach Paris zu begleiten. Die Welterfahrung des großen Naturforschers und die mannigfachen persönlichen Beziehungen, die ihn sowol unter den Notabilitäten der französischen Gelehrtenwelt als in den tonangebenden Salons der französischen Hauptstadt heimisch gemacht hatten, mußten für den jugendlichen, vier und zwanzigjährigen Prinzen bei seinem Eintritt in die pariser Gesellschaft von unschätzbarem Vortheil sein. Humboldt hatte soeben das Manuscript seines Buches „Ansichten der Natur" vollendet; im gegenwärtigen Augenblick bildeten die Arbeiten an dem großen Werk über die amerikanischen Reisen, dessen Veröffentlichung er in Gemeinschaft mit Aimé Bonpland in Paris besorgen wollte, den Mittelpunkt seiner wissenschaftlichen Thätigkeit. Schon im Hinblick hierauf war ihm der Ruf des Königs sehr willkommen: außerdem aber empfand er die lebhafteste Genugthuung darüber, daß ihm Gelegenheit geboten wurde, seinem königlichen Herrn den Tribut der Dankbarkeit abzustatten; denn selbst die

1) Der König an Knobelsdorff, 4. Nov. 1807.

äußerste Noth des Staates hatte der Freigebigkeit, mit der Friedrich Wilhelm die Studien des berühmten Forschers unterstützte, keinen Eintrag gethan. Wenige Stunden nach dem Empfang der Ordre machte sich Humboldt zur Abreise fertig, nachdem er zuvor in bewegten Worten dem Könige geschrieben hatte. „Es steht mir nicht zu", sagt er, „über den Erfolg dieser Mission ein entscheidendes Urtheil auszusprechen, aber inmitten der beschaulichen Einsamkeit, in der ich seit einem Jahre gelebt, habe ich beständig an dem Glaubenssatze festgehalten, daß endlich, nachdem solange das Unheil gewüthet, die Tugend wieder in ihre Rechte treten wird" [1]. Für den Prinzen Wilhelm hegte Humboldt Gesinnungen der Anhänglichkeit und Freundschaft, die mit der Stellung des Hofmannes nichts gemein hatten, sondern auf wahrer und inniger Theilnahme des Gemüthes beruhten. Er hatte die Stunden nicht vergessen, wo in einer glücklicheren Zeit der Prinz in seinem Arbeitszimmer erschienen war, um, den Unterweisungen des geistvollen Erklärers mit lernbegierigem Eifer folgend, sich in neu erschlossene Geheimnisse der schaffenden Natur einführen zu lassen.

Neben Humboldt hielt man es für nothwendig, dem Prinzen noch einen Vertreter des auswärtigen Ministeriums als diplomatischen Beistand zur Seite zu geben. Die Wahl fiel auf den Mann, den Stein vorgeschlagen, den Geheimen Legationsrath Peter Le Roux, einen der befähigtsten Räthe des Departements, der ein volles Jahrzehend hindurch, bis zum Ausbruch des Krieges von 1806, unter Sandoz-Rollin und Luccheſini bei der Pariser Gesandtschaft angestellt gewesen war und in den schwersten Zeiten des Jahres 1807, als unter den Strapazen der Kriegsmärsche die Kraft der älteren Civilbeamten denn doch bisweilen erlahmte, mit unermüdlichem Eifer der diplomatischen Correspondenz des Hauptquartiers obgelegen und das vollste Vertrauen Hardenberg's genossen hatte. Zu militärischen Begleitern des Prinzen wurden der Major Graf Heinrich von Goltz vom Stabe Blücher's und der Adjutant Lieutenant von Hedemann bestimmt.

Ein eigenhändiges Schreiben des Königs sollte Napoleon auf die Ankunft des Prinzen vorbereiten [2]. Es waren nur wenige Zeilen; mit

1) Vgl. Actenst. Nr. 119. Es ist sehr zu bedauern, daß der Bearbeiter des ersten Theils der von Karl Bruhns herausgegebenen Biographie Alexander von Humboldt's (Leipzig, Brockhaus 1872), Julius Loewenberg, die im Geheimen Staatsarchiv aufbewahrten Briefe Humboldt's nicht gekannt hat.

2) Vgl. Actenst. Nr. 116. Ein zweites Schreiben des Königs, vom 5. Novbr.,

dem Ausdruck der Ergebenheit verbanden sie die Berufung auf das Recht der Verträge. Der König erklärte seine Bereitwilligkeit, in die Beziehungen intimen Einverständnisses mit Frankreich zu treten, aber er sprach gleichzeitig die Hoffnung aus, daß Frankreich der Ausführung des Friedens keine Schwierigkeiten mehr in den Weg legen werde, nachdem Preußen seinerseits das Möglichste gethan habe, um die ihm auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

4.

Die Sendung des Prinzen Wilhelm in ihren Beziehungen zu der allgemeinen Lage der auswärtigen Politik. Bruch mit England.

Obwohl die Instruction, die dem Prinzen Wilhelm ertheilt wurde, auf dem Gedanken beruhte, daß der preußische Staat nur durch die vollständige Aussöhnung mit Frankreich vor weiterem Verderben bewahrt werden könne, so war der König darum doch noch keineswegs gemeint, sich den grausamen Machtgeboten des Siegers auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen.

Behalten wir zunächst die Angelegenheit der Contribution im Auge, so dachte Friedrich Wilhelm nicht, den Standpunkt, den er bisher in dieser Frage eingenommen, jetzt zu verlassen; seine Absicht war vielmehr darauf gerichtet, durch Vermittelung seines Bruders bei dem französischen Kaiser die Annahme derjenigen Bedingungen durchzusetzen, die Daru bisher hartnäckig zurückgewiesen hatte. Es liegt ein Memoire vom 4. November vor, das für den Prinzen ausgearbeitet worden ist, um ihn mit den Prätensionen Frankreichs und den Vorschlägen, die Preußen denselben gegenübergestellt hatte, sowie überhaupt mit dem ganzen Verlauf der berliner Verhandlungen bekannt zu machen. Die Denkschrift entwickelt außerdem die leitenden Gesichtspunkte für die Vereinbarungen in Bezug auf die Abzahlung der Kriegsschuld, die man der französischen Regierung vorschlagen wollte. Prinz Wilhelm hatte hierüber verschiedene Conferenzen mit Stein gehabt, und, wie sich denken läßt, vertrat dieser auf das entschiedenste die Ansicht, daß der Vertragsentwurf des Generalintendanten unter allen Umständen abgelehnt werden müsse. In einem Gutachten vom 3. oder 4. November, also aus den Tagen, in denen die Absendung des

war dazu bestimmt, durch den Prinzen nach seiner Ankunft persönlich übergeben zu werden. Auch die Königin empfahl ihren Schwager dem Wohlwollen des Kaisers in einem eigenhändigen Briefe, dessen Wortlaut nicht vorliegt; vgl. Actenst. Nr. 124.

Prinzen definitiv beschlossen wurde, schreibt Stein: „die Bewilligung der französischen Vorschläge wäre eine vollkommene permanente Subjection, und zwar von der schlimmsten Art, — indem der Herrscher kein Interesse an dem Wohl der unterjochten Nation nähme und nur Druck ausübte, keinen Schutz gewährte. Sie sind also auf keine Weise anzunehmen, sondern das Äußerste was geschehen kann ist bereits in dem Rescript vom 31. October enthalten“ [1]).

Sieht man die Instructionen für den Prinzen genauer an, so findet sich, daß sie durchaus dem Inhalt dieses Erlasses entsprechen. Die Anerbietungen, die der Prinz machen sollte, waren: Baarzahlung von zwölf Millionen, Zahlung von funfzig Millionen in Wechseln, Creirung einer Hypothekenschuld auf die Domänen von ebenfalls funfzig Millionen, die durch den Verkauf von Domänen gedeckt werden sollte, und Einräumung dreier Festungen bis zu dem Zeitpunkt, wo die preußischen Verpflichtungen vollständig erfüllt sein würden.

Nur in einem einzelnen Punkte, der aber nicht die Grundprincipien der abzuschließenden Convention berührte, hielt man es für zulässig, in der entgegenkommenden Tendenz noch weiter zu gehen, als es in den letzten Vollmachten für die Friedenscommission geschehen war. Dieser Punkt betraf die Festsetzung der Frist, innerhalb welcher die Abzahlung geleistet werden sollte. Bisher hatte man preußischerseits noch immer den Vorbehalt gemacht, daß die gänzliche Tilgung der Kriegsschuld erst in einem dreijährigen Zeitraum von Frankreich gefordert werden dürfe. Prinz Wilhelm dagegen wurde ermächtigt zu erklären, daß der König sich angelegen sein lassen werde, jenen Termin soviel wie möglich abzukürzen. In allen anderen Beziehungen aber ging man nicht um ein Haar breit über die bisherigen Zugeständnisse hinaus: von der Einräumung der fünf Festungen statt drei, von der Zustimmung zu der Besatzungsstärke von 40,000 Mann, von der Überlassung der Domänen an Bonaparte war mit keiner Sylbe die Rede.

Indem der König sich nun aber anschickte, noch einmal den Erfolg einer directen Unterhandlung mit Napoleon zu versuchen, war er sich vollkommen bewußt, daß von dem bloßen Appell an die Milde oder Gerechtigkeit des Kaisers nicht die geringste Wirkung zu erwarten sei. Schon die Sendung Knobelsdorff's hatte dies hinlänglich gezeigt. Die Befehle aus dem Cabinet des Kaisers, die Daru dem preußischen Bevollmächtigten vorgezeigt hatte,

1) Vgl. Actenst. Nr. 8.

ließen nur allzu deutlich erkennen, daß Napoleon noch immer von feindseligen Absichten gegen Preußen erfüllt war. Die Nachrichten, die man aus Paris erhielt, darunter Mittheilungen von nahen Anverwandten des königlichen Hauses, bestätigten dies: trotz der Niederwerfung der Monarchie Friedrich's des Großen hatte der Imperator nicht aufgehört, den Geist des preußischen Volkes und der preußischen Armee zu hassen und zu fürchten. Der Schwester der Königin Luise, Fürstin Therese von Thurn und Taxis, hatte er gesagt: „Man wird sehen, daß ich nach Verlauf von zwei Jahren gezwungen sein werde, abermals mit Preußen Krieg anzufangen, denn die jungen Officiere werden dort wieder den Ton angeben, wie vor dem Kampfe". Alles kam darauf an, dem Kaiser eine versöhnlichere Meinung beizubringen, und deshalb entschloß man sich, Garantien anzubieten, die an der Aufrichtigkeit der Gesinnung Preußens keinen Zweifel bestehen lassen konnten.

Diese Erwägung ist es, die man im Auge behalten muß, um den politischen Theil der Instructionen des Prinzen Wilhelm richtig zu verstehen.

Wie der König bereits in dem Schreiben an Napoleon angedeutet hatte, war er erbötig, sich auf das engste und in allen Punkten an das System der französischen Politik anzuschließen. Zu diesem Zwecke wurde eine Defensiv- und Offensivallianz in Vorschlag gebracht, durch welche Preußen sich verpflichten wollte, an allen continentalen Kriegen Frankreichs mit einem Hülfscorps theilzunehmen. Die Stärke des Contingents sollte erst durch die Verhandlungen mit Napoleon näher festgestellt werden. Der ausdrückliche Wunsch Friedrich Wilhelm's war dabei, daß die Zahl der Truppen, entsprechend der finanziellen Lage seines Staates, möglichst niedrig angesetzt werde; doch erhielt der Prinz die Vollmacht, den Vertrag auf 30, selbst bis auf 40 Tausend Mann abzuschließen. Nur wenn die Allianz wider Erwarten von Napoleon abgelehnt würde, sollte Prinz Wilhelm noch einen Schritt weiter gehen: er sollte in diesem äußersten Fall die Zustimmung des Königs zum Eintritt in den Rheinbund erklären.

Niemand wird bestreiten, daß mit diesen Anträgen einstweilen ein unbedingter Verzicht auf jede Selbständigkeit der politischen Action ausgesprochen war. Man glaubte nicht einmal die Forderung erheben zu dürfen, daß die einzelnen Fälle, in denen Preußen seine Streitkräfte dem französischen Kaiser zur Verfügung zu stellen habe, im Voraus näher bestimmt würden: man erkannte eben die Nothwendigkeit an, sich den politischen Interessen Frankreichs in dem ganzen Bereich des Continents ohne Vorbehalt unterzuordnen.

Allein es drängt sich die Frage auf, ob unter den damaligen Verhältnissen der europäischen Mächte überhaupt eine andere Entscheidung möglich war?

Seit dem Frieden von Tilsit bildete der Kampf gegen England den nächsten Zielpunkt aller Bestrebungen Napoleon's. Man wußte in Memel sehr wohl, daß der Imperator, wenn die Friedensvermittelung Alexanders in London zurückgewiesen wurde, von den sämmtlichen Staaten des Festlandes, die bisher noch mit dem brittischen Reiche in Verbindung gestanden, den engsten Anschluß an das Prohibitivsystem verlangen werde. Die Separatartikel des Friedens enthielten eine Bestimmung, nach welcher Preußen vom 1. December 1807 an mit Frankreich gemeinsame Sache gegen die Engländer zu machen hatte, wenn die Annahme des Friedens bis dahin nicht erfolgt war; außerdem aber wäre der König nach dem Wortlaut des Hauptvertrages (Art. 27) verpflichtet gewesen, die Häfen seines Landes schon jetzt den englischen Schiffen zu verschließen und überhaupt jeden Verkehr mit England abzubrechen[1]). Allein bereits unter dem 19. Juli, also wenige Tage nach Unterzeichnung des Friedens, hatte Friedrich Wilhelm seinen Gesandten in London, den Baron Jakobi-Kloest, benachrichtigt, daß er fest entschlossen sei, sich dieser Bestimmung nicht eher zu fügen, bis er durch eine wiederholte und peremptorische Forderung Frankreichs dazu gezwungen werden würde[2]). So unmittelbar nach der erlittenen Katastrophe wagte er den Versuch, in einem der politisch wichtigsten Artikel des Friedens sich mit den Bedingungen, die Napoleon ihm aufgedrungen, in Widerspruch zu setzen.

Was ihn hierin bestärkte, war die Annahme, daß Rußland sich mit ihm in gleicher Lage befinde. Denn Friedrich Wilhelm hatte allen Grund anzunehmen, daß Alexander in seinem Tractat mit dem französischen Kaiser die Einführung der Repressivmaßregeln gegen England ganz in derselben Weise wie Preußen, das heißt von dem Moment des Friedensschlusses an, habe zugestehen müssen. Er stützte sich dabei auf eine Äußerung seines

---

1) Article séparé II: S. M. le Roi de Prusse s'engage à faire cause commune avec la France contre l'Angleterre si, au 1er décembre, l'Angleterre n'a point consenti à conclure la paix . . . Vgl. de Clercq, Receuil etc. Tome II pag. 223 und article 27: Jusqu'au jour de l'échange des ratifications du futur traité de paix définitive entre la France et l'Angleterre tous les pays de la domination de S. M. le Roi de Prusse seront, sans exception, fermés à la navigation et au commerce des Anglais, — ebendas. S 222.

2) Actenst. Nr. 33 Postscript.

kaiserlichen Freundes, der während der Tilsiter Unterhandlungen zu ihm und dem Grafen Goltz gesagt hatte, er werde sich einer solchen Clausel nicht entziehen können[1]). Wir lassen die Discussion dieses dunklen Punktes bei Seite. Undenkbar ist es nicht, daß Napoleon anfangs in der That den sofortigen Bruch mit England von dem Czaren gefordert hat und erst, als Alexander vor der Gehässigkeit und den materiellen Nachtheilen eines so plötzlichen Umschlags seiner Politik zurückscheute, mit dem Gedanken der Mediation Rußlands hervorgetreten ist. Natürlich konnte der wahre Sachverhalt nicht lange verborgen bleiben. Hardenberg, der nach der von Napoleon erzwungenen Verabschiedung aus dem königlichen Dienst seinen Wohnsitz zunächst in Riga aufgeschlagen hatte, machte dort die Wahrnehmung, daß die Zufuhr der englischen Waaren an den russischen Küsten ihren ungestörten Fortgang nahm. Er schrieb darüber am 20. Juli an Beyme und gab den Rath, man möge sich nun auch preußischerseits mit der Sperrung der Häfen nicht allzusehr übereilen. Diese Meinung behielt denn auch in Memel um so mehr die Oberhand, als in den ersten Tagen des August der Text der russisch-französischen Stipulationen, soweit Alexander ihn mitzutheilen für gut befand, dort zur Kenntniß gelangte. Noch waren die schlimmen Zeiten, die man 1806 während der Blokade der preußischen Häfen durchgemacht, die schweren Verluste, die dem Vermögen von Tausenden von Privatleuten zugefügt, in lebendigem Andenken: es mußte Alles daran gesetzt werden, um ähnliche Folgen für diesmal zu verhüten. Eine große Anzahl preußischer Schiffe weilte augenblicklich noch auf englischen Rheden; der sofortige Erlaß eines Sperrungsdecretes würde Schiffe und Ladung in die Gefahr der Confiscation gebracht haben. Friedrich Wilhelm hatte daher den Baron Jakobi ermächtigt, dem Ministerium Georg's III. die auf England bezüglichen Festsetzungen des Vertrages offen mitzutheilen, und ihn zugleich aufgefordert, den preußischen Unterthanen Indemnität zu verschaffen. Er wollte über die Motive seiner Handlungsweise nicht den leisesten Zweifel bestehen lassen; man sollte in London erfahren, daß er ganz wider seinen Willen, nur durch den unabwendbaren Zwang Napoleon's dahin geführt worden sei, Beschlüsse zu fassen, welche die vor Kurzem hergestellte Allianz mit England jählings zerrissen. Der alte Baron Jakobi, der Nestor der preußischen Diplomatie, der seit 1792 auf dem Londoner Posten stand, auf dem er in funfzehn Jahren unaufhörlicher Brandung für alle Stürme

1) Acten st. Nr. 37, vgl. 45.

der Politik wetterfest geworden war, hatte die Intentionen seines Herrn im Voraus richtig erkannt. Angesichts des Zeitungsblattes, das ihm die erste Nachricht von dem Inhalt des Friedensdocumentes überbrachte, war er zu dem Staatssecretär George Canning geeilt und hatte Alles gethan, um einer mißgünstigen Auffassung des ominösen Artikels 27 vorzubeugen [1]). Die Sensation, welche die Tilsiter Verträge in England erregten, war ungeheuer, aber die schonungslose Kritik, welche sie allenthalben hervorriefen, richtete sich ausschließlich gegen den Beherrscher Rußlands; und wenn irgend etwas dazu beitrug, den thatkräftigen Geist, der die brittische Nation beseelte, vollends in Feuer und Flammen zu setzen, so war es die Genugthuung, die man darüber empfand, daß diejenige Macht, mit der man seit den Zeiten der Seeneutralität immer in einem gewissen Antagonismus gestanden hatte, durch die Gemeinschaft mit dem Manne der Revolution ihre Unabhängigkeit preisgegeben und auf lange Zeit hinaus ihren moralischen Credit verloren habe. Dagegen wurde dem Schicksal des Königs von Preußen die wärmste Theilnahme gezollt. Georg III. betheuerte die Fortdauer seiner Freundschaft; er ließ durch Canning versichern, seine Regierung sei weit davon entfernt, die Leiden der preußischen Monarchie noch erschweren zu wollen. Das Cabinet von St. James würde sogar nicht abgeneigt gewesen sein, trotz der offiziellen Sperrung der Häfen, falls der König zu derselben gezwungen würde, den überseeischen Verkehr mit Preußen im Geheimen fortbestehen zu lassen; es wünschte nur die Versicherung Kaiser Alexander's, daß er einem stillschweigenden Abkommen dieser Art kein Hinderniß in den Weg legen werde. Man täuschte sich zwar in London nicht über die wahre Tendenz der zwischen Rußland und Frankreich getroffenen Vereinbarungen und erwartete von Alexander nicht, daß er die Willensstärke besitzen werde, sich der Umgarnung Napoleon's so bald wieder zu entwinden, allein so lange die Verhandlungen über die Friedensvermittlung hin und her gingen, meinte Canning kein Mittel unversucht lassen zu dürfen, durch welches der völlige Bruch mit Rußland vielleicht noch verhütet werden konnte. Er glaubte sein Ziel am besten zu erreichen, wenn er das Interesse Preußens mit ins Spiel zog. Der russische Gesandte Alopäus bot seine Vermittlung an, und Jakobi trug kein Bedenken, ohne vorherige Anfrage bei dem König, den Grafen Lehndorf von dem Plan des brittischen Gouvernements zu unterrichten. Friedrich Wilhelm jedoch hatte kein Vertrauen zu dieser Combination; er glaubte

1) Jakobi, 3. August, Actenst. Nr. 36, vgl. 39.

nicht daran, daß Alexander einen Ausnahmezustand gutheißen werde, der seiner eigenen Politik widersprach: er verbot dem Grafen Lehndorf, sich mit der Sache weiter zu befassen[1]). Es genügte ihm, die Punkte, die im Augenblick von wesentlicher Bedeutung waren, unter der umsichtigen Leitung Jakobi's nach Wunsch geregelt zu sehen. Die Eigenthümer der preußischen Schiffe vermochten ihre Waaren in Sicherheit zu bringen und mehrere englische Kauffahrer liefen mit ihren Ladungen ungestört in die preußischen Häfen ein. Es erschien sogar zur Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs am preußischen Hofe noch einmal ein englischer Bevollmächtigter, der Consul Garlicke, den der König aus Besorgniß vor den Späherblicken der Franzosen zwar nicht mit den Ehrenbezeugungen eines beglaubigten Gesandten empfangen durfte, der aber doch die Erlaubniß erhielt, sich als Privatmann in Memel zu installiren. Napoleon ist später sehr erstaunt gewesen, aus den Parlamentsberichten zu ersehen, wie gut die Minister Georg's III. über die Gewaltthaten informirt waren, die er fortfuhr an Preußen zu verüben. Die Erklärung ist sehr einfach: Garlicke kannte den Gang der Berliner Verhandlungen ganz genau, denn Graf Goltz, der ihn fast täglich zu vertraulichen Conferenzen empfing, machte ihm die umfassendsten Mittheilungen darüber. Unter anderm wurde dem englischen Abgesandten der Daru'sche Entwurf vom 23. October in Abschrift übergeben, mit der Bitte ihn nach London zu schicken. Nachdem Garlicke das Schriftstück gelesen, erklärte er, das Interesse seiner Regierung zwinge ihn, gegen die Annahme der Forderungen Daru's Protest zu erheben: England könne die dauernde Unterjochung Preußens nicht dulden und nicht zugestehen, daß neben anderen Festungen die Seestädte Colberg und Stettin in den Besitz der Franzosen übergingen, denen damit die Möglichkeit gegeben werde, den englischen Handel im baltischen Meere völlig zu vernichten. So wenig der Einspruch Englands für den Augenblick von praktischen Folgen sein konnte — der König sah darin eine erneute Garantie dafür, daß England, wenn es zu Friedensverhandlungen zwischen England und Frankreich komme, die Rechte Preußens nachdrücklich vertheidigen werde: er ermächtigte Goltz zur Entgegennahme des Protestes, über dessen Wortlaut Garlicke ohnehin sich vorher mit dem preußischen Minister in Einvernehmen gesetzt hatte[2]).

---

1) Actenst. Nr. 49.

2) Vgl. Sir Robert Adair, historical memoir of a mission to the court of Vienna in 1806, London 1844; p. 427 Garlicke an Adair, Memel 14. November. Die Verbalnote Garlicke's ist vom 3. Nov. In dem Begleitschreiben an Goltz sagt Garlicke: Je

In diesen fortdauernden Beziehungen zu dem englischen Cabinet lag nun aber eine Anomalie gegen die Tilsiter Verträge, von der man sich sagen mußte, daß sie durch die Macht der Verhältnisse nur allzubald über den Haufen geworfen werden würde. Schon als die Engländer sich im August zu dem Unternehmen gegen Dänemark rüsteten und mit einem der größten Geschwader, das je von ihren Küsten aus unter Segel gegangen, im Bereich des baltischen Meeres erschienen, begann Marschall Soult auf die Sperrung der Häfen zu dringen. Man mußte nachgeben und die dazu nöthigen Anordnungen treffen: am 1. September wurde durch die Zeitungen ein Publicandum veröffentlicht, welches die Schließung der preußischen Häfen anordnete. Trotzdem war der König noch weit davon entfernt, die Maßregel mit voller Strenge durchführen zu wollen: er schrieb am 3. September an Jakobi, er werde keinem englischen Schiffe, das unter neutraler Flagge sich den Küsten seines Staates nähere, die Landung verweigern[1]). Allein die Ergebnisse drängten rascher vorwärts, als er gedacht. Das Bombardement von Kopenhagen war hauptsächlich deshalb in Memel höchst unerwünscht, weil sich vorhersehen ließ, daß Napoleon nun nicht eher ruhen werde, bis er die Kriegserklärung gegen England in Petersburg durchgesetzt habe. Wohl hätten damals die nordischen Angelegenheiten eine für Frankreich sehr gefährliche Wendung nehmen können, wenn die Stellung Rußlands eine andere gewesen wäre. Mit der Wegführung der dänischen Flotte, die Napoleon als Werkzeug für den Krieg gegen England hatte benutzen wollen, war der eigentliche Zweck der baltischen Expedition erfüllt, und man würde in London sehr geneigt gewesen sein, sich mit Dänemark in Güte zu einigen, wenn Dänemark genügende Bürgschaften für ein neutrales Verhalten in Zukunft zu geben vermocht hätte. Das Cabinet von St. James bot Rußland die Rolle des Friedensvermittlers an, allein der Herrscher des Nordens lebte und webte nur noch in den weitaussehenden Plänen, mit denen Bonaparte ihn gefesselt hatte: er trug die größte Entrüstung über das völkerrechtswidrige Benehmen der Engländer zur Schau, während er in Wahrheit froh war, einen plausiblen Vorwand für die Inauguration seines Kriegszustandes mit England gefunden zu haben. Das russische Kriegsmanifest ist zwar erst am 7. November erlassen worden, aber seine Veröffentlichung wurde am preußischen Hofe bereits erwartet, zu der Zeit, wo die Instruction für den Prinzen

crois que V. Exc. trouvera dans l'incluse le resumé de la conversation dans laquelle elle me fit l'honneur d'entrer avant hier du soir.

1) Actenst. Nr. 44.

Wilhelm entworfen wurde. Es wäre eine thörichte Illusion gewesen, hätte Preußen noch länger gegen die Consequenzen der Tilsiter Verträge ankämpfen wollen.

Und schlugen nicht überhaupt die allgemeinen Verhältnisse Europas unaufhaltsam die Richtung ein, welche das Übergewicht Frankreichs ihnen vorzeichnete? So stark die persönliche Antipathie sein mochte, die Kaiser Franz gegen den engeren Anschluß an Napoleon empfand, — Österreich hatte den Vertrag von Fontainebleau angenommen, obwohl der Kaiser sich des Gefühls nicht erwehren konnte, daß die in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Grenzregulirung mit dem Königreich Italien ganz danach angethan waren, „die Consideration seiner Monarchie" in Schatten zu stellen[1]). Die territorialen Nachtheile wären noch zu verschmerzen gewesen; schlimmer aber war, daß Napoleon den leicht errungenen diplomatischen Sieg sogleich benutzte, um weitere Forderungen zu stellen, die Österreichs Politik willenlos in seine Bahnen mit fortreißen mußten. Er stellte an den Wiener Hof das Verlangen, die Rückgabe der dänischen Flotte in London zu beantragen und, falls eine verneinende Antwort von dort erfolge, mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu drohen. Niemand zweifelte, daß der Imperator auch in dieser Frage seinen Willen durchsetzen werde. Jenseits der Alpen ging die Ausbreitung der französischen Herrschaft ihrer Vollendung entgegen. Man sprach davon, daß Napoleon sich demnächst nach Italien begeben werde, um die längst beschlossene Einverleibung Etruriens und des Kirchenstaates vor seinen Augen perfect werden zu lassen. Das Haupt der katholischen Christenheit, Pius VII., hatte sich geweigert, die ihm vorgelegte Convention, durch die auch Rom zur Theilnahme an dem Kampf wider die Weltmacht des protestantischen Inselreiches verpflichtet werden sollte, zu unterzeichnen: Ancona und Urbino waren in Folge dessen von den französischen Truppen besetzt worden. Durch die Occupation der jonischen Inseln ferner, die nach der Übereinkunft mit Rußland im Tilsiter Frieden erfolgt war, hatte Napoleon einen neuen Stützpunkt gegen die englische Seeherrschaft im mittelländischen Meere gewonnen. Auf der pyrenäischen Halbinsel aber hatte Napoleon eine Armee in Spanien stehen, mit dem er noch im Bunde war, eine andere schickte sich zu jener Expedition gegen Portugal an, durch welche das Haus Braganza entthront und dem Handel Englands der Zugang zu den Küsten gesperrt werden sollte. Auch im Norden schien es, als ob die Übermacht Frankreichs zu ausschließ-

1) Vgl. Adolf Beer: Zehn Jahre österreichischer Politik, Leipzig 1877 S. 300.

licher Geltung gelangen werde. Nach der Vernichtung seiner Flotte eilte Dänemark den Schutz seiner Selbstständigkeit in dem Bündniß mit Frankreich zu suchen. Schwedisch-Pommern und Rügen waren besetzt. Schon sammelte sich unter Führung Bernadotte's ein französisches Heer, um mit Hülfe Dänemarks eine Landung in Schweden zu unternehmen. Man hoffte, Gustav IV., den letzten Bundesgenossen des brittischen Reiches, zum Kriege gegen England zu drängen. Es war in jenen Tagen, wo Napoleon seinen nordischen Alliirten frohlockend zurief: „So ist denn England endlich im Kampf mit aller Welt!“ [1])

Aus dieser Lage der Dinge ergab sich nun auch das bestimmende Moment für die nächsten Entscheidungen Preußens. In einem Rescript Friedrich Wilhelm's aus jenen Tagen heißt es: „Es ist beschlossen, Napoleon will keinen englischen Gesandten auf dem Continent mehr dulden; auch der wiener Hof wird Frankreichs Bedingungen über sich ergehen lassen müssen. Wie vermöchte ich es, allein gegen ein System anzukämpfen, das sich nach allen Seiten hin festsetzen und neue unberechenbare Folgen nach sich ziehen wird“. Das längere Verweilen des englischen Gesandten in Memel war zur Unmöglichkeit geworden; um den Eclat einer Ausweisung auf Geheiß der französischen Behörden zu vermeiden, bat man Garlicke, sich aus freien Stücken zurückzuziehen, und dieser war tactvoll genug, ohne Zögern die Staaten des Königs zu verlassen. Wie schwer Friedrich Wilhelm sich an den Gedanken gewöhnte, das freundschaftliche Verhältniß zu England vollständig preisgeben zu müssen, geht daraus hervor, daß er noch am 12. November eine Ordre erließ, durch welche Jakobi angewiesen wurde, einstweilen auf seinem Posten zu verharren [2]): ein Befehl, der dann freilich sofort widerrufen werden mußte, als man zugleich mit der russischen Declaration vom 7. November die Nachricht von der Abberufung des russischen Gesandten in London erhielt. Es war die höchste Zeit, daß Preußen das Gleiche that, — denn kaum hatte Brockhausen, Ende October, die Geschäfte der Gesandtschaft in Paris übernommen, als Champagny ihm in gebieterischer Note zu verstehen gab, daß man von Preußen die unverzügliche Ausführung der Tilsiter Verträge erwarte, da England die Friedensvermittelung Alexander's zurückgewiesen habe. In Folge dessen wurde Jakobi

1) Correspondance XVI p. 145, Napoleon an Alexander 7. November: Ainsi, voilà l'Angleterre en guerre avec tout le monde. Il n'y a plus que le roi de Suède, qui entendra probablement raison quand Votre Majesté lui aura parlé un peu sérieusement.

2) Der König an Jakobi 12. November: Je vous laisserai à Londres. Actenst. Nr. 54.

am 29. November aufgefordert, seine Abreise möglichst zu beschleunigen. Bevor er sich jedoch entfernte, sollte er noch einmal um eine Unterredung bei Canning nachsuchen und ihm sagen: nur mit äußerstem Widerstreben unterwerfe sich der König einer Maßregel, die er zu ändern nicht im Stande sei; aber die Großmuth, die England bewiesen, erwecke in ihm die Hoffnung, daß die Handelsbeziehungen der beiden Länder auch während des Krieges nicht ganz unterbrochen werden würden, und daß dereinst, bei den Friedensverhandlungen, das brittische Gouvernement für die Wiederherstellung der preußischen Monarchie seinen Einfluß aufbieten werde. Was ihn betreffe, so könne man sicher sein, daß er die erste günstige Wendung der Zeiten benutzen werde, um durch Absendung eines vertrauten Unterhändlers eine geheime Verbindung mit dem Londoner Cabinet anzuknüpfen [1]).

Der Bruch mit England bildete in gewissem Sinne eine nothwendige Ergänzung zu der Mission des Prinzen Wilhelm, denn die Befürchtung lag nahe, daß Napoleon den Bruder des Königs in ähnlicher Weise wie den General Knobelsdorff behandeln, vielleicht sogar ihm den Zutritt zu seinem Hofe verweigern werde, wenn die vertragsmäßig bis zum 1. December zugesagten Maßregeln gegen England bei der Ankunft des Prinzen noch nicht ins Werk gesetzt waren. Vielleicht daß Napoleon durch die pünktliche Erfüllung des Tractates um so eher dahin gebracht werden konnte, sich den nächsten Wünschen Preußens willfährig zu erzeigen, die Befreiung des Landes nicht länger zu beanstanden und eine Verminderung der Contribution eintreten zu lassen. Für einen solchen Gewinn wäre selbst das Bündniß mit Frankreich kein zu hoher Preis gewesen: Preußen erlag dann wenigstens nicht mit seinen materiellen Kräften; man rettete die Finanzen des Staates, die noch vorhandenen Hülfsmittel und wahrte sich den freien Gebrauch derselben für künftige bessere Zeiten.

Denn so schmerzlich die Bedrängnisse des Augenblicks empfunden wurden, — man verzweifelte keineswegs an der Möglichkeit einer glücklicheren Zukunft. Wir berühren hier ein Moment in den großen Combinationen der europäischen Politik, das nicht nur in den Verhandlungen der leitenden Staatsmänner während der nächsten Zeit eine entscheidende Rolle gespielt hat, sondern das namentlich auch für den Gang der preußischen Angelegenheiten bis zum Erfurter Congreß von verhängnißvoller Bedeutung geworden ist.

---

1) Actenst. Nr. 56, 29. November.

Sein Ursprung weist zurück auf die geheimen Verabredungen, die bei dem Friedensschluß von Tilsit zwischen den Herrschern Frankreichs und Rußlands getroffen worden waren. Seit den Tagen der großen Katharina gehörte der Umsturz der osmanischen Herrschaft in Europa zu den Grundbestrebungen der russischen Politik. Auch Kaiser Alexander hatte sich in dem Jugendmuth seiner ersten Regierungsjahre mit leidenschaftlicher Vorliebe für die Ausführung dieses Planes erfüllt. Wir sahen, wie Napoleon, mit schlauer Berechnung dem Ehrgeiz Alexander's schmeichelnd, seinem neuen Bundesgenossen die weiteste Perspective auf die Vergrößerung Rußlands im Orient eröffnete.

Die jüngst erschienenen Memoiren Hardenberg's belehren uns, daß bei der Einleitung der Tilsiter Verhandlungen die Theilung der türkischen Provinzen auch von preußischer Seite in's Auge gefaßt worden ist. Auf die Voraussetzung hin, daß Napoleon die Wiederherstellung Polens zu einer seiner Friedensbedingungen machen werde, entwickelte Hardenberg in einer Denkschrift vom 22. Juni, die Feldmarschall Kalckreuth mit in das französische Hauptquartier nehmen sollte, die Grundzüge einer völligen Umgestaltung des östlichen Staatensystems von Europa, wobei es vornehmlich darauf abgesehen war, der preußischen Monarchie für die Länderverluste, die ihr bevorstanden, Ersatz zu schaffen[1]). Preußen sollte seine ehemals polnischen Besitzungen mit Ausnahme der Provinzen Süd- und Westpreußen an das sächsische Herrscherhaus abtreten, das wieder auf den Thron von Polen erhoben worden wäre und auch von Österreich und Rußland die alten polnischen Landestheile erhalten haben würde. Dafür wurden dem preußischen Staat als Äquivalent die hessischen Gebiete, die Lausitzen und einige Territorien in Norddeutschland bis an die Weser zugewiesen, während die beiden anderen Mächte aus der Beute des türkischen Reiches entschädigt werden sollten, — Rußland durch die Moldau und Walachei, Bulgarien und Rumelien, Österreich durch Bosnien, Serbien und Dalmatien. Alles was noch übrig blieb, die Länder griechischer Nationalität und die Inseln, wurde für Frankreich bestimmt.

Es läßt sich nachweisen, daß dieser Theilungsplan im Geiste Hardenberg's bereits Gestalt gewonnen hatte, bevor noch die Kunde von jener Palastrevolution, welche am 31. Mai der Herrschaft Selim's III. ein Ende gemacht, bis in das preußische Kriegslager gedrungen war. Der König

1) Vgl. die Vorschläge bei L. v. Ranke: „Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg", Leipzig 1877, III S. 461.

erfuhr die Neuigkeit erst durch ein eigenhändiges Schreiben Alexander's vom 28. Juni, welches ihm zugleich die Nachricht brachte, daß Napoleon aus eigenem Antriebe die Theilung der Türkei vorgeschlagen habe. Das Schriftstück selbst liegt nicht mehr vor; aber sein Inhalt erhellt im Wesentlichen aus einer Notiz, in dem ungedruckten Tagebuche Hardenberg's. Danach hätte Bonaparte zu Alexander gesagt: er sei nur der Freund Selim's gewesen, nach dem Sturze desselben betrachte er seine Verpflichtungen gegen die Pforte für erloschen. Unter dem Eindruck dieses Zwischenfalles verfaßte Hardenberg am 29. Juni in Piktupöhnen ein zweites Memoire, das an die Adresse des Czaren gerichtet war und worin er die Vorschläge der Denkschrift vom 26. noch einmal wiederholte[1]).

Allein, selbst wenn Napoleon nicht ganz andere Beschlüsse über das Schicksal Preußens im Sinn gehabt hätte, würde Alexander schwerlich geneigt gewesen sein, sich zu den Ideen Hardenberg's zu bekennen, da die Wiederaufrichtung eines von Rußland unabhängigen polnischen Reiches mit seinen Anschauungen in unauflöslichem Widerspruch stand. So kam es zu den geheimen Verabredungen des russisch-französischen Tractates über die orientalische Angelegenheit, auf die wir früher schon hingewiesen haben. Napoleon bot die Hand zu einem Angriff auf die europäische Ländermasse der Türkei, unter Ausschluß Rumeliens und Constantinopels, wenn die Regierung des Sultans sich weigern sollte, der vorher einzuleitenden Friedensvermittelung Frankreichs Folge zu geben. Alle Äußerungen aber, die Napoleon gethan, hatten den russischen Kaiser in dem Glauben bestärkt, daß seinem Alliirten ebensowenig an dem Zustandekommen des Friedens zwischen Rußland und der Pforte, wie an der Erhaltung der Integrität des türkischen Reiches gelegen sei. Ja es kann nicht in Zweifel gezogen werden, daß Alexander schon damals ganz bestimmte Versprechungen mindestens in Bezug auf den Besitz der Donaufürstenthümer von Napoleon empfangen hat[2]).

---

1) Tagebuch Hardenberg's im Geheimen Staatsarchiv, 28. Juni: Billet de l'Empereur au roi, par lequel il lui mande que Napoléon a proposé lui-même le démembrement de la Turquie. Il n'était que l'ami de Selim, après la revolution arrivée il n'est beau à rien — beau raisonnement. Die Denkschrift vom 29. Juni bei L. v. Ranke, III S. 493.

2) Mit vollem Recht hat diese Ansicht schon Th. von Bernhardi ausgesprochen, Geschichte Rußlands II 2, S. 571. Vgl. auch Max Duncker, S. 284. Alexander hat sich wiederholt auf das bündige Versprechen Napoleon's berufen; so in den ersten Unterredungen mit Caulaincourt: C'est l'empereur Napoléon qui, à Tilsit, a prononcé le premier mot sur la Valachie et la Moldavie, ainsi que sur une autre partie de la Turquie. Berichte Caulaincourt's vom 17. und 19. Dec. 1807 bei Lefebvre, histoire des cabinets de l'Europe pendant le Consulat et l'Empire, III 363.

Wie sicher Alexander seiner Sache zu sein glaubte, lehrt eine Episode der Verhandlungen von Tilsit, die bisher nicht beachtet worden ist, die aber im Zusammenhang unserer Darstellung das höchste Interesse gewinnt, weil sie die Consequenzen, die Preußen aus der weiteren Entwickelung der orientalischen Pläne Alexander's und Napoleon's zu ziehen berechtigt war, in neuem Lichte erscheinen läßt. Alexander nämlich hatte den König von Preußen mit einigen, freilich ziemlich allgemein gehaltenen Andeutungen in die Mysterien des türkischen Theilungsprojectes eingeweiht und bei Gelegenheit dieser vertraulichen Enthüllung seinem königlichen Freunde zugleich das feierliche Versprechen gegeben, daß Rußland seinen ganzen Einfluß aufbieten werde, um bei den territorialen Veränderungen, die aus der Zertrümmerung des osmanischen Reiches hervorgehen würden, dem preußischen Staate eine Entschädigung für seine Länderverluste zu verschaffen. In ähnlicher Weise hatte sich der russische Kaiser gegen den Nachfolger Hardenberg's, Grafen Goltz, geäußert. Es scheint als ob aus diesen Verheißungen Alexander's am preußischen Hofe einstweilen ein Geheimniß gemacht worden sei; denn aus einer Stelle der Instruction für den Prinzen Wilhelm, muß man schließen, daß selbst der Bruder des Königs bis dahin nicht davon unterrichtet war[1]). Und allerdings kam es zunächst auf den Ausgang der Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Pforte an, da Napoleon seine weiteren Entschlüsse hiervon abhängig gemacht hatte. Unter Vermittelung eines französischen Abgesandten, des Obersten Guilleminot, waren am 24. August die Friedenspräliminarien zu Slobosia abgeschlossen worden. Die russische Armee sollte nach dem Wortlaut desselben zurückgezogen, die von den Russen besetzten Festungen sollten geräumt, die eroberten Schiffe wieder herausgegeben werden. Dafür willigte die Türkei auch ihrerseits in die Räumung der Fürstenthümer mit Ausnahme einiger Festungen auf dem linken Donauufer, und beide Theile verpflichteten sich, bis zum Zusammentritt eines Friedenscongresses jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Donauländer zu unterlassen. Gelangte der Congreß nicht zum Frieden, so war der Pforte eine Waffenruhe bis zum 3. April 1808 zugestanden worden. Der russische Bevollmächtigte, General Serge Laskaroff, hatte diese Stipulationen angenommen; Kaiser Alexander aber verwarf sie als unvereinbar mit der militärischen Würde seines Reiches. Dem preußischen Abgesandten

1) Vgl. die Instruction für den Prinzen Wilhelm an der Stelle: le Roi confiera aussi à cette occasion à Son Altesse Royale etc. Actenst. Nr. 117.

Major von Schöler sagte er im Betreff der Festsetzungen Guilleminot's: „Zwei Punkte, die Rückgabe der genommenen Schiffe und die Verlegung des Aufkündigungstermins bis zum Frühjahr kann ich mir nicht gefallen lassen; sie werden, wenn die Türken darauf bestehen, auf's Neue den Ausbruch des Krieges veranlassen“ [1]). Und diesmal schien es in der That, als ob der Czar sich nicht blos mit Worten begnügen werde. Er verweigerte die Zurückziehung seiner Armee und ließ schon Ende September Anstalten treffen, um größere Truppenmassen an die russisch-türkische Grenze zu entsenden.

Nirgends folgte man dem Herannahen der orientalischen Krisis mit größerer Spannung als am Hofe Friedrich Wilhelm's. Die Depeschen aus Petersburg meldeten im October, daß Alexander seinen Alliirten in Paris an die Erfüllung des Programms von Tilsit erinnern lasse. Lehndorf berichtete von geheimen Verhandlungen der beiden Kaiser, die durch den französischen Gesandten in Petersburg, General Savary, vermittelt würden, und in denen die Frage der Donaufürstenthümer das Hauptthema bilde [2]). Es war gerade in den Tagen, wo die Abreise des Prinzen Wilhelm beschlossen wurde, als diese Nachrichten dem preußischen Cabinet zugingen. Zwar fehlte noch immer sehr viel, daß man über den wirklichen Stand der politischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland völlig im Klaren gewesen wäre; im Ganzen aber herrschte damals die Anschauung vor, daß Alexander in der orientalischen Frage auf die Gewährung seiner Wünsche rechnen dürfe, und daß daher vielleicht schon in naher Zeit eine entscheidende Maßregel nach dieser Seite hin zu erwarten sei. Der König säumte jetzt nicht länger, seinen Bruder von den Zusicherungen, die Alexander ihm gegeben hatte, zu unterrichten. Er trug ihm auf, die geheimen Verhandlungen, die zwischen Rußland und Frankreich im Gange waren, mit wachsamem Auge zu verfolgen und die Vortheile, die sich Preußen von denselben versprechen durfte, im günstigen Moment zur Geltung zu bringen. Es würde der Lage der Dinge nicht entsprochen haben, schon jetzt mit bestimmten Anträgen über die Entschädigung Preußens vor Napoleon zu

1) Bericht Schöler's vom 13. Oct. 1807, Actenst. 82 gegen den Schluß.

2) Vgl. die Aufzeichnungen Savary's, Memoires du duc de Rovigo pour servir à l'histoire de l'empereur Napoléon, Paris 1828, III. Schon von seiner ersten Unterredung mit Alexander sagt Savary: Je fus persuadé dès lors qu'il (Alexandre) ne demanderait pas mieux que de ne pouvoir pas faire la paix avec la Porte, parce que la conséquence était naturelle dans ce cas. Weitere Aufschlüsse über die Politik Alexander's nach Berichten Savary's bei Thiers VIII p. 212 ff.

treten. Der König begnügte sich seinem Bruder zu sagen, daß es vor allem die Lande jenseits der Elbe seien, deren Wiedergewinnung ihm am Herzen liege. Ausdrücklich wird in der Instruction jener Zusicherung zu Gunsten Preußens gedacht, die den geheimen Artikeln des russischen Vertrages einverleibt war und auf die eventuelle Abtretung eines Gebietes am linken Elbufer Bezug hatte. Vor allem aber wurde der Prinz darauf hingewiesen, daß es von der äußersten Wichtigkeit sei, in den Text des mit Frankreich abzuschließenden Vertrages eine Clausel hineinzubringen, durch welche der Grundsatz einer künftigen Länderentschädigung im Voraus die Anerkennung Napoleon's erhalte.

So mannigfaltig waren die Erwägungen, welche die innere Lage Preußens und die Beziehungen der auswärtigen Politik für die Entsendung des Prinzen Wilhelm an die Hand gaben. Der König hat sich keineswegs verhehlt, daß der Erfolg oder Mißerfolg der Unterhandlungen in Paris über das Schicksal seiner Monarchie entscheiden müsse. „Niemals", so sagte er, „hat es für Preußen eine wichtigere Mission gegeben, als die, welche der Freundschaft und der Vaterlandsliebe des Prinzen Wilhelm anvertraut wird, denn es steht dabei alles auf dem Spiele: nicht nur die letzte Hoffnung auf Wohlfahrt und Glück in der Zukunft, sondern auch die Erhaltung Preußens als selbständiger Staat unter den europäischen Mächten". Unwiderleglich aber erhellt aus dem Gedankengange der Instruction vom 5. November, daß der König dabei verharrte, den vertragswidrigen ungerechten Anforderungen Frankreichs mit zähem Widerstand entgegenzutreten, und daß er die Wiedererhebung seiner Macht fest im Auge behielt. Auf der einen Seite das unvermeidliche Opfer, das die allgemeinen Verhältnisse des Continents ihm auferlegten: das Bündniß mit Napoleon, der Anschluß an das französische System; auf der andern als Gegenpreis die Befreiung des Landes, die Behauptung der inneren Selbständigkeit, die Sicherung des Territorialbesitzes, den Preußen aus dem Zusammensturz der alten Ordnungen in Europa gerettet hatte, — endlich als der erste Schritt für die äußere Reconstruction des Staates die Wiedererwerbung eines Theils der verlorenen Provinzen: das war, nach dem innersten Gedanken Friedrich Wilhelm's, der eigentliche Gegenstand und Zweck des entscheidungsvollen Auftrages, den er in die Hand seines Bruders legte[1]).

1) La formation d'une étroite union avec la France pour s'assurer en retour l'évacuation et la possession tranquille des provinces qui restent au roi et, s'il est possible, quelqu'indemnisation ou du moins quelque perspective pour l'avenir,

Der Prinz hatte Memel am 6. November verlassen und war nach Königsberg gegangen, um die Vorbereitungen zur Reise zu treffen. Dorthin wurden ihm am 7. Instruction, Creditive und das zweite Handschreiben an Napoleon, das zu seiner persönlichen Einführung dienen sollte, übersandt; dort erreichten ihn die Legitimationspapiere mit der Unterschrift des Marschall Soult, deren er bedurfte, um mit seiner Begleitung die Linien der französischen Cantonnements im Bereiche Preußens und der rheinbündischen Staaten passiren zu können [1]). Ohne Berlin zu berühren, begab er sich durch Sachsen und Thüringen über Frankfurt am Main, wohin Alexander von Humboldt ihm vorausgeeilt war, nach Homburg: man rechnete in Memel darauf, daß er spätestens in den ersten Tagen des December in der französischen Hauptstadt eingetroffen sein werde.

5.

Verkettung der preußischen und orientalischen Angelegenheiten.

Nach dem Erlaß des Rescriptes vom 31. October, welches die Gegenerklärungen auf den Vertragsentwurf Daru's enthielt, hatte die preußische Regierung es für nothwendig erachtet, dem russischen Cabinet das Dilemma der berliner Verhandlungen bis in die kleinsten Einzelnheiten darzulegen. Lehndorf hatte dem Minister Romanzoff sagen müssen: der König habe, den Mahnungen Alexanders folgend, das Möglichste gethan; er habe sowohl in der Frage der Kriegssteuer wie in der der Grenzregulirungen Opfer gebracht, die seine Verpflichtungen weit überstiegen, und rechne nun um so mehr auf die kräftige Unterstützung seines kaiserlichen Freundes. Man lebte der Überzeugung, daß die diplomatische Intervention des russischen Cabinets dazu beitragen werde, den Anträgen des Prinzen Wilhelm eine freundliche Aufnahme zu sichern und vielleicht sogar für die Entschädigung Preußens einen günstigen Bescheid bei Napoleon zu erwirken.

Die ersten Berichte Schöler's gewährten ein ziemlich vollständiges Bild von den Anschauungen des Czaren: die Unzulänglichkeit seiner Machtmittel

---

tel est donc en général le but et l'objet de la commission de Son Altesse Royale. Actenst. Nr. 117.

1) In einem Privatbriefe aus Berlin vom 17. Nov. heißt es: „Gestern ist Prinz Wilhelm in Beeskow, 7 Meilen von hier, angekommen. Die Prinzessin von Oranien ist ihm dorthin entgegengereist. Der Prinz kommt nicht nach Berlin, sondern geht durch Sachsen nach Paris".

im Vergleich mit der Stellung Napoleon's machte er Schöler gegenüber absichtlich in übertriebener Weise geltend, allein es war klar, daß er alles zu vermeiden wünschte, was einen Zusammenstoß mit Frankreich hätte herbeiführen können. Und doch fehlte sehr viel, daß er den Freundschaftsversicherungen seines neuen Alliirten, die General Savary bei jeder Gelegenheit wiederholte, mit blindem Vertrauen entgegengekommen wäre. In unzweideutigen Worten hatte er den widersprechenden Empfindungen, die in ihm lebten, dem Argwohn, der seine Seele beherrschte, Ausdruck gegeben. Die Nichtachtung der Verträge, die bei der fortdauernden Occupation Preußens im Spiele war, mußte den Kaiser, der als Garant des Tilsiter Friedens die stricte Ausführung desselben zu verlangen hatte, nicht nur persönlich verletzen, sondern sie erfüllte ihn zugleich mit den ernstesten Besorgnissen für die Sicherheit seines eigenen Landes. In dieser Stimmung traf ihn die Nachricht von den ungemessenen Forderungen des französischen Intendanten. Als Schöler bei einer Audienz am 14. November auf die Übergabe der Festungen zu sprechen kam, die Frankreich dem König auferlegen wolle, zeigte sich Alexander auf das Äußerste bestürzt und erklärte, daß er ein solches Arrangement im Interesse Rußlands unmöglich gutheißen könne.

Mit der Declaration Alexander's vom 7. November war ein bedeutsamer Schritt in der ferneren Entwickelung des Programms von Tilsit eingetreten. Rußland befand sich im Krieg mit England. Sehr bemerkenswerth sind die dialectischen Gründe, mit denen der Czar sein Verfahren vor dem preußischen Bevollmächtigten zu rechtfertigen, ja gewissermaßen von einem höheren Standpunkt der Weltbeglückung aus zu glorificiren suchte. Der Endzweck seiner Politik, sagte er, sei die Wiederherstellung des allgemeinen Friedens: dem Kampfe zwischen England und Frankreich müsse ein Ende gemacht werden, wenn die weitere Unterjochung der continentalen Mächte, die zuletzt auch Rußland seiner Unabhängigkeit berauben würde, verhütet werden solle. Er verglich die Verhältnisse der Welt, wie sie sich seit dem Tilsiter Frieden gestaltet hatten, mit denen des Jahres 1802, zur Zeit des Tractates von Amiens. In einer Lage, die beiweitem weniger kritisch gewesen sei als die jetzige, habe England sich damals zur Annahme des Friedens entschlossen, um so mehr könne man erwarten, daß die englische Nation ihren Widerwillen gegen die Aussöhnung mit Bonaparte endlich besiegen werde, wenn sie jede Möglichkeit einer continentalen Allianz vor ihren Augen verschwinden sehe. Daß es in Wahrheit ganz andere Motive waren, von denen Alexander sich leiten ließ, liegt auf der Hand. Durch die Kriegs-

erklärung gegen England glaubte er dem französischen Kaiser einen Beweis von der Aufrichtigkeit seiner Gesinnungen gegeben zu haben, und hoffte nun, daß auch Napoleon nicht länger säumen werde, die Ansprüche Rußlands zu befriedigen. In erster Linie hatte er dabei die Erledigung der orientalischen Angelegenheiten im Sinn, — aber auch den Vorstellungen Preußens gegenüber zeigte er jetzt eine größere Bereitwilligkeit als vor wenigen Wochen. Er werde alles thun, versicherte er Schöler, was in seinen Kräften stehe; er werde mit Savary sprechen, die nöthigen Weisungen an Tolstoi erlassen und in einem persönlichen Schreiben an Napoleon gegen die Besetzung der preußischen Festungen Verwahrung einlegen [1]).

Man darf nun freilich die Äußerungen Alexander's nicht so verstehen, daß er den König zu einem energischen Protest oder gar zum offenen Widerstande gegen die französischen Bedingungen habe veranlassen wollen. Seine Meinung war und blieb, Preußen müsse den Weg Rußlands gehen und sich ganz an Napoleon anschließen. Aus diesem Grunde fand das Anerbieten des Bündnisses, zu dem Prinz Wilhelm ermächtigt war, bei dem Kaiser unbeschränkten Beifall; er erinnerte daran, daß er selbst in Tilsit dem König den Eintritt in den Rheinbund gerathen habe. Es komme gegenwärtig nur darauf an, die Machtmittel Preußens intact zu erhalten, damit man dereinst, wenn die Verhältnisse sich änderten, Gebrauch davon machen könne. Indem der Kaiser so die Grundsätze seiner Politik andeutete, verhehlte er doch auch die Zweifel nicht, die ihn bewegten. Als Schöler ihn vor allzu großem Vertrauen auf die Zusicherungen Napoleon's warnte, erwiderte ihm Alexander: von Vertrauen kann gar nicht die Rede sein.

Wenige Tage nach dieser Unterredung hatte Schöler, mit Genehmigung des Königs, eine Adresse der Stettiner Kaufmannschaft zu überreichen, worin diese, unter Bezugnahme auf die in der Stadt verbreitete Kunde von einer Verlängerung der französischen Occupation, den russischen Kaiser um seine Vermittelung bei Napoleon bat. Es blieb nicht ohne Eindruck auf den Czaren, als der Gesandte daran erinnerte, daß Stettin der Geburtsort der Kaiserin Katharina sei. Er entließ ihn mit dem günstigsten Bescheide: er versprach seine Verwendung dafür eintreten zu lassen, daß „der Schlüssel der Oder", wie er sich ausdrückte, in die Hände des Königs von Preußen zurückgegeben werde [2]).

---

1) Bericht Schöler's vom 14. Nov. Actenst. Nr. 86.

2) Actenst. Nr. 86b Bericht Schöler's vom 23. November.

Die Erklärungen Alexander's waren für den Hof in Memel der erste Lichtblick in trüber, verhängnißschwerer Zeit. Alles hing jetzt davon ab, wie sich der Erfolg der Verhandlungen in Paris gestalten werde. Noch vor der Ankunft des Prinzen Wilhelm mußte sich zeigen, wie die Zurückweisung des Daru'schen Entwurfes von Napoleon aufgenommen worden sei, ob der Kaiser die von seinem Intendanten gestellten Forderungen als sein eigenes Ultimatum betrachte, oder ob er sich auf weitere Transactionen mit Preußen einlassen werde. Die Entscheidung dieser Fragen war es, der man am Hofe Friedrich Wilhelm's augenblicklich mit der größten Spannung entgegenharrte.

Seit dem 20. October befand sich Brockhausen in Paris. Gleich sein erstes diplomatisches Debut bereitete ihm den bittersten Vorgeschmack der schwierigen und undankbaren Aufgabe, die seiner harrte.

Sack hatte den von Daru übergebenen Vertragsentwurf (S. 33) an den Gesandten geschickt und ihn aufgefordert im Verein mit dem Grafen Tolstoi dem auswärtigen Ministerium in Paris eine Vorstellung zu unterbreiten, durch welche die Unerfüllbarkeit der französischen Prätensionen in volles Licht gesetzt werden sollte. Noch einen Tag früher als der Entwurf in Memel bekannt wurde, am 2. November, war das Schreiben Sack's in die Hände Brockhausen's gelangt, der sich des ihm ertheilten Auftrages sogleich durch eine Note an Champagny entledigte[1]). Er hob hervor, daß die Bedingungen Daru's geradezu als das Todesurtheil Preußens angesehen werden müßten, da sie nicht nur die Aufbringung der Kriegsschuld unmöglich machen, sondern auch den König der Mittel berauben würden, die Kosten seines Hofhalts zu bestreiten und die Ausgaben für Verwaltung und Armee zu erschwingen. Mit einem Worte, Preußen würde aufhören ein Staat zu sein, bemerkte der Gesandte, wenn Napoleon auf der Unterzeichnung dieses Vertrages bestehen sollte. Champagny erwiderte mit den gewohnten Ausflüchten: er sei außer Stande etwas zu thun, denn die Angelegenheiten der Contribution würden in Berlin entschieden, nicht in Paris; alles hänge von den Rathschlägen des Intendanten ab, die der Kaiser festhalten werde.

Wie Napoleon selber gesonnen war, zeigt eine charakteristische Scene, die gerade in jene Tage fiel. Durch das Erscheinen Brockhausen's von seinem erfolglosen Mandat abgelöst, stand General Knobelsdorff im Be-

1) Am 24. October war der Geheime Secretär Mayet mit einer Abschrift des Entwurfes nach Paris geschickt worden (Actenst. Nr. 7). Die Note Brockhausen's ist vom 3. Nov., Champagny's Antwort vom 4.

griff, die französische Hauptstadt zu verlassen. Als er den Wunsch aussprach, sich bei Hofe zu verabschieden, erklärte Napoleon, daß kein Grund vorliege, ihm eine besondere Audienz zu ertheilen. Man habe dem General niemals die Eigenschaft eines diplomatischen Vertreters zuerkannt; es werde daher genügen, ihn wie andere Fremde von hervorragendem Range zu einem der regelmäßigen Empfangstage einzuladen. Begleitet von dem Bruder der Königin Luise und dem Erbprinzen von Mecklenburg-Schwerin, begab sich Knobelsdorff nach Fontainebleau. Es war am Feste Aller Heiligen. Der Kaiser kam, von glänzendem Hofstaat umgeben, aus der Messe. Den Saal durchschreitend, näherte er sich Knobelsdorff und redete ihn an: „Es ist nothwendig, daß man in Preußen ein Ende macht; der verlängerte Aufenthalt der Truppen ruinirt die Provinzen; aber man thut nichts, — man schläft!“ — „Sire“, antwortete der General mit Würde: „man schläft nicht!“ — Weiter vermochte er nicht zu sprechen; der Kaiser ließ ihn den Satz nicht vollenden; er wandte sich ab und ging zum Gespräch mit Anderen über.

Als Brockhausen um eine Audienz bat, weigerte sich Napoleon sie zu bewilligen, ehe nicht der Vergleich zwischen Frankreich und Preußen zum Abschluß gekommen sei[1]). Auf diese Weise sah sich der Vertreter Preußens jeder unmittelbaren Einwirkung auf die Person des Kaisers beraubt; er begann an dem Erfolg seiner Mission zu verzweifeln. In einer seiner ersten Depeschen schrieb er dem König: „nur die Vermittelung Rußlands kann uns retten“.

Graf Tolstoi, der am 3. November in Paris angekommen war, wurde durch Brockhausen sogleich von dem Stande der Dinge unterrichtet. Der Artikel der Festungen machte auf ihn denselben Eindruck wie auf seinen Herrn: er sah darin die offenbarste Bedrohung Rußlands und übernahm es aus freien Stücken, seine Ansicht dem französischen Kaiser vorzutragen. Daß er dies mit dem gehörigen Nachdruck thun werde, dafür bürgten seine politischen Überzeugungen. Es gab wenig Männer, die an den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Preußen und Rußland einen so persönlichen Antheil hatten, wie Graf Tolstoi. Seine Bekanntschaft am preußischen Hofe stammte bereits aus der Zeit, wo bei der Begegnung zu Memel der Freundschaftsbund der Jugend zwischen den Monarchen von Preußen und Rußland erneuert und befestigt worden war.

1) Bericht Knobelsdorff's vom 10. Nov. Erst zehn Monate später, nach Abschluß des pariser Vertrages vom 8. September 1808, wurde Brockhausen von Napoleon empfangen.

In wichtigen diplomatischen Missionen hatte Tolstoi seitdem mehrfach Gelegenheit gehabt, der Person Friedrich Wilhelm's näher zu treten. Er war es gewesen, der im November 1806 die Briefe des russischen Kaisers überbrachte, die durch den Ausdruck der begeisterten Hingabe für die Befreiung Preußens und selbst Europas den König, über alle anderen Rücksichten hinaus, zur Ablehnung des Waffenstillstandes mit Napoleon bestimmt hatten, und während des Feldzuges von 1807, den Tolstoi als commandirender General mitmachte, hatte er zu der kleinen Partei des russischen Heeres gehört, die mit aufrichtigem Herzen dem preußischen Bündniß zugethan war. Dazu kam, daß Tolstoi, Aristokrat vom reinsten Blut, seinem politischen Glaubensbekenntniß nach stark auf die Seite derjenigen Partei hinüberneigte, der die Allianz mit Bonaparte ein Dorn im Auge war. Von tiefem Mißtrauen gegen die Absichten Napoleon's erfüllt, machte er sich geradezu einen Beruf daraus, das System des Tilsiter Friedens zu verdammen und dem Bündniß der beiden Kaiser das Prognostikon zu stellen, daß es über kurz oder lang in die bitterste Feindschaft umschlagen werde [1]).

Napoleon stand eben im Begriff nach Italien abzureisen. Es war sein lebhafter Wunsch, bevor er Frankreich verließ, sich mit Rußland über die zunächst zu ergreifenden Schritte der gemeinsamen Politik in Einvernehmen zu setzen. Die vornehmste und schwierigste Frage, zu der er Stellung zu nehmen hatte, betraf die Beziehungen zur Türkei, die, wie wir sahen, durch den Widerspruch, den Alexander gegen die Vereinbarungen von Slobosia erhoben, in ein neues Stadium getreten waren. Dem französischen Kaiser kam die Ablehnung so unerwünscht wie nur irgend möglich. Wie Napoleon seine Politik stets nach den Erfordernissen und Aussichten des Momentes berechnete, so wußte seine durchdringende Menschenkenntniß auch den Persönlichkeiten gegenüber stets die wirksamen Mittel herauszufinden; Wahrheit und Lüge galten ihm dabei als gleichwerthige Münze, insofern sie nur halfen den gewünschten Zweck zu erreichen. In Tilsit waren die orientalischen Projecte ein nothwendiges Requisit für die einzuleitende Action des Zweikaiserbündnisses gewesen: denn so großartige, so welterschütternde Pläne wie die Theilung des türkischen Reiches, die Vernichtung der englischen Herrschaft in Indien, mußten auf das phantastische Gemüth des

1) Schon Thiers hat bemerkt, daß Napoleon bald nach dem Beginn der Thätigkeit Tolstoi's eine starke Abneigung gegen ihn empfunden habe. Den Charakter des Gesandten schildert Thiers mit den Worten: »susceptible, irritable, soupçonneux, fort enorgueilli de la gloire des armées russes«; VIII 432.

jungen Czaren einen mächtigen Zauber ausüben. Prüft man jedoch die Realität der Sache, so kann es nach den vorliegenden Zeugnissen keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Napoleon die Katastrophe des Orients so lange wie möglich hinauszuschieben suchte, weil es ihm mehr als problematisch war, ob sich aus dem Chaos der Staatenauflösung des osmanischen Reiches jemals wieder ein den Interessen Frankreichs entsprechendes Gleichgewicht werde herstellen lassen. Wenige Wochen nach dem Ereigniß von Tilsit sagte er zu dem österreichischen General Vincent: „ich sehe nicht ein, wie die Theilung der Türkei je stattfinden soll; die Nothwendigkeit legt sie mir auf, mein Wunsch und meine Neigung treiben mich dazu, aber mein Verstand räth mir davon ab“[1]. Unter allen Umständen war der Imperator entschlossen, den Eroberungsgelüsten seines nordischen Bundesgenossen nicht eher freien Lauf zu lassen, bis die russische Allianz ihm die Dienste geleistet hatte, die er sich für die Vollendung seines Continentalsystems von ihr versprach. Immerhin aber zeigte sich, daß Napoleon diesmal nicht so unbedingt Meister der Situation war wie sonst in den großen Verwickelungen der Politik. So sehr es ihn aufbrachte, als er erfuhr, daß die Russen ihren Abmarsch aus den Donaufürstenthümern plötzlich unterbrochen hatten und wieder in Bukarest eingerückt waren, er wagte doch nicht dagegen Protest einzulegen, weil ihm die Freundschaft Alexander's vorerst unentbehrlich war. Mit Ungeduld erwartete er die Nachricht von der russischen Kriegserklärung gegen England. Sobald dieser Punkt ins Reine gebracht, hoffte er das Petersburger Cabinet zum sofortigen Beginn des Kampfes gegen Schweden bewegen zu können. Der Vertrag, den Frankreich mit Dänemark abgeschlossen, enthielt einen Artikel, der den Hof von Kopenhagen verpflichtete, dem König Gustav IV. den Krieg anzukündigen, sobald Rußland mit dem Beispiel vorangegangen sei. General Savary hatte in Folge dessen den Befehl erhalten, auf die Beschleunigung des Einmarsches der russischen Truppen in Finnland zu dringen. Und noch nach einer andern Seite hin, behielt man sich vor, die Unterstützung Rußlands in Anspruch zu nehmen. Bei den Berathungen, die zu dem Vertrage von Fontainebleau (S. 46) führten, hatte der Imperator, wie wir sahen, dem Wiener Hofe das Ansinnen gestellt, eine Sommation in London übergeben zu lassen, durch welche England mit der Kriegserklärung Österreichs bedroht werden sollte, falls es sich weigerte, der dänischen Regierung für das Attentat von Kopenhagen Genugthuung zu geben. Der österreichische Gesandte in Paris, Fürst

1) Vgl. Beer a. a. O. S. 294.

Metternich, dessen Politik damals kein anderes Ziel kannte, als den Gefahren vorzubeugen, die aus der Verbindung Rußlands und Frankreichs für die habsburgische Monarchie erwachsen konnten, hatte Alles zugesagt was Napoleon forderte. Aber dieser selbst war nicht frei von Zweifeln, ob Kaiser Franz sich seinem dictatorischen Befehle so ohne Weiteres fügen werde. Zögerte Österreich, so lag es in Napoleon's Absicht, durch die Einwirkung der russischen Diplomatie einen Druck auf Österreich auszuüben [1]).

In diesem Zusammenhange wird es vollkommen erklärlich, daß der französische Kaiser sich vor jeder Entscheidung in Acht nehmen mußte, die auf die Willfährigkeit des Petersburger Hofes hätte lähmend einwirken können. „Ich sehe die Nothwendigkeit ein", schrieb er am 1. November an den Herzog von Rovigo (Savary), „etwas zu beschließen und ich bin bereit, mich darüber mit Rußland zu verständigen; aber die Sache ist für mich von hoher Wichtigkeit; es dürfte selbst nothwendig werden, daß ich ihretwegen noch einmal eine Zusammenkunft mit Alexander habe". Bei dem Empfang des russischen Gesandten, der am 7. November in Fontainebleau seine Creditive überreichte, machte Napoleon die ersten Enthüllungen über den Plan, den er ersonnen hatte, um die Frage der russischen Gebietserwerbungen an der Donau zunächst auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Graf Tolstoi begann damit, an die Räumung Preußens zu erinnern; Napoleon erwiderte, auch er habe den Wunsch die preußischen Angelegenheiten zu beendigen, aber der König suche die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Darauf sprach Tolstoi von dem Mißtrauen, welches die in Aussicht stehende Occupation der preußischen Festungen bei Rußland hervorrufen müsse. Der Kaiser erklärte, daß es ihm niemals in den Sinn gekommen sei, Graudenz und Colberg zu verlangen; wenn Daru jene beiden Plätze genannt habe, so sei dies ohne Ermächtigung geschehen; er werde ihm befehlen die Forderung zurückzuziehen; sein Vorhaben sei nur, Küstrin und Glogau als Unterpfand bis zur Abtragung der Kriegsschuld zu behalten. Dann aber brachte er das Gespräch auf die Behandlung der orientalischen Angelegenheiten. Es liegt ein Bericht aus dem Cabinet Napoleon's vor, der dazu bestimmt war, den französischen Gesandten in Petersburg mit dem Verlauf der Unter-

1) Nach der ersten Unterredung mit Tolstoi schreibt Napoleon 7. November, Corresp. XVI p. 145 ff.: Nous sommes convenus qu'il écrirait au prince de Kourakine (russischen Gesandten in Wien) et que je lui remettrais un projet de note pour décider la cour de Vienne à déclarer la guerre à l'Angleterre. Gleich darauf trafen allerdings die gewünschten Erklärungen des Wiener Hofes ein.

redung bekannt zu machen. Dieses Schriftstück läßt den ganzen Umfang der Vorspiegelungen ermessen, mit denen Bonaparte den russischen Botschafter irre zu führen suchte. „Die Welt ist groß genug für uns Beide", sagte er in Bezug auf sich und Alexander, „wir müssen uns nur immer verständigen und kein Moment der Entfremdung aufkommen lassen". Wenn es der Politik Rußlands entspräche, die Moldau und Walachei in Besitz zu nehmen, so habe er nichts dagegen einzuwenden, unter der Voraussetzung, daß Frankreich einige Landestheile Preußens als Entschädigung erhalte. Sollten Rußlands Wünsche im Orient noch weiter reichen, so sei nur nöthig, daß Romanzoff den Grafen Tolstoi mit bestimmten Instructionen versehe, was ihn, den Kaiser anbetreffe, so werde er zu Allem die Hand bieten, wodurch das Bündniß mit Rußland befestigt werden könne[1]).

Damit war das entscheidende Wort gesprochen: Napoleon hatte die Bewilligung der Donaufürstenthümer von einem neuen Länderraub an Preußen abhängig gemacht. Ohne eine entsprechende Compensation für Frankreich, sagte er, könne er die Vergrößerung Rußlands an der Donau nicht zugeben; — als Gegenstand jener Compensation aber bezeichnete er die Provinz Schlesien. Am 12. November schrieb Champagny in einem Rescript an den Herzog von Rovigo: „Alles führt zu der Annahme, daß Rußland Absichten auf die Moldau und Walachei hat. Der Kaiser ist dem nicht geradezu entgegen: in gewisser Beziehung können diese Absichten seinen Interessen dienen, indem sie ihn in den Stand setzen, als Compensation einen Theil der preußischen Provinzen zu fordern, was durch weitere Schwächung dieser Monarchie das Föderativsystem Frankreichs verstärken würde. „Freilich", fügte der Minister hinzu, „würde Preußen dann nur noch zwei Millionen Einwohner haben, aber würde dies nicht genug für das Glück der königlichen Familie sein?"[2])

Lag es wirklich in dem Wunsche Napoleon's, auf Grund dieser schmählichen Vorschläge eine Verständigung mit Rußland zu erzielen? Sein

---

1) Correspondance de Napoléon I., XVI 146: Si la Russie avait des idées plus étendues sur l'empire de Turquie, il fallait que M. Romanzoff lui envoyât des instructions plus précises; que, quant à moi, je voulais tout ce qui pourrait resserrer nos liens.

2) Zum ersten Male tritt der Gedanke der Compensation hervor in einer Ordre an Savary vom 6. October 1807, die in dem Augenblick erlassen ist, wo Napoleon die Nachricht von der Wiederbesetzung der Donaufürstenthümer durch die Russen erhalten hatte. Corresp. XVI 74. — Das Rescript vom 12. Nov. bei Lefebvre a. a. O. III 357. Vgl. M. Duncker S. 286.

innerster Gedanke wird durch eine andere Staatsschrift aus derselben Zeit, enthüllt: es ist die Instruction für Caulaincourt, den Herzog von Vicenza, der eben nach Petersburg geschickt wurde, wo er an Stelle des abberufenen General Savary die Vertretung Frankreichs übernehmen sollte. Leider ist das in Rede stehende Schriftstück bisher nur theilweise bekannt geworden, allein die Auszüge, die daraus in französischen Geschichtswerken mitgetheilt werden, beziehen sich gerade auf die preußischen und die orientalischen Dinge: sie gewähren einen erschöpfenden Einblick in das System von Lug und Trug, mit dem Napoleon seinen nordischen Alliirten hinzuhalten suchte. Während er Tolstoi gegenüber die Miene angenommen hatte, als ob ihm an der Integrität der Türkei soviel wie nichts gelegen sei, gipfelten die Weisungen, die dem Gesandten als Richtschnur für sein Verhalten mitgegeben wurden, in dem Satze: „das, was der Kaiser allem anderen vorziehen würde, wäre, daß die Türkei im Besitz ihrer beiden Provinzen verbleiben könnte“[1]). Weiter wird der Gesandte, oder wie Caulaincourt nach dem ihm verliehenen pomphaften Titel sich zu nennen hatte, der Großbotschafter, von dem unabänderlich feststehenden Beschluß in Kenntniß gesetzt, daß die Räumung Preußens nicht eher erfolgen werde, bis Alexander auf die Erwerbung der Donauländer Verzicht geleistet habe. In dieser Bestimmung liegt der Schlüssel des Verständnisses der französischen Politik, soweit sie Preußen betraf, vom Anbeginn der Berliner Verhandlungen an bis zum Erfurter Congreß! „Man muß auf jedes Ereigniß vorbereitet sein“, argumentirte Napoleon wörtlich, „Frankreich kann nicht entwaffnen, so lange so große Interessen noch auf der Wage der Entscheidung ruhen. Rußland hat die festen Plätze am Dniester inne; es hält die Moldau und Walachei besetzt, verstärkt dort seine Truppen. Es ist nothwendig, daß die beiden Kaiser gleichen Schrittes vorwärts gehen“.

Nach dem ostensiblen Theil seiner Instruction hatte Caulaincourt dem Sachverhalt natürlich eine ganz andere Farbe zu geben. Er sollte vorstellen, Frankreich halte den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, um sich ernstlich mit dem Unternehmen gegen die Pforte zu befassen; es

---

1) Vgl. Bignon, histoire de France sous Napoléon, Paris 1838, VII 45. 46, wo die einschlägigen Stellen der Instruction sich finden, z. B. »ce que l'Empereur préfère à tout, ce serait que les Turcs pussent rester en possession de leurs deux provinces«. Bignon begleitet diese Stelle mit dem Commentar: ce dernier trait autorise à croire que les prétentions de l'Empereur sur les possessions prussiennes n'ont rien de sérieux, et qu'il n'a eu d'autre but en les élevant, que de faire évanouir par là les prétentions russes sur les possessions ottomanes.

sei zu befürchten, daß England sich einmischen, die Inseln des mittelländischen Meeres in Besitz nehmen, Ägypten seiner Herrschaft einverleiben werde. Fuhr Alexander fort zu drängen, so hatte Caulaincourt die Gegenbedingungen Frankreichs zu verkündigen, die von der Art waren, daß der Beherrscher Rußlands unmöglich einwilligen konnte, wenn er nicht die Ehre seines Namens mit unauslöschlichem Schimpf beflecken wollte. Darauf baute Napoleon seinen Plan. Natürlich ließ sich voraussehen, daß Alexander ein anderes Arrangement verlangen werde; allein darüber machte sich der Imperator einstweilen keine Sorge. Die Gebiete zwischen Weichsel und Elbe in seiner Gewalt, konnte er ruhig abwarten, was Rußland von ihm fordern werde.

Der preußische Staat aber war durch diese Combination auf das schwerste bedroht, ja seine Existenz aufs Neue in Frage gestellt. Der Ausspruch Daru's, daß die Auseinandersetzung mit Preußen nicht ein Exempel der Arithmetik, sondern ein Problem des politischen Calcüls sei, hatte sich nur allzurasch bewahrheitet.

6.

Der preußische Gegenentwurf vom 2. December 1807.

Wochen und Monate sollten vergehen, ehe man am preußischen Hof von der zuletzt geschilderten Intrigue Napoleon's Kenntniß erhielt. Graf Tolstoi, welcher der festen Überzeugung lebte, daß sein Souverän ein Anerbieten, welches den Ruin Preußens besiegelt haben würde, mit Abscheu zurückweisen werde, verschwieg dem preußischen Gesandten den Inhalt des Gesprächs vom 7. November, denn er befürchtete, daß dieser, von dem niederschmetternden Eindruck einer solchen Eröffnung betroffen, jeden weiteren Versuch, gegen die zuletzt aufgestellten Forderungen Daru's anzukämpfen, fallen lassen werde. Die ganze Taktik Tolstoi's lief aber gerade darauf hinaus, eine allzu große Nachgiebigkeit Preußens zu verhindern. Unmittelbar nach seinem Empfange beim Kaiser conferirte er mit Brockhausen und sagte ihm, alles komme jetzt darauf an, den Forderungen Frankreichs mit Festigkeit entgegen zu treten: Preußen dürfe sich weder auf die Übergabe der Sicherheitsplätze noch auf die Abtretung der Domänen einlassen; nur in Hinsicht der Geldzahlungen möge man sich nachgiebig erweisen. Bis zu Napoleon's Rückkehr werde er von Petersburg auf den Bericht, den er soeben abgesandt, Bescheid erhalten haben; hoffentlich werde er dann in den Stand gesetzt sein, die Rechte Preußens mit

bestem Erfolge zu vertheidigen. Brockhausen schenkte diesen Versicherungen um so mehr sein volles Zutrauen, als sie durch die Erklärungen des französischen Ministers bestätigt wurden. Am 8. November, also am Tage nach der Audienz Tolstoi's, hatte er eine Einladung nach Fontainebleau erhalten, wo ihm Champagny mit ungewohnter Leutseligkeit entgegen kam und ihm mittheilte, der Kaiser habe nicht nur die von Daru entworfene Convention gemißbilligt, sondern auch an Marschall Soult den Befehl erlassen, sich mit seinen Truppen auf das linke Weichselufer zurückzuziehen[1]). Der preußische Gesandte sah hierin das erste Symptom einer nachgiebigeren Gesinnung des französischen Cabinets. Er setzte sich sofort mit Sack in Verbindung, drückte ihm in einem vertraulichen Briefe vom 12. November seine volle Übereinstimmung mit dem bisher von der Commission beobachteten Verfahren aus und gab ihm den Rath, sich auch ferner jedes Zugeständnisses zu enthalten, so lange Frankreich auf so unannehmbaren Bedingungen, wie die zuletzt von Daru genannten, bestehe.

Wir haben früher die Verhandlungen in Berlin bis zur Übergabe des Vertragsentwurfs vom 23. October verfolgt (S. 33). Die Friedenscommission war seitdem von Seiten des Generalintendanten wiederholt mit den übertriebensten Forderungen bestürmt worden. Am 6. November hatte Daru eine Note übergeben, worin der Regierung des Königs auf ausdrückliches Geheiß Napoleon's noch eine weitere Verpflichtung auferlegt wurde, nämlich die Einräumung einer Anzahl von Militärstraßen, durch welche die Verbindung unter den im Westen, Norden und Osten außerhalb der preußischen Monarchie garnisonirenden französischen Truppencorps hergestellt werden sollte. Die erste dieser Straßen sollte von Magdeburg nach Schwedisch-Pommern, die zweite von Stralsund nach Stettin, die dritte von Stettin nach Danzig, die vierte von Stettin nach Warschau führen. Der strategische Gedanke, den Napoleon hierbei im Auge hatte, war nicht zu verkennen: wie die Militärroute zwischen Sachsen und dem Herzogthum Warschau den französischen Truppen die Möglichkeit gewährte, jeden Augenblick in Schlesien und die Lausitzen einzumarschiren, so war es jetzt darauf abgesehen, den Zugang zu der Altmark, zu Pommern und den Provinzen an der Weichsel für alle Fälle

1) Unter dem 7. November war in der That ein Befehl an Soult ergangen, Vorbereitungen zum Abzug der Truppen auf das linke Weichselufer zu treffen. Die wirkliche Ausführung dieser Maßregel aber behielt Napoleon noch einer besonderen Ordre vor. Er verfügte an Soult: sous aucun prétexte, pour aucun motif, vous ne devez point évacuer la droite de la Vistule sans mon ordre. Dites, promettez, ce que vous voudrez, mais n'exécutez pas ce mouvement que je ne vous en aie écrit, Corresp. XVI 143.

offenzuhalten. Kaum hatte der Intendant diese Note vorgelegt, so folgte am 7. November eine zweite, in welcher der Ablauf eines Jahres als die äußerste Frist für die Entrichtung der Contribution festgesetzt wurde[1]).

Je deutlicher sich hierin die Fortdauer der feindseligen Behandlung Preußens ankündigte, um so unvermutheter war es, als am 15. November der französische Bevollmächtigte bei dem Vorsitzenden der Friedenscommision erschien und ihn benachrichtigte, daß er aus dem Cabinet des Kaisers mit neuen Weisungen versehen worden sei, die ihn in den Stand setzten, beiweitem günstigere Anerbietungen zu machen als bisher. Napoleon müsse einen besonders guten Moment gehabt haben, äußerte er. Bevor er sich jedoch näher erkläre, bitte er Sack um das Versprechen, gleich hier an Ort und Stelle, wenn auch vorbehaltlich der Sanction des Königs, einen Vertrag mit ihm zu unterzeichnen. Sack erwiederte, dies könne unmöglich geschehen, da in jedem Falle die Ordre des Monarchen abgewartet werden müsse. Darauf entwickelte der Intendant seine Vorschläge. Sie schlossen sich noch immer eng genug an die früheren Prätensionen an. Frankreich verlangte die Abtragung der Kriegsschuld innerhalb eines Jahres und bezeichnete die Höhe derselben nach dem gegenwärtigen Stand der Abrechnung auf Hundert und acht Millionen, von denen funfzig Millionen durch Überlassung von Domänen, der Rest durch Wechsel, Pfandbriefe und Anleihen aufgebracht werden sollten. Auch die Forderung der Sicherheitsplätze und der Militärstraßen blieb bestehen, aber unter den einzuräumenden Festungen waren Graudenz und Colberg fortgelassen, weil die Cession dieser Plätze, wie Daru erläuternd hinzufügte, dem Ansehen des preußischen Staates zu nachtheilig sein und dem König zu empfindlich fallen würde. Man ging wieder auf den ursprünglichen Antrag zurück, bei dem nur von den drei Festungen, Glogau, Stettin und Küstrin die Rede gewesen war. Die wichtigste Concession endlich, die Daru anzubieten hatte, betraf die Stärke der Besatzungsarmee. Er vermied es zwar eine bestimmte Ziffer zu nennen, aber er versicherte, daß in jeder der genannten Festungen eine geringe Truppenmacht zurückgelassen werden würde, und daß die Unterhaltungskosten sich höchstens auf die Hälfte der früher angegebenen Summen belaufen sollten.

In der vollständigen Räumung des Landes bis zur Oder, in der Verminderung der fremden Garnisonen und in den Ersparnissen, die sich

1) Befehl Napoleon's vom 27. October Corresp. XVI 122 sowohl für die Zablungen wie für die Militärstraßen.

hieraus ergeben mußten, lag allerdings ein unverkennbarer Vortheil der gegenwärtigen Propositionen im Vergleich zu den früheren. Allein der Vorsitzende der preußischen Behörde war trotzdem der Meinung, daß es weder der politischen Lage des Augenblicks, noch den materiellen Interessen des Staates entspreche, die Annahme des von dem französischen Unterhändler dargelegten Vergleiches zu befürworten. Er brachte die Angelegenheit in der Commission zum Vortrag. Während diese noch mit ihren Berathungen beschäftigt war, erhielt man Nachrichten aus Paris, die bis zum 3. November reichten. Man erfuhr, daß der russische Gesandte daselbst eingetroffen sei, und daß er bei der ersten Unterredung mit Napoleon das Wort zu Gunsten Preußens ergreifen werde. „Wir sind in der Krisis", hatte Brockhausen geschrieben, „bald wird sich Alles entscheiden: ich hoffe wenigstens Ermäßigung der grausamen Bedingungen". Sack gehörte zu den Männern im Rathe des Königs, die sich viel von der russischen Vermittelung versprachen. Es schien ihm unter allen Umständen geboten, der Erklärung, die Daru wünschte, auszuweichen, bis die Ankunft eines Couriers ihm über den Stand der Verhandlungen in Paris noch weitere Gewißheit verschafft haben werde. In zwei Berichten, vom 15. und 17. November, meldete er dem König die Anträge Daru's und entwickelte ihm die Gründe seines dilatorischen Verfahrens.

Höchst auffallend war der Eifer, den der Generalintendant an den Tag legte, um die Commission zum sofortigen Abschluß zu bewegen. Erst versuchte er es mit Drohungen; er sagte, wenn man sich nicht in vier und zwanzig Stunden schlüssig mache, so werde er darin eine Zurückweisung seiner Vorschläge erblicken und in diesem Sinne an Napoleon berichten. Als seine Einschüchterungsversuche jedoch vergeblich blieben und die Commission ihm am 16. November eine Note überreichte, die weder ablehnend noch zustimmend gehalten war, sondern Alles von der Resolution des Königs abhängig machte, beruhigte er sich einstweilen. Nicht gerade von Daru selbst, aber doch von Personen, die man für bestellte Zwischenträger halten mußte, wurde dem Präses der Commission in jenen Tagen unter der Hand die Mittheilung gemacht, daß der Vertreter Napoleon's noch zu anderweitigen Concessionen, namentlich zu dem Verzicht auf die Domänen, ermächtigt sei, wenn Preußen sich sogleich mit ihm verständigen wolle[1]).

1) Sack an Brockhausen, 17. Nov.: la commission vient d'être avertie aujourd'hui, que monsieur Daru est très disposé à revenir de cette malheureuse cession de domaines, si l'on consentait à conclure définitivement avec lui. La commission ne signera cependant rien et attendra que Votre Excellence lui ait

Was diese scheinbare Hinneigung zur Milde bezwecken sollte, läßt sich unschwer errathen. Die Theilnahme, die man in Petersburg den Geschicken Preußens zollte, und die durch die offene Sprache Tolstoi's deutlich zu Tage getreten war, hatte Napoleon gereizt, denn sie erschwerte die Durchführung des listigen Planes, den er ersonnen. Er ging jetzt darauf aus, so rasch wie möglich mit Preußen allein fertig zu werden, um dann die von dem König angenommene Convention Alexander entgegen halten und damit die Einmischung Rußlands abweisen zu können. Daß der Imperator, wenn der Vertrag wirklich zu Stande gekommen wäre, sich hinterher an denselben nicht gebunden haben würde, bedarf nach den Enthüllungen der Caulaincourt'schen Instruction keines Beweises mehr. In Berlin aber hatte man für die beabsichtigte Überrumpelung Preußens offene Augen, da man durch Brockhausen von dem peinlichen Eindruck, den die Intimität zwischen Rußland und Preußen bei dem französischen Kaiser hervorgebracht hatte, unterrichtet war. „Zählen Sie nicht auf Andere", sagte Champagny zu dem Gesandten Friedrich Wilhelm's, „glauben Sie mir, lassen Sie sich nicht zu trügerischen Hoffnungen verleiten!" Dieses Wort hatte nun zwar die Wirkung, daß Brockhausen und Tolstoi übereinkamen, ihren freundschaftlichen Verkehr den Blicken der Außenwelt möglichst zu entziehen; in der Stille aber blieben sie auf das engste verbunden. Tolstoi prophezeite eine baldige Wendung zum Bessern in den Zuständen Europas: „Napoleon werde seine Truppen demnächst in Italien, Spanien und Portugal gebrauchen, dann habe die Stunde der Befreiung Preußens geschlagen, und bis dahin möge man sich mit unnöthigen Concessionen nicht übereilen". Diese Auffassung des russischen Botschafters wurde von entscheidendem Einfluß auf die Stimmung der Berichte, die Brockhausen der Friedenscommission übersandte.

Die beruhigerenden Nachrichten aus Paris hatten sogleich eine unmittelbar praktische Folge. Eine Ordre des Königs hatte die Commission ermächtigt, Verhandlungen mit Daru wegen Abtretung der Militärstraßen einzuleiten: unter den gegenwärtigen Verhältnissen jedoch glaubte Sack diesen Befehl unausgeführt lassen zu dürfen. Er war sich der Verantwortlichkeit, die er damit übernahm, vollkommen bewußt; aber er schwankte auch hier nicht einen Augenblick. Dem König meldete er, die Commission werde sich den Anträgen Daru's gegenüber in der strengsten Defensive halten, bis die Resultate der Vermittelung Rußlands und der Sendung

fait part des résultats de ses négociations qui devront la guider dans ses démarches.

des Prinzen Wilhelm die Anhaltspunkte zu ferneren Entschlüssen darbieten würden.

Und diese zuwartende Taktik, die uns von Neuem den Beweis liefert, daß die preußischen Behörden mitten unter den Drangsalen der Occupation den Muth aufrecht erhielten, behauptete auch an derjenigen Stelle die Oberhand, von der die letzte Entscheidung ausgehen mußte, — am Hofe Friedrich Wilhelm's.

Der erste Bericht Brockhausen's, der nach der Audienz Tolstoi's niedergeschrieben war, und die Kunde von den Eröffnungen, die der französische Intendant am 15. November in Berlin gemacht hatte, gelangten kurz nach einander, in der Zeit vom 23. bis zum 25. November, in die Hände des Königs. Sie kreuzten sich mit einer Relation aus Petersburg, in der Schöler von den bereitwilligeren Erklärungen Alexander's Rechenschaft ablegte, und mit einem eigenhändigen Schreiben des russischen Kaisers, das von Betheuerungen unveränderter Freundschaft überfloß [1]). Der König, der die Dinge durchaus in gleichem Sinne auffaßte, wie die Friedenscommission, hatte die eingegangenen Nachrichten aus Berlin und Paris den Ministern Stein und Goltz übergeben, und diese befanden für gut, die Meinung der obersten Centralbehörde, der combinirten Immediatcommission, zu hören, weil es sich hier um Beschlüsse handelte, bei denen die Rücksicht auf die inneren Zustände des Landes, vornehmlich auf die Beschaffenheit seiner finanziellen Mittel, kaum in geringerem Maße den Ausschlag geben mußte, als die Berechnungen der höheren Politik. Von den fünf Mitgliedern dieser Behörde waren damals nur Klewitz, Altenstein und Schön in Memel anwesend; Niebuhr hatte bereits am 23. November die ihm übertragene Mission zur Unterhandlung einer Anleihe im Auslande angetreten [2]); er war zunächst nach Berlin gegangen, wo er Hand in Hand mit der Friedenscommission diesen Gegenstand in weitere Berathung ziehen sollte; Stägemann befand sich in Königsberg. Am 27. November wurde die Sitzung abgehalten. Die Frage, auf die es ankam, war, in welcher Weise man zu den jüngsten Propositionen Daru's Stellung nehmen solle? ob man an den bisher befolgten Grundsätzen fest-

1) Die Berichte Brockhausen's waren vom 9. und 10. November; ersterer, noch in Fontainebleau niedergeschrieben, wurde durch denselben russischen Courier nach Memel befördert, der Tolstoi's Bericht über seine Unterredung mit Napoleon nach Petersburg brachte. Vgl. die Actenstücke Nr. 71 und 86a.

2) Vgl. Lebensnachrichten über Barthold Georg Niebuhr von Perthes. Hamburg 1838. I S. 378; s. oben S. 32.

halten, die früheren, in dem Rescript vom 31. October und den Instructionen für den Prinzen Wilhelm enthaltenen Anerbietungen wiederholen, oder aber ob man sich noch zu anderen Zugeständnissen herbeilassen wolle und zu welchen? Klewitz und Altenstein riethen: unerschütterlich bei den gefaßten Beschlüssen stehen zu bleiben, keine neuen Verpflichtungen gegen Napoleon einzugehen, sondern die Auseinandersetzung auf den bisher vorgeschlagenen Grundlagen, durch Entäußerung von Domänen, durch Zahlung in baarem Gelde und in Werthpapieren, zu Stande zu bringen. Nur einer unter den Räthen des Königs war anderer Ansicht, — Theodor von Schön.

In jener Berathung vom 5. October, deren wir oben gedacht (S. 22), hatte Schön, in Übereinstimmung mit anderen Mitgliedern der Immediatcommission, die damals von Stein um ihr Votum befragt wurden, die Ansicht geltend gemacht, daß Preußen noch Hülfsquellen genug besitze, um die Kriegsschuld abtragen zu können; er hielt es sogar für möglich, einen Zahlungsmodus zu finden, nach welchem die vollständige Abwickelung mit Frankreich schon in einem Zeitram von zwei Jahren bewerkstelligt werden könne. Ganz anders lautete sein Votum jetzt. Indem er sich zum Vertheidiger der Interessen des Volkes aufwirft, erklärt Schön: die Regierung könne es nicht verantworten, den Vertrag mit der Übergabe von Domänen und Festungen und mit der äußersten Anspannung der Steuerkräfte zu erkaufen, solange noch ein anderer Ausweg übrig bleibe. Diesen Ausweg aber glaubt er, — so unerhört es ist! — in der Abtretung eines Theils der preußischen Territorien entdeckt zu haben. Er selber nennt den diesseits der Elbe belegenen District des ehemaligen Herzogthums Magdeburg und einige Gebiete Schlesiens als den Ersatz, den man der Regierung Napoleon's für die Verminderung der Kriegssteuer bis auf die Hälfte ihres Gesammtbetrages anbieten solle.

Man ist gespannt auf die Motive, mit denen ein preußischer Staatsmann solchen Rathschlag zu begründen suchte! Lassen wir die eigenen Worte des vorliegenden Votums von Schön darüber sprechen: „Es ist ungleich rathsamer", sagt er, „einen unbedeutenden Theil des Landes entbehren, als sich in die Nothwendigkeit setzen, theils Alles übermäßig mit Auflagen belasten zu müssen, und so in Absicht der Anhänglichkeit des Volkes an das Gouvernement selbst nachtheilig zu wirken, theils durch Festungen und Domänencession an eine fremde Macht dem Volke ein Interesse auch für diese zu geben. Werden hierdurch nur funfzig Millionen getilgt, so ließen sich die alsdann noch bleibenden vierzig Millionen, weil der Staat Credit behielte, bei vollem Vertrauen des Volkes auf sein Gou-

vernement, wohl auch durch den Zusammentritt der wohlhabendsten Particuliers decken. Des Königs Majestät müssen alsdann aber diese Sache ganz zur ihrigen machen, dem Volke dadurch daß Allerhöchstdieselben sich unter dieses begeben, Vertrauen auch in Absicht dieses Punktes bezeugen, der Stimme des Volkes dabei wesentlich Gehör geben und so den guten Geist, der noch da ist, beleben. Sollte man wegen der Stimme des Volkes bei der Ländercession besorgt sein, — daß nämlich das Anerbieten für eine Geldsumme einen Theil des Landes cediren zu wollen, mißverstanden werden könne, — so ziehe man die Repräsentanten des Volkes dabei mit in das Interesse, berücksichtige ihre Stimme und stelle dem Volke die Unmöglichkeit der Erfüllung der gestellten Bedingung auf einem anderen Wege klar und offen dar".

Man erstaunt über diese Verirrungen eines talentvollen Mannes! Wenn irgend etwas geeignet sein konnte, den Gedanken der repräsentativen Verfassung, der das Lieblingsthema in den Schön'schen Reformplänen bildet, für immer jedes Credites zu berauben, so war es dieser Vorschlag, durch den die zum ersten Male versammelten Vertreter des preußischen Volkes in die Lage versetzt worden wären, ihre Thätigkeit mit einer Zertrümmerung der Monarchie Friedrich's des Großen zu beginnen! Schön hatte natürlich keine Ahnung davon, daß sein Rath auf das allergenaueste mit den geheimen Machinationen Bonaparte's zusammentraf: für das historische Urtheil aber genügt dieses eine Argument, um zu zeigen, wie weit er davon entfernt war, die staatsmännischen Aufgaben jener schweren Zeit richtig zu erfassen und den heiligen Eifer derer zu theilen, die aus dem Vertrauen auf die Unversiegbarkeit der moralischen Kräfte des preußischen Volkes zugleich den Muth der Überwindung und die Hoffnung auf die Wiedererstehung des Vaterlandes schöpften.

In der Umgebung des Königs walteten ganz andere Gesichtspunkte vor. Man besitzt von der Hand Altenstein's die protocollarische Verhandlung über die Sitzung der Immediatcommission, in welcher zugleich die Widerlegung der Ausführungen Schön's vorgetragen wird. Das Schriftstück zeigt eine ächt patriotische, deutsch-nationale Gesinnung, die dem Verfasser zur größten Ehre gereicht und über manche seiner späteren Schwachheiten milder hinwegsehen läßt. Dem mißverstandenen Begriff der Popularität und der falschen Anwendung der politischen Theorien Schön's, stellt er mit schlichten Worten den kategorischen Imperativ des altpreußischen Pflichtgefühls gegenüber. Wenn der König und sein Haus bereit sind, ihre Besitzthümer für die Rettung des Vaterlandes einzusetzen, so muß man der Überzeugung

Raum geben, daß auch die Nation nicht zaudern wird, ihr Äußerstes zu thun. Er hält es für unvereinbar mit dem gerechten Sinn des Königs, einen Theil von Land und Leuten abzutreten, um seinen übrigen Unterthanen Erleichterung von den Auflagen des Krieges zu verschaffen: ein solcher Verkauf würde in den Augen des Aus- und Inlandes gleich gehässig sein: er würde die Anhänglichkeit des Volkes schwächen, das bei jedem Anlaß neue Veräußerungen befürchten müsse. Es würde heißen, für immer auf die Regeneration Preußens verzichten, wenn die Regierung selbst Hand anlegte, den Bestand der Monarchie zu vermindern. „Jede Länderabtretung in Deutschland", schreibt Altenstein, „ohne eine gänzliche Umwälzung der Dinge, erscheint um so bedenklicher, als der Staat nur in seinem Verhältniß zu Deutschland künftig Stellung und Wiederherstellung zu hoffen haben dürfte"[1].

Das Gutachten der Immediatcommission ging zunächst an den Freiherrn von Stein, unter dessen Leitung dann vom 29. November bis 2. December durch den Geheimen Legationsrath Nagler der vollständige Entwurf einer Convention mit Frankreich nach preußischem Vorschlage als Erwiderung auf das am 23. October von Daru übergebene Project, ausgearbeitet wurde.

Nichts vermag das System der Selbstvertheidigung, welches die Regierung Friedrich Wilhelm's des Dritten den französischen Forderungen gegenüber behauptete, deutlicher zu characterisiren als der Inhalt dieses bisher noch von keiner Seite beachteten Schriftstückes. Preußen erbot sich, von dem Betrag der Kriegsschuld, der damals in Memel auf 101 Million, also um sieben Millionen niedriger als Daru angegeben hatte, berechnet wurde, 51 Millionen in Wechseln der angesehensten Kaufmannshäuser in den größeren Handelsplätzen, zahlbar nach drei Monaten, und den Rest in Obligationen der landständischen Creditinstitute, sowie in Pfandbriefen auf die Domänen zu zahlen, mit der Verpflichtung, die letzteren während der Frist eines Jahres in baarem Gelde einzulösen. Als Sicherheitspfand für diese Hälfte der Kriegsschuld bewilligte Preußen dem französischen Kaiser das Besatzungsrecht in Stettin, Cüstrin und Glogau;

1) Klewitz und Altenstein unterschrieben das Protocoll am 27. November, Schön erst am 29. unter Beifügung seines Separatvotums. In den Denkwürdigkeiten Schön's wird der Vorgang nicht erwähnt. Daß er starke persönliche Reibungen erzeugte, beweist ein Schreiben Nagler's vom 29. November 1807, wo mit bitterem Spott von den „Allurenmitteln" gesprochen wird, mit denen Schön die Volksstimmung zu beleben suche. — Vgl. die Schrift von Max Lehmann: Stein, Scharnhorst und Schön S. 32.

jedoch sollte die Räumung der Festungen nach Maßgabe der erfolgten Zahlungen stattfinden, und zwar so, daß Glogau von den französischen Truppen verlassen würde, wenn zwei Siebentel, Cüstrin, wenn vier Siebentel, und Stettin, wenn die ganze Summe gezahlt sei. Für den Sold und die Ausrüstung des Besatzungsheeres habe Frankreich, für die Kosten des Unterhaltes der preußische Staat zu sorgen. Der Artikel über die Amortisation der Pfandbriefe lag in zweifacher Fassung vor: nach der einen wahrte sich die preußische Regierung das Recht, die auf die Domänen fundirten funfzig Millionen, unter Verzinsung zu vier Procent, im Laufe von drei Jahren quotenweise zu berichtigen, nach dem andern adoptirte sie auch für diesen Theil der Kriegsschuld das Prinzip der Realisirung in einem Jahre. Für den Fall daß die Einlösung nach Ablauf eines Jahres nicht bewerkstelligt werden könne, sollten die Staatsgüter, auf welche die Eintragung erfolgt war, dem französischen Kaiser übereignet werden, dagegen die Souveränetät, das Recht der Besteuerung, und vor allem das Recht des Rückkaufes innerhalb eines Jahres zu dem vorher festgesetzten Taxwerth des Grund und Bodens dem König von Preußen verbleiben, so daß es sich nicht um eine Veräußerung, sondern thatsächlich nur um eine einjährige Verpfändung derselben handelte.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß man die finanziellen Schwierigkeiten, denen ein solches Abkommen unterlag, in Memel nicht verkannte. Namentlich die Frage, ob man sich auf die Präclusivfrist von einem Jahre überhaupt einlassen dürfe, hatte zu mancherlei Debatten Anlaß gegeben. Im ersten Augenblick waren die Meinungen dagegen gewesen, und erst als Stein sich für die Möglichkeit der Abfindung in einem Jahre aussprach, schwanden die Bedenken. Man sah zwar ein, daß es der verschiedenartigsten Finanzoperationen bedürfen würde, um die Schulden, die der Staat contrahirte, zu decken: allein man rechnete einerseits auf den so oft bewährten Patriotismus der besitzenden Classen und man hoffte andererseits von Frankreich Zugeständnisse zu erlangen, die der Wiederaufrichtung der inneren Kräfte Preußens und seines Credites im Auslande förderlich sein würden.

In den Gegenconcessionen, die man von Napoleon forderte, tritt der politische Gedanke des Vertragsentwurfes vom 2. December am schärfsten hervor. Das Hauptgewicht legte Stein auf den sofortigen Abmarsch des französischen Heeres. Die Bestimmungen, die sich hierüber in dem Entwurfe finden, beruhen auf Notaten von der eigenen Hand des Ministers, die Nagler bei der Redaction des Textes vor sich hatte. „Die Evacuation

und Truppenbewegung", schrieb Stein, „fängt mit dem Tage der Unterzeichnung an". Um jeder Willkür der Franzosen vorzubeugen, wurden ferner die Termine für die Räumung der einzelnen Landestheile genau festgesetzt. Pommern, die Marken, überhaupt die Gebiete zwischen Elbe und Oder, sollten in zwanzig Tagen, Schlesien in dreißig und die Provinzen zwischen Oder und Weichsel in vierzig Tagen von den fremden Truppen befreit sein. Mit Ausnahme der Besatzungen in den Sicherheitsplätzen würde nach Verlauf von sechs Wochen kein französischer Truppentheil mehr auf preußischem Grund und Boden gestanden haben. Aber auch die Occupation der Festungen sollte so eingerichtet werden, daß wenigstens der militärischen Unabhängigkeit des Staates keine unmittelbare Gefahr daraus erwachsen konnte. Das Stein'sche Exposé normirte die Gesammtstärke der drei Garnisonen auf 6200 Mann; in dem Vertragsentwurf wurde diese Zahl auf 5200 herabgesetzt, — 2500 Mann für Stettin, 1200 für Cüstrin, 1500 für Glogau. Militärstraßen sollten diese Truppen nicht weiter bewilligt werden, als nothwendig war, um die Verbindungen zwischen ihren Standquartieren aufrecht zu erhalten.

Faßt man den leitenden Gedanken dieses Projectes ins Auge, so sieht man, daß dasselbe darauf angelegt war, die preußischen Lande ohne längeren Verzug von dem Druck der fremden Waffen zu befreien, den Gelderpressungen der französischen Behörden ein Ende zu machen, den Besitz der Civilverwaltung zurück zu erlangen, und in möglichst kurzer Frist, so rasch als es die finanziellen Mittel irgend gestatteten, die vollständige Auseinandersetzung mit Frankreich zu Stande zu bringen. Für die Regeneration Preußens würde es von außerordentlichem Vortheil gewesen sein, wenn man die Annahme eines solchen Vertrages bei Napoleon hätte durchsetzen können.

Dafür war nun aber die wichtigste Vorbedingung die, daß man sich in den Besitz der Geldmittel zu setzen suchte, welche zur Aufbringung der Kriegssteuer erforderlich waren. Stein hatte dazu vor allem die Veräußerung und Verpfändung der Domänen im Sinn. Die Domänen sollten als Unterpfand für die Anleihen benutzt werden, die man mit Hülfe des ausländischen Geldmarktes hoffte abschließen zu können: ein umfangreiches Gutachten der combinirten Immediatcommission in Memel, unter dem 10. November von Niebuhr verfaßt, hat bereits die practischen Gesichtspunkte, nach denen die Anleihe als eine hypothekarische Schuld auf die preußischen Domänen eingetragen werden könnten, entwickelt. Der Plan war, die Staatsgüter derartig mit den ritterschaftlichen Credit-

systemen in Verbindung zu bringen, daß innerhalb jeder Provinz der Staat, als Eigenthümer des Domanialgutes, und die Besitzer der zu dem ritterschaftlichen Verbande gehörigen Privatgüter sich zu einer solidarischen Genossenschaft vereinigten, welche unter gegenseitiger Haftpflicht aller Betheiligten für die pünktliche Verzinsung und Wiedereinlösung der Pfandbriefe Bürgschaft zu übernehmen hätte. Die Sicherheit der von dem Staat auszugebenden Schulddocumente wurde durch die Gewährleistung von Seiten der Stände noch erhöht, und zugleich durfte man hoffen, durch diese Combination ein Mittel gefunden zu haben, welches die Pfandbriefe der Ritterschaften vor einer Concurrenz mit den Pfandbriefen der Staatsdomänen schützte, ein Sinken ihres Curses verhinderte. Da die Veranschlagung der Domänen zum Theil auf älteren Abschätzungen beruhte, welche der Revision bedürftig waren, so erging an die Friedenscommission in Berlin und die Generalcommissariate in den Provinzen der Auftrag, die zur Veräußerung und Verpfändung vorzugsweise geeigneten Domänen näher zu bezeichnen und die zur Ermittelung ihres Taxwerthes nothwendigen Vermessungsarbeiten unverzüglich in Angriff zu nehmen [1]).

Nichts wäre dem Könige erwünschter gewesen, als wenn sich zur Beschleunigung der Abfindung Frankreichs die Anschaffung einer flüssigen Geldsumme von namhaftem Betrage hätte ermöglichen lassen. Dies der Grund der vielfältigen Verhandlungen, die mit dem Kurfürsten Wilhelm von Hessen gepflogen worden sind. Durch den Krieg von 1806 seines Landes beraubt, hatte dieser Fürst wenigstens noch das Glück gehabt, sein sehr bedeutendes Hausvermögen, das größtentheils in der Bank von England angelegt war, aus dem Schiffbruch zu retten. Er lebte damals als Privatmann auf seinen stattlichen Gütern in Schleswig und unterhielt lebhaften Verkehr mit den zahlreichen Freunden, die er in Preußen besaß, besonders mit dem Fürsten Wittgenstein, der während seiner mehrjährigen Gesandtschaft in Kassel sich in hohem Grade die Zuneigung des Kurfürsten erworben hatte. Es geschah in Übereinstimmung mit Stein, daß Friedrich Wilhelm dem Kurfürsten die Contrahirung einer Anleihe von 6 bis 8 Millionen Thalern, die auf preußische Domänen fundirt oder für deren Betrag Domänen an den Kurfürsten verkauft werden sollten, vorschlagen ließ. Fürst Wittgenstein, der damals in Berlin verweilte, wurde zum Unterhändler ausersehen [2]). Außerdem hatte der König, um

1) Vgl. Actenst. 19. 20. 23. und die urkundlichen Nachrichten bei Pertz 2, S. 59 ff.
2) Actenst. Nr. 18. 19. 20. 21. 22. 24 ff.; Pertz II 73.

für die dringendsten Geldbedürfnisse des Augenblicks Abhülfe zu schaffen, am 17. November die Emission eines Lotterieanlehens von einer Million Thalern nach dem Plane des Geheimen Finanzraths L'Abbaye gesetzlich sanctionirt.

Der Eifer, mit dem diese mannigfachen Veranstaltungen betrieben wurden, legt beredtes Zeugniß ab für die unverwüstliche Lebenskraft der preußischen Verwaltung, die auch durch die Schicksalsschläge des Krieges nicht hatte zerstört werden können. Ein seltener Verein ausgezeichneter, im practischen Dienst erprobter Männer fand sich um Stein zusammen: Altenstein, Schön, Stägemann, Klewitz, Ölsner, die sämmtlich hohe Stellungen in dem Departement der Finanzen bekleideten und daher in erster Linie dazu berufen waren, bei der Ausarbeitung der finanziellen Projecte hülfreiche Hand zu leisten. Die wichtige Sendung Niebuhr's, dem die schwierigste Aufgabe zu Theil geworden, ist schon erwähnt worden. Ferner trat damals in die engsten Beziehungen zu dem Memeler Kreise der Freiherr Ludwig von Vincke, der ehemalige Kammerpräsident von Münster, der die patriotische Selbstüberwindung gehabt hatte, nach der Besetzung Westfalens auf seinem Posten auszuharren, bis die Anmaßungen des französischen Gouverneurs, General Canuel, denen er vergeblich Widerstand zu leisten suchte, Ende März 1807 seinen Rücktritt bewirkten. Ganz erfüllt von dem patriotischen Eifer, der damals so viele tapfre Herzen zusammenschloß, war er aus eigenem Antriebe nach England geeilt und hatte dem brittischen Ministerium einen von ihm ausgearbeiteten Plan für die Insurrection Westfalens überreicht, die unter dem Schutze der englischen Landungsarmee vor sich gehen sollte, leider aber durch die Langsamkeit der englischen Rüstungen vereitelt wurde. Nach dem Frieden von Tilsit kehrte er nach Deutschland zurück und erschien am 30. November in Memel, um dem König von Neuem seine Dienste anzubieten. Er kam damit den Wünschen Stein's zuvor, der ihn sich längst als seinen Rathgeber in den Anleihe- und Domänensachen ausersehen hatte. Er mußte sogleich ein Gutachten über die Veräußerung der Domänen entwerfen und erhielt dann von dem König den Auftrag, in Gemeinschaft mit Wittgenstein als Sachverständiger den beabsichtigten Domänenverkauf bei dem Kurfürsten von Hessen einzuleiten[1]).

Friedrich Wilhelm hatte die beste Hoffnung, daß er sich mit Hülfe der verschiedenartigen Finanzoperationen seiner Verpflichtungen gegen Frank-

1) E. v. Bodelschwingh, das Leben des Oberpräsidenten Freiherrn von Vincke, Berlin 1853, I 339; Actenst. Nr. 19.

reich entledigen werde. Er betrachtete den Entwurf vom 2. December, der sogleich nach Berlin gesendet wurde, als die äußerste Grenze, bis zu der man den Forderungen Napoleon's nachgeben könne. Sack wurde angewiesen, jede Position gegen Daru nachdrücklich zu vertheidigen, die Übergabe der Domänen und Festungen nicht eher zu bewilligen, bis alle Gegenvorstellungen wirkungslos geblieben seien. Weigerte sich Daru auf den Entwurf einzugehen, so gedachte der König den Schwerpunkt der Verhandlungen nach Paris zu verlegen, — und in diesem Falle kam dann alles auf das persönliche Eingreifen des Prinzen Wilhelm an, der von dem Inhalt der preußischen Vorschläge unterrichtet wurde [1]).

Erst Ende November wurde Napoleon's Abreise nach Italien in Memel bekannt. Die Nachricht kam für die preußischen Pläne im höchsten Grade unerwünscht; Friedrich Wilhelm aber entschied auf der Stelle, daß die Sendung seines Bruders hierdurch keine Verzögerung erleiden dürfe. Am 1. December mußte Goltz ein Schreiben an den Prinzen erlassen, worin diesem der Rath ertheilt wurde, den angesehensten seiner Begleiter, Alexander von Humboldt, mit einem eigenhändigen Briefe an den französischen Kaiser nach Italien abzufertigen. Unter dem Vorwand eines Besuches bei seinem Bruder Wilhelm, damals Gesandten am römischen Hofe, sollte Humboldt auf der Durchreise durch Oberitalien dem Imperator seine Reverenz bezeugen, ihn von der beabsichtigten Mission in Kenntniß setzen und, wenn Napoleon das Vorhaben billigte, um Bestimmung des Zeitpunktes und des Ortes für die Zusammenkunft mit dem Prinzen ersuchen. Wünsche Napoleon den Bruder des Königs jenseits der Alpen zu empfangen, so glaubte Friedrich Wilhelm, die Weite der Entfernung dürfe den Prinzen nicht abhalten, der Einladung Folge zu leisten: er ermächtigte ihn seine Reise dorthin auszudehnen. Bald nach dem Abgang dieser Ordre aber wurden noch andere, völlig unerwartete Hindernisse bemerkbar, auf welche die Mission des Prinzen gestoßen war. Mit Befremden hatte man in Memel die Wahrnehmung gemacht, daß die Berichte der preußischen Gesandtschaft in Paris über diese Sendung das tiefste Stillschweigen beobachteten. Man hatte erwarten können, bis Mitte November eine Erwiderung auf jenes Rescript vom 12. October (S. 25) zu empfangen, durch welches Knobelsdorff oder an seiner Stelle sein Nachfolger, angewiesen worden waren, den Kaiser auf das Erscheinen des Prinzen vorzubereiten; allein weder Knobelsdorff noch Brock-

1) Actenst. Nr. 13 und 121 am Schluß.

hausen ließen sich mit einem Wort über den Gegenstand vernehmen[1]). Schon waren an den Gesandten in Paris Befehle erlassen worden, die ihm in Ausdrücken strenger Zurechtweisung die Unzufriedenheit des Monarchen zu erkennen gaben, als man am 17. December durch Briefe aus Homburg, wo der Bruder des Königs noch immer verweilte, in Memel Kunde erhielt, daß Brockhausen bisher nicht das Geringste gethan habe, um einem wohlwollenden Empfang des Prinzen die Wege zu bahnen.

Es läßt sich nicht darüber streiten, daß hier ein Beispiel höchst bedenklicher, ja unverzeihlicher Eigenmächtigkeit eines diplomatischen Agenten vorliegt. Brockhausen, der von Natur ebenso eitel wie ehrgeizig war, hätte die Reise des Prinzen am liebsten gänzlich hintertrieben und suchte daher geflissentlich alle Gründe hervor, die für die Vertagung derselben sprachen. Auch hierin fand er einen eifrigen Bundesgenossen an dem Grafen Tolstoi, der von der falschen Annahme ausging, daß der Prinz nur deshalb nach Paris geschickt worden sei, weil man sich in Memel zur Annahme der französischen Forderungen entschlossen habe. Er hatte zu Brockhausen gesagt: „Wollen Sie denn alle Opfer jeglicher Art darbringen, ohne die Garantie irgend etwas zu erreichen?" Auch in den officiellen Kreisen der französischen Gesellschaft fehlte es nicht an abmahnenden Stimmen; Talleyrand z. B. rieth, die Ankunft des Prinzen wenigstens zu verschieben, bis der Kaiser aus Italien zurückgekehrt sei. Brockhausen eilte dem Prinzen Wilhelm in diesem Sinne zu berichten, und empfahl ihm, einstweilen in Homburg zu bleiben, indem er geltend machte, daß es für das Ansehen des Prinzen nur vortheilhaft sein könne, wenn die Hauptbedingungen des Vertrages schon festgestellt seien, ehe er selbst erscheine, um die letzte Hand ans Werk zu legen. Erwägungen, die manches für sich haben mochten, die aber doch den Gesandten nicht berechtigten, so zu handeln, wie er es that; es stellte sich heraus, daß Brockhausen nicht einmal die Reiselegitimationen für den Prinzen erbeten, ja sogar die Briefe, die Friedrich Wilhelm und die Königin Luise an Napoleon geschrieben, bei sich zurückbehalten hatte.

Für solchen Ungehorsam gab es denn freilich keine Entschuldigung. Gleich am 18. December ließ der König eine Ordre an seinen Bruder ausfertigen, die demselben das Recht beilegte, kraft königlicher Vollmacht, ohne Rückfrage an allerhöchster Stelle, den Gesandten in Paris seiner Functionen zu entheben und ihn zu sofortiger Rückkehr nach Preußen

1) Goltz an Prinz Wilhelm 1. Dec. 1807. Actenst. Nr. 121.

zu zwingen, wenn derselbe noch ferner den Versuch machen sollte, die Aufträge des Königs oder die Intentionen des Prinzen in irgend einer Weise zu durchkreuzen[1]). An demselben Tage erging an Brockhausen der gemessenste Befehl, die Forderung der Pässe und die Übersendung der königlichen Handschreiben nicht einen Augenblick länger anstehen zu lassen: auch Rußland sei mit der Reise des Prinzen einverstanden, und man habe allen Grund, sich von der Thätigkeit desselben den glücklichsten Erfolg zu versprechen.

Inzwischen aber hatte Prinz Wilhelm schon für die Beilegung des unerquicklichen Zwischenfalles Sorge getragen. Ende November war auf der Rückreise von Paris General Knobelsdorff in Frankfurt am Main eingetroffen; er begab sich zum Prinzen nach Homburg und machte ihm Mittheilungen über die allgemeine Lage der Politik, die wohl geeignet waren, die Aussichten für Preußen in einem günstigeren Lichte erscheinen zu lassen als bisher. Das wichtigste Moment in den Berichten des Generals bildeten die neuesten Ereignisse in Spanien, die Familienzerwürfnisse im Hause der Bourbonen, die Verhaftung des Prinzen Ferdinand von Asturien und die gegen ihn verfügte Untersuchung, das Manifest vom 30. October, in welchem Karl IV. seinen Sohn der Verschwörung gegen das Leben des Monarchen angeklagt hatte. Die öffentliche Meinung in Frankreich, fügte Knobelsdorff hinzu, gehe einstimmig dahin, daß Napoleon sich die Verhältnisse Spaniens zu Nutzen machen und auf dem Wege der bewaffneten Intervention die pyrenäische Halbinsel seiner Herrschaft unterwerfen werde. War dies wirklich die Absicht des französischen Kaisers, so durfte man hoffen, daß er nicht länger zögern werde, seinen Beziehungen mit den Nordmächten Europas endlich eine beruhigende Gestalt zu geben, was nur durch die stricte Ausführung des tilsiter Friedens geschehen konnte[2]).

Durch diese Nachrichten in die größte Spannung versetzt, glaubte Prinz Wilhelm auf der Stelle handeln zu müssen. Ohne weitere Befehle aus Memel zu erwarten, sandte er am 3. December Alexander von Humboldt und den Geheimen Legationsrath Le Coq, der in Begleitung Knobelsdorff's

---

1) Der König an den Prinzen Wilhelm 18. Decbr. 1807. Actenst. Nr. 124 u. 125.

2) Es war damals, daß in Paris zum ersten Male und ohne Zweifel auf Napoleon's eigene Veranlassung das Gerücht einer beabsichtigten Vermählung Napoleon's mit einer russischen Großfürstin auftauchte. Le Coq berichtet über diese Sache an den König. Auch Metternich spricht davon; vgl. „Aus Metternich's nachgelassenen Papieren", II S. 144 ff.; er ist der Meinung, daß über die dynastische Verbindung schon in Tilsit verhandelt worden.

von Paris zurückgekehrt war, an Brockhausen mit dem doppelten Auftrage, den Gesandten entweder durch eindringliche Vorstellungen an seine Pflicht zu erinnern oder wenn sie auf Widerspruch stoßen sollten, über seinen Kopf hinweg, mit dem Cabinet Napoleon's in Verbindung zu treten und die bevorstehende Ankunft des Prinzen zu notificiren. Humboldt, der später oft genug Gelegenheit gehabt hat, sich in diplomatischen Geschäften zu üben, zeigte damals doch noch einige Beklommenheit: kurz vor seiner Abreise nach Paris schrieb er an Goltz, er fühle, daß es ihm an der nöthigen Erfahrung fehle, die man sich in den Wäldern des Orinoco nicht erwerben könne[1]). Aber seine Aufgabe wurde ihm leicht, denn Brockhausen war inzwischen von seiner Starrköpfigkeit bereits zurückgekommen. Als die Abgesandten des Prinzen bei ihm erschienen, befanden sich die königlichen Handschreiben an Napoleon, welche die Reise des Prinzen ankündigten, bereits auf dem Wege nach Italien. Angesehene Männer, deren Urtheil Humboldt einzuholen bemüht war, — der Staatssecretär Maret, der Großcanzler der Ehrenlegion Lacepède, der Minister des Innern Cretet, der Fürst Primas Dalberg, — glaubten dem Prinzen einen wohlwollenden Empfang vorhersagen zu dürfen. Vor Allen aber war es die Gemahlin Napoleon's, Kaiserin Josephine, die das lebhafteste Interesse an den Tag legte: sie sprach nicht nur ihre Freude darüber aus, den Schwager der Königin Luise an ihrem Hofe begrüßen zu können, sondern sie erklärte sich auch bereit, ihm zur Erreichung seiner Zwecke bei dem Kaiser behülflich sein zu wollen.

Mit einem in verbindlichen Worten abgefaßten Schreiben aus Mailand trafen am 25. December die Pässe ein. Brockhausen schickte sie sofort nach Homburg; der Prinz, längst zur Reise gerüstet, brach schon am 30. December auf: zwei Tage nach der Rückkehr Napoleon's, am 3. Januar 1808 Abends[2]), kam er in der französischen Hauptstadt an.

7.

Prinz Wilhelm's erste Audienz bei Napoleon.

(8. Januar 1808).

In Memel hatte sich inzwischen das Vertrauen auf einen glücklichen Ausgang der Pariser Verhandlungen immer mehr befestigt. Es gewährt einen Blick in die geheimsten Gedanken des preußischen Cabinets, wenn

1) Humboldt an Goltz, 3. Decbr. 1807. Actenst. Nr. 122.

2) Nicht am 8. Januar, wie bei L. v. Ranke, Hardenberg IV 147 angegeben wird; vgl. Actenst. Nr. 181.

Friedrich Wilhelm, unmittelbar nachdem er von den Vorgängen in Spanien Kunde erhalten, durch eine Ordre vom 18. December, seinem Bruder im Bezug auf das Anerbieten der preußischen Allianz wesentlich andere Vorschriften ertheilte als bei seiner Abreise von Memel[1]). Allerdings sollte der Prinz noch immer bei dem Vorschlag des Bündnisses beharren, aber er sollte jetzt als Entschädigung, man könnte sagen als Gegenpreis, für dasselbe eine Ermäßigung der Kriegssteuer bis auf die Hälfte ihres Betrages, also um etwa 50 Millionen Franken, verlangen und außerdem noch eine andere Bedingung hinzufügen, die den politischen Kern der Sache trifft, — er sollte den Antrag stellen, daß die Frage des »Casus Foederis«, die wie wir uns entsinnen, in den ursprünglichen Weisungen des Prinzen völlig im Unklaren gelassen worden war, durch bestimmte Vereinbarungen im Voraus entschieden werde: man gab sich sogar der Hoffnung hin, vielleicht noch weitergehende Zugeständnisse erlangen zu können.

Am 7. December war in Elbing endlich die letzte der Conventionen unterzeichnet worden, die so lange Gegenstand der Verhandlungen mit Soult gewesen, der Vertrag über die Grenze Danzigs. Nicht zufrieden mit der willkürlichen Auslegung des tilsiter Friedens, durch welche für den neuconstituirten Freistaat ein doppelt so großes Territorium als ihm zukam, beansprucht wurde, hatte Napoleon schließlich noch verlangt, daß bei Abmessung der Grenzlinie die Außenwerke der Festung zum Anfangspunkt genommen würden, nicht die Enceinte, wie das Friedensinstrument klar und deutlich bestimmte (S. 8). Der König entschloß sich nur schwer, die Mehrforderung von zwei und einer halben Quadratmeile, die ihm auf diese Weise abgepreßt wurde, zuzugestehen, aber wie wäre es möglich gewesen, gegen das Gebot des Imperators anzukämpfen? Der Marschall that Ende November dem Präsidenten von Dohna kund, wenn die Ratification ungesäumt erfolge, werde er die Truppen auf das linke Ufer der Weichsel zurückziehen; zögere man jedoch noch länger, so werde nicht nur das rechte Ufer bis zum Frühjahr besetzt bleiben, sondern die Regierung des Königs habe sich dann noch auf ganz andere Repressalien gefaßt zu machen. Er gebrauchte den Vergleich: wie ein Schneeball würden die Leiden der preußischen Monarchie anwachsen. Dohna selbst rieth unter solchen Umständen die Convention anzunehmen und Friedrich Wilhelm that es. Freilich wurden die Verheißungen des Marschalls nun doch nicht vollständig erfüllt: auf Napoleon's Befehl blieb ein Detachement von etwa dreitausend

1) Vgl. Actenst. Nr. 124.

Mann auf dem rechten Ufer stehen, zumeist corsische Regimenter von der Division Le Grand, die sich auf Marienburg und den Werder zwischen Nogat und Weichsel vertheilten, immerhin aber war jetzt wie in Ostpreußen, so auch in einem Theil von Westpreußen die Regierungsgewalt wieder hergestellt. Der König hatte nur auf die Räumung des rechten Weichselufers gewartet, um Memel zu verlassen und seine Residenz fortan in Königsberg aufzuschlagen. Am 15. Januar hielt der Hof seinen Einzug in die alte Krönungsstadt der preußischen Könige, auch die Centralbehörden wurden dorthin verlegt. Bei dem Abschiede von Elbing hatte Marschall Soult, der jetzt sein Hauptquartier in Stettin nahm und das Commando über die Truppen zwischen Oder und Weichsel führte, eine baldige Verminderung der Occupationsarmee in Aussicht gestellt; er hatte von dem Vorhaben Napoleon's gesprochen, binnen Kurzem dreißigtausend Mann aus Preußen abmarschiren zu lassen. Man war noch immer sanguinisch genug, um an einen Umschwung in den Absichten des französischen Kaisers zu glauben. Stein hatte von dem Erfolg der Sendung des Prinzen Wilhelm eine entschieden günstige Meinung, und der König theilte dieselbe. Er schrieb in jenen Tagen an Brockhausen: „Brauche ich Ihnen zu sagen, mit wie lebhafter Ungeduld ich den ersten Courier erwarte, der nach der Antrittsaudienz meines Bruders von Ihnen abgeschickt werden wird? Ich habe immer die Hoffnung genährt, daß die Eröffnungen, mit denen er beauftragt ist, nicht ohne Wirkung bleiben werden, und ich fahre fort mir zu schmeicheln, daß es ihm gelingen wird, den Kaiser von der Aufrichtigkeit meiner Gesinnungen zu überzeugen und mir die Freundschaft desselben wieder zu erwerben".

Es war am 8. Januar, des Morgens um 9 Uhr, als der Bruder des Königs von Napoleon in den Tuilerien empfangen wurde. Humboldt, Goltz und Hedemann begleiteten ihn. Der Kaiser führte den Prinzen in sein Privatgemach, und hatte hier, ohne Zeugen, eine Unterredung mit ihm, die drei Viertelstunden währte. Prinz Wilhelm gesteht, er habe der ersten Begegnung nicht ohne Befangenheit entgegengesehen. Aber die Ungezwungenheit, mit der Napoleon ihn begrüßte, ermuthigte ihn, auch seinerseits ohne Rückhalt zu sprechen: mit dem ganzen Feuer der patriotischen Empfindung, von dem er durchglüht war, schilderte er die Leiden seines Vaterlandes und beschwor den Kaiser, dem Elend ein Ende zu machen. Vor allem suchte er das Gespräch auf die Bedingungen des abzuschließenden Vertrages zu lenken. Allein er mußte sogleich be-

merken, daß Napoleon keine Neigung hatte, auf diesen Punkt näher einzugehen. Über die finanziellen Schwierigkeiten, die der Prinz gern im Detail behandelt hätte, leicht hinweggehend, bemerkte Napoleon, er wolle nur die Ausführung des Vertrages von Tilsit und der Convention von Königsberg, Österreich habe sich nach dem letzten Kriege seiner Verpflichtungen beiweitem rascher entledigt, und doch fehle es dem König nicht an Mitteln dazu. Warum weigere man sich, auf die Abfindung mit Domänen einzugehen? Es scheine die Furcht zu herrschen, daß Frankreich die Staatsgüter in französische Lehen verwandeln wolle. Alle diese Äußerungen wurden rasch hingeworfen, dem Prinzen blieb keine Zeit sie zu beantworten: Napoleon wußte das Gespräch auf ein ganz anderes Thema abzulenken.

Vor wenigen Tagen war in Paris die Declaration bekannt geworden, die das Cabinet von St. James als Antwort auf die russische Kriegserklärung veröffentlicht hatte. In dem souveränen Gefühl ihres sittlichen Rechtes geißelte die brittische Regierung den engherzigen Eigennutz der russischen Politik, der seinen schlagendsten Beweis in der Aufopferung Preußens gefunden habe. Mehrere Stellen des Manifestes beschäftigten sich ausschließlich mit dem Schicksal der preußischen Monarchie. Es wurde an die standhafte Haltung Friedrich Wilhelm's des Dritten erinnert, der zu wiederholten Malen, um sich nicht von Rußland zu trennen, die Friedensanträge Napoleon's zurückgewiesen habe. Die Drangsale, die der König und sein Land seit dem Tilsiter Frieden zu erdulden hatten, die widerrechtliche Fortdauer der Occupation, die Gelderpressung und Tyrannei, welche die französischen Behörden ausübten, wurden als Zeugnisse für die Treulosigkeit Bonaparte's angeführt. In Paris hatte die unverholene Sympathie für Preußen, die aus dem Wortlaut dieser Acte sprach, eine fühlbare Verstimmung hervorgebracht. Es lagen zwar thatsächliche Beweise dafür vor, daß Preußen den Bruch mit England officiell vollzogen hatte; der Abberufung Jacobi's, von der oben die Rede gewesen (S. 47), war unter dem 1. December eine Note gefolgt, welche dem Cabinet der Tuilerien den erfolgten Abbruch des Verkehrs mit England ankündigte; ja der König hatte sogar die Vorsicht gebraucht, die Abberufungsordre für Jacobi, von der man bei der Unsicherheit der Verbindungen zwischen dem Continent und England nicht wissen konnte, ob sie in die Hände des Gesandten gelangt sei, in einem Duplicat nach Paris mit dem Ersuchen zu senden, dasselbe durch einen Parlamentär nach London befördern zu lassen. Aber dies Alles hinderte Napoleon nicht, dem Argwohn Ausdruck zu geben, daß Preußen sich der eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen suche. Es konnte

unmöglich zufällig sein, daß die Übersetzung der englischen Declaration, begleitet von einem Commentar, der die gehässigsten Ausfälle auf den Geist der preußischen Politik enthielt, gerade an dem Tage in dem Journal de l'Empire abgedruckt wurde, wo der Bruder des Königs von Preußen seine Audienz beim Kaiser hatte. Napoleon benutzte das englische Manifest als willkommenen Vorwand, seinem Zorn und Mißtrauen in vollen Zügen Luft zu machen. „Er werde sich nie auf Preußen verlassen können", sagte er dem Prinzen, „er wisse sehr gut, daß alle Preußen ihn haßten; allenthalben breche diese Empfindung durch, jeden Tag erhalte er davon neue Beweise aus aufgefangenen Briefen". „Eine Regierung", setzte er hinzu, „die nicht einmal Herr der öffentlichen Meinung zu werden und sich im eigenen Staate nicht Gehorsam zu verschaffen wisse, könne ihm niemals Zutrauen einflößen: immer werde er gezwungen sein, gegen Preußen unter den Waffen zu stehen und eine hinreichende Truppenmacht in der Nähe von Berlin in Bereitschaft zu halten". Mit ähnlichen Argumenten wies er auch das Bündniß Preußens zurück: die Allianz mit einem schwachen Staate sei ohne Nutzen für ihn.

Der Prinz hatte seine Beredtsamkeit erschöpft; er sah ein, daß es stärkerer Mittel bedürfe, um den Kaiser von der Aufrichtigkeit der Freundschaftsversicherungen Preußens zu überzeugen: er entschloß sich zu einer heroischen That, die schon vor der Abreise aus Memel von ihm geplant war, und deren einzige Mitwisserin, wie es scheint, die Gemahlin des Prinzen gewesen ist, — er erbot sich als Geisel in der Gewalt des Imperators zurück zu bleiben, bis die Verbindlichkeiten, die sein Vaterland gegen Frankreich zu erfüllen habe, vollständig eingelöst sein würden. Dieses Opfer patriotischer Hingebung wurde natürlich abgelehnt, aber Napoleon fühlte sich doch von der Persönlichkeit des jungen Prinzen, der ihm in so heldenhafter Weise die Tugenden des preußischen Volkes vor Augen stellte, sympathisch berührt: er zeigte sich gegen den Schluß des Gespräches wieder milder gestimmt und äußerte einige Geneigtheit, hinsichtlich der Kriegssteuer ein Arrangement mit Preußen zu treffen, vielleicht sogar später die Frage des Bündnisses in nähere Erwägung zu ziehen [1]).

---

1) In dem Bericht vom 9. Januar 1808 (Actenst. Nr. 126) wird das Anerbieten des Prinzen nicht erwähnt; die einzige Quelle für den denkwürdigen Vorgang bilden die Briefe der Prinzessin Marianne und des Prinzen selbst bei Pertz II S. 95 ff. Der entscheidende Beweis liegt in dem Brief des Prinzen an Stein vom 14. März 1808: „Sie wissen aus meinem ersten Bericht, wie eingewurzelter Haß und Mangel an Zutrauen aus allen Reden des gewaltigen Mannes hervorleuchteten. Da faßte ich den Entschluß mich selbst augen-

Trotz dieses Schlusses erschien dem Prinzen das Resultat der Audienz doch nur als ein sehr unvollkommenes und zweifelhaftes. „Im Allgemeinen hat mich der Kaiser", so berichtet er seinem Bruder am 9. Januar, „mit Güte aufgenommen und mir im Laufe der Unterredung mehr als ein Zeichen seiner persönlichen Gunst gegeben"[1]). Am wenigsten aber konnte er sich verbergen: der Abschluß eines definitiven Vertrages, der dem preußischen Staate wenigstens die Befreiung von dem Gros der französischen Armee eingebracht haben würde, stand noch in weiter Ferne; an die Annahme der in dem preußischen Entwurf vom 2. December vorgeschlagenen Vergleichspunkte war vollends nicht zu denken. Napoleon hatte nicht einmal gesagt, daß er die Verhandlungen beginnen wolle; wie er Knobelsdorff an Talleyrand gewiesen, der dann den preußischen General mit nichtssagenden Phrasen abgefertigt, so verweist er den Prinzen an Champagny, der genau dasselbe Spiel wiederholt, gleich bei der ersten Conferenz die überraschende Eröffnung macht, er habe nur den Befehl erhalten, die Anträge des Prinzen entgegen zu nehmen, glaube jedoch aus den oft geäußerten Meinungen des Kaisers folgern zu müssen, daß derselbe entschlossen sei, die Verhandlungen mit Preußen nicht in Paris, sondern in Berlin zu Ende führen zu lassen, und da Niemand die Verhältnisse der preußischen Monarchie genauer kenne als Daru, jede weitere Entscheidung in dieser Sache von dem Votum des Generalintendanten abhängig zu machen. Prinz Wilhelm, der inzwischen das Rescript vom 18. December (S. 81) erhalten hatte, eilte dem französischen Minister die veränderten Propositionen kund zu thun, aber dieser bedeutete ihm, zunächst müsse die Angelegenheit der Kriegsschuld geregelt werden; erst wenn dies geschehen, könne die Rede davon sein, ob der Kaiser das preußische Bündniß annehmen werde oder nicht[2]).

Prinz Wilhelm hätte gern aus dem eigenen Munde Napoleon's ein aufklärendes Wort über die Gründe vernommen, die das französische Cabinet zu einer so ausweichenden Haltung bewegen mochten, aber seine Versuche, sich der Person des Kaisers zu nähern, blieben vergeblich, und die Eingeweihten der hohen Politik, Berthier, Bassano, Talleyrand, so

---

blicklich statt jeder anderen Sicherheit anzubieten, als Geisel in seiner Macht zu bleiben ꝛc." Vgl. die Selbstbiographie Stein's bei Pertz VI, 2, Beilagen S. 168. 169.

1) Ähnlich äußert sich Brockhausen in einem Brief an Sack, 9. Januar: l'acceuil que le prince a eu a été des plus polis et des plus distingués; doch setzt er hinzu: mais malgré cela on nous en veut excessivement pour ce malheureux paragraphe de la déclaration de l'Angleterre, où elle parle de nous.

2) Vgl. Actenst. Nr. 128. 129.

gefliſſentlich ſie den Prinzen im geſellſchaftlichen Verkehr mit Auszeichnung behandelten, gingen vorſichtig jedem politiſchen Geſpräch aus dem Wege. „Wir kommen nicht von der Stelle“, berichtet Brockhauſen am 26. Januar, „die Antwort iſt immer dieſelbe, daß Daru mit den Verhandlungen betraut ſei, und daß die Friedenscommiſſion ſich daher mit ihren Anträgen an ihn zu wenden habe“.

Allein ſo verſchloſſen man ſich von allen Seiten zeigte, dem aufmerkſamen, durch Mißtrauen geſchärften Blick des Prinzen konnte der wahre Zuſammenhang der Dinge nicht lange verborgen bleiben. Er begann einzuſehen, daß Napoleon die preußiſche Frage abſichtlich in die Länge zu ziehen ſuchte, weil ſie ihm für die Geſammtintereſſen ſeiner europäiſchen Politik als Mittel dienen ſollte, — und zwar als Mittel gegen Rußland, als Schachzug gegen die fortdauernde Beſetzung der Donaufürſtenthümer, die in den Freundſchaftsbund Rußlands und Frankreichs eine Disharmonie gebracht hatte, von der man noch nicht zu überſehen vermochte, wie ſich unter ihrem Einfluß die gegenſeitigen Beziehungen der beiden Mächte weiterhin geſtalten würden.

8.

Beziehungen Rußlands und Frankreichs in ihrer Rückwirkung auf Preußen.

(Januar, Februar 1808).

Lange Zeit bildeten die Berichte der franzöſiſchen Geſandtſchaft am ruſſiſchen Hofe, aus denen die franzöſiſchen Hiſtoriker dieſer Epoche, Bignon, Thiers und Lefebvre, ihre Nachrichten geſchöpft haben, die einzige Quelle für die geheime Geſchichte der Cabinette von Paris und St. Petersburg, bis Max Duncker in ſeiner ſchon mehrfach erwähnten Abhandlung: „Preußen während der Occupation“ die Materialien der preußiſchen Archive für denſelben Zeitraum zum erſten Male in weiterer Ausdehnung der hiſtoriſchen Literatur erſchloß. Das Gaukelſpiel der diplomatiſchen Intriguen, welche Napoleon gegen die Ausführung des Programms von Tilſit in Scene ſetzte, iſt bisher von Niemanden in ſo klaren und prägnanten Zügen dargeſtellt worden als von dieſem Forſcher. Namentlich aber gebührt Duncker das Verdienſt, den engverzweigten Zuſammenhang, der zwiſchen der Behandlung der preußiſchen und der orientaliſchen Angelegenheiten beſtand, zuerſt nachgewieſen zu haben. Dem Plane ſeiner Arbeit entſprach es, den Proceß der franzöſiſchen und ruſſiſchen Politik, ſoweit die Verhältniſſe Preußens

davon berührt wurden, in großen Umrissen darzustellen, ohne auf die einzelnen Episoden der diplomatischen Action näher einzugehen. Uns dagegen wird es gestattet sein, die Grenze der Specialuntersuchung weiter auszudehnen und an der Hand der preußischen Berichte den bedeutsamen Rückschlag, den die politische Lage unseres Vaterlandes durch den Gang der russisch-französischen Unterhandlungen erfuhr, im Einzelnen zu verfolgen.

In den ersten Tagen des December war zugleich mit dem Bericht, den Tolstoi über die Audienz vom 7. November erstattet hatte, jene Forderung Napoleon's, der an die Erwerbung der Donaufürstenthümer die Abtretung Schlesiens als Bedingung knüpfte, durch den französischen Gesandten in Petersburg übergeben worden. Ehe Alexander in nähere Erörterungen mit Savary eintrat, hatte er den persönlichen Abgesandten Friedrich Wilhelm's zu sich bescheiden lassen. Er setzte Schöler davon in Kenntniß, daß soeben Briefe aus Paris eingetroffen seien, und theilte ihm mit: Napoleon habe erklärt, er wolle weder Colberg noch Graudenz behalten, denn es sei nicht seine Art etwas zu verlangen, was die Waffen Frankreichs nicht erobert hätten; ferner habe er dem Grafen Tolstoi versprochen, die von Daru aufgestellten Forderungen noch in einzelnen Punkten ermäßigen zu wollen [1]). Schöler war über diese Eröffnungen, zumal sie von dem Czaren mit der Miene der größten Zufriedenheit vorgetragen wurden, sehr erfreut, und da er soeben aus Memel den Befehl erhalten hatte, den Antrag auf eine directe Vermittelung Alexander's in Paris zu erneuern, nahm er die Gelegenheit wahr und bat den Kaiser ein eigenhändiges Schreiben an Napoleon zu richten, indem er sagte: „Eine solche persönliche Verwendung muß meinem Könige in seinem Unglück eine erhebendere Empfindung geben als jeder andere Weg, den sein Freund Alexander für ihn einschlagen könnte".

Der Czar unterließ es, hierauf sogleich eine bestimmte Antwort zu ertheilen, er verschob seinen Entschluß bis nach der Unterredung mit Savary.

In einer Relation vom 6. December, die zuerst durch Lefebvre bekannt geworden ist, schildert der Herzog von Rovigo den Eindruck, den das Ansinnen Napoleon's auf den Beherrscher Rußlands hervorbrachte. Alexander wies dasselbe mit der größten Entschiedenheit, ja man darf sagen, mit einem gewissen Pathos der moralischen Entrüstung von der Hand. Er baue zu sehr auf die Treue seines Bundesgenossen, erwiederte er, um zu glauben, daß der französische Kaiser ernstlich mit dem Plane der

1) Vgl. Actenst. Nr. 88a.

Zertrümmerung Preußens umgehen könne: wenn das künftige Schicksal der Moldau und Walachei mit dem der preußischen Lande in Verbindung gebracht werden solle, so ziehe er es vor, auf die Hoffnungen, die der Vertrag von Tilsit ihm gewähre, zu verzichten; lieber wolle er die türkischen Provinzen niemals besitzen, ehe er dulde, daß dem preußischen Staate auch nur ein Dorf entrissen werde[1]).

Niemand wird sich versucht fühlen, in diesen Betheuerungen der Uneigennützigkeit den vollen Ausdruck der Gesinnungen des russischen Kaisers zu erblicken. Aus seinem Wortwechsel mit dem französischen Gesandten geht hervor, daß das Project auf Schlesien, die Idee einer Ausbreitung des französischen Systems bis über die Oder hinaus, ihn in die äußerste Bestürzung versetzte. Schon die Errichtung des Herzogthums Warschau gehörte zu denjenigen Schöpfungen der napoleonischen Politik, die dem Czaren höchst bedenklich erscheinen mußten; dieser erste Act der Wiederherstellung Polens, so unvollkommen er auch war, trug zu deutlich das Gepräge des schroffsten Gegensatzes gegen die russischen Interessen: jetzt noch die Aussicht auf eine Verstärkung der Macht Frankreichs im Osten durch die Erwerbung Schlesiens, — dies war für Alexander zu viel. „Davoust in Warschau und Schlesien sind zu starke Bedrohungen für Rußland", hat er später einmal dem französischen Gesandten gesagt[2]). Was dann freilich den großmüthigen Verzicht auf die eigene Ländervergrößerung anbetrifft, so werden die folgenden Blätter zeigen, daß es sich damit doch etwas anders verhielt. So sehr man dem Character Alexander's und seiner Handlungsweise sonst den Vorwurf der Inconsequenz zu machen hat, das Hauptziel seines Ehrgeizes, die Eroberung der Donaufürstenthümer, hat er während seiner vierjährigen Bundesgenossenschaft mit Napoleon niemals aus den Augen verloren. „Möge Napoleon in seinem Umkreis nehmen was er will", bemerkte er gegen Savary, — „dafür aber den Norden Europas sich selbst überlassen". Unmöglich könne er zu dem schlesischen Project seine Zustimmung geben, Frankreich würde dadurch der Nachbar Rußlands werden und unter Nachbarn habe der Friede in der Regel bald ein Ende. In demselben Sinne sprach er sich gegen Caulaincourt aus, der Mitte December in Petersburg eintraf. Was Savary ihm da von Preußen gesagt, — so redete er den Großbotschafter an, habe ihn schmerzlich berüh-

1) Depesche Savary's vom 6. December 1807 bei Lefebvre histoire des cabinets, III p. 359.

2) Vgl. Lefebvre, III 367; Duncker 286.

ren müssen; nie sei an einen Ausgleich der türkischen Angelegenheiten auf Kosten Preußens gedacht worden. „Ich kann nicht in die Theilung der Beute eines unglücklichen Fürsten willigen, dessen Wiedereinsetzung Napoleon vor Frankreich und vor Europa als einen Act der Rücksichtnahme auf meine Person bezeichnet hat", — so lauten die eigenen Worte Alexander's [1]). Er erinnerte Caulaincourt daran, daß es bei den Verhandlungen in Tilsit Napoleon gewesen sei, der die Donauländer, und sogar noch mehr als diese, dem russischen Reiche angeboten habe. Was er damit sagen wollte, war doch: es handle sich hier nicht um neue Concessionen von Seiten Frankreichs, sondern um die Erfüllung eines gegebenen Versprechens. Caulaincourt, der den Czaren sehr wohl verstand, gewann vom ersten Augenblick an die Überzeugung, daß Napoleon, wenn ihm die Erhaltung des russischen Bündnisses am Herzen lag, sich über kurz oder lang werde entschließen müssen, den Forderungen Alexander's nachzugeben.

Sofort nach der Unterredung mit Savary, noch vor der Ankunft des Herzogs von Vicenza, hatte Alexander jenes Handschreiben zu Gunsten Preußens, um welches Schöler ihn gebeten, wirklich erlassen. Einer seiner Flügeladjudanten, der Oberst Marin, sollte den Brief an Napoleon überbringen. Die Abreise desselben wurde auf das Äußerste beschleunigt; sie erfolgte bereits in der Nacht vom 8. zum 9. December, weil nach dem Wunsch des Czaren, Marin womöglich schon in Paris anwesend sein sollte, wenn der französische Kaiser aus Italien zurückkehrte. Zwei Tage später, am 11., wurde Schöler abermals zu einer Audienz berufen. Alexander benachrichtigte ihn von der Absendung des Briefes und ließ ihn den Text desselben lesen. Schöler war mit dem Inhalt im Ganzen einverstanden; in einer vertraulichen Notiz an den Minister Goltz bemerkt er zwar, an der Stelle des Kaisers Alexander würde er die Intervention für Preußen noch dringlicher ausgedrückt haben; allein den durchaus freundschaftlichen Ton, in welchem sie gehalten war, erkennt er gleichwol in vollem Maße an [2]). Soeben war ihm aus Memel die Information zugegangen, daß die Regierung des Königs über die Mittel und Wege zur Tilgung der Kriegsschuld in dem Zeitraum von einem Jahre schlüssig geworden sei; den Verhandlungen mit Frankreich schienen hierdurch neue Aussichten des Gelingens eröffnet zu sein. Auch Alexander hörte die Kunde mit Befriedigung; er gab der Erwartung Ausdruck, daß Bonaparte, nachdem der

1) Vgl. Lefebvre III 363.

2) Bericht Schöler's an Goltz vom 12. Decbr. Actenst. 88b.

König ihm soweit entgegen gekommen, von allen weiteren beschränkenden Clauseln Abstand nehmen werde; er äußerte sich mit Zuversicht über die günstige Wirkung, die er durch seine Fürsprache in Paris zu erzielen hoffe, — den eigentlichen Stand seiner Verhandlungen mit Frankreich jedoch, die Alternative, die Napoleon ihm gestellt, — diese ganze, das Schicksal Preußens so nahe angehende Combination in Betreff Schlesiens und der Donaufürstenthümer, — berührte er mit keiner Sylbe!

Der Beweggrund, der ihn dazu trieb, steht mit der Haltung, die er bisher den preußischen Angelegenheiten gegenüber beobachtet hatte, in der engsten Verbindung. Seit Friedrich Wilhelm Ende September zum ersten Male an seine Unterstützung appellirt, war Alexander vorwiegend von dem Gedanken beherrscht, die Gefahr, die aus dem Stehenbleiben der großen Armee an der Weichsel für Rußland entsprang, so rasch wie möglich von sich abzuwenden. Deshalb war damals und in der Folge sein Rath gewesen, es müsse Alles geschehen, was nur irgend zur Beschleunigung des Abzuges der französischen Truppen dienen könne. Die Opfer, die Preußen dabei zu bringen hatte, waren ihm gleichgültig gewesen. Selbst die Territorialcessionen, mit denen die Tractate von Elbing schließlich erkauft werden mußten, erschienen ihm nicht zu schwer, und für die finanziellen Lasten, die dem preußischen Staate aufgebürdet werden sollten, fehlte es ihm vollends an der richtigen Schätzung. Anders aber verhielt er sich zu denjenigen Bedingungen Frankreichs, die erst im ferneren Verlauf der berliner Unterhandlungen aufgetaucht waren, und die gegenwärtig den eigentlichen Stein des Anstoßes bildeten, der Einräumung der Festungen und der Übergabe der Domänen, denn in diesen Forderungen mußte er ein gewaltsames Vorgehen Napoleon's erkennen, das keinen andern Zweck haben konnte, als Preußen noch auf lange Zeit der französischen Dictatur zu unterwerfen und die dominirende Stellung, welche die Armee im Norden Europas innehatte, zu behaupten. Bis Anfang December mochte er über die Pläne seines Bundesgenossen im Zweifel sein; die ersten Depeschen Tolstoi's aber hatten ihm die Augen geöffnet; sie gaben ihm die Gewißheit, daß Napoleon danach trachtete, der Verheißungen von Tilsit los und ledig zu werden, und daß die fortdauernde Occupation der Lande zwischen Elbe und Weichsel das Mittel sein sollte, um dem russischen Cabinet die Entsagung auf die Donaufürstenthümer abzupressen. Da Alexander mit sich einig war, diesen Streich zu pariren, so kam ihm die Weigerung, die Preußen der Annahme des Daru'schen Entwurfes entgegensetzte, nicht ungelegen. Als er im November von den neuen

Forderungen des Generalintendanten hörte, hatte er zum ersten Male nicht mehr zu so unbedingter Nachgiebigkeit gerathen, sondern er hatte sich vorbehalten, gegen die Besitzergreifung der Festungen und Domänen Einspruch zu erheben, was denn auch jetzt durch die Sendung Marin's geschah. Alexander hielt es für angezeigt, dem König aus den unheilvollen Plänen Napoleon's ein Geheimniß zu machen. Seine rückhaltvolle Natur trug auch hier über die Offenherzigkeit, die er seinem alten Bundesgenossen zu betheuern nicht müde wurde, den Sieg davon. Es war eine schwere Schuld und Verantwortlichkeit, die er damit auf sich nahm! Der leitende Gedanke der retardirenden Politik, welche Preußen seit Wochen und Monaten verfolgte, lag unverhüllt vor seinen Blicken da; er wußte längst und hatte es noch soeben aus dem Munde Schöler's vernommen, daß der preußische Monarch hauptsächlich deßhalb sein volles Vertrauen auf die russische Vermittelung setzte, weil er nach dem Manifest vom 7. November das Einvernehmen zwischen den Alliirten von Tilsit für fester als je begründet hielt. Hätte er von den Spannungen, die zwischen den beiden Mächten entstanden waren, eine Ahnung gehabt, so würde sein Verfahren vielleicht ein ganz anderes gewesen sein. Es gilt dies namentlich auch von der Mission des Prinzen Wilhelm, die man ohne Zweifel noch im letzten Augenblick rückgängig gemacht haben würde, wenn man wenigstens einen der Gründe gekannt hätte, welche den französischen Kaiser veranlaßten, einstweilen an der Unterjochung Preußens nichts zu ändern.

Gestützt auf einige Andeutungen des Grafen Tolstoi hatte Brockhausen Mitte December zum ersten Male die Vermuthung ausgesprochen, daß zwischen den preußischen und orientalischen Dingen irgend eine Wechselbeziehung obwalten müsse, und Schöler war infolge dessen ermächtigt worden, den Czaren über Grund oder Ungrund dieser Nachricht zu befragen. Alexander selbst bot dazu die Gelegenheit. Bei einer Aufwartung, die ihm der Gesandte Friedrich Wilhelm's in den ersten Tagen des Januar abstattete, kam er auf die militärische Situation der Donauländer zu sprechen. „Im Laufe der Unterredung", so berichtet Schöler, „erwähnten Seine Majestät der Lage der russischen Armee in der Moldau und Wallachei, die dort ohne Waffenstillstand, doch ganz friedlich, dem Feinde gegenüber stehe, und hatten die Güte, auf meine gewagte Äußerung, ob hierdurch an Frankreich nicht eine Art von Jalousie gegeben werde, mich zu versichern, daß dieses durchaus der Fall nicht sei". Alexander fügte hinzu: „bevor nicht ein förmlicher Frieden mit der Pforte geschlossen, könne von

der Räumung der Donaufürstenthümer nicht die Rede sein, denn die Türken, die sich an keinen Waffenstillstand zu binden pflegten, würden die beiden Provinzen auf das schrecklichste verheeren". Nach dieser ersten Recognoscirung legte Schöler dem Kaiser geradeheraus die Frage vor, „ob nicht das Verweilen der russischen Truppen in der Moldau und Wallachei von Napoleon zum Vorwand genommen würde, um seinerseits die preußischen Staaten besetzt zu halten?" Alexander erwiederte: „diese Befürchtung sei völlig unbegründet: Frankreich fasse die Angelegenheit der Donauländer genau so auf wie Rußland!" Der preußische Gesandte stand nicht einen Augenblick an, den Versicherungen des Kaisers, die mit der größten Bestimmtheit ausgesprochen waren, vollen Glauben zu schenken: er berichtete arglos, was er vernommen [1]).

Freilich, — und das ist das Einzige, was zur Entschuldigung dieses zweideutigen Benehmens gesagt werden kann, — der Vorschlag Napoleon's wegen Schlesien rührte von einem Zeitpunkt her, wo die Kriegserklärung Rußlands gegen England in Paris noch nicht bekannt gewesen, und, wie schon bemerkt (S. 56), Alexander glaubte durch das Manifest vom 7. November alle Hindernisse, die seiner Verständigung mit dem französischen Kaiser im Wege standen, bei Seite geschoben zu haben: seine Meinung war, daß nun auch von weiteren Vergewaltigungen Preußens nicht mehr die Rede sein werde. Allein seine Erwägungen mochten sein welche sie wollten, jedenfalls traf ihn allein der Vorwurf, wenn die preußische Politik fortfuhr, aus Unkenntniß der wahren Sachlage sich in falschen Bahnen zu bewegen.

Der französische Officier, der im Auftrage des Herzogs von Rovigo den Text des russischen Manifestes nach Paris überbringen sollte, war, nachdem er sich in Metz mit Caulaincourt gekreuzt, auf die Nachricht von der Abreise Napoleon's schleunigst nach Italien geeilt und hatte die ihm anvertrauten Papiere dem Kaiser in Venedig übergeben. In der Correspondenz Napoleon's findet man das eigenhändige Schreiben des Imperators, welches sein Dankesvotum für die Erfüllung der geheimen Artikel

1) Bericht Schöler's vom 1. Januar 1808. Actenst. 92. Daß man auch in Königsberg den Versicherungen Alexander's vollen Glauben beimaß, zeigt eine Stelle aus einem Erlaß an Brockhausen vom 24. Januar, wo es heißt: Au reste on aurait tort de penser que le séjour des Russes en Moldavie et Walachie influe sur la prolongation de celui des Français dans mes états. Je sais positivement le contraire de Petersbourg, et c'est tout au plus un prétexte dont on colore cette prolongation envers moi. Tout me fait croire que sur les affaires de la Porte les deux cours sont parfaitement d'accord.

von Tilsit enthält[1]). In den überschwänglichsten Ausdrücken wird dieser Schritt Alexander's als sichere Bürgschaft für den Fortbestand der russisch-französischen Allianz begrüßt. „Mit besonderer Freude", so lautet die Versicherung Napoleon's, „werde ich jede Gelegenheit ergreifen, um die Empfindungen, die ich für Euere Majestät hege, vor aller Welt zu offenbaren. Ich bin wahrhaft glücklich, das Werk von Tilsit sich befestigen zu sehen. Wir werden mit England zu Rande kommen, die Ruhe der Welt wieder herstellen und der Friede von Tilsit, so hoffe ich, wird eine neue Epoche in den Annalen der Weltgeschichte bezeichnen". Ein Officier der Armee König Joseph's von Neapel brachte am 29. December diese Antwort Bonaparte's nach Petersburg. Am nächsten Tage wurde Schöler von dem Kaiser empfangen. Alexander nahm ihm das Versprechen ab, die Mittheilungen, die er ihm zu machen habe, nur zur Kenntniß des Königs zu bringen, sonst aber gegen Jedermann das tiefste Schweigen zu beobachten. Dann auf den Brief Napoleon's eingehend, äußerte er die lebhafte Genugthuung, welche er über die Sprache desselben empfand. Das Schreiben, sagte der Czar, sei in einem ganz anderen Geiste abgefaßt als die früheren: es enthalte die ausdrückliche Versicherung, daß Frankreich Alles thun werde, um seine Politik mit der von Rußland ganz in Übereinstimmung zu setzen. Alexander fügte hinzu: er hoffe mit Zuversicht, nach der Rückkehr Napoleon's werde die günstige Wendung in den Verhältnissen Preußens eintreten, die sowol durch die Mission der Prinzen Wilhelm als durch die an den Grafen Tolstoi ergangenen Befehle eingeleitet sei. In den Erläuterungen, mit denen er seinen Ausspruch begleitete, hob er hervor, daß er unter „dieser günstigen Wendung" die buchstäbliche Ausführung des Tilsiter Friedens verstehe[2]).

Die preußischen Dinge waren es nun aber nicht allein, die in jenen Tagen den Gegenstand der Erörterungen zwischen Alexander und dem Gesandten des Königs bildeten. Wir erinnern uns, daß Napoleon vor seiner Abreise nach Italien eine erneute Aufforderung zur Kriegserklärung gegen Schweden an den Czaren gerichtet hatte. In seinem Schreiben aus Venedig kam er darauf zurück. „Von allen Mächten des Continents", hieß es dort, „bleibt nur noch Schweden, das sich im Frieden mit England befindet; Euere Majestät werden die geeigneten Maßregeln dagegen treffen". Unmittelbar nach dem Empfang dieses Briefes kündigte Alexander dem Major von Schöler die Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Schweden als eine

1) Napoleon I. an Alexander I. 7. December 1807 Correspondance XVI 186.
2) Schöler 30. December 1807. Actenst. 91.

feststehende Thatsache an. Er suchte das Unternehmen aus den Consequenzen des tilsiter Bündnisses zu rechtfertigen; unmöglich könne Rußland sich der Gefahr aussetzen, im nächsten Frühjahr von der englischen Flotte in Gemeinschaft mit Schweden angegriffen zu werden; es bleibe daher nichts anderes übrig, als dem Feinde zuvorzukommen und noch während der Winterszeit den Feldzug in Finnland zu beginnen. Schöler äußerte einige militärische Bedenken mit Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse des Landes; aber Alexander erwiederte ihm: er rechne auf die Mitwirkung Frankreichs. Offenbar hatten darüber bereits Verhandlungen zwischen Paris und Petersburg stattgefunden, denn der Kaiser sprach dem preußischen Abgesandten von einem Kriegsplan, den dieser glaubte als ein Werk der französischen Strategie bezeichnen zu müssen[1]). Ein charakteristisches Licht fällt auf das Verfahren Alexander's, wenn man die Aufzeichnungen Schöler's mit den Memoiren des damaligen schwedischen Gesandten am russischen Hofe, General Stedingk, des späteren Feldmarschalls unter Bernadotte, vergleicht. Während der Czar dem Vertreter des Königs von Preußen kein Hehl daraus machte, daß der Krieg gegen Schweden beschlossen sei und ihn ausdrücklich ermächtigte, seinem Herren hiervon Kenntniß zu geben, hörte er nicht auf, dem schwedischen Gesandten feierlichst zu versichern, wie schwer es ihm ankommen würde, die Waffen gegen seinen eigenen Schwager, König Gustav IV., erheben zu müssen, wenn er durch die fortgesetzte Weigerung desselben, sich des englischen Bündnisses zu entschlagen und in die Sperrung der Ostsee zu willigen, von Napoleon zur Kriegserklärung gezwungen werden sollte[2]). Französische Schriftsteller haben hieraus folgern wollen, daß Alexander den Bruch mit Schweden am liebsten vermieden hätte, allein diese Auffassung wird doch kaum für stichhaltig angesehen werden können. Seitdem die schwedische Monarchie in Folge der unglücklichen Kriege Karl's XII. ihr Übergewicht unter den Nordmächten eingebüßt hatte, betrachtete jeder Russe die Stellung dieses Staates am botnischen Meerbusen als einen Anachronismus, den man nicht länger dulden dürfe. Die Erwerbung Finnlands war dadurch zu einer traditionellen Aufgabe der russischen Politik geworden, deren Wichtigkeit Alexander ebensowenig verkannte, wie irgend einer seiner Vorfahren. Jedenfalls steht es außer Zweifel, daß Alexander sich gerade jetzt zu diesem Unternehmen

1) Vgl. Schöler's Bericht vom 23. Januar, Nr. 95.

2) Die Beweise in den Mémoires posthumes du feld-maréchal comte de Stedingk, par le général comte de Björnstjerna, Paris 1845, Band II an mehreren Stellen.

entschlossen hat, um das Bündniß mit Frankreich für die Eroberung Finnlands zu verwerthen; und insofern hatte der Kaiser Recht in einem Gespräch mit Schöler die Maßregeln gegen Schweden als die natürliche Consequenz des Systems von Tilsit hinzustellen. Die Schlußfolgerung, die er aus dem Allen zog, war wieder, daß es seine Schuldigkeit gegen Napoleon gethan habe und nun auch von diesem die Erfüllung der eingegangenen Versprechungen glaube erwarten zu dürfen.

Wir bemerkten die Ungewißheit, in die Prinz Wilhelm nach seiner ersten Audienz bei dem französischen Kaiser gerathen war, die Ausflüchte, mit denen Champagny ihm begegnete, als er den Versuch machte, wenigstens auf die Vorfrage, ob Frankreich zum Abschluß eines Vertrages geneigt sei, von dem Minister eine bestimmte Antwort zu erhalten. Erst aus der Verbindung mit den Unterhandlungen in Petersburg, deren Verlauf wir eben dargelegt haben, werden diese Vorgänge vollkommen verständlich. Denn in denselben Tagen, in welche das diplomatische Debut des Prinzen fällt, waren auch die ersten Berichte Caulaincourt's eingetroffen und hatte Oberst Marin das eigenhändige Schreiben Alexander's überreicht: das schlesische Project war zurückgewiesen; der Czar erhob noch einmal seine Stimme zum Schutze Preußens und drang zugleich auf die Erledigung der orientalischen Angelegenheiten.

Nach der Ablehnung des Waffenstillstandes von Slobosia war auf Betreiben Alexander's zwischen Frankreich und Rußland die Übereinkunft getroffen worden, daß die Verhandlungen mit der Pforte nach Paris verlegt und hier unter persönlicher Vermittelung Napoleon's zu Ende geführt werden sollten. Obwol erst nach einigem Widerstreben, hatte die Regierung Mustafa's diesem Vorschlag ebenfalls ihre Zustimmung ertheilt: der türkische Gesandte in Paris, Muhib Effendi, war schon vor mehreren Wochen mit den nöthigen Vollmachten versehen worden. Es entspricht der ausweichenden Haltung, die Napoleon in den orientalischen Dingen beobachtete, wenn er bisher gesäumt hatte, dem Begehren Alexander's Folge zu geben. Jetzt aber erinnerte dieser daran, daß mit den Türken weder Friede noch Waffenstillstand geschlossen sei, und forderte die Eröffnung der Unterhandlungen. Der Gedanke, der ihm dabei vorschwebte, war, daß Napoleon endlich die Gelegenheit ergreifen werde, um das Verlangen, mit welchem Rußland ihn seit dem Erscheinen Savary's in Petersburg unaufhörlich bestürmte, zu erfüllen und der ottomanischen Pforte ein Ultimatum vorzuschreiben, welches, der Verabredung von Tilsit gemäß, die Abtretung der Donaufürstenthümer als Grundlage enthielt.

Es war einer der wichtigsten Momente für die fernere Entwickelung der continentalen Verhältnisse, wie Napoleon sich zu dieser Forderung Alexander's verhalten würde. Nicht nur die Beziehungen Frankreichs zu Rußland und zu der Türkei, sondern auch die Entscheidung über das Schicksal Preußens stand dabei in Frage.

Wie Thiers mit überzeugenden Gründen dargethan hat, war es damals, im Januar 1808[1], wo Napoleon nach langem Schwanken und Zögern den Entschluß faßte, der Herrschaft des bourbonischen Hauses in Spanien ein Ende zu machen. Die französischen Truppen waren als Sieger in Lissabon eingezogen, die Eroberung Portugals war vollendet. Um wenigstens dem Abfall der colonialen Besitzungen vorzubeugen, hatte sich der Regent und die Familie der Braganza im Einverständniß mit England auf englischen Schiffen nach Brasilien geflüchtet. Karl IV. erinnerte an die Ausführung des Vertrages von Fontainebleau, durch welchen Spanien und Frankreich sich zur Niederwerfung und Theilung Portugals vereinigt hatten. Napoleon erwiederte in einem Schreiben vom 10. Januar, der Zeitpunkt sei noch nicht gekommen, um die getroffenen Verabredungen vor den Augen der Welt zu offenbaren. Schon waren die militärischen Maßregeln für die Occupation Spaniens eingeleitet. General Dupont, der Anfang December mit einem Corps von 20,000 Mann die pyrenäische Halbinsel betreten hatte, um durch Überfall von Vittoria und Burgos die Verbindung mit der Hauptarmee in Portugal unter Junot herzustellen, erhielt den Befehl, seine Truppen bis an den Duero vorzuschieben und die Hauptstadt der Provinz Léon, Valladolid, zu besetzen[2]. Am 10. Januar rückten die Franzosen hier ein. Die Positionen, die Dupont verlassen hatte, gingen auf ein anderes Truppencorps über, das unter Führung des Marschall Moncey soeben die spanische Grenze überschritten hatte und das angeblich, wie schon seine Bezeichnung als Observationscorps der oceanischen Küsten besagte, für den Schutz der Nordküste Spaniens bestimmt war. Obwol die Gesammtstärke dieser Armeen, einschließlich der Reserven, die im südlichen Frankreich formirt wurden, die Zahl von hunderttausend Mann nahezu erreichte, glaubte der Kaiser schon jetzt auf eine weitere Vermehrung der Streitkräfte Bedacht nehmen zu müssen. Er legte dem Senat einen Gesetzentwurf vor, durch den die Aushebung der jungen Mannschaft des Jahres 1809 decretirt werden sollte[3].

1) Thiers, histoire du Consulat etc. VIII 380. — Das Schreiben vom 10. Januar 1808 s. Correspondance XVI 237.

2) Ordre vom 23. December 1807. Correspondance XVI 212.

3) Thiers VIII 397.

Napoleon verband mit dem Unternehmen gegen Spanien die umfassendsten Pläne für die vollständige Durchführung des Festlandssystems im westlichen und südlichen Europa. Seine Hoffnung war noch immer, die Engländer von allen Punkten des mittelländischen Meeres, insbesondere von Malta, zu vertreiben. Durch einen Angriff auf Gibraltar, wo ein großer Theil der englischen Mittelmeerflotte ankerte, gedachte er den Britten den Zugang zu den südlichen Küsten für immer zu verschließen. Der Besitz des Königreichs Neapel sollte durch die Eroberung Siciliens vervollständigt werden. An der Hand der Correspondenz Napoleon's kann man verfolgen, wie es vor allem die Kriegserklärung Rußlands gegen England war, die diese Projecte in ihm reifen ließ. Unmittelbar nachdem das russische Manifest zu seiner Kenntniß gelangt war, erließ er eine Ordre an den Marineminister Decrès, in welcher die speciellsten Dispositionen über die Zusammenziehung einer großen Flottenmacht im mittelländischen Meere enthalten waren [1]). Die Ausrüstung eines großen Geschwaders in Toulon, mit dem der Kaiser die Flotten aus den kleineren Häfen Frankreichs vereinigen wollte, war eine der Hauptmaßregeln, die zu diesem Zwecke getroffen wurden. Auf den Schiffswerften Hollands herrschte die regste Thätigkeit: um die reichen Hülfsmittel dieses Landes für die maritimen Zwecke Frankreichs noch nutzbarer zu machen, wurde eben damals die Incorporation des Hafens von Vliessingen verfügt [2]). Nach den Bestimmungen Napoleon's sollte die Flotte in Toulon auf wenigstens fünfzig Kriegsschiffe gebracht werden: mit dieser Streitmacht glaubte er sich nicht nur stark genug, um in dem ganzen Bereich des mittelländischen Küstengebietes, soweit es von seinen Truppen besetzt war, eine Landung des Feindes zu verhindern, sondern er lebte der Zuversicht, daß er schon im Laufe des nächsten Frühjahrs den Engländern wieder auf der offenen See werde begegnen können. Man erkennt, wie sehr die Geister der französischen Nation, von diesen Impulsen fortgerissen, sich in den Ideen des letzten entscheidenden Kampfes gegen England bewegten, wenn bei den Debatten über das Rekrutirungsgesetz einer der Senatoren, Régnaud de Saint-Jean d'Angely sich zu dem Ausrufe erhob: „die Conscription von 1808 ist das Signal und das Mittel zu dem Frieden auf dem Festlande gewesen: die Conscription von 1809 wird das Signal zu dem Seefrieden werden" [3]).

1) Ordre vom 12. December 1807. Correspondance XVI 189.
2) Ordre vom 17. December 1807. Correspondance XVI 195, vgl. 275.
3) Thiers VIII 398.

Allein an das Gelingen so überspannter Entwürfe war doch nur zu denken, wenn der Kaiser hoffen durfte, den factischen Zustand der Macht, auf dem das Übergewicht Frankreichs und die Unterwerfung oder das Bündniß der übrigen Staaten beruhte, in dem ganzen Umfang seines Imperiums unerschütterlich zu behaupten. Und da waren es nun im Augenblick vornehmlich die Verhältnisse des Orients, die jenen Plänen Hindernisse in den Weg legen konnten.

Unter den großen Interessen der allgemeinen Politik, die Napoleon bei der Behandlung der orientalischen Angelegenheiten zu berücksichtigen hatte, stand im Vordergrund die Frage, — wie sich angesichts des russisch-französischen Bündnisses das Verhältniß zwischen England und der Türkei gestalten werde.

Vom Anfang an hatte die Theilnahme an dem russisch-türkischen Kriege von 1806, zu welcher das Cabinet von St. James durch die im April 1805 abgeschlossene Allianz mit Rußland veranlaßt worden war, bei der brittischen Nation lebhaften Widerspruch erweckt, und es war durchaus in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung geschehen, wenn das Ministerium Castlereagh nach seinem Eintritt im März 1807 die alten Freundschaftsbeziehungen mit der Pforte sogleich wieder anzuknüpfen suchte. Im Mai desselben Jahres war Sir Arthur Paget, der vormalige Gesandte in Wien, nach Constantinopel geschickt worden, um den Türken die Aussöhnung mit England sowie die Vermittelung eines Friedens mit Rußland anzubieten. Nachdem seine Instructionen durch das Ereigniß von Tilsit gegenstandslos geworden, hatte Paget den Auftrag erhalten, die ottomanische Regierung wenigstens zur Annahme des Friedens mit England zu bewegen. Leider ist die Geschichte dieser Mission noch immer in undurchdringliches Dunkel gehüllt. Die vereinzelten Notizen, die Lefebvre aus französischen Depeschen beigebracht hat, lassen jedoch erkennen, daß die Pforte schon damals sehr geneigt war, auf die Anerbietungen Englands einzugehen. Allein die geheimen Verhandlungen, die darüber geführt wurden, gelangten, wie es scheint, durch Verrath eines türkischen Beamten, zur Kenntniß des französischen Gesandten, General Sebastiani, der sich beeilte Napoleon davon zu unterrichten. In Folge dessen wurde eine Note erlassen, die dem Divan nach jeder Richtung hin über die Absichten Frankreichs Beruhigung gewähren sollte. Der Kaiser selbst hatte diese Note entworfen; sie datirte vom 7. September und enthielt in ganz bestimmter Form die Garantie der Donaufürstenthümer, unter der Bedingung, daß der Sultan sich verpflichte, bei dem französischen

System zu beharren[1]). Die türkische Regierung soll hierdurch veranlaßt worden sein, die Besprechungen mit Sir Arthur auf der Stelle abzubrechen. Dennoch war in Constantinopel allgemein die Annahme verbreitet, daß es schon damals zu einem geheimen Einverständniß zwischen England und der Pforte gekommen sei. Auch der preußische Geschäftsträger in Constantinopel, Bosgiovich, berichtet darüber. Er erzählt, daß der Führer des englischen Geschwaders im Mittelmeer, Admiral Collingwood, der nach Pagets Ankunft auf der Insel Tenedos mit dem Capudan-Pascha parlamentirte, dem Divan die erste Nachricht von den geheimen Artikeln des russisch-französischen Allianzvertrages übermittelt habe. Die Pforte sei dann, nachdem sie auf diesem Wege von den Theilungsplänen Alexander's und Napoleon's Kunde erhalten, mit der Erklärung hervorgetreten, daß sie England fortan als ihren Verbündeten betrachte und sich sogleich in Bereitschaft setzen werde, um die Integrität ihrer Staaten auf das Äußerste zu vertheidigen. Einstweilen aber müsse sie noch darauf Bedacht nehmen, diesen Beschluß zu verheimlichen, bis sie sich in der Lage befinden werde, den Streitkräften Rußlands und Frankreichs Widerstand zu leisten[2]). Die Richtigkeit dieser Angaben muß dahin gestellt bleiben, so viel aber steht fest, daß seit dem Abschluß jenes Stillstands zwischen Rußland und der Pforte (S. 51) unter den Auspicien Napoleon's die populare Stimmung in der Türkei sich mit größter Einmüthigkeit gegen die Fortdauer der französischen Allianz erklärte. Der religiöse Fanatismus sollte auch diesmal als Triebfeder der politischen Leidenschaften wirken: die muhamedanischen Priester und Rechtsgelehrten, die Ulemas, standen an der Spitze der nationalen Bewegung, die zur Proclamirung des Volkskrieges hindrängte.

Wohl hatte die Regierung Sultan Mustafa's IV., die seit dem ersten Tage ihres Bestehens in fortwährendem Kampfe gegen die Unabhängigkeitsgelüste der Paschas und die Rebellion der Provinzen machtlos dahinsiechte, bisher in ihren officiellen Beziehungen zu Frankreich die äußerste Mäßigung an den Tag gelegt. Selbst widerrechtliche Acte Bonaparte's waren von ihr ohne Protest hingenommen worden. Sie hatte es ruhig geschehen lassen, daß französische Truppen die Herrschaft über einen Theil der albanesischen Küste usurpirten, um von dem Hafen von Parga aus

1) S. den Wortlaut bei Lefebvre III S. 164 ff.

2) Bericht Bosgiovich's vom 26. Februar 1808. Vgl. Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches VII 537 und das Buch »Révolutions de Constantinople en 1806 et 1808« von A. de Juchereau de St. Denis, einem französischen Officier, der als Chef des Geniecorps in türkischen Diensten stand, Paris 1819 Tome II p. 155.

eine sichere Communication zwischen dem Festlande und den jonischen Inseln zu unterhalten. In dem Verkehr der Mitglieder des Divans mit dem französischen Gesandten jedoch war es schon längst zu ernsten Auseinandersetzungen gekommen, und Sebastiani selbst hielt die Tage des türkisch-französischen Bündnisses für gezählt [1]).

Bei diesem Umschwung der Dinge mußte man glauben, daß die Pforte nicht länger zögern werde, die Pacification mit England wirklich in Vollzug zu setzen. Hierin aber lag für Napoleon, der trotz der Versprechungen von Tilsit, die Pforte nicht preisgeben, sondern gegen Rußland gebrauchen wollte, Grund zur Besorgniß. Er kannte die weit gesteckten Ziele, welche die englische Politik gegenüber den neuesten Verflechtungen der Orientfrage verfolgte. Aus den Berichten seiner Botschafter am russischen Hofe wußte er, daß das Cabinet von St. James kurz vor dem Erlaß des Manifestes vom 7. November den Versuch gemacht hatte, die Friedensstiftung zwischen Rußland und der Türkei in die Hände Englands zu spielen, um auf diese Weise nicht nur die Suprematie, die Frankreich bisher in Constantinopel ausübte, zu stürzen, sondern zugleich die Grundlagen der russisch-französischen Allianz zu erschüttern. Sir Robert Wilson, der für einen der eifrigsten Widersacher Napoleon's gelten konnte und während des letzten Feldzuges als Begleiter Hutchinson's im russischen Hauptquartier Gelegenheit gehabt hatte, mit Alexander in persönlichen Verkehr zu treten, war in außerordentlicher Mission nach Petersburg gesandt worden. Die Eröffnungen, mit denen er betraut gewesen, hatten dem Czaren die Gewißheit geben sollen, daß England alle Mittel in Bewegung setzen werde, um die Pforte zur Abtretung der Donaufürstenthümer oder wenigstens zu einer bedeutenden Gebietsentschädigung nach der Seite der Donau hin zu vermögen, wenn Rußland sich bereit erklären wolle, die englische Mediation anzunehmen und im Übrigen, unter Verzicht auf die mit Napoleon geplanten Theilungsprojecte, die Integrität des osmanischen Reiches unangetastet zu lassen [2]). Obwol diese Anträge von Alexander ohne Weiteres zurückgewiesen worden waren, suchte man in England nach anderen Wegen, um durch geheime Einwirkungen am petersburger Hofe dem Bündniß Rußlands mit Frankreich entgegen zu arbeiten. Der englische Gesandte in Wien, Sir Robert Adair, ließ es sich angelegen sein, die Spannung zwischen Österreich und Rußland, die einen so unheilvollen Einfluß auf den Verlauf des Krieges von 1807 ausgeübt hatte, zu be-

1) Lefebvre III 373 ff.

2) Thiers VIII 205; vgl. die Unterredung zwischen Schöler und Wilson in dem Bericht Schöler's vom 26. October Actenst. Nr. 84.

seitigen. Es beruht auf Instructionen, die der Gesandte von Canning erhalten hatte, wenn er bei jeder Gelegenheit der Regierung des Kaiser Franz die Nothwendigkeit einer Annäherung an Rußland, die zugleich der erste Schritt zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Rußland hätte werden können, zu Herzen führte. Napoleon kannte diese Thätigkeit der englischen Politik in Wien sehr gut, und dies war einer der hauptsächlichsten Gründe für ihn, weshalb er, wie schon bemerkt (S. 46. 60.), Alles daran setzte, Österreich so rasch als möglich zur Theilnahme an dem Bündniß gegen Großbritannien zu drängen. Um seine Würde scheinbar zu wahren, erachtete es Kaiser Franz, dem Beispiel Rußlands folgend, nicht für angemessen, sofort den Bruch mit England zu vollziehen, sondern den Vorschlag einer Friedensvermittelung voraufgehen zu lassen. Napoleon war damit einverstanden, aber er verlangte, daß Österreich in der nach London zu sendenden Note die sofortige Kriegserklärung ausspreche für den Fall, daß das Cabinet von St. James sich weigern sollte, dem Anerbieten der Mediation Folge zu geben. Die preußischen Berichte aus Wien und London enthalten einige sehr werthvolle Aufschlüsse über die intimere Geschichte dieses diplomatischen Handels. Eine Instruction vom 30. October befahl dem österreichischen Botschafter in London, Graf Stahremberg, zu erklären, Österreich werde mit all' seiner Macht an dem Kampfe gegen England theilnehmen, wenn der Friedensschluß mit Frankreich abgelehnt, und Dänemark für den Angriff auf Kopenhagen nicht entschädigt werde[1]). Stahremberg sah es für unzweifelhaft an, daß eine in so feindseligem Tone gehaltene Forderung unmöglich aus der freien Initiative seines Hofes hervorgegangen sein konnte. Er theilte das Schriftstück dem Baron Jakobi mit und sprach ihm gegenüber die Vermuthung aus, der französische Gesandte in Wien, General Andreossy, müsse bei der Abfassung des Textes seine Hand im Spiele gehabt haben. Der preußische Gesandte in Wien, Graf Finkenstein, behauptet sogar, der Wortlaut sei dem französischen Kaiser zur Genehmigung vorgelegt worden, — und da die österreichische Declaration auf dem Wege über Paris nach London geschickt wurde, mag es sich in der That so verhalten, daß das französische Cabinet bei der letzten Redaction des Textes betheiligt gewesen ist[2]). Um so

1) Bericht Jakobi's vom 29. Decbr. 1807. Actenst. Nr. 59. 60 ff.

2) Depesche Finkenstein's 22. Januar 1808; zu vergleichen das Rescript Napoleon's an Savary vom 7. November 1807, Nachschrift, Correspondance XVI 147, — danach hätte Stahremberg rundweg erklären sollen: que, si l'Angleterre ne remet pas les choses à Copenhague dans l'état où elles étaient, il quittera Londres sous vingt-quatre heures.

geschickter erscheint die Handlungsweise Stahremberg's, der, nicht in Zweifel über die wirklichen Intentionen seines Hofes, die ihm übersandte Note einer wesentlichen Modification unterwarf, indem er alle Ausdrücke, die England verletzen konnten, namentlich den Passus, der die Kriegserklärung Österreichs androhte, aus derselben entfernte und sich auf den einfachen Vorschlag der Mediation beschränkte. In der Antwort, die am 23. November ertheilt wurde [1], vermied das Ministerium Georg's III. sorgfältig den Schein, als ob es im Princip den Antrag des wiener Hofes verwerfe. Die englische Nation, sagte Canning, habe immer ein lebhaftes Verlangen nach Herstellung des Friedens gehabt; er stehe nicht an, einer befreundeten Macht diese Versicherung zu wiederholen; im Übrigen aber hielt er an der Vorbedingung fest, die England schon im Frühjahr den österreichischen Anerbietungen eines Friedenscongresses entgegengesetzt hatte; er machte Englands Einwilligung davon abhängig, daß Napoleon, ehe die Verhandlungen begonnen wurden, mit einem bestimmten Programm über die Neuordnung der Weltverhältnisse hervorträte. Mit dieser Erwiederung war Graf Mier, der das Ultimatum nach London überbracht hatte, Ende November nach Wien abgegangen.

Ob Graf Stahremberg ganz aus eigenem Antriebe gehandelt hat, oder ob seine Regierung ihn hinter dem Rücken Napoleon's noch mit besonderen Weisungen versehen hatte, müssen wir unentschieden lassen. Da man am Wiener Hofe wußte, daß Napoleon über die Verzögerung, die das Zerwürfniß zwischen Österreich und England erlitten hatte, bereits ungeduldig wurde, so eilte man jetzt die Antwort des englischen Cabinets nach Paris zu schicken und die weitere Behandlung der Sache ganz in das Belieben des Imperators zu stellen; wenn Finkenstein recht unterrichtet war, sandte man zu diesem Behufe dem Grafen Metternich Blanquets, die mit der Namensunterschrift des Kaiser Franz versehen waren [2]. Graf Mier, der die Befehle für Metternich nach Paris überbracht hatte, wurde Anfang Januar wieder nach London abgesandt, um dort die Willensmeinung Napoleon's kundzuthun: die englische Regierung wurde aufgefordert zuvörderst Bevollmächtigte nach Frankreich zu schicken; erst dann sei es an der Zeit sich über die Grundlagen des künftigen Friedens zu einigen. Entrüstet über die Schimpflichkeit einer solchen Bedingung befahl König Georg den sofortigen Abbruch der Verhandlungen. Graf Stahremberg erschien in Paris, auf

1) S. Actenst. Nr. 60.

2) Finkenstein 22. Januar 1808.

das Übelste empfangen, weil er aus London abgereist war, ohne die Kriegserklärung übergeben zu haben. Napoleon soll einen Augenblick Willens gewesen sein, in dem Moniteur einen Artikel veröffentlichen zu lassen, in welchem der österreichische Gesandte des Verrathes beschuldigt würde; schließlich begnügte er sich damit, die sofortige Ausweisung Adair's aus Wien zu fordern[1]).

Sir Robert ließ, als er sich aus Wien entfernen mußte, in den Händen des Grafen Stadion eine Denkschrift zurück, welche noch einmal die Rathschläge Englands zusammenfaßte. Er schildert das unaufhaltsame Verhängniß, dem die habsburgische Monarchie entgegeneilen würde, wenn Österreich nicht alle Kräfte aufböte, um die Befestigung der Allianz zwischen Rußland und Frankreich zu verhindern. Englands Absicht war damals nicht, Österreich zu einem Angriffskrieg gegen Frankreich zu bewegen; um so dringender aber betont Adair die Nothwendigkeit eines defensiven Bündnisses, durch welches Rußland und Österreich sich verpflichten müßten, in allen Fragen, die bisher die Quelle ihrer Feindschaft gewesen, besonders in den polnischen und türkischen Angelegenheiten, fortan gemeinsam aufzutreten und den Umsturzplänen Frankreichs Widerstand zu leisten[2]). Der leitende Gesichtspunkt war immer, daß dereinst von dem Osten Europas die Wiedererhebung des alten Staatensystems ausgehen müsse. Der Gedanke ist hier noch in allgemeinen Umrissen gehalten, aber wir werden sehen, wie England ihm schon nach wenigen Monaten, unter dem Eindruck der Vorgänge in Spanien, eine greifbarere Fassung zu geben versucht hat.

Wie bemerkt, die Bestrebungen der englischen Politik waren dem Kaiser der Franzosen nicht unbekannt. So lange Rußland zu ihm hielt und auch Österreich sich dazu hergab, ihm willfährig zu sein, glaubte er sie nicht fürchten zu brauchen. Aber die Lage der Welt konnte eine andere werden, wenn die brittische Regierung zu dem Entschluß gelangte, durch einen Angriff auf die Küstengebiete des mittelländischen Meeres den Krieg noch einmal auf das Festland hinüber zu spielen. Die Möglichkeit eines solchen Unternehmens beschäftigte den Kaiser unaufhörlich: sie zählt unter den Beweggründen für die militärischen Anordnungen, mit denen er sich seit dem Herbst des Jahres 1807 beschäftigte. Namentlich hängt es hiermit zusammen, daß er seine Armeen in Illyrien und Dalmatien verstärkte

1) Brockhausen 12. Februar 1808. Actenst. Nr. 184. 189. 447 ff.
2) Adair, historical memoir etc. Adair an Stadion, Wien 22. Februar 1808.

und bedeutende Streitkräfte an der adriatischen Küste zusammengezogen hatte. Für das Wahrscheinlichste hielt Napoleon, daß die Engländer zunächst den Versuch machen würden, sich in den Besitz der jonischen Inseln zu setzen [1]). Eine große Anzahl von Cabinetsbefehlen an seinen Bruder Joseph, den König von Neapel, dem er die Verwaltung des Freistaates der Sieben Inseln übertragen hatte, giebt Zeugniß von der unablässigen Aufmerksamkeit, die er den militärischen Einrichtungen auf Corfu, Santa Maura und den übrigen Plätzen des Archipels widmete. Schon im November schreibt er Joseph, daß die Vertheidigung der jonischen Inseln mit den großen Plänen seiner Politik, über die er sich jetzt noch nicht äußern könne, Hand in Hand gehe, — und seit Januar 1808 fordert er ihn mit stetig wachsender Ungeduld auf, die Anstalten zur Befestigung und Verproviantirung der jonischen Besitzungen schleunigst zu beendigen. „Merken Sie sich das eine Wort", sagt er einmal in einer dieser Weisungen, „bei der gegenwärtigen Lage Europas wäre der Verlust von Corfu das schwerste Unglück, von dem ich betroffen werden könnte" [2]). „Sie haben Corfu als wichtiger zu betrachten wie Sicilien", heißt es in einem andern Schreiben an Joseph. Noch im Januar ging an den Befehlshaber der Truppen in Dalmatien, Marmont, eine Ordre ab, die ihn mit einem Corps von 12,000 Mann zum Schutz der jonischen Inseln herbeirief. Es waren einige englische Schiffe im Archipel erschienen; denen es gelang französische Transporte abzufangen. Napoleon glaubte, zum Beginn des Frühjahrs einem größeren Angriff der Engländer entgegensehen zu müssen. Er legte ihnen die Absicht bei, durch Besetzung Corfu's der französischen Seemacht nicht nur die Einfahrt in das adriatische Meer zu versperren, sondern auch eine Landung in Albanien oder Illyrien vorzunehmen.

Es leuchtet ein, daß es unter diesen Verhältnissen ein Ereigniß von größter Tragweite gewesen wäre, wenn die Pforte sich entschlossen hätte, mit England Frieden zu machen und einen Theil ihrer Streitkräfte den Britten zur Verfügung zu stellen. Auf den Besitz von Dalmatien und Illyrien, durch den die Militärmacht Napoleon's bis an die Grenze des türkischen Reiches vorgerückt war, gründete sich zum nicht geringen Theil der dominirende Einfluß, den die französische Politik in Constantinopel ausübte: die Pforte würde die Freiheit ihres Handelns zurückerhalten haben,

1) Thiers VIII 235.
2) 8. Februar 1808; Correspondance XVI 317.

wenn die französischen Truppen gezwungen worden wären, jene Provinzen zu verlassen. Aber überhaupt, — wer vermochte zu ermessen, welche Folgen eine solche Durchbrechung des Festlandssystems an einer Stelle für das Verhältniß der übrigen Mächte zu Frankreich nach sich gezogen haben würde?

Der Kaiser glaubte einer solchen Wendung der Dinge vorbeugen zu müssen. Sofort nach dem Empfang der Nachrichten aus Petersburg, von denen oben die Rede gewesen ist (S. 95), am 12. Januar 1808, erließ er ein Rescript an Champagny, worin er erklärte, daß es sein Wille sei, die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Türkei beginnen zu lassen; er befahl dem Minister Champagny der Regierung des Sultan sofort davon Anzeige zu machen. In Petersburg sollte dieser Schritt den Schein erwecken, als ob es dabei auf die Befriedigung Rußlands abgesehen sei; in Constantinopel aber hatte Sebastiani in dem gerade entgegengesetzten Sinne zu wirken. Es wurde ihm der Auftrag gegeben, die Situation genau so zu schildern, wie sie lag: Rußland trachte nach der Erwerbung der Donaufürstenthümer; Napoleon habe Alles gethan, um den Czaren von seinem Vorhaben zurück zu bringen; er werde fortfahren, die Türkei in ihrer Integrität zu schützen, aber er müsse wissen, woran er sei, — deshalb lege er dem Divan die Frage vor, ob dieser sich entschließen könne, mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen, wenn Rußland von seinem Vorhaben nicht abstehen wolle? Sebastiani sollte sogar soweit gehen, sich zu erkundigen, welche Streitkräfte in diesem Falle der Pforte zur Verfügung stünden[1]). Für diese Verheißungen hoffte Napoleon nun aber von Mustafa IV., das Versprechen zu erhalten, daß die Türkei dem französischen System getreu bleiben und ihm zur der Vertheidigung gegen England behülflich sein werde. Die Ausbreitung der französischen Herrschaft an der albanischen Küste hatte zu fortwährenden Streitigkeiten mit Ali, Pascha von Janina, geführt. Wie dieser ehrgeizige Tyrann allgemein und mit Recht für einen Parteigänger Englands gehalten wurde, so fürchtete Napoleon, er werde sein Gebiet den Engländern eröffnen, im Bunde mit ihnen den längst gehegten Plan der Losreißung von der Türkei verwirk-

1) Correspondance XVI 243: Si les Russes voulaient conserver la Valachie et le Moldavie, la Porte est-elle dans l'intention de faire cause commune avec la France dans la guerre? quels sont ses moyens de guerre? Si les Anglais débarquaient à Corfou, la Porte se chargerait-elle d'obliger Ali-Pacha à approvisionner cette forteresse et à protéger le passage des courriers et des troupes par la terre ferme?

lichen und dafür die englische Seemacht in ihrem Angriff auf die französischen Stellungen im Bereich des Mittelmeers unterstützen. General Sebastiani sollte daher verlangen, daß die Pforte ihre Autorität über Ali Pascha geltend mache und ihn veranlasse, den französischen Truppen den Durchzug durch Albanien, sowie die Verproviantirung Corfus vom Festlande aus zu gestatten.

Immer ist es das Wesen der napoleonischen Politik gewesen, zu gleicher Zeit verschiedenartige, oft entgegengesetzte Ziele ins Auge zu fassen, um für alle Wechselfälle der politischen und militärischen Action gerüstet zu sein. Wenn die Unterhandlung, die Sebastiani in Constantinopel einleiten sollte, ihren Zweck verfehlte, wenn das türkisch-englische Bündniß doch zu Stande kam, so stellte sich die orientalische Frage den Blicken des Imperators in einem anderen Lichte dar als bisher. Die Integrität des osmanischen Reiches verlor für ihn an Bedeutung, sobald die Türkei dem französischen Bündniß nicht länger ergeben blieb, und es handelte sich dann für ihn nur noch darum, aus dem Zusammensturz der staatlichen Ordnungen im Orient den größtmöglichen Vortheil für die Begründung seines Weltreiches zu ziehen. Es ist unleugbar, daß Projecte dieser Art ihm damals durch den Sinn gegangen sind: der alte Plan der Vernichtung der brittischen Herrschaft in Ostindien, der ihn auf all seinen Heereszügen nach Osten, von der Expedition nach Ägypten bis zu dem russischen Feldzuge von 1812 begleitete, tauchte in seinem Geiste wieder auf. Ein Schreiben, das er am 2. Februar an Kaiser Alexander richtete, ist ganz von diesen Ideen erfüllt: es sind noch einmal die politischen Gesichtspunkte der Zusammenkunft von Tilsit in ihren weitesten Perspectiven. Das Loos der Türkei ist gefallen, und als ob man mit den Trümmern dieses zerschlagenen Reiches überhaupt nicht mehr zu rechnen brauche, so wird nun der Gedanke einer Expedition nach Indien entwickelt, zu der Rußland und Frankreich sich vereinigen würden, und die gleich von Constantinopel ihren Ausgang nehmen solle. Es bedürfe nur der Feststellung der gegenseitigen Bedingungen. Romanzoff und Caulaincourt würden sofort darüber in Unterhandlung zu treten haben: bis zum 15. März könne der Vertrag zu Stande gebracht werden. „Am 1. Mai", fährt Napoleon fort, „können unsere Truppen in Asien sein, zu derselben Zeit die Truppen Euerer Majestät in Stockholm. Dann werden die Engländer, in Indien bedroht und aus der Levante vertrieben, zerschmettert werden unter dem Gewicht der Ereignisse, von denen der Luftkreis geschwängert ist". „In diesen wenigen Zeilen", so hieß es am Schluß, „drücke ich Ew. Majestät die innerste

Empfindung meiner Seele aus: das Werk von Tilsit wird die Verhängnisse der Welt bestimmen“[1]).

Für den Augenblick war dies Alles nur ein Spiel der Phantasie; die realen Interessen lenkten die Politik des Kaisers vor der Hand in ganz andere Bahnen. Wie sehr ihm daran lag, mit der Pforte auf freundschaftlichem Fuße zu bleiben, das wird durch nichts deutlicher bewiesen als durch jene Befehle an Sebastiani. Indem Napoleon nun aber auf diese Weise die Wünsche Alexander's von Neuem durchkreuzte, mußte er um so mehr darauf Bedacht nehmen, das militärische Übergewicht im nordöstlichen Europa, das ihn angesichts solcher Perfidie allein vor einem Abfall Rußlands sicherte, auch ferner zu behaupten: die fortgesetzte Occupation Preußens war die unzertrennliche Folgerung seiner gesammten Politik.

Wir entsinnen uns jener Conferenz, die Prinz Wilhelm am 12. Januar mit Champagny gehabt hatte. Combiniren wir an dieser Stelle die preußischen und die französischen Quellen, so ergiebt sich aus einer urkundlichen Notiz bei Lefebvre, daß Champagny an demselben Tage, an dem seine Unterredung mit dem Bruder des Königs stattfand, einen Erlaß an Caulaincourt richtete, der die geheimsten Absichten Napoleon's in Bezug auf Preußen enthüllte. Der Minister sagte wörtlich: „Die gegenwärtige Lage ist dem Kaiser genehm: nichts drängt ihn sie zu ändern. Man muß die Entscheidung des Petersburger Cabinets nicht beschleunigen, zumal wenn sie doch nicht mit den Gesichtspunkten des Kaisers in Einklang zu bringen ist. Die Frage der Räumung Preußens hängt nicht blos von der Zahlung der an Frankreich geschuldeten Contribution ab, — es ist leicht geworden sich über diesen Punkt zu verständigen, — sie hängt mit der Schwierigkeit zusammen, dieses Land zu räumen, bevor alles zwischen Frankreich und Rußland geregelt ist, und von dem Frieden mit England. Der Seekrieg zwingt den Kaiser Herr des Continents zu bleiben, und dies kann er nur durch das Verweilen seiner Armee in Preußen. Dies ist für Sie allein“[2]).

War es nun aber möglich, dieses trügerische Spiel auf die Dauer vor Preußen und Rußland zu verbergen?

Schon lange befand sich der russische Botschafter in Paris, Graf Tolstoi, dem französischen Cabinet gegenüber in einer äußerst schwierigen Position. Von dem ersten Augenblick an Napoleon's Plan durchschauend,

1) Correspondance XVI 498.
2) Lefebvre III 364; vgl. Duncker 287.

hatte er dem Czaren den Rath gegeben, die Truppen aus der Moldau und Walachei zurückzuziehen, weil dies das einzige Mittel sei, wodurch er den Interessen Preußens förderlich werden könne: man brauche darum noch nicht für immer auf die Eroberung der Donauländer zu verzichten, sondern werde sich später mit der Türkei auseinandersetzen können, und es sei jedenfalls vortheilhafter dies ohne Mitwirkung Frankreichs zu thun. Der Bescheid, den Oberst Marin überbrachte, belehrte den Gesandten nun zwar, daß sein Souverän von ganz anderen Gesichtspunkten ausging; aber er hatte wenigstens die Genugthuung, von dem Kaiser zu einer nachdrücklichen Vorstellung wegen der so lange verzögerten Räumung Preußens ermächtigt zu werden. In der Audienz, die Napoleon ihm bewilligte, sprach Tolstoi wiederum mit großem Freimuth: er berief sich darauf, daß Rußland alle seine Verpflichtungen erfüllt habe und nun auch seinerseits die Ausführung der Verträge erwarten dürfe: Kaiser Alexander nehme den innigsten Antheil an dem Schicksal des Königs von Preußen; es könne ihm kein größerer Dienst erwiesen werden, als wenn den Leiden des preußischen Staates endlich ein Ziel gesetzt würde. Es zeigt die grenzenlose Unwahrheit Napoleon's, wenn er den Vertreter Rußlands kurz mit den Worten abfertigte: „diese Sache wird hier mit dem Prinzen Wilhelm verhandelt werden: die Räumung Preußens ist beinahe vollendet und was noch etwa fehlt, ist so gut als wäre es schon gethan“ [1]). Tolstoi wußte was er von dieser Erwiderung zu halten hatte: er kannte das Mißvergnügen, das der Kaiser über seine Einmischung empfand. In einem Schreiben an Alexander erhebt Napoleon gegen Tolstoi den Vorwurf, er befinde sich nicht auf der Höhe der Situation: er sei ein rechtschaffener Mann, aber voller Vorurtheile gegen Frankreich und daher ganz und gar nicht befähigt, den Umschwung der Welt, den die Ereignisse von Tilsit hervorgebracht hätten, „von einem erhabenen und universalen Standpunkt“ aus zu erfassen [2]). Streift man die Phrase ab, so ist der Kern der Sache der, daß Napoleon den lebhaften Wunsch hegte, Tolstoi zu beseitigen; denn er fürchtete, der Argwohn, mit dem dieser die französische Politik verfolgte, werde sich auf die Seele des Czaren übertragen. Der Herzog von Rovigo, der am 18. Ja-

1) Brockhausen 15. Januar: L'Empereur a tâché d'écarter cette matière — die Verwendung für Preußen — en lui répétant à plusieurs reprises, cette affaire va être traitée ici avec le prince Guillaume, en ajoutant: l'évacuation est presque achevée et ce qui reste encore est comme si elle était déjà faite.

2) Correspondance XVI 498 in dem schon erwähnten Schreiben an Alexander vom 2. Februar 1808.

nuar nach Paris zurückgekehrt war, hat den Gesandten darüber einmal zur Rede gestellt: er sagte ihm gerade heraus, der Kaiser wisse, daß die Berichte, die er nach Petersburg erstatte, sehr dazu angethan seien, das gute Einvernehmen zwischen den beiden Mächten zu stören[1]).

Aber Tolstoi ließ sich hierdurch nicht abhalten, für die Vertheidigung der Rechte Preußens weiter zu wirken: er hat den ersten Anstoß dazu gegeben, daß man noch einmal den Versuch machte, die Intervention des Kaisers Alexander unter einer anderen Form als bisher in Anregung zu bringen.

Schon in den ersten Stadien der Unterhandlungen mit Daru war im Kreise der Friedenscommission zu Berlin einmal der Gedanke aufgetaucht, daß alle Schwierigkeiten der Auseinandersetzung mit Frankreich vielleicht mit einem Schlage gehoben werden könnten, wenn das Cabinet von St. Petersburg für die pünktliche Erfüllung der von Preußen einzugehenden Verbindlichkeiten bei Napoleon Bürgschaft übernähme. Wie kaum gesagt zu werden braucht, handelte es sich dabei nicht etwa um eine finanzielle Unterstützung von Seiten Rußlands, sondern nur um die Gewährleistung dafür, daß Preußen im Stande sei, die nothwendigen Geldmittel zur Abzahlung der Kriegssteuer aufzubringen. Im Laufe des December ward dieser Vorschlag in Paris von Brockhausen und Tolstoi gemeinschaftlich wieder aufgenommen, und der Erstere berichtete darüber an den König, der, ebenso wie Stein, von der Zweckmäßigkeit der Sache überzeugt, eine Ordre erließ, durch welche Lehndorf und Schöler angewiesen wurden, sich der Zustimmung Alexander's zu vergewissern. Bei der ersten Unterredung, die der Kaiser darüber mit Schöler hatte, zeigte er sich sehr geneigt auf den Wunsch des Königs einzugehen; er sprach sogar davon, sofort die nöthige Ordre an Tolstoi erlassen zu wollen; sehr bald aber gewannen die Bedenken, die Romanzoff geltend machte, Einfluß auf ihn, und es wurde für nothwendig erachtet, ehe man eine Entscheidung träfe, erst noch die preußische Regierung um einen gründlichen Ausweis über ihre gegenwärtige Finanzlage zu ersuchen, — was denn zur Folge hatte, daß Stein eine Denkschrift für Alexander ausarbeitete, worin er unter genauer Berechnung des Capitalwerthes der Domänen über das Gesammtvermögen des Staates die geforderten Aufschlüsse gab[2]).

---

1) Brockhausen 31. Januar 1808; Savary sagte zu Tolstoi: que l'Empereur l'accusait d'avoir fait des rapports à Petersbourg désavantageux à ses intérêts et qui auraient affaibli l'intimité entre les deux Cours.

2) Vgl. Schöler's Bericht vom 14. Januar 1808. Actenst. Nr. 93; vgl. Nr. 96.

Gleich nach seiner Ankunft in Paris nun hatte Prinz Wilhelm durch die Gesandten Preußens und Rußlands von dem beabsichtigten Anerbieten der russischen Garantie Kunde erhalten. Wiewohl man bisher noch keine Nachricht darüber hatte, ob der Vorschlag in Königsberg und Petersburg angenommen worden sei, rieth Tolstoi selbst dem Prinzen, den Plan schon jetzt zur Kenntniß des französischen Ministeriums zu bringen, indem er die Berechtigung zu einem solchen Schritt aus seinen früheren Instructionen herleitete, durch die er wiederholt ermächtigt worden sei, die Anträge, die der Bruder des Königs der französischen Regierung vorlegen werde, nach allen Richtungen hin zu unterstützen.

Man sieht voraus, daß Napoleon unmöglich gesonnen sein konnte, sich mit einem Vergleich zufrieden zu erklären, der ihn jedes weiteren Vorwandes für die fernere Besetzung der preußischen Gebiete beraubt haben würde. Niemand kannte diese Verhältnisse besser als Champagny. Ohne erst noch an den Kaiser zu berichten, wies er die Proposition, die der Prinz ihm vortrug, von der Hand. Sehr bezeichnend sind die Gründe, deren er sich dabei bediente. „Rußland ist ein zu mächtiger Garant", erwiderte er; „wenn Sie nicht bezahlen und Jene nicht für Sie bezahlen, sollen wir mit Rußland Krieg anfangen. Oder wenn Rußland uns bekriegte, würden wir dann unser Geld bekommen?" [1])

Prinz Wilhelm sah hierin einen Beweis dafür, daß Napoleon entschlossen sei: „seine Beute nicht aus der Hand zu lassen". Über die politischen Motive, die das Verfahren des Imperators bedingten, schreibt Brockhausen Ende Januar: Frankreich denke nicht daran, die Türkei dem Ehrgeize Rußlands zu opfern; bei den soeben eingeleiteten Unterhandlungen mit der Pforte habe Tolstoi die Überzeugung gewonnen, daß die Türkei in ihrem Widerstand gegen Rußland von den Einflüsterungen Napoleon's geleitet werde. „Ich will gleich noch eine andere Vermuthung hinzufügen" — bemerkt er weiter — „ich glaube, daß der französische Hof zu der Fortdauer seines Einflusses in Rußland kein unbedingtes Vertrauen hat, sondern die Furcht hegt, daß die russische und die englische Partei vereint einen Systemwechsel in Petersburg herbeiführen werden". Hierin liege der Grund weshalb Napoleon danach trachte, die Occupation Preußens zu verlängern und die Festungen an der Oder in seinen Händen zu behalten. Die Friedenscommission werde es daher über sich gewinnen müssen, in diesem einem Punkte nachzugeben, denn durch längeres Zögern würden die

2) Vgl. Actenst. Nr. 131.

Drangsale des Staates nur verschlimmert werden können. Der Gesandte macht der Commission den Vorschlag in ihren Verhandlungen mit Daru sich zunächst auf das Anerbieten zweier Festungen zu beschränken, und zwar unter Beobachtung der Clauseln, die schon in dem Entwurf vom 2. December vorgesehen waren, — nicht zu zahlreicher Besatzungstruppen, wo möglich nur von 6000, allenfalls bis zu 12,000 Mann, und der Verpflichtung Frankreichs, die Kosten für den Unterhalt dieser Garnisonen zu tragen. Komme man der französischen Regierung mit diesen Zugeständnissen entgegen, so werde man bei ihr vielleicht desto eher eine Ermäßigung der übrigen Forderungen durchsetzen können. Denn so sehr Brockhausen den baldigen Abschluß eines Vertrages für wünschenswerth hielt, seine Meinung war darum doch keineswegs, daß man sich nun auf Gnade und Ungnade den Bedingungen Frankreichs unterwerfen dürfe. In jedem Falle müsse es als die Aufgabe der Unterhandlung betrachtet werden, dem Staate den Besitz der Domänen zu erhalten: es würde der Todesstoß für Preußen sein, wenn der König sich zur Übergabe derselben gezwungen sehen sollte[1]).

Prinz Wilhelm billigte diese Ansichten vollkommen. Auch er war jetzt überzeugt, daß Napoleon die Räumung Preußens von den Entscheidungen der großen Politik abhängig mache. Um so mehr meinte er, müsse man sich hüten, überflüssige Opfer zu bringen. Denn wer bürgte dafür, daß der Kaiser, nachdem er die militärischen und finanziellen Sicherheiten, die er von Preußen forderte, in Händen hatte, das Gros seiner Armee über die Elbe zurückziehen werde? Der Prinz legte sich die Frage vor, ob er dem König überhaupt anrathen solle, die Verhandlungen in Berlin, die seit November 1807 nicht um einen Schritt weiter gekommen waren, wieder aufzunehmen? Wenn Napoleon doch nicht abschließen wollte, was halfen dann alle Anerbietungen Preußens? Andererseits konnten die Verhältnisse Europas in kurzer Zeit eine Umgestaltung erfahren, das trotz Tilsit zwischen Frankreich und der Türkei immer noch bestehende Bündniß konnte sich als unhaltbar erweisen, ja es mußte anderen Combinationen Platz machen, wenn die Pforte sich mit England verband. Es war nicht unmöglich, daß es dann sehr rasch zu einer Verständigung zwischen Rußland und Frankreich kam, welche die Räumung Preußens herbeiführte, und für diesen Fall konnte es allerdings von Nutzen sein, wenn Preußen sich im Voraus mit dem Generalintendanten Napoleon's über die Grundlage der definitiven Auseinandersetzung geeinigt

1) Brockhausen 26. und 31. Januar 1808. Ce qu'il y a de sûr — c'est qu'il vaut mieux de donner une couple de forteresses en dépot que de voir plus longtemps les deux tiers du pays et l'administration entre des mains étrangères.

hatte. Unbedingt aber, meinte der Prinz, dürften die Festungen und Domänen nur im äußersten Nothfall bewilligt werden[1]). Um dem König von den Wahrnehmungen, die er bisher in Paris gemacht, ein möglichst vollständiges Bild zu geben, schickte er am 31. Januar ein Mitglied der Gesandtschaft in Paris, den Legationsrath Greuhm, zur mündlichen Berichterstattung nach Königsberg, mit dem Auftrage seinen Weg über Berlin zu nehmen, um hier auch dem Vorsitzenden der Friedenscommission den Stand der Dinge auseinander zu setzen.

9.

Stein's Sendung nach Berlin.

Ende Februar 1808.

Als die Berichte des Prinzen Wilhelm aus den letzten Tagen des Januar in Berlin eintrafen, war Daru nicht anwesend; Napoleon hatte ihn nach Kassel geschickt, wo er dem König Jérome bei der Einrichtung der Verwaltung Westfalens behülflich sein sollte. Sack beeilte sich ihm die preußischen Vorschläge brieflich mitzutheilen, aber er that dies mehr um die Wünsche des Prinzen zu erfüllen als in der Hoffnung auf einen günstigen Erfolg, denn nach dem was er von Greuhm erfahren, galt es ihm für sehr wahrscheinlich, daß der Generalintendant jetzt erst recht darauf ausgehen werde, durch unerschwingliche Forderungen, die er an Preußen stellte, das Zustandekommen einer Vereinbarung zu hintertreiben.

Einen Trumpf dieser Art hatte er kurz vor seiner Abreise bereits ausgespielt. Im Auftrag des Imperators hatte er der Friedenscommission eine Note überreicht, in welcher noch einmal an die Auszahlung der den abgetretenen Provinzen an den preußischen Staat zustehenden Forderungen erinnert wurde. Er fügte hinzu, Napoleon werde sein Interventionsrecht in dieser Angelegenheit geltend machen und seine Truppen nicht eher aus dem Lande des Königs zurückziehen, bis die Gläubiger des preußischen Staates befriedigt seien. Es waren die fränkischen Fürstenthümer, die zu dem Königreich Westfalen vereinigten Gebiete jenseits der Elbe und vor allem die

1) Prinz Wilhelm an Sack, 26. Januar 1808. Napoleon werde nicht eher zur Räumung Preußens schreiten, avant d'avoir fait sa paix avec l'Angleterre et achevé de consolider ses nouveaux rapports avec la Russie. Et supposé l'existence d'un tel projet ce serait à pure perte que nous souscririons à des conditions plus onéreuses encore.

Landestheile polnischer Nationalität, die jetzt das Herzogthum Warschau bildeten, auf welche die Reclamationen des Intendanten sich bezogen.

Wir kennen die ominöse Geschichte dieser Entschädigungsfrage, die schon in dem ersten Stadium der berliner Verhandlungen von den französischen Behörden als Mittel benutzt worden war, um die Ausführung des Friedensschlusses und der Convention vom 12. Juli zu beanstanden. Damals, als Marschall Soult sich weigerte die Passarge zu verlassen, hatte Daru nach einem vorläufigen Überschlage neunundzwanzig bis dreißig Millionen gefordert; im Laufe der Zeit aber war das streitige Object zu immer größeren Dimensionen angewachsen. Es ist vorgekommen, daß durch den Generalintendanten in einem Zwischenraum von vier Tagen zwei verschiedene Abschlüsse vorgelegt wurden, die um mehr als hundert Procent gegeneinander differirten. In einer Note vom 2. October hatte er beinahe zweiundfünfzig Millionen in Ansatz gebracht, in einer Note vom 6. October steigerten sich seine Ansprüche auf hundert und neun, jetzt auf hundert und sechs und zwanzig Millionen. Durch dieses Muster der französischen Rechnungskunst war es also gelungen, den preußischen Staat mit einer accidentellen Forderung zu belasten, die den Betrag der eigentlichen Kriegssteuer nach dem gegenwärtigen Stande der Abrechnungen um mehr als zwanzig Millionen überstieg [1]).

Es war immer das Streben Friedrich Wilhelm's des Dritten gewesen, die Auseinandersetzung mit den abgetretenen Provinzen von den Verhandlungen in Berlin zu trennen, damit wenigstens in dieser Sache die Einmischung der französischen Autoritäten vermieden werde. Soweit die ausstehenden Forderungen staatsrechtlicher Natur waren und an den Territorien hafteten, wünschte er sich mit den Landesherren direct verständigen zu können; die Erledigung der übrigen Ansprüche aber, die einen privatrechtlichen Character trugen und die in jedem einzelnen Falle besonderer Prüfung unterworfen werden mußten, hatte er einer Commission vorbehalten, der gegenüber, den Grundsätzen der Billigkeit entsprechend, die abgetretenen Provinzen sich durch Deputirte vertreten lassen sollten. Diese Extraditionscommission war schon am 28. November 1807 eingesetzt worden. In den Vorschriften, die ihren Geschäftsgang regelten, hieß es ausdrücklich, daß sie unter Vermittelung der Friedenscommission in Berlin auf die Ernennung von Commissaren jener Provinzen hinzuarbeiten und diese zur Eröffnung der Verhandlungen einzuladen habe.

1) Note Daru's vom 8. Januar 1808; vgl. Duncker a. a. O. S. 513.

Alle diese Bemühungen aber waren erfolglos geblieben. Die fürstlichen Gläubiger, mit denen Preußen zu thun hatte, in erster Linie die Könige von Sachsen-Polen und Westfalen, sodann der Großherzog von Berg, zogen es vor sich unter den Fittichen des französischen Kaiseradlers zurück zu halten; und in den Reihen der ehemaligen Unterthanen des Königs gab es leider nur allzu Viele, die keinen Anstand nahmen, sich der dargebotenen Intervention Napoleon's zu bedienen. Nur von den fränkischen Fürstenthümern muß man rühmen, daß sie auch bei dieser Gelegenheit ihre loyale Gesinnung bewährten: sie waren die einzigen, welche Abgeordnete nach Königsberg entsandten; von den übrigen Provinzen erschien Niemand.

Was hätte aber auch verführerischer sein können, als die entgegenkommenden Aufmunterungen Daru's, der jeder gegen Preußen erhobenen Prätension bereitwillig Gehör schenkte, ohne erst nach beweisenden Documenten zu fragen! Um die Art seines Vorgehens zu characterisiren, bedarf es nur eines Blickes auf die Entschädigungsansprüche der Polen, die durch seine Hand dem preußischen Gouvernement übergeben wurden. Da erschienen zunächst vollzählig die Parteigänger des Aufstandes von 1794 und verlangten von ihrem bisherigen Souverän, gegen den sie in offener Empörung gestanden hatten, die Herausgabe der confiscirten Güter und der Strafgelder, die durch richterlichen Spruch über sie verhängt worden waren. Es traten ferner Mann bei Mann die Grundbesitzer von Posen, Kalisch, Gnesen und anderer Woiwodschaften auf und forderten die theilweise Wiedervergütigung der von ihnen gezahlten Steuern, indem sie sich auf den Einwand stützten, daß die preußische Regierung in Kraft der Versprechungen, die sie nach der zweiten und dritten Theilung Polens abgegeben, nicht die Befugniß gehabt habe, zu einer Erhöhung der Grundsteuer zu schreiten. Der König hatte die Ausarbeitung einer Deduction befohlen, durch welche die Grundlosigkeit dieses Argumentes nachgewiesen werden sollte. Die Denkschrift wurde aus den amtlichen Erlassen zusammengestellt, zum Theil unter Mitwirkung von Männern, die in den Jahren 1793 und 1795 in der Civilverwaltung der erworbenen Landestheile beschäftigt gewesen waren; sie führte zu dem Ergebniß, daß die Dinge sich denn doch ganz anders verhielten, als die polnischen Edelleute behaupteten. Bei der Besitzergreifung von Südpreußen waren die Grundsätze der Besteuerung überhaupt nicht zum Gegenstande einer Discussion mit den Magnaten gemacht worden; erst nach den Kämpfen des Jahres 1794 hatte die Regierung sich veranlaßt gefunden, in einem öffentlichen Patente zu erklären, daß sie in Zukunft an

dem Canon der Grundsteuer keine Veränderung mehr vornehmen werde, sobald die Cataster der Güter geprüft und die Steuer selbst auf gesetzlichem Wege regulirt worden sei. In der Übernahme dieser Verpflichtung lag nicht etwa ein Akt der Schwäche, ein Zugeständniß an die Insurrection, sondern sie entsprang aus einem älteren und längst bewährten Vorbild: die Steuerverfassung Schlesiens, welche Friedrich II. gleich nach der Besitzergreifung geordnet, enthielt dieselbe Zusage, und wie bei der Einrichtung der polnischen Landestheile die Verhältnisse Schlesiens in vielen Beziehungen zum Muster genommen worden waren, so hatte Friedrich Wilhelm II. auf Vorschlag des Minister Hoym, die Nichterhöhung der Grundsteuer nach erfolgter Regulirung auch den polnischen Landestheilen bewilligt. Für Südpreußen war dies durch das Patent vom 24. September 1794 geschehen, für Neuostpreußen durch eine Verordnung vom 6. Juni 1796. Die Polen aber wollten nicht zugeben, daß Preußen sich die Regulirung der Grundsteuer vorbehalten habe. Sie verlangten ausdrücklich die Veranschlagung ihrer Güter nach dem Taxwerth der polnischen »Offiara«, obwol Jedermann wußte, daß diese alte Grundsteuer seit mehr als einem Jahrhundert durch Willkür und Bestechung der Beamten in grenzenlose Verwirrung gerathen war. Der polnische Antrag, für den Daru eintrat, ging nun dahin, die Regierung des Königs zur Wiedererstattung des Steuerbetrages, der sich aus der Differenz der Offiara und des preußischen Catasters ergab, zu verpflichten.

Andere Begehren ähnlicher Art schlossen sich an. Die sächsische Regierung in Warschau reclamirte die Beträge, die sich bei dem Ausbruch des Krieges von 1806 dort in den Staatscassen befunden hatten, als ein ihr gehöriges Besitzthum. Von Seiten der Landgemeinden und Städte wurde geltend gemacht, daß die Naturallieferungen, welche die preußische Verwaltung während des Krieges ausgeschrieben hatte, durch Baarzahlungen aus der preußischen Staatscasse ersetzt werden müßten; selbst für die Requisitionen des russischen Heeres, von denen ein Theil unbezahlt geblieben war, verlangten sie nachträglich Schadloshaltung von dem Könige von Preußen[1]).

Man begreift, daß es dem Intendanten bei solchen Grundsätzen nicht schwer fallen konnte, die preußische Schuld zu so ungeheuren Summen hinauf zu treiben: mit seiner Note vom 8. Januar hatte er eine Generalübersicht vorgelegt, nach welcher die restirenden Beträge aus den polnischen Provinzen sich allein auf mehr als hundert Millionen beliefen!

Unmöglich konnte man in Königsberg gesonnen sein, auf diese will-

1) Nach den Acten der Friedensvollziehungs-Commission.

kürlichen, allen Grundsätzen des Völkerrechtes Hohn sprechenden Abrechnungen hin mit dem Sachwalter Napoleon's in Unterhandlung zu treten. Man fühlte sich dazu um so weniger verpflichtet, als die französische Regierung bisher mit jeder Erklärung über die Gegenforderungen, die Preußen an die verlorenen Provinzen zu erheben berechtigt war, hartnäckig zurückgehalten hatte. Namentlich galt dies von den auf den polnischen Gütern in Südpreußen und Neu-Ostpreußen eingetragenen Capitalien der Bank, der Seehandlung, der allgemeinen Wittwencasse, des Potsdamer Waisenhauses und so vieler weltlicher und geistlicher Institute, die theils vom Staate ressortirten, theils selbständige Corporationen waren. Noch wußte Niemand zu sagen, ob Napoleon und das sächsisch-polnische Gouvernement diese Gelder den rechtmäßigen Besitzern wieder zurückgeben würden. Stein rieth zur größten Vorsicht. Im Auftrage des Königs entwickelte er die maßgebenden Gesichtspunkte für das einzuschlagende Verfahren in einem Erlaß, der zunächst für die Friedenscommission bestimmt, durch Vermittelung derselben dem Prinzen Wilhelm für seine Vorstellungen bei dem französischen Cabinet übersandt werden sollte. Er bestritt das Interventionsrecht Napoleon's, da Preußen sich niemals geweigert habe, seine Verpflichtungen gegen die abgetretenen Provinzen zu erfüllen, soweit hier überhaupt von Verpflichtungen die Rede sein könne. Der Friedenscommission gab er den Rath, sich Daru gegenüber lediglich in der Defensive zu halten, denn auch er sah es als unzweifelhaft an, daß die Entschädigungsfrage jetzt nur hervorgesucht worden sei, weil sie einen willkommenen Vorwand für neue Ausflüchte gewährte [1]).

Die Richtigkeit dieser Muthmaßung wurde nur allzubald bestätigt. In einer Unterredung mit Brockhausen am 5. Februar theilte Champagny diesem mit, der erwartete Rapport des Generalintendanten sei jetzt eingetroffen, und drückte seine Verwunderung darüber aus, daß die preußische Regierung noch keine Anstalten gemacht habe, ihre Gläubiger in den cedirten Landestheilen zu befriedigen. Es sei dies eine Angelegenheit, fügte er hinzu, die von der Regelung der Kriegsschuld nicht getrennt werden dürfe und die daher im engsten Anschluß an die berliner Verhandlungen ihre Erledigung finden müsse. Brockhausen verfehlte nicht, gegen diese Auffassung Protest einzulegen und mit Bezug auf Daru's Note vom 8. Januar, von der er inzwischen Abschrift erhalten hatte, alle Gegenargumente hervorzuheben, die geeignet waren die Forderungen Daru's zu entkräften; allein Champagny

1) Erlaß an die Friedenscommission vom 20. Januar 1808.

lehnte jede weitere Erörterung ab, und als der Gesandte ihn fragte, welche Antwort man dem Prinzen Wilhelm auf seine Propositionen ertheilen werde, verschanzte er sich hinter die bereits zur Gewohnheit gewordenen Wendung, erst müßten die finanziellen Punkte geregelt sein, dann werde der Kaiser sich darüber aussprechen, ob er das Bündniß Preußens annehmen wolle oder nicht [1]).

Noch ein anderes Moment trat ein, das die Complicationen der preußischen Frage verschärfte.

Soeben waren die ersten Nachrichten über die Eröffnung der Parlamentssession in London nach Paris gelangt. In einem Exposé über die auswärtige Politik, das Canning in der ersten Sitzung des Unterhauses am 27. Januar vorgetragen hatte, war auch der Verhältnisse Preußens noch einmal gedacht worden. Während des lebhaften Depeschenwechsels zwischen Paris und London, zu welchen die Friedensvermittelung des wiener Hofes Anlaß gegeben, hatte sich Gelegenheit gefunden, die königliche Ordre vom 28. December, welche die Abberufung für Jakobi-Kloest enthielt, durch einen Parlamentär an ihren Bestimmungsort zu befördern. Jakobi, der nach dem erfolglosen Ausgang der österreichischen Unterhandlung (S. 102) von dem Zorn Napoleon's das Schlimmste fürchtete, wenn die preußische Diplomatie ihre officielle Thätigkeit in London auch nur einen Augenblick über die Abreise Stahremberg's hinaus fortsetzen würde, hatte nicht gezögert, die Ordre des Königs zu überreichen, worauf ihm am 17. Januar seine Pässe zugestellt worden waren [2]). Canning zeigte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Preußen dem Parlamente an und nahm die Regierung Friedrich Wilhelm's gegen die Gewaltthaten, die sie von den Franzosen zu erleiden habe, noch einmal mit Nachdruck in Schutz. Die ruhige und zuversichtliche Sprache der Thronrede, die Einmüthigkeit aller Parteien, die bei der Adreßdebatte hervortrat, und jene Philippica, in welcher der Minister die Unterdrückung eines mit England befreundeten Staates vor dem Forum der öffentlichen Meinung brandmarkte, hatten die Galle Napoleon's auf das heftigste erregt. Er ließ die Verhandlungen des 21. Januar im Moniteur veröffentlichen und mit einer Paraphrase begleiten, die ganz in demselben Style gehalten war, wie die Randglosse zu der Declaration, mit der das Cabinet von St. James die Kriegsverkündigung des Kaiser Alexander beantwortet hatte (S. 83). Es hieß in diesem Artikel: England

1) Brockhausen 5. Februar 1808.

2) Berichte Jakobi's vom 19. u. 20. Januar. Actenstücke Nr. 64 u. 65.

habe keinen Grund sich über die Occupation der preußischen Gebiete zu ereifern: der Kaiser erkläre, die Räumung Preußens werde erfolgen, sobald der allgemeine Frieden in London angenommen sei, — sie werde erfolgen, sobald England die dänische Flotte herausgegeben habe und Schweden dem Bündniß der continentalen Mächte beigetreten sein werde. Es schloß sich daran die hämische Bemerkung, das preußische Gouvernement werde dem englischen Minister für seine Vertheidigung wenig Dank wissen. Nur allzu deutlich wurde hiermit ausgesprochen, daß man den König von Preußen für die lebhafte Theilnahme, die England seiner Sache zolle, verantwortlich machen werde. Champagny mußte Brockhausen sofort hierüber zur Rede stellen; er mußte ihm sagen, die Rede Canning's gereiche den Verhandlungen des Prinzen Wilhelm zum größten Nachtheil, da sie von Neuem den Beweis geliefert habe, daß Preußen seinen geheimen Umtrieben in London noch immer kein Ende machen wolle[1]. Bonaparte selbst sagte in einer Unterredung dem Erbprinzen von Mecklenburg-Strelitz: „Wie kann ich mich auf das preußische Gouvernement verlassen, nach allem, was ich gesehen habe! Wenn es seinen Sitz wieder in Berlin nimmt, wird es Intriguen gegen mich spinnen, seine Häfen werden den Engländern geöffnet werden, und ich kann nicht immer eine Armee dagegen in Bereitschaft halten"[2]. Es war in jenen Tagen, wo er zum ersten Male von einer Reduction der Armee sprach, die er dem König auferlegen werde: denn so lange Preußen eine starke Truppenmacht unter den Waffen habe, werde immer die Neigung zum Kriege gegen Frankreich vorhanden sein.

Schon längst trachtete Prinz Wilhelm danach, sich von Napoleon selbst Gewißheit darüber zu verschaffen, was Preußen zu hoffen oder zu fürchten habe. Der Kaiser aber schien ihm geflissentlich aus dem Wege zu gehen, obwol er sonst dafür Sorge trug, daß der Prinz an seinem Hofe mit Auszeichnung behandelt würde. Die Mitglieder des Hauses Bonaparte, die anfangs sehr geneigt gewesen waren, den Vertreter des preußischen Königshauses ihren dünkelhaften Stolz empfinden zu lassen, wurden täglich höflicher in ihrem Benehmen. Allenthalben wo der Prinz sich zeigte, erweckte seine ernste, gemessene Haltung, der schwermüthige Ausdruck,

1) Vgl. Actenst. Nr. 183.

2) Brockhausen 12. Februar 1808. Der Gesandte fügt hinzu: Le prince de Meklenbourg a fait ce qu'il a pu pour défendre Votre Majesté et Son ministère et pour écarter le reproche d'inimitié contre la France.

der sein jugendlich schönes Antlitz überschattete, lebhafte Sympathien. Am Tage nach der ersten Audienz des Prinzen hatte Napoleon seinen Ober-Ceremonienmeister, den Grafen Ségur, an Alexander von Humboldt abgeschickt und ihm sagen lassen, er finde in dem Prinzen alle Vorzüge vereinigt, deren schon Kaiser Alexander rühmend gedacht habe: liebenswürdiges Auftreten, Geist, Kenntnisse, vornehme Gesinnung[1]). In Gesprächen über den Prinzen klang bei Napoleon bisweilen ein gewisser Ton des persönlichen Interesses hindurch. Bei alledem aber hatte er für den Verkehr am Hofe mit ihm doch sehr bestimmte Grenzen gezogen. Nach einigen Debatten über die Etiquette, die aus der doppelten Eigenschaft des Prinzen als Sprößling eines hohen Fürstenhauses und als Abgesandter in politischen Geschäften entsprang, war bestimmt worden, daß der Prinz nicht nur zu den großen Empfangstagen, sondern auch zu den kleineren Cirkeln in den kaiserlichen Gemächern, bei der Großherzogin von Berg und der Königin Hortense, deren Salons den erlesensten Vereinigungspunkt der höheren Gesellschaft bildeten, Einladungen erhalten solle. An diese Aufnahme des Prinzen in den Kreis des Hofes hatte Napoleon jedoch die Bedingung geknüpft, daß der Prinz sich im gesellschaftlichen Verkehr mit ihm jedes politischen Gespräches enthalte, es sei denn, daß der Kaiser selbst den Anstoß dazu geben würde.

Allein Eifer und Vaterlandsliebe des Prinzen ertrugen es nicht, der unabsehbaren Lösung mit stummer Resignation entgegen zu harren. Die Friedenscommission meldete ihm von neuen Gewaltthaten der französischen Behörden, von massenhaften rechtswidrigen Requisitionen, z. B. der Lieferung von Tausenden von Baumstämmen aus den preußischen Wäldern für die französische Marine, der zwangsweisen Aushebung der Remontepferde für die französische Cavallerie, wobei allein der Kurmark Brandenburg aufgegeben war, mehr als tausend Pferde auf ihre Kosten zu stellen. Die Stände der Kur- und Neumark hatten sich zum Organ der öffentlichen Stimmung gemacht; sie schilderten den Zustand der Erschöpfung, in welchem der Grundbesitz sich befand, und stellten den vollständigen Ruin desselben als unvermeidlich hin, wenn das Land nicht bald von den fremden Truppen befreit werde.

Von diesen Mittheilungen in tiefster Seele berührt, ruhte Prinz Wilhelm nicht, bis ihm nach einigen vergeblichen Anläufen, am 23. Februar,

---

1) Aus einem Bericht der Geheimen Legationsräthe Le Coq und Le Roux an Goltz, 9. Januar 1808.

endlich die nachgesuchte Audienz bewilligt wurde. Als er die Leiden seines Vaterlandes noch einmal schilderte und um Ermäßigung der Kriegsschuld sowie um Erleichterung der zu gewährenden Bürgschaften bat, erwiederte ihm der Kaiser wörtlich: „Die Erledigung Eurer Angelegenheiten hat ihren Platz unter den großen Combinationen der allgemeinen Politik, die sich demnächst entfalten werden. Es handelt sich nicht um eine Geldfrage, sondern um eine Frage der Politik; und so beruht die Schwierigkeit auch nicht auf einigen Millionen mehr oder weniger. Ich will meine Versprechungen erfüllen, — da ist es billig, daß auch die Anderen die ihrigen erfüllen. Der Tilsiter Friedensvertrag mit Preußen ist abhängig von dem Vertrage, der mit Rußland unterzeichnet wurde. Die Russen aber fahren fort, die Moldau und Walachei besetzt zu halten; ihr Friede mit den Türken ist noch nicht geschlossen. Hiervon sowie von der Gestaltung der allgemeinen Angelegenheiten hängt die Räumung Preußens ab". Prinz Wilhelm machte dagegen den Einwand, daß es für Preußen entsetzlich sein würde, die fremden Truppen in den erschöpften Landen noch so lange ernähren zu müssen. Napoleon antwortete: er wolle die peinliche Lage Preußens nicht bestreiten; aber in zwei, drei Jahren könne das Land sich wieder erholt haben, wenn man es geschickt anzufangen wisse. Er zog die Parallele mit Baiern und Österreich, wo die Schäden des Krieges in kurzer Zeit überwunden worden seien. „Übrigens ist es ganz gleichgültig", warf er hin, „ob es meine oder Eure Truppen sind, die bei Euch verpflegt werden". Und diese Wendung führte ihn dann wieder auf die Reduction des preußischen Heeres: es sei nicht angemessen, sagte er, daß der König mehr als 40,000 Mann unter den Waffen habe.

Alle Bitten um mildere Bedingungen blieben vergeblich. „Ohne mir auf diesen Punkt etwas zu antworten", berichtet Prinz Wilhelm, „zuckte der Kaiser die Achseln, als ob er sagen wollte: „„darauf kommt es nicht an"". Nur eine leise Andeutung über den künftigen Zeitpunkt der Befreiung Preußens schimmerte aus seiner Rede hervor: es sei möglich, bemerkte er, daß die großen Fragen der europäischen Politik noch im Laufe des Sommers ihre Lösung fänden. Der spanischen Dinge gedachte er dabei mit keinem Worte, es waren ausschließlich die Verhältnisse des Orients, die ihm im Sinne lagen. „Constantinopel", rief er aus, „ist der Mittelpunkt meiner Politik, je nach den Umständen werde ich die Türken als Freunde oder als Feinde behandeln"[1]).

1) Bericht des Prinzen Wilhelm vom 26. Februar 1808. Actenst. Nr. 142.

Aus Berichten Sebastiani's hatte man soeben in Paris ersehen, daß die Pforte im Begriff stehe, die Friedensunterhandlungen mit England wieder anzuknüpfen, wie denn in der That die türkischen Anträge gegen Mitte Februar einem englischen Flottenofficier, dem Führer des Schiffes „Sea Horse", dem Capitän Stewart, der die Station vor Smyrna commandirte, zur Weiterbeförderung übergeben worden sind. Allein Napoleon sah in jener Meldung noch keine ernstliche Gefahr; er hoffte, daß die Erklärungen seines Gesandten in Constantinopel den Sultan auf andere Gedanken bringen würden.

Wie weit er davon entfernt war, sein bisheriges System zu verlassen, ergiebt sich aus der nächsten Maßregel, die er ergriff. Unmittelbar nach der Unterredung mit dem Bruder Friedrich Wilhelm's ließ er den Grafen Tolstoi rufen und eröffnete ihm unter den feierlichsten Versicherungen: er sei bereit, seine Truppen sofort aus den preußischen Staaten zurückzuziehen, wenn der Czar sich verpflichten wolle, von einer längeren Occupation der Donaufürstenthümer Abstand zu nehmen. Nicht zum ersten Male machte er im Gespräch mit dem russischen Gesandten eine Anspielung auf dieses Arrangement. Tolstoi, dessen skeptische Auffassung wir kennen, hatte bisher noch immer gezweifelt, ob es dem Kaiser Ernst damit sei, diesmal aber machten die Worte desselben auf ihn den Eindruck, als verhielte es sich wirklich so. Er sprach mit Brockhausen und dem Prinzen Wilhelm, theilte ihnen mit, er selber habe sein dem Kaiser Alexander abgegebenes Votum für Räumung der Moldau und Walachei demselben von Neuem ans Herz gelegt, und äußerte sich über den muthmaßlichen Erfolg dieses Schrittes mit großer Zuversichtlichkeit. Freilich mußte man darauf gefaßt sein, daß die Erwiederung Alexander's erst eintraf, nachdem Napoleon Paris verlassen hatte: man glaubte hier, daß er im Begriff stehe, sich nach Spanien zu begeben, da seine baldige Abreise schon damals für sicher angesehen wurde. Aber Tolstoi sagte: „Sollte der Kaiser vor der Ankunft meines Couriers abgereist sein, so werde ich ihm folgen; denn er hat mir zweimal sein Ehrenwort gegeben, daß er Preußen räumen werde, sobald ihm die Räumung der türkischen Provinzen von meinem Hofe angekündigt wird. Wenn ich mich nach einem so heiligen Gelöbniß in meiner Erwartung getäuscht sehe, bleibe ich nicht länger hier; ich habe auf diesen Fall hin schon zum dritten Male um meinen Abschied gebeten". Brockhausen ging mit Lebhaftigkeit auf den Gedanken Tolstoi's ein: er berichtete an den König und gab ihm den Rath, ein eigenhändiges Schreiben an Alexander zu erlassen, ihn mit

Nachdruck an seine Pflichten gegen Preußen zu erinnern und den Verzicht auf die Donaufürstenthümer von ihm als einen Beweis der Freundschaft zu erbitten[1]).

Auch Prinz Wilhelm berührt diesen Punkt in seinem Bericht vom 26. Februar. „Ew. Majestät allein", schreibt er, „vermögen die Gesammtheit der Lage zu beurtheilen und zu ermessen, was wir von Rußland noch zu hoffen haben. Es sollte scheinen, daß Alexander es sich selbst schuldig ist, seinen Namen nicht zum zweiten Male zu beflecken, indem er in den Untergang der Monarchie seines Bundesgenossen und Freundes willigt". Der Einfluß, den Rußland ausüben könne, fügt er hinzu, sei mächtig genug, um die Erhaltung Preußens durchzusetzen, wenn Alexander es über sich gewinne, Napoleon mit Festigkeit entgegen zu treten.

Am Hofe zu Königsberg, auf dessen Entschlüsse wir unsere Betrachtung jetzt zu lenken haben, waren die ersten Nachrichten von dem Empfang des Prinzen bei Napoleon in vorwiegend günstigem Sinne aufgefaßt worden. Durfte man auch nicht gerade auf ein schnelles Resultat der Verhandlungen rechnen, so setzte man doch einige Hoffnung auf die wohlwollende Aufnahme, die der Bruder des Königs am französischen Hofe gefunden hatte. Niemand ging in dieser optimistischen Auffassung weiter als Stein, der in einem Votum vom 25. Januar für den engsten Anschluß an Frankreich plaidirte, um der günstigen Stimmung, welche der Imperator für den Prinzen zu hegen schien, preußischerseits entgegen zu kommen. Man müsse der Eigenliebe Napoleon's schmeicheln, meinte er, und zu diesem Zwecke erklären lassen, der König werde der inneren Verwaltung seines Landes eine andere Organisation geben, wobei die fundamentalen Einrichtungen des französischen Kaiserreiches zum Vorbild genommen werden würden. Als Grundideen stellt er auf: die Bildung eines Staatsraths neben den Ministern; für die Provinzen Departementalräthe und Reform der alten Landstände; endlich, mit der Zeit, eine Repräsentativverfassung für die ganze Monarchie. Gleichzeitig wird noch ein zweiter Vorschlag ausgesprochen, der sich freilich auf ganz anderem Gebiet bewegt als dem der administrativen Annäherung an das napoleonische System. Man sah in der königlichen Familie stündlich einem freudigen Ereigniß entgegen, der Niederkunft

1) Brockhausen 25. Februar 1808. L'Empereur a promis formellement et sur sa parole d'honneur, que les provinces prussiennes seraient évacuées dès que la Moldavie, la Valachie et la Bessarabie le seraient, — cette promesse a été répétée deux fois au comte de Tolstoi, lequel ayant toujours fait l'incrédule, a arraché encore à plusieurs reprises les mêmes promesses formelles.

der Königin; Stein ist der Meinung, daß es für das Verhältniß zu Napoleon die besten Früchte bringen werde, wenn der König sich entschließe, entweder den Kaiser selbst oder dessen Gemahlin um die Annahme einer Pathenstelle zu ersuchen[1]).

Allein in diesem Punkte fühlte und dachte der Monarch denn doch ganz anders als sein leitender Minister. Friedrich Wilhelm konnte sich überwinden, in politischen und finanziellen Dingen nachzugeben, wenn der Druck der übermächtigen Gewalt es forderte; obschon auch dies, wie unsere Ausführungen gezeigt haben werden, nur sehr allmälig, nach ruhiger und zögernder Erwägung der obwaltenden Verhältnisse, nach Maßgabe der dringendsten Nothwendigkeit geschah. In einer Hinsicht aber blieb der König allezeit unbeugsam, — in dem zähen Festhalten an seiner sittlichen Hoheit, in dem unauslöschlichen Widerwillen gegen jede persönliche und familiäre Vertraulichkeit mit dem Machthaber Frankreichs. Ein Blick in die Acten über die Taufhandlung der am 1. Februar gebornen Prinzessin Luise, der nachmaligen Prinzessin der Niederlande, belehrt uns, daß Friedrich Wilhelm den Antrag Stein's nicht zu dem seinigen gemacht hat[2]).

In Stein's Biographie von Pertz wird noch eines andern Gutachtens erwähnt, das der Minister am 25. Januar dem König überreichte. Es bezieht sich auf einen Gegenstand, der ebenfalls in den unmittelbarsten Zusammenhang der Pariser Verhandlungen gehört: es ist das viel besprochene Project, den Prinzen Wilhelm zum Kriegsminister zu machen. Mit Unrecht hat Pertz den Freiherrn von Stein als den Urheber dieses Gedankens bezeichnet: der Prinz selber hat in einem nicht mehr vorliegenden Privatbrief an den König zuerst die Rede darauf gebracht, und seine Absicht dabei war ohne Zweifel, das Mißtrauen zu beschwichtigen, das Napoleon gegen den Geist der preußischen Armee geäußert hatte. Der König gab dem Bedenken Ausdruck, daß es dem jugendlichen Alter seines Bruders an der nothwendigen Erfahrung fehle, um ein Amt zu verwalten, welches gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo man mit einer tiefgreifenden Reform des Heerwesens beschäftigt war, mehr als je die einsichtsvollste und energischste Führung in Anspruch nahm. Stein suchte diese Befürchtung zu entkräften. Er beruft sich darauf, daß an der Spitze der einzelnen Abtheilungen des Kriegsministeriums Männer von erprobter Tüchtigkeit stünden, in deren Rath der Prinz seine Stütze finden würde, und was die Jugend desselben

1) Vgl. Actenst. Nr. 130.

2) Ich verdanke diese Notiz einer gütigen Mittheilung des königlichen Hausarchivs.

anbetreffe, so erinnert er an das Beispiel des Erzherzogs Karl, der mit sechs und zwanzig Jahren über Jourdan den Sieg davon getragen habe[1]). Man erkennt auf den ersten Blick, daß der leitende Gesichtspunkt, dem der Minister folgte, nicht sowohl ein militärischer als ein politischer war. Stein hatte noch immer die Möglichkeit einer Aussöhnung mit Napoleon im Auge; deshalb rieth er, die Erinnerung an die Vergangenheit für jetzt auszulöschen und in der persönlichen Connivenz gegen Napoleon soweit zu gehen, als sich mit der Würde Preußens irgend vereinigen ließ.

Als dann aber gegen Mitte Februar die nächsten Meldungen aus Paris eintrafen und der Inhalt der Unterredungen des Prinzen mit Champagny bekannt wurde, täuschte man sich auch in Königsberg nicht mehr darüber, daß Napoleon das Geschick Preußens von seinen weiteren politischen Plänen abhängig mache. Das Gutachten Brockhausen's, der vor überflüssigen Opfern gewarnt hatte, wurde von Stein in allen Punkten gebilligt. Wenn der Zweck der vollständigen Räumung Preußens doch nicht erreicht werden könne, so sei das ein Grund mehr, das Maaß der bisherigen Zugeständnisse nicht noch zu steigern. Stein schreibt in jenen Tagen: „Die Nachrichten, die wir bis jetzt über den Gang unserer Verhandlungen in Paris haben, sind nicht zufriedenstellend. Der Zweck der Sendung des Prinzen war, entweder zu erlangen, daß die Verhandlung unter billigeren Bedingungen in Paris zu Ende geführt werde, oder daß Daru gemäßigtere Instructionen erhalte. Weder der eine noch der andere Zweck ist erreicht. Es ist absolut unmöglich, die Cession der Domänen, die Besetzung der Festungen und die Zahlung der übertriebenen Schuldforderungen an die abgetretenen Provinzen zuzulassen, und wenn man die Räumung des Landes an diese Bedingungen knüpfen will, so heißt das, sie thatsächlich verweigern. Es ist sicher, daß man nach einem Abschluß trachten muß, denn der gegenwärtige Zustand der Dinge erschöpft das Land und unsere Kassenbestände, aus denen wir leben, — aber abschließen unter Bedingungen, die alles zu Grunde richten, — das heißt den eigenen Untergang besiegeln“[2]). Und diese Ansicht Stein's fand die volle Zustimmung des Königs. Die Friedenscommission wurde zwar ermächtigt, die Unterhandlungen mit Daru fortzusetzen, wenn dieser die Pourparlers wieder aufnehmen wollte, aber sie erhielt den ausdrücklichen Befehl, in keine Verpflichtungen einzuwilligen, die über die Vorschläge in dem Entwurf vom

1) Vgl. Actenst. Nr. 131; Pertz II, 93.

2) Vgl. Actenst. Nr. 135.

2. December (S. 72) hinausgingen. An dieser Verfügung wurde auch durch die Ankunft Greuhm's, der am 16. Februar in Königsberg eintraf, nichts geändert. Dem Prinzen Wilhelm, der bei dem König anfragte, wie er sich zu verhalten habe, wenn Napoleon über die Allianz verhandeln wolle, wurde am 20. Februar unter Hinweis auf die Instruction vom 18. December (S. 81) zur Antwort gegeben, daß ohne wesentliche Ermäßigung der Kriegssteuer das Bündniß mit Frankreich für Preußen keinen Werth habe[1].

Inzwischen war Daru am 11. Februar von Kassel nach Berlin zurückgekehrt. Sack hatte ihm vorgeschlagen, die Discussion über den finanziellen Theil der Auseinandersetzung sofort wieder zu eröffnen, dagegen diejenigen Punkte des Vertrages, die mehr politischer Natur waren, dem Prinzen Wilhelm zu überlassen. Der Vertreter Napoleon's weigerte sich jedoch auf diese Trennung der Materien einzugehen. Er habe dazu weder Vollmacht, erklärte er, noch könne er annehmen, durch ein solches Verfahren den Beifall des Kaisers zu erwerben, da dieser von Anfang an den Willen kundgegeben, zunächst die Convention über die Tilgung der Kriegsschuld ins Reine zu bringen, und dann erst über seine Beziehungen zu Preußen Entscheidung zu treffen. Es sei gewiß sehr rathsam gewesen, wenn der König durch seinen Bruder habe ankündigen lassen, daß er in allen Punkten, namentlich auch in dem Krieg gegen England, unweigerlich dem französischen Systeme folgen wolle, allein zwischen diesem Versprechen und dem bisherigen Verhalten der preußischen Politik bestehe ein Widerspruch, der erst beseitigt werden müsse, ehe man sich auf das Vertrauen Napoleon's Rechnung machen dürfe[2].

Nach diesen Kundgebungen war Sack von der Unmöglichkeit einer Verständigung so durchdrungen, daß er dem König am 16. Februar die Bitte vortrug, den Freiherrn von Stein nach Berlin zu senden. In seiner neidlosen Unterordnung unter die staatsmännische Überlegenheit Stein's hatte Sack schon längst dem König angedeutet, daß Stein der einzige Mann sei, der durch das Gewicht seiner Persönlichkeit vielleicht noch im Stande wäre, den gordischen Knoten der berliner Verhandlungen zu lösen. Im October 1807 bereits war der Wunsch der Abordnung Stein's von Sack zum ersten Male ausgesprochen worden. Stein war nicht gerade abgeneigt gewesen, die Mission zu übernehmen, aber er hatte wiederholt geäußert, er werde nicht eher nach Berlin gehen, bis Daru sich bereit erklärt habe, zum

1) Vgl. Actenst. Nr. 140.

2) Sack an den König 29. Januar und 2 Februar 1808.

Abschluß der Convention die Hand zu bieten[1]). Da dies nun nach den neuesten Erklärungen des Generalintendanten keineswegs so bald zu erwarten war, so ist es sehr fraglich, ob die Absendung Stein's schon damals stattgefunden hätte, wenn nicht ein Ereigniß eingetreten wäre, welches die preußische Regierung zur Beschleunigung ihrer Maßnahmen antreiben mußte.

Wie wir früher schon bemerkten, blieb das Königsberger Cabinet lange Zeit in Unkenntniß über das eigentliche Object der intimen Verhandlungen, die seit November 1807 zwischen Paris und Petersburg gepflogen wurden; namentlich wußte man kein Wort von der Abtretung Schlesiens, die Napoleon gefordert hatte. Trotz der sehr unzweideutigen Zurückweisung, mit der Kaiser Alexander der an ihn gestellten Alternative begegnet war (S. 87 ff.), ließ Caulaincourt nicht ab, bei jeder Audienz das Thema von Neuem zu berühren: es lag zu deutlich in Napoleon's Interesse, den Eifer Alexander's für Erwerbung der Donaufürstenthümer durch diese Gegenbedingungen in Fesseln zu schlagen. Darüber geschah es denn endlich, daß durch irgend eine Indiscretion das bisher so sorgsam bewahrte Geheimniß der Napoleonischen Intrigue in den diplomatischen Cirkeln der russischen Hauptstadt verlautbarte. Graf Lehndorf wollte zuerst nicht daran glauben, aber die Gerüchte gewannen an Bestand: er sah sich veranlaßt, der Wahrheit nachzuforschen. Schöler mochte den Kaiser persönlich nicht befragen; Alexander selbst schwieg; der Herzog von Vicenza hatte die Stirn, die ganze Angelegenheit in das Bereich der Fabel zu verweisen; und der in jeder List geübte Romanzoff, dessen Taktik im diplomatischen Verkehr wesentlich auf die Fechterkünste der Verstellung hinauslief, leugnete die Thatsache mit der unschuldigsten Miene der Welt. „Es scheine zwar", sagte er, „bei Napoleon eine gewisse Neigung vorhanden zu sein, die preußischen und die türkischen Verhältnisse mit einander zu combiniren, allein der russische Hof werde sich dies nicht gefallen lassen; er habe seinen Gesandten in Paris schon mit den nöthigen Weisungen ausgerüstet"[2]).

---

1) Noch in einer Denkschrift vom 18. Febr. bei Pertz II S. 104 sagt Stein: „Was nun meine Reise nach Berlin anbetrifft, so würde ich ohne nähere Kenntniß der dortigen Verhältnisse nicht gern als unterhandelnd auftreten. Kann nicht abgeschlossen werden, so ist meine Theilnahme unnütz". Schon im December 1807 war von der Reise die Rede gewesen; Pertz II 87.

2) Lehndorf 12. Februar: Caulaincourt habe erklärt: »la France serait plus coulante, si la Russie ne trouvait rien à redire à ce que la Silésie fût détachée de la Prusse«. In der Antwort, die darauf unter dem 22. Februar aus Königsberg erfolgt, wird Lehndorf angewiesen, die Absendung Stein's nach Berlin dem Grafen Romanzoff und dem französischen Gesandten als eine feststehende Thatsache mitzutheilen.

In Königsberg täuschte man sich nicht über den wahren Sachverhalt. Solange Rußland festhielt, war freilich nichts zu befürchten, aber nur allzu deutlich verrieth der Plan der Losreißung Schlesiens den unversöhnlichen Haß, den Napoleon gegen Preußen im Herzen trug. Man sah ein, daß man einer neuen Gewaltthat zuvorkommen, ihr jeden Schein des Rechtes entziehen müsse. Die Wiederaufnahme der Berliner Verhandlungen wurde jetzt zu einem unabweisbaren Erforderniß: man mußte dem französischen Unterhändler zeigen, daß die Regierung des Königs bereit sei, ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen in allen Punkten nachzukommen, und dann abwarten, wie er sich hierauf erklären werde: man mußte vor Allem zu erfahren suchen, was Napoleon im Schilde führe. Unter dem Eindruck der Petersburger Nachrichten wurde die Abreise Stein's, für die bisher ein bestimmter Termin nicht in Aussicht genommen war, ohne Säumniß in Vollzug gesetzt: am 29. Februar verließ der Minister Königsberg.

Die Mission, die der König ihm übertrug, umfaßte zugleich die höchste Verantwortlichkeit und das höchste Vertrauen. Die weitreichende Vollmacht, mit der er ausgestattet war, gewährte ihm volle Freiheit zum Abschluß definitiver Festsetzungen nicht nur über die Contributionen, sondern über alle und jede Streitpunkte, die noch zu regeln waren; und Friedrich Wilhelm verpflichtete sich, den Punktationen, zu denen sein Minister schreiten würde, ohne Beanstandung die königliche Genehmigung zu ertheilen. Von einer schriftlich erlassenen Instruction findet sich nirgends eine Spur; aber die vorwaltende Tendenz war noch immer, daß der Entwurf vom 2. December und die fort und fort auf denselben zurückgreifenden Weisungen an die Friedenscommission der Verhandlung zur Grundlage dienen sollten: im Übrigen war selbst die Entscheidung der Frage, ob überhaupt zum Abschluß eines Vertrages zu schreiten sei, dem Ermessen Stein's überlassen, — vor allem seiner Einsicht in die politische Lage, für deren weitere Aufklärung die nächsten Berichte aus Paris abgewartet werden sollten.

10.

Die Berliner Convention vom 9. März 1808.

Als Stein in der Nacht vom 4. zum 5. März in Berlin ankam, hatte wenige Stunden zuvor ein Courier die Depesche gebracht, in der Prinz Wilhelm über seine zweite Unterredung mit Napoleon (S. 120) berichtete. In einer Conferenz mit Sack, die noch in derselben Nacht stattfand, prüfte der Minister

den Inhalt des Schriftstückes und gelangte zu der Überzeugung, daß einstweilen kein Grund vorhanden sei, dem Generalintendanten weiter reichende Anerbietungen zu machen als bisher. „Bei meiner Ankunft in Berlin", so schrieb er am 6. an Goltz, „habe ich die neuesten Depeschen aus Paris vorgefunden; der Inhalt derselben ist allerdings nicht tröstlich, aber er giebt doch zu folgenden Bemerkungen Anlaß. Der Kaiser will die Lage Preußens unentschieden lassen; er macht sie abhängig von der großen Politik Europas; er betrachtet Constantinopel als den Punkt, auf den seine Combinationen sich richten, und die Angelegenheit der Kriegsschuld als untergeordnet; er läßt ferner im Laufe des Sommers einen Umschwung hoffen und scheint auf der Räumung der Moldau und Walachei zu bestehen. Ich kann nicht glauben, daß der Kaiser die Räumung dieser beiden Provinzen ernstlich will, da Kaiser Alexander ausdrücklich erklärt hat, daß er sich wegen dieses Punktes nicht im Streit mit Frankreich befindet, und weil der letzteren Macht daran gelegen sein muß, daß Rußland der Pforte gegenüber eine imponirende Macht behauptet, sei es nun, daß es sich um eine Theilung handelt oder daß man sich der Pforte als Werkzeug zu einer Expedition gegen Indien bedienen will"[1].

Diese Worte zeigen deutlich, aus welchem Gesichtspunkt Stein die nächstliegenden Aufgaben der preußischen Politik beurtheilte. Eine unmittelbare Gefahr für die Existenz des Staates schien ihm nicht vorzuliegen, solange die Fortdauer der russisch-französischen Allianz gesichert war, woran er nicht zweifelte. Und selbst wenn Spannungen zwischen den beiden Mächten wirklich vorhanden waren, wenn Napoleon wirklich verlangte, daß Rußland seinen Absichten auf die Donaufürstenthümer entsage, ehe er seinerseits zur Räumung Preußens schreiten könne, so blieb noch immer die Möglichkeit, daß dieser Hinderungsgrund durch eine willfährige Erklärung des Petersburger Hofes aus dem Wege geräumt würde. Trotz der voraufgegangenen Erfahrungen hatte Stein die Zuversicht zu der Freundschaft Alexanders nicht verloren: er billigte den Vorschlag Brockhausen's, nach welchem der König veranlaßt werden sollte, die Gespräche, die Napoleon mit dem Prinzen Wilhelm und mit Tolstoi geführt, seinem ehemaligen Verbündeten mitzutheilen und ihn darauf hinzuweisen, daß das Schicksal Preußens in seine Hand gelegt sei.

Es war schon damals von mehreren Seiten die Frage aufgeworfen worden, ob der König nicht am besten thun werde, seinen Bruder

1) Stein an Goltz, 6. März 1808. Vgl. Actenst. Nr. 145.

aus Paris zurückberufen, da die Thätigkeit desselben, wenn sie überhaupt noch von Bedeutung werden sollte, in jedem Falle durch Napoleon's Entfernung von Paris eine längere Unterbrechung erleiden mußte. Stein vertritt die entgegengesetzte Ansicht aus doppelten Gründen, — einmal weil die plötzliche Zurückberufung des Prinzen den französischen Kaiser beleidigen würde, während man im Augenblick darauf bedacht sein müsse, jedem gehässigen Eindruck vorzubeugen, und sodann weil das Resultat der berliner Verhandlungen möglicher Weise eine directe Vermittelung bei Napoleon wünschenswerth machen könne. Sollte der verlängerte Aufenthalt in Paris dem Prinzen peinlich sein, so könne man ihn bestimmen, die Zeit der Abwesenheit des Kaisers zu seiner Zerstreuung und Belehrung auf eine Reise durch die Provinzen Frankreichs zu verwenden.

Bei den Verhandlungen, welche der Präsident der Friedenscommission während der letzten Wochen mit dem Generalintendanten geführt hatte, waren die preußischen Propositionen, welche die Grundlagen des Vertrages bilden sollten, noch einmal normirt worden. Als Deckungsmittel für die auf etwa hundert Millionen veranschlagte Kriegsschuld wurden Wechsel und Pfandbriefe angeboten, von denen erstere im Laufe eines Jahres, letztere in zwei bis drei Jahren realisirt werden sollten. Statt der drei Sicherheitsplätze, die früher zum Unterpfand für die pünktliche Abbezahlung bestimmt worden, hatte Sack, in Folge neuerer Weisungen aus Königsberg, zuletzt nur noch eine Festung in Vorschlag gebracht und zugleich den Wunsch ausgesprochen, daß man bei der Wahl derselben darauf Rücksicht nehme, die im Lande zu belassende Garnison möglichst weitab von Berlin zu stationiren, damit der König nicht gehindert sei, seine Residenz wieder in der Hauptstadt aufzuschlagen. In einer Note vom 24. Februar hatte Daru diese Anerbietungen als völlig unzureichend abgelehnt und dabei ausdrücklich betont, daß der Kaiser in dem Besitz der Festungen keine genügende Bürgschaft erblicke, sondern noch außerdem die Überlassung von domanialem Grund und Boden verlangen werde. Diese Äußerung, die letzte, die von dem Intendanten vorlag, machte es mehr als zweifelhaft, ob er sich überhaupt zur Eröffnung einer Verhandlung herbeilassen werde; aber Stein erachtete es trotzdem für seine Pflicht die Einladung dazu an Daru zu richten. Zu seinem Erstaunen lautete die Antwort entgegenkommender als er vermuthet hatte; denn wenn der Intendant auch behauptete, noch keine Instructionen auf die Anträge des Prinzen Wilhelm erhalten zu haben, so durfte es doch immer als ein Schritt der Annäherung betrachtet werden, daß er die preußischen Bevollmächtigten aufforderte, ihre Vor-

schläge in die Form eines Vertragsentwurfs zu bringen, worauf er dann über die streitigen Punkte mit ihnen in Berathung treten wolle. In Folge dessen wurde der Entwurf am 6. März ausgearbeitet, und am 7. begannen die Besprechungen in einem kleinen Comité, das aus Stein, Sack und Daru bestand.

Die schwierigste Differenz, die auch hier wieder auftauchte, betraf die Frage der Domänen. Wenn eine Notiz in der freilich nicht immer ganz zuverlässigen Selbstbiographie Stein's richtig ist, so hätte Daru sogar das Ansinnen gestellt, den ganzen noch fehlenden Betrag der Kriegssteuer, den der Entwurf schließlich auf hundert und eine Million berechnete, durch Abtretung von Domänenbesitz auszugleichen[1]). Unter den zahlreichen Gründen, die Stein dagegen anführte, ist einer, der mit den leitenden Ideen der Regeneration des Staates im engsten Zusammenhange steht. Nachdem der König durch ein besonderes Gesetz die Aufhebung der Erbunterthänigkeit auf die Domänen ausgedehnt hatte, würden die Wohlthaten der veränderten Dominialverfassung Tausenden von Bauern vorenthalten worden sein, wenn die Abtretung der Domänen vor der Durchführung jenes Gesetzes erfolgt wäre. Daru hatte bisher nur eine sehr unvollkommene Vorstellung von der substantiellen Sicherheit der Domänen-Pfandbriefe gehabt; die Einrichtung der Creditinstitute war ihm so gut wie gänzlich unbekannt geblieben. Die sehr genauen Aufschlüsse, die Stein über diese Dinge gab, bewirkten, daß ihm schließlich die Annahme der Pfandbriefe, zumal wenn dieselben unter die Garantie der Ritterschaften gestellt wurden, rentabler erschien als die Erwerbung der Domänen selbst, deren Bewirthschaftung in französischen Händen eines kostspieligen Verwaltungsapparates bedurft haben würde.

Ein anderer Punkt, der zu lebhaften Erörterungen führte, betraf die Reclamationen aus den abgetretenen Provinzen. Wie wir sahen, hatte die preußische Regierung sich noch vor Kurzem dagegen verwahrt, daß die Erledigung dieser Angelegenheit zur Competenz der französischen Bevollmächtigten gehöre, und daß sie überhaupt erfolgen könne, ehe die Gegenansprüche Preußens von französischer Seite anerkannt seien. Den Hauptposten unter diesen Gegenansprüchen bildeten die schon mehrfach erwähnten Warschauer Capitalien (S. 116) im Betrage von 18 bis 20 Millionen Thalern. Obwol man wegen dieser Gelder längst in Sorgen schwebte, hatte es die Regierung doch wie ein Donnerschlag getroffen, als in den ersten Tagen des Februar die Nachricht einging, daß sämmtliche in den polni-

1) Pertz VI 2, Beilagen S. 169.

schen Landestheilen ausstehende Hypotheken preußischer Besitzer unter Sequester gestellt worden seien. In der Warschauer Zeitung vom 18. Januar findet man den Text des amtlichen Erlasses. Ein bittererer Hohn läßt sich nicht denken, als daß es gerade das polnische Justizdepartement sein mußte, durch welches dieser unerhörte Eingriff in die Rechte Preußens und seiner Angehörigen publicirt wurde. Die Hypothekenschuldner werden von ihren Verpflichtungen frei und ledig gesprochen; sie werden belehrt, daß sie fortan weder den König von Preußen, noch die preußische Bank, noch irgend ein preußisches Etablissement, noch einen preußischen Unterthanen als ihre Gläubiger anzusehen, sondern Capital und Zinsen nur an diejenigen Personen auszuzahlen haben, die der Kaiser von Frankreich und der König von Sachsen dazu bevollmächtigen werden. Friedrich August suchte den Schein zu wahren, als ob er zur Annahme dieses unsauberen Handels durch Napoleon gezwungen worden sei; er verkündigte die Maßregel als einen unmittelbar von dem Kaiser von Frankreich ausgegangenen Befehl: allein man sieht, auf wie schwachen Füßen dieses Vorgeben steht, wenn gleich nach der Veröffentlichung jenes Decretes die beiden Ämter Krotoschin und Pulajewo, die das Eigenthum der preußischen Seehandlung waren, dem sächsischen Gouvernement zu Gute geschrieben wurden.

Es ließ sich nicht erwarten, daß Daru auf nähere Erörterungen über den warschauer Sequester eingehen oder gar seine Verwendung für die Aufhebung desselben zusagen werde. Auch hatte der König bereits die geeigneten Schritte gethan, um seinen Protest an Napoleon zu bringen; er hatte die Intervention des Kaisers Alexander angerufen, die ihm denn auch ohne Säumen versprochen worden war. Für den Augenblick mußte man es schon als einen großen Gewinn ansehen, wenn man damit durchdrang, die Schuldangelegenheiten der cedirten Provinzen mit all' den streitigen Objecten, die sich daran knüpften, von der gegenwärtigen Verhandlung auszuschließen und einer besonderen Vereinbarung zu überweisen, unter der Bedingung jedoch, daß die Ratification des Hauptvertrages deswegen keine Verzögerung erleiden dürfe. In der That gelang es Stein, den Intendanten zur Annahme einer solchen Clausel zu bewegen.

Das Resultat der berliner Verhandlungen war der Vertragsentwurf vom 9. März, der beinahe in allen wesentlichen Momenten den preußischen Vorschlägen vom 2. December 1807 entspricht[1]. Die Totalsumme der

1) Die Bestimmungen desselben sind auszugsweise zusammengestellt bei Bassewitz, die Kurmark Brandenburg 1806 bis 1808, I 521—525.

Kriegsschuld wird, abzüglich der seit dem 12. Juli zurückbehaltenen Revenüen und der auf Abschlag geleisteten Zahlungen oder Naturallieferungen, auf die genannte Summe von hundert und einer Million festgesetzt, welche durch baares Geld, Wechsel und Pfandbriefe getilgt werden soll. Bis zur Einlösung der Pfandbriefe bleiben die Festungen Stettin, Küstrin und Glogau im Besitz der französischen Armee, doch wird die Stärke der Occupationstruppen nicht mehr als 9000 Mann betragen; außerdem soll Glogau von den Franzosen geräumt werden, sobald das erste Drittel der Kriegssteuer entrichtet ist, und nach der Abbezahlung des zweiten Drittels, Küstrin. Im Übrigen soll die große Armee innerhalb eines Zeitraums von dreißig Tagen nach erfolgter Ratification das preußische Gebiet verlassen. Hierin lag der Schwerpunkt der ganzen Vereinbarung: sie war vornehmlich auf die Befreiung des Landes und die Wiederherstellung einer unabhängigen Verwaltung gerichtet.

Daru versprach den Entwurf mit einem erläuternden Bericht ohne Säumen nach Paris zu senden und die Vollziehung der Convention bei dem Kaiser auf das dringendste zu befürworten.

Allein, wie weit durfte man diesen Versicherungen Glauben schenken? Waren sie wirklich ehrlich gemeint? Konnte man ein Ergebniß erwarten, das mit der bisherigen Politik Napoleon's in so offenbarem Widerspruch stand?

Der Biograph Stein's hat die Nachgiebigkeit, die Daru diesmal bekundete, auf einen rein äußerlichen Beweggrund zurückgeführt. Es sei, meint er, dem Intendanten von Anfang an als eine Zurücksetzung seiner Würde vorgekommen, mit einem Mann wie Sack verhandeln zu müssen, den er nach den landläufigen Begriffen von Stand und Repräsentation nicht für ebenbürtig ansehen konnte, — einem Mann, der weder glänzende Titel hatte, noch mit hohen Ordensdecorationen geschmückt war, während der dirigirende Minister des Königs von Preußen alle diejenigen Qualitäten in sich vereinigte, welche Graf Daru von seinem Partner beanspruchte[1]). Suchen wir jedoch den inneren Zusammenhang der Thatsachen festzuhalten, überblicken wir den leitenden Faden in dem Gewebe der französischen Politik, so werden wir uns schwerlich entschließen können, eine so oberflächliche Erklärung als stichhaltig gelten zu lassen. Unmittelbar vor der Ankunft Stein's hatte Daru die preußischen Vorschläge entschieden zurückgewiesen: wenn er sich wenige Tage darauf mit einem Tractat, der im

1) Pertz II 105.

Wesentlichen die gleichen Bedingungen enthielt, zufrieden erklärte, so liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß dem Intendanten inzwischen Befehle zugegangen sein mußten, die ihn zu einem solchen Schritt ermächtigten. Aus französischen Quellen erfahren wir hierüber nichts Gewisses, wohl aber wird unsere Ansicht bestätigt durch eine Mittheilung Schöler's, der am 19. März dem König berichtet, nach einer soeben eingetroffenen Depesche Tolstoi's, welche Kaiser Alexander ihm vorgelesen, habe Napoleon bei dem letzten Empfang des Gesandten die Äußerung gethan, daß er in kürzester Frist seine Truppen aus Preußen und dem Herzogthum Warschau abmarschiren lassen werde[1]). Diese Erklärung stimmt überein und steht im engsten Zusammenhange mit dem, was der Imperator Ende Februar zu Tolstoi gesagt hatte: er wolle Preußen räumen, wenn Rußland von der ferneren Occupation der Donaufürstenthümer Abstand nähme. Denn welche Aussicht hätte Napoleon gehabt, den Czaren zu diesem Zugeständniß zu bewegen, wenn er nicht vorerst selbst einen Beweis seines guten Willens gab. Hierin liegt ohne Zweifel der Grund, weshalb Daru in den berliner Verhandlungen plötzlich ganz andere Saiten aufzog, — der Grund vor allem, weshalb er nicht nur auf die Verhandlungen mit Stein einging, sondern auch seine volle Zustimmung zu dem vereinbarten Entwurf zu erkennen gab.

Am 9. März schickte Sack eine Abschrift des Entwurfes an den Prinzen Wilhelm. Die Sendung wurde einem jüngeren Beamten aus dem Departement Stein's anvertraut, dem Regierungsassessor Koppe, der wenige Monate später bei der Affaire der aufgefangenen Correspondenz Stein's zu einer traurigen Berühmtheit gelangen sollte. Am 17. März befand sich der Bericht Daru's mit der abgeschlossenen Convention in der Hand des französischen Kaisers. Das Verfahren, das Napoleon einschlug, entsprach genau dem doppelsinnigen Zweck, der seine Handlungsweise geleitet hatte. Er hütete sich wohl dem Intendanten Vollmacht zum Abschluß zu geben; er verwies ihn auf einen und den andern Punkt, über den man mit Preußen noch weiter verhandeln müsse; er fuhr namentlich fort, die seit dem 1. October mit Beschlag belegten Revenuen aus den preußischen Landen als Eigenthum der französischen Staatscasse in Anspruch zu nehmen, — denn wenn der König ihn bisher nicht habe bezahlen können, so sei es naturgemäß die Pflicht desselben, die Kosten für den Unterhalt der Besatzungsarmee zu tragen, — aber gegen die Hauptpunkte der vorgeschlagenen Über-

1) Bericht Schöler's vom 19. März 1808. Actenst. Nr. 102.

einkunft erhob er keinerlei Widerspruch. In dem letzten Gespräch, das Napoleon wenige Tage vor seiner Abreise nach Bayonne mit dem Bruder Friedrich Wilhelm's führte, sagte er: „Ich habe das Project gesehen, es scheint mir alle Bedingungen zu erfüllen“ [1]).

Der Prinz hatte eine beruhigende Wendung der Dinge kaum noch erwartet. Seit der Scene vom 23. Februar, wo sich ihm die Überzeugung eingeprägt, daß das Schicksal seines Vaterlandes von politischen Plänen Napoleon's abhängig sei, deren Ziele und Erfolge noch im Schoße der Zukunft verborgen lagen, lastete ein schwerer Druck auf seinem Gemüth. Nicht ohne Sorge bemerkte seine Umgebung den Wechsel der Stimmung, der in ihm vorging, — wie die angeborne Frische seines Temperamentes ihn verließ, und sein Leben sich in engere Kreise zusammenzog, während er sonst für die wissenschaftlichen und künstlerischen Anregungen, welche die französische Hauptstadt ihm darbot, voller Empfänglichkeit gewesen war. Allein jene Abschiedsaudienz, die ihm am 29. März im Schlosse von St. Cloud gewährt wurde, richtete ihn noch einmal auf. Zwar seinem lebhaft ausgesprochenen Wunsche, daß Daru nun sogleich mit den nöthigen Instructionen versehen werden möge, schenkte Napoleon kein Gehör. Er erwiderte ausweichend: „Wir werden sehen; ich werde mit Champagny sprechen; ich werde Ihre Angelegenheiten nicht vergessen“; im Übrigen aber behandelte er ihn in der freundlichsten Weise. Prinz Wilhelm hebt besonders hervor, daß bei dieser Unterredung zum ersten Male kein Zeichen von Mißtrauen oder Übelwollen Napoleon's hervorgetreten sei [2]). Die Sendung Stein's hatte auf Napoleon einen günstigen Eindruck gemacht; in einer Unterredung mit dem Herzog von Oldenburg, dem Oheim des Kaisers Alexander, zollte er der Haltung des Königs, der sich selber die größten Entbehrungen auferlege, um seinen Unterthanen zu Hülfe zu kommen, ein anerkennendes Urtheil. Brockhausen schreibt am 30. März: „Euere Majestät werden aus dem Bericht Seiner Königlichen Hoheit die näheren Details seiner gestrigen Audienz beim Kaiser erfahren haben: wenn diese auch kein vollständiges Resultat gebracht hat, so enthält sie doch auch nichts Beunruhigendes oder Peinliches: sie läßt sogar einen gewissen Schimmer der Hoffnung durchblicken“.

Dieser Auffassung folgte man denn auch in Königsberg. Die Convention vom 9. März war hier mit ungetheilter Befriedigung aufgenommen

1) Prinz Wilhelm 30. März 1808. Actenst. Nr. 152.
2) S. Actenst. Nr. 152 u. 190.

worden. Zwar die finanziellen Opfer, die der preußische Staat zu bringen hatte, wogen noch immer schwer genug, aber wenn Frankreich nur in der Festsetzung der Zahlungstermine mit einiger Milde verfuhr, brauchte man an der Herbeischaffung der Geldmittel nicht zu verzweifeln. Auch bot die allgemeine Lage der europäischen Politik mancherlei Momente dar, auf welche Preußen die Hoffnung seiner baldigen Befreiung begründen konnte. Am 19. Februar hatte die russische Armee durch Überschreitung der Grenze Finnlands den Krieg gegen Schweden eröffnet. Friedrich Wilhelm war weit entfernt das Verhalten Alexander's in allen Punkten zu billigen. Nach seiner Meinung hätte der Czar schon bei dem Erlaß des Kriegsmanifestes gegen England als Gegenbedingung die Räumung Preußens von Napoleon fordern müssen, und da in den Augen des Königs die schwedische Expedition für ein Unternehmen galt, bei welchem die Interessen Frankreichs mindestens ebenso stark im Spiele waren wie die Rußlands, so befremdete es ihn, daß Alexander abermals diese Gelegenheit versäumt hatte, um mit Energie für die Rechte Preußens einzutreten. Allein auch so, wie die Dinge standen, ließ sich von dem Krieg gegen Schweden eine Befestigung des russisch-französischen Bündnisses erwarten, und mit der zunehmenden Intimität der beiden Kaiserhöfe, von der man in den preußischen Kreisen überzeugt war[1]), wuchs die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Verständigung über die noch nicht gelösten Fragen der Politik. Unter diesen nahmen die orientalischen Angelegenheiten noch immer die erste Stelle ein. Der König hatte sich beeilt, den Inhalt der Unterredung, die sein Bruder am 23. Februar mit Napoleon gehabt, zur Kenntniß des petersburger Hofes zu bringen. Er hatte am 16. März an Lehndorf geschrieben: wenn wirklich noch eine Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und Rußland über die Besetzung der Donaufürstenthümer bestehe, so hoffe er von der Freundschaft des Kaiser Alexander, daß dieses Hinderniß schleunigst bei Seite geschafft werde. Den eigenhändigen Brief an Alexander, zu dem Brockhausen und Stein gerathen hatten (S. 121, 128), hielt der König nicht für nöthig, denn das allmälig bis nach Königsberg gedrungene Gerücht über die bevorstehende Wiedereröffnung der türkisch-englischen Friedensverhandlungen

1) Man betrachtete in Königsberg namentlich das sich fortdauernd erhaltende Gerücht der Vermählung Napoleon's mit einer russischen Großfürstin als ein sicheres Zeichen für die Befestigung der Freundschaft zwischen den beiden Mächten. In einem Erlaß des Königs an Lehndorff vom 16. März 1808 wird, unter Bezugnahme auf pariser Nachrichten, die Vermuthung ausgesprochen, daß Talleyrand beauftragt sei, die Verhandlungen über die dynastische Verbindung zum Abschluß zu bringen. Vgl. Actenst. Nr. 142.

deutete auf einen nahen Bruch zwischen Frankreich und der Pforte, und wenn dieser Fall wirklich eintrat, war kaum noch zu zweifeln, daß Napoleon gegen das Verbleiben der russischen Truppen in der Moldau und Walachei keinen Widerspruch mehr erheben werde.

Während man so, über die nächste Zukunft einigermaßen beruhigt, der weiteren Entwickelung der hier geschilderten Verhältnisse entgegensah, hatte sich die Thätigkeit der preußischen Regierung für den Augenblick vornehmlich auf die finanziellen Operationen zu richten, welche ihr die Möglichkeit gewähren sollten, wenn die Vollziehung der Convention vom 9. März erfolgte, ihren Verpflichtungen gegen Frankreich gerecht zu werden. Obwol man seit dem Herbst des Jahres 1807 mit diesem Gegenstand beschäftigt gewesen, hatten die eingeleiteten Maßregeln bisher doch nur theilweise zu einem abschließenden Resultate geführt. Die Bepfandbriefung der Domänen, die von den sämmtlichen Projecten weitaus das belangreichste war, hatte erst nach längeren Verhandlungen mit den Ständen und unter mancherlei Modificationen in eine gesetzliche Form gebracht werden können. Nach dem Plane Stein's sollten die Domänen mit den ritterschaftlichen Creditverbänden in den Provinzen zu einer solidarischen Genossenschaft vereinigt werden, so daß der Staat als Eigenthümer der Domänen zu gleichen Rechten und Pflichten an jenen Associationen der Privatbesitzer Theil genommen hätte. Die zu creirenden Pfandbriefe sollten zwar auf die einzelnen Domänen eingetragen, die Haftpflicht für die Realisirung der ersteren aber nicht nur als die Sache des Staates, sondern zugleich als die der Creditvereine angesehen werden.

Die bestehenden Grundverfassungen der ritterschaftlichen Institute enthielten nun aber sämmtlich eine Bestimmung, welche die Aufnahme von Capitalien auf die Domänen für ungesetzlich erklärte. Hätten die Stände sich lediglich von den Rücksichten des historischen Rechtes leiten lassen, so würde es ihnen nicht an Gründen gefehlt haben, um die Heranziehung der Creditverbände überhaupt abzulehnen. Niemanden aber ist es damals in den Sinn gekommen, sich in principieller Opposition den Forderungen der Regierung entgegen zu setzen, vielmehr sah man aller Orten ein, daß die Verhältnisse der Zeit von jedem außergewöhnliche Anstrengungen erheischten, denen man sich unterwerfen müsse, insofern das eine, Allen gemeinsame Ziel, die Befreiung des Vaterlandes, dadurch befördert werden könne. Nur über die Art und Weise der Mitwirkung der landschaftlichen Creditverbände war ein Gegensatz der Meinungen vorhanden. Nicht bloß unter den Mitgliedern der ständischen Corporationen, sondern auch bei den hervorragendsten Verwaltungsbeamten überwog die Ansicht, daß die Hereinziehung der Domänen dem Vertrauen,

welches die ritterschaftlichen Creditverbände bisher genossen, Abbruch thun werde. Die angesehensten Vertreter der Regierungsbehörden in Berlin, an ihrer Spitze Sack und der Präsident der kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer, Carl Friedrich Leopold von Gerlach, sprachen sich in diesem Sinne aus. Auf Veranlassung der Friedenscommission arbeitete der Kriegs- und Domänenrath von Balthasar eine Denkschrift aus, in welcher die Gründe, die sich gegen den Vorschlag Stein's geltend machen ließen, mit erschöpfender Sachkenntniß behandelt sind [1]). Die Vortheile des bisherigen Systems beruhten auf der zwiefachen Garantie, welche die Gläubiger in Händen hatten, indem jeder Pfandbrief einmal durch die Specialhypothek eines bestimmten Rittergutes und sodann durch eine Generalhypothek auf das gesammte Vermögen der Ritterschaft versichert war. Gerieth der Schuldner in die Lage, die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen zu können, so wurde sein Gut für den Creditverband eingezogen. Wer aber bürgte dafür, daß dieselbe Strenge des Gesetzes auch gegen den Staat in Anwendung kommen werde, wenn dieser mit seinen Zahlungen säumte? Der Staat, so führte Balthasar aus, stehe über dem Gesetz, und wenn auch unter preußischer Verwaltung keine Ungerechtigkeit zu befürchten sei, so habe man doch den Fall im Auge zu behalten, daß in Zeiten des Krieges eine fremde Gewalt sich der Domänen bemächtige und die Verträge, die der Landesherr mit den Creditverbänden abgeschlossen habe, ohne Weiteres cassire. Das Risico der letzteren werde daher durch die Verbindung mit den Domänen gesteigert, und ein Sinken ihrer Curse lasse sich mit größter Wahrscheinlichkeit voraussehen.

Die Kreistage von Ostpreußen und Litthauen, auf denen die Deputirten für den preußischen Generallandtag gewählt wurden, waren das erste ständische Organ, das sich über die Angelegenheit gutachtlich zu äußern hatte. Die Regierung beantragte die Emission von Pfandbriefen im Betrage von sieben Millionen Thalern auf sämmtliche Domänen der Provinz, deren Werth mit Ausschluß der Forsten, welche von der Verpfändung nicht betroffen werden sollten, auf funfzehn Millionen veranschlagt wurde. Da nun aber die Gesammtmasse des unverschuldeten Eigenthums der Landschaft nur auf fünf bis sechs Millionen berechnet werden konnte, so hatten die Stände nicht so Unrecht, wenn sie gegen die Höhe der geforderten Garantie-

1) Denkschrift vom 29. December 1807, in den Acten der Friedenscommission, eine Widerlegung der von Balthasar entwickelten Gesichtspunkte enthält die Ordre an Sack vom 20. Januar 1808; vgl. Pertz II S. 64.

summe Widerspruch erhoben. Auf den Kreistagen behielt diese Ansicht die Oberhand, und die Abgeordneten zum Generallandtage wurden mit der Vollmacht versehen, die Incorporation der Domänen zu verwerfen, dagegen die Übernahme einer Bürgschaft innerhalb gewisser Grenzen zuzusagen[1]).

Sehr bald aber zeigte sich doch, daß die Ritterschaft auf diesem Beschluß weder bestehen wollte noch konnte. Es bot sich ein Mittel des Ausgleiches dar, wenn man den bürgerlichen Eigenthümern der altfreien kölmischen Güter, die bisher an dem Creditverbande keinen Antheil hatten, den Eintritt in denselben gestattete, wie dies seit der Begründung jenes Instituts im Jahre 1788 schon oftmals in Vorschlag gewesen war. Die kölmischen Güter umfaßten ein Areal von funfzehn Tausend Hufen, den dritten Theil des adeligen Grundbesitzes, und da sie durchschnittlich mit einer sehr viel geringeren Schuldenlast beschwert waren als dieser, so konnte ihre Einverleibung den finanziellen Verhältnissen der Ritterschaft nur zum Vortheil gereichen. Noch eine ungleich tiefere Bedeutung gewann die Frage durch die Consequenzen, welche sie für die landständische Verfassung Ostpreußens nach sich ziehen mußte. Denn es erschien als ein selbstverständlicher Act der Gerechtigkeit, daß der Kölmerstand, wenn er mit der Ritterschaft gleiche Pflichten übernahm, fortan auch als gleichberechtigtes Glied in die ständische Corporation eintrat und seine Deputirten auf die Landtage entsenden durfte. Die Regierung, sehr bereit zu dieser Reform die Hand zu bieten, hielt es für politisch klug, die Gesetzesänderung nicht auf dem Wege der Octroyirung durchzuführen, sondern sie aus einem Beschluß der Stände hervorgehen zu lassen; sie hatte jedoch die Abgeordneten des kölmischen Grundbesitzes zu dem Landtag eingeladen und für den Fall, daß der Adel gegen die Zulassung derselben opponiren sollte, ihren Commissar, den Präsidenten der ostpreußischen Kammer, Auerswald, mit der Weisung versehen, die Sitzungen des Landtags sofort zu unterbrechen und die Entscheidung des Königs einzuholen.

Die Anwesenheit der Kölmer konnte nicht ohne Einfluß bleiben auf den Charakter der Versammlung, die am 2. Februar in Königsberg eröffnet wurde, da der unadelige Grundbesitz in der Domänenfrage den Standpunkt der Regierung theilte. Hierauf fußend hatte Stein dem König den Rath

1) Die Darstellung beruht auf den Verhandlungen des ostpreußischen General-Landtages in den Cabinetsacten des Geheimen Staatsarchivs, betr. Veräußerung der Domänen und Verbindung derselben mit den landschaftlichen Creditsystemen; Vol. 2. Vgl. Johannes Voigt: Darstellung der ständischen Verhältnisse Ostpreußens, vorzüglich der neuesten Zeit, Königsberg 1822, S. 77 ff.

gegeben, den Majoritätsbeschluß der Kreistage umzustoßen und das Verfahren der Abstimmung auf den Generallandtagen so zu regeln, daß die Beschlüsse nicht mehr, wie bisher üblich, nach Collectivstimmen der Kreise, sondern nach Virilstimmen der einzelnen Abgeordneten gefaßt werden sollten. Unter dem 31. Januar war dieser neue Modus gesetzlich verkündet worden. In dem darauf bezüglichen Erlaß an Auerswald heißt es: „Nur auf dem Wege der Stimmfreiheit, wodurch die Verantwortlichkeit der Meinung dem Abstimmenden selbst zugewendet und jeder Einzelne genöthigt wird, den Gegenstand von allen Seiten zu erwägen, kann ein lebendiger und wirksamer Geist in die Berathschlagungen über gemeinsames Interesse gebracht werden". In einem Erlaß, der in der ersten Session der Ständeversammlung verlesen wurde, sprach der Monarch die Erwartung aus, daß die Vertreter der Ritterschaft und Kölmer sich von „Gemeinsinn und edlem Eifer für das Vaterland" würden leiten lassen.

Diese unmittelbar vom Throne ausgehende Mahnung verfehlte ihren Eindruck nicht. Die Gegenwart der kölmischen Deputirten und ihre Theilnahme an den Verhandlungen wurde als eine vollzogene Thatsache ohne Widerrede hingenommen; auch die Aufnahme der bäuerlichen Güter in den Verband der Ritterschaft wurde von keiner Seite beanstandet. Am 4. Februar vereinigte sich der gesammte Landtag zu einer Ergebenheitsadresse an den König, die den Gefühlen der Treue und Anhänglichkeit ungeheuchelten Ausdruck verlieh: zum ersten Male erschienen hierbei auf einer ständischen Urkunde die Namen der adeligen und bürgerlichen Abgeordneten nebeneinander. In der Hauptfrage standen sich zwar die Meinungen anfangs noch unvermittelt gegenüber; im Laufe der ziemlich weitschichtigen Erörterungen aber gelang es dem königlichen Commissar, manche irrthümliche Auffassung, die über die Finanzpläne der Regierung im Umlauf gewesen waren, zu berichtigen. Der Gegenstand, der den Besitzern der Pfandbriefe die meisten Bedenken machte, war, wie schon bemerkt, die zu befürchtende Concurrenz zwischen den alten Pfandbriefen der Ritterschaft und den neu zu creirenden, die nicht zu vermeiden war, wenn letztere dem öffentlichen Geldmarkt übergeben wurden. Es mußte daher allen Betheiligten zur größten Beruhigung gereichen, als Auerswald erklärte, daß es einstweilen nicht in der Absicht der Regierung liege, die neuen Pfandbriefe in Curs zu setzen, sondern daß dieselben nur als depositarisches Sicherheitspfand bei der Contrahirung von Anleihen benutzt werden sollten. Nicht minder günstig wirkte die Versicherung, daß der König darauf bedacht sein werde, die Stände sobald wie möglich von

der Bürgschaft wieder zu befreien; denn sobald die fremden Truppen das Land verlassen hätten, werde mit der Veräußerung der Domänen vorgegangen und der gesammte Erlös des Verkaufs für die Einlösung der Pfandbriefe verwendet werden. Unter diesen Modalitäten ließen die Vertreter des adeligen und bürgerlichen Grundbesitzes sich herbei, die Incorporation der Domänen, die nun in aller Form, welche das Gesetz vom 20. December 1783 für die Eintragung hypothekarischer Darlehne vorschrieb, in die Gerichtsbücher intabulirt werden sollten, zu genehmigen. Am 18. Februar wurde ein Revers unterzeichnet, durch den Ritterschaft und Kölmer erklärten, „daß sie auf Grund der einwilligenden Beschlüsse des Generallandtages zum Unterpfande für die von Seiner Majestät dem Könige an das französische Gouvernement abzutragende Kriegscontribution die Summe von Sieben Millionen Thalern in Pfandbriefen unter der Garantie des gesammten, nunmehr zu einem einzigen Creditsystem verbundenen Landeigenthums der Provinz Ostpreußen bewilligt hätten".

So wichtig und vielverheißend dieser Ausgang des Generallandtages war, so bildete er doch nur den Anfang einer ganzen Reihe von Verhandlungen, die man noch vor sich hatte. Es entstand zunächst die Frage, ob die Grundlagen des Übereinkommens mit den ostpreußischen Ständen auch für die übrigen Provinzen des Staates zur Richtschnur genommen werden sollten. Ursprünglich ist dies ohne Zweifel der Vorsatz Stein's gewesen, aber im Laufe der Zeit haben mancherlei Bedenken dagegen die Oberhand bei ihm behalten. Unmöglich durfte man darauf rechnen, eine so tief in das historische Wesen der landständischen Verfassung eingreifende Maßregel, wie die Umwandelung der Creditverbände, ohne vorherige Berathung mit den Ständen der Provinzen durchführen zu können. In einem Landestheil der Monarchie, der von den Franzosen bereits verlassen war, wie in Ostpreußen, hatte die Berufung des allgemeinen Landtags kein Hinderniß gefunden; ob dasselbe aber auch in der Mark, in Pommern, in Schlesien der Fall sein werde, oder ob man hier nicht von Seiten der Verwaltungsorgane Napoleon's unliebsame Einmischungen in die Acte der Regierung zu gewärtigen haben würde, dafür konnte Niemand die Verantwortlichkeit übernehmen wollen. Es kam hinzu, daß Stein mit der geflissensten Sorgfalt bemüht war, die finanziellen Verhältnisse der Domänen vor Daru und dessen Agenten zu verbergen. Unaufhörlich schärft er der Friedenscommission und den Generalcommissariaten ein, bei den administrativen Anordnungen, die der Verpfandbriefung der Staatsgüter voranzugehen hatten, namentlich der Ermittelung des Grundwerthes der

domanialen Gütercomplexe (S. 75) und Forsten, die tiefste Verschwiegenheit zu beobachten. Wie man hierüber in Königsberg dachte, erhellt unter anderem aus dem Befehl des Königs an Auerswald, einstweilen keine Abschriften von den Protocollen des Landtages, auch nicht für die Mitglieder desselben, die darauf Anspruch hatten, anfertigen zu lassen, da das Interesse des Staates es erfordere, die gefaßten Beschlüsse vorläufig nicht in die Öffentlichkeit dringen zu lassen.

Ein weiteres und wesentliches Motiv für die Sinnesänderung Stein's lag darin, daß in dem bisherigen Gange der Auseinandersetzung mit Frankreich von Seiten Daru's immer auf die Gewährung eines Zahlungsmittels hingewiesen worden war, das wenigstens bis zu einem gewissen Grade den Charakter des baaren Geldes an sich tragen müsse. Hieraus erwuchs die Nothwendigkeit der Herbeischaffung von Pfandbriefen, die sogleich in Curs gesetzt werden konnten, was bei den Schulddocumenten des ostpreußischen Creditwesens aus den angegebenen Gründen nicht der Fall war. Dagegen schien es möglich, mit Hülfe der Domänen in den anderen Provinzen einen Modus zu finden, der dem eben entwickelten Zweck entsprach. Auf zwiefache Weise hätte dies geschehen können. Entweder Daru verzichtete auf die Garantie der Landstände und erklärte sich mit der Haftpflicht des preußischen Staates zufrieden; in diesem Falle wäre die Regierung sofort mit der Hypothecirung der Domänen auf eigene Hand vorgegangen: oder der Intendant machte die Bürgschaft der Stände zur Bedingung, — dann wurde die Regierung allerdings in die Nothwendigkeit versetzt, sogleich ein Arrangement mit den Ständen zu treffen. Man begreift, daß Stein und der König das Erstere wünschten. Am Tage nach der Beendigung des ostpreußischen Landtages, 19. Februar, ist ein königliches Rescript an die Friedenscommission ergangen, worin gesagt wird: die ganze Angelegenheit wegen Aufhebung der Unveräußerlichkeit der Domänen, deren Eintragung in die Hypothekenbücher und Verpfandbriefung, müsse bis zur Evacuation des Landes ausgesetzt bleiben: es könne daher bei dem Abschluß mit dem General-Intendanten Daru die Rede nicht davon sein, ihm Pfandbriefe auf die Domänen mit der Garantie der ritterschaftlichen Creditsysteme anzubieten; die Regierung werde für die rückständige Contributionssumme ihre Domänen verpfänden und die Pfandbriefe darüber dem Intendanten einhändigen [1]).

Bei den Verhandlungen, die Stein am 7. März persönlich in Berlin

1) Rescript an Sack vom 19. Februar in den Acten der Friedenscommission.

einleitete (S. 130), zeigte sich nun aber doch, daß man auf diesem Wege nicht zum Ziele gelangen konnte. Darn legte auf die Mitverpflichtung der Stände das größte Gewicht und war nicht davon abzubringen. Es blieb nichts anderes übrig, als sofort mit den Ritterschaften in Unterhandlung zu treten, und zwar zunächst mit denen der Kur- und Neumark, deren leitender Ausschuß nach Berlin berufen war. Mit der Verpfandbriefung der Domänen selbst hatten die kurmärkischen Stände sich schon vor mehreren Wochen einverstanden erklärt; sie theilten durchaus die Überzeugung Stein's, daß eine weise Verwerthung des Domanialgutes das vortheihafteste Mittel gewähre, um die Schuld des Staates zu tilgen, — ein beiweitem vortheilhafteres namentlich als die Contrahirung kostspieliger Anleihen, die Ausschreibung eines Zwangsdarlehens oder die Überbürdung des Landes mit neuen Steuern. Auch gegen die Übernahme der Garantie bis zu einem gewissen Betrage war von keiner Seite Widerspruch erhoben worden. Der leitende Ausschuß der Stände hielt sich daher für berechtigt, ohne vorherige Rückfrage bei seinen Committenten, in die Berathungen einzutreten, zu denen der Geheime Ober-Finanzrath Stägemann von Stein deputirt wurde. Schon am 8. März verständigte man sich mündlich über die Grundbedingungen des abzuschließenden Recesses. Das beschleunigte Tempo, in welchem die Angelegenheit betrieben wurde, deutet darauf hin, daß es Stein vor allem darauf ankam, eine günstige Erklärung der märkischen Stände zu erwirken, um noch während seiner Verhandlungen mit Darn Nutzen daraus zu ziehen. Die Ritterschaften erboten sich durch ihre Repräsentanten, für eine Summe von acht Millionen Thalern Gewähr zu leisten, die auf die königlichen Domänen in der Kur- und Neumark eingetragen werden sollten. Die Tragweite dieses Beschlusses springt in die Augen, wenn man erwägt, daß die Gesammtmasse der von der kur- und neumärkischen Landschaft ausgegebenen Pfandbriefe sich noch nicht einmal auf die Hälfte jener Summe belief. Aber auch die Sicherheit, welche die Regierung dagegen einsetzen mußte, war eine sehr bedeutende. Sämmtliche Domänen der Kur- und Neumark wurden den Ständen verpfändet, und zugleich eine beträchtliche Anzahl von Domänen, im Ganzen von zwölf Millionen Thalern an Werth, den Ritterschaften, unter Vorbehalt des Wiederkaufes bis zur Einlösung der Pfandbriefe, überlassen. Die Vertreter der Stände vollzogen die Verpflichtungsurkunde am 18. März; Stein hatte die Genehmigung des Königs beantragt; sie erfolgte sogleich; am 6. April konnte der Revers dem ständischen Comité übergeben werden [1].

1) Nach den Acten des märkischen Ständearchivs, aus welchem die einschlägigen Schrift-

Inzwischen waren auch die Beitrittserklärungen der Landschaften von Pommern und Schlesien erfolgt. Jene hatte ihre Deputirten nach Berlin entsendet. Die Garantie, die man von Pommern forderte, erstreckte sich auf etwas mehr als drei Millionen Thaler: die Landschaft übernahm dieselbe ohne irgend ein Unterpfand von Seiten des Staates zu verlangen. Die schlesischen Domänen sollten einstweilen nur mit einer Million und etlichen Tausend Thalern belastet werden, da man den Rest für andere Zwecke disponibel zu behalten wünschte. Auch hier machten die Stände nicht die geringste Schwierigkeit.

In einem Erlaß vom 25. März [1]) stellte Stein die Resultate der bisherigen Operationen zusammen. Die Pfandbriefe, welche die Ritterschaften garantirt hatten, ergaben die Summe von über 19 Millionen Thalern oder etwas mehr als 71 Millionen Franken. Dazu kamen noch acht Millionen Franken, über die man an baarem Gelde verfügte. Der weitaus größere Theil der Kriegsschuld, die, wie wir bemerkten, auf Hundert und Eine Million angenommen wurde, wäre damit gedeckt gewesen; es blieb nur noch ein Rückstand von 22 Millionen. Stein meinte, man werde im Nothfalle auch diese Summe durch Pfandbriefe aufbringen können. Und noch eine andere Aussicht bot sich dar. Auf die von Königsberg gegebenen Anregungen hin waren in den größeren Handelsplätzen der Monarchie die angesehensten kaufmännischen Firmen zusammengetreten und hatten sich bereit erklärt, der Regierung, zu gewissen Terminen, Wechsel im Betrage von funfzig bis fünf und funfzig Millionen zu creditiren [2]). Eine erschwerende Verpflichtung war freilich mit diesem Zahlungsmittel verknüpft: die Wechsel lauteten nur auf wenige Monate; vor dem Eintritt des Fälligkeitstermins aber war der Staat zur Baarzahlung des Betrages verpflichtet, damit die Kaufleute zur rechten Zeit ihre Gläubiger befriedigen könnten.

Und so bestand denn die Hauptschwierigkeit noch immer in der Anschaffung flüssiger Capitalien. Trotz der unermüdlichen Thätigkeit Stein's hatte dieser Theil der Finanzoperationen bisher nur wenig gefördert wer-

stücke mir durch die Güte des Herrn Geheimen Archivraths Dr. Gollmert zugänglich gemacht worden sind.

1) Stein an die Friedenscommission, 25. März 1808: die Quote der ostpreußischen Stände betrug 7 Millionen Thaler, die der Kur- und Neumark 8 Millionen, die von Pommern 3,243,243 und die von Schlesien, soweit der Credit dieser Provinz für die Garantie der Pfandbriefe herangezogen werden sollte, 1,018,018 Thaler, in Summa 19,261,261 Thaler.

2) Vgl. Actenst. Nr. 17.

den können. An die Veräußerung von Domänen war nicht zu denken, solange der Feind im Lande stand: bei der Unsicherheit der öffentlichen Zustände würde es unmöglich gewesen sein, die Güter preiswürdig zu verkaufen [1]).

Blicken wir noch einmal auf die übrigen Projecte Stein's, die oben berührt wurden (S. 75 ff.), so hatte sein Plan, den Kurfürsten von Hessen zur Darleihung einer größeren Geldsumme auf preußische Domänen zu bewegen, schon in den ersten Stadien der Vorbereitung wieder aufgegeben werden müssen. Fürst Wittgenstein, der in Gemeinschaft mit Vincke die Sache dem Kurfürsten vortragen sollte, widerrieth die Einleitung der Verhandlungen auf das entschiedenste, da der Kurfürst nicht eher Geld hergeben werde, bis der König ihm zugesagt habe, bei den künftigen Verhandlungen des allgemeinen Friedens für die Wiederherstellung Hessens eintreten zu wollen. Wittgenstein führte aus, der Kurfürst erwarte durch preußische Vermittelung ein gleiches Versprechen von Kaiser Alexander, der durch Anerkennung des Königreichs Westfalen im Tilsiter Frieden den bittersten Groll Wilhelm's auf sich geladen hatte. Der König hegte Zweifel über den Erfolg seiner Intervention, allein mit Rücksicht auf seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem hessischen Hause, — der älteste Sohn des depossedirten Fürsten war sein Schwager, — glaubte er doch der ihm vorgetragenen Bitte Gehör geben zu müssen. In der That gelang es Schöler, den Czaren nach einigem Widerstreben zu einem Handschreiben an den Kurfürsten zu veranlassen, durch welches dieser wenigstens der freundschaftlichen Geneigtheit Rußlands vergewissert wurde. Bindende Verpflichtungen für die Zukunft aber enthielt das Schreiben nach keiner Richtung hin; es blieb soweit hinter den Wünschen Wilhelm's zurück, daß man in Königsberg ein weiteres Vorgehen auf dieser Basis für fruchtlos erachtete und daher die Verhandlungen einstweilen zu vertagen beschloß [2]).

Um so wünschenswerther wäre es gewesen, wenn man auf anderem Wege hätte zum Ziel gelangen können. Den größten Vortheil würde dem

1) Anfangs lag es wohl in der Absicht Stein's, den Domänenverkauf zu beschleunigen; wenigstens deutet darauf die Ordre an die Friedenscommission vom 4. December 1807 (nicht vom 2., wie Pertz gelesen hat, II 71), wo es ausdrücklich heißt, daß auf baldige Veräußerung Bedacht genommen werden müsse, ebenso die Ordre vom 11. December, vgl. Actenst. Nr. 20. Spätere Ordres dagegen, — z. B. schon die vom 20. Januar 1808 (vgl. Pertz II 64) — stellen den Grundsatz auf, daß die Veräußerung bis nach erfolgter Räumung des Landes vertagt werden müsse.

2) Vgl. Actenst. Nr 21, 30, 31 und Schöler's Bericht vom 17. Februar 1808. Nr. 98.

preußischen Staat die Escomptirung der Pfandbriefe durch die Bank von Frankreich gewährt haben; leider aber stellte sich bald heraus, daß dieses Mittel den Verlegenheiten Preußens aufzuhelfen nicht nach dem Geschmack Napoleon's war. Niebuhr, zu dessen Wirkungskreis die Verhandlungen mit der Pariser Bank gehören sollten, fand bei seiner Anwesenheit in Berlin einen Bericht Brockhausen's vor, in welchem die Ablehnung des preußischen Vorschlages gemeldet wurde. Freilich wollte Stein das Gelingen des Plans damit noch nicht verloren geben. Er suchte zunächst durch Alexander von Humboldt einige Koryphäen der höheren Finanzwelt in Paris für die Sache zu gewinnen; dann benutzte er seine Anwesenheit in Berlin, um sich mit Daru über den Plan der Escomptirung zu verständigen, und erreichte wenigstens soviel, daß der Intendant von der Durchführbarkeit der Maßregel überzeugt wurde und sich bereit erklärte, dieselbe bei Napoleon zu befürworten. Allein dies Versprechen gewährte nur eine sehr schwache Bürgschaft und überhob den Finanzminister des Königs nicht der Nothwendigkeit, mit den übrigen Veranstaltungen fortzufahren, namentlich mit derjenigen, die immer noch die meiste Aussicht für sich zu haben schien, der Contrahirung einer Anleihe im Auslande. Niebuhr war zu diesem Zwecke von Berlin aus im Januar und Februar wiederholt in Hamburg gewesen, seine Bemühungen scheiterten jedoch an den übertriebenen Forderungen, welche die dortigen Bankhäuser stellten: einer seiner Contrahenten, der dänische Staatsrath Lawaetz in Altona, machte für ein Darlehen von zwei Millionen Thalern die Verpfändung der sämmtlichen Domänen in der Kurmark und Priegnitz zur Bedingung. Gleichzeitig aber war Niebuhr mit zwei der angesehensten Bankhäuser Hollands, den Firmen Hope und de Smeth in Amsterdam, in Verbindung getreten, und nach dem was er darüber an Stein berichtete, schienen wohlbegründete Hoffnungen auf das Zustandekommen eines größeren Geldgeschäftes vorhanden. Gegen Mitte März hatte Niebuhr sich nach Amsterdam begeben. Stein übersandte ihm den mit Daru abgeschlossenen Conventionsentwurf und benachrichtigte ihn zugleich von dem Resultat der Vereinbarungen mit den Ritterschaften, die für Niebuhr's Negotiation von höchster Wichtigkeit waren, weil die Pfandbriefe auf die Domänen den Unternehmern des holländischen Anlehens als Unterpfand überantwortet werden sollten[1]).

Es war in jenen Tagen, daß man die Nachricht erhielt, Napoleon

1) Nach den bei der Immediatcommission begonnenen, später im Ressort des Ministeriums des Schatzes und der Hauptverwaltung der Staatsschulden fortgeführten Acten über die Contrahirung von Anleihen in den Jahren 1807 bis 1810.

werde sich demnächst nach Bayonne begeben, nicht nach Spanien, wie man geglaubt hatte. Alle Welt zog daraus den Schluß, daß die spanischen Angelegenheiten ihrer baldigen Erledigung entgegenreiften. Man erwartete die Rückkehr des Imperators bis spätestens Anfang Mai. Die Entrevue der beiden Kaiser, von der man annahm, daß sie noch im Laufe des Frühjahrs stattfinden werde, — schon wurde der Hof des Herzogs Karl August von Weimar als Ort der Vereinigung bezeichnet, — begann die Welt in Spannung zu versetzen. Die Zeit schien nahe gerückt, wo die Gesammtverhältnisse Europas und mit ihnen die Frage der Räumung Preußens ihre endliche Lösung finden würden. „Wir schmeicheln uns", schreibt Sack im Einverständniß mit Stein, am 17. April, „daß das Ende unserer Leiden nicht mehr fern ist, und daß Napoleon endlich die Versprechungen erfüllen wird, die er dem Kaiser von Rußland gegeben hat. Herr Daru sagt uns wiederholentlich, daß die Abwesenheit Napoleon's nicht lange dauern wird und daß er glaubt, in kurzer Zeit einen Bescheid über die Angelegenheiten Preußens erwarten zu dürfen".

11.

Bayonne.

Wenn man den Verlauf der spanischen Angelegenheiten von seinen ersten Stadien an verfolgt, so drängt sich die Wahrnehmung auf, daß Napoleon lange Zeit hindurch über die Art und Weise wie er die Katastrophe herbeiführen sollte, mit sich im Kampfe lag. Wider seine Gewohnheit zögerte er diesmal, mit überwältigendem Angriff auf das Ziel loszugehen. Er hoffte die öffentliche Meinung Europa's zu täuschen, indem er das Ereigniß sich scheinbar aus sich selbst entwickeln ließ: die Herrschaft des legitimen Königsstammes sollte unter ihrer eigenen Sündenlast zusammenbrechen, damit die Erhebung einer neuen Dynastie vor den Augen der Welt als das Gebot zugleich der politischen Nothwendigkeit und der rächenden Nemesis erscheine.

Wie sehr entsprach die Thorheit und Verblendung der Bourbonen diesen Berechnungen des französischen Kaisers! Der Aufstand von Aranjuez, der in der Gefangennahme Godoy's, des Friedensfürsten, seinen Höhepunkt erreichte, vermochte Karl IV. ein Decret zu unterschreiben, in welchem er der spanischen Nation seine Abdankung und die Übertragung der Thronrechte auf seinen Sohn, den Prinzen Ferdinand von Asturien, verkündete (19. März). Es wäre möglich gewesen, durch diesen Act der Entsagung

wenigstens den unheilvollen Zwist der königlichen Familie zum Abschluß zu bringen. Aber auch dazu sollte es nicht kommen! Man wird an das unaufhaltsam fortwirkende Verhängniß in der alten Tragödie erinnert, wenn man sieht, wie die Anstifterin aller der Verbrechen, durch welche die Würde Karl's mit unauslöschlicher Schmach befleckt worden war, seine Gemahlin, Marie Luise, die Flammen des Hasses gegen Ferdinand in dem Herzen des kraftlosen Fürsten von Neuem zu entzünden und ihn zum Widerruf jenes Decretes zu bewegen wußte. Soeben vollzog sich unter Joachim Murat, den Napoleon zum Befehlshaber seiner Armeen in Spanien ernannt hatte, die Besetzung der Hauptstadt durch französische Truppen. Der König und seine Gemahlin, die sich ihres Lebens nicht mehr sicher fühlten, baten Murat um seinen Schutz. Natürlich hatte Napoleon bei all' diesen Vorgängen die Hand im Spiele gehabt: die Eltern reizte er an, die Rebellion des Sohnes nicht zu dulden, dem Sohn machte er Hoffnung auf Anerkennung von seiner Seite. Begleitet von einem Briefe Karl's IV., der sich zu den Ausdrücken der tiefsten Demüthigung vor der Macht Frankreichs erniedrigte, gelangte der Protest gegen die Thronbesteigung des Prinzen von Asturien nach Paris. Das Schiedsrichteramt war in die Hände des Imperators gelegt. Napoleon meinte in diesen Nachrichten den Fingerzeig seines glücklichen Fatums zu sehen. Man hörte ihn die Worte aussprechen: „Ich muß meinem Sterne folgen und ich werde ihm folgen!“ [1]) Am 2. April begab er sich auf den Weg nach Bayonne, von wo er aus unmittelbarer Nähe eingreifen wollte.

Man kennt den ruchlosen Plan, den er ersann, um die Mitglieder des alten Königshauses in seine Gewalt zu bringen. Unter dem Anschein einer friedlichen Auseinandersetzung lockte er sie über die Grenze des pyrenäischen Reiches in sein Lager. Die Bourbonen trieben die Selbstentehrung so weit, daß sie sich noch in Gegenwart ihres Unterdrückers zu den wüthendsten Ausbrüchen gegenseitiger Verunglimpfung fortreißen ließen. Selbst Napoleon wurde starr vor der Entmenschtheit dieser unnatürlichen Mutter, zu Talleyrand äußerte er: „ihr Herz und ihre Geschichte sind ihr ins Antlitz geschrieben“ [2]).

Der Grundgedanke der Intrigue, die er in Bayonne abspielte, war, den Prinzen von Asturien durch einen Befehl Karl's IV. zur Niederlegung der Königswürde zu zwingen und dann aus dessen Händen die Krone für

1) Brockhausen an den König 8. April 1808. Actenst. Nr. 191.

2) Napoleon an Talleyrand, 1. Mai 1808. La reine a son coeur et son histoire sur sa physionomie: c'est vous en dire assez. Correspondance XVII 50.

ein Mitglied des Hauses Bonaparte zu empfangen. Überzeugt, daß seine Rückkehr auf den spanischen Thron in jedem Falle unmöglich sei, ließ Karl IV. sich zu allem bewegen; aber Ferdinand besaß doch noch Muth genug, sich dem Ansinnen seines Vaters zu widersetzen. Während der Verzögerung, die hierdurch entstand, gelangte die Nachricht von dem Aufstand in Madrid (2. Mai), dem ersten Zusammenstoß zwischen Spaniern und Franzosen, nach Bayonne. Nichts konnte dem französischen Kaiser willkommener sein. Schon waren Correspondenzen aufgefangen worden, die den Beweis lieferten, daß Ferdinand mit der von ihm ernannten Regierungsjunta in geheimer Verbindung stand; hierauf ließ sich die Beschuldigung gründen, daß auch die Empörung in Madrid durch seinen Rath und Beistand hervorgerufen sei. Die Heuchelei auf die Spitze treibend, trat Napoleon am 5. Mai vor den Prinzen und erklärte ihm: bisher habe er sich jedes Beschlusses enthalten, aber die Niedermetzelung seiner Soldaten gebe der Sache eine andere Wendung: niemals werde er denjenigen als König von Spanien anerkennen, der zuerst das Bündniß mit ihm gebrochen habe[1]). An demselben Tage wird unter Mitwirkung Godoy's die Acte aufgesetzt, die der Herrschaft der Bourbonen in Spanien ein Ende machte. Ferdinand wußte, daß es um sein Leben geschehen war, wenn er zaudere: er unterschrieb am 10. Mai. „Was ich gethan habe", sagte Napoleon damals, „ist von einem gewissen Standpunkt aus betrachtet, nicht gut, aber die Politik erheischt, daß ich in meinem Rücken, so nahe an Paris, nicht eine Dynastie bestehen lasse, die der meinigen feindlich ist". Unmittelbar nach den Begebenheiten von Aranjuez hatte er seinem Bruder Louis, dem König von Holland, die spanische Krone angeboten; als dieser ablehnte, erfolgte die Berufung Joseph's.

Die schonungslose Strenge, mit der Murat den Aufstand in Madrid niederwarf, und das von ihm verkündigte Blutgesetz, welches jede Ortschaft Spaniens, in der das Blut eines Franzosen vergossen werden würde, mit der Confiscation des Privateigenthums bedrohte, verbreitete im ersten Augenblick tiefe Schreckensbetäubung über das Land. Murat fühlte sich bereits als Sieger. Napoleon theilte zwar nicht ganz die zuversichtliche Stimmung seines Schwagers; er war noch vorbereitet auf einige Ausbrüche der Insurrection, zumal in der Hauptstadt, aber er war der festen Zuversicht, daß die Unterwerfung der Massen dadurch nicht aufgehalten werden würde. Die spanische Nation hatte die Schmach der letzten Regierung schon lange mit Unwillen getragen; Handel und Gewerbe lagen unter den

1) Baumgarten, Geschichte Spaniens I 216.

Folgen des Kriegs gegen England und der finanziellen Zerrüttung am Boden; die Armee, der Adel, das Bürgerthum sehnten sich nach freierer Bewegung. Durch eine Regeneration im großartigen Style hoffte der Imperator die Gemüther mit dem Wechsel der Dynastie zu versöhnen. Er appellirte an die Stimme der Nation: eine Junta von Notabeln, Repräsentanten der politischen Körperschaften und Vertrauensmänner aus dem Clerus, dem Adel und dem Bürgerstande, wurde nach Bayonne berufen, um unter dem Vorsitz Napoleon's die Grundzüge der künftigen Verfassung zu berathen.

Während diese Aufgaben den Kaiser beschäftigten, erreichte ihn noch einmal eine Vorstellung des russischen Hofes, welche die Gesammtverhältnisse der beiden Mächte umfaßte und namentlich auch die Frage der Räumung Preußens berührte. Aus den Mittheilungen, die er im Laufe des Monat März erhalten hatte, war dem Kaiser Alexander klar geworden, daß die Erfüllung seiner Wünsche von Neuem in weite Ferne gerückt sei. Die Hinweisung auf den Kriegszug nach Indien, in den der französische Alliirte jetzt den Schwerpunkt seines Interesses an der orientalischen Controverse verlegte, was konnte sie ihm bedeuten? Schon bei der Zusammenkunft in Tilsit war von dem Plan einer Offensive gegen das Centrum des englischen Reiches in Ostasien die Rede gewesen, und schon damals hatte Alexander die unermeßlichen Schwierigkeiten des Unternehmens hervorgehoben[1]). Die Widersprüche in den Vorschlägen Napoleon's waren zu handgreiflich als daß sie dem argwöhnischen Blick des Czaren hätten entgehen können! Während Bonaparte in seinen eigenhändigen Briefen noch immer von der Theilung des türkischen Reiches sprach, hatte er, wie wir sahen, in seinen Unterredungen mit Tolstoi den Wunsch, die Russen aus den Donaufürstenthümern abziehen zu sehen, geflissentlich betont. Die Auszüge aus den Depeschen Caulaincourt's, die Lefebvre veröffentlicht hat, lassen uns in treffenden Zügen die Bewegungen in der Seele Alexander's erkennen. Er erhob den Vorwurf gegen Napoleon, daß dieser nicht mehr die alten Gesinnungen gegen ihn hege und beschuldigte ihn geradezu der Absicht, die feierlich eingegangenen Verpflichtungen aufheben zu wollen[2]). Soeben war die Nachricht von dem Einzug der Franzosen in Rom und der Besetzung des Kirchenstaates nach Petersburg gelangt: Alexander klagte über die Art und Weise, wie Frankreich die Verhältnisse Italiens, Portugals, Spaniens zu seinem Vortheile ausbeute, während Rußland auf die Vergünstigungen, die ihm der Tractat von Tilsit in Aussicht gestellt habe, noch immer vergeblich warten müsse.

1) Bemerkung Alexander's in einem Gespräch mit Caulaincourt, Thiers VIII 442.
2) Lefebvre III 369.

Die gegenwärtige Lage seines Reiches verursachte dem Czaren schwere Sorgen. Kurz vor Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Schweden waren die Engländer mit einer ansehnlichen Flotte in Gothenburg erschienen: sie beherrschten den Sund und blockirten die dänischen Küsten; man konnte nicht anders erwarten, als daß sich die englische Seemacht mit den Streitkräften Gustav's IV. vereinigen würde. Das russische Landheer hatte die Invasion Finnlands glücklich begonnen; Helsingfors war nach geringem Widerstande eingenommen worden. Es zeugt für die Siegesgewißheit, von der die oberste Heeresleitung erfüllt war, daß man sich nicht begnügte, vor der Hand nur die Hauptaufgabe des Feldzuges, die Eroberung Sweaborg's, in Angriff zu nehmen, sondern sogleich einige größere Detachements nach verschiedenen Richtungen hin, ohne festen Zusammenhalt mit dem Gros der Armee, in das Innere Finnlands entsendete. Aber schon von Anfang an traten die eigenthümlichen Schwierigkeiten dieses Feldzuges in einem öden, menschenleeren, von der Natur vernachlässigten Lande hervor. Es waren zwar reichliche Massen von Vorräthen an den Grenzen aufgespeichert worden, allein sobald die Armee ihre Operationslinie in weitere Entfernungen ausdehnte, stellten sich wieder die alten Gebrechen der Administration ein: aller Enden fehlten die Transportmittel, um die vorrückenden Truppen mit Proviant zu versorgen.

Nachtheiliger noch als diese Übelstände wirkte auf die Stimmung in Petersburg die Besorgniß vor einer Landung des brittischen Geschwaders. Alles was Rußland an Schiffen in der Ostsee besaß, beschränkte sich auf eine kleine Flotille in Kronstadt, und auch diese konnte erst bis zum Hochsommer seetüchtig gemacht werden. Bisher war nichts für die Vertheidigung der Küsten gethan: erst auf die Nachricht von der Annäherung der Engländer fand der Marineminister Tschitschakoff sich veranlaßt, die Hafenplätze Livlands, Kurlands und Esthlands zu bereisen. Auf Schritt und Tritt begleitete ihn ein französischer Ingenieur, der zu dem Gefolge Caulaincourts gehörte. Dieser Officier, Ponton mit Namen, gab laut sein Erstaunen kund über die gänzliche Unzulänglichkeit der defensiven Vorbereitungen, der er allenthalben begegnete[1]).

Die militärischen Zustände Rußlands gehören in erster Linie zu den unterstützenden Factoren der Politik Napoleon's. Es trat ein, was man in Paris vorhergesehen: Rußland hatte einstweilen mit dem Kriege gegen

1) Bericht Lehndorff's vom 6. März 1808: Ponton, dit on, ne peut assez exprimer son étonnement des défauts essentiels qu'il rencontre partout dans les mesures prises pour la défense des ports.

Schweden vollauf zu thun; es konnte nicht daran denken, seine Eroberungspläne an der Donau weiter zu verfolgen. Wie ganz anders hatte Alexander sich die Früchte des französischen Bündnisses ausgemalt! Es war von seiner Seite alles eingeleitet worden, um im Frühjahr den Kampf mit den Türken zu beginnen, wenn Frankreich ihm Hülfe darbieten würde. Er hatte die Truppen an der Donau verstärkt, die Elite der Generale, Miloradowitsch, Kutusoff und Andere, dorthin geschickt. Jetzt brauchte man ansehnliche Streitkräfte für den Schutz der Ostseeprovinzen, und selbst eine Verstärkung der Waffenmacht in Finnland wurde schon damals für nothwendig erachtet. Freilich standen an der polnischen Grenze mehrere Divisionen, die man in nächster Nähe gehabt hätte, aber es war unmöglich, diese von dort zurückzuziehen, solange Davoust mit seinen 35 bis 40 Tausend Mann in Warschau dislocirt war. Es blieb demnach kein anderer Ausweg, als einen Theil der Truppen aus den Donaufürstenthümern zurückzuziehen. Napoleon hatte damit dem Czaren gegenüber seinen nächsten Zweck erreicht: er hatte die Russen in eine Lage gebracht, welche sie verhinderte auf eigene Hand gegen die Pforte Front zu machen, und sie so gezwungen, sich wider ihren Willen der Aufrechthaltung des Statusquo in der Türkei zu fügen.

Trotzdem aber war es noch immer fraglich, ob die Entschlüsse in Constantinopel nicht alle Berechnungen des Imperators zu Schanden machen würden. In den ersten Tagen des Februar waren die Aufträge für General Sebastiani angekommen, deren Inhalt wir kennen (S. 105). Ein eigenhändiger Brief Napoleon's an Mustafa IV. begleitete dieselben. Nach den Bestimmungen des Kaisers sollte der Gesandte alle Mittel aufwenden, um bis zur Person des Großherrn vorzudringen und ihm das Schriftstück in feierlicher Audienz zu überreichen. Allein dieser demonstrative Act scheiterte an dem Widerspruch des Reis-Efendi Haled, der sich mit Entschiedenheit weigerte, eine solche Anomalie gegen die Hofordnung des Serail zu befürworten: er erinnerte an das Schicksal des vorigen Padischah, Selim's III., dem die Nichtachtung der Gesetze und Sitten seiner Vorfahren den Thron gekostet habe. Auf die mündliche Unterredung mit Haled beschränkt, bemühte sich der französische General vor allem seine Regierung gegen den Verdacht der Gemeinschaft mit den ehrgeizigen Absichten Rußlands zu rechtfertigen und alle Schuld an der Verzögerung, welche die Friedensvermittelung Napoleon's bisher erlitten, auf Alexander zu wälzen. Der Efendi erwiderte ihm, die Pforte sei entschlossen, auch nicht einen Zoll ihres Ländergebietes preiszugeben, sondern lieber den Kampf auf Leben und Tod zu

wagen, ehe sie sich schimpflichen Bedingungen unterwerfe[1]). Allein, wie Sebastiani sich bald zu überzeugen hatte, war die Drohung, die in diesen patriotischen Worten lag, eben sowohl gegen Frankreich als gegen Rußland gemünzt. Denn wenn irgend etwas dazu beigetragen hat, den Haß gegen die schon lange nur noch mit Unwillen ertragene Dictatur Frankreichs in den Herzen des osmanischen Volkes zu hellem Brande auflodern zu lassen, so war es jener Antrag auf Bewilligung des Durchmarsches der französischen Truppen durch Albanien, den Sebastiani gleichzeitig mit den freundschaftlichen Versicherungen Napoleon's dem Divan vorzulegen hatte. Es herrschte nur eine Meinung darüber, daß der französische Kaiser mit dem Gedanken umgehe, Albanien und die griechischen Küstenländer in seine Gewalt zu bringen; man erblickte darin den ersten Schritt zur Ausführung des in Tilsit beschlossenen Theilungsplanes. Von allen Seiten erhob sich der Ruf nach einem Aufgebot der Massen zu einem Kriege für die bedrohte Ehre und Unabhängigkeit des muhamedanischen Reiches. „Der Enthusiasmus des Volkes für Glauben und Vaterland", schreibt der preußische Geschäftsträger, „ist auf die höchste Spitze gestiegen; mit Begeisterung stellt sich jeder Mann in Reihe und Glied unter die Fahne des Propheten"[2]). Die Regierung Mustafa's würde in dieser nationalen Bewegung außerordentliche Mittel des Widerstandes gefunden haben, wenn sie Einsicht und Kraft genug besessen hätte, den Aufschwung der Geister richtig zu leiten. Unmittelbar nach der Übergabe der Note, in welcher Sebastiani dem Cabinet des Sultans von der verhängnißvollen Forderung Mittheilung machte, wurden die Verhandlungen mit England eröffnet. In dem Schreiben, welches der Reis-Efendi am 13. Februar an den Capitän Stewart richtete (S. 121), und welches durch Vermittelung dieses Officiers dem Admiral der brittischen Flotte im Mittelmeer, Lord Collingwood, übergeben werden sollte, wurde dem englischen Ministerium die Bitte vorgetragen, seinen früheren Bevollmächtigten ohne längeren Verzug nach dem Bosporus zurück zu senden, damit die abgebrochenen Friedensunterhandlungen so rasch

1) Nach den Berichten des österreichischen Gesandten, Baron von Stürmer, der durch mündliche Mittheilungen des Reis-Efendi über die Verhandlungen zwischen Sebastiani und der Pforte auf das genaueste unterrichtet war (W. St. A.). Besonders hervorzuheben ist eine Depesche vom 26. Februar, in welcher der Ausspruch Haled's: »que Sa Hautesse est déterminée à ne pas céder un pouce de terrain« erwähnt wird; in Bezug auf Sebastiani heißt es dann weiter: il a applaudi à cette énergie et il a exhorté la Porte à se tenir prête à tout évènement; il a été même jusqu'à déclamer contre la Russie.

2) Bosgiovich 26. Februar 1808.

wie möglich wieder aufgenommen werden könnten[1]). Zum 24. Februar war eine Sitzung des Divans angesagt, in welcher vor versammeltem Staatsrath über den französischen Antrag debattirt werden sollte. Unter dem Eindruck einer feurigen Rede Haled's, der sich zum Wortführer der populären Stimmung machte und die Verrätherei Frankreichs mit den schwärzesten Farben schilderte, wurde eine ablehnende Resolution gefaßt, in welcher die Pforte sich außer Stande erklärte, ihre Zustimmung zu einer Maßregel zu ertheilen, die bei dem leidenschaftlichen Temperament der Albanesen das Land in offenen Aufruhr versetzen würde. Sebastiani setzte noch einmal seine ganze Autorität ein: er begab sich selbst in den Divan, vertheidigte die französische Politik gegen die erhobene Beschuldigung und spielte als letzten Trumpf die Drohung aus, er werde auf der Stelle seine Pässe fordern, wenn die Pforte bei dem Beschluß des Divans beharren sollte. Angesichts dieser kritischen Lage versagte der schwankende Character Mustafa's. Der Reis-Efendi wurde von seinem Amte entfernt, und Ali Pascha mit den nöthigen Instructionen für den Durchzug des französischen Corps versehen. In gut eingeweihten Kreisen wollte man freilich wissen, daß dem Pascha im Geheimen der Befehl ertheilt worden sei, den Franzosen, wenn sie einrückten, jede nur mögliche Schwierigkeit in den Weg zu legen[2]). In solchen Widersprüchen bewegte sich die Politik des Sultans. Von der öffentlichen Meinung gedrängt, unterzeichnete er die Fermans, durch welche in allen Theilen des Reiches die dienstfähigen Männer zu den Waffen gerufen wurden; er setzte die Beamten ab, die bisher dem Einfluß Frankreichs zur Stütze gedient hatten, wie den Stellvertreter des Großvezier, Kaimakan Pascha, den intimsten Vertrauten Sebastiani's; ja er ging so weit, aus Furcht vor den Umtrieben der mächtigen Partei Haled's, welche das Volk mehrmals zu tumultuarischen Scenen aufwiegelte, die an Ali erlassene Ordre zu widerrufen, — allein dies Alles geschah doch nur, um den Anschein kriegerischer Absichten zu erwecken, denn in Wirklichkeit dachte Mustafa nicht daran, sich auf einen Krieg gegen Frankreich einzulassen, bevor er nicht wußte, inwieweit er von England Hülfe zu erwarten habe. Das Schreiben des französischen Kaisers beantwortete er mit einem Briefe voll wehmüthiger Klagen über den Wechsel der Gesinnungen, der seit dem tilsiter Frieden bei Napoleon eingetreten sei, und endete damit, die Integrität

1) Der Text des Schreibens vom 13. Februar bei Adair, the negociations for the peace of the Dardanelles in 1808, 1809. London 1845, I 2ff.

2) Vgl. Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches, VII 543; als Quelle haben ihm die Berichte Bosgiovich's gedient.

seiner Staaten von Neuem dem Schutze Frankreichs anzuempfehlen[1]). Die schwächliche Haltung des Großherrn gab dem Imperator die beste Bürgschaft für das Gelingen seines Plans, der vorläufig nur darin bestand, die orientalischen Angelegenheiten so lange in der Schwebe zu erhalten, bis die Neuordnung Spaniens beendet sei. Durch erneute Freundschaftsversicherungen hoffte er die Aufregung, die sich der türkischen Volkskreise bemächtigt hatte, noch einmal beschwichtigen zu können. Allein um das Vertrauen der Pforte wieder zu festigen, war Sebastiani nicht die geeignete Persönlichkeit. Schon zu der Zeit, da man in Constantinopel von ihm zu sagen pflegte, er spiele die Rolle eines Vicekönigs, hatte Sebastiani durch sein hochfahrendes Wesen bei den obersten Würdenträgern der Pforte Anstoß erweckt, ihren Stolz tödtlich beleidigt; während der letzten Monate war noch die Zweideutigkeit des ihm vorgeschriebenen Verhaltens hinzugekommen, um seine Stellung vollends zu erschüttern. Der General bat aus Gesundheitsrücksichten um seinen Abschied, und in Paris bemühte man sich nicht, ihn zu halten. Der Secretär der Gesandtschaft, La Tour Maubourg, wurde provisorisch mit der Vertretung Frankreichs betraut.

Inzwischen hatte sich Rußland bei den Verhandlungen in Paris mit einer Verlängerung der Waffenruhe, deren Schlußtermin durch die Stipulationen von Slobosia auf den 8. April 1808 festgesetzt worden war, einverstanden erklärt. Indem Napoleon der Pforte hiervon Mittheilung machen ließ, gab er ihr die schriftliche Versicherung, daß er die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten an der Donau von Seiten Rußlands ohne seine ausdrückliche Zustimmung nicht dulden werde[2]). Gleichzeitig bearbeitete Champagny den türkischen Botschafter Muhib Effendi. Die Pforte möge ihr Schicksal getrost in die Hände Napoleon's legen, sagte er ihm, denn dieser werde nicht eher ruhen, bis Rußland auf die Moldau und Walachei Verzicht geleistet; er habe eigens zu diesem Zwecke einen directen Briefwechsel mit dem Czaren eröffnet. Man darf nicht glauben, daß die Pforte sich auf diese Erklärungen verlassen habe, allein für den Augenblick trat doch eine gewisse Beruhigung ein. Mit Napoleon's Abreise nach Bayonne schwand die Sorge vor einer unmittelbar bevorstehenden Kriegsgefahr: die Situation gestattete der Türkei, sich ernstlich und ohne Überstürzung mit den Vorbereitungen für die Vertheidigung des Landes zu beschäftigen. Es wurden größere Truppenmassen von Kleinasien nach Europa hinüber geführt, und die beiden Hauptarmeen,

1) Nach Lefebvre, III 376, war das Schreiben des Sultans vom 4. März 1808.
2) Lefebvre III 381; Stürmer an Stadion 25. April. (W. St. A.).

die in Rumelien und an der Donau standen, die eine mit dem Centrum in Adrianopel, die andere in Rustschuk, erhielten ansehnliche Verstärkung. Inmitten dieser kriegerischen Zurüstungen aber tauchte noch ein anderer Gedanke auf. Der Divan beschloß, dem russischen Cabinet das Anerbieten eines Separatfriedens zu machen. Der Erste, der in das Geheimniß dieses Planes eingeweiht wurde, war der österreichische Internuntius in Constantinopel, Baron von Stürmer. Der Reis-Efendi Djianib ersuchte ihn um seine Vermittelung, aber er erhielt eine ablehnende Antwort, denn der Gesandte hatte von seinem Hofe den strengsten Befehl, sich jeder Einmischung in die Verhandlungen zwischen Frankreich, Rußland und der Türkei zu enthalten. Der Zufall wollte jedoch, daß ein in russischen Diensten stehender Agent, der früher unter Pozzo di Borgo die Functionen eines Dolmetschers versehen hatte, Fonton mit Namen, soeben die Reise nach Petersburg antrat. Djianib wandte sich an diesen Mann und Fonton, der am 2. Mai Constantinopel verließ, übernahm es, das russische Gouvernement zunächst durch eine vertrauliche Mittheilung von den Absichten der Pforte zu benachrichtigen [1]).

Ein wesentliches Motiv für das lavirende Verfahren, welches die Pforte hiermit einschlug, lag darin, daß die Absendung eines englischen Unterhändlers, auf deren Beschleunigung türkischerseits so großes Gewicht gelegt worden war, sich weit über Erwarten verzögerte. Capitän Stewart war nach Malta gesandt worden, in der Hoffnung, dort Sir Arthur Paget anzutreffen, dessen schleunigste Rückkehr nach Constantinopel von dem türkischen Gouvernement gewünscht wurde. Sir Arthur aber befand sich bereits auf der Reise nach England, und die Meldungen Stewart's gelangten in die Hände Sir Robert Adair's, der nach seiner Ausweisung aus Wien mit dem englischen Schiffe, das ihn an der adriatischen Küste an Bord genommen, zunächst auf Malta gelandet war. Adair begrüßte die Kundgebung der Pforte als eine theilweise Verwirklichung seiner eigenen Ideen, denn die Wiederherstellung des Friedens mit den Osmanen und deren Aussöhnung mit Rußland, gehörte zu den vornehmsten Aufgaben, die er seiner staatsmännischen Thätigkeit gestellt hatte. Wäre es ihm erlaubt gewesen, nach freiem Ermessen zu handeln, so würde er sogleich in die Rolle Pagets eingetreten sein und sich wenigstens der Vereinbarung eines vorläufigen Waffenstillstandes mit den Türken unterzogen haben. Allein nicht einmal die Instructionen Sir Arthur's waren zur Stelle: Adair mußte sich zur Rückkehr nach England entschließen, und so verstrichen

1) Stürmer an Stadion 11. Mai 1808. (W. St. A.).

Monate, ehe die Regierung Mustafa's erfahren konnte, wie ihre Anträge in London aufgenommen worden seien[1]).

Während dessen hatten die Verhandlungen zwischen Rußland und Frankreich ihren Fortgang gehabt. Mitte April war der Bescheid auf die Vorschläge, die Napoleon Ende Februar gemacht, — Räumung der Donaufürstenthümer von Seiten der Russen und als Äquivalent dafür Rückzug der französischen Truppen aus Preußen (S. 121) — in die Hände Tolstoi's gelangt. Alexander wies die Proposition auf das entschiedenste zurück: die Donauprovinzen seien das natürliche Bollwerk seines Reiches, das er jetzt um so weniger im Stich lassen könne, als Rußland durch die Rüstungen der Türken und ihre Absicht, sich mit England zu verbünden, in die Lage versetzt werde, auf seine eigene Sicherheit Bedacht zu nehmen. Man dürfe die Verhältnisse Preußens und der Türkei in keiner Weise mit einander in Verbindung bringen, denn Preußen habe seinen Frieden mit Frankreich gemacht, die Pforte den ihrigen mit Rußland nicht. Am 22. April traf ein Adjutant des Czaren, Graf Czernitscheff, in Paris ein mit einem eigenhändigen Schreiben Alexander's, worin um die Absendung eines Hülfscorps gegen Schweden gebeten und auch die Verwendung für Preußen noch einmal zum Ausdruck gebracht wurde[2]). Baron von Schladen, der im März 1808 als ständiger Gesandter nach Petersburg geschickt worden war, um Lehndorff von seiner provisorischen Stellung abzulösen, hatte die Stein'sche Convention überreicht und den Kaiser ersucht, sich die Befürwortung derselben angelegen sein zu lassen. Alexander erfüllte dies Begehren, indem er Tolstoi beauftragte, nicht nur für die Annahme der Convention zu wirken, sondern noch einige Ermäßigungen derselben zu beantragen. Tolstoi hörte darüber den Rath Brockhausen's, und beide Staatsmänner arbeiteten gemeinsam eine Denkschrift aus, in der diejenigen Punkte zusammengefaßt waren, die man dem französischen Cabinet zur Berücksichtigung empfehlen wollte, namentlich eine Verminderung der Gesammtsumme und eine Verlängerung der Termine für Abbezahlung der Schuld. Auch Prinz Wilhelm glaubte diesen Moment nicht vorübergehen lassen zu dürfen, ohne die Erledigung der preußischen Frage bei dem Kaiser der Franzosen abermals in Erinnerung zu bringen. Das Memoire, das er am 20. April niederschrieb, athmet den Geist aufrichtiger Versöhnung. Der König, versichert er, kenne keinen anderen Zweck seiner Politik als die

1) Adair an George Canning, Malta 8. April; a. a. O. S. 1.
2) Brockhausen an den König; vgl. Actenst. Nr. 192.

Wiederherstellung einer wahrhaften Freundschaft mit Frankreich: er sei bereit, die Opfer zu vergessen, die der Friede von ihm gefordert: die Beziehungen mit England und neuerdings auch die mit Schweden seien abgebrochen. Wenn die Occupationsarmee sein Land verlasse, die Verwaltung wieder in seine Hand gelegt werde, so dürfe der König die Zusage machen, daß er nicht nur all' seinen Verpflichtungen werde nachkommen, sondern auch in einer den allgemeinen Interessen entsprechenden Weise an dem Kriege des Continents gegen England werde Theil nehmen können. Mit diesen Argumenten erneuert der Prinz das Gesuch um die baldige Unterzeichnung des Vertrages. Unter den Gegenständen der finanziellen Auseinandersetzung hebt er besonders den Sequester der polnischen Capitalien hervor: er ruft das Gerechtigkeitsgefühl des Kaisers an, indem er der Hoffnung Ausdruck verleiht, daß auch diese Differenz bei dem schließlichen Vergleiche zur Befriedigung beider Theile ihre Lösung finden werde[1]).

Mit den russischen und preußischen Schriftstücken begab sich Graf Czernitscheff nach Bayonne und verweilte hier gerade in den Tagen, wo das Loos der spanischen Königsfamilie entschieden wurde. In dem sicheren Glauben an die baldige Unterwerfung der pyrenäischen Halbinsel, meinte Napoleon keine Veranlassung zu einer Änderung seines politischen Systems zu haben. Die Erwiderung, die der russische Officier mit nach Petersburg nahm, zeigt in allen Stücken dieselbe Taktik, die der Kaiser bisher beobachtet hatte: unermeßliche Vorspiegelungen für die Zukunft, dagegen nichts, absolut nichts an greifbaren Zugeständnissen für den Augenblick. Napoleon wünscht dem Czaren Glück zu der Incorporation Finnlands, er läßt ihn in dem Glauben, daß die Armee Bernadotte's, sobald es angehe, in den Krieg gegen Schweden eingreifen werde, — obschon er sehr wohl weiß, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen davon nicht mehr die Rede sein kann[2]). Die Expedition des französisch-dänischen Heeres ist auf Schwierigkeiten gestoßen, deren Beseitigung weder in der Macht noch in dem Willen Frankreichs liegt. Dänemark, durch das Erscheinen der Engländer in Schrecken gesetzt, will mit der Landung an der Küste Schonen's nichts mehr zu schaffen haben. Der Imperator selbst betrachtet das Unternehmen als unausführbar oder doch mindestens als vertagt bis zum nächsten Winter, wo die Truppen vielleicht über das Eis hinübergeführt werden

1) Prinz Wilhelm an Napoleon und Bericht an den König, 21. April 1808, Actenst. Nr. 154. 155.

2) Napoleon an Alexander, Bayonne 29. April, Correspondance XVII 46.

könnten. Er seinerseits hat keinen Grund die Verzögerung zu beklagen; sie stimmt im Gegentheil durchaus mit den Interessen der französischen Politik. In einem Briefe an Talleyrand vom 25. April entschlüpft ihm die Äußerung: „Ich konnte meine Soldaten nicht so leichthin nach Schweden werfen, das ist nicht die Stelle wo ich etwas für mich zu holen habe“ [1]). Noch deutlicher verräth sich das Geheimniß seines politischen Planes, wenn er einige Zeit später die Worte fallen läßt: „Ich würde nichts dabei gewinnen, wenn ich die Russen in Stockholm sähe“. Eine rasche Niederwerfung des schwedischen Reiches hätte den Arm Rußlands für andere Thaten frei gemacht, und gerade dies war es, was der Dictator Europa's zu verhindern strebte.

Denselben Stempel perfider Zweideutigkeit trägt sein Verfahren in der orientalischen Frage. Er vertröstet den russischen Alliirten auf eine baldige Zusammenkunft, wo die „große Affaire“, wie er sich ausdrückt, erledigt werden solle; aber er hütet sich wohl, eine Andeutung darüber zu machen, wie weit er geneigt sei, auf die Forderungen Rußlands einzugehen. Alexander erscheint vor seinem Bundesgenossen mit abgezogenem Visir: er hat ihm ein Memoire Romanzoff's übersandt, welches ohne Umschweife, in breitester Ausführung, die Grundsätze der Theilung des türkischen Länderbesitzes darlegt. Napoleon dagegen erachtet es nicht einmal der Mühe werth, die Staatsschrift des russischen Ministers näher zu discutiren; er fertigt sie mit dem einen Worte ab: „die Arbeit des Herrn von Romanzoff ist bei weitem nicht geeignet, die verschiedenartigen Interessen in Einklang zu bringen“ [2]).

Wir haben im Verlauf unserer Untersuchungen gesehen, wie beinahe von den ersten Tagen des Tilsiter Friedensschlusses an in den Beziehungen Rußlands und Frankreichs tief wurzelnde Gegensätze hervortraten, die, mochten sie auch nicht gerade das Bündniß zu zersprengen drohen, — denn dies hinderte vorerst die Ungleichheit der Machtfactoren, — gleichwol immer den Zweifel erwecken mußten, ob die Hoffnungen, die Rußland auf die Verbindung mit Frankreich setzte, jemals in Erfüllung gehen würden. Und gegenwärtig, um wie viel günstiger standen die Aussichten für Napoleon als für Alexander! Die militärischen Kräfte Rußlands sind durch die Besetzung Preußens und Warschaus, sowie durch

1) Correspondance XVII 39 und Napoleon an Champagny 22. Mai, XVII 180.

2) Napoleon an Alexander 29. April 1808: Le travail de M. de Romanzof est loin de pouvoir concilier les differents intérêts. Correspondance XVII 47. Man findet den Wortlaut dieses Memoirs bei Thiers VIII 449 ff.

den schwedischen Krieg gefesselt; die Vernichtung des türkischen Reiches, die dem russischen Kaiser als das Hauptziel seiner Transactionen vorschwebt, ist in ungewisse Ferne gerückt. Es hängt von dem Willen Napoleon's ab, ob sie stattfinden wird oder nicht, und einstweilen zwingt ihn kein Gebot der Nothwendigkeit, den immer dringender werdenden Anforderungen seines Alliirten Folge zu geben. Einige unliebsame Wendungen über die Entthronung der Bourbonen, die Tolstoi sich nicht enthalten hatte, in einer seiner Noten anzubringen, fertigt der Imperator mit dem Ausspruch ab: „Ich stehe gut mit aller Welt und ich bin in der Lage schlecht zu stehen, mit wem ich will“[1]. Rußland sollte begreifen, daß alle Versuche, ihn zum Stillstand auf der beschrittenen Bahn zu bewegen, an seinem eisernen Willen abprallen würden. Noch war Napoleon Herr des Festlands und hoffte die Geschicke desselben in fester Hand zu halten. Wohl fühlte er die Entfremdung, die unter dem Eindruck der Vorgänge in Spanien in Wien emporwuchs, aber die grollende Haltung dieses Staates schien ihm im Augenblick noch keiner ernsten Sorge werth. So lange die Gesammtverhältnisse Europas ihm gestatten, die große Armee in ihren gegenwärtigen Stellungen zu belassen, hat er von keiner Seite einen plötzlichen Angriff zu befürchten. Seine Truppen an der Weichsel und in Polen halten Rußland in Schach, und die Besetzung der Oderlinie ermöglicht es ihm, jeden Augenblick eine imponirende Streitmacht an der schlesisch-österreichischen Grenze zu vereinigen.

Und hierin liegt nun zugleich das entscheidende Moment für die Behandlung, die dem preußischen Staate in Bayonne widerfuhr. Napoleon berührte in seinem Briefe an Alexander die Angelegenheiten Preußens mit keinem Worte; dem russischen Gesandten überbrachte Czernitscheff, als er nach Paris zurückkehrte, den nichtssagenden Bescheid Champagny's, daß der Minister die Anliegen Rußlands zum Vortrag bringen werde, sobald die spanischen Geschäfte ihm Zeit dazu ließen; dem Prinzen Wilhelm wurde der Empfang seiner Denkschrift mit einer kurzen Anzeige des Ministers bestätigt; über ihren Inhalt aber war man im kaiserlichen Cabinet stillschweigend hinweggegangen[2]. Bei dem letzten Gespräch mit dem Prinzen in St. Cloud hatte Napoleon doch noch die Möglichkeit einer baldigen und günstigen Entscheidung über die Annahme des Stein'schen Entwurfes durchblicken lassen; jetzt wurde dieses Punktes nicht weiter gedacht.

1) Correspondance XVII 39.

2) Prinz Wilhelm an den König 13. Mai. Actenst. Nr. 157; vgl. Nr. 193.

So wenig fruchtete die Fürsprache Rußlands, daß unmittelbar nachdem der vertraute Abgesandte Alexander's den Rücken gewandt, am 10. Mai, jene Convention von Bayonne abgeschlossen wurde, durch welche Napoleon die preußischen Geldforderungen im Herzogthum Warschau dem König von Sachsen gegen eine Abfindungssumme von zwanzig Millionen Franken zum Eigenthum überwies[1]). Am Königsberger Hofe hatte man noch immer darauf gerechnet, daß wenigstens ein Theil der sequestrirten Capitalien wieder herausgegeben werden würde. Man wäre bereit gewesen, selbst unter namhaften Verlusten eine Einigung hierüber mit Frankreich zu treffen. Welche Aussichten mußte dieser neue Bruch der Verträge eröffnen! Es wurde zur völligen Gewißheit, daß dem französischen Kaiser nichts daran lag, die Schwierigkeiten zu beseitigen, mit denen Preußen kämpfte, um seinen Verpflichtungen gegen den Sieger gerecht werden zu können.

Auch sonst fehlte es nicht an Ereignissen, bei denen die alte Feindschaft Napoleon's mit ungeminderter Schroffheit hervortrat. In jene Tage fällt eine der peinlichsten Episoden, die Prinz Wilhelm während seines Aufenthaltes in Paris zu durchleben hatte. Wir nannten früher den Geheimen Legationsrath Le Roux, der den Bruder des Königs auf seiner Reise als diplomatischer Rathgeber begleitete (S. 37). Der Prinz schätzte an diesem Mann die unbedingte Lauterkeit seines Charakters, seine angenehmen gesellschaftlichen Formen und seine Vertrautheit mit dem französischen Leben, die sich auch in einer ungewöhnlich leichten und geschmackvollen Handhabung des französischen Styls kundgab. Le Roux hatte nur einen Fehler, — sein leicht erregbares Temperament verleitete ihn, sich über politische Dinge mit Unvorsichtigkeit zu äußern, die nirgends schlechter angebracht war, als in Paris, wo die Spionage, von der die Gesandtschaften der fremden Mächte umgarnt waren, ihr denunciatorisches Werk mit unfehlbarer Meisterschaft vollführte. Le Roux mag ohnehin von vornherein auf der Proscriptionsliste der geheimen Polizei gestanden haben, denn schon früher einmal, unter dem Directorium, war er mit den Sicherheitsorganen in einen widerwärtigen Conflict gerathen, der sogar seine zeitweise Verhaftung zur Folge gehabt hatte. Nichts Schlimmes ahnend, erhielt der Prinz am 21. Mai durch den Polizeiminister Fouché ein Schreiben aus der kaiserlichen Canzlei, durch welchen die Ausweisung Le Roux's verfügt wurde: in vier und zwanzig Stunden sollte derselbe Paris und in fünf bis sechs Tagen die Grenzen Frankreichs verlassen haben. Ein Grund für die Maßregel

1) (S. 116) Vgl. die Details bei Bassewitz I 572.

wurde nicht angegeben und auch von dem Polizeiminister, den Brockhausen um Aufklärung bat, war nichts Gewisses zu erfahren[1]). Napoleon hat, als er einige Monate später mit dem preußischen Gesandten noch einmal auf den Vorgang zu sprechen kam, über feindselige Äußerungen Le Roux's Klage geführt[2]), und in einer Aufzeichnung Brockhausen's, die freilich erst nach Jahr und Tag niedergeschrieben worden ist, wird die Behauptung aufgestellt, daß Briefe des geächteten Diplomaten, die in Berlin von Bignon ausgekundschaftet worden seien, die Veranlassung zu dem kaiserlichen Decret gegeben hätten. Daß Le Roux es an scharfen Glossen über die Politik Napoleon's nicht fehlen ließ, zeigt seine Privatcorrespondenz mit Sack, die uns vorliegt. Er beleuchtet darin unter anderm die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich und prophezeiht den baldigen Bruch dieser beiden Mächte, da Alexander doch endlich einsehen müsse, daß er von seinem Bundesgenossen hinter das Licht geführt werde. Ein anderes Mal, bei Übersendung des pariser Journals, in welchem ein amtliches Communiqué über die Verhandlungen mit den spanischen Bourbonen abgedruckt war, schildert er das hinterlistige Verfahren, dessen Napoleon sich schuldig gemacht. Um die entthronte Dynastie für alle Zeit in dem Urtheil der Welt moralisch zu vernichten, waren in jenem Communiqué die Briefe Karl's und des Prinzen von Asturien veröffentlicht worden, mit welchen die beiden Fürsten in würdeloser Demuth sich dem Räuber ihres Landes zu Füßen geworfen hatten: Le Roux erklärt diese Briefe für ein französisches Machwerk und die Unterschriften für erzwungen[3]). Bei solchen Äußerungen ist es nicht zu verwundern, daß er den Zorn des Imperators auf sich ziehen mußte. Ob die Urheberschaft des hier vorliegenden Verrathes auf Bignon oder auf Fouché zurückzuführen ist, werden wir unentschieden lassen dürfen.

Dem Prinzen Wilhelm blieb nichts übrig, als sich dem Gebot Napoleon's zu fügen und seinen Begleiter auf der Stelle in die Heimath zu entlassen. Aber er trat für dessen untadelige Gesinnung bei dem

1) Prinz Wilhelm an den König 22. Mai, Actenst. Nr. 159. Ausführlicher Brockhausen, 27. Mai, an den König; vgl. Actenst. Nr. 196.

2) Bericht Brockhausen's vom 16. September 1808. Actenst. Nr. 205. Die nachträgliche Notiz Brockhausen's befindet sich am Rande der Abschrift eines Schreibens von Goltz an Sack, Königsberg 26. März 1808, in den Acten der Friedenscommission (Section I Nr. 175 Bd. IV) und lautet: Roux fut chassé de Paris pour avoir écrit une lettre à Mr. Sack, qui était tombée comme toutes les autres entre les mains de Bignon.

3) Le Roux an Sack.

König in die Schranken und bewirkte dadurch, daß Le Roux im Dienst blieb [1]).

Ein noch charakteristischeres Symptom der fortdauernden Spannung mit Frankreich gewährt eine andere Episode, der wir ihres politischen Interesses wegen eine ausführlichere Darstellung widmen müssen.

12.

Das französische Lager bei Berlin Mai 1808.

Seit der Anwesenheit Stein's in Berlin und der Vereinbarung des Conventionsentwurfes vom 8. März hatte die Lage der Residenz des preußischen Staates insofern eine Wendung zum Besseren genommen, als die französischen Behörden sich wenigstens jedes eclatanten Eingriffs in die innere Verwaltung enthielten. Allein der Friede sollte nicht von langer Dauer sein. Am 6. April hatte Bignon, in seiner Eigenschaft als Administrator der Finanzen in Berlin, die Kriegs- und Domänenkammer von dem Entschluß des französischen Gouvernements benachrichtigt, den größten Theil der Truppen des ersten Corps der großen Armee, das seine Standquartiere in der Mark hatte, — er sprach von 25,000 Mann, — in der Umgegend von Berlin ein offenes Lager beziehen zu lassen. Die Kammer wurde aufgefordert, die Materialien für den Bau der Baracken zu liefern, den Bau selbst zu besorgen und die Anschaffung des erforderlichen Proviantes, vorläufig für einen Monat zu übernehmen, alles auf preußische Kosten und mit der ausdrücklichen Maßgabe, daß die sämmtlichen Verpflegungsgegenstände, einschließlich der Fourage, allemal vierzehn Tage, bevor sie erschöpft seien, wieder ergänzt werden müßten. Wie lange die Zusammenziehung der Truppen dauern sollte, war nicht gesagt worden.

In derselben summarischen Weise verfuhr Bignon mit den Vertretern der märkischen Landschaft. Er benachrichtigte sie in einem kurzen Anschreiben von dem Beschluß des Militärcommando's und überließ ihnen, mit der Domänenkammer die Mittel und Wege zu berathen, durch welche die Errichtung und Verproviantirung des Lagers, unter möglichster Schonung der Provinz, wie er hinzufügte, ins Werk gesetzt werden könne. Die Friedenscommission wurde dabei völlig außer Acht gelassen; sie erhielt die erste officielle Kunde von den Absichten der Franzosen, als die Kammer und die Stände in einer Sitzung am 7. April, zu der auch die Mitglieder des

1) Le Roux wurde zunächst beim General Finanz-Departement beschäftigt und Anfang 1809 wieder mit einem Decernat in den auswärtigen Angelegenheiten betraut.

Verwaltungsrathes der Stadt Berlin eingeladen waren, sich für die Ablehnung des Antrages entschieden hatten und gleich darauf den Präsidenten Sack um seine persönliche Mediation bei dem Generalintendanten ersuchten.

Die Thatsache, daß die französischen Truppen, nachdem sie mehrere Monate hindurch in festen Cantonnements gelegen hatten, wieder an den Felddienst gewöhnt werden sollten, konnte an und für sich nichts Befremdendes haben. Auch wäre es nicht richtig, wenn man annehmen wollte, daß in den Kreisen der preußischen Beamten und der Bevölkerung die Errichtung des Lagers als ein Akt der Bedrohung aufgefaßt worden wäre. Die fremde Armee war vollkommen Meister des Landes, und es würde nicht erst langer Vorbereitungen bedurft haben, wenn man mit gewaltsamen Absichten umgegangen wäre. Mit milder Praxis ausgeübt, hätte die Maßregel sogar für die Ortschaften des platten Landes und die Städte, die bisher die ganze Last der Einquartierung getragen hatten, mancherlei Vortheile dargeboten. Der Gutsbesitzer wurde wenigstens in seinem Hause wieder freier Herr, der Landmann durfte sich mit anbrechendem Frühjahr ungestört den Arbeiten der Ackerbestellung hingeben. Selbst was die Geldfrage anbelangt, durfte man hoffen wohlfeileren Kaufes fortzukommen als bisher, da bei der einheitlichen Administration, welche die Zusammenziehung der Truppen an einem Punkte ermöglichte, die Abgabe der Lebensmittel besser geregelt und überwacht werden konnte.

Allein die Art der Ausführung, die Bignon in Aussicht gestellt hatte, mußte sogleich die Befürchtung hervorrufen, daß die erwähnten Vortheile sich nur in sehr geringem Maße verwirklichen würden. Nicht die Gesammtmasse der Truppen des ersten Corps, sondern nur die Infanterie und ein Theil der Artillerie sollte die Garnisonen verlassen, der Rest dagegen, namentlich die ganze Cavallerie, deren Stärke mehr als 11,000 Pferde betrug, in den Cantonnements verbleiben. Dazu kam daß, wie bemerkt, die Absicht obwaltete, das Lager gerade in der Nähe der Hauptstadt aufzuschlagen: ein Umstand, auf den Sack in einem Bericht an den König vom 10. April großes Gewicht legt; denn es ließ sich leicht vorhersehen, daß die Officiere und Beamten der Armee, die auf den Quartierlisten von Berlin durchschnittlich zu 3000 Personen berechnet wurden, wenig Neigung empfinden würden, ihre behaglichen Wohnungen in der Stadt mit den Baracken des Lagers zu vertauschen [1]).

1) Correspondenz mit der Friedenscommission, Sack an den König, 10. April 1808; vgl. Bassewitz I 530 ff.

Alle diese Erwägungen reichen jedoch nicht hin, um den hartnäckigen Widerstand zu erklären, dem die Forderung der fremden Machthaber bei den Vertretern des preußischen Gouvernements begegnete. Die vorwaltenden Motive waren zugleich finanzieller und politischer Natur.

In den Unterhandlungen mit Daru hatte man preußischerseits immer daran festgehalten, daß für die ungeheuren Requisitionen und Lieferungen, welche die Provinzen und Kreise seit dem Frieden hatten aufbringen müssen, bei dem Abschluß der Bilanz mit Frankreich wenigstens eine theilweise Vergütigung gewährt werden würde. In Hunderten von Fällen waren die schwer geschädigten Communen auf eine solche Aussicht vertröstet, und auch die Convention vom 8. März enthielt einen Vorbehalt über diesen Punkt. Gerade in denselben Tagen aber, wo die Discussionen über das Lager begannen, am 5. April, hatte der Generalintendant eine Note überreicht, welche die gehegten Erwartungen zu Schanden machen mußte. Es war die erste schriftliche Auslassung auf den Stein'schen Entwurf, die von Seiten des französischen Kaisers erfolgte. In gemäßigtem Tone abgefaßt, widerstritt sie nicht durchaus der Möglichkeit einer baldigen Verständigung, aber sie formulirte mit aller Bestimmtheit dieselben Einwendungen, die Napoleon schon mündlich gegen einzelne Artikel des Vertrages erhoben hatte: sie wies jeden Gedanken an die Wiedererstattung der eingezogenen Staatsrevenuen auf das entschiedenste zurück und stellte peremptorisch den Grundsatz auf, daß die gesammten Kosten für den Unterhalt der Armee, bis zum Moment ihres Abmarsches, einzig und allein von der preußischen Staatskasse getragen werden müßten[1]).

Nach einer derartigen Erklärung war es den berliner Behörden nicht zu verargen, wenn sie fortan bei jeder Gelegenheit, wo die fremde Gewalt mit neuen Forderungen auftrat, ihren passiven Widerstand bis an die äußerste Grenze festzuhalten suchten. Sie erfüllten damit nur ihre Pflicht gegen den König und das Land, zumal die Beweggründe, auf die sie sich stützten, von jedem Billigdenkenden anerkannt werden mußten. Denn aus den nahezu erschöpften Vorräthen des Landbaus konnten die Materialien für das Lager nicht mehr zusammengebracht werden. Dieses Factum lag offenkundig vor. Sogar ein französischer Beamter, der die wirthschaftlichen Zustände des Gebietes zwischen Elbe und Oder genauer kannte als irgend Einer, der Inspecteur Lambert, der das Verpflegungswesen des ersten Corps

1) Sack an den König 10. April. Die Ordre Napoleon's an Daru, die dieser dem Freiherrn von Stein vorlegte, war vom 25. März.

zu verwalten hatte, konnte nicht umhin, in Berichten an Daru und den commandirenden General, Marschall Victor, die Ansicht zu vertreten, daß die Marken völlig außer Stande seien, den Bedürfnissen des Lagers zu genügen. Aber Daru und Bignon ließen sich dadurch nicht irre machen. Sie stellten an die Kammer das Ansinnen, die Erfordernisse im Auslande aufzukaufen. Die Contracte mit den Lieferanten sollten von den Vertretern der Stände unterschrieben und der Betrag auf die Provinz vertheilt werden. Allein um dieses Geschäft abschließen zu können, bedurfte man nach dem Anschlage, den die vereinigten Ausschüsse aufgestellt hatten, einer Summe von anderthalb Millionen Thalern. Der Credit der Berliner Banquiers war erschöpft; eine fällige Wechselschuld von 140,000 Thalern, die ihnen die Landschaft am 1. April auf Vorschüsse zu den Contributionen hätte zurückbezahlen müssen, konnte trotz aller Anstrengungen nicht gedeckt werden. Auf Unterstützung von Seiten des auswärtigen Geldmarktes durfte man sich vollends keine Rechnung machen, da die ständischen Obligationen, das einzige Pfandobject, das man noch zu gewähren vermochte, bereits über 40 Procent an ihrem Course verloren hatten. Überhaupt aber mußte der Versuch einer partiellen Anleihe für die Mark Brandenburg als ein äußerst gefährliches Experiment angesehen werden, denn schlug er fehl, so war die natürliche Folge, daß das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der landschaftlichen Institute noch tiefer herabsank. Und was hätte in diesem Augenblick, wo die Regierung mit finanziellen Operationen beschäftigt war, bei denen der Credit der Landschaften eine Hauptrolle spielte, den Gesammtinteressen des Staates größeren Nachtheil zufügen können!

Und noch ein anderer, über die Interessen der Mark hinausgehender Gesichtspunkt machte sich geltend. Daru hatte für sämmtliche Provinzen des preußischen Staates, die noch besetzt waren, Concentrationen der Truppen in offenen Lagern angekündigt. Die Befehle dazu waren theilweise schon ausgefertigt. Man sagte sich in Berlin, daß die Provinzen vollends der Willkür der Franzosen ausgesetzt sein würden, wenn nicht die Hauptstadt des Landes mit gutem Beispiele vorangehe. Sack betrachtete es als seine amtliche Befugniß, die Behörden und Corporationen in ihrem Widerspruch zu bestärken. Von der schwankenden Haltung einiger Mitglieder der Ritterschaft in Kenntniß gesetzt, erließ er am 12. April ein Rescript an Kammer und Stände, worin er sie bei ihrer eigenen Verantwortlichkeit zu unerschütterlichem Festhalten ermahnte. Er hatte diesen Schritt vorher mit dem Präsidenten der Kammer, von Gerlach, besprochen, der aus vollem

Herzen zustimmte. Auch Stein ist im Einverständniß gewesen. Er erklärte sich anfangs sehr entschieden gegen jede Nachgiebigkeit in der Sache des Lagers: mit seiner Zustimmung ist Prinz Wilhelm veranlaßt worden, über das Vorgehen der französischen Machthaber bei Napoleon Beschwerde anzubringen und die Rücknahme der Bignon'schen Forderungen zu erwirken. Freilich verkannte man nicht, daß die systematische Opposition, in welche man eintrat, in ihren Folgen sehr gefährlich werden konnte. Man beschloß daher mit der äußersten Vorsicht zu handeln. Die Weisung Sack's wurde dem ständischen Comité durch Vermittlung der Domänenkammer zugefertigt, und dieser war befohlen, das Schriftstück nicht in den Händen der Deputirten zu belassen, noch weniger zu dulden, daß es in Abschriften verbreitet werde. Der Kriegs- und Domänenrath von Winterfeldt begab sich in das Ständehaus, wo die Ausschüsse in Permanenz versammelt waren, und las die Verfügung vor. Von keiner Seite wurde dagegen Einspruch erhoben; alle Stimmen vereinigten sich in dem Beschluß, die Forderungen der Franzosen zurückzuweisen. Ein lebendiges Gefühl der moralischen Verpflichtung für das Wohl und Wehe der Mark und der übrigen Landestheile beherrschte die Vertreter der Stände und der Hauptstadt. Die Bevölkerung nahm mit Eifer für die gute Sache Partei, in allen Kreisen machte sich eine erhöhte Gereiztheit der Stimmung bemerkbar.

Die fremden Autoritäten, die dies gewahrten, glaubten jetzt um so energischer auf der Ausführung ihrer Anordnungen bestehen zu müssen. Am 18. April veröffentlichte Bignon ein neues Decret, worin er die zwangsweise Ausschreibung der Lieferungen ankündigte, wenn ihm nicht bis zum 21., also binnen drei Tagen, eine willfährige Erklärung von Kammer und Ständen zugegangen sein werde. Im Falle der Weigerung drohte er mit dem Einschreiten der Militärmacht. Die Ausschüsse verharrten trotzdem bei ihrem ablehnenden Votum. Jetzt erschien das Publicandum, durch welches die Lieferungen öffentlich ausgeboten wurden, am 23. in den Zeitungen. Auch dies machte keinen Eindruck. Die französischen Machthaber begannen inne zu werden, daß die Verhandlungen mit den Behörden und Corporationen vergeblich seien; sie hofften eher zu ihrem Ziele zu gelangen, wenn sie einige angesehene Persönlichkeiten aus dem Lande nach Berlin beriefen und dieselben vor die Alternative stellten, entweder für die Aufbringung der Lagerkosten Bürgschaft zu leisten, oder die allgemeine Widersetzlichkeit an ihrem Vermögen zu büßen. Am 24. April erging an die Kammer die Weisung, eine Liste von fünf und zwanzig der reichsten Grundbesitzer der Provinz und der Hauptstadt aufzustellen. Die Kammer

wandte sich an Sack und dieser befahl die Forderung der französischen Intendanz unweigerlich zu erfüllen. In welchem Gedanken er dies that, erhellt aus seinen eigenen Briefen. „Ich werde ohne Unterlaß in meinem Widerstande fortfahren", hatte er am 17. April an den Minister Goltz geschrieben; „ich habe alle unsere Behörden für mich und ich habe sie darüber instruirt, was sie thun sollen". Am 26. meldet er dem Minister die Berufung der Notablen, — dann fügt er hinzu: jetzt komme alles darauf an, der bisher eingenommenen Haltung treu zu bleiben, und dafür daß dies geschehe, werde er Sorge tragen[1]).

Die Eröffnung der Berathungen mit den Fünf und zwanzig war auf den 2. Mai festgesetzt. Der Stand der Grundbesitzer hatte die große Majorität: es waren beschieden die Deputirten der Domcapitel und zahlreiche Mitglieder des erbgesessenen Adels, darunter die Repräsentanten der ältesten Geschlechter in der Mark, — der Itzenplitz, Schulenburg, Bredow, Massow, Romberg, Eckartstein, Voß. Aus der Classe der wohlhabendsten Einwohner von Berlin waren einige Frauen citirt, die sich durch Bevollmächtigte vertreten ließen. Die Versammlung begann damit ihre Incompetenz zu erklären; aber sie blieb hierbei nicht stehen; sie scheute sich nicht dem so weit gediehenen Conflict gegenüber eine bestimmte und unzweideutige Stellung einzunehmen: es wurde ein protocollarischer Beschluß gefaßt, der das volle Einverständniß mit dem Verfahren der Behörden zum Ausdruck brachte. Die Franzosen mochten hierauf doch nicht vorbereitet gewesen sein, denn es verräth eine gewisse Hinneigung zur Nachgiebigkeit von ihrer Seite, wenn am 3. Mai eine schriftliche Declaration Bignon's einlief, worin den Notablen das Recht zugesprochen wurde, ihre Zahl durch Cooptation nach eigenem Belieben zu verstärken. Allein die Versammlung lehnte dieses Anerbieten ab: sie bat Gerlach, der ihre Sitzungen leitete, dem Generalintendanten vorzustellen, daß die Grundbesitzer bei der bedrückten Lage, in der ihre Güter sich befänden, außer Stande seien, noch weitere Verbindlichkeiten einzugehen. Was die Provinz im Ganzen nicht aufbringen könne, das vermöge um so weniger der Einzelne zu leisten.

Sobald Daru hiervon unterrichtet wurde, stellte er ein sehr verfängliches Ultimatum: in der Sitzung des nächstfolgenden Tages habe jeder Berufene für sich seine persönliche Meinung auszusprechen; wolle die

1) Sack an Goltz, 26. April 1808: Tout dépendra de la conduite de nos habitants et nous avons soin de leur récommander de la fermeté.

Versammlung die Lagerkosten auf ihren Credit übernehmen, so verspreche er, daß die Vorschüsse den einzelnen Gläubigern von der Provinz wieder vergütigt werden sollten, wenn dieser Modus dagegen auf Widerspruch stoße, so werde er sich an die Person der Notablen halten, das Geld von ihnen eintreiben und, falls Schwierigkeiten dagegen erhoben würden, ihre Güter mit Beschlag belegen [1]).

Eine Maßregel von so terroristischer Natur konnte nicht ohne Einfluß auf die Fortsetzung der Debatten bleiben. Es kam allerdings am 4. Mai noch zu einem Beschluß, durch den die Notablen dem Intendanten kundthaten, daß sie trotz seiner Drohungen sich nicht veranlaßt fänden, von ihren bisherigen Resolutionen abzuweichen, allein das Protocoll, welches diese Erklärung enthielt, — sein Original wird noch heute in den Acten der märkischen Stände aufbewahrt, — war nur von der Hälfte der Anwesenden unterzeichnet. Einige Vertreter des ritterschaftlichen Verbandes thaten sich zusammen und ersuchten den Fürsten Hatzfeld, den ehemaligen Militärgouverneur von Berlin, ihnen zur Anbahnung eines Compromisses mit Daru behülflich zu sein. Hatzfeld, der nach seiner Verhaftung und Freilassung [2]) in kurzer Zeit mit den Würdenträgern der französischen Armee in vertraulichen Verkehr getreten war und bei Vielen in dem Verdacht stand, ein Parteigänger Frankreichs geworden zu sein, zeigte sich sehr geneigt, zu Vermittelung die Hand zu bieten. Allein ehe er noch damit beginnen konnte, hatte sich die Lage der Dinge von Grund aus geändert. Das Geheimniß jenes Schreibens, durch welches Sack die Domänenkammer und die Stände zur Ausdauer angespornt hatte, war an Bignon verrathen worden. Dieser selbst erzählt davon, aber er verschweigt den Namen des Schuldigen [3]). Berücksichtigt man die geflissentliche Vorsicht, die den verschiedenen Instanzen in dieser Angelegenheit eingeschärft worden war, so bleibt kaum eine andre Annahme übrig, als daß die ominöse Urkunde, von der in den Archiven des Staates weder Entwurf noch Ausfertigung erhalten ist, in der nächsten Umgebung Sack's veruntreut sein muß. Das dem französischen Beamten verrathene Schriftstück

1) Der Darstellung liegen zu Grunde die Relation Sack's vom 8. Mai 1808 und die Acten des ständischen Comites, die im Ständearchiv der Mark Brandenburg aufbewahrt werden.

2) Bekanntlich war Hatzfeldt bald nach der Einnahme von Berlin, October 1806, wegen eines von den Franzosen aufgefangenen Berichtes an den König gefänglich eingezogen, aber auf Fürsprache seiner Gattin, der Tochter des Ministers Schulenburg, die einen Kniefall vor Napoleon that, wieder freigelassen worden.

3) Bignon histoire de France sous Napoléon, VII, 387. 388.

war eine Abschrift von dem Rescript Sack's; Bignon setzte alles daran, in den Besitz des Originals zu gelangen; er ließ zu diesem Zwecke eine Durchsuchung in der Kanzlei der Domänenkammer vornehmen, aber sein Bemühen hatte keinen Erfolg; — das Actenstück war cassirt worden.

Die Abschrift wurde dem Generalintendanten vorgelegt, und als Stein, der von dem Zwischenfall noch keine Ahnung hatte, im Laufe des Tages bei Daru erschien, brach dieser, indem er ihm jene Abschrift entgegenhielt, in die heftigsten Vorwürfe aus. Er forderte in gebieterischem Tone die sofortige Entfernung Sack's. Wenn die preußischen Behörden nicht auf der Stelle zum Gehorsam zurückkehrten, werde er den Kaiser durch einen Courier von dem Vorgefallenen benachrichtigen: die Folgen, die daraus entstehen müßten, möge man sich selber klar machen.

„Um nun unser Hauptgeschäft nicht leiden zu lassen", berichtet Sack an den König, „hielt der Staatsminister Freiherr von Stein für angemessen, die Bereitwilligkeit von Seiten des preußischen Gouvernements zu versichern"[1]. Es giebt vielleicht kein zweites Beispiel in der Geschichte Stein's, wo er, der Mann des stählern unbeugsamen Willens, von dem was Rechtsbewußtsein und Patriotismus ihm vorschrieben, soweit zurückgewichen ist, wie in dem gegenwärtigen Falle. Seine Widersacher und Neider haben deßhalb die heftigsten Anklagen gegen ihn erhoben. Am weitesten darin geht Beyme, der in einem Immediatschreiben an den König die Meinung aufstellt, die Berliner Behörden würden sicherlich mit ihrer Festigkeit durchgedrungen sein, wenn nicht Stein dazwischen gekommen wäre: er macht die böswillige Bemerkung, das persönliche Ansehen des Ministers habe zu nichts weiter genützt, als den Franzosen die Bahn zur Erreichung ihrer Forderungen zu ebnen[2]. Allein man muß die innere Verkettung der politischen Factoren im Auge behalten, um das Verfahren Stein's richtig beurtheilen zu können. Wir glauben eine neue Auffassung des Ereignisses zu begründen, wenn wir behaupten, daß das bewegende Moment für Stein einzig und allein in der Rücksicht auf die diplomatischen Verhandlungen lag, die eben im Gange waren. Am 29. April hatte der Assessor Koppe, der von Paris zurückkehrte, die für Königsberg be-

1) Relation Sack's vom 8. Mai 1808 und Relation über die militärischen Bewegungen der Franzosen in der Mark, welche der Oberst von Lützow unter dem 4. Juli 1808 an den König erstattete, und die mit einem Rückblick über die Verhandlungen wegen des Lagers beginnt.

2) Beyme an den König, 12. Mai 1808. Actenst. Nr. 258.

stimmten Depeschen in Berlin abgegeben[1]). Man wußte jetzt von dem Vorhaben einer nochmaligen Intervention Rußlands, der sich Prinz Wilhelm durch seine Denkschrift an Napoleon angeschlossen hatte (S. 156). Stein's Meinung war, die günstigen Resultate, die von den nächsten Verhandlungen mit dem Kaiser vielleicht zu erwarten seien, dürften unter keinen Umständen aufs Spiel gesetzt werden. Er verbarg sich nicht, daß Daru in seiner verletzten Eitelkeit zu jedem Act der Rache fähig sei, und deßhalb entschloß er sich, dem Streit mit den französischen Autoritäten ein Ziel zu setzen. Er richtete am 5. Mai eine Ordre an Gerlach, worin er sagte: „Aus allgemeinen politischen und in den Verhältnissen dieses Staates beruhenden Gründen halte ich es für rathsam, daß die Angelegenheit der Truppenzusammenziehung in ein Lager ernstlich erwogen und zur Ausführung gebracht werde, damit durch die der Sache entgegengesetzten Bedenklichkeiten nicht noch nachtheiligere Folgen für das Ganze entstehen mögen". Die Notabeln und die ständischen Ausschüsse sollten sogleich zu einer Conferenz beschieden werden, um noch während desselben Tages die nothwendig gewordenen Beschlüsse fassen zu können.

In der Hoffnung, daß der Intendant sich hierbei beruhigen werde, wurde die Abreise Sack's verschoben. Wahrscheinlich auf Veranlassung Stein's fand noch eine Aussprache zwischen ihm und Daru statt. Der Präsident der Friedenscommission bekannte sich zu der Autorschaft des Erlasses, aber er verwahrte sich gegen die Interpretation Daru's, der in dem Verfahren Sack's eine Beleidigung des Kaisers erblicken wollte. Sack behauptete, von einem Befehle Napoleon's nichts gewußt, sondern die Errichtung des Lagers als eine aus der Initiative der Militärbehörden hervorgegangene Anordnung aufgefaßt zu haben. Daru verlangte eine schriftliche Erklärung hierüber, die Sack ihm auszustellen keinen Anstand nahm. Man schied, ohne daß ein Wort über die Entlassung des Präsidenten gefallen wäre. Als der Generalintendant jedoch am nächsten Tage einige geschäftliche Mittheilungen zu machen hatte, adressirte er seine Noten nicht, wie bisher, an den Vorsitzenden der Immediatcommission, sondern an den dirigirenden Minister des Königs. Es lag am Tage, was er damit bezweckte: Stein selbst gab jetzt seinem Freunde den Rath, sich nach Königsberg zurückzuziehen, und so schied Sack aus seiner Stellung als Präsident der Friedens-

1) Er überbrachte den Immediatbericht des Prinzen Wilhelm vom 21. April, Actenst. Nr. 154, eine Depesche Brockhausens von demselben Tage und einen Privatbrief Alexander von Humboldt's an Sack, gleichfalls vom 21. April.

commission, in der er durch Energie und aufopfernde Hingabe an die Sache dem Staate die wichtigsten Dienste geleistet hatte.

Der Zwiespalt mit den französischen Autoritäten wurde nach den Weisungen Stein's beigelegt. Die Versammlung der Notabeln konnte schon am 9. Mai entlassen werden, nachdem sie ihr Einverständniß mit der Herstellung des Lagers ausgesprochen hatte. Demnächst bildete sich aus Mitgliedern der Kammer, der Ritterschaft und des städtischen Verwaltungsrathes eine Commission, welche den Ankauf des Proviants und die Herbeischaffung der Geldmittel übernahm; mit der Leitung derselben wurde der Kriegs- und Domänenrath von Bassewitz beauftragt, der sich später durch sein Buch über die Zustände der Mark Brandenburg während der Occupation auch um die Geschichte der Mark verdient gemacht hat. Beinahe sämmtliche Lebensmittel mußten von Lieferanten besorgt werden; nur den Bedarf an Fleisch vermochte die Provinz noch aus ihren eigenen Vorräthen zu erschwingen. Zur Deckung der Kosten diente eine besondere Lagersteuer, zu welcher die Städte von jeder Feuerstelle, das Land von jedem Gute, jedem Gehöfte, nach dem Werth des lebenden Inventars oder dem Betrage der jährlichen Aussaat, eine gewisse Quote zu entrichten hatten. In Folge einer Ordre Napoleon's änderte der Herzog von Belluno, Marschall Victor, seine früheren Dispositionen dahin, daß er statt der Zusammenziehung der Armeecorps bei Berlin, eine Vertheilung in drei Campements, zwischen Charlottenburg und Spandau, bei Neu-Ruppin und in der Gegend von Havelberg verfügte. Der Ausmarsch der Truppen in diese drei Lager verzögerte sich übrigens bis zum 1. Juli.

Aber die berliner Verhandlungen sollten an anderer Stelle noch einen sehr ernsten Nachklang haben. Im Grunde genommen mißbilligte Napoleon das riguröse Auftreten seines Generalintendanten. Er hat ihn dafür in einem Cabinetsschreiben vom 21. Mai sehr unsanft zur Rede gestellt: „Ich bin ganz und gar nicht zufrieden mit dem, was man in Berlin macht", läßt er Daru an. „Wozu bedurfte es so vieler Ceremonien, um wenige Divisionen ins Feldlager zu bringen? Das Publicum brauchte davon erst zu erfahren, nachdem es geschehen war. Ich habe bereits kundgethan, daß es meine Absicht ist, die Armeecorps nicht im Ganzen, sondern nach Divisionen ihre Lager beziehen zu lassen. Ich wollte das so, um Europa nicht in Alarm zu setzen und so wenig Aufsehen wie möglich zu machen. Wozu war es nöthig, Kaufcontracte abzuschließen, Magazine anzulegen und Tausend ähnliche Kindereien?"[1] Trotzdem war der Kaiser nicht gemeint,

1) Correspondance XVII 179. Cela ressemble à une armée de l'ancien ré-

das widersetzliche Benehmen der preußischen Behörden ohne Ahndung hingehen zu lassen. Unglücklicherweise fiel die Affaire des Lagers und die Ausweisung Le Roux's in ein und dieselbe Zeit. Auf das heftigste erregt, ließ Napoleon durch Champagny eine Note an Brockhausen schreiben, die den König von Preußen noch einmal daran erinnern sollte, daß das Schicksal, ja die Existenz seines Staates von der Gnade Frankreichs abhängig sei. Man habe die märkischen Stände verleitet, mit allen Kräften dem französischen Gouvernement entgegenzutreten, indem man ihnen den Widerstand als einen Act der Unterthanentreue hinstellte. Eine solche Aufreizung zur Revolte könne dem preußischen Hofe nicht unbekannt geblieben sein. Die Regierung möge ihre Beamten im Zaume halten, wenn sie nicht Gefahr laufen wolle, durch herausfordernde Handlungen ähnlicher Art die Dinge soweit zu treiben, daß Napoleon den Friedensvertrag von Tilsit für aufgehoben erkläre[1]).

Es ist immer dieselbe Verkettung der Dinge, der wir auf Schritt und Tritt begegnen. Vor zwei, drei Monaten hatte es den Anschein gehabt als ob der Imperator dem Abschluß eines Vertrages mit Preußen nicht länger widerstreben wolle. Er hatte Daru zu den Unterhandlungen mit Stein autorisirt und in Petersburg erklären lassen (S. 133), er stehe im Begriff, seinen Truppen die Ordre zum Abmarsch zu geben, alles in der Hoffnung, daß Alexander dadurch veranlaßt werden würde, die Donaufürstenthümer zu räumen. Jetzt, wo die ablehnende Antwort des Czaren vorliegt, kommt er wieder auf das alte Verfahren zurück: er greift begierig nach der Gelegenheit, die sich darbietet, die preußische Politik feindseliger Tendenzen zu zeihen, und benutzt sie als Vorwand für die fortdauernde Unterdrückung.

Von Neuem sah sich Preußen in den Zustand völliger Unsicherheit zurückgeschleudert. Niemand mußte die Bitterkeit der Lage schwerer empfinden als Prinz Wilhelm. Der vornehmste Zweck seiner Mission war die Versöhnung Napoleon's gewesen, — durfte er sich nach den letzten Erklärungen des Kaisers von seinem längeren Aufenthalt in Paris noch irgend-

---

gime, fügt Napoleon hinzu: Il fallait se mettre sur la lisière d'un bois, y couper du bois, faire des baraques, et voilà l'armée campée.

1) Prinz Wilhelm an den König 1. Juni 1808 (Actenst. Nr. 160) unter Übersendung einer Abschrift der Note Champagny's, Bayonne 21. Mai, deren Hauptstelle lautete: Des provocations semblables à celles qui viennent d'avoir lieu dans un païs encore occupé par les armées françaises pourraient porter les choses au point que Sa Majesté Imperiale, justement offensée, regarderait le traité de Tilsit comme rompu.

welchen Erfolg versprechen? Der Prinz selbst zweifelte daran; aber er erachtete es für eine heilige Pflicht, kein Mittel zu verabsäumen, durch welches die Aufwallungen Napoleon's besänftigt oder beseitigt werden könnten. Die Männer seiner Umgebung waren bei weitem besorgter als er: sie gaben ihm den Rath, Paris zu verlassen. Die Schatten von Bayonne tauchten auf. Welcher Sprößling eines altangestammten Fürstenhauses durfte sich noch sicher wähnen, nach dem was dort geschehen! Aber der Prinz beschloß auf seinem Posten zu bleiben und auszuharren, es komme was da wolle. Er machte sich mit dem Gedanken vertraut, selbst nach Bayonne zu gehen und dem Imperator von Angesicht zu Angesicht nochmals die ungeheuchelte Wahrheit der friedfertigen Gesinnungen seines Bruders zu betheuern. Er schreibt am 1. Juni dem König: „Je gefährlicher die Situation, desto mehr werde ich Vorsicht und Eifer in Benutzung der wenigen Mittel, die mir noch bleiben, verdoppeln, um das Loos unseres unglücklichen Landes zum Besseren zu wenden. Weit entfernt, durch die Ereignisse entmuthigt zu sein, werde ich arbeiten, mit der Thatkraft, welche das Bewußtsein meiner Pflichten, meine Anhänglichkeit, meine Hingebung für die Person Euerer Majestät und meine Liebe zum Vaterlande mir einflößen“[1]).

Der König war ganz damit einverstanden, daß Stein den Streit mit Daru im richtigen Augenblick zum Guten gewandt hatte. Die tendenziöse Darstellung Beyme's ließ ihn unberührt; sie blieb ohne Antwort; dagegen sprach Friedrich Wilhelm dem Minister in einem Handschreiben vom 15. Mai seine vollste Anerkennung aus[2]). Nach dem Vorschlage Stein's hatte der König das Präsidium der Friedenscommission und die Vollmacht für die Verhandlungen mit Daru auf den ehemaligen Staatsminister Grafen von Voß übertragen. Stein sollte noch die nöthigen Anordnungen treffen und dann sobald wie möglich nach Königsberg zurückkehren, da der Monarch das größte Gewicht darauf legte, ihn wieder in seiner Nähe zu haben. Die finanzielle Lage erforderte außerordentliche Maßregeln, denn die Baarbestände in den Staatskassen, aus denen man bisher einen Theil der laufenden Ausgaben bestritten hatte, drohten mit dem 1. Juli zu versiegen. Außerdem konnten jeden Augenblick an das preußische Cabinet politische Entscheidungen herantreten, bei denen die leitende Hand des ersten Ministers unentbehrlich war. Gestützt auf directe Nachrichten aus Bayonne,

1) Vgl. Actenst. Nr. 160.
2) Vgl. Actenst. Nr. 259.

die er von Daru empfing, hatte Stein dem König am 8. Mai gemeldet, daß Napoleon in wenigen Tagen nach Paris zurückkehren werde, und daß die Verhandlungen über die Zusammenkunft der Herrscher von Frankreich und Rußland ihren Fortgang nähmen[1]). Die Bestätigung des letzteren Punktes brachte Graf Czernitscheff, der auf der Rückreise nach Petersburg am 18. Mai in Königsberg verweilte. Der König hielt es für dringend geboten, sich mit dem Czaren schon jetzt über die Vermittelung, die er bei der Entrevue von diesem erwartete, in Einvernehmen zu setzen. Er schrieb an seinen kaiserlichen Freund, fragte bei ihm an, ob die Entrevue wirklich stattfinden werde, und empfahl, für den Fall daß es so sei, die Interessen seines unglücklichen Landes dem Wohlwollen Alexander's[2]).

Wenige Tage später wurde die Absetzung der Bourbonen am preußischen Hofe bekannt; das Schicksal des so schmählich hintergangenen Herrschergeschlechts erweckte auch hier das tiefste Mitgefühl. Friedrich Wilhelm war begierig zu hören, wie die neueste Gewaltthat der napoleonischen Politik auf die Gesinnungen Alexander's einwirken werde. Durch die Unterwerfung Spaniens vollendete Frankreich seine Suprematie über die Länder romanischer Nationalität und verschaffte sich einen Zuwachs der Macht, der weit über die Vereinbarungen des Tilsiter Friedens hinaus ging, während von den Verheißungen, die Rußland als Preis für sein Bündniß mit Frankreich davongetragen, bisher nicht eine einzige in Erfüllung gegangen war. Mußte man nicht erwarten, daß Alexander, tief gekränkt in seinem Selbstgefühl, sich endlich ermannen und eine stichhaltige Erklärung auf seine wiederholt formulirten Gegenforderungen von Napoleon verlangen werde? Friedrich Wilhelm hat in jenen Tagen oft gesagt, das schwerste Unglück, das seinen Staat treffen könne, sei ein ernstes Zerwürfniß zwischen Frankreich und Rußland. Er sah die Fortdauer der russisch-französischen Allianz als die wichtigste und nothwendigste Voraussetzung für eine bessere Lage Preußens an, aber ebenso fest stand in ihm die Überzeugung, daß Napoleon niemals weichen werde, wenn Rußland sich nicht entschließe, die Rechte, welche die Verträge in seine Hand gelegt hatten, mit größerem Nachdruck als bisher zur Geltung zu bringen. Dazu, meinte Friedrich Wilhelm, sei jetzt der geeignete Augenblick gekommen. Napoleon müsse endlich empfinden, daß Rußland nicht gewillt sei, sich mit leeren Versprechungen hinhalten zu lassen, dann werde

1) Bericht Stein's an den König (8. Mai), abgedruckt bei Pertz II 632.
2) Friedrich Wilhelm an Alexander 17. Mai 1808, Actenst. Nr. 73.

er nicht länger zögern, die türkischen Angelegenheiten zu beendigen und dem preußischen Staate seine Selbständigkeit zurückzugeben.

Und das war es denn auch, was den König in seinen Hoffnungen aufrecht erhielt, als er am 16. Juni durch die Berichte aus Paris von den erneuten Drohungen Napoleon's unterrichtet wurde. Kurz vorher war Le Roux in Königsberg eingetroffen. Die Aufklärungen, die er gab, ergänzten den Überblick über die politische Lage. Die Schwierigkeiten, auf die Napoleon in Spanien gestoßen war, stellten sich in weit größeren Dimensionen dar, als man bis daher geglaubt. Noch entbehrte man zwar der zuverlässigen Nachrichten über den Ausbruch und Fortgang der großen Bewegung, die sich während der letzten Woche des Mai über ganz Spanien verbreitet hatte; aber die Gerüchte schritten den Begebenheiten voran: man zweifelte nicht mehr, daß die französische Armee in schwere Kämpfe verwickelt werden würde: man hörte, daß Napoleon in Bayonne geblieben sei: man hielt es für wahrscheinlich, daß er selbst das Commando seiner Truppen in Spanien übernehmen werde. In nicht geringerem Maße wurde die Aufmerksamkeit der preußischen Staatsmänner auf die zunehmende Spannung Frankreichs und Österreichs hingelenkt. Prinz Wilhelm machte darüber nur allgemeine Andeutungen, nach Brockhausen's Berichten aber war man in Paris allgemein auf einen nahen Krieg gegen Österreich gefaßt[1]). Es gewann die größte Wahrscheinlichkeit, daß Napoleon gezwungen werden würde, die Hauptmasse seiner Truppen aus Deutschland zurückzuziehen.

Der König hatte diesen Fall immer im Auge behalten. Nicht minder Stein. Man kann sagen, die ganze Politik des Zögerns und Ansichhaltens, welche Preußen während der letzten zehn Monate verfolgt hatte, begründete sich hierauf. Wenn Stein Anfang März, wo die Verhandlungen mit Daru beginnen sollten, dem König den Rath ertheilt hatte, in seinen Concessionen nicht weiter zu gehen, als die unbedingte Nothwendigkeit erforderte, so wissen wir, daß er schon damals auf eine Veränderung in den allgemeinen Verhältnissen Europas gebaut hatte. Sollte man jetzt im Hinblick auf die geharnischten Erklärungen Champagny's die bisher befolgte Taktik verlassen? Der König war der entgegengesetzten Meinung, so sehr der Inhalt der Bayonner Note ihn mit Sorge erfüllte. Stein befand sich seit Ende Mai wieder in Königsberg: er besaß das unbeschränkte Ver-

1) Brockhausen an den König 1. Juni 1808: On parle généralement et décidemment de la guerre contre l'Autriche. Les bruits en sont si repandus qu'il serait presque maladroit de les revoquer en doute, surtout quand on sait qu'à Paris ces bruits sont les préludes de la réalité.

trauen des Monarchen: alle Umtriebe der feudalen und französisch gesinnten Partei, die während der Abwesenheit des Ministers kein Mittel unversucht gelassen hatte, um ihn zu stürzen, waren gescheitert. Es wird durch nichts erwiesen, daß Stein schon damals, Mitte Juni, auf den offenen Widerstand gegen Frankreich hingewirkt habe. Seine Politik bewegte sich noch in den Bahnen der voraufgegangenen Unterhandlungen: noch sah er die friedliche Auseinandersetzung mit Frankreich als dasjenige Ziel an, das man zunächst erstreben müsse. Wie sich auch die Geschicke der Welt verändern mochten, vor jedem weiteren Entschluß galt es, die Befreiung des Landes vollbracht zu haben. Bei jeder Gelegenheit hatte man die Bereitwilligkeit, sich mit Frankreich, selbst unter großen Opfern, zu verständigen, an den Tag gelegt. Man mochte diese Versicherung dem Imperator wiederholen und durch erneute Vorstellungen ihn zur Annahme der Convention vom 9. März zu bewegen suchen. Mehr aber schien der Augenblick nicht zu erfordern. Denn wenn Napoleon seine militärische Kraft in Spanien einsetzen und Österreich beobachten mußte, so durfte man der Vermuthung Raum geben, daß ihm selber daran liegen werde, mit den Mächten des Nordens auf freundschaftlichem Fuße zu leben, die Allianz mit Rußland zu befestigen und Preußen zu versöhnen. Der König theilte diese Gedanken. Er war sehr damit einverstanden, daß sein Bruder, sei es auf schriftlichem Wege, sei es selbst durch einen Besuch in Bayonne die beabsichtigte Annäherung an Napoleon bewerkstellige und ihm auseinandersetze, wie der materielle Ruin Preußens unvermeidlich sei, wenn die Befreiung von dem Druck der fremden Heere nicht bald erfolge, — aber er unterließ es dem Prinzen bestimmte Instructionen zu ertheilen[1]). Der Vorschlag eines Bündnisses mit Frankreich wurde nicht wiederholt. Auf lange Zeit freilich konnte man in einem so ungewissen Zustand nicht verharren. Aus der beginnenden Rivalität zwischen Österreich und Frankreich konnte mit überwältigender Plötzlichkeit ein europäischer Krieg entstehen, der alle übrigen Mächte, namentlich auch Preußen, in Mitleidenschaft zog. Man mußte sich auf die Frage vorbereiten, welche Stellung Preußen einzunehmen habe, wenn die Katastrophe hereinbrach, und dazu mußte man vor allen Dingen wissen, was in diesem Falle Rußland thun werde. Der König drängte seine dortigen Vertreter, ihm endlich zuverlässige Kunde über die Entschlüsse des Czaren zu verschaffen.

1) Vgl. Actenst. Nr. 162.

13.

Verhandlungen in Petersburg. Juni, Juli 1808.

Die Antwort Napoleon's auf die letzten Forderungen Alexander's, mit der Graf Czernitscheff Ende Mai zurückkehrte, eröffnete dem russischen Cabinet wenig Aussicht auf die baldige Erfüllung seiner Wünsche. Und auch sonst fehlte es nicht an Anlaß zu Klagen über das Verhalten Napoleon's. Die militärischen Maßregeln im Bereiche der großen Armee konnten der Aufmerksamkeit Rußlands nicht entgehen. Man hörte von den Vorbereitungen für die Errichtung der Feldlager in den preußischen Provinzen und von größeren Truppenzusammenziehungen an der Weichsel bei Danzig, bei Dirschau und in Polen. Das Auffälligste aber waren die damals von den Franzosen begonnenen Fortificationsarbeiten bei Modlin, deren unverkennbarer Zweck in der Herstellung einer Operationsbasis oder einer neuen Vertheidigungslinie gegen Rußland bestand. Der Czar fühlte sich von all' diesen Wahrnehmungen im höchsten Grade beunruhigt. „Man muß doch endlich einmal wissen, was die Franzosen treiben, und warum sie ihre Streitkräfte an unseren Grenzen stehen lassen", sagte Romanzoff zu dem Baron von Schladen und bat ihn um möglichst genaue Angaben über die Stärke der in Preußen stehenden französischen Heeresmacht.

Dazu kam, daß der Erfolg des Krieges in Finnland nach wie vor weit hinter den gehegten Erwartungen zurückblieb. Die russische Armee hatte allerdings durch die Eroberung von Sweaborg, Anfang Mai, einen Erfolg davon getragen, ebenso die Flotte durch Einnahme der Insel Gothland; aber kaum war der Festesjubel, den diese Siegesnachrichten in der Petersburger Gesellschaft hervorriefen, verklungen, so traf die Botschaft ein, daß die auf Gothland ausgesetzten Truppentheile vor einem Überfall der Schweden die Waffen gestreckt hatten, unter Umständen, welche die militärische Ehre des obersten Befehlshabers, General Bodiskow, mit schwerem Makel behafteten. Kaiser Alexander, der schon im Begriff gewesen war, sich nach Finnland zu begeben, um dort die Huldigung zu empfangen und seine siegreichen Truppen zu begrüßen, stand von seinem Vorhaben ab. Der Tod entriß ihm in jenen Tagen seine zweijährige Tochter, die Großfürstin Elisabeth[1]; er war in der düstersten Stimmung. Der Verlust von Gothland konnte unabsehbare Folgen haben, denn die

1) Elisabeth Alexandrowna, geb. 13. Nov. 1806, gest. 12. Mai 1808. Vgl. Actenst. Nr. 105.

Engländer, die bisher nur Dänemark feindselig behandelt, die schwedischen Streitkräfte in Schonen durch ein Hülfscorps von 12,000 Mann verstärkt hatten, vermochten nun mit Leichtigkeit den Schweden auf Gothland die Hand zu reichen und von hier aus die russischen Häfen zu blokiren oder eine Landung an der Südküste von Finnland zu unternehmen. Je tiefer die nach allen Richtungen zerstreuten Heerhaufen der Russen in das Innere des wälderreichen und morastigen Landes eindrangen, desto mehr hatten sie von dem wohlorganisirten Vertheidigungskrieg der einheimischen Bevölkerung zu leiden. Die ganze Aufstellung der Invasionsarmee erschien gefährdet, wenn es einer englisch-schwedischen Landungsarmee gelang, die russische Hauptmacht, die sich gegenwärtig auf Abo stützte, im Rücken zu fassen und die isolirten Flügelcolonnen auseinander zu reißen. Schon war eine Division unter General Barclay de Tolly als Nachschub gegen Abo entsandt worden[1]; jetzt erhielten auch die Regimenter von Petersburg Ordre zum Abmarsch.

Alexander hatte fest darauf gerechnet, daß das französische Truppencorps unter Bernadotte, welches längs der schleswig-holsteinischen Küste zum Schutz gegen die Engländer aufgestellt war, sobald die Jahreszeit es irgend erlaubte, durch einen Angriff auf die Südküste Schwedens den Russen die Eroberung Finnlands erleichtern werde. Und nun war trotz der bestimmtesten Versprechungen Napoleon's die Expedition nach Schonen rückgängig geworden. Die Schlappe, die seine Armee erlitten hatte, ließ den Czaren die ihm widerfahrene Täuschung um so bitterer empfinden; er gab seiner Mißstimmung unverhohlenen Ausdruck. „Rußland kann doch nicht Alles allein zu Wege bringen", sagte er zu Caulaincourt[2]. Rings um ihn her, in der Hauptstadt, im ganzen Lande, herrschte die äußerste Verstimmung. Der Gedanke an eine Blokade der Nevamündung durch die englischen Schiffe flößte in Petersburg die größte Besorgniß ein: es lag etwas in der Luft wie eine Wiederholung des Bombardements von Kopenhagen. Man hielt den Hafen von Kronstadt für bedroht; der Kaiser selbst eilte dorthin, um die in der Eile verstärkten Befestigungen zu besichtigen. Dazu kam die Erschöpfung der Finanzen; der Werth der Staatspapiere war auf die Hälfte gesunken; die Industrie und die Ausfuhr der Rohproducte lagen seit der Abschließung der Küsten völlig darnieder. Die altrussisch gesinnte Aristokratie und die bürgerlichen Classen hatten

1) Schladen an den König 11. Mai über die Wiedereroberung Gothlands.
2) Lefebvre III 385.

der französischen Bundesgenossenschaft von Anfang an widerstrebt; ihre Opposition äußerte sich jetzt mit einer Einstimmigkeit und Schärfe, die in einem Lande von sonst so geringer Entwickelung des öffentlichen Geistes wahrhaft in Erstaunen setzen mußte. Die Gegensätze ragten bis in den engsten Familienkreis des kaiserlichen Hauses hinein: die Kaiserin Wittwe, Maria, Gemahlin Paul's I., stand mit der antifranzösischen Partei in lebhaften Beziehungen, — was für Alexander doppelt schmerzlich war, da das Verhältniß zu seiner Mutter in den letzten Jahren einen außerordentlich innigen, fast excentrischen Charakter angenommen hatte.

Für die Vertreter Preußens bildete der Kampf der politischen Strömungen am Hofe unausgesetzt den Gegenstand sorgfältiger Beobachtung. Die Mißstimmung, die selbst bei den eifrigsten Anhängern der französischen Allianz in fortwährendem Steigen begriffen war, blieb ihnen nicht verborgen; allein sie kannten den Mangel der Initiative, der dem gegenwärtigen Regierungssystem in Rußland anhaftete und glaubten daher die Überzeugung aussprechen zu müssen, daß der Einfluß Frankreichs trotz der veränderten Lage die Oberhand behaupten werde. Es liege in der Natur der Persönlichkeiten, die jetzt die Geschicke Rußlands leiteten, sagt Schladen am 29. Mai, daß sie, in völliger Entäußerung des eigenen Willens, stets nur die Wege wandeln würden, die „der große Mann" ihnen vorschreibe, obschon dieser Weg unfehlbar zur Niederlage des russischen Reiches führen müsse. Ganz in derselben Weise urtheilt Schöler. „Alles scheint auf einen bedeutenden Gährungsstoff in den Meinungen zu deuten", schreibt er am 2. Juni in Bezug auf die Mißtrauensäußerungen gegen Frankreich, die sich allenthalben vernehmen ließen[1]). Die Möglichkeit einer durchgreifenden Reaction aber glaubte er in Abrede stellen zu müssen: seine Ansicht war, die Politik Rußlands werde es niemals dahin bringen, das was sie erstrebte, mit Festigkeit zu verfolgen.

Nur allzubald sollte diesen Vorempfindungen der preußischen Diplomatie der thatsächliche Beweis folgen. Bei einer Unterredung mit dem Czaren, die sich am 16. Juni nach einem Mittagsmahle in der Eremitage entspann, nahm Schöler, den Weisungen des Königs gemäß, die Gelegenheit wahr, Alexander um seine Meinung über die Vorgänge in Spanien zu befragen. Der Kaiser erwiderte ihm: es komme sehr auf den Gesichtspunkt an, aus welchem man die spanischen Begebenheiten betrachte, noch mehr auf die Art, wie die spanische Nation sich dabei

1) Vgl. Actenst. Nr. 104.

verhalten werde. Würde die Aufmerksamkeit Napoleon's durch einen großen Widerstand der Spanier gefesselt, so könnten daraus allerdings Vortheile für den Norden Europas entstehen, im entgegengesetzten Falle aber würde dieses unter andern Umständen so wichtige Ereigniß auf die Angelegenheiten des Nordens gar keinen Einfluß ausüben. Schöler ließ sich durch diese ausweichende Rede nicht abschrecken; er ging geradesweges auf diejenige Frage los, in welcher Preußen augenblicklich den Schwerpunkt seines Interesses erkennen mußte, die Frage, ob Rußland seine freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich unverändert aufrecht zu erhalten gedenke, oder ob und in welchem Maße eine Modification des bisherigen Systems beabsichtigt werde? Er verbarg dem Kaiser nicht, daß die Nachrichten aus Spanien in Königsberg große Sensation hervorgerufen hätten. Das Ausbleiben der Entscheidung Napoleon's, die seltsamen Gerüchte, die allenthalben in Umlauf seien, und die in der Bevölkerung herrschende Aufregung müßten dem König den Wunsch nahelegen, sich zu vergewissern, ob das Schicksal Preußens noch von neuen Unterhandlungen abhängig gemacht werden solle, und ob diese Unterhandlungen mit einem Wechsel der russischen Politik in Verbindung ständen? Die Antwort Alexander's zeigte, daß die Umwälzung, die Napoleon in Spanien vorgenommen hatte, keineswegs gleichgültig an ihm vorübergegangen war. Er konnte nicht umhin, der Besorgniß Ausdruck zu verleihen, welche die unaufhörlich anwachsende Übermacht Frankreichs ihm einflößte. Das Vertrauen auf die Dauerhaftigkeit der gegenwärtigen Zustände, sagte er, habe durch die jüngsten Ereignisse nur vermindert werden können. Aber nichts destoweniger betonte er auf das bestimmteste, nichts liege ihm ferner, als sich von der Bundesgenossenschaft Napoleon's zu trennen. Rußland, — so lauteten die letzten Folgerungen seines politischen Bekenntnisses, — werde sich ganz auf seine Selbstvertheidigung beschränken und die Vorbereitung der Mittel für diesen Zweck seine wichtigste Sorge sein lassen. Da jedoch auf Jahre hinaus keine Rede davon sein könne, einen Krieg gegen Frankreich mit einiger Wahrscheinlichkeit des Erfolges zu unternehmen, so bleibe nichts übrig, als sich ganz an Frankreich anzuschließen und dem Kaiser Napoleon selbst jeden Schein zu einer Beschwerde zu entziehen. Der Czar versicherte dann noch auf sein Ehrenwort, neue Verhandlungen wegen Preußen seien nicht im Gange: er werde, seinen Versprechungen und seiner Freundespflicht getreu, dem König von Allem Mittheilung machen, was die Angelegenheiten des preußischen Staates betreffe[1]).

1) Schöler 17. Juni 1808. Actenst. Nr. 105.

Sollen wir nun annehmen, daß Alexander, in dem Bewußtsein eigener Machtlosigkeit, seine Aussichten für die nächste Zukunft wirklich bis zu einem solchen Grade der Resignation herabgestimmt hatte, wie er uns aus dem eben erwähnten Gespräch mit dem Vertrauten Friedrich Wilhelm's entgegenklingt? Man würde die innersten Beweggründe, die ihn leiteten, nicht richtig erfassen, wenn man bejahend auf diese Frage antworten wollte. Es regten sich damals in seinem Geiste die ersten Eingebungen einer politischen Combination, die schließlich über alle anderen Erwägungen bei ihm den Sieg davon getragen hat, — einer Combination, die vom universalen Standpunkt aus schwerlich gebilligt werden kann, die aber gleichwol, die Prämissen der russisch-orientalischen Eroberungspolitik einmal zugegeben, einer gewissen Folgerichtigkeit nicht entbehrte.

Um Mitte Juni nämlich war die Kunde von der aufsteigenden Gefahr eines ernsten Zerwürfnisses zwischen Österreich und Frankreich auch nach Petersburg gelangt. Sehr genau vermag man den Zeitpunkt anzugeben, wo bei Napoleon die Überzeugung durchdrang, daß es vielleicht schon in kurzer Frist zum Bruche mit Österreich kommen werde. Es war gegen Ende Mai, als ihm jenes Patent vom 12. desselben Monats bekannt wurde, durch welches Kaiser Franz dem Gesetzentwurf über die Formation der Milizen in den österreichischen Landen seine Bestätigung ertheilte. Napoleon hatte zur Stunde nur ein sehr unvollständiges Bild von der Lage der Dinge auf der pyrenäischen Halbinsel. Seine Kenntniß derselben reichte noch nicht einmal bis zu den Vorgängen in Asturien, wo am 24. Mai die ganze Einwohnerschaft der Provinz unter Leitung der provinzialen Yunta dem König Ferdinand VII. den Eid der Treue geleistet und den Volkskrieg gegen Frankreich proclamirt hatte. Sowohl dieses Ereigniß, wie der unmittelbar darauf folgende Ausbruch der Revolution in den übrigen Gebieten Spaniens wurden dem französischen Kaiser erst mehrere Tage später bekannt, und selbst da waren die Nachrichten, die er erhielt, so wenig erschöpfend, daß er sich von der intensiven Kraft, zu der die nationale Bewegung im Fluge herangewachsen war, nicht annähernd eine richtige Vorstellung zu bilden vermochte. Er hielt noch immer dafür, König Joseph, dessen Ankunft in Bayonne täglich erwartet wurde, werde mit der Beruhigung Spaniens leichtes Spiel haben. Die Dispositionen für die Vertheilung der Truppen über das Land waren bereits getroffen und theilweis in der Ausführung begriffen. Marschall Moncey sollte gegen Valentia vorrücken, Marschall Bessières gegen Aragon, General Duhesme gegen Catalonien, General Dupont befand sich auf dem Wege nach Cadix, wo es vor

allem galt, der französischen Flotte, die hier ankerte, gegen den erwarteten Angriff der Engländer Schutz zu verleihen. Napoleon hielt die Streitkräfte, über die er gebot, für vollkommen ausreichend, um die Insurgenten auf's Haupt zu schlagen und die Ordnung kurzer Hand wieder herzustellen. Dennoch würde es seinen Wünschen sehr entgegen gewesen sein, wenn die Haltung Österreichs ihn schon damals zum Kriege gezwungen hätte. Durch eine energische Vorstellung seines Gesandten hoffte er den Wiener Hof in Ruhe halten zu können. General Andreossy mußte erklären, Napoleon werde jede Mobilmachung als gegen ihn gerichtet ansehen; wenn Österreich den Kampf haben wolle, Frankreich sei im Stande, jeden Augenblick die Herausforderung anzunehmen; Napoleon werde die Rheinbundstruppen aufbieten und sein eigenes Heer durch eine neue Conscription auf den Kriegsfuß setzen. Der Gesandte wurde ausdrücklich angewiesen, seine Pässe zu fordern, wenn ihm ein zweideutiger Bescheid werden sollte[1]). Wie Napoleon die Lage auffaßte zeigt sich unter anderm darin, daß er am 31. Mai dem Vicekönig von Italien, seinem Stiefsohn Eugen, einen detaillirt ausgearbeiteten Vertheidigungsplan für Oberitalien übersandte, bei dem die Voraussetzung war, daß die österreichische Armee, wenn sie losbräche, das lombardisch-venetianische Gebiet zur Operationsbasis nehmen würde[2]). Kurz, die Möglichkeit eines Krieges wurde von dem Kaiser ernstlich ins Auge gefaßt, und danach hatte er denn auch seine politischen Berechnungen einzurichten.

Die nächstliegende Nothwendigkeit für ihn war, mit Rußland wieder in die engste Verbindung zu treten, um sich auf jeden Fall die Unterstützung Alexander's zu sichern. Sehr bemerkenswerth ist eine Äußerung in der Unterredung mit Schöler vom 16. Juni, wo der Czar zum ersten Male Veranlassung nahm, dieses Thema wenigstens andeutungsweise zu berühren. Dem französischen Gesandten, sagte er, sei das Wort entschlüpft: man werde Österreich surveilliren müssen. Nähere Verabredungen sind damals wohl noch nicht getroffen worden. Napoleon hat immer die Gewohnheit gehabt, seinen definitiven Entschluß erst mitten im Strom der Ereignisse zu fassen, und wer hätte augenblicklich vorherzusagen vermocht, wie sich, den ganzen Horizont der europäischen Politik durchmessen, die allgemeinen Verhältnisse in der nächsten Zeit gestalten würden? Er vertröstete den Czaren auf die baldige Beendigung der spanischen Angelegen-

1) Befehl an Champagny, 28. Mai 1808, Corresp. XVII 216.
2) Corresp. XVII 246—251.

heiten: bis Ende Juni hoffe er die Hand frei zu haben, und dann werde nichts ihn abhalten, sich zu der Zusammenkunft mit Alexander zu begeben, auf der ein vollkommenes Einverständniß in den bisher noch nicht geschlichteten Punkten hergestellt werden solle.

Dies ungefähr war der Inhalt eines Briefes von Napoleon, welchen Fürst Nikita Wolkonski, einer der vornehmsten Officiere aus dem Gefolge des Czaren, der mit der Nachricht von dem Fall Sweaborgs nach Bayonne geschickt war, bei seiner Rückkehr zu überreichen hatte[1]). Wenige Tage nach dem Empfang dieses Briefes, am 6. Juli, wurde Schöler zu einer Audienz in Kamenoi-Ostrow entboten. Mit Bezug auf das Handschreiben Friedrich Wilhelm's (S. 176) sagte Alexander: er könne auf die von dem König gestellte Frage noch keine bestimmte Antwort geben, die Entrevue werde stattfinden, sobald es sich der Mühe verlohne, und das sei jetzt noch nicht der Fall. Napoleon werde einstweilen noch von dringenderen Obliegenheiten in Anspruch genommen und was ihn selbst, Alexander, betreffe, so vermöge er angesichts der Gefahren, mit denen Engländer und Schweden seine Hauptstadt bedrohten, den Zeitpunkt für seine Abreise aus Petersburg noch nicht näher ins Auge zu fassen. Schon jetzt aber dürfe er versichern, daß die Harmonie zwischen Frankreich und Rußland keinerlei Störung erlitten habe; man möge sich hüten, den entgegengesetzten Gerüchten irgend welche Bedeutung beizumessen. Vor allem warnte er davor, auf die Schilderhebung Österreichs zu rechnen und sich dadurch zu zweideutigen Schritten verleiten zu lassen. Er schloß mit den Worten: Rußland werde in seinem freundschaftlichen Verhalten gegen Napoleon beharren, und auch für Preußen gebe es nach seiner unumstößlichen Überzeugung kein anderes Heil, als dem bisherigen Grundsatz der aufrichtigen Versöhnung mit Frankreich unentwegt zu folgen[2]).

Die Sorge vor einem plötzlichen Losbruch Österreichs machte die Freundschaft mit Rußland für den Imperator unentbehrlich. Hierauf baute Alexander sein politisches System. Man kann durchaus nicht behaupten, daß er von vornherein entschlossen gewesen sei, an dem Krieg gegen Österreich als Bundesgenosse Napoleon's theilzunehmen. Er hoffte, daß es ihm gelingen werde, die kriegerischen Aufwallungen des Wiener Hofes durch diplomatischen Druck im Keime zu ersticken und für diesen neuen Dienst, den er dem französischen Kaiser leistete, erwartete er

1) Napoleon an Alexander, Bayonne 3. Juni, Corresp. XVII 268.
2) Bericht Schladen's in Stellvertretung Schöler's 8. Juli. Actenst. Nr. 106.

Entschädigung auf Kosten der Türkei. Die Lage Rußlands der Pforte gegenüber war nicht ohne Gefahr, denn bei der Geringfügigkeit der Streitkräfte, über welche die Russen an der Donau verfügten, würden sie nicht im Stande gewesen sein, sich mit den Türken zu messen, wenn diese im Sommer 1808 die Offensive ergriffen hätten. Hierin ist denn auch der Grund zu suchen, weshalb jenes Anerbieten der Pforte wegen Unterhandlung eines Separatfriedens von dem Czaren keineswegs zurückgewiesen wurde. Anfang Juli erschien ein militärischer Abgesandter Rußlands im türkischen Heerlager zu Adrianopel, um die Besprechungen mit dem Großvezier zu eröffnen[1]). Alexander wußte sehr genau, daß er auf diesem Wege niemals zu dem gewünschten Ziel gelangen werde; die Pforte hatte bei den Conferenzen in Paris gegen jeden Gedanken einer Gebietsabtretung mit aller Entschiedenheit protestirt; aber die Furcht vor einem plötzlichen Angriff der Türken ließ ihm keine Wahl, als wenigstens zum Schein auf die Verhandlung einzugehen. Daneben mochte er hoffen, hierdurch einen Druck auf Napoleon auszuüben, für dessen orientalische Politik es allerdings der schlimmste Mißerfolg gewesen sein würde, wenn die Türkei und Rußland sich hinter seinem Rücken verständigt hätten. Napoleon verlor dieses Moment nicht aus dem Auge: er überließ es der geschmeidigen Dialektik Caulaincourt's, dem Czaren die glänzendsten Aussichten im Bezug auf die orientalische Frage zu eröffnen, jedoch ohne bestimmte Verheißungen abzugeben. Der französische Botschafter war zur Sommerfrische nach Kamenoi-Ostrow eingeladen worden; er bewohnte dort ein Haus, das in unmittelbarer Nähe des kaiserlichen Lustschlosses gelegen war, so daß Alexander, der ihn öfters ungemeldet zu besuchen pflegte, in jeder Stunde des Tages ohne Zeugen mit ihm verkehren konnte[2]). In dieser örtlichen Umgebung sind die geheimen Berichte Caulaincourt's aus den letzten Wochen vor dem Erfurter Congreß entstanden, auf welche Bignon und Thiers sich mehrfach berufen haben. Die orientalische und die österreichische Frage erfüllen den Geist des Czaren. Die Verwirklichung des Programms von Tilsit bleibt der Mittelpunkt all seiner Gedanken: die Verdrängung der Türken aus Europa, die Festsetzung der russischen Macht in Constantinopel und an den Dardanellen. Constantinopel müsse er haben, ruft er aus, denn das sei der Schlüssel seines Reiches. Caulaincourt verwies die Lösung dieser großen Probleme auf die Entrevue; aber

1) Bericht Stürmer's vom 9. Juli 1808. (W. St. A.).
2) Schladen an den König 28. Juni 1808.

er hütete sich wohl den ausschweifenden Phantasien des Kaisers in die Zügel zu fallen[1]).

Die mündlichen Äußerungen, die Alexander gegen Schöler gethan, hatten der Regierung Friedrich Wilhelm's endlich Aufklärung über die Gesinnungen des russischen Cabinets gegeben. „Die Unterhaltung des Kaisers mit dem Major von Schöler", heißt es in einer Weisung an Schladen vom 23. Juli, „trägt wenigstens den Charakter einer sehr großen Offenheit und läßt nicht den geringsten Zweifel in Bezug auf das System Rußlands". Eine so schrankenlose Hingabe an die Interessen, wie sie aus den Reden des Czaren hervorging, hatte man in Königsberg doch nicht erwartet. „Ich will nur wünschen", schreibt der König „daß Rußland sein intimes Verhältniß zu Frankreich benutzen möge, um sich mit der nöthigen Wärme und Beharrlichkeit zu Gunsten Preußens zu verwenden, denn die Befreiung meines Staates kann auch ihm nicht gleichgültig sein". Er befahl seinem Gesandten in Petersburg auf das dringendste, die förmliche Intervention Alexander's bei Napoleon zu beantragen.

Gleichzeitig aber sah der König sich veranlaßt, unabhängig von dem Verhältniß zu Rußland noch nach einer anderen Seite hin zu dem Umschwung der Dinge, der jeden Augenblick eintreten konnte, Stellung zu nehmen. Es sind die Beziehungen zu Österreich, mit denen wir uns hier zu beschäftigen haben: ein Gegenstand, der sowol für das Verständniß der nächstfolgenden Unterhandlungen, wie überhaupt für die Beurtheilung der preußischen Politik im Jahre 1808 von der größten Bedeutung ist, und dem wir schon deshalb eine eingehende Erörterung widmen müssen, weil die urkundlichen Überlieferungen, auf denen wir fußen, theilweise bisher noch unerschlossenen Quellen entnommen, eine Reihe neuer Gesichtspunkte an die Hand geben, die wohl geeignet sein dürften, die Resultate der früheren Forschungen in wesentlichen Momenten zu ergänzen oder zu berichtigen.

14.

Die Kriegsrüstungen Österreichs und Preußens Stellung Ende August 1808.

Wenn die preußische Politik bei dem mühevollen Geschäft der Auseinandersetzung mit Frankreich, wie wir gesehen haben, sich vorzugsweise

1) Vgl. besonders Bignon VII S. 425, wo nach einer Depesche Caulaincourt's vom 29. Juni die eigenen Worte Alexander's wiedergegeben sind.

an Rußland anlehnte, um durch dessen Vermittelung wieder in den Besitz der Unabhängigkeit zu gelangen, so ist damit doch nicht gesagt, daß König Friedrich Wilhelm die guten Dienste, die andere Staaten ihm leisten konnten, gering geachtet hätte. Es gab auch nach dem Frieden von Tilsit noch eine gewisse Stabilität der Interessen, welche die alten Mächte Europas veranlassen mußte, sich enger aneinander anzuschließen. Österreich, so schien es, konnte die dauernde Unterjochung Preußens nicht mit Gleichgültigkeit ansehen; schon deßhalb nicht, weil seine eigene Selbsterhaltung dadurch auf das Äußerste gefährdet war.

Der König gewann es über sich, die bitteren Empfindungen, welche Österreichs Zurückhaltung während des Krieges von 1807 in ihm hatten erwecken müssen, zu unterdrücken und sofort nach geschlossenem Frieden dem Wiener Hofe sein Entgegenkommen zu bezeigen. Der Nachfolger Hardenberg's, Graf Goltz, war sehr geneigt, der Annäherung an Österreich das Wort zu reden, denn nach dem Urtheil, das er sich während seiner langen Anwesenheit in Petersburg über den Charakter Alexander's gebildet hatte, sah Goltz von vornherein mit Mißtrauen auf die Unterstützung, die von Rußland erwartet wurde. Schon am 18. Juli 1807 hatte er in einer Depesche, welche die Bedrängnisse der gegenwärtigen Lage von allen Seiten beleuchtete, an den preußischen Gesandten in Wien geschrieben: „Jetzt bleibt uns nur übrig, mit intimster Aufrichtigkeit und Offenheit die vertraulichen Beziehungen zu pflegen, auf welche Preußen und Österreich durch die vollkommene Übereinstimmung ihrer Interessen, ihres Schicksals und die persönlichen Gesinnungen der beiden Monarchen hingewiesen werden. Dies muß der Gegenstand unserer fortwährenden Bemühungen und Ihrer unausgesetzten Aufmerksamkeit sein".

Aus zuverlässiger Quelle kannte man die Stimmung des Kaiser Franz. Ein naher Verwandter des königlichen Hauses, der geistvolle und lebenskluge Fürst Anton Radziwill, Gemahl der Prinzessin Luise, der sich gerade in Wien aufhielt, als die Nachricht von den Tilsiter Verhandlungen dorthin gelangt war, schilderte dem König den erschütternden Eindruck, den die unerwartete Katastrophe auf das Gemüth des Kaisers hervorgebracht[1]). Er hatte die Überzeugung gewonnen, daß Franz I. die Schwankungen seiner Politik, die ihn verhindert hatten, im richtigen Augenblick Partei gegen Napoleon zu ergreifen, auf das schmerzlichste bedauere. Zwar konnte Niemand glauben, daß Österreich, die Gefahren des russisch-

1) Rescript an Finkenstein 26. Juli 1807.

französischen Bündnisses im Auge, sich zu irgend einem herausfordernden Acte gegen Frankreich fortreißen lassen werde, allein man traute der alten Habsburgischen Monarchie doch Zähigkeit genug zu, daß sie versuchen werde, innerhalb der durch die letzten Begebenheiten ihr zugewiesenen Grenzen sich eine gewisse Selbständigkeit der Haltung zu bewahren.

Wie früher (S. 26) gesagt worden, hatte Friedrich Wilhelm nach der Wiederherstellung des Friedens die Absicht gehabt, seinen Gesandten in Wien durch einen anderen Staatsmann zu ersetzen. Und in der That war Graf Finkenstein für die damaligen Verhältnisse nicht die geeignete Persönlichkeit. Der intime Vertraute Robert Adair's und Pozzo di Borgo's, hatte Finkenstein während des Krieges von 1806 und 1807 mit unermüdlicher Beredsamkeit darauf hingearbeitet, in den höheren Schichten der Wiener Gesellschaft die vitale Nothwendigkeit der Theilnahme an dem Kriege gegen Bonaparte zum Bewußtsein zu bringen. Er hatte sich nicht begnügt, die Bestrebungen der zum Kriege drängenden Militärs und der Actionsparteien an den Höfen der Erzherzöge mit Rath und That zu unterstützen, sondern er war auch dem Kaiser gegenüber bei jeder Gelegenheit mit seiner Meinung rückhaltlos hervorgetreten. Die pathetische Verve, die ihm eigen war, mochte ihn in den Momenten freimüthiger Aussprache nicht selten über die Schranken diplomatischer Vorsicht hinausgetrieben haben. Eine Natur wie die Franz's I., den es allemal unleidlich berührte, wenn der Vertreter eines fremden Staates der Unsicherheit seiner Entschlüsse mit guten Lehren aufhelfen wollte, vermochte solche Scenen nicht zu vergessen. Graf Finkenstein galt den Männern der passiven Staatsklugheit, die jetzt in der Hofburg das Übergewicht erlangt hatte, für einen gefährlichen, unbequemen Heißsporn, dem man aus dem Wege gehen mußte, wenn man sich nicht vor den Späherblicken des französischen Gesandten, General Andréossy, compromittiren wollte. Der Kaiser ließ ihn unbeachtet und auch Stadion verhielt sich einsylbig und verschlossen. Weit entfernt die Freundschaftsversicherungen Friedrich Wilhelm's in entsprechender Weise zu erwiedern, fand man in Wien, daß selbst der gewöhnliche diplomatische Verkehr mit Preußen bei der gegenwärtigen Lage der Dinge entbehrlich sei. Der österreichische Gesandte Baron Binder war während des Feldzuges von 1807 in Berlin zurückgeblieben. Nach dem Abschluß des Friedens erwartete man am preußischen Hofe, daß er den Befehl erhalten werde, sich nach Ostpreußen zu begeben, um in der Nähe des Königs seinen Aufenthalt zu nehmen. Allein das Wiener Cabinet hatte für einen solchen Act der Verbindlichkeit kein Verständniß; der Gesandte rührte sich nicht von der Stelle;

ja als Kaiser Franz im Januar 1808 die befreundeten Fürsten von seiner Vermählung mit Marie Luise von Modena durch außerordentliche Missionen in Kenntniß setzte, übergab Binder die Notification für den König von Preußen dem Präsidenten Sack in Berlin und überließ es diesem, den König von dem Inhalt zu benachrichtigen. Friedrich Wilhelm sah hierin eine Übergehung, die man nicht stillschweigend hinnehmen dürfe. Er bedauerte, daß Sack das Schreiben nicht einfach zurückgewiesen habe, und an die Friedenscommission erging der Auftrag, sich fortan gegen jede Mittheilung Binder's ablehnend zu verhalten: man müsse den österreichischen Gesandten fühlen lassen, daß er das Vertrauen des Königs verloren habe, weil er dem Hoflager desselben nicht gefolgt sei[1]).

Je mehr die Occupation der Gebiete zwischen Elbe und Weichsel sich in die Länge zog, desto natürlicher schien es, daß auch die österreichische Regierung, durch das Verweilen von fünfzig bis sechszigtausend Mann französischer Truppen in Schlesien zu steter Wachsamkeit gezwungen, sich veranlaßt finden werde, dem Wunsche der baldigen Räumung Preußens bei Napoleon Ausdruck zu verleihen. Finkenstein hatte mehrere Male auf eine Intervention hingedeutet, die seinen Gebieter zu Dank verpflichten werde. Man war ihm eine bestimmte Antwort schuldig geblieben. Endlich im Februar 1808 bat er um specielle Instructionen für Metternich. Stadion erwiderte ihm: allerdings gehe die Sache Österreich nahe genug an, und es werde alles geschehen, was im Bereich der Möglichkeit liege; aber man dürfe sich keinen übertriebenen Erwartungen hingeben, denn seit dem Mißerfolge der Londoner Mediation sei das Ansehen des Wiener Cabinets in Paris auf ein sehr bescheidenes Maß herabgesunken. Metternich solle angewiesen werden, für die Entfernung der französischen Armee zu wirken, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß er seinem eigenen Hofe dadurch keine Ungelegenheiten bereite, denn das könne nicht die Absicht des Königs von Preußen sein[2]).

Nach solchem Vorspiel läßt sich wohl vermuthen, daß die Verwendung Österreichs keinerlei Eindruck bei Napoleon hervorbringen konnte, wenn sie überhaupt stattgefunden hat. Denn auffallend ist es doch, daß Prinz Wilhelm nichts davon berichtet. Während der ganzen Dauer seiner Anwesenheit in Paris befindet sich der Prinz nicht ein einziges Mal in der Lage, von einer vertraulichen Besprechung mit Metternich zu berichten, und

1) Sack an den König 20. Februar 1808, und Erwiederung des Königs vom 9. März.
2) Depesche Finkensteins vom 21. Februar 1808.

in den Depeschen Brockhausen's wird die Person des österreichischen Botschafters kaum erwähnt.

Es war nur allzu klar, daß die Regierung Franz's I. nur das Ziel im Auge hatte, jedem Conflict mit Napoleon aus dem Wege zu gehen. Von diesem Gesichtspunkt aus wurde denn auch die Stellung Österreichs zur orientalischen Frage in Königsberg aufgefaßt und beurtheilt. Finkenstein erzählte in einem seiner Berichte von einer merkwürdigen Unterredung, die Kaiser Franz in den ersten Tagen des Februar 1808 auf einem Hofball mit dem neapolitanischen Gesandten Ruffo gehabt, und worin er in höchst demonstrativer Weise, vor zahlreicher Zuhörerschaft, sich feierlichst gegen jede Solidarität mit den russisch-französischen Theilungsplänen verwahrt hatte. Ganz Wien war damals voll von Gerüchten des nahe bevorstehenden Angriffs auf die Türkei, und in den politisirenden Kreisen herrschte nur eine Meinung darüber, daß Österreichs Machtstellung auf das ernstlichste gefährdet sei, wenn die Regierung nicht den Augenblick ergreife, um sich einen Antheil an der türkischen Beute zu sichern. Man wollte wissen, daß Napoleon den Österreichern Bosnien und Serbien angeboten habe, und zweifelte nicht, daß darauf hin ein Einverständniß zwischen den drei Mächten erzielt werden würde. Wie aber äußerte sich der Kaiser? „Ich weiß alles was man in der Stadt spricht", redete er Ruffo an; „aber alles ist falsch! Ich ermächtige Sie zu sagen, daß ich kein Versprechen gegeben habe. Ich werde mich nicht in einen Krieg einlassen, von dem man wohl den Anfang, aber nicht das Ende kennt. Bis jetzt wenigstens ist davon keine Rede gewesen. Man kann nicht wissen, wozu man noch alles gezwungen wird, aber bisher hat mir Napoleon keinen Vorschlag dieser Art gemacht"[1]). Nichts ist geeigneter, die inneren Widersprüche, denen das Wiener Cabinet verfallen war, zu kennzeichnen, als diese Worte Franz's I., denn aus authentischen Nachrichten, die von österreichischer Seite vorliegen, erfahren wir, daß man damals in der Wiener Hofburg schon längst über die Rolle schlüssig geworden war, in die man sich schicken wollte, wenn Rußland und Frankreich mit der Verwirklichung des Tilsiter Programms Ernst machen würden. Der erste Impuls ist von Talleyrand ausgegangen, der in vertraulichen Conferenzen mit Metternich all' die Gründe zur Geltung brachte, welche Österreich veranlassen müßten, den ihm angetragenen Bund der Theilungsmächte nicht zu verschmähen. Talleyrand warf das Netz seiner Verlockungen genau in dem Augenblick aus, wo nach der Ablehnung des schlesischen

1) Depesche Finkenstein's vom 12. Februar 1808.

Projectes durch Alexander in dem Geist Napoleon's die Frage auftauchen mußte: was er zu thun haben werde, wenn die Verhältnisse ihn wider seinen Willen zum Bruch mit der Pforte treiben sollten? Seine Pläne auf Portugal und Spanien würden es ihm unmöglich gemacht haben, sogleich eine größere Truppenmacht nach dem Osten zu werfen; die leitende Rolle würde in die Hände Rußlands gefallen sein; und um dies zu verhindern, um den Gefahren vorzubeugen, die ein übermäßiges Anwachsen des Slawismus für den Westen herbeiführen würde, hielt Napoleon das Eintreten Österreichs für unerläßlich. Der Fürst von Benevent betonte gerade dieses Moment der „Contrebalance" und Metternich ging ohne Schwierigkeit auf seine Gesichtspunkte ein. Er tröstete sich damit, daß die Regierung des Kaiser Franz die Türkei nicht zu retten vermöge; wenn die Sache doch einmal beschlossen sei, komme es für Österreich nur darauf an, in Bezug auf den Umfang der Territorialerwerbungen hinter den beiden anderen Mächten nicht zurück zu bleiben. Am 18. Januar berichtete der Gesandte in diesem Sinne an Graf Stadion, und wie rasch man sich am Wiener Hofe mit dem Project befreundete, geht daraus hervor, daß der Minister bereits unter dem 1. Februar ein Rescript an Metternich erließ, in welchem die Ländergebiete aus der osmanischen Erbschaft, die Österreich für sich beanspruchte, bis in die Details der geographischen Abgrenzung aufgezählt waren[1]). Wohl beginnt Stadion noch mit der Versicherung, der Kaiser hege den sehnlichsten Wunsch, die Integrität der Pforte erhalten zu sehen, — im Übrigen aber hatte er für eine reichliche Bemessung des österreichischen Looses Sorge getragen. Man hielt es sogar für nothwendig, schon jetzt einige Vorbereitungen für den Krieg zu treffen: im Februar und März wurde ein größeres Observationscorps an der serbisch-walachischen Grenze zusammengezogen.

Es ist ganz richtig, daß Franz auch im vorliegenden Falle, wie bei der Lossagung von England, sich nur mit Widerstreben den Consequenzen des herrschenden Weltsystems unterwarf; allein er that es, und Niemand zweifelte, daß er schließlich in allen Dingen die Willensgebote Napoleon's zur Richtschnur seines Handelns machen werde[2]). Und dies war

1) Aus Metternich's nachgelassenen Papieren II 147, 155. Metternich an Stadion, 18. und 26. Januar 1808, und Verfügung Stadion's an Metternich, 1. Februar 1808 erwähnt bei Beer a. a. O. 305.

2) »Je persiste à croire«, schreibt Finkenstein am 3. März, »que l'Autriche sera forcée à faire la guerre aux Turcs aussitôt que Napoléon le demanderait sans même lui accorder des avantages«.

denn auch die Voraussetzung, unter der man bis in den Hochsommer 1808 am preußischen Hofe den ferneren Gang der österreichischen Politik betrachtete.

Inzwischen waren die Ereignisse auf der pyrenäischen Halbinsel eingetreten. Mit fieberhafter Spannung folgte man in Wien dem Ausgang des Geschickes der Bourbonen. Von Neuem zeigte sich, daß Napoleon entschlossen war, die legitimen Mächte Europas, selbst diejenigen, die wie Spanien dem Bündniß mit Frankreich Alles geopfert hatten, ohne Rücksicht auf Recht und Verträge zu Boden zu drücken. Das Wiener Cabinet wurde von dem betäubenden Vorgefühl eines neuen Vernichtungskampfes ergriffen, der über Österreich hereinzubrechen drohte, sobald die Unterjochung Spaniens vollendet war. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Emeute von Aranjuez, der erzwungenen Abdankung Karl's IV., charakterisirte Stadion in einem Gutachten, welches er dem Kaiser Mitte April vorlegte, die gegenwärtige Lage als einen Zustand der Nothwehr, in dem man keinen Augenblick vor einem plötzlichen Angriff Napoleon's sicher sein könne. Die erste Pflicht, die der Regierung obliege, sei daher, mit der äußersten Anspannung der Kräfte ihre Sorge auf die Kriegsbereitschaft der Armee zu richten[1]).

Seit dem Frieden von Preßburg gehörte die Verbesserung des Heerwesens zu den brennenden Tagesfragen, die durch die Discussionen auf Landtagen und in der Presse für alle Kreise des Volkes zum Gegenstand des öffentlichen Interesses erhoben worden waren. Allein, wenn irgend wo, zeigte sich hier die Schwäche in der Handhabung der gesetzgeberischen Initiative, die den schwersten Schaden der österreichischen Verwaltung bildete. Statt die leitenden Gesichtspunkte für die anzustrebenden Reformen mit ruhiger Einsicht zu prüfen und dann mit Energie an die Ausführung derselben zu gehen, war die Regierung vor dem Widerstand der Meinungen thatenlos zurückgewichen und hatte die ganze Angelegenheit auf sich beruhen lassen. Im Anschluß an das Bestehende hielt der Bruder des Kaisers, Erzherzog Karl, dem der Vorsitz in der Reorganisationscommission übertragen war, an der Ansicht fest, daß die Vermehrung der activen Armee das einzige Mittel sei, um die Wehrhaftigkeit des Staates zu heben; während berufene Militärs der neueren Schule, von dem Beifall der populären Stimmung getragen, den vollständigen Bruch mit den überlebten Einrichtungen des alten Conscriptionswesens, die Bildung eines

1) Vgl. Beer 308, Vortrag Stadion's vom 15. April.

Volksheeres durch Verbindung der stehenden Armee mit einer Landwehr empfahlen. Wer weiß, wie lange man noch in diesem Dilemma hin- und hergeschwankt hätte, wenn nicht jene Ereignisse eingetreten wären, die eine nahe Gefahr in Aussicht stellten. Das Edict vom 12. Mai verfügte zunächst die Formation einer Reserve, zu welcher die große Zahl derjenigen Dienstpflichtigen herangezogen werden sollte, die bei dem bisherigen Bestand der Armee keine Verwendung im Militärdienst gefunden hatte. Alljährlich während einer bestimmten Zeit zu den Waffenübungen einberufen, sollte die Reserve den Stamm für die Ergänzung der stehenden Truppe abgeben. In ungleich weiterem Sinne wurde sodann der Grundsatz der allgemeinen Bewaffnung festgestellt durch das Gesetz vom 9. Juni, welches in allen Theilen der Monarchie, mit Ausschluß von Ungarn, eine Landwehr schuf, die alle kriegstüchtigen Männer, soweit sie nicht schon für die Armee oder die Reserve verpflichtet waren, zur Vertheidigung des heimathlichen Bodens in sich vereinigen sollte. Die Wichtigkeit, die man dieser Maßregel beilegte, erhellt schon daraus, daß die nächsten Verwandten des Kaisers, die Erzherzöge Johann, Ferdinand und Maximilian, mit ihrer Ausführung betraut wurden. Die Statthalter erhielten den Befehl, den Erzherzögen bei der Ausrüstung und dem Aufgebot der Landwehr behülflich zu sein, und in den einzelnen Bezirken des Landes wurden Specialcommissionen angeordnet, welche die Namen der Wehrpflichtigen einzutragen hatten[1].

Man kann nicht sagen, daß diese Gesetzentwürfe gleich bei ihrem Erscheinen einen mächtigen Eindruck auf die Stimmung des Volkes hervorgebracht hätten. Sie trugen in manchen Punkten immer noch den Stempel der Unbestimmtheit, der seit dem Frieden von Preßburg an der auswärtigen Politik Österreichs zu bemerken war. Es fehlte in den Edicten jede Andeutung über den Termin, bis zu welchem die Reserven und Landwehren einberufen werden sollten, jede Andeutung über ihr Verhältniß zur Armee im Falle eines Krieges; ja der Kaiser hatte mit Vorsicht vermieden, auch nur auf die Möglichkeit eines nahen Kampfes hinzuweisen: im Gegentheil war in den einleitenden Worten zu dem Landwehrgesetz ausdrücklich hervorgehoben, der gegenwärtige Zeitpunkt für die Reform des Heerwesens sei deshalb gewählt, weil Österreich „mit allen Mächten des Continents in friedlichen Verhältnissen lebe". „Denn nur dann", hieß es weiter, „wenn solche Anstalten reif vorbereitet und durch die Zeit befestigt

1) Vgl. Franz Kurz, Geschichte der Landwehr in Österreich ob der Enns, Linz 1811, II 206 ff.

sind, kann man sich im Falle des Bedarfs davon einen Erfolg mit Beruhigung versprechen". Dazu kam, daß an mehreren Stellen der Gesetzentwürfe in sehr positiver Weise von der beabsichtigten Verminderung des activen Heeres, die sich aus finanziellen Gründen als nothwendig erweise, die Rede war. Die Regimenter sollten künftig aus der Reserve vervollständigt werden, und da die Mannschaften der letzteren durch die jährlichen Übungen bereits eine gewisse militärische Vorbildung empfingen, schien es möglich, eine Abkürzung der activen Dienstzeit eintreten zu lassen. Die Regierung hoffte auf diese Weise, wie sie selber sagte, in der Lage zu sein, „dem Ackerbau und den Gewerben die wenigst mögliche Zahl von Arbeitern zu entziehen". Wohl lag den kaiserlichen Erlassen die Absicht eines patriotischen Appells an die Wehrkraft und Opferwilligkeit der Nation zu Grunde, allein sie suchten diese Absicht möglichst zu verbergen; sie enthielten, in den farblosen Styl büreaukratischer Schriftstücke gekleidet und mit geschäftlichen Bestimmungen allerlei Art, über das Zehrgeld der Reservisten, sogar über die Körperstrafen, die an den Säumigen vollzogen werden sollten, belastet, die amtliche Ankündigung einer weit aussehenden Organisation, die darauf berechnet schien, allmälig angebahnt, nicht aber für eine im Voraus feststehende kriegerische Unternehmung sofort ins Leben gerufen zu werden.

Und der Vorsicht, mit der die Rüstungen eingeleitet wurden, entsprach denn auch die Taktik des Wiener Cabinets in den auswärtigen Beziehungen. Nichts deutete auf einen Wechsel der Politik, nichts auf das Vorhandensein eines aggressiven Planes. Man schien in der Hofburg mehr als je beflissen, sich den Beifall Napoleon's zu erwerben. Der österreichische Gesandte in Petersburg, Graf Meerveldt, der in gesellschaftlichen Verbindungen mit den Legitimisten stand, wurde ohne Widerrede von seinem Posten abberufen, weil der französische Kaiser es verlangte. In den Tagen, wo das hinterlistige Spiel, das Bonaparte mit der spanischen Königsfamilie getrieben hatte, vor den Augen der entrüsteten Welt offenbar wurde, erklärte Stadion, daß Österreich nach wie vor in seiner reservirten Haltung verharren werde. „Es muß den Eindruck machen, als ob wir uns im Schlummer befinden", sagte er zu dem Grafen Hardenberg. Dieser vergleicht die Rathlosigkeit und Apathie, die ihm allenthalben begegneten, mit der Entsagung eines Sterbenden, der seine letzte Kraft anspannt, um die ihm zugemessenen Augenblicke des Lebens so lange wie möglich zu fristen[1]). Als General Andreossy den früher er-

1) Hardenberg an Graf Münster 1. Juni 1808: L'on ne s'apperçoit que d'une ré-

wähnten Protest gegen die Rüstungen Österreichs übergab, beeilte sich der Wiener Hof eine Erwiderung zu erlassen, welche die Bedeutung der militärischen Maßregeln in jeder Weise abzuschwächen suchte. Man leugnete die Absicht des Massenaufgebotes; man versicherte, daß von der Aushebung der Landwehr kein weiterer Gebrauch gemacht werden würde als nothwendig sei, um in jeder Provinz einige Bataillone für den Dienst im Innern des Landes zu mobilisiren. Nach einer Anweisung Stadion's sollte Metternich dem französischen Ministerium sagen: es handle sich bei den Veränderungen in der Armee um bloße Maßregeln der Verwaltung, die für keinen andern Staat einen Gegenstand der Beunruhigung bilden könnten[1]). Es war die Rede davon, daß General Vincent, der bei seinem langen Aufenthalt in dem französischen Heerlager während des Feldzuges von 1807 die Gunst Napoleon's erworben hatte, zu dem Imperator geschickt werden sollte, um durch persönliche Vorstellung das Mißtrauen gegen Österreich zu beschwichtigen.

Im Laufe des Juni jedoch traten die Tendenzen Österreichs deutlicher zu Tage. Die Nachricht von dem Zusammentreten der provinzialen Juntas in Spanien, unter deren Leitung sich der Aufstand mit Sturmeseile über das Land verbreitete, rief auch in Österreich eine gewaltige Erregung der Geister hervor. Alle Stände wurden von gleichem Eifer für den Dienst des Vaterlandes ergriffen. Nicht selten kam es vor, daß bei den Einschreibungen in die Stammlisten für die Reservebataillone die Zahl der auszuhebenden Mannschaften um das Doppelte und Dreifache überschritten wurde. Die Wohlhabenderen bestritten die Kosten für ihre Equipirung aus eigenen Mitteln; unter den Milizen herrschte der Ehrgeiz, schon an dem Tage, wo sie sich zum Dienst zu melden hatten, in voller Ausrüstung zu erscheinen. Es war bald nur Ein Wunsch, der Jung und Alt beseelte, daß der Beginn des Kampfes nicht allzulange hinausgeschoben werden möge.

Aber freilich diese urkräftige, aus der patriotischen Begeisterung der Massen hervorquellende Bewegung konnte nur dann zu einem reißenden Strom anwachsen, wenn die Regierung Energie genug besaß, sich aus ihrer langen Erstarrung aufzuraffen. Und in der That deuteten mancherlei Anzeichen auf einen Umschwung in den Gesinnungen der leitenden Kreise hin. Bisher hatte man in Wien gefürchtet, daß Napoleon, nach rascher

---

signation pareille à celle d'un mourant, qui voit sa fin inévitable et tout ce qu'on fait en attendant ne parait qu'à en éloigner le moment.

1) Beer S. 318.

Beendigung der spanischen Angelegenheiten, mit seiner ganzen Macht über die Habsburgische Monarchie herfallen werde, ehe man noch im Stande gewesen, sich zur Gegenwehr zu rüsten. Diese Befürchtung war vor der Hand beseitigt. Auf jeden Fall hatten die französischen Truppen in Spanien noch längere Zeit zu thun mit der Niederwerfung der Insurrection, ja es gewann den Anschein, als ob Napoleon gezwungen sein werde, einen beträchtlichen Theil der Streitkräfte, die in Deutschland standen, nach Süden zu beordern. War es bisher für Stadion eine schwierige Aufgabe gewesen, die Besorgnisse seines Souveräns zu mäßigen, so trat jetzt, in dem Grade als die augenblickliche Gefahr sich verminderte, auch bei Kaiser Franz größere Ruhe und Festigkeit ein. Die Vertheidigungsanstalten wurden während des Sommers mit einem Eifer betrieben, der alle Erwartungen übertraf[1]). Es kam zunächst darauf an, die Ausbildung der Reserven möglichst zu beschleunigen. Für jedes Regiment, das in den deutschen Gebieten der Monarchie sein Cantonnement hatte, sollten zwei Bataillone Reserven formirt werden, das eine für die Ausbildung der Recruten, das andere, um den Regimentern den Stamm für je ein viertes Bataillon zu liefern, die im Falle eines Krieges sofort mobil gemacht werden sollten. Die erste Kategorie der Reserven sollte bis Ende August, die zweite bis Anfang October vollständig beisammen sein. Auch in der inneren Verwaltung regte sich ein frischer Geist. Um dem Mangel an baarem Gelde zu steuern und dem gesunkenen Credit des Staates aufzuhelfen, gelangte man auch in Österreich zu dem Entschluß einer theilweisen Veräußerung und Verpfändung der Domänen, wobei die gleichartigen Operationen, mit denen das preußische Gouvernement soeben beschäftigt war, vielfach zum Muster genommen wurden.

Den militärischen Vorbereitungen zur Seite gingen diplomatische Verhandlungen, die ersichtlich darauf angelegt waren, der isolirten Stellung, in welche das Wiener Cabinet seit dem Frieden von Preßburg gerathen, ein Ende zu machen. Versuche einer Annäherung an Rußland hatten schon früher stattgefunden. In den preußischen Correspondenzen ist mehrfach die Rede von dem Plan einer ehelichen Verbindung zwischen einem der Erzherzöge und einer russischen Großfürstin. Nach den Andeutungen, die der Baron von Schladen darüber erhielt, hätten die Kaiserin Wittwe von Rußland und die Gemahlin Franz's I., unter Vermittlung einiger hervorragender Repräsentanten der altrussischen Aristokratie, die in Wien

1) Finkenstein 9. Juli 1808. Actenst. Nr. 216.

ihren Wohnsitz hatten, sich die Hand gereicht, um für das Zustandekommen dieser dynastischen Allianz zu wirken [1]). Da aus österreichischen Quellen von einem solchen Project bisjetzt nichts bekannt geworden, wird man die weitere Bestätigung abwarten müssen. Soviel aber steht fest, daß Kaiser Franz schon seit dem Frühjahr 1808 darauf bedacht war, die Beziehungen persönlichen Vertrauens, die früher zwischen ihm und dem Beherrscher Rußlands obgewaltet hatten, wiederherzustellen. In Petersburg hatte man diese Annäherung höflich angenommen, aber mit nichtssagenden Phrasen beantwortet. Alexander war zu tief in seine orientalischen Pläne verstrickt, als daß der Gedanke einer engeren Verbindung mit Österreich bei ihm hätte Wurzel schlagen können. Das Wiener Cabinet täuschte sich hierüber nicht; es hielt mit seinen weiteren Anträgen zurück bis zu dem Augenblick, wo man glauben durfte, daß die Kriegsrüstungen Österreichs einigen Eindruck in Petersburg hervorgebracht haben würden. Am 10. Juli hatte Stadion mit dem Gesandten Alexander's, Fürsten Kurakin, eine Unterredung, deren Inhalt in tiefstem Geheim dem Czaren übermittelt werden sollte. Der österreichische Premierminister begann damit, die in Angriff genommenen Reformen des Heerwesens weitläuftig darzulegen. Er setzte auseinander, was für die Erhöhung der Wehrkraft bereits geschehen sei und was noch weiter beabsichtigt werde; er gedachte namentlich auch der damals viel besprochenen Bauten an der Festung Komorn, die zum Concentrationspunkt für die Armee und zur Errichtung eines großen Waffendepots ausersehen war. Alle diese Veranstaltungen, so fuhr er fort, hätten lediglich einen defensiven Zweck, wie das ganze System Österreichs. Der Kaiser liebe den Frieden, aber er sei zugleich entschlossen, jeden Angriff auf den Besitzstand, die politische Unabhängigkeit und die Ehre seines Reiches mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Von diesen Grundsätzen werde nichts ihn abwendig machen, und er hoffe über hinreichende Mittel der Vertheidigung zu gebieten. Daran schloß sich die Frage, was Rußland zu thun gedenke, wenn Napoleon Österreich mit Krieg überziehen sollte? Kurakin verwahrte sich feierlichst gegen die Annahme, daß Rußland jemals mit dem französischen Kaiser gemeinsame Sache gegen Österreich machen könne. Darauf ging Stadion weiter. Er sagte: der Czar habe ein Recht, die Ausführung des Tilsiter Friedens zu verlangen; alles, was Österreich von ihm begehre, sei, daß er auf diesem Rechte bestehe. Weigere sich Napoleon, die Occu-

1) Bericht Schladen's vom 7. Juni 1808.

pationsarmee aus den preußischen und polnischen Gebieten zurück zu ziehen, so liege darin eine fortwährende Bedrohung Österreichs, aber auch Rußland dürfe dies nicht dulden: das gemeinsame Interesse beider Staaten erheische, daß Alexander sich dann entschlösse, seine Truppen einerseits bis in das Herzogthum Warschau, andererseits bis an die Elbe vorrücken zu lassen. Kurakin war unvorsichtig genug, sein Einverständiß mit dem von Stadion entwickelten Offensivplan auszusprechen; aber er versäumte nicht, sofort die Gegenbedingungen Rußlands zu stellen. Allen Rückhalt bei Seite setzend, enthüllte er den Wunsch seines Monarchen, bei dem Friedensschluß mit den Türken die Donaufürstenthümer in seinem Besitz zu behalten. Stadion hütete sich wohl, hiergegen Widerspruch zu erheben. In der jetzigen Lage Europas, bemerkte er, müsse es als ein Glück erachtet werden, wenn von den vielen Verwickelungen, unter denen man zu leiden habe, wenigstens eine, die orientalische Angelegenheit, ihren Abschluß finde. Eine unmittelbare Intervention bei der Pforte könne das Wiener Cabinet zwar nicht übernehmen, — denn das vertrage sich nicht mit seinem gegenwärtigen Verhältniß zur Türkei, — allein Rußland dürfe überzeugt sein, daß ihm von Seiten Österreichs nicht das geringste Hinderniß in den Weg gelegt werden würde. Um jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Worte zu entfernen, ließ der Minister Franz's I. sich herbei, den Inhalt des Gespräches, soweit es sich auf die Frage der Moldau und Walachei bezog, in einer Note zusammen zu fassen, die am 14. Juli dem russischen Botschafter übergeben wurde. Es fehlte in dem Schriftstück nicht der Hinweis auf gewisse Länderentschädigungen, die Österreich zu fordern wohl ein Recht besitze; namentlich wurden die Verhältnisse der kleinen Walachei, die in der Zeit zwischen den Friedensschlüssen von Passarowitz und Belgrad österreichisches Eigenthum gewesen war, zur Sprache gebracht: allein es geschah das nicht in der Absicht, die Wiedererwerbung dieses Gebietes zu einer Vorbedingung für die Verständigung mit dem Petersburger Hofe zu machen, sondern es war ausdrücklich gesagt, daß Österreich an die künftigen Stipulationen zwischen Rußland und der Türkei in keiner Weise einen Vorbehalt knüpfen werde [1].

Es gab am Wiener Hofe eine ansehnliche Partei, die zu rascher Entscheidung drängte; an der Spitze derselben stand die Gemahlin Franz's I., die von Abneigung gegen Napoleon erfüllt war, mit ihr ihre

1) Resumé über die Unterhaltung mit Kurakin in dem Schreiben Stadion's an Letzteren. (W. St. A.) Actenst. Nr. 216.

Brüder und die jüngeren Erzherzöge, die Brüder des Kaisers. In den Reihen der Armee war es eine weit verbreitete Ansicht, daß man nicht abwarten dürfe, bis Napoleon den Kampf beginne, vielmehr die Zeit, während deren die Franzosen in Spanien beschäftigt waren, zu einem Angriff auf die französischen Truppen in Schlesien und Polen benutzen müsse[1]). In dem kaiserlichen Cabinet hat man allem Anschein nach diesen Gedanken damals noch nicht in Erwägung gezogen. Kaiser Franz legte großes Gewicht auf die Rathschläge seines Gesandten in Paris, und Metternich gehörte zu den entschiedensten Gegnern jedes offensiven Vorgehens. „Den Krieg mit Frankreich herausfordern wäre Wahnsinn", schreibt er in einer Depesche vom 1. Juli[2]). Er hielt die Situation Österreichs für schwieriger als im Herbst 1806, beim Ausbruch des preußischen Krieges, — denn damals habe der Kaiser der Franzosen seine Truppen erst über den Rhein führen müssen, jetzt stehe er mit zweimal hundert Tausend Mann vor der Front der österreichischen Monarchie, und seine Operationsbasis reiche von Italien bis nach Schlesien. Ein Angriff auf Mähren, so äußerte er sich, würde Böhmen und die Erblande in die Hand des Feindes liefern; von Schlesien aus könne ein französisches Corps schneller in Galizien einbrechen, als man in Wien die Nachricht davon erhielte; Baiern und die übrigen Conföderirten des Rheinbunds ständen in Bereitschaft, um die ihnen zunächst liegenden Gebiete der Monarchie zu besetzen; wenn die Franzosen dann von Galizien aus in das nördliche Ungarn vordringen und nach einigen leichten Erfolgen in Italien, auch von Süden her gegen die Donau heranrücken würden, so sei die österreichische Armee bis in das Centrum Ungarns zurückgeworfen. So entmuthigend, so völlig hoffnungslos gestaltete sich in dem Geiste Metternich's das Bild der militärischen Lage Österreichs. Kein Wunder, wenn er auf diesem Wege zu der Schlußfolgerung gelangte, daß Österreich allein nicht im Stande sei, der Gefahr, die ihm von Frankreich drohe, Trotz zu bieten, und daß es daher nur ein Mittel der Rettung gebe, — die Verbindung mit Rußland. Es ist zwar nachweisbar, daß die Eröffnungen, die Stadion am 10. Juli dem russischen Gesandten machte, schon vor dem Eintreffen jener Depesche vom 1. Juli im Plane gewesen waren, allein einen hervorragenden Antheil an der Einleitung der Unterhandlung mit den

1) Finkenstein 30. Juli 1808.

2) Provoquer la guerre avec la France serait de la démence, il faut donc l'éviter. Vgl. die Depeschen in den „Nachgelassenen Papieren", II 177 und 185.

Petersburger Hofe wird man dem Fürsten Metternich nicht absprechen dürfen. Der Abgesandte, den man nach Petersburg schicke, meinte Metternich, müsse zu Alexander sagen: „Blicken Sie nach Spanien: der Tag, an dem man die spanische Dynastie vom Throne steigen sah, ist ein Appell an alle Souveräne". Es komme Alles darauf an, den Czaren von der Identität der Interessen Österreichs und Rußlands zu überzeugen und seine Bundesgenossenschaft für den Fall zu erlangen, daß Österreich von Napoleon angegriffen werden sollte. Freilich ging Stadion über die Grundzüge einer reinen Defensivallianz, wie sie Metternich entwickelte, um einen Schritt hinaus; er ließ in dem Gespräch mit Kurakin wenigstens die Möglichkeit einer Offensive durchblicken, allein der Plan derselben war doch einstweilen nur in flüchtigen Umrissen angedeutet: die vorherrschende Tendenz der österreichischen Politik neigte noch immer dahin, den Krieg zu vermeiden, mindestens so lange, bis die Rüstungen vollendet wären.

Die Frage war nur, ob die Berechnungen des Wiener Cabinets nicht durch die Ereignisse über den Haufen geworfen werden würden. Die Spannung mit Napoleon nahm von Tag zu Tag einen ernsteren Charakter an. Ein großer Theil der französischen Truppen in Schlesien wurde im Laufe des Juli bis in die Nähe der österreichischen Grenze vorgeschoben; die Rheinbundfürsten hatten die Aufforderung erhalten, ihre Contingente ungesäumt auf den Kriegsfuß zu setzen; an mehreren Stellen des westlichen Deutschlands, am Nieder- und Oberrhein, wurden Observationscorps zusammengezogen. Endlich überbrachte gegen Mitte August ein Beamter der österreichischen Gesandtschaft in Paris, der früher erwähnte Graf Mier (S. 102), eine Note, die Champagny an Metternich gerichtet hatte; sie forderte von der österreichischen Regierung kategorische Erklärungen über die Absichten der militärischen Maßregeln und zugleich Einstellung der letzteren[1]). Allein der gegenwärtige Stand der Dinge war doch nicht mehr danach angethan, dem Kaiser Franz neue Demüthigungen aufzuerlegen. Man kannte zwar die kriegerischen Begebenheiten in Spanien damals noch nicht in ihrer ganzen Tragweite, aber die Gerüchte, die der Niederlage Duponts und dem Abzuge Joseph's aus Madrid vorausgingen, deuteten bereits auf den Zustand der Auflösung hin, in welchem die französische Armee jenseits der Pyrenäen sich befand. Außerdem wußte man, daß

1) Graf Mier überbrachte eine Depesche Metternich's vom 2. August und eine Note Champagny's vom 27. Juli aus Toulouse. Vgl. Nachgelassene Papiere II 195.

Napoleon plötzlich das südliche Frankreich verlassen habe und schleunigst nach Paris zurückgeeilt sei. Diese Thatsachen ließen die drohende Haltung Frankreichs nur als einen Versuch der Einschüchterung erscheinen. Das österreichische Cabinet erwiderte die französischen Forderungen mit ausweichendem Bescheide: es betheuerte von Neuem seine Friedfertigkeit, aber es dachte nicht daran, in die Sistirung der Kriegsbereitschaft zu willigen. Graf Stadion schrieb am 16. August an Metternich: wenn die eigene Sicherheit nur um den Preis der moralischen Selbstvernichtung erkauft werden könne, so sei es besser, schon jetzt den Entscheidungen des Kampfes freien Lauf zu lassen[1]).

Der Hof stand eben im Begriff, sich nach Preßburg zu begeben, wo am 31. August die Sitzungen des ungarischen Reichstages beginnen sollten. Die Versammlung war berufen, um in ihrer Mitte einen Act von nationaler Bedeutung vorzunehmen, die Krönung der Königin. Im Hinblick auf den mächtigen Impuls der patriotischen Stimmungen, der sich von dieser Feierlichkeit erwarten ließ, gab man in Wien der Hoffnung Raum, daß die Vertreter der Stände ohne lange Debatte die militärischen Kräfte Ungarns im weitesten Umfange für die Vertheidigung der habsburgischen Monarchie zur Verfügung stellen würden.

Nirgend war man der Entwickelung der Dinge in Österreich mit lebhafterer Theilnahme gefolgt als in den preußischen Kreisen, denn es lag auf der Hand, daß Preußen durch einen österreichisch-französischen Krieg sofort in Mitleidenschaft gezogen werden würde. Bei der gegenwärtigen Vertheilung der großen Armee verstand es sich von selbst, daß Napoleon, wenn er etwas gegen Österreich unternehmen wollte, den Schwerpunkt seiner Operationen nach Schlesien verlegen würde. Die bewaffnete Macht, die der König seit dem Frieden von Tilsit in Schlesien unterhalten konnte, war allerdings nur eine geringe; sie belief sich etwa auf 10,000 Mann; indessen gerade in den der mährisch-böhmischen Grenze zunächst gelegenen Theilen der Provinz, in Oberschlesien und der Grafschaft Glatz, konnten die preußischen Truppen doch einen entscheidenden Einfluß auf die kriegerische Action gewinnen, da die wichtigsten Festungen, Kosel, Silberberg und Glatz, von ihnen besetzt waren. Die Sache erschien dem Wiener Hofe bedeutsam genug, um sich im Voraus über die Intentionen Friedrich Wilhelm's Gewißheit zu verschaffen; und hier, wo das eigene

1) Beer a. a. O. S. 321.

Interesse dringend die Rücksicht auf Preußen erforderte, säumte Stadion denn auch nicht, mit dem preußischen Gesandten vertrauliche Erörterungen anzuknüpfen. Er lenkte die Aufmerksamkeit Finkenstein's auf den unleugbar höchst gefährdeten Besitz der preußischen Festungen und legte ihm dann geradezu die Frage vor, ob der König seinen Truppen befehlen werde, sich mit Gewalt zu behaupten, wenn Napoleon die Übergabe der festen Plätze verlangen sollte.

Wie aber hätte Friedrich Wilhelm schon jetzt bindende Versprechungen abgeben sollen, wo man noch nicht einmal wissen konnte, was Österreich selbst im entscheidenden Augenblick thun werde! Freilich hatte das Wiener Cabinet sich vor Kurzem bewogen gefunden, die diplomatischen Beziehungen am preußischen Hofe wieder aufzunehmen. Die Unzufriedenheit, die das Verweilen des österreichischen Vertreters in Berlin bei dem Könige hervorgerufen, war durch gelegentliche Äußerungen Finkenstein's allmälig in Wien offenbar geworden [1]). Als Ende April der Baron von Binder zum Nachfolger des Grafen Merveldt in Petersburg ernannt wurde, bestimmte Kaiser Franz, daß Binder auf der Reise dorthin dem König sein Abberufungsschreiben persönlich überreiche, und veranlaßte zugleich die Abordnung eines Gesandten, der in Königsberg seinen Aufenhalt nehmen sollte. Wie Finkenstein berichtet, wäre es anfangs in Plane gewesen, die Mission am preußischen Hofe einem höheren Officier zu übertragen. Es wurde die Person des Obersten von Steigentesch genannt, der uns in den intimsten Verhandlungen des Jahres 1809 wieder begegnen wird; allein die Besorgniß, daß die Entsendung eines Militärs bei dem französischen Kaiser Argwohn erwecken könne, mag dieses Vorhaben rückgängig gemacht haben. Man begnügte sich schließlich mit der Beglaubigung eines Geschäftsträgers ohne Namen und Verdienst, des Ritters Hrubi, der vor wenigen Jahren als Secretär Metternich's, während dessen Gesandtschaft, in der Berliner Gesellschaft gesehen worden war.

Von österreichischer Seite wird bemerkt, daß die Instruction für Hrubi in politischer Beziehung völlig inhaltslos gewesen sei, und damit stimmt überein, daß der Abgesandte, dessen Ankunft in die Zeit fiel, wo die Gesetze über die Veränderungen in dem österreichischen Heerwesen bekannt wurden [2]), jede Aufklärung über die Motive der militärischen Maßregeln schuldig blieb. Um so mehr mußte es befremden, daß Stadion plötzlich

1) Finkenstein an den König 18. Juni.

2) Hrubi war in Begleitung Binder's am 12. Mai in Königsberg eingetroffen.

mit einer Interpellation hervortrat, die leicht die Wirkung haben konnte, Preußen sofort in Conflict mit Frankreich zu bringen. Sein Vorgehen machte daher in Königsberg geradezu einen verletzenden Eindruck. Wenigstens äußerte sich diese Empfindung bei Friedrich Wilhelm. Die österreichische Regierung, so heißt es in der Erwiderung an Finkenstein, habe im Kriege ihre Hülfe versagt; sie habe nach Wiederherstellung des Friedens lange Zeit es nicht für der Mühe werth erachtet, ein Lebenszeichen von sich zu geben; wie könne sie jetzt die Beantwortung einer Frage verlangen, die nur unter eng befreundeten Mächten gestellt werden dürfe? Zuvörderst müsse man klar darüber sehen, wie Österreich mit Frankreich und Rußland stehe, in welchem Sinne nach der einen wie der andern Seite hin verhandelt werde. So lange man hierüber in Ungewißheit schwebe, liege für Preußen, dessen Politik ohnehin nur durch die weitere Entwickelung der Ereignisse bestimmt werden könne, kein Grund vor, eine bestimmte Erklärung abzugeben[1]). Bei dieser abwehrenden Antwort aber blieb der König nicht stehen. Zur persönlichen Information für Finkenstein fügte er hinzu: er sei allerdings entschlossen, die Verpflichtungen, welche die Tilsiter Verträge ihm auferlegten, pünktlich zu erfüllen; jeder darüber hinausgehenden Forderung Napoleon's aber werde er sich nach Kräften widersetzen.

Die Eventualitäten in der Grafschaft Glatz, auf die Graf Stadion hingewiesen hatte, nahmen des Königs ganze Aufmerksamkeit in Anspruch. Von den Behörden Schlesiens waren Meldungen eingelaufen, nach denen ein Theil der dortigen Occupationsarmee die Lager verlassen hatte und in die Nähe der österreichischen Grenze verlegt worden war. Dies und die Kunde von den Mobilmachungen im Königreich Westfalen sowie in den süddeutschen Staaten, verlieh der Frage der schlesischen Festungen einen sehr ernsten Charakter. Der König war entschlossen, die Festungen in keinem Falle Napoleon preiszugeben. Am 23. Juli empfing der Flügeladjutant Oberstlieutenant Graf Götzen, dessen Verdienste um die Vertheidigung Schlesiens im letzten Kriege noch in gutem Andenken standen, die Ordre, sofort nach Oberschlesien abzugehen. Er sollte sich zunächst in Cudowa niederlassen, um hier die Bäder zu gebrauchen, wozu seine geschwächte Gesundheit hinlänglichen Vorwand bot. In Wahrheit aber hatte er den Auftrag, den Befehl über die Festungstruppen in Oberschlesien zu übernehmen. Das Obercommando des schlesischen Corps befand sich in Breslau

1) Der König an Finkenstein 7. Juli. Actenst. Nr. 215.

und wurde von dem Generallieutenant von Grawert geführt; allein in Königsberg herrschte eine gewisse Mißstimmung gegen Grawert, weil er den Anmaßungen der französischen Behörden nicht immer mit der nöthigen Würde entgegengetreten war. Sein Officiercorps erging sich in bitteren Glossen über die Art und Weise, wie er mit den hervorragenden Persönlichkeiten der fremden Armee gesellschaftlich verkehrte, bei Diners auf ihre Toaste einging, bei öffentlichen Festlichkeiten, die zur Verherrlichung der napoleonischen Siegesglorie veranstaltet wurden, in ihrer Suite erschien und allerhand überflüssige Zeichen der Höflichkeit an sie verschwendete. Nach den Anordnungen, die der König traf, wurde Götzen zwar dem Commando in Breslau unterstellt, zugleich aber wurde ihm die volle Freiheit und Verantwortlichkeit des Handelns für den Fall übertragen, daß es zu kriegerischen Ereignissen kommen sollte. Der ausgesprochene Wille des Königs war, daß seine Festungen unter keinen Umständen den Franzosen oder den Österreichern, — denn auch von dieser Seite konnte eine Verletzung der Neutralität erfolgen, — übergeben würden [1]).

Welche Befehle Graf Götzen sonst noch erhielt, läßt sich nicht feststellen, da schriftliche Aufzeichnungen darüber nicht vorliegen. Als zweifellos aber wird man es ansehen dürfen, daß bei seiner Sendung noch ganz andere Absichten obwalteten, als in der Instruction ausgesprochen sind. Finkenstein's Urtheil schien nicht durchaus verläßlich. Wie andere Vertreter fremder Mächte hatte er anfangs von dem Erfolg der Heeresorganisation nur eine geringe Meinung gehabt, jetzt gab er sich einer optimistischen Auffassung hin. Es hieß die Tragweite der bisherigen Rüstungen Österreichs gewaltig überschätzen, wenn die Zahl der zur Verfügung stehenden Milizen von Finkenstein Anfang Juli auf reichlich eine Million veranschlagt wurde [2]). Der König hatte schon öfters Zweifel an der Objectivität Finkenstein's geäußert: es mußte ihm sehr darum zu thun sein, die Lage der Dinge noch einmal von einem andern Gewährsmann prüfen zu lassen, und dazu erschien Niemand geeigneter als Götzen, der durch seine Thätigkeit in Schlesien während des Krieges von 1807, die ihn mehrmals nach Wien geführt hatte, mit den einflußreichsten Persönlichkeiten der österreichischen Armee, namentlich auch mit

1) Vgl. Actenst. Nr. 243.

2) Finkenstein an den König 9. Juli 1808. Actenst. Nr. 216. Schon in einem Schreiben vom 25. Februar 1808 an den Prinzen Wilhelm sagte der König in Bezug auf die Berichte Finkensteins: toutes les nouvelles, qui me viennent de ce côté ont ordinairement grand besoin de confirmation.

den Erzherzögen Ferdinand, Johann und Maximilian, in Berührung gekommen war, und dem es daher nicht schwer fallen konnte, mit Hülfe dieser Verbindungen die genauesten Informationen einziehen. Wenn Götzen, kaum an dem Ort seiner Bestimmung eingetroffen, sogleich einen Officier seines Stabes, den Major Lucey, nach Wien sandte, mit dem Auftrag, sich zu vergewissern, wie weit die Kriegsbereitschaft gediehen sei, und welche Entschlüsse in Betreff der Beziehungen zu Frankreich für die nächste Zeit bevorstünden, so wird man sicherlich in dieser Maßnahme die leitende Hand des Königs erblicken dürfen.

Im höchsten Maße charakteristisch für die Stimmung in Königsberg aber ist, daß unmittelbar nach der Abreise Götzen's Graf Goltz dem österreichischen Geschäftsträger Ritter Hrubi, Eröffnungen machte, die, wenn sie auch sehr weit davon entfernt waren, dem Wiener Hof die Unterstützung Preußens in Aussicht zu stellen, dennoch die Theilnahme, die der König für Österreich hegte, in unzweideutiger Weise zu erkennen gaben. Ihre Regierung, so sagte Goltz zu Hrubi, ist zu einsichtsvoll, um die Vortheile des gegenwärtigen Augenblicks nicht richtig zu würdigen. Die französischen Armeen sind in Spanien beschäftigt, in Portugal vernichtet, mit der Pforte steht die französische Regierung auf gespanntem Fuße, in Italien und Deutschland ist sie gehaßt, die ihr verbündeten Staaten trachten danach sich ihrem Joch zu entziehen, — ein einziger Sieg kann zu einer allgemeinen Erhebung führen. Wir würden keinen sehnlicheren Wunsch haben, als diesen Moment zu benutzen, um uns mit Österreich zu alliiren, auch würden letzterem Anträge in dieser Richtung gemacht worden sein, wenn unsere Erschöpfung und unsere ganze gegenwärtige Lage uns nicht die traurige Überzeugung aufnöthigte, daß wir Euch mehr hindern als nützlich sein würden. Trotzdem aber möge man in Wien überzeugt sein, daß der König die Grundsätze der Loyalität und Aufrichtigkeit gegen Österreich niemals aus dem Auge verlieren werde[1]).

Anfang August mehrten sich die Symptome einer herannahenden Krisis in den europäischen Angelegenheiten. Daß die entscheidende Katastrophe auf dem spanischen Kriegstheater bereits eingetreten sei, davon konnte man natürlich in Königsberg noch keine Ahnung haben, denn die Nachrichten aus Paris bedurften selbst im günstigsten Falle immer zehn bis zwölf Tage, ehe sie dorthin gelangten. Allein schon unter dem 13. Juli hatte Brockhausen gemeldet: die Verhältnisse in Spanien müßten äußerst bedenklich

1) Bericht Hrubi's an Stadion vom 31. Juli 1808. W. St. A.

stehen; in der französischen Hauptstadt herrsche allgemeine Besorgniß, und das Schweigen der Regierung mache den Eindruck nur noch schlimmer. Es kam der Wahrheit sehr nahe, was der preußische Gesandte bald darauf von der militärischen Situation jenseits der Pyrenäen zu berichten wußte. Der Zusammenhang zwischen den einzelnen Corps der Invasionsarmee sei allenthalben durch das Vordringen der Insurgenten unterbrochen; nur noch eine Hauptstraße des Landes, die von Bayonne nach Madrid, befinde sich in den Händen der Franzosen. Das Schicksal der Expedition Dupont's wurde von der öffentlichen Meinung genau so prophezeit, wie es bald darauf eingetreten ist. Da seit Wochen jede Kunde von der Heeresabtheilung dieses Generals fehlte, so nahm man an, daß sie in den Pässen der Sierra Morena eine schwere Niederlage erlitten habe, in deren Folge die Mannschaften entweder völlig vernichtet oder in alle Himmelsgegenden des andalusischen Gebirges zerstreut worden seien[1].

Daß das Genie Napoleon's die Schwierigkeiten, welche die Erhebung Spaniens ihm in den Weg warf, siegreich überwinden werde, das war damals noch die allgemein verbreitete Ansicht, und auch Friedrich Wilhelm theilte sie. Allein je unabweislicher sich für den Imperator die Nothwendigkeit herausstellte, seine Streitmacht in Spanien mindestens um das Doppelte zu verstärken, um so mehr gewann die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Norden Deutschlands an Wahrscheinlichkeit. Der König eilte, die Mittheilungen Brockhausen's zur Kenntniß des Petersburger Hofes zu bringen. „Aus allem, was ich Ihnen hier kundthue", sagt er in einem Rescript an Schladen vom 30. Juli, „erhellt deutlich, daß der Widerstand der Spanier, verbunden mit der imposanten Haltung Österreichs, den Kaiser Napoleon beschäftigen und in große Verlegenheit setzen muß, weil ein plötzliches Ereigniß auf dem Continent seine Lage äußerst schwierig machen dürfte". Der König ließ Alexander um ein nachdrückliches Wort an Napoleon ersuchen, einen eigenhändigen Brief des Czaren, der aber wo möglich keinen anderen Gegenstand enthalten dürfe, als die Verwendung für Preußen. „Ich bin überzeugt", schreibt er, „und war immer überzeugt von den loyalen und freundschaftlichen Absichten des Kaisers. Jetzt kann er mir den stärksten Beweis dafür geben: denn noch einmal, nur von ihm hängt die Befreiung meines Staates ab!"[2]

Sollte man nun aber in einem Augenblick, der so dringend zum Han-

1) Brockhausen an den König 24. Juli. Actenst. Nr. 199.

2) Vgl. Actenst. Nr. 108.

deln aufforderte und nach den mancherlei Enttäuschungen, die man bereits erlebt, sich einzig und allein auf die unsicheren Dienste Alexander's verlassen?

Es war natürlich, daß die Nähe der Entscheidung den Parteien am Hofe verschärften Anlaß gab, ihren Rath und Einfluß zur Geltung zu bringen. Da waren vor Allem die Männer, die noch ganz unter der Betäubung von 1807 standen, — die Männer, die in allen Phasen der Unterhandlungen mit Frankreich kein anderes Mittel der Rettung für den Staat und die Dynastie gesehen hatten als den unbedingten Anschluß an Napoleon. Sie fanden diesmal ihren Wortführer in dem General von Zastrow. Sein Name erweckte die schlimmsten Erinnerungen! Im November 1806 hatte er gemeinschaftlich mit Lucchesini an der Vereinbarung der Waffenstillstandsbedingungen von Charlottenburg gearbeitet, die der König verwarf; sodann mit der interimistischen Führung der auswärtigen Geschäfte betraut, bis zum April 1807, wo der Wiedereintritt Hardenberg's erfolgte, trug er durch seine Unentschlossenheit und Schwäche einen großen Theil der Schuld daran, daß die befreundeten Höfe kein rechtes Vertrauen zu der Politik Preußens zu fassen vermochten. Gegenwärtig hielt er sich in Berlin auf, aber seine Verbindungen reichten noch immer bis in die nächste Umgebung des Monarchen. Der General von Köckeritz, der zu den persönlichen Gegnern Stein's gehörte, und der Vice-Ober-Stallmeister von Jagow waren seine Freunde. Sie übernahmen es, die Anschauungen Zastrow's dem König vorzutragen. Gleichzeitig bediente sich diese Partei der Vermittelung Beyme's, der auf seinem Gute bei Berlin lebte. Zastrow wollte aus sicherer Quelle in Erfahrung gebracht haben, daß Stein und Scharnhorst bei dem französischen Kaiser in Verdacht ständen, geheime Verbindungen mit England zu unterhalten. Hardenberg, dessen fortgesetzte Correspondenz mit Altenstein und Nagler den Franzosen nicht unbekannt geblieben, gelte nach wie vor für den einflußreichsten Rathgeber der preußischen Politik, und die Nähe seines Aufenthaltsortes, — Hardenberg war im Februar 1808 von Riga nach Tilsit übergesiedelt, — diente zur Bestärkung dieser Gerüchte. Ein Wechsel in den leitenden Persönlichkeiten sei durchaus nothwendig, wenn man Frieden mit Napoleon haben wolle. Zastrow erbot sich das Vaterland zu retten, die Gunst, die Napoleon ihm allezeit erwiesen, werde es ihm möglich machen, die Versöhnung zu Stande zu bringen: er verstieg sich bis zu dem Antrag, daß die Leitung der auswärtigen Departements wieder in seine Hand gelegt werde.

Allein der König ließ sich durch diese Intriguen nicht beeinflussen. Er gab den Bericht, den Beyme unter dem 26. Juli erstattet hatte, an Stein, und nach den abfertigenden Argumenten, mit denen der Minister die Ausführungen Zastrow's entkräftete, zum Theil mit denselben Worten, verfaßte er eine eigenhändige Erwiderung an Beyme, in der er hervorhob, daß man es an keinem Opfer habe fehlen lassen, um Napoleon's Haß zu besänftigen. „Mehr läßt sich, wie mich dünkt, nicht thun", fügte er hinzu [1]).

Nur allzusehr aber steigerte die nahende Krisis die Gefahr, welche über Preußen der Umstand verhängte, daß die Auseinandersetzung mit Frankreich trotz aller Verhandlungen, die darüber seit Jahresfrist gepflogen wurden, auch nicht um einen Schritt näher vorgerückt war.

Wir berichteten, wie Prinz Wilhelm im Mai sich noch einmal brieflich an Napoleon gewandt und den Abschluß eines Vertrages in Erinnerung gebracht. Bis zur Stunde war sein Schreiben unbeantwortet geblieben, und ebenso harrte Graf Tolstoi, der damals seine Vorstellungen mit denen des Prinzen vereinigte, noch immer vergeblich auf eine entgegenkommende Äußerung des französischen Cabinets. Das Edict von Bayonne war das letzte Wort, das Napoleon in Sachen Preußens gesprochen, ein greifbarer Beweis seiner dauernden Feindschaft. Allein die inzwischen eingetretene Veränderung der politischen Lage durfte wohl die Hoffnung hervorrufen, daß der Beherrscher Frankreichs jetzt eher geneigt sein werde, erneuerten Anträgen Preußens Gehör zu geben und die Härte seiner früheren Bedingungen zu mäßigen. Es war dies ein Gedanke, der in den Kreisen des Hofes eifrige Fürsprecher fand. Von welcher Art aber sollten die Anträge sein? welche Vorbehalte sollte man machen, um nicht tiefer in die Genossenschaft mit Frankreich verstrickt zu werden als unbedingt nothwendig war? — zumal jetzt, wo die allgemeinen Constellationen sich günstiger anließen als je zuvor! Die Ansichten hierüber gingen weit auseinander. Versuchen wir es, mit Hülfe der gerade an dieser Stelle leider nur lückenhaft vorhandenen Überlieferung, die verschiedenartigen Gesichtspunkte, die damals auftauchten, darzulegen und aus ihrem Zusammenhang die von dem König gefaßten Beschlüsse zu verstehen.

Die wichtigste Quelle für die Berathungen, die in dem vertrautesten Conseil des Königs stattfanden, bilden die Denkschriften Scharnhorst's und

1) Vgl. Actenst. Nr. 261. Auch gehört hieher die Denkschrift Stein's vom 4. August 1808 (Pertz II 141), die zur Abfertigung Zastrow's geschrieben ist.

Stein's aus dem August 1808, die in der Biographie Stein's veröffentlicht worden sind. Bemerkungen Stein's in dem Memoire vom 11. August[1]) machen es unzweifelhaft, daß in jenen Tagen ein Rathschlag des Prinzen von Ponte Corvo nach Königsberg überbracht worden war, welcher der preußischen Regierung empfahl, den gegenwärtigen Augenblick zu einer Verständigung mit Napoleon zu benutzen. Marschall Bernadotte stand an der Spitze der französischen Truppen, die nach der aufgegebenen Expedition gegen Schweden Schleswig-Holstein besetzt hielten; sein Hauptquartier befand sich in Altona. Durch milde Behandlung des Landes in dem Kriege von 1806 und 1807 hatte er sich einen guten Namen erworben; er galt für denjenigen unter den Heerführern der großen Armee, der dem preußischen Staate die wohlwollendste Gesinnung zeigte; Sack hatte einmal gerathen, ihn um seine Vorsprache bei Napoleon zu bitten, und Friedrich Wilhelm, der eine vortheilhafte Meinung von dem Marschall hegte, war dieser Anregung durch ein eigenhändiges Schreiben an Bernadotte gefolgt[2]). Auf welchem Wege er seine Meinung dem Königsberger Hofe kundthun ließ, ist nicht festzustellen, — wahrscheinlich geschah es durch Vermittlung des Fürsten Wittgenstein, der sich Ende Juli im Holsteinischen aufgehalten hat; genug, Bernadotte ließ den König wissen: er möge auf die Vorschläge zurückkommen, die er durch seinen Bruder dem Kaiser der Franzosen habe unterbreiten lassen. Diese umfaßten, wie wir sahen, das Anerbieten eines Bündnisses zwischen Preußen und Frankreich und die Überlassung eines Truppencorps zur Theilnahme an den Kriegen Napoleon's. Der Kaiser, meinte Bernadotte, werde darauf angewiesen sein, die Verhältnisse mit Preußen zu ordnen, da die mit Österreich und Spanien immer verwickelter würden. Der jetzige Zustand der Dinge sei nur ein vorübergehender: man müsse ihn überdauern und auf die günstigeren Zeitumstände, die dann eintreten würden, seinen Vortheil bauen. Niemandem war die Ansicht des Prinzen von Ponte Corvo mehr aus der Seele gesprochen als dem Minister Grafen Goltz, der ein Abkommen mit Napoleon unter erträglichen Bedingungen immer als das nächste Ziel betrachtet hatte, auf das man hinarbeiten müsse. Der König aber wünschte diesmal das Gutachten der Militärs zu hören, — namentlich Scharnhorst's.

Es hat einen Augenblick gegeben, wo auch Scharnhorst die Meinung vertrat, man müsse die Allianz mit Napoleon eingehen und die preußische

1) „Stein's Darstellung der Lage von Europa und der von Preußen zu befolgenden Politik" bei Pertz II 199.

2) Der König an Bernadotte 21. März 1808. Actenst. Nr. 257.

Heereskraft dem Imperator zur Verfügung stellen. Es war im Mai 1808 gewesen, als die ersten Befürchtungen eines Zerwürfnisses zwischen Österreich und Frankreich aufstiegen, und bei den Verhandlungen über die Errichtung des Lagers in der Mark Brandenburg der rechtlose Zustand, den die Gewaltthätigkeit der fremden Autoritäten über Preußen verhängte, in seiner ganzen Härte zur Erscheinung kam. In einem Immediatbericht, den Scharnhorst damals, am 13. Mai, dem König überreichte, findet sich der Satz: „das Interesse Euerer Majestät erfordert, sich an Napoleon anzuschließen, so sehr dies auch die Gefühle, zumal in einem Kriege mit Österreich, empören würde". Dem Berichte lag der Entwurf eines Handschreibens an Napoleon bei, den Scharnhorst verfaßt hatte. Das Schriftstück war in sehr warmen und eindringlichen Worten gehalten; es erinnerte an Alles, was der König seit dem Tilsiter Frieden gethan hatte, um den Sieger zu versöhnen; dann folgte ein nochmaliger Appell an die Menschlichkeit Napoleon's und das Anerbieten der Truppenhülfe. „Verlangen Sie", so lautet die betreffende Stelle der Anrede an den Kaiser, „daß die preußischen Truppen zu militärischen Zwecken in den französischen Kriegen, fern von ihrem Vaterlande, sich einem fremden Interesse opfern, so soll dies sofort geschehen". Als Gegenbedingungen waren genannt: die Befreiung der Unterthanen von den Bedrückungen, unter denen sie bisher zu leiden hätten, und die Ausführung der Verträge von Tilsit, — die letztere noch mit der Einschränkung, soweit die kriegerischen Maßnahmen es gestatteten. Wie sehr würde es der Wahrheit widersprechen, wenn man im Hinblick auf diese Ausführungen den Vorwurf der Inconsequenz gegen Scharnhorst erheben wollte. Seine Thätigkeit in der Reorganisationscommission für die Armee zeigte, worauf sein unabläßiges Sinnen gerichtet war: jeder neue Entwurf, den er der Commission unterbreitete, legte Zeugniß dafür ab, wie sich die monumentalen Grundzüge der preußischen Wehrverfassung in seinem Geiste immer reifer und zielbewußter gestalteten, — die Ideen des Volksheeres, die unter dem ersten Frühlingshauch der Völkerbefreiung zu unvergänglichem Leben erblühen sollten. Allein seitdem Napoleon dem Prinzen Wilhelm gegenüber das drohende Wort von der Reduction der Armee, die er dem König auferlegen werde, hatte fallen lassen, seitdem er ihm in maßlosem Hochmuth die Frage entgegengeschleudert hatte: wozu braucht der König ein Heer? — lebte man in steter Sorge, daß ein solches Gebot erlassen werden würde, dem man sich widerstandslos hätte fügen müssen. Die Armee war der letzte Rettungsanker des Staates: sie mußte man um jeden Preis zu

erhalten suchen, selbst wenn man mit zusammengepreßtem Herzen, bis einst die Stunde der Vergeltung schlüge, die Truppen unter das Joch des verhaßten Siegers gehen ließ. Dies die zwingende Logik der Verhältnisse, durch die Scharnhorst bewogen wurde, für den einstweiligen Anschluß an Frankreich zu plaidiren. Und zugleich hatte er dabei noch einen anderen Gesichtspunkt im Auge gehabt. Im Hinblick auf die Möglichkeit eines Krieges zwischen Österreich und Frankreich, hielt er es für seine Pflicht, den Grundsatz aufzustellen, daß der König von vornherein eine bestimmte Entscheidung darüber treffen müsse, ob er es dann mit Frankreich oder mit Österreich halten wolle? „Eine Partei muß durchaus ergriffen werden", meinte Scharnhorst. „Sollte keine Vereinigung mit Frankreich zu Stande kommen, so würden Euere Majestät sich gezwungen sehen, sich heimlich mit den gegenseitigen Mächten in eine schickliche Verbindung zu setzen. Dieses erfordert nun aber Zeit und Vorbereitung. Versäumt man daher den gegenwärtigen günstigen Zeitpunkt, die Sache zur Entscheidung zu bringen, und bricht nachher unerwartet im Herbst ein Krieg aus, so befindet sich der Staat in einer unglücklichen Lage und wird von einem der kriegführenden Theile ohne alle Bedingungen in Depositum genommen".

Mit dem Umschwung, der bald danach in den Gesammtverhältnissen Europas eingetreten war, hatten sich auch die Ansichten Scharnhorst's wesentlich geändert. Überzeugt, daß Napoleon bei sich beschlossen habe, den begonnenen Länderraub an Preußen bis zur völligen Auflösung des Staates fortzusetzen und der Dynastie das Loos der spanischen Königsfamilie zu bereiten, spricht Scharnhorst in einem Schreiben an Stein vom 8. August die Meinung aus, daß die Allianz mit Frankreich nur als ein Nothbehelf des Augenblicks betrachtet werden dürfe, insofern die sofortige Ausführung jener Pläne dadurch vereitelt werden könne. Von einer engeren, dauernden Verbindung mit Frankreich aber dürfe nicht die Rede sein. „Geht man in der Ausführung dieser Allianz zu weit", sagt Scharnhorst, „tritt man mit den Franzosen in eine engere und nähere Verbindung, so bemächtigt sich Napoleon höchst wahrscheinlich unserer inneren Angelegenheiten durch seinen Einfluß auf eine Menge feiger, schlechter, oder doch halb schlechter Menschen, die dadurch an's Ruder zu kommen hoffen, und dann wird so wenig auf die Nation, als auf die Armee gerechnet werden können". Deutlicher ließ sich das moralische Verderben, welches in der Gemeinschaft mit Bonaparte lag, nicht kennzeichnen. „Kommt ein Antrag von französischer Seite", heißt es weiter, „so bleibt freilich nichts übrig, als ihm in aller Hinsicht entgegen zu kommen, sich zu stellen, als

wenn man sich glücklich halte, um womöglich unsere wahren Gesinnungen so zu verschleiern, daß sie selbst den ausgelernten Betrügern eine Zeit lang verborgen bleiben". Und wohin diese Gesinnungen drängten, das zeigen die Worte Scharnhorst's: „durch Ströme von Blut haben unsere Vorgänger den preußischen Staat Eigenthümlichkeit und der Nation Ruhm erworben; wir würden unwürdige Nachfolger sein, wenn wir das erworbene Eigenthum muthlos hingeben wollten" [1]).

Und zu demselben Resultat gelangt auch Stein; nur daß die Schlußfolgerungen, die er zieht, eine unmittelbarere, praktischere Nutzanwendung auf die Situation des Augenblicks enthalten. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob Stein mit der französischen Allianz einverstanden sei, denn er ertheilt dem König den Rath, durch seinen Bruder noch einmal das Bündniß Preußens anbieten zu lassen. Allein seine Absicht kann keiner Mißdeutung unterliegen, wenn man dem politischen Gedanken des Memoires vom 11. August auf den Grund sieht. Stein bekämpft die Meinung derer, die auf die Wiederkehr besserer Zeiten vertrösten. Ob der gegenwärtige Zustand der Welt früher oder später endet, immer ist er ein Unglück für die Nationen wie für ihre Oberhäupter, und Allen erwächst die Pflicht, das drohende Schicksal von sich abzuwenden. „Es muß daher", sagt Stein, „in der Nation das Gefühl des Unwillens erhalten werden über den Druck und die Abhängigkeit von einem fremden, übermüthigen, täglich gehaltloser werdenden Volke, man muß sie mit dem Gedanken der Selbsthülfe, der Aufopferung des Lebens und des Eigenthums, das ohnehin bald ein Mittel und ein Raub der herrschenden Nation wird, vertraut erhalten, man muß gewisse Ideen über die Art, wie eine Insurrection zu erregen und zu leiten, verbreiten und beleben" [2]). Die Insurrection allein vermag jedoch die gewaltige Aufgabe nicht zu erfüllen; sie muß an den regulären Armeen ihren Stützpunkt finden, und dazu bedarf es der Hülfe Österreichs und Englands. Mit Österreich wird man sich wegen Verabredung der kriegerischen Operationen in Einvernehmen zu setzen haben,

1) Vgl. das Gutachten Scharnhorst's in dem Brief an Stein vom 8. August, Pertz II 197.

2) Vgl. die oben erwähnte Denkschrift Stein's bei Pertz II 199. Das Schriftstück trägt das Datum des 11. August, muß aber schon einige Tage früher verfaßt sein, denn wenn Scharnhorst sein Schreiben an Stein vom 8. August mit den Worten beginnt: „Ew. Excellenz Memoir scheint mir die Lage Europas sowie die unsrige insbesondere, so darzustellen, wie sie wirklich ist", so wird damit doch jedenfalls die Denkschrift vom 11. August, oder der Entwurf zu derselben, der vielleicht in den Tagen vom 8. bis 11. August noch einige Änderungen erfahren hat, gemeint sein.

von England Geld erbitten, Waffen und im Fall des Mißlingens Schutz für die königliche Familie. Denn der Erfolg des Unternehmens ist ungewiß! Man mache sich mit dem Gedanken der Entbehrung jeder Art und des Todes vertraut, man fange in Gottes Namen die Sache an, und erinnere sich, daß durch Muth und Entschlossenheit mit kleinen Mitteln große Zwecke erreicht worden sind. Da die Allianz mit Napoleon nur dazu dienen kann, dem preußischen Staat über die jetzigen Verlegenheiten hinweg zu helfen, so muß man sich jedes Zugeständnisses enthalten, durch welches die Abhängigkeit von Frankreich vermehrt werden würde. Die Hauptpunkte sind: keine Überlassung von Festungen und Räumung des Landes. „Die so erlangte mehrere Freiheit", fährt Stein fort, „würde man benutzen, seine Unabhängigkeit wieder herzustellen. Überläßt man auch ein Truppencorps, so kann man es doch so einleiten, daß es zur bestimmten Zeit mit Österreich sich vereinige und gegen den allgemeinen Feind wirke". Am Schluß faßt er die Summe seines Votums in das Wort zusammen: „die Allianz muß nur zum Deckmantel dienen der Anstalten, die man treffen wird, um sich loszureißen".

Sehr bemerkenswerth ist nun, daß am Tage nach der Übergabe dieser Denkschrift neue Instructionen für den Prinzen Wilhelm erlassen worden sind, die auf völlig anderen Grundlagen beruhen als die früheren. Ihr Inhalt ist bisher nicht beachtet worden; um so mehr verlohnt es sich, ihn im Einzelnen zu zergliedern. Preußen ist bereit, in eine Offensiv- und Defensivallianz mit Napoleon einzutreten und stellt zur französischen Armee ein Hülfscorps von 40,000 Mann unter der Führung eines von dem König zu ernennenden preußischen Generals. Der Zeitpunkt für den Beginn der Allianz bleibt weiterer Vereinbarung vorbehalten, doch soll Prinz Wilhelm Sorge tragen, daß der Termin so weit wie möglich hinausgeschoben werde. Die Kosten für die Mobilmachung und den Unterhalt übernimmt Preußen; da es jedoch an den nothwendigsten Gegenständen kriegerischer Ausrüstung fehlt, so liefert Napoleon die Waffen, einschließlich der Artillerie, und die Munition aus den in seinen Besitz übergegangenen preußischen Depots. Es steht in dem Belieben des Kaisers, die Verwendung des Contingents innerhalb Deutschlands zu bestimmen; dagegen ist Preußen über den Bereich der deutschen Grenzen hinaus zur Heeresfolge nicht verpflichtet. Kommt es zum Krieg mit Österreich, so werden die preußischen Truppen zum Schutz der Grenze nach Schlesien dirigirt. Frankreich räumt das Gebiet des preußischen Staats oder doch wenigstens einen verhältnißmäßigen Theil desselben: erst wenn dieser Bedingung genügt ist, wird das Waffen-

bündniß perfect. Ebenso verzichtet Frankreich auf die Kriegssteuer oder gewährt dem preußischen Staate Zeit, seine Verpflichtungen einzulösen, ohne ihn der Mittel zu berauben, welche die Ausrüstung und Besoldung des Heeres erfordert. Die mit Beschlag belegten Capitalien der öffentlichen Institute und Privatpersonen in den abgetretenen Provinzen werden den Eigenthümern zurückerstattet. Endlich erhält Preußen als Ersatz für seine Truppenhülfe von Napoleon das Versprechen künftiger Länderentschädigung[1]).

Das Verständniß dieser Weisungen ergiebt sich aus dem Zusammenhang mit der Denkschrift vom 11. August: die Befehle, die dem Prinzen ertheilt werden, entsprechen genau den Rathschlägen Stein's, an einzelnen Stellen bis zu wörtlicher Übereinstimmung. Unter den damaligen Verhältnissen Europas gab es keine wichtigere, keine entscheidendere Frage als die, ob der Krieg zwischen Österreich und Frankreich schon jetzt oder erst später entbrennen werde. Trat das Erstere ein, so lag es nur allzusehr auf der Hand, daß Preußen sich in die Nothwendigkeit versetzt sah, bis auf Weiteres den Ereignissen freien Lauf zu lassen, ohne etwas für Österreich thun zu können. Die Stärke der activen Truppen Preußens betrug nicht viel mehr als 40,000 Mann, die überdies nicht concentrirt werden konnten, während die der französischen Armee zwischen Elbe und Weichsel nach mittlerem Anschlage sich auf 150,000 Mann belief. Schon diese eine Thatsache verwies den Gedanken an die sofortige Erklärung gegen Napoleon in das Bereich der Unmöglichkeit. Ebenso wenig aber wäre eine Erhebung des Volkes für jetzt denkbar gewesen. Denn wie hätte die Regierung es wagen dürfen, unter der Gewalt eines übermächtigen Feindes den Widerstand der Massen zu organisiren? Das Beispiel der Spanier, so sehr es bei allen Patrioten den Eifer der Nachahmung erweckte, konnte keine Anwendung finden. In Spanien siegte die Insurrection, weil es den Franzosen nicht gelungen war, sich zu Meistern des Landes zu machen; in Preußen beherrschten sie Alles, — die festen Plätze, die Straßen, die Übergänge der Flüsse, den größeren Theil der Seeküsten. Und sodann: wer stand dafür, daß Österreich nicht dem ersten Angriff Napoleon's erlag, wie im Jahre 1805 einen raschen Frieden dem äußersten Entscheidungskampfe vorzog? Nach der Niederwerfung Österreichs wäre Preußen rettungslos dem Strafgericht des Siegers verfallen gewesen, wenn es seine wahre Gesinnung durch einen voreiligen Act der Feindseligkeit offenbart hätte. Und nicht minder blieb die andre Möglichkeit zu er-

1) Vgl. Actenst. Nr. 170. 171.

wägen: der Beginn des Kampfes zwischen Frankreich und Österreich konnte sich verzögern, bis zum nächsten Frühjahr, vielleicht noch länger; dem preußischen Staat mußte dann Alles daran liegen, in der Zwischenzeit wieder zu Kräften zu kommen, seine Armee zu verstärken, die Allianz mit anderen Mächten im Geheimen vorzubereiten. Es war unverkennbar, daß unter diesem Gesichtspunkt aufgefaßt das momentane Bündniß mit Frankreich die größten Vortheile darbot. Man befreite das Land von den occupirenden Truppen, man sparte die Kriegssteuer, deren Abbezahlung die Finanzen völlig erschöpfen mußte, man bewahrte sich die Mittel für Aufstellung eines wohlgerüsteten Heeres. Hatte Napoleon seine Armee über die Elbe zurückgezogen, wie viel leichter war es dann, das Volk zu den Waffen zu rufen, wie viel leichter bei der ersten glücklichen Wendung des Krieges den Waffenbund mit Österreich zu bewerkstelligen? Dies ist das eigentlich entscheidende Moment für die Beurtheilung der Instructionen vom 12. August. In der Denkschrift Stein's war der Anschluß an Österreich mit unumwundener Klarheit in den Vordergrund gestellt, und auch Scharnhorst's Meinung, sahen wir, ging dahin, daß die Allianz mit Frankreich nur angenommen werden dürfe, um sich ihrer sobald wie möglich wieder zu entledigen, d. h. mit Österreich gemeinsame Sache zu machen. Auch der König neigte sich diesem Gedanken zu. Der zwingendste Beweis dafür ist jener Vorschlag, das preußische Hülfscorps beim Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Österreich in Schlesien aufzustellen: die Absicht, die dabei obwaltete, war keine andere, als die preußischen Truppen von vornherein an demjenigen Punkte zu concentriren, wo die Vereinigung mit der österreichischen Armee am leichtesten vor sich gehen konnte.

In Verbindung mit der Instruction vom 12. August, die so eingerichtet war, daß ihr Wortlaut unverändert der französischen Regierung überantwortet werden konnte, wurden dem Prinzen noch einige Mittheilungen vertraulichen Charakters übersandt, in welchen Friedrich Wilhelm die Gründe entwickelte, die ihn bewogen, sich noch einmal mit neuen Anträgen an Napoleon zu wenden. Vor allem komme es darauf an, zu ergründen, ob der Kaiser sich überhaupt mit Preußen zu verständigen wünsche; denn lehne er jede Erörterung der vorgeschlagenen Propositionen ab, so ersehe man daraus, daß nichts mehr zu hoffen sei, und habe danach seine weiteren Entschlüsse zu fassen. Der König halte es für eine Pflicht gegen seine Unterthanen, zu versuchen, ob unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen ein vortheilhafter Vergleich zu erlangen sei. Ein anderes Motiv, das besonders hervorgehoben wird, ist die Rücksicht auf Rußland. Durch die

Rathschläge Alexander's immer von Neuem auf die engste Verbindung mit Napoleon hingewiesen, wolle der König beweisen, daß er Alles gethan habe, was in seiner Macht stehe, um den französischen Kaiser von der versöhnlichen Gesinnung Preußens zu überzeugen[1]).

Daß die Vertragsartikel, so wie sie in der Weisung für den Prinzen Wilhelm formulirt worden waren, bei Napoleon unveränderte Annahme finden würden, hat in Königsberg Niemand geglaubt[2]). Es kam einstweilen nur darauf an, die Verhandlungen in Gang zu bringen, um dadurch die Gegenanträge Frankreichs zu provociren, damit man endlich erfahre, was Preußen zu erwarten habe: im Übrigen wurde die Entscheidung von dem Wechsel der Ereignisse abhängig gemacht. Nur zu einer Maßregel, die unter allen Umständen nothwendig erschien, die Verhandlungen mochten einen Verlauf nehmen, welchen sie wollten, wurden sofort die Einleitungen getroffen, — es war dies die Zurückberufung des Prinzen Wilhelm. Wie wir sahen, war diese Frage schon im März 1808 in Erwägung gezogen worden (S. 128). Anfang Juli, als die fortschreitende Verwickelung der spanischen Angelegenheiten vor aller Welt offenbar wurde, hatte Brockhausen in einem Privatbrief an Goltz die Abberufung des Prinzen auf das dringendste angerathen, und in der That, wenn man die nachfolgenden Begebenheiten, die tragische Geschichte der Pariser Convention sich vergegenwärtigt, so könnte man sich versucht fühlen zu wünschen, daß der Rath des Gesandten befolgt worden wäre. Aber in Königsberg dachte man anders. Prinz Wilhelm selbst wünschte zu bleiben: er setzte seinen Stolz darin, die französische Hauptstadt nicht eher zu verlassen, bis er den abgeschlossenen Vertrag in der Hand habe. Auch Stein war bisher nicht für die Beschleunigung der Abreise gewesen. In der Denkschrift vom 11. August jedoch vertritt er die entgegengesetzte Ansicht. „Der Aufenthalt des Prinzen", heißt es dort, „ist kostbar, und während der Abwesenheit des Kaisers überflüssig. Es können auch Ereignisse eintreten, die nicht vorher zu sehen sind und die Rückkehr des Prinzen sehr wünschenswerth machen". Der König pflichtete dieser Meinung bei, aber er fürchtete, die Abberufung seines Bruders im gegenwärtigen Augenblick könne den Argwohn Napoleon's wecken. Auch aus dieser Erwägung ergab sich die Nothwendigkeit, einstweilen noch in den Verhandlungen mit Frankreich zu beharren. Der Prinz wurde daher angewiesen, die Vor-

1) Vgl. Actenst. Nr. 171.
2) Vgl. Actenst. Nr. 172 und 201.

schläge dem Kaiser zu übergeben, und wenn dieser sie verwerfe, oder wie bisher den Vergleich mit Preußen durch unerfüllbare Bedingungen hinaus zu schieben suche, nicht länger in Paris zu verweilen, sondern unter dem Vorwand, neue Instructionen einholen zu wollen, sich in die Heimath zurück zu begeben.

Nur Eins hatte man in Königsberg übersehen: man war sich nicht klar geworden über die Frage, ob und in wieweit der Prinz im Stande sein würde, den ihm ertheilten Befehlen nachzukommen; und darin liegt der Fehlschluß der politischen Berechnungen, welche an die Instructionen vom 12. August geknüpft wurden [1]).

Während man damit beschäftigt war, die Ordres für den Prinzen zu expediren, traf ein am 27. Juli geschriebener Bericht desselben in Königsberg ein. Die Nachrichten über die Niederlagen der französischen Armee in Spanien hatten sich in vollstem Umfange bewahrheitet; es war das Gerücht verbreitet, der Kaiser werde nicht nach Paris zurückkehren, sondern nach Straßburg gehen, um das Commando über die Truppen in Deutschland zu übernehmen: Alles deutete auf den baldigen Ausbruch des Krieges mit Österreich hin. Es war voraus zu sehen, daß Preußen in die Krisis hineingezogen werden würde: jeden Augenblick konnte die französische Regierung mit neuen Propositionen hervortreten, die den Vertrag mit Preußen zum Abschluß bringen sollten. Es drängte den Prinzen zu erfahren, welche Beschlüsse man in Königsberg angesichts der veränderten Lage Europas gefaßt habe: er bat den König, ihm schleunigst seinen Willen kund zu thun. Goltz fertigte noch eine Nachschrift zu der Instruction, worin der Prinz ermächtigt wurde, nicht auf die Rückkehr Napoleon's zu warten, sondern die Anträge Preußens schriftlich zu übergeben und dann sofort die französische Hauptstadt zu verlassen.

Friedrich Wilhelm hielt es für nothwendig, den Erfolg der von seinem Bruder einzuleitenden Verhandlungen abzuwarten, ehe irgendwelche Schritte unternommen würden, durch welche die preußische Politik sich von der bisher innegehaltenen Bahn entfernte. Stein dagegen und andere Männer in der nächsten Umgebung des Königs hielten sofortige Anbahnung des Einverständnisses mit Österreich und Vorbereitung zum Kriege für geboten. Gneisenau erörterte in einem Memoire, dessen Text nicht vorliegt, dessen Grundgedanke aber aus einer Recapitulation Stein's vom 14. August ersichtlich ist, das Thema, daß es rathsamer sei, den

1) Vgl. Actenst. Nr. 167 u. 200.

Kampf für Ehre und Unabhängigkeit zu erneuern als auf den Ausspruch eines verruchten Tyrannen zu warten[1]). Stein verwies auf das Vorbild Spaniens, auf die unvergessenen Ruhmesthaten der Königstreuen in den Kämpfen der Vendee; er bat den König alle Rathgeber von sich zu verbannen, die lähmend auf die Entscheidung einwirkten, „alle gemeinen erbärmlichen Egoisten", wie er sich ausdrückt, „die, mit der Schande vertraut, nur ihre Trägheit und Sinnlichkeit zu befriedigen suchten".

In diese Tage fällt nun auch jener Brief Stein's an den Fürsten Wittgenstein (15. August), aus dem bald darauf so schweres Unheil für den preußischen Staat erwachsen sollte. Das Schreiben beginnt mit einer kurzen Notiz über die soeben an den Prinzen Wilhelm erlassenen Ordres: es sei dem Prinzen Befehl gegeben worden, sich „auf eine anständige Art" aus Paris zu entfernen, wenn der Kaiser der Franzosen zu neuen kriegerischen Unternehmungen schreiten sollte. Würden die preußischen Anerbietungen abgelehnt, so habe man sich auf Alles gefaßt zu machen. Man müsse die wachsende Erbitterung Deutschlands nähren und allenthalben Verbindungen unter den wohlgesinnten Männern stiften. „Man sieht hier den Krieg mit Österreich als unausbleiblich an", schreibt Stein. „Dieser Kampf würde über das Schicksal von Europa entscheiden, und also über unseres. Welchen Erfolg erwarten Euer Durchlaucht? Es ließen sich Plane, die man im Frühjahr 1807 hatte, jetzt erneuern"[2]). Damals, inmitten der Hoffnungen, zu welchen der Ausgang der Schlacht von Preußisch-Eylau berechtigt hatte, war alles in Bewegung gesetzt worden, um ein großartiges System des nationalen Widerstandes ins Leben zu rufen. Eine weit ausgebreitete Verschwörung unter den Patrioten Norddeutschlands war in der Entstehung begriffen gewesen, geleitet hauptsächlich von ehemaligen Mitgliedern der preußischen und kurhessischen Armee, und darauf berechnet, die Lande zwischen Elbe und Weser zum Heerd des Volksaufstandes zu machen, sobald die englische Landungsarmee, die man erwartete, an der Nordsee Küste Deutschlands erscheinen würde. Wittgenstein selbst, von Dörnberg als militärischem Beirath unterstützt, hatte die Verhandlungen in London geführt, die bei der zaghaften Stimmung des englischen Cabinets leider zu spät, erst kurz vor dem Frieden zu Tilsit, ihren Abschluß erreichten. Nicht minder umfassend waren die militärischen Projecte gewesen,

1) Pertz, Leben Stein's II 203 und Leben Gneisenau's I 427.

2) Pertz II 230. Der Text des Schreibens ist bisher nur nach dem Abdruck im Moniteur vom 8. September bekannt.

denen Graf Götzen seine unermüdliche Thätigkeit gewidmet hatte. Sie standen mit der beabsichtigten Erhebung Norddeutschlands im engsten Zusammenhang, denn Niemand war mehr bemüht gewesen, als Götzen, die Verbindungen unter den Patrioten nach allen Seiten hin zu erweitern, ihnen in Süddeutschland, vornehmlich in Franken, Eingang zu verschaffen. Die Fäden seiner geheimen Correspondenz reichten bis hinter die Mauern der von den Franzosen eingenommenen Festungen, wo die kriegsgefangenen preußischen Officiere ungeduldig auf den Augenblick harrten, der ihnen das Schwert wieder in die Hand geben sollte. In Schlesien war Alles zum Losschlagen fertig, wenn die Österreicher sich entschlossen hätten, an dem Kriege Theil zu nehmen. Selbst in Betreff der Ausführung waren bereits Vorkehrungen getroffen. Man wollte mit dem Umsturz des Königreichs Westfalen beginnen, die sächsische Regierung durch Besetzung ihres Landes von dem napoleonischen Bündniß trennen und endlich eine große Streitmacht in Schlesien vereinigen, deren Aufgabe es sein sollte, dem französischen Hauptheere, das an der Weichsel stand, in den Rücken zu fallen.

Gedanken solcher Art waren es, welche jene Bemerkung in dem Stein'schen Briefe im Auge hat. Sie fanden lebhaften Widerhall in der militärischen Umgebung des Königs: die Denker und Leiter des preußischen Kriegswesens, die Männer, die sich durch ihre Mitwirkung bei den eben vollendeten Arbeiten für die Reorganisation des Heeres einen unsterblichen Namen gemacht haben, — Scharnhorst, Gneisenau, Boyen, Grolmann, — stimmten sämmtlich darin überein, daß die Stunde gekommen sei, wo man Alles an Alles setzen müsse. Scharnhorst entwarf in jenen Tagen ein Memoire, in welchem er die strategischen Grundzüge der künftigen Kriegsführung entwickelte. Über die Weichsel vorrückend vereinigen sich die Truppen Ost- und Westpreußens mit denen in Pommern, um die französische Occupationsarmee bis zur Oder zurück zu drängen. Während dann allenthalben in den preußischen Gebieten und in Westfalen, Hessen, Thüringen und Franken das Volk zu den Waffen greift, vollziehen die Truppen in Schlesien ihre Verbindung mit den Österreichern. Zum Schutze der Insurrection im nordwestlichen Deutschland zieht ein österreichisches Corps die Elbe hinunter, und ein kleineres preußisches Detaschement dringt in Franken ein, wo die noch unerloschenen Sympathien für die preußische Herrschaft ihm eine willkommene Aufnahme sichern werden. Um dem Aufstand des Volkes von vornherein militärischen Halt zu geben, müsse England bewogen werden, einige Tausend Mann zwischen Ems und Elbe landen zu lassen. „Eine kleinliche Eifersucht", sagt Scharnhorst, „hat die Staaten

Europas in's Verderben geführt, nur Vertrauen und Einigkeit im Glück und Unglück kann sie wieder herstellen". Alle Vergrößerungspläne müssen schweigen: die Erhaltung der Staaten und Dynastien ist das einzige Ziel des Kampfes!

Scharnhorst war der Meinung, daß auf Grund seiner Vorschläge in Wien und London Eröffnungen gemacht werden sollten. Stein, dem dieser Rath aus der Seele gesprochen war, fügte dem Memoire Scharnhorst's noch einige eigenhändige Bemerkungen hinzu; so entstand die Denkschrift vom 21. August. Ihre Ausführungen gipfeln in dem Wort, das später so oft als Losung des Befreiungskampfes wiederholt worden ist: der Krieg muß geführt werden zur Befreiung von Deutschland durch Deutsche! [1])

Zum Verständniß der kriegerischen Stimmung, die sich in der Denkschrift vom 21. August ausspricht, muß noch in Betracht gezogen werden, daß soeben in Königsberg ein Courier aus Berlin mit der Nachricht eingetroffen war, Marschall Victor habe von Napoleon Ordre erhalten, die Lager in der Mark abzubrechen und mit seinen Truppen über die Elbe zu gehen. Der Abzug des Corps, das noch aus 39,000 Mann bestand, hatte bereits begonnen. Es verlautete, die Truppen hätten zunächst die Bestimmung, nach Franken zu marschiren, woraus noch immer auf kriegerische Maßregeln gegen Österreich geschlossen werden konnte. An Stelle Victor's rückte Marschall Soult von Stettin aus mit einer seiner Divisionen nach Berlin, während der Rest seines Corps unter General Carra de St. Cyr in Pommern verblieb. Auch aus Schlesien erfuhr man von Truppenbewegungen: das VI. Corps unter Ney, das im Glogauischen Departement stand, rüstete sich zum Abmarsch nach der Lausitz.

Die gemeinsame Denkschrift Stein's und Scharnhorst's wurde dem König zur Beschlußfassung unterbreitet. Er vermochte sich nicht der Meinung anzuschließen, daß man schon jetzt mit dem Wiener Hofe in Verbindung treten solle [2]); es regten sich Zweifel in ihm, ob Österreich wirklich den Augenblick ergreifen, mit aller Energie für die Befreiung Deutschlands eintreten werde. Scharnhorst und Stein fanden sein Mißtrauen ungerechtfertigt. Allein man muß sich erinnern: was hatte die österreichische Politik seit Tilsit gethan, um das Vertrauen Preußens zu erwecken? was hatte sie gethan, um dem König einen Entschluß aufzuerlegen, bei welchem leicht

1) Pertz II 205 ff.

2) Vgl. den Brief Scharnhorst's an Stein vom 23. und den Brief Stein's an Scharnhorst vom 24. August, bei Pertz II 210 ff.

die Existenz seines Staates der Preis des Einsatzes sein konnte? Unsere früheren Betrachtungen geben hierauf die Antwort!

Daneben aber zeigt sich, daß Friedrich Wilhelm die Möglichkeit des Bruches mit Frankreich keineswegs aus den Augen verlor. Die Einleitung geheimer Unterhandlungen mit dem englischen Cabinet wurde von ihm genehmigt. Seit dem 15. August befand sich der Baron Jakobi-Kloest in Königsberg, nach einer langen Irrfahrt, die sich in seinem hohen Lebensalter zu einem wahren Martyrium gestaltet hatte[1]). Drei Monate waren seit Jakobi's Abreise aus England verstrichen, aber die letzten Eindrücke, die er von dort mitgenommen, die freundschaftlichen Versicherungen, die ihm Canning noch beim Abschiede wiederholt, ließen ihn die Idee des englischen Bündnisses mit Wärme unterstützen. Am 24. August verabredete er mit Stein die Anträge, die man nach London übermitteln wollte.

Wenige Tage später trafen neue, unerwartete Botschaften von dem Prinzen Wilhelm und Brockhausen ein. Napoleon dachte zunächst nicht an den Krieg gegen Österreich, er brauchte seine Truppen jenseits der Pyrenäen, er kehrte nach Paris zurück; und schon vor der Ankunft des Kaisers hatte Champagny dem preußischen Gesandten seine Bereitwilligkeit zum sofortigen Abschluß eines Vertrages zu erkennen gegeben.

Allein gleich bei den ersten Präliminarien waren denn auch die alten Streitpunkte wieder aufgewühlt worden. Nach keiner Seite hin zeigte das französische Cabinet sich geneigt, der veränderten Lage der Dinge Rechnung zu tragen: aus seinen Forderungen blickte immer dieselbe Absicht hervor, — die Lebenskraft des preußischen Staates noch auf Jahre hinaus in Fesseln zu schlagen. Die Regierung Friedrich Wilhelm's war vor die Frage gestellt, ob sie sich derartigen Bedingungen unterwerfen wollte?

Wiederum sind es die allgemeinen Verhältnisse Europas, von denen wir ausgehen müssen, um die nächsten Schritte der preußischen Politik richtig würdigen zu können.

---

1) Vgl. die Schlußbemerkung zu Nr. 66 der Actenstücke.

15.

Der spanische Krieg und die Convention vom 8. September.

Die Niederlage der französischen Armee in Spanien war das große Ereigniß des Jahres 1808, das dazu bestimmt schien, den Geschicken Europas eine andere Richtung zu geben. Es ist früher auf die Anordnungen hingewiesen worden, die Napoleon traf, als der Ausbruch des Volkskrieges in den Provinzen Ende Mai zu seiner Kenntniß gelangte (S. 181). Von seinen strategischen Maßregeln hatte keine ein glückliches Resultat gehabt. Das Corps Bessières, dem die Überwältigung des Aufstandes in den weiten Gebieten von Aragonien übertragen war, stieß vor der heldenmüthig vertheidigten Stadt Saragossa auf unbesiegbaren Widerstand, die Division Lefebvre mußte zur Belagerung zurückgelassen werden; und obwol Bessières auf seinem Vormarsch gegen Leon und Castilien einige Male mit Erfolg gekämpft hatte, erhob die Bevölkerung des Nordens mit jedem Tage mächtiger das Haupt. In Catalonien war sie so vollkommen Meister des Landes, daß General Duhèsme, der in Barcelona stand, zuletzt auf alle Streifzüge verzichten mußte; selbst nach Norden hin, wo die Colonne des General Reille zur Bewachung der Pyrenäenpässe aufgestellt war, wurde ihm die Verbindung abgeschnitten. Auch in Valencia hatten die Insurgenten Zeit gefunden sich zur Vertheidigung einzurichten; der Sturm, den Marschall Moncey unternahm, wurde mit schweren Verlusten für die Franzosen zurückgewiesen. Der unglückliche Ausgang dieser Expedition wirkte insofern auf das Schicksal der französischen Südarmee unter Dupont mit ein, als Moncey die ihm von Napoleon vorgeschriebene Vereinigung mit Dupont nicht zu bewerkstelligen vermochte. Moncey's tapferer Versuch, sich nach Andalusien durchzuschlagen, mißlang; wohin er kam, hatten die Aufständischen sich vor ihm der Pässe bemächtigt; es würde das sichere Verderben seiner Truppen gewesen sein, hätte er den Marsch fortgesetzt: weiser als Dupont, faßte er den Entschluß durch Castilien nach Madrid zurück zu gehen. Nichts hinderte jetzt die Freiheitsarmee des Südens, sich mit vereinter Kraft gegen Dupont zu wenden.

Von vornherein hatte dieser General unter den Aufgaben des spanischen Krieges das schwerste Loos gezogen. Sein Marsch führte durch die Schluchten des südlichen Hochgebirges, die den Aufständischen für Angriff und Vertheidigung die größten Vortheile gewährten. Mit bewunderungswürdiger Ausdauer klommen die jungen Mannschaften zu den Höhen der Sierra

Morena empor und legten in dem Gefecht an der Brücke von Alcolea (7. Juni), wo sie den Übergang über den Guadalquivir zu erzwingen hatten, Proben seltener Tapferkeit ab. Die alte Maurenstadt Cordova öffnete ihnen die Thore. Allein sofort zeigte sich die äußerst schwierige Lage, in welche diese Armee gerathen war. Sobald Dupont das Gebirge passirt hatte, wurden die Zugänge desselben von den Freischaaren gesperrt und die Straßen nach Madrid besetzt. General Savary, den Napoleon an Stelle Murat's mit dem Obercommando betraut hatte, vermochte wochenlang keinen Boten nach Andalusien durch zu bringen, und keine Nachricht aus dem Süden erreichte die Hauptstadt. Dupont näherte sich wieder den Defileen der Sierra Morena und schlug am südlichen Abhang derselben, bei Andujar, sein Lager auf, ungefähr zu derselben Zeit, wo die Flotte von Cadix, zu deren Schutz das Unternehmen nach Andalusien dienen sollte, dem Angriff der Junta von Cadix erlag: es waren die letzten Trümmer des großen französischen Geschwaders, das die Engländer bei Trafalgar theils in den Grund gebohrt, theils an die Küste zurückgeworfen hatten. Wohl gelang es Dupont, die Division Vedel, die ihm durch Neucastilien nachgesandt worden war, Ende Juni an sich heran zu ziehen, und wenige Tage später erreichte ihn General Gobert, den Savary in der Voraussetzung abgeschickt hatte, daß die Südarmee sich bereits auf dem Rückzug befinde und des Soutiens bedürfe; allein die Reihen der Soldaten waren durch Krankheit und Entbehrung gelichtet, es konnte keine Rede davon sein, mit den 20 bis 22 Tausend Mann, die noch übrig waren, die Invasion der empörten Provinzen fortzusetzen. Denn inzwischen hatte sich aus den bewaffneten Schaaren von Andalusien, ein großes Insurgentenheer gebildet, das, durch mehrere Tausend Mann regulärer spanischer Truppen verstärkt und von Sir Hew Dalrymple, dem englischen Gouverneur in Gibraltar, mit Waffen versehen, unter Führung des General Castaños' mit weit überlegener Macht gegen die Stellung der Franzosen heranstürmte.

Es gehört zu den fatalistischen Momenten, die in der Geschichte des spanischen Befreiungskrieges öfter wiederkehren, daß Napoleon bis zum letzten Augenblick in blinder Selbsttäuschung über den unvermeidlichen Untergang seines andalusischen Corps verharrte. Seitdem Joseph, von den Deputirten der spanischen Nation in Bayonne zum König erwählt, sich anschickte, seinen Einzug in Madrid zu halten, hatte der Kaiser nur noch das eine Moment im Auge, die Hauptstadt vor einem Angriff der Insurgenten zu schützen; alle übrigen Rücksichten, welche die militärische

Situation in ihrer Gesammtheit ihm hätte auferlegen müssen, traten dagegen in den Hintergrund. Die Volkserhebung war im Norden ebenso weit gediehen wie im Süden: auch hier beruhte die Stärke der Sache auf der Vereinigung der verschiedenen Landschaften, welche die provinzialen Gegensätze, die sonst das politische Leben der Spanier zu trennen pflegten, durchbrechend, sich unter einem Generalcapitän, Gregorio de la Cuesta, zu einem gemeinsamen Heeresbann zusammengeschlossen hatten. Der Offensivplan dieser Truppen war in den Verhältnissen selbst gegeben. Sie mußten versuchen, einerseits gestützt auf den Widerstand von Saragossa, im Rücken der Franzosen gegen die Hauptstadt vorzudringen, und andererseits den Feind an der Entsendung stärkerer Truppenmassen nach Madrid zu verhindern. Napoleon sah nur die Gefahren, die hier im Norden drohten: er hatte keine ruhige Stunde, bis er erfuhr, daß Marschall Bessières von Burgos aufgebrochen sei, um den heranrückenden Insurgenten den Weg zu verlegen; während er alle Mittel hätte aufbieten müssen, um Dupont aus seiner unheilvollen Position zu befreien, erging Befehl über Befehl an Savary, die disponiblen Truppen zur Unterstützung Bessières zu verwenden[1]).

Noch einmal schwelgte der Imperator in dem Vollgefühl der stolzesten Siegeshoffnungen, als er die Nachricht von der Schlacht bei Rio del Secco erhielt. Am 14. Juli war das Heer des Generalcapitäns geschlagen, in alle Winde zerstreut worden. Napoleon schrieb am 17. an Bessières: „Niemals ist eine Schlacht unter gewichtigeren Umständen gewonnen worden: sie entscheidet die Angelegenheiten Spaniens". Er erwartete von dem moralischen Eindruck dieser Niederlage ein schnelles Erlöschen des Aufstandes; es galt ihm für unzweifelhaft, daß Dupont jetzt zum Angriff übergehen, Saragossa und Valencia sich den Franzosen ergeben würden. Wie weit seine Kenntniß der kriegerischen Vorgänge hinter den Ereignissen zurückblieb, erhellt daraus, daß ihm erst in jenen Tagen die Einnahme

1) Napoleon an König Joseph, Bayonne 13. Juli 1808, Correspondance XVII 378: Il y a dans la situation de l'armée deux points principaux: le premier de tous est celui où se trouve le maréchal Bessières; . . le deuxième point, est celui où se trouve le général Dupont; il y a là plus de forces qu'il ne faut. Bemerkungen für Savary, 13. Juli: Le général Dupont et le général Vedel sont suffisants pour se maintenir dans les positions qu'ils ont retranchées, et, si le maréchal Bessières avait été renforcé et l'armée de Galice écrasée, le général Dupont, immédiatement après, se trouvait dans la meilleure position. (Corresp. XVII 381; vgl. 321. 333).

von Cordova gemeldet wurde, und daß er noch am 21. Juli keine Ahnung von dem Rückzug Moncey's hatte[1]).

Am 21. Juli verließ Napoleon Bayonne. Joseph war Tags zuvor in Madrid eingetroffen: dies schien dem Kaiser Bürgschaft genug für die Befestigung der Zustände in Spanien. Bisher hatte er seiner ersten, fast im Tone der Kriegserklärung gehaltenen Interpellation über den Zweck der Rüstungen Österreichs keine weitere Folge geben können, aber er wandte den Blick nicht ab von dem, was in Wien geschah. Schon unter dem 11. Juli hatte Champagny eine neue Instruction für Andréossy entwerfen müssen. Der Gesandte sollte zwar noch nicht gerade die Forderung stellen, daß die Rekrutirung der Milizen rückgängig gemacht werde, aber er sollte gegen Stadion die Bemerkung fallen lassen, daß Napoleon einen darauf bezüglichen Befehl demnächst von Österreich verlangen werde[2]). Jetzt war der Augenblick gekommen, wo Napoleon glaubte, die Auseinandersetzung mit Österreich weiter treiben zu können. Man wird nicht behaupten dürfen, daß er nach der Schlacht von Rio del Secco absichtlich darauf ausgegangen wäre, mit Österreich anzubinden, dazu waren die Verhältnisse Spaniens doch noch nicht reif genug. Den Schlüssel seiner intimsten Gedanken findet man in einem Schreiben vom 25. Juli an den König von Westfalen. „Weil Österreich rüstet", sagt er dort, „müssen wir auch rüsten. Daher befehle ich, daß die große Armee verstärkt werde. Meine Truppen vereinigen sich in Straßburg, Mainz, Wesel. Ich bitte Euere Majestät Ihr Contingent bereit zu halten. Wenn es ein Mittel giebt, den Krieg zu verhüten, so müssen wir Österreich zeigen, daß wir den Handschuh aufheben und bereit sind"[3]). Napoleon meinte, wie seit dem Frieden von Preßburg schon so oft, das Wiener Cabinet werde auch diesmal vor einem energischen Druck Frankreichs zurückweichen.

Kaum aber hatte Champagny die drohenden Noten an Metternich verfaßt, von denen oben die Rede gewesen[4]), als die Kunde von der

---

1) Napoleon an Berthier 19. Juli über Cordova, Corresp. XVII, 406; über Moncey S. 410.

2) Corresp. XVII 365. Andréossy sollte erklären: qu'il n'a pas l'instruction précise de demander que la levée des milices soit contremandée, mais qu'il ne tardera pas à la recevoir.

3) Napoleon an Jérome, 25. Juli, Corresp. XVII 417, wo es noch heißt: Sans doute il ne devrait pas être vraisemblable que l'Autriche voulût attaquer la France et la confédération du Rhin. Mais n'avons nous pas vu il y a deux ans, la Prusse, par une démarche plus insensée encore, provoquer sa ruine entière?

4) Vgl. S. 199.

Capitulation bei Baylen dem Kaiser am 1. August nach Bordeaux überbracht wurde. Siebzehn bis achtzehn Tausend Mann französischer Truppen hatten vor den Insurgenten die Waffen strecken müssen und waren in Kriegsgefangenschaft gerathen (20. bis 24. Juli). Napoleon schob alle Schuld auf Dupont. „So lange die Welt steht", schrieb er, „hat es eine ärgere Feigheit nicht gegeben!"[1] Seine Verblendung ließ ihn noch immer nicht los: er sah zwar die Nothwendigkeit ein, vorläufig auf jede angreifende Bewegung zu verzichten, Valencia und Andalusien sich selbst zu überlassen; um so bestimmter aber rechnete er darauf, daß Joseph, nachdem alle disponiblen Streitkräfte in einer befestigten Stellung um Madrid vereinigt, das Centrum des Landes behaupten werde. Er ahnte nicht, wie schwach es mit der Königsherrlichkeit seines Bruders bestellt war. Allerdings besaß man in Madrid, da Moncey inzwischen dort angelangt, eine Truppenmacht von etlichen zwanzig Tausend Mann, die den Insurgenten des Südens, wenn sie ihren Marsch durch die Mancha und Neu-Castilien fortsetzten, hätten entgegengeworfen werden können. Trotzdem erhob sich nicht eine Stimme für die Vertheidigung der Hauptstadt; auch Savary rieth zum schleunigen Abzug. Am 31. Juli verließen die Franzosen Madrid. Bessières, der den von ihm auseinander gesprengten Insurgentenhaufen nach Norden gefolgt war und sich auf dem Wege nach Galicien befand, wurde zurückberufen. An der Spitze einer Armee von mehr als 40 Tausend Mann hätte Joseph in jedem Falle zwischen Burgos und dem Duero Posto fassen müssen, denn nur so wäre es vielleicht möglich geworden, den Aufstand der nördlichen Provinzen nicht wieder zu Kräften kommen zu lassen und Madrid wenigstens von dieser Seite zu isoliren. Allein die Furcht, mit seiner Armee einem ähnlichen Unglücksfall zu erliegen wie Dupont, ließ ihn über alle diese Erwägungen hinwegsehen. Er ging bis an den Ebro zurück, um hier in einer Defensivstellung, den Rücken gedeckt durch die Besatzungen der Pyrenäenfestungen, sämmtliche Truppentheile, die noch im Lande zerstreut waren, zu vereinigen, auch die Armee von Saragossa, dessen Belagerung in dem Moment aufgehoben werden mußte, wo die Franzosen sich durch einen glücklichen Sturmangriff bis in das Innere der Stadt Bahn gebrochen hatten.

Napoleon war mit diesen Maßregeln im höchsten Grade unzufrieden. Daß man Burgos preisgab und dem siegreichen Vormarsch Bessières Stillstand gebot, erschien ihm als ein unverzeihlicher Fehler, denn man

1) Ordre an den Kriegsminister Clarke vom 3. August, Corresp. XVII 427.

sah sich dadurch des letzten Mittels beraubt, der verlassenen Armee in Portugal die Hand zu reichen.

Trotz großer Hindernisse, unter denen die zweifelhafte Haltung der portugiesischen Truppen obenan stand, hatte Junot seit dem Beginne des Jahres 1808 Portugal im Gehorsam gehalten. Allein ein englisches Geschwader unter Sir Charles Cotton, das zwischen den Mündungen des Tajo und Duero kreuzte, übermittelte den Bewohnern der Küstenstädte die Nachricht von dem glücklichen Fortgang der Revolution in Spanien. Nachdem Oporto die Fahne des Aufstandes entfaltet, theilte sich die Bewegung rasch den übrigen Districten mit, zumal im Osten, von Estremadura her, spanische Insurgenten über die Grenze gekommen waren und ein Waffenbündniß mit den Portugiesen abgeschlossen hatten. Die französische Heeresmacht betrug noch immer einige Zwanzig Tausend Mann. Junot's ganze Sorge war auf die Behauptung Lissabons gerichtet. Deshalb suchte er vor Allem jede Ansammlung feindlicher Streitkräfte in der Nähe derselben zu verhindern und ließ kleinere Abtheilungen seiner Armee das Gebiet von Alentejo nach allen Richtungen hin durchstreifen. Bei einer dieser Recognoscirungen erfochten die Franzosen unter General Loison noch einmal einen glänzenden Sieg. Sie stießen bei Elvoa auf ein vereintes Corps spanisch-portugiesischer Freischaaren, die nach schweren Verlusten aus ihrer Stellung vertrieben wurden. Alsbald aber sollte Junot inne werden, daß die Gefahr von ganz anderer Seite heraufzog, als er erwartete. Denn am 20. Juli, demselben Tage, an welchem Joseph seinen Einzug in Madrid gehalten, hatte Sir Arthur Wellesley, dem Geschwader voran eilend, mit dem er am 12. von Irlands Küsten abgesegelt war, im Hafen von Corunna den Boden Spaniens betreten. Es waren erst wenige Wochen vergangen, seit durch eine Gesandtschaft der Junta von Asturien die Erhebung des spanischen Volkes in England bekannt geworden[1]; aber die Botschaft hatte sofort den größten Enthusiasmus hervorgerufen, und nachdem alle Parteien im Parlament die Unterstützung der Spanier für eine Ehrensache der britischen Nation erklärt, war von Seiten der Regierung die äußerste Energie entfaltet worden, um Heer und Flotte so rasch wie möglich zum Kampfe auszurüsten.

Ein großer Theil der englischen Seemacht befand sich damals noch

1) Die Vollmacht für die Abgesandten der Junta datirt vom 25. Mai 1808; vgl. Correspondences, despatches and other papers of Viscount Castlereagh. London 1851. VI 363.

an den Küsten Schwedens. König Gustav IV. hatte von dem Cabinet von St. James die Zusicherung erhalten, daß ein Landungsheer von 10,000 Mann unter Sir John Moore der schwedischen Armee, sobald diese bis nach Christiania vorgedrungen sein würde, Beistand leisten werde. Die englische Flotte lag im Juni bei Gothenburg vor Anker und harrte von Woche zu Woche vergeblich auf Nachricht von den Schweden; als die Landungstruppen ausgeschifft werden sollten, wurden sie durch eine Botschaft des Königs daran verhindert. Endlich erfuhr man, daß das Unternehmen Gustav's, der die Kopflosigkeit gehabt hatte, den General Armfeld mit einem Corps von nur 7000 Mann über die norwegische Grenze zu schicken, vollständig gescheitert sei. Gustav that, als ob die Bundesgenossen nur dazu wären, sich seinen Launen zu fügen; er verlangte von ihnen, daß sie nach Finnland aufbrächen und sich dort an dem Kampf gegen die Russen betheiligten. Es kam zu einer stürmischen Auseinandersetzung zwischen dem König und Sir John, der sich nach Stockholm begeben hatte. Gustav ging in seiner Zornesaufwallung so weit, die Gefangenschaft über Moore zu verhängen [1]). Dieser aber verschaffte sich die Mittel zur Flucht und die englische Flotte verließ die Küste. Die ohnehin schon sehr geschwächten Sympathien für das schwedische Bündniß erlitten hierdurch den letzten Stoß. Die öffentliche Meinung sprach sich mit Entschiedenheit dafür aus, daß man die Verhältnisse des Nordens sich selbst überlassen müsse, um mit unzersplitterter Kraft den großen Kampf in Spanien aufzunehmen [2]); auch das baltische Geschwader wurde für diesen Zweck bestimmt; nur wenige Schiffe, die bereits an der Küste Finnlands waren, blieben dort zurück. Eine wunderbare Fügung der Verhältnisse wollte, daß die Flotte, während sie noch zwischen den schwedischen und dänischen Gestaden kreuzte, der Sache Spaniens einen Dienst zu leisten vermochte, der schon seines moralischen Eindrucks wegen von schwerwiegender Bedeutung war. Mit Hülfe Moore's vollzogen die spanischen Regimenter unter Graf Romana, die seit Jahr und Tag den Heereszügen Napoleon's hatten folgen müssen und die jetzt als Avantgarde des Bernadotte'schen Corps über die dänischen Inseln vertheilt waren, den Abfall von dem Todfeind ihrer Nation. Die englische Flotte nahm sie an Bord und führte sie nach Spanien zurück.

1) Vgl. die Depesche des Grafen Münster an den Grafen Hardenberg vom 25. Juli 1808. Actenst. Nr. 235.

2) Vgl. die Denkschrift Dumouriez' gegen die Fortsetzung des Krieges gegen Dänemark und Norwegen bei Castlereagh VI 237 ff.

Indem nun das Inselreich von Neuem gegen den Weltbeherrscher in die Schranken trat, war die Meinung, von der man ausging, keineswegs, daß der Krieg auf die pyrenäische Halbinsel beschränkt bleiben dürfe. Die englische Politik verfolgte höhere Ziele; ihr Streben war darauf gerichtet, die Coalition mit den festländischen Mächten im weitesten Umfange wieder herzustellen. Vor allem hoffte man auf den Beitritt Österreichs. Lord Grenville Lewison Gower, der einst in Petersburg mit Graf Stadion Freundschaft geschlossen, übernahm es, dem österreichischen Premierminister schriftlich die ersten Eröffnungen zu machen. Gleichzeitig wurde die Mitwirkung des ehemaligen hannöverschen Gesandten, Grafen Hardenberg, in Anspruch genommen, der mit bewunderungswürdigem Geschick seine Stellung in Wien so geheim zu halten wußte, daß ihn der Argwohn des französischen Botschafters nicht getroffen hatte. Der Minister für Hannover, Graf Münster, sandte ihm erschöpfende Berichte über die jüngsten Ereignisse in Spanien, officielle Correspondenzen, die mit den Deputirten der spanischen Juntas geführt worden waren, genaue Nachweisungen über die Zusammensetzung der englischen Truppenmacht. Dies alles sollte in Stadion's Hände gelangen, denn man kannte in London die Schwankungen Franz's I. und wünschte daher vor Allem seiner Regierung Vertrauen auf die Widerstandsfähigkeit der Spanier einzuflößen und ihr zugleich die Gewißheit zu geben, daß England die übernommene Sache auf Leben und Tod vertheidigen werde. Der Kampf, der in Spanien entbrannt, äußerte Münster, lasse sich mit den voraufgegangenen Kriegen nicht vergleichen. Zum ersten Male mache Bonaparte die Erfahrung, was es bedeute, die Rache eines ganzen Volkes gegen sich aufzurufen. Ein großer Theil seiner Armee sei in Spanien festgebannt; Österreich müsse sich daher zu einer raschen Diversion entschließen: eine günstigere Gelegenheit für die Befreiung Europas sei nicht zu erdenken. Münster schloß daran die Mittheilung von einer geheimen Unterhandlung mit Petersburg, zu der England soeben die Initiative ergriffen hatte. Man habe dem Kaiser Alexander die vortheilhaftesten Anerbietungen gemacht, wenn er sich von dem Bündniß mit Frankreich lossage wolle. Hardenberg sollte dem Grafen Stadion ein Schriftstück übergeben, aus welchem der Inhalt jener Anerbietungen ersichtlich war[1]). Leider lassen unsere Quellen uns hier im Stich; aber sehr wahrscheinlich ist die Annahme, daß das Cabinet von St. James, wie es dies schon früher gethan, dem Czaren seine Vermittelung in Aussicht

1) Vgl. Actenst. Nr. 236.

stellte, um die Pforte zur Abtretung der Donaufürstenthümer oder eines Theils derselben zu bewegen.

Im Gegensatz gegen das System von Tilsit hatte England, wie wir sahen, schon längst den Plan ins Auge gefaßt, auf dem Boden der orientalischen Frage die Annäherung zwischen Österreich und Rußland und seine eigene Wiederversöhnung mit Rußland zu Stande zu bringen. Eifriger als je war man jetzt auf die Verwirklichung dieses Gedankens bedacht. Es geschah in jenen Tagen, daß Sir Robert Adair mit der Mission nach den Dardanellen betraut wurde. Sein Programm, so wenig es von Erfolg begleitet gewesen ist, bleibt immer denkwürdig als ein Versuch, die orientalischen Verhältnisse zum Ausgangspunkt einer neuen Coalition der Ostmächte gegen Frankreich zu machen. Denn nicht nur auf die Friedensstiftung mit der Türkei war es abgesehen, Adair betrachtete diese als eine leichte Sache, nachdem die Pforte aus freiem Antriebe ihre Willfährigkeit bezeugt hatte: er hatte sich noch eine andere, höhere Aufgabe gesetzt, — zwischen der Türkei und Rußland einen Ausgleich anzubahnen, der einerseits dem Ehrgeiz Alexander's genügte, und andererseits die sichere Gewähr für den Fortbestand des osmanischen Reiches in sich trüge. Die Rolle der Mediation zwischen Rußland und der Pforte, die sich Napoleon vorbehalten hatte, müsse auf England übergehen. Dann sei das Fundament der französisch russischen Allianz, dieses unnatürlichen und zugleich für alle Welt so bedrohlichen Bündnisses, wie Adair sich ausdrückte, mit einem Schlage vernichtet[1]). Bei seiner Abreise von Wien hatte er Vorkehrungen getroffen, um jeden Augenblick einen Briefwechsel mit Stadion anknüpfen zu können. Am 26. Juni hatte Adair an den österreichischen Premierminister geschrieben und ihn ersucht, alle Mittel in Bewegung zu setzen, die geeignet seien, auf die Stimmung in Petersburg zu wirken; man müsse Rußland zur Absendung eines Unterhändlers nach London zu veranlassen suchen, wo möglich Pozzo's di Borgo, der sich immer als einen eifrigen Anhänger des englisch-russischen Bündnisses gezeigt habe. Alexander werde endlich zu der Einsicht gelangen, daß Napoleon ihn mit falschen Vorspiegelungen bethört habe: er müsse selber den Wunsch hegen, sich mit England wieder zu verständigen.

In diesen weit umfassenden Plänen bewegte sich die englische Politik, als die Expedition nach der pyrenäischen Halbinsel in See ging. In dem englischen Kriegsrath, an dessen Spitze Lord Castlereagh stand, herrschte von

---

1) Ausführlich hat Adair sein Programm entwickelt in dem Schreiben an Stadion vom 26. Juni, Negociations for the peace of the Dardanelles, I 6 ff.

vornherein die Ansicht, daß der Krieg nicht von Gibraltar her, sondern mit der Einnahme Portugals begonnen werden müsse. Und dafür entschied sich auch Wellesley, nachdem er in mündlichen Besprechungen mit der Junta von Oviedo einen Einblick in die Zustände auf der Halbinsel gewonnen hatte. Schon das eine Moment fiel schwer in das Gewicht, daß man die Armee Junot's unmöglich im Rücken stehen lassen konnte. Abgesehen von der Besatzung Gibraltars befand sich bisher im Bereich des Pyrenäenlandes nur eine Abtheilung englischer Truppen, die Brigade Spencer, etwas weniger als 5000 Mann, die Sir Hew Dalrymple, als ihm der Vormarsch Dupont's gemeldet wurde, an die Küste von Andalusien entsandt hatte. Aber die Eifersucht der Spanier hatte die Engländer hier zurückgehalten, und als nach der Capitulation von Baylen die Gefahr für Andalusien geschwunden, eilte Spencer sich mit Wellesley zu verbinden, der in den Tagen vom 1. bis 5. August bei dem Castell von Figueiras an der Bucht des Mondegoflusses die Ausschiffung seines Corps bewerkstelligt hatte. Am 9. August setzte sich die gesammte englische Streitmacht, 14,000 Mann stark, zum Angriff auf Lissabon in Bewegung.

Junot faßte den Entschluß, in offener Feldschlacht den Engländern die Spitze zu bieten; aber sein Unglück war, daß er zu einer Theilung seiner Streitkräfte genöthigt wurde. In Lissabon regte sich der Geist der Befreiung, die Stadt durfte nicht ohne Truppen gelassen werden, und auch an einigen Hauptpunkten des Alentejo mußten Besatzungen zurückbleiben, um die Flanken der Franzosen vor einem Angriff der Freischaaren zu schützen. Zunächst wurde General Delaborde mit 3000 Mann abgesandt. Er sollte den Feind auf dem felsigen Terrain von Torres Vedras aufzuhalten suchen, bis Junot und Loison, der von Elvoa zurück beordert war, ebenfalls dort angelangt sein würden. Allein Delaborde vermochte sich gegen die Übermacht der Engländer nicht zu behaupten; er wurde am 17. zurückgedrängt. Junot erreichte ihn, die Vereinigung mit Loison vollzog sich in musterhafter Ordnung. Inzwischen aber war Wellesley durch neue Truppentransporte, welche die Brigaden Anstruther und Aucland an's Land brachten, verstärkt worden. Am 21. standen sich die beiden Armeen mit sehr ungleichen Kräften bei Vimeiro gegenüber. Wellesley verfügte über 18,000 Mann, Junot über eine weit geringere Macht. Die Schlacht ging für die Franzosen verloren. Ihre Verwirrung und Auflösung war so vollständig, daß es nach dem Urtheil Wellesley's ein Leichtes gewesen wäre, sie in erneuertem Kampfe am nächsten Tage bis auf den letzten Mann zu vernichten und die schwache Besatzung Lissabons zur Eröffnung der Thore

zu zwingen. Allein am 22. früh war Dalrymple im Hauptquartier erschienen und hatte als älterer General aus den Händen Sir Arthur's den Oberbefehl über das englische Hülfscorps empfangen. Junot, von der Nutzlosigkeit jedes ferneren Widerstandes überzeugt, sendete den General Kellermann als Unterhändler ab. Es wurde zunächst am 22. ein Waffenstillstand, dann am 30. in Cintra eine Capitulation vereinbart. Die Bedingungen der letzteren waren ebenso vortheilhaft für die Waffenehre Frankreichs, wie unbegreiflich vom Standpunkt des Siegers. Dafür daß die Franzosen sich verpflichteten, aus den wenigen Plätzen, die sie noch innehatten, ihre Garnisonen zurück zu ziehen und Portugal zu räumen, bewilligte Dalrymple der Armee Junot's die Rückführung nach Frankreich auf englischen Schiffen [1].

Dennoch endete der kurze Feldzug Wellesley's mit einem großen Erfolg. Der Nimbus der Unbesiegbarkeit war der französischen Armee entwunden, ein schon so gut wie erobertes Land der Herrschaft des Imperators entrissen, die Wege nach Spanien standen den Engländern offen: ohne Säumen trafen sie ihre Vorbereitungen, um das so glorreich begonnene Werk der Befreiung fortzusetzen.

Vor dem Eintritt der unerwarteten Katastrophe von Baylen hatte Napoleon, wie wir sahen, die Feindschaft Österreichs wenig gefürchtet, jetzt mußte er alles thun, um dem Zusammenstoß aus dem Wege zu gehen. Auf die erste Kunde von der Flucht Joseph's hatte er einen Courier nach Petersburg abgesandt, der dem russischen Kaiser die förmliche Einladung zu der Entrevue überbringen und den Abzug der Truppen aus Preußen vermelden sollte. Zugleich erging an den Czaren die Bitte, bei dem Wiener Hof energischen Protest gegen die Fortsetzung der Rüstungen einzulegen. Am 10. August erhielt Napoleon in Nantes Depeschen Caulaincourt's vom 20. Juli, welche die beruhigendsten Aufschlüsse über die Haltung Rußlands gewährten. Alexander hatte erklärt, er werde der Verbündete Frankreichs sein, wenn Österreich den Krieg anfangen sollte [2]. Allein dieses Versprechen war gegeben, ehe der Czar von den Vorgängen in Spanien wußte; wenn er unter den veränderten Verhältnissen die Rolle, die sein Bundesgenosse ihm zumuthete, von der Hand wies, so blieb es mehr als zweifelhaft, ob in der Hofburg der Entschluß der That nicht zuletzt doch zur Reife gelange. In jedem Falle mußte man Österreich auch ferner überwachen.

---

1) Berichte Wellesley's bei Castlereagh VI 389 ff.; Dispatches of Wellington, London 1837 IV 916 ff. Supplementary Dispatches, London 1860, VI pag. 121 ff.

2) Napoleon an Champagny 10. August, Correspondance XVII 434.

Unter dem 5. August, von Rochefort aus, sind die Ordres erlassen, welche das 1. Corps des Marschall Victor und das 6. Corps des Marschall Ney, das bisher in Gemeinschaft mit dem 5. zur Occupation Schlesiens gedient hatte, nach dem Süden beriefen. Das 5. Corps unter Marschall Mortier sollte ebenfalls Schlesien verlassen, einstweilen aber in den fränkischen Fürstenthümern Halt machen und hier die weiteren Befehle erwarten. Dagegen wurden die Truppen aus Polen unter Marschall Davoust nach Schlesien verlegt. Zu den drei Divisionen, aus denen dieses Corps bestand, gesellten sich noch die sächsisch-polnischen Truppen und die Division Oudinot, die ihr Standquartier Danzig mit Glogau vertauschen mußte. Auf diese Weise war die Observation Österreichs an der schlesischen Grenze und gegen die Donau hin eingeleitet. Die Armee Davoust's und Mortier's sollte nach den Entwürfen des Kaisers durch Ergänzungen aus den französischen Depots auf 100,000 Mann gebracht werden[1]). Rechnet man hiezu die Contingente der Rheinbundsfürsten, die jeden Augenblick mit Mortier in Verbindung treten konnten, ferner die Truppen Soult's in den Marken und Pommern, und jenseits der Elbe die Truppen Bernadotte's, so war es, Alles in Allem, noch immer eine ansehnliche Streitmacht, die der französische Herrscher für seine Zwecke in Deutschland aufzubieten vermochte.

Am Abend vor dem Napoleonstage kehrte der Imperator nach St. Cloud zurück. Bei dem Empfang des diplomatischen Corps am 15. ereignete sich jene welthistorische Scene, — die Unterredung mit Metternich. Vor der Versammlung der officiellen Vertreter Europas wollte Napoleon den österreichischen Gesandten zu einer bündigen Erklärung über die Absichten seines Hofes treiben; er wollte die öffentliche Meinung über die Tragweite der Niederlage in Spanien täuschen, indem er die Machtmittel aufzählte, die ihm zur Verfügung stehen würden, wenn Kaiser Franz mit dem Gedanken umgehen sollte, die Waffen gegen Frankreich zu erheben. Allein die Rede des Kaisers hatte noch einen andern Zweck, zu dessen Verständniß an den soeben vollzogenen Umschwung in den orientalischen Verhältnissen erinnert werden muß. Das große Ereigniß, das in Constantinopel eingetreten, die am 28. Juli erfolgte Entthronung des Sultan Mustafa, war zwar damals, wie es scheint, in Paris noch nicht bekannt, aber es fehlte schon seit einiger Zeit nicht an bedenklichen Symptomen einer nahen Katastrophe in den inneren Verhältnissen der Pforte. Seit Anfang August wußte man, daß der Pascha von Rustschuk, Mustafa Bairaktar, an der Spitze seiner

1) Vgl. die einzelnen Verfügungen in der Correspondance XVII 433, 437 ff.

Armee in Adrianopel erschienen war und sich dort mit dem Großvezier, Tschelebi Pascha, zum Heereszuge nach Constantinopel vereinigt hatte. Schon am 13. Juli war hier eine Revolte ausgebrochen: eine Schaar albanesischer Truppen hatte das Parteihaupt der Janitscharen und Jamacks, der in der Abwesenheit des Großveziers eine Art von terroristischer Herrschaft über die Stadt und das Serai ausübte, in den festen Schlössern am Bosporus angegriffen[1]). Es konnte kein Zweifel darüber obwalten, daß dieser Kampf, der mit der Ermordung Kabakschis endete, von den Heerführern in Adrianopel angestiftet war und nur das Vorspiel weiterer, längst geplanter Umwälzungen bildete. Gleichzeitig aber hatte man nun auch die Anwesenheit eines russischen Unterhändlers im Lager des Großveziers erfahren. Der innere Zusammenhang dieser Begebenheiten war nicht mißzuverstehen. Wenn Mustafa Bairaktar plötzlich den wichtigsten Punkt der Vertheidigungslinie an der Donau von Truppen entblößte, wenn er sich anschickte, die Fahne des Propheten, die er in seinem Heerlager mit sich führte, nach Constantinopel zurück zu bringen, — das erste Mal in der Geschichte der mosleminischen Herrschaft, daß dies geschah, bevor ein förmlicher Friede mit dem Feinde abgeschlossen, — so schien hierin ein Beweis für das Vorhandensein geheimer Abmachungen zwischen Rußland und der Türkei zu liegen, bei welchen die französische Diplomatie übergangen war. Der französische Geschäftsträger, den wir schon kennen, La Tour-Maubourg, hatte denn auch nicht unterlassen, gegen die Verhandlungen in Adrianopel, die ihm um so mehr den Eintritt einer neuen Phase in der orientalischen Verwickelung anzudeuten schienen, als inzwischen auch die demnächst bevorstehende Ankunft Adair's bekannt geworden war, in sehr energischer Weise Protest zu erheben. Er ging so weit, von dem Reis-Efendi eine Erklärung zu verlangen, durch welche die Pforte sich verpflichten sollte, weder mit England noch mit Rußland ohne Vorwissen Napoleon's Frieden zu machen[2]). Der Reis-Efendi aber hatte darauf eine sehr kühle Antwort gegeben; er hatte unter anderem gesagt, die Gerüchte über Separatverhandlungen mit Rußland würden nicht eher zum Schweigen gebracht werden können, bis Napoleon sich der übernommenen Friedensstiftung zwischen der Pforte und Rußland entledigt habe. Auch auf die Haltung Österreichs fiel nach den Berichten La Tour's, der durch den lebhaften Verkehr zwischen Ghalib-

1) Vgl. den Bericht Bosgiovich's vom 25. Juli 1808. Actenst. Nr. 267.

2) Bericht Stürmer's vom 17. Juli. W. St. A., in welchem auch erwähnt wird, daß La Tour gegen den Reis-Efendi wegen seiner häufigen Verhandlungen mit dem Internuntius Klage geführt habe.

Efendi und dem Internuntius irregeleitet wurde, ein zweifelhaftes Licht. In der That zeigte sich der Reis-Efendi trotz der ablehnenden Antwort, die er schon einmal erhalten, unablässig bemüht, ein engeres Einverständniß mit Österreich herzustellen. Er versicherte den Baron von Stürmer, daß die Regierung des Sultans, im Begriff sich von dem Einfluß Frankreichs los zu machen und Versöhnung mit Rußland anzustreben, ihr ganzes Vertrauen auf den Kaiser von Österreich setze, den die Pforte als ihren besten und ältesten Freund betrachte, und in diesem Sinne bot er dem Wiener Cabinet im Auftrage des Sultans und des ganzen Ministeriums förmlich die Vermittelung zwischen der Türkei und Rußland an; allein der österreichische Gesandte war auch diesmal vorsichtig genug, sich auf keine Erklärung einzulassen (S. 155)[1]. La Tour aber stellte die Sache so dar, als ob Österreich bei den Verhandlungen in Adrianopel der Dritte im Bunde sei.

Napoleon hatte verschiedene Gründe bei dem Empfang in St. Cloud die orientalischen Angelegenheiten in die Debatte zu ziehen. Erstens hielt er es für rathsam, ein Schreckmittel gegen die Pforte anzuwenden, um dadurch vielleicht das Zustandekommen des englisch-türkischen Bündnisses zu verhindern; sodann kam es ihm darauf an, Österreich in den Glauben zu versetzen, daß er mit Rußland vollkommen einig sei, und endlich wollte er durch das Organ des Grafen Tolstoi, der während der ganzen Unterredung zur Seite Metternich's stand, in dem Czaren die Hoffnung auf die Erfüllung seiner längst gehegten Wünsche neu beleben, um dadurch den Separatverhandlungen zwischen Rußland und der Pforte die Spitze abzubrechen. Unbeirrt durch die Gegenwart des Vertreters der Türkei, mit einer Unumwundenheit, von der Metternich treffend bemerkt, sie habe in der Geschichte der Diplomatie nicht ihres Gleichen gehabt, erörterte der Imperator das Thema der Theilung des osmanischen Reiches, und sagte dabei, wenn Österreich fortfahre, ihn mit seinen Rüstungen zu bedrohen, so werde er sich mit Rußland allein verständigen und das Wiener Cabinet werde dann auf die Rolle des müßigen Zuschauers angewiesen sein[2].

Es würde ein mehr als scharfsichtiges Auge dazu gehören, wollte man in den Berichten, die Metternich über die Audienz vom 15. August erstattet hat, irgend eine Bemerkung, eine noch so leise Andeutung entdecken, die zu dem Schluß berechtigte, der Gesandte habe auf eine kriegerische Ent-

1) Stürmer 27. Juli und 10. August. W. St. A.

2) Metternich's Bericht über die „Große Audienz" bei Napoleon, vom 17. August 1808. Nachgelassene Papiere II 199 ff., 205 ff.

scheidung hin zu drängen gesucht. Nichts hat dem Fürsten Metternich ferner gelegen als dies. Der Standpunkt, den er einnahm, läßt sich an der Hand seiner Depeschen mit wenigen Worten charakterisiren. Er rieth seiner Regierung, mit ihren Rüstungen fortzufahren, jeden Augenblick auf eine Kriegserklärung Frankreichs gefaßt zu sein, von ihrer Seite aber Alles zu vermeiden, wodurch der Zusammenstoß beschleunigt werden könne: denn, gelinge es, den Ausbruch des Krieges zu vertagen, so sei dies das größte Glück[1]). Es schien fast, als ob die moralische Niederlage, die sich Österreich selbst bereitete, wenn es die Drohungen Napoleon's fort und fort mit Versicherungen der Friedensliebe und mit Acten der Nachgiebigkeit beantwortete, in den Augen Metternich's keine Bedeutung habe. Wie hätte er sonst auf Vorschläge verfallen können, die mit der militärischen Ehre des Staates unvereinbar waren? In einer Depesche vom 2. August sucht er dem Grafen Stadion plausibel zu machen, daß alle Gefahr vorüber sei, wenn der Kaiser sich entschließe, die Truppen aus den Grenzlanden zurückzuziehen, denn dann werde Napoleon sicher die Überzeugung gewinnen, daß Österreich nicht die Absicht habe ihn anzugreifen. Im Großen und Ganzen glaubte Metternich in den Reden des Imperators eine verstärkte Garantie für die Erhaltung des Friedens zu erblicken, denn der Kaiser hatte ausdrücklich gesagt, er wünsche den Krieg nicht, wenn Österreich ihn nicht dazu zwinge, — er hatte sogar von der Rivalität der Interessen Österreichs und Frankreichs gesprochen: der Gesandte seinerseits überbot sich in friedlichen Erklärungen, so daß Napoleon wohl nicht ohne Anflug von Ironie ihm schließlich sagte: „Sie sehen, wie ruhig ich bin". Wenige Tage später, in einer erneuerten Unterredung mit dem Kaiser am 25. August, ging Metternich so weit, ein förmliches Bündniß seines Hofes mit Frankreich anzubieten[2]).

Inzwischen war in Paris die Landung der Engländer in Portugal bekannt geworden. Fast noch gewaltiger als die Niederlage seiner Armee in Spanien traf den Imperator die Kunde von dem Erscheinen des neuen Feindes, der an der südlichen Küste gegen ihn erstanden war. Sein um-

1) Bericht Metternich's vom 2. August 1808, Nachgel. Pap. II 199: un grand, un immense but, celui d'ajourner la guerre; vgl. S. 197, wo die Erklärung, die Österreich am französischen Hofe abgeben sollte, folgendermaßen formulirt wird: »que pour donner une preuve nouvelle de l'intention de Sa Majesté de ne pas agir hostilement vers un point quelconque occupé par les armées françaises ou par les alliés de la France, pour déjouer même dans leur principe les odieuses imputations de la calomnie, Sa Majesté a ordonné une dislocation rétrograde de ses armées«.

2) Metternich 26. August 1808 bei Beer a. a. O. S. 326.

düsterter und ermatteter Blick verrieth die fieberhafte Aufregung, in welche die Ungewißheit der Zukunft ihn versetzte. Eine dumpfe Schwüle lagerte über der Hauptstadt Frankreichs, — die Emporkömmlinge des Kaiserthums gewahrten ängstlich die Wetterzeichen eines nahen Sturmes, der, wenn er hereinbrach, mit dem Glück Napoleon's ihre eigene Existenz zu verschlingen drohte. Am liebsten hätte Napoleon den nach Spanien bestimmten Truppentheilen sogleich noch das Corps Mortier's nachgeschickt; aber er wagte es nicht, er beschloß zu warten, bis er aus Alexander's eigenem Munde die Gewißheit erhalten habe, daß Rußland ihm behülflich sein werde, die Österreicher im Zaume zu halten.

Und die Rücksicht auf Rußland war es denn auch, was ihn jetzt bewog, die Auseinandersetzung mit Preußen in Angriff zu nehmen.

Champagny, der seinem Gebieter nach Paris vorangeeilt war, sagte am 8. August zu Brockhausen: „der Kaiser will mit Preußen zum Schluß kommen“[1]). Es schien ihm sehr um die rasche Erledigung des Geschäftes zu thun zu sein, denn er warf die Bemerkung hin, wenn der preußische Gesandte mit ausreichenden Instructionen versehen sei, könne Alles noch vor der Rückkehr Napoleon's in Ordnung gebracht werden. Hätte das französische Cabinet die Convention von Berlin als alleinige Grundlage des abzuschließenden Vertrages anerkannt und keinerlei einschränkende Clauseln hinzugefügt, so würde aller Wahrscheinlichkeit nach Prinz Wilhelm die sofortige Vollziehung der Unterschrift nicht einen Augenblick beanstandet haben. Allein die Bedingungen, die der Imperator stellen ließ, waren grundverschieden von denen, welche Stein bei den Verhandlungen im März 1808 seinem Entwurf zu Grunde gelegt hatte. Das finanzielle Äquivalent, dessen zweifellosen Rechtstitel Preußen sich nicht entwinden lassen wollte, die Rückzahlung der seit dem 1. October 1807 eingezogenen Staatsrevenuen, wurde noch einmal förmlichst verweigert. Zugleich ergaben sich andere Differenzen. Es hat zwar einen Moment gegeben, wie wir wissen, wo Stein die Abbezahlung der Kriegsschuld in einem Jahre für möglich hielt (S. 73), allein in Anbetracht der Schwierigkeiten, welche die Herbeischaffung baarer Geldmittel verursachte, war man allmälig davon zurückgekommen. Die Regierung legte jetzt das größte Gewicht auf die Bewilligung längerer Termine, und selbst die Habgier Daru's hatte sich vor der Nothwendigkeit eines solchen Zugeständnisses beugen müssen. Jetzt

1) Brockhausen 11. August 1808: empressement de finir avec la Prusse le plus vite, Actenst. Nr. 201.

aber erhob Napoleon den Anspruch, im Laufe eines Jahres mit der vollen Summe der Kriegsschuld befriedigt zu werden. Und doch waren dies nur nebensächliche Punkte im Vergleich zu dem, was der Herzog von Cadore noch weiter forderte. Der Kaiser, so lauteten seine Mittheilungen, wünsche ein Unterpfand für die zukünftigen Absichten Preußens zu haben; er verlange daher die Einverleibung eines Artikels in den Vertrag, durch den die Truppenstärke der preußischen Armee auf eine Reihe von Jahren unabänderlich festgesetzt werde. Brockhausen wurde über den gegenwärtigen Bestand des Heeres befragt. Er nannte aus dem Stegreif eine Zahl: 25,000 Mann. „Nun wohl", erwiderte ihm der Herzog, „diese Zahl dürfte auch für die Folge genügen!" Dieselben Anträge entwickelte er im Gespräch mit dem Prinzen Wilhelm, nur erschien er diesem gegenüber etwas nachgiebiger gesinnt; denn als der Prinz sich darauf berief, daß Napoleon bei einer früheren Gelegenheit die Truppenmacht, die er dem König gestatten wolle, auf 40,000 Mann angegeben habe, erklärte Champagny auch diese Zahl für annehmbar[1]).

Es hat einen Moment gegeben, in dem sowohl Prinz Wilhelm, wie Brockhausen glaubten, daß der Minister die Forderungen, die Napolen durchsetzen wolle, absichtlich übertrieben habe und bei den Verhandlungen selbst mildere Saiten aufziehen werde. Allein nur allzubald sollten sie ihres Irrthums inne werden.

So lange die Besorgnisse andauerten, welche die Haltung Österreichs einflößte, mußte wenigstens die Truppenanhäufung in Schlesien in vollem Umfange aufrecht erhalten werden. Wenn sich darüber Unzufriedenheit in Petersburg regte, war es leicht, alle Schuld auf Österreich zu schieben, ja es war zugleich die dringendste Aufforderung für Alexander, den Wiener Hof in Schach zu halten, wenn dadurch die Befreiung Preußens beschleunigt werden konnte. Wie oft schon hatte die fortdauernde Unterjochung des preußischen Staates der Napoleonischen Politik zur Aushilfe in ihren vielverschlungenen Berechnungen gedient. Gleich anfangs, als die französischen Truppen ihren Abmarsch aus Ostpreußen plötzlich sistirten und an der Passarge stehen blieben, hatte Alexander hierin eine gegen Rußland gerichtete Drohung sehen müssen; er war dadurch veranlaßt worden, den Bruch mit England zu beschleunigen. Dann brachte Napoleon das Project der Abtretung Schlesiens auf die Bahn, um sich nöthigenfalls auf Kosten Preußens schadlos zu halten, wenn Alexander's Gelüste nach der Eroberung

1) Prinz Wilhelm 11. August. Actenst. Nr. 169.

der Donaufürstenthümer sich nicht länger zähmen lassen wollten. Der Czaar leistete diesem unerhörten Ansinnen Widerstand, Napoleon aber ließ sich in seinem Vorsatz nicht beirren: er wollte die preußische Frage auch ferner als ein Gegenobject für die Stipulationen mit Rußland sich offen halten; an den Verhältnissen des unterdrückten Staates sollte nichts geändert werden, bis der Augenblick zur Erneuerung des russischen Bündnisses gekommen sei. Allerdings hatte die Intrigue schließlich nicht ganz zu Ende geführt werden können: das Unglück in Spanien zwang den Imperator, die Schlinge, die er über Preußen geworfen, schon vor der Zeit, d. h. vor der Verständigung mit Rußland, wenigstens theilweise zu lockern. Aber auch so besaß er die unbestrittene militärische Übermacht in den Gebieten zwischen Elbe und Oder. Erfüllten sich die Hoffnungen, die er auf die Entrevue in Erfurt setzte, so war die Krisis, die von Österreich drohte, vorläufig beseitigt; der Rückzug der Truppen aus Preußen mochte dann seinen Fortgang haben. Allein damit war nicht Alles gethan. Es handelte sich darum, auch für die Zukunft Sicherheitsmaßregeln zu treffen! Denn daß der Krieg mit Österreich früher oder später unvermeidlich sei, darüber täuschte Napoleon sich eben so wenig, wie über die Partei, die Preußen in diesem Fall ergreifen würde, wenn es wieder in den vollen Besitz seiner Freiheit gelangt wäre. Das Bewußtsein dessen, was er Preußen angethan, ließ ihn das Wiedererwachen des kriegerischen Geistes am Königsberger Hofe richtig herausfühlen, noch ehe die Enthüllungen des Stein'schen Briefes den directen Beweis dafür in seine Hände lieferten. Deßhalb mußte Preußen auch ferner unschädlich gemacht werden: auf diesen Zweck waren die Bedingungen des Vertrages zugeschnitten, welche Champagny dem Prinzen Wilhelm kund zu thun hatte.

Am schwersten unter diesen Bedingungen wog in den Augen des Prinzen die Reduction der Armee. Der jähe Wechsel des Schicksals, dem das alte Preußen erlegen, konnte keine demüthigerenden Ausdruck erhalten. Mit einem Heere von mehr als 200,000 Mann hatte Friedrich der Große die Monarchie seinem Nachfolger hinterlassen, jetzt wurde der fünfte Theil jener Truppenzahl dem König als Gebot eines fremden Herrschers vorgeschrieben. Prinz Wilhelm that das Möglichste, um die gehässige Forderung zu beseitigen. Eingedenk der früheren Ordre seines Bruders, die ihn ermächtigte, über ein Bündniß mit Frankreich zu verhandeln, wenn Napoleon den Betrag der Kriegssteuer auf die Hälfte herabsetzen wolle (S. 81), machte er Champagny einen Vorschlag dieser Art. Der Minister erwiderte ablehnend, es würde dem Kaiser widerstreben,

aus seiner Allianz ein Kaufgeschäft zu machen. Er deutete an, daß wenn von Allianz die Rede sein sollte, darunter nur der Eintritt in den Rheinbund verstanden werden könne; er frug den Prinzen, ob er Vollmacht habe, die Rheinbundsacte zu unterzeichnen[1]). Man kann es tadeln, daß der Prinz diese Frage nicht kurz verneinte, sondern Erörterungen anknüpfte, aus denen Champagny wenigstens glaubte auf seine Zustimmung schließen zu dürfen. Hier aber rächte sich der Fehler, den man in Königsberg begangen, indem man die Mission in Paris so lange ohne Instructionen gelassen hatte. Der Prinz entbehrte jedes festen Anhaltspunktes für das, was er bewilligen oder verweigern dürfe, und dies Gefühl der alleinigen Verantwortlichkeit drückte ihn nieder. Brockhausen hatte bei den Verhandlungen mit Champagny mehrfach hinter seinem Rücken agirt; der Prinz empfand gegen ihn den bittersten Groll. Es fehlte nicht viel, so hätte er von jener Verfügung Gebrauch gemacht, welche das Recht in seine Hand legte, den Intriguen des Gesandten durch Entlassung desselben ein Ziel zu setzen (S. 78).

Am 19. August meldete Champagny, Napoleon selbst habe sich jetzt mit der preußischen Sache beschäftigt, und überreichte als Resultat der kaiserlichen Beschlüsse einen fertig ausgearbeiteten Vertragsentwurf[2]). Gleich der erste Artikel desselben trug den Stempel grenzenloser Willkür und Härte. Wir entsinnen uns, wie Daru die lange Reihe seiner Erpressungen mit jener Forderung von hundert vier und fünfzig Millionen begann, die er als den noch zu zahlenden Betrag der Kriegsschuld herausgerechnet haben wollte, während in Wirklichkeit der Kaiser sie ihm vorgeschrieben hatte. Das war vor einem Jahre gewesen. Welche Opfer hatte Preußen seitdem bringen müssen! Gleichwohl verlangte Napoleon jetzt noch immer dieselbe Summe. Verloren waren damit nicht nur die Einkünfte des Staates seit dem 1. October, sondern Alles was die Regierung und die Stände der Provinzen bereits an restirenden Kriegsschulden in Baar entrichtet oder an Lieferungen für die Armee geleistet hatten.

Fassen wir gleich den wesentlichen Inhalt der übrigen Artikel zusammen. Die Contribution sollte zur Hälfte mit baarem Gelde und mit Wechseln, zur Hälfte mit Pfandbriefen auf die Domänen gedeckt werden, die Einlösung der Wechsel in monatlichen Raten von sechs Millionen, die der Pfandbriefe insgesammt spätestens während eines Zeitraums von andert-

1) Prinz Wilhelm 18. August 1808. Actenst. Nr. 174.
2) Prinz Wilhelm 2. September 1808. Actenst. Nr. 177.

halb Jahren erfolgen. Bis zur Unterzeichnung des Vertrages fließen die Revenuen des preußischen Staates in die Kassen der französischen Verwaltung; in Betreff der polnischen Capitalien bleibt es bei der Verfügung, die Napoleon darüber getroffen; alle sonstigen Reclamationen, die zwischen Preußen und den abgetretenen Provinzen schweben, werden einer besonderen Auseinandersetzung vorbehalten. Dreißig Tage nach der Auswechselung der Ratificationen verlassen die französischen Truppen das preußische Gebiet mit Ausnahme der Festungen Glogau, Stettin und Küstrin, die dem Kaiser als Unterpfand eingeräumt werden, bis Preußen sich seiner Schuld entledigt hat; doch soll Glogau dem Könige zurückgegeben werden, sobald die Hälfte der Kriegssteuer bezahlt ist. Die Stärke der Garnisonen wird im Ganzen auf 10,000 Mann festgesetzt. Außerdem wird ein Netz von Militärstraßen eingerichtet, das den Staat in seiner ganzen Ausdehnung durchkreuzt: eine derselben reichte von Magdeburg bis nach Glogau, andere sicherten den Franzosen die Verbindung mit Sachsen, Schwedisch-Pommern und Danzig. Daran schließen sich die Bestimmungen, durch welche die militärische und politische Bedeutung Preußens annullirt werden sollte. Während eines Zeitraums von zehn Jahren darf der König nicht mehr als 42,000 Mann unter den Waffen haben, und wenn es zum Kriege mit Österreich kommt, ist er verpflichtet, eine Division von 16,000 Mann, bestehend aus Infanterie, Cavallerie und Artillerie, zur Armee Napoleon's stoßen zu lassen.

In mehreren Conferenzen mit dem Herzog von Cadore suchte Prinz Wilhelm gegen die Grausamkeit dieser Forderungen anzukämpfen. Der einzige Punkt, in dem er Entgegenkommen fand, betraf den Modus der Allianz gegen Österreich. Die Zahl der Hülfstruppen wurde von 16,000 auf 12,000 Mann herabgesetzt; auch kam es zu einer Vereinbarung darüber, daß diese Verpflichtung erst mit dem Jahre 1809 in Kraft treten sollte. Um so hartnäckiger erwies sich Champagny in Bezug auf die finanzielle Seite des Vertrages. Der Prinz und Brockhausen gaben sich die größte Mühe von den in Warschau sequestrirten Capitalien wenigstens diejenigen zu retten, die der Bank, der Seehandlung, der allgemeinen Wittwencasse gehörten. Sie führten noch einmal aus, es handle sich hier nicht um Staatseigenthum, sondern um Besitz von Privatpersonen, die ihr Vermögen jenen Instituten anvertraut hätten. Der Staat würde um allen Credit kommen, wenn er seinen Gläubigern nicht gerecht zu werden vermöge. Es gelang den preußischen Unterhändlern nicht, mit ihren Vorstellungen durchzudringen. Hauptsächlich bewegte sich die Discussion um den definitiv fest zu stellenden Betrag der Kriegssteuer. Gegen die Summe,

die Napoleon genannt hatte, ließen sich die begründetsten Einwendungen erheben. Der Prinz legte die Rechnung Daru's aus dem November 1807 vor, in welcher die rückständige Contribution nur noch auf 119 Millionen veranschlagt worden war. Bei den Verhandlungen im März 1808 war die Summe ohne Widerspruch des Generalintendanten auf 102 Millionen fixirt worden, repräsentirten doch allein die Lieferungen für die französische Armee nach dem Tilsiter Frieden einen Werth von 35 Millionen. Das Mindeste, was man verlangen konnte, war, daß das mühsam erstrittene Resultat der Vereinbarungen mit Daru von der französischen Regierung nicht wieder umgestoßen werde. Und in der That schien es einen Augenblick, als ob die Gerechtigkeit den Sieg davon tragen sollte. Am 23. August eröffnete Champagny, der Kaiser sei damit einverstanden, die Summe, über deren Empfang Daru quittirt habe, von den 154 Millionen in Abzug zu bringen. Darauf geht der Prinz mit Brockhausen und seinen anderen Begleitern, Alexander von Humboldt und Le Coq, zu Rathe. Er legt ihnen die Frage vor, was zu thun sei? Alle stimmen für die Annahme des Vertrages. Wie oft hatte der König seinem Bruder den Wunsch ausgesprochen, vor allen Dingen die Auseinandersetzung mit Frankreich zum Abschluß gebracht zu sehen[1]). Hatte man Aussicht, jemals bessere Bedingungen zu erlangen? Mußte man sich nicht sagen, daß Napoleon, trotz der Verlegenheiten, die ihn bedrängten, noch immer Mittel genug in Händen hatte, um seine Machtgebote rücksichtslos an Preußen zu vollstrecken? Es wird angeordnet, daß am nächsten Tage, 24. August, im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Unterzeichnung der Convention stattfinden solle. Der Prinz hofft am Ziel seiner Mission zu sein. Bittere Täuschung! Als er erscheint, meldet ihm Champagny, daß der Kaiser Alles verworfen habe.

Ob diese Änderung des Entschlusses besondere politische Gründe hatte, der Prinz erfuhr es nicht. Doch äußert er eine Vermuthung, die wohl der Beachtung würdig erscheint. Er bringt das Verfahren Napoleon's mit dem Ereigniß von Constantinopel in Verbindung[2]). Der Umschwung der Dinge, der dort vor sich gegangen, drohte die Entwürfe Napoleon's zu durchkreuzen. In Folge einer Verschwörung, an der die ersten Würdenträger der Pforte theilnahmen, waren Mustafa Bairaktar und der Großvezier mit ihren Armeen nach Constantinopel aufgebrochen, in der Absicht, Mustafa IV. vom Thron zu stoßen und den früheren Sultan, Selim III.

1) Noch in dem letzten Rescript, das der Prinz erhalten, dem vom 21. Juli (Actenst. Nr. 166), war dies der Fall gewesen.

2) Bericht des Prinzen Wilhelm vom 2. September 1808. Actenst. Nr. 177.

für dessen weise und gemäßigte Herrschaft die Sympathien im Volke nicht erloschen waren, wieder einzusetzen. Am 28. Juli erstürmt Bairaktar das Serail, findet Selim, den Mustafa beim Anrücken seiner Feinde hatte ermorden lassen, als Leiche, bemächtigt sich Mustafa's, übergiebt ihn dem Kerker und erhebt den Bruder desselben, Mahmud II., zum Herrscher. Die neue Palastrevolution warf abermals ein grelles Licht auf die unaufhaltsame Zersetzung der türkischen Zustände; sie konnte auf die gegenseitigen Beziehungen der großen Staatsmächte einen unberechenbaren Einfluß ausüben, denn mit der Beseitigung des Sultan Mustafa war der eigentliche Repräsentant des türkisch-französischen Bündnisses vom Schauplatz abgetreten, und der Mann, der die gegenwärtige Regierung auf seiner Schulter trug, Mustafa Bairaktar, dem der neue Herrscher durch Verleihung des Großvezierats die volle Gewalt in die Hand gegeben hatte, galt für einen Anhänger der Russen; es ging über ihn das Gerücht, schon von Rustschuk aus habe er mit den Heerführern der russischen Armee an der Donau geheime Verbindungen angeknüpft. Seine politische Gesinnung offenbarte sich sogleich in der unzweideutigsten Weise. Als der französische Gesandte im Lager Bairaktar's erschien, um den neuen Machthaber zu begrüßen, ließ dieser ihm eine Behandlung zu Theil werden, wie sie wohl noch an keinem Hofe Europas einem Vertreter Napoleon's widerfahren war. Inmitten einer zahlreichen Zuhörerschaft, die aus seinem militärischen Gefolge bestand, erging sich der Großvezier in den heftigsten Vorwürfen über die Treulosigkeit der französischen Politik. Man würde sich längst mit Rußland geeinigt haben, sagte er, wenn Frankreich nicht dazwischen getreten wäre. Der Vezier ging so weit, die Unbeständigkeit der Freundschaft Napoleon's mit der Liebe einer Courtisane zu vergleichen[1]). La Tour täuschte sich nicht darüber, daß es mit dem Einfluß der französischen Diplomatie in Constantinopel völlig zu Ende sei: nach der Meinung, die er dem Kaiser vortrug, konnte an dem baldigen Abschluß eines Separatfriedens zwischen der Türkei und Rußland kaum noch gezweifelt werden. War dies wirklich der Fall, dachte Alexander wirklich daran, sich in der orientalischen Frage

1) Berichte Stürmer's vom 27. Juli und 10. August; in letzterem heißt es unter anderm, Bairaktar habe dem Gesandten geantwortet: »dans des termes très peu honnêtes et que la décence ne me permet pas de transmettre, mais qui équivalent à ceux-ci: l'amitié de Bonaparte est celle d'une courtisane«. (W. St. A.). Bericht Bosgiovich's 10. August: La Porte . . semble être rassurée de la part de la Russie et si elle continue de faire des dispositions militaires de ce côté là, celles-ci paraissent être dirigées à une coopération plutôt qu'à une aggression.

von Frankreich zu trennen, schlug er diese Richtung ein, die ganz den Wünschen Englands entsprach und daher leicht zu einer Wiederannäherung zwischen Rußland und England führen konnte, so blieb freilich für die Fortdauer des Systems von Tilsit nicht mehr viel zu hoffen. Vielleicht daß sich dem Geiste Napoleon's die Situation von dieser Seite darstellte. Es würde dann nur als die logische Folge seiner bisherigen Politik zu betrachten sein, wenn er jetzt die Hand um so fester auf Preußen legte.

Ein Mittel dazu ließ sich leicht ersinnen. Champagny gebrauchte den Vorwand, der Kaiser habe die Rechnungen Daru's noch einmal durchgesehen und darin gefunden, daß die Kriegssteuer, die der König ihm schulde, sich nicht auf 154, sondern auf 180 Millionen belaufe; er sei bereit, die Summe um 30 Millionen zu ermäßigen, wenn Preußen auf jede weitere Gegenrechnung Verzicht leisten wolle. Den Prinzen überkam ein Gefühl sittlicher Empörung, als dieses Gewebe von Lug und Trug ihm vorgehalten wurde. Das Bewußtsein des guten Rechtes, das er vertrat, ließ ihn auch diesmal den richtigen Weg finden: er weigerte sich, die Convention ohne den Abzug von 35 Millionen zu unterschreiben. Während nun Champagny und Brockhausen fortfuhren mit einander zu streiten, jener bis auf 140 Millionen zurückging, dieser zuerst 100, dann 112 Millionen anbot, bewarb der Prinz sich um eine Audienz bei Napoleon. Als sein Gesuch unbeantwortet blieb, schrieb er am 27. an den Kaiser: er bezeichnete 112 Millionen als das Maximum dessen, was Preußen zu zahlen vermöge, und schilderte den niederschlagenden Eindruck, den es im Lande hervorbringen müsse, wenn er nach einem Aufenthalt von acht Monaten mit Bedingungen zurückkehre, die ungünstiger seien als die, welche Daru dem Freiherrn von Stein bewilligt habe. Am folgenden Tage erhielt er eine Einladung zur Hofjagd auf den 29. August. Er nahm sich vor, mit Napoleon eindringlich zu reden, noch einmal zu versuchen, ob es ihm gelingen werde, mäßigere Bedingungen zu erwirken. Da aber traf es sich, daß im Laufe der Nacht die Königsberger Instructionen vom 12. in Paris anlangten. Ein Beamter der Friedenscommission zu Berlin, der Geheime Kriegsrath Dubois, überbrachte sie. Der Prinz überflog ihren Inhalt und sah auf den ersten Blick die weite Kluft, die zwischen den Aufträgen seines Bruders und den Forderungen des Kaisers bestand, für welche keine Kunst der Diplomatie die ausgleichende Formel zu finden vermochte. Der Kampf, der in ihm auf- und niederwogte, benahm ihm den Muth, sein Anliegen dem Kaiser vorzutragen. Selbst Tolstoi meinte, der Prinz dürfe von den Instructionen keinen Gebrauch machen, wenn

man nicht Gefahr laufen wolle, es mit Napoleon für immer zu verderben. Es gab keinen anderen Ausweg, als den Stand der Sache dem Könige mitzutheilen und seine Befehle einzuholen, was denn auch am 2. September geschah. Dabei war jedoch die Absicht des Prinzen nicht, die Verhandlungen unter allen Umständen bis zur Ankunft des Bescheides auszusetzen: er bereitete sich vielmehr vor, noch ein vermittelndes Anerbieten zu stellen, 125 statt 112 Millionen, — auf weitere Zugeständnisse aber gedachte er sich ohne ausdrückliche Ordre seines Bruders nicht einzulassen.

Das Schicksal hatte es anders beschlossen! An demselben Tage, an welchem der Bericht des Prinzen abging, kam der aufgefangene Brief Stein's in Napoleon's Hand. Der oben schon genannte Assessor Koppe, dem die Übergabe dieses Schreibens anvertraut war, hatte am 16. August Königsberg verlassen, um sich über Berlin, wo er einige Tage verweilen wollte, nach dem Seebade Dobberan, dem damaligen Aufenthaltsort des Fürsten Wittgenstein, zu begeben. Das französische Militärgouvernement in Berlin wußte im Voraus von der Ankunft Koppe's, da es aus Königsberg Nachricht erhalten hatte, daß derselbe demnächst mit wichtigen Papieren in der Hauptstadt eintreffen werde. Wer den Verrath in Königsberg vollführt hat, läßt sich nicht mehr feststellen: die öffentliche Meinung lenkte den Verdacht von vorn herein auf die persönlichen Gegner Stein's, und diese Ansicht ist von späteren Forschern ohne Weiteres aufgenommen worden, obwol sich ein authentischer Beweis dafür nicht beibringen läßt[1]). Der urkundlich beglaubigte Thatbestand ist der folgende: Die französische Behörde hatte in Folge der Mittheilungen aus Königsberg einem ihrer Beamten, der speciell für das Geschäft der Spionage verwendet wurde, einem ehemaligen Holländer von Geburt, de Vigneron, den Befehl ertheilt, auf Koppe zu fahnden und sich seiner Person zu bemächtigen. Vigneron bediente sich dazu eines Berliner Bürgers, mit Namen Jiesche, der für die Franzosen schon öfters als Spion thätig gewesen war und der später seine Frevelthaten in langjähriger Kerkerhaft büßen mußte. Mit Hülfe dieses Complicen wußte Vigneron den Tag der Abreise Koppe's auszukundschaften; als dieser die Stadt kaum verlassen hatte, wurde er in seinem Reisewagen von französischen Gensdarmen angehalten, seiner Briefschaften beraubt und gefangen genommen[2]).

---

1) Vgl. Pertz, Stein's Leben II 235; Häusser, Deutsche Geschichte III 188.

2) Die Gefangennahme fand nicht auf dem Wege nach Spandau statt, wie bei Pertz erzählt wird, sondern auf der Straße nach Tegel. Nähere Details über die bei dem Vor-

In dem Schreiben Stein's an Wittgenstein gewahrte Napoleon den schlagendsten Beweis für die kriegerischen Pläne Preußens. Gleich am 3. September wurden Prinz Wilhelm und Brockhausen zu Champagny berufen. Der Minister legte ihnen zunächst die Frage vor, ob sie auf die Forderung von 140 Millionen eingehen wollten? Als sie bei ihrer Weigerung verharrten, ergriff er das Schreiben Stein's, das auf seinem Arbeitstisch lag und übergab dasselbe dem Prinzen Wilhelm, der die Ächtheit des Schreibens weder anerkannte noch zu leugnen vermochte. Dann erklärte Champagny: der Kaiser bedauere jetzt die Ermäßigung seiner Forderungen von 180 auf 140 Millionen; er wolle wissen, wie er mit Preußen daran sei, deshalb erwarte er in spätestens zwei Tagen eine bestimmte Entscheidung über Annahme oder Nichtannahme des Vertrages. Vergeblich bat der Prinz, ihm bis zur Rückkehr seines Couriers Frist zu gewähren. Der Herzog von Cadore erwiderte: das würde 26 Tage dauern; so lange habe der Kaiser nicht Zeit; er stehe auf dem Punkte seine militärischen Dispositionen zu treffen, und diese seien abhängig von der Erklärung der preußischen Bevollmächtigten.

Sollte Prinz Wilhelm die Verhandlungen abbrechen, sich aus Paris entfernen? Er fühlte es wohl: er war hierin nicht mehr Herr seines Willens; Napoleon würde ihn nicht aus seiner Gewalt gelassen haben. Der Entschluß, den er zu fassen hatte, concentrirte sich in letzter Instanz auf die Frage, ob Preußen darauf rechnen dürfe, bei anderen Mächten Unterstützung zu finden, wenn es dem Gebot des Siegers zu trotzen wagte. Zwar die Nachrichten von jenseits der Pyrenäen lauteten fortdauernd ungünstig für Frankreich. Noch ehe die Capitulation von Cintra bekannt geworden, hielt Jedermann die Vernichtung des Junot'schen Corps für gewiß. Die Wahrscheinlichkeit wuchs, daß der Armee in Spanien neue Verstärkungen nachgeschickt werden mußten. Aber gestaltete sich nicht trotz alledem die Lage Europas für den Kaiser ungleich weniger kritisch als noch vor wenigen Wochen, wo er der Gefahr einer plötzlichen Waffenerhebung Österreichs gegenüber gestanden hatte? Brockhausen bezeichnet die veränderte Politik Österreichs als ein Hauptmotiv für die Annahme des Vertrages[1]). Ohne zu wissen, was Metternich mit Napoleon und Champagny verhandelte, war Prinz Wilhelm überzeugt, daß alle Anstrengungen desselben auf die Erhaltung des Friedens gerichtet seien. Und hatte Österreich nicht seit Jahr und Tag die Occupation Preußens regungslos mit

gang betheiligten Personen geben wir in der Anmerkung zu dem Bericht des Prinzen Wilhelm vom 9. September 1808, Actenst. Nr. 178.

1) Bericht Brockhausen's vom 9. September. Actenst. 204.

angesehen? Sollte man sich der Illusion hingeben, daß Kaiser Franz für Preußen eintreten werde, wenn Napoleon seine Streitkräfte in Deutschland zu einem überwältigenden Schlage gegen Preußen zusammenraffte? Und daß dies leicht der Fall sein konnte, daß die Verwerfung des Ultimatums eine sofortige Kriegserklärung zur Folge haben würde, darüber ließen Champagny's Reden keinen Zweifel. Das war es, was Prinz Wilhelm am meisten fürchtete. Ehe der König noch im Stande gewesen wäre, seine in allen Provinzen zerstreuten Truppen halbwegs zu sammeln, geschweige denn zu verstärken, hätte Napoleon von der Elbe oder von der Oder her den Angriff beginnen können. An Mannschaften fehlte es ihm nicht: soeben wurde dem Senat ein Gesetzentwurf vorgelegt, der 160,000 Mann, 80,000 aus den Conscriptionen von 1806 bis 1809 und ebensoviel aus der Conscription von 1810, zu den Waffen rief (5. September). Oder sollte man sich der Hoffnung getrösten, daß es Alexander nicht bis zum Äußersten kommen lassen werde? War es nicht hauptsächlich seiner Zurückhaltung beizumessen, wenn dem preußischen Staat nach vierzehn Monaten unsäglichen Leidens jetzt Bedingungen auferlegt wurden, die viel schlimmer waren als Alles, was man seit den Tagen von Tilsit hatte befürchten müssen. Ein letzter Versuch Tolstoi's, für die Rechte Preußens einzutreten, blieb wirkungslos. Wohin man blickte, nirgends Aussicht auf Hülfe und Rettung! Das Opfer mußte gebracht werden: am 8. September vollzog der Bruder des Königs die Unterschrift. Er that es mit schwerem Herzen, — in der Überzeugung, daß die Existenz seines Vaterlandes auf dem Spiele stehe, wenn er zauderte. Napoleon mußte durch Annahme des Vertrages beruhigt werden; nur dann war die Möglichkeit vorhanden, wenigstens in der Zukunft, vielleicht bei der Entrevue in Erfurt durch Alexander's persönliche Vermittelung, noch ein und die andere Modification des Vertrages zu erzielen. In der Conferenz vom 3. September hatte Champagny eine Zusatzbestimmung gefordert, die den König verpflichten sollte, alle Unterthanen der im Tilsiter Frieden abgetretenen Provinzen aus seinem Dienst zu entlassen. Damit glaubte Napoleon das Verdict über Stein gesprochen, er hielt ihn für einen Westfalen. Trotz aller Gegenvorstellungen mußte der betreffende Artikel in den Tractat aufgenommen werden, allein Champagny hatte mehrmals gesagt, nach erfolgtem Abschluß solle die Affaire des Stein'schen Briefes vergessen sein. Der Prinz hoffte, Napoleon werde nunmehr auf die Entlassung Stein's nicht wieder zurückkommen. Überhaupt waren ihm in Bezug auf die Ausführung der Convention beruhigende Versprechungen gemacht worden. Der Kaiser werde nicht gerade nach der Strenge des Buchstabens verfahren, sondern

namentlich in allen Geldangelegenheiten den Bedrängnissen Preußens billige Rücksicht schenken. Endlich hatte Prinz Wilhelm die Vorsicht gebraucht, in sehr bestimmter Weise seine Zweifel an der Erfüllbarkeit der auferlegten Bedingungen auszudrücken: dieser Erklärung konnte sich sein Bruder als Vorwand für die Verweigerung oder Verzögerung der Ratification bedienen, wenn unerwartet vielleicht doch noch ein Umschwung der Verhältnisse eintrat, der dem preußischen Staat Mittel und Wege bot, sich der Gewalt Frankreichs zu entringen. Denn so sehr der Mißerfolg seiner Sendung den Prinzen niederdrückte, in der Tiefe seiner Seele regten sich doch noch andere Gedanken! Leopold von Ranke erzählt eine Äußerung von ihm, die er in späteren Lebensjahren gethan: schon während seiner Anwesenheit in Paris, mitten in dem Anblick der monumentalen Schöpfungen, die das Kaiserreich seiner eigenen Glorie errichtet hatte, sei in ihm die Ahnung aufgestiegen, all' diese Herrlichkeit werde nicht von Bestand sein. Anklänge an diese Stimmung finden sich auch in den Briefen des Prinzen: der Glaube an eine bessere Zukunft hat ihn niemals verlassen!

16.

Ziele der preußischen Politik im September 1808.

So zwingend die Nothwendigkeit war, die den Tractat vom 8. September herbeiführte, in Königsberg hatte man einen andern Ausgang erwartet. Mit den Berichten über die ersten Anträge des Herzogs von Cadore waren am 24. August authentische Mittheilungen über den Untergang des Dupont'schen Corps nach Königsberg gelangt, und fast zu derselben Zeit erhielt man die Nachricht von dem Abfall der spanischen Regimenter auf den dänischen Inseln. Am 25. schrieb der König auf den Rath Stein's an seinen Bruder: die Verhältnisse hätten sich völlig geändert, er wünsche nicht mehr, über eine Allianz mit Frankreich in Unterhandlung zu treten; der Prinz möge die Arrangements wegen der Kriegssteuer zu erledigen suchen, dagegen die Eröffnungen im Betreff des Bündnisses, die ihm etwa gemacht werden könnten, zu weiterer Berichterstattung an den König entgegennehmen und eiligst Paris verlassen[2]). Man setzte nicht voraus, daß der Prinz bei der Verhandlung noch auf Schwierigkeiten stoßen werde.

1) Vgl. L. v. Ranke, Hardenberg IV 163.

2) Votum Stein's, Actenst. Nr. 175 und Erlaß an den Prinzen Nr. 176.

Gleich die folgenden Nachrichten jedoch konnten über den wahren Thatbestand keinen Zweifel lassen. Champagny's Hindeutung auf den Eintritt in den Rheinbund rief die größte Entrüstung hervor. Der König sah darin eine Herabwürdigung Preußens, die mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Die Kriegspartei hielt den Augenblick für günstig, um noch einmal ihre Pläne darzulegen: so sind die Denkschriften Stein's vom 30. August und Scharnhorst's vom 1. September entstanden [1]). Sie laufen beide auf den gleichen Gedanken hinaus: nicht von Verträgen mit Frankreich, sondern nur von der äußersten Anspannung der eigenen Kräfte dürfe man die Rettung des Staates erwarten. Napoleon's Ansprache an Metternich, die inzwischen auch in Königsberg bekannt geworden, wurde hier als Zeugniß dafür angesehen, wie sehr die Haltung Österreichs den Kaiser mit Sorge erfülle. Die preußischen Patrioten konnten dadurch nur in ihrer Meinung bestärkt werden, daß Alles geschehen müsse, um Österreich zum Widerstande anzuspornen. Kaiser Franz, meinte Stein, solle von Napoleon die Räumung Preußens fordern, also Preußens Sache zu der seinigen machen, wohingegen der König das Versprechen ablegen würde, mit allen Hülfsmitteln seines Landes, Armee und Insurrection, auf die Seite Österreichs zu treten. Dabei war jedoch die Ansicht, einstweilen müsse man mit Frankreich scheinbar noch in freundschaftlichen Beziehungen bleiben, bis der Vertrag zu Stande gekommen, und erst sobald auf Grund des letzteren das preußische Gebiet von den fremden Truppen befreit, sollten die militärischen Vorbereitungen getroffen werden, damit die erste Gelegenheit zum Losschlagen benutzt werden könne. Es war dabei nicht nur Vermehrung des Heeres, sondern vornehmlich auch Bewaffnung des Volkes in größtem Maßstabe in Aussicht genommen. In einem Entwurf, den er dem König vorlegte, berechnete Scharnhorst die Zahl der Milizen, die spätestens innerhalb drei Wochen verfügbar sein würden, auf 80,000 Mann. Sein Memoire beginnt mit den Worten: Preußens gegenwärtige politische Lage erfordert das entschlossenste Benehmen und die größte Kühnheit. Nur eine „decisive Partie", — so drückt er sich aus — die Politik der That, vermag das Vaterland vor dem Untergange zu bewahren. Deshalb darf man nicht abwarten, bis der König gezwungen wird, sich mit Napoleon gegen Österreich zu verbünden: denn wird Österreich besiegt, so ist auch die Vernichtung Preußens nur noch eine Frage der Zeit. Zögert Österreich, den Kampf aus eigenem Antriebe zu beginnen, so muß Preußen die

1) Pertz, Stein's Leben, II 214. 216.

Initiative ergreifen und eine Aufforderung zu gemeinschaftlicher Kriegsführung an den Wiener Hof ergehen lassen. Findet dieser Antrag Gehör, so werden die preußischen Truppen bis an die Oder vorgeschoben, und in dem Augenblick, wo die österreichische Armee sich in Bewegung setzt, bricht im ganzen Lande der Aufstand der Bevölkerung aus. Erklärt sich Österreich aber gegen den Krieg, oder wird es für zu gefährlich erachtet, in Wien wegen eines Bündnisses unterhandeln zu lassen, so bleibt nichts übrig, als sich ganz in die Arme Frankreichs zu werfen und die Leitung der Geschäfte solchen Männern zu übertragen, welche das Vertrauen Napoleon's besitzen. Auf diese Alternative verweist auch Stein. Er wußte wohl, daß die Einwirkungen der ängstlich Gesinnten dazu beitrugen, die Bedenken des Königs zu steigern, und wie er stets im Verein mit Scharnhorst Halbheit der Maßregeln bekämpft hatte, so hielt er es auch jetzt für seine Pflicht noch einmal vor der Fortsetzung eines schwankenden Systems zu warnen, das seiner Überzeugung nach den Staat unfehlbar ins Verderben führen müsse.

Friedrich Wilhelm war diesmal doch weit entfernt, dem Rath der Kleinmüthigen zu folgen. Ein Rescript vom 2. September belehrte den Prinzen Wilhelm, daß er sich auf keine Zugeständnisse einlassen solle, die über die Stein'sche Convention hinaus gingen: keine Allianz mit Frankreich, kein intimeres Einverständniß irgend welcher Art, sondern Ermäßigung der Kriegssteuer und Bewilligung langer Zahlungstermine, — das seien die zu erstrebenden Punkte. Aber der König that noch einen weiteren Schritt, aus dem denn doch unwiderleglich hervorgeht, wie die Impulse seines Herzens den Bestrebungen Stein's und Scharnhorst's begegneten. Die Gesandtschaft in Petersburg wurde beauftragt, den Czaren von dem Inhalt der letzten Pariser Depeschen zu unterrichten und ihm auseinander zu setzen, wie verderblich dem preußischen Staat die Annahme der französischen Forderungen sein werde. Gleichzeitig richtete Friedrich Wilhelm an seinen kaiserlichen Freund ein eigenhändiges Schreiben, dessen Inhalt sich auf die Frage zuspitzte, ob es wohlgethan sei, unter den veränderten Aussichten der allgemeinen Weltlage neue Verpflichtungen einzugehen, die den preußischen Staat mit noch festeren Banden als bisher an die Politik Napoleon's ketten würden[1]? Der König hob alle Momente hervor, welche die Existenz Preußens selbst nach der Annahme des Vertrages noch immer als im höchsten Grade gefährdet er-

1) Friedrich Wilhelm an Alexander, 28. August 1808. Actenst. Nr. 74.

scheinen ließen: die fortdauernde Besetzung der Festungen, die unerschwingliche Schuldenlast, die dem Lande aufgebürdet wurde, und vor allem die Reduction der Armee, die ihn der Hoffnung beraube, die Macht seiner Krone jemals wieder zu der alten Bedeutung erhoben zu sehen. Dann lenkte er die Aufmerksamkeit des Kaisers auf das Zerwürfniß zwischen Österreich und Frankreich und schilderte in Worten, die an den Ton der Stein'schen und Scharnhorst'schen Denkschriften anklingen, die unabsehbaren Folgen, die der Sturz Österreichs nach sich ziehen werde. Er legte das offene Bekenntniß ab, daß Rußland und Preußen, von gemeinsamem Interesse geleitet, beide von der Universalmonarchie Napoleon's bedroht, Österreich nicht im Stiche lassen dürften, und drang auf schleunige Berathung der gemeinsam zu ergreifenden Maßregeln, unter Hindeutung auf die Ereignisse in Spanien, die der Freiheit der beiderseitigen Erwägungen zu Statten kämen.

Dies Schreiben, vom 28. August datirt, ist ein werthvolles Denkmal für die Beurtheilung der persönlichen Überzeugungen Friedrich Wilhelm's, das einzige, das uns aus jenen Tagen übrig geblieben; es läßt keinen Zweifel darüber, daß der König sehr geneigt gewesen wäre, sich von Frankreich loszusagen und im Bunde mit Österreich für die Wiederherstellung Preußens zu kämpfen, wenn Rußland diese Politik zu der seinigen gemacht hätte. Denn freilich, der vorwiegenden Rücksicht auf die Handlungsweise Alexander's gedachte er auch jetzt sich nicht zu entschlagen: indem er Alexander bitten ließ, ihm seine Gedanken zu eröffnen, erklärte er zugleich, daß er seine eigenen Entschlüsse von denen Rußlands abhängig machen werde[1].

Die Entscheidung, die Alexander traf, mußte für die nächste Zeit das Schicksal Europas bestimmen. Nicht nur Preußen, sondern auch Österreich hatte an seinen Rath appellirt. Die Wahrscheinlichkeit liegt nahe, daß das Wiener Cabinet mit seiner Kriegserklärung nicht länger zurückgehalten haben würde, wenn Rußland es über sich gewonnen hätte, das Bündniß mit Frankreich fallen zu lassen. Wie leicht wäre es gewesen, in dem Augenblick, wo Napoleon den größten Theil seiner Streitkräfte aus Deutschland ziehen mußte, durch einen combinirten Angriff von Böhmen, Schlesien und Polen her den vereinzelt abziehenden Colonnen des französischen Heeres die Spitze zu bieten. Hätte Alexander damals dem Wiener Hofe zu Schutz und Trutz die Hand geboten, ein Truppencorps über die Weichsel vorrücken lassen, — Preußen würde ohne Zögern seinem Beispiel gefolgt

1) Erlaß an Schöler vom 29. August. Actenst. Nr. 110.

sein, allenthalben in den deutschen Gauen würde der Aufstand des Volkes sein Haupt erhoben haben; unter dem Zusammenwirken aller nationalen Kräfte und eines mächtigen Bundes der kriegsgeübten Armeen wäre an dem Sieg der guten Sache nach menschlicher Berechnung kaum zu zweifeln gewesen! Allein das hohe Ziel der Befreiung Europas, dem Alexander einst mit feierlichen Schwüren die Waffen Rußlands geweiht hatte, — seit dem Tilsiter Frieden lag es hinter ihm wie ein Gebilde der Phantasie; die Besorgniß vor der Macht Napoleon's und der Trieb, im Bunde mit dieser Übermacht seinem Staate Vortheile zu gewinnen, hatten das Übergewicht in seiner Seele. Zwar die Erschütterung, welche die Machtstellung Frankreichs in den letzten Zeiten erlitten, war nicht ohne Eindruck auf ihn geblieben: mit scharfem Auge verfolgte er die Bedrängnisse Napoleon's und äußerte in vertraulichen Gesprächen unverholen seine Genugthuung darüber. Schöler faßt die Anschauungen des Kaisers nach den eigenen Worten desselben in folgende Sätze zusammen: die Angelegenheiten Spaniens sind höchst kritisch; der Augenblick ist günstiger als man je erwarten konnte, um eine Änderung in Europas Verhältnissen erfolgen zu sehen, — aber eben darum würde es der größte Fehler sein, sich zu übereilen[1]). Schon oftmals hatte man erfahren, daß Napoleon sich eines Gegners, der ihm gefährlich zu werden drohte, durch diplomatische Unterhandlungen zu entledigen wußte; so werde er auch diesmal, meinte Alexander, wenn das Wiener Cabinet fortfahre, ihm Grund zur Besorgniß zu geben, auf Mittel und Wege sinnen, um die spanische Nation zufrieden zu stellen, und sich dann mit seiner ganzen Macht auf Österreich werfen. Das aber gerade war es, was der Czar um jeden Preis zu verhindern wünschte. Die Schlagfertigkeit der österreichischen Armee flößte ihm kein Vertrauen ein: er hielt die Niederlage für gewiß und verbarg sich nicht, daß nach dem Fall Österreichs auch ihm keine andere Wahl bleiben würde als Unterwerfung unter die Herrschaft des Weltbezwingers oder Vertheidigung auf Leben und Tod. Noch aber waren die Dinge nicht bis an diese äußerste Grenze gekommen. Der gegenwärtige Moment bot für die besonderen Interessen Rußlands unzweifelhafte Vortheile dar. Die Erwerbung der territorialen Vergrößerungen, auf die das Dichten und Trachten der russischen Politik gerichtet war, schien endlich der Verwirklichung nahe gerückt. Denn wenn Napoleon bisher den oft erneuerten Forderungen Rußlands gegenüber sich mit leeren Ausflüchten beholfen hatte, jetzt wo er von der Bundesgenossenschaft

1) Schöler 7. September 1808. Actenst. Nr. 111.

Alexander's neue Dienste verlangte, mußte er dem doppelten Spiel ein Ende machen.

Es war am 21. August, als der Eilbote in Petersburg eintraf, der die Verhaltungsbefehle für den Herzog von Vicenza überbrachte; in 17 Tagen hatte er die Reise von Rochefort nach Petersburg zurückgelegt[1]). Der Gesandte begab sich sofort zum Kaiser und las ihm die Schriftstücke vor, die er erhalten hatte. Alles, was wir von dem Inhalt derselben wissen, deutet darauf hin, daß Napoleon es an der Eröffnung glänzender Aussichten nicht fehlen ließ. Alexander solle erkennen, versicherte er, daß er es mit keinem Undankbaren zu thun habe. Und wie er nach dem Wortlaut des Tilsiter Friedens die theilweise Wiederherstellung des preußischen Staates nur mit Rücksicht auf die Fürsprache seines nordischen Alliirten zugestanden hatte, so kündigte er jetzt die Befreiung Preußens als einen Beweis seiner Erkenntlichkeit für die Dienste an, die Rußland ihm geleistet. Die unerträglichen Bedingungen, die Champagny dem Bruder Friedrich Wilhelm's vorzuschreiben hatte, berührte er natürlich mit keinem Worte. Wie die Auffassung Alexander's einmal war, konnte es Caulaincourt nicht schwer werden, die Entschließungen des Czaren in Bezug auf Österreich ganz im Sinne Napoleon's zu lenken. Alexander hatte bisher die Anträge des Grafen Stadion, deren Vermittelung Kurakin übernommen, noch nicht beantwortet; offenbar wollte er jede Kundgebung in dieser Sache vermeiden, bevor er wisse, wie sich Napoleon zu Österreich stellen werde. Jetzt mußte er Farbe bekennen. Es wurde eine Note nach Wien geschickt, in der Alexander erklärte, daß er die französische Allianz nicht aufgeben werde, und in der er den österreichischen Kaiser bei der wahrhaftigen Freundschaft, die er für ihn hege, feierlichst beschwor, die Spannung mit Frankreich nicht weiter zu treiben, seine Armee wieder auf den Friedensfuß zu setzen[2]). Dies Schreiben war noch nicht nach Wien gelangt, als Kaiser Franz, aufgeschreckt durch die Scene am Napoleonstage, bei welcher der Imperator Österreich mit der offenen Feindschaft Rußlands bedroht hatte, sich veranlaßt fühlte, den Petersburger Hof noch einmal über seine Absichten zu befragen. In einer Weisung vom 29. August, welche Baron Binder dem Grafen Romanzoff mittheilen sollte, versicherte Franz aufs Neue, es sei ihm niemals in den Sinn gekommen, den Krieg gewaltsam heraufbeschwören zu wollen, und übersandte zu seiner Rechtfertigung Abschriften

1) Schladen an den König 29. August 1808.

2) Vgl. den Auszug aus dem Rescript an Kurakin. Actenst. Nr. 238.

der Metternich'schen Correspondenz, aus der zu entnehmen war, daß die österreichische Diplomatie in Paris ohne Unterlaß für den Frieden gewirkt habe[1]). Zugleich aber wiederholte er, was Stadion vor Wochen zu Kurakin gesagt, daß er die Unabhängigkeit Österreichs gegen einen Angriff Napoleon's aufs Äußerste vertheidigen werde. In diesem Fall hoffe er bei Rußland soviel Interesse für die Erhaltung seines Staates voraussetzen zu dürfen, daß es sich nicht auf die Seite Frankreichs schlagen werde. Binder hatte sogar den Befehl, wenn seine Eröffnungen bei dem russischen Kanzler günstige Aufnahme fänden, noch weiter zu gehen und noch einmal den Antrag auf ein förmliches Bündniß mit Rußland zu stellen. Ohne Zweifel war der Herzog von Vicenza von dem Verhalten der österreichischen Politik unterrichtet und deshalb nur um so mehr darauf bedacht, den russischen Kaiser noch zu ernsteren Manifestationen zu bewegen. Er stellte ihm vor, man müsse dem Wiener Cabinet den Glauben an eine Änderung des Systems in Rußland benehmen und zu diesem Zweck durch Kurakin erklären lassen, daß Rußland sich in keinem Fall von Frankreich trennen werde. Der Gesandte müsse sagen, wenn Österreich Miene machen sollte, zur Offensive überzugehen, so sei der Petersburger Hof entschlossen, augenblicklich die diplomatischen Beziehungen mit Österreich abzubrechen. „Nun gut", erwiderte Alexander, „er wird es sagen"[2]). Und in der That ist hierauf ein Befehl an Kurakin ausgefertigt worden, der im Wesentlichen der von dem französischen Botschafter gegebenen Anregung entsprach, wenn auch die Erklärung, die Rußland abgab, in eine sehr viel mildere Form gekleidet war, als jener angedeutet hatte. Kurakin sollte dem Wiener Hofe vorstellen: man möge sich durch den bisherigen Gang der Ereignisse in Spanien nicht zu trügerischen Hoffnungen verleiten lassen; denn gerade weil die französischen Waffen dort bisher kein Glück gehabt, werde Napoleon mit Freuden nach einem Vorwand greifen, um den Krieg in Spanien zu vertagen. Das Klügste was man thun könne, sei daher, die weitere Entwickelung der Dinge abzuwarten; man werde dann immer noch Zeit behalten, je nach den eintretenden Umständen seine Entschlüsse zu fassen. „Wenn Österreich dieses Verfahren einschlägt", schrieb Alexander, „so würde es mir die traurige Nothwendigkeit ersparen, die Gegenpartei zu ergreifen, denn ich bin dazu nur verpflichtet, wenn ein Angriff von österreichischer Seite erfolgt"[3]). Von Stund an erkannte man am Wiener

1) Erlaß an Binder, Wien 29. August. (W. St. A.).

2) Bignon VII 434, nach den Depeschen Caulaincourt's.

3) Vgl. die Weisung an Kurakin Actenst. Nr. 239 und Beer a. a. O. S. 347, wo

Hofe, daß auf Rußland nicht mehr zu rechnen sei. Und damit hatte Napoleon eigentlich schon erreicht, was er wollte: ein wesentlicher Theil des Programms, zu dessen Lösung die Staatsaction von Erfurt dienen sollte, war im Voraus erfüllt!

Was den oben erwähnten Versuch des englischen Cabinets anbetrifft, die russische Politik in andere Bahnen zu lenken (S. 228), so blieb er wirkungslos. Graf Münster hatte auf Befehl Canning's die englischen Anträge einem hannoverschen Diplomaten, dem Geheimen Rath von Bremer übersandt, der bis zum Frieden von Tilsit Geschäftsträger in Petersburg gewesen und danach unter ähnlichen Verhältnissen wie Graf Hardenberg in Wien daselbst zurückgeblieben war. Allein kurz vor dem Eintreffen der Weisungen Münster's hatte Bremer auf einen Machtspruch Romanzoff's Rußland verlassen müssen. Canning hatte jedoch die Vorsicht gebraucht, gleichzeitig noch ein Schreiben an Alexander zu richten, das denn auch wirklich durch die Vermittelung einer Vertrauensperson, deren Namen man nicht kennt, Anfang September in die Hände des Czaren gelangte. Die Äußerungen, die Alexander that, als er das Schriftstück empfing, sind sehr characteristisch für die entgegenstehenden Gesichtspunkte, welche seine Politik damals beherrschten: er sprach von seiner Abneigung, sich auf neue Coalitionen einzulassen, aber er sagte zugleich, er werde glücklich sein, wenn Napoleon eine Niederlage in Spanien erlitte und dadurch an der weiteren Verfolgung seiner Pläne verhindert würde[1]). Und in diese Tage fiel nun auch die Übergabe des Briefes, den Friedrich Wilhelm III. an Alexander gerichtet hatte. Der Czar kannte den Wechsel, der in den Anschauungen des preußischen Hofes eingetreten war; die Worte des Königs fanden ihn daher nicht unvorbereitet, aber sie ließen ihn einen tieferen Blick in die Überzeugungen seines Freundes thun. Er las aus jeder Zeile den Wunsch Friedrich Wilhelm's, auf die Seite Österreichs zu treten, und da diese Politik der seinigen schnurstracks entgegenlief, so säumte er keinen Augenblick, die Ausführungen des Königs mit

jedoch das Datum, 19. September 1808, nicht auf den Tag der Abfassung der Ordre an Kurakin zu beziehen ist, sondern auf den eines Berichtes, mit welchem Stadion den ihm mitgetheilten Auszug aus jener Ordre dem Kaiser vorlegte.

1) Aus einem Schreiben des Grafen Münster an Graf Hardenberg in Wien vom 23. December 1808: L'Empereur a gardé l'original de la lettre de Monsieur Canning, mais tout en disant, qu'il ne pouvait pas y répondre, qu'il ne voulait plus entrer dans une nouvelle coalition: il n'a cependant pas caché, qu'il serait bien aise que Bonaparte éprouvât des revers en Espagne, pour arrêter ses vastes idées.

seinen Gegengründen zu beantworten. Am 11. September schrieb er ihm: er sehe den Krieg zwischen Österreich und Frankreich als das größte Unglück an, von dem Europa betroffen werden könne, denn die Vernichtung Österreichs würde die Folge davon sein. Es müsse alles geschehen, um den Kampf zu verhindern. In den Zeiten der Revolution, unter einem schwachen Regime, sei Frankreich stark genug gewesen, dem Gesammtbunde der europäischen Staaten Widerstand zu leisten; unmöglich könne man annehmen, daß es jetzt, nach einem so ungeheuren Zuwachs seiner Macht und von den besten Feldherrn geführt, durch die Vorgänge in Spanien verhindert werden sollte, sich gegen Österreich zu behaupten. „Das ist mein Glaubensbekenntniß, Sire", fuhr er fort, „und ich theile es Ihnen mit in voller Offenheit, indem ich mir vorbehalte, mündlich mehr darüber zu sagen"[1].

Auf den 17. September war die Abreise des Kaisers nach Erfurt festgesetzt. Sein Weg führte ihn über Königsberg, wo er kurze Zeit bei der königlichen Familie zu verweilen gedachte. In den letzten Unterredungen mit Schöler und Schladen legte er das feierliche Versprechen ab, daß er die Rechte Preußens in Erfurt mit größtem Nachdruck vertheidigen werde. Alles was er aus den preußischen Berichten über die unerhörten Forderungen vernahm, gegen die Prinz Wilhelm vergeblich anzukämpfen suchte, erfüllte ihn von Neuem mit Mißtrauen. Ein schwerer Unfall, der soeben seiner Seemacht im baltischen Meere begegnet war, hatte ihn ohnehin in eine gereizte Stimmung versetzt. Nach langen Vorbereitungen war die russische Flotte endlich in der zweiten Hälfte des Juli von Kronstadt aus in See gegangen. Gleich bei dem ersten Zusammentreffen mit den Schweden, die noch durch einige englische Fahrzeuge verstärkt waren, erlitt sie eine vollständige Niederlage: das Geschwader wurde in regelloser Flucht und unter Verlust eines Linienschiffes an die Küste Esthlands zurückgeworfen[2]. Schon oft hatte Alexander geklagt, daß ihm aus der Verbindung mit Frankreich nichts als Sorgen, Opfer und Enttäuschungen erwüchsen: im Begriff, die Verträge, die ihn an Napoleon fesselten, noch enger zu knüpfen als bisher, sollte er diese Wahrheit noch einmal auf das bitterste empfinden. Über die Behandlung Preußens kam es zwischen ihm und Caulaincourt zu lebhaften Erörterungen. Der Czar verhehlte nicht, daß er die französischen Bedingungen für unvereinbar mit dem Geist und dem Buchstaben des Tilsiter

1) Vgl. Actenstück Nr. 75.

2) Nach Berichten Schladens, vgl. Th. v. Bernhardi, Russische Geschichte II 2, 567.

Friedens erachte und die Rücksicht auf Rußland vermisse, die Napoleon wahrzunehmen versichert habe. Zu Schöler sagte er kurz vor dem Abschiede: „Ich werde mich bei der Zusammenkunft durchaus auf nichts einlassen, ehe nicht Preußens Angelegenheiten nach Wunsch beendigt sind“ [1].

Friedrich Wilhelm bemühte sich, dem Empfang seines kaiserlichen Freundes einen besonders festlichen Charakter zu geben. An der Grenze begrüßte General Lestocq den russischen Herrscher; in Memel bewirtheten ihn die Stände; bei der Ankunft in Königsberg, am 18. September Abends, bewillkommnete ihn der König vor dem Roßgärtner Thor, im Beisein der älteren Prinzen und der Generalität. Beide Monarchen hielten ihren Einzug zu Pferde; die ostpreußischen Cuirassiere ritten voran; die Truppen waren in Parade aufgestellt; an den Stufen der Schloßtreppe harrte die Königin mit ihren Kindern des hohen Gastes. Scharnhorst und Gneisenau gehörten zu den Officieren, die den Ehrendienst bei dem Kaiser zu versehen hatten. Am 19. fand eine Revue der Truppen und ein Besuch der nahe gelegenen Schlachtfelder statt: den Nachmittag verbrachte man in stiller Zurückgezogenheit auf einem Landsitz vor der Stadt, den der König selbst nach seinem bürgerlich schlichten Sinn und Behagen eingerichtet hatte und den er täglich aufzusuchen pflegte, um im Kreise seiner Familie und in ungezwungenem Verkehr mit den Männern, denen er sein besonderes Vertrauen schenkte, für einige Stunden die Sorgen dieser eisernen Zeit zu vergessen [2]. Wiederum herrschte nur eine Stimme über die Liebenswürdigkeit des Czaren: für jeden der Waffengefährten aus dem Kriege von 1807 hatte er ein verbindliches Wort: in Gesellschaft der Damen zeigte er die alte Anmuth und Ritterlichkeit. Allein den Eindruck der Entschlossenheit machte seine Haltung auch diesmal nicht: selbst eine so schwärmerische Verehrerin Alexander's wie die Gräfin Voß, vermochte ihre Klagen über seine Schwäche nicht zu unterdrücken [3]. Stein hatte eine etwas günstigere Meinung: er hoffte, Alexander werde in Erfurt als Fürsprecher des Friedens auftreten, und sich nicht in die Bundesgenossenschaft gegen Österreich hineinziehen lassen [4].

Wenige Tage vor der Ankunft Alexander's war eine Erwiderung auf

---

1) Schöler 7. September 1808. Actenst. Nr. 111.

2) Nach den amtlichen Berichten in der Königsberger Zeitung vom 19. und 22. September.

3) „Neun und sechszig Jahre am preußischen Hofe“. Aus den Erinnerungen der Oberhofmeisterin Sophie Marie Gräfin Voß. Leipzig 1876, S. 337.

4) Stein an Götzen 23. September 1808. Actenst. Nr. 248.

die Freundschaftsversicherungen eingetroffen, die der König dem österreichischen Cabinet durch Hrubi hatte übermitteln lassen. Aus der Ordre an Finkenstein vom 7. Juli ersahen wir, wie viel dem König daran lag, über die politische Situation Österreichs, namentlich die Beziehungen zu Frankreich, genauere Aufschlüsse zu erhalten, als ihm bisher zu Theil geworden. Graf Stadion nahm keinen Anstand diesen Wunsch zu erfüllen, und gleichzeitig ermächtigte er den österreichischen Geschäftsträger noch zu einigen vertraulichen Mittheilungen, welche sehr deutlich die Absicht erkennen ließen, dem preußischen Hof jeden Zweifel an der Bedeutung der militärischen Maßregeln Österreichs zu benehmen und ihm die Gewißheit zu geben, daß Kaiser Franz entschlossen sei, wenn er wider seinen Willen zum Kampf gezwungen werden sollte, von seinen Machtmitteln den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Napoleon, so berichtete Hrubi dem Grafen Goltz, Mitte September, habe sich über die Verstärkung der österreichischen Armee beklagt; die Auseinandersetzungen, die darüber erfolgt, hätten in der letzten Zeit einen sehr ernsten Charakter angenommen; man müsse nun abwarten, ob es dem Grafen Metternich, der den Befehl erhalten habe, noch einmal auf den lediglich defensiven Zweck der Heeresreform hinzuweisen, gelingen werde, die Mißstimmung in Paris zu beschwichtigen: in keinem Falle werde sich Kaiser Franz zu einem Widerruf der getroffenen Maßregeln verstehen. Auf die Fortdauer der Sympathieen des Königs von Preußen lege der Kaiser das größte Gewicht; der gegenwärtige Augenblick sei zwar nicht dazu angethan, förmliche Verträge abzuschließen, durch welche Preußen in Gefahr gerathen würde, sich zu compromittiren, ohne der allgemeinen Sache Europas Nutzen zu bringen, allein man hoffe, der König werde, wenn er nicht durch die äußerste Gewalt Napoleon's dazu getrieben werde, in keine Abmachungen willigen, die den Interessen Österreichs zuwider liefen. Hrubi ging sodann auf die Anhäufung der französischen Truppen in Schlesien über und berührte dabei noch einmal die Bedeutung der Festungen Cosel, Silberberg und Glatz. Nach einer Bemerkung Stadion's fürchtete man in Wien noch immer, daß die Franzosen den Versuch machen würden, sich dieser Plätze mit Gewalt zu bemächtigen, und hegte sogar gegen den in Schlesien commandirenden General Grawert den Verdacht, daß er sich einem solchen Anschlag hülfreich erweisen könnte. Goltz protestirte hiergegen auf das Entschiedenste. Niemals werde der König seine Festungen freiwillig einer fremden Macht überlassen. Sollte der Krieg ausbrechen, so sei das Commando in Schlesien dem Grafen Götzen bestimmt. Der Minister schloß daran von Neuem die bestimmtesten Erklärungen über die Gesinnungen des Königs gegen Österreich. Das vor-

nehmste Ziel Friedrich Wilhelm's sei, sich die Freiheit des Handelns zu bewahren, allen mit seinen politischen Grundsätzen im Widerspruch stehenden Verpflichtungen aus dem Wege zu gehen. Deshalb habe er seinen Bruder angewiesen, nicht mehr über einen Allianztractat, sondern nur noch über Räumung des Landes mit Napoleon zu verhandeln.

Um sich Gewißheit darüber zu verschaffen, ob diese Äußerungen den persönlichen Ansichten des preußischen Monarchen entsprächen, wandte sich der Vertreter Österreichs an Stein, und dieser bestätigte ihm in der unzweideutigsten Weise, daß der König genau so denke, wie Goltz gesagt habe. Stein zollte dem festen Benehmen, das der Wiener Hof in der Frage der Rüstungen gezeigt habe, lebhafte Anerkennung: er erblicke darin, sagte er, den Geist, der allein noch im Stande sei, Deutschland von der Knechtschaft zu befreien, in der es seufze. Österreichs eigene Selbsterhaltung erheische es, den jetzigen günstigen Augenblick zu benutzen, denn es sei zu weit gegangen, um sich nicht für immer Napoleon's Feindschaft zugezogen zu haben. Dies sei auch die Meinung Friedrich Wilhelm's: Preußen werde die erste schickliche Gelegenheit ergreifen, um zu dem erhabenen Zweck thätig mitzuwirken. „Sie können überzeugt sein", so lauteten die Worte Stein's, „daß, so lange mein Rath einiges Gewicht hat, dies die Denkungsart Preußens sein wird: besser und rühmlicher für den König ist es, als Privatmann zu leben, als in der gegenwärtigen sclavischen Existenz fort zu vegetiren"[1].

Es muß dahin gestellt bleiben, in wieweit dem Kaiser Alexander von diesen Erörterungen, in denen die Tendenz der Annäherung an Österreich unverhüllt genug hervortrat, Kenntniß gegeben wurde. Eine Stelle in einem Bericht Hrubi's läßt eher auf eine gewisse Vorsicht schließen, die man in diesem Punkte zu beobachten für gut fand. Soviel aber ist sicher, daß der König sich auch jetzt wiederum, ganz im Sinne des Schreibens vom 28. August, offen zu dem Wunsche bekannte, lieber sein Glück mit Österreich zu versuchen, als die unerträglichen Forderungen Napoleon's über sich ergehen zu lassen und dadurch die Selbständigkeit, ja vielleicht die Existenz Preußens in Frage zu stellen. Auch ließ man es nicht an Bemühungen fehlen, den Kaiser Alexander umzustimmen, ihn für die

1) Depesche Stadion's an Hrubi vom 29. August und Bericht Hrubi's vom 15. September. In letzterem heißt es u. A.: Monsieur le comte de Goltz fait prier Votre Excellence de ne point faire part au cabinet de St. Petersbourg des véritables intentions du sien. W. St. A.

Sache Österreichs und Preußens zu gewinnen. Stein drang in einer Denkschrift auf die Herstellung eines Einverständnisses zwischen Rußland, Österreich und Preußen zum gemeinsamen Kampfe gegen Frankreich, noch ehe Napoleon den Aufstand in Spanien niedergeworfen habe. Er giebt dem Kaiser den Rath, den „zwecklosen Krieg gegen Schweden und die Pforte so rasch wie möglich zu beendigen, um die ganze Kraft seiner Armee für die Befreiung Europas einsetzen zu können". Alles hängt von dem Entschluß Alexander's ab: Österreich steht gerüstet da, es wartet nur auf die Zustimmung Rußlands, um seine militärische Macht zu entfalten; Preußen wird, sobald in Folge der Unterhandlungen von Erfurt die Räumung des Landes stattgefunden hat, mit einer Armee von achtzig Tausend und einem Landsturm von hundert Tausend Mann in Action treten. Die erste Aufgabe ist die Wiedereroberung der von den Franzosen besetzten Festungen und die Occupation des Königreichs Westfalen. Gleichzeitig mit dem Beginn dieser Unternehmungen wird in allen deutschen Gauen die Bevölkerung zur Insurrection aufgerufen. Eine Proclamation an das deutsche Volk verkündet den Zweck des Krieges: Befreiung Deutschlands und Europa's. In Bezug auf die zukünftige Gestaltung Deutschlands sagte Stein: Deutschland hat sein und Europa's Unglück veranlaßt; es erkämpfe also wieder seine und Europa's Freiheit; es gebe sich alsdann aber eine Verfassung, die Kraft, Einheit, Gesetzlichkeit und Unabhängigkeit von dem französischen Einfluß wieder herstelle"[1].

Allein bei Alexander fanden diese Gedanken des nationalen Aufschwungs, aus dem sich einst die Wiedergeburt Europas vollziehen sollte, keinen Eingang. Er beharrte nach wie vor bei dem Argument, das er am Wiener Hofe hatte geltend machen lassen: der Zeitpunkt für den Kampf sei noch nicht gekommen, man müsse abwarten, bis Napoleon sich noch tiefer in die spanischen Dinge verstrickt habe. Dagegen versprach er abermals mit Entschiedenheit, von dem französischen Kaiser die gewissenhafte Ausführung des Tilsiter Friedens, namentlich in den Punkten, die Preußen beträfen, zu verlangen und nicht eher zu ruhen, bis er eine Ermäßigung der von Napoleon gestellten Bedingungen, die inzwischen durch den Bericht des Prinzen Wilhelm vom 2. September in allen Details bekannt geworden waren, durchgesetzt haben werde. Er billigte es vollkommen, daß ihm ein Memoire vorgelegt wurde, in welchem die Modificationen angegeben waren, die der König mit Rücksicht auf die Finanzen seines Staates und

1) Pertz, Leben Stein's II 227.

aus politischen Gründen für nothwendig erachtete. In den Geldfragen ward auch hier wieder die Convention vom 9. März 1808 zur Richtschnur genommen. Die Kriegssteuer war auf Hundert Millionen fixirt, die zur Hälfte in Wechseln, zur Hälfte in Pfandbriefen auf die Domänen bezahlt werden sollten; die Wechselschuld wollte man ungefähr innerhalb Jahresfrist durch Theilzahlungen von monatlich 4 Millionen einlösen, während für die Tilgung des hypothekarisch auf die Domänen einzutragenden Capitals ein Zeitraum von über zwei Jahren, bis zum Abschluß des Jahres 1810 ins Auge gefaßt ward. Die Occupation der drei Festungen sollte wo möglich ganz in Fortfall kommen, oder wenn dies bei Napoleon nicht zu erreichen sein würde, sollte wenigstens für Stettin und Cüstrin, die der König wegen der Nähe Berlins nicht in französischen Händen lassen konnte, ein Tausch mit anderen Plätzen in Vorschlag gebracht werden. Ganz besonders aber lag dem König daran, die Beseitigung jener Bestimmungen über die Reduction der Armee und über die Waffenhülfe gegen Österreich zu erlangen. Alexander übernahm es, diese Anträge mit allen Kräften zu unterstützen. Und in dieser Zusage erblickte man nun doch noch immer einen großen Vortheil für die Sache Preußens. Auch Scharnhorst und Stein glaubten an einen guten Erfolg der Intervention Alexander's[1]). Die Abschließung eines Vertrages hielten Beide nach wie vor für nothwendig, um die wahre Tendenz der preußischen Politik vor Napoleon zu verbergen. Es kam nach ihrer Meinung alles darauf an, möglichst günstige Bedingungen zu erzielen. Damit es Alexander für die finanziellen Fragen, die bei der Convention in Betracht kamen, nicht an einem kundigen Rathgeber fehle, sollte Stein ihn nach Erfurt begleiten.

Am 20. September Nachmittags 6 Uhr verließ Alexander Königsberg. Friedrich Wilhelm und seine Gemahlin begleiteten ihn bis zu dem Vorwerk Spandinen. Der Kaiser hatte erst wenige Meilen zurückgelegt, als ihm ein russischer Courier begegnete, den Tolstoi nach der Unterzeichnung des Vertrages vom 8. September abgesandt hatte, und dem auch der auf denselben Gegenstand bezügliche Bericht[2]) des Prinzen anvertraut worden war. Alexander schrieb sofort an den König und die Königin. Diese Briefe trafen am 21. in früher Morgenstunde in Königsberg ein. Stein erhielt die erste Kunde von dem Vorgefallenen durch ein ebenfalls am

1) Scharnhorst an Götzen 25. September 1808, wo es von Alexander heißt: „er hat eine sehr große Anhänglichkeit hier gezeigt, und man ist bei Hofe von der Wichtigkeit seiner Reise für unsere Angelegenheiten überzeugt".

2) Vgl. Actenstücke Nr. 178.

21. früh in seine Hände gelangtes Exemplar des Pariser Moniteur vom 8. September, in welchem der Text des Schreibens an Wittgenstein mit einer kurzen, aber in äußerst scharfen Ausdrücken gehaltenen Einleitung über die „Denkungsart des preußischen Ministeriums" veröffentlicht war[1]).

Der Eindruck, den das Ereigniß am Hofe hervorrief, spiegelt sich wieder in den Worten der Gräfin Voß: „das ist die letzte Staffel unseres Unglücks!" „Die Königin ist trostlos", fügt sie hinzu, „der König wüthend über dies neue Mißgeschick"[2]). Stein bat sogleich um seine Entlassung, die der König jedoch mit dem Bemerken verweigerte, erst nach der Rückkehr Alexander's könne hierüber beschlossen werden. An die Entsendung Stein's nach Erfurt war unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr zu denken; die Mission wurde dem Minister Grafen Goltz übertragen. Der König antwortete dem Czaren noch im Laufe desselben Tages. Den Inhalt seines Schreibens kennt man ebenso wenig wie den der oben erwähnten beiden Briefe Alexander's. Nur so viel steht fest, daß der König seinem kaiserlichen Freund gegenüber die Unerfüllbarkeit der Convention hervorhob und ihn ersuchte, sich für die Zulassung des Grafen Goltz in Erfurt bei Napoleon zu verwenden. Goltz erhielt den Befehl, zunächst nach Leipzig zu gehen und dort den Bescheid Alexander's zu erwarten.

Noch vor der Abreise des Ministers aber mußte Entscheidung getroffen werden, ob der König die von seinem Bruder unterzeichnete Convention annehmen solle oder nicht? Bei den Berathungen, die hierüber stattfanden, gingen die Meinungen auseinander. Einige Stimmen sprachen sich für die unbedingte Annahme aus; es scheint sogar noch einmal die im November 1807 von Theodor von Schön vertretene Ansicht aufgetaucht

---

1) Bei Pertz II 236 findet sich die Angabe, der Adjutant Blücher's, Hauptmann von Thile, der nachmalige Minister und Chef der Verwaltung des Staatsschatzes, der zu der Zeit, wo die Affaire des Stein'schen Briefes in Berlin bekannt wurde, sich hier aufgehalten hatte und dann sofort nach Königsberg geeilt war, sei eine Stunde nachdem Stein die erste Nachricht erhalten, bei demselben erschienen und habe ihm das Blatt des „Berliner Telegraphen" überbracht, in welchem eine deutsche Übersetzung des Schreibens an Wittgenstein mit den einleitenden Bemerkungen des Moniteur abgedruckt war. Diese Erzählung, von der ich nicht zu sagen vermag, aus welcher Quelle sie stammt, muß auf einem Irrthum beruhen, da die Nummer des Telegraphen, von der hier die Rede ist, erst am 18. September erschien und daher unmöglich bereits am 21. Morgens in Königsberg überreicht werden konnte. — Der ganz unter dem Einfluß des französischen Gouvernements stehende „Telegraph" brachte am 19. nochmals die Übersetzung des Briefes mit ausführlicheren Glossen, nach dem »Journal de l'Empire« vom 9. September. Vgl. den Text und die Glossen Actenst. Nr. 268.

2) Erinnerungen u. s. w. S. 338.

zu sein, nach der es für den Staat ersprießlicher sein sollte, die Befreiung mit einer Territorialabtretung in Schlesien zu erkaufen, als sich den Bedingungen des Vertrages zu fügen. Denn speciell gegen diesen verderblichen Vorschlag wendet sich Stein in einem Gutachten vom 21. September, das wir zum ersten Male veröffentlichen. „Ich kann nie zu einer Cession von Provinzen rathen", schreibt er; „die Schwierigkeit der Wiederherstellung der Monarchie wird immer größer, und verliert man Schlesien, so verliert man die Hälfte des Staats, 2 Millionen Menschen und $5\frac{1}{2}$ Millionen Thaler Revenüen". Es sei allerdings schwer zu bestimmen, welche Folgen aus der Verweigerung der Ratification entstehen könnten, allein wenn Alexander festhalte, sei die Hoffnung nicht aufzugeben, daß Napoleon dessen Vorstellungen Gehör schenken werde: sei dies nicht der Fall, so bleibe freilich nichts übrig, „als zu unterschreiben und zu halten was man könne"[1]). Der Rath, den Stein gab, war, die Convention in der Fassung, in der sie vorlag, nicht anzunehmen, sondern unter dem Beistand Alexander's auf mildere Bedingungen anzutragen. Friedrich Wilhelm war hiermit vollkommen einverstanden. Goltz sollte dem französischen Kaiser ein Handschreiben überbringen, in welchem der König sagte, er halte es für unvereinbar mit den Grundsätzen der Loyalität, einen Vertrag zu sanctioniren, von dessen Unerfüllbarkeit er im Voraus überzeugt sei: er habe seinen Minister beauftragt, dem Kaiser die unerläßlichen Modificationen zu bezeichnen. Eine Andeutung darüber, daß Goltz mit der Weisung versehen worden sei, für den Fall des Mißlingens der russischen Vermittelung, ohne Rückfrage bei dem Könige die Ratification zuzusagen, findet sich in den Acten nicht: die Instruction, die ihm mündlich ertheilt wurde, beschränkte sich vielmehr darauf, die Vollziehung der Unterschrift nur dann anzukündigen, wenn die Bemühungen Alexander's von Erfolg gekrönt sein würden[2]). Auch hoffte man, Napoleon werde auf der Entlassung Stein's nicht weiter bestehen. Durch Goltz sollte Alexander ersucht werden, sich auch um die Beilegung dieser Angelegenheit zu bemühen, und da der König wußte, wie viel Romanzoff über seinen Herrn

1) Vgl. Actenst. Nr. 180a. Das Votum ist zwar undatirt, wie so viele im Drange der Geschäfte niedergeschriebene Aufzeichnungen Stein's, allein sowohl der Inhalt wie der auf dem Original befindliche Vermerk von der Hand des Grafen Goltz: „erhalten den 21. Abends" dürfen als sichere Anhaltspunkte für die Datirung auf den 21. September dienen.

2) Eine schriftliche Instruction für Goltz ist nicht vorhanden, die Vollmacht, die ihm ertheilt wurde, erwähnt den Vertrag vom 8. September nicht, sondern bezieht sich nur auf die mit Napoleon erst noch zu vereinbarenden Bedingungen, — »les objets qui nous restent encore à terminer«.

vermochte, richtete er ein Schreiben an den russischen Kanzler, worin diesem die Sache Stein's noch besonders an's Herz gelegt wurde.

Dies war der Standpunkt der preußischen Politik an jenem verhängnißvollen 21. September. Schon nach wenigen Tagen aber trat eine bemerkenswerthe Änderung ein. Am 14. September hatte Prinz Wilhelm im Schlosse von St. Cloud sein Abschiedsaudienz bei Napoleon gehabt. Der Prinz hatte gefragt, ob er die Gewißheit mit sich nehmen dürfe, daß nach der Unterzeichnung der Convention alle Regungen des Mißtrauens gegen Preußen aus der Seele des Kaisers geschwunden seien. Napoleon war hierdurch veranlaßt worden, noch einmal auf den Inhalt des Stein'schen Briefes zurück zu kommen und über die feindseligen Tendenzen, die sich in der nächsten Umgebung des Königs kundgegeben hätten, Klage zu führen. Im Übrigen aber trugen seine Äußerungen einen versöhnlicheren Charakter als je zuvor. „Ich achte den König sehr", so ließ er sich vernehmen, „und habe volles Vertrauen zu ihm, — sagen Sie ihm dies! Die glückliche Zukunft seines Königreichs ruht in seinen Händen und wird von seinen eigenen Entschlüssen abhängig sein. Will er mein wahrer und aufrichtiger Freund sein, so werde ich stets der seinige sein, aber dann darf auch nichts ihn davon abwendig machen. Möge er hierin dem Kaiser Alexander nacheifern, der trotz der Kabalen seines Cabinets und seines Hofes treu mit mir verbunden bleibt. Sorgen Sie nur dafür, daß alle falschen Berechnungen, alle Intriguen bei Ihnen ein Ende nehmen". Was für den Prinzen besonders ins Gewicht fiel, auch in Bezug auf die Abbezahlung der Kriegsschuld blickte aus den Reden Napoleon's so viel hervor, daß man hoffen durfte in diesem Punkte einiger der drückendsten Bestimmungen überhoben zu werden. Man möge ihm nur den guten Willen beweisen, bemerkte der Kaiser, dann werde er der preußischen Regierung zwei, drei Jahre Zeit lassen, ohne sie zu drängen. Ja, Napoleon begnügte sich nicht mit den mündlichen Erklärungen, die er dem Prinzen gegeben, sondern er sprach am 14. September dem König und der Königin schriftlich den Wunsch aus, das ehemalige Verhältniß der Freundschaft mit Preußen wieder herzustellen. Den König ersuchte er, die schmerzlichen Erinnerungen der jüngst durchlebten Zeit aus seinem Gedächtniß auszulöschen, und die Königin versicherte er seiner Freude darüber, daß der Erfüllung ihres Wunsches, der Rückkehr nach Berlin, kein Hinderniß mehr im Wege stehe[1]).

1) Prinz Wilhelm an den König, 15. September 1808, Actenst. Nr. 179. Auch

Prinz Wilhelm sah in allen diesen Äußerungen günstige Vorzeichen für die schließliche Auseinandersetzung mit Frankreich, und daher erschien es ihm als eine unabweisbare Nothwendigkeit, daß die Regierung des Königs die günstigere Stimmung Napoleon's, von der jetzt die ersten Beweise vorlägen, mit gleicher Münze erwidern und sich jedes Hintergedankens entschlagen müsse. Er rieth seinem Bruder auf das Dringendste, die Unterschrift des Vertrages vom 8. September nicht zu beanstanden. Zunächst müsse Napoleon sehen, daß Preußen es ehrlich meine, dann werde er um so leichter den Vorstellungen Alexander's in Erfurt zugänglich sein. Von der Richtigkeit dieser Auffassung durchdrungen, hinterließ Prinz Wilhelm bei seiner Abreise aus Paris dem Baron von Brockhausen den Auftrag, falls ihm eine unvollständige, an bestimmte Clauseln gebundene Ratification zugefertigt werden sollte, von derselben keinen Gebrauch zu machen, sondern abzuwarten, bis er neue Instructionen erhalten haben werde.

Die nächste Entscheidung, die Friedrich Wilhelm nach dem Empfang dieser Nachrichten (28. September) traf, entsprach doch nicht ganz den Vorschlägen seines Bruders. Es wurde am 29. eine Ordre an Goltz aufgesetzt, in der es hieß: der König erachte es für angemessen, das Schreiben Napoleon's zu erwidern, und werde diese Gelegenheit benutzen, um unter Hinweis auf die Unmöglichkeit, die Convention zu erfüllen, noch einmal eine Ermäßigung derselben bei dem französischen Kaiser zu beantragen. Der ältere Le Coq, der die Correspondenz mit dem Prinzen Wilhelm und Brockhausen zu führen hatte, entwarf den Text des Schreibens an Napoleon. Nach einer Schilderung der erlittenen Drangsale wird der Kaiser ersucht, das Land endlich von den ihm auferlegten Lasten zu befreien, und die unauslöschliche Dankbarkeit des königlichen Hauses und des preußischen Volkes wird in Aussicht gestellt, wenn er sich zu einer milderen Behandlung Preußens entschließe. Die allzu reichlich strömende Ader rhetorischer Kunst, die in die Fassung dieses Schriftstücks ergossen worden ist, läßt den Contrast zwischen den persönlichen Empfindungen des Königs und der Sprache, die hier angeschlagen wird, um in Napoleon die Überzeugung von der Ergebenheit Preußens zu erwecken, nur noch schärfer hervortreten. Es ist höchst bezeichnend, daß Goltz angewiesen wurde, von dem Schreiben keinen Gebrauch zu machen, wenn Aussicht auf Bewilligung der gewünschten

---

der Bericht Brockhausen's vom 16. September, Nr. 205, gehört hierher. Die Briefe Napoleon's finden sich in der Corresp. XVII 510.

Modificationen vorhanden sei. Im entgegengesetzten Fall sollte er dem russischen Kaiser den Text des Schreibens mittheilen und erst, wenn dieser sich damit einverstanden erkläre, die Übergabe vollziehen.

Die Ordre für Goltz lag schon zur Unterschrift bereit, als der König noch in der letzten Stunde seinen Beschluß änderte: er vollzog die Ratification und befahl, dieselbe nebst dem Brief an Napoleon dem Grafen Goltz zu übersenden. Dabei war es natürlich der Wille des Königs, daß sein Minister alles aufbieten solle, um im Verein mit Alexander, Napoleon zur Nachgiebigkeit zu bewegen; die Vollziehungsurkunde wurde so eingerichtet, daß die Veränderungen, um die man fortfahren wollte sich zu bemühen, bei den streitigen Artikeln nachträglich in den Text eingeschaltet werden konnten, — allein von einem Vorbehalt irgend welcher Art war nicht mehr die Rede; die Ratification erstreckte sich auch auf den Fall, daß der Kaiser der Franzosen an den von ihm gestellten Forderungen unerbittlich festhielt [1]).

Hatte Friedrich Wilhelm nun aber wirklich die Absicht, mit seiner Politik ganz in die Bahnen Frankreichs einzulenken, jeder anderen Combination sich zu entschlagen? Die vorliegenden historischen Documente berechtigen uns, Zweifel hiergegen zu erheben. Vor allem ist es die Correspondenz des Obersten Götzen, auf die wir an dieser Stelle näher einzugehen haben, da sie uns über eine Reihe bisher noch nicht bekannter Thatsachen Aufschluß gewährt.

Es wurde oben bereits erwähnt, daß Götzen alsbald nach der Übernahme des Commandos über die Festungen in Oberschlesien den seinem Stabe attachirten Major Grafen Lucey nach Wien gesandt hatte, um dort die Pläne des Wiener Hofes und den Stand der Rüstungen zu erkunden. Lucey war ein Officier von großer Weltgewandtheit und hervorragender Bildung, aber auch, wie seine Berichte zeigen, von einem ausgeprägten Hang, auf eigene Hand Politik zu machen. Mit Hülfe der Empfehlungen, die Götzen ihm mitgegeben, konnte es ihm nicht schwer fallen, sich bei höheren österreichischen Militärs einzuführen. Die Wahrnehmungen, die er machte, überzeugten ihn, daß man in diesen Kreisen sehr lebhaft den baldigen Ausbruch des Krieges mit Frankreich wünschte. Man erging sich sogar schon in eifrigen Gesprächen über das Für und Wider der strategischen Operationen, als deren nächste Aufgabe die Vernichtung der noch in Deutschland

1) Vgl. die Ordre von Goltz, 29. September 1808, Actenst. Nr. 266.

zurückgebliebenen Truppencorps der großen Armee betrachtet wurde. Lucey betheiligte sich nicht nur an diesen Discussionen, sondern er hielt auch mit Ideen, die sich ihm aus der militärischen Lage Preußens ergaben, nicht zurück: er empfahl den Österreichern einen doppelten Angriff auf die französischen Streitkräfte, — von der Oder und der Weichsel her, — weil dadurch der Armee des Königs die Möglichkeit gegeben worden wäre, sich gleich beim Beginn des Kampfes mit den österreichischen Truppen zu vereinigen. Die Stimmung in Preußen schilderte er als äußerst kriegerisch und versicherte, daß man nur auf das Vorgehen Österreichs warte, um dessen Beispiel zu folgen. Er stieß dabei auf manche Vorurtheile, die sich über das Verhältniß Preußens zu Frankreich in Wien gebildet hatten. Die Verhandlungen, welche Champagny noch vor Napoleon's Rückkehr aus Bayonne mit dem Prinzen Wilhelm begonnen, waren dem österreichischen Cabinet nicht unbekannt geblieben, und vielfach hegte man die Besorgniß, der König werde ohne Widerstreben auf alle Forderungen eingehen, auch auf die der Theilnahme an dem Kriege gegen Österreich, wenn ein solches Ansinnen von Napoleon gestellt werden sollte. Lucey betheuerte dagegen: Preußen werde in keinem Falle Partei gegen Österreich ergreifen, so lange die Verhältnisse Europas einen andern Ausweg gestatteten. Als man ihn einlud, seine Ansichten dem Grafen Stadion zu eröffnen, lehnte er dies zwar anfangs ab, indem er geltend machte, er sei nicht gekommen, Rath zu ertheilen, sondern nur zu hören, was Österreich thun wolle; später aber scheint er doch noch mit Stadion in Berührung gekommen zu sein. Überhaupt verrieth sein ganzes Auftreten deutlich, daß Götzen ihn keineswegs nur geschickt hatte, um das Terrain in Wien zu recognosciren, sondern daß seiner Sendung die weitere Absicht zu Grunde lag, den militärischen Kreisen Österreichs ein getreues Bild von der Lage Preußens zu entwerfen, auf die Gemeinsamkeit der Interessen beider Mächte hinzuweisen und so dem Gedanken gegenseitiger Annäherung Bahn zu brechen. Lucey trat zu diesem Zwecke mit den Häuptern der Kriegspartei in Verbindung, namentlich auch mit den Erzherzögen. Einen von den Brüdern der Kaiserin, den Erzherzog Maximilian, traf er noch in Wien und wurde von ihm mit besonderem Vertrauen aufgenommen; die anderen Erzherzöge hatten sich bereits nach Preßburg begeben, um den Festlichkeiten zur Krönung der Kaiserin beizuwohnen: Lucey trug kein Bedenken, ihnen dorthin zu folgen, so gewagt auch das Unternehmen war, denn die Entdeckung eines preußischen Officiers auf dem ungarischen Reichstag würde nicht verfehlt haben, dem General

Andréossy, den Kaiser Franz zum Krönungsfeste eingeladen, Anlaß zu neuen Denuntiationen gegen Preußen zu geben[1]).

Leider sind die Berichte, die Oberst Götzen an den König erstattete, so wie manches andere wichtige Actenstück aus jenen Tagen, nicht erhalten[2]). Wir sind daher außer Stande anzugeben, in wieweit Friedrich Wilhelm durch Vermittelung Götzen's von den Verrichtungen Lucey's in Wien und Preßburg Kenntniß erhielt. Jedenfalls aber wird man es für mehr als wahrscheinlich halten dürfen, daß der König die Abschickung desselben billigte (S. 204). Die Thätigkeit, die Lucey entwickelte, entsprach ohnehin durchaus den Intentionen Friedrich Wilhelm's, der ja, wie wir aus den Mittheilungen des Grafen Goltz an den Ritter Hrubi ersahen, den größten Werth darauf legte, der österreichischen Regierung gegenüber die Grundsätze seiner Politik klar und offen dargelegt zu wissen.

Es war in Königsberg nicht für nothwendig erachtet worden, dem Petersburger Hofe von der Mission Götzen's Nachricht zu geben. Allein Alexander erhielt auf anderem Wege von der Sache Kenntniß, und da er den Verdacht schöpfte, daß geheime Unterhandlungen zwischen Preußen und Österreich im Gange seien, so hatte er in ziemlich scharfem Tone sein Mißfallen geäußert und durch Schladen dem König den Rath ertheilen lassen, sofort Alles rückgängig zu machen und die Berichte Götzen's zu verbrennen, damit sie nicht in die Hände der Franzosen fielen[3]). Trotz dieser Vorstellungen Alexander's, die er während seines Aufenthaltes in Königsberg sicherlich noch einmal erneuerte, ließ man sich hier nicht abhalten, dem Grafen Götzen den Impuls zu neuen Verhandlungen zu geben. Am 23. September, also wenige Tage nach der Abreise des Czaren von dort, richtete Stein ein chiffrirtes Schreiben an Götzen, in welchem er ihn aufforderte, Alles zu thun, was für die Herstellung des Einverständnisses zwischen Österreich und Preußen förderlich sein könne. Er benachrichtigte ihn von der Verweigerung der Ratification des Pariser Vertrages, schilderte die politische Lage, die hierdurch eingetreten sei, und

---

1) Berichte Lucey's an Götzen vom 30., 31. August und 13. September. S. Actenst. Nr. 245 bis 247.

2) Auch die Concepte dieser Berichte sucht man vergebens in den Correspondenzen Götzen's, welche das Archiv des Großen Generalstabes aufbewahrt.

3) Bericht Schladen's vom 3. September 1808. Die Wissenschaft des Czaren schrieb sich wohl daher, daß Götzen, der sich durch Galizien nach Schlesien begab, auf seiner Reise das russische Gebiet berührt hatte.

sprach unumwunden aus, daß es für Preußen jetzt nur Eine Politik gebe, in Gemeinschaft mit Österreich die Waffen gegen Napoleon zu ergreifen. Ein Officier des Generalstabes, Hauptmann von Tiedemann, wurde mit der Beförderung dieses Schreibens betraut; Scharnhorst versah ihn mit einem Empfehlungsbrief, in welchem auf mündliche Aufschlüsse, die Götzen durch den Überbringer erhalten werde, Bezug genommen wurde[1]).

Unmittelbar nach dem Empfang der Weisungen Stein's, welche Tiedemann am 6. October in Glatz übergab, hatte Götzen auf böhmischem Grund und Boden, in der Ottendorfer Mühle, unweit Braunau, eine Zusammenkunft mit dem Grafen Ferdinand von Bubna, der als Mitglied des Hofskriegsraths und Generaladjutant des Erzherzogs Karl in den maßgebenden Kreisen der österreichischen Heeresleitung eine angesehene Stellung einnahm. Nachdem Bubna in den Wortlaut der Mittheilungen Stein's eingeweiht war, fuhr Götzen fort: er habe den Befehl, zu erklären, daß der König bereit sei, sich an Österreich anzuschließen. Sobald der Wiener Hof den Bruch mit Napoleon vollzogen habe, werde man in Königsberg nicht erst einen glücklichen Erfolg der österreichischen Kriegsführung abwarten, sondern augenblicklich die nothwendigen Veranstaltungen treffen, um sämmtliche Truppen in den Provinzen Pommern und Preußen bis an die Oder vorrücken zu lassen, und zugleich aus ausgedienten Mannschaften und anderen Waffenfähigen eine Miliz bilden, deren nächste Aufgabe in der Einschließung Danzigs bestehen würde. Was die Garnisonen Schlesiens anbetreffe, so versicherte Götzen, es sei ihm Vollmacht gegeben, mit denselben jedwede kriegerische Operation zu unterstützen, die von Wien aus gewünscht werden sollte, ohne darüber erst weitere Instructionen einholen zu müssen. Der Zweck der Unterredung mit Bubna war offenbar, dem Erzherzog Karl durch einen ihm nahestehenden Vertrauensmann von den Absichten des preußischen Hofes in Kenntniß zu setzen, wie denn der österreichische General in der That über das Gespräch in der Ottendorfer Mühle sofort einen ausführlichen Bericht an den Erzherzog erstattet hat, auf den wir zurückkommen werden[2]).

Gleichzeitig that Götzen noch einen weiteren Schritt. Er wandte sich an die Brüder der Kaiserin, die Erzherzöge Ferdinand und Maximi-

1) Vgl. Actenst. Nr. 248, Scharnhorst schreibt am 25. September an Götzen in Bezug auf Tiedemann: „Er weiß von Allem und wird über die hiesigen Verhältnisse die Auskunft geben können, welche Sie verlangen möchten".

2) Vgl. den Bericht Bubna's aus Gitschinowes vom 11. October 1808, Actenst. Nr. 252a.

lian, und übersandte ihnen gleich am Tage nach der Ankunft Tiedemann's ein Memoire, welches die dringendste Aufforderung an Österreich enthielt, den gegenwärtigen Augenblick nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen. In der Überschwänglichkeit des Tons, in dem das Memoire abgefaßt ist, verräth sich die pathetische Ausdrucksweise Götzen's; der Inhalt aber ist eine getreue Wiederholung der in den Denkschriften Stein's und Scharnhorst's entwickelten Ideen. Der Zweck der Darstellung läuft darauf hinaus, den Erzherzögen zu Gemüthe zu führen, daß man Frankreich angreifen müsse, bevor der heroische Widerstand der Spanier durch die Übermacht Napoleon's erdrückt sei. Der König von Preußen warte nur auf die Entscheidung Österreichs, um sich gegen Frankreich zu erklären, aber er könne nicht länger zögern, den Pact, den Napoleon ihm aufdringen wolle, anzunehmen, wenn er auf die Hoffnung verzichten müsse, an einer Schilderhebung Österreichs seinen Rückhalt zu finden. Dem Promemoria waren zwei amtliche Schriftstücke beigefügt: das eine ein Resumé der Verhandlungen des Prinzen Wilhelm mit Champagny, in welchem ausgeführt wurde, daß die Annahme der französischen Forderungen mit dem finanziellen Ruin Preußens gleichbedeutend sein würde, das andere eine Ordre de Bataille sämmtlicher Truppen in Ostpreußen, Westpreußen und Pommern, unter genauer Angabe des Effectivbestandes der einzelnen Waffengattungen, der im Ganzen auf 38 bis 39 Tausend Mann berechnet war. Weitere Mittheilungen über die vorhandenen Streitkräfte Preußens enthielt das Memoire. Es sprach noch von den Garnisonen in Schlesien, die sich nach der Angabe Götzen's auf 11,000 Mann beliefen und, die trotz der Wachsamkeit der Franzosen täglich neue Verstärkungen erhielten, — ferner von der großen Anzahl ausgedienter Soldaten, etwa 70 bis 80,000 Mann, die über die ganze Monarchie zerstreut, nur des Winkes gewärtig seien, um in die Reihen der Armee einzutreten [1]).

Wie bemerkt, lag die unmittelbare Veranlassung zu der Unterredung mit Bubna und den Mittheilungen an die Erzherzöge in den Nachrichten, welche Stein und Scharnhorst dem Grafen Götzen durch Tiedemann übersandten. Nach der Katastrophe des aufgefangenen Briefes an Wittgenstein, den verderblichen Folgen, die daraus erwachsen waren, konnte es sicherlich dem ersten Minister und dem vertrautesten militärischen Rathgeber des Königs nicht in den Sinn kommen, den Anstoß zu Unter-

1) Memoire Götzen's, Actenst. Nr. 250, mit dem Begleitschreiben an die Erzherzöge vom 7. October, Actenst. Nr. 249.

handlungen zu geben, die so intimer Natur waren, wenn ihnen nicht die Autorisation des Königs zur Seite gestanden hätte. In dem Begleitschreiben, mit dem Götzen sein Memoire vom 7. October den Erzherzögen überreichte, hat er die kriegerischen Pläne, die er in demselben entwickelte, mit der Denkungsart des preußischen Hofes identificirt und diesen dadurch den Stempel officieller Beglaubigung aufgedrückt.

Wäre es nun aber nach der am 29. September vollzogenen Unterschrift der Ratificationsurkunde des Pariser Vertrages wirklich der Wille des Königs gewesen, jeden Gedanken an eine Verbindung mit Österreich fallen zu lassen, so leuchtet ein, daß man keinen Augenblick hätte verlieren dürfen, den geheimen Verhandlungen, die von Glatz aus angeknüpft worden waren, Einhalt zu thun. Und doch geschah das Gegentheil. In den ersten Tagen des October schrieb Stein an Götzen: „Ich wünsche, daß Sie sich mit dem Erzherzog Ferdinand, dem Bruder der Kaiserin, in Verbindung setzen und ihm die Eröffnungen machen, die Ihnen von hieraus zugehen werden". Diese Eröffnungen waren in die Form eines Memorials gefaßt, das dem Grafen Götzen für den ihm ertheilten Auftrag zur Richtschnur dienen sollte, und das in knappen Zügen eine Darstellung der Lage Preußens enthielt. Die von dem Prinzen Wilhelm unterzeichnete Convention sei das Werk des Zwanges gewesen, aber sie habe dem Prinzen den Rückweg in sein Vaterland geöffnet. Obwohl die Unausführbarkeit der Convention am Tage liege, so bleibe dem König doch keine andere Wahl, als sich mit Frankreich zu verständigen, wenn Österreich noch länger zögere. Daß die Ratification vollzogen sei, wurde nicht erwähnt, aber es ward auf die Möglichkeit der Ratificirung hingewiesen und zur Abwehr falscher Interpretationen die Bemerkung hinzugefügt, wenn Preußen den Vertrag annähme, so geschähe dies nur, um Zeit zu gewinnen und in der Absicht, ihn nicht zu halten.

Der König hatte es für gut befunden, die veränderten Instructionen für Goltz Anfangs als Geheimniß zu behandeln. Selbst Stein erfuhr davon erst nach Verlauf von mehreren Tagen. Nichts aber ist ungerechtfertigter, als wenn man hieraus hat den Schluß ziehen wollen, daß die Entscheidung Friedrich Wilhelm's in directem Widerspruch mit den Rathschlägen Stein's erfolgt sei. In keiner seiner Denkschriften hat Stein die Auseinandersetzung mit Frankreich grundsätzlich verworfen; vielmehr ist er immer der Meinung gewesen, daß es im Interesse Preußens liege, die Vereinbarung möglichst zu beschleunigen, damit vor Allem das Haupthinderniß beseitigt werde, das der Erhebung gegen Napoleon im Wege stand,

die Occupation des Landes. In einem Handschreiben an Stein vom 16. October[1]) sagt der König: er würde sich niemals herbeigelassen haben, den Vertrag zu sanctioniren, wenn Stein ihm in „positiver Weise" das Gegentheil gerathen hätte. Was beweist dies anders, als daß Stein nach dem Eintreffen der günstigeren Nachrichten aus Paris sich keineswegs gegen den Abschluß erklärt, sondern ähnlich, wie er dies schon in dem Votum vom 21. September (S. 255) gethan, die Frage, ob es vortheilhafter sei, die Ratification zu verweigern oder nicht, zwar discutirt, aber nicht bestimmt entschieden hat. Das feststehende, immer sich gleichbleibende Moment in den Ausführungen Stein's war: die Convention dürfe in jedem Fall, ihre Bedingungen möchten sein wie sie wollten, nur mit dem Vorbehalt angenommen werden, sich ihrer wieder zu entledigen, sobald die Verhältnisse es gestatteten. Es ist nicht möglich, diesen Gedanken schärfer zu formuliren, als es in einer Aufzeichnung Stein's aus jenen Tagen geschieht, einem Bericht an den König vom 12. October[2]), in dem es heißt: „Unterzeichnen Euere Majestät den Tractat, um ihn bei Gelegenheit, und zwar wenn ein Krieg mit Österreich ausbricht, zu brechen, so bedienen Höchstdieselben sich nur einer List gegen Verruchtheit und Gewaltthätigkeit. Soll es dem Kaiser Napoleon allein erlaubt sein, an die Stelle des Rechts Willkür, der Wahrheit Lüge zu setzen?"

Nach den beigebrachten Zeugnissen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der König die Auffassung Stein's vollkommen theilte. Seitdem die Niederlage der französischen Armee in Spanien am Königsberger Hof bekannt geworden, hatte der Gedanke eines Systemwechsels Raum gewonnen. Der Antrag eines Bündnisses mit Frankreich, zu dem Prinz Wilhelm durch die Instruction vom 12. August ermächtigt worden, war nur auf den Schein berechnet gewesen; er hatte nur dazu dienen sollen, die Wehrkraft und die Finanzen des Staates vor weiterer Schwächung zu bewahren, um dann, wenn die Stunde der befreienden That geschlagen hatte, mit gutgerüsteter Macht gegen den Feind in die Schranken treten zu können. Friedrich Wilhelm hatte dem Kaiser Alexander kein Geheimniß daraus gemacht, daß er es vorziehen würde, im Bunde mit Österreich den Kampf auf Leben und Tod zu erneuern, als durch Annahme der von Napoleon gestellten Bedingungen die Knechtschaft seiner Monarchie auf Jahre hinaus zu verlängern. Die Einleitung einer geheimen Verbindung mit dem Cabinet

1) Theilweise in deutscher Übersetzung mitgetheilt bei Pertz II 257, das französische Original vollständig Actenst. Nr. 262.

2) Abgedruckt bei Pertz II 247.

von St. James, die Annäherung an Österreich, die anfängliche Verweigerung der Ratification, alle diese Schritte zeigen evident, daß ein Frontwechsel in Aussicht genommen wurde. Allein ohne die Theilnahme Österreichs war die kriegerische Action Preußens eine Unmöglichkeit. Die ganze Politik war auf die Voraussetzung begründet, daß Kaiser Franz noch im Herbst 1808 den Krieg beginnen werde. Der König hatte von vornherein an einem raschen Entschluß des Wiener Hofes gezweifelt und der Erfolg hat seine Bedenken nur allzu sehr gerechtfertigt. Aus den Nachrichten, die man im Laufe des September aus Wien empfing, war zu ersehen, daß die österreichische Regierung unter dem Einfluß des Erzherzogs Karl, der die Entscheidung so lange wie möglich hinaus zu schieben suchte, noch immer an ihrer Politik der Defensive festhielt. Die Kriegsrüstungen waren in's Stocken gerathen; es hatten sogar zahlreiche Entlassungen unter den eingezogenen Milizen stattgefunden; die Klage über den Mangel an Waffen war allgemein. Lucey, der aus zuverlässigen Informationen die numerische Stärke des stehenden Heeres und der Milizen zu übersehen vermochte, gewann die Überzeugung, daß es noch geraumer Zeit bedürfen werde, bevor die österreichische Armee schlagfertig sei. Er faßt das Resultat seiner Wahrnehmungen in die Worte zusammen: „Nichts, absolut nichts deutet auf einen Bruch von Seiten Österreichs hin“[1]).

In dem Vertrage vom 8. September war für die Auswechselung der Ratificationen ein Zeitraum von vier Wochen festgesetzt worden. Durfte man diese Frist verstreichen lassen, auf die Gefahr hin, daß Napoleon, die Weigerung Preußens zum Vorwand nehmend, die Härte seiner Bedingungen noch steigerte? Dasselbe Gebot der Nothwendigkeit, das dem Prinzen Wilhelm zur Annahme des Vertrages geführt hatte, hatte den König schließlich zur Vollziehung der Ratification bestimmt.

Allein, mochte das Unvermeidliche geschehen, — eine Sinnesänderung Friedrich Wilhelm's war damit nicht eingetreten! Soeben hatte man in Königsberg von der Capitulation von Cintra und der Befreiung Portugals Kunde erhalten: vielleicht daß die Erfolge der Engländer noch im letzten Augenblick den Schwankungen des Wiener Hofes ein Ziel setzten. Aus dieser Erwägung entstand die Instruction für Götzen, deren wir oben gedachten. Die Aufschlüsse, die Götzen dem Erzherzog Ferdinand zu geben hatte, umfaßten die Gesammtheit der politischen Beziehungen Preußens;

1) Lucey an Götzen, Wien 30. August. Actenst. Nr. 245; ebenso nach seiner Rückkehr von Preßburg 13. September, Nr. 247.

sogar an der Unterhandlung mit dem Londoner Cabinet, in die nur wenige Rathgeber des Königs eingeweiht waren, wurde der Erzherzog unterrichtet: man theilte ihm mit, England habe Waffen und Geld versprochen[1]). Österreich sollte erfahren, wie es mit Preußen stand, es sollte wissen, daß Friedrich Wilhelm zur Theilnahme am Kriege bereit sei, selbst wenn der Abschluß der Convention mit Frankreich erfolgt wäre. Und noch ein anderer Schritt der preußischen Politik hängt hiermit zusammen. An dem Tage, an welchem die Ratification ertheilt wurde, fand sich Jacobi-Kloest bei dem österreichischen Geschäftsträger ein und sagte ihm: Frankreich dringe auf Entscheidung; der König habe sich in einem Schreiben an Napoleon gewendet und ihn um Ermäßigung der Kriegssteuer ersucht. Man müsse abwarten, was der Kaiser darauf antworten werde. Welches aber auch das Resultat der Verhandlungen sei, der Wiener Hof möge sich dadurch nicht irre machen lassen, die Haltung Preußens nicht nach dem Schein beurtheilen, sondern an der Überzeugung festhalten, daß der König nichts gegen Österreich unternehmen werde[2]).

Während die preußische Politik, gegen die Macht der Verhältnisse ankämpfend, in diesem Widerstreit der entgegengesetzten Richtungen verharrte, bereitete sich in Erfurt die Entscheidung vor, durch die sie von Neuem in das System der russisch-französischen Allianz verflochten werden sollte.

17.

Erfurt.

Auf der Reise nach Leipzig begriffen, war Graf Goltz in dem westpreußischen Städtchen Schloppe mit dem Courier zusammengetroffen, der

1) Vgl. das Memorial für Götzen Nr. 252: es ist dies die einzige Stelle in den uns vorliegenden Schriftstücken, welche eine Notiz über die Verhandlungen mit England enthält. Daß Correspondenzen über diesen Gegenstand vorhanden waren, zeigt ein Bericht Scharnhorst's an den König vom 10. December 1808, in welchem es heißt: „der Minister von Goltz hat von mir die englische Correspondenz gefordert; ich werde sie ihm morgen zuschicken, wenn Euere Majestät nicht anders befehlen; auch habe ich noch die Correspondenz des Herrn von Stein mit dem Grafen von Götzen, über die ich Euerer Majestät weitere Befehle erwarte".

2) Bericht Hrubi's vom 30. September; W. St. A. Auch über die Verhandlungen, die mit Alexander während seines Aufenthaltes in Königsberg gepflogen, erhielt der österreichische Geschäftsträger bei dieser Gelegenheit noch einige Andeutungen. Der König, sagte Jakobi, habe dem Kaiser gerathen, mit Schweden und der Türkei Frieden zu schließen, und Alexander darauf geantwortet: »J'y ai déjà bien pensé; je saurai m'en débarasser«.

den Bericht des Prinzen Wilhelm über seine letzte Unterredung mit Napoleon und die Briefe des französischen Kaisers (S. 263) nach Königsberg zu befördern hatte. Goltz schöpfte daraus neue Hoffnung für einen glücklichen Erfolg seiner Mission. Von Küstrin aus schrieb er an Kaiser Alexander, theilte ihm mit, was Prinz Wilhelm über die versöhnlichen Äußerungen Napoleon's meldete, und bat noch einmal um nachdrückliche Unterstützung der Wünsche Preußens. Da der König die Sendung seines Ministers nach Erfurt so wenig wie möglich bekannt werden lassen wollte, hatte Goltz beabsichtigt, sich über Frankfurt a. O. direct nach Leipzig zu begeben ohne Berlin zu berühren. Amtliche Nachrichten jedoch, welche die Zustände in der Hauptstadt als äußerst kritisch schilderten und das persönliche Eingreifen des Ministers dringend geboten erscheinen ließen, bewogen ihn, seinen Vorsatz zu ändern. Seit der Veröffentlichung des Stein'schen Briefes hatten die französischen Autoritäten eine entschieden feindselige Haltung angenommen. Ängstliche Gemüther sahen schon die Rache Napoleon's über Preußen hereinbrechen. Es gab eine ansehnliche Partei, die sich nicht scheute, offen auszusprechen, daß der König den Entschluß fassen müsse, auf die Forderungen Frankreichs einzugehen. Goltz hatte Anfangs den fremden Gewalthabern gegenüber einen schweren Stand. General St. Hilaire, der Commandant von Berlin, überhäufte ihn mit heftigen Vorwürfen: Königsberg sei der Heerd der Insurrection, Stein die Seele derselben; die einflußreichsten Räthe des Königs hätten bei den Intriguen, die dort gesponnen würden, die Hand im Spiele. Zu seinem Erstaunen mußte Goltz hören, daß auch sein Name auf der Liste der politisch Verdächtigen stehe. Allein seine friedfertigen Versicherungen und die Aufklärungen, die er über den Zweck seiner Sendung gab, übten sowohl auf die Franzosen wie auf die Bevölkerung der Hauptstadt eine beruhigende Wirkung aus.

In Königsberg erfuhr man von der Anwesenheit des Ministers in Berlin, die auf den 27. und 28. September fiel, erst Anfang October. Schon der Vergleich der Daten stößt die bisherige Überlieferung um, nach welcher Goltz durch einen kleinmüthigen Bericht an den König den Hauptanstoß zur Vollziehung des Pariser Vertrages gegeben haben soll. Die Frage der Ratification wird in dem Bericht mit keinem Wort berührt, auch bemerkt der Minister ausdrücklich, daß es ihm gelungen sei, die öffentliche Meinung in Berlin von der Unausführbarkeit der Convention zu überzeugen [1]).

1) Dies zur Berichtigung der völlig irrthümlichen Darstellung bei Pertz II 244. Wenn

Erst mit der Ankunft in Leipzig begannen für Goltz die Tage der Enttäuschung. In der Nacht zum 2. October wurde ihm durch den Geheimen Legationsrath Le Coq, der den Prinzen Wilhelm nach Erfurt begleitet hatte, die Nachricht überbracht: alle Vorstellungen des russischen Kaisers seien fruchtlos gewesen; Napoleon weigere sich, den Abgesandten des Königs von Preußen überhaupt zu empfangen, bevor die Annahme des Tractates ausgesprochen sei. Das einzige, was der Czar erreicht habe, sei die Erlaubniß für Goltz, sich in Erfurt einzufinden.

Alexander empfing den preußischen Minister mit ungnädigen Worten, drückte sein Erstaunen darüber aus, die Ratification noch nicht in den Händen desselben zu sehen, und erklärte mit einer Bestimmtheit, die jede Widerrede ausschloß, erst wenn der Vertrag unterzeichnet sei, werde er versuchen, in einem und dem anderen Punkte minder drückende Bedingungen für Preußen zu erwirken. Man muß dem Grafen Goltz die Anerkennung zollen, daß er seine Position bis zum letzten Augenblick tapfer vertheidigt hat. Er suchte mit Champagny anzuknüpfen, erinnerte ihn an die Versprechungen, die Napoleon dem Prinzen Wilhelm in Bezug auf die Verlängerung der Zahlungsfristen gegeben hatte, verfaßte in Gemeinschaft mit Stägemann, der ihm als Sachverständiger des Finanzdepartements für die Mission nach Erfurt zugeordnet war, eine Denkschrift, worin auf Grund einer genauen Bilanz der Einnahmen und Ausgaben des Staates der Nachweis geführt wurde, daß es mindestens eines Zeitraumes von drei Jahren bedürfe, um die Tilgung der Schuld zu bewerkstelligen, kurz, er bemühte sich in jeder Weise, das französische Gouvernement milderen Sinnes zu machen. Selbst als am 6. October die vollzogene Ratificationsurkunde in Erfurt eintraf, überreichte der Minister dieselbe nicht sofort, sondern wartete ab, welchen Bescheid Champagny ihm auf seine Denkschrift ertheilen werde.

Die beiden Kaiser hielten sich in jenen Tagen zum Besuch des großherzoglichen Hofes in Weimar auf; Romanzoff und Champagny aber waren

---

hier unter anderem gesagt wird: „der Minister, Graf Goltz, hatte seinen Weg nach Erfurt über Berlin genommen; hier bemächtigte sich des weichen, gutherzigen Mannes die französische Partei und benutzte ihn als Werkzeug für Stein's Entfernung", — so ist darauf hinzuweisen, daß Goltz über den letztgenannten Gegenstand von Berlin aus kein Wort an den König berichtet hat: es liegt eine Verwechselung mit einem späteren Bericht des Ministers vor, der unter ganz anderen Verhältnissen, in Erfurt verfaßt wurde. In Betreff des aufgefangenen Briefes äußert sich Goltz in dem Bericht aus Berlin vom 27. September: On voit en vertu de la manière dont je m'en suis expliqué la teneur de la lettre du baron de Stein sous des rapports moins allarmants«.

in Erfurt zurückgeblieben, um den Entwurf des russisch-französischen Tractates auszuarbeiten. Die Gegensätze, die sich dabei ergaben, sind nicht ohne Einfluß auf die Behandlung der preußischen Frage gewesen. Napoleon war fest entschlossen, auch nicht einen Buchstaben von dem Vertrag vom 8. September zu ändern, bis er sich mit Alexander über alle Punkte der Allianz verständigt hätte.

Champagny schnitt endlich jede weite Erörterung ab, indem er zu Goltz sagte: „Sie haben hier überhaupt kein Recht mehr, zu unterhandeln; die Convention ist unwiderruflich festgestellt“[1]). Goltz glaubte seiner Pflicht Genüge gethan zu haben: am 8. October schritt er zur Auswechselung der Ratificationen und hatte darauf am folgenden Tage seine Audienz bei Napoleon. Mit Ausnahme des einen Momentes, auf welches wir bei der Darstellung der Vorgänge, die sich an die Entlassung Stein's knüpfen, zurückkommen werden, ist von dem Inhalt der halbstündigen Unterredung, die zwischen dem französischen Kaiser und dem Abgesandten Friedrich Wilhelm's stattfand, nichts bekannt geworden. Goltz trug Bedenken, die Äußerungen Napoleon's dem Papiere anzuvertrauen; er behielt sich vor, nach seiner Rückkehr dem König mündlichen Bericht zu erstatten[2]). Es wäre unrichtig, wenn man behaupten wollte, daß Goltz seit den Tagen von Erfurt französisch gesinnt gewesen sei: er hat wenige Wochen später ein Programm für die Politik Preußens entworfen, in welchem die Verbindung mit Frankreich auf das Entschiedenste bekämpft wird. Allein die Begegnung mit Napoleon hat in einem Punkte, wie er selbst bemerkt, einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht. Es war dem Kaiser gelungen, in ihm die Überzeugung zu erwecken, daß Österreich angesichts des erneuerten Freundschaftsbundes zwischen Rußland und Frankreich, den Goltz auch nach den Äußerungen des Czaren für fester begründet halten mußte, als er es in Wirklichkeit war, das Schwert in der Scheide behalten werde. Bei dieser Auffassung von der Lage der Dinge glaubte er damals dem König keinen anderen Rath ertheilen zu dürfen, als den, seinem bisherigen System des Abwartens treu zu bleiben und durch gewissenhafte Durchführung des soeben abgeschlossenen Vertrages möglichste Aussöhnung mit Napoleon anzustreben.

Für die augenblicklichen Verwickelungen der großen Politik ist der Allianzvertrag zwischen Rußland und Frankreich, der am 12. October in

1) Goltz an den König 7. October 1808.
2) Goltz an den König 9. October 1808.

Erfurt unterzeichnet wurde[1]), von der größten Bedeutung gewesen; Napoleon würde bei der Unsicherheit seiner Beziehungen zu Österreich ohne die Bekräftigung des Einverständnisses mit Rußland an die Wiederaufnahme des Kampfes in Spanien nicht haben denken können; die gemeinsame Erhebung Österreichs und Preußens ist durch die Allianz zurückgehalten worden; eine dauernde Umgestaltung der Zustände Europas aber haben jene Vereinbarungen nach keiner Richtung hin zur Folge gehabt; nicht einmal eine wesentliche Modification in dem Verhältniß der beiden Mächte ist durch sie herbeigeführt worden.

Zurückgreifend auf den Gedanken des Tilsiter Vertrages vom 9. Juli 1807 geben die Herrscher Frankreichs und Rußlands sich das Versprechen, den Kampf gegen England mit aller Macht fortzusetzen, wenn das Londoner Cabinet auf die ihm zu unterbreitenden Friedensvorschläge ablehnend antworten sollte. Auch die Territorialconcessionen, mit denen die beiden Kaiser ihre Allianz besiegelten und deren Anerkennung von Seiten Englands sie zu einer Vorbedingung für die Friedensunterhandlungen erhoben, bildeten eigentlich kein neues Moment, denn schon längst waren über diesen Gegenstand geheime Verabredungen ausgetauscht worden, deren bindende Kraft von keiner der beiden Parteien geleugnet werden konnte. Die Incorporation Finnlands, die durch den Erfurter Vertrag sanctionirt wurde, war von Napoleon schon in Tilsit gut geheißen und überdem in dem Schreiben an Alexander vom 29. April 1808 (S. 157) noch einmal ausdrücklich bestätigt worden; und was die Vereinigung der Donaufürstenthümer mit Rußland anbetrifft, so betrachtete Alexander dieselbe seit der Zusammenkunft in Tilsit als das Ziel seiner Politik, auf welches die Verheißungen seines Bundesgenossen ihm begründete Aussicht eröffnet hatten. Und wenn Alexander seinerseits in die Anerkennung Joseph's als Königs von Spanien willigte, und mit der Neuordnung der Verhältnisse in Italien, welche Napoleon im Laufe des letzten Jahres vorgenommen, sich einverstanden erklärte, so lag darin kaum noch ein neues Zugeständniß, nachdem der Czar die Entthronung der Bourbonen stillschweigend geduldet und dem französischen Gesandten wiederholt versichert hatte, daß er seinem Bundesgenossen niemals das Recht streitig machen werde, über den Besitz Italiens und Spaniens nach Belieben zu verfügen. Selbst jener Artikel, durch den Alexander sich verpflichtete, seine Waffen mit denen Frankreichs zu vereinigen, wenn Frankreich von Österreich angegriffen werden sollte,

1) Convention d'alliance entre la France et la Russie, bei De Clerq Receuil des traités de la France II 284.

war, wie wir uns entsinnen, nur die Wiederholung einer Zusage, die er vor Wochen bereits dem Herzog von Vicenza gegeben hatte[1]).

Allein es sind nicht die Bestimmungen des Vertrages vom 12. October, die das Hauptproblem in der Geschichte des Erfurter Congresses bilden: das volle Verständniß der letzteren würde sich erst erschließen, wenn man den geheimen Absichten und Plänen, die hinter den Stipulationen der beiden Kaiser verborgen waren, bis auf den Grund zu sehen vermöchte. Es ist dies freilich eine Aufgabe, die bei dem Mangel an authentischen Quellen und bei der Unvollkommenheit der bisherigen, mehr oder minder von dem Einfluß der französischen Tradition beherrschten Darstellungen im Wesentlichen nur auf combinatorischem Wege gelöst werden kann. Wir begnügen uns wenige Momente hervorzuheben, die für den Zusammenhang unserer Betrachtungen, soweit sich dieselben mit der allgemeinen Politik Europas beschäftigt haben, unentbehrlich sind.

Nach dem Erfurter Vertrag sollte Rußland zunächst den Versuch machen, auf dem Wege friedlicher Unterhandlung die Abtretung der Moldau und Walachei bei der türkischen Regierung durchzusetzen. Frankreich sollte dabei ganz aus dem Spiele bleiben; Napoleon verzichtete ausdrücklich auf die Mediation, die er in Tilsit feierlich übernommen, und die seither so viel dazu beigetragen hatte, ihm sein verdecktes Spiel zu erleichtern. Blieb die Verhandlung mit der Türkei ohne Resultat, kam es zu kriegerischer Entscheidung zwischen Rußland und der Pforte, so hatte Alexander den Kampf allein auszufechten, während Napoleon's Theilnahme, wie es mit den Worten des Vertrages heißt, sich darauf beschränkte, „seine guten Dienste bei der ottomanischen Pforte anzuwenden". Nur für den Fall, daß Österreich oder irgend eine andere Macht, der Türkei Hülfe leisten würde, hatte Napoleon sich verpflichtet, unverzüglich mit Rußland gemeinsame Sache zu machen. Allein wie verhielt es sich mit der Aufrichtigkeit dieser Versprechungen? Es steht unwiderleglich fest, daß der Imperator sofort nach beendigter Entrevue, alle Hebel in Bewegung setzte, um die Pforte zum äußersten Widerstand gegen die Abtretung der Donaufürstenthümer zu bestimmen. Der französische Geschäftsträger Latour Maubourg wurde angewiesen, eine schriftliche Erklärung von der Pforte zu verlangen, daß sie in keinem Fall vor der Forderung Rußlands zurückweichen werde[2]).

---

1) Vgl. S. 253 und Actenst. Nr. 239.

2) Es erhellt diese bisher unbekannte, für die Charakteristik der Napoleonischen Politik im höchsten Grade bezeichnende Thatsache aus den Berichten des österreichischen Gesandten

Alexander hat einige Monate später durch eine Mittheilung des Wiener Hofes bei Gelegenheit der Sendung des Fürsten Schwarzenberg von der Treulosigkeit seines Bundesgenossen erfahren[1]). Unvorbereitet traf sie ihn nicht: seit Erfurt täuschte er sich nicht mehr über die wahren Gesinnungen Napoleon's. Durch einschränkende und erschwerende Clauseln aller Art suchte der französische Kaiser die Vortheile, die er Rußland nicht weigern konnte, in unsichere Ferne hinaus zu schieben, womöglich ganz zu vereiteln. Diese Taktik mußte dem Czaren die Augen öffnen, er mußte einsehen, was er zu erwarten habe, wenn Napoleon das Glück seiner Waffen in Spanien wieder herstellte, bevor Rußland von den Donaufürstenthümern Besitz ergriffen hatte. Die ganze Politik Alexander's concentrirte sich daher in dem Bestreben, jeder Veränderung in den Zuständen Europa's vorzubeugen, die der Ausführung seiner Pläne hätte hindernd in den Weg treten können. Aus diesem Gesichtspunkt muß denn auch in erster Linie das Verhalten beurtheilt werden, das er Österreich gegenüber beobachtet hat.

Bekanntlich war als Abgesandter Österreichs General Vincent nach Erfurt entsendet worden, um die Begrüßungsschreiben zu überreichen, welche Kaiser Franz an die Herrscher Rußlands und Frankreichs gerichtet hatte. Die Äußerungen, deren sich Napoleon bei dem Empfang des Generals am 1. October bediente, waren nach derselben Schablone zugeschnitten, wie jene Ansprache, die er am 15. August dem Fürsten Metternich gehalten. Zuerst betonte er den Wunsch, mit Österreich in Frieden zu leben, und deutete auf die Vortheile hin, die dem Wiener Cabinet aus einem rückhaltslosen Anschluß an Frankreich erwachsen würden; dann erging er sich in hochfahrenden Redewendungen über die militärische Lage Frankreichs: er sei jeden Augenblick im Stande, sagte er, den Kampf gegen Österreich aufzunehmen, zumal die Freundschaft Alexander's ihm Bürgschaft dafür gebe, daß Rußland sich mit ganzer Macht auf Österreich stürzen würde. „Ich weiß nie", bemerkte Napoleon, „auf welchem Fuß ich mit Euch stehe; in dem Augenblick, wo alle Streitigkeiten zwischen uns geschlichtet waren, weshalb diese Schilderhebung? Ich will keinen Krieg mit Euch, aber, glauben Sie mir, ich fürchte ihn nicht: Rußland wird seine Verpflichtungen gegen mich erfüllen, wenn es noth thut! Statt

Baron Stürmer vom 10. und 24. December 1808. Stürmer stützt sich auch hier wieder (vgl. S. 152) auf die Aussagen des Reis-Efendi, der ihm von seinen Verhandlungen mit La Tour Kenntniß gab.

1) Weisung Stadion's an Schwarzenberg, 29. Januar 1809. W. St. A.

ganz Europa in Alarm zu setzen, warum äußert Ihr Euch nicht lieber über Euere Gründe zur Furcht? Österreich hat mir immer im Wege gestanden, ich habe dort nie ein Zeichen des Wohlwollens gefunden; und doch bin ich dafür empfänglich wie ein Anderer: mit Unrecht hält man mich für ein Felsenherz. Glaubt Ihr, daß die Angelegenheiten in Spanien für Euch günstig sind? Greift mich an! Vielleicht habt Ihr Recht; darüber zu urtheilen ist Euere Sache. Ich ziehe einen offenen Krieg verdeckten Umtrieben vor". Weiter sagte Napoleon: Österreich möge seine Rüstungen einstellen und die Anerkennung des König Joseph aussprechen. Würden diese beiden Bedingungen angenommen, so werde die Räumung Schlesiens erfolgen. „Inzwischen", so fügte er lächelnd hinzu, „werde ich der Königin von Preußen Berlin zurückgeben"[1]).

An demselben Tage hatte Vincent eine Audienz bei Alexander. „Sie allein, Sire, sind im Stande, das Gewitter zu verhüten", redete der General den Czaren an und entwickelte die Unmöglichkeit, in der Kaiser Franz sich befinde, die Rüstungen zu sistiren, ehe er nicht unzweifelhafte Garantien für die Sicherheit Österreichs erlangt habe. Nichts liege dem Kaiser ferner als die Absicht, den Frieden Europas zu bedrohen; die Verstärkung der Armee sei nur eine innere Maßregel, ausschließlich auf die Vertheidigung des Landes berechnet; sie habe nur den Zweck, der österreichischen Monarchie bei den übrigen Mächten Respect zu verschaffen und dadurch die Grundlagen ihrer Existenz für jetzt und für die Zukunft zu befestigen. Da sich Rußland bisher eifrigst bemüht hatte, dem Wiener Cabinet die Demobilisirung des Heeres anzurathen, so war Vincent darauf vorbereitet, daß dieser Rathschlag von Alexander abermals ertheilt werden würde. Allein er täuschte sich darin. Alexander spielte mit keinem Wort auf die Entwaffnung Österreichs an, die der französische Kaiser so entschieden in den Vordergrund gestellt hatte. „Niemand ist befugt", erwiderte er auf die Ausführungen Vincent's, „einem fremden Souverän in seine Einrichtungen hineinzusprechen"[2]). Die Erklärung für diese Auffassung liegt darin, daß der Czar, von Mißtrauen gegen Napoleon erfüllt, in der Fortdauer der Rüstungen Österreichs und in den Rücksichten, welche

1) Bericht Vincent's an Stadion, 1. October 1808. W. St. A. Bemerkenswerth ist außerdem noch die folgende Stelle: L'empereur Napoléon me fit la question directe: »Vous avez fait l'offre à la Russie des principautés de Moldavie et de Walachie?« — worauf Vincent erwiderte: »Nous n'aborderions jamais les premiers de semblables questions«.

2) Vincent an Stadion 1. October 1808. W. St. A.

diese Napoleon aufnöthigen mußten, das wirksamste Mittel erblickte, um den Bestand seiner Allianz mit Frankreich noch für die nächsten Zeiten zu sichern.

Es war dem Kaiser Alexander nicht unbekannt, daß die Pforte sich bemühte, das österreichische Gouvernement zu einer Vermittelung bei Rußland zu veranlassen. Graf Stadion hatte eine vertrauliche Benachrichtigung hierüber nach Petersburg gesandt; aus seinen Äußerungen ging hervor, daß die Regierung des Kaiser Franz, wenn sie auch Bedenken trage, dem Anerbieten der Pforte Folge zu geben, dennoch für die Herstellung des Friedens lebhafte Sympathieen hege, und nicht abgeneigt sei, soweit es unter der Hand geschehen könne, zu einer Verständigung der beiden Mächte behülflich zu sein. In demselben Sinne hatte sich die österreichische Diplomatie in Constantinopel ausgesprochen. Durch eine Ordre vom 2. September war der Internuntius beauftragt worden, dem Reis-Efendi zu erklären, Österreich müsse die Erneuerung der Feindseligkeiten als ein großes Unglück betrachten; und da Rußland aller Wahrscheinlichkeit nach die Donaufürstenthümer nicht wieder herausgeben werde, so könne man der Pforte nur rathen, zu ermessen, welche Opfer der gegenwärtige Stand der Dinge ihr auferlege[1]). Durfte sich Rußland nach diesen Eröffnungen Stadion's einige Hoffnung auf die Neutralität des Wiener Hofes machen, so hing doch Alles davon ab, wie sich die Verhältnisse zwischen Frankreich und Österreich gestalten würden. Denn es lag auf der Hand, daß Österreich, wenn es sich zum Kriege gegen Napoleon entschloß, alle Bemühungen aufbieten würde, die Pforte durch ein Bündniß, welches die Integrität des osmanischen Reiches sicher stellte, zu sich hinüber zu ziehen und den Krieg zwischen der Türkei und Rußland von Neuem anzufachen. Die Erhaltung des Friedens zwischen Österreich und Frankreich war demnach die wesentlichste Voraussetzung für die Durchführung des politischen Systems, das der Ehrgeiz Alexander's nun einmal verfolgte. Der Czar suchte in Erfurt dem General Vincent die Überzeugung beizubringen, daß Österreich keinen besseren Freund habe als Rußland, und wiederholte, was er schon mehrfach durch Kurakin hatte erklären lassen, er werde niemals dem Kaiser Napoleon zur Unterdrückung Österreichs die Hand bieten, wenn der Wiener Hof nicht selbst die Offensive ergreife. „Die Integrität Österreichs", so ließ er sich vernehmen, „ist eine Sache der Gerechtigkeit, die mir wie ein Gegen-

1) Weisung Stadion's an Stürmer 2. September 1808. W. St. A.
2) Vgl. Duncker a. a. O. S. 293 ff.

ſtand des perſönlichen Intereſſes am Herzen liegt". Bei dieſen Äußerungen hatte Alexander lediglich den Zweck im Auge, Öſterreich vom Kriege zurückzuhalten oder wenigſtens die Entſcheidung ſo lange zu verzögern, bis er ſeine Auseinanderſetzung mit der Pforte zum Abſchluß gebracht haben würde.

Und in dieſem Gedanken liegt denn auch die Erklärung für die Politik, die Alexander auf dem Erfurter Congreß in den preußiſchen Angelegenheiten einſchlug. So lange Rußland mit Napoleon verbunden blieb, ſollte auch Preußen genöthigt werden, ſich in denſelben Bahnen zu bewegen; denn, wären die kriegeriſchen Pläne des Königsberger Hofes zur That geworden, ſo würde auch Öſterreich vorausſichtlich nicht länger gezögert haben, den Kampf gegen Frankreich zu beginnen[1]). Das Einzige, was Alexander in Erfurt für Preußen that, war, daß er auf einer Verminderung der Contribution beſtand. Sein Bemühen ging dahin, eine Reduction der Geſammtſumme von 140 auf 100 Millionen zu erzielen. Erſt am 14. October, dem Tage, an welchem die beiden Kaiſer ſich von einander verabſchiedeten, fand dieſe Frage ihre Erledigung. Napoleon bewilligte eine Ermäßigung von 20 Millionen und überwies die Feſtſetzung der Zahlungstermine einem noch zu vereinbarenden Abkommen zwiſchen Frankreich und Preußen. In einem eigenhändigen Schreiben an Alexander bezeichnete er dieſe Zugeſtändniſſe als einen Beweis ſeiner Freundſchaft für den Czaren[2]). So geringfügig dies Reſultat der ruſſiſchen Vermittelung war, Alexander ließ ſich bereit finden, daſſelbe mit einer Gegenconceſſion zu erkaufen, die nur allzu deutlich bewies, wie wenig es ihm mit einer nachdrücklichen Vertheidigung der Rechte Preußens Ernſt geweſen war. Wir entſinnen uns jener Beſtimmung in den Separatartikeln des ruſſiſch-franzöſiſchen Tractates, wonach für den Fall der Einverleibung Hannovers in das Königreich Weſtfalen der preußiſche Staat mit einer Gebietserweiterung auf dem linken Elbufer bedacht werden ſollte (S. 11). Napoleon, der wohl damals ſchon die freilich erſt im Jahre 1810 erfolgte Incorporation Hannovers ins Auge faßte, wünſchte die Aufhebung jenes Artikels, und Alexander nahm keinen Anſtand, eine ſchriftliche Erklärung auszuſtellen, durch welche der Vorbehalt zu Gunſten Preußens beſeitigt wurde[2]).

---

1) Correspondance de Napoléon I. XVII 556: Désirant donner à Votre Majesté Impériale une preuve bien convaincante de mon amitié pour elle et combien me sont agréables les occasions de lui être agréable, je luis fais part que j'ai diminué de vingt million la contribution que devait la Prusse.

2) Schreiben Alexander's an Napoleon 14. October 1808: Je m'empresse de décla-

Nicht ohne Sorge schied Graf Goltz aus Erfurt. Die Grundzüge für die Auseinandersetzung mit Frankreich waren zwar vertragsmäßig festgestellt, aber es erübrigte noch eine Fülle von Detailbestimmungen über die Termine und den Modus der Zahlungen, die allmähliche Einlösung der Pfandbriefe und viele andere Dinge, die durch eine besondere Convention geregelt werden sollte. Die Berathungen hierüber sollten in Berlin stattfinden, und französischerseits war abermals Daru zum Unterhändler ernannt. Goltz fürchtete, daß die Verhandlungen mit „diesem Mann von Stein und Eis", wie er Daru nannte, zu neuen Schwierigkeiten führen würden. Das Schlimmste aber war, daß der König in dem Augenblick, in dem der Vertrag mit Frankreich perfect geworden, sich entschließen mußte, den Mann aus seinem Dienst zu entlassen, dessen Einsicht und Thatkraft vielleicht die Mittel gefunden haben würden, dem Staat durch das Dilemma der Finanzen siegreich hindurch zu helfen.

18.

Entlassung Stein's. Schluß.

Bei der Audienz des Grafen Goltz in Erfurt am 9. October hatte Napoleon seinen Zorn über die Gesinnungen, die Stein in dem aufgefangenen Briefe an Wittgenstein ausgesprochen, in einer Weise Ausdruck gegeben, die alle Grenzen der Mäßigung überschritt[1]). Goltz hat es leider unterlassen, die eigenen Worte des Kaisers aufzuzeichnen; der Eindruck aber, den er von der stürmischen Scene empfing, war der, daß Napoleon schon längst auf die Entlassung Stein's gedrungen haben würde, wenn ihm nicht daran gelegen gewesen wäre, die Entscheidung des Königs abzuwarten, die ihm als Prüfstein für die Absichten Preußens dienen sollte. Goltz begnügte sich nicht, dem Könige über den Vorfall Bericht zu erstatten, er wandte sich mit einer freimüthigen Darlegung der Sache direct an Stein und suchte ihn, unter Hervorhebung der Gefahren, die sein längeres Verweilen im Amte sowohl über den Staat, wie über seine Person, seine Familie und sein Eigenthum heraufbeschwören

rer à Votre Majesté que je ne prends aucun intérêt à l'exécution de l'article éventuel du traité de Tilsit relatif au Hanovre; Correspondance XVII 556. Vgl. Thiers IX 330.

1) Goltz an den König 9. October 1808: Les préjugés de défiance et la mauvaise volonté ne sont encore aucunement détruites et une sortie terrible contre le baron de Stein m'a prouvé que seuls les ménagements dues à la Russie empêchent la mesure de déborder.

würden, zu freiwilligem Rücktritt zu bewegen. Er hat wegen dieses Rathschlages mancherlei Anfechtungen zu erleiden gehabt; man hat ihm Eifersucht, persönliche Animosität gegen Stein zur Last gelegt, und ihn der Theilnahme an den Kabalen bezichtigt, die von engherzigen Anhängern des alten Systems angezettelt wurden, um die Reformpläe Stein's zu Falle zu bringen. Nichts ist geeigneter, diese Vorwürfe zu entkräften, als der Text des Schreibens, welches Goltz am 9. October an Stein gerichtet hat und das, bisher unbekannt, in unserer Sammlung der Actenstücke zum ersten Mal mitgetheilt wird[1]). Ganz und gar von der Überzeugung durchdrungen, daß die energische Führung Stein's dem Staate unentbehrlich sei, bemüht sich Goltz, die Mittel und Wege zu deduciren, durch welche Stein in die Lage versetzt werden könne, trotz seines officiellen Rücktritts vom Amte dem König auch ferner mit Rath und That zur Seite zu stehen. Der beste Ausweg schien ihm zu sein, wenn Stein die Leitung des Ministeriums niederlege, in ostensibler Weise Königsberg verlasse und sich an einen Ort in der Nähe der Residenz zurückziehe, von wo er nach wie vor in den Gang der Geschäfte fördernd und dirigirend eingreifen sollte. Damit die Einheitlichkeit der Geschäftsführung nicht gehemmt werde, solle an die Spitze der Verwaltung ein Mann gestellt werden, den Stein selbst dem König zu bezeichnen habe, ein Mann, zu dem er das Zutrauen hege, daß er seinen Ideen folgen und sich ohne Widerstreben seinem Einfluß zugänglich erweisen werde.

Die taktvolle Art, mit der Goltz sich einer undankbaren Pflicht entledigte, verdient alle Anerkennung. In dem Bericht an den König vom 9. October enthielt er sich jedes Urtheils über die Veränderungen in dem Organismus der obersten Verwaltung, welche der Austritt Stein's nothwendig zur Folge haben mußte, und überließ alle weiteren Schritte lediglich der Initiative Stein's. Dieser säumte denn auch nicht den Brief des auswärtigen Ministers zur Kenntniß des Königs zu bringen und seine eigenen Bemerkungen daran zu knüpfen, in denen er freilich zu ganz anderen Schlüssen gelangte als Goltz[2]). Die Nothwendigkeit seiner Enthebung von dem Vorsitz im Ministerium wagte Stein nicht zu bestreiten, im Übrigen aber war er der Meinung, daß Napoleon, mit dem spanischen Krieg vollauf beschäftigt, sich um die ganze Angelegenheit nicht weiter bekümmern werde. In dieser Voraussetzung glaubte er dem König eine Modalität vorschlagen zu

1) Actenst. Nr. 267.

2) Immediatbericht Stein's vom 18. October 1808, in deutscher Übersetzung bei Pertz II 260, vollständiger im französischen Original Actenst. Nr. 264.

dürfen, die sein Verbleiben im activen Dienst, an dem Aufenthaltsort des Hofes, in lebendigem Connex mit den Geschäften des Staates und in unmittelbarer Berührung mit der Person des Monarchen zu ermöglichen bestimmt war. Am 28. October überreichte er dem König einen Plan über die Organisation der obersten Staatsbehörden [1]), der im Wesentlichen auf denselben Grundlagen beruhte, wie ein älterer, bereits im October 1807 von ihm ausgearbeiteter Entwurf, der, obwohl er längst die Sanction des Königs erhalten hatte, bisher unausgeführt geblieben war, weil man es für nothwendig erachtet hatte, die Organisation bis zu dem Moment zu vertagen, wo mit der Zurückverlegung der Residenz des Königs nach Berlin die Centralbehörden des Staates wieder in der Hauptstadt vereinigt sein würden. Die Grundgedanken jenes Entwurfes waren vollständige Beseitigung der theilweise noch bestehenden Provinzialministerien, schärfere Abgrenzung des Wirkungskreises der Fachministerien, im Anschluß daran systematische Eintheilung der Ressorts, und vor Allem die Errichtung eines obersten Regierungscollegiums, des Staatsraths, dem die Aufgabe obliegen sollte, in collegialischer Gemeinschaft mit den Ministern die gesammte Verwaltung nach einheitlichen Grundsätzen zu führen. Nach dem ursprünglichen Plane Stein's sollte der Staatsrath von den Abtheilungschefs der einzelnen Ressorts gebildet werden, während der Verwaltungsplan vom 28. October die Mitgliedschaft auch auf solche Männer ausdehnte, die durch das Vertrauen des Königs und zu besonderen Aufträgen in den Staatsrath zu berufen seien. Unter den Beamten dieser Kategorie gedachte Stein fortan seine Verwendung im Dienste des Staates zu finden. Seine Ausführung über diesen Punkt lautet wörtlich: „Ich würde wirken können durch Theilnahme an den Berathschlagungen in dem Staatsrath, durch Anträge in demselben, durch Aufmerksamkeit auf Aufrechthaltung richtiger Verwaltungsgrundsätze, durch Übernahme und Ausführung einzelner wichtiger Aufträge. Ich würde nach Maßgabe der im Plan vorgeschlagenen Verfassung bei einzelnen wichtigen Angelegenheiten aufgefordert werden können, auch an den Verhandlungen im Cabinet Theil zu nehmen. Auf diese Art bleibe ich in einer regelmäßigen Verbindung mit dem Geschäftsgang und den Geschäftsmännern und erhalte auf beide einen bestimmten Einfluß".

Dem ruhigen, klaren, von keiner Illusion getrübten Blick des Königs

1) Pertz II 262; über den älteren Plan, der unter Bezugnahme auf die Denkschriften Altenstein's und Hardenberg's (s. u.) skizzirt und im October 1807 dem König vorgelegt wurde, vgl. Pertz II 30; die weiter ausgeführte und zugleich modificirte Bearbeitung, Juni 1808, II 116 ff.

konnte es nicht entgehen, daß die Durchführung der Maßregel, die Stein in Bezug auf seine Person ersonnen hatte, ein Ding der Unmöglichkeit sei: sie würde nur dazu beigetragen haben, den Argwohn Napoleon's zu verstärken. Wie schwer es dem König wurde, sich in die Entlassung Stein's zu finden, dafür giebt es keinen stärkeren Beweis, als daß er trotz der drohenden Äußerungen des französischen Kaisers den Beschluß faßte, den Verlauf der Berliner Unterhandlung und die Rückkehr des Grafen Goltz abzuwarten, ehe er seine Entscheidung treffe[1]).

Goltz war am 13. October nach Berlin zurückgekehrt; am 24. traf auch Daru hier ein. In den ersten Tagen konnte man überhaupt nicht zur Berathung schreiten, da die Instruction, welche der Generalintendant von dem Kaiser erwartete, noch nicht zur Stelle war, und als diese endlich anlangte, ergab sich sogleich ein neues Hinderniß. Daru verlangte die Aufnahme eines Artikels in die Convention, der die Verpflichtung für Preußen enthielt, den restirenden Betrag der Kriegsschuld bis zur vollständigen Abbezahlung derselben mit vier Procent jährlich zu verzinsen. Von einer Verzinsung der Contribution war bisher noch niemals die Rede gewesen, weder bei den früheren Verhandlungen mit Daru in Berlin, noch bei dem Abschluß des Vertrages in Paris; um so ungerechtfertigter erschien die neue Forderung, welche die Geldlast, die der preußische Staat zu tragen hatte, abermals um zehn Millionen Franken erhöhte. Alle Proteste des preußischen Ministers blieben vergeblich; Daru berief sich auf den unabänderlichen Befehl Napoleon's; es sei die Sache des Königs, sagte er, zu erwägen, ob er sich noch einmal mit einer directen Vorstellung an Napoleon wenden wolle[2]).

Über die Erfolglosigkeit eines solchen Schrittes konnte man sich keiner Täuschung hingeben, und da zuletzt doch alles darauf ankam, die Auseinandersetzung nicht länger zu verzögern, der Occupation ein Ende zu machen, so vollzog Goltz am 6. November die Unterschrift. Als Unterpfand für die hundert und zwanzig Millionen, die Preußen zahlen sollte, wurden dem Generalintendanten funfzig Millionen in Wechseln der ersten Kaufmannshäuser Preußens und siebenzig Millionen in Pfandbriefen übergeben, die in monatlichen Raten von vier Millionen, im Ganzen also innerhalb eines Zeitraumes von zwei und einem halben Jahr, mit baarem Gelde eingelöst werden sollten. In Betreff der Räumung des Landes wurde bestimmt, daß der Abzug der französischen Truppen aus dem Gebiet

1) Pertz II 261.

2) Goltz an den König 26. October und 7. November 1808.

zwischen Weichsel und Oder bis zum 22. November und aus dem Gebiet zwischen Oder und Elbe bis zum 5. December vollendet sein solle[1]).

Noch ehe Goltz wieder in Königsberg ankam, war die Angelegenheit der Entlassung Stein's in ein neues Stadium getreten. Schon längst hatte sich in den Kreisen der Patrioten der Gedanke geregt, daß dem Hangen und Bangen der politischen Lage nur auf eine Weise ein Ziel gesetzt werden könne. Die Regierung müsse sich entschließen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf eine kriegerische Erhebung des Volkes hinzuwirken. Trotz der Wachsamkeit der französischen Behörden war an vielen Orten mit den Vorbereitungen zur Bewaffnung des Volkes begonnen worden. Das Netz geheimer Verbindungen, die sich zu diesem Zweck gebildet hatten, erstreckte sich nicht nur über einen großen Theil der preußischen Provinzen, sondern seine Fäden reichten bereits bis in diejenigen Landestheile, die dem Staat durch den Tilsiter Frieden entrissen waren. Bei einem Besuch seiner westfälischen Freunde im October 1808 traf Ludwig von Vincke in der Grafschaft Mark mit preußischen Officieren zusammen, welche diese Landschaften durchzogen, um zur Theilnahme an einem Aufstand zu werben, dessen Zweck die Vertreibung der Franzosen und die Wiederherstellung der preußischen Herrschaft war[2]). In einzelnen Kreisen der Mark Brandenburg bestanden Comités, die sich mit Vertheilung von Waffen unter die ländliche Bevölkerung beschäftigten: Landräthe und Grundbesitzer boten bereitwillig die Hand: es waren Veranstaltungen zu einer Insurrection im Gange, die in dem Augenblick ausbrechen sollte, in welchem Österreich den Krieg an Napoleon erklären werde[3]). Der Hauptvereinigungspunkt für die ehemaligen Angehörigen der preußischen Armee war Schlesien. Die Zahl der waffentüchtigen Männer, die sich in dieser Provinz zusammengefunden hatten, um für jede Eventualität des Krieges bei der Hand zu sein, wurde auf funfzig Tausend berechnet. Auf Betreiben Götzen's mußte Major Lucey mit dem Grafen Hardenberg in Wien eine Unterhandlung einleiten, die dahin zielte, das englische Cabinet zur Entsendung eines großen Waffentransportes nach Schlesien und zur Eröffnung eines Credites von fünfmal hundert Tausend Ducaten für An-

1) Convention entre la France et la Prusse sur le payement de la contribution de guerre et sur l'évacuation du pays, signée à Berlin le 5. (richtiger 6.) novembre 1808, bei Martens Supplément aux traités, V 106.

2) Bodelschwingh, Leben Vincke's, I 383.

3) Bericht des Kammerpräsidenten von Gerlach in Berlin an den König, 6 December 1808.

kauf von Pferden und Beschaffung von Montirungsstücken zu veranlassen. Lucey producirte bei dieser Gelegenheit einen vollständigen Insurrectionsplan für Schlesien, den Götzen ausgearbeitet hatte. Da die Erfahrung lehre, heißt es in dem Schriftstück, daß die Insurrection nur wirksam werden könne, wenn sie durch reguläre Truppen unterstützt werde, so habe man auf die Formirung eines Corps von 24,000 Mann Bedacht genommen, dessen Ausrüstung bis in die kleinsten Details soweit vorgeschritten sei, daß die Truppen innerhalb wenig Tagen ins Feld rücken könnten. Lucey berichtete von geheimen Anschlägen auf die Festungen Glogau und Neisse; er erzählte, daß allenthalben im Lande Officiere vertheilt wären, welche die Führung der fliegenden Corps übernehmen würden [1]). Emissäre durchreisten die Provinz von Ort zu Ort, um für die Vorbereitung der Insurrection zu wirken: unter ihnen auch Rittmeister von Schill, der sich nach Breslau begab, um für Waffen zu sorgen [2]).

In den anderen Provinzen regten sich ähnliche Bestrebungen, namentlich auch in Preußen. Nach den Versicherungen Boyen's gehörte es zu den vornehmsten Tendenzen des in Königsberg gestifteten Tugendbundes, auf die Bewaffnung des Volkes hinzuarbeiten „und den zu ihrem Gelingen erforderlichen Geist vorzubereiten" [3]). Auf eine Anregung, die in den Sitzungen des Tugendbundes gegeben wurde, ist es wohl zurückzuführen, wenn Boyen dem König eine Denkschrift unterbreitete, in welcher er für die Berufung eines Landtages aus Volksvertretern der ganzen Monarchie plaidirte. In dem Schooße dieser Versammlung sollte die Frage über Krieg oder Frieden zur Entscheidung kommen. Boyen erinnerte an das Beispiel

---

1) Instruction für den Grafen Lucey, von Götzen entworfen, Glatz 29. October 1808, im Archiv des Großen Generalstabes zu Berlin. Vgl. den Bericht Hardenberg's an Graf Münster vom 26. November 1808. Actenst. Nr. 242.

2) Unter dem handschriftlichen Nachlaß Götzen's befindet sich eine Correspondenz mit dem Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Öls aus dem November 1808, die u. A. den Entwurf eines Handschreibens enthält, welches der Herzog an König Friedrich Wilhelm III. zu richten gedachte und worin er das Anerbieten stellte, in Schlesien ein größeres Truppencorps zu werben, mit demselben einen Einfall in Sachsen zu machen, hier die Fahne des Aufstandes gegen Napoleon zu entfalten, und dann, nachdem er aus Braunschweig und Hessen Verstärkung erhalten haben würde, zur Belagerung Magdeburg's zu schreiten. Götzen fand das Unternehmen abenteuerlich und trug Bedenken, dasselbe bei dem König zu befürworten. Der Herzog setzte sich darauf in einem Schreiben vom 16. November mit Stein in Verbindung. Danach ist die Angabe bei Häusser (Deutsche Geschichte III 211) zu berichtigen, aus der man schließen muß, daß der Herzog sich direct an den König gewendet habe.

3) A. Lehmann, der Tugendbund, Berlin 1867, S. 7.

Gustav Adolf's, der vor jedem Feldzug, den er unternahm, vor versammeltem Volke seine Unterthanen zu opferwilliger Hingabe zu ermahnen pflegte: durch einen vertrauensvollen Appell an die Stimme des Landes möge der König die schlummernden Kräfte wecken: mit Begeisterung werde das Volk in den Kampf für König und Vaterland gehen[1].

So phantastisch dieser Rathschlag erscheinen mag, wie viele der edelsten Geister lebten und webten damals in gleichen Ideen. Wir erinnern uns, daß bereits in jenem Promemoria Stein's, in welchem der Plan eines Bündnisses zwischen Rußland, Preußen und Österreich der Beherzigung Alexander's empfohlen wurde, auf den Erlaß einer Proclamation an das deutsche Volk hingewiesen war (S. 259). Etliche Tage später hatte Stein dem Könige einen solchen Aufruf vorgelegt, der von Süvern, dem nachmaligen Director der Unterrichtsabtheilung des geistlichen Ministeriums, damals Professor der Literatur an der Universität Königsberg, verfaßt war. Durch ein Rundschreiben sollte dieser Aufruf der protestantischen und katholischen Geistlichkeit zur Verkündigung von der Kanzel mitgetheilt werden[2].

Trotz des ablehnenden Bescheides, den der König darauf ertheilte, erneuerte Stein seinen Vorschlag, wenn auch in veränderter Fassung. Vor mehreren Wochen bereits, als die Kunde von dem Mißgeschick des Briefes an Wittgenstein sich im Lande verbreitete, und in weiten Kreisen der Bevölkerung die Besorgniß vor einem Systemwechsel in der inneren Verwaltung erwachte, durch den der Fortgang der Stein'schen Reformen in Frage gestellt werden würde, hatte Stein zu einer Kundgebung gerathen, deren Zweck es sein sollte, die öffentliche Meinung über diesen Punkt zu beruhigen. Ohne Bedenken hatte der König zugestimmt. Am 29. September war zuerst in der Königsberger Zeitung und demnächst in anderen Organen der Presse eine amtliche Mittheilung erschienen, welche nicht nur die leitenden Grundsätze der Reform auf dem Gebiet des öffentlichen Rechtes entwickelte, sondern auch die Veränderungen in der Organisation der Wehrverfassung, die durch die Verordnungen vom August 1808 festgesetzt worden waren, in den Kreis der Betrachtung hineinzog und die Versicherung enthielt, daß die Regierung auf dem eingeschlagenen Wege fortfahren werde[3].

1) Boyen an den König, Königsberg 29. September 1808. Vgl. den Antrag Scharnhorst's und seiner Freunde, die Frage der Ratification oder Nichtratification des Vertrages mit Frankreich einer Volksvertretung vorzulegen; Pertz II 256.

2) Pertz II 247.

3) Abgedruckt bei Pertz II 241 ff.

Von der Absicht geleitet, vor seinem Scheiden aus dem Staatsdienst den Grundgedanken der Reform noch einmal die weiteste Publicität zu geben und dadurch auf die Schultern des künftigen Ministeriums eine um so größere Verantwortlichkeit für die Durchführung des begonnenen Werkes zu legen, hatte Stein nach dem Eintreffen der letzten Nachrichten aus Erfurt[1]) eine Proclamation an das preußische Volk ausgearbeitet, die er am 6. November dem König zur Vollziehung überreichte. In warmer, Jedermann zu Herzen dringender Rede suchte er darin die socialen Wohlthaten, die sich das Volk von der neuen Gesetzgebung versprechen dürfe, in das rechte Licht zu stellen. Als das Ziel der Gesetzgebung bezeichnet er die Freiheit der Personen; er läßt den König zu seinen Unterthanen die Worte sprechen: „Alle Rechte, die freien Männern zustehen, soll nunmehr der Landmann, soll jeder Bürger meines Staates genießen". Im Anschluß an die einzelnen Gesetzentwürfe, sowohl die schon erlassenen, als die noch in der Ausarbeitung begriffenen, weist Stein die Verwirklichung dieses königlichen Wortes nach. Er berührt namentlich die Veränderung der Agrarverhältnisse, die Aufhebung der Erbunterthänigkeit (Edict vom 9. October 1807), die in der ganzen Monarchie einen Stand freier Landbebauer geschaffen habe, die Verleihung des freien Eigenthums an die Insassen der Domänen durch das Edict vom 27. Juli 1807, das, zunächst für Ostpreußen, Westpreußen und Litthauen bestimmt, sieben und vierzig Tausend Familien in die Classe der freien Grundbesitzer aufgenommen habe, und dessen Ausdehnung auf die übrigen Provinzen des Staates ins Auge gefaßt sei. Dann beleuchtet er die fundamentalen Rechte, welche die Städteordnung, deren Publication nahe bevorstehe, den Bürgern zutheile, die Reformen der Rechtspflege und der Gewerbeverfassung, die Beseitigung der patrimonialen Gerichtsbarkeit und des Zunftzwanges; er betont die Fürsorge, welche die Regierung den kirchlichen Angelegenheiten und dem Erziehungswesen zuwenden werde, die Herstellung eines gleichmäßigen, auf nationaler Grundlage beruhenden Volksunterrichtes. Endlich gedenkt er der Reformen des Heeres: er zeigt, wie es der Wille des Königs sei, durch Beseitigung der Standesvorrechte bei der Besetzung der Officierstellen und durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht das Princip der Gleichberechtigung Aller auch auf die Einrichtungen der Armee zu übertragen. An diese Darlegung des Programms für die Reform der Verwaltung reiht sich eine Ermahnung an die Unterthanen, den wohlwollenden Absichten des Königs mit Vertrauen,

1) Entwurf vom 21. October 1808 bei Pertz II 265 ff.

Liebe und Treue entgegenzukommen. Die Proclamation enthielt kein Wort directer Aufregung gegen den Landesfeind, allein indem sie am Schluß an alle Bürger den Ruf ergehen läßt, „der Welt das schöne Beispiel eines durch Unglück zwar gebeugten, aber um so fester vereinten, um so inniger an seinen Fürsten geschlossenen Volkes zu geben", ging ihre Tendenz doch unverkennbar dahin, den Geist der That im Volke zu beleben und dem Gedanken des nationalen Befreiungskampfes weithin über das Land Eingang zu schaffen.

Allein die Anrufung des Volkes stieß nicht nur bei den principiellen Gegnern Stein's, sondern auch bei solchen Männern, deren politische Gesinnung in den Ideen der Reform wurzelte, auf heftigen Widerspruch. Der bedeutendste Vertreter dieser Richtung war Altenstein. Wie Altenstein schon bei jenen Berathungen der combinirten Immediatcommission, Ende November 1807, den von Schön eingebrachten Vorschlag einer Gebietsabtretung als Äquivalent für die Kriegsschuld mit patriotischem Eifer bekämpft hatte (S. 71), so war er auch während des weiteren Verlaufes der Verhandlungen mit Frankreich stets unter Denen gewesen, die vor allzu großer Nachgiebigkeit warnten und die Ansicht vertraten, daß man bei Zeiten auf die Vorbereitung zum Kampfe bedacht sein müsse, weil Napoleon dem Plan der Vernichtung Preußens niemals entsagen werde. Er betrachtete es als eine Gewissenspflicht für Jeden, der in der gegenwärtigen Krisis für seinen Rath einzustehen habe, den König von der Unvermeidlichkeit des Krieges zu überzeugen, auf die Festigkeit des Entschlusses bei ihm hinzuwirken, zugleich aber die äußerste Vorsicht anzuempfehlen, damit die Maßnahmen, welche für die Rüstung zur Vertheidigung des Landes zu ergreifen wären, nicht vor der Zeit dem Feinde verrathen würden. Von diesem Standpunkt aus glaubte Altenstein gegen Alles, was den Charakter der öffentlichen Agitation an sich trug, gegen die Thätigkeit der Geheimbünde, die von der Regierung zwar nicht direct unterstützt, aber doch zugelassen und auf mancherlei Weise begünstigt wurde, vor Allem gegen Stein's Vorschlag der Proclamation, seine warnende Stimme erheben zu müssen. Altenstein schreibt in jenen Tagen: „Unter allen Maßregeln scheint die Bearbeitung des Volkes und die Hineinziehung desselben in die Sache die gefährlichste. Sie macht Aufsehen und nutzt zu nichts. Es ist müßiges Reden und Schreiben. Alles muß so vorbereitet sein, daß das Volk aus Liebe und Anhänglichkeit zu allen Opfern jeden Augenblick bereit sei, und daß man wisse, welche Opfer von ihm gefordert, und wie sie benutzt werden sollen. Dann kann man ruhig

den Moment abwarten“ [1]). Die Meinung Altenstein's war, der König müsse sich entschließen, diejenigen Männer, die sich durch Erregung des Volksgeistes in den Augen der Franzosen verdächtig gemacht hätten, zu entfernen. Daß er sich bei diesem Votum zum Theil von persönlichen Motiven leiten ließ, kann nicht in Abrede gestellt werden. Das Verhältniß zwischen Altenstein und Stein war niemals ein besonders freundschaftliches gewesen. Altenstein, der sich durch seine Denkschrift über die Reorganisation des Staates, welche er auf Veranlassung Hardenberg's, während des gemeinsamen Aufenthaltes mit diesem in Riga, August und September 1807 verfaßt [2]), ein unbestrittenes Verdienst um die Vorarbeiten für die Verwaltungsreformen erworben hatte, fühlte sich in seinem Ehrgeiz gekränkt, da die Hoffnung, die er gehegt, daß ihm auch nach dem Eintritt Stein's ein leitender Einfluß auf die Abfassung der organisatorischen Gesetzentwürfe zu Theil werden würde, nicht in Erfüllung ging. Stein gab anderen Räthen den Vorzug und erregte dadurch in Altenstein eine tiefe, fort und fort sich steigernde Verstimmung.

Einen eifrigen Bundesgenossen fand Altenstein an seinem Schwager Nagler, der von leidenschaftlichem Antagonismus gegen Stein erfüllt war. Niemand zeigte sich beflissener, für die von der Partei der Hochconservativen ausgegebene Parole, daß Stein ein guter Minister des Volkes, nicht des Königs sei, in den Hofkreisen Propaganda zu machen, als Nagler. Die Ansprachen und Gedichte in den Zeitungen, die den Fall Stein's als einen unersetzlichen Verlust für die Nation beklagten, die Adressen, in welchen Männer aus allen Ständen und Berufsclassen dem Könige die Bitte um Beibehaltung Stein's vortrugen, alle diese öffentlichen Kundgebungen, in denen das allgemeine Vertrauen auf die politische Thätigkeit und die Charakterfestigkeit Stein's in erhebender Weise zum Ausdruck gelangte, bemühte sich Nagler als das Resultat demagogischer Umtriebe hinzustellen, die von Stein und seinen Freunden in Scene gesetzt seien, um auf die Entschließung des Königs einzuwirken [3]).

---

1) Altenstein an Hardenberg 10. November 1808, ein ausführliches Schreiben, das darauf berechnet war, die Ansichten Altenstein's für die Zusammenkunft, die Hardenberg am 11. mit dem König haben sollte (vgl. S. 294 Anm.), Ersterem noch einmal in allen Punkten darzulegen.

2) Vgl. Leopold von Ranke „Denkschrift Hardenberg's“ im Anhang zu Band 4. der Denkwürdigkeiten S. 4.

3) Um den Ton zu kennzeichnen, in welchem Nagler gegen Stein polemisirte, führen wir einige Stellen aus einem Immediatbericht Nagler's vom 28. November an: „Poeten und Leichenredner, wenn sie anders das Bild der Sonne gekrönten Häuptern vorbehalten,

Es ist oben davon die Rede gewesen, daß Altenstein und Nagler nach dem Tilsiter Frieden in steter Verbindung mit Hardenberg geblieben waren (S. 206). Die brieflichen Mittheilungen dieser Männer hatten Hardenberg in Stand gesetzt, den Vorgängen der inneren Verwaltung und der Entwickelung der politischen Lage auf Schritt und Tritt zu folgen. Befand er sich schon in Bezug auf die Grundsätze der Reformen und die Gesichtspunkte für die Organisation der Behörden nicht überall in Einklang mit Stein, so ergab sich vollends auf dem Gebiet der auswärtigen Politik eine wesentliche Differenz in den Anschauungen der beiden Staatsmänner. Nach der Meinung Hardenberg's war der Augenblick zum Handeln für Preußen noch nicht gekommen. In den Versuchen der Anknüpfung mit Österreich, den geheimen Unterhandlungen Götzen's, sah er ein verfehltes Unternehmen, und von dem Aufruf der populären Kräfte, welchen die von Stein ausgehende Agitation im Auge hatte, befürchtete er die schlimmsten Folgen für den Staat. Seine Ansicht war, der König dürfe nicht länger zögern, dem französischen Kaiser die Gewißheit zu geben, daß es sein Wille sei, an dem System festzuhalten, welches er durch Unterzeichnung des Vertrages vom 8. September adoptirt habe. Als die nothwendigste Vorbedingung hierfür betrachtete Hardenberg die Entlassung Stein's. Schon am 8. October hatte er an Altenstein geschrieben: „Wie der Minister Stein in seinem Posten bleiben kann, ohne Napoleon's Eifer gegen uns zu reizen, wenn wir in ein freundschaftliches Verhältniß zu ihm treten, sehe ich nicht ein".

Ein Ereigniß von Bedeutung war es nun, daß Hardenberg in jenen Tagen Gelegenheit erhielt, seine Auffassung der Dinge in einer persönlichen Unterredung dem Könige vorzutragen. Hardenberg stand damals im Begriff, sein Asyl in Tilsit, wo er unter literarischen Arbeiten, namentlich mit der Abfassung seiner Memoiren beschäftigt, mehrere Monate in stiller Zurückgezogenheit gelebt hatte, aufzugeben und seinen Aufenthalt auf seinem Gute Tempelberg, im Kreise Lebus, zu nehmen. Am 7. November verließ er Tilsit, in der Absicht, sich zunächst nach Marienwerder zu begeben. Altenstein und Nagler wußten um seine Reisedispositionen, und ohne Zweifel hat durch ihre Vermittelung auch der König davon Kenntniß erhalten.

vergleichen das Dienstende der Minister mit dem Verlöschen der Gestirne, und jeder rechtliche Mann muß seufzen, wenn ein verdienter und kenntnißreicher Minister sich in die Gefahr begiebt, wie ein Kunstfeuer oder gar wie ein Licht zu endigen. Dieses Loos bereiten dem Minister von Stein seine taktlosen Freunde" . . . . „Diese Freunde suchen auf das ogenannte Volk und Euerer Königl. Majestät höchste Person zu wirken".

Als Hardenberg am 10. November ohne Aufenthalt durch Königsberg passirte, traf ihn unterwegs der König, begleitet von seiner Gemahlin. Das Wiedersehen war ein äußerst bewegtes: all' die schmerzlichen Erinnerungen, alles Dulden und Entsagen, das dem Königspaar seit den Tagen von Tilsit auferlegt worden war, wurden noch einmal wach gerufen. Die Begrüßung war nur von kurzer Dauer, aber als Hardenberg sich verabschiedet hatte, regte sich bei dem Könige der Wunsch, mit seinem ehemaligen Minister, zu dessen bewährtem Rath er nach wie vor großes Zutrauen hatte, über die politische Lage zu conferiren. Nagler mußte Hardenberg folgen; es wurde eine zweite Zusammenkunft angeordnet, die am nächsten Tage bei dem Dorfe Kalgen, eine Meile von Königsberg, an der Straße nach Preußisch-Brandenburg, stattfand, trotz des stürmischen Herbstwetters auf freiem Felde und abermals in Gegenwart der Königin [1]).

In einer umfangreichen Denkschrift, die Hardenberg am 12. November in Braunsberg niederschrieb, recapitulirt er den Inhalt jener Unterredung und fügt hie und da zu den Rathschlägen, die er dort ertheilt, noch einige erläuternde Bemerkungen hinzu. Der Hauptaccent fällt auch hier auf die Nothwendigkeit der Entlassung Stein's. „Es scheint mit der politischen Lage der Dinge schlechterdings nicht vereinbarlich", schreibt Hardenberg, „daß der sonst so verdienstvolle Staatsminister Freiherr von Stein jetzt an der Spitze der Geschäfte bleibe, vielmehr, so groß auch der Verlust für Euerer Majestät Dienst ist, scheint es nicht zu vermeiden, daß er seine öffentliche Entlassung erhalte und sich entfernt von Berlin, in einem anderen Ort Euerer königlichen Majestät Staaten aufhalte". Die Ernennung Stein's zum Staatsrath widerräth Hardenberg, weil diese Maßregel den ungünstigsten Eindruck auf Napoleon machen würde; dagegen hält er es,

1) Das Tagebuch Hardenberg's enthält zum 10. November die Bemerkung: Passé droit par Kœnigsberg. Rencontré en chemin le roi et la reine. Arrivé à Brandebourg à 4 heures; und zum 11. November die kurze Notiz: à Kalgen. Weitere Aufschlüsse giebt das obenerwähnte Schreiben Altenstein's vom 10. November, das unmittelbar nach der Begrüßung zwischen dem König, der Königin und Hardenberg verfaßt ist, und mit dessen Übergabe an Hardenberg Nagler betraut wurde. Dasselbe beginnt mit den Worten: Euere Excellenz werden von meinem Schwager hören, welche Folgen Ihre Reise durch Königsberg gehabt hat. Wie innig wohlthätig meinem Herzen die schönen Äußerungen der Liebe und Verehrung gewesen sind, welche Euerer Excellenz Zusammentreffen mit der Königlichen Familie veranlaßt haben, darf ich Ihnen nicht erst weitläuftig versichern ... Mein Schwager wird Ihnen sagen, was er auf den vom König geäußerten Wunsch zu einer Zusammenkunft mit Ihnen nach der mit mir genommenen Rücksprache geäußert hat". In einem Schreiben an Altenstein vom 27. November kommt Hardenberg auf die Zusammenkunft bei Kalgen zurück. Vgl. auch Actenst. Nr. 265.

in Übereinstimmung mit Goltz, für zulässig, daß der König auch ferner in wichtigen Angelegenheiten das Gutachten Stein's erfordere.

Obwohl Hardenberg, wie bemerkt, nicht in allen Punkten mit den Ideen der Stein'schen Reformen einverstanden war, unterließ er es doch, diesen Gegensatz vor dem Könige näher zu erörtern. Auch in Bezug auf den Organisationsplan der Behörden entfernte er sich nicht allzuweit von den Vorschlägen Stein's. Er bezeichnete es als das wichtigste Gebot des Augenblicks, auf Grund der von Stein entworfenen Eintheilung der Departements mit der Bildung eines neuen Ministeriums vorzugehen, damit nicht durch das Ausscheiden des dirigirenden Ministers ein Stillstand in den Geschäften der Verwaltung eintrete. Für das Ministerium der Finanzen empfahl er Altenstein, für das Innere den seitherigen Kammerpräsidenten in Marienwerder, Burggrafen von Dohna-Schlobitten, für die Justiz den Kanzler von Schrötter und für das Kriegsdepartement Scharnhorst; die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten sollte in den Händen des Grafen Goltz verbleiben. Wie über die Wahl der Minister, so gab Hardenberg auch über die Ernennung der Mitglieder des zu creirenden Staatsraths, sowie über die Besetzung der höheren Stellen in den verschiedenen Ressorts sein Gutachten ab: ja man darf behaupten, er hätte in der Behandlung dieser Personalfragen nicht ausführlicher sein können, wenn er selbst an die Spitze des Ministeriums berufen worden wäre.

Über die Ziele der auswärtigen Politik hat sich die Denkschrift nur in einigen allgemeinen Sätzen ausgesprochen, die aber charakteristisch genug sind, um die Auffassung Hardenberg's mit voller Deutlichkeit hervortreten zu lassen. Daß die Regierung des Königs, wenn sie sich auch vor der Hand dem Vertrage mit Napoleon unterwarf, die Lossagung von Frankreich als den Leitstern ihres Handelns im Auge behalten und alle Kräfte des Landes anspannen müsse, um die Mittel zum Widerstande in Bereitschaft zu setzen, darüber hatte auch Hardenberg keinen Zweifel. Ebenso bestimmt aber betonte er, daß man für jetzt noch nicht daran denken dürfe, den Kampf gegen Napoleon zu beginnen. Es müsse, sagte er dem König, der oberste Grundsatz seiner Politik sein, sich jeder provocirenden Maßregel zu enthalten, und was sei mehr geeignet, bei den Franzosen Aufsehen zu erwecken, als eine unzeitige Bearbeitung des Volkes? Nicht daß Hardenberg die moralische Kraft, die in der Belebung des nationalen Geistes lag, gering geachtet hätte. Im Hinblick auf die Städteordnung, deren baldige Einführung er dringend befürwortet, macht er die Bemerkung, daß es eine Sache von größtem Nutzen sei, das Volk zur Theilnahme an den

öffentlichen Angelegenheiten heranzuziehen: zugleich aber legt er der Regierung die Pflicht ans Herz, beständig darüber zu wachen, daß nicht durch Mißbrauch der neuen Institutionen eine Gefahr für die monarchische Verfassung des Staates entstehe, der Erweckung des revolutionären Geistes Vorschub geleistet werde[1]).

Hardenberg traf mit diesen Ausführungen die eigensten Gedanken des Königs. Die gesetzgeberischen Acte jener Tage, der Erlaß des Edictes über die Aufhebung des Zunftzwanges bei mehreren Gewerben, 24. October, und die Unterzeichnung der Städteordnung, 19. November, zeigen, wie weit Friedrich Wilhelm davon entfernt war, die eingeschlagene Bahn der Reformen verlassen zu wollen. Die Insinuationen der Gegner Stein's waren ohne jeden Einfluß auf seine Auffassung geblieben. Es waren lediglich die Rücksichten der Politik, von denen er seine Entschlüsse in Betreff Stein's abhängig machte. Rücksichten der Politik hatten ihn veranlaßt, den Antrag Stein's vom 6. November zurückzuweisen; er war überzeugt, daß die Veröffentlichung der Proclamation zu einem unabsehbaren Conflict mit Frankreich führen würde. Als Stein darauf am 8. November sein Entlassungsgesuch erneuerte (S. 261), lehnte der König dies ab, und wiederholte, daß er seine Entscheidung bis nach der Rückkehr des Grafen Goltz vertage. Hardenberg war ebenfalls für die Innehaltung dieser Frist, denn man durfte annehmen, daß Goltz bei seinen Verhandlungen mit den französischen Machthabern sich Gewißheit darüber verschafft haben werde, ob Napoleon auf der Entlassung Stein's unwiderruflich bestehe, oder ob Aussicht vorhanden sei, ihn ohne Gefahr für den Staat im Amte zu belassen.

Noch bevor Goltz wieder in Königsberg eintraf, war man hier in der Lage, sich im Großen und Ganzen ein zutreffendes Urtheil über die politische Situation zu bilden. Alle Berichte aus Wien stimmten darin überein, daß auf eine baldige Kriegserklärung Österreichs gegen Napoleon nicht zu rechnen sei. Die Unterhandlungen Götzen's hatten nach keiner Seite hin zu einem Resultat geführt. Erzherzog Maximilian ließ das Memoire Götzen's vom 7. October, dessen wir oben (S. 269) gedacht, unbeantwortet; Erzherzog Ferdinand richtete ein Schreiben an Götzen, in welchem er den Grundgedanken des Memoire's, die engere Verbindung zwischen Österreich und Preußen, nicht von der Hand wies, wohl aber auf das Bestimmteste erklärte, daß er sich außer Stande sehe, auf die Beschlüsse der Regierung irgend welchen

1) Vgl. die Denkschrift Hardenberg's, Actenst. Nr. 265.

Einfluß auszuüben[1]). Freilich hatte sich inzwischen ein anderer Weg eröffnet, auf welchem die Mittheilungen aus Glaz in das kaiserliche Cabinet gelangten. Mit geheimen Aufträgen Götzen's nach Wien gesandt, war Hauptmann von Tiedemann durch Vermittelung des Grafen Lucey am 14. October von dem Erzherzog Carl empfangen worden. Der Erzherzog las das Memoire, von dem Tiedemann ihm eine Abschrift vorlegte, mit sichtlichem Interesse. „Nach Allem, was ich von dem Erzherzog gehört hatte", schreibt Tiedemann, „wunderte ich mich wirklich darüber, daß er sich im Laufe der Unterredung, die wohl eine halbe Stunde währte, doch etwas erwärmte. Besonders gut wirkte die Liste der Regimenter, aus welcher sich die Stärke unserer Armee ergiebt. Man hatte sie für viel geringer gehalten". Die Identität der Interessen Österreichs und Preußens, sagte der Erzherzog, werde von dem ganzen österreichischen Ministerium anerkannt. Er bat Tiedemann, ihm das Memoire zu lassen, damit er es in Preßburg dem Kaiser vorlegen könne, und versprach, nach wenigen Tagen Bescheid darauf zu ertheilen. Allein die Zeit verstrich, ohne daß eine Antwort aus Preßburg erfolgte. Der Grund des Schweigens liegt wohl darin, daß Erzherzog Carl inzwischen den Bericht des General Bubna über das Gespräch in der Ottendorfer Mühle (S. 268) erhielt, der in einem ganz anderen Geiste abgefaßt war, als Götzen erwartet hatte. Letzterer hatte bei jener Unterredung einige unvorsichtige Äußerungen fallen lassen, die der von ihm vertretenen Sache um so mehr zum Nachtheil gereichten, als Bubna, der ohnehin ein entschiedener Gegner Preußens war, sich eifrigst bemühte, die Person Götzen's bei dem Erzherzog in Mißcredit zu bringen. Von glühendem Haß gegen die Anhänger des französischen Systems erfüllt, hatte Götzen ein düsteres Bild von dem Kampf der Parteien entworfen, der am preußischen Hofe entbrannt sei. Es werde kein anderes Mittel übrig bleiben, hatte er bemerkt, als sich der Gegner des Krieges mit Gewalt zu entledigen; er hatte von Köpfen gesprochen, die springen müßten; Feldmarschall Kalckreuth war von ihm als der Erste unter denen bezeichnet, die dem Tode geweiht seien. „Ich gestehe", schreibt Bubna, „daß diese Confidenz mich unangenehm überrascht hat, denn die Allianzen der Factionen sind immer schwankend". Die Pläne der Organisirung des Volkskrieges, über welche Götzen sich des Weiteren ausgelassen hatte, erschienen dem Militär der alten Schule, der nur von regelrechter Kriegs-

1) Erzherzog Ferdinand an Götzen, Brünn 25. October 1808, im Archiv des Großen Generalstabes zu Berlin, woselbst auch der im Folgenden zu Grunde gelegte Bericht Tiedemann's an Götzen, Wien 14. October 1808, aufbewahrt wird.

führung wissen wollte, vollends als eine Chimäre. Bubna schilderte Götzen als einen Mann von „vehementem Charakter", wie er sich ausdrückte: er warnte den Erzherzog davor, in die Eröffnungen desselben allzu großes Vertrauen zu setzen [1]).

Wohl hatte es einen Augenblick den Anschein gehabt, als ob unter dem Eindruck der patriotischen Beschlüsse des ungarischen Reichstages (S. 210), der eine Verstärkung des stehenden Heeres um 20,000 Mann und das Aufgebot der adligen Insurrection für einen Zeitraum von drei Jahren decretirte, auch in den Kreisen des österreichischen Hofes eine kriegerische Stimmung Platz greifen werde. Durch den ersten Bericht Vincent's aus Erfurt war nach Preßburg die Kunde gelangt, daß Napoleon Abrüstung Österreichs und Anerkennung des Königs Joseph gefordert habe. In Betreff des letzteren Punktes befand sich das Wiener Cabinet insofern in einiger Verlegenheit, als Metternich schon vor Wochen dem Herzog von Cadore gegenüber die Erklärung abgegeben, daß Joseph's Erhebung auf den spanischen Thron bei Kaiser Franz voraussichtlich auf keinen Widerspruch stoßen werde [2]). In Wien aber sah man diese Frage doch ganz anders an. Stadion hatte in einer Weisung vom 15. September den Gesandten in Paris bedeutet, daß der Kaiser mit seiner Haltung in der spanischen Frage unzufrieden sei: man werde abwarten, bis die Herrschaft Joseph's förmlich installirt sei, und bis dahin sich auf keine Verpflichtung einlassen. Nach dem Empfang der Nachrichten aus Erfurt eilte Stadion nach Wien, um dort eine Conferenz mit dem Grafen Hardenberg (S. 228) zu haben, dem er den dringenden Wunsch vortrug, durch seine Vermittelung sobald als irgend möglich in die Präliminarien eines mit England abzuschließenden Subsidientractates einzutreten. Er motivirte diesen Antrag mit der Gefahr, die aus der Erneuerung des russisch-französischen Bündnisses für Österreich erwachsen könne, sprach von Gerüchten, die nach Wien gedrungen, daß Napoleon in Erfurt mit neuen Theilungsprojecten hervorgetreten sei, die darauf hinausliefen, Österreich gegen Entschädigun-

1) Vgl. Actenst. Nr. 252a und Beer (a. a. Orte S. 356), der zuerst auf den Bericht Bubna's aufmerksam gemacht hat. In einem Brief aus Prag vom 19. October schreibt ein ungenannter Freund Götzen's: „Ich weiß mit positiver Gewißheit und aus wichtigen Quellen, daß Übertreibungen und falsche Darstellungen, die sich mehrere Preußen erlaubt, Ihrer Sache in Wien den wesentlichsten Schaden gethan haben".

2) Vgl. Beer a. a. O. S. 325, wo auf eine Note Champagny's in dieser Sache, vom 22. August 1808, Bezug genommen wird. Nachgelassene Papiere Metternich's II 234 ff.; die Weisung vom 15. September (W. St. A.) wird in dieser Sammlung nicht erwähnt.

gen auf Kosten der Türkei zur Abtretung Galiziens zu veranlassen, und versicherte, der Kaiser sei entschlossen, wenn derartige Forderungen an ihn gestellt werden sollten, binnen vierzehn Tagen die Feindseligkeiten zu beginnen [1]).

Bald darauf jedoch überzeugte sich Stadion, daß die Verhältnisse für den Augenblick weniger kritisch lägen, als er angenommen. Am meisten trugen zu dieser veränderten Auffassung die Mittheilungen bei, die General Vincent bei seiner Rückkehr aus Erfurt überbrachte. Der russische Kaiser, so referirte Vincent, habe allerdings bei der Entrevue Manches gethan, was mit seiner Würde unvereinbar sei, allein die Vorstellungen, die er von dem Nutzen der französischen Allianz gehabt, seien doch eher abgeschwächt als gesteigert worden, und man dürfe die Hoffnung nicht aufgeben, daß Alexander, trotz seiner geheimen Abmachungen mit Napoleon, von denen Vincent vollständige Kenntniß erlangt hatte, sich wenigstens zu einer neutralen Haltung bewegen lassen werde. Stadion selbst rieth dem Kaiser, in diesem Sinne eine Verhandlung mit dem russischen Hofe einzuleiten, und empfahl ihm, diese Mission dem Fürsten Schwarzenberg zu übertragen, dessen Ernennung zum Vertreter Österreichs Alexander persönlich gewünscht hatte. Man darf nicht denken, daß Stadion an Erhaltung des Friedens auf längere Zeit geglaubt habe. Die Unvermeidlichkeit des Kampfes galt ihm für zweifellos; in einer Denkschrift vom 22. October sprach er den Satz aus: Napoleon werde Österreich angreifen, sobald er die Macht dazu in Händen habe; deshalb müsse man bereit sein, zu handeln, ehe der französische Kaiser seine Pläne zur Ausführung bringen könne. Stadion drang demnach auf Fortsetzung der Rüstungen. „Man muß die Zeit", sagte er, „die wir noch vor uns haben, so verwenden, daß die Verzögerung kein Verlust, sondern ein Gewinn für uns wäre". Seine Meinung war, man müsse abwarten, bis die Ungarn, auf Grund der gefaßten Beschlüsse, ihre Streitkräfte organisirt hätten, und wenn dies geschehen, der kriegerischen Entscheidung freien Lauf lassen [2]).

In Königsberg war man von der Lage der Dinge in Österreich genau unterrichtet, als Goltz in der Nacht zum 13. November dort wieder eintraf. Die Aufklärungen, die er gab, bestätigten, daß dem preußischen Staate schweres Unheil drohe, wenn die Entscheidung des Königs über Stein noch längeren Aufschub erleide. Marschall Davoust, der unter

1) Hardenberg an Graf Münster 8. und 11. October 1808. Actenst. Nr. 240 u. 241.
2) Stadion an Kaiser Franz 22. October 1808. W. St. A.

dem 12. October zum Befehlshaber der sämmtliche französische Truppentheile in Deutschland umfassenden Rheinarmee ernannt worden war, hatte bei seiner Anwesenheit in Berlin, Anfang November, dem Minister Goltz gerade heraus erklärt, die Räumung des Landes werde unterbleiben, wenn Stein nicht bis Ende des Monats aus dem preußischen Staatsdienste entlassen sei[1]). Am 24. November unterzeichnete Friedrich Wilhelm eine Cabinetsordre, welche die Entlassung aussprach, nachdem er an demselben Tage noch den von Stein entworfenen Organisationsplan vollzogen hatte. „Es ist gewiß ein höchst schmerzliches Gefühl für mich", schrieb der König an Stein, „einem Mann Ihrer Art entsagen zu müssen, der die gerechtesten Ansprüche auf meinen Dank hatte, und der zugleich das Vertrauen der Nation so lebhaft für sich hatte. Auf jeden Fall müssen Ihnen diese Betrachtungen, so wie das Bewußtsein, den ersten Grund, die ersten Impulse zu einer erneuerten besseren und kräftigeren Organisation des in Trümmern liegenden Staatsgebäudes gelegt zu haben, die größte und zugleich edelste Genugthuung gewähren[2])".

Unmittelbar darauf, am 25. November, wurde die Ministerfrage erledigt. Dem Vorschlag Hardenberg's (S. 295) sich anschließend, ernannte der König Altenstein zum Finanzminister, während Stein sich für Schön verwendet hatte; das Ministerium des Inneren erhielt Graf Dohna, der von Stein nicht minder dringend empfohlen worden war als von Hardenberg, und an die Spitze des Justizministeriums wurde Beyme berufen, der damals noch in Berlin verweilte, und bis zu dessen Ankunft in Königsberg Schrötter die Geschäfte des Justizdepartements führen sollte[3]). Vor seiner Abreise aus Königsberg am 5. December unterzeichnete Stein ein am 25. November von Schön verfaßtes Rundschreiben an die Minister und die Mitglieder des Staatsraths, in welchem die Ideen für die Fortführung der Reformen noch einmal zusammengefaßt waren. Das Schriftstück ist im Jahre 1817 zum ersten Male veröffentlicht worden, unter dem Titel „ein denkwürdiges Schreiben des Minister Stein"[4]), die Bezeichnung „politisches Testament Stein's" stammt erst aus späterer Zeit; sie rührt von

1) Bericht Hrubi's an Stadion vom 23. November 1808. W. St. A.

2) Pertz II 299. 300.

3) Hardenberg bemerkt in seinem Tagebuch zum 20. December 1808: C'est Stein qui a proposé Beyme, um einen kräftigen Mann im Ministerium zu haben ?? weil er glaubt, daß er sein System souteniren wird, darin er wohl sehr irren möchte.

4) In der Zeitung „Oppositionsblatt", die in Weimar erschien, (Weimar'sche Zeitung) Jahrgang 1817 Beilage X S. 70.

Schön her, der diesen feierlichen Ausdruck wählte, als er dem König Friedrich Wilhelm IV. nach seiner Thronbesteigung das Rundschreiben vom 25. November 1808 überreichte.

Während auf den Gebieten der inneren Verwaltung, namentlich in der Ordnung der Finanzen[1], die Unersetzlichkeit Stein's sich nur allzu bald fühlbar machen sollte, blieben die Ziele, welche die auswärtige Politik Preußens verfolgte, von seinem Ausscheiden unberührt. Man darf es wohl als die letzte Einwirkung Stein's bezeichnen, daß der König am Tage vor der Abreise desselben dem österreichischen Geschäftsträger in Königsberg Eröffnungen machen ließ, durch welche er das System seiner Politik in der rückhaltslosesten Weise dem Wiener Cabinet darlegte. Am 4. December machte Graf Goltz den Ritter Hrubi mit dem Text des Vertrages vom 8. September bekannt und ließ ihn Einblick nehmen in jenen geheimen Artikel, durch den Preußen sich hatte verpflichten müssen, wenn es zum Kriege zwischen Österreich und Frankreich kommen sollte, mit einem Hülfscorps auf die Seite Napoleon's zu treten. Es wäre überflüssig zu sagen, so äußerte sich Goltz, wie peinlich dem König diese Bestimmung sei, allein er habe sich vorgesetzt, sein Möglichstes zu thun, um der ihm aufgedrungenen Verpflichtung auszuweichen. Sollte die militärische Lage seines Staates den König hindern, sich sofort bei Beginn des Krieges von Frankreich loszusagen, so werde er bei der ersten günstigen Gelegenheit seine Streitkräfte mit denen Österreichs vereinigen[2].

Und noch auf einen anderen Punkt bezogen sich die vertraulichen Mittheilungen, welche Hrubi von Goltz empfing. Auf der Rückreise von Erfurt hatte Kaiser Alexander, als er abermals einige Tage am preußischen Hofe verweilte (20. bis 24. October), den König und die Königin zu einem Besuch in Petersburg eingeladen. Da Friedrich Wilhelm nicht sogleich zugesagt, sondern seinen Entschluß vorbehalten hatte, so konnte es nicht ausbleiben, daß der Plan der Petersburger Reise in den Hofkreisen lebhaft discutirt wurde. Stein, Scharnhorst und Andere riethen, die Einladung abzulehnen, nicht, wie man behauptet hat, wegen der Kosten, die aus ihr erwachsen würden, vielmehr aus politischen Gründen: es ließ sich voraussehen, daß Alexander alle Bemühungen aufbieten werde, um den König in den Bahnen der russischen Politik zu halten. Erst eine

1) Über die finanziellen Schwierigkeiten, in welche die preußische Regierung bei der Abbezahlung der Contribution durch das Scheitern der Anleihe in Holland (S. 145) gerieth, haben wir im folgenden Bande ausführlich zu berichten.

2) Hrubi an Stadion 5. 16. und 18. December.

nochmalige Einladung aus Petersburg, die am 15. December in Königsberg eintraf, bewog den König, sich dem Wunsch seines kaiserlichen Freundes willfährig zu zeigen.

Der erste unter den Vertretern der fremden Mächte, dem die bevorstehende Reise notificirt wurde, war der Geschäftsträger Österreichs. Am 16. December sprach Goltz mit Hrubi über den Gegenstand und fügte hinzu: es sei die Absicht des Königs, unmittelbar nach seiner Rückkehr von Petersburg seine Residenz wieder in Berlin aufzuschlagen. Die Anordnungen hierzu seien bereits im Gange[1]). Das Gros der französischen Truppen habe dem Vertrag mit Frankreich und der Nachtragsconvention vom 5. November gemäß das Land verlassen; allein so lange die Occupation der drei Oderfestungen fortdauere, werde die Lage des Hofes in Berlin immer eine sehr gefährdete sein. Der König erwarte daher, daß die österreichische Regierung, wenn der Krieg gegen Napoleon beschlossen werden sollte, ihm zeitig genug von ihren Kriegsplänen Kenntniß gebe, damit er im Stande sei, seine Maßregeln danach zu treffen.

Im Hinblick auf die politischen Verhandlungen, zu denen der Aufenthalt des Königs in Petersburg Anlaß geben mußte, verfaßte Goltz am 24. December eine Denkschrift, in welcher er die Aufgaben der preußischen Politik entwickelte. Er ging dabei von dem Satze aus, daß dem Staate nur zwei Wege offen stünden: entweder sich ohne Vorbehalt an Frankreich anzuschließen, oder im Bunde mit derjenigen Macht, die zuerst den Krieg beginnen werde, die Waffen gegen Napoleon zu erheben. Mit Entschiedenheit erklärt sich Goltz für den letzteren Weg. Unter Beobachtung des strengsten Geheimnisses muß der Umschwung der Politik allmälig eingeleitet werden. Man muß den Gegner so lange wie möglich über die wahren Absichten täuschen, dem äußeren Anschein nach mit Frankreich auf freundschaftlichem Fuße bleiben, Napoleon's Argwohn durch Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen einzuschläfern suchen, unter der „Maske dieses französischen Systems", wie Goltz sich ausdrückt, das Heer in Kriegsbereitschaft setzen und mit den auswärtigen Mächten in Unterhandlung treten. Wenn sich Alexander nicht bewegen läßt, mit Preußen gemeinsame Sache zu machen, so muß man sich bemühen, wenigstens das Versprechen von ihm zu erlangen, daß er im Fall eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich nicht gegen Preußen auftreten werde. Von England erwartet Goltz

1) Ein Cabinetsschreiben vom 17. December an den Magistrat von Berlin enthielt die officielle Ankündigung der in einigen Wochen bevorstehenden Rückkehr des Königs.

vornehmlich Unterstützung durch Geld: er räth dem König, bei dem Londoner Cabinet die Wiederherstellung des im April 1807 abgeschlossenen Subsidientractats beantragen zu lassen. Um eine Verständigung mit Österreich anzuknüpfen, schlägt er die Absendung einer außerordentlichen Mission vor, die hauptsächlich dazu dienen soll, von dem Wiener Hof zu erfahren, ob es seine Absicht sei, in der Defensive zu verharren, oder ob er, je nach den Umständen, namentlich wenn Napoleon eine Niederlage in Spanien erleiden sollte, zur Offensive gegen Frankreich übergehen werde.

Die Denkschrift erhielt die ungetheilte Zustimmung der Minister Altenstein und Dohna; sie wurde noch am Heiligen Abend dem König durch Scharnhorst übergeben. Friedrich Wilhelm war mit ihrem Inhalte einverstanden; er genehmigte die Sendung nach Wien und übertrug sie dem Major Grafen Heinrich von Goltz, der uns schon als Begleiter des Prinzen Wilhelm nach Paris begegnet ist.

Man darf jedoch nicht übersehen, daß die Gedanken Friedrich Wilhelm's nicht ausschließlich auf das Ziel gerichtet waren, welches Goltz in seiner Denkschrift bezeichnet hatte. Die Meinung des Königs war noch immer, daß der Krieg zwischen Österreich und Frankreich hinausgeschoben werden könne und solle, wenigstens bis zu dem Zeitpunkt, wo die Kräfte Preußens wieder erstarkt sein würden. Seit jener Zeit, als die Aufrechthaltung des von Friedrich Wilhelm II. überkommenen Neutralitätsystems sich als eine Unmöglichkeit herausgestellt, im Jahre 1805, dann beim Ausbruch des Krieges von 1806, ferner nach der Katastrophe von Jena und noch einmal in den Tagen der Bartensteiner Convention, war es dem König als der sicherste Weg erschienen, durch Vereinigung Österreichs, Preußens und Rußlands der Eroberungssucht und Übermacht Napoleon's Schranken zu setzen: auch jetzt ließ er sich von der Überzeugung leiten, daß durch eine Defensivallianz der drei Mächte die drohende Krisis aufgehalten werden könne. Das Wiener Cabinet, hoffte er, werde einen solchen Vorschlag nicht zurückweisen. Er verkannte nicht, daß Österreich die imponirende Stellung, die es in Folge seiner Rüstungen einnahm, benutzen müsse, um sich volle Sicherheit für die Integrität seines Machtbesitzes zu verschaffen[1]; allein er zweifelte nicht, daß wenn sich die Aussicht darbiete, diese Garantie auf friedlichem Wege zu erlangen, Österreich ohne Widerstreben darauf eingehen werde.

---

1) Der König an Finkenstein 3. Dec. 1808, Actenst. Nr. 231, an Brockhausen, 8. Januar 1809.

Alles hing davon ab, wie Kaiser Alexander sich zu dem Gedanken der Defensivallianz verhalten werde. Wenn es gelang, ihn zu der Erklärung zu bringen, daß er in keinem Fall einen Angriff Napoleon's auf Österreich dulden werde, so war damit der erste glückliche Stoß gegen das System von Tilsit und Erfurt geführt, — es war eine feste Grundlage für die allmälige Umgestaltung der europäischen Verhältnisse geschaffen; der erste Schritt für die Wiedererhebung der alten Staatsmächte war gethan.

I.

Verhandlungen mit Daru.

October und November 1807.

1. *[1]) Votum Stein's.

Memel, ohne Datum
(4. oder 5. October 1807).

Die Friedensvollziehungscommission meldet, Berlin 23. September, daß Daru am 21. erklärt habe, er werde auf Befehl Napoleon's vom 1. October an die Revenuen des preußischen Staates mit Beschlag belegen, wenn bis dahin „nicht die ganze Contributionsangelegenheit geordnet sei". In einer an den Generalintendanten gerichteten Note vom 23. sucht die Commission die Unrechtmäßigkeit dieser Drohung (Art. 4 und 5 der Convention vom 12. Juli) nachzuweisen; sie will sich aber auf weitere Erörterungen mit Daru erst einlassen, wenn sie die Instructionen des Königs erhalten hat.

Mit Bezug hierauf schreibt Stein:

Ueber die Frage, ob

man dem Antrag der Commission gemäß das von Herrn Daru gefoderte Aversional-Quantum der 119 Millionen zu zahlen übernehmen soll, und

welche Zahlungsmittel anzubieten und Zahlungsfristen auszubedingen, wünschte ich das Gutachten der Herrn Geheimen Finanz Räthe von Schoen, Staegemann und Niebuhr zu erhalten.

Die Foderung des Daru bildet sich aus zwey Theilen: a, restirende Kriegs-Steuer; b, restirendes oeffentliches Einkommen. — Die Kriegs-Steuer fällt denen einzelnen Provinzen, Städten u. s. w. zur Last, das restirende oeffentliche Einkommen muß vom Staat herbeygeschafft werden, durch Anleyhen, Erspahrungen, oder Veräusserung der Domainen.

Das Memoire der Commissarien, welches sie denen Foderungen des Daru entgegengestellt haben, scheint mir sehr gründlich, und sehe ich nicht ein, warum sie sich nicht auf die Discussion der einzelnen Punkte eingelassen haben, sondern sich durch die Drohungen des Daru abschrecken liessen.

Da man glaubt, daß die Nation in der Meynung steht, der König verzögere den Abschluß, so sollte man die zwischen dem Daru und den Commissarien ge-

1) Die mit einem Stern (*) vor dem Titel versehenen Actenstücke sind mit buchstäblicher Genauigkeit nach der Schreibweise der Originale wiedergegeben, während bei den übrigen Actenstücken die moderne Orthographie in Anwendung gebracht worden ist.

wechselten pièces ohne irgend einen Zusatz drucken lassen und die Herausgabe durch einen privatmann besorgen lassen.

Am Schluß eine Notiz von Nagler's Hand: „Mit den anliegenden drei Votis (nämlich von Niebuhr, Schön und Stägemann) in einer Conferenz am 5. October Nachts erhalten" (S. 22).

Stägemann schlug in seinem Gutachten vor: Verpfändung der Domänen und des Communal-Eigenthums, Verkauf der südpreußischen Geldforderungen um den Preis von 16 Millionen Thalern, dafür müßten 1. hinreichend lange Termine gewährt, und 2. die noch von den französischen Truppen besetzten Gebiete sofort nach erfolgter Annahme des Zahlungsmodus geräumt werden; 3. müsse sich Daru aller Reclamationen wegen der abgetretenen Provinzen begeben und erklären, daß die Auseinandersetzung zwischen den Privatpersonen und den an den Warschauer Capitalien betheiligten Geldinstituten in keiner Weise mit der Räumung des Landes in Verbindung gebracht werden dürfe.

Schön votirte: Wenn die südpreußischen Obligationen mit 16 Millionen Thalern in den Kauf genommen werden, so kann die Abbezahlung der Kriegsschuld in zwei Jahren erfolgen, wenn nicht, frühestens in sechs Jahren, — wobei er von der Voraussetzung ausgeht, daß jährlich in der Civil- und Militärverwaltung 5 Millionen zur Tilgung der Kriegssteuer erspart werden.

2. Niebuhr's Votum zu dem Bericht der Friedenscommission vom 23. September.

Memel,
5. October 1807.

Man muß versuchen, den Generalintendanten zur Annahme eines Aversums von achtzig bis hundert Millionen Franken zu bewegen. Die Summe, die gefordert wird, ist größer als das im preußischen Staate circulirende Gold und Courant zusammengenommen. Die Abbezahlung des ganzen Betrages wird Jahre erfordern.

Ich glaube, daß es nicht unmöglich sein würde, dem Kaiser Napoleon, den Erinnerungen aus der römischen Geschichte im Großen und im Kleinen, bei weitfassenden Planen und in einzelnen Ideen bestimmt haben, die Idee einer auf Jahre verschobenen Terminzahlung schon dadurch annehmlich zu machen, daß die Römer bei den ungeheueren Contributionen, die sie den überwundenen großen Staaten im Frieden auflegten, immer eine Vertheilung auf eine, oft lange, Reihe von Jahren bewilligten. Daß vor der wirklichen Räumung der Staaten des Königs an Anleihen gar nicht zu denken ist, und also auf irgend eine baare Zahlung von Seiten des Staats nicht zu denken sein wird, ist wohl sehr klar. Höchstens möchte es den Provinzen gelingen, noch etwas aufzubringen.

Weigert sich Napoleon die südpreußischen Capitalien in Zahlung anzunehmen, so wird kaum daran zu denken sein, daß die ganze Schuld vor Ablauf von acht Jahren getilgt werden kann. Als Zahlungsmittel werden vorgeschlagen: Obligationen der Provinzialstände mit solidarischer Verbindlichkeit und unter königlicher Garantie, zur Discontirung durch die Bank von Frankreich; Anleihen unter Specialverpfändung von Domänen und Einverleibung der letzteren in die Creditsysteme, Einschmelzung des Silbergeschirrs. Mit Bezug auf den Rathschlag Stein's, den Schriftwechsel zwischen der Friedenscommission und Daru dem Druck zu übergeben, bemerkt Niebuhr:

Das Memoire der Commission scheint mir vorzüglich bündig und überzeugend abgefaßt zu sein; indessen wäre doch wohl die Bekanntmachung desselben in unsrer Lage sehr kühn. Wenn wir alles verloren haben, dann werden wir frei handeln können.

3. Votum Stein's zu dem Bericht der Friedenscommission vom 4. October.

Undatirt, aber da der Bericht der Commission am 11. October in Memel präsentirt wurde, etwa auf diesen Tag zu setzen. (S. 28):

Die Commission zeigt an, daß Daru die Revenuen vom 1. October für die Rechnung des Kaisers erheben und berechnen lasse. Sie erklärt, daß keine mildere Behandlung und keine Beendigung der Nachforderungen von den französischen Behörden zu erwarten, wenn nicht in Paris eine Unterhandlung eingeleitet und von dem Kaiser eine Abänderung seiner bisherigen Entschlüsse bewirkt werde. Die Lage des Staates ist folgende: das Land wird auf eine unerhörte Art durch Einquartierung erschöpft, und die Anzahl der Truppen vermehrt sich nach Privatbriefen. Die Geldmittel reichen kaum bis zu Ende December; dann ist man auf die Einnahme von Litthauen und einen Theil von Ostpreußen reducirt. Man wird alsdann abermals an Einschränkungen und Ersparungen bei dem Civil- und Militär-Etat denken müssen. Die in Paris befindlichen Agenten sind theils wenig vom Kaiser geachtet, theils ganz neu. Ich würde daher zu einer extraordinären Mission eines Prinzen aus dem Königlichen Hause rathen, dem man, außer seinen Adjutanten, den Kammerherrn von Humboldt und den Geheimen Legationsrath Le Roux beiordne, und der bei dem Kaiser auf Abstellung der dem Friedenstractate zuwiderlaufenden Handlungen dringe; dieser Schritt würde auch das Publikum, welches zu den genommenen Maßregeln wenig Zutrauen hat und kräftigere wünscht, beruhigen.

4. *Votum Stein's.

Memel, ohne Datum
(etwa 19. October 1807).

Der Bericht der Commission, auf den Stein sich bezieht, ist vom 10. Oct. und trägt das Präsentatum 19. Oct. Nicht ganz richtig ist es, wenn Stein sagt, Daru habe die Einräumung von vier Festungen gefordert; vielmehr sprach der Generalintendant schlechthin von der Übergabe einiger Sicherheitsplätze und nannte dann beispielsweise: Glogau, Küstrin, Stettin, Graudenz.

Der General-Intendant Daru fodert zur Sicherstellung des Contributions Restes die Occupation der Vestungen Glogau, Cüstrin, Stettin, Graudenz.

Die Folgen dieser Foderung sind, daß die Oder und Weichsel von denen Franzosen auf eine unbestimmte Zeit beherrscht werden, daß dem preußischen Staat die Unterhaltung der Guarnisonen, die ein Corps von 12 bis 15,000 Mann ausmachen, zur Last fällt, und er selbst den Schein von Unabhängigkeit verliehrt.

Man wird also einen solchen Vorschlag nur dann annehmen, wenn er eine unerläßliche Bedingung der Räumung des Landes ist, und wenn man alles versucht hat, um ihn abzulehnen.

Zu denen angeführten Gründen tritt hinzu, daß eine solche Maasregel das Land erschöpft und es ausser Stand setzt, die Contribution zu bezahlen, und den Credit vernichtet, indem es die Unabhängigkeit des Staats zerstöhrt.

Das französische Gouvernement ist hinlänglich wegen der Zahlung der rückständigen Contributionen gesichert durch den Besitz von Magdeburg, den Lauf der Elbe, den Rheinischen Bund, die Abhängigkeit des Herzogthums Warschau, und die Erschöpfung von Preußen an Geld, Waffen, Geschütz.

Es bedarf also den Besitz der Vestungen nicht, um sich wegen der Contributions-Zahlung zu sichern, und man müste versuchen, dem Daru folgendes Zahlungs-Mittel annehmlich zu machen:

Die Summe der 119 Mill., so er fodert, besteht aus zwey Factoren:

a, denen Resten des oeffentlichen Einkommens oder der Staats-Revenuen,

b, denen Resten der Kriegs Steuern, so denen Provinzen aufgelegt sind.

Wegen der Reste des öffentlichen Einkommens, welche praeter propter ....[1]) Millionen ausmachen, würde man Obligationen ausstellen, worin man bestimmte Domainen verpfändete, und die Domainen-Beamten dahin vereidete, daß sie den Ertrag an eine französische Behörde auszahlten, bis dahin daß das Capital getilgt worden.

c, In Ansehung der Kriegs-Steuer-Reste würde man ständische Obligationen ausstellen, und eine verhältnißmäßige Summe von der ordinairen Contribution verpfänden.

d, Die Abtragung der Schuld würde,
wenn Herr Daru die Hypothequen der Banque u. s. w. annimmt, in 4 Jahren, wann er sie nicht annimmt, in 6 Jahren erfolgen, und bedingt man sich aus die Erlaubniß, in Holland und Frankreich zu negociren.

Sollte unbedingt auf Einräumung gewisser Plätze bestanden werden, so müßten wo möglich,

a, ein paar Schlesische Vestungen genommen werden, als Glogau und Neisse, oder von Stettin nur die Citadelle, das ist: Fort Preußen;

b, die Stärke der Guarnison auf die preußische Friedens-Guarnison bestimmt;

c, die Verpflegung und Sold erfolgt vom französischen Gouvernement;

d, das Militair enthält sich aller Einmischung in die innere polizeyliche oder rechtliche Verwaltung.

Zur Leitung des Geld-Geschäftes in Berlin und zur Bewürkung der An-

1) Die Lücke ist in der Handschrift unausgefüllt.

leyhe in Hamburg, Amsterdam, London, allenfalls Paris, müßte der Geheime Rath Niebuhr sogleich beauftragt werden und abgehen.

Sollte der Kaiser Napoleon die Südpreussischen Obligationen nicht annehmen, so würde man sie allenfals bey dem Handlungshause, so die Anleyhe eröfnet, zur Sicherheit deponiren.

Um die Gläubiger gegen Staats-Veränderungen sicher zu stellen, würde man ihnen bestimmte Domainen und Antheile der Contributionen verschreiben, und ihnen hierauf hypothekarische Rechte geben, damit bei einer möglichen Absonderung des Staats ein verhältnißmäßiger Antheil Schulden übergehe.

5. Die Immediat-Friedensvollziehungs-Commission an den König. (S. 32.)

Berlin, 20. October 1807. — Präsentirt Memel, am 31. October.

Empfang der Ordre vom 6. October. Es hat heute eine Conferenz mit Daru stattgefunden, zu welcher von Seiten der Commission Sack und Geh. Ober-Finanzrath L'Abaye deputirt waren. Daru's Ausgangspunkt ist immer wieder, daß die Kriegssteuer am 12. Juli, bei der Unterzeichnung der Königsberger Convention, 154,505,479 Franken 18 Centimes betragen habe; davon wären etwa 42½ Millionen an geleisteten Zahlungen und als Werth der Lieferungen abzurechnen, — es blieben also noch 112 Millionen. Die südpreußischen Hypotheken, Obligationen u. s. w. in Zahlung zu nehmen, hat der Generalintendant sich geweigert. Auf eine Auseinandersetzung, die mehrere Jahre dauere, — so entwickelt Daru, — könne sich Frankreich nicht einlassen, acht bis zehn Jahre seien in der Politik Jahrhunderte: wenn Preußen alle Kräfte zusammennähme, könne es 12 bis 15 Millionen baar bezahlen, von dem Rest möge man bis auf die Hälfte Promessen geben, bis zu deren Einlösung französische Truppen in einigen Festungen zurückbleiben würden, und die andere Hälfte Domänen. Der Bericht fährt fort:

Diese werde der Kaiser als Privateigenthum übernehmen und darüber disponiren. Sie müßten aber in den Provinzen sein, welche dem Königreich Westfalen nahe lägen, also in dem Magdeburgischen diesseits der Elbe, der Kurmark, Pommern, zwischen der Elbe und der Oder; weiterhin lägen sie zu entfernt; es verstehe sich, daß Euerer Königl. Maj. die Landeshoheit darüber vollständig verbliebe und solche von dem neuen Besitzer nur wie von dem Proprietär sein Landgut benutzt würden; auch sei es ganz billig, Höchstdenselben den Wiederkauf vorzubehalten, welches aber auf gewisse Jahre bestimmt werden müsse. Unsere Deputirten stellten ihm dagegen vor, daß, da der so oft auch Seitens des Daru im Namen des französischen Gouvernements geäußerte Zweck dahin gehe, sobald möglich mit Euerer Königl. Maj. und unserm Staate, in das Reine und außer Verbindung zu kommen, und dieses auch unser Interesse so sehr erheische, die von ihm vorgeschlagenen Mittel dem nicht zu entsprechen schienen, sondern vielmehr die Annahme unserer Versprechungen, indem es unser Interesse von selbst mit sich bringe, daß wir uns je eher je lieber von der übernommenen Schuld loszumachen suchten, so wie es dem französischen Gouverne-

ment bei der jetzigen großen Übermacht und der Nähe ihrer Truppen auch ein leichtes sei, uns dazu anzuhalten; dagegen würde es uns in ewigen Streit verwickeln und uns nie in Ruhe kommen lassen, wenn man auf seine Anträge eingehen wolle.

Sack beleuchtet ausführlich die Gründe, die gegen die Abtretung der Domänen sprechen; die Maßregel würde immer die Folge haben, daß der König auf einen Theil seiner Souveränität verzichten müsse; es würde sich ein status in statu bilden und die Regierung nie zur Ruhe kommen. Da aber Daru auf seiner Forderung besteht, versprechen die Deputirten die Angelegenheit mit der Commission in weitere Erwägung zu ziehen und den Generalintendanten am nächsten Tag von dem Resultat der Berathungen in Kenntniß zu setzen.

Wir unsererseits stimmen nun dem aus voller Überzeugung bei, was von unsern Deputirten über diesen Punkt dem p. Daru erwidert worden. Wenngleich derselbe sich geäußert hat, als werde der Kaiser die ihm zu überweisenden Domänen demnächst an Particuliers verkaufen, so scheint doch aus dem Umstande, daß sie in der Nähe des Königreichs Westfalen liegen sollen, zu folgen, daß sie für dieses Reich bestimmt sind, und dann würde eine stete Einmischung in unsere Staatsverwaltung die unseligsten Folgen herbeiführen. Unsere Deputirten werden daher versuchen, in der morgenden Conferenz, den p. Daru von diesem Vorschlage abzubringen, und das Resultat, wenn auch nur kürzlich, diesem Courier in einer Nachschrift noch mitgeben, auf den Fall solches aber nicht gelingen möchte, werden wir den p. Daru mit den Vorbereitungen für diese Sache hinzuhalten suchen, bis wir von Euerer Königl. Maj. nähere Verhaltungsmaße hierüber empfangen haben werden, welche wir uns daher so schleunig als möglich erbitten müssen.

Hierbei müssen wir noch bemerken, daß unsere Deputirten am Schlusse der Conversation über diesen Punkt noch die Voraussetzung hinwarfen, es werde auf allen Fall von den beiden harten Mitteln, der Festungs-Einräumung und der Domänen-Abtretung, doch nur das eine angewendet werden wollen. Worauf aber der p. Daru erwiderte: Nein, beide; denn Erstes sei für die Garantie der 50 Millionen Franken, die durch Staats-Promessen getilgt werden sollten, das Andere für die 50 Millionen, die mit Staatsgütern sofort bezahlt würden, damit es nicht nöthig sei, das erste, stets unangenehme Mittel auf mehrere Jahre zu verlängern.

Die Commission sieht mit Spannung den weiteren Nachrichten aus Paris entgegen; sie hat die dortige Gesandtschaft von dem Verlauf der letzten Berathungen in Berlin unterrichtet. — Die Kriegsschuld Schlesiens ist beinahe gänzlich abbezahlt; die in Berlin anwesenden Deputirten Schlesiens haben trotzdem die Räumung der Provinz bei Daru nicht zu erreichen vermocht.

In einer Nachschrift vom 21. October meldet Sack, daß Daru in einer erneuerten Conferenz von keiner seiner Forderungen abgegangen sei.

6. * Bemerkungen Stein's zu vorstehendem Immediatbericht. (S. 32.)

Memel,
30. October 1807.

Der Antrag des Herrn Daru in Ansehung der anzuwendenden Zahlungsmittel geht dahin:

a) 50 Millionen durch Promessen abzutragen, zu deren Sicherheit der Besitz einiger Vestungen dient, die in einem Privatschreiben d. d. 21. Oktober vom Geh. R. Sack nahmhaft gemacht worden, nämlich Stettin, Cüstrin, Glogau;

b) 50 Millionen durch Domainen zwischen Elbe und Oder, deren Eigenthum dem französischen Kayser übertragen wird.

In Ansehung der Vestungen, so sind Seine Majestät geneigter, statt Stettin oder Küstrin eine der schlesischen Vestungen, nahmentlich Neiss, zu überlassen.

Wegen der überlassenen Vestungen selbst muß bestimmt werden:

a) daß sie auf Kosten des preussischen Staats durch preuss. Ingenieurs in baulichen Stand gehalten, aber keine alte Werke demolirt, noch neue angelegt werden;

b) daß die Guarnison nicht stärker ist als die preussische gewöhnliche Guarnisonen, damit der Bürger geschont werde;

c) daß der französische Kayser die Guarnisonen besolde, oder wenigstens daß die vom preuss. Staat vorgeschossene Besoldung auf die Contribution abgerechnet werde;

d) daß der Soldat von seinem Tractament lebe und den Bürgern nicht zur Last falle;

e) daß das Militair nicht sich in die Polizey und innere Verwaltungs-Angelegenheiten mische.

Die Überlassung der Domainen selbst zur Disposition des Kayfers, um sie zu verwenden, und unter der Bedingung, daß sie der Preussische Staat innerhalb 5—6 Jahre wieder einlösen könne, nach dem Capitalwerth von sechs pro Cent, hat das Nachtheilige, daß die Administration und Jurisdiktion über große Güter-Massen in die Hände eines fremden Souverains kömmt und Veranlassung zu vielen unvermeidlichen Collisionen giebt, daß der Staat verhindert wird, in seinem Innern Veränderungen mit Rustical-Verhältnissen, Besteuerung der privilegirten Güter, Aufhebung nachtheiliger Servituten u. s. w. zu machen, die das Interesse des Landes erfordert. — Aus diesen Gründen muß man sich bemühen, den Herrn Daru zu bestimmen, daß er als Zahlungsmittel annehme:

eine hypothecarische Obligation auf eine namhaft zu machende Domainen-Masse von 50 Millionen;

der Preuss. Staat verpflichtet sich, diese 50 Millionen in zwey Jahren zu bezahlen und

räumt im Nichtzahlungsfall dem französischen Staat die Befugniß ein, sich in die dazu designirte Domainen zu immittiren;

die hiezu bestimmte Domainen werden aus den Schlesischen Domainen gewählt, weil es für Seine Majestät höchste Personn kränkend ist, in der Provinz Ihrer Staaten, die Sie bewohnen, aller Domainen beraubt zu seyn;

der Preuß. Staat wird die übernommene Verbindlichkeit der Bezahlung der 50 Millionen hauptsächlich durch Verkauf der Domainen erfüllen und den Verkaufspreiß derselben zu diesem Zweck bestimmen.

I. Da es sich aus den im Bericht enthaltenen Äusserungen des Herrn Daru ergiebt, daß der Kayser Napoleon die Absicht hat, die Domainen zu verschenken und dem Preuß. Staat die Wiedereinlösung vorbehält, so ergiebt sich hieraus, daß die Absicht des Kayserś nur dahin geht, die um Frankreich verdiente Generale mit Geld zu belohnen. Diese Absicht wird aber sehr viel schleuniger erreicht und die 50 Millionen geschwinder erhalten durch Annahme der diesseitigen Vorschläge als durch Übereignung der Domainen in einer Provinz, denn man kann im ersten Fall den Verkauf an allen Punkten des Staates anfangen und schneller eine bedeutende Güter-Masse looßwerden, als wenn man in dieser Operation auf eine einzelne Provinz eingeschränkt ist.

II. Man wird vom Inhalt der vorliegenden Verhandlungen die Petersburger und Pariser Legation instruiren und die Negotiation unter Vermittelung von Rußland um Verminderung der Contribution, Freylassung der Vestungen fortsetzen, da Frankreich durch seine Präpotenz hinreichende Sicherheit habe.

III. Muß man Anstalt machen zur Anschaffung der Gelder, und zwar:

a) den Geheimen Rath Niebuhr beauftragen, sich nach Berlin zu verfügen, dort mit der Commission über die Form der Promessen und Obligationen und über den Inhalt der Convention Rücksprache zu nehmen, seine Reise nach Hamburg, Altona, Amsterdam erforderlichenfalls nach Paris fortzusetzen und dort die erforderlichen Einleitungen zu einer Anleyhe zu treffen, wozu er eine förmliche ostensible Vollmacht erhält.

b) Die Commission wird zur Berichterstattung aufgefordert: über die Beträge der Summe, so zur Daru'schen Contribution 1) aus denen hiesigen bereitesten Beständen, 2) durch Benützung des goldenen Services und des überflüssigen Silbers bei Hofe, 3) durch unzinsbare Anleyhe alles im Staat vorhandenen Silbergeräthes verwandt werden können.

7. Die Immediat-Friedensvollziehungs-Commission an den König (S. 34.)

Berlin, 24. October 1807. — Präsentirt Memel, 3. November.

Die Commission hat am 22. dem Generalintendanten in einem Memoire noch einmal schriftlich die Gründe entwickelt, welche die Abtretung von Domänen unausführbar erscheinen ließen, und ihn um Mittheilung des versprochenen Entwurfes einer Convention gebeten. Letzterer wird am 23. von Daru Sack übergeben. Die preußischen Bevollmächtigten erheben den Einwand, daß der Inhalt dieses Projectes mit den Instructionen, die sie vom König erhalten und zur Kenntniß des Intendanten gebracht hätten, völlig unvereinbar sei. Aber Daru bleibt unerbittlich; er beruft sich auf den „bestimmten Willen Napoleon's" und legt zum Beweise dessen mehrere von dem Kaiser eigenhändig vollzogene Cabinetsschreiben vor.

In dem einen vom 29. Juli c. sagt der Kaiser schon, daß er die Summe von 133 Millionen Francs von Preußen haben müsse[1], welches damals mit den am 12. Juli c. als rückständig berechneten 154½ Millionen nach Abzug der französischer Seits nur gerechneten Fournituren übereinstimmen mag: daß er in Ermangelung anderer Zahlungsmittel deshalb auf die Einräumung von Festungen und Abtretung von Domänen in den Provinzen nahe an der Elbe bestehen müsse[2]. In dem andern Schreiben aber vom 12. d. M. wiederholt er dieselben Bestimmungen und erklärt, daß er keine Reclamationen zulassen werde, auch nichts von dem, was er als Sieger gewonnen habe, selbst nicht einmal »à la banque des pauvres« zurückgeben werde, »puisque ce n'est pas pour le vainqueur d'accepter des lois des vaincus«. Ew. Königl. Maj. Abgesandter, der General von Knobelsdorff, hieß es ferner darin, habe dem Minister Champagny von 19 Millionen Franken gesprochen, die Preußen noch schuldig wäre, aber darauf habe man sich nicht eingelassen, vielmehr denselben nachdrücklich zurückgewiesen, da der Kaiser auf dergleichen »Plaisanterien« nicht eingehen werde.

Durch diese und andere schon aus unsern vorigen Vorträgen Euerer Königl. Maj. hinreichend bekannte Gründe, die der p. Daru stets wiederholte, und immer durch allerhand Tiraden plausible zu machen suchte, wollte er unsere Deputirte zur Zeichnung der von ihm entworfenen Convention überreden, und als dieselben sich dieses zu thun standhaft weigerten, bevor sie nicht von Euerer Königl. Maj. dazu autorisirt worden wären, proponirte derselbe endlich, daß die Zeichnung von beiden Theilen mit Vorbehalt der Approbation der beiderseitigen Souveraine geschehen möge; worauf unsere Deputirten es der Klugheit gemäß hielten, nicht gleich ganz abschläglich zu antworten, sondern die nähere Erklärung vorzube-

1) Es liegt diesen Angaben Sack's ein Irrthum zu Grunde. In der Ordre an Daru, 29. Juli, (Correspondance XV 453) sagt Napoleon: Tous les calculs me conduisent à penser que le roi de Prusse me doit cent cinquante millions . . .

2) In der Ordre Napoleon's heißt es: domaines situés dans la province de Magdebourg, sur la rive droite de l'Elbe, dans les Marches et dans la Silésie.

halten, wenn sie erst Abschrift des Conventionsprojects erhalten, und dann darüber mit der gesammten Commission deliberirt haben würden. Höchst wahrscheinlich sollte aber diese aliquale Zeichnung dem französischen General-Commissarius dazu dienen, so wie es der Minister Champagny in Paris neuerlich gegen Euerer Königl. Maj. Abgesandten, den General von Knobelsdorff, in Hinsicht des Contributions-Quanti gemacht hat, alsdann damit hervortreten, und namentlich dem russischen Gesandten bei seinen Verwendungen für uns sagen zu können: Alles sei hier schon von uns anerkannt, und also kein Streit mit Preußen mehr übrig.

Allein eben dieser höchst dringenden Vermuthung wegen, und da die uns zu Theil gewordene allerhöchste Instruction vielmehr das gerade Gegentheil uns vorschreibt, haben wir bei dem großen, unzuberechnenden Nachtheile und der großen Härte der Bedingungen dieses sogenannten Entwurfs der Convention die Unterschrift, auch mit Vorbehalt der einzuholenden Approbation, in einer unter dem heutigen Dato dem General-Intendanten Daru übergebenen Note, wovon wir Abschrift allerunterthänigst beilegen, verweigert.

Die Commission hat den Geheimen Secretär Mayet von der Seehandlung mit einer Abschrift des Daru'schen Entwurfes nach Paris gesandt, um Brockhausen von allen Vorgängen zu unterrichten.

Die Unterhaltung der 40,000 Mann Truppen, die nach dem Entwurf Daru's zur Besetzung der Festungen verwendet werden sollen, würde $11\frac{1}{2}$ Millionen Thaler kosten; für die Verzinsung der restirenden Kriegsschuld sind $1\frac{1}{2}$ Millionen erforderlich; dazu kommen die Theilzahlungen von jährlich 4 Millionen, im Ganzen 17 Millionen Thaler jährlich, d. h. also mehr als die Revenuen des Staates voraussichtlich betragen werden. Von Tolstoi weiß man, daß er sich auf der Durchreise durch preußisches Gebiet „über alles, was er gesehen und gehört, auf das indignirteste geäußert hat"; er hat Berlin nicht berührt, sondern ist von Frankfurt a. O. nach Dresden gegangen. — Marschall Victor hat sich bereit erklärt, dem französischen Kaiser die wahre Lage der preußischen Monarchie in einem Memoire darzustellen; Kriegsrath Jordan hat ihn zu diesem Zweck mit den nöthigen Daten versehen, für welche der Marschall selbst einen Fragebogen aufgestellt hatte (S. 27).

8. * Votum Stein's zu dem Bericht vom 24. October 1807. (S. 39.)

Ohne Datum,
wahrscheinlich vom 3., spätestens 4. November 1807.

Der General Intendant Daru trägt an:

1, auf Uebereignung von 50 Millionen Franken Domainen;
2, auf Einräumung der Vestungen Graudenz, Colberg, Stettin, Cüstrin, Glogau;
3, auf Unterhaltung eines Besatzungs Corps von 30,000 Mann Infanterie und 10,000 Mann Cavallerie, deren Unterhaltung, nach dem französischen Satz von 1000 Mann auf 1 Mill. Franken, auf 40 Mill. Franken, oder praeter propter auf 11 Mill. Thaler kommen (würde).

Preußen verliehrt auf diese Art:

1, allen Credit, indem es seiner Selbständigkeit beraubt wird;

2, alle Mittel, die Contribution durch Erspahrungen an Ausgaben oder durch bessere Benutzung der vorhandenen Hülfsquellen zu bezahlen, — da die Unterhaltungskosten der französischen Armee-Corps so groß sind, daß sie den größten Theil des öffentlichen Einkommens, so aus den übrigbleibenden Provinzen erfolgen kan, absorbiren.

Man kann dieses Einkommen höchstens auf 15 Millionen rechnen; — nach Abzug der Kosten des Unterhalts des französischen Truppen Corps blieben nur 5 Millionen übrig, worauf eine Schuldenmasse von praeter propter 60 Millionen fundirt, daraus getilgt, und der Civil- und Militair-Etat des Staats unterhalten werden müßte, welches unmöglich ist.

Bey dieser Unmöglichkeit, die Contribution durch Anleyhen und Ersparungen aufzubringen, wäre die Bewilligung des französischen Vorschlages eine vollkommene permanente subjection und zwar von der schlimmsten Art, indem der Herrscher kein Interesse an dem Wohl der unterjochten Nation nähme, und nur Druck ausübte, keinen Schutz ertheilte.

Sie sind also auf keine Weise anzunehmen, sondern das äußerste was geschehen kann, ist bereits in dem Rescript vom ...[1]) enthalten (vgl. S. 33).

Es ist selbst zu erwarten, daß die Überlassung der auf der Weichsel und Oder liegenden Vestungen Preussen der Gefahr aussetzt, mit Rußland sich zu veruneinigen, und daß das gute Vernehmen mit dieser Macht gestöhrt werde.

In dem Entwurf der von Daru übergebenen Convention ist selbst die Bestimmung, die er nach dem Inhalt des Berichtes d. d. 16. October geäussert hatte, die Domainen an Particuliers zu verschenken und dem Preußischen Staat das Wiedereinlösungsrecht innerhalb gewisser Jahre vorzubehalten, nicht aufgenommen, sondern es soll die Übereignung unbedingt geschehen, wodurch das Verhältniß noch drückender wird.

Der Brief des Kayserś d. d. 12. Oct. (vgl. Nr. 7) erwähnt wohl der Vestungen und Domainen, er benennt aber nicht die Vestungen, setzt nichts wegen der Guarnisonen, der Besoldung und Verpflegung derselben fest, und es bleibt alles dieses denen Unterhandlungen des Intendanten Daru ueberlassen, der hier seine Billigkeit, seine Rücksicht auf die Schonung und Erhaltung von Preußen zeigen kann. Ebensowenig schliesst der Kayser eine Modification bey Ueberlassung der Domainen aus.

Die Guarnisonen selbst sind ganz unverhältnißmäßig zu dem Bedarf des Vestungsdienstes bestimmt; auch die Art der Truppen ist diesem nicht angemessen, denn was sollen 2000 Mann Cavallerie in jeder Vestung? Cüstrin, Graudenz, Colberg, Glogau können in Friedenszeiten keine 6000 Mann jede

1) Zu ergänzen: 31. October.

fassen, am wenigstens 2000 Mann Cavallerie. Die Friedensguarnison der Vestungen Graudenz und Cüstrin war 1 Bataillon, von Colberg 2, von Glogau 1 Infanterie Regiment, von Stettin 2 Infanterie Regimenter; jede Compagnie kann man zu 60 Mann rechnen.

Wenn das Preußische Militair nicht in der Nähe eines Radii von 7000 Toisen bei einer Vestung, so die Franzosen occupiren, vorbey soll, oder von 3500 Ruthen, $= 1^1/_2$ deutsche Meile, so werden alle Communicationen sehr erschwehrt.

Da Frankreich seine Truppen der Besatzungen halber nicht vermehrt, so ist es unbillig, dem erschöpften Preußen die Besoldung und Verpflegung eines Theiles der französischen Armee zur Last zu legen.

9. Die Immediat-Friedensvollziehungs-Commission an den König.

Berlin, 1. November 1807. — Präsentirt Memel, 9. November 1807.

Daru ist sehr entrüstet darüber, daß die Commission auf seinen Entwurf nicht eingegangen; er sieht darin eine Compromittirung, die ihm in den Augen Napoleon's zum Nachtheil gereichen wird. Er hat beschlossen, auf eine Note Sack's vom 26. October, welche die Ablehnung enthielt, nicht zu antworten.

Unter diesen Umständen, und um in keiner Art uns dem Vorwurf auszusetzen, irgend abgebrochen zu haben, wovon schon das Gerücht in dem Publikum herumging, hielten wir für gut, daß der Unterschriebene mit dem Geheimen Ober-Finanz-Rath L'Abaye sich am 28. v. Mts. zu dem p. Daru hinbegab, um über den Inhalt der Note vom 26. mit ihm mündlich zu conferiren und seine Erklärung über die darin enthaltenen Propositionen einzuziehen. Dort fanden sie den weimar'schen Deputirten, Geheimen Rath v. Müller, der, als sich der p. Daru bald entfernte, seine Noth, und wie er von demselben der Contributionszahlung wegen behandelt worden, lebhaft klagte und eine üble Conferenz prophezeite. Unsere Deputirten discutirten indessen während einiger Stunden mit dem p. Daru ausführlich und punktweise nochmals den ganzen Gegenstand. Sie demonstrirten ihm sehr bestimmt, daß die von Euerer Königl. Maj. erhaltenen Instructionen, Inhalts der Note vom 18. v. Mts., uns nicht verstatten, die Convention, wie er sie entworfen habe, auch nur in einem der wesentlichen Punkte pure zu unterzeichnen. Solches salva approbatione zu thun, sei Sache der eigenen Überzeugung, und diese widerspreche dem so ganz, daß bei der Commission, als ihr die Convention mitgetheilt worden, nur eine Stimme gewesen sei, welche dahin gegangen, daß man solche zum offenbaren Verderben und Untergange des Staats führende Bedingungen in keiner Art als zulässig anerkennen könne.

Die Deputirten der Commission führen dem Generalintendanten den Nachweis, daß die jährlichen Revenuen des preußischen Staates nach Beendigung der Occupation nur noch

auf 70 bis 80 Millionen Franken sich belaufen werden[1]). Daru giebt dies zu, wirft jedoch die Bemerkung hin, ein Staat müsse bei besonderen Unglücksfällen wie ein Privatmann verfahren, der bisweilen in der Lage sei, die Revenuen mehrerer Jahre im Voraus zu verwenden, um später den Verlust durch Ersparungen wieder einzubringen. Übrigens, fügt Daru hinzu, werde es seiner Verwaltung gelingen, von den 70 Millionen 40 für die französische Staatscasse einzuziehen und mit dem Rest die Kosten für Armee und Verwaltung zu bestreiten (vgl. Nr. 11). — Die Commission erwartet die Befehle des Königs und hofft noch eine günstigere Wendung durch Tolstoi's Auftreten in Paris.

10. Ordre an die Friedensvollziehungs-Commission in Berlin.

Memel,
4. November 1807.

Von Gottes Gnaden Friedrich Wilhelm König von Preußen ꝛc. ꝛc. Gestern Morgens haben Wir Euern Bericht wegen der Contributionsangelegenheit vom 24. v. Mts. (Nr. 7) durch den reitenden Jäger Herrmann erhalten, und eilen Euch darauf durch einen heute Nachts abgehenden Courier Unsre Entschließung zu eröffnen. Der von dem General-Intendant Daru übergebene Conventionsentwurf ist allerdings von der Beschaffenheit, daß Ihr ihn zu unterschreiben Euch nicht ermächtiget halten konntet. Wir billigen Euer angezeigtes Verfahren und finden besonders Euere Note vom 24. v. Mts. richtig und zweckmäßig gefaßt. In dem gedachten Conventionsentwurfe sind abermals neue Bedingungen enthalten, die die bisherigen Forderungen an Härte noch übertreffen. Diese fast unglaublichen Forderungen und ihre Folgen geben folgendes Resultat unvermeidlich und evident.

Durch die gänzliche Übereignung von 50 Millionen Francs in Domänen, durch die Einräumung der Festungen Graudenz, Stettin, Cüstrin, Glogau und durch die Unterhaltung einer Besetzungsarmee von 30,000 Mann Infanterie und 10,000 Mann Cavallerie, deren Unterhaltung, nach dem französischen Satze von 1000 Mann auf eine Million Francs, die Summe von 40 Millionen Francs betragen würde, müßte der Ruin Unsers Staates mit schnellen Schritten herbeigeführt werden; denn er würde auf diese Art allen Credit verlieren, indem er seiner Selbständigkeit beraubt wird. Alle Mittel, die Contributionen durch Ersparungen von Ausgaben oder durch bessere Benutzung der vorhandenen Hülfsquellen zu bezahlen, würden ihm entzogen; denn die Unterhaltungskosten des französischen Armeecorps sind so groß, daß sie den größten Theil des öffentlichen Einkommens absorbiren würden, das aus den Uns übrig bleibenden Provinzen erfolgen kann. Höchstens auf 15 Millionen Thaler kann solches angenommen werden. Nach Abzug der Kosten des Unterhaltes ꝛc. für jenes Armeecorps bleiben nicht 5 Millionen übrig, und hierauf sollen, ältere Staatsverbindlichkeiten ungerechnet, der Civil- und Militäretat des Staats und eine Schuldenmasse

1) Vgl. die Berechnungen Stein's Nr. 11.

von ungefähr 60 Millionen Francs fundirt werden, welches offenbar unmöglich ist.

Bei dieser Unmöglichkeit, die Contributionen u. s. w. durch Anleihen und Ersparungen aufzubringen, würde die Annahme des Vorschlags des p. Daru eine vollkommene permanente Subjection, und zwar von der schlimmsten Art sein, indem der Herrscher kein Interesse an dem Wohl der unterjochten Nation nimmt und nur Druck ausübt, keinen Schutz ertheilt.

Es ist selbst zu erwarten, daß die Überlassung der an der Weichsel und Oder liegenden Festungen Uns der Gefahr aussetzt, Uns mit Rußland zu veruneinigen.

In dem Conventionsentwurfe des p. Daru ist in Absicht auf die Evacuationstermine keine billige Rücksicht auf das erschöpfte Land zu finden, und selbst die Bestimmung, die er nach dem Inhalte Eures Berichtes vom 20. v. Mts. geäußert hatte, die Domänen an Particuliers zu verschenken und Uns das Wiedereinlösungsrecht innerhalb gewisser Jahre vorzubehalten, ist darin nicht aufgenommen, sondern die Übereignung soll unbedingt geschehen, wodurch das Verhältniß noch drückender wird. Der Artikel 6 jenes Entwurfs würde Uns, der vorbehaltenen Souveränetät ungeachtet, das Gesetzgebungsrecht in Beziehung auf die fraglichen abzutretenden Domänen nehmen und einen Staat im Staate begründen.

Das Schreiben des Kaisers Napoleon vom 29. Juli und das vom 12. October d. J. sprechen, wie Ihr berichtet, von der Einräumung der Festungen und Abtretung von Domänen in den Provinzen nahe an der Elbe, benennen aber die Festungen nicht, setzen nichts wegen der Garnisonen, wegen ihres Soldes und ihrer Verpflegung fest, und es bleibt alles dieses den Unterhandlungen des p. Daru, sowie wohl überhaupt die Bestimmung der Zahlungs- und Sicherheitsmittel überlassen, der also hier seine Billigkeit und seine Rücksicht auf die Schonung und Erhaltung von Preußen beweisen kann.

In jenen Schreiben sind auch Modificationen bei Überlassung der Domänen gar nicht ausgeschlossen.

Die oben gedachten Garnisons sind ganz unverhältnißmäßig zu dem Bedarf des Festungsdienstes und zu dem Umfange der Festungen bestimmt, noch ist die Art der Truppen solchem Dienste angemessen. Denn was sollen 2000 Mann Cavallerie in jeder Festung? Cüstrin, Graudenz, Colberg, Glogau können in Friedenszeiten keine 6000 Mann jede fassen, am wenigsten noch 2000 Mann Cavallerie. Die Friedensgarnison der Festung Graudenz und Cüstrin war 1 Bataillon, von Colberg 2, von Glogau 1 Infanterieregiment und von Stettin 2 Infanterieregimenter; jede Compagnie kann man zu 60 Mann rechnen.

Mit jeder Festung wird wahrscheinlich noch ein Gebiet von 2 Meilen im Radius behufs der sonst kaum möglichen Unterbringung und Einquartirung der Corps verbunden.

Wenn Unser Militär nicht in der Nähe dieser Festungen nach Art. 11 auf 2 Meilen oder 7729 Toisen passiren kann, so wird alle Communication sehr erschwert. Da Frankreich seine Truppen wegen dieser Besatzungen nicht vermehren würde, so wäre es unbillig, Unsrem erschöpften Staate die Besoldung und Verpflegung eines Theils der französischen Armee aufzubürden.

In Erwägung aller dieser harten und drückenden Verhältnisse und Folgen und der evidenten Unmöglichkeit, die Vorschläge des p. Daru ohne den gänzlichen Ruin Unsres Staates zu erfüllen, bleibt nur die Nothwendigkeit und Pflicht übrig, zu erklären, daß Wir solche anzunehmen außer Stand sind.

Wir haben alles, was möglich ist, in den durch Unser Immediatrescript vom 31. October Euch eröffneten Punkten übernommen. Ihr werdet Euch bemühen, nach solchen den Abschluß zu bewirken, wobei Wir jedoch noch auf Moderation mehrerer derselben rechnen, — wo nicht gänzliche Abwendung zu Stande zu bringen ist.

Die auf die Fragen des Marschalls Victor ertheilten Antworten sind im Wesentlichen sehr zweckmäßig, und Ihr habt dem Kriegsrath Jordan wegen seines bei dieser Gelegenheit sowie in mehreren andern Fällen bewiesenen treuen Eifers Unsre Zufriedenheit zu bezeugen (S. 314).

Übrigens habt Ihr die Vollmacht und freie Hand, die Ihr am Schlusse Eures Berichtes wünscht, durch Unsere bisherige Instructionen und Verfügungen erhalten.

Auf Seiner Königlichen Majestät allergnädigsten Specialbefehl.

Stein. Goltz.

11. *Votum Stein's zu dem Immediatbericht. (Nr. 9.)

Ohne Datum, aber jedenfalls vom 9. oder 10. November, da das auf Grund dieses Votums erlassene Rescript letzteres Datum trägt.

Herr Daru glaubt den Staat noch einige Jahre zu administriren, daraus 40 Millionen zu ziehen, mit 30 Millionen die Verwaltungskosten und wahrscheinlich auch den Truppenunterhalt der 40,000 Mann zu bestreiten, hiergegen ist zu bemerken:

a, daß wenn das National Einkommen durch die Beköstigung von 150,000 Mann durch die eingestellten Zinßzahlungen, durch die zerstöhrte Industrie vernichtet wird, das oeffentliche Einkommen der 70 Millionen nicht erfolgen könne;

b, daß der Betrag des öffentlichen Einkommen der Preussischen Monarchie, so wie sie nach dem Tilsiter Frieden bestehe, nach den hier gemachten Ueberschlägen 15 Millionen Thaler betrage, also wenn man den Thaler zu 3 Frank 70 Centimen rechnet, 55,500,000 Franken;

c, daß administriren nicht bloß Abgaben erheben heiße, sondern alle Zweige der Regierung verwalten: wie dieses aber geschehen könne durch fremde, der Sprache und der Verfassung unkundige Männer? Es müsse also ein allgemeiner Stillstand in allen Geschäften entstehen und dadurch eine Zerrüttung des Ganzen;

d, daß ferner, wenn das gefoderte Corps von 40,000 Mann unterhalten werden solle, welches 10 Millionen Thaler kosten oder 37,000,000 Fr. nicht 40,000,000 sondern 18,500,000 Fr. übrig bleiben würden;

e, daß die Einräumung der Domainen und Vestungen dem Zweck, eine schleunige Zahlung zu erhalten, geradezu entgegen sein würde, weil hiedurch die Hülfsmittel des Staats vermindert und die Lasten vergrößert würden.

Setze man Preussen wieder in den ruhigen Besitz seiner Staaten, befreye man seine Einwohner von dem Druck der Einquartierung, die alles erschöpfe und lähme, bringe man die Industrie wieder zurück in ihre natürliche Canäle, so werde es in den Stand gesetzt, durch Benutzung seines Credits, oder durch Anleyhen, durch Erspahrungen, durch Erhöhung der Abgaben, die der Bürger von einem Theil desjenigen, was jetzt der Soldat erpresse und vergeude, aufzubringen im Stande, die Forderungen des französischen Staats zu befriedigen.

Sicher in Ansehung seiner Forderungen sei der französische Staat durch sein Übergewicht, seine drohende Stelle an der Elbe, das Bedürfniß der Ruhe, welches Preussen habe, den Charakter des Königs und seinen Entschluß, mit Frankreich in Einigkeit und Frieden zu leben.

12. Der König an die Friedensvollziehungs-Commission in Berlin.

Memel,
17. November 1807.

Eingang eines Berichtes der Commission vom 8. November. Daru verlangt die Auszahlung von 100 Millionen Franken innerhalb eines Jahres.

. . . Da, wie der p. Daru nach seinen Äußerungen selbst anerkennt, die Forderungen, die man an den preußischen Staat macht, seine Kräfte offenbar bei Weitem übersteigen, so haben Wir Unsern Bruder, des Prinzen Wilhelm Liebden, unter dem 5. d. Mts. beauftragt, dem Kaiser Napoleon die wahre Lage des Zustandes des Landes und sein Unvermögen, die Forderungen zu tragen, vorzustellen, sowie auch die in dem Rescripte vom 4. November entwickelte Nothwendigkeit, die diesseitigen Vorschläge anzunehmen, wenn man den Zweck der Abtragung der Contribution erreichen will.

Niebuhr ist beauftragt zur Eröffnung einer Anleihe nach Hamburg und Amsterdam zu gehen.

13. Der König an die Friedensvollziehungs-Commission in Berlin (S. 77).

Memel,
2. December 1807.

Um Euch Unsere Absichten und Wünsche als Unterhandlungsnorm bekannt zu machen und solche zusammenzufassen, geben Wir Euch hiebei einen Entwurf der mit dem p. Daru wo möglich zu verabredenden Artikel. Ihr werdet mit kluger Würdigung der Verhältnisse, Ereignisse und der Nachrichten aus Paris einen Abschluß der Convention zu bewirken suchen . . . Sollten übrigens die wesentlichen Punkte oder Hauptbestimmungen von dem p. Daru verweigert werden, so würden Wir deren Annahme in Paris in Antrag bringen lassen. Minder wesentliche Modificationen und Änderungen bleiben ganz Euerem Urtheil und Euerer Unterhandlung überlassen und sollen keinesweges die Finalisirung der Sache aufhalten.

Wir benachrichtigen Euch zugleich hierdurch, daß Wir obigen Entwurf der zu Euerer Instruction dienenden Artikel Unsern Gesandtschaften zu Paris und Petersburg sowie Unsers Bruders, des Prinzen Wilhelm, Königliche Hoheit und Liebden, zu gleichfallsiger Instruction und zur Unterstützung Unserer Intentionen mittheilen [1]).

II.

Finanzoperationen zur Tilgung der Contribution. Veräußerung und Verpfändung der Domänen; Anleihen, Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Hessen u. s. w.

October 1807 bis Februar 1808.

---

14. Niebuhr an Stein.

Memel,
9. November 1807.

Rücksendung eines Berichtes von Knobelsdorff aus Paris, in welchem der Gedanke entwickelt wird, die Kriegssteuer durch Domänenpfandbriefe abzutragen, deren Discontirung die Bank von Frankreich zu übernehmen haben würde.

Vielleicht ist es überflüssig, Ew. Excellenz zu bemerken, daß dies wörtlich genau der nämliche Vorschlag ist, den ich Anfangs voriges Monats in meinem Gutachten über das Contributionsarrangement mit Mr. Daru gemacht habe. —

---

1) Vgl. Nr. 121 am Schluß.

Man würde durch Mr. Perregeaux wirken müssen und den Gouverneur der Bank ins Interesse ziehen. Ist dies, wie ich glaube, Mr. Barbé de Marbois, so kann nur von den ehrenvollsten Gründen die Rede sein.

Ich werde mich morgen früh bei Ew. Excellenz einfinden um Ihre näheren Befehle einzuziehen, und dem auswärtigen Departement Vorschläge für die Bank, zum Gebrauch des Herrn v. Knobelsdorff, zu entwerfen. Es würde sich wohl zu lange verziehen, wenn die Sache aufgeschoben werden sollte, bis ich selbst nach Paris kommen könnte [1]).

Niebuhr.

15. * Stein an Sack.

Memel,
19 novembre 1807.

Dans l'ordre du cabinet en date du 17 de novembre [2]) il a ete fait mention d'une declaration qui abroge l'inalienabilité des domaines. On a taché de se procurer ici les anciennes constitutions et pactes de famille qui etablissent l'inalienabilité des domaines, mais on n'a point pu y parvenir. Comme cependant il faut donner a cet acte abrogatoire la meme legalité et les memes formes qu'a eu et qu'on a observé en redigeant celui par lequel l'inaliénabilité a ete constitué, nous avons cru devoir charger Mr. le conseiller privé de Raumer de la redaction du projet d'une telle declaration et vous voudrez, Monsieur, faire parvenir notre intention a sa connaissance. Ses rapports de service, la facilité qu'il a de faire usage des archives, lui offrent les moyens necessaires pour faire et hater ce travail dont nous attendons les résultats le plustôt que possible.

St(ein).

16. Votum Stein's über die Tratten.

Ohne Datum,
etwa 20. November.

Herr Daru nimmt in seinem Project der Convention [3]) an: Artikel 2 die Zahlung 1) in Geld, 2) in Tratten, 3) in übereigneten Domänen, 4) in Staats-Obligationen.

---

1) Die Voraussetzung war, daß Niebuhr die Verhandlungen wegen Discontirung der Domänen Pfandbriefe durch die Bank von Frankreich an Ort und Stelle übernehmen sollte; auch in der Instruction für Niebuhr vom 16. November, deren Concept er selbst entworfen hat, ist hiervon noch die Rede.

2) Es war eine Ordre des Königs, in welcher die Friedenscommission aufgefordert wurde, die einleitenden Schritte zur Hypothecirung und Verpfandbriefung der Domänen zu treffen.

3) Vgl. Nr. 7 und 8.

Zur Sicherheit der Obligationen sollen nach Art. 7 die Vestungen dienen und das Truppen-Corps von 40,000 Mann.

Herr Daru nimmt an in dem Bericht d. d. 8. November, daß der Rest

noch 110 Mill. betrage; hievon würden abgehen
für 50 Mill. Domänen,

bleiben 60. Er werde aus den Provinzen noch erpressen praeter-
propter 9 Mill.,

so blieben 51 Mill. durch Tratten und Obligationen zu decken.

Es entsteht nun die Frage, ob es nicht möglich ist, diese ganzen 51 Millionen durch Tratten der Berliner, Königsberger und Breslauer Häuser mit Zuhülfenehmung der baaren Geldbestände zu decken, — indem die Obligationen nicht allein mit 5% verzinst werden, sondern auch der Staat die Last auf sich hat, ein französisches Truppen-Corps von 40,000 Mann zu unterhalten.

Ich glaube, daß man mit Zuhülfenehmung des goldnen Services, des überflüssigen Silbers, mit Benutzung eines Theils der Bestände zusammenbringen würde 12 Mill. Livres, es blieben also noch zu decken durch Tratten übrig 39 Millionen.

Sollte man diese 39 Mill. nicht durch den vereinten Credit der Handlungshäuser der drei genannten großen Städte erhalten können? Und sollte man nicht mit ihnen eine Unterhandlung durch dazu zu ernennende Bevollmächtigte entamiren können?

17. Stägemann über die Vertheilung der 51 Millionen Franken in Wechseln auf preußische Kaufmannshäuser.

Memel,
21. November 1807.

Von den 51 Millionen würden zu übernehmen haben: die Kaufleute in Breslau 18 Mill., die in Berlin 15 Mill., die in Königsberg 12 Mill., die in Memel, Elbing und Stettin je 2 Mill. — Die Sicherheit für die Aussteller der Wechsel soll in Verpfändung von Staatseigenthum bestehen. — Zur Deckung ist unter anderm der Ertrag aus dem Verkauf des goldenen Tafelservices zu verwenden, dessen Werth (viel zu hoch) auf 3 Mill. Thaler berechnet wird. Auf die gleiche Summe werden die Ersparnisse aus den halbjährigen Einkünften des Staates veranschlagt. — Projectirt wird ferner eine Anleihe auf das von Privatpersonen herzugebende Silbergeräth.

„Daß die Operation kostbar sein wird, ist nicht zu leugnen; doch stehen diese Kosten mit den Unterhaltungskosten von 40 Tausend Mann Franzosen in unseren Festungen in keinem Verhältniß".

Stägemann verhandelte mit den Kaufleuten in Königsberg, Elbing und Memel; Sack mit denen in Berlin und Stettin, Massow mit denen in Breslau; von allen Seiten erfolgten zustimmende Erklärungen.

18. * Stein an Goltz (S. 75).

Memel,
2. December 1807.

Man hat die Absicht den Herrn Churfürsten von Hessen zu bestimmen [1]:

a) entweder zu einer Anleyhe von 6—8 Mill. Thaler gegen Verpfandbriefung von Domainen,

b) oder zu einem Ankauf von Domainen. —

Der Geheime Rath Niebuhr hat hiezu den Auftrag erhalten, — da ich aber wünsche, daß er sobald als möglich nach Holland gehe, so haben des Königs Majestät auf meinen Antrag zu beschließen geruht:

1) daß der Auftrag zur Negociation einer Anleyhe oder eines Domainen-Kaufs dem Fürst Witgenstein ertheilt werde, und dieser benachrichtigt,

2) daß der Praesident von Vincke angewiesen werden würde, sich nach Schleswig zu verfügen und ihm alle Special Domainen Etats sämmtlicher Provinzen vorzulegen, um dem Churfürsten die nöthige Kenntniß des Kaufobjekts zu verschaffen,
und daß

3) man auch geneigt sey, Curs habende englische oder holländische oder französische Staatspapiere zum Theil zur Zahlung des Kaufgeldes anzunehmen (S. 327), —

Ew. Excellenz ersuche ich,
den Herrn Fürsten v. Wittgenstein mit den nöthigen Aufträgen versehen zu lassen, dem Geheimen Rath Niebuhr die Revocation dieses Auftrags bekannt zu machen und werde ich das Nöthige an Herrn v. Vincke erlassen.

Stein.

19. * Gutachten Stein's über die Veräußerung der Domänen.

Ohne Datum [2]
(spätestens 9. December).

Zur Tilgung der französischen Contribution muß nunmehr eine Summe von praeter propter 12 Millionen Thaler Domainen veräußert werden.

Der Zeitpunkt ist ungünstig, weil das Land an Capitalien durch die bereits bezahlte Contribution erschöpft ist, der Seekrieg die Ausfuhr stöhrt und zur

---

1) Vgl. Pertz, Leben Stein's II S. 71; E. von Bodelschwingh, Vincke's Leben S. 343.

2) Pertz II 72 hat den 11. December als Datum angegeben, weil die Cabinetsordre an Schrötter und die übrigen Civilcommissare, bei deren Ausarbeitung das Votum Stein's zu Grunde gelegen hat, vom 11. Dec. datirt ist (Nr. 20). Durch königlichen Befehl vom 9. December wurde Vincke beauftragt, den Text der Ordre zu entwerfen (Bodelschwingh a. a. O. 343), er verfaßte das Concept dazu noch an demselben Tage und benutzte dabei das Gutachten Stein's.

Wiederherstellung der zerrütteten Landwirthschaften Capitalien gesucht werden und nothwendig sind.

Man muß sich daher möglichst bemühen, Ausländer zum Ankauf von Domainen zu bewegen, und in dieser Absicht ist bereits der Fürst Wittgenstein unter dem 2. December [1]) beauftragt, mit dem Churfürst von Hessen deshalb in Unterhandlungen zu treten, und bestimmt, daß der Präsident von Vincke dem Churfürsten die Anschläge der Domainen vorlegen und das Nähere mit ihm verhandeln solle.

Man muß ferner die zum Verkauf bestimmte Objecte, als Vorwerke, Forsten u. s. w. durch öffentliche Blätter, durch Gesandte, Consuln und sonstige auswärtige Verbindungen zur Kenntniß des Auslands bringen.

Es würde also der Präsident v. Vincke nunmehr anzuweisen sein, sich zu dem Churfürst von Hessen nach Schleswig zu verfügen, und zwar gemeinschaftlich mit dem Fürst Wittgenstein, oder im Fall dieser verhindert seyn sollte, allein, die Unterhandlungen anzufangen. Dem Churfürsten würde die Wahl der Ankaufs-Objecte überlassen bleiben, und würde man ihm die Special Domainen-Anschläge vorlegen.

Man würde ihn aufmerksam machen auf die Schlesische geistliche Güther wegen ihrer vortrefflichen Gebäude [2]) und schönen Waldungen u. s. w.

Ihm könnte man in Ansehung seiner Possession die Rechte der Schlesischen Standesherren, z. B. des Herzogs von Oels, beylegen.

Was nun den Verkauf der übrigen Domainen an Aus- oder Einländer anbetrifft, so muß denen Provinzial-Behörden nunmehr aufgegeben werden, specielle Pläne auszuarbeiten, wodurch die zur Veräußerung zu bringende Objecte und deren Werth bestimmt wird (werden).

Diese Objecte sind sehr verschieden, es sind theils Canones aller Art, theils Vorwerke, theils Bauernhöfe.

Von der Veräußerung muß ausgenommen werden Jurisdiction, Dienst- und Getränkezwang, und müßten wenigstens beide letztere Zweige als reluibel erklärt werden.

Man würde also nunmehr den v. Vincke beauftragen zur Reise nach Schleswig, und an denen Ministern v. Schrötter, v. Massow, v. Borgstede, v. Gerlach, v. Dohna als Civil-Commissaren das Nöthige wegen Entwerfung specieller Veräußerungsplane erlassen und die Bemerkungen, so in den Anlagen enthalten sind, aufnehmen, damit sie sich bey Entwerfung der Veräußerungs-Plane darnach richten.

---

1) Vgl. Nr. 18.

2) Nicht „Getrayde", wie Pertz (II 73) gelesen hat.

20. Der König an den Minister v. Schrötter.

(Grundsätze für die Veräußerung der Domänen. — Entwurf von Vincke.) [1]

Memel,
den 11. December 1807.

Mein lieber Staats-Minister Freiherr v. Schrötter. Ich habe beschlossen zur Tilgung der französischen Geldforderungen einen bedeutenden Theil Meiner Domänen zu veräußern. Daß der Zeitpunkt nicht günstig hierzu ist, indem das Land durch schon getragene Kriegeslasten an Capitalien und Ressourcen erschöpft ist, der Seekrieg die Ausfuhr stört und zur Wiederherstellung der zerrütteten Landwirthschaften Capitalien gesucht werden und nothwendig sind, — dieses alles verkenne Ich so wenig als die Unmöglichkeit, bei der dringenden Beschleunigung des Geschäfts den höchsten Werth und alle nützlichen Nebenzwecke zu erzielen, welche sich sonst damit verbinden ließen. Allein es kömmt jetzt nur darauf an, unter den vorhandenen Übeln das kleinste zu wählen, und indem Ich die zweckdienlichsten Maßregeln ergriffen, durch auswärtige Anleihen bedeutende Summen zu erhalten, bin Ich auch darauf bedacht, auswärtige Capitalisten zum Ankauf der Domänen zu bewegen. Ich habe in dieser Absicht den Fürsten von Wittgenstein und Kammer-Präsidenten von Vincke bereits beauftragt, sofort in Unterhandlungen mit dem Kurfürsten von Hessen zu treten und mit demselben das Nähere abzuschließen, daher es dringend nothwendig wird, durch die Provinzial-Behörden specielle Pläne ausarbeiten zu lassen, wodurch für jede Provinz die Gegenstände, welche zur Veräußerung zu bringen, das Verfahren bei Ausmittelung ihres Werths, die Einleitung des Geschäfts selbst, den Localverhältnissen gemäß, fest bestimmt werden.

Folgen die speciellen Bestimmungen über das bei Aufstellung des Veräußerungsplans, Berechnung des Werthes der Domänen u. s. w., zu beobachtende Verfahren.

21. * Wittgenstein an den König.

Berlin,
17. December 1807.

Präsentirt Memel,
30. December 1807.

Allerdurchlauchtigster ꝛc.

Die bis jetzt noch nicht erfolgte Ankunft des Geheimen Rath Niebuhr hat mich abgehalten, den richtigen Empfang Euerer Königlichen Majestät Allerhöchsten Rescripts vom 2. d. früher als heute zu bemerken. Euere Königl. Maj. haben geruht, mir durch dieses Rescript den Allergnädigsten Befehl zu ertheilen, mich zu dem Churfürsten nach Itzehoe zu begeben und Seine Durchlaucht zu bestimmen:

1) Gleichlautende Ausfertigungen dieser Ordre wurden an die Civilcommissare in sämmtlichen Provinzen und an den Präsidenten der Friedenscommission gerichtet.

a. Allerhöchstdenenselben entweder eine Anleihe von 6 bis 8 Millionen Thlrn. gegen Verpfandbriefung von Domänen zu überlassen, oder

b. ihn zu einem wirklichen Ankauf von Domänen zu veranlassen.

Euere Königl. Maj. haben in der Überzeugung, daß eine solche Unterhandlung keine Schwierigkeiten finden würde, den Präsidenten v. Vincke angewiesen, sich ebenfalls nach Itzehoe zu begeben, um mir alle Special-Domänen-Etats sämmtlicher Provinzen mitzutheilen, damit dem Churfürsten die nöthige Kenntniß des Kaufobjects verschafft werden kann. Euere Königl. Maj. sind übrigens auch geneigt, Cours habende englische, holländische oder französische Staatspapiere zum Theil zur Zahlung des Kaufgeldes anzunehmen (S. 324).

Auch ohne meine ehrerbietige Versicherung darf ich wohl hoffen, daß sich Euere Königl. Maj. überzeugt zu halten geruhen, daß mich nichts glücklicher machen könnte, als mich dieses Allerhöchsten Auftrags, besonders bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, zu Allerhöchstdero Zufriedenheit zu entledigen. Gewiß würde ich aber keinen Befehl von Euerer Königl. Maj. erwartet und längst eine Einleitung getroffen haben, wenn ich nur eine entfernte Aussicht gehabt hätte, daß eine solche Unterhandlung einigen Erfolg haben könnte. Diese Ausführung ist aber in dem gegenwärtigen Augenblick ganz unmöglich, da der Churfürst gar keine Mittel besitzt, die Allerhöchsten Wünsche von Euerer Königl. Maj. zu erfüllen.

Gleich nach meiner Rückkunft aus England habe ich Euerer Königl. Maj. über die Lage des Churfürsten und über seinen erlittenen Verlust berichtet und Allerhöchstdenenselben selbst in einem meiner Berichte die unterthänigste Anzeige gemacht, daß sich Seine Churf. Durchl. in der für Sie höchst sonderbaren Nothwendigkeit befänden, zur Unterhaltung Ihres kleinen Hofstaats und zur Bestreitung der übrigen Ausgaben einige Summen aufnehmen zu müssen. Ich habe Euerer Königl. Maj. ferner unterthänigst angezeigt, daß das englische Gouvernement sich aus gewissen Rücksichten und aus Vorsorge für den Churfürsten gleich nach der Bekanntwerdung des Friedens von Tilsit veranlaßt gesehen hätte, diejenige Summen, die Seine Churf. Durchl. in England angelegt haben, in der Art mit Arrest zu belegen, daß der Churfürst zwar die Zinsen erhält, aber über Kapital selbst nicht disponiren kann.

Ich habe Euerer Königl. Maj. späterhin unterthänigst berichtet, daß sich der Churfürst durch eine sehr ungerechte Maßregel des Großherzogs von Berg wegen Confiscirung gewisser Partial-Obligationen, die durch die ehemalige Kammer des Herzogthums Berg creirt worden sind und die man im Besitz des Churfürsten vermuthete, veranlaßt gesehen hätte, wegen seiner übrigen Staatspapiere solche Maßregeln zu treffen, die es unmöglich machten, darüber zu disponiren, indem sie größtentheils unter viele Banquiers und Particuliers vertheilt und anderntheils auch in entfernte Gegenden geschickt worden wären.

Diese Umstände und daß alle Capitalien des Churfürsten, die in denjenigen Ländern angelegt sind, die unter französischem Einfluß stehen, confiscirt worden

sind, werden Euere Königl. Maj. überzeugen, daß sich der Churfürst für jetzt ohne alle Mittel befindet, Allerhöchstdenenselben eine Anleihe von 6 bis 8 Millionen Thlrn. zu überlassen.

Ich sage: für jetzt, weil ich die Überzeugung habe, daß der Churfürst Euerer Königl. Maj. späterhin wegen der Geldbedürfnisse große und wichtige Dienste leisten kann, wenn dieser Fürst mit Rücksichten behandelt und ihm zu erkennen gegeben wird, daß Euerer Königl. Maj. seine Lage nicht allein nicht gleichgültig ist, sondern daß Allerhöchstdieselben ihm und seinem Churhause da, wo es die Umstände erlauben, mit Vergnügen nützlich werden. Der Churfürst befindet sich in der Überzeugung, daß man ihn bei denen Unterhandlungen in Tilsit ganz vergessen, oder daß man zum wenigsten auf seine Wiederherstellung oder Entschädigung einen nur ganz unbedeutenden Werth gelegt hat. Auch kann der Churfürst nicht vergessen, daß ihm in den Monaten Juli und August 1806 von Seiten des französischen Gouvernements die glänzendsten Anträge, zur Rheinischen Conföderation zu treten, gemacht worden sind, die er aber aus Anhänglichkeit gegen Euere Königl. Maj. und auf Allerhöchstdero dringende Aufforderung abgelehnt und folglich seine Existenz dieser Anhänglichkeit aufgeopfert hat. Der Churfürst fühlt, daß er Unrecht gehabt hat, bei seiner Anwesenheit in Naumburg Euere Königl. Maj. mit seinem Neutralitätssystem zu unterhalten; er führt aber dagegen auch wieder zu seiner Entschuldigung an, daß ihm die damalige Leitung der Geschäfte kein Zutrauen hätte einflößen können, da er von dem Grafen Haugwitz mehrmalen wäre hintergangen worden, und dieser Minister wegen der damals in Unterhandlung begriffenen nordischen Conföderation solche Bedingungen hätte einfließen lassen wollen, die ihn und den Churfürsten von Sachsen zu dem größten Mißtrauen berechtigt hätten. Er behauptet, daß damals seine Truppen noch nicht in Bereitschaft gewesen wären, daß er aber unterdessen dennoch nach denen Wünschen von Euerer Königl. Maj. ein Corps von 8000 Mann bei Ziegenhayn zusammengezogen und den 12. October seine sämmtlichen Truppen zur Disposition von Euerer Königl. Maj. angeboten hätte. (Letzteres und die Zusammenziehung der Truppen bei Ziegenhayn ist der Wahrheit gemäß; ich habe den 12. October von dem Churfürsten die Erklärung erhalten, daß 8 Infanterieregimenter, die aus 3 Bataillons bestandene Brigade leichter Truppen und 5 Regimenter Cavallerie nebst mehreren Batterien Artillerie zu Euerer Königl. Maj. Disposition bereit wären. Ich habe mit dieser Erklärung des Churfürsten den 13. October den Legations-Rath Greuhm als Courrier an das Hauptquartier von Euerer Königl. Maj. geschickt; er hat aber seine Reise nur bis gegen Gotha fortsetzen können, da er in dieser Gegend die Nachricht von der den 14. verlorenen Bataille erhielt und die Route durch Erfurt gesperrt war.) Der Churfürst glaubt daher alles erfüllt zu haben, was Euere Königl. Maj. von ihm haben erwarten können, und schiebt die Schuld, daß seine Truppen nicht früher in Bereitschaft gewesen wären, auf die zweideutigen Erklärungen des Grafen

Haugwitz gegen den in Berlin anwesenden Staatsminister v. Waitz, und daß er nach diesen Erklärungen hätte vermuthen müssen, daß so wie im Januar 1806, am Ende doch wieder ein Arrangement mit Frankreich stattfinden würde. Der Churfürst behauptet ferner zu seiner Entschuldigung, daß der verstorbene Herzog von Braunschweig nach der Rückkunft des Grafen Haugwitz aus Wien dem Herrn Laforest bei einigen Gelegenheiten im Vertrauen zu erkennen gegeben habe, daß er vorzüglich den Krieg betrieben hätte, um Subsidien zu erhalten, und daß ihm von Herrn Bignon hierüber verschiedentlich Vorwürfe gemacht worden wären, wonach er mit Recht hätte befürchten müssen, daß der Herzog auch die gegenwärtige Gelegenheit nicht unbenutzt lassen würde, um ihm bei dem französischen Gouvernement zu schaden.

Der Churfürst scheint es auch zu empfinden, daß ihm Euere Königl. Maj. bei mehreren Gelegenheiten nicht allein kein Zutrauen bezeigt, sondern daß er auch durch andre Personen, denen Allerhöchstdero Gesinnungen nicht unbekannt sein könnten, in Erfahrung hätte bringen müssen, daß Allerhöchstdieselben auf seine Anhänglichkeit und Ergebenheit einen sehr unbedeutenden Werth legten. Dem Herzog von Braunschweig und dem Zutrauen, das Euere Königl. Maj. diesem Fürsten geschenkt hatten, scheint der Churfürst allein alles Unglück zuzuschreiben. Er behauptet, daß der verstorbene Herzog ohne alle Energie und voll von kleinlichen, ängstlichen Rücksichten gewesen wäre und immer befürchtet hätte, Euerer Königl. Maj. und denjenigen Personen, die Allerhöchstdero Zutrauen hatten, zu mißfallen, und daher alle seine Äußerungen nur in diesem Geiste abgefaßt, aber nie nach seiner inneren Überzeugung gesprochen hätte.

Das Resultat der weiteren Ausführungen Wittgenstein's, die kein politisches Interesse darbieten, ist, „daß durch eine gegenwärtig anzuknüpfende Unterhandlung mit dem Churfürsten alle Vortheile verloren gehen würden, die in der Zukunft zu erhalten seien".

22. * Stein an Wittgenstein.

Memel,
18. December 1807.

Ew. Fürstliche Gnaden werden die königlichen Aufträge d. d. 2. December a. c. (vgl. Nr. 21) unterdessen zugekommen und von den wegen der Anleihe getroffenen Anstalten theils durch den Geh. Finanz-Rath Sack, theils durch den Geheimen Rath Niebuhr benachrichtigt sein.

Ist das Letztere nicht geschehen, welches ich doch fast gewiß glaube, so ersuche ich gehorsamst, den Herrn Geh. Finanz-Rath Sack zu sich zu veranlassen, um über die Aufträge des Herrn Geh. Rath Niebuhrs Auskunft zu geben, da ich vermuthe, daß dieser bereits abgereist sein wird.

Noch ist in diesem Augenblick hier keine Verlegenheit bei den Cassen, und man wird sich noch einige Monate helfen können, theils durch Papier-Operationen, Aussetzung von Zahlungen, die laufende Einnahme aus den evacuirten Provinzen u. s. w. Viel länger darf es aber auch nicht dauern. Unterdessen

bleibt es aber immer sehr wichtig, die von Ew. Fürstl. Gnaden bei dem Banquier Osy[1]) ausgemittelte Gelegenheit, Geld gegen Pfandlegung zu negociiren, in Hinsicht auf Abzahlung der Contribution zu benutzen, und ersuche ich Dieselben gehorsamst, mich mit seinen Bedingungen bekannt zu machen, sowohl in Rücksicht auf Zinsen, Rückzahlung als auf die Art des Pfandes.

Die von uns anzubietende Pfänder sind: a) Juwelen, b) hypothekarische Instrumente über die von Particuliers an königliche Cassen verschuldete Summen, c) Pfandbriefe, d) dänische und holländische Staatspapiere (vgl. Nr. 27). Der Werth dieser Objecte mag wohl 4 Mill. ausmachen, und es ließ sich hierauf immer ein bedeutendes Anleihen gründen, worüber ich mir Ew. Fürstl. Gnaden erleuchtetes Sentiment gehorsamst erbitte.

Ein sehr wichtiger Gegenstand bleibt gegenwärtig, wie Ew. Fürstl. Gnaden selbst zu ermessen geruhen werden, der Verkauf der Domänen an des Churfürsten von Hessen Durchlaucht. Hierüber sind Ew. Fürstl. Gnaden bereits unter dem 2. December von des Königs Majestät Eröffnungen zugekommen; da hier aber die Nachricht herkam, Hochdieselben wären auf der Herreise nach Memel begriffen, so mußte unter dem 10. December ein andrer Entschluß gefaßt werden. Da nun das erstere königliche Schreiben Ew. Fürstl. Gnaden noch in Berlin erreicht, so ist es sehr zu wünschen, daß Hochdieselben den Entschluß fassen, sich selbst nach Schleswig zu verfügen, und dort dieses Verkaufsgeschäfte leiten. Es ist keinem Zweifel unterworfen, daß der Herr Käufer sehr vortheilhaft kaufen kann, wenn er die sehr niedrige Anschlags-Resultate unsrer Domänen-Kammern zu Grunde legt. Und er wird sehr angenehme Besitzungen kaufen, wenn er seine Aufmerksamkeit auf schlesische Domänen und auf die zur Saecularisation bestimmte vortreffliche geistliche Güther richtet. Ew. Fürstl. Gnaden werden durch Ausführung dieses Geschäftes sich bleibende Ansprüche auf die Dankbarkeit des ganzen Staats erwerben, und ist es überflüssig, einen Mann von Ew. Fürstl. Gnaden Uebersicht der allgemeinen Lage der Geschäfte die Wichtigkeit der Sache näher ausführen zu wollen.

Man könnte in Zahlungsstatt Papiere nehmen, so auf fremden Plätzen Cours haben, besonders englische Stocks.

Herr Präsident v. Vincke wird Ew. Fürstl. Gnaden das nähere und ausführlichere Detail über das Verkaufs-Object selbst vorzulegen die Ehre haben, und ich werde alles, was zur näheren Aufklärung der Sache irgend beitragen kann, mittheilen.

Man würde vielleicht jetzt schon den Cours der Papiere heben, wenn man mit der Zinszahlung eines Quartals nur anfing[2]) und zugleich erklärte, daß man zur Tilgung den Domänen-Verkauf bestimmt habe.

---

1) Chef eines Bankhauses in Hamburg, vgl. Nr. 27.

2) Wittgenstein hatte dem König vorgeschlagen, mit der Bezahlung der rückständigen

Jeder Schritt, den man während der Occupation thut, macht einen auf die französische Machthaber nicht zu berechnenden Eindruck, bestärkt ihre Vermuthung, daß wir große Geldvorräthe haben, und muß noch ausgesetzt bleiben.

23. Stein an die ostpreußische General-Landschafts-Direction zu Königsberg.

(Entwurf von der Hand Stägemann's).

Memel,
21. December 1807.

Seine Majestät der König hat die Entschließung gefaßt, mit den in Ostpreußen und Litthauen belegenen Domänen dem ritterschaftlichen Creditsystem beizutreten und auf selbige durch die Landschaft Pfandbriefe anfertigen zu lassen. Indem ich Eine Hochlöbliche General-Landschafts-Direction hievon benachrichtige, ersuche ich Dieselbe zugleich ergebenst, über die Modalitäten dieser Einrichtung auf dem bevorstehenden General-Landtage in Berathung zu gehen und zu diesem Zweck die Deputirten der Ritterschaft auf den Kreistagen mit Information versehen zu lassen. Das abschriftlich beigefügte Promemoria enthält im Allgemeinen die Gegenstände der Deliberation, welche nach den etwa eintretenden Localverhältnissen nur zu modificiren sein werden.

Da auch, nach einem von mir angenommenen Vorschlage der in Königsberg anwesenden Mitglieder der ostpreußischen Ritterschaft, das Reglement über das Kriegs-Contributionswesen, soweit es das platte Land betrifft, auf dem General-Landtage in Überlegung genommen werden soll, so werden die Deputirten auch dieserhalb zu instruiren sein, und ich bin im Voraus von dem Bestreben Einer Hochlöblichen General-Landschafts-Direction, ihrem Vaterlande mit treuer Anhänglichkeit an die Person Seiner Majestät und an die Verfassung des Staats redlich zu dienen, versichert, daß überall nur diejenigen Maßregeln werden beschlossen werden, die aus einer ruhigen und gemäßigten Berathschlagung wohlgesinnter Männer und aus der Überzeugung hervorgehen, daß in gefahrvollen Zeiten das gemeinsame Wohl nur durch standhafte Ausdauer und patriotische Selbstverleugnung erhalten werde.

24. * Stein an Sack.

Memel,
25. décember 1807.

Je ne puis être, Monsieur, de l'opinion enoncé dans votre lettre du 14 d. c. qu'il seroit bon de remettre encore la negociation dont Monseigneur le prince de Wittgenstein et Mr. de Vincke sont chargés, puisqu'a mon avis cette affaire, si meme elle est entamée, exige encore tant de discussions, tant de

Zinsen der Staatsanleihen zu beginnen, da dies das beste Mittel zur Hebung des Staatscredites sei.

renseignements et d'explications que les distances enormes rendent plus difficiles à donner, qu'on ne peut trop se hater d'entrer en matière (vgl. Nr. 25). Je vous prie par consequent d'insister auprès du Prince qu'il parte le plustôt que possible et qu'il donne à cette affaire une premiere impulsion. Pour mettre encore plus de suite a ce plan on a envoié un ordre du cabinet en date 18 decembre aux commissaires civils sur les principes a observer à la vente des domaines, dont Mr. de Gerlach vous donnera copie.

J'ai repondu le 18 de decembre (Nr. 22) au contenu de la lettre du prince de Wittgenstein du 30 de novembre, et vous y aures trouvé tous les details necessaires pour vous mettre a meme de prendre une résolution.

La lettre ministerielle du 19 du courant vous aura instruit de la commission dont on a desiré que Mr. de Raumer fut chargé (S. 322), et elle doit vous avoir ete remise par le comte de Schwerin des guardes du corps. Quant à l'insertion des domaines dans le livre des hypotheques, j'ai ecrit le 21 de décembre aux commissaires civils, donc que toutes les demarches préparatoires ont ete faites pour l'estimation, la vente, la declaration de l'alienabilité et l'intabulation, et qu'il faut maintenant seulement pousser vivement l'affaire, surtout en trouvant des acheteurs qui font l'acquisition de masses considerables.

Ma lettre du 20 du courant vous aura fait part de mon opinion sur les différentes offres d'emprunts, et j'ai surtout confiance dans celui qu'on nous a offerte par Mr. Baudouin [1]).

25. *Bemerkungen Stein's zu dem Immediatbericht des Fürsten Wittgenstein vom 17. December 1807. (Nr. 21).

Ohne Datum, jedoch spätestens
vom 1. Januar 1808.

Ich würde den Zeitpunkt, wo die Negociation anzufangen, wohl aussetzen und der Beurtheilung des Fürsten überlassen, aber bemerken, daß das Geschäfft von einem solchen Umfang sey, daß wohl einige Monate ohnehin darüber hingingen, biß man zur Zahlung schreiten könne (vgl. Nr. 24).

Der Churfürst würde erst die Verkaufobjekte ansehen und beurtheilen wollen. Man würde Anstalten treffen müssen, die überwiesenen Effecten zu placiren.

Die Suspension der Transferirung in England aufzuheben, und ehe diese vorbereitende Anstalten getroffen, gehe eine geraume Zeit verlohren, man gebe dem Fürsten alles dieses zu erwägen und glaube, daß es doch sehr rathsam sey, die Sache vorbereitend einzuleiten.

Das Vergangene lasse sich nicht ändern: man müsse sich bemühen, eine

1) Ein Consortium französischer Banquiers ließ durch das Haus Baudouin in Berlin ein Anlehen von 2 Millionen Thalern anbieten, bei dem jedoch eine größere Summe französischer Staatsrente mit in den Kauf genommen werden sollte.

bessere Zukunft zu erreichen, und da der Herr Fürst versichert habe, noch im Monat August eine bedeutende Summe anschaffen zu können, so hoffe man, er werde auch gegenwärtig noch dazu Mittel aufzufinden im Stande seyn.

Auf Grund dieser Bemerkungen Stein's wurde unter dem 3. Januar 1808 ein königlicher Erlaß an Wittgenstein gerichtet, der ihn aufforderte, die Verhandlungen mit dem Kurfürsten wenigstens einzuleiten.

26. Wittgenstein an Stein.

Berlin,
1. Januar 1808.

Vincke, durch Wittgenstein von den Verhältnissen des Kurfürsten von Hessen unterrichtet, hat die Reise nach Itzehoe aufgegeben und ist zunächst nach Bremen und Minden gegangen. Niebuhr begiebt sich dieser Tage nach Hamburg und Altona. Mit Lawätz (vgl. S. 145) hat Vincke, der gegen Ende December in Hamburg war (vgl. Bodelschwingh S. 347), nichts auszurichten vermocht.

27. * Stein an Niebuhr.

(Erwiderung auf ein Schreiben Niebuhr's aus Berlin vom 28. December 1807).

Memel,
7. Januar 1808.

Aus Ew. Wohlgeboren sehr geehrtem Schreiben d. d. 28. December ersehe ich, daß Sie

1) an Hope[1]) geschrieben und ihm den Plan zur Anleihe auf Domänen-Pfandbriefe vorgelegt — und

2) nach Hamburg gehen, um das Anleihegeschäft mit Herrn Lawaetz (vgl. Nr. 26) und Herrn Osy (vgl. Nr. 22) zu betreiben, letzteres gegen Verpfändung von Effecten und Juwelen u. s. w.

Die Effecten, welche wir zu verpfänden haben, sind

a) eine Obligation der ostfriesischen Landschaft von 500,000 Thlr. an die Bank;

b) dänische Annuitäten 90,000 Thlr.;

c) Amsterdamer Stadt-Obligationen 165,000 Thlr.;

d) Privat-Obligationen, so den Hauptcassen gehören, welche Privatleute mit hypothekarischer Sicherheit ausgestellt haben, und machen diese praeter propter $1^1/_2$ Million aus;

e) Juwelen nach dem anliegenden Verzeichniß — dem, wenn das Anleihegeschäfte zu Stande kömmt, noch eine Taxe beigefügt werden muß. Diese werde ich alsdann von den Juwelieren Herren Ravené in Berlin aufnehmen lassen.

---

1) Banquier in Amsterdam.

Zum Verkauf wird das goldne Service können gebraucht werden, indem man auf diese Art die Zinsen erspart, und ist die Arbeit daran altmodisch. Zu diesem Verkauf bedarf man keiner besonderen Dazwischenkunft eines Hamburger Handlungshauses, außer daß es allenfalls bietet.

Herr Fürst von Wittgenstein glaubt, daß man auf Juwelen am ersten in Amsterdam wird geliehen erhalten.

Ew. Wohlgeboren werden nun sehen, wie Sie die von a bis c verzeichneten Effecten verkaufen und die Effecten von d bis e verpfänden, es sei nun in Hamburg oder in Amsterdam.

Ich will hoffen, daß Herr Hope auf Ihre Vorschläge entrirt, Fürst Wittgenstein hat mehr Zutrauen auf Herrn Osy. Übrigens scheint es mir, als wenn persönliche Gegenwart immer mehr wirke als bloße Correspondenz und daß eine Reise nach Amsterdam immer von Nutzen sein werde.

Wegen des mit dem Churfürsten einzuleitenden Verkaufs- und Anleihegeschäftes bin ich mit dem Fürst Wittgenstein nicht einerlei Meinung. Das Verkaufsgeschäfte ist sehr weitläufig; es bedarf einer geraumen Zeit, ehe man sich über das Verkaufsobject vereinigt, so daß der Zahlungspunkt gewiß in einigen Monaten nicht zur Sprache kömmt (vgl. Nr. 25).

Bei der großen Anhäufung von geplündertem Geld in Frankreich, denen wenigen Handelsgeschäften, dem hohen Stand der öffentlichen Papiere, sollte man doch Hoffnung haben, mit einer Anleihe zu reussiren.

28. * Memoire des Fürsten Wittgenstein über die Verhandlungen mit dem Kurfürsten von Hessen. (S. 144).

Königsberg,
24. Januar 1808.

Um den Churfürsten von Hessen zu veranlassen, die Mittel zur Anschaffung der nöthigen Gelder durch seinen Credit oder durch Verpfändung seiner englischen und übrigen Fonds zu erleichtern, dürfte es nothwendig sein, ihm die Überzeugung zu geben, daß ihm die allerhöchste Verwendung Seiner Maj. in Rücksicht seiner politischen Lage nützlich und selbst nothwendig werden kann. Da sich der Churfürst in der Vermuthung befindet, daß das englische Gouvernement bei einem künftigen Frieden mit Frankreich vorzüglich Rücksicht auf Rußland nehmen und ohne Rücksprache mit letzterer Macht keine Friedensunterhandlungen anknüpfen wird, so dürften die zwischen Seiner Maj. dem König und des russischen Kaisers Maj. bestehenden freundschaftlichen Verhältnisse vielleicht zu benutzen sein, um dem Churfürsten die oben bemerkte Überzeugung zu geben.

Gleich nach der erfolgten Besitznahme der hessischen Staaten hat sich der Churfürst an den russischen Kaiser gewendet und diesem Monarchen das Interesse seines Churhauses empfohlen. Bis jetzt ist aber der Churfürst sowohl auf dieses als auf mehrere andere an den Kaiser gerichtete Schreiben ohne Antwort ge-

blieben. Dieses unfreundliche Benehmen scheint den Churfürsten um so mehr zu beunruhigen, da man ihm von England die besten Versicherungen ertheilt hat, daß man sich seines Interesses bei einem künftigen Frieden bestens annehmen würde, und Seine Churf. Durchl. auch ein sehr beruhigendes und verbindliches Schreiben von des Königs von Großbritannien Maj., durch mich überbracht, erhalten haben. Der Churfürst besorgt, daß man in Petersburg nicht die günstigsten Gesinnungen für ihn hegt, und daß das russische Cabinet auf das Cabinet von St. James selbst noch nachtheilig für sein Interesse wirken dürfte.

Diese Besorgniß hat bei dem Churfürsten den Wunsch veranlaßt, daß ich mich nach Petersburg begeben, dem Kaiser ein Schreiben von ihm überreichen und die ungünstigen Gesinnungen zu entfernen suchen möchte, die allenfalls daselbst gegen ihn existiren.

Wittgenstein ist bereit, diesem Wunsch des Kurfürsten Folge zu leisten.

29. * Der König an Stein.

Königsberg,
28. Januar 1808.

Wenn es dem Churfürsten zur Beruhigung dienen kann und zugleich unser Interesse dabei befördert wird, daß ich mich für ihm bei dem Kaiser von Rußland verwende, so will ich es sehr gerne thun und autorisire ich Ihnen hiermit, das Nöthige dieserhalb einzuleiten und zu veranlassen.

Indessen möchte es hier wohl heißen, — Hilft es nichts, so schad't es nichts!

Da die Reise des Fürsten Wittgenstein nach Petersburg auf Schwierigkeiten stieß, so richtete der König am 2. Februar 1808 ein Schreiben an Kaiser Alexander, worin er diesem die Sache des Kurfürsten ans Herz legte. (Nr. 72).

30. Allerhöchste Ordre an die zum ostpreußischen Generallandtage versammelten Deputirten der Ritterschaft und Kölmer.

Königsberg,
16. Februar 1808.

Seine Königliche Majestät von Preußen, Unser allergnädigster Herr, haben aus den einzelnen Verhandlungen des ostpreußischen Generallandtages, welche sich Allerhöchstdieselbe bisher vortragen lassen, mit völliger Zufriedenheit wahrgenommen, daß ein vaterländischer Geist und ein rühmliches Bestreben, ihre Beschlüsse nach ruhiger Überlegung, mit Freimüthigkeit und den Bedürfnissen der gemeinsamen Wohlfahrt gemäß abzufassen, die Versammlung der adligen und kölmischen Deputirten belebe. Diese Gesinnungen der Einigkeit und Ordnung gewähren Seiner Kön. Maj. die beruhigende Überzeugung, daß es Ihnen unter dem Beistande der höhern Weisheit gelingen werde, die schmerzhaften Wunden des Krieges bald wieder zu heilen, und nur von diesem Interesse, dem einzigen Gegenstande

Ihrer Sorgen, geleitet, lassen Seine Kön. Maj. den Deputirten des General-Landtages auf die Beschlüsse vom 4. bis 6. d. M. über die Association der Domänen mit dem Creditsystem die allergnädigste Zusicherung ertheilen, daß Sie im Allgemeinen mit den angetragenen Modificationen einverstanden sind, wie Sie solches dem Geh. Ober-Finanz-Rath von Auerswald heute besonders zu erkennen geben. Seine Kön. Maj. werden daher bei der Ausfertigung von Pfandbriefen auf die Domänen unter Garantie des Privat-Landeigenthums, welche blos die Befriedigung der auf einem andern Wege nicht zu beseitigenden Geldansprüche Frankreichs zur Absicht hat, mit gerechter Rücksicht auf die Erhaltung des Privatwohls Ihrer getreuen Unterthanen solche Maßregeln treffen lassen, daß für das Privatvermögen nicht die Gefahr zu befürchten sei, unter den Erschütterungen des öffentlichen Eigenthums, wie auch eine verhängnißvolle Zukunft solche herbeiführen möge, zu Grunde gerichtet zu werden. Die Pfandbriefe auf die Domänen sollen, als auf Privateigenthum ausgefertigt behandelt, auch nicht in Cours kommen (vgl. S. 139), sondern nur zum Unterpfande bei einer Staatsanleihe deponirt und durch die Kaufgelder der Domänen abgelöst werden, sobald mit diesem Verkauf nach Lage der öffentlichen Angelegenheiten vorgegangen werden kann. Die Garantie für selbige als eine auf dem Staatseigenthum haftende Schuld hört also mit dem Verkauf der Domänen oder der sonstigen Tilgung der Schuld, für deren Betrag die Domänen-Pfandbriefe versetzt sind, von selbst auf, und die Käufer der Domänen müssen wegen Aufnahme von Privat-Pfandbriefen mit dem Creditsystem eine anderweitige Übereinkunft treffen. Seine Kön. Maj. erwarten, daß die Deputirten des Generallandtages diese vorläufige Erklärung ihren Committenten mittheilen und die einzelnen Anordnungen Höchstihrer weiteren Entschließung anheim geben werden.

31. Goltz an den Kurfürsten Wilhelm von Hessen.

Königsberg,
19. Februar 1808.

Im Auftrage des Königs mußte der Minister Goltz einen Bericht über die Tilsiter Verhandlungen für den Kurfürsten niederschreiben, aus welchem dieser ersehen sollte, daß Preußen sich damals der Sache Hessens nach Kräften angenommen habe, mit seinen Bemühungen aber an der Unerbittlichkeit Napoleon's gescheitert sei. Goltz sagt in Bezug auf seine damalige Sendung:

Gleich bei Übertragung dieser schwierigen und unglücklichen Negociation, ward mir vom Könige der ausdrückliche Befehl ertheilt, „ohne Rücksicht auf vorhergegangene Ereignisse, deren Andenken erlöscht ist, bei jeder schicklichen Gelegenheit für Euerer Kurfürstlichen Durchlaucht hohes Interesse die zweckmäßigste Verwendung geltend zu machen", und stolz auf diesen wichtigen Punkt meiner Instruction, ward dieser Gegenstand gleich bei Eröffnung der Vorbereitungsconferenzen mit dem Prinzen von Benevent häufig und zweckmäßig discutirt.

Die gute Stimmung dieses Ministers, die Theilnahme, mit welcher er sich über alles dahin Gehörige äußerte, und sein aufrichtiger Wunsch Euerer Kurf. Durchl. wirklich nützlich zu werden, ließen mir lange eine für mich erwünschte und erfreuliche Hoffnung, aber meine erste Privataudienz bei des Kaisers Napoleon Majestät benahm mir gleich alle Illusion, denn der Kaiser sagte mir mit bestimmten Worten, als ich mehrere der Vorschläge zu Einleitung eines billigen Friedens mir zu machen erlaubte: »mais n'oubliez donc pas, qu'il ne s'agit pas de négocier, mais d'accepter les conditions que je vous offre«.

Er war unerbittlich in Bezug auf jede von mir vorgeschlagene Modification; der Tractat, so wie er heute bekannt ist, lag schon unwiderruflich beschlossen auf seinem Schreibtisch, und selbst die so zweckmäßige und thätige Verwendung des Kaisers von Rußland konnte keine Abänderung seiner drückenden Bedingungen bewirken. Die Artikel wurden mir successive nicht zur Discussion, sondern nur zur Unterschrift vorgelegt, und wenn ich diese verweigerte, so erschienen sie gewöhnlich den Tag darauf wieder unter noch lästigeren Bestimmungen. Ich hielt dennoch lange fest und unterzeichnete nur erst zwei Tage nach erfolgter Unterzeichnung des russischen Friedens, von dem ich wußte, daß der unsrige ihm wörtlich einverleibt war. Die Unterzeichnung des Artikels, der das Schicksal der hohen Häuser Hessen, Braunschweig und Oranien bestimmt, ward von mir zwei Tage lang verweigert. Ich drang mit Festigkeit und Nachdruck auf eine zu bewilligende Territorialentschädigung und auf Sicherstellung des unwiderruflich zugehörigen Privateigenthums, und der Prinz von Benevent, dem ich hier volle Gerechtigkeit widerfahren lassen muß, fühlte so sehr die Billigkeit meiner Forderung, daß er während der Conferenz an den Kaiser schrieb, wahrscheinlich um einige Milderung der gemachten Vorschläge zu bewirken, kurz darauf aber, nach erhaltener Antwort, mir erklärte: »que la volonté de l'Empereur était de ne pas admettre des modifications, et que par conséquent il fallait se résoudre à signer, à moins de vouloir risquer l'omission de tout cet article«.

Das Schreiben des Kaiser Alexander an den Kurfürsten (vgl. S. 144) enthielt den Passus: Je prie de croire, que je ne cesse de m'occuper avec Sa Majesté le Roi de Prusse à procurer à Votre Alt. Sér. une amélioration à Son sort et à la rendre plus digne d'Elle. Der König übersandte das Schreiben des Czaren am 15. März an Wilhelm, der unter dem 16. Mai aus Itzehoe seinen Dank aussprach.

III.

Aus der Correſpondenz mit dem Geſandten bei dem Cabinet von St. James, Baron von Jakobi-Kloeſt.

Juli 1807 bis Februar 1808.

32. Baron Jakobi-Kloeſt an den König.

London,
17. Juli 1807.

(Vgl. Nr. 42.)

Während der Geſandte mit Canning wegen der zu gewährenden Subſidien in Unterhandlung ſteht, trifft eine Depeſche des Lord Lewiſon Gower aus Memel vom 26. Juni ein, welche den Abſchluß des Waffenſtillſtandes zwiſchen Rußland und Frankreich meldet, und die Vermuthung ausſpricht, daß auch der Waffenſtillſtand mit Preußen bereits vollzogen ſei. Canning ſagt: man müſſe weitere Nachrichten abwarten. Die Zeitungen ſprechen von Entſendung einer „formidablen" Flotte nach der Oſtſee.

33. Der König an Jakobi-Kloeſt.

Die letzten Ereigniſſe des preußiſchen Krieges.

Memel,
19. Juli 1807.

Malheureusement le traité de subsides, auquel vous avez consacré tant de peines et de zèle, est venu trop tard, et il ne me reste plus que des regrets à donner aux offres de secours de l'Angleterre. La guerre est finie, et la paix que j'ai été forcé de conclure est tout aussi déplorable que les revers qui l'ont amenée.

On aura infailliblement reçu à Londres des nouvelles directes du théâtre de la guerre. La bataille de Heilsberg, livrée le 10 juin, avait ranimé un moment nos espérances. Si le général Bennigsen avait eu le talent de profiter de ses avantages, il aurait pu encore réparer les affaires; mais fidèle au funeste système, qui les avait déjà gâtées à Pultusk et à Eylau, il prit de nouveau le parti de la retraite, et l'ennemi, plus actif et plus habile que lui, sut l'en punir. Les Français le poursuivirent et engagèrent le 14 une seconde bataille à Friedland, dans laquelle l'armée russe, séparée du corps de L'Estocq, essuya une défaite totale. Dès lors tout fut dit. Bennigsen se retira près de Wehlau, les troupes prussiennes sur Labiau, et Kœnigsberg tomba. Ensuite les Russes, s'affaiblissant de jour en jour, furent obligés de passer précipitamment le Niémen, et tout le pays jusqu'à cette rivière, y

compris Tilsit, fut perdu encore. Je retournai à Memel, et je me rendis le 20 à Schawel, où l'empereur Alexandre désirait de s'aboucher avec moi. Dans l'intervalle les généraux russes et français travaillèrent à un armistice. Il fut effectivement arrêté entre eux le 21, et le mien s'ensuivit trois jours plus tard, le 24. On proposa ensuite une entrevue entre les trois souverains. Elle eut lieu sur le Niémen, et l'on convint de déclarer la ville de Tilsit neutre et d'y établir le siége d'une négociation de paix. Je me fixai à Picktupœnen sur la droite du Niémen, et les Empereurs allèrent demeurer à Tilsit, où je me rendis fréquemment. Les pourparlers s'entamèrent entre eux, et mon auguste allié, partageant sincèrement tout l'accablement de ma position, se chargea de plaider ma cause. Quel qu'eût été son désir de m'être utile et de me donner dans cette occasion décisive de nouvelles preuves réelles de son amitié, il y perdit ses peines. Les négociations restèrent isolées. Mes plénipotentiaires ne participèrent en rien à celles de la Russie; ils ne furent admis que plus tard et séparément aux conférences du prince de Bénévent, et l'orsqu'ils signèrent le 9 juillet leur traité de paix, les ratifications de celui de la Russie se trouvaient échangées déjà depuis huit heures[1]). Les représentations et les raisonnements ne leur ont servi à rien. Tous leurs efforts pour alléger ou modérer la dureté des conditions ont échoué complètement. Les circonstances l'ont emporté et il fallait y souscrire ou consentir à perdre le tout; il ne restait plus d'autre alternative. Si les opérations de la guerre avaient été mieux conduites et que les bonnes intentions de l'empereur de Russie eussent été mieux secondées par son général commandant; — si l'Autriche, mieux éclairée sur son propre intérêt, eût pris fait et cause pour nous par des mesures actives dont elle nous avait laissé entrevoir plusieurs fois la perspective; — si l'Angleterre m'avait accordé de meilleure heure les secours que je lui ai demandés dès le mois de novembre, et qu'on eût entrepris à temps des diversions utiles, — bien des désastres auraient été prévenus, et le sort de la Prusse ne serait pas ce qu'il est aujourd'hui.

Le traité même n'est encore ni imprimé ni publié, et vous sentez bien que je ne suis pas pressé de la communiquer, quoiqu'il soit à prévoir que les Français se feront un plaisir de le divulguer au plus tôt. Bornez-vous pour le moment envers le ministère anglais à une simple notification préalable. Je connais trop le caractère juste et loyal de Sa Majesté Britannique, pour ne pas être persuadé qu'elle en sera douloureusement affectée. Son amitié pourra me devenir une source de consolations, et parmi les vœux qu'il me reste à former, je place certainement au premier rang le maintien de ma bonne harmonie avec la cour de Londres.

---

1) Der ruſſiſch-franzöſiſche Vertrag wurde am 7. Juli abgeſchloſſen, am 9. ratificirt.

Inhalt des Artikel 27 über den Abbruch der Handelsbeziehungen mit England (S. 41).

Il faut vous dire avant tout que cet article de la clôture des ports, que je viens de vous transcrire, est également entré dans le traité russe, et que l'empereur Alexandre y a souscrit avant moi. Or toutes mes transactions actuelles étant absolument la suite et l'effet de celles que ce monarque a conclues le premier avec la France, séparément et sans ma concurrence, ce n'est pas sur moi qu'en doit tomber le reproche, et l'Angleterre ne doit pas m'en rendre responsable. Je reculerai, tant que je le pourrai, la clôture effective de mes ports. Elle ne sera exécutée qu'à la dernière sommation péremptoire; mais s'il fallait enfin y venir pourtant, j'espère que le gouvernement britannique ne prendrait pas les choses à toute rigueur, et qu'en adoptant même des mesures de réciprocité, il les bornerait à de simples démonstrations, soit à l'égard du blocus des rivières, soit à l'égard de la navigation en général.

34. Der König an Jakobi.

Memel,
28. Juli 1807.

Eine Depesche Jakobi's vom 3. Juli ist eingetroffen. Das Anerbieten Englands, der Convention von Bartenstein beizutreten, kommt zu spät, ebenso die Ratification des Subsidienvertrages. Blücher hat mit seinem Corps die schwedische Armee verlassen müssen.

. . . . Quelque peine que j'en puisse ressentir, il faut bien vous communiquer ci-joint la copie du traité de paix, pour vous donner le moyen de vous en expliquer plus franchement avec le ministère anglais, si vous en trouvez l'occasion et si vous le jugez convenable.

Die russische Friedensvermittelung in London zum Vorwand nehmend, wird der König die Schließung der Häfen vertagen.

Puis-je espérer qu'en réciprocité de cette marque signalée de ma bonne volonté le gouvernement britannique laissera repartir librement les navires prussiens qui se trouvent encore dans ses ports, et qu'il exemptera de toute condamnation et confiscation ceux qui pourront être empêchés de gagner d'abord le large?

35. Jakobi an den König.

London,
31. Juli 1807.

Parlamentarische Verhandlungen über die englische Kriegsmacht.

Le total des forces militaires de la Grande Bretagne et d'Irlande monte actuellement suivant le dénombrement mis sous les yeux du parlement:

En troupes de ligne:

Infanterie	156,561 hommes
Cavalerie	26,315 ,,
	182,876 hommes.

En milices:

Infanterie	dans la Grande Bretagne . . .	53,810 hommes
	en Irlande	24,180 ,,
		77,990 hommes.

Il reste à observer que des troupes de ligne il ne se trouve actuellement dans le pays que

61,447 hommes d'Infanterie,
20,941 ,, de la Cavalerie.

Tout ce dénombrement est entendu de simples soldats (rank and file), sans y comprendre les officiers sergeants et bas-officiers. Les volontaires effectifs sont évalués à bien plus que 200,000 hommes.

36. Jakobi an den König.

London, 3. August 1807. (Vgl. Nr. 44.)

Fürst Wittgenstein gedenkt am 4. London zu verlassen und sich über Harwich nach dem Continent zurück zu begeben. (Vgl. Nr. 37a).

Les malles du continent ont apporté dans la nuit de vendredi à samedi derniers le traité de paix conclu entre la Prusse et la France à Tilsit le 9 juillet passé, et samedi matin toute la ville a retenti des bruits que les crieurs de gazettes ont faits dans cette occasion. Je n'ai pas cru devoir rester passif dans ces circonstances. Comme son article 27 renferme des stipulations contre ce pays-ci, analogues à celles qui l'année passée ont occasionné les hostilités de l'Angleterre contre le commerce maritime des sujets de Votre Majesté, j'ai cherché et trouvé enfin cette après-midi un moment d'entretenir là-dessus le sieur Canning confidentiellement et d'une manière non officielle. Il n'a pas fallu beaucoup d'éloquence pour le faire convenir que la paix susdite ne saurait être considérée comme un acte spontané de la part de la Prusse, mais que des événements inexplicables n'avaient absolument laissé aucun choix quelconque à V. M., ni pour sa conclusion, ni pour sa ratification. Le sieur Canning n'ayant pas hésité de reconnaître cette thèse comme irréfragable, je lui ai demandé, si après avoir reconnu ces prémisses, il le trouverait équitable de la part du gouvernement britannique qu'il en fît porter la peine aux sujets de V. M. sur le même pied qu'ils avaient été les victimes des hostilités de l'Angleterre contre la Prusse pendant l'époque connue de l'année précédente. Quoique ce secrétaire d'État ne m'ait point rassuré sur les mesures qu'adopterait peut-être le gouvernement britannique contre la Prusse, dans le cas que la clôture de ses ports contre la navigation et le commerce britanniques fût en effet un article de la paix sus-dite de Tilsit, cependant tout ce qu'il m'a dit sur l'impression qu'avait faite sur son esprit les stipulations dont je parle, a dû me faire espérer du moins qu'il ne dépendra

pas de lui qu'il s'en suive le moindre mal possible pour les sujets de Votre Majesté. Il m'a paru frappé au dessus de toute expression de la plupart des stipulations du traité en question. Mais ce qui a paru surtout avoir excité son étonnement et ses regrets les plus profonds, c'est l'article qui stipule les limites futures entre la Russie et le nouveau duché de Varsovie alloué à la Saxe. Il s'en faut qu'il lui soit échappé des termes durs contre l'allié que Votre Majesté avait fait le dépositaire du sort de sa monarchie. Mais sa mine m'a assez fait connaître quels étaient les mouvements de son cœur à ce sujet. Du reste, il m'a donné à entendre qu'il devait suspendre son sentiment jusqu'à ce qu'il aurait des informations officielles et plus détaillées sur les résultats étonnants des négociations de Tilsit.

Jakobi wird eine Warnung an die Besitzer preußischer Schiffe ergehen lassen. Die englischen Zeitungen üben eine zügellose Kritik an dem Benehmen Rußlands.

. . . Un courrier arrivé au sieur d'Alopéus samedi dernier, à l'occasion des paquet-bots de Tönningen, a apporté à ce ministre de Russie des dépêches du baron de Budberg du 11 de juillet passé. Tout ce que le sieur d'Alopéus m'en a dit, c'est qu'il a eu ordre d'offrir la médiation de sa cour pour parvenir à la paix générale, et que s'en étant acquitté d'abord samedi dernier auprès du sieur Canning, celui-ci venait de lui répondre qu'on était prêt ici à recevoir la médiation de Sa Majeste Impériale de toutes les Russies; mais qu'on ne pouvait répondre définitivement à cette offre de médiation tant qu'on ne connaissait pas le traité conclu entre la Russie et la France; qu'on devait être d'autant plus circonspect que la connaissance du traité entre la Prusse et la France faisait craindre que celui conclu avec la Russie ne contînt des stipulations également préjudiciables à l'Angleterre que celles qui se trouvent dans le traité de paix signé par les plénipotentiaires prussiens. Du reste le sieur Canning s'était rapporté aux instructions qu'il faisait passer aujourd'hui par courrier au lord Lewison Gower.

Le sieur d'Alopéus m'a assuré qu'on ne lui avait pas envoyé copie du traité conclu entre sa cour et la France, le baron de Budberg lui ayant dit qu'étant sur son départ pour Pétersbourg, il se réservait de lui envoyer copie d'abord après qu'il serait de retour à Pétersbourg, pour où il se mettrait incessamment en route. Les lettres du sieur d'Alopéus sont, si j'ai bien compris, de Tauroggen du 11 juillet. Il va expédier un courrier à Pétersbourg avec la réponse sus-dite du sieur Canning.

J'avoue qu'il me paraît surprenant que le cabinet de Russie ait pu croire un moment que ses offres de médiation seraient accueillies ici, sans qu'on se fût expliqué confidentiellement sur les termes de sa paix avec la France. Mais peut-être n'est-ce que par manière d'acquit que le cabinet de Pétersbourg s'est porté à cette démarche . . .

Die englische Flotte ist am 30. Juli von Yarmouth aus unter Segel gegangen.

37. Der König an Jakobi.

Memel,
8. Auguſt 1807.

Je vous ai exprimé dans mes deux précédantes les regrets infinis que j'ai éprouvés en me voyant obligé de souscrire à l'art. 27 de mon traité de paix, qui menace mes sujets d'une nouvelle interruption de leurs relations de commerce avec l'Angleterre. Ce qui pouvait me consoler en quelque manière de ce funeste engagement, c'était la supposition que l'empereur de Russie le partageait avec moi, qu'il serait intéressé par conséquent à en différer l'exécution, et que les mêmes raisons dont il saurait se prévaloir pourraient également tourner à mon avantage. Telle était mon idée, et j'y devais tenir fort et ferme, puisque à Tilsit l'empereur Alexandre m'a parlé lui-même, à moi et au comte de Goltz (vgl. Nr. 45), de la clôture de ses ports au pavillon britannique. Jugez donc quelle a été ma surprise de ne point trouver cet article dans le traité de paix de la Russie, dont j'ai obtenu il y a deux jours une communication confidentielle.

Jakobi möge Canning von dem Thatbeſtand unterrichten.

Mes ports continuent à rester ouverts au pavillon anglais, et je ne gêne encore en rien les relations commerciales de mes sujets avec ceux de Sa Majesté Britannique. Je tiendrai bon jusqu'à la dernière extrémité, et cette persévérance offrira du moins une preuve de mes dispositions.

37ª.

In einer Depeſche vom 11. Auguſt 1807, die am 12. September in Memel präſentirt iſt, meldet Jakobi den Empfang der Ordre vom 19. Juli (Nr. 33) und erwähnt der wiederholten Freundſchaftsverſicherungen für Preußen, die er aus dem Munde Canning's erhalten habe (vgl. Nr. 36). — Abreiſe des Fürſten Wittgenſtein von London am 4. Auguſt 1807 (Nr. 36).

38. Der König an Jakobi.

Memel,
12. Auguſt 1807.

Antwort auf eine Depeſche Jakobi's vom 17. Juli (vgl. Nr. 32). Die Geſinnungen, die das engliſche Cabinet bei der Vereinbarung der letzten Tractate an den Tag legte, geben Bürgſchaft dafür, daß es ſeine guten Dienſte auch ferner dem preußiſchen Staate nicht entziehen wird.

. . . . Je regarde comme une nouvelle preuve de confiance et de bonne volonté la mission provisoire du sieur Garlicke, qui m'est avantageusement connu et qui s'est concilié, pendant son premier séjour à Berlin, une estime générale. Les lettres de Copenhague annoncent sa très-prochaine arrivée à Memel.

Man will wiſſen, daß Napoleon von Dänemark die Abtretung des ſüdlichen Theils von Holſtein verlangt habe. Sein Plan ſoll ſein, den hanſeatiſchen Bund wieder herzuſtellen und die Leitung deſſelben Bernadotte zu übertragen.

39. Jakobi an den König.

London,
14. Auguſt 1807.

(Präſentirt Memel,
am 19. October 1807. Vgl. Nr. 50.)

Allgemeine Theilnahme an den Geſchicken Preußens. Die Flotte des baltiſchen Meeres wird aus 76 Kriegsſchiffen beſtehen; die Mannſchaften betragen 16 bis 17 Tauſend Mann.

La promptitude et la vigueur des mesures que poursuit le gouvernement britannique, depuis qu'on a appris ici par le lord Gower les résultats de la négociation séparée de la Russie à Tilsit, ont dû exciter un étonnement général ici. Il est certain qu'on juge ici, et avec grande raison, ce me semble, que les termes vagues et réservés multipliés, exprimés dans les deux traités de Tilsit, laissent un trop vaste champ à la France pour suivre à son gré les dispositions funestes de sa politique oppressive, ambitieuse, universelle. On reconnaît certainement le sieur Canning pour un ministre habile et d'une perspicacité éprouvée; mais je me trompe fort, ou l'on découvre dans les déterminations actuelles du cabinet de Saint-James l'esprit ferme et entreprenant des lords Wellesley et Melville; je sais du moins de science certaine que l'un et l'autre de ces deux personnages voient fréquemment le Roi et le duc de Portland. Au reste beaucoup dépendra dans la marche actuelle de la politique de ce pays-ci du plus ou moins de succès des premières opérations de la flotte de l'amiral Gambier.

Canning äußert bei jeder Gelegenheit ſeine Sympathie für Preußen. Er ſagt zu Jakobi:

»Vous pouvez être sûr, que le cabinet de Saint-James pense à cet égard comme moi, et que S. M. Britannique est douloureusement affectée du triste sort de la Prusse«. »Aussi pourrez-vous assurer S. M.«, a-t-il poursuivi, »que le gouvernement britannique est très éloigné d'aggraver les maux de la monarchie prussienne par aucunes mesures qui dans l'ordre des événements qui vont arriver seraient évitables«.

40. Jakobi an den König.

London,
18. Auguſt 1807.

(Präſentirt Memel,
am 24. October 1807.)

Le Parlement ayant achevé ses travaux pour cette séance, a été prorogé vendredi dernier le 14 jusqu'au 24 de septembre prochain, ce qui fait le terme des 40 jours d'usage. Le mal d'yeux dont S. M. Britannique continue de souffrir ne Lui a pas permis de se rendre en personne à la Chambre Haute pour faire Elle-même comme de coutume la clôture de cette séance; la cérémonie a été remplie par quatre lords commissaires, dont le Grand-Chancelier à la tête a prononcé au nom et de la part de S. M. le discours que j'ai l'honneur d'ajouter ici en original et dans la traduction française.

Votre Majesté daignera observer que S. M. Britannique n'y dissimule pas la grandeur du danger qui menace Son Empire dans la crise violente actuelle, mais qu'Elle y exprime Sa confiance dans la loyauté et la bravoure de Son peuple. En même temps le Roi y fait connaître ses dispositions parfaites pour recevoir des propositions conciliatoires qui pourraient procurer une paix sûre et honorable, laquelle ne pourrait toutefois être obtenue que par la persévérance dans les efforts vigoureux, adoptés récemment pour faire échouer des entreprises et conjurations quelconques contre l'indépendance de l'Empire britannique. Dans le dernier paragraphe, il est fait une allusion assez claire à une confédération hostile qu'on soupçonnait avoir été concertée dernièrement contre les droits maritimes de l'Angleterre, des droits que S. M. était toujours disposée à exercer avec tempérament et modération, mais qu'Elle était déterminée à ne jamais abandonner comme étant essentiels à l'honneur de Sa couronne et aux vrais intérêts de Ses peuples. Tous les journaux publics, indistinctement de quel parti qu'ils soient, expriment leur satisfaction de la teneur de ce discours comme étant couché en termes fermes et énergiques, quoiqu'en même temps suffisamment modérés. Aussi ne saurait-on douter que dans le cas que les soupçons conçus par le gouvernement britannique à l'égard d'une confédération hostile contre les droits maritimes établis en Angleterre se vérifiassent, dès lors il n'y aurait qu'une voix dans toute la nation pour faire la guerre la plus vigoureuse contre les confédérés, auxquels le discours susdit fait une allusion évidente. On rassemble encore plus de troupes dans les dunes, destinées également, à ce qu'on prétend, pour joindre la flotte de l'amiral Gambier. Jusqu'ici le gouvernement ne paraît pas être en possession d'aucune autre nouvelle sur cette dernière, sinon qu'elle était à l'ancre dans les deux Belts et que l'île de Séelande était entourée de manière à le rendre très difficile d'y introduire des troupes danoises du Holstein. De l'autre côté on prétend qu'un corps de troupes françaises est entré dans le Holstein. Le vent étant favorable pour l'arrivée des informations du continent, on s'attend à en recevoir d'un moment à l'autre . . .

Auf eine erneute Vorstellung Jakobi's wiederholt Canning das Versprechen, daß England gegen den preußischen Handel mit Schonung verfahren werde.

41. Jakobi an den König.

London,
25. August 1807.

(Präsentirt Memel,
am 24. September 1807. Vgl. Nr. 49.)

Der schwedische Gesandte in London hat dem Baron Jakobi einige Eröffnungen über die russisch-englischen Verhandlungen gemacht.

. . . Il m'a dit que le sieur Canning lui avait donné lecture des notes qui se sont échangées à cette occasion ici; que la note du sieur d'Alopéus, contenant l'offre de médiation, était conçue dans les termes les plus vagues

possibles, alléguant seulement que S. M. I^le^ ayant fait sa paix avec la France, avait stipulé dans l'article 13 du traité de paix l'offre de médiation qu'Elle ferait à l'Angleterre, et qu'en conséquence Elle satisfaisait à cet engagement moyennant la note en question; que la réponse du sieur Canning avait été au contraire conçue dans des termes très amicaux, renfermant des protestations des dispositions constantes de S. M. Britannique pour les négociations de paix honorables et sûres; mais qu'en acceptant avec plaisir une offre de médiation de S. M. I^le^ comme une preuve intéressante de Son amitié, S. M. Britannique ne pouvait se déterminer finalement avant d'avoir connaissance des stipulations du traité de paix conclu entre la France et la Russie. Le ministre de Suède m'a assuré que les notes ne contenaient pas un mot, ni de la Prusse, ni des motifs qui avaient engagé l'empereur de Russie de faire sa paix . . .

42. Der König an Jakobi.

Memel,
27. August 1807.

Der zum interimistischen Vertreter Englands am preußischen Hofe ernannte Consul Garlicke ist aus Copenhagen in Memel eingetroffen.

J'avoue que son apparition m'a embarrassé, car il est à prévoir que l'empereur Napoléon, outré de l'assujettissement du Danemark, sera plus irrité que jamais contre l'Angleterre, et qu'il ne tardera vraisemblablement pas d'insister sur la malheureuse clôture de mes ports, qui n'a pas encore été effectuée jusqu'ici. Le sieur Garlicke sent de lui-même qu'il se trouverait alors ici dans une position infiniment épineuse, de laquelle il ne pourrait plus se tirer sans un certain éclat, s'il avait déployé son caractère diplomatique. Pour obvier donc à cet inconvénient, il s'est décidé à ne pas me présenter encore ses lettres de créance et de rester provisoirement à Memel comme simple particulier, dans l'attente des nouvelles instructions qu'il a demandées à son gouvernement avant de quitter Copenhague.

43. Jakobi an den König.

London,
2. September 1807.

(Präsentirt Memel,
am 6. November 1807. Vgl. Nr. 54.)

Je commence par rendre compte très humblement à V. M. du succès des démarches que j'ai faites pour porter le sieur Canning à faire en sorte qu'il ne soit plus question du payement des livraisons du gouvernement britannique dont V. M. m'ordonna en date du 21 juillet de recueillir les comptes et de lui suggérer mes idées sur les termes du payement. Ce secrétaire d'État vient de me déclarer en termes clairs et précis que le gouvernement ne pense pas à

réclamer jamais la solde d'aucune de ces livraisons, non plus des avances en argent. C'est ainsi que je crois devoir me dispenser de demander même pour ma connaissance particulière les comptes en question . . .

Die Nachricht von der Landung der englischen Truppen auf Seeland am 17. August ist am 2. September in London eingetroffen.

44. Der König an Jakobi.

Memel, (Vgl. Nr. 51.)
3. September 1807.

Empfang der Depeschen bis zum 3. August.

J'apprécie les soins que vous vous êtes donnés pour fixer l'attention du sieur Canning sur les causes de la paix de Tilsit, et pour adoucir la première impression que pouvait produire l'art. 27. Vous avez pressenti et prévenu mes ordres, et toutes vos démarches portent un caractère de prudence et de zèle que je ne saurais assez louer. . . .«

»Les précautions que vous avez prises étaient d'autant plus à leur place qu'il a fallu en venir enfin à la clôture promise. Elle a été demandée par le maréchal Soult, chargé des pouvoirs de l'empereur Napoléon à Elbing, et cette réclamation a été motivée principalement par l'apparition de la flotte anglaise dans la Baltique, où son voisinage et ses entreprises me suscitent un surcroit d'embarras et de peine, en fournissant aux Français le malheureux prétexte de prolonger le séjour de leurs troupes dans mes États. Vous en ferez la remarque au sieur Canning, mais vous lui direz en même temps, que malgré tout ce qui arrive, je n'en observerai pas moins envers l'Angleterre tous les ménagements possibles. . . .

Gleichzeitig mit diesem Rescript erhielt Jakobi das Patent seiner Ernennung zum Staatsminister.

45. Goltz an Jakobi.

Memel,
12. September 1807.

Der Minister dankt dem Gesandten für ein Privatschreiben vom 11. August, das sich in den Acten nicht vorfindet.

Il est très vrai que l'empereur Alexandre m'avait parlé à Tilsit de l'obligation où il était de partager avec la Prusse l'humiliante mesure de la clôture des ports; mais puisque la chose ne s'est pas confirmée par les traités de la Russie que nous avons appris à connaitre du depuis, vous nous avez rendu, Monsieur, un grand service, en nous épargnant des explications qui auraient pu nous compromettre à un certain point. (Vgl. Nr. 37).

46. Jakobi an den König.

London, 15. September 1807. (Präsentirt Memel, am 30. October 1807.)

Mißerfolg der Expedition gegen Buenos Ayres, Vertrag vom 7. Juli, nach welchem England sich verpflichtet, innerhalb drei Monaten seine Truppen aus den südamerikanischen Staaten herauszuziehen. — Von der baltischen Flotte ist seit dem 24. keine Nachricht eingetroffen. Ein kleines englisches Geschwader hat sich Helgolands bemächtigt.

Quant à ce qui concerne les rapports politiques actuels entre ce pays-ci et la Russie, la même incertitude que la paix de Tilsit semblait y avoir répandue, continue à subsister encore. Samedi dernier il arriva à la vérité ici un courrier du lord Lewison Gower de Pétersbourg, parti de cette capitale le 18 d'août passé, mais le sieur d'Alopéus n'a rien reçu à cette occasion, de sorte qu'il n'est pas encore en possession du traité de paix conclue à Tilsit entre l'Empereur son maître et l'empereur Napoléon.

Man ist sehr gespannt auf den Eindruck, den das Bombardement von Kopenhagen in Petersburg hervorbringen wird.

47. Jakobi an den König.

London, 18. September 1807. (Präsentirt Memel, am 26. October 1807.)

Empfang der Ordres vom 8., 12. und 27. August.

. . . Sans doute que longtemps avant l'arrivée de la présente V. M. aura été informée par des voies directes du résultat définitif de l'expédition anglaise contre le Danemark sous les ordres du général Cathcart et l'amiral Gambier. Leur succès fut annoncé avant-hier au public d'ici par le canon de la Tour et du Parc, et hier la gazette extraordinaire de la cour ci-jointe avec son supplément fut communiquée par le bureau des affaires étrangères à tout le corps diplomatique.

La gazette du 16 contient les rapports officiels du général Cathcart et de l'amiral Gambier sur les résultats avantageux du bombardement de la capitale, des batteries et de la flotte; lequel après avoir continué pendant environ trois jours et trois nuits, a été suivi de la capitulation de Copenhague, signée dans la citadelle de cette capitale le 7 et ratifiée par les commandants en chef respectifs le 8 de ce mois. Le rapport susdit de lord Cathcart est suivi d'une copie de la capitulation consistant en 9 articles dont les 3e et 5e semblent indiquer le but de toute l'expédition, savoir la saisie de la flotte danoise avec les arsenaux qui y appartiennent. La traduction de l'un et de l'autre de ces deux articles se trouve ci-jointe. Dans le troisième on stipule la délivrance de tous les bâtiments de guerre danois, ainsi que de tous les arsenaux de la force navale appartenants à S. M. Danoise, et dans le cinquième on convient qu'aussitôt que les vaisseaux susdits auraient été retirés des chantiers, ou dans

l'espace de 6 semaines, ou plus tôt si faire se pouvait, les troupes de S. M. Britannique évacueraient la citadelle de Copenhague et toute l'île de Séelande.

Au rapport de l'amiral Gambier il est ajouté une liste de tous les vaisseaux danois tombés dans cette occasion au pouvoir des forces de S. M. Britannique. On en a saisi 18 vaisseaux de ligne, dont 1 de 96 canons, 2 de 84, 12 de 74 et 3 de 64; de frégates il s'en est trouvé 15 de 44 à 36, et quelques-unes d'une force inférieure, de brigs 6, et de chaloupes canonnières 25.

Le supplément appartenant à la gazette extraordinaire contient les détails de toute l'expédition, en y comprenant les différents rencontres entre les troupes danoises employées pour entraver les travaux pour le bombardement de la capitale.

Ce succès des forces maritimes et de terre de S. M. Britannique est jugé trop important pour les intérêts nationaux de l'Angleterre, pour qu'il n'ait fait une sensation des plus vives à la cour et en ville. Mais on peut s'apercevoir qu'elle est mêlée de sentiments de regrets en faveur de la cour et de la nation danoise. Il paraît qu'on juge assez généralement que si l'entreprise avait manqué, un vaste champ de censure aurait été ouvert à ceux qui auraient voulu s'ériger en censeurs du gouvernement anglais dans cette occasion.

(In Chiffern):

L'expédition contre le Danemark, ou plutôt contre la flotte danoise, ne me paraît justifiable, je l'avoue, que sur le principe de la défense de soi-même. Elle aurait été généralement maudite si elle avait échoué; je sais que S. M. Britannique a été pendant quelque temps à répugner fortement contre cette mesure; rien n'a pu y faire consentir ce monarque que la réflexion fondée, ce me semble, que dans le cours de cette guerre révolutionnaire, toutes les lois des nations ayant été foulées aux pieds par l'ennemi commun, il faudrait se résoudre à des actes de vigueur extraordinaire ou s'exposer au reproche d'avoir négligé les moyens usités de défense de soi-même. D'ailleurs qu'on tâche de son mieux de radoucir l'esprit de la nation danoise en ménageant leurs intérêts commerciaux de la manière la plus libérale possible. En attendant on s'impatiente beaucoup ici du retard de la réplique de la Russie sur la réponse du cabinet de Saint-James par laquelle ce dernier a accepté éventuellement l'offre de la médiation de la Russie. . .

48. Jakobi an den König.

London,
22. September 1807.

(Präsentirt Memel,
am 30. October.)

Unterredung mit Canning am 22. September.

Ce que je lui ai confié d'abord de la communication confidentielle qui avait été faite à V. M. de la paix de la Russie, et de Votre surprise, Sire, de

n'y pas trouver un mot de la clôture des ports russes (Nr. 37), ne l'a nullement étonné; il ne s'y est point arrêté; il n'en avait pas moins, m'a-t-il dit, la persuasion intime que des stipulations secrètes de la plus haute importance avaient résulté des transactions personnelles entre l'empereur de Russie et Bonaparte. Il m'en a parlé avec un ton de conviction plus décidé que jusqu'ici, et j'ai tout lieu de croire qu'il vient de recevoir d'amples informations à ce sujet par le major Wilson [1]), arrivé de Pétersbourg depuis quelques jours avec des lettres de milord Lewison Gower en date du 2 du courant, et par un courrier arrivé hier du lord Pembroke de Vienne. L'ayant sondé là-dessus, je n'ai pas eu de peine à me convaincre que mes conjectures à cet égard étaient pleinement justifiées. . .

49. Der König an Jakobi.

Memel,
24. September 1807.

Empfang der Depesche vom 25. August bestätigt. (Vgl. Nr. 41 und 52).

. . . Le comte Lehndorf m'a fait part de ce que vous lui avez écrit à l'occasion du même courrier sur l'insinuation que le ministère britannique désirerait de la Russie, comme quoi elle verrait avec plaisir que l'Angleterre fît en faveur de la Prusse une exception aux mesures de rigueur qu'elle adopte ordinairement dans le cas de la fermeture des ports. Il est heureux que, grâce à vos propres représentations confidentielles au sieur Canning et à la dextérité que vous y avez déployée, le but d'inspirer au ministère anglais des dispositions plus douces, soit réellement déjà obtenu; car vous jugez bien avec quelle circonspection je dois éviter toute démarche marquante qui, quelque légîtime qu'en fût l'objet en lui-même, pourrait me compromettre d'un autre côté. J'ai donc instruit le comte Lehndorf de s'abstenir de toute demande ou démarche officielle à cet égard et de se borner à témoigner en confidence au ministre russe, comme il l'aura même déjà fait avant la réception de cet ordre, que, vu le danger auquel dans les circonstances présentes le commerce de mes sujets pourrait être exposé de la part de l'Angleterre, je recevrais comme une marque d'amitié de S. M. I^le^, si Elle voulait bien S'employer sous main à ce que la cour de Londres ne prît pas les choses à toute rigueur dans cette occasion. . .

Das russische Ministerium soll dem Lord Lewison Gower die Mittheilung der geheimen Artikel des Tilsiter Vertrages verweigert haben.

---

1) Vgl. Actenst. Nr. 84.

50. Der König an Jakobi.

Memel,
24. October 1807.

On vient de me remettre, après un intervalle de plus de deux mois votre dépêche du 14 août (Vgl. Nr. 39), qui, malgré l'ancienneté de sa date, m'a encore beaucoup intéressé par les détails qu'elle renferme sur l'impression qu'a produite en Angleterre la malheureuse paix de Tilsit. Je ne puis qu'être sensible aux assurances amicales que le sieur Canning vous a données de la part de S. M. Britannique, et aux dispositions qu'il vous a témoignées lui-même.

51. Jakobi an den König.

London,
27. October 1807.

(Präsentirt Memel,
am 17. December 1807.)

Empfang der Nachricht von Schließung der preußischen Häfen (Nr. 44). Gespräch mit Canning über diesen Gegenstand.

Ce secrétaire d'État m'a donné à entendre en même temps que les conjonctures présentes étaient telles qu'il croyait plus convenable de ne pas entrer dans le moment présent en explication sur cette clôture des ports, qu'aussi ne pensait-il pas charger le sieur Garlicke d'instructions particulières là-dessus; mais qu'en attendant on le laisserait à Memel. . .

Über den Zweck der Sendung Wilson's (vgl. Nr. 48) nach Petersburg weiß Jakobi nur im Allgemeinen anzugeben, daß er der Überbringer ziemlich detaillirter Vermittelungsvorschläge sein soll.

52. Jakobi an den König.

London,
3. November 1807.

(Präsentirt Memel,
am 17. December 1807.)

Empfang des Reskriptes vom 24. September (Nr. 49), das auf dem Wege über Petersburg, Stockholm und Gothenburg nach London gelangte.

. . . L'amiral Gambier et le général Cathcart viennent d'arriver de retour en Angleterre avec la flotte et le corps de troupes employés contre Copenhague, la flotte danoise consistant en 16 vaisseaux de ligne et 9 frégates, 12 vaisseaux de guerre de moindre grandeur, outre nombre de chaloupes canonnières. Deux vieux vaisseaux de ligne et autant de frégates hors de service ont été détruits, comme aussi trois vaisseaux de guerre sur les chantiers. Une partie des ammunitions navales, trouvées dans les magasins royaux a été embarquée sur les vaisseaux de guerre, et le reste sur environ 100 bâtiments de transport. Le tout vient d'arriver dans les ports d'Angleterre, à quelques transports près, dispersés par un coup de vent. . .

Sir Merry, der an den Kronprinzen von Dänemark abgeschickt worden, um Verhandlungen wegen der Neutralität des Kopenhagener Hofes anzuknüpfen, wird schwerlich Erfolg

haben, ist aber bisher noch nicht zurückgekehrt. Nach Jakobi's Vermuthung hat England folgende Anerbieten gestellt: Rückgabe der Kauffartheischiffe mit den Waaren, Restitution der dänischen Colonien und Restitution der Flotte drei Jahre nach Abschluß des allgemeinen Friedens.

53. Der König an Jakobi.

Memel,
6. November 1807.

Dänische Angelegenheiten.

La mission du colonel Wilson (vgl. Nr. 48, 51), qui a fait son trajet de Londres à Petersbourg dans le court espace de douze jours, doit avoir trait aussi aux affaires de Danemark. L'Angleterre s'offre à les concilier par l'entremise de la Russie, pourvu que ce soit sans le concours de la France et sans qu'il puisse être question de la restitution de la flotte.

Übersicht über die Verhandlungen in Berlin und Elbing, die dem preußischen Staat fort und fort neue Opfer auferlegen.

. . . Il n'y a que le retour de la paix générale qui puisse sauver l'existence de la Prusse et prévenir un bouleversement universel du continent. Cette vérité est trop évidente pour échapper aux lumières du ministère britannique, mais vous ferez bien pourtant de la reproduire dans toute sa force et de sonder le terrain si on nourrit encore à l'heure qu'il est dans le conseil de S. M. Britannique l'intention sérieuse de rentrer en pourparlers avec la France et de mettre un terme aux maux de l'humanité. (Vgl. Nr. 54).

54. Der König an Jakobi.

Memel,
12. November 1807.

Empfang der Depesche vom 2. September (Nr. 43). Dank für die freundschaftlichen Versicherungen Canning's. Um so schwerer ist es dem König geworden, gerade jetzt den Consul Garlicke zur Abreise aus Memel auffordern zu müssen.

. . . Reste à faire envisager sa retraite sous son véritable point de vue, et nous y réussirons si vous secondez les rapports qu'il se propose de faire à sa cour. Elle me rendra la justice qu'en suivant mon impulsion et en consultant nos intérêts commerciaux, je dois répugner à élargir la brèche; mais elle sentira aussi que dans les circonstances actuelles je ne suis pas en état de résister aux volontés de l'empereur des Français, et que c'est précisément par délicatesse que j'ai fait proposer au sieur Garlicke une retraite volontaire, qui, pour peu qu'elle fût différée encore, serait immanquablement convertie en mesure d'éclat, aussi fâcheuse pour moi qu'offensante pour sa cour. Qu'elle ne m'en attribue donc pas la faute, et qu'elle n'en continue pas moins à ménager les restes de notre bonne harmonie. Je vous laisserai à Londres, et j'espère qu'on ne sera pas fâché de vous y conserver, sans qu'il puisse être question de représailles. . .

Le colonel Wilson a produit à Pétersbourg des idées pacifiques, tant à l'égard du Danemark que de la France, et ce serait, je le répète, ce que le cabinet de Saint-James pourrait faire de plus sage, ce serait le seul moyen de relever la Prusse et de sauver le reste du continent (vgl. Nr. 53); mais il faudrait des conditions plus modérées que jamais, et celles que le sieur Wilson a mises en avant, le sont bien peu. —

55. Der König an Jakobi.

Memel,
18. November 1807.

Bei Empfang dieser Depesche wird das russische Kriegsmanifest in London schon bekannt sein. Der Bruch war vorauszusehen, aber so früh hat man ihn in Preußen nicht erwartet. Es ist daher gut, daß die Entfernung Garlicke's schon früher eingeleitet war; er rüstet sich jetzt zur Abreise.

... Le parti en est pris : l'empereur Napoléon ne veut plus souffrir d'agent anglais sur le continent, et vous verrez que la cour de Vienne sera obligée aussi d'en passer par là (S. 47). Comment pourrais-je lutter seul contre un système qui va devenir général et amener de nouveaux résultats incalculables? Le cabinet de Saint-James est trop juste pour ressentir dans de telles circonstances le renvoi du sieur Garlicke. Celui-ci a promis de l'exposer dans son vrai jour et de prévenir l'effet défavorable qu'il pourrait produire. Mais cette première démarche à laquelle j'ai dû me résoudre, en entraîne une seconde bien plus fâcheuse encore et que vous aurez déjà devinée. Je ne puis pas vous laisser non plus à votre poste, et il faut anticiper votre rappel plutôt que d'être forcé à y mettre de l'éclat. Mon intention est donc que vous quittiez Londres le plus tôt possible sous prétexte d'un congé, et que vous vous retiriez provisoirement à la campagne, si la saison et votre santé ne vous permettent pas de passer la mer. Tant que la place sera encore tenable, le sieur Scholtz [1]) pourra rester à Londres et continuer à vaquer aux affaires; mais si le moment arrive où je me trouverai dans la nécessité de le retirer également, ou qu'on ne veuille plus le tolérer, il remettra les archives au consul Fridag, et vous dirigerez la marche qu'il lui conviendra de suivre, en attendant mes ordres ultérieurs . . .

56. Der König an Jakobi.

Memel,
29. November 1807.

Seit der Depesche vom 18. hat sich alles geändert in Folge einer Note des französischen Cabinets vom 6. November, die von Preußen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen in London fordert: Jakobi dürfe nun überhaupt nicht länger in England verbleiben,

1) Der Gesandtschaftssecretär Jakobi's.

sondern müsse eilig die Rückreise antreten. Vorher aber soll der Gesandte sich noch einmal mit Canning in Verbindung setzen und ihm folgende Eröffnungen machen:

. . . Vous rapporterez aux réclamations de l'empereur Napoléon l'interruption actuelle de mes relations diplomatiquee avec l'Angleterre; vous en témoignerez mes regrets et vous exprimerez mes vœux pour qu'une prompte et heureuse réconciliation générale me permette bientôt de renouer notre ancienne correspondance. A cette démarche ostensible vous ajouterez une ouverture verbale qui doit proprement faire l'essentiel. Elle aura pour objet de démontrer au ministère britannique la triste et fâcheuse nécessité où je me trouve de céder à une impulsion irrésistible et d'acquiescer à des mesures que je ne puis pas changer.

Jakobi möge den englischen Ministern sagen, daß der König auf die Unterstützung beim allgemeinen Friedensschluß rechne.

Dites-leur enfin qu'aussitôt que les affaires commenceront à se débrouiller un peu et que j'aurai la conviction qu'il s'agit de la paix générale, j'enverrai à Londres comme simple voyageur un homme affidé qui sera chargé de renouer discrètement nos relations et qui pourra servir de porte-voix entre les deux cabinets. On retrouvera partout et toujours mes bonnes et loyales dispositions, et la cour de Londres ne restera pas en arrière pour y répondre . . .

Wenn Jakobi auf dem Continent angekommen ist, soll er dem König seinen Aufenthaltsort mittheilen.

57. Der König an Jakobi.

Memel,
18. December 1807.

A la suite des mesures que j'avais déjà prises relativement à l'Angleterre, j'ai dû en adopter encore une qui était tout aussi inévitable que les précédentes et à laquelle le sieur Garlicke s'est attendu lui-même en quittant Memel. Il a fallu en venir à une déclaration publique fondée sur les obligations dont je me suis chargé par le traité de Tilsit et sur le système qui en dérive. Elle annonce la clôture de mes ports et de mes États à la navigation et au commerce des Anglais, le rappel et la suspension des missions respectives et finalement l'interruption de toutes mes relations avec la Grande-Bretagne jusqu'à l'époque de l'accommodement général et de la paix définitive. Cette déclaration ne tardera pas à paraître.

58. Der König an Jakobi.

Memel,
18. December 1807. (Vgl. Nr. 64.)

Il me revient que les communications entre le continent et l'Angleterre sont devenues si lentes et si rares qu'on n'avait pas seulement encore reçu à

Londres au commencement de novembre les lettres expédiées de Memel dans les premiers jours de septembre. Il serait donc possible que dans une saison plus avancée, où les difficultés de la navigation ajoutent encore aux gênes de la défense, vous restassiez privé longtemps de ma dernière dépêche du 29 novembre qui vous rappelle de Londres, et c'est pour obvier à cet inconvénient que je prends le parti d'envoyer le présent duplicata à Paris, où le sieur de Brockhausen proposera au ministère français de vous le faire passer par un parlementaire (S. 83).

59. Jakobi an den König.

London,
29. December 1807.

Alle Versuche, in London eine Anleihe für Preußen zu Stande zu bringen, sind vergeblich geblieben. Der Gesandte hat über die Verhandlungen, die zwischen den Cabinetten von London und Wien im Gange sind (S. 101), authentische Nachrichten erhalten.

Il est certain que ce parlementaire, dont j'ai parlé dans mon très humble rapport du 17 novembre, a été porteur d'instructions précises pour le comte de Stahremberg, de déclarer ici sans détour, que les choses en étaient enfin venues au point que l'Empereur son maître ne pouvait plus se dispenser d'exhorter Sa Maj. Britannique de se hâter à faire la paix avec la France et à donner pleine satisfaction au Danemark de l'attaque violente faite récemment sur cette puissance; qu'il n'y avait qu'une réponse satisfaisante immédiate sur l'un et l'autre qui devait engager le ministre de Vienne à différer la demande de ses passe-ports pour lui et toute sa mission et à quitter l'Angleterre sur le champ, sans prendre congé, puisque dans le cas d'un refus il ne resterait à Sa Maj. Impériale d'autre parti à prendre que de Se joindre avec tous Ses moyens à la cause du continent contre l'Angleterre. Il paraît que ces instructions ont été dressées pour être communiquées au général Andréossy et soumises à son approbation; c'est là ce que le ton haut et menaçant dans lequel elles sont conçues paraît indiquer clairement; quoi qu'il en soit, le parti que le comte de Stahremberg a pris en conséquence prouve combien ce ministre a cru pouvoir prendre sur lui dans cette occasion. En effet il a jugé qu'une déclaration faite dans le ton insultant et impérieux de ses instructions ne pourrait manquer de causer une rupture immédiate, en exposant en même tems sa cour au ridicule, de mettre le marché à la main à une puissance contre laquelle les menaces impuissantes de l'Autriche ne pouvaient que blanchir, tandis qu'en usant de modération il était possible que les bons offices de la cour de Vienne produisissent l'heureux effet pour la paix générale. Partant de ces réflexions le comte de Stahremberg a pris sur lui de convertir fort adroitement sa déclaration dans une offre de médiation amicale, sans toutefois dissimuler les suites d'un refus du gouvernement britannique à cet égard. —

Le sieur Canning s'est conduit dans cette occasion avec son calme ordinaire. Il a répondu que le Roi le chargerait probablement d'une réponse satisfaisante, mais que dans des affaires de cette importance il ne pouvait se charger de faire un rapport verbal à Sa Maj., et qu'il croyait devoir décliner entièrement de faire un usage quelconque de la déclaration du comte de Stahremberg, jusqu'à ce que celui-ci aurait trouvé bon de lui remettre la note par écrit. Ce dernier après en avoir délibéré avec le sieur d'Alopéus, à ce que je sais pour certain, a présenté une déclaration contenant l'offre de médiation de l'Empereur son maître. Le sieur Canning y a répondu en date du [1]) . . .

60. Jakobi an den König.

London,
5. Januar 1808.

Jakobi ist in der Lage, seinen Bericht vom 29. December (Nr. 59) durch Mittheilungen zu ergänzen, welche ihm Stahremberg gemacht hat.

J'ai eu entre mes mains les instructions ostensibles du comte de Stadion pour le comte de Stahremberg, en date du 30. octobre, ainsi que la note présentée par le comte de Stahremberg au sieur Canning le 20. novembre, et la réponse de celui-ci du 23 du même mois. Par toute la mesure qui règne dans les instructions susdites on voit clairement, que celles-ci ont été calquées sur les mêmes principes qui ont dicté la déclaration de la Russie; aussi n'y a-t-il pas de doute, qu'on s'est attendu en France de voir le comte de Stahremberg y arriver sans délai; le comte de Metternich lui avait écrit qu'il avait l'assurance du cabinet des Tuileries que tous les ports de France lui seraient ouverts pour y arriver quand il voudrait. Le comte de Stahremberg méritera, je suppose, le suffrage de sa cour en prenant sur lui de se servir dans sa note d'un ton modéré et ne faisant aucun mention de ce que lui prescrivaient ses instructions relativement à des déclarations à faire concernant les préliminaires à demander ici en faveur du Danemark, mais je doute que le cabinet des Tuileries lui tienne compte de sa prudence. Au reste j'ai observé que dans les instructions du comte de Stahremberg il n'ait pas question d'une offre de médiation de sa cour, mais qu'elle demande, à peu près comme la Russie, que l'Angleterre mette un terme à sa lutte avec la France et déclare sincèrement de vouloir faire sa paix maritime avec elle. La réponse du sieur Canning est dans un style modéré; on y exprime à la vérité la surprise de Sa Maj. Britannique de ce que la cour d'Autriche connaissant si bien les dispositions pacifiques du gouvernement britannique ait pû trouver nécessaire de faire encore une fois une demande à ce sujet; mais, continue-t-on, puis-

1) Lücke in der Depesche; doch ergiebt sich aus der folgenden Depesche, daß die Antwort Canning's vom 23. November war.

que la cour de Vienne, une cour amie, montrait tant d'anxiété d'en avoir de nouvelles assurances, Sa Maj. Brit. voulait bien répéter encore une fois, qu'Elle était comme toujours prête à entrer en négociation de paix avec la France sur un principe d'égalité, afin de parvenir à une paix sûre et honorable pour Elle et Ses alliés.

Der russische Gesandte Alopeus unterstützt in Folge einer Weisung, welche ihm durch Tolstoi zugegangen ist, die Anträge Stahremberg's (Nr. 63).

61. Jakobi an Goltz.

London,
8. Januar 1808.

Monsieur le Comte.

Je voulais laisser passer ce jour de poste sans écrire, puisque les papiers publics sont en contradiction absolue sur l'état actuel des pourparlers entre ce pays-ci et la France. Ce que diverses personnes m'en ont voulu assurer, me paraissait aussi trop sujet à caution; mais je viens d'apprendre d'une source sûre que le comte de Mier (vgl. S. 102) est porteur de la proposition que le gouvernement britannique envoie des plénipotentiaires en France et qu'on traiterait avec eux sur des bases équitables. Le comte de Stahremberg emploie le vert et le sec pour décider le cabinet de St.-James à consentir à cette démarche. Il est en possession de passe-ports de l'empereur Napoléon. Pour le cas éventuel il s'est offert lui-même à passer en France avec des propositions de paix. Jusqu'à ce moment on travaille ici à tracer un mémoire contenant des bases, mais on n'est pas décidé finalement de quelle manière on les fera au gouvernement français.

Graf Mier verweilt noch in London.

62. Jakobi an Goltz.

London,
9. Januar 1808.

Je profite, Monsieur le Comte, du retour du comte de Mier à Paris pour donner cours à celle-ci. Je l'expédie en duplicata par Berlin et Vienne.

Tout ce que je sais jusqu'à présent de la réponse qu'a reçue le comte de Stahremberg sur la note à la suite des dépêches reçues par le susdit comte de Mier, c'est qu'on refuse ici d'envoyer des plénipotentiaires à Paris, et qu'en général la réponse du sieur Canning est loin de remplir l'attente du comte de Stahremberg: il avait cru que quand même on déclinait ici l'envoi des plénipotentiaires en France, on articulerait au moins des bases précises d'une négociation à entamer.

63. Jakobi an Goltz.

London,
10. Januar 1808.

Il est tard dans la journée, et je n'ai pas encore été assez heureux pour rencontrer le comte de Stahremberg, mais j'apprends que le comte de Mier ne partira que demain de grand matin. En attendant j'ai l'honneur d'informer Votre Exc. qu'ayant réfléchi mûrement sur ma position dans ce pays-ci et ne pouvant croire que la France veuille être indifférente à la prolongation de ma résidence ici, quand ce ne serait que pour jeter la pierre à la Prusse, j'ai cru bien faire d'écrire au sieur de Brockhausen une lettre ostensible pour lui proposer de demander éventuellement des passe-ports au gouvernement français, afin qu'en quittant ce pays-ci je puisse passer par la France pour me rendre aux ordres du Roi.

Graf Stahremberg äußert sich sehr unzufrieden über Canning.

Le comte de Stahremberg a voulu essayer hier de faire encore quelques représentations au sieur Canning pour vaincre sa répugnance contre l'envoi des plénipotentiaires en France, mais ce secrétaire d'État est parti de bon matin pour la campagne et a fait prévenir le comte de Stahremberg par un sous-secrétaire d'État, qu'il ne pouvait plus entrer en matière avec lui, à moins que ce ne fût par écrit. Le comte de Stahremberg se croit donc très fort en droit de traiter dans sa dépêche ostensible au comte de Metternich les objections du sieur Canning d'obstination déplacée et blamable . . .

Je puis au reste ajouter encore que les sentiments des ministres d'ici auraient peut-être favorisé les représentations du comte de Stahremberg, si Sa Maj. Britannique n'avait décidément l'opinion que l'envoi des plénipotentiaires en France, sans savoir d'avance les bases, était hautement contraire à la dignité de Sa couronne. Le sieur d'Alopéus n'a plus pris aucune directe part aux derniers pourparlers entre le comte de Stahremberg et le sieur Canning, puisque l'arrivée du comte de Mier est postérieure à cette de la déclaration de la Russie; ceci explique comment ce ministre de Russie a pu concourir aux premières ouvertures du comte de Stahremberg au sieur Canning (Nr. 60), puisqu'alors la rupture de l'empereur de Russie avec ce pays-ci n'était pas encore connue ici.

64. Jakobi an den König.

London,
19. Januar 1808.

Les ordres immédiats de Votre Majesté du 18. de décembre[1]) m'ont été rendus ici le 14 du courant, par le canal du prince de Stahremberg. Il les

1) (Vgl. Nr. 58).

avait reçus la nuit, au moyen d'un parlementaire que le comte de Metternich, ambassadeur de la cour de Vienne à Paris, lui avait expédié avec des dépêches du 10 de ce mois, et dont le sieur de Neumann, attaché à la dite ambassade d'Autriche, a été le porteur.

Pour obéir aux ordres de Votre Majesté, je n'ai pas différé de remettre incontinent au sieur Canning la note ci-jointe en copie, pour lui demander les passe-ports nécessaires pour retourner avec ma mission sur le continent.

Die Note, in welcher Jakobi dem englischen Cabinet seine Abberufung eröffnete, ist vom 15. Januar. Es heißt darin: »Que Sa Majesté Prussienne ne cessait de faire les vœux les plus sincères, pour qu'une prompte et heureuse paix générale soit rétablie bientôt entre Sa Majesté Britannique et toutes les puissances de l'Europe«. Canning sendet die Pässe mit einer Note vom 17. Januar. Die Opposition im Parlament, dessen Eröffnung am 21. stattfinden wird, gedenkt an das Ministerium wegen seiner Stellung in der Frage der Friedensverhandlung eine Interpellation zu richten.

65. Jakobi an den König.

London,
20. Januar 1808.

Je m'empresse d'expliquer dans ce très humble rapport la raison du départ précipité du prince de Stahremberg. L'empereur d'Autriche s'est remis entièrement au bon plaisir de l'empereur Napoléon de laisser le prince de Stahremberg plus longtems à Londres ou de le rappeler. En conséquence celui-ci vient de recevoir une dépêche du comte de Metternich qui lui fait part que l'empereur Napoléon s'attendait qu'il ne serait plus à Londres le 21 de ce mois. C'est en réponse aux dépêches dont le comte de Mier a été porteur. Le prince de Stahremberg sent trop la force de la volonté qui lui ordonne son départ pour le différer un instant, il partira dans le courant de la journée. On se trompe en se flattant que ce départ sera un coup de grâce pour le sieur Canning; j'oserai presque garantir que le ministère actuel aura une fort grande majorité et que tous les efforts de l'opposition seront à pure perte. Je crois même que le cabinet des Tuileries ne réussira point à jeter sur le ministère britannique l'odieux reproche de la rupture des pourparlers conciliatoires conduits sous les auspices de l'Autriche.

66. Jakobi an den König.

London,
10. Februar 1808.

Dans une lettre au comte de Goltz du 7 de ce mois, expédiée par Paris sous le couvert du sieur de Brockhausen, j'ai fait mention d'une invitation du sieur Canning pour que je vienne ce même jour le voir à sa maison en ville. Voici, Sire, un précis fidèle de cette conférence aussi longue qu'intéressante.

Je savais à la vérité que ce ministre était informé d'avance et en gros à peu près de tout ce que j'avais à lui communiquer d'après les ordres de Votre Maj. du 12, 20 et 29 novembre dernier; je l'en avais fait prévenir par le canal du sieur Garlicke, dont j'ai eu lieu de connaître par plusieurs entretiens les bonnes dispositions et le véritable zèle pour les intérêts de la Prusse —, cependant j'ai fait mention dans cette conférence avec détail de tout ce que les ordres susdits de Votre Maj. renferment, d'un côté sur l'état désastreux de la Prusse et la position désolante de Votre Maj. vis-à-vis de la France par rapport aux prétentions excessivement dures du sieur Daru, et de l'autre sur la confiance que Vous placez, Sire, avec un abandon entier dans les bons offices que l'Angleterre voudra bien employer en faveur de la Prusse dans de futures négociations de paix, pour lui faire recouvrer son indépendance et la soustraire à son état actuel vis-à-vis de la France. J'ose assurer Votre Maj. que je n'ai passé sous silence aucune des notions que contiennent les ordres susdits et les précédents sur ce qui concerne la Prusse. J'avais marqué sur un bout de papier que je tenais en main tous les points que je m'étais proposé de toucher, et ayant les ordres de Votre Maj. en poche j'en ai lu au sieur Canning les passages concernants. La grande attention avec laquelle il m'a écouté sans m'interrompre, son émotion, ses gestes, ses démonstrations d'intérêt au récit du vrai état actuel de ma patrie et des prétentions cruelles et toujours progressives du sieur Daru, tout m'a prouvé de nouveau que si ce ministre sent sincèrement les malheurs de la Prusse, il souhaite de même fortement qu'on trouvât les moyens d'y porter des remèdes efficaces. Il m'a laissé achever tout ce que j'avais à lui dire, et après m'avoir regardé pendant quelques moments fixement et en silence comme pour se recueillir, il m'a dit avec une vraie émotion qu'il ne pouvait exprimer comme il le voudrait tout l'intérêt que lui inspirait la catastrophe de la Prusse; qu'il espérait que j'en étais persuadé d'avance sans qu'il se répandît en protestations inutiles là-dessus; qu'assurément personne dans ce pays-ci ne pouvait méconnaître combien l'Angleterre devait prendre à cœur l'amélioration du sort de la Prusse en général et son indépendance en particulier, mais qu'il craignait beaucoup que des négociations sérieuses de paix avec la France étaient fort éloignées, qu'il n'entrevoyait pas même dans ce moment une lueur d'espérance pour cela; que Bonaparte se flattait de ruiner l'Angleterre par la sujétion du continent à son système politique, mais qu'il se trompait; qu'il fallait espérer qu'il reviendrait de ses erreurs; que si en temps et lieu Votre Maj. envoyait ici une personne de confiance sous quel masque que ce fût, il croyait qu'on la recevrait bien volontiers; que ce que je lui avais dit sur l'intérêt majeur de l'Angleterre, de ne jamais consentir à la continuation de l'influence française exclusive sur le commerce de la Baltique, n'était que trop vrai; que ce point de vue ne serait jamais oublié ici, qu'il s'agissait seulement de voir un jour en combien on

aurait les moyens de remédier au mal et de travailler avec succès au rétablissement de la Prusse; que ce serait peine perdue de vouloir calculer l'époque qui mettra fin aux troubles actuels de l'Europe. Une grande confiance semblait animer le sieur Canning que l'Angleterre pourrait soutenir la gageure bien plus longtemps qu'on ne pensait, mais en même temps il a exprimé les dispositions invariables du gouvernement pour saisir tous les moyens de finir promptement la guerre d'une manière honorable et sûre. En lui parlant de la position désastreuse de la Prusse par rapport à la pénurie de moyens pécuniaires et en témoignant en peu de mots la reconnaissance de Votre Maj. de la détermination du gouvernement britannique de renoncer aux avances faites à la Prusse en blés, fournitures d'armes et en argent, je lui ai fait sans affectation la question, si un jour le gouvernement britannique ne pourrait revenir sur ces avances pour en demander la liquidation. Il m'a répondu avec une grande assurance et très naturellement que non, puisque ce qu'il m'avait dit à ce sujet était d'autorité, sans quoi il n'aurait pas voulu se prononcer si positivement là-dessus . . .

Il me reste à informer Votre Maj. que comme la Russie et l'Autriche conservent de ma science certaine des correspondants secrets de l'aveu du gouvernement britannique, j'ai cru bien faire de sonder le sieur Canning, s'il ne consentirait qu'en partant d'ici je prenne des mesures nécessaires à être instruit des événements du jour. Lui en ayant parlé, il a paru d'abord s'étonner de mon idée, cependant il m'a demandé quel but j'avai à cet égard; je lui ai répliqué avec franchise que c'était pour ne pas être égaré dans mes jugements par les papiers publics du continent, qui étaient tous sous la dictée de la France. Le sieur Canning a applaudi alors avec politesse à ce qu'il a nommé ma prévoyance. En le remerciant je l'ai assuré que je ne partirais pas sans lui faire connaître le nom de la personne que je choisirais pour ma correspondance, afin d'avoir son agrément sur mon choix . . .

Auf eine Vorstellung des preußischen Gesandten in Paris hatte das französische Gouvernement dem Baron Jakobi die Landung in Calais gestattet. Ein an den Gesandten Alopeus abgefertigter Curier, der am 22. Februar in London eintraf, überbrachte ein Schreiben Brockhausen's an Jakobi, worin dieser benachrichtigt wurde, daß seiner Aufnahme an der französischen Küste kein Hinderniß im Wege stehe. Am 19. März erreichte Jakobi mit dem Personal seiner Mission, zu welchem u. A. der Baron von Perponcher gehörte, auf einem Parlamentärschiff die Rhede von Calais, allein der Commandant des Hafens verweigerte ihm die Landung, indem er sich auf einen Befehl des Kaisers berief. Das Verfahren der französischen Regierung war um so auffälliger, als Champagny noch kurz vorher den Baron von Brockhausen über die Verzögerung der Abreise des preußischen Gesandten in London mit Vorwürfen überhäuft hatte. Jakobi bat den Commandanten, ihm Gelegenheit zur Beförderung eines Briefes an Brockhausen zu geben, damit der Thatbestand aufgeklärt werden könne, aber statt hierauf einzugehen, drängte der Officier ihn zu schleuniger Rückfahrt

und forderte ihn noch ausdrücklich auf, in England bekannt zu machen, daß man in Calais auf jedes Parlamentärschiff, welches sich der Küste nähern würde, Feuer geben werde. Jakobi sah sich gezwungen, mit seinem Gefolge nach London zurückzukehren. Es stand ihm kein anderer Weg zur Rückkehr nach Preußen offen als über Schweden. Am 27. Mai landete er in Gothenburg. Hier mußte er längere Zeit verweilen, weil sich kein Schiff fand, das ihn hätte an Bord nehmen können. Inzwischen war die Ausweisung des schwedischen Gesandten aus Königsberg, zu der die preußische Regierung sich in Folge wiederholter Reclamationen von Seiten des französischen Generalconsuls Clérembault hatte entschließen müssen, in Stockholm bekannt geworden. Die Folge davon war, daß Jakobi auf Befehl König Gustav's IV., Gothenburg verlassen mußte. Er begab sich nach Marstrand, um hier eine Gelegenheit zur Fahrt nach der preußischen Küste abzuwarten. Darüber aber vergingen abermals Wochen. Man traf in Königsberg bereits Anstalt, den Gesandten durch ein preußisches Schiff, das zu diesem Zwecke von einem Privateigenthümer gemiethet werden sollte, aus Marstrand abholen zu lassen, als Stein am 10. August einen Brief Jakobi's erhielt, der ihm dessen soeben erfolgte Ankunft in Memel meldete.

IV.

Correspondenz zwischen König Friedrich Wilhelm III. und Kaiser Alexander I.

Juli 1807 bis October 1808.

---

67. * Friedrich Wilhelm III. an Alexander I.

Memel,
30. Juli 1807.

reçue
le 26 Juillet 1807 [1].

Nach dem Mundum des Schreibens, welches dem König von Kaiser Alexander I. zurückgegeben worden ist.

Je m'empresse, Sire, de renouer nôtre correspondance, très décidé à conserver dans toute leur force nos anciennes relations intimes. Le comte de Lehndorff a eu ordre de communiquer à Vôtre Majesté Impériale mon traité de paix, et de témoigner à Ses Ministres Mon desir de connoitre celui qu'Elle a conclu.

Cette réciprocité Lui paroitra naturelle et je crois pouvoir l'attendre d'un allié pour lequel je n'ai point de secrets. Les conditions du mien, Vôtre Majesté le sait, sont plus que dures, elles sont accablantes et ce qui les agrave en-

1) Das Präsentatum ist von der Hand Kaiser Alexander's nach dem alten Styl, (7. August n. St.).

core, ce sont les vexations arbitraires, les transgressions, et les violations de tout genre que les autorités françaises commettent en sus du traité. Je Vous épargnerai, Sire, le recit de tant de justes sujets de plaintes — je ne citerai qu'un exemple récent d'injustice, celui de Danzig, où le général Rapp à trouvé bon de signer avec la nouvelle régence une convention séparée qui assigne à la Ville un arrondissement de beaucoup plus étendu que le rayon de deux lieues fixé par le traité, et où sans égard aux stipulations contenues dans celui çi, ce général a cru pouvoir déterminer les limites du territoire de la Ville sans attendre l'arrivée de mes comissaires. Vôtre Majesté n'ignore pas non plus le fardeau effrayant des contributions et réquisitions imposées à mes Etats. Elle sait que j'ai pris le parti d'envoyer à l'Empereur Napoléon le général de Knobelsdorff, afin de lui demander une diminution de ces contributions et des payemens à termes. Je Vous ai prié, Sire, d'interposer Vos bons offices dans ce sens et j'ose Vous répéter mes instances à cet égard. Veuillez aussi encore intercéder pour tous les autres objets qui m'intéressent en général, et qui ont le soulagement de mes pauvres sujets pour but, tels que sont l'incident de Danzig, l'observation exacte des époques fixées pour l'évacuation de mes provinces et un ordre précis aux autorités françaises, civiles et militaires, de ne pas contrevenir aux stipulations du traité. Toute ma confiance est placée en Vous, Sire, car si je ne doute pas que Vous ne trouviez dans Vôtre cœur et dans Vos sentimens d'amitié des puissans motifs pour Vous intéresser à mon sort, j'ose encore croire que l'esprit et l'intéret de Vôtre politique m'assurent des droits à Vôtre intervention en faveur du maintien de mon indépendance. J'aime à me rapeller de la déclaration que Vôtre Majesté a bien voulu faire à ce sujet à mon Ministre, au comte de Goltz, lors de son séjour de Tilsit[1]), et persuadé que dans tous les cas ou Elle se verrait conduite à contracter avec la France quelques engagemens, qui pourraient faire rejaillir des avantages particuliers sur telle ou autre puissance, Elle ne négligera pas l'occasion de plaider aussi la cause de son fidele ami et allié, je me tiens assuré, qu'Elle s'emploira toujours avec plaisir à me faire obtenir dans la suite une compensation proportionnée à la perte considérable et sensible que je viens d'éprouver pour le moment par une suite de mon scrupuleux attachement à mes engagemens. C'est là au moins l'espoir auquel je me livre, et c'est dans cette attente que je suis avec le dévouement le plus inviolable et les sentimens de la considération la plus distinguée

Sire
de Vôtre Majesté Imperiale
le bon frère ami et allié
Frederic Guillaume.

1) Vgl. S. 51.

68. Friedrich Wilhelm III. an Alexander I.

Memel,
9. August 1807.

Nicht eigenhändig; nach dem Mundum, welches dem König von Kaiser Alexander I. zurückgegeben worden ist.

Monsieur mon Frère. La participation de Votre traité patent de paix, Sire, et plus encore celle des articles séparés et secrets me fournissent une nouvelle preuve bien précieuse de Votre confiance (S. 10). Je m'empresse de Vous en remercier, et en Vous garantissant, Sire, le plus profond secret sur leur contenu, je m'impose même silence sur les regrets que j'éprouve en voyant de tout côté que le présent état des choses n'offre aucune sécurité pour l'avenir. Mes espérances, Sire, sont exclusivement placées en Vous. Il me paraît impossible qu'il ne Vous soit réservé, à proportion des ressources immenses de Votre empire, de protéger et de relever dans la suite la cause et les intérêts des puissances opprimées dans ce moment-ci par une combinaison involontaire et irrésistible des circonstances. Je vois au moins avec sensibilité par l'article 5 des articles secrets du traité de Tilsit que Votre Majesté Impériale a travaillé à me ménager quelques chances rassurantes pour l'avenir (S. 11). Je n'ose pas me livrer à l'espoir de les voir facilement tourner à mon avantage, mais je n'en suis pas moins touché de l'intention de Votre Majesté Impériale et Lui en ai les plus sincères obligations. Ma position devient tous les jours plus embarrassante, — j'ose dire plus accablante. La note que mon chargé des affaires a ordre de remettre à Votre ministère, Sire, Vous présentera de nouveaux exemples bien affligeants, des vexations, des interprétations arbitraires du traité et des injustices criantes dont les autorités françaises se permettent le libre exercice, — j'ose dire, dont elles se font un devoir. La paix n'existe au fond que par le nom, par le fait mes sujets se trouvent constamment encore exposés à toutes les horreurs de la guerre. Je n'ai plus par-devant mes yeux que le déchirant tableau de la misère qui ravage mes provinces, et dans mon intention de concourir à leur plus prompt soulagement, j'ai usé du dernier moyen qui était encore en mon pouvoir pour conjurer les effets ultérieurs de la haine implacable dont mon pays et ma personne paraissent être les objets. Je viens d'écrire à l'empereur Napoléon la lettre [1]) dont je transmets ci-joint la copie à Votre Majesté Impériale, — je me flatte qu'Elle n'en méconnaîtra pas le but. Il ne me restait plus que ce dernier essai à faire et en me réglant en cela d'après le conseil que Votre Majesté Impériale a cru Elle-même devoir me donner lors de notre séjour à Tilsit, j'ose croire qu'Elle ne désapprouvera pas une démonstration qui, quel qu'en puisse être le résultat et la suite, n'al-

1) Das Schreiben vom 16. Juli, welches Knobelsdorff dem französischen Kaiser zu überbringen hatte (S. 2).

térera jamais les sentiments de l'amitié et de la confiance de même que ceux de l'attachement inviolable avec lesquels j'ai l'honneur d'être,

Monsieur mon Frère,
De Votre Majesté Impériale,
le bon frère et allié
Fréderic Guillaume.

Eigenhändiger Zusatz des Königs:

* Une cure qui m'a été prescrite par les médecins, me prive du bonheur, pour cette fois d'écrire de main propre à Vôtre Majesté Imperiale.

69. Friedrich Wilhelm III. an Alexander I.

(Entwurf von der Hand des Geh. Legationsrath Reinser).

Memel,
15. September 1807.

Monsieur mon Frère. Le voyage que Votre Majesté Impériale a résolu de faire, devant La ramener incessamment dans le voisinage de mes frontières, je m'empresse denvoyer à Sa rencontre mon major de Schœler, qui a l'honneur de Lui être connu. Le premier but que j'attache à sa mission, c'est de Vous renouveler, Sire, mon amitié, et de me confier, comme toujours, à la Vôtre.

J'en ai retrouvé une preuve flatteuse et touchante dans la note que M. le baron de Budberg a remise au comte de Lehndorf le $\frac{\text{20. aout}}{\text{1. septbre}}$, en réponse préalable des communications successives que j'ai fait passer à Votre Majesté Impériale. Elle a suivi l'impulsion de Son cœur et consulté l'intérêt que Lui inspire ma situation en se rendant à mes instances.

Recevez mes sincères remercîments de tout ce que Vous voulez bien faire, et puissent les effets répondre à Vos généreuses intentions. Mais je dois Vous répéter à mon très grand regret, que je n'aperçois pas encore le moindre changement favorable dans la conduite des agents et généraux français. Chaque jour au contraire accumule les griefs. Pour mettre Votre Majesté Impériale à même de les connaître et de les juger, je les ai fait rassembler dans un mémoire que le major de Schœler Lui présentera (S. 15). Elle y verra quelles sont mes peines et mes souffrances, quels sont les maux qui pèsent sur mes provinces occupées, — quels sont les dangers dont toute la monarchie Prussienne est encore ménacée. Comment y parer, et comment faire face aux contributions énormes qu'on inflige au pays, si le séjour prolongé des troupes françaises continue à l'accabler, et si je ne rentre pas aussitôt dans tous les droits de son administration civile? J'en appelle encore une fois à Votre amitié, et je viens Lui demander de nouveaux conseils. Faut-il tenir ferme, et

protester contre toute prétention abusive, dans l'espérance que les bons offices de Votre Majesté Impériale produiront un heureux succès? Ou bien, faut-il céder sur tous les points et tout accorder, dans l'attente d'un dédommagement que Son intervention m'aiderait à obtenir? (S. 13, 14).

La franchise qui préside à nos relations et à notre correspondance me permet de Vous parler à cœur ouvert, et je sais que Vous en userez de même envers moi. Veuillez donc me dire Votre pensée, m'apprendre confidentiellement le résultat de Vos premières démarches, et Vous porter avec chaleur à celles qui restent encore à faire pour effectuer la délivrance et le soulagement de mes États. Comptez sur ma reconnaissance, ainsi que sur les sentiments de la haute considération et de l'attachement inviolable avec lesquels je suis pour la vie,

Monsieur mon Frère
de Votre Majesté Impériale
le bon frère, ami et allié p. p.

70. * Alexander I. an Friedrich Wilhelm III.

St. Petersburg,
$\frac{19}{31}$. September 1807.

Malgré que je n'aye jamais douté des dispositions de Votre Majesté à mon égard, je n'ai pu voir qu'avec la plus vive sensibilité toute l'amitié qu'Elle me témoigne par ses lettres du 30 Juillet et du 9 Aout. La communication qui à été faite au comte de Lehndorff, non seulement de mon traité de paix avec la France, mais encore des Articles secrets qui en font partie, Vous aura servi, Sire, de nouvelle preuve de l'abandon sans reserve que je desire maintenir eternellement dans nos relations. — La conduite arbitraire que tiennent les autorités francoises en contravention des stipulations passées entre Votre Majesté et l'Empereur Napoleon et dont elle se plaint à si justes titres n'a pu qu'exciter en moi les sentiments les plus peinibles. Je me serais empressé de déferer au vœu que Vous m'avez fait exprimer, Sire, d'appuyer d'abord par une personne de confiance les reclamations que Votre Majesté a chargé le Général de Knobelsdorf de faire contre ces abus, si le depart de mon ambassadeur pour Paris ne me fournissait une occasion bien plus sure de remplir vos desirs. Le lieutenant General comte de Tolstoy va se mettre en route pour cette destination et il a reçu les ordres les plus précis d'agir dans le même sens que les représentans de Votre Majesté. Elle peut etre bien convaincue qu'aucun soin ne sera négligé pour reparer le mal. En attendant pour ne pas perdre un moment, dès le lendemain de la reception de Votre premiere lettre, Sire, du 30 Juillet, j'ai parlé moi même avec instance au Ge-

neral Savary et depuis je suis revenu encore plus d'une fois sur ce sujet. Les lettres que ce general a ecrites à ma demande et quil m'a communiquées ont été telles que je pouvais les desirer. Mon Ambassadeur va revenir à la charge avec plus d'insistance encore et Votre Majesté peut etre convaincue de la part sincere que je prendrai constament à tout ce qui la regarde; mon attachement et mon amitié pour Elle ne finiront qu'avec ma vie. C'est avec ces sentiments et la consideration la plus distinguée que je suis

Sire
de Votre Majesté
le bon frère ami et allié
Alexandre.

71. * Alexander I. an Friedrich Wilhelm III.

St. Petersburg,
$\frac{2}{14}$. November 1807.

Ayant engagé, Sire, le Major de Schöler de prolonger son séjour ici pour avoir par là la possibilité de communiquer plus directement avec Votre Majesté, je ne veu pas tarder plus longtems de répondre à la lettre que Vous avez bien voulue m'écrire par lui (Nr. 69). C'est avec une peine bien vive que je vois encore la continuation des maux qui pèsent sur Vos États, Sire. — Tous les moyens qui sont en mon pouvoir sont employés pour les faire finir, et les dernières déterminations que Votre Majesté a prises y contribueront, je l'espère, puissamment.

Le Major de Schöler doit avoir rendu compte á Votre Majesté de mon oppinion sur les conseils qu'Elle a bien voulu me demander. Je ne peux que la répéter, puis qu'elle est fondée sur mon intime conviction: »Éviter avec »soin tout ce qui peut donner ombrage à la France, et amener par tous les »moyens possibles la prompte évacuation de Vos États, Sire«, — telle est, à ce qu'il me semble, la ligne de conduite qu'il est nécessaire de tenir dans les circonstances présentes.

Les affaires survenues devant Copenhague m'ont obligé de témoigner hautement mon mécontentement à l'Angleterre. J'ai lieu d'esperer que ce sera un moyen d'accélérer une paix Générale dont l'Europe a un besoin si urgent. Tant que la guerre entre la France et l'Angleterre durera, il n'y aura pas de tranquilité pour les autres États du Continant. C'est cette Paix qu'il est de l'intérêt de toutes les Puissances d'amener le plustôt possible. Je prie Votre Majesté de croire que dans tous les cas je ne séparerai jamais mes interets des Vôtres, et que je saisirai avec empressement toutes les occasions de

Vous convaincre, Sire, de cette tendre amitié que je Vous ai vouée pour la vie et avec laquelle je suis

Sire
de Votre Majesté
le bon frère, ami et allié
Alexandre.

72. * Friedrich Wilhelm III. an Alexander I.

(Eigenhändiger Entwurf des Königs.)

Memel,
29. November 1807.

La lettre que Vôtre Majesté Impériale m'a fait l'honneur de m'écrire en date du 2. 9bre (Nr. 71) m'est un nouveau gage de Son amitié. Rien n'est plus analogue aux circonstances que le Conseil qu'Elle m'y donne, mais aussi rien n'est plus consolant pour moi, que la conviction de l'avoir prévu et prévenu par mes dernières déterminations. Je devois à ma dignité et à l'intéret de ma monarchie de soumettre à la decision de l'Empereur Napoléon les prétentions exorbitantes des sieurs Daru et Soult. Le traité de paix de Tilsit, moins onéreux dans ses conditions et seule regle de ma conduite, en justifioit la démarche, et quelque soient les torts que les autorités françaises veuillent gratuitement en dériver, Vous ne m'accuserez au moins jamais, Sire, d'avoir voulu par là élever des difficultés inutiles. Vôtre Majesté connoit les sacrifices que j'ai porté du depuis, et dans l'attente d'une réponse décisive de Paris à l'applanissement des contestations subsistantes; et, Vous regretterez sans doute avec moi, que chaque nouvelle preuve de condescendance de ma part, n'ait pu produire qu'un redoublement de prétentions de la part des plénipotentiaires français. Mes nouvelles de Paris du 9. et 10. novembre m'annoncent enfin la détermination ultérieure de Napoléon. Il insiste sur le payement de la somme de 108 millions de francs, demandée par son intendant général, dans le courant d'une année, moitié en domaines entre l'Elbe et l'Odre, moitié en lettres de change et promesses, et exige pour sureté de ces dernières l'occupation de Glogau, Stettin et Cüstrin. L'état des choses ne change pas par là —, mon embarras reste le même, mais l'empereur N. s'est désisté de la remise de Colberg et de Graudenz également demandé par Daru à Berlin (S. 34). Cete première concession en ma faveur m'est d'autant plus précieuse qu'elle est l'effet de Vôtre intervention, Sire, et elle me donne la mesure de ce que j'ai à me promettre des répresentations réitérées de Vôtre Ambassadeur, sur le point si important pour la Russie même, de la remise des trois autres forteresses, qui, à côté des propositions de payement que je viens de faire tout récemment, ne devroit plus rencontrer d'obstacle. Recevez en, Sire, mes plus

sincères remercimens. Le comte Tolstoy auquel je dois une entière justice, prouve par sa conduite et les Conseils donnés à mon Ministre à Paris, qu'il s'occupe efficacement de mes intérêts, et qu'il a le moyen de m'être utile. Il m'inspire la confiance et l'espoir que successivement secondé par des instructions précises et abondantes dans le sens des ouvertures que j'ai eu l'honneur de Vous adresser, Sire, par le Major de Schöler, il ne sauroit pas manquer de remplir en tout Vos généreuses intentions à mon égard. Les conjonctures actuelles m'y paroissent propices. Le projet de convention que ma Mission s'empressera de communiquer à Vôtre Ministre, Sire, et que je Vous prie de peser et d'appuyer auprès du général Savary, Vous prouvera que je m'occupe sérieusement de l'idée de faire les derniers efforts pour acquitter les prétentions du sieur Daru, pour effectuer enfin l'entière évacuation de mes États, et la réinstallation dans l'administration et dans la jouissance de mes revenus; de même que le voyage et la commission dont j'ai chargé mon frère Guillaume, et le parti qu'avant d'y être provoqué par une insinuation directe de Paris, j'ai eu soin de prendre, tant à l'égard du rappel de ma mission de Londres, que par rapport à l'éloignement des sieurs Garlicke et Hugo, quoique ne séjournants que comme particuliers dans cette Ville, ne peuvent pas manquer de convaincre l'empereur N. de mes principes politiques. Rendez-moi au moins cette justice, Sire, partout ou l'on pourroit vouloir élever de nouveaux doutes et soupçons, et conservez moi les effets de Vôtre généreuse intervention et de Votre amitié, qui ne sauroit que Vous assurer la satisfaction de me rendre le repos et le moyen de m'occuper du bonheur de mes malheureux sujets. Je suis avec le plus inviolable attachement, et pour la vie

Sire
de Votre Majesté Impériale
le bon frère ami et allié
Frederic Guillaume.

*Nachschrift.

Que Votre Majesté me permette de Lui témoigner toute ma reconnaissance pour la charmante attention, qu'Elle a eue de m'envoyer les beaux panaches. Je voudrai en revanche m'offrir pour être Son commissionaire, mais que pourrai je Vous offrir, Sire, si ce n'est le plus inaltérable et le plus sincère attachement que je Vous ai voué pour la vie.

Frederic Guillaume.

Memel,
le 29 novembre. 1807.

72 A. Friedrich Wilhelm III. an Kaiser Alexander I.

(Entwurf von der Hand Le Coq's I., das Mundum von dem König eigenhändig. Vgl. Nr. 98.)

Königsberg,
2. Februar 1808.

Monsieur mon Frère. Je m'adresse à V. M. Impériale avec toute la confiance que je dois à Sa loyale amitié, sur un objet qui m'intéresse au plus haut point dans la situation toujours si difficile et si malheureuse où je continue de me trouver.

Elle daignera Se rappeler les tentatives infructueuses faites à Tilsit en faveur de l'électeur de Hesse. Ce prince, dans la lettre que le major de Schœler aura l'honneur de Lui remettre en même temps que la présente, réclame avec instance Sa protection et Son entremise efficace pour une juste amélioration de son sort. C'est le prince de Wittgenstein qui devait Vous la présenter, Sire, et je Vous supplie de permettre au major de Schœler de Vous exposer les raisons qui nous ont fait juger que cette voie-ci Vous paraîtrait préférable.

V. M. Impériale ne connaît que trop la nécessité urgente que les circonstances m'imposent et en même temps la grande difficulté de trouver les fonds pour faire face aux exorbitantes contributions dont ma monarchie est accablée. Je dois confier à Son amitié que mes espérances à cet égard se fondent en plus grande partie sur les moyens et le crédit de l'électeur de Hesse (S. 75, 144). S'il plaisait à V. M. Impériale de lui donner par une réponse gracieuse à sa lettre l'assurance qu'Elle veut S'intéresser pour lui, soit dès à présent, soit surtout à l'époque de la paix générale, qu'Elle a particulièrement égard dans cette occasion à la demande que je Lui en ai faite, qu'Elle Se propose de rester sur ce sujet en communication avec moi et que nous tâcherons d'un commun accord de lui procurer une indemnité convenable et de lui assurer en particulier tout ce qui constitue ses propriétés personnelles, — je crois pouvoir me flatter avec certitude que l'Électeur concourra très efficacement, sinon par un prêt en numéraire, du moins par des effets et par l'emploi de son crédit, à me tirer de mes cruels embarras pécuniaires. Je ne me pardonnerais pas, Sire, de conserver le moindre doute sur la disposition amicale de V. M. Impériale à Se prêter à ma demande et à accélérer même Sa lettre à l'Électeur. Ce sera un nouveau titre à ma plus vive et tendre reconnaissance. Elle se joint dans mon cœur aux sentiments de l'amitié sans bornes et de la haute considération avec lesquels je ne cesserai d'être p. p.

73. * Friedrich Wilhelm III. an Alexander I.

Eigenhändiger Entwurf des Königs.

Königsberg,
17. Mai 1808.

Vôtre Majesté vient d'assigner à des termes rapprochés, la compte de trois millions, dont ma situation m'a forcé de desirer le payement accéléré [1]). Au même instant j'apprens de Paris, avec quelle chaleur Elle a daigné écrire pour moi à l'Empereur Napoléon et recommander au comte Tolstoy de solliciter des modifications favorables, ou tout au moins la prompte acceptation de la convention du Baron de Stein pour l'évacuation de mes États. Pourrois je, Sire, me priver du plaisir, de Vous exprimer moi même ma plus vive et tendre reconnaissance! Je ne Lui demande pas ce dont Son amitié me répond, la continuation de ce même intérêt généreux, et les ordres nécessaires, pour terminer bientôt la liquidation de Memel et pour avancer autant qu'il sera possible, les payemens futurs! Le moment actuel paroit décisif pour mes affaires, puisqu'on dit l'Empereur Napoléon sur son retour. A cette occasion que Vôtre Majesté Impériale me permette de recourir à Sa confiance précieuse, sur le bruit repandu depuis quelque temps, d'une entrevue entr'Elle et ce Monarque, et, s'il est fondé, de Lui exposer en détail, l'interêt de mes malheureux Etats, que j'abandonne dans ce cas important, à Sa bienveuillante amitié. Je garantis à Vôtre Majesté, le plus profond secret de ce qu'Elle daignera m'en confier. Il n'y a pas de termes, Sire, pour rendre toute la vivacité de mon éternel attachement et la haute considération avec la quelle je ne cesserai d'être

Sire
de Vôtre Majesté Impériale
le bon frère ami et allié
Frederic Guillaume.

74. Friedrich Wilhelm III. an Alexander I.

(Entwurf von der Hand des Minister Goltz, mit Correcturen von der Hand des Königs.)

Königsberg,
28. August 1808.

Sire. Le moment actuel, si fertile en évènements et en appréhensions, m'invite à des confidences, Sire, que je ne peux adresser qu'à Votre amitié, et dont le secret m'est cher.

1) Eine Abschlagszahlung auf die Summe von drei Millionen Thalern, welche Rußland dem preußischen Staate für Lieferungen während des Krieges von 1807 schuldete.

Le comte de Tolstoi aura sans doute déjà informé Votre Majesté Impériale que les ouvertures les plus récentes du comte de Champagny, donnent à[1]) espérer de toucher bientôt au terme de mes discussions avec la France, et le baron de Schladen et le major de Schœler ont ordre, Sire, de Vous mettre au fait des conditions sous lesquelles la négociation de mon frère vient d'être reprise.

Si les termes de la convention projetée entre le baron de Stein et le sieur Daru à laquelle on y revient, ne me présentaient dans le temps aucun sacrifice qui m'eût paru trop onéreux pour racheter par là la délivrance immédiate de mes États, six mois de plus d'attente pénible et d'épuisement ultérieur de mes sujets ne peuvent plus aujourd'hui me faire envisager cet arrangement hérissé de nouvelles modifications inattendues comme le parti le plus convenable à prendre.

L'offre de mon alliance au moins ne peut, à ce prix, plus avoir lieu, et Votre Majesté Impériale ne désapprouvera certainement pas, qu'en conséquence de cela je viens d'enjoindre à mon frère de ne plus toucher cette corde, à moins que la proposition n'en soit reproduite par le comte de Champagny même, où il ne lui resterait que de la prendre ad referendum et de me demander de nouvelles instructions.

En effet, Sire, l'arrangement qu'on me propose, quoiqu'il doive m'offrir la perspective de rentrer bientôt dans la soit-disante possession de mes États et de mes droits assurés par la paix de Tilsit, perspective, que je suis loin de vouloir repousser par des difficultés volontaires, ne me donne ni avantage ni sécurité pour l'avenir. Mon existence politique reste toujours également précaire, tant que l'évacuation entière de mes États et de mes forteresses n'aura pas lieu, que la somme énorme des contributions arriérées et leurs payements ne seront modérés et réglés, l'article 25 du traité de Tilsit et la totalité de mes possessions actuelles solemnellement garantie. Il ne faut pas s'y tromper; le changement en mieux, qui dans ce moment-ci paraît vouloir s'opérer dans ma situation, loin d'être dû a un retour de confiance, n'est que la suite et l'effet de la politique du moment, qui semble devoir[2]) ménager en apparence les dispositions des puissances qui s'intéressent à mon sort. Au surplus[3]) les bornes qu'on y fixe au montant futur de mon armée, doivent m'ôter[4]) l'espoir et les moyens de reparaître jamais sur

1) Die gesperrt gedruckten Worte sind Veränderungen von der Hand des Königs. Goltz: me font.

2) Goltz: nécessité de ne pas pousser le désespoir de mes sujets à tout et de . . .

3) Goltz: Personne ne me répond de ma tranquillité future, si par cet arrangement et les bornes . . .

4) Goltz: on m'ôte.

le rang d'une puissance respectée[1]). C'est une preuve certaine que l'amitié et la confiance de l'empereur Napoléon ne me seront jamais véritablement[2]) rendues, et ses propos et ces derniers procédés ne me le prouvent déjà que trop clairement.

Cette observation très importante et très alarmante pour mon avenir, devient par la conformité de nos intérêts politiques encore plus digne de Votre attention, Sire, si Vous voulez considérer que nous sommes peut-être a la veille d'une nouvelle guerre entre la France et l'Autriche. Cette guerre, qu'elle soit éloignée ou prochaine, deviendra tôt ou tard, si l'Autriche reste seule en lice contre la France, le signal d'une suite d'évènements incalculables, par lesquels, en cas de bonheur, Napoléon à travers les débris des derniers trônes renversés, se frayera le chemin vers la monarchie universelle, seul et unique but de toute son ambition; tout comme en cas de malheur il se dédommagera par la ruine de nos États. Le danger de cette guerre est dans tous les cas également grand pour la Russie et pour la Prusse, et s'il n'est pas facile de prévoir dès aujourd'hui le moyen le plus sûr d'y aviser, il est cependant trop important[3]), de nous occuper d'avance de cette recherche dans un moment, où les embarras accumulés que causent les affaires d'Espagne nous invitent à y refléchir plus librement[4]). Je ne sais pas quelle est l'opinion de V. M. I. sur la situation actuelle des affaires, mais dans la position critique où je me trouve, il est important pour ma tranquillité de connaître à fond, quels sont les rapports actuels de V. M. I. avec la France, — et quel est surtout le parti qu'Elle croit pouvoir prendre en cas inévitable d'une guerre entre la France et l'Autriche. Je conjure V. M. I. par l'amitié, qui nous unit et à laquelle j'attache tant de prix, de ne pas me laisser inutilement demander une explication catégorique sur tous ces points, et d'être persuadée que je saurai respecter Son secret, et me mériter par là de nouveaux droits à Sa confiance.

Je supplie V. M. Impériale d'agréer à cette occasion aussi mes très sincères remercîments pour les 125 chevaux de remonte que Sa bonté vient de m'offrir, et qui me viennent extrêmement à propos. Je commanderai sans perte de temps un officier qui ira les chercher a Polangen et qui règlera avec Votre écuyer, Sire, tout ce qui est relatif a sa commission.

J'ai l'honneur d'être avec les sentiments de la plus haute considération et de l'amitié la plus inviolable,

Sire,
de Votre Majesté Impériale
etc.

---

1) Goltz: des puissances respectées.
2) Goltz: entièrement.
3) Goltz: digne de notre attention.
4) Goltz: avec courage et assurance.

75. * Alexander I. an Friedrich Wilhelm III.

St. Petersburg,
31. August / 12. September 1808.

Je viens de recevoir, Sire, Votre lettre du 28 Août, et quoique j'espère avoir le bonheur de revoir Votre Majesté Dimanche prochaine, si toutefois les mauvais chemins ne m'arrêtent plus longtems, je ne veu pas tarder un moment de parler à Votre Majesté avec toute la franchise que j'ai constament mise dans nos relations. Je crois, Sire, la guerre entre l'Autriche et la France comme un des plus grands malheurs qui pourroient arriver à l'Europe, car je ne peu y voir que la destruction de l'Autriche. Il me paroit qu'il n'y a pas de soins, pas d'efforts, qu'il ne faille employer pour l'empecher. S'imaginer que l'embaras des affaires d'Espagne donne une chance favorable à l'Autriche, me paroit mal calculé. Veuillez Vous rappeler, Sire, que la France s'est trouvée sous un gouvernement revolutionaire très foible assez redoutable pour se deffendre contre toutes les Puissances réunies contre elle; je ne puis donc admettre la supposition que les affaires d'Espagne lui oteront les moyens de s'opposer avec avantage à une attaque de la part de l'Autriche, dans un moment où ses forces se sont accrues si enormement, et où elles sont conduites par des talens dont il seroit difficile de contester la réalité. Telle est ma croyance, Sire, et je vous la communique avec toute sincerité. Je me réserve de Vous en parler plus au long de bouche. C'est avec les sentiments de la plus haute consideration et de l'attachement le plus inviolable que j'ai l'honneur d'etre

Sire
de Votre Majesté
le bon frere, ami et allié

76. * Alexander I. an Friedrich Wilhelm III.

Weimar,
2/14. October 1808.

Je n'ai pas voulu, Sire, prendre la plume avant d'avoir des resultats satisfaisants à Vous annoncer. Enfin, après beaucoup de soins et de difficultes, je puis vous apprendre, Sire, que j'ai obtenu le delai de trois ans désiré, et les payemens tels que le C. Goltz les a proposés. L'evacuaction s'en suivra d'après la Convention signée par le Prince Guillaume; enfin je suis parvenn à obtenir une diminution de 20 Millions sur la Somme totale. Heureux, Sire, au delà de toute expression, d'avoir pu Vous être de quelque utilité, j'y trouve ma plus belle récompense, et j'attends impatiamment le jour

où je pourrai vous assurer de bouche du tendre attachement que je Vous porte. C'est le 21 que je compte arriver à Königsberg, à moins que les chemins ne m'arrêtent. Je suis avec la plus haute estime

Sire
de Votre Majesté
le bon frère, ami et allié
Alexandre.

P. S. Je joins ici une lettre du Comte Goltz et celle de l'Empereur Napoléon pour moi, qui fait foi de ce que je Vous ai annoncé, Sire. (Vgl. S. 282).

V.

Aus der Correspondenz mit dem Abgesandten König Friedrich Wilhelm's III. am Hofe zu St. Petersburg, Major von Schöler.

September 1807 bis November 1808.

---

77. Instruction für den Major von Schöler.

Memel,
15. September 1807.

Schöler soll das Schreiben des Königs an Kaiser Alexander vom 15. September (Nr. 69) überreichen und unter Darlegung der Schwierigkeiten, welche sich bei den Verhandlungen in Berlin und Elbing erhoben haben, um die Verwendung des Kaisers bei Napoleon bitten.

Es ist Euch bewußt, daß der Kaiser Alexander ohnlängst an den Kaiser Napoleon zu Unserm Behuf geschrieben hat, und daß in der abgewichenen Woche der französische Kammerherr und Adjutant Montesquiou (S. 379) als Courier hier durch nach Petersburg gegangen ist. Höchstwahrscheinlich hat er die Antwort überbracht, und es liegt Uns daran zu erfahren, wie sie ausgefallen ist. Bittet also Unsern Freund und Alliirten, Uns selbige, sie mag gut oder schlimm lauten, ohnverzüglich mitzutheilen, weil die Gesinnungen und Absichten des französischen Kaisers Uns bei den in Elbing und Berlin fortzusetzenden Unterhandlungen nothwendig zur Richtschnur dienen müssen, und Wir daraus werden abnehmen können, ob Unsre Bevollmächtigte bei einer ferneren Weigerung beharren, oder den harten Forderungen der französischen Behörden ohnbedingt nachgeben sollen. Wir haben auch des Kaisers von Rußland Majestät über diese Alternative in Unserm Briefe um Rath gefragt.

Außer den hier oben aufgeführten, Unser Eigenes Interesse zunächst an-

gehenden Gegenständen, giebt es noch mehrere, die Uns ebenfalls höchst wichtig sind, und von denen Ihr Uns möglichst genaue Erkundigungen zu verschaffen bemüht sein müßt. Es herrscht zum Beispiel noch ein völliges Dunkel über die in Petersburg mit dem General Savary und dem Geschäftsführer Lesseps gepflogenen Unterhandlungen, da doch nicht zu bezweifeln steht, daß beide während ihrer Anwesenheit am russischen Hofe, in Bezug auf den abgeschlossenen Frieden, mit höchst bedeutenden Anträgen, ja vielleicht mit Allianz-Vorschlägen und mit künftigen politischen Plänen vorgerückt sein werden. Ihr müßt darauf bedacht sein, hierüber sowohl als über die jetzigen Gesinnungen des Kaisers Alexander gegen den französischen Hof sichere Nachrichten auszukundschaften.

Fast eben so interessant sind für Uns in dem gegenwärtigen Augenblick Seine Verhältnisse mit England. Die im Tilsiter Frieden verabredete Mediation ist vorläufig in London angenommen, aber bis zur näheren Aufklärung der zwischen Rußland und Frankreich eingegangenen Verbindlichkeiten ausgesetzt worden. Es frägt sich daher, ob die englischer Seits wegen Störung des Handels geäußerten Besorgnisse vom russischen Hofe beseitigt worden sind? ob der Kaiser die Aufrechthaltung Seines guten Vernehmens mit England zu Herzen nimmt? oder ob Er, wie fast aus den in mehreren russischen Häfen getroffenen Vorkehrungen hervorgeht, der in der Ostsee befindlichen großen Flotte auch feindliche Absichten gegen Rußland zutraut?

Wie beurtheilt Er den jetzigen Angriff gegen Dänemark und die am 7. Septbr. erzwungene Capitulation? Würde Er dem Copenhagener Hofe, wenn selbiger sich auf französische Seite würfe, beipflichten, oder nicht? und ist Er vielleicht deshalb schon befragt worden?

Wie stehet Rußland mit Schweden, seitdem Ersteres sich mit Frankreich ausgesöhnet und Letzteres sein Pommern verloren hat?

Auch über das Verhältniß Rußlands zu Österreich und der Pforte soll Schöler Erkundigungen einziehen, sowie die Überlassung von 150 Remonte-Pferden für das Regiment Gardes du Corps beantragen.

78.

Memel,
15. September 1807.

Aus einem für Schöler bestimmten Memoire, welches sonst nur eine Darstellung der im Text S. 3 bis 8 erzählten Verhandlungen von Berlin und Elbing enthält.

Des lettres arrivées de Paris en date du 27 août offrent de nouvelles preuves de difficultés. Le général-major de Knobelsdorff a eu le 20 sa première audience; encore n'était-elle que de simple forme, et pas seulement privée, l'Empereur ayant trouvé bon d'y faire assister le prince héréditaire de Bade et le sieur Cambacerès. Le lendemain le sieur de Knobelsdorff a conféré avec le ministre actuel des relations extérieures Champagny, lequel,

après avoir soutenu les anciennes thèses de l'extension du territoire de la ville de Danzic, de la cession de la Nouvelle Silésie et de l'acquittement des contributions, s'est réservé ensuite à retirer les ordres de Sa Maj. Imp., ajoutant toutefois qu'Elle avait prescrit à l'intendant général Daru d'accorder des facilités sur l'article des contributions. Il reste donc à attendre des nouvelles ultérieures de Paris, et il est à souhaiter, bien plus qu'à espérer, qu'elles soient en quelque sorte favorables.

79. Schöler an Goltz.

St. Petersburg,
$\frac{13}{25}$. September 1807.

Ankunft des Gesandten in Petersburg am 25. September Morgens. Die Truppeninspection, die Alexander in Witebsk vornehmen wollte, ist aufgeschoben.

80. Schöler an den König.

St. Petersburg,
28. September 1807. Vormittag.

Präsentirt Memel,
am 5. October 1807.

Euerer Königlichen Majestät habe ich, mit Bezug auf meine beiden frühern Berichte vom 19. und 25. d. Mts. an den Minister Grafen von der Goltz, jetzt allerunterthänigst zu melden, daß ich am Tage nach meiner Ankunft (den 26.) Allerhöchstdero Brief, nebst dem dazu gehörigen Promemoria Seiner Majestät dem Kaiser in Kamenioſtrow überreichen durfte, und bei dieser Gelegenheit, so weit es die Kürze der Zeit erlaubte, über die wichtigsten Punkte des mir allergnädigst verliehenen Auftrages auch mündlich die nähern Erörterungen hinzugefügt habe.

Schöler muß sich einstweilen auf einige allgemeine Bemerkungen über die jetzige Politik Rußlands beschränken.

Die persönlichen Gesinnungen Seiner Majestät des Kaisers gegen Seine alten Freunde, und Seine Urtheile über den Werth der neueren Verhältnisse sind ganz die nämlichen, als sie es von jeher und bis zur Trennung in Tilsit gewesen sind.

Keine neuen engeren Verbindungen zwischen Rußland und Frankreich finden statt, und die äußeren Symptome, welche dieses muthmaßen lassen, liegen wohl ganz allein diesseits, in dem Gefühl der momentanen Schwäche, welches durch die so plötzlich sich äußernde totale Desorganisation der Armee in dem Augenblick der höchsten Gefahr erzeugt wurde, welches gewissermaßen noch dauert, sicher aber mit der allmähligen Herstellung der Armee nach und nach sich verlieren wird, und auf der andern Seite in einer geflissentlichen Ostentation zur Erreichung neuer politischer Zwecke.

In einer Nachschrift vom 28. September Abends erzählt Schöler von einer Unter-

redung mit Romanzoff, bei welcher dieser geflissentlich hervorhob, daß die Verwendung für Preußen nicht mit politischen Gründen, sondern nur mit dem persönlichen Verhältniß zwischen den beiden Monarchen motivirt werden dürfe.

81. Schöler an den König.

St. Peterburg, 25. September / 7. October 1807. Präsentirt Memel, am 16. October 1807.

Dem Grafen Lehndorf sind am 5. October Abends die Reskripte vom 28. und 29. September zugegangen: ein Vorfall in dem Königsberger Theater, wo preußische Officiere bei dem Erscheinen eines Schauspielers in französischer Uniform laut ihr Mißfallen zu erkennen gaben, hat den Zorn Napoleons erweckt, dem diese Angelegenheit erst auf indirectem Wege, durch einen Bericht Darus, und unter mannigfachen Entstellungen mitgetheilt worden[1]); Napoleon verlangt eine eclatante Genugthuung, die Todesstrafe der Schuldigen. Champagny hat zu Knobelsdorff gesagt, der Kaiser werde seinen Bevollmächtigten in Preußen Befehl geben, die Verhandlungen abzubrechen; Bitte an Alexander, den üblen Folgen, die von dem Ereigniß zu befürchten sind, durch seine Verwendung zuvorzukommen, und Übersendung von Abschriften, aus denen die Grundlosigkeit der Geldforderungen Daru's erhellt. — Schöler, der an einem Fieberanfall erkrankt ist, macht dem Kaiser schriftliche Mittheilung von den eingetroffenen Nachrichten. —

Nachschrift vom 8. October. Ganz Petersburg ist voll von Gerüchten über die Scene, die im Königsberger Theater gespielt haben soll; man spricht von Napoleon's Forderung, „daß zur Genugthuung ein Paar füsilirt werden".

Nachschrift vom 11. October. Der Kaiser ist am heutigen Tage nach Witebsk abgereist; am 10. Abends hat Schöler ihn noch in Kameniostrow gesprochen.

82. Schöler an den König.

St. Petersburg, 13. October 1807, Abends 10 Uhr. Ohne Präsentatum.

General-Rapport des Gesandten über seine Unterredungen mit dem Kaiser bis zu dessen Abreise nach Witebsk am 11. October.

Ich hatte am 26. September, am Tage nach meiner Ankunft ohne alle weitere Ceremonie die erste Audienz. In dieser überreichte ich meine Briefe und entledigte mich mit kurzen Worten der vorzüglichsten Punkte meines Auftrages.

Auf meine Vorstellung, daß das Schlimmste der verzögerten Räumung in der Aufwieglung und Irreleitung der Unterthanen bestehe, indem man daraus Absichten und Pläne gegen die königliche Familie selbst herleiten müsse, die für

1) Es ist niemals aufgeklärt worden, was an dem Vorgang Thatsächliches war; eine von dem König niedergesetzte Untersuchungscommission mußte ihre Thätigkeit wegen Mangel an Beweismaterial einstellen: man kennt weder das Stück, das zu der Demonstration Anlaß gab, noch den Tag, an welchem sie stattfand.

Rußlands eigenes Interesse höchst gefährlich wären, antworteten des Kaisers Majestät:

„Hierüber können nicht zweierlei Meinungen statt finden, leider ist aber die Lage nicht so, als man sie wünschen möchte. Zu kräftigen Maßregeln ist es noch nicht Zeit, und auf andern Wegen wird man nur getäuscht! General Savary, den ich gleich nach dem Empfange der ersten Mittheilung des Königs über diesen Gegenstand gesprochen habe, sagte mir nicht nur, daß er das Betragen der französischen Generale um so weniger begreifen könne, als Kaiser Napoleon bei Übertragung des Gouvernements von Königsberg ihm gesagt habe, daß er in sein Betragen gegen die Stadt soviel Schonung als möglich legen möge, sondern gab mir auch bald darauf Briefe an den General Rapp zur Durchsicht, in welchen er ihn wegen seines Benehmens in Danzig vor dem Kaiser selbst verantwortlich zu machen drohte. — Indessen, wer kann bei diesen Leuten gut davor sagen, daß diese Briefe wirklich abgeschickt, oder durch Postscripte nicht anders gedeutet sind? — Ich pflichte sehr der Meinung bei, daß andere politische Zwecke die Veranlassung der verzögerten Räumung von Preußen sind, und glaube sogar mich nicht zu trügen, daß man sehen will, ob Rußland, wenn etwa die in der Ostsee erschienenen Engländer auch seine Häfen bedrohen möchten, nicht wieder gegen Frankreich sich erklären werde. Indessen konnte ich doch vor der Hand nichts thun, als im freundschaftlichen Tone für Preußen mich verwenden, bis nach ein paar Monaten vielleicht ich wieder in dem Stand sein werde, eine kräftigere Sprache zu führen, so wie sie jetzt schon etwas kräftiger sein kann als damals. Einstweilen habe ich auf jene erste Verwendung noch keine Antwort".

Ich äußerte hier etwas über die Muthmaßung, die man gehegt, daß der Kammerherr Montesquiou (S. 375) in Betreff der preußischen Angelegenheiten wichtige Dinge überbracht habe.

„Nichts als die dänische Angelegenheit", erwiderten Se. Majestät, „lesen Sie selbst", und gaben mir mit diesen Worten den Brief des Kaisers Napoleon, dessen Inhalt ich so viel möglich, aus einer flüchtigen Durchsicht, nach dem Gedächtniß, im Allgemeinen hier einschalte: [1])

„Euere Majestät werden die Nachricht von Englands Anfall auf Dänemark schon erhalten haben und mit mir über diese unerhörte Handlung gleichen Unwillen hegen. — Ich habe sogleich nach Cadix und anderen Häfen des Mittelmeeres Couriere expedirt, um Euerer Majestät Schiffe von diesem Vorgange zu benachrichtigen, damit sie auf ihrer Hut sein können. Ich hoffe damit Euerer Maj. einen angenehmen Dienst geleistet zu haben. — Sehr begierig bin ich,

1) Es ist der ziemlich genaue Inhalt des Briefes, den Napoleon am 26. August 1807 an Alexander geschrieben hatte, vgl. Corresp. XV p. 553.

Euerer Majestät Meinung zu vernehmen, was Sie hiernach zu thun entschlossen sind. — Auf jeden Fall habe ich eine Armee bei Hamburg versammelt. Ich bin gewiß, Euere Majestät mißbilligen aufs Höchste dieses Verfahren, und haben vielleicht schon Schritte gethan, um den König von Schweden zu vermögen, sich wegen dieses Betragens der Engländer, das ihn selbst so sehr beeinträchtigt, gegen dieselben zu erklären". —

Diese Geflissenheit des Kaisers Napoleon, Rußland beeinträchtigt und bedroht zu erklären, dieses Anerbieten seiner Armee, dieses Verlangen, Nachricht zu erhalten, drückten meiner Empfindung nach zu sehr den Wunsch aus, zu einer entscheidenden Erklärung gegen England zu reizen und Schweden zur Abänderung seines bisherigen Systems zu bewegen, als daß man das Dasein solcher bestimmten Verhältnisse jetzt schon annehmen könne.

Indessen die Kürze der Zeit erlaubte mir nicht, dieses tiefer zu ergründen, und Seine Majestät sagten nur:

„Es ist wahr, dieses Benehmen der Engländer vor Kopenhagen ist grausam"; und auf meine Vorstellung, daß sie vielleicht geglaubt hätten, ein praevenire spielen zu müssen, erwiderten Sie: „Das mag sein, aber die Art, wie sie es ausführten, ist atroce und unedel, giebt Frankreich Waffen in die Hand, die Meinungen sich zu gewinnen, und hat für den Continent doch immer das sehr Gehässige, daß er diese Macht, die so lange der Landkrieg dauerte, unthätig blieb, jetzt, wo es auf ihren Privatvortheil ankommt, ausschließlich auf die Zerstörung eines Mittels, welches ihrem Übergewicht zur See Eintrag thun könnte, eine Masse von Kräften entwickeln sieht, mit welchen sie ganz unstreitig einen sehr günstigen Ausschlag für den Landkrieg gegeben haben würde".

Der Kaiser erbrach jetzt erst den Brief Euerer Königlichen Majestät, den Er so lange in den Händen gehalten hatte, und nach einer sehr aufmerksamen Durchsicht sagte Er, mit dem Finger auf den Schluß hinzeigend:

„Dies ist in der That eine sehr schwere Aufgabe. Rathe ich dem Könige, den Erfolg meiner Verwendungen abzuwarten, wer steht mir nach der Lage der Dinge und dem Charakter der Menschen, mit welchen man zu thun hat, dafür, daß er günstig sei? Und rathe ich zum Gegentheil, so verliert der König vielleicht unnöthig mehr, als es der Friede von Tilsit fordert. Es verdient also wirklich eine sehr ernsthafte Reflexion. Haben Sie mir vielleicht sonst noch etwas zu geben?" „Dieses Memoire, Sire!" „Gut! — Wir sprechen uns öfter und weitläuftiger über alle andern Gegenstände. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie sehr ich mich freue, daß der König gerade Sie gewählt hat. Sie wissen, daß ich mit Ihnen ohne Rückhalt rede ꝛc."

Den lebhaften Antheil, den der Kaiser in dieser ganzen Unterredung an Euerer Königl. Maj. Person und ganzes Haus ausdrückte, berühre ich hier in der Voraussetzung nur allgemein, daß Allerhöchstdenenselben hiervon ohnehin die lebhafteste Überzeugung beiwohnt.

In dem Zwischenraume von dieser ersten Audienz bis zur zweiten hatte ich Zeit, Beläge über den Geist und die Stimmung des Publikums und der Armee und Aufklärung über das Mißvergnügen derselben zu erhalten.

Das hiesige corps diplomatique urtheilt über Englands Betragen ungefähr ebenso, wie Seine Majestät der Kaiser, das handelnde Publikum bedauert aber doch mehr den Geldcurs, der niedriger als je steht, das Stocken aller Geschäfte und die gänzliche Störung des Postenlaufs, welches hier die Folgen der gespannten Verhältnisse sind.

Über den Tilsiter Frieden urtheilt jenes: Rußland habe in demselben mit seiner eigenen Unabhängigkeit die des ganzen Continents zu Grabe getragen, und mißt dieses sehr allgemein dem Kaiser persönlich bei. Denn diejenigen Männer, deren Friedensneigung von dem General Bennigsen mißbraucht worden ist, z. B. der Großfürst Constantin, Czartorinsky, Nowosilzoff, Stroganoff und viele andere, sagen jetzt: „Wir haben den Frieden gewollt, als es Zeit, und wir in der Lage waren, ihn ehrenvoll zu machen; an diesem schimpflichen Frieden haben wir keinen Theil.

Diese Männer alle rangiren sich jetzt mehr oder weniger zu der ächt-russischen Partei, an deren Spitze die Kaiserin-Mutter steht, die um einen gewissen Einfluß zu behalten —, man möchte sagen auf eine mütterliche Weise —, die Opposition der von dem Kaiser bisher ergriffenen Maßregeln bildet, und wodurch bei der großen Condescendance dieses Monarchen für seine Mutter, es allein sich erklärt, daß bei so viel Beweisen absichtlicher Bosheit General Bennigsen doch eigentlich nur mit einer simplen Suspension von Geschäften bestraft ist.

Das Militär ist nicht weniger mißvergnügt, ungeachtet es mit Gnadenbezeigungen, in der hiesigen Garnison wenigstens, überschwemmt ist. Ich sah am Sonntage die große Parade im Gefolge des Kaisers. Alle Garden waren neu, in feinerem Tuche gekleidet, die Officiere durch Epaulettes nach den Graden unterschieden, jedoch mit Beibehaltung des Achselbandes. Die Glieder öffneten sich nicht, und die Officiere blieben im Gliede; es wurden französische Märsche geblasen, und der Kaiser nebst seiner Suite stiegen nicht, wie ehedem, vom Pferde, als der Parademarsch begann. Die häufigen Gnadenbezeugungen sind meistens an die Adjudantur vertheilt, und einem einzelnen Individuum oft drei und vier verschiedene gegeben worden.

Dieses an sich nur aus Kleinigkeiten Bestehende hat auf die Stimmung der Armee für den Kaiser dennoch sehr nachtheilig gewirkt. Die russische Armee, so wie eine jede von ihrer Stärke und Bedeutung, hält sich für zu wichtig, (um) nachzuahmen, und die einseitige Vertheilung der Orden hat nur Undankbare und Unzufriedene gemacht.

Am Sonnabend (den 3. October) hatte ich endlich meine zweite Audienz bei des Kaisers Majestät, in welcher ich, ungeachtet sie von längerer Dauer als die

erste war, dennoch bei weitem nicht alle Gegenstände meines Auftrages erschöpfen konnte. Der Hauptgegenstand der Unterhaltung war der Brief, den der Kaiser Alexander noch durch den General Grafen Tolstoi an den französischen Kaiser gelangen lassen wollte, und es schien mir gleich anfänglich, als wenn über diesen Gegenstand Zweifel in dem Gemüthe des Kaisers herrschten, die er nur erst von außen her empfangen haben mußte. Seine erste Äußerung war:

„Wird nicht ein solcher Brief, den ich übrigens zu schreiben und abzusenden nicht säumen würde, indem er sich offenbar als eine Frucht nachgesuchter Verwendungen ankündiget, die Eigenliebe beleidigen und so dem Interesse des Königs nachtheilig werden können?" —

Ich bekämpfte dieses mit den Gründen, daß bereits eine Verwendung von Seiten Rußlands ergangen, auch Graf Tolstoi damit beauftragt sei, und dieser Brief ganz ungezwungen der zufälligen Veranlassung, daß die Reise des Kaisers Euere Königl. Maj. bewogen, Seinen Rath sich zu erbitten, beigemessen werden könne. Diese Gründe fanden Eingang und Seine Maj. versprachen die ungesäumte Abfertigung eines Couriers an den Grafen Tolstoi, mit einem solchen in den behutsamsten Ausdrücken abgefaßten Briefe.

Die Einwirkungen von außen her werden bestätigt durch die Worte des Kaisers.

„Ich glaube, um den Machinationen der Franzosen sobald als möglich entgegen zu wirken, wäre es in der That das Beste, daß der König das Opfer in Ansehung Danzigs und der Militärstraße durch Schlesien bringen wolle".

Schöler geht dann näher auf die Verhandlungen in Elbing ein: die Äußerungen Soult's gäben Anlaß zu der Besorgniß, daß selbst die Räumung des Landes bis zur Weichsel erst nach Abbezahlung der gesammten Kriegsschuld erfolgen werde. Er bittet den Kaiser, die Nothlage Preußens lebhafter zu beherzigen, als seine Minister es zu wünschen schienen.

Hierauf antworteten Seine Maj. der Kaiser nicht direct, sondern sagten nur:

„In diesem Punkte thun Sie wohl meinen Ministern Unrecht, denn daß dieselben in der Conferenz mit Ihnen oft auf diesen Punkt zurückgekommen, rührt nicht daher, daß meine Minister diese Bedingung der Contribution für recht anerkennten, sondern von ihrer leider nicht unbegründeten Besorgniß, dies würde der fortdauernde Vorwand der Franzosen bleiben".

„Rußlands Politik ist, sich ganz ruhig verhalten", — mit diesem Worte bezeichnet Schöler den Grundsatz Romanzoff's (S. 16). — In Betreff seines Verhältnisses zu England sagt Alexander:

„Die Reise nach Witebsk sollte wirklich statthaben, aber der Anfall, den ich auf meine Residenz selbst zu besorgen hatte, hinderte dieses. Seitdem haben die Herren zwar solche Äußerungen gemacht, als wenn sie, ich weiß nicht recht warum, mich von der Sache zu trennen wünschten, allein ich gestehe es, die Art, wie die Engländer vor Kopenhagen sich betragen haben, empört mich. — Unter dem Deckmantel, Landungen auf dem Continent zu machen, erscheinen sie bei

Seeland, kaufen die ganze Insel leer von Proviant, in weit größerer Quantität als ihr Bedürfniß war, und nachdem die Dänen selbst hiebei ihnen allen möglichen Vorschub gethan haben, erklären sie sich als Feinde. Nein, ich gestehe es Ihnen, ich bin über das Betragen des St. Jamer Cabinets und des Ministeriums sehr indignirt".

Schöler bringt dann die Rede auf das Verhältniß zwischen Rußland und Österreich. Hierauf antwortete der Kaiser:

„Was mein Verhältniß mit Österreich betrifft, so sind wir guten Tag und guten Weg zusammen und haben nichts zu theilen. — Ein Krieg mit Frankreich wäre ein sehr thörichtes Beginnen; in der jetzigen Lage der Dinge wäre Preußens Untergang die unausbleibliche Folge, und auf keine Weise ein Vortheil davon zu erwarten. Übrigens hat der König nicht nur ein völliges Recht, von mir das ganze politische Lagenverhältniß zu fordern, sondern auch wohl gethan, mir Sie zu schicken, mit dem ich gewohnt bin, ohne Rückhalt über diese Gegenstände zu sprechen".

In der Zwischenzeit von dieser zweiten bis zur dritten Audienz, welche erst den 10. October statt fand, war ich größtentheils krank und am Ausgehen gehindert.

Als ich am 9. des Morgens die Rückkehr Seiner Majestät des Kaisers von Gatschina[1]), wo er wöchentlich ein paar Tage zubringt, erfahren hatte, wagte ich es, eine Audienz mir zu erbitten, und erhielt darauf unverzüglich ein Handbillet zurück, welches ich Euerer Königl. Maj. allerunterthänigst in Abschrift hierunter einschalte, weil daraus die persönliche Gesinnung des Kaisers gegen Euere Königl. Maj. hervorgeht, zugleich aber auch die Reizbarkeit dieses Monarchen, welche der Widerspruch seiner eigenen Denkungsart gegen das, was man als Rußlands Bestes jetzt nöthig erachtet, in sein Gemüth legt, indem ich allerdings warm für Euerer Königl. Majestät Interesse in meinem Schreiben mich ausgedrückt, aber wahrlich nicht mit einer Silbe Zweifel an den Gesinnungen des Kaisers geäußert hatte.

»J'étais sur le point de prendre la plume pour Vous engager à venir dîner demain chez moi, quand j'ai reçu Votre billet. Je me serais empressé de satisfaire a Votre demande, mais Vous me demandez une longue conférence, et aujourd'hui tout mon temps se trouve pris, ainsi je ne puis Vous recevoir que demain après le dîner et je m'arrangerai de manière à satisfaire à Vos désirs. Je ne puis cependant pas, ne pas Vous observer, malgré l'amitié sincère que je Vous porte, que mes sentiments pour le Roi n'ont nullement besoin d'être stimulés, et que je crois là dessus être à l'abri de reproches. Tout à Vous«. —

1) Dem Lustschloß der Kaiserin-Mutter.

Die plötzlich wieder (auf den 11. October) anberaumte Abreise des Kaisers nach Witebsk zur Besichtigung neuer Divisionen hatte alle Departements-Minister, die nach wie vor die Geschäfte verwalten, in Kamenioſtrow versammelt, und es wurde $^1/_2$7 Uhr, ehe wir uns zur Tafel setzten. Dagegen dauerte diese kaum eine halbe Stunde, und ungefähr um 8 Uhr ward ich zu Seiner Majestät gerufen.

Ich schilderte dem Kaiser zuvörderst meinen lebhaften Schmerz, Ihm zufolge der Äußerung am Schlusse Seines sonst so gnädigsten Handbillets, wie es schiene, durch irgend einen Ausdruck meines letztern Schreibens, mißfällig geworden zu sein; indem ich die Betheuerung hinzufügte, daß Niemand mehr als ich von Seinen Gesinnungen gegen die Person meines Monarchen überzeugt und daß gerade dieser Überzeugung es beizumessen sei, wenn ich meine eigenen Empfindungen über meines Königs unangenehme Lage in ihrer ganzen Lebhaftigkeit ausgedrückt habe; allein Seine Majestät waren so gütig zu antworten:

„Sprechen wir davon nicht; ich gestehe, daß nichts mir schmerzhafter ist, als meine Denkungsart gegen den König auf irgend eine Art falsch beurtheilt zu sehen, zugleich aber auch, daß ich dieses von Ihnen nach dem Durchlesen Ihres Briefes nur auf einen Augenblick möglich gehalten, und deshalb nachher mir selbst Vorwürfe gemacht, daß ich Ihnen in dieser ersten Aufwallung antwortete".

Schöler bespricht nun den Vorfall im Königsberger Theater (Nr. 81), die Forderungen Daru's und beantragt eine „freundschaftliche, aber doch kräftige Verwendung für Preußen", — zu der Rußland als Garant des Tilsiter Friedens berechtigt sei. — Weiter erörtert Schöler: der Friede zwischen Frankreich und England sei für Rußland ebenso wünschenswerth wie für Preußen. Er erinnert den Kaiser an das, was dieser ihm bei der Abschiedsaudienz in Tilsit gesagt: er, der Czar, hoffe beim Friedensschluß mit England noch etwas für Preußen thun zu können. Sei Alexander jedoch der ernstlichen Meinung, daß seine Intervention bei Napoleon fruchtlos bleiben werde, so möge er dies unverhohlen dem König mittheilen und zugleich die „feierliche Versicherung hinzufügen, daß Alles was Preußen in dieser Lage dann zu seiner Rettung zu thun genöthigt sein dürfte, es nie gegen Rußland compromittiren könne, wenn etwa große politische Umänderungen, die, wenn auch nicht wahrscheinlich, so doch möglich sind, stattfinden könnten". Alexander erwiderte:

„Ich muß zwar nach einigen mir bekannt gewordenen Nachrichten Königsberger englischer Handlungshäuser an hiesige, die also nicht verdächtig sind, glauben, daß an dem Vorfall in der Comödie doch etwas Wahres sei, und ich begreife nicht, wie man in dem jetzigen Augenblick so unvorsichtig hat sein können, eine wirkliche französische Uniform aufs Theater zu bringen, welches man immer bei allen Uniformen für unschicklich gehalten, und mit Phantasieuniformen sich ausgeholfen hat. Indessen dieses ist gleichgültig, die Sache ist an sich zu unbedeutend und die Genugthuung, die man fordert, abscheulich. Ich hoffe hiervon den General Savary, den ich heute noch spreche, zu überzeugen.

„Was die Äußerungen des p. Daru betrifft, so beweisen sie in der That absichtlichen Mißbrauch der Übermacht und eine Willkür, die sich ungescheut offenbaret, auch sehe ich es wohl ein, daß die Abtragung dieser enormen Contribution

an die Unmöglichkeit grenzt, und gebe zu, daß die Absicht des Kaisers Napoleon dahin gehe, Preußen möglichst zu schwächen. Wozu aber da, wo schon so viel wirkliches Übel ist, sich noch mit schwärzeren Vorstellungen plagen, die, wenn sie wirklich in Napoleon's Planen lägen, er früher oder später doch zu erreichen wissen würde, die aber meiner Ansicht nach nicht darin liegen, theils weil er dann das, woraus man es folgert, und was wohl nur Plackereien der Unterbehörden und Mißmuth des nach Frankreich sich zurücksehnenden Militärs sein mag, besser verschleiern würde, theils weil doch aus mehreren Äußerungen Napoleon's, unter andern aus der Art, wie er sich über die Königin gegen die Fürstin von Thurn und Taxis ausgedrückt hat, nicht wohl auf einen persönlichen Haß sich schließen läßt? — Warum nicht lieber Alles anwenden, das kleinste Übel wählen zu können, d. h. Mittel zu finden, den Forderungen zu genügen und dadurch den Aufenthalt der Franzosen in des Königs Staaten möglichst zu verkürzen? Sie wissen, daß ich nicht im Stande bin, einen Krieg gegen Frankreich zu unternehmen, und ohne die Hoffnung eines vorzüglich glücklichen Erfolgs wäre, sicher nach des Königs eigner Überzeugung, dieser Krieg das größte Übel, welches Preußen begegnen könnte. Drohen und jede sogenannte kräftige Vorstellung muß doch wenigstens eine Drohung verstecken, enthüllt aber, wenn man diesen Drohungen keine Folge geben kann, die Schwäche nur noch mehr, und könnte also nur das Übel ärger machen. Daß ich es nicht an freundschaftlichen Vorstellungen fehlen lassen werde, davon kann der König, der meine Gesinnungen kennt, eben so überzeugt sein, als er überzeugt ist, daß mich nur die absolute Nothwendigkeit dazu gebracht hat, seine Vertheidigung durch die Gewalt aufzugeben. — Ich habe auch dieses Mittel gleich auf des Königs ersten Brief mündlich bei dem General Savary und schriftlich bei dem Kaiser Napoleon selbst angewendet, ich habe den Grafen Tolstoi hiernach instruiren lassen und ihm jetzt den zweiten Brief auf Ihr Begehren und ganz in dem gewünschten Sinne nachgeschickt, so wie ich dieses auch gerne noch öfter wiederholen will; wenngleich Kaiser Napoleon mir noch nicht die Ehre erzeigt hat, den ersten Brief zu beantworten. — Allein welche Garantie kann ich für den Erfolg geben, da wir es nicht mit Gefühlen beßrer Art, sondern mit der kalten Entschlossenheit zu thun haben, die Übermacht gelten zu lassen, der wir nichts entgegensetzen können.

„Ich kann, glaube ich, dem Könige keinen stärkeren Beweis von der Aufrichtigkeit meiner Gesinnungen geben, als daß ich, anstatt auf meine Verwendungen bei Napoleon einen Werth zu legen, Ihm grade heraus gestehe, daß ich mir wenig oder gar nichts davon verspreche, daß ich Ihm selbst anrathe, sich ganz allein an Napoleon zu wenden, in seine Ideen, soweit es der König nur immer für rathsam hält, einzugehen und dadurch wenigstens seiner Eitelkeit zu schmeicheln. — Diese Aufrichtigkeit meiner Gesinnungen gegen den König ist es auch allein, die mich bei der Kenntniß der gedachten Eitelkeit die Einwendung hat aufstellen lassen, ob meine Dazwischenkunft nicht gerade dem Könige in seinem

Interesse schaden könne, und sie kann Ihm Bürgschaft sein, daß bei Allem, was er zu thun nöthig findet, ich nicht aufhören werde, dieselben Gesinnungen zu hegen, fortdauernd bei Frankreich zu seinem Vortheile zu reden, und selbst zu allen Mitteln, die er zur Erfüllung dessen, was man von Ihm fordert, in meiner Macht glaubt und die es wirklich sind, gerne die Hände zu bieten.

„Was nun den Frieden zwischen England und Frankreich anbetrifft, so halte ich denselben in der That nach wie vor für das Wünschenswertheste für Preußen, auch selbst für Rußland, und aus den geheimen Artikeln des Friedens von Tilsit wird der König sich überzeugt haben [1]), daß jene Hoffnung, Preußens Lage alsdann noch zu verbessern, nicht ungegründet war [2]). — Allein gestehen Sie selbst, daß England, von Frankreich dazu besoldet, nicht dem Vortheile des letzteren entsprechender hätte handeln können. Die Mediation hat England nach langem Ausweichen endlich bestimmt abgeschlagen und sein Benehmen gegen Copenhagen, das so, wie es stattgefunden, ich weder für Nothwehr, noch für eine Folge des Friedens annehmen kann, hat mich, als Garant des baltischen Meeres, genöthigt, Erklärungen zu fordern und Gegenerklärungen zu geben, die zwar noch nicht feindschaftlich sind, die aber der Himmel weiß wohin führen können und auf jeden Fall die Möglichkeit des Friedens entfernen. Die Herrschaft zur See könnte es behaupten, ohne grausam zu sein und ohne den Handel und die Schifffahrt seiner Freunde, wie die seiner Feinde zu zerstören. Die Meinungen über Rußlands und Englands Handelsverhältnisse sind, wie ich ganz wohl weiß, sehr verschieden, dieser Gegenstand ist aber von untergeordneter Natur. —

„Daß Rußland, bei einer Politik, die Frankreichs sonstigen Planen nichts entgegenstellt, doch von demselben sich direct oder auch nur indirect angefallen sehen sollte, glaube ich wenigstens in den nächsten paar Jahren nicht zu befürchten zu haben; sollte es aber auch früher oder später der Fall sein, so kann ich nichts dagegen thun, als im Stillen mich darauf vorzubereiten und dann meine Existenz und Unabhängigkeit so theuer als möglich zu verkaufen. Sicher werde ich Alles, nur nicht Krieg anwenden, um Preußens Unabhängigkeit möglichst fortdauern zu lassen, auch mich wohl hüten, Frankreich gegen Österreich zu provociren, sondern gegentheils wünschen, daß Letzteres intact bleibe. — Sollten es aber Napoleon's ehrgeizige Pläne doch zu einem Kriege mit Österreich bringen, so nehme ich bestimmt keinen Theil daran; — denn ehe ich noch dazu kommen könnte, mitzuwirken, würde schon wieder eine Friedensunterhandlung auf dem Tapet sein!

---

1) (Anmerkung Schölers): Als ich bei dieser Äußerung Sr. Majestät dem Kaiser bemerkte, daß ich selbst von dem Stattfinden dieser Mittheilung nichts wisse, sagte er: „Es freut mich, daß man dieses so geheim bei Ihnen hält und ich wünsche, daß Sie selbst von dieser Äußerung von mir Ihren Minister nichts wissen lassen". —

2) Vgl. S. 51.

„Da wir jetzt auf die politischen Verhältnisse einmal gekommen sind, über welche der König Aufklärung wünscht, so will ich Ihnen jetzt gleich noch das hinzufügen, daß mein Verhältniß gegen Frankreich noch gerade so ist, auch wohl so bleiben dürfte, als es der Friede von Tilsit bestimmte, und daß Schweden sich nicht gegen mich erklärt, aber jetzt im October in Finnland Exercierläger zusammenzieht, Magazine anlegt und mich nöthigt, Truppen in diese ganz entblößte Provinz zu schicken, die jetzt wirklich in vollem Marsche sind. — Auch über die Bestimmung der schwedischen Truppen, die von Carlskrona abgegangen sind, weiß ich nichts, und wenn also mein Verhältniß auch mit dieser Macht nicht feindlich ist, so ist es doch ebenso wie das mit England dazu geeignet, mir große Unkosten zu machen, indem ich doch immer gegen sie, die Feinde Frankreichs, auf meiner Hut sein muß und also von ihnen dieser Macht beinahe gleich behandelt werde.

„Mit der Pforte endlich ist ein Waffenstillstand geschlossen; zwei Punkte hingegen, die Rückgabe der genommenen Schiffe und die Verlegung des Aufkündigungstermins bis zum Frühjahr, kann ich mir nicht gefallen lassen, und werden (sie), wenn die Türken darauf bestehen, aufs Neue den Ausbruch des Krieges veranlassen (S. 92). Gegentheils aber würde ich Frieden nach meinen alten Grundsätzen schließen, d. h. die Moldau, wo jetzt noch meine Armee steht, und die Walachei tractatenmäßig zurückgeben.

„Was endlich die feierliche Zusage betrifft, daß Rußland nie einen Vorwurf gegen Preußen aus den Entschließungen, welche der König jetzt zu seiner gänzlichen Sicherstellung nothwendig finden dürfte, herleiten werde (S. 384), so kann ich freilich nur so lange für Rußland bürgen, als ich lebe, so lange aber, glaube ich, wird der König überzeugt sein, daß eben so wenig als ich eine Änderung seiner Gesinnungen gegen mich möglich halte, die meinige gegen ihn durch irgend eine politische Veränderung seiner Lage, sie sei zum Schlimmen oder zum Guten, abgeändert werden kann". —

Nach seiner Rückkehr wird der Kaiser persönlich an den König schreiben.

83. Der König an Schöler.

Memel,
23. October 1807.

Mein lieber Major von Schöler. Die in Eueren interessanten Berichten vom 7. bis 11. October aufgestellten Ansichten haben zwar Meine bedrängte Lage um Nichts gebessert, dem ohnerachtet aber sind Mir die biedern offenherzigen Äußerungen Seiner Maj. des Kaisers von Rußland unendlich wichtig, so wie die neuen Beweise Seiner unwandelbaren Freundschaft überaus schätzbar gewesen. Schon vorher sah Ich mit Ihm ein, daß Mir unter den gegenwärtigen Umständen kein anderer Ausweg mehr übrig blieb, als den französischen Forderungen, so schrecklich niederschlagend sie auch sein mochten, möglichst nachzugeben; und

nach diesem nothgedrungenen Grundsatze habe Ich dann auch bereits, wie Ihr aus Meinen letzten Depeschen an den Grafen von Lehndorf ersehen habt, nicht allein den ungeheuren Contributionsanschlag des Generalintendanten Daru bewilliget, sondern auch die zur Bestimmung der Communicationsstraße zwischen Sachsen und dem Herzogthum Warschau vorgeschriebene Convention ganz im französischen Sinn vollziehen lassen. Ebenso nachsichtlich soll nun auch die Abgrenzung der an Sachsen übergehenden altpolnischen Provinzen zu Stande gebracht werden, und damit den französischen Behörden jeder weitere Vorwand einer diesseitigen Weigerung benommen werde, will Ich Mich gleichfalls entschließen, die Abtretung von Neuschlesien und die tractatwidrige Erweiterung des Danziger Gebiets unter gewissen Bedingungen einzuräumen. . .

Hoffnung des Königs auf eine „thätige und zweckmäßige" Verwendung Alexander's für die Räumung Preußens.

84. Schöler an den König.

St. Petersburg, $\frac{14}{26}$. October 1807.

Präsentirt Memel, am 5. November 1807.

Rückkehr Alexander's von Witebsk am 22. October. Schöler macht Mittheilung von der Besitzergreifung der Civilverwaltung in Westpreußen und dem noch nicht geräumten Theil von Ostpreußen durch die französische Verwaltung (S. 24). Alexander erwidert ihm: „Ja, darum wünschte ich so sehr, daß der König schon eher die Möglichkeit eingesehen und nachgegeben hätte!"

Diesen Morgen hatte ich Gelegenheit den Obristlieutenant Wilson zu sprechen[1]), der seit seiner Rückkehr von London öfter eine Unterhaltung mit mir gewünscht hatte; das Resultat seiner Äußerungen war ungefähr folgendes: „Nie hat ein Gouvernement mehr guten Willen gehabt, alles dasjenige zu thun, was Rußland Vergnügen machen kann und seinem wahren Vortheil angemessen ist, als das jetzige britische Ministerium. Es würde auch nicht abgeneigt sein, Frieden zu machen, nur müßte dieser Frieden die Mächte des Continents in ihrer Lage verbessern, denn soll der Continent, Rußland nicht ausgenommen, in seiner ganzen abhängigen Lage, in der er heute ist, bleiben, dann hat England freilich keinen Grund, Frieden zu machen, sondern vielmehr den Krieg ewig fortzusetzen.

„Thöricht ist es zu glauben, daß die englische Nation über die neuesten Maßregeln der Regierung mißvergnügt sei; 60 Schiffe, welche das Volk nach England bringen sieht, verschaffen ihnen ungetheilten Beifall, so wie sie auch jeder Unparteiische billigen muß, der die Sache aus einem höheren Gesichtspunkt zu betrachten im Stande ist.

„Wer kann uns sagen, daß England nichts von der dänischen Flotte zu

1) Vgl. Actenst. Nr. 48. 51. 53.

fürchten gehabt hätte, da wir Napoleon's Drohung gegen Portugal kennen: die königliche Familie hört auf zu regieren, oder bekriegt England! — Die englische Regierung fürchtet daher nichts in Hinsicht der Stimmung des Landes selbst, sondern ihr einziger Bewegungsgrund, Anträge zu machen, ist: daß nicht ungegründete Besorgnisse vor England die Mächte des Continents bewegen, auf Frankreichs Seite sich zu rangiren, das heißt, sich ganz in dessen Gewalt zu begeben. Sie ist demnach weit entfernt, feindselig gegen Rußland und Preußen verfahren zu wollen, und ebenso weit entfernt zu fordern, daß Rußland mit Frankreich sich veruneinige, weil dieses jetzt nur die Vollendung des Ruins vom ganzen Continent sein würde. Gegentheils ist sie bereit, ganz so sich zu benehmen, daß Rußland nach und nach die Unabhängigkeit und auch das Gewicht wieder erhalten kann, der ungeheuren Willkür von Frankreich einigermaßen sich entgegen zu stellen, und zu dem Ende bereit, alle diejenigen Demonstrationen zu machen, welche die französische Macht in Deutschland mindern müssen. — Ebenso würde England bedacht sein, das Festsetzen der Franzosen in Griechenland, was doch niemals Rußland angenehm sein kann, zu verhindern, dagegen aber keiner Vergrößerung von Rußland und von Österreich auf Kosten der Pforte sich widersetzen.

„Alle diese Gegenstände sind die wahre Meinung des Gouvernements, worüber ich schriftliche Beweise habe. Daß man aber des Ambassadeurs [1]) nicht zuerst hierin sich bedient, liegt darin, daß man die Sache nicht sogleich in die Hände des Ministeriums kommen lassen will, dessen ungünstige Gesinnung gegen uns nur zu bekannt ist. Weil man aber dieses merkt, so sucht man alle möglichen Hindernisse mir in den Weg zu stellen, den Kaiser persönlich zu sprechen, und wenn mir dieses zwar in Hinsicht der herablassenden Güte, welche der Kaiser sonst gegen mich bezeigte, sehr schmerzhaft ist, mich aber nicht abhalten kann, alles zu versuchen, so muß man doch auf der andern Seite nicht vergessen, daß eine solche Zurücksetzung Englands gegen Frankreich die Gemüther bei uns erbittert, was nur der guten Sache schaden kann". —

Ich faßte den Obristlieutenant Wilson bei dieser Äußerung, um ihm zu sagen, daß ich nicht nur die Ansicht, nach welcher ein allgemeiner Friede, wodurch die Continentalmächte nach Möglichkeit gehoben würden, zu wünschen wäre, für die reinste Politik dieses Augenblicks, sondern auch für unverletzliche Pflicht eines jeden halte, der es gut meine, die persönlichen Erbitterungen möglichst zu vermindern, und da wo Mißverständniß oder Bosheit sie entstehen lassen, nach Kräften aus dem Weg zu räumen.

Dies schien dem Oberstlieutenant Wilson in Rücksicht des Zutritts, den ich zur Person Seiner Majestät des Kaisers habe, sehr zu gefallen, und ich benutzte dieses, um ihn zu fragen: welche Gesinnungen er glaube, daß das britische Gouvernement in Ansehung der Beschwerden habe, welche man über die Grund-

1) Nämlich des englischen Gesandten in Petersburg Lord Granville Lewison Gower.

sätze des englischen Seerechts führe, und welche in Betreff der Abtretung von Hannover, die Napoleon, um Deutschland ganz zu beherrschen, doch sicher fordern werde? Er erwiderte: „Ganz eigentlich kann ich hierüber keine Bestimmung geben. Sie wissen, daß wir das Despotische der Grundsätze in unsern Seegesetzen, dessen man uns beschuldiget, nicht einräumen, und daß das englische Gouvernement sehr an die Meinung der Nation gebunden ist. So viel kann ich aber doch wohl sagen, daß Alles, was in unserm Seecodex drückend erscheint, beim Frieden von selbst verschwinden würde, und wenn Hannover, in Hinsicht, die Continentalfreiheit dadurch zu vermehren, ungezwungen und im Gefolge eines förmlichen Vertrages abgetreten werden sollte, weder das Volk noch der König für seine Person besonders etwas dagegen haben würden".

85. Schöler an den König.

St. Petersburg,
28. October 1807.

Präsentirt Memel,
am 7. November 1807.

Nach einem Gespräch mit Savary sagt Alexander zu Schöler: Der fortgesetzte Verkehr des preußischen Hofes mit England, das Verweilen Garlicke's in Memel (S. 44) gebe den Franzosen Anlaß zur Beschwerde. Der Vortheil, den der preußische Handel von einem schonenden Verfahren der Engländer zu erwarten habe, stehe außer Verhältniß zu den üblen Folgen, welche die Unzufriedenheit Napoleon's über Preußen verhängen könne. Alle Äußerungen des Czaren laufen darauf hinaus: Preußens Interesse erfordere jetzt ein unbedingtes Anschließen an Frankreich. „Die Zeit", sagt Alexander, „kann ja so vieles ändern; ändern sich aber die Umstände, so kann man auch seine Politik wieder ändern".

Indem ich der billigen Anträge gedachte, die, wie man sage, Obristlieutenant Wilson mitgebracht haben solle, erwiderte der Kaiser: „England sucht allerdings uns eine goldene Brücke zu bauen, macht aber übrigens ganz unerfüllbare Anträge. Wilson ist ein Intrigant, der allerlei Vorschläge, zugleich aber auch diese Pamphlete von England mitgebracht und hier vertheilt hat. Mit diesen Worten nahm der Kaiser die Broschüre: »Les reflections sur la paix de Tilsit« vom Tische und hielt sie mir hin.

86a. Schöler an den König.

St. Petersburg,
$\frac{2}{14}$. November 1807.

Euerer Königlichen Majestät beeile ich mich den allerunterthänigsten Rapport von der soeben beendigten Audienz ungesäumt niederzuschreiben, um die interessanten Äußerungen, welche ich hörte, so vollkommen als möglich wiederzugeben.

Seine Majestät der Kaiser erklärten, daß Sie in den zu befördernden Briefen, die morgen früh mir eingehändiget werden würden, zwar auch der neusten Begebenheiten erwähnt hätten, doch aber mir auftrügen, hierüber noch hinzuzufügen: daß die Reclamationen des Kronprinzen von Dänemark keine andere

Wahl gelassen, Seine Maj. Sich aber zu der Declaration vom 26. October gegen England hauptsächlich dadurch bewogen gefühlt hätten, daß Sie die Beendigung des Kampfes zwischen Frankreich und England, für das einzige Mittel hielten, wenigstens einigermaßen zum Stillstand und zur Ruhe zu kommen; daß Sie dieses durch die Unterbrechung aller Communication mit England für möglich hielten, indem letzteres nicht liebe, den Krieg selbst zu führen, und den Frieden von Amiens in einer weit weniger kritischen Lage eingegangen sei; und daß Sie zugleich nicht in Abrede stellen wollten, es gern zu sehen, wenn dabei die zu große Ausdehnung der englischen Übermacht zur See gelegentlich etwas eingeschränkt würde.

Schöler macht dem Kaiser Mittheilung von den letzten Forderungen Daru's (fünf Festungen u. s. w. S. 34) und deutet an, daß damit wohl zugleich eine feindliche Absicht gegen Rußland verknüpft sei.

Dies war aber unnöthig, denn der Eindruck des Unwillens und der Überraschung, welche die Kenntnißnehmung dieser Anfinnungen Frankreichs auf den Kaiser Alexander machte, war fühlbar, und er äußerte ohne Rückhalt, daß dieser Eindruck um so mehr bei ihm stattfinde, da nach dem, was ihm gesagt worden, der Räumung der preußischen Staaten keine Schwierigkeiten mehr entgegenstehen und p. p. Daru bereits von Berlin abgereist sein würde. Indem Seine Majestät der Meinung beipflichteten, daß die Äußerungen der französischen Bevollmächtigten in der Regel auf einer strikten Vorschrift beruhten, glaubten Sie, nach Vergleichung der Zeit, daß der französische Kaiser zu dieser Vorschrift wohl durch das Mißtrauen veranlaßt sein könne, welches die Marschälle Davouft und Soult über die Truppenversammlung bei Witebsk (S. 393) gefaßt und ohne Zweifel in Paris nicht weniger als hier in Petersburg durch den General Savary hätten laut werden lassen.

Aus dieser Voraussetzung folgerten Seine Majestät, daß durch die diesseitigen Versicherungen und durch die Erfahrung selbst jenes Mißtrauen schon aufgehört habe, auf jeden Fall aber die Nachricht von den gegen England genommenen Beschlüssen, welche man in Paris zu der Epoche, wo jene Vorschrift vom Kaiser Napoleon an Daru gegeben sein müßte, gar nicht muthmaßen können, es ganz vertilgen würde. Indessen würden Sie durch den nächstens nach Paris abgehenden Courier die bestimmtesten Befehle an Ihren Ambassadeur gelangen lassen, zur Abänderung dieser Maßregeln, welche der jetzt zwischen Rußland und Frankreich bestehenden Intimität so wenig entsprächen, alle Mühe anzuwenden, die denn auch gewiß nicht fruchtlos bleiben werde.

Zu gleicher Zeit gab der Kaiser Alexander der von Euerer Königl. Maj. beschlossenen Sendung des Prinzen Wilhelm Königl. Hoheit nach Paris so ganz von Herzen seinen Beifall, daß ich kein Bedenken trug, die durch das konfidentielle Schreiben des Grafen von der Goltz uns bekannt gewordenen Propositionen,

von welchen Seine Königl. Hoheit Überbringer sein sollen, Seiner Majestät mitzutheilen.

Die Antwort war, wie zu erwarten stand, nicht nur völlig genehmigend, sondern Seine Majestät wiederholten auch die mir bereits öfter gegebenen Versicherungen, daß Alles, was Euerer Königl. Maj. Verhältniß mit Frankreich verbessern könne, Ihrer vollkommnen Zustimmung allezeit gewiß sein dürfte, wie Sie denn auch bereits in Tilsit selbst den Beitritt Preußens zum Rheinbunde angerathen hätten.

„Wird Preußen endlich in Ruhe kommen, und es nicht mehr indiskret sein, davon zu sprechen", — fügte Kaiser Alexander hinzu, — „so könnte ich wohl von mehreren an Frankreich bezeigten Gefälligkeiten beweisen, daß ich dabei eben so wie in diesem Rath nur meiner Freundschaft für den König gefolgt (bin), und es vergessen habe, daß ich ein Russe bin!" Ich erwiederte hierauf, daß ein jeder, der die Begebenheiten vor und während des Friedensschlusses von Tilsit kenne, gewiß des Kaisers Alexander freundschaftliche Bemühungen, von Preußen so viel als möglich zu retten, mit voller Überzeugung eingestehen werde, daß ich aber meinerseits auch nicht verhehlen könne, die Meinung vieler, nach welcher man, die gewohnte Handlungsweise des Gegners aus der Acht lassend, zu leicht vertraut und diesseits große Gefälligkeiten eingeräumt habe, ohne erst der Gegengefälligkeiten sicher zu sein, zuweilen selbst ohne deren zu fordern, nicht so ganz ungegründet zu finden.

Hierauf äußerten Seine Majestät die merkwürdigen Worte:

„Ich räume gern ein, daß bei und nach dem Frieden manches besser eingeleitet werden könnte; indessen Frankreich kannte und kennt seine Übermacht zu gut. Drohungen sind unnütz und gefährlich; jede thätige Auflehnung hingegen würde, so lange die Übermacht Frankreichs auf der jetzigen Höhe steht, die letzten noch bestehenden Kräfte ganz aufreiben, die man doch so sehr als möglich für eine bessere Zukunft zu erhalten suchen muß. — Ich weiß wohl, daß man hiergegen einwendet, Frankreich werde auch im Frieden und bei aller Nachgiebigkeit diese Kräfte zu zerstören wissen, allein dieß ist nicht zu ändern.

„Gerade aus diesem Grunde gehe ich so weit, Preußen den Beitritt zum Rheinbunde anzurathen, wenn dieses der einzige Ausweg bleibt, Frankreichs Vertrauen zu gewinnen, denn offenbar verstärke ich dadurch die Kräfte des letztern gegen Rußland. Aber diese Kräfte bleiben dann doch bestehen in den Händen des Königs, für künftige Veränderungen noch brauchbar, anstatt daß sie bei fortdauerndem Mißtrauen Frankreichs gegen Preußen ganz zerstört würden und weder für sich selbst noch für Rußland, auch bei den günstigsten Veränderungen, je wieder etwas Vortheil bringen können!"

Ich konnte hiegegen nichts erwiedern, als daß ich herzlich wünsche, daß es immer gelingen möge, nur den wahren Mittelweg zwischen den Bemühungen um

Frankreichs Zutrauen und dem eigenen Vertrauen gegen dasselbe zu halten. „Von letzterm ist gar die Rede nicht", war die Antwort!

Da das russische Ministerium ebenfalls von den Forderungen Daru's peinlich berührt worden ist, so zweifelt Schöler nicht, daß die Intercession diesmal energischer ausfallen wird.

86b.

In einem Bericht vom 23. November schreibt Schöler: Unmittelbar nach ihm habe am 14. November Savary bei Alexander Audienz gehabt. Der Kaiser habe über die harten Forderungen Daru's Klage geführt. Savary antwortete, es sei nicht unmöglich, daß des Kaisers Reise nach Witebsk (S. 391) und die Truppenconcentrationen, die dort stattfänden, in Paris Verstimmung hervorgerufen hätten. Alexander erwidert darauf, er hoffe das Mißtrauen werde nach dem Erlaß des Manifestes gegen England aufgehört haben und damit auch in der Behandlung Preußens eine Änderung eintreten.

Die Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers in der gestrigen Audienz trugen wenigstens alle das Gepräge einer vollständigen, seit der vorhergehenden Audienz vom 2/14 fast noch erhöhten Überzeugung, daß die Hingabe der Festungen Rußlands höchstes Interesse gefährde, und diese Forderung Frankreichs wo möglich ganz beseitigt werden müsse.

Gesuch der Stettiner Kaufmannschaft, welches durch Vermittelung des preußischen Consuls Hoffbauer in Petersburg dem Major Schöler zur Übergabe an Alexander eingehändigt worden war. Der Czar versprach, er werde sofort Anstalten treffen, die Befreiung „dieses Schlüssels der Oder", zu urgiren. —

87. Der König an Schöler.

Memel,
2. December 1807.

. . . . In dem beiliegenden eigenhändigen Schreiben an des Kaisers Majestät[1]) habe Ich auf das Projekt einer Convention Bezug genommen, die zum Abschluß der zwischen der Friedens-Vollziehungs-Commission und dem General-Intendanten Daru obwaltenden Unterhandlungen als Grundlage dienen soll (S. 72). Lehndorf wird sie Euch zustellen, und Ihr müßt sie dem Kaiser vortragen. Alles was zur Befriedigung der französischen Forderungen ersonnen und erzwungen werden kann, wird erschöpft. Überall gebe Ich nach, überall befolge Ich mit der bereitwilligsten Hingebung den Rath Meines Hohen Alliirten. Aber dann erwarte Ich auch mit voller Zuversicht dessen fernere kräftigste Unterstützung. Schon habe Ich ihr des Kaisers Napoleon Verzichtleistung auf die beiden Festungen Colberg und Graudenz zu danken, und auch mit dem gestern aus Berlin eingetroffenen Courier erhalte ich die bestimmte Nachricht, daß auf die neueren Anträge des Grafen von Tolstoi der Daru auf mildere Grundsätze verwiesen worden.

1) Schreiben Friedrich Wilhelm's an Alexander vom 29. November 1807, vgl. Actenst. Nr. 72.

88a. Schöler an Goltz.

St. Petersburg,
23. November / 5. December 1807.

Präsentirt Memel,
am 15. December 1807.

. . . . Kaiser Alexander bestätigte die guten Nachrichten, welche uns durch die Abschrift des Briefes vom Baron Brockhausen aus Fontainebleau bekannt geworden waren [1]) und fügte noch hinzu:

1) daß der französische Kaiser dem Etatsrath Daru es verwiesen habe, Graudenz und Colberg zu fordern, da er nie etwas verlangen würde, was seine Waffen nicht erobert hätten, und

2) daß Er bestimmt wisse, wie dem Daru zugleich aufgegeben worden, in Ansehung der Contributionen weniger schwierig zu sein.

Schöler bittet nun den Czaren um ein eigenhändiges Schreiben an Napoleon, indem er sagt: eine solche persönliche Verwendung müsse dem König in seinem Unglück eine erhebendere Empfindung geben als jeder andere Weg, den sein Freund Alexander für ihn einschlagen könne. Alexander antwortet, er werde die Sache sehr genau überlegen und dem Gesandten demnächst weiteren Bescheid geben.

88b. Schöler an Goltz.

St. Petersburg, Sonnabend Morgen,
30. November / 12. December 1807.

Ich verfehle nicht, Ihnen, mein verehrungswürdigster Freund und Gönner, die versprochene Quintessenz der gestern stattgefundenen Unterredung mitzutheilen. Ich bin glücklich durchgedrungen. In dem autographen Briefe, der Dienstag Nacht durch Flügeladjudant und Oberst Marin (S. 89) über Warschau geschickt ist, ist die Verwendung für Preußen eingeschaltet. Sie ist sehr freundschaftlich für den König geschrieben, wenn ich auch gestehen muß, daß ich sie vielleicht noch anders gefaßt hätte. Die Hauptsache indessen ist, daß man, wie meine Berichte vom 23. und 27. [2]) Ihnen bewiesen haben werden, die Abtretung von Festungen sehr scheut, und Graf Tolstoi schon damals und jetzt wiederholt hiernach instruirt ist. Die Möglichkeit in einem Jahre zahlen zu können, durfte ich nicht selbst verdächtig machen. Sie verursachte große Freude.

---

1) Vgl. S. 65.

2) Ein kurzer Bericht an den König, worin Schöler meldete, daß man in Petersburg stündlich Nachrichten über den Erfolg der Sendung Tolstoi's erwarte.

89. Schöler an den König.

St. Petersburg,
$\frac{3}{15}$. December 1807.

Dank Schöler's für die ihm zu Theil gewordene Anerkennung und für die Bewilligung von 2000 Thalern zur Bestreitung der Kosten seines Aufenthaltes.

Euerer Königlichen Majestät eigenhändiges Schreiben an Seine Majestät den Kaiser [1]) hatte ich das Glück, am 11. d., als einen Tag nach der Ankunft des Couriers, der es überbrachte, überreichen zu dürfen.

Seine Maj. der Kaiser eröffneten zwar diese Briefe in meinem Beisein nicht, indessen fand ich doch Gelegenheit, die wichtigsten Gegenstände zu berühren.

Schon in Gefolge Euerer Königl. Maj. allergnädigsten Befehle und Eröffnungen vom 20. November hatte ich am 3. d. Veranlassung genommen, Seiner Majestät dem Kaiser unterthänigst vorzustellen: daß der Augenblick der höchsten Wirksamkeit von Rußlands Verwendung für Preußen eingetreten zu sein scheine, und nachdem was vorhergegangen sei, ein eigenhändiges Schreiben zu diesem Zweck Wunder thun müsse. Jetzt war ich so glücklich die Versicherung zu erhalten: daß Seine Majestät diesen Wunsch erfüllt und den Flügeladjudanten Obristen Marin in der Nacht vom 8. auf den 9. d. an den französischen Kaiser mit einem eigenhändigen Schreiben, welches die kräftigste Verwendung für Preußen enthalte und zugleich mit erneuten Befehlen an den Grafen Tolstoi abgefertigt hätten, hievon aber um so mehr den besten Erfolg erwarteten, da nach meinen Versicherungen Euere Königl. Maj. Mittel gefunden zu haben glaubten, im äußersten Falle die Abtragung der Contribution binnen Jahresfrist bewirken zu können, wodurch ja die ersteren der alternativen Vorschläge des Daru über diesen Gegenstand, nämlich Tilgung durch baar Geld oder durch Tratten, beinahe buchstäblich erfüllt würden! — Euere Königl. Majestät werden aus meinen allerunterthänigsten Berichten vom 23. und 27. November zu ersehen geruht haben, daß die entgegengesetzten Vorschläge des Daru, welche die Ablieferung der Festungen als Unterpfand fordern, hier durchgängig große Sensation gemacht haben, und ich glaube daher, daß für diesen wichtigen Punkt die gewünschte Änderung vollständig und mit großer Gewißheit zu erwarten ist.

Die Reise des Kaisers Napoleon hindert allerdings die vollständige Benutzung des ersten günstigen Eindrucks, den die so wichtige Nachricht der diesseitigen Erklärung gegen England hervorbringen muß; allein in der Betrachtung, daß bereits vor der Kenntniß dieser Erklärung jene Reise unternommen und die größere Mäßigung von Seiten Frankreichs eingetreten war, liegt doch auch sehr viel Beruhigendes. —

---

1) Vgl. Actenst. Nr. 72.

90. Schöler an den König.

St. Petersburg, 25. December 1807.

Präsentirt Memel, am 8. Januar 1808.

Schöler hat dem Kaiser von dem erfolgten Abschluß der Convention wegen Regulirung der Grenze Danzigs (S. 81) Mittheilung gemacht und dabei bemerkt, daß Marschall Soult, im Widerspruch mit einem erst kürzlich gegebenen Versprechen, eine Brigade auf dem rechten Weichselufer habe stehen lassen.

Das Benehmen des Marschalls Soult fanden Seine Majestät befremdend, glaubten indessen das Endurtheil über diesen und alle ähnlichen Vorgänge bis zum Erfolg der Nachricht von dem Eindruck, den Rußlands Erklärung gegen England auf den französischen Kaiser machen werde, aussetzen zu müssen; wobei Allerhöchstsie noch hinzufügten: Kaiser Napoleons Reise nach Italien verzögere diese Nachricht; der Ambassadeur Ober-Stallmeister Caulaincourt haben den Sieur Faudras, Schwager des General Savary, der den 23. October alten Styls die erste Nachricht von dieser Erklärung mit sich nahm, in Metz begegnet und von dort nach Turin dirigirt. Die Rückkehr des Kaisers Napoleon erwarte Graf Tolstoi nicht vor dem 1. Januar.

91. Schöler an den König.

St. Petersburg, $\frac{18}{30}$. December 1807.

Präsentirt Memel, am 9. Januar 1808.

Euerer Königlichen Majestät habe ich auf Befehl Seiner Maj. des Kaisers, ausschließlich für Allerhöchstdero Person, als confidentielle Mittheilung allerunterthänigst zu berichten:

1) daß die Erklärungen des Königs von Schweden Rußland zu ernsten Maßregeln nöthigen, und Seine Maj. der Kaiser es für angemessen halten, durch eine Operation, die noch während dieses Winters stattfinden soll, weit genug in Finnland vorzudringen und festen Fuß zu fassen, um dadurch vorzubeugen, daß Schweden, von England ebenso wie Dänemark überfallen, im nächsten Frühjahr, gezwungen gegen Rußland zu handeln, eine Armee bis in die Nähe der hiesigen Residenz bringen könne. — Die Rücksichten, welche man wegen der russischen, in entfernten Gewässern befindlichen Schiffe zu nehmen, noch immer genöthigt gewesen, seien durch die Seiner Maj. kürzlich zugekommene Nachricht von dem glücklichen Einlaufen der Flotte unter dem Admiral Siniäwin in den Hafen von Lissabon gehoben worden.

Auch von den beiden Schiffen, welche die Besatzung von Cattaro bei Triest ans Land gesetzt, sei die Nachricht ihrer Ankunft in Porto Ferrajo eingegangen, diese Besatzung aber nach Padua marschirt, wo sie die bei Ancona gelandeten Truppen von Corfu abwarte, um mit denselben weiter in Bewegung gesetzt zu werden.

2) Nach einem gestern von dem Kaiser Napoleon durch einen neapolitanischen Obristen aus Venedig eingegangenen Schreiben sei die diesseitige Erklärung gegen England durch einen Offizier des Generals Savary, (welches Seine Maj. dessen Schwager, Faudras (Nr. 90), am 4. November von hier abgegangen, zu sein glauben), dem französischen Kaiser überbracht. — Gedachtes Schreiben sei in einem von den vorhergehenden sehr verschiedenen Geiste abgefaßt; ausdrücklich sei das Versprechen darin enthalten, alles Mögliche zu thun, um Frankreichs Politik mit der von Rußland ganz in Übereinkunft zu setzen, und Seine Maj. der Kaiser hoffe jetzt mit Zuversicht, daß diese Stimmung des Kaisers Napoleon bei seiner Rückkehr nach Paris für Euerer Königl. Maj. Angelegenheit die günstige Wendung stattfinden lassen werde, zu welcher, sowohl durch die Sendung des Prinzen Wilhelm Königl. Hoheit, als durch die an den Grafen Tolstoi ergangenen Instructionen, auf die vollständigste Erfüllung des Tilsiter Friedens zu dringen, eine glückliche Vorbereitung gemacht worden sei.

Auch von der Ankunft des Generals Savary in Paris sei noch viel Gutes zu hoffen, indem Seine Majestät bei der Abschieds-Audienz ihm aufs Neue wiederholt hätte, wie Allerhöchstsie nie aufhören könnten und würden, an Preußens Schicksal das lebhafteste Interesse zu nehmen, und der General mit den Worten geschieden sei: »Je vois, Sire, que c'est Votre religion, et je m'en ferai un devoir sacré, d'en informer l'Empereur, mon maître«.

Das Schreiben des Kaisers Napoleon sei von Venedig in 21 Tagen hier angelangt, (demnach erst gegen den 7. oder 8. December neuen Styls von dort abgegangen), und bestimme die Rückkunft dieses Monarchen in Paris bereits zum 20. December, ebenfalls neuen Styls [1]).

92. Schöler an den König.

St. Petersburg,
31. December 1807.
12. Januar 1808.

Präsentirt Königsberg,
am 22. Januar 1808.

Euerer Königlichen Majestät habe ich allerunterthänigst zu melden, daß ich in Gefolge des durch den Kaufmann Barkley am 8. d. M. uns gewordenen allergnädigsten Befehles vom 19. v. M. am 9. dieses das Glück hatte, Seiner Majestät dem Kaiser Allerhöchstdero Wunsch in Betreff der Gewährleistung vortragen zu dürfen [2]).

Seine Majestät schienen, vertrauungsvoll auf die von Euerer Königl. Maj. abgesehenen Mittel zur Befriedigung der französischen Forderung, nicht den mindesten Anstand darin zu finden, mit dem nächstabgehenden Courier Allerhöchst-

1) Vgl. S. 92, 93.
2) Vgl. S. 109.

ihrem Ambassadeur in Paris die nöthigen Befehle zu einem solchen Antrage zu ertheilen; seitdem vernahm ich aber von dem Grafen von Lehndorf, daß von Seiten des Ministerii einige Schwierigkeiten in der Sache gesehen worden, welche er allerunterthänigst näher berichten wird, von denen ich aber noch nicht weiß, ob sie wichtig genug erkannt worden sind, mit vorgedachten Befehlen an den Grafen Tolstoi einzuhalten.

Im Laufe der Unterredung erwähnten Seine Maj. der Lage der russischen Armee in der Moldau und Walachei, die dort ohne Waffenstillstand, doch ganz friedlich, dem Feinde gegenüberstehe, und hatten die Güte auf meine gewagte Äußerung, ob hiedurch an Frankreich nicht eine Art von Jalousie gegeben werde, mich zu versichern, daß dieses durchaus der Fall nicht sei.

93. Schöler an Goltz.

St. Petersburg, $\frac{2}{14}$. Januar 1808. — Präsentirt Königsberg, am 24. Januar 1808.

Gespräch mit Alexander über die Moldau und Walachei (vgl. Nr. 92). Folgende ergänzende Äußerungen des Kaisers seien noch nachzuholen:

Die beiden Provinzen können ohne förmlichen Friedensschluß nicht geräumt werden. Sie würden von dem Feinde, der sich an keinen Waffenstillstand bindet, auf das schrecklichste verheert werden. Frankreich sieht dieß recht gut ein, und die Artikel im Tilsiter Frieden hatten nur den Zweck, seine Verbindlichkeit gegen den Alliirten erfüllt zu haben. (Vgl. Nr. 103.)

Meine Bemerkung, daß hieraus immer eine nachtheilige Consequenz für uns gezogen werden könne, ward mit der größten Bestimmtheit und mit einer Ruhe als ungegründet erklärt, die bei dem Charakter des Monarchen davon wenigstens mich überzeugen, daß von französischer Seite man dieses Vorwandes gegen Rußland selbst noch nie sich bedient hat. (S. 62, 91, 92.)

94. Schöler an Goltz.

St. Petersburg, $\frac{7}{19}$. Januar 1808. — Präsentirt Königsberg, am 29. Januar 1808.

Heute Morgen ist, wie Graf v. Lehndorf berichten wird, die Depesche vom 11. d. hier eingegangen[1]). Graf Lehndorf und ich werden beide nicht ermangeln, auf die gewünschten Befehlertheilungen an den General Grafen Tolstoi anzutragen, und ich bin gewiß, der Kaiser wird sie ohne Bedenken versprechen. Allein ihre wirkliche Erlassung ist alsdann in Hinsicht des Wann und des Wie

1) Sie bezog sich auf die von Daru aufgestellten Schuldrechnungen der abgetretenen Provinzen (S. 112, 113); auch in dieser Sache wurde um die Intervention Alexander's gebeten.

noch immer etwas problematisch. Das hiesige Ministerium hat seine eigenthümliche Ansicht, an welcher nichts zu ändern steht!

Graf Tolstoi, der als Soldat gründlichere Ansichten von dem Werth, den Preußen als selbständige Macht für Rußland hat, besaß und während des Krieges sammelte, thut sicher aus eigener Überzeugung mehr, als wozu die ministeriellen Instructionen ihn auffordern.

Es wird daher gut sein, von Königsberg aus direct auf Tolstoi's Stimmung zu wirken.

95. Schöler an den König.

St. Petersburg, $\frac{13}{25}$. Januar 1808.

Präsentirt Königsberg, am 6. Februar 1808.

Euerer Königlichen Majestät habe ich aus der von Seiner Majestät dem Kaiser am 10/22. d. mir vergönnten Audienz verschiedene nicht unwichtige Mittheilungen zur Allerhöchsteigenen Kenntniß allerunterthänigst zu berichten.

Se. Majestät der Kaiser sprach zuvörderst von der großen Hoffnung, welche er zufolge der letzten, etwa gegen den 10/22. bis 11/23. December, als man der Ankunft des Kaisers Napoleon in wenig Tagen entgegensah, von Paris abgegangenen Nachrichten gefaßt habe. — Allgemein herrsche daselbst die Überzeugung, daß die Angelegenheit Euerer Königl. Maj. binnen kurzem eine günstigere Wendung nehmen, die französischen Truppen sich zurückziehen und die alte Ordnung der Dinge wiederkehren werde. Zugleich sei der Wunsch nach dem allgemeinen Frieden in Jedermanns Herz, und aller Anschein da, daß Frankreich demselben bedeutende Opfer bringen würde.

Auf die Frage Schöler's, ob Tolstoi über alle Punkte instruirt sei, hinsichtlich deren der König um die Verwendung Rußlands gebeten habe, antwortet Alexander: Tolstoi habe die Weisung erhalten, alle Anträge des Prinzen Wilhelm auf das kräftigste zu unterstützen. — Der Gesandte kommt dann noch einmal auf die Garantie Rußlands zu sprechen; der Kaiser erwidert: Romanzoff mache noch einige Schwierigkeiten, die Sache werde aber weiter in Erwägung gezogen werden.

Auf meine fernere Anfrage: „ob jene Stimmung in Paris für den allgemeinen Frieden nicht vielleicht noch das friedliche Verhältniß mit Schweden fortbestehen lassen könnte", erhielt ich die Antwort: daß der am 9/21. d. M. von Stockholm angekommene Courier eine Antwort mitgebracht habe, welche der vorhergehenden völlig gleich sei, und demnach binnen kurzem eine Erklärung gegen Schweden erfolgen würde.

Indem ich der Schwierigkeit gedachte, die jede Operation in Finnland mir zu haben scheine, ohne große Resultate zu gewähren, deuteten die Worte, welche ich hörte, auf eine thätige Theilnahme Frankreichs und auf einen Plan, der das Kühne und Entscheidende in den Maßregeln dieser Macht unverkennbar an sich trägt. (S. 94).

Durch eine zufällige Erwähnung der Stadt Tilsit wendete sich hierauf die

Unterredung auf die wichtigen Veränderungen in der politischen Lage von Europa, die seit dem Friedensschlusse stattgefunden, und auf die verschiedenen, Seiner Maj. wohlbekannten Ansichten, die darüber herrschen; und ich wage es, Euerer Königl. Maj. aus dieser Unterredung die jetzige Ansicht Seiner Maj. des Kaisers herauszuheben, das heißt nämlich, wie sie mir aus derselben hervorzugehen schien.

„Eigene Fehler allerdings, allein auch eben so sehr das Betragen der andern Mächte, wovon eine jede nur ihren Privatvortheil berücksichtigte, haben die Lage hervorgebracht, welche den Frieden von Tilsit nöthig machte. Aus diesem Frieden ist die Folge hervorgegangen, daß Rußland den politischen Zwecken Frankreichs entsprechend handelt, und nun ist es besser, aufrichtig, als nur zum Schein so zu handeln. — In der jetzigen Lage der Dinge kann Frankreich unmöglich ein Interesse darin finden, Rußland feindselig zu behandeln. Nimmt man aber an, daß die künftigen Plane seines Gouvernements Reibungen mit Rußland hervorbringen würden, so lehrt die Erfahrung, daß die ernstliche Anwendung der eigenen Kräfte weiter führt als alle Coalitionen, und es kommt darauf an, diese eigenen Kräfte nach Möglichkeit in guten Stand zu setzen. Aus dieser Rücksicht ist es freilich zu bedauern, daß man zu Thätlichkeiten mit andern Mächten kommen soll; allein Englands Zögerungen haben zum Theil den Frieden von Tilsit, dieser Frieden und Englands Betragen gegen Dänemark die Kriegserklärung gegen England und diese wieder die jetzige Sicherstellung gegen Schweden zur Folge. — Das ist aber nicht zu vermeiden, denn unter der Hand sich zu verständigen, gesetzt daß man dieses wolle, könnte nie geschehen, ohne Frankreichs Mißtrauen rege zu machen.

„Auf der andern Seite ist doch auch die Möglichkeit da, England zu einem gemäßigteren Betragen auf der See zu nöthigen. Die Minderung seiner Marine, in welcher freilich seine eigene Sicherheit beruht, wird Niemand fordern, aber das eigenmächtige Visitiren aller Schiffe, wodurch der Handel der ganzen Welt gestört und ihnen unterworfen wird, während es zur Sicherstellung Englands nichts Wesentliches beiträgt, ist ein unerträglicher Mißbrauch seiner günstigen Lage. Was auch öffentlich darüber gesagt werden mag, der Beweise, daß England seine Lage nicht behaglich finde, sind sehr viele; Frankreich aber wünscht den Frieden ebenfalls in mehr als einer Hinsicht, und was wäre für den ganzen Continent glücklicher als diese so nöthige Ruhe?

„Bei dem Bestreben dieses Ziel zu erreichen, darf man freilich keinem blinden Vertrauen Raum geben, und man muß sich vorsehen! Übrigens sind viele der Plane, welche man Frankreich beilegt, — die Beherrschung des Sundes und der Dardanellen zum Beispiel, — angenommen daß sie wahr wären, doch auch so leicht nicht. Weder das eine noch das andere kann es ohne Beihülfe von Rußland möglich machen, und es würde alsdann für dieses die Aufgabe sein, die ausschließliche Beherrschung Frankreichs von diesen Punkten zu verhindern!“

96. Goltz an Schöler.

Königsberg,
29. Januar 1808.

In Beantwortung Euerer Hochwohlgeboren Bericht vom 12. Januar (Nr. 92), soll ich Dieselben im Namen Seiner Majestät des Königs beauftragen, Seiner Maj. dem Kaiser für Höchstdessen mit der edelsten Treue gegebene Zusage Seiner Gewährleistung Unserer gegen Frankreich einzugehenden Geldverbindlichkeiten den herzlichsten und wärmsten Dank auszudrücken. Es ist zu wünschen, daß die von Seiten des Ministerii aufgeworfenen Schwierigkeiten die guten Absichten des Monarchen nicht gestört haben, und also die versprochenen Befehle an den Grafen von Tolstoi zu rechter Zeit abgefertigt sein mögen, weil diese alsdann just mit den Unterhandlungen des Prinzen Wilhelm hätten zusammentreffen und in den uns zugemutheten beschwerlichen Bedingungen große Abänderung bewirken können. Um aber jedes fernere Bedenken zu beseitigen und Seine Maj. den Kaiser von der Solidität unserer Zahlungs-Anstalten und unserer Ihm zu stellenden Gegensicherheiten völlig zu überzeugen, erhalten Euer Hochwohlgeboren in dem beiliegenden Couvert einen hier angefertigten bündigen Aufsatz [1]), der die Sache erschöpft und ihren Erfolg begünstigen wird.

97. Schöler an Goltz.

St. Petersburg,
21. Januar / 2. Februar 1808. (Dienstag Abend 9½ Uhr).

Präsentirt Königsberg,
am 12. Februar 1808.

Durch den gestern Abend spät über Warschau von Paris zurückgekommenen Obristen und Flügel-Adjutanten Marin (Nr. 88[b], vgl. S. 89) hat man die ersten Nachrichten von dort seit der Rückkehr des Kaisers Napoleon erhalten.

Sämmtliche von dem Obristen Marin mitgebrachte Depeschen waren Seiner Maj. dem Kaiser noch nicht bekannt, soviel aber versicherten Allerhöchstsie bereits daraus ersehen zu haben, daß des Prinzen Wilhelm Königliche Hoheit mit vielem Erfolg daselbst aufgetreten sei, und Graf Tolstoi eine baldige günstige Wendung unserer Angelegenheiten erwarte.

Eine größere Anzahl preußischer Officiere hat Schöler um seine Vermittelung für den Eintritt in die russische Armee gebeten.

98. Schöler an den König.

St. Petersburg,
$\frac{5}{17}$. Februar 1808.

Alexander verspricht, die preußische Regierung zeitig zu benachrichtigen, wenn der Feldzug gegen Schweden beginnt. In einer Audienz am 12. Februar übergiebt Schöler

1) Am Rande die Bemerkung: „von Seiner Excellenz von Stein". Leider findet sich der Entwurf des Memoires in den diesseitigen Acten nicht (S. 109).

dem Czaren ein Schreiben des Kurfürsten von Hessen an Alexander I. und das Vorschreiben, das Friedrich Wilhelm III. im Interesse des Kurfürsten an den russischen Kaiser gerichtet hatte (Nr. 72A).

Seine Majestät glaubten anfänglich, daß das Darlehn nur als Bedingung der wirklichen Wiedereinsetzung des Kurfürsten in seine Staaten erfolgen solle, und bestritten die Möglichkeit, diese Bedingung zu erreichen, geradezu; wobei Sie unter andern fragten: Wie man nur von dem Kaiser Napoleon annehmen könne, daß er diese Staaten, aus welchen er seinem Bruder nur eben ein Königreich gestiftet, und deren Hauptstadt Cassel er ihm als Residenz angewiesen habe, herausgeben und auf Rußlands Verwendung mehr für Hessen thun werde, als diese Verwendungen bis jetzt noch für Preußen hätten bewirken können?

Schöler bemerkt dagegen, die Bedingung der Anleihe sei nur, daß dem Kurfürsten die Aussicht eröffnet werde, Rußland würde bei der Wiederherstellung des allgemeinen Friedens, wenn die völlige Herausgabe Kurhessens nicht zu erreichen sei, wenigstens für eine theilweise Entschädigung Wilhelm's seinen Einfluß geltend machen.

In Bezug auf das Memoire Stein's über den Werth der Domänen, welches Schöler überreicht, bemerkt der Kaiser:

„Ich wünsche nichts mehr, als durch diese Gewährleistung die bedenklichen Forderungen Frankreichs zu beseitigen, allein abgesehen von der Ungewißheit, ob sie angenommen wird, begreifen Sie, daß ich in dieser Angelegenheit etwas zu haben wünschen muß, um mich gegen die Vorwürfe der Meinigen zu sichern, und ich hoffe dieses in dem gegenwärtigen Aufsatz zu finden." —

99. Schöler an den König.

St. Petersburg,
$\frac{14}{26}$. Februar 1808.

Audienz Schöler's beim Kaiser 21. Februar, wobei Ersterer das in der „Warschauer Zeitung" veröffentlichte Edict über die Sequestrirung der polnischen Capitalien (S. 131) zur Sprache bringt und noch einmal auf die von Rußland zu gewährende Garantie für die Kriegsschuld (Nr. 92) zurückkommt. Alexander erwidert:

„Graf Tolstoi wird diesen Antrag (Garantie) erneuern und wird fortfahren, für das Interesse Preußens auf das kräftigste sich zu verwenden, er wird unverzüglich den Befehl erhalten, gegen die Publication in der Warschauer Zeitung, von welcher Sie mir sagen, förmlich zu protestiren, indem ich mich ganz genau des Friedensartikels entsinne, der dadurch über den Haufen geworfen wird, aber, wenn nun dieses Alles nichts hilft, wenn Frankreich fortfährt, entweder gar nicht oder mit leeren Worten zu antworten, was kann Ich dann noch thun, als dem Könige meinen Rath zu wiederholen, jeden Weg, jedes Mittel zu versuchen, wovon er die Verbesserung seiner Lage hoffen könnte?"

Schöler bemerkt hierauf: wenn der König sich zur Übergabe der Festungen entschließen

müsse, so würde dies den größten Nachtheil für den Credit des Staates bringen, Jahre würden vergehen, ehe die Kriegssteuer abgezahlt werden könne.

„Und wenn nun Frankreich gegen jede Vorstellung taub bleibt und dieses Alles die Folge sein wird", fiel Kaiser Alexander mir mit einiger Wärme ins Wort, „was bleibt dagegen zu thun übrig? Es giebt ein zweites Mittel nur, den Krieg gegen Frankreich zu erneuern. Allein wird ein Abgeordneter des Königs von Preußen dieses wohl fordern?"

Schöler verneint die Frage, unterläßt jedoch nicht hervorzuheben, daß man sich in Königsberg geschmeichelt habe, „Rußland werde an die Erklärung gegen England und an den Krieg gegen Schweden, die beide so ganz dem Interesse Frankreichs entsprächen, vortheilhafte Bedingungen für Preußen knüpfen"; worauf Alexander:

„Wenn man dieses glaubt, so läßt man außer Acht, in welche Lage Rußland durch das Benehmen dieser Mächte gesetzt worden. Die Erklärung gegen England wurde unvermeidlich, wenn man nicht auf jedes Vertrauen an Frankreich Verzicht thun wollte, so wie die jetzigen Maßregeln gegen Schweden genommen werden müssen, wenn nicht die Sicherheit der Residenz unverantwortlich Preis gegeben werden soll". —

100. Schöler an den König.

St. Petersburg,
22. Februar / 5. März 1808.

Ein Hundert und funfzig Remontepferde für das Gardecorps aus Rußland werden demnächst in Polangen eingeliefert werden (vgl. Nr. 74).

In Ansehung der Veränderungen, welche bei der russischen Armee stattgefunden haben, so habe ich Euerer Königlichen Majestät davon eine allerunterthänigste Anzeige zu machen bisher nicht gewagt, theils weil sie an sich nicht sehr erheblich sind, und theils weil auf meine Anfragen danach mir immer ausweichende Antworten gegeben wurden. Letzteres rührt daher, daß es mehr oder weniger Nachahmungen des französischen Militärs sind, wogegen der russische Nationaldünkel jetzt eben die Einwendungen zu machen findet, welche unter den vorhergehenden Regierungen einer jeden Nachahmung der preußischen Armee entgegengesetzt wurden. Auch über diesen Gegenstand aber habe ich Gelegenheit gehabt, die Auskunft aus dem Munde Seiner Maj. selbst zu vernehmen. Demnach sind die Veränderungen:

a, in Hinsicht der Organisation eigentlich gar keine, denn die Sage, daß alle Jäger-Regimenter auf 2 Bataillone gesetzt und jedem dieser Bataillone eine Grenadier-Compagnie beigeordnet wäre, ist ungegründet, und bloß von den Garde-Miliz-Jägern hat eine Compagnie den Grenadier-Federbusch erhalten. Auch sind keine Depot-Compagnien eingerichtet, aber von jedem Regimente, welches nach Finnland marschirte, sind nur zwei Bataillone in das Feld gerückt

und das 3. Bataillon ist an der Grenze stehen geblieben, um die Angelegenheit der Recrutirung zu besorgen;

b, in Hinsicht des Exercierens nur die, daß bei der Infanterie die Grundsätze des französischen Reglements, namentlich in Hinsicht des Richtens, eingeübt werden".

Folgen Bemerkungen über veränderte Uniformirung, die sich jedoch fast ausschließlich auf eine Änderung an den Epaulettes beschränkt.

In Hinsicht der Bewaffnung sind die Veränderungen noch im Werden. Ich habe mehrere Proben von Säbeln und Gewehren gesehen. Die größere Länge der ersteren ist das wesentlichste Neue für die russische Armee.

Weit wesentlicher als alle diese Veränderungen ist aber die der Verwaltung des Kriegswesens. Graf Araktschejew, General der Artillerie, ist, mit der ganzen Gewalt des heutigen französischen Kriegsministers ausgerüstet, dem General Wäsmitinow in dieser Würde gefolgt. Unter ihm ist der Wirkungskreis der Divisionäre sehr vergrößert, aber alle Branchen, selbst das Verpflegungswesen, (die Memeler Commission und andere Rückstände ausgenommen), vereinigen sich in seinem Bureau. Dieser Mann hat die ersten Schritte in diesem so wichtigen Posten ganz geräuschlos, aber so kräftig eingeleitet, daß der allgemeine Widerspruch, der aus so vielen beeinträchtigten Gewalten erfolgen mußte, fast in dem nämlichen Augenblick wieder erstickt ist. Unter mehreren andern hat auch der Wirkungskreis des Grafen Lieven gänzlich aufgehört. Er bleibt General-Adjutant, wird aber, wie man sagt, im diplomatischen Fache angestellt werden und ist auf einige Zeit nach Riga gegangen. Die so sehr beschränkte Zeit des Kaisers und die Geschäfte selbst gewinnen dadurch offenbar. Man versichert mich, daß unter andern Versäumnissen Officiere 3 bis 4 Jahre unter Standrecht blieben, weil darüber kaiserliche Entscheidung nöthig war und nicht erfolgen konnte.

101. Schöler an den König.

St. Petersburg,
23. Februar / 6. März 1808.

Seine Majestät der Kaiser waren so gnädig mir von den begonnenen Operationen in Finnland auf der großen Specialkarte von Schweden eine kurze Übersicht zu geben, wovon ich aber Euerer Königl. Maj. bei dem gänzlichen Mangel an Karten, in welchem ich hier lebe, aus dem Gedächtniß nur als Hauptsache bezeichnen kann, daß die Schweden, durch das Tourniren der von ihnen genommenen Stellungen, landwärts bis über Heinola und an der Küste bis über Helsingfors bloß von der Cavallerie und ohne großen Verlust auf russischer Seite zurückgedrängt sind; daß der eine Theil ihrer Hauptstärke gegen Tawastehus und der andere mehr nordwärts bei Warthus sich sammle, und die Absicht

des Generals Buxhöwden dahin gehe, durch seine Bewegungen die Vereinigung dieser Corps zu hindern. Bei Heinola war die Gegenwehr am stärksten, und die Russen verloren einen Jägerofficier und 15 Mann. Einige Hundert Mann Gefangene und 25 Kanonen sind dafür in ihre Hände gefallen.

Seine Majestät äußerten hiebei, daß nach den erhaltenen Nachrichten Finnland nur schwach vertheidigt werden dürfte, da Schweden seine Macht gegen Norwegen zu kehren gesonnen sei. Um dieses zu hindern, würde aber eine Unternehmung auf Schonen durch ein französisch-dänisches Truppencorps stattfinden.

102. Schöler an den König.

St. Petersburg,
$\frac{7}{19}$. März 1808.

Euerer Königlichen Majestät beeile ich mich von demjenigen, was Seine Maj. der Kaiser gestern Abend aus dem neuesten Rapport Seines Ambassadeurs am französischen Hofe zur ausschließlichen Mittheilung an Allerhöchstdieselben mir vorzulesen die Gnade hatten, so genau, als dieses aus dem Gedächtniß möglich ist, allerunterthänigsten Bericht abzustatten. Mit diesem Rapport ist der Stabs-Rittmeister Czernitscheff vom Chevalier-Garde-Regiment (S. 156) am 16/4. des Abends, wie man sagt am 15. Tage nach der Abreise von Paris, hier eingetroffen.

Graf Tolstoi berichtet an das auswärtige Departement, daß der Minister Champagny auf die Nachricht von der diesseitigen bestimmten Entschließung, sich in den Besitz von Schwedisch-Finnland zu setzen, sehr viel Werth gelegt habe; daß man habe wahrnehmen können, es sei in den Depeschen des kurz vorher in Paris angelangten französischen Couriers hievon noch nicht die Rede gewesen, und daß der Minister so weit gegangen sei, sich eine Abschrift dieser Nachricht zu erbitten, welche er (Graf Tolstoi) nach dem Sinne seiner Instructionen auch zugestanden habe. Nicht nur hieraus, sondern auch aus der ganz vorzüglichen Bereitwilligkeit des Ministers Champagny über andere Gegenstände, (welche Seine Maj. der Kaiser als außerwesentlich nur flüchtig überlesen, und die hauptsächlich gegenseitige Arrangements über die Gehalte der Ambassadeure zu betreffen schienen), habe er (Graf Tolstoi) im voraus geschlossen, daß die nächste Audienz sehr günstig ausfallen werde und hierin sich nicht geirrt. Er sei wenige Tage darauf zu dieser Audienz in die Tuilerien beschieden, von dem Kaiser Napoleon außerordentlich gnädig empfangen, und ungefähr Nachstehendes von demselben ihm gesagt worden:

„Er wäre sehr bereit, Rußland in dem Unternehmen gegen Schweden zu unterstützen, er würde hiezu 15,000 Mann geben, und mit Dänemark solche Anstalten treffen, wodurch der Sund gesperrt würde, welches aber bei den Belten ohne Flotten unmöglich werden dürfte; daß, wenn Rußland die Absicht haben

sollte, zu seiner künftigen Sicherheit in dem Besitz von Finnland zu bleiben, er hiegegen nichts haben würde, auch Schwedisch-Pommern wohl an Mecklenburg, dem es so sehr gelegen wäre, einzuräumen geneigt sei!

„Er werde unverzüglich seine Truppen aus Preußen und aus Berlin ziehen, und dieses Zurückziehen der französischen Truppen auch auf das Herzogthum Warschau, sobald es nur die Witterung gestatte, ausdehnen (S. 133), ungeachtet hierüber nichts stipulirt sei. Allein nicht nur hieraus müsse Rußland erkennen, daß er Alles thun wolle, um jede Besorgniß desselben zu beseitigen, sondern auch aus der Antwort, welche er den Warschauer Ständen gegeben, indem er sie darin angewiesen, auf jede fernere Herstellung von Polen Verzicht zu thun, sich aller Äußerungen in den öffentlichen Blättern, sowie jeder Aussendung von Emissären in dem russischen Antheil von Polen zu enthalten und sich lediglich zu bemühen, die Gnade und das Vertrauen des gütigen Königs von Sachsen zu erlangen.

„Auf diese Weise hoffe er, spätestens bis zum Monat Juli alle zwischen Rußland und Frankreich bestehenden streitigen Punkte so gänzlich ausgeglichen zu sehen, daß in den nächsten 4 bis 5 Jahren diese beiden Mächte auch nicht den mindesten Stoff zu irgend einer gegenseitigen Erläuterung finden würden!" —

Außerdem fügt Graf Tolstoi, theils aus der Unterhaltung mit dem Kaiser Napoleon selbst, theils andern zuverlässigen Quellen in seinem Rapport noch hinzu, daß dieser Monarch den Verlust von St. Domingo und den nachtheiligen Einfluß, den derselbe auf die Provinzen der Abendküste von Frankreich habe, tief empfinde und den Wunsch, diese von ihm so sehr geschätzte Besitzung an Frankreich zurückzubringen, noch gar nicht aufgegeben habe, daß die starke Anhäufung von Truppen in Spanien aus der Absicht des Kaisers Napoleon entspringe, Colonien in Afrika zu errichten, um seiner Nation für die verlorenen einigen Ersatz zu geben, und daß den barbarischen Staaten eine nahe Auflösung bevorstehe, und diese besonders durch das Benehmen des Deys von Algier beschleunigt werden dürfte. Der französische Consul in Algier habe nämlich berichtet, daß der Dey ihn vor sich gefordert und ihn gefragt habe: wie sein Herr sich unterstehen könne, ihm die Geschenke und den Tribut, den alle europäischen Staaten ihm zollten, vorzuenthalten?

Graf Tolstoi bemerkt hierbei, daß man französischerseits erklärt, so wenig man glauben könne, daß Rußland dieses Unternehmen Frankreichs ungern sehen würde, so würde man doch ohne dessen Zustimmung nicht dazu schreiten; er seinerseits aber darauf entgegnet habe, wie er glaube versichern zu können, daß Rußland dieses Unternehmen mit Allem, was es dazu beitragen könnte, unterstützen würde.

Bei der Äußerung des Kaisers Napoleon, daß die französischen Truppen Preußen und Berlin unverzüglich räumen würden, bemerkt Graf Tolstoi ausdrücklich, daß Kaiser Napoleon Schlesien nicht erwähnt habe, und folgert daraus, daß

die Absichten, in dieser Provinz noch zu verweilen, nicht ganz aufgegeben sein dürften.

Kaiser Alexander gab mir aber beim Durchlesen dieser Bemerkung die bestimmte Versicherung, daß nach der Äußerung des Ambassadeurs Caulincourt auch diese Provinz geräumt und Rußlands Forderung, daß alles in dem Tilsiter Frieden Euerer Königlichen Majestät garantirte Land ohne Ausnahme zurückgegeben werde, auf welcher es fest beharre, Folge gegeben werden würde. Auch versicherte Seine Maj. bei denen hierauf Bezug habenden Stellen des Berichts vom Grafen Tolstoi, daß Sie die Absicht, Finnland zu behalten, nicht hätten, und auf die Vereinigung von Schwedisch-Pommern mit Mecklenburg keinen Werth legten. —

Euere Königliche Majestät werden bei dem Eingange dieses allerunterthänigsten Berichts durch die directen Nachrichten von Berlin und Paris bereits näher beurtheilen können, in wiefern diese günstigeren Aussichten sich bewähren. Kaiser Alexander legt einen besondern Werth darauf, daß von dem französischen Kaiser die bestimmte Erklärung, Preußen zu räumen, gegeben worden, welche man bisher noch nie von ihm erhalten können; und, — ohne über den Werth dieser Erklärung, sowie über den Geist und die Tendenz der übrigen Äußerungen des letztgedachten Monarchen mir ein Urtheil zu erlauben —, unterstehe ich mich hinzuzufügen, daß die Freude und das lebendige Interesse, womit Kaiser Alexander eine vollkommen glückliche Wendung in Euerer Kön. Maj. Angelegenheit daraus herleitete, mir den Wunsch entlockte: Möchten alle Schritte Rußlands dem Vortheile Preußens und seinem eigenen ebenso angemessen sein, als die Unwandelbarkeit der persönlichen Gesinnungen seines Monarchen gegen Euere Königliche Majestät gewiß ist! —

103. Schöler an den König.

St. Petersburg,
$\frac{\text{25. April}}{\text{7. Mai}}$ 1808.

In einer Audienz am 6. Mai hat der Kaiser die Zahlung einer Million Thaler auf die von Preußen während des Krieges gewährten Vorschüsse versprochen; die zweite Million soll am 5. Juni, die dritte am 10. Juli gezahlt werden; der Thaler wird dabei auf 1,86 Rubel gerechnet. — Schöler meldet dem Kaiser, die Convention zwischen Stein und Daru scheine bis zur Abreise Napoleon's nicht ratificirt gewesen zu sein. Darauf erwidert Alexander:

Daß diese Reise wahrscheinlich nicht lange dauern, und Kaiser Napoleon nicht nach Spanien gehen werde, daß allerdings wieder in der angenehmen Erwartung, die man zufolge so bestimmter Versicherungen hegen dürfe, Aufenthalt entstanden sei, daß aber nichts weniger als der verlängerte Aufenthalt russischer Truppen in der Moldau und Walachei, den Frankreich bei dem Schwinden seines Einflusses im Divan, jetzt selbst wünschen müsse und wünsche (vgl. Nr. 93),

die Ursache davon wäre; ungeachtet man sich desselben als Vorwand gegen uns bediene, die verzögerte Zurückziehung der Truppen zu bemänteln, die wahrscheinlicher von der Besorgniß gegen Unternehmungen von England und von einem gewissen Mißtrauen, welches Frankreich fortdauernd über die Gesinnungen Preußens in Ansehung von England zu hegen scheine, herrühren möge.

104. Schöler an den König.

St. Petersburg,
21. Mai / 2. Juni 1808.

Schöler überreicht dem Kaiser das Schreiben Friedrich Wilhelm's III. vom 17. Mai (Nr. 73) bei der Wachtparade, die Alexander seit einiger Zeit regelmäßig besucht. Der Kaiser betheuert sein fortdauerndes Interesse an einer günstigeren Gestaltung der Lage Preußens, enthält sich im Übrigen aber jeder Äußerung über die politische Situation.

Übrigens halte ich mich verpflichtet, noch hinzufügen zu müssen, daß so absichtlich Seine Majestät der Kaiser, besonders durch Einmischung fremder Gegenstände, dieser Audienz jede Veranlassung zu Erörterung politischer Gegenstände vorzuenthalten schienen, so sichtbar ist eine Veränderung in dem Betragen des Großfürsten Constantin und einiger anderer, die bisher das Zuvorkommende in ihrem Betragen der französischen Mission ausschließlich zu widmen Bedacht nahmen.

Alles scheint auf einen bedeutenden Gährungsstoff in den Meinungen zu deuten, der vielleicht ihren Umschlag bewirken könnte, der aber schwerlich zum Entschluß, wenigstens nicht bis zu demjenigen Grade von Festigkeit reifen wird, bei dem man allein die wahre Absicht verheimlichen und dadurch eben sie erreichen kann! (S. 179.)

105. Schöler an den König.

St. Petersburg,
$\frac{5}{17}$. Juni 1808.

Euerer Königlichen Majestät habe ich allerunterthänigst zu berichten, daß ich gestern bei Hofe zur Tafel gezogen und nach derselben, wie gewöhnlich, mit einer Privataudienz von Seiner Maj. dem Kaiser begünstigt wurde.

Da das ganze Appartement, welches Seine Majestät im Winterpalais bewohnen, seitdem die regierende Kaiserin Majestät in Zarskoe-Selo residirt, durchaus umgebaut wird, um für Dieselbe die äußeren Veranlassungen zur Rückerinnerung an den Verlust der Großfürstin Elisabeth (S. 177) aus dem Wege zu räumen, und nur das Schlaf- und Arbeitszimmer Seiner Maj. des Kaisers bis jetzt unberührt geblieben sind, so wurde in der Eremitage gespeist.

Schöler bringt das Gespräch alsbald auf die spanischen Angelegenheiten. Alexander erwidert ihm:

Es komme sehr auf den Gesichtspunkt an, aus welchem man beim Urtheil über diese Begebenheit dieselbe betrachte, noch mehr aber auf die Art, wie die spanische Nation sich dabei verhalten werde; würde des Kaisers Napoleon Aufmerksamkeit durch einen großen Widerstand derselben gefesselt, so könnten allerdings Vortheile für den Norden von Europa daraus entstehen, im Gegenfall aber würde diese unter anderen Rücksichten so wichtige Begebenheit auf unsere Angelegenheiten gar keinen Einfluß haben. (S. 179.)

Da Euere Königliche Majestät in dem eigenhändigen Schreiben an den Kaiser dem Ansinnen um einige Mittheilung über bestimmte Gegenstände durch das Erbieten des unverbrüchlichsten Geheimnisses noch mehr Eingang zu geben Bedacht genommen haben, so trug ich Bedenken, nach vorgedachter Erklärung Seiner Maj. des Kaisers den Hauptgegenstand dieses Briefes zu berühren; dagegen hielt ich es für wichtig, über die große, jetzt in Rede stehende Frage, ob für Frankreichs und Rußlands gegenseitiges Verhältniß wirklich ein naher Umschlag zu erwarten sei, einiges Licht zu erhalten, und diese Betrachtung bewog mich, alle anderen Rücksichten bei Seite zu setzen und geradezu Seiner Maj. dem Kaiser vorzustellen, daß bei der Lage, in welcher Euere Königl. Maj. Sich befinden, die Wendung der spanischen Angelegenheiten Allerhöchstdero ganze Aufmerksamkeit erregen und zumal bei dem Ausbleiben der Entscheidung des Kaisers Napoleon, bei den vielen seltsamen Gerüchten, die man von allen Seiten verbreiten höre, und bei der Stimmung des Publikums, die laut sich äußere, nothwendig den lebhaftesten Wunsch erzeugen müsse, auf eine bestimmte Art zu erfahren, ob in der That eine Veränderung der Politik zu gewärtigen sei, — ob Preußens künftiges Schicksal von neueren Unterhandlungen abhängen werde, oder nicht, und daß, obgleich ich hierzu keinen besonderen Auftrag habe, ich doch Euerer Königl. Maj. Wünschen entsprechend zu handeln mich schmeichle, indem ich, ohne indiskret nach irgend einem Detail mich zu erkundigen, diese Bestimmtheit im Allgemeinen von dem Kaiser Alexander unter dem Versprechen mir erbäte, sie ausschließlich zur Kenntniß Euerer Maj. zu bringen (S. 180).

Ich erreichte meinen Zweck auf diese Art vollkommen, und das Resultat der sich anspinnenden Unterhaltung, welche unmerklich die Dauer einer Stunde erreichte, ist in kurzem folgendes:

Des Kaisers Napoleon Rückkehr nach Paris ist noch ungewiß, die Versammlung der Junta hält ihn in Bayonne zurück; die Angelegenheiten des Nordens und seine Absichten auf die Türkei (die eigenen Worte Seiner Majestät) sind ausgesetzt. —

Der Ambassadeur Graf Tolstoi berichtet nichts Neues und kann nichts berichten, da alles, was ihm von Bayonne aus mitgetheilt wird, schon 14 Tage vorher in den Zeitungen steht, und der Ambassadeur sich der Bemerkung nicht hat

enthalten können, wie ihm die Mühe, welche man sich gebe, Communicationen dieser Art zu chiffriren, unnütz scheine! —

Dem hiesigen französischen Botschafter, der fortdauernd behauptet, von den Plänen seines Kaisers durchaus nicht unterrichtet zu sein, ist dennoch die Äußerung entschlüpft, daß man Bedacht nehmen würde und müsse, Österreich zu fürveilliren. (S. 182.)

In Ansehung von Preußen gab Kaiser Alexander sehr lebhaft die Versicherung auf sein Ehrenwort, daß in Rücksicht desselben nichts Neueres unterhandelt werde, noch bestehe, und daß er seinem Versprechen und der Freundespflicht getreu, Euerer Königl. Maj. Alles, was Allerhöchstdero Interesse beträfe, ohne Rückhalt mittheilen werde.

Einen Umschlag in dem Verhältniß zwischen Frankreich und Rußland anlangend, so wurde nicht nur bestimmt erklärt, daß dieses von Seiten Rußlands eben so wenig beabsichtigt als gewünscht werde, sondern aus den verschiedenen Äußerungen ergiebt sich, daß die neuesten Begebenheiten zwar allerdings das Vertrauen des Kaisers Alexander auf die Dauer der jetzigen Verhältnisse, in sofern Frankreich sie ihnen geben müsse, nicht vermehrt haben, dagegen aber der Entschluß, seinerseits nichts zu thun, was auch nur irgend einen Schein zur Beschwerde geben könnte, und daher sich lediglich auf die Vorbereitungen zur ausschließlichen Selbstvertheidigung zu beschränken, wo möglich noch unwandelbarer als bisher gefaßt worden sei.

„So lange der Krieg zwischen England und Frankreich dauert, muß man", dies sind die eigenen Worte des Kaisers, „wenn man mit diesem Frieden haben will, gegen jenes Krieg führen. Auch selbst wenn es wollte, könnte Rußland in den ersten zwei bis drei Jahren, auch nicht mit einiger Wahrscheinlichkeit eines leidlichen Erfolges, einen Krieg gegen Frankreich unternehmen; und welche Vorwürfe müßte man sich machen, wenn man sich, dieser Voraussicht ungeachtet, habe verleiten lassen, unglücklich wäre, und bald hernach eine Änderung folgte, die man noch immer habe abwarten können!"

106. Baron Schladen an den König.

St. Petersburg, $\frac{\text{26. Juni}}{\text{8. Juli}}$ 1808.

Präsentirt Königsberg, am 19. Juli 1808.

Le major de Schœler ayant eu l'honneur de dîner à Kameni Ostrow chez S. M. l'Empereur, ce souverain — comme de coutume — l'a fait entrer dans son cabinet et quoiqu'il fût pressé de partir pour Oranienbaum, où il a passé la nuit du mardi afin de se rendre de là à Kronstadt et y examiner dans la journée d'avant-hier les dernières fortifications qui viennent d'être terminées,

S. M. Imp. a cependant daigné S'entretenir avec lui assez longtemps. Voici, Sire, un résumé des points essentiels qui ont été touchés dans cette conversation, tels que le major de Schœler a bien voulu me les communiquer pour les rapporter à V. M. Comme nous étions convenus ensemble qu'il ferait sentir à l'Empereur, combien la position de V. M., exposée à toutes sortes de tracasseries, constamment agitée par des bruits inquiétants et incertains sur le terme de tous ces maux, était pénible et à quel point Elle désirait vivement d'obtenir une réponse à Sa dernière lettre[1], le major de Schœler s'est acquitté d'abord de cette tâche. S. M. Impériale promit qu'Elle répondrait par un courrier qu'Elle expédierait tout exprès pour cet effet; Elle ajouta que des différents objets que V. M. désirait apprendre, lui-même n'avait encore aucune certitude; que son entrevue avec Napoléon aurait sans doute lieu dès qu'il en vaudrait la peine, ce qui n'était point les cas dans ce moment; qu'au surplus l'empereur des Français avait maintenant des affaires plus importantes à régler à Bayonne, et qu'aussi longtemps où des entreprises sérieuses des Anglais et Suédois dans le voisinage de la capitale étaient possibles, de son côté il ne pouvait pas s'éloigner de Pétersbourg. Que si cette entrevue avait lieu ce ne serait point à Varsovie, qui n'était pas un endroit convenable, mais bien à Weimar ou Erfurt, et qu'alors l'Empereur ne négligerait pas cette occasion pour aller voir V. M. Quant aux bruits qui circulent dans le public, l'Empereur renouvela la promesse, dernièrement donnée, d'informer V. M. de tout ce qui était plus qu'un bruit et ce qui pourrait avoir le moindre intérêt pour Elle. En attendant ce monarque fait conjurer V. M. de ne point ajouter foi aux conjectures qu'on pourrait former sur la possibilité d'une mésintelligence entre la Russie et la France et sur la probabilité d'une levée de bouclier de l'Autriche, et surtout de ne point Se laisser entraîner par de semblables suppositions à S'écarter de la route, jusqu'à présent suivie, d'être en tout d'accord avec la politique de la France. L'Empereur a ajouté que les Anglais semaient de pareils bruits dans l'intention d'amener un changement dans le système du continent, et que même les Français y contribuaient de leur côté, pour observer l'effet qu'ils produiraient et à quel point ils pouvaient se fier aux assurances d'amitié qu'on leur donnait. S. M. l'Empereur dans le cours de cette conversation témoigna sa conviction que dans les circonstances actuelles il n'y avait absolument qu'à persister dans le système adopté, que chaque pas équivoque devenait dangereux et que lui était fermement décidé à agir d'après cette conviction, malgré tous les faux jugements que pouvaient porter ceux qui, sans connaître les véritables rapports de l'État, ses forces et ses moyens, ne se décidaient que par leurs passions et qui par l'influence qu'ils

1) Gemeint iſt das Schreiben des Königs an Alexander I. vom 17. Mai 1808, Nr. 73, vgl. S. 174.

avaient eue sur les mesures du gouvernement, étaient déjà devenus les auteurs de bien de maux. S. M. Imp. ajouta que tels étaient Ses principes, qu'Elle les supposait également à V. M. et qu'Elle désirait que les mesures adoptées par la Prusse fussent inébranlablement conçues dans ce sens et conformes à ces principes. S. M. Imp. observa à ce sujet qu'il fallait donc veiller attentivement sur les dispositions du public et se décider même à le comprimer, si par ses propos ou ses actions il opposait des obstacles à la réussite de ce plan. Au reste l'Empereur, en parlant ainsi, paraît avoir donné au major de Schœler les plus fortes assurances de l'intérêt vif et sincère qu'il ne cessera jamais de porter à V. M. et du plaisir qu'il éprouvera à pouvoir L'en convaincre.

107. Schöler an den König.

St. Petersburg,
$\frac{3}{15}$. August 1808.

Am 11. August ist ein Rescript des Königs vom 30. Juli bei der Gesandtschaft in Petersburg eingetroffen. Dasselbe enthielt sehr eingehende Mittheilungen über die Ereignisse in Spanien, soweit sie dem preußischen Hofe bekannt waren. Mit Rücksicht auf die schwierige Lage, in welche Frankreich durch den Widerstand der Spanier und die Haltung Österreichs versetzt worden, ersucht Friedrich Wilhelm III. nochmals um Intervention Rußlands; er sagt von Alexander I.: »Il ne dépend que de lui de délivrer ma monarchie«. In einer Audienz am 15. August überreicht Schöler dem Kaiser einen Auszug dieser Depesche. Alexander I. giebt die Versicherung, er werde den Wunsch des Königs „so ausgedehnt wie möglich erfüllen" und sagt dann weiter:

„Die Freundschaftsgesinnungen, welche ich dem Könige widme, sind unveränderlich, und es bedarf wahrlich keiner Vorstellung bei mir, um das Drückende seiner Lage zu fühlen. Indem ich also Alles zu thun verspreche, was der König verlangt, protestire ich nur gegen den einen Ausdruck, daß es unbezweifelt von mir abhänge, den preußischen Staat zu befreien. Gäbe es hiezu ein unfehlbares Mittel in meiner Gewalt, so wäre er befreit! — So aber bin ich im Gegentheil überzeugt, daß ohne Gewalt nur eigener Vortheil den Kaiser Napoleon bewegen werde, des Königs Staaten ganz zu räumen. Ich halte mich verpflichtet, dieses voraus zu bemerken, damit der König nicht zu fest auf einen glücklichen Erfolg rechne, und die etwaige Nichterfüllung ihm dadurch nur schmerzhafter werde. Indessen es ist möglich, daß bei den jetzigen Verhältnissen gerade Kaiser Napoleon diesen eigenen Vortheil in der Räumung der preußischen Staaten, die ich in der That als einen Gewinn von Bataillen betrachte, finden könnte, und ich wiederhole daher, Alles zu thun, was der König verlangt. — Ich wünschte selbst, daß er mir die Art, in welcher ich schreiben sollte, angegeben hätte, oder daß Baron Schladen und Sie, nach der nähern Kenntniß die Sie beide von des Königs Wünschen haben könnten, selbige mir angeben wollten, wozu ich Sie hiermit ausdrücklich auffordere."

Ich konnte und wollte eine Aufforderung dieser Art weder annehmen noch ganz ablehnen, und es ward mir gestattet, Rücksprache darüber mit Baron von Schladen zu nehmen und das Resultat unserer Überlegung Seiner Maj. dem Kaiser schriftlich übergeben zu dürfen. Baron von Schladen, dem ich gleich nach Beendigung der Audienz dieses mitgetheilt, wird unsere beiderseitige Ansicht darüber in einem Briefe auseinandersetzen, den ich unverzüglich einreichen und demnächst allerunterthänigst in Abschrift hiebeifügen werde[1].

Die Abfassung des Briefes an den Kaiser Napoleon in der Art, daß er die Angelegenheiten Euerer Königl. Maj. ausschließlich beträfe, fand des Kaisers Majestät sehr thunlich, indem von den beiden letzten Briefen des Kaisers Napoleon nur der eine, der die neue spanische Constitution überbracht, die von der Junta in Bayonne angenommen worden, und durchaus dahin gerichtet sei, die Vorgänge in Spanien als unvermeidlich, für dieses Reich nützlich und nöthig und für Frankreich ganz bedeutungslos darzustellen, eine simple Anzeige des Empfangs bedürfe, folglich der gewünschte Brief, nach diesem Eingange, ganz der Verwendung für Preußen gewidmet werden könne. „Auf diese Weise", setzte Kaiser Alexander hinzu, „pflegt der französische Kaiser in seinen Briefen immer nur den einen Gegenstand zu berühren, der gerade ihm wichtig ist, und von allem Übrigen nicht ein Wort zu erwähnen."

108. Beilage zu dem allerunterthänigsten Rapport vom 3/15. August 1808.

Bei Erwähnung der beiden zuletzt vom Kaiser Napoleon eingegangenen Schreiben nahm Seine Maj. der Kaiser dieselben aus einem Convolut Papiere und theilte mir dieselben, unter Erinnerung des zu beobachtenden Geheimhaltens, mit, weshalb ich es für zweckmäßig halte, diesen Theil meines allerunterthänigsten Rapports an Euere Kön. Maj. auf ein besonderes Blatt Papier niederzuschreiben.

Der eine dieser Briefe, vom 15. Juli, enthielt Beileidsbezeugung über das Absterben der Großfürstin Elisabeth Alexandrowna (S. 408) in 6 Zeilen. Der andere, vom 8. Juli[2], war 4 Seiten lang, und, soviel ich davon aus dem einmaligen Durchlesen mich erinnern kann, drückte sich Kaiser Napoleon ungefähr folgendermaßen aus:

„— — Die Umstände und Ereignisse haben dieses Benehmen in Spanien nothwendig gemacht. Es gereicht lediglich zum Vortheil dieses Reiches, welches

---

1) In diesem Schreiben an Alexander I. vom 3/15. August wird entwickelt, daß die Vertreter Friedrich Wilhelm's III. am russischen Hofe es vor dem König nicht glaubten verantworten zu können, wenn sie es wagen würden, dem Kaiser irgendwelche Directive für den Wortlaut des Schreibens an Napoleon zu geben.

2) Das Schreiben vom 8. Juli findet sich in der Correspondance de Napoléon I, XVII. 359, während das Schreiben vom 15. Juli in dieser Sammlung nicht abgedruckt ist.

unabhängiger dadurch wird, als es gewesen ist. Es wird künftighin keine Jalousien auf dem Continent haben und seine ganze Kraft auf das Emporheben seiner Marine verwenden können. — — Frankreichs Vortheile sind dabei nicht besonders berücksichtigt, daher habe ich auch die Zustimmung aller Leute von Stande, Reichthum und guter Erziehung. Nur die Mönche, welche einen großen Theil der Bevölkerung ausmachen, und die Diener der Inquisition, welche ihre Auflösung fürchten, sind es, die sich dagegen auflehnen. Nichtsdestoweniger werden die Veränderungen in Spanien ein Gegenstand sein, über welchen man allgemein streitet (disserter), indem man die Ereignisse nicht richtig würdigt. Bande des Blutes hindern nicht, sich den Krieg zu machen: Philipp bekriegte seinen Großvater. Eine solche Wendung der Dinge hätte Spanien zerrüttet, Frankreich aber gerade alsdann seine Kräfte wahrhaft vergrößern können, indem es mit leichter Mühe die Grenzprovinzen an sich gebracht haben würde. England und Österreichs Ansichten kümmern mich dabei nicht; Österreich rüstet sich, wie ich erfahre, zieht seine Truppen aus Galizien und verstärkt sie in Ungarn und an den Grenzen von Steiermark. Ich habe mich obenhin (légèrement) danach erkundigen lassen, und man hat geantwortet, daß man nicht rüste. Es ist thöricht von Österreich, dieses zu thun, denn es zerrüttet dadurch seine Finanzen. — Rechnen Euere Majestät darauf, daß Sie einen Freund in der Ferne haben, der sich der Aussicht Sie zu sehen freut." — — —

109. Goltz an Schöler.

Königsberg,
29. August 1808.

Euerer Hochwohlgeboren übersende ich hierbei ein eigenhändiges Schreiben des Königs Majestät an des Kaisers Alexander Maj.[1], indem ich mich deshalb auf die Depeschen, die Ihnen der Herr von Schladen mittheilen wird, beziehe. Am Schlusse dieses Schreibens hat unser Souverain auch Seiner Kais. Majestät für die angebotene Remonte der Garde du Corps gedankt und die Absendung eines Officiers nach Polangen zur Abholung der Pferde gemeldet (S. 403). Nach Seiner Königl. Maj. Befehl werden Euere Hochwohlgeboren um eine Audienz und in dieser dringend und angelegentlichst um vertrauliche Eröffnung Seiner Kaiserl. Maj. im Namen des Königs unseres Allergnädigsten Herrn ansuchen: „Ob und welche Partei Seine Maj. der Kaiser im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Österreich ergreifen werden?" — Vom bestimmten Aufschlusse hierüber hängen unsere wichtigsten Verhältnisse ab ꝛc.[2].

---

1) Es war das Schreiben Friedrich Wilhelm's III. an Alexander I. vom 28. August 1808 Nr. 74, vgl. S. 249.

2) Die beiden letzten Sätze waren noch einmal in französischer Sprache wiederholt. Der französische Text lautet: »Quel parti S. M. l'Empereur compte prendre en cas de

110. Schladen an den König.

St. Petersburg,
3. September 1808.

Nach Übereinkunft mit Schöler berichtet Schladen über eine Unterredung, welche Schöler am 2. September mit dem Kaiser gehabt hat. Alexander sagte:

Que la France dans sa position embarrassante actuelle n'était rien moins que conséquente; qu'au lieu de soutenir son ton décisif, elle avait non seulement paru très coulante envers lui, mais que même elle s'était radoucie envers l'Autriche, qui paraissait avoir donné une réponse ferme aux explications qui lui avaient été demandées assez brusquement. S. M. I^le^ ajouta que cela même l'engageait à témoigner constamment le plus parfait accord avec les principes politiques de la France, parce qu'il était persuadé que de la sorte il gagnerait le plus pour la Russie et pour la Prusse et que sa conviction à cet égard était si ferme, qu'il avait expressément engagé l'Autriche à ne pas se laisser entraîner à des démarches précipitées, mais d'observer la plus grande modération dans ses déclarations comme dans toute sa conduite. Cette confidence encouragea le major de Schœler à hasarder la question: »si la Russie agirait hostilement contre l'Autriche dans le cas où cette puissance était attaquée par la France?« S. M. I^le^ repliqua: »Dans ce cas, qui n'arrivera certainement pas, non; mais, au contraire, y serais-je obligé, si l'Autriche se laissait entraîner à des mesures inconsidérées qui me mettraient dans une fausse position; aussi me suis-je expliqué à cet égard envers elle sans réserve«. (S. 252 ff.).

111. Schöler an den König.

St. Petersburg,
26. August / 7. September 1808.

Übergabe des königlichen Handschreibens vom 28. August.

Kaiser Alexander folgert aus Eurer Königl. Maj. Schreiben, welches er in meiner Gegenwart las, daß seine Nachrichten über die Sendung des Grafen G.[1]) gegründet sein würden, hofft, daß dieselbe unter den jetzigen Umständen abgebrochen, nicht bekannt und nachtheilig werden möchte, und wird entweder noch vor seiner Abreise darauf antworten, oder sich vorbehalten, bei seiner Durchreise durch Königsberg persönlich mit Euerer Königlichen Majestät darüber zu concertiren. Seinen Äußerungen nach hält er in dem jetzigen Augenblick Mäßigung und die größte Vorsicht für dringend nothwendig, um nicht das Günstige desselben, welches er vollkommen einsieht, zu verscherzen.

Man war bisher in Petersburg über die Forderungen, die Champagny dem Prinzen

guerre entre la France et l'Autriche? Les mesures et les relations futures de la Prusse dependent de la connaissance de cette détermination«.

1) Graf Götzen ist gemeint. Vgl. S. 267.

Wilhelm gestellt hat, falsch unterrichtet. Alexander erfährt den wahren Thatbestand erst aus dem Brief des Königs und den Depeschen an Schladen, über deren Inhalt Schöler ihm Mittheilung macht. In Bezug auf diesen Punkt bemerkt der Kaiser:

Daß ohne zu untersuchen, ob Preußen mit diesen Bedingungen zufrieden sei, er es nicht sein könne, da sie so wesentlich von dem Geiste des Tilsiter Friedens abweichen, die Contributionssumme jetzt physisch unerschwinglich, folglich dergleichen Forderungen unnütz wären und nicht die Rücksichtsnahme des französischen Kaisers auf seine Wünsche bethätigten, welche man geltend machen wolle. — Der Kaiser fügte hinzu:

„Die Quelle der Nachgiebigkeit, welche man jetzt zeigt, kenne ich; sie liegt in dem Gewicht, das man unter den jetzigen Umständen auf meine frühern Bemerkungen, daß es doch unmöglich sei, in der Behandlung Preußens eine nothwendige Sicherungsmaßregel gegen diese so äußerst geschwächte Macht zu sehen, sondern vielmehr dem Dasein feindseliger Absichten gegen Rußland eine Wahrscheinlichkeit leihe, die nothwendig die ganze Nation erbittern müsse, zu legen nöthig findet. Ich werde aber bei der Zusammenkunft durchaus auf Nichts mich einlassen, ehe nicht Preußens Angelegenheiten nach Wunsch beendiget sind".

Kaiser Alexander's Ansicht von der jetzigen Lage der Dinge scheint folgende zu sein:

Die Angelegenheiten in Spanien sind höchst kritisch. Der Augenblick ist günstiger, als man je erwarten konnte, um eine Änderung in Europas Verhältnissen erfolgen zu sehen, aber eben darum würde es ein großer, der größte Fehler sein, sich zu übereilen, da Kaiser Napoleon mit seiner gewöhnlichen Schnelle Spanien aufgeben und über Österreich herfallen würde. Diese Ansicht des Kaisers scheint so fest zu stehen, daß er jetzt sicher nichts zu Gunsten Österreichs thun, und wahrscheinlich gegen dasselbe Sich erklären würde, wenn es raschen Entschlüssen Folge geben sollte . . .

112. Schöler an den König.

St. Petersburg,
29. October / 8. November 1808.

Ihre Majestät die verwittwete Kaiserin werden binnen einigen Tagen von Gatschina zurückkehren, und man glaubt, daß bald nachher die Großfürstin Maria Pawlowna sich wieder nach Weimar begeben werde, sowie alsdann auch die Abreise des Herzogs von Coburg, welche durch eine kleine Unpäßlichkeit verzögert worden, stattfinden soll.

Seine Majestät der Kaiser sind in hohem Wohlsein und beehren fast täglich die Wachtparade der ersten Abtheilung mit Allerhöchstihrer Gegenwart. Vorgestern ließen Seine Majestät, statt der großen Parade, die alle Sonntage gehalten wird, eine große Menge neuen und völlig bespannten Geschützes die Revüe

passiren. Es ward im Geschwindschritt vorbei defilirt, welches auch am vorletzten Sonntage bei dem Vorbeimarsch der großen Parade, mit Torniſter und allem Feldgeräth versehen, der Fall war.

In Allem waren es 126 Piecen und eben soviel Munitionskarren; 36 Stücke waren reitende Artillerie, und die kleinere Hälfte, ungefähr 50 bis 60 Stück, von größerem Caliber.

Affütage, Sielenzeug und Bespannung von beiläufig 1000 Pferden, — Alles war in dem besten Zustande und zeugte von dem glücklichen Erfolg, mit welchem der Kriegsminister, Graf Araktschejeff die schweren Aufgaben löst, um, ungeachtet des fortgesetzten Krieges, diese Branche mit der bedeutenden Vermehrung der übrigen Streitkräfte, die seit einigen Jahren in der kaiserlich russischen Armee stattfindet, beständig gleichen Schritt halten zu lassen.

Sämmtliche Officiere der Armee haben zufolge eines kürzlich erlassenen Parolebefehls den Stock, auch dann, wenn sie ohne Schärpen sind, abgelegt. Man folgert hieraus zugleich eine Änderung in den militärischen Strafen, indessen kann ich bis jetzt die Richtigkeit dieser Folgerung nicht verbürgen.

113. Schöler an den König.

St. Petersburg,
$\frac{1}{13}$. November 1808.

Nach seiner Rückkehr von Erfurt, am 28. October, ertheilte Alexander dem Major von Schöler die erste Audienz am 30. October. Schöler hat seinen Bericht bis zur Abreise des Herzogs von Coburg, der denselben mit nach Königsberg nehmen will, verschoben.

. . . Kaiser Alexander ließ sich in dieser ersten Audienz nicht weiter auf das Detail der Erfurter Verhandlungen ein, als daß er mich von den Bedingungen der zwischen Preußen und Frankreich abgeschlossenen Convention sowie von der wirklichen Absendung solider Friedensvorschläge nach London, die in Erfurt gemeinschaftlich unterzeichnet worden, unterrichtete und den mancherlei Gerüchten widersprach, mit welchen das Publicum sich trage, namentlich der Herstellung und Übertragung der Krone von Polen an Rußland, wovon selbst nicht einmal entfernt die Rede gewesen sei. — Höchst merkwürdig ist aber die Äußerung, mit welcher der Kaiser diese Unterredung eröffnete, indem er sagte: „Ich bin im Allgemeinen sehr zufrieden, daß ich zu dieser Reise mich entschloß, weil ich glaube, dadurch Vielem vorgebeugt zu haben, was im Werke war und zu neuen Erschütterungen der Ruhe des Continents, um deren Erhaltung es mir allein zu thun ist und deren er so sehr bedarf, geführt haben dürfte. — Ich habe die feste Überzeugung erhalten, daß Frankreich mich nicht angreifen kann, und alle Ursache zu hoffen, daß künftig ein besserer Zustand der Dinge eintreten werde, als man sich gewärtigt".

Alexander hat über die Aufnahme, die er in Königsberg gefunden, seine große Zufriedenheit ausgesprochen.

Mit sichtbarem Wohlgefallen erwähnte der Monarch der Überraschung, welche ihm die Gleichförmigkeit in der Haltung und Kleidung des Militärs beider Staaten gewährt habe, und wie schmeichelhaft ihm die Nachfrage nach einigen neuen Einrichtungen der russischen Artillerie gewesen sei; wobei er hinzufügte, daß er zwei Vorschläge gemacht: entweder einen instruirten Artillerieofficier hierher zu schicken, oder Fragen über bestimmte Punkte zu thun, und daß man den letztern vorzuziehen geschienen habe.

Dagegen sprach Kaiser Alexander mit großem Beifall von den neuen Einrichtungen, welche bei uns für das Militär und andere Zweige der Staatsverfassung projectirt worden . . .

114. Schöler an den König.

St. Petersburg,
$\frac{3}{15}$. November 1808.

Bei einer Audienz am 13. hat der Kaiser das Gespräch noch einmal auf die Zusammenkunft in Erfurt gelenkt. Alexander sagt: es seien drei Hauptpunkte gewesen, die ihn bewogen hätten, sich über die Gründe, welche gegen die Entrevue geltend gemacht worden, hinwegzusetzen:

1) Österreich nicht nur vor einem Anfall sicher zu stellen, sondern auch die Erhaltung dieses Staates in seiner gegenwärtigen Ausdehnung zu bewirken;

2) den Kaiser Napoleon zu solchen gemeinschaftlichen, die Beruhigung von ganz Europa beabsichtigenden Schritten zu bewegen, von welchen man einen glücklichen Erfolg wenigstens hoffen darf;

3) die günstige Lage des Augenblicks zur Beendigung des peinlichen Zustandes, in welchem sich Preußen befand, möglichst vortheilhaft zu benutzen.

In Ansehung des ersten Punktes war es nothwendig, dem Kaiser Napoleon von der Unwandelbarkeit der Gesinnungen Rußlands völlige Gewißheit zu geben. Seine Consequenz in der Befolgung der Plane, die er entwirft, verbürgt es, daß er, ohne diese Gewißheit zu erhalten, nach der unerwarteten Wendung der Dinge in Spanien und wegen der zu gleicher Zeit im österreichischen Staate eintretenden Rüstungen, aus Spanien sich zurückziehen und seine ganze Macht gegen Österreich kehren werde. Der Umsturz dieses Staates war alsdann nicht zu bezweifeln. Österreich hat sich gerüstet, es hat seinen Verlust von 1805 zum Theil ersetzt, aber es sind die nämlichen Generale und Officiere, die nämlichen Truppen, welche zu der Zeit in weit vortheilhafteren Grenzen nicht zu widerstehen vermochten und denen die mächtigen Hebel mangeln, welche jetzt in Spanien wirksam sind. Rußlands Unterstützung hingegen, angenommen daß dieser Staat alle andere Rücksichten hintansetzen und seine bisherige Politik wieder umändern

wolle, würde dieses jetzt noch weniger gehindert haben als damals, wo es hiezu wenigstens einigermaßen vorbereitet war.

Der Erfolg hat die Richtigkeit der ersten Voraussetzung, folglich auch die der Folgerung erwiesen. Des Kaisers Alexander Willfährigkeit, die Einladung nach Erfurt anzunehmen, dieser öffentliche Beweis, daß Frankreich sich auf ihn verlassen könne, von den feierlichsten Erklärungen unterstützt, nöthigte den Kaiser Napoleon gleichsam wider seinen Willen, den Angriffsplan gegen Österreich aufzugeben. Kaiser Alexander begnügte sich indessen hiemit nicht, sondern benutzte die Lage der Umstände dazu, um die Wichtigkeit, welche Österreichs Erhaltung als bedeutender Staat für Rußland in sich schließe, — ein Satz, der von allen Umgebungen des Kaisers Napoleon als richtig anerkannt worden, — auch bei ihm selbst, seinem Widerstreben unerachtet, geltend zu machen und unter der vorgedachten Bedingung die Integrität dieses Staats in seiner jetzigen Größe zu stipuliren.

Von dem einen wie von dem andern ist dem Cabinet zu Wien unverhohlen Eröffnung gemacht, und nach der erfolgten Erklärung desselben scheint es, daß auch von seiner Seite nichts geschehen werde, was dieser getroffenen Übereinkunft entgegen ist.

Was die gemeinschaftlich verabredeten Schritte zur Beruhigung von Europa anbetrifft, so bestehen sie in dem Vorschlage an England, Friedensunterhandlungen unter dem von dieser Macht selbst aufgestellten Grundsatz des Uti possidetis anzuknüpfen, wonach England in diesem Augenblick den großen Vortheil habe, Spaniens und Portugals Besitz als Äquivalent anderer Cessionen zugestehn zu können. Zwei eigenhändige, dem Inhalt nach gleiche Schreiben der beiden Kaiser an den König von England, die diesen Vorschlag enthielten, und andere Schreiben an den Kanzler Canning, sind durch einen französischen und einen russischen Courier nach London überbracht, und letzterer ist am $\frac{31.\text{ October}}{12.\text{ November}}$ wieder hier eingetroffen mit der vorläufigen, sehr höflich abgefaßten Anzeige des Kanzlers, daß unverzüglich durch einen englischen Staatsboten die Antwort des Königs erfolgen solle. Das Erscheinen der beiden Couriere in London hat daselbst große Sensation gemacht; man hat ihnen Begleitung gegeben, sie außerdem aber sehr gut behandelt.

Auch zu diesen Schritten hat Kaiser Napoleon für seine Person nur ungern sich bequemt. Dagegen sind alle Personen seines Gefolges von Bedeutung sehr dafür gestimmt gewesen, die nicht allein den Kaiser Alexander in seiner dringenden Aufforderung hiezu unterstützt, sondern sogar sehr wesentliche Gründe, von dem innern Zustande Frankreichs und der Küsten entlehnt, ihm an die Hand gegeben haben, um dadurch die Hartnäckigkeit des Kaisers Napoleon zu erweichen. Diese ist bis zu dem Extrem gegangen, daß er dem Kaiser Alexander den Vorschlag gemacht: man könne ja allenfalls, um allen ferneren Zudringlichkeiten

zu entgehen, nichtssagende Anträge zum Schein machen! — Natürlich ist aber dieser Vorschlag von der Hand gewiesen und endlich vorgedachtes Resultat zu Stande gebracht, von welchem man, zufolge derer, die Englands Verhältnisse genau kennen, und worunter namentlich der Prinz von Benevent, der immer bedeutende Verbindungen in diesem Lande unterhalten hat, zu zählen ist, nach der ersten günstigen Aufnahme des Antrages jetzt viel Gutes erwarten darf.

In Rücksicht der beabsichtigten Verwendung für Preußen ist allerdings die förmlich abgeschlossene Convention und der den Abschluß veranlassende Brief hinderlich gewesen, um sie ganz so wirksam zu sehen, als man wünschte und hoffen durfte. Indessen war es die Hauptsache, baldige Räumung des Staates und völlige Wiedereinsetzung in die Administration unter solchen Bedingungen zu bewirken, deren Erfüllung nicht absolut unmöglich war. Dieses ist bewirkt. Denn wenn auch die erhaltene Verminderung der Contribution um 20 Millionen kein großes Object ist, so findet doch die eigentliche Räumung statt, ohne gleich baare Zahlungen leisten zu dürfen.

Außer diesem suchte Kaiser Alexander freilich auch die Erfüllung des 25. Artikels des Tilsiter Friedens, d. h. die Aufhebung des unter'm 18. Januar 1808 an die Unterthanen des Herzogthums Warschau erlassenen Verbotes, dadurch zu bewirken, daß er die Gerechtigkeitsliebe des Königs von Sachsen in Anspruch nahm. Allein dieser Monarch entzog sich dem Ansinnen mit der Äußerung, daß er, wie es auch die Worte des Verbotes selbst mit sich bringen, für seine Person die Aufhebung desselben nicht befehlen könne; ein beharrliches Dringen aber auf die Erfüllung dieses Punktes bei dem Kaiser Napoleon selbst schien bedenklich, da das über so viele Gegenstände bereits ihm abgedrungene Nachgeben öftere Verstimmungen (bourrasques) erzeugte, durch welche leicht alles, was man beabsichtigte und bereits erhalten hatte, wieder verloren gehen konnte, — und endlich, wenn diese Forderung Preußens durch ihre Begründung auf einen förmlichen Friedensartikel den höchsten Grad von Rechtmäßigkeit erhält, eben auch hierin die Möglichkeit liegt, bei neuen günstigen Verhältnissen davon einen Gegenstand künftiger Unterhandlungen zu machen.

Auf meine während dieser Unterredung eingeschobene Frage, welche Ansichten man jetzt von den türkischen Angelegenheiten zu nehmen habe, erhielt ich die wenig befriedigende Antwort, daß diese ihren Gang für sich fortgehen, wobei der Kaiser Alexander nur das noch hinzufügte, daß er allen Planen, deren Ausführung der allgemeinen Beruhigung von Europa, welche sein Hauptaugenmerk sei, auf irgend eine Weise Eintrag thun könne, sich widersetzt habe. Nähere Auskunft erhielt ich über diesen Gegenstand nicht, obgleich ich mehrere Mal darauf zurückzukommen suchte.

Ich erwähnte zu diesem Ende der Ankunft einer bedeutenden englischen Macht in den Gewässern des Archipelag, sowie der des Herrn Adair in Constantinopel (S. 422); aber die Antwort des Kaisers beschränkte sich auf die Erklärung,

daß dieses Gerücht zu voreilig sei, indem nur erst von der Sendung dieses Geschäftsträgers die Rede gewesen wäre.

Ich sprach von den Nachrichten, daß mehrere österreichische Couriere hintereinander in Constantinopel angekommen sein sollten; allein Seine Majestät schienen denselben ebenfalls keine besondere Aufmerksamkeit zu widmen und äußerten nur, daß Maßregeln dieser Art, deren Gelingen offenbar das Unglück von Österreich nach sich ziehen würde, doch wohl ohne Erfolg bleiben dürften, wenn auch das Einfädeln derselben dem gewöhnlichen Benehmen dieser Macht, unzeitige und aller gesunden Politik widerstrebende Schritte zu thun, sehr entsprechend sei.

Endlich brachte mir die Anspielung auf eine Besorgniß des hiesigen Publicums, daß in dem Fall des hergestellten Einverständnisses zwischen der Pforte und England diese letztere Macht leicht die nöthigen Transportmittel zu einer Landung von 20 bis 25 Tausend Türken in der ganz entblößten Krimm aufbringen könne, keinen andern Gewinn als die Versicherung, daß man von jeher die Möglichkeit einer solchen Landung auch ohne Dazwischenkunft der Engländer eingesehen und bei allen Maßnehmungen in diesen Gegenden stets Rücksicht darauf genommen habe.

Nicht glücklicher war ich in Ansehung des Krieges in Finnland; ich erfuhr nur bei der Veranlassung, welche mir die am $\frac{31.\ \text{October}}{12.\ \text{November}}$ stattgefundene feierliche Beerdigung des jungen Fürsten Dolgorucki, General-Adjutanten des Kaisers, darzubieten schien, daß dieser brave Befehlshaber, der allgemein bedauert wird, bei Idensalme, nördlich von Kuopio, in einem der häufig vorfallenden partiellen, aber oft sehr hitzigen Gefechte geblieben sei.

115. Schöler an den König.

St. Petersburg,
$\frac{17}{29}$. November 1808.

Die Berichte vom $\frac{1}{3}$. und $\frac{3}{15}$. werden erst jetzt abgesandt. Der Herzog von Coburg hat sich am $\frac{12}{24}$. November definitiv mit der jüngsten Großfürstin Anna Pawlowna (geb. 18. Januar 1795) verlobt und wird erst nach dem Namensfest der älteren Großfürstin, Katharina, $\frac{24.\ \text{Novbr.}}{6.\ \text{Decbr.}}$, Petersburg verlassen.

. . . Das anfängliche Project einer Verbindung zwischen dieser ältern Großfürstin [1]) und dem Herzoge von Coburg ist durch die Abneigung, welche sie geäußert, nach Deutschland zu gehen, unerfüllt geblieben und darauf die Verbindung derselben mit dem Herzoge von Oldenburg, der in Rußland zu bleiben sich entschlossen hat, zu Stande gekommen.

Da bei der Jugend der Großfürstin Anna ihre Vermählung erst nach zwei

1) Geb. 21. Mai 1788.

Jahren stattfinden und vor der Hand ihr selbst nicht bekannt werden soll, so macht man bei Hofe ein Geheimniß aus dieser Verbindung, zu welcher übrigens die Genehmigung des Monarchen bereits erfolgt, und die allen andern Mitgliedern der kaiserlichen Familie bekannt gemacht ist . . .

In Bezug auf die orientalischen Angelegenheiten bemerkt Schöler: ein Krieg mit der Pforte sei vorläufig nicht wahrscheinlich. Dann fährt er fort:

Kaiser Alexander würde es gerne sehen, seine Absicht, unter den jetzigen Umständen durch die Besetzung der Walachei einen Vorsprung in dem Wege nach den Débauchéen des Schwarzen Meeres zu behalten, ohne Blutvergießen erreichen zu können. Allein es kommt darauf an, ob es möglich ist, die Pforte von der Nothwendigkeit zu überzeugen, in welcher Rußland sich befindet, dieses zu fordern, und hierüber werden, nach einem Abkommen in Erfurt, jetzt unmittelbar durch einen russischen Abgeordneten in Constantinopel Unterhandlungen gepflogen, anstatt daß bisher diese Angelegenheit unter Frankreichs Mediation betrieben wurde (S. 278).

Von dem Erfolge ist die Nachricht noch nicht eingegangen, und es steht zu erwarten, ob die Sendung des Herrn Adair, welcher nach den letzten Nachrichten aus Wien bei der englischen Flotte vor Tenedos angekommen ist[1]), hierauf Einfluß haben werde.

Über den Fortgang des Krieges in Schweden bemerkt Schöler:

Die Küsten von Finnland längs dem Bottnischen Meerbusen sind bereits mit Eise belegt, die Flotillen haben sich zurückgezogen und die Landungen sind unmöglich geworden. General Kamensky steht in Calajoki an der Küste, General Tutschkow hingegen ist mit dem rechten Flügel bereits bis Fräntsila, in der Absicht Uleaborg zu umgehen, vorgedrungen, und Finnland wird einstweilen wieder der russischen Macht ganz unterworfen sein.

In Betreff Österreichs fügt Schöler hinzu:

Dieser Hof fährt fort die Versicherung zu geben, daß er ruhiger Zuschauer bleiben wolle. Man hat über die Ächtheit des Gerüchtes einer Quadrupel-Allianz zwischen Österreich, Spanien, England und der Türkei in Wien unter der Hand sich befragt und vom Grafen Stadion die Antwort erhalten, daß nie an diesen Unsinn gedacht worden. Unterdeß schickt Kaiser Alexander ein Paar Officiere an die österreichische Grenze, um von dem was vorgeht, mit Zuverlässigkeit unterrichtet zu sein.

---

1) Adair war am 26. September 1808 auf der Rhede von Tenedos angekommen. The negotiations for the peace of the Dardanelles I 24.

VI.

Aus dem Schriftwechsel mit dem Prinzen Wilhelm während seiner Mission in Paris.

November 1807 bis September 1808.

116. Friedrich Wilhelm III. an Napoleon.

(Entwurf von Goltz).

Memel,
4. November 1807.

Monsieur mon Frère. Pour constater entièrement mon sincère désir de rétablir avec Votre Majesté Impériale et Royale les termes de la plus intime harmonie, je suis décidé de charger mon frère Guillaume de se rendre près de Vous, Sire, et de devenir l'organe de ces dispositions. Je le munirai des pleins pouvoirs nécessaires pour Vous faire les propositions les plus tendantes à contracter avec Vous les relations de la plus étroite union. Je crois pouvoir me flatter, après avoir fait de mon côté tout ce qui est en mon pouvoir pour concilier les différends qui provenaient encore de l'exécution du traité du 9 et de la convention du 12 juillet, que Votre Majesté Impériale et Royale voudra faire un accueil favorable à ces ouvertures et qu'Elle me fera tenir par l'entremise du général de Knobelsdorff les passe-ports dont mon frère aura besoin pour se rendre à Paris, afin de s'acquitter de son importante commission et Vous témoigner, Sire, l'expression de mon inviolable attachement. Sur ce, Monsieur mon Frère, je prie Dieu qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde.

117. Instruction für den Prinzen Wilhelm.

(Entwurf von dem Geh. Legationsrath Le Coq).

Memel,
5. November 1807.

Jamais il n'y eut pour la Prusse de commission plus importante, que celle que le Roi vient de confier à l'amitié et au patriotisme de Son Altesse Royale Monseigneur le prince Guillaume, puisqu'il y va non-seulement de tout ce qu'elle peut encore conserver pour l'avenir d'espérances, de bien-être et de prospérité, mais de son existence même comme puissance tenant un rang parmi celles de l'Europe. Epuisée par les malheurs inouis de la guerre, privée par la paix de Tilsit de la moitié de ses provinces et de ses habitants, voyant les faibles ressources des pays qui lui restent tarir de plus en plus par la prolongation

arbitraire du séjour des troupes françaises, et accablée du poids énorme des prétentions pécuniaires qu'on forme à sa charge et qu'elle ne saurait acquitter, elle n'a pas un instant à perdre, si elle ne veut voir sa ruine consommée, et rien ne doit lui coûter pour sortir de cet état de détresse et revenir du moins à la possession tranquille et paisible des provinces qu'elle conserve, pour les soulager et les relever successivement.

Le tableau des objets en discussion avec la France, qui vient d'être mis sous les yeux de S. A. R. [1]), lui a fait voir sur quoi portent principalement et où en sont les différentes prétentions qu'on élève et dont on fait dépendre l'évacuation du pays. Jusqu'ici toutes les réclamations ont été infructueuses; mais on a conçu l'espoir que l'ambassade solennelle dont ce Prince se charge, les représentations et les offres dont il s'acquittera envers l'empereur Napoléon, en donnant à ce monarque la plus éclatante preuve de la considération du Roi, de sa déférence à ses vues et de sa résolution de s'attacher désormais étroitement à la France et de demeurer fidèle à ses relations, pourraient enfin le ramener à des sentiments plus favorables à la Prusse, conduire à une étroite union, effectuer des arrangements équitables sur les objets de prétention et ouvrir même pour l'avenir quelque perspective consolante, pour se refaire en partie des pertes qui ont frappé la monarchie. Tout au moins on saura à quoi s'en tenir sur la véritable intention de l'Empereur envers la Prusse, et l'on mettra fin au cruel état d'incertitude et en même temps d'oppression, sous lequel elle gémit et dont la durée serait pour elle le pire de tous les maux.

La formation d'une étroite union avec la France, pour s'assurer en retour l'évacuation et la possession tranquille des provinces qui restent au Roi et, s'il est possible, quelqu'indemnisation, ou du moins, quelque perspective pour l'avenir, — tel est donc en général le but et l'objet de la commission de S. A. R. Elle est d'autant plus décisive pour le sort futur de la Prusse, qu'on ne peut se flatter d'aucun secours étranger, pour l'aider efficacement à se tirer de sa pénible situation. On ne se fait plus illusion à ce sujet. Quant à la Russie en particulier, son ancienne alliée, à laquelle elle a porté le sacrifice de ses derniers moyens, le Roi a la certitude qu'il ne saurait compter sur aucune assistance réelle de sa part. La loyauté personnelle de l'empereur Alexandre a du moins fait connaître à S. M. où Elle en est à cet égard.

Il Lui a conseillé lui-même de céder à la France, en avouant son impuissance de La servir autrement que par de bons offices. Ceux-ci encore, puisque la Russie ne peut ni ne veut les soutenir avec vigueur, ne promettent pas grand

1) In der S. 38 erwähnten Denkschrift, welche eine Übersicht der bisherigen Verhandlungen mit Frankreich seit dem Tilsiter Frieden und eine Recapitulation der Anerbietungen vom 31. October enthielt.

effet. Cependant on ne peut négliger cette ressource, quelque faible qu'elle paraisse. Le comte Tolstoi, ambassadeur de Russie à Paris, étant personnellement bien disposé et chargé très expressément de s'employer de son mieux à l'appui des demandes et des réclamations du Roi, S. M. s'en remet au prince Guillaume de recourir à son intervention et d'en tirer le meilleur parti possible, en consultant toutefois les circonstances à cet égard, afin de ne se servir de cette entremise qu'autant qu'il sera sûr, qu'elle ne peut pas, soit par un sentiment de jalousie, ou par telle autre cause, produire dans l'esprit de l'empereur Napoléon précisément l'effet opposé de celui qu'on a en vue.

L'arrivée de S. A. R. à Paris est déjà annoncée à ce souverain par la lettre du Roi, ci-jointe en copie (Nr. 116), qui exprime l'objet de Son voyage et demande les passe-ports nécessaires. Cette lettre, transmise par courrier au général Knobelsdorff, sera tout de suite délivrée par lui, ou par le baron de Brockhausen, qui enverra les passe-ports à Hombourg. S. M. remet de plus à S. A. R. une autre lettre authographe pour l'empereur Napoléon (Nr. 118) et un plein pouvoir très étendu. L'une et l'autre se trouvent ci-contre, en original et en copie. Elle présentera la première à l'Empereur. Le second servira pour tous les actes dont on se flatte que Son séjour amènera la prompte conclusion.

Le prince Guillaume mettra tous ses soins à se concilier la confiance et l'attachement personnel de l'Empereur. Il lui témoignera dans les termes les plus expressifs, aussi bien qu'à son ministre, que le Roi, en le chargeant de se rendre à Paris, a principalement eu en vue de convaincre S. M. I. de son amitié, de sa haute considération et du vif et sincère désir qui l'anime d'établir avec la France les relations de la plus intime union et d'y rester fidèlement et invariablement attaché; qu'il s'offre pour cet effet à conclure avec l'Empereur une alliance formelle offensive et défensive, par laquelle la Prusse mettrait et tiendrait à sa disposition tel corps de troupes, proportionné à la faiblesse de ses moyens actuels, dont on tomberait d'accord; qu'il se flattait en retour que S. M. I. reviendrait envers la Prusse à ses anciens sentiments d'intérêt et voudrait bien non seulement se relâcher des prétentions tout-à-fait impossibles qu'on met à sa charge, mais contribuer aussi à la ramener successivement à une situation où elle peut lui être plus utile encore; qu'Elle pouvait compter avec la plus entière certitude sur la fermeté du Roi à ne se départir en quoi que ce soit des engagements qu'il aurait contractés; que son caractère et la persévérance même avec laquelle il avait porté jusqu'aux derniers sacrifices à ses anciens rapports, lui offrait la plus sûre garantie de celle qu'il mettrait toujours dans l'accomplissement de ses promesses.

Le corps de troupes prussiennes, qui par cette alliance serait à la disposition de la France devra être réduit au moindre nombre qu'il sera possible d'obtenir, et S. A. R. le proposerait d'abord à 30 mille hommes, en le portant

toutefois, si l'on l'exige, jusqu'à 40 mille hommes, et en stipulant, pour les mettre sur pied, un terme d'une année ou demi-année au moins, ainsi que le moindre nombre de cavalerie possible. Il faudrait encore stipuler que ce corps de troupes ne pourra être employé que sur le continent. — Un tel surcroît de moyens, la situation géographique des États prussiens, surtout l'étendue des côtes sur la Baltique, à l'égard desquelles le Roi se chargerait de tous les engagements qu'on exigerait, pour les défendre, font espérer que l'union offerte, moyennant laquelle l'empereur Napoléon serait désormais, et pour tous les événements possibles, parfaitement sûr de la Prusse, ne sera point jugée indifférente à ses intérêts; mais dès lors aussi, la France doit, pour son propre avantage, prévenir l'épuisement ultérieur, ou plutôt la ruine entière de cette monarchie, et lui rendre une main secourable pour l'arrêter au bord de l'abîme et la relever successivement.

Les moyens en seront:

a) une diminution de la somme énorme de contributions qu'elle doit encore payer, et pour ce qui restera, l'acceptation de termes équitables et des sûretés qu'on offre par des obligations du Roi et des États, hypothéquées soit généralement sur les provinces, soit sur tels domaines particuliers;

b) l'évacuation immédiate des États prussiens, y compris les forteresses, afin que le Roi puisse rentrer tout de suite dans leur possession paisible, retourner dans sa résidence et diriger de là les arrangements indispensables pour les remettre en valeur; que si toutefois on insistait sur la remise de quelques forteresses, à titre de sûreté, le Roi s'en tient sur ce sujet à ce qu'il a fait déclarer par la commission de Berlin, sur les demandes du sieur Daru, dont il a été fait mention dans le mémoire (S. 30 bis 33);

c) l'attribution de quelqu'indemnité, tant pour la Nouvelle Silésie et le cercle de Michelau, dont le Roi s'est désisté dans la délimitation avec le grand-duché de Varsovie, que généralement, s'il est possible, pour les pertes énormes que la Prusse a éprouvées. On ne préjugera point sur la question: de quel côté ces indemnités pourraient être prises? Le Roi désirerait de préférence, qu'elles pussent lui être accordées sur la rive gauche de l'Elbe et sur ses anciennes provinces, s'il y avait moyen de dédommager le roi de Westphalie d'un autre côté. (S. 53).

Il faut rappeler ici que, par un article séparé, le traité de Tilsit entre la France et la Russie assure à la Prusse le recouvrement d'une étendue de 400 mille âmes de population sur la rive gauche de l'Elbe, pour le cas où, à la paix générale, le roi de Westphalie obtiendrait le pays d'Hanovre (S. 11). Ce cas, à la vérité, n'existe pas encore; mais les cercles de Göttingen et de Grubenhagen ont pourtant déjà été réunis à ce royaume.

Le Roi confiera aussi à cette occasion à S. A. R. qu'après la paix de Tilsit, l'empereur Alexandre a témoigné que si par la paix future avec la Porte

Ottomane, la Russie obtenait un agrandissement de territoire, il en résulterait aussi de chances favorables pour la Prusse, qui trouverait ses avantages par des arrangements et cessions réciproques (S. 51. 52). Le sort de la Porte paraît dans ce moment en grande discussion entre la Russie et la France, et on peut supposer que cet objet tient sa place parmi ceux d'une correspondance authographe qui se poursuit avec beaucoup d'activité entre les empereurs Alexandre et Napoléon. Il s'agira donc, si cette occasion se présente, de la saisir, pour assurer de manière ou d'autre des avantages à la Prusse. Une clause insérée dans le traité d'alliance et renfermant la promesse éventuelle d'indemnités en sa faveur, serait déjà seule un avantage réel.

Si, contre meilleure attente, l'offre d'une alliance était déclinée, le Roi, pour obtenir le but de la tranquille possession de ses États, consentirait à accéder à la confédération du Rhin, et, dans le cas supposé, S. A. R. peut en articuler la proposition. Quant aux conditions et modifications de cette accession, on ne peut que se référer à ce qui a été dit ci-dessus par rapport à l'alliance.

En général, il n'est pas possible de prévoir toutes les propositions qui pourront être mises en avant. La grande latitude que le Roi a donnée au plein pouvoir du Prince, lui prouve avec quelle confiance il s'en remet à son propre jugement, sur ce qu'on pourrait accorder sans dévier du but constant de S. M., qui est, comme on l'a dit: la rentrée dans la possession paisible de Ses provinces et, pour y parvenir, l'établissement de relations étroites, sous telle ou autre forme, avec la France. Les moments sont précieux, et il est fort à désirer que le Prince évite autant qu'il sera possible, les longs délais qu'entraîneraient, à la grande distance des lieux, des demandes de nouvelles instructions. Elles seraient indispensables cependant pour des cas tout-à-fait inattendus et pour des propositions qui amèneraient tout un nouvel ordre de choses, ou qui feraient entièrement manquer au Roi le but susmentionné. Hors de là, le Prince prendra conseil des circonstances et agira selon ses lumières et sa conviction, pour accepter ou décliner ce qu'on lui proposera. Il est superflu de répéter que la conclusion d'un arrangement quelconque est désirable au suprême degré, pourvu qu'il apporte une amélioration réelle à l'état de la monarchie.

Le soupçon s'est élevé, il y a déjà quelque temps, que l'Empereur visait à obliger le Roi, à force de prétentions et par le séjour prolongé de ses troupes, à de nouvelles cessions de provinces ou de territoires. Plusieurs avis et surtout les bruits répandus avec une sorte d'affectation dans le public, comme si le Roi manquait aux stipulations de la paix de Tilsit relativement à la clôture de ses ports aux Anglais, ont paru donner quelque poids à cette supposition. Mais on ne saurait s'imaginer que tout principe de justice et d'équité puisse être ainsi foulé aux pieds; que si, par le plus grand malheur, elle avait quelque fondement réel, il ne resterait au Prince que d'informer tout de suite le Roi

de ce qui en serait, et de lui rapporter la vérité tout entière sur ce qu'il aurait à attendre à cet égard, pour que S. M. puisse en prendre Son parti.

Au reste, la clôture des ports dont on vient de parler, est notoirement exécutée depuis longtemps, et le Prince pourra donner l'assurance la plus positive qu'on veille à son observation, avec toute l'exactitude et la sévérité possibles. — Le sieur Garlicke (S. 44) se trouve encore comme simple particulier à Memel, ce qu'on ne saurait absolument empêcher; mais il n'a pas les moindres relations officielles avec la cour, ni le ministère, et se trouve d'ailleurs sur son départ.

Son Altesse Royale trouvera ci-joint, comme supplément d'instruction, les réponses du ministre d'État baron de Stein aux questions qu'Elle lui a proposées, avec ces mêmes questions [1]). Elles serviront à La diriger sur les points les plus importants.

Outre les officiers de sa suite, le Prince sera accompagné à Paris par le sieur Alexandre de Humboldt et le conseiller privé de légation Le Roux [2]), qui l'un et l'autre connaissent parfaitement le local et les principaux personnages. On se flatte qu'à son arrivée, le nouveau ministre du Roi, le baron de Brockhausen, sera depuis longtemps en pleine activité et que peut-être, il aura déjà préparé heureusement les voies pour arriver au but désiré, que ses instructions lui ont aussi déjà prescrit, quoique d'une manière bien plus limitée. Comme ce ministre doit essentiellement coopérer à l'obtenir, on désire que S. A. R. veuille bien lui donner connaissance de la présente instruction, dans l'esprit de laquelle il ne manquera pas de travailler, avec le zèle et l'activité qui lui sont propres; si contre toute attente, il n'était pas à Paris, le général de Knobelsdorff y sera encore. Dans tous les cas, S. A. R. y trouvera aussi le conseiller privé Le Coq [3]), instruit de toutes les affaires survenues et des rap-

1) Leider findet sich dieses Schriftstück in den Acten des Geheimen Staatsarchives nicht.

2) Vgl. S. 37, 160 ff. und die Actenstücke Nr. 159 und 196.

3) Es ist Paul Ludwig Le Coq, der jüngere von den beiden Vertretern dieser alten Beamtenfamilie, die damals dem auswärtigen Ministerium angehörten. Seit dem Anfang der neunziger Jahre in der Geheimen Canzlei des Cabinetsministeriums beschäftigt, war er später als expedirender Secretär bei dem auswärtigen Departement angestellt worden und hatte nach dem Kriege, 19. Juli 1807, den Charakter als Geheimer Legationsrath erhalten. Die Begleiter des Prinzen sind S. 37 genannt: Graf Goltz war ein Verwandter des Ministers; Hedemann wurde später Schwiegersohn Wilhelm von Humboldt's und endete seine Laufbahn als Commandirender des IV. Armeecorps. Außerdem waren dem Gefolge des Prinzen beigegeben sein Privatsecretär Mellinet, ein Garderobier, zwei Leiblakaien und ein Feldjäger. Gneomar von Natzmer in dem dankenswerthen Buche: Aus dem Leben des Generals Oldwig von Natzmer (Berlin, Mittler & Sohn, 1876) nennt noch Constantin Stolberg als Reisebegleiter des Prinzen Wilhelm (S. 18). Wie aus einem Brief Natzmer's vom 16. März 1808 (S. 23) hervorgeht, hielt sich Stolberg damals allerdings in Paris auf und verkehrte hauptsächlich in der Gesellschaft des Prinzen, — in einem officiellen Verhältniß zu demselben aber stand er nicht.

ports du Roi avec la France. Ces différentes personnes concourront de toutes leurs forces à seconder ses démarches et à en faciliter le succès.

En formant les vœux les plus ardents pour celui de Son importante commission en général, le Roi ne doute pas que S. A. R. n'ait soin de l'informer le plus promptement possible de l'accueil qu'Elle aura trouvé, de ce qu'on peut espérer et attendre, et des résultats successifs de la négociation.

Erste Nachschrift.

Sa Majesté ayant pris le parti d'envoyer Son propre frère à l'Empereur, Elle compte que ce prince saura tenir à la cour de ce monarque la place que sa naissance et son rang lui assignent, tout en conservant les dehors prévenants, la complaisance et l'affabilité qui le distinguent, et qu'il conservera ainsi un juste milieu qui maintienne sa dignité, sans pouvoir déplaire.

Zweite Nachschrift.

Memel,
6. November 1807.

Le Roi est persuadé que S. A. R. sentira d'Elle-même, sans qu'il soit besoin de rappeler cet objet, la nécessité de ménager et de cultiver, dans le but de Sa commission, les dispositions, soit de l'Impératrice, soit de toute autre personne qu'on peut croire avoir de l'influence, surtout des frères de l'Empereur, nommément du roi de Westphalie et du grand-duc de Berg, qui, dans plusieurs occasions, a déjà manifesté des sentiments favorables à la Prusse, du maréchal Duroc, du ministre de Champagny, du prince de Bénévent, du prince de Neufchâtel et du ministre de la guerre général Clarke. S. M. a cru cependant devoir encore spécialement recommander ce soin au Prince Son frère; puisque, dans la situation actuelle, il ne faut négliger aucun moyen dont on peut se promettre quelque succès. Les personnes de la mission aideront S. A. R. de leurs conseils et de leur expérience à cet égard. On se bornera à observer encore que, dans les derniers temps, le prince de Neufchâtel et le ministre Champagny, et précédemment déjà le général Clarke, ont paru généralement bien intentionnés, du moins quant au désir de terminer les affaires et d'y écouter la voix de la justice et de l'équité. S. M. S'en remet au Prince de dire à chacun d'eux quelque chose d'obligeant de Sa part, sur l'espérance qu'Elle conserve qu'il voudra bien seconder les démarches qu'Elle fait pour affermir et assurer les relations les plus étroites entre Elle et la France et pour obtenir bientôt l'évacuation de Ses États. S. A. R. voudra bien aussi S'acquitter particulièrement de ce soin, de la part de S. M. la Reine, envers l'Impératrice Joséphine, dont on vante, d'une voix unanime, le caractère de bonté et les sentiments équitables et conciliants.

118. Friedrich Wilhelm III. an Napoleon.

(Entwurf von der Hand des Geheimen Legationsraths Reuſner).

Memel,
5. November 1807.

Monsieur mon Frère. Le prince Guillaume mon frère, qui aura l'honneur de remettre la présente à Votre Majesté Impériale et Royale, se rend auprès d'Elle pour Lui offrir des preuves convaincantes de la sincérité de mes intentions. Veuillez le recevoir, Sire, comme mon ami et Vous confier en sa franchise. Le langage qu'il Vous tiendra sera celui de la vérité la plus pure. Je l'ai muni d'instructions et de pouvoirs qui l'autorisent à contracter tels engagements que V. M. I. jugera propres à rétablir sur une base inébranlable les relations de notre ancienne union, et à leur donner même une nouvelle étendue. Il n'y a que le retour de Votre amitié, Sire, qui puisse diminuer les malheurs de la Prusse et adoucir mes peines. C'est à cette considération que j'ai porté tous les sacrifices dont j'étais capable, dans l'espérance que V. M. I. les regardera comme suffisants pour terminer les arrangements qui restaient encore a régler en suite de notre paix de Tilsit. Je souhaite de toucher au moment, où, rentré dans la possession tranquille de mes États, je pourrai m'occuper des moyens de remplir mes promesses et mes obligations envers Elle. Ce sera le premier et le plus important de mes soins, et par conséquent le gage le plus assuré des sentiments de ma très haute considération. Sur ce je prie etc.

Monsieur mon Frère,
de Votre Majesté Impériale et Royale
le bon frère . . . .

(ad subscriptionem Regis.)

119. Alexander von Humboldt an den König.

Berlin,
13. November 1807.

Präſentirt Memel,
am 26. November 1807.

Sire,

Rentré sur le sol de l'Europe, Votre Majesté a daigné me combler des marques les plus éclatantes de Sa haute et généreuse bienveillance. Rappelé au sein de ma patrie, Elle m'a accordé par Sa munificence ce loisir heureux dans lequel je devais vivre tout entier aux sciences et à la contemplation de la nature. Si j'ai été témoin des malheurs qui ont affligé un pays dans lequel tant de fidèles sujets soupirent après le retour de leur monarque, j'ai aussi été, replié sur moi-même, admirateur de cette constance et de cette noble énergie avec laquelle V. M. a cherché sans cesse de conjurer l'orage qui La menaçait. Mais comment osais-je me flatter, Sire, qu'au milieu de cette crise

alarmante, V. M. daignerait fixer Ses regards bienfaisants sur moi! La commission importante et honorable qu'Elle vient de me donner m'a pénétré de nouveau des sentiments de la reconnaissance la plus profonde et la plus respectueuse. Heureux si, en osant accompagner le frère de mon souverain, je puis prouver par mon zèle et mon dévouement que je ne suis pas tout-à-fait indigne de la haute protection de V. M.! Il ne m'appartient pas de prononcer sur le succès de cette mission, mais au milieu de la solitude morale dans laquelle j'ai vécu depuis un an, j'ai entretenu constamment la croyance qu'après que le malheur a sévi pendant longtemps, la vertu doit rentrer dans ses droits.

Je pars cette nuit même pour Francfort sur le Main ou Hombourg, où j'attendrai les ordres de S. A. R. Mgr. le prince Guillaume. J'ai gardé, conformément à l'urgence des circonstances, le plus profond secret sur le but de mon voyage. Mais malheureusement les Français mêmes, depuis plus de dix jours, désignaient le comte de Goltz et moi comme des personnes que V. M. daignerait choisir pour être à la suite du Prince.

Je suis avec la soumission la plus profonde et une reconnaissance qui m'accompagnera jusqu'au tombeau, Sire, de Votre Majesté

le très humble et tres obéissant
et très dévoué sujet
Alexandre de Humboldt.

120. Goltz an den Prinzen Wilhelm.

Memel,
24. November 1807.

Politiſche Nachrichten zur Information des Prinzen.

L'empereur Alexandre a de nouveau promis au Roi, de la manière la plus positive, tant par une lettre de main propre, qu'envers notre mission à Pétersbourg [1]), de profiter de l'intimité plus que jamais affermie avec l'empereur Napoléon par sa rupture avec l'Angleterre, pour intercéder en notre faveur auprès de ce monarque et le disposer surtout à la prompte évacuation de nos États . . .

Der Bruch zwiſchen Rußland und Schweden ſteht nahe bevor.

121. Goltz an den Prinzen Wilhelm.

Memel,
1. December 1807.

Mit Spannung ſieht man am Hofe den Nachrichten des Prinzen entgegen.

. . . . On s'était flatté, comme Votre Altesse Royale daignera Se le rappeler, que le courrier qu'on supposait expédié de Paris avec ses passe-

1) Vgl. Actenſt. Nr. 71 und 86.

ports, en conséquence d'une lettre que j'écrivais par ordre du Roi le 12 octobre au général de Knobelsdorff (S. 28), pourrait La rencontrer en route. Quelle fut notre surprise, en apprenant par celui que nous avons reçu de Paris avec les dépêches du 10 novembre, que ni ce général, ni M. de Brockhausen, n'ont donné suite à cette lettre, sans que nous sachions ce qui proprement les en a empêchés et tandis que tout concourt à établir de plus en plus l'opinion que la mission de V. A. R. auprès de l'empereur Napoléon sera du meilleur effet possible pour les intérêts de l'État!

Der König hat dem Baron von Brockhausen seine Unzufriedenheit ausdrücken lassen.

Dans la cruelle incertitude où nous sommes sur ce sujet, le Roi me charge, Monseigneur, de Vous inviter, au cas que Vous soyez encore sans autre avis dans cette ville ou en route, à engager M. le baron de Humboldt à suivre S. M. I. en Italie, sous prétexte d'une visite à faire à son frère à Rome, afin de savoir Ses intentions sur Votre voyage et sur l'endroit où il trouverait bon de Vous recevoir. V. A. R. aurait la bonté de munir pour cet effet M. de Humboldt d'une lettre de main propre pour l'Empereur, où Elle lui annoncerait la mission dont le Roi L'avait chargé auprès de S. M. I. pour Lui exprimer Sa haute considération et Son attachement et travailler à l'établissement des relations de la plus intime union entre la France et la Prusse; Lui témoignerait Ses regrets de n'avoir pas été rendu à Paris avant Son départ et en Lui marquant Son désir de S'acquitter de Sa commission, Lui demanderait Ses intentions, si Elle doit La joindre en Italie ou L'attendre à Paris et pour l'un et l'autre cas, les passe-ports nécessaires . . . (Vgl. S. 77).

Alexander ist mit der Mission des Prinzen einverstanden.

Nachschrift vom 2. December, worin der Prinz ersucht wird, für die Annahme des Entwurfs (vgl. S. 77) bei Napoleon zu wirken (»pour obtenir que l'Empereur se contente des moyens offerts, s'il se peut sans places de sûreté et surtout sans abandon de domaines«).

122. Humboldt an Goltz.

Frankfurt a. M.,
3. December 1807.

La bienveillance particulière dont Votre Excellence a daigné me donner des marques aussi flatteuses dans Sa dernière lettre me fait espérer qu'Elle recevra avec bonté les assurances de ma haute et respectueuse considération. S. A. R. Mgr. le prince Guillaume m'ordonne de partir pour Paris pour prouver à M. de Brockhausen combien il est nécessaire pour le service du Roi de lui faciliter les moyens de se rendre auprès l'empereur Napoléon. Dans la situation pénible dans laquelle se trouve la commission de Berlin, dans la crainte que l'Empereur ne soit informé de l'arrivée du Prince plus tôt par les gazettes que par une lettre de notre souverain, il paraîtrait imprudent d'attendre des

ordres de Memel. Le Prince croit devoir agir d'après l'instruction qui lui a été donnée. Il doit user de tous les moyens convenables pour commencer une mission dont le succès est de la plus haute importance pour notre malheureuse patrie. Un plan une fois tracé doit être suivi. Sans cet ensemble, il serait impossible de soulager les maux de nos concitoyens et de hâter le retour d'un monarque qui est attendu comme un père au milieu de ses sujets. J'ai une grande habitude du caractère de M. de Brockhausen. Je le connais dès ma première enfance. Il a eu de l'affection pour moi, et je me flatte qu'au cas qu'il n'eût point encore demandé les passe-ports, je pourrai, par des moyens de persuasion, l'engager à se prêter aux vœux du Roi. J'espère que je n'aurai pas besoin de donner cours aux lettres que le Prince a préparées pour le duc de Bénévent et pour M. de Champagny. Ces lettres d'ailleurs ne compromettent en rien M. de Brockhausen. J'agirai avec toute la prudence dont je suis capable et je trouverai dans M. le conseiller Le Coq, que j'ai l'honneur d'accompagner, les lumières qui me manquent et que l'on n'acquiert pas dans les bois de l'Orénoque (S. 80). Ma situation sera assez pénible, mais je passerai volontiers par toutes les amertumes de la vie sociale pour répondre à la haute confiance dont le Roi m'a honoré. M. de Brockhausen peut-être ne parlera pas de moi à S. M. d'une manière très avantageuse. Je n'aurai pas à craindre un souverain qui sait que dans toutes les situations de la vie j'ai du moins toujours marqué de la loyauté dans mes principes.

J'aurais bien désiré que les papiers publics n'eussent pas parlé de notre mission. Toutefois mon apparition à Paris ne pourra pas paraître étrange, vu qu'une grande partie du public sait que j'y publie des ouvrages qui m'ont coûté des avances pécuniaires considérables (S. 36). Je cultiverai toutes les connaissances qui peuvent être importantes au Prince, lorsqu'il pourra déployer son caractère diplomatique.

123. Humboldt an den Prinzen Wilhelm.

(Abschrift).

A Paris, Hôtel des Languedociens,
Rue de la Loi,
ce 10 décembre 1807.

Monseigneur.

Je me hâte d'annoncer à Votre Altesse Royale notre heureuse arrivée à Paris (le 8 au soir). En Lui offrant l'hommage de mon attachement et de ma soumission respectueuse, je me réjouis de pouvoir Lui mander qu'aucune des voies extraordinaires qui m'ont été prescrites auront besoin d'être employées pour faciliter l'arrivée de V. A. R. à Paris. Le baron de Brockhausen lui-

même a eu l'honneur de L'instruire des démarches qu'il a faites depuis l'arrivée du chasseur Bock. Ce ministre ayant donné cours aux lettres de LL. MM. à l'empereur Napoléon et ayant accompagné ses lettres d'une note très expressive adressée à M. de Champagny, j'ai cru suivre les ordres de V. A. R. en retenant les deux lettres dont j'étais muni. L'Impératrice, le prince de Bénévent, M. Maret et d'autres personnes de marque ont énoncé qu'ils considèrent la mission comme agréable à Sa Majesté l'Empereur. Jusqu'à ce jour il n'y a rien qui ne fasse présumer que les passe-ports seront délivrés, et il ne faut pas s'étonner si la rapidité du voyage de l'Empereur y porte quelque retard. On attend ici M. de Champagny le 17—19 et l'Empereur le 20—24 décembre. Mais V. A. conçoit Elle-même que ce calcul peut être faux de plusieurs jours.

Les conversations que j'ai eues avec M. de Brockhausen n'ont d'ailleurs que trop prouvé combien M. Le Coq avait bien jugé de la véritable situation des choses. C'est lui aussi sur la tête innocente duquel l'orage a le plus grondé. Peut-être n'était ce qu'au manque d'électricité que je dois attribuer la manière extrêmement aimable de laquelle j'ai été reçu par ce ministre. J'ai l'air de jouir de sa plus grande confiance et dans un moment de crise, où tout dépend de l'unité des moyens que l'on emploie et du calme avec lequel on agit, je tâcherai d'entretenir des liaisons amicales avec M. de Brockhausen. Simple homme de lettres, éloigné de toute tendance diplomatique, ma présence lui paraît moins à craindre. Je me flatte même que je parviendrai à lui faire reconnaître les torts qu'il a eus envers M. Le Coq. Il fera justice un jour à ses talents et à sa franche loyauté, nécessaire dans un moment où le silence serait coupable, parce qu'il est nuisible aux vrais intérêts du souverain et de notre malheureuse patrie. De petits arrangements domestiques m'ont empêché de voir dans les premières 24 heures les personnes de la cour ou le prince de Bénévent. Je n'ai pu voir encore que le ministre secrétaire d'État M. Maret, l'architrésorier, le chancelier Lacépède, le ministre de l'intérieur, le prince-primat et M. Dégérando qui jouit de la plus grande confiance de M. de Champagny. Tous m'ont reçu avec ce même intérêt et cette même bienveillance dont j'ai eu à me louer autrefois à Paris.

124. Der König an den Prinzen Wilhelm.

Memel,
18. December 1807.

J'ai reçu, mon cher frère, la lettre que vous m'avez adressée de Hombourg par courrier[1]).

Je suis surpris, on ne peut davantage, de la façon d'agir du sieur de Brockhausen, qui, après avoir laissé sans aucune suite la lettre du comte de Goltz du 12 octobre (S. 28), prend sur lui d'en faire autant des ordres positifs du 4 novembre, et, sous prétexte du départ de l'Empereur, se dispense de toute démarche quelconque pour obtenir vos passe-ports et pour transmettre à l'Empereur ma lettre et celle de la Reine (S. 38). Je lui en témoigne aujourd'hui mon juste mécontentement; mais j'approuve d'autant plus le parti que vous avez pris, après l'arrivée du conseiller privé Le Coq, d'envoyer sur le champ le baron de Humboldt à Paris . . . .

Le postscriptum de la lettre du comte de Goltz du 2 de ce mois (Nr. 121) vous a mis au fait de l'état où se trouvait alors la négociation de Berlin et des ordres adressés sous cette date à la commission.

Die Friedenscommission in Berlin wird mit Daru nichts abschließen, ehe sie nicht von dem Prinzen über die Lage der Dinge informirt sein wird.

Les avis qu'elle recevra de votre part et de celle du sieur de Brockhausen la dirigeront surtout. Si la proposition d'alliance dont vous êtes chargé trouve l'accès désiré, l'acquittement du résidu des contributions pourrait avoir lieu de la manière suivante:

a) la moitié, d'environ 50 millions, serait acquittée en promesses de négociants, telles qu'elles ont été précédemment proposées, et payables dans l'espace d'un an;

b) à la place de l'autre moitié je fournirais à la France, un corps auxiliaire de 30 à 40 mille hommes, que je tiendrais à sa disposition; bien entendu toujours, qu'il faudrait me laisser le temps nécessaire pour les mettre sur pied; qu'ils ne pourraient servir que sur le continent et que le Casus foederis devrait être déterminé avec précision.

C'est donc à quoi, dans le cas d'une alliance à conclure, vous tâcherez de conduire les choses.

125. Der König an den Prinzen Wilhelm.

Memel,
18. December 1807.

(Secret).

La conduite inconcevable du sieur de Brockhausen à l'égard de votre commission, en dépit de mes ordres positifs du 4 novembre, me donnant de

1) Dieser Brief ist nicht vorhanden.

justes appréhensions sur celle qu'il pourrait se permettre encore, malgré tout ce qu'on lui a marqué depuis, en date du 2 et 11 décembre, et la haute importance du but de cette commission exigeant d'écarter tout de suite les obstacles que vous pourriez rencontrer de sa part, j'ai résolu, mon cher frère, d'en mettre dès à présent et en secret le moyen éventuel entre vos mains. Je vous autorise donc, si vous vous apercevez, que le sieur de Brockhausen contrarie vos démarches, de quelque manière que ce soit, s'il ne les seconde pas de tout son pouvoir, en agissant à cet égard d'après vos intentions et dans un même esprit avec vous, en un mot, s'il vous donne de justes sujets de mécontentement, à lui annoncer aussitôt, en mon nom, sa destitution de la mission qu'il occupe, sans lui rendre à lui-même le moindre compte de vos motifs. Il suffira pour cet effet que vous lui produisiez, le cas existant, l'original de la présente, que vous garderez jusques là par-devers vous . . .

126. Prinz Wilhelm an den König.

Paris, 9. Januar 1808.

Präsentirt Königsberg, am 24. Januar 1808.

Sire,

Le chasseur Sonnenberg expédié de Paris le 25 de décembre m'a apporté dans la nuit du 29 au 30 les passe-ports que le sieur de Champagny avait adressés de Milan (S. 80) au baron de Brockhausen par une lettre polie datée du 19, du même mois. Je me suis aussitôt mis en chemin et j'ai été rendu à Paris le 3 janvier à 11 heures du soir. L'Empereur y était de retour depuis le jour de l'an. Dès le 4 j'annonçai par écrit mon arrivée au grand-maître des cérémonies, au ministre des relations extérieures et au prince de Bénévent. Le premier m'ayant fait connaître qu'étant chargé d'une commission diplomatique je serais dans le cas de me conformer à l'usage reçu de voir le ministre des relations extérieures avant d'être admis chez l'Empereur, j'ai rendu visite au sieur de Champagny. Ce ministre fut très poli. Il me dit qu'il ne doutait pas que ma présence ne fît un très grand plaisir à l'Empereur, que ce monarque me verrait immédiatement; mais ajouta toutefois que si ma commission n'était relative qu'aux arrangements à prendre pour l'acquit de nos contributions, il ne pouvait me dissimuler que l'intention de S. M. I. était que cet objet fût réglé par Son intendant général à Berlin. En même temps il m'a assuré que l'Empereur, loin de vouloir la ruine de la Prusse, n'exigeait que l'exécution des traités, mais que, la demandant tout entière, il avait été frappé de la lenteur que l'on avait mise à remplir les stipulations de l'article 27 concernant la suspension de tous nos rapports avec l'Angleterre, et qu'il conservait des doutes sur la sincérité des dispositions de V. M. à cet égard. Je lui répondis que S. M. I. Vous rendrait plus de justice, Sire, quand Elle aurait

pris connaissance de la déclaration du 1er décembre, déclaration qu'heureusement le chasseur Gadow avait apportée la veille avec les ordres de V. M. du 18, et qui se trouvait déjà entre les mains du sieur de Champagny, auquel le baron de Brockhausen s'était empressé de la remettre ainsi que la lettre de rappel du baron de Jacobi (vgl. S. 83), et j'ajoutai la prière qu'il voulût bien profiter du premier parlementaire pour faire passer cette dernière au ministre de V. M. à Londres.

Dans le courant de la même journée, le sieur de Champagny me rendit la visite que je lui avais faite, et le 7 le grand-maître des cérémonies vint pour me complimenter de la part de l'Empereur sur mon arrivée et m'annoncer que S. M. I. me verrait le lendemain à 9 heures du matin.

Je n'ai pas été sans inquiétude sur l'issue de mon premier entretien avec l'Empereur. Mes craintes se fondaient sur une publication contenue dans la feuille ci-jointe du Moniteur. Les notes dont la déclaration de l'Angleterre contre la Russie y est accompagnée contiennent quelques passages relatifs à la Prusse qui me faisaient appréhender de la part de l'Empereur des dispositions encore très peu favorables à notre égard. Je n'en fus que plus agréablement surpris de la réception affectueuse que S. M. I. me fit. Je m'étais rendu à l'heure prescrite au palais des Tuileries accompagné du chambellan baron de Humboldt, du major comte de Goltz et de mon aide de camp le sieur de Hedemann. J'entrai seul dans le cabinet de l'Empereur, et je restai seul avec lui environ trois quarts d'heure. Je débutai, Sire, par lui remettre Votre lettre (Nr. 118). Quelque long que fût ce premier entretien, Vous concevrez aisément qu'il ne m'a guère donné encore que des aperçus, et que ce n'est qu'après avoir revu plusieurs fois l'Empereur et son ministre que je pourrai offrir un résultat sûr à Votre Majesté. En général l'Empereur m'a accueilli avec bonté et m'a donné dans le cours de notre conversation plus d'une marque de bienveillance personnelle. Je me trouvai tout de suite à mon aise avec lui et me laissant aller au sentiment qui m'animait, je lui parlai avec effusion de notre malheureuse situation en le conjurant d'y mettre un terme. L'Empereur me répéta ce que son ministre m'avait déjà dit, qu'il ne voulait que la stricte exécution de notre traité et de la convention de Kœnigsberg; mais en ajoutant que les contributions devaient être payées, il ne renvoya point expressément au sieur Daru la conclusion de l'arrangement qui s'y rapporte. Il dit même que cet intendant général avait outrepassé ses instructions en demandant les forteresses de Colberg et de Graudenz, et ne parla pas des trois autres (S. 34). Revenant à l'article des contributions, S. M. I. remarqua que l'Autriche avait mis plus d'empressement à acquitter les siennes; je Lui observai que l'empereur François Ier s'était trouvé en possession d'un trésor considérable, ce qui n'etait pas le cas de V. M. »Ce n'est pas des moyens dont je parle«, répondit-il, »ils ont donné des lettres de change. Pourquoi refusez-

vous de payer en domaines? On s'est imaginé apparemment que je voulais en faire des fiefs relevants de la France?« — »L'on n'a jamais eu cette pensée«, répliquai-je.

Sur la première proposition de l'alliance l'Empereur ne parut pas la goûter, la regardant comme peu utile à cause de notre faiblesse. Je m'aperçus d'ailleurs par tout plein de propos, où il mit beaucoup de vivacité, qu'il n'était nullement guéri de ses préventions contre la politique du cabinet prussien, préventions nourries par notre lenteur à rompre nos liaisons avec l'Angleterre et renforcées peut-être par le secret dépit qu'il a ressenti en lisant la dernière déclaration de la cour de Londres, qui parle avec autant de ménagements de la Prusse qu'elle s'exprime avec amertume sur les procédés de la Russie envers nous. L'Empereur alla jusqu'à me dire qu'il ne pourrait jamais se fier à nous; qu'il savait très bien que tous les Prussiens le haïssaient; que ce sentiment perçait partout et que tous les jours et de tous côtés il en acquérait de nouvelles preuves dans des lettres qui tombaient entre ses mains; qu'un gouvernement qui ne savait pas maîtriser l'opinion chez soi, ni se faire obéir, ne pourrait jamais lui inspirer la moindre confiance; qu'ainsi il serait toujours obligé d'être sur le qui vive et d'avoir à portée de Berlin des forces suffisantes pour garantir le royaume de Westphalie des tracasseries que nous ne manquerions pas de lui susciter. Pour m'éclairer sur les projets qu'on lui a attribués sur la Marche, je l'interrompis brusquement ici, en lui disant: »Vous ne voulez pourtant pas, Sire, ôter au Roi sa capitale?« — »Je n'ai jamais songé à garder Berlin«, me répliqua-t-il. Lui ayant à peu près répété à l'égard de nos liaisons avec l'Angleterre ce que j'avais déjà dit au sieur de Champagny, l'Empereur s'adoucit et, dans la suite de notre conversation, il convint enfin de la possibilité de s'entendre avec nous et de tirer parti de notre alliance. Je revins encore à l'affaire de nos contributions. L'Empereur me dit: »On s'arrangera«; mais il garda le silence sur la réflexion que je lui fis, que si cet arrangement ne se faisait bientôt, nous serions complètement ruinés.

127. Prinz Wilhelm an Goltz.

(Eigenhändig).

Paris, 9. Januar 1808.

Präsentirt Königsberg, am 27. Januar 1808.

Votre lettre, cher comte, du 18 décembre[1]) est entre mes mains: je crois que le Roi n'aurait pu prendre un moyen plus juste que celui qu'il a choisi pour rappeler M. de Brockhausen à son devoir. Vous saurez déjà qu'il s'en est acquitté, mais vous ne savez pas qu'il se donne toutes les peines imaginables pour me seconder de ses lumières et de son expérience, depuis que

1) Übersendungsschreiben zu dem Rescript Nr. 125.

je me trouve à Paris, et par conséquent il m'est bien agréable d'être sûrement jamais dans le cas de me servir des pouvoirs que mon frère vient de me confier. Le secret sera gardé fidèlement.

Votre ami
Guillaume, prince de Prusse.

Mes félicitations pour le nouvel an.

128. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
14. Januar 1808.

Präsentirt Königsberg,
am 27. Januar 1808.

Je saisis l'occasion d'un courrier que le comte de Tolstoi expédie ce soir pour transmettre à Votre Majesté le protocolle de ma première conférence avec le sieur de Champagny. Je le communique également au sieur Sack. Cette conférence n'offre, pour ainsi dire, aucun résultat, par la raison que le ministre n'avait encore reçu d'autre ordre de la part de l'Empereur, que celui de m'écouter et de faire rapport à S. M. I. de l'entretien que j'aurais eu avec lui. Mes prochaines dépêches seront sans doute plus décisives. Il est probable que l'on diffère de s'expliquer parce qu'avant tout l'on voudrait connaître l'issue des négociations qui se poursuivent à Londres par l'entremise de la cour de Vienne. On attend incessamment le retour du comte de Mier (S. 102). Dans un entretien que le comte de Tolstoi a eu récemment avec l'Empereur et dont il a rendu compte au baron de Humboldt, ce monarque a dit à l'ambassadeur, qui insistait sur la nécessité de terminer les affaires de la Prusse au gré de V. M., que ma présence à Paris en amènerait l'arrangement, et ce propos fut énoncé de manière à justifier le soupçon que S. M. I. dispenserait volontiers la cour de Pétersbourg d'y intervenir; ce qui ne changera rien toutefois à la conduite de l'ambassadeur dont je ne puis que me louer jusqu'à présent.

129. Memorandum über die Unterredung des Prinzen Wilhelm mit dem Minister Champagny. (12. Januar).

Son Altesse Royale a exposé au ministre des relations extérieures le but de Son envoi à Paris, qui était d'obtenir une modération de la demande des contributions, ainsi que l'évacuation du pays par les troupes françaises, et d'offrir en retour à l'Empereur une alliance étroite et perpétuelle avec la France. Le sieur de Champagny a déclaré qu'il n'était point muni des ordres de l'Empereur pour l'entretien avec S. A. R., et qu'il ne Lui répondait que d'après ce qui lui était connu de la façon de penser de l'Empereur sur les affaires de la Prusse par des propos que S. M. I. lui avait souvent répétés;

qu'il pensait donc que S. M. I. envisageait comme indispensable que l'affaire des contributions fût réglée à Berlin par le sieur Daru avant de songer à contracter quelques engagements que ce fût avec la Prusse. S. A. R. représenta au ministre combien il serait difficile de s'arranger avec le sieur Daru, si l'Empereur ne daignait pas modifier ses instructions et l'autoriser à accepter les moyens de payement proposés par la commission de Berlin. Le sieur de Champagny répondit: que l'Empereur se tenant assuré que son intendant général connaissait mieux que personne l'état actuel de la Prusse, s'en rapportait à lui de l'acceptation ou du rejet des propositions des commissaires du Roi; il ajouta que celles contenues dans la note de M. de Brockhausen [1]) ayant sans doute été faites également au sieur Daru, il faudrait que l'Empereur eût reçu à cet égard le rapport de cet intendant pour que lui ministre fût à même de dire au Prince ce que S. M. I. en pensait, parce quil n'osait pas Lui parler de l'affaire des contributions exclusivement réservée au sieur Daru, mais que l'Empereur Lui en parlerait.

Champagny bricht schließlich die Unterredung damit ab, daß er erklärt von dem Kaiser noch keine Instructionen erhalten zu haben.

130. *Votum Stein's

nach Eingang der Depesche des Prinzen Wilhelm vom 9. Januar 1808.

Königsberg,
20. Januar 1808.

Je desire que Sa Majesté nous renvoie le plus promptement possible les depeches et lettres du Prince, pour qu'on puisse lui repondre tant sur les inculpations qu'on nous fait dans le Moniteur, que pour lui faire sentir la necessité de nous procurer par la substitution de l'Alliance une diminution de la moitié de la contribution. La manière de voir de M. de Brockhausen est fausse, — il veut premierement arranger l'affaire de la contribution et puis traiter sur l'Alliance. Si le Prince pourrait substituer a la place des promesses et traits une partie en promesses, une partie en obligations des provinces, alors les paiements se faciliteraient egalement, et l'affaire s'arrangerait de la maniere suivante:

a) pour le cas de l'Alliance la contribution ne serait que de 50 Mill. et on paierait:

1) en obligations — 25 Mill. } le tout paiable dans une année
2) en lettres de changes — 25 Mill. } — deux ans;

---

1) Eine Note vom 31. December, in welcher Brockhausen die Vorschläge des Entwurfs vom 2. December formulirt hatte, jedoch so, daß die Übergabe der Festungen ausgeschlossen blieb (vgl. S. 77).

b) pour le cas que l'Alliance n'eut point lieu, la somme de contribution ou reduite par les negotiations ou complete

1) une partie en promesses,
2) une partie en obligations des états ou Pfandbriefe des particuliers,

} paiables dans une année;

3) une partie en cedules hypothecaires ou Pfandbriefe sur les domaines.

Pour inspirer plus de confiance a l'Empereur il faudrait

1) autoriser le Prince de le demander lui ou l'Imperatrice selon le sexe de l'Enfant pour parrain ou maraine (vgl. S. 123),

2) le Prince devrait lui dire que le Roi veut donner une autre organisation a son païs, et qu'il veut adopter les idées generales que l'Empereur a suivi dans toutes ses formations de gouvernement autant que les circonstances et la position du Païs l'admet, savoir:

Ministres et conseil d'Etat, Conseils departementaux et Reforme des anciens Etats provinciaux, — avec le tems Corps legislatif.

L'Empereur se plait dans ces details et son amour propre sera flatté (vgl. Nr. 143).

Stein.

131. * Stein an den König.

Königsberg,
25. Januar 1808.

J'ose remettre a Votre Majesté la lettre de S. A. R. le Prince Guillaume (S. 123. 124) en lui témoignant ma respectueuse reconnaissance pour la confiance qu'Elle a daigné me temoigner en me la communiquant.

Si Votre Majesté veut bien se rapeller l'organisation du Ministére de la guerre, elle trouvera qu'a la tete de chaque Division se trouve un Chef Militaire, pour lequel il faut choisir un Officier instruit. C'est à ses lumières que le Prince pourra recourrir, et qui peut lui etre comparé quand a la dignité, au zêle et a l'attachement pour la personne du Monarque et l'Etat? Les affaires, selon l'ancien proverbe, forment les hommes, et c'est par elles et au milieu d'elles et des agitations qu'elles excitent que les facultés de l'ame se devellopent. Nous avons vu l'Archiduc Charles commander a 26 ans l'armée et battre Jourdan, l'archiduc Jean se trouve Chef de l'artillerie.

Je reprondrai en attendant a Monsieur de Humboldt selon les Ordres que Votre Majesté m'a fait l'honneur de me donner.

Votre Majesté me fera peutetre connaitre demain ses intentions au sujet de la levée du sequestre du Comte de Schlabrendorff.

Stein.

132. Humboldt an Stein.

(Abschrift).

Paris,
26. Januar 1808.

Monsieur le Baron!

Je ne puis voir partir le courrier du comte de Tolstoi sans profiter de cette occasion pour réitérer à V. E. l'expression de ma reconnaissance et de mon attachement respectueux. Depuis la première audience que le Prince a eue auprès de S. M. l'Empereur, nos affaires ne se sont améliorées en rien. Son Altesse Royale a continué de faire une impression très agréable sur la personne de l'Empereur; Elle est traitée avec beaucoup de distinction à cette cour. Si jusqu'ici on ne Lui a pas encore accordé les grandes entrées du matin, le droit d'assister au lever, ce n'est que parce que l'on reconnaît en Lui un caractère mixte de prince royal et d'ambassadeur, et parce que l'Empereur veut que l'on traite par l'organe de M. de Champagny. Le Prince serait très heureux s'il avait déjà pu user de ce droit. Mais le ministre des relations extérieures continue à déclarer que l'on ne peut parler d'aucun arrangement politique avant que l'affaire des contributions ne soit finie, et que cette affaire ne peut et ne doit être traitée qu'à Berlin même. Le voyage de M. Daru à Cassel (S. 112) a causé de nouveaux retards, et malgré la dernière note donnée par M. de Brockhausen, on ne regarde la proposition des lettres foncières faite qu'à l'époque où M. Daru aura mandé officiellement à l'Empereur que cette même condition lui a été proposée par M. Sack. Voilà donc le Prince dans la situation pénible d'attendre des nouvelles de ce même endroit et de cette même personne à laquelle il croyait devoir en donner. Le courrier de M. Sack dans lequel il annoncera avoir fait les propositions prescrites à Memel, ne peut pas tarder d'arriver, M. Daru ayant été attendu le 23 ou le 25 de janvier à Berlin. Quelque affligeante que soit la face actuelle des choses, on ne pourra cependant croire avoir échoué entièrement que dans le cas où après le retour du courrier, c'est-à-dire après que M. Daru a annoncé avoir reçu le projet des lettres foncières, on se refuse ici à entrer en négociation. Le comte de Tolstoi a déployé personnellement le plus beau zèle pour mitiger nos maux, mais une volonté énergique ne cède pas à des arguments dont aucun ne peut plus avoir le mérite d'être neuf. Je crains (mais ce n'est qu'une manière particulière de voir de moi) que l'Empereur ne se désistera ni des forteresses ni de l'évacuation d'une partie de la (monarchie?), ni de l'idée de conserver ses troupes entre l'Oder et la Vistule jusqu'à l'entrée du printemps, époque où commenceront de nouvelles campagnes au Sud-Est. L'impossibilité seule de la nourriture pourra lui faire sacrifier une partie de ces avantages incalculables; je dis une partie, car c'est beaucoup gagner, que de gagner quelques légères

modifications. Je vois que l'Empereur connaît la nécessité de l'existence d'une puissance transrhénane, assez forte pour contenir les peuples de l'Est; mais je crois aussi que dans la méfiance actuelle que l'on conserve contre la Prusse, ce n'est pas la Prusse qui doit être élevée à cet état de puissance. Il ne m'appartient pas à moi d'entrer dans le détail des motifs de ces craintes. Je sens combien doit déplaire l'énoncé de ces idées, mais je le crois aussi un devoir sacré, contracté envers le souverain, que de ne cacher aucune des craintes qui m'accablent. Je les énonce à V. E. et non au Prince, qui, pour agir et pour ne pas s'abandonner à une triste inactivité, a besoin qu'on déploie un avenir plus heureux à ses yeux. Toutes les personnes qui entourent ce jeune Prince, l'espoir de la patrie, sont animées du plus beau zèle; rien n'a été négligé, ni le sera. Il n'y a même pas de doutes que l'Empereur a été sensible à la marque de confiance que le Roi lui a donnée en envoyant le Prince à Paris; mais jusqu'ici nous n'avons joui d'aucun avantage que semblait promettre cette impression favorable. Agréez, je vous prie, l'assurance de la considération respectueuse et de l'attachement que j'ai voués à jamais à V. E.

133. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
26. Januar.
Nachschrift
31. Januar 1808.

In Königsberg
übergeben durch den
Legationsrath Greuhm
am 16. Februar 1808.

Je suis toujours à attendre l'effet des promesses de l'Empereur concernant les grandes entrées, le lever etc. — M. de Ségur n'ayant pas encore répondu à la déclaration qui lui a été faite par écrit, que je me conformerais au désir manifesté par Sa Majesté Impériale, que je ne Lui parlasse pas d'affaires le premier (S. 119) et que je tractasse avec le sieur de Champagny. Je n'ai pas été dans le cas non plus d'avoir avec ce ministre une seconde conférence officielle. J'ai dîné chez lui, je l'ai plusieurs fois rencontré à la cour et dans le monde, et je n'ai laissé échapper aucune de ces occasions pour lui exprimer combien je souhaitais d'entamer la négociation dont V. M. m'a chargé. Mais je n'ai pu tirer de lui que des réponses vagues ou évasives, et je dois craindre que comme l'Empereur ne me dispense ses faveurs qu'avec modération et à de longs intervalles, il n'ait donné aussi à son ministre l'ordre de différer l'ouverture de ma négociation, ou si elle s'entame, d'en traîner la marche, parce qu'il ne veut s'expliquer sur Votre alliance, Sire, qu'après la conclusion de l'affaire des contributions qu'il persiste à laisser entre les mains du sieur Daru. Il ne paraît pas non plus que l'Empereur veuille d'aucune manière admettre l'intervention d'un tiers dans cette affaire. Sans y être autorisé par sa cour, le comte Tolstoi m'avait engagé à offrir à la France la garantie de la Russie pour

le payement de nos contributions. J'ai offert cette garantie; mais le sieur de Champagny me répondit que l'Empereur ne saurait l'accepter, parce que la Russie était une garantie trop puissante: »Si vous ne payez pas et qu'elle ne paye pas pour vous, irons-nous lui faire la guerre, et si elle venait à nous la faire, payerait-elle?« (S. 110).

Brockhausen und Tolstoi haben in der gleichen Sache ebenfalls eine abschlägliche Antwort von Champagny erhalten.

Cela confirme, ce me semble, l'opinion que l'Empereur est bien décidé à ne pas lâcher sa proie.

Nachschrift vom 31. Januar.

Von der Reise des Kaisers nach Spanien ist viel die Rede; er wird voraussichtlich Mitte Februar Paris verlassen.

134. Der König an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
27. Januar 1808.

J'ai reçu par le chasseur Sonnenberg votre premier rapport de Paris du 9 de ce mois (Nr. 126). J'y ai vu avec une extrême satisfaction, mon cher frère, l'accueil affectueux que Sa Majesté Impériale vous a fait et les marques flatteuses d'intérêt et d'amitié personnelle, que ce monarque a bien voulu vous donner. Il m'est doux de vous témoigner en même temps ma grande approbation de la conduite et du langage absolument conforme à la vérité et à mes intentions, que vous avez tenu. Soyez certain que si la confiance parfaite dont votre mission même vous offre déjà la meilleure preuve avait encore besoin d'accroissement, votre manière d'agir vous l'aurait conciliée tout entière et que je me tiens assuré d'avance de l'heureuse application des pouvoirs très étendus que j'ai remis entre vos mains.

Wiederholung der Instruction vom 18. December: der König nur dann zur Allianz bereit, wenn die Kriegssteuer auf die Hälfte ermäßigt wird (S. 81). Es bestehen keine Streitigkeiten wegen der Donaufürstenthümer zwischen Frankreich und Rußland.

Mit Befremden ersieht der König aus einem Bericht Brockhausen's vom 15. Januar, daß Napoleon zu Tolstoi gesagt hat: die Räumung Preußens sei schon beinahe vollendet (S. 108).

Il est de fait au contraire qu'au commencement de cette année il y avait encore dans la Marche électorale seule 47 mille hommes et 20 mille chevaux, et en Silésie 70 mille hommes et 18 mille chevaux; de sorte qu'en y ajoutant les autres provinces, on peut affirmer, qu'il reste dans la totalité de mes États autour de 150 mille hommes et de 50 mille chevaux.

On s'était flatté, que la réserve de la cavalerie, formant 11 à 12 mille chevaux, serait retirée de la Marche, cette province étant à la veille d'une

disette absolue; mais il n'en a rien été jusqu'à présent. Chaque jour je reçois de tous côtés de nouveaux rapports désespérants. Le fardeau est tel, que les Français eux-mêmes, à l'exception de l'intraitable Daru et de son digne agent Stassart, en sont révoltés, et je sais entr'autres, que l'intendant Chaillon en Silésie, gendre du ministre Champagny, et autres ont été portés pour des mesures d'équité et de douceur, tel qu'il est notoire qu'il y en a eu qui ont prêté l'oreille à des demandes justes que les sieur Daru n'a pas voulu reconnaître et agréer.

Eigenhändige Nachschrift des Königs.

Recevez bien mes remercîments pour la lettre particulière que vous m'avez écrite [1]; elle a été pleine d'intérêt pour moi, et je vous prie de continuer de la sorte. Je vous répète que j'ai été très satisfait de la manière dont vous avez débuté et de l'accueil personnel qu'on vous a fait. Je n'ai pas besoin de vous dire que nous brûlons tous d'impatience d'apprendre bientôt des résultats décisifs et heureux de votre négociation.

135. *Votum Stein's.

Undatirt;
vom 6. oder 7. Februar 1808
(vgl. Nr. 136).

Les données que nous avons jusqu'ici sur la marche de notre négociation de Paris ne sont pas satisfaisantes. Le but de la mission du Prince était obtenir ou que la negociation fut terminé à Paris sur des conditions plus équitables ou que M. Daru obtienne des instructions plus moderés. Ni l'un ni l'autre but a ete obtenu selon la lettre du 15 de Janvier de Paris et selon la reponse du sieur Daru du 26 de Janv[2]. et nous sommes dans l'ignorance la plus parfaite sur ce qui s'est fait à Paris depuis le 15 jusqu'à ce jour [3].

Il est absolument impossible d'admettre les conditions de la cession des domaines, l'occupation des forteresses, le paiement des prétentions extravagantes des provinces cedées, et si on veut mettre l'evacuation à ces conditions c'est la refuser dans le fait.

Je ne sais point pourquoi M. Sack n'a envoié la lettre du 18. a M. Daru [4]

---

1) Dieser Brief ist nicht vorhanden.

2) Die letztere, aus Cassel datirt, war mit einem Schreiben Sack's an Goltz vom 30. Januar am 4. Februar in Königsberg eingegangen und enthielt die Ablehnung der Vorschläge Sack's, s. u.

3) Das Votum ist demnach verfaßt vor dem Eingang eines Berichtes von Brockhausen, 26. Januar, der am 7. Februar, nach Absendung des folgenden Erlasses (Nr. 136) in Königsberg übergeben wurde.

4) Ein Schreiben an Daru, worin Sack im Auftrage des Königs das Anerbieten

le 26 premierement a Paris, il pourrait l'envoier chiffrée par la poste, ou non chiffrée, et pourquoi ce retard?

Il est sur qu'il faut tacher de conclure parceque l'etat present des choses epuise le païs et nos fonds de caisses sur lesquels nous vivons ici, — mais conclure sur des conditions qui aneantissent tout, c'est legaliser sa destruction.

Je ne puis croire que le Prince n'aie obtenu aucune modification et il est impardonnable que toute cette mission nous laisse dans l'ignorance la plus complete sur ce qu'elle fait et sur ce qu'elle augure et qu'elle nous met dans l'impossibilité absolue de prendre une partie.

136. Der König an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
7. Februar 1808.

Depuis les nouvelles du 14 (Nr. 128) apportées par un courrier russe, je n'en ai pas reçu de Paris, et vous jugerez bien, mon cher frère, avec quel impatient intérêt j'en attends de plus décisives et de plus fréquentes.

Note Daru's vom 26. Januar (vgl. Nr. 135); wenn der Generalintendant auf ſeinen Forderungen beſteht, ſo iſt es unmöglich abzuſchließen.

Il faut, sans doute, faire tous les efforts imaginables pour hâter la conclusion, parce que chaque jour augmente l'épuisement du pays et de ses dernières ressources dans une progression effrayante; mais conclure sur des bases qui anéantissent l'État et qu'on ne pourrait même remplir, c'est légaliser la destruction [1]).

137. * Votum Stein's

mit Bezug auf einen Bericht Brockhauſen's vom 26. Januar 1808. (Vgl. S. 110).

10. Februar
1808.

Je suis de l'avis du B(aron) de Brockhausen que

1) Mr. Sack doit maintenant proposer forteresses avec les modifications contenues dans le projet de convention du Dec(embre),
2) lettres foncieres sur les domaines,

et en même temps annoncer verbalement a Mr. Daru que je me rendrais a Berlin pour faire mettre en execution les stipulations de la convention, qu'on ne doutait point qu'elle ne serait conclu sur les conditions qu'on a énoncée (sic).

---

machte, die eine Hälfte der Contribution in Wechſeln, die andere in Pfandbriefen zu bezahlen, — alſo keine Feſtungen und Domänen.

1) Vgl. den übereinſtimmenden Wortlaut in dem voraufgehenden Votum Stein's.

Il faut qu'on sollicite la garantie Russe avec la plus grande vivacite possible, et qu'on instruise le Cabinet de Pétersbourg de la situation presente des choses.

138. Goltz an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
10. Februar 1808.

Goltz theilt dem Prinzen Folgendes als seinen Privatgedanken mit:

Le Roi, réduit aux revenus de la province épuisée qui lui reste en-deça de la Vistule, est à la veille de ne pouvoir plus solder les débris de son armée. Il ne peut pas encore se résoudre à abandonner les braves gens qui composent ce résidu. Mais je Vous avoue, Monseigneur, qu'il me semble que, dans le cas que nos propositions fussent entièrement déclinées à Paris, il ne lui resterait que l'alternative ou de renvoyer toute son armée ou de l'offrir à la solde de l'empereur de Russie, pour l'employer avec ses propres troupes partout où les circonstances l'exigeront. Cette dernière mesure, si je ne me trompe, ne peut absolument pas convenir au gouvernement français, et reste à savoir, si l'aveu de cette extrémité où le Roi se verrait réduit, ne pourrait pas nous servir à lui faire agréer plus aisément une liaison plus intime avec nous et, par ce moyen, la prompte évacuation du pays et une mitigation de ses accablantes prétentions.

Ohne Ermäßigung der Forderungen würde die französische Allianz dagegen nur eine neue Last für Preußen sein.

139. Humboldt an Sack in Berlin.

Paris,
12. Februar 1808.

Präsentirt Berlin,
am 23. Februar 1808.

Vous devez être surpris sans doute, mon respectable ami, que malgré l'attachement que je vous porte je ne vous aie pas écrit un mot depuis l'arrivée du Prince. La difficulté de vous écrire en chiffre n'est pas la seule qui m'a retenu. J'ai cru après avoir vu les dépêches de Son Altesse Royale et quelquefois celles de M. de Brockhausen, qu'il était dangereux que moi, étranger à toute affaire diplomatique, je hasarde d'après mes opinions particulières à vous donner des impulsions peut-être différentes de celles auxquelles vous vous abandonneriez par vous-même. Il est de ces cas malheureux dans lesquels on est tout aussi coupable en faisant naître vainement des espérances qu'en causant des alarmes inutiles.

Vous aurez vu par les dépêches de S. A. R. et surtout par le tableau que M. Greuhm vous aura tracé de notre situation, qu'on n'a obtenu depuis cinq semaines que des phrases insignifiantes. Il est bien temps de ne pas se cacher

le véritable état des choses et de ne pas confondre les politesses personnelles que l'on fait quelquefois au Prince, avec les sentiments de haine et de méfiance que l'on nous déploie à chaque instant envers la nation prussienne et surtout envers notre malheureux souverain. Ces sentiments ont été énoncés encore avant-hier au jeune duc de Mecklembourg-Strélitz dans une audience particulière qu'il a eue de l'Empereur et d'après laquelle son admission à la confédération lui est restée pour le moins problématique. Les offres d'alliance offensive et défensive, la promesse de mettre un corps d'armée à la disposition de la France, le désir de se réunir au nouveau Corps Germanique, rien ne produit le moindre effet, peut-être parce que l'on n'offre que ce dont le conquérant est déjà sûr, sans avoir besoin de l'expression de notre volonté. L'Empereur a sans doute plus d'intérêt d'avoir de l'argent, mais il en a un plus grand, celui d'être maître des côtes et des forteresses et de conserver une position menaçante contre la Russie et l'Autriche. Rien n'annonce que l'on se relâchera sur aucun point. La Russie sans doute aurait pu sauver la Prusse en faisant de l'évacuation de notre territoire l'article de sa rupture avec l'Angleterre. Le comte Tolstoi, avec lequel je suis particulièrement lié, déploie beaucoup de bonne volonté pour nos intérêts, qu'il a le bon esprit de regarder comme ceux de sa patrie, mais ce ministre n'a pas de parti qui gouverne la Russie, il n'est peut-être pas même dans les secrets les plus importants de sa cour. On lui dit depuis deux mois toutes les semaines: »Je m'arrangerai bientôt avec la Prusse« (S. 108; vgl. Nr. 134), — et le sieur de Champagny dans le même moment assure au baron de Brockhausen que l'Empereur met la même importance aux 119 millions qui lui sont dus, qu'au 126 millions de francs qui résultent des calculs de monsieur de Stassart. La protection de la cour de Russie nous a été jusqu'ici pas plus utile que le serait celle du prince de Hombourg, parce que la loyauté de l'empereur Alexandre et celle du comte de Tolstoi n'ont rien de commun avec les ressorts qui guident cette grande machine démontée. Si vous ajoutez à cela la probabilité du départ prochain de l'Empereur (vgl. Nr. 133), voyez que notre situation est bien désespérée. La mission du Prince dont l'effet m'a toujours paru très problématique, a été nécessaire, parce que sans elle on aurait accusé le Souverain de n'avoir pas tenté une démarche dont l'issue pouvait être heureuse. Elle n'a rien produit jusqu'ici pour diminuer les maux sous lesquels gémissent nos citoyens. Elle nous a fait voir plus clair le bord du précipice et un orage qui se prépare de loin, pour crever un jour sur nos têtes. Elle a rendu de grands services pour empêcher que la maladresse des ministres anglais (vgl. S. 83.) ne nous fasse pas déjà sentir pour le moment le coup de foudre qui menace la dynastie régnante. Cet aveu a été énoncé par le sieur de Champagny même; le jeune Prince a fait tout ce que l'on pouvait espérer de son âge, de ses talents et de l'éducation que l'on donne à des princes. Rien n'a

été négligé; on perd journellement son temps à remplir des devoirs de société qui ne produisent rien et qu'il serait très dangereux de négliger; d'ailleurs dans un pays où le génie d'un grand homme produit tout par lui-même, les grands personnages sont à craindre si on les blesse. Mais l'effet de leur protection est nul. Le sieur de Champagny répète sans cesse que l'Empereur parlera d'alliance, lorsque le sieur Daru aura mandé que le Roi a rempli des engagements je crois impossibles de remplir. Il y a depuis deux jours quelques apparences d'une cession de nos créances à la Russie pour acheter la flotte russe à Lisbonne (vgl. Nr. 188) et pour acheter du chanvre et du bois de construction à Pétersbourg. Si cette nouvelle était certaine, elle donnerait une lueur d'espérance au milieu des ténèbres qui nous enveloppent. Plus grand qu'est le malheur public, plus il faut déployer d'énergie pour lutter et pour succomber honorablement.

Je ne vous parle pas de ma situation personnelle. J'ai tous les succès qui peuvent flatter l'amour propre. Cependant vous me connaissez assez pour concevoir que cette situation est pénible et compliquée. J'ai à me louer beaucoup de l'amitié de M. Le Roux et Le Coq dont la noble franchise me procure des jouissances morales. Vous me demandez dans votre lettre aimable du 26 janvier mon avis sur le baron de Brockhausen. Il est tel que M. Le Coq l'a peint; s'il jouit encore de quelque réputation ici, c'est que personne ne le connaît et que la situation de la Prusse inspire un intérêt général dans une nation qui n'est pas insensible aux malheurs que jadis elle a éprouvés elle-même. J'ai eu beaucoup à souffrir de le part du baron de Brockhausen. C'est un mélange d'âcreté, de petitesse, de médiocrité et de mensonges. J'ai cru le devoir à la chose publique d'en faire mon ami. Jugez ce que j'ai dû souffrir. Quant au jeune Prince, c'est un phénomène psychologique que je ne puis résoudre. Je ne lui connais aucun vice. Rien ne lui cause du plaisir ni chagrin; tout ce que l'on pourrait déployer d'amabilité est perdu vis-à-vis de lui. On pourrait le fâcher, il serait difficile de lui inspirer de l'intérêt; il ne fait rien par lui-même, mais on ne le porterait pas à faire une action immorale. Il est excellent dans le rôle qu'il est forcé de jouer: taciturne, mélancolique, ayant l'air animé et singulièrement attentif, il inspire l'intérêt le plus général. J'ose vous recommander sans cesse les intérêts de mon ancien ami M. Kunth[1]). Agréez, mon respectable ami, l'assurance de mon inviolable attachement.

1) Der Erzieher Wilhelm's und Alexander's von Humboldt, damals vortragender Rath im Fabrikendepartement.

140. Der König an den Prinzen Wilhelm.

Königsberg,
20. Februar 1808.

Ankunft Greuhm's 16. Februar. Die Berichte des Prinzen vom 26. und 31. Januar zeigen, daß auf eine baldige Entscheidung nicht zu hoffen ist.

. . . Vous ne pouvez que vous tenir sur la réserve à l'égard de l'alliance et vous borner à écouter ce qu'on vous dira sur cette matière, si on venait à la reprendre, à moins qu'on ne nous accorde d'abord des conditions vraiment avantageuses, telles que la diminution de moitié de la somme des contributions . . .

141. Der König an den Prinzen Wilhelm.

Königsberg,
25. Februar 1808.

Reise Stein's nach Berlin angekündigt. Napoleon's Absichten auf Schlesien, — Caulaincourt leugnet dieselben (S. 126). Ein Verwandter Champagny's, Clérembault, ist zum Consul in Königsberg ernannt, ohne daß von Seiten des französischen Gouvernements vorher eine Anfrage an den preußischen Hof gerichtet worden.

Le départ du sieur Adair de Vienne vous sera déjà connu. On m'écrit de là, en date du 7, qu'il s'agit d'entraîner l'Autriche dans une guerre contre les Turcs et qu'il pourrait même exister déjà un concert entr'elle, la France et la Russie pour un partage des États européens de la Porte. Mais il faut observer que toutes les nouvelles qui me viennent de ce côté ont ordinairement grand besoin de confirmation (S. 203).

142. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
26. Februar 1808.

Dechiffrirt Königsberg,
am 12. März 1808.

Bei dem Sonntagsempfang des diplomatischen Corps am 21. Februar trägt der Prinz dem Kaiser sein Anliegen in Betreff einer Audienz vor, und dieser, obwol an jenem Tage ersichtlich in schlechter Stimmung, sagt dieselbe zu. Der Prinz wendet sich darauf schriftlich an den Ober-Ceremonienmeister und fragt an, wann er dem Kaiser aufwarten könne; der Bescheid lautet auf Dienstag den 23. Februar, morgens 9 Uhr.

»L'arrangement de vos affaires«, m'a dit l'Empereur, »tient sa place parmi les grandes combinaisons de la politique générale qui sont à la veille de se développer. Ce n'est pas une affaire d'argent, mais de politique« — phrase qui a été répétée plusieurs fois dans le courant de l'entretien —, »si bien que ce n'est pas quelques millions de plus ou de moins qui font la difficulté: mais voulant remplir mes promesses, il est juste que les autres les remplissent également«. — J'interrompis l'Empereur, pour lui dire que nous ne nous refusions

pas à remplir nos obligations, mais que du moins on ne devait pas demander l'impossible. — »Le traité de paix de Tilsit avec la Prusse«, continua l'Empereur, »dépend de celui signé avec les Russes; ceux-ci continuent d'occuper la Moldavie et la Valachie, leur paix avec les Turcs n'est point faite: c'est de cela, comme de l'arrangement des affaires générales, que dépend l'évacuation de la Prusse«. — Sur mon objection qu'il serait terrible pour nous de garder si longtemps des troupes étrangères si nombreuses dans nos provinces abîmées, l'Empereur me dit qu'il croyait bien que notre situation devait être désagréable, mais que dans deux ou trois ans tout pourrait être rétabli si on s'y prenait bien; qu'il avait vu cela en Autriche et en Bavière. A cette occasion, il fit l'éloge du ministre de V. M. le baron de Stein, aux talents duquel il rendit pleinement justice. Je fis observer à l'Empereur que la Bavière, beaucoup plus riche que nos provinces, avait aussi beaucoup moins souffert que celles-ci. — »Mais«, répliqua-t-il, »votre patrie est bien plus grande que la Bavière, et la Silésie est tout aussi fertile. Au reste il est bien égal que ce soient mes troupes ou les vôtres qui vivent chez vous«. Je représentai que nous n'aurions jamais une armée aussi forte que celle qui occupe aujourd'hui la Prusse. L'Empereur me dit qu'il ne conviendrait pas que notre état militaire passât les quarante mille hommes. — »Tout ce qui nous reste de troupes et ce que le Roi en tiendra sera toujours à Votre disposition, Sire«, lui répliquai-je. Point de réponse. Il revint à dire que dans ce moment Constantinople était le point essentiel vers lequel se dirige sa politique, ajoutant que selon les circonstances il regarderait les Turcs comme ses amis ou ses ennemis. Ayant ramené la conversation sur les négociations de Berlin, je représentai encore à l'Empereur la difficulté de les conduire à bien, à moins qu'il ne daignât munir son intendant général d'instructions moins sévères; plusieurs fois je l'ai prié d'adoucir ces instructions, et j'appuyai principalement sur l'extrême rigueur de la prétention du sieur Daru qui fait dépendre l'évacuation de la Prusse de cette foule de restitutions dont le traité de Tilsit ne parle pas. Sans rien me répondre, l'Empereur haussa les épaules comme s'il eût voulu dire: ce n'est pas cela. Il se mit à parler de la dernière guerre, et lui ayant dit à cette occasion que nous étions persuadés qu'il ne lui en restait plus aucune impression qui pût nous être défavorable, il m'assura qu'il n'en conservait aucun ressentiment: »Je ne gênerai pas la capitale du Roi«, me dit-il, »pourvu seulement que l'on en finisse à Berlin«, paraissant vouloir me faire entendre, qu'alors V. M. pourrait y revenir. — »Pendant l'été«, ajouta-t-il, »les grandes affaires sont peut-être arrangées«. — Je laisse à V. M. et à Ses ministres le soin de résumer cet entretien et d'en tirer des conséquences. C'est peut-être pour en adoucir l'amertume que l'Empereur m'a accordé sans beaucoup de peine la mise en liberté de tous nos prisonniers de guerre officiers et soldats, que je lui avais demandés.

Der Prinz schreibt am folgenden Tage an Marschall Berthier und ersucht ihn, auf Beschleunigung der Maßregeln für Befreiung der preußischen Kriegsgefangenen hinzuwirken. (Nr. 149).

N'osant pas diriger le sieur Sack à l'égard de ses négociations, je lui conseille d'attendre les ordres de V. M. qui seule est en état de bien juger l'ensemble de Sa position et d'apprécier ce que nous avons encore à espérer de la Russie. Il semblerait qu'Alexandre se doit à lui-même de ne pas souiller son nom pour la seconde fois en consentant à la ruine de la monarchie de son allié et de son ami. Encore puissant en parlant avec fermeté, peut-être sauverait-il ce qui Vous reste, Sire, d'un royaume autrefois florissant. — On parle toujours beaucoup du mariage de Napoléon avec la grande-duchesse Catherine; on dit même que le prince de Bénévent est destiné à se rendre à Pétersbourg, pour en ramener cette princesse à Paris. Peut-être qu'on pourrait tirer parti de cet événement. (Vgl. S. 135).

Nach einer Äußerung Talleyrand's würde die Abwesenheit des Kaisers nur drei Wochen dauern.

143. Auszug aus einem Briefe Humboldt's an Stein.

(Abschrift.)

Paris,
26. Februar 1808.

L'état politique des choses est tel que l'empereur Napoléon, loin de s'intéresser à une organisation qui serait analogue à la constitution politique du royaume de Westphalie (vgl. Nr. 130), n'a d'autre but que de conserver son attitude menaçante. Il traite avec la plus grande indifférence toute proposition d'alliance et de subsides. Rien n'annonce qu'il veuille nous reçevoir dans la confédération du Rhin. Il n'a d'autre intérêt que celui de laisser tout en suspens.

Je ne puis rien ajouter à ce que Son Altesse Royale a énoncé dans Sa dépêche au Roi; mais je dois à Votre Excellence l'aveu sincère que rien n'a été négligé pour sauver les intérêts de Sa Majesté et d'une nation qui succombe sous le poids du malheur. La présence du Prince, l'impression agréable qu'il a faite par l'extérieur le plus heureux dont la nature puisse douer un Prince, dont la situation inspire l'intérêt de toute âme bien née, — l'ensemble de ces impressions a sans doute diminué ou reculé l'explosion qui menaçait notre existence politique compromise par les gaucheries du sieur Canning; avec plus de génie on n'aurait pas produit plus d'effet. Il est du plus grand intérêt à présent de stimuler l'empereur Alexandre. C'est dans la source de nos maux qu'il faut en puiser le remède.

144. Stein an Humboldt.

(Abschrift.)

Berlin,
5. März 1808.

J'ai trouvé, mon cher baron, votre lettre du 26 de février à mon arrivée à Berlin et me rapporte au contenu de celle que le président Sack a adressé à Son Altesse Royal et au baron de Brockhausen.

Le contenu de la conversation du Prince est bien affligeant, je ne puis cependant croire que l'Empereur se soit expliqué avec franchise sur l'évacuation de la Moldavie et la Valachie. Vous vous rappellerez que l'empereur Alexandre a assuré très positivement qu'il était d'accord avec la France sur l'occupation de ces provinces (S. 92), ce qui est d'autant plus vraisemblable qu'il est certain que cette dernière puissance a des vues sur l'Empire Ottoman, vues dont l'empereur Napoléon convient lui-même dans sa conversation en avouant que Constantinople était le point essentiel sur lequel se dirigeait la grande politique de l'Europe (Nr. 142, vgl. S. 120). Si même on ne veut considérer les Turcs que comme moyens pour faire réussir l'expédition contre les Indes, il importerait toujours d'occuper les provinces mentionnées.

La Russie ayant sacrifié ses intérêts par la fermeture des ports au commerce anglais, s'étant déclarée prête à attaquer la Suède, on devrait croire que la France n'a plus aucun motif pour continuer à prendre contre elle une attitude si menaçante et à entretenir une forte armée sur les bords de la Vistule et de l'Oder.

Quelques soient les plans de l'Empereur, quant à la grande politique, elle doit toujours le déterminer à faire usage de ses armées sur des points éloignés de la Prusse.

On doit donc s'attendre à un changement en bien dans le courant de l'été, mais on doit tout faire pour prévenir que quelque événement imprévu et incalculable ne produise de ces explosions destructives et ne ranime des passions haineuses dont le principe est connu. Pour entretenir ces dispositions favorables il me paraît qu'il est de toute nécessité que le Prince porte le sacrifice à sa patrie de prolonger son séjour; il pourrait du consentement de l'Empereur pendant son absence faire un voyage dans l'intérieur de la France, en cas qu'il trouvât de l'inconvénient à rester à Paris (S. 129). Je désire que ces considérations obtiennent l'approbation de S. A. R. et je les ferai parvenir par le courrier qui part demain à la connaissance de Sa Majesté.

145. Stein an Goltz.

(Abschrift.)

Berlin,
6. März 1808.

A mon arrivée à Berlin le 4 d. c. j'ai trouvé les dépêches les plus récentes

de Paris dont le contenu n'est certainement point consolant, mais il fournit cependant matière aux observations suivantes.

L'Empereur veut laisser la situation de la Prusse en suspens, il la rend dépendante de la grande politique de l'Europe, il considère Constantinople comme l'objet sur lequel ses combinaisons se dirigent et l'affaire des contributions comme secondaire et il fait espérer un changement dans le courant de l'été et paraît insister sur l'évacuation de la Moldavie et de la Valachie.

Je ne puis croire que l'Empereur veuille sérieusement l'évacuation de ces deux provinces, comme l'empereur Alexandre a positivement assuré ne point être en discussion sur ce point avec la France (S. 92), et qu'il importe à cette dernière de voir tenir à la Russie une attitude imposante vis-à-vis de la Porte Ottomane, qu'il soit question de la partager ou de s'en servir d'instrument pour exécuter une expédition sur les Indes.

Les ouvertures que l'Empereur a faites au Prince, nous mettent cependant dans le cas d'insister auprès de la Russie, pour qu'elle nous donne l'assurance d'évacuer la Moldavie et la Valachie, si la France se décide à retirer ses troupes de la Prusse et à mettre ce point hors de doute.

Je ne m'attends point dans ce moment à avoir quelque succès dans ma négociation, comme M. Daru selon les dernières notes données à la commission se tient toujours à ses propositions inadmissibles, surtout quant aux réclamations des provinces démembrées.

Je suis convenu avec lui de commencer demain nos conférences sur les différents objets de discussion qui jusqu'ici se sont opposés à une détermination finale, et il faut maintenant voir quelle marche que l'affaire prendra.

Votre Excellence verra par la lettre de M. de Humboldt et par le contenu des dépêches du Prince que l'Empereur lui marque de l'intérêt et le traite jusqu'à un certain point avec confiance. Si même dans ce moment-ci il ne peut point amener les choses à une conclusion, il servira d'organe pour traiter avec l'Empereur sur les intérêts du pays; rapport d'autant plus nécessaire que M. de Brockhausen n'a point encore eu son audience. Le caractère conciliant du Prince préviendra une certaine aigreur, un abandon à des sentiments haineux, qu'un rien quelquefois peut faire renaître et dont les explosions peuvent être terribles. Il me paraît être d'une nécessité urgente de prolonger le séjour du Prince si même l'Empereur part pour quelque temps, et pour éviter ou l'ennui d'une vie désœuvrée dans la capitale ou des inconvénients d'un autre genre, il pourrait faire une tournée pour visiter quelques points intéressants.

Je prie instamment V. E. de mettre ces réflexions sous les yeux de Sa Majesté et, en cas que vous accédiez à mon opinion, de l'appuyer de toute manière.

Je désire pouvoir donner à V. E. des nouvelles satisfaisantes, et c'est avec les sentiments de la considération la plus distinguée que j'ai l'honneur d'être etc.

146. Der König an den Prinzen Wilhelm.

Königsberg,
6. März 1808.

Je suis instruit, d'une manière indirecte, de Pétersbourg et d'autre part, qu'il devient de plus en plus probable qu'il est question du projet sur la Silésie, dont je vous ai parlé mon cher frère, dans ma lettre du 25 fevrier (Nr. 141). Je ne puis donc qu'y appeler votre attention la plus suivie. (Vgl. Nr. 150).

Trotz der Abreise Napoleon's möge der Prinz in Paris bleiben.

147. Goltz an den Prinzen Wilhelm.

Königsberg,
6. März 1808.

Nos dernières nouvelles de Pétersbourg ne laissent véritablement aucune doute sur l'indifférence avec laquelle le ministère russe envisage la tournure de nos affaires, pourvu qu'il parvienne lui-même à ses fins probables, d'un agrandissement en Finlande et aux dépens de la Porte. On prétend, qu'à cette condition, plusieurs membres de ce ministère acquiesceraient facilement au projet sur la Silésie. Il paraît aussi qu'il n'est rien moins que fâché du refus de la France, d'accepter la garantie de la Russie. Je me persuade ainsi chaque jour davantage, que nous n'avons rien de réel ou d'efficace à attendre de ce côté, et qu'il faut par conséquent, s'il y a possibilité, en venir, coûte qui coûte, à une décision avec la France.

148. Der König an den Prinzen Wilhelm.

Königsberg,
13. März 1808.

Empfang der Depesche vom 26. Februar (Nr. 142).

Je vous laisse à juger vous-même de l'impression profonde et douloureuse, qu'a dû me faire le résultat bien peu consolant de l'entretien que vous avez obtenu de l'Empereur. Il ne prouve que trop, ce qu'on a toujours craint, que l'arrangement final de nos affaires dépend du développement des combinaisons de la grande politique et le seul rayon d'espérance qu'il présente, c'est, qu'en terminant la négociation de Berlin, on obtiendra l'évacuation et l'administration au moins d'une partie des États encore occupés . . .

Es bleibt zu hoffen, daß die Verhandlungen Stein's in Berlin ein günstiges Resultat herbeiführen werden.

149. Prinz Wilhelm an den König.

Paris, 14. März 1808. — Präsentirt Königsberg, am 29. März 1808.

Unterredung mit Champagny, der sich fort und fort des Vorwands bedient, daß er über den Stand der Berliner Verhandlungen nicht unterrichtet sei.

Votre Majesté m'ayant recommandé de me tenir sur la réserve avec la proposition de l'alliance et ne voyant pas jour encore à en retirer aucune utilité pour la Prusse, je n'en ai pas fait mention dans mon entretien avec le sieur de Champagny.

N'ayant plus entendu parler de ce qui concerne nos prisonniers (Nr. 142), ayant appris au contraire que 800 d'entre eux avaient dû quitter Nancy pour travailler au canal que l'on creuse dans les environs de Saint-Quentin, je n'ai pas voulu laisser perdre le fruit de la promesse que l'Empereur m'avait faite de nous les rendre, et j'adressais jeudi passé à M. de Champagny la lettre ci-jointe en copie.

Der Prinz beantragt darin die schleunige Entlassung der Gefangenen (Nr. 150).

Tolstoi erwartet noch die Antwort auf seinen Vorschlag über die Räumung der Donaufürstenthümer (S. 108). Sollte es wahr sein, daß die Pforte das alte Bündniß mit England wiederherstellen will, so wird Napoleon seinen Widerspruch gegen die Erwerbung der Moldau und Walachei durch Rußland fallen lassen.

150. Prinz Wilhelm an den König.

Paris, 23. März 1808. — Präsentirt Königsberg, am 7. April 1808.

Le 16 du courant, l'assesseur Koppe, expédié en courrier de Berlin, m'a apporté des lettres du baron de Stein [1]) et du sieur Sack avec le projet de convention, comme Votre Majesté le saura déjà. Le sieur Daru a promis de recommander l'acceptation à l'Empereur. Les dispositions favorables, manifestées en cette occasion par l'intendant général, me feraient grand plaisir, si elles correspondaient avec celles de Sa Majesté Impériale et Royale, mais il me paraît qu'il y a une contradiction très sensible entre les discours que le sieur Daru a tenus aux plénipotentiaires de V. M., et ceux de l'Empereur. . . .

Champagny macht Ausflüchte wegen der Kriegsgefangenen: Napoleon hege den Argwohn, daß Preußen mit dem Londoner Cabinet noch immer in geheimer Verbindung stehe. (Nr. 142. 149. 164).

Les dépêches de Votre Majesté ne confirment malheureusement que trop l'appréhension où j'étais, que nous devions renoncer à tout espoir d'être soutenus par la Russie; elle a laissé échapper toutes les occasions de nous être

1) Der Brief Stein's an den Prinzen ist nicht vorhanden.

utile; je ne me flatte pas qu'elle prenne nos intérêts en quelque considération, tant que le cabinet actuel, entièrement à la disposition de la France, sera l'arbitre des déterminations d'Alexandre. Le comte Tolstoi attend encore son courrier, mais je ne m'en promets rien. Le bruit du démembrement projeté de la Silésie (Nr. 146), a couru ici comme à Pétersbourg, je dois dire cependant que jamais il n'est échappé à l'Empereur ni au sieur de Champagny le moindre mot tendant à m'en donner l'appréhension; mais ce silence ne suffit pas pour nous tranquilliser à cet égard. Je supplie V. M. de croire que je mettrai tous mes soins à éclairer les intentions de la France sur ce point.

Personen aus der Umgebung Talleyrand's, die in der Regel gut instruirt sind, zweifeln an der Wahrheit dieser Gerüchte.

151. Prinz Wilhelm an Goltz.

Paris, 23. März 1808. — Präsentirt Königsberg, am 7. April 1808.

Votre conviction que nous n'avons rien de réel ou d'efficace à entendre de notre ci-devant allié du Nord (vgl. Nr. 147), est depuis plus de quatre semaines absolument la mienne, et du train dont les choses vont à Pétersbourg, grâces au parti qui y domine, je ne serais point du tout étonné de voir cette cour souscrire à un projet qui ajouterait aux pertes immenses que nous a imposées la paix de Tilsit, celle de la plus belle des provinces qui restent au Roi . . .

152. Prinz Wilhelm an den König.

Paris, 30. März 1808. — Präsentirt Königsberg, am 15. April 1808.

Ayant inutilement attendu jusqu'à samedi dernier que l'Empereur me fixât le jour où il jugerait à propos de m'accorder l'audience, qu'il m'avait fait promettre par son grand-maître des cérémonies, j'ai profité de la cour qu'il y a eu dimanche 27 de ce mois à Saint-Cloud pour rappeler moi-même cette promesse à Sa Majesté Impériale. Comme Elle me répondit qu'Elle me recevrait quand je le voudrais, je me suis empressé de retourner à Saint-Cloud hier matin, et j'y ai été introduit d'abord auprès du monarque. Il semblait très pressé, et mon audience a été fort courte, mais moins défavorable qu'aucune des précédentes. A peine eus-je commencé l'entretien en disant à l'Empereur que sans doute son intendant général Daru lui avait rendu compte du projet de convention proposé à Berlin par le ministre d'État baron de Stein et le conseiller privé Sack, qu'il m'interrompit pour me répondre: »J'ai vu ce projet, et il me paraît qu'il renferme toutes les conditions«. (S. 134). — Je lui témoignai ma joie de le voir satisfait des stipulations convenues, et

j'ajoutai que sa générosité m'était un sûr garant que désormais il ferait à son tour quelque chose en notre faveur. — »Nous verrons, nous verrons«, répliqua-t-il, en me souriant de la manière du monde la plus gracieuse. Je n'obtins point de réponse, lorsque je lui représentai que V. M. non-seulement avait consenti sous de certaines conditions à l'établissement des routes militaires, mais aussi à l'occupation prolongée des trois forteresses qu'il avait demandées, que néanmoins Vous souhaitiez, Sire, que le nombre des troupes qui en formeraient les garnisons n'excédât pas un total de 10,000 hommes, attendu que leur entretien devait être à la charge de la Prusse déjà si cruellement épuisée; que du reste V. M. espérait que ces troupes seraient soldées aux frais de la France. L'Empereur laissa également sans réplique la remarque que l'occupation de ces seules forteresses lui offrait une garantie d'autant plus suffisante, qu'il avait en outre eu soin de nous cerner par les corps d'armée considérables qui se trouvaient à sa disposition dans le grand-duché de Varsovie et sur le territoire danzickois. Je le sollicitai en conséquence de terminer promptement avec nous, ajoutant que c'était dans l'intention bien prononcée d'accélérer un arrangement avec la France, que V. M. avait envoyé le baron de Stein à Berlin. Il me demanda à la tête de quel département il se trouvait placé. Je lui donnai à cet égard les explications nécessaires, et j'observai que c'était la connaissance parfaite qu'a ce ministre de notre pays, et la confiance illimitée que V. M. met en ses lumières, qui lui avaient valu la commission dont Elle venait de le charger. Ayant fait ensuite à S. M. I. l'énumération de toutes les mesures auxquelles Vous Vous êtes décidé, Sire, pour effectuer la suspension de toute relation commerciale avec l'Angleterre et la Suède, Lui ayant parlé du rappel du sieur de Tarrach, des batteries érigées pour la défense de nos ports, des détachements militaires postés le long de nos côtes etc., je crus devoir Lui dire que pour le coup nous espérions qu'il ne mettrait plus en doute notre sincérité. — »Eh bien, il faudra voir«, me répondit-il. Me congédiant alors avec beaucoup d'affabilité, il m'assura qu'il penserait à nous et qu'il en parlerait au sieur de Champagny. Tel est, Sire, le résumé de ma dernière conversation avec l'Empereur. Si je crois pouvoir en tirer un augure favorable, c'est moins sur les choses mêmes que ce souverain m'a dites que sur la manière dont elles l'ont été, et sur la circonstance remarquable que pour la première fois il ne lui est échappé aucun propos indiquant de l'humeur, de la défiance ou de la mauvaise volonté contre la Prusse, que se fonde mon espoir à cet égard.

Auf das erſte Gerücht von einer beabſichtigten Entrevue Napoleon's und Alexander's hatte der König bei ſeinem Bruder angefragt, was er davon wiſſe? Prinz Wilhelm hat bis jetzt nichts über dieſe Angelegenheit vernommen. — Das Parlamentärſchiff, welches den Baron Jakobi-Kloeſt an die franzöſiſche Küſte führen ſollte, iſt in Calais zurückgewieſen worden. (Vgl. die Schlußbemerkung zu Nr. 66).

153. Der König an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
17. April 1808.

J'ai reçu, mon cher frère, votre lettre du 30 et vous laisse à juger vous-même de la satisfaction que m'a causée le récit de l'entretien que vous veniez d'obtenir de Sa Majesté l'Empereur, et surtout l'observation de ce monarque que le projet de convention qui avait été présenté à son approbation, lui paraissait réunir toutes les conditions à stipuler. Je crois donc pouvoir me flatter que je touche enfin au moment d'apprendre la conclusion d'un arrangement définitif à laquelle j'aspire depuis si longtemps . . .

Dank für den Eifer des Prinzen.

154. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
21. April 1808.

Dechiffrirt Königsberg,
am 8. Mai 1808.

J'ai reçu les dépêches de Votre Majesté du 18 et du 22 de mars[1]). Avant leur arrivée, une lettre du ministre d'État baron de Stein m'avait déjà donné connaissance des ordres contenus dans celle du 18.

Je ne puis à leur égard que répéter à V. M. ce que j'ai répondu au baron de Stein, que dans la crise où se trouve l'Espagne il me paraît très hasardeux d'entrer en pourparlers sur la proposition qu'elle Vous a faite, et j'ose me flatter, Sire, que Vous approuverez que je ne fasse aucune démarche ni auprès du gouvernement français, ni auprès du prince Masserano, avant que l'issue des événements au-delà des Pyrénées ne m'offre la perspective d'un résultat favorable au dessein que Vous avez daigné me confier. . .

Der Prinz hat sich veranlaßt gesehen, dem Kaiser die Anliegen Preußens noch einmal in der folgenden Denkschrift vorzutragen; Talleyrand hatte ihm dazu gerathen (S. 156).

155. Denkschrift des Prinzen Wilhelm.

Paris,
20. April 1808. (Vgl. S. 57).

Le roi de Prusse est bien éloigné de plaindre encore les pertes causées à l'État par la dernière guerre. Ne songeant qu'à réparer les maux qu'elle a faits à ses sujets, il s'est persuadé qu'il ne saurait plus sûrement atteindre ce but que sous la puissante garantie de la France. L'Empereur n'a jamais refusé son estime à Sa Majesté, mais Elle Se flatte de regagner aussi sa confiance et son amitié. A cet égard, Sa Majesté Impériale et Royale a pu Se

1) Sie betrafen die Anträge der spanischen Regierung, dem König Karl IV. einige Tausend Mann preußischer Truppen zu überlassen. (Vgl. Nr. 256). Die Briefe, die in dieser Angelegenheit zwischen dem Prinzen Wilhelm und Stein gewechselt wurden, finden sich in den archivalischen Sammlungen des Staates nicht.

convaincre de ses sentiments par tout ce que le Roi a fait pour Lui complaire. Quelque défavorables que fussent les modifications du traité de Tilsit, que la France a cru devoir exiger de la Prusse en faveur de la Saxe, du duché de Varsovie et de la ville de Dantzic, elles ont toutes été accordées; depuis longtemps l'on a rompu toutes les liaisons avec l'Angleterre et plus récemment celles avec la Suède; enfin l'on s'est connu redevable à la France de toute la somme des contributions énoncée par M. Daru, et toutes les conditions que cet intendant a faites à la commission royale ont été souscrites par celle-ci. Le projet de convention arrêté à Berlin est basé sur le payement d'une partie des contributions en lettres foncières et sur l'occupation temporaire des forteresses de Stettin, Custrin et Glogau; il a été soumis à l'approbation de l'Empereur. Ce que S. M. I. et R. a daigné en dire au prince Guillaume de Prusse, justifie l'espoir qu'Elle agréera ce projet de convention. Soulagé par la retraite de l'armée française d'une charge trop pesante pour sa faiblesse actuelle, ayant la perspective de quelques autres adoucissements, tels que celui qui résultera sans doute d'un arrangement équitable des affaires de la banque et des autres instituts publics, le Roi, rentré dans l'administration de ses États et dans la jouissance de ses revenus, pourra enfin entreprendre de guérir les plaies du pays, et s'occupant avec quelque succès du soin de le relever de ses ruines, il sera à même de concourir dès lors d'une manière plus utile aux mesures dictées par l'intérêt général contre les ennemis du continent. S. M. désire donc ardemment que l'Empereur veuille ratifier le susdit projet de convention, et supplie S. M. I. et R. de Lui faire connaître Ses déterminations définitives à cet égard. Elle comblerait les vœux du Roi, si en même temps Elle daignait consentir à l'établissement des rapports de la plus parfaite intimité entre la France et la Prusse, rapports dans lesquels seuls le Roi voit désormais la garantie du repos et du bonheur à venir de ses sujets.

156. Prinz Wilhelm an den König.

Paris, 28. April 1808.

Präsentirt Königsberg, am 13. Mai 1808.

Depuis plusieurs jours le sieur de Tschernitscheff est de retour de Pétersbourg. Le baron de Brockhausen m'a rapporté, comme tenant du comte de Tolstoi lui-même, que cet ambassadeur avait reçu par cette voie de nouvelles instructions concernant nos affaires; qu'il lui avait été enjoint de demander 1° une diminution de notre contribution, 2° une prolongation des termes de payement et 3° l'entretien aux frais de la France des troupes restant dans nos forteresses. Alexandre doit avoir manifesté à l'empereur des Français qu'il regardait son honneur comme intéressé à la cessation des maux qui pèsent sur la Prusse; que l'infortune de Votre Majesté, Son courage et Sa loyauté également honorables avaient accrû, Sire, l'amitié qu'il Vous a vouée; que Napoléon

ne pourrait par conséquent lui donner une plus forte preuve de la sienne qu'en donnant à l'évacuation des provinces prussiennes la plus grande étendue et en la faisant exécuter avec la plus grande promptitude qu'il serait possible . . .

Französische Zeitungen melden die Ankunft Karl's IV. und seines Sohnes in Bayonne. Auf Bitten des Großherzogs von Berg, welche die Gemahlin desselben dringend unterstützt hat, wird der Kaiser nicht nach Spanien gehen. Die Dinge scheinen demnach schlechter zu stehen, als Napoleon gedacht hat.

157. Prinz Wilhelm an den König.

Paris, 13. Mai 1808.

Dechiffrirt Königsberg, am 25. Mai 1808.

Votre Majesté sait déjà que le ministre des relations extérieures m'a accusé la réception des différents offices que je lui ai adressés à Bayonne, mais jusqu'à présent je n'ai reçu aucune réponse. (Vgl. Nr. 160). Le ministre de Russie n'est pas plus avancé que moi, car sur les notes concernant nos affaires qu'il a transmises au sieur de Champagny, celui-ci s'est borné à lui répondre que l'Empereur était si occupé des affaires d'Espagne, qu'il ne lui restait pas assez de temps, pour songer dans ce moment à autre chose; mais que dès qu'elles seraient arrangées, il ne doutait pas que Sa Majesté Impériale ne s'occupât des représentations de l'ambassadeur et ne les accueillît favorablement, comme tout ce qui Lui venait de la part de l'empereur Alexandre. Je trouve cela un peu fort et ne saurais m'empêcher d'y voir la preuve la plus évidente de l'extrême indifférence avec laquelle l'empereur Napoléon regarde les démarches du comte Tolstoi.

Die spanischen Angelegenheiten dürften so bald nicht beendet sein.

Une anecdote qui ne contribuera guère à rétablir les Bourbons dans l'esprit du public, est la suivante. La duchesse de Bourbon, mère du prince Enghien, a écrit à l'Empereur pour solliciter la permission de rentrer en France. Dans sa lettre, elle proteste de son admiration pour le héros qui gouverne sa patrie et de sa fidélité envers son souverain. Napoléon lui a accordé sa demande et une pension de 100,000 francs; il lui dit qu'il sera charmé de compter au nombre de ses sujets une femme entourée de [1]) ..... Mme de Bourbon ne peut s'établir qu'à 30 lieues de Paris.

. . . Le bruit du mariage de l'empereur Napoléon avec la grande-duchesse Catherine (vgl. S. 452) s'étant de nouveau répandu dans Paris, le comte de Tolstoi, à ce que m'a rapporté le baron de Brockhausen, a cru de son devoir d'en parler au ministre de la police, de faire tomber ce bruit, puisque, lui dit-il, si ce mariage doit avoir lieu, c'est encore, à ce qu'il paraît, un secret entre les deux empereurs, et alors il est indécent d'en instruire le public avant que la chose soit déclarée; mais si on ne songe pas à ce mariage, pourquoi

1) Lücke in dem entzifferten Text.

laisser circuler des mensonges qui pourraient compromettre les deux souverains? Le sieur Fouché a répondu en termes vagues, disant qu'il ignorait absolument la source de ce bruit. L'ambassadeur prétend qu'il a été semé à dessein, pour détourner l'attention des Français des autres affaires importantes qui occupent encore Napoléon.

158. Der König an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
16. Mai 1808.

Dank für die Depeschen vom 21. und 28. April. (Nr. 154, 156).

Toute mon attention et tous mes vœux se concentrent sur l'effet que produira peut-être sur l'esprit de l'Empereur pour le prompt sanctionnement de la convention du baron de Stein et l'arrangement toujours plus urgent de nos affaires l'arrivée presque coïncidente de votre mémoire à ce souverain (Nr. 155), des derniers rapports du sieur Daru, des représentations du comte Tolstoi et surtout de la lettre autographe et pressante de l'empereur de Russie, jointe à la position actuelle des affaires générales.

159. * Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
22. Mai 1808.

Mon cher frère. Croyant que l'apparition inopinée de M. Roux (S. 160) pourrait vous faire appréhender que j'avais donné des motifs de mécontentement à l'Empereur et que l'espoir d'une heureuse issue de nos affaires, fondé sur la bienveillance de ce souverain, fût anéanti de nouveau, je me hâte de vous adresser ces peu de lignes. Le renvoi de M. Roux, par ordre exprès de l'Empereur, n'a aucune relation avec notre situation vis-à-vis de la France. Le ministre de la police l'a fait partir comme une personne qui s'est conciliée depuis longtemps la disgrâce de l'Empereur. Ce ministre a déclaré en même temps et de la manière la plus rassurante que cette démarche n'était aucunement dirigée ni contre la personne du Roi, ni contre la Prusse, ni contre moi.

In Bezug auf den Charakter Le Roux's sagt der Prinz:

»Je l'ai trouvé actif, intègre et dans la ligne de ses devoirs«.

160. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
1. Juni 1808.

Dechiffrirt Königsberg,
am 16. Juni 1808.

Die Schreiben, welche der Prinz und Tolstoi nach Bayonne gesandt (Nr. 157), sind noch nicht beantwortet. (S. 159).

En attendant l'empereur des Français a trouvé des moyens de justifier ce retard en déclarant qu'il était très mécontent de la conduite de quelques employés prussiens. La copie ci-jointe d'une note du sieur Champagny au baron

de Brockhausen du 21 de mai mettra Votre Majesté en état de connaître le ressentiment dont je viens de parler [1]).

Der Prinz wird Napoleon's Zorn durch ein Schreiben zu besänftigen suchen.

On n'est pas encore bien sûr si l'Empereur restera plus longtemps à Bayonne. Il se pourrait même qu'il allât en peu à Madrid pour s'y faire couronner roi d'Espagne. En ce cas, il est vraisemblable que le grand-duc de Berg sera nommé vice-roi. Il y a cependant des personnes qui prétendent que le roi Joseph de Naples sera nommé roi d'Espagne dèslors et que toute l'Italie ne formera qu'un royaume. Selon d'autres nouvelles, l'Empereur va faire un voyage de Bayonne à Marseille et retourner de cette ville après quelques semaines à Bayonne, pour y régler définitivement les affaires d'Espagne. J'aurais sans doute désiré lui parler de nos affaires. Jusqu'ici cela était cependant impossible. Aucun ambassadeur n'a osé le suivre, et il a sans doute des motifs bien puissants pour rester isolé tandis que l'on traite les affaires délicates de l'Espagne. Le ministre de Saxe n'a été appelé à Bayonne, qu'à cause d'une affaire urgente d'argent. Si toutefois l'Empereur prolonge son séjour à Bayonne, je le crois salutaire aux affaires de V. M. de faire une démarche pour m'approcher de sa personne et dans ce cas dans la lettre que je me suis proposé écrire je hasarderais la phrase, que je serais bien heureux si S. M. désirerait Elle-même que je Lui réitère personnellement l'expression des sentiments, dont le Roi, mon souverain, est animé.

Es scheint, daß der Kaiser wegen der Lager bei Berlin noch keinen bestimmten Entschluß gefaßt hat. Die Beziehungen zu Österreich sind wohl von Einfluß auf diese Sache.

Plus notre situation est critique, plus je redoublerai de prudence et de zèle pour profiter des peu de moyens qui me restent pour améliorer le sort de notre malheureux pays. Loin d'être découragé par les événements je travaillerai avec cette énergie que m'inspire la connaissance de mes devoirs, mon attachement et mon dévouement pour la personne de Votre Majesté et mon amour pour la patrie.

160a. Der König an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
5. Juni 1808.

Empfang der Depesche vom 13. Mai (Nr. 157) bestätigt.

Il ne me reste qu'un objet à toucher particulièrement ici. Le bruit paraît se soutenir que l'entrevue des deux Empereurs aura lieu bientôt et probablement à Weimar. Le baron de Brockhausen me témoigne être persuadé que votre présence pourrait y être essentiellement utile, surtout si à cette époque notre arrangement avec la France n'était pas terminé encore.

1) Über den Inhalt derselben vgl. S. 172.

Ermächtigung für den Prinzen, der Entrevue der beiden Kaiser beizuwohnen, wenn Napoleon sich damit einverstanden erklärt. In jedem Fall werde der Prinz die Rückkehr Napoleon's abwarten; finde er dann, daß die Verlängerung seines Aufenthaltes in Paris ohne Nutzen sei, so möge er die Rückreise in die Heimath antreten.

[1]) Il faudrait cependant tâcher d'établir des rapports diplomatiques entre la France et la Prusse, qui, dans l'état présent des choses et par votre départ, seraient entièrement interrompus, puisque l'audience de M. de Brockhausen n'a point encore eu lieu.

161. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
17. Juni 1808.

Übersendung eines Schreibens, welches der Prinz unter dem 10. Juni an Napoleon gerichtet hat. Der Text desselben lautet:

Sire. Les marques gracieuses de bienveillance et d'intérêt dont Votre Majesté a daigné m'honorer depuis mon arrivée en Ses États, me font espérer qu'Elle voudra bien rendre justice aux sentiments que j'ai énoncés avec franchise quand j'ai eu l'honneur d'être admis auprès de Sa personne. Cette même confiance m'inspire la certitude que V. M. ne doutera pas de la douleur profonde que j'ai ressentie en apprenant le mécontentement que des représentations inconsidérées on fait naître aux administrateurs français en Prusse. Le Roi, auquel je tiens par les liens du sang, du dévouement et de l'amitié, le Roi, Sire, partagera avec moi cette tristesse extrême. Il n'aura d'autre consolation que celle que lui inspire la conscience de la pureté de ses sentiments, il désapprouvera ce qui a été fait contre ses ordres exprès, il punira sévèrement quiconque oserait agir contre les hautes intentions de V. M. Ne déviant pas un instant des principes par lesquels le bonheur de la Prusse est lié à jamais à celui du continent, il ne cessera d'employer tous les moyens de déférence et de zèle pour se concilier l'amitié de la France. Que ne puis-je, Sire, être l'interprète de ces sentiments auprès de Son auguste personne, détruire le dernier germe de méfiance qui éloigne l'époque du bonheur de ma patrie! C'est de Vos mains, Sire, que nous attendons des jours plus heureux! Je suis etc.

162. Der König an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
20. Juni 1808.

Volles Einverständniß mit den Maßregeln, die der Prinz der Note Champagny's vom 21. Mai gegenüber ergriffen hat. (Vgl. Nr. 160). Hinweis auf ein unter demselben Datum erlassenes Reskript an Brockhausen, in welchem es mit Bezug auf die Bayonner Note heißt:

Je ne vous cache pas que la lettre de M. Champagny et surtout la phrase

1) Von der Hand Stein's hinzugefügt.

relative à la paix de Tilsit (S. 172) jointe aux bruits sinistres dont vous faites mention [1]), m'ont paru d'un triste augure; car il me paraît évident que les clameurs contre les sieurs Sack et Roux sont des prétextes pour montrer de l'humeur et qu'on nous cherche querelle à tout propos, pour différer ou éluder notre arrangement. Je compte toutefois sur les soins constants et éclairés du Prince et sur les vôtres pour inspirer s'il se peut de meilleures dispositions à l'Empereur et à son ministère et pour les convaincre de l'impossibilité de laisser durer cet état-ci et de la nécessité d'en venir à une fin quelconque.

Weitere Instructionen für eine etwa einzuleitende Unterhandlung werden dem Gesandten nicht ertheilt, ebenso wenig dem Prinzen. In der Ordre an diesen heißt es vielmehr:

Je vous laisse pleine et entière liberté, d'agir selon que mes intérêts vous paraîtront l'exiger. Pour tous les cas, je désire au-delà de toute expression que vous puissiez convaincre l'Empereur de la nécessité absolue de venir enfin à un arrangement quelconque.

163. Prinz Wilhelm an Goltz.

Paris,
20. Juni 1808.

Klagen über Brockhausen.

En général, ce monsieur en question paraît être fort gêné de mon séjour à Paris, quoique je ne fasse pas semblant de le remarquer et que je tâche de vivre en bonne harmonie avec lui. Dans tous les cas, il est bon que vous soyez instruit de tout ceci.

Dank für einen Brief Stein's, dessen Text nicht vorliegt.

164. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
21. Juni 1808.

Dechiffrirt Königsberg,
am 5. Juli 1808.

Noch immer kein Bescheid von Napoleon. (Vgl. Nr. 157, 160).

Le comte Tolstoi ne nous console plus par des espérances flatteuses comme au commencement de mon séjour ici. Il n'a point changé de sentiment à notre égard, mais voyant que sa cour ne le soutient pas assez, il ne nourrit plus les espérances qu'il a eues il y a quelque temps.

Die preußischen Kriegsgefangenen werden noch schärfer bewacht als vorher (Nr. 142. 149. 150).

On a fait des retranchements considérables aux appointements de ces

1) In einer Depesche vom 1. Juni erwähnte Brockhausen des Gerüchtes, daß Napoleon die Absicht hegen solle, das Herzogthum Warschau und das Königreich Westfalen auf Kosten Preußens zu vergrößern.

pauvres officiers. Il s'en sont plaints auprès du général Clarke, il y a quelque temps, et n'ayant pas reçu de réponses satisfaisantes, ils m'ont prié d'intercéder en leur faveur. Quoique je doute que mon intercession soit en état de produire le changement désiré, j'ai cependant cru de mon devoir de faire une démarche en faveur de ces malheureux officiers. J'ai par conséquent écrit sur ce sujet au prince de Neufchâtel et j'attends en peu sa réponse.

Le roi de Naples a été nommé roi d'Espagne. On prétend que toutes les provinces de l'Espagne sont en trouble et que la plus grande partie des ecclésiastiques et plusieurs personnes de marque sont à la tête de la conspiration. Il est même question qu'une nouvelle armée sera envoyée en Espagne et qu'on retirera quelques troupes de l'Allemagne.

Le roi de Hollande deviendra, à ce qu'on dit, roi de Naples, et le prince Murat roi de Portugal.

165. Prinz Wilhelm an den König.

Paris, 1. Juli 1808.

Dechiffrirt Königsberg, am 19. Juli 1808.

Gründe des Prinzen Wilhelm für die Verlängerung seines Aufenthaltes in Paris.

Dans la crise actuelle mon départ me paraîtrait dangereux pour les intérêts de Votre Majesté non-seulement parce qu'il prendrait l'apparence d'une bouderie, mais par ce qu'il jetterait les plus grandes alarmes dans les cœurs des sujets, qui, croyant que toute négociation est devenue inutile, se livreraient à un désespoir dont la malveillance vigilante pourrait même tirer parti. A ce motif se joignent d'autres considérations.

So lange Brockhausen von dem Kaiser nicht empfangen ist, befindet er sich außer Stande, in persönliche Verhandlungen mit demselben einzutreten.

Ayant la facilité d'approcher la personne de l'Empereur, je puis du moins lui transmettre à lui-même les justes réclamations de V. M., je puis espérer d'être écouté de lui, je puis quelquefois deviner la mesure de son ressentiment. Il est probable que sans cet accès personnel les petites tracasseries, excitées par les discours des ministres anglais, auraient eu des suites plus funestes. La démarche que V. M. a faite en m'ordonnant de me rendre ici, la confiance qu'Elle a marquée par là à l'Empereur, n'a pas laissé de faire une impression très favorable dans le public. Les malheurs de la Prusse, les souffrances des sujets de V. M. entre l'Elbe et la Vistule, ne sont pas inconnues en France. Peut-être oserions-nous fonder aussi quelque espoir dans cet intérêt, l'Empereur n'étant pas toujours indifférent à l'expression de l'opinion publique.

Ganz Spanien hat sich zum Widerstand erhoben.

. . . L'esprit de parti, qui depuis des siècles sépare les intérêts des différentes provinces espagnoles, facilitera la victoire aux armées françaises. La

lutte sera longue dans les régions montagneuses; la durée du ressentiment en sera plus longue encore, mais le résultat général n'en sera pas moins en faveur de l'empereur Napoléon. De grands événements se préparent sans doute pour l'automne prochain. L'on paraît balancer entre l'attaque des possessions anglaises dans les Indes et entre le partage de l'Empire ottoman. Le mouvement le plus proche pourrait être dirigé contre l'Autriche. L'Empereur, en se servant des troupes cantonnées en Prusse, s'arrangera peut-être avant cette époque avec nous. C'est le moment où des démarches énergiques de la part de la Russie nous deviendraient les plus utiles. Je ne manquerai pas d'inciter de nouveau le comte Tolstoi, mais l'impulsion principale, la seule sur laquelle on puisse compter, doit venir personnellement de l'empereur Alexandre.

166. Der König an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
21. Juli 1808.

Empfang der vorigen Depesche.

Je suis convaincu de l'utilité de votre séjour prolongé en France. Je m'en suis entièrement remis à vous-même pour la durée de ce séjour, comme je l'ai fait aussi sans réserve pour les moyens et les ouvertures que vous jugerez les plus propres à nous conduire le plus promptement possible à notre grand but, la délivrance de mes États et le rétablissement de l'administration prussienne. J'ai dû et je dois encore m'en tenir d'autant plus à cette autorisation générale, qui vous donne carte blanche que, dans la distance où je me trouve, qui rend une réponse de ma part impossible au-dessous de cinq semaines, on ne saurait juger exactement ici de l'état des choses d'après les changements peut-être survenus dans l'intervalle, et que d'ailleurs je mets à cet égard en vous la confiance la plus étendue, comme la plus juste, vous sachant convaincu, comme moi, de l'indispensable nécessité de finir ce déplorable état de stagnation et d'incertitude.

Alexander ist fester denn je entschlossen, die Verbindung mit Frankreich aufrecht zu erhalten und räth dem König zu derselben Politik. (S. 185).

167. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
27. Juli 1808.

Dechiffrirt Königsberg,
am 12. August 1808.

Da die Instruction vom 5. November (Nr. 117) durch spätere Weisungen in wesentlichen Punkten modificirt worden ist, so befindet sich der Prinz im Unklaren darüber, welche Anerbietungen er zu machen habe, wenn Napoleon die Verhandlungen wieder aufnehmen will, und bittet daher um ganz bestimmte Verhaltungsbefehle. Der Kaiser habe Bayonne verlassen, aber seine Rückkehr sei noch ungewiß. Nachrichten aus Spanien:

Les troupes de ligne se sont réunies à d'assez nombreuses armées d'in-

surgés que commandent, dit-on, en Galicie et dans les Asturies le marquis de Saint-Simon, en Andalousie le général d'artillerie Morla et sous lui Palafox et Castanodas, dans l'Estremadure le général Lacuesta. Suivant des avis parvenus au comte de Tolstoi, il paraît certain que les Anglais qui dans une proclamation se sont déclarés alliés de l'Espagne insurgée et résolus de l'assister de tous leurs moyens, sont à Ferrol et à la Corogne. Le général français Dupont, qui a dû percer jusqu'à Cadix, a été battu et s'est retiré à Andujar où il s'est retranché le 6 juillet. Moncey, chargé de marcher sur Saragosse, que l'Empereur voulait faire prendre de toute force, a été obligé de revenir sur ses pas. Non-obstant cela, le bruit d'une guerre prochaine contre l'Autriche se soutient, et quelques personnes prétendent, à ce que m'a dit le baron de Brockhausen, que l'Empereur se rendrait à Strasbourg, sans passer par Paris, pour prendre apparemment le commandement de l'armée destinée à agir contre cette puissance. Il serait possible aussi qu'il n'allât en Allemagne que pour passer de là au lieu de l'entrevue. . . Nous en saurons probablement davantage sous peu de jours. Quoi qu'il arrive, veuillez être persuadé, Sire, de l'extrême attention que dans ces importantes conjonctures je me ferai un devoir sacré de porter à tout ce qui pourra intéresser Votre service.

168. Nachschrift.

Paris,
28. Juli 1808.

Dechiffrirt Königsberg,
am 12. August 1808.

Dank für das Lob, das der König in seinen letzten Rescripten dem Prinzen und seinen Begleitern für ihre Bemühungen ausgesprochen hat.

Dans la crise terrible où se trouve la monarchie, leur avis et le mien doit néanmoins plus que jamais être subordonné à Vos propres vues, Sire, et c'est ce qui m'a déterminé à Vous supplier dans ma dépêche principale de me faire connaître éventuellement Vos intentions pour tous les cas que la haute sagesse de V. M. Lui fera prévoir. . .

169. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
11. August 1808.

Am 7. Aug. hatte der Prinz mit wenigen Worten gemeldet, daß der Krieg mit Österreich für wahrscheinlich gehalten werde; der Befehl des Kaisers, bei Wesel ein Lager zu errichten, stehe damit im Zusammenhang.

Je crois ne pouvoir trop me presser de rendre compte à Votre Majesté des apparences favorables qui depuis quelques jours me font espérer que nos affaires se termineront non-seulement sous peu de temps, mais aussi d'une manière plus satisfaisante que nous n'eussions, d'après tout ce qui s'était passé jusqu'ici, pu nous en flatter.

Champagny, der am 7. August zurückgekehrt, hat sogleich die Verhandlungen mit Brockhausen begonnen (S. 236); Napoleon verlangt einige Veränderungen der Stein'schen Convention. Brockhausen erzählt dem Prinzen:

Que le comte de Champagny était allé jusqu'à lui témoigner le désir d'accélérer d'après ces modifications le concert d'un arrangement final avec nous, de manière que celui-ci fût convenu et arrêté même avant l'arrivée de Sa Majesté Impériale. Le baron de Brockhausen termina cette ouverture en me disant que le ministre des relations extérieures se proposait d'avoir sans retard une conférence avec moi et de me rendre visite pour cet effet, que comme il viendrait probablement me voir dans le jour même, il me conseillait de suspendre encore celle que j'étais intentionné de lui faire.

Unterredung des Prinzen mit Champagny am 10. August.

L'extrême politesse et obligeance de son accueil semblait me promettre un entretien agréable, et, en effet, entrant bientôt en matière il me dit que, sur le total, l'Empereur était satisfait de la convention passée à Berlin, qu'il désirait seulement y voir modifiés quelques articles. . .

Diese Artikel betreffen die seit dem 1. October 1807 mit Beschlag belegten Revenuen des preußischen Staates, deren Anrechnung auf den restirenden Theil der Kriegsschuld Napoleon verweigert, und die Stärke der in den drei preußischen Festungen zurück zu lassenden Occupationstruppen, welche der Entwurf vom 9. März auf 9000 Mann angenommen hatte (S. 132), während der französische Kaiser auf einer größeren Truppenmacht besteht.

Un troisième objet des désirs de l'Empereur c'est la fixation de notre état militaire. Cette fixation est ce qu'il faut entendre par les sûretés pour l'avenir mentionnées sub 2 dans le papier que m'a remis le baron de Brockhausen[1]. Du moins le comte de Champagny n'a-t-il articulé envers moi aucune autre espèce de sûreté. Alarmé de ce que Brockhausen m'avait dit que, dans son entretien avec le ministre des relations extérieures, celui-ci avait parlé du dessein de l'Empereur de borner la force armée de la Prusse à 25,000 hommes, je crus devoir, dès le moment où ce ministre toucha cette corde, lui demander à combien l'Empereur désirait donc que notre état militaire fût fixé? »A 30,000 hommes«, me répondit-il; mais lorsque je lui observai que dans une de mes audiences S. M. I. avait déjà admis le nombre de 40,000 hommes de troupes réglées (Nr. 142), il ajouta en se reprenant: »Ou bien 40,000 hommes«, et prononça ces mots du ton d'un homme qui cède sur un point de contestation qui lui semble d'une médiocre importance.

Was die Allianz anbetreffe, sagt Champagny, so werde sich der Kaiser erst äußern, wenn die anderen Punkte geregelt seien. Der Prinz spricht die Hoffnung aus, daß sich vielleicht noch bessere Bedingungen erzielen lassen werden. Tolstoi warnt sehr vor Übereilung, namentlich vor Abtretung der Festungen.

---

1) Eine schriftliche Aufzeichnung, in welcher Brockhausen die Forderungen Champagny's mit den eigenen Worten desselben wiedergegeben hatte.

170. Der König an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
12. August 1808.

Je me propose, mon cher frère, de vous instruire aujourd'hui sur une idée dont la prompte exécution me tient souverainement à cœur, par un effet du désir ardent qui m'anime de voir enfin, après une si longue attente, mes rapports avec Sa Majesté Impériale et Royale fixés sur le pied de l'union la plus étroite et la plus solide.

Vous êtes témoin des efforts que depuis plus d'un an je n'ai pas discontinué de faire pour terminer mes arrangements avec la France, ayant épuisé successivement tout ce qu'on a pu imaginer de propositions et d'offres tendantes à ce but et n'y ayant mis d'autres bornes que celles de la possibilité physique. Cependant j'ai eu le chagrin de voir tous ces efforts demeurer sans le moindre succès, et quoique je puisse me flatter que S. M. I. a rendu justice enfin à mes sentiments et à la fidélité scrupuleuse avec laquelle j'ai rempli autant qu'il était en mon pouvoir les engagements contractés envers Elle, il n'est résulté néanmoins de mes ouvertures aucune explication de Sa part qui m'ait fait connaître Ses résolutions finales. Ce silence a dû me convaincre que toutes les idées précédentes n'ont pas obtenu Son agrément ou qu'Elle a trouvé dans les circonstances générales des raisons de ne pas poursuivre cette même marche.

Il me paraît donc que pour entrer à cet égard dans Ses propres intentions et ne pas éloigner davantage un but auquel j'ai toujours si sincèrement aspiré, il convient de faire abstraction entière de tout ce qui a précédé; de reprendre, pour ainsi dire, la chose à neuf et de comprendre tout l'ensemble de nos arrangements et des relations futures entre la France et la Prusse dans une seule et même proposition, qui, en présentant à S. M. I. la preuve et le gage le plus assuré de la sincérité de mes dispositions, me mette moi-même, si elle est acceptée, dans le cas de pouvoir Lui devenir véritablement utile et m'assure pour cet effet les moyens nécessaires.

Cette proposition ne saurait être que celle d'une alliance étroite offensive et défensive que S. M. I. agréerait de conclure avec la Prusse. Elle comprendrait les stipulations suivantes:

1° La Prusse s'engagerait à mettre dans un certain espace de temps, dont vous tâcherez de reculer le terme autant que faire se pourra pour plus de facilité de la chose, à la disposition de S. M. l'Empereur et Roi un corps de troupes de 40,000 combattants dont — de cavalerie [1]), — d'infanterie et — d'artillerie, d'après un tableau plus détaillé et plus exact que mon ministère

1) Über die Vorschläge betreffend die Stärke der einzelnen Truppentheile vgl. Nr. 173.

de cabinet se réserve de vous faire tenir incessamment. Les frais de mobilisation et d'entretien seraient à la charge de la Prusse, mais comme elle est entièrement dépourvue d'armes, de munitions et d'artillerie, S. M. l'Empereur ferait fournir à ces troupes ce qu'il faut pour leur armement, à ce triple égard, du fonds des anciens dépôts prussiens qui se trouvent en Sa possession, et de même je ne peux pas m'empêcher de vous observer encore que comme la formation de ce corps de troupes ne manquera pas de rencontrer de grandes difficultés, vu la dissolution entière de mon armée, je ne pourrai m'y engager qu'en tant que, pour m'en faciliter les moyens, l'Empereur veuille incessamment mettre en liberté et faire retourner en Prusse les prisonniers prussiens de guerre qui se trouvent encore en France, sur le retour desquels je compte surtout dans cette circonstance.

2° Ce corps auxiliaire demeurerait réuni sous le commandement d'un général en chef prussien que je me réserve de nommer encore.

3° Il serait employé en Allemagne partout où S. M. l'Empereur le trouverait à propos, mais non hors des frontières germaniques, à quoi je ne pourrais jamais m'engager.

4° Dans un cas de guerre de la France avec la maison d'Autriche, la défense de la Silésie serait abandonnée de préférence aux troupes prussiennes.

5° Pour mettre la Prusse en état de remplir les engagements ci-dessus, les troupes françaises évacueraient, immédiatement après la conclusion de cette alliance, la totalité, ou du moins une partie proportionnée des provinces prussiennes qu'elles occupent encore. Il faut commencer d'abord par insister sur l'évacuation entière de mes États, et si alors on ne devait s'entendre que sur une évacuation partielle, il va sans dire que l'entretien du corps de troupes françaises qui y resterait stationné, ne saurait demeurer qu'à la charge de la France. De même, à compter de la date de cette conclusion, l'administration et l'exercice des droits de souveraineté y seraient rétablis partout pour mon compte. L'espace fixé à l'art. 1er pour la prestation du corps auxiliaire sera calculé du jour de l'évacuation achevée de mes États ou du moins de la partie proportionnelle dont on sera tombé d'accord.

6° Dans le même but S. M. l'Empereur et Roi Se désisterait entièrement des contributions arriérées ou accorderait au moins pour la partie de ces contributions qui ne pourrait être remise, des termes assez éloignés pour pouvoir y faire face, sans manquer à l'engagement relatif à la mobilisation et à l'entretien du corps auxiliaire.

7° L'art. 25 du traité de paix de Tilsit serait maintenu en pleine vigueur par rapport aux capitaux, intérêts ou prétentions quelconques que des particuliers ou des établissements quelconques de mes États tels que nommément la Banque et la Société maritime ont à réclamer dans les provinces cédées par le susdit traité.

8° S. M. l'Empereur et Roi accorderait à la Prusse Son entremise puissante pour lui procurer dans la suite une compensation territoriale de ses pertes.

Il est superflu de vous rappeler en détail les motifs de ces diverses stipulations. J'ose me flatter que S. M. I. ne méconnaîtra pas le caractère de justice et même de nécessité que portent celles proposées en ma faveur. Depuis la paix, une armée puissante occupe toujours encore les provinces que ce traité m'a laissées. Elle y a été non-seulement entretenue, mais fournie de tout ce dont elle avait besoin, sans nulle exception. Le pays a satisfait aux plus accablantes réquisitions. Il a payé toutes les sommes auxquelles il était possible de faire face. Les dernières ressources sont épuisées, et je n'en ai plus aucune, ainsi que je l'ai déclaré et prouvé il y a longtemps, par laquelle je puisse venir à son secours. Comment pourrais-je donc remplir les engagements que je m'offre à contracter et que je remplirai ponctuellement, à moins que par la remise ou du moins la réduction proportionnelle des contributions, qui d'ailleurs sont déjà absorbées pour plus grande partie par le séjour même de l'armée — par les justes soulagements que je réclame pour le payement de ce qui restera — surtout par la prompte évacuation du pays et ma rentrée dans l'administration et la puissance des droits de souveraineté — S. M. ne m'en ouvre les moyens indispensables? A l'égard des stipulations concernant le corps auxiliaire, l'Empereur y retrouvera ce que l'usage a introduit dans ces sortes de cas, pour maintenir la confiance réciproque et pour éviter les collisions si nuisibles parmi les officiers commandeurs. Elle y reconnaîtra de plus ma sollicitude, pour qu'elles (les troupes) ne soient pas exposées par un climat étranger à des maladies qui rendraient nuls les services qu'elles pourraient rendre à la France. L'article 7 contient une stipulation de simple justice et je croirais faire outrage aux sentiments de S. M. l'Empereur et Roi, si je me permettais quelque doute sur son acceptation. Vous n'ignorez pas les avis qui ont circulé au sujet des prétentions prussiennes à la charge des habitants du grand-duché de Varsovie. Vous savez aussi que la Banque et la Société maritime sont des établissements publics fondés uniquement sur la confiance des particuliers qui y ont placé leurs capitaux, et prennent ainsi la place de ces particuliers eux-mêmes. S. M. I. ne désapprouvera pas, j'en suis certain, que, par une stipulation sur ce sujet, on calme les inquiétudes et relève le crédit de ces établissements. Pour ce qui concerne enfin l'art. 8, c'est l'espoir d'un prompt et parfait retour de confiance de S. M. I. et la certitude que cette confiance sera pleinement justifiée, qui me l'a fait ajouter. Je me flatte que l'union intimement établie entre ce souverain et la Prusse, et la perspective de voir, d'après le système invariable de celle-ci, les avantages qu'elle obtiendrait tourner au profit de la France elle-même, l'engageront à concourir volontiers à les lui prouver, lorsque les circonstances en présenteront l'occasion.

Je vous charge donc, mon cher frère, de mettre le plus promptement possible sous les yeux de S. M. I. la proposition que je viens de détailler, soit personnellement et de bouche, si ce monarque est à Paris, ou que vous vous trouviez près de lui, soit par écrit. Le moment presse. Ma position est plus urgente de jour en jour. S. M. I. trouvera donc naturel que j'attende Sa réponse avec une vivacité d'intérêt proportionnée à l'importance de l'objet, et vous La solliciterez de vouloir bien vous mettre le plus tôt possible à même de satisfaire à mon ardent désir d'être instruit de la conclusion des liens par lesquels j'aspire à m'unir à Elle.

Au reste, la grande étendue du plein pouvoir, dont vous avez été muni le 5 novembre 1807 à votre départ pour Paris et qui porte nommément sur la conclusion d'une alliance, me dispense de vous en envoyer un nouveau à l'effet de la signature de celle que vous allez proposer. . . .

Der Prinz möge Brockhauſen von dem Inhalt dieſes Reſcriptes benachrichtigen.

171. Nachſchrift.

Königsberg,
12. Auguſt 1808.

La dépêche importante que je vous adresse aujourd'hui, mon cher frère, ayant dû être dressée de manière à pouvoir être communiquée, si vous le jugiez à propos, je vous transmets par la présente les observations que je crois devoir y ajouter. (S. 214).

La démarche à laquelle je me décide n'est pas nouvelle, puisque déjà vos premières instructions vous y autorisèrent; mais comme elle ne vous a valu alors qu'une réponse tout-à-fait vague et dilatoire et qu'il faut de toute nécessité travailler à terminer ce funeste état d'indécision, le pire de tous, j'ai cru devoir la réitérer aujourd'hui d'une manière prononcée et formelle, et j'ai un triple but en le faisant: d'abord d'amener une décision de notre sort, car si même l'Empereur refusait encore de s'expliquer et s'enveloppait dans le silence et dans des réponses vagues et dilatoires, nous n'en saurons pas moins à quoi nous en tenir. Dès ce moment il ne reste qu'à renoncer à toute espérance d'un arrangement prochain et à en prendre son parti. En second lieu, j'ai voulu saisir le moment actuel peut-être plus favorable qu'aucun des précédents, pour arriver, s'il se peut, à un arrangement et pouvoir du moins me rendre à moi-même et envers la nation le témoignage de ne l'avoir pas négligé. Enfin je veux m'en servir pour me justifier envers la Russie, qui n'a cessé de conseiller la plus étroite union avec la France, et pour la convaincre dans tous les cas qu'il ne me reste plus rien à faire. De plus, il m'a paru essentiel de hâter la démarche, parce qu'il se peut véritablement que l'état

critique des affaires d'Espagne et les plans contre l'Autriche disposent l'Empereur à se rapprocher sérieusement de nous. Divers avis le font supposer avec une haute vraisemblance, et dans ce cas il serait important que notre proposition eût le mérite d'une offre volontaire et qu'elle prévînt les siennes dont les conditions seraient probablement bien plus onéreuses. Je ne me dissimule pas néanmoins qu'on aurait à se féliciter, si la proposition était agréée avec les conditions que j'y mets, mais pour tous les cas il y aura un grand point d'obtenu, pourvu qu'il en résulte une explication positive et catégorique. Si l'alliance était agréée telle que je la propose, vous n'aurez rien de plus pressé que de signer, et j'observe seulement que par rapport à l'évacuation du pays, si vous ne pouvez l'obtenir totale, je m'en remets à vous de la negocier au moins aussi étendue que possible, et il en est de même pour la remise des contributions qui en effet doit porter sur la totalité ou au moins être considérablement allégée pour le restant par de longs termes de payement, afin que je puisse équiper et entretenir le corps que j'offre. Un point des plus essentiels est l'accélération de la réponse. En faisant la proposition à l'Empereur, vous alléguerez entr'autres motifs, pour solliciter une prompte décision, des raisons de famille et de santé, ainsi que la cherté excessive du local de Paris qui vous obligeaient à songer le plus tôt possible à votre retour. En effet, mon cher frère, je désire que vous ne différiez plus ce retour, au moins pas au-delà de ce que d'après votre propre jugement le bien des affaires vous paraîtra exiger positivement. Si la conclusion a lieu, il semble déjà que ce retour n'aurait plus la moindre difficulté et que vous pourriez même y assigner un motif agréable, en alléguant que vous désirez hâter l'exécution des mesures stipulées, et si au contraire vous éprouviez un refus entier ou qu'on gardât le silence ou se bornât à de vaines paroles, il ne vous resterait que d'appuyer sur les motifs susmentionnés de famille, de santé et de cherté, pour vous congédier et retourner effectivement ici; bien entendu, comme vous le jugerez de vous-même, que votre départ serait accompagné des formes les plus amicales et n'aurait pas le moins du monde l'air d'une bouderie. Reste enfin le cas où la proposition serait acceptée quant au foud, mais soumise à des modifications et à des changements plus ou moins essentiels quant aux conditions. Il est impossible de prévoir toutes les chances de ce genre qui peuvent survenir, et je me borne à cet égard à quelques principes tout-à-fait généraux. Il s'entend d'abord que s'il s'agissait de modifications légères ou du moins peu essentielles, vous en êtes absolument le maître. Mais si l'on exigeait quelque point important et entièrement nouveau, quelque condition destructive du but de sûreté et de conservation que nous avons en vue, ou qui portât même sur un démembrement ruineux de la monarchie, il ne vous resterait sans doute qu'à alléguer la nécessité de demander de nouvelles instructions, et il paraît que le mieux serait alors d'annoncer le dessein d'aller vous-même

m'exposer le véritable état des choses et de saisir cette occasion pour revenir. . . .

Erleiden die Verhandlungen Aufschub, so soll der Prinz die Fortführung derselben dem Baron von Brockhausen übertragen.

172. Goltz an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
12. August 1808.

Empfang der Depeschen vom 27. und 28. Juli (Nr. 167, 168, vgl. S. 216). Die Bemerkung des Prinzen über die in den früheren Rescripten enthaltenen Widersprüche sei richtig, aber die Unsicherheit der Lage habe bestimmtere Weisungen unmöglich gemacht.

Il m'était clair depuis longtemps que seul le développement des grandes combinaisons politiques de l'empereur Napoléon nous offrirait peut-être le moyen de relever notre voix avec succès, et quoi de plus simple que de regarder le moment actuel comme le signal donné pour un renouement plus heureux de négociation! Je l'envisage au moins de concert avec le baron de Stein comme tel, et s'il est à prévoir que Napoléon mettra aujourd'hui plus de prix à notre alliance qu'il n'a fait il y a quelques mois, je crois que nous pouvons essayer d'en faire la proposition, par abstraction de tout ce qui a été proposé jusqu'ici en fait de concessions onéreuses. L'esprit et le but des instructions susmentionnées est clairement énoncé — elles sont aussi précises qu'elles peuvent l'être — et si les conditions auxquelles elles s'attachent paraissaient de nature à ne pas pouvoir être acceptées, il faut toujours se dire qu'on ne commence pas d'abord par tout accorder, le développement des modifications étant seul réservé à la suite de la négociation. De toutes les manières il est important que la proposition dont Votre Altesse Royale va S'acquitter d'après les ordres du Roi, conduise à une explication décisive qui mette fin à ce cruel état de suspension et d'incertitude et nous apprenne la mesure de ce qu'il nous reste à attendre. Votre retour, Monseigneur, auprès du Roi est encore un des principaux buts de notre démarche. Il est important pour le Roi qu'il soit amené d'une manière adroite et sans pouvoir donner ombrage. Nous avons plus d'une raison pour le désirer, et je m'en remets à V. A. R. s'il ne conviendrait pas, supposé que l'Empereur fût à Strasbourg ou généralement absent de Paris, de faire la proposition en termes généraux par écrit et d'alléguer en même temps des raisons pressantes de famille qui Lui faisaient désirer d'aller à Homburg, où Elle attendrait les déterminations de Sa Majesté Imperiale, en demandant les passe-ports nécessaires pour ce voyage.

173. * Scharnhorst an Goltz.

Königsberg,
16. August 1808.

Die Einlage habe ich erst Sr. Maj. dem König vorgelegt, und dieser hat sie dem Zweck angemessen gefunden. Auch ist er der Meinung, daß man einen Theil der Infanterie-Gewehre u. Artillerie, wie in der Beilage angegeben, zu stellen erböthig seyn müßte, weil Napoleon weiß, daß wir dergleichen haben.

Die „Einlage" ist das nachfolgende zur Übersendung an den Prinzen Wilhelm bestimmte, von Scharnhorst eigenhändig geschriebene Memoire über die Zusammensetzung der Hülfsarmee, die dem Kaiser Napoleon, wenn er das preußische Bündniß annähme, zur Verfügung gestellt werden solle.

Bestand der Hülfs-Armee.

12 Infanterie-Regimenter, jedes zu 2703 Köpfe, und zu $3^1/_2$ Bataillons	42 Bataillons	32,436 Mann.
8 Cavalerie-Regimenter, jedes zu 4 Escadrons und zu 670 Köpfe	32 Escadrons	5,360 Mann.
2 Compagnien reit. Art.		400 „
4 Compagnien Fuß-Art.		800 „
1 Comp. Ouvriers		100 „
1 Bataillon Trän		600 „
Generalität, Adjudantur, Ingenieure, Pioniers, Pontoniers		304 „
	Summa	40,000 Mann.

Hierzu käme nun noch das Commissariat, das Lazareth, Depot u. s. w.

Diese Armee wird in 3 Divisionen getheilt; jede Division bestehet aus 4 Inf.-Regimentern (welche 10 Bataillons Linien-Inf. und 4 Bataillons leichte formiren), 2 Cavalerie-Regimentern, $^1/_2$ Batterie reit. Artillerie und 1 Batterie Fuß-Artillerie. — Die Reserve bestehet aus 2 Regim. Linien-Cavalerie, welche 8 Escadrons formiren, $^1/_2$ Batterie reit. Artillerie und 1 Batterie Fuß-Artillerie mit Park.

Seine Majestät geben ihrer Armee die Besoldung; die Naturalien liefert das Land, in dem die Truppen sich befinden.

Da Preußen alle seine Infanterie-Gewehre im letzten Kriege, außer denen, welche das kleine Corps hatte, welches in Preußen war, verlohren hat, so würden zur Bewafnung der obigen Armee noch wenigstens 24 bis 28,000 Infanterie-Gewehre erfordert, welche Frankreich mit der dazu erforderlichen Munition liefern muß.

Am Geschütz kann Preußen 1 Batterie reitende Artillerie und 1 Batterie Fuß-Artillerie, also 16 Stücke, stellen; die Geschütze der übrigen 4 Batterien, welche 32 Stücke ausmachen, müssen von Frankreich geliefert werden.

Eine Abschrift dieses Aufsatzes sandte Goltz am 16. August dem Prinzen Wilhelm: »pour compléter les instructions que le Roi vient de Vous faire transmettre« (Nr. 170, S. 470 Anm.).

174. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
18. Auguſt 1808.

Der Prinz hat am 14. in einer Note an Champagny die preußiſchen Vorſchläge noch einmal formulirt, dabei aber in Betreff der Allianz nur ganz allgemein geſagt, daß es der Wunſch des Königs ſei: »d'établir avec la France les rapports de la plus intime union et d'y rester invariablement attaché«.

Empfang des diplomatiſchen Corps in St. Cloud am Namenstage des Kaiſers (S. 232).

. . . Ce souverain m'a fait un très gracieux accueil, mais n'a parlé d'affaires qu'au seul ambassadeur d'Autriche, envers lequel il s'est plaint d'abord en termes assez forts, mais ensuite d'un ton un peu plus radouci, des armements de sa cour. Les personnes qui ont été le plus à portée d'entendre cette conversation assez longue et animée, assurent qu'il y a été deux fois question de la Prusse, et que l'Empereur, après avoir fait entendre au comte de Metternich que les mesures militaires de la cour de Vienne étaient l'unique cause du retard de l'évacuation des États prussiens, avait fini néanmoins par lui dire que cette évacuation serait effectuée maintenant. Quoi qu'il en soit, il me paraît certain que l'Autriche ne pourra conserver la paix qu'en abandonnant son attitude guerrière qui a déterminé déjà l'Empereur à demander aux membres de la confédération rhénane la préparation instantanée de leurs contingents. Je me suis procuré une copie authentique de la dépêche qui de Toulouse a été adressée à ce sujet par S. M. I. au prince-primat, et je m'empresse de la mettre ci-incluse sous les yeux de V. M. . . .

Unterredung mit Champagny am 17. Auguſt. Die Frage des Miniſters, ob der König wirklich das Bündniß mit Frankreich wünſche, wird von dem Prinzen bejaht; aber der König wünſche dafür Erleichterungen von Frankreich zu erhalten, namentlich Herabſetzung der Kriegsſteuer auf die Hälfte, worauf Champagny antwortet: »que l'Empereur répugnait à faire un marché de son alliance«. Der Miniſter fragt dann, ob der Prinz Vollmacht habe, den Eintritt in den Rheinbund anzunehmen?

Je répondis à la vérité que cette accession ne serait point contraire à Vos intentions, Sire, si Vous auriez la certitude, qu'elle nous rende toute la confiance de l'Empereur, et que pour Vous donner un prémier gage, Sa Maj. Imp. Se désistât de l'occupation ultérieure des trois forteresses destinées à Lui servir de nantissement pour l'acquittement de nos contributions mais me bornant à ce seul propos, j'affectai à mon tour de ne parler que d'une alliance indépendante de la confédération du Rhin.

Der Prinz bemerkt: er müſſe über dieſen Punkt die Inſtructionen des Königs abwarten, um die er gebeten habe; Champagny, damit einverſtanden, ſagt: ohnehin werde Napoleon über die Allianz erſt verhandeln, nachdem man ſich über die Contribution geeinigt habe.

175. *Bemerkung Stein's zu dem Bericht Nr. 169.

Ohne Datum,
wahrscheinlich 24. August 1808.

Un arrangement conforme a la convention de Berlin vaut mieux qu'une alliance, et je crois qu'il serait bon d'écrire par la poste en chiffres au prince, d'abandonner l'idée de l'alliance, mais de tacher d'obtenir:

1° ou une diminution de la contribution,

2° ou des termes de paiements plus éloignés,

3° et la confirmation de l'article 25 du traité de Tilsit.

Il faudra également avertir la cour de Pétersbourg de la marche que la négociation a prise.

176. Der König an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
25. August 1808.

J'ai reçu hier avec le plus vif intérêt les rapports que vous, mon cher frère, et le baron de Brockhausen m'avez adressés par courrier le 7 et le 11. Quoique je doive, vu la brièveté du temps, remettre au prochain courrier d'y répondre en détail, je ne veux pas perdre un instant, pour vous les accuser et vous dire combien il me tarde d'en avoir la suite, mais surtout pour vous avertir que la proposition d'alliance telle qu'elle est contenue dans mes ordres du 12 (Nr. 170) ayant eu pour but principal, comme vous vous en serez aperçu, de rappeler nos affaires et d'amener une explication définitive, et l'état des choses ayant tout-à-fait changé depuis, je désire que vous laissiez pour le présent tomber cette proposition (S. 247) et vous borniez à un arrangement conforme à la convention de Berlin, en tâchant d'obtenir ou une diminution des contributions ou tout au moins des termes de payements plus éloignés, et pour tous les cas une confirmation de l'article 25 du traité de Tilsit par rapport aux créances prussiennes dans les provinces cédées . . .

Besteht Napoleon auf den Sicherheitsplätzen, so wäre es »infiniment désirable de pouvoir substituer deux forteresses en Silésie à celles de Stettin et Cüstrin«.

177. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
2. September 1808.

Am 19. August hat Champagny den Entwurf der Convention vorgelegt, wie Napoleon sie verlangt. Art. 1 und 2 handeln von der Kriegssteuer; Art. 3 von den mit Beschlag belegten Revenuen; Art. 4 von den Warschauer Capitalien; Art. 5 von den Schuldforderungen der abgetretenen Provinzen; Art. 6 bis 12 von der Räumung des Landes, den in den Festungen zurückbleibenden Garnisonen, der Verpflegung derselben; Art. 13 von den

Militärstraßen; Artikel 14 bis 16 von der Reduction der preußischen Armee (42,000 Mann auf 10 Jahre), Verbot der Aushebung einer Miliz während dieser Zeit; Art. 17 von der Anerkennung Joseph's als König von Spanien; Art. 18 von dem Bündniß gegen Österreich; Art. 19 bestimmt, daß Preußen auf einer Strecke von 2000 Toisen (4000 Meter) im Umkreis der Citadelle von Magdeburg keine Befestigungen anlegen dürfe. Zwei Additionalartikel handeln von den preußischen Kriegsgefangenen, die sofort nach Unterzeichnung des Vertrages entlassen werden sollen, und von der innerhalb dreißig Tagen zu bewerkstelligenden Auswechselung der Ratificationen.

. . . Les premiers articles surtout exigeaient les plus fortes représentations de notre part. Le comte de Champagny eut l'air de céder à celles que nous lui fîmes pour obtenir que la déduction des contributions déjà acquittées et du montant des fournitures reconnues imputables fût expressément stipulée à l'article 2; mais il demeura sourd à tout ce que nous objectâmes contre l'excessive dureté des articles 3 et 4, qui, en Vous privant, Sire, des revenus de Vos États perçus par l'administration française, Vous enlèvent encore Vos créances dans le duché de Varsovie. Il faudrait ne pas connaître la convention passée avec la Saxe à Bayonne (S. 160), pour ne pas diviner la tendance secrète de cette dernière stipulation. En vain nous insistâmes sur l'exécution pure et simple de l'article 25 du traité de Tilsit et sur l'étrange contradiction dans laquelle on tombe ici, en se réclamant de ce traité, pour stipuler la cession de créances que tout au contraire il réserve solennellement à V. M. En vain nous demandâmes l'insertion d'une clause qui exceptât en termes exprès de cette cession, comme n'étant pas des créances royales, celles de la Banque, de la Société maritime, de la Caisse des veuves etc. Le comte de Champagny se borna à nous répéter à plusieurs reprises que du moment où ces instituts n'étaient, ainsi que nous le lui assurions, que des fondations particulières royalement privilégiées, leurs créances ne se trouvaient pas comprises dans la cession stipulée, et il nous fit entendre que si la Saxe avait saisi telle ou autre créance pareille, nous pourrions faire valoir contre la cour de Dresde cette stipulation même. Mais jamais il n'y eut moyen de disposer le ministre à changer seulement une syllabe, ni à la rédaction de l'article 4, ni à celle de l'article 3, bien que nous n'ayons pas manqué de représenter itérativement quant au dernier l'extrême injustice qu'il y a de ne pas tout au moins déduire de nos contributions les revenus perçus pendant les 5 mois écoulés depuis que le projet de convention concerté à Berlin a été soumis à la sanction de l'Empereur.

Nous nous arrêtâmes moins aux réflexions que nous suggéra la teneur de la plupart des autres articles du nouveau projet, pour combattre encore de préférence les stipulations des articles 14, 16 et 18. Le premier fixant pour 10 années l'état militaire de la Prusse à 42,000 hommes, je m'efforçai d'obtenir que l'on se bornât à cette fixation générale, sans spécifier la force des corps ni surtout la proposition dans laquelle nous aurions à mettre la cavalerie

avec l'infanterie. Le baron de Brockhausen proposa quant à l'article 16 un amendement portant qu'il fût loisible à V. M. d'entretenir indépendamment des 42,000 hommes susmentionnés un corps de 20,000 hommes de milices, maréchaussée et gendarmerie, pour la garde des côtes et le maintien de la police dans l'intérieur du pays.

Enfin nous n'épargnâmes l'un et l'autre aucun argument pour démontrer l'impossibilité dans laquelle V. M. se verrait de fournir avant une année révolue tout au plus tôt le corps auxiliaire stipulé à l'article 18, et pour effectuer que cet article fût modifié en conséquence. Nous crûmes pouvoir, d'après les réponses du ministre des relations extérieures, nous flatter d'obtenir gain de cause sur ces trois points, et il accéda sans difficulté à notre proposition d'en faire des articles secrets. Le baron de Brockhausen articula encore la demande d'une indemnité dans la Poméranie suédoise, pour le territoire de 2000 toises de rayon fixé à l'article 19 comme devant servir d'arrondissement à la citadelle de Magdebourg; mais jugeant l'objet d'assez peu d'importance, je m'abstins d'appuyer beaucoup cette demande, qui au reste ne trouva aucun accueil, et j'y substituai celle de la promesse éventuelle d'une indemnité pour les pertes territoriales que la Prusse avait faites depuis la paix de Tilsit; ce fut également sans succès. Quant aux autres modifications proposées de notre part, nous promîmes au comte de Champagny de nous en expliquer encore envers lui d'une manière plus précise, et de son côté il s'engagea à attendre nos ouvertures pour en faire son rapport à l'Empereur.

Le lendemain, 20 août, je pris le projet qui m'avait été communiqué par ce ministre en nouvelle délibération dans une conférence à laquelle j'appelai, outre le baron de Brockhausen, le baron de Humboldt et le conseiller privé d'ambassade Le Coq. (S. 241).

Dieſe Modificationen bezogen ſich auf folgende Punkte: Anrechnung der zurückbehaltenen Revenuen auf die Kriegsſteuer, Beſchränkung der im Herzogthum Warſchau vorgenommenen Confiscationen, vorbehaltlich der Rechte des Artikel 25 des Vertrages von Tilſit, Wahrung des Rechtes, eine Miliz zu organiſiren; Vertagung des Termins für den Beginn des Bündniſſes gegen Öſterreich auf ein Jahr, alſo bis zum Herbſt 1809, und Feſtſetzung der Truppenſtärke des von Preußen zu ſtellenden Hülfscorps auf 12,000 Mann ſtatt der von Champagny geforderten 18,000 Mann. — Bei einer Beſprechung, die Brockhauſen am 21. Auguſt mit Champagny hat, werden die modificirten Vorſchläge, ſoweit ſie die Artikel 14, 16 und 18 betreffen, ohne Weiteres abgelehnt.

L'Empereur avait même ordonné au comte de Champagny de substituer le terme de six semaines à celui de 30 jours, fixé à l'article 6 pour l'évacuation des États prussiens. Cependant les modifications essentielles apportées aux articles 1er et 2. avaient été agrées presque en entier, et j'en conçus pour le reste un d'autant meilleur augure, que Sa Majesté Impériale, que je vis deux fois ce jour, le matin au cercle et le soir à une fête que lui donna le corps municipal de la ville de Paris, m'accueillit d'une manière assez gracieuse pour

être généralement remarquée. »Eh bien, vous êtes-vous arrangé avec Champagny?« — me dit l'Empereur en passant devant moi à la cour. Je répondis que la chose n'était pas faite, mais que je me flattais que nous arriverions au but. Il me fit inviter pour le lendemain à sa partie de chasse, et comme l'ambassadeur de Russie, qui devait en être également, m'avait non-seulement assuré qu'on pouvait là lui parler d'affaires, mais aussi promis de se joindre à moi pour le solliciter d'un commun accord de faciliter l'arrangement des nôtres, je suspendis encore la demande d'une audience particulière.

Un message qui, le 22 à huit heures du matin, m'annonça que la partie de chasse était dédite, ne fut que le prélude de plus graves contrariétés. Était-ce que la nouvelle de la révolution opérée par Mustapha Bairactar à Constantinople (S. 241) ou que des ouvertures faites la veille par le comte de Metternich eussent fait naître d'autres idées à l'Empereur et altéré ses dispositions à notre égard, je l'ignore; mais je ne tardai pas à voir arriver le baron de Brockhausen, qui, sortant d'un second entretien avec le comte de Champagny, vint me prévenir que la majeure partie des changements proposés de notre part dans le projet de convention avait été rejetée et que l'Empereur refusant nommément d'admettre aucun décompte des sommes que nous avions acquittées jusqu'ici tant en argent comptant qu'en fournitures, insistait à neuf sur le payement de 154,500,000 francs. Je résolus sans balancer de ne point souscrire à une aussi désastreuse condition, et pour ne laisser aucun doute à ce sujet et appuyer encore moi-même ce que Brockhausen avait déjà représenté contre cette exorbitante demande, j'adressai sur-le-champ au comte de Champagny la lettre ci-jointe [1]) et écrivis en même temps au grand-maître des cérémonies pour le prier de me faire obtenir une audience de Sa Maj. Imp. Comme celle-ci ne m'a pas été accordée jusqu'à ce moment, je présume que voulant se soustraire à mes instances, l'Empereur compte attendre, pour me la donner, que notre traité soit signé. Mon espoir d'arriver à ce but sans souscrire à des conditions excessives, commença à se ranimer par la réponse ci-annexée, que je reçus dans la matinée du 23 de la part du ministre des relations extérieures [2]). Je passai chez lui peu d'heures après avec le baron de Brockhausen, et il nous communiqua une nouvelle rédaction des articles 1er et 2., qui laissait subsister, comme étant dûe à la France, la somme de 154,500,000 francs, mais stipulait que le montant des contributions extraordinaires reconnu payé par l'intendant général Daru devait en être déduit. C'était un point de gagné, mais ce n'était pas tout, puisque l'objet essentiel des fournitures se trouvait entièrement omis et ne l'avait probablement pas été sans

1) Das Schreiben iſt vom 22. Auguſt 1808.

2) In dieſem Schreiben vom 23. Auguſt meldete Champagny, er habe ſo eben den Kaiſer geſprochen und von ihm die Ermächtigung zu einigen Modificationen erhalten.

dessein. Bien que nous insistâmes sur la nécessité absolue de fixer également la déduction du montant de ces fournitures, du moins de celles qui avaient déjà été reconnues imputables, le comte de Champagny se refusa à changer rien à la teneur de cette stipulation, qu'il disait sanctionnée déjà par l'Empereur et ne pouvoir dans aucun cas lui être reproduite. Il s'efforça cependant de nous tranquilliser par l'assurance positive que si M. Daru avait une fois admis la déduction désirée, il ne s'en rétracterait pas, et qu'en général nous pouvions compter sur les plus grandes facilités de sa part. Sur notre demande réitérée qu'il fût ajouté un article qui stipulât la mise en liberté de nos prisonniers de guerre immédiatement après la signature du traité, le ministre nous observa que leur restitution était déjà arrêtée par celui de Tilsit; que cet engagement subsistant encore dans toute sa force, l'Empereur ne croirait pas sur le même objet devoir en contracter un nouveau; que cette restitution n'était restée suspendue qu'à cause du délai qu'avait éprouvé notre arrangement définitif, mais que celui-ci conclu, il allait sans dire qu'elle en serait la suite immédiate, et qu'il était autorisé à nous en donner la certitude. Le comte de Champagny termina cette conférence en me faisant la proposition que j'acceptai, de me transmettre un nouveau projet de convention, rédigé d'après les modifications consenties par S. M. I. En effet il m'envoya dès le soir même le projet, que tous les propos du ministre devaient me faire envisager comme un ultimatum. Le baron de Brockhausen en pensait de même, et dans une conférence que j'eus le 24 avec lui, le baron de Humboldt et le conseiller privé Le Coq, nous convînmes que le ministre de V. M. ferait encore dans la matinée un essai pour obtenir une rédaction moins vague des 4 premiers articles[1]; qu'il proposerait en même temps de mettre au nombre des articles patents celui de la garantie du territoire prussien par la France, la publicité de cette garantie ne pouvant qu'influer sensiblement sur le rétablissement du crédit de la Prusse dans l'étranger, et que supposé que cette dernière tentative demeurât derechef infructueuse, il finirait par céder et arrêterait avec le ministre des relations extérieures l'heure où je pourrais me rendre chez lui pour procéder à la signature, attendu que les ordres réitérés,

1) Das franzöſiſche Project beſagte, daß von der Kriegsſteuer von 154,500,000 Franken diejenigen Summen abgezogen werden ſollten, welche nach dem Anerkenntniß Daru's ſeit dem 12. Juli »à titre de contribution extraordinaire« gezahlt ſeien; Brockhauſen beantragte, daß die für Lieferungen aufgewendeten Geldbeträge, die Daru mit 35 Millionen berechnet hätte, ebenfalls in Abzug gebracht würden. Er verlangte ferner die Rückerſtattung der Revenuen und zu Art. 4, der in der franzöſiſchen Faſſung lautete: »tout ce que les provinces démembrées de la monarchie prussienne auraient à réclamer du gouvernement prussien sera l'objet d'un arrangement particulier« — den Zuſatz: »avec les souverains actuels de ces provinces et dont une exacte réciprocité sera la base«.

positifs et pressants de V. M. de terminer même à tout prix, ne permettaient point un délai qui pouvait aisément ramener des chances funestes à la monarchie prussienne. Le comte de Champagny n'ayant consenti, hors à la seule insertion de l'article de la garantie dans le traité principal, à aucun autre changement, Brockhausen revint bientôt pour m'annoncer qu'il ne restait plus qu'à signer et que j'étais attendu pour cet effet à 4 heures chez le ministre, où je l'invitai à m'accompagner.

Que V. M. Se représente mon étonnement lorsqu'arrivé chez celui-ci à l'heure marquée, et me croyant enfin au moment de conclure, bien qu'à des conditions dont je ne sentais que trop la dureté, je l'entendis nous dire que l'Empereur, après avoir repris en considération l'article 1er, croyait ne pas pouvoir l'approuver, que S. M. I. avait à réclamer de droit les arriérés des revenus des États prussiens pendant tout le temps de l'occupation française; que suivant les calculs du sieur Daru, qui se trouvaient sous Ses yeux, le total de ce qui revenait à la France, y compris ces arriérés, s'élevait à 180,000,000 de francs; que l'Empereur pensait nous donner une preuve de sa générosité en nous faisant grâce de 30,000,000, mais qu'il exigeait d'autant plus irrévocablement le payement d'une somme de 150,000,000 de francs . . .

Der Prinz weigert ſich dieſe Summe anzunehmen; Champagny zeigt am 25. dem Baron von Brockhauſen an, der Kaiſer ermäßige die Forderung auf 140 Millionen. Am 26. Conferenz in Gegenwart des Prinzen; Brockhauſen ſchlägt erſt 100 dann 112 Millionen vor. Am 27. bittet Prinz Wilhelm den Kaiſer brieflich um eine Audienz und erhält eine Einladung zur Jagd auf den 28. Der Prinz ſieht darin ein günſtiges Zeichen, — da trifft am 28. gegen Mitternacht der Geheime Kriegsrath Dubois mit den Depeſchen vom 12. Auguſt in Paris ein (Nr. 170 bis 172).

. . . Leur déchiffrement fut à peine achevé, que je fus obligé de partir pour le rendez-vous de la chasse, en sorte que je n'avais pu prendre connaissance qu'à la hâte de leur important contenu. J'avoue, Sire, qu'il me jeta, après toutes les démarches auxquelles en conséquence de Vos ordres antérieurs je m'étais porté depuis dix jours, dans un tel état de consternation et d'anxiété, que ne sachant pour le moment quel point de vue saisir pour parler de nos affaires à ce monarque, je préférai d'en garder ce jour-là le silence (S. 243). Maintenant que j'ai eu le temps de réfléchir plus mûrement à ce que V. M. vient de me prescrire et de m'en consulter tant avec le baron de Brockhausen qu'avec les fidèles serviteurs dont Elle a daigné m'entourer, je crois pouvoir me tenir assuré que j'agirais, Sire, d'une manière contraire à Ses hautes intentions et aux intérêts les plus chers de Votre monarchie, si, ne m'en tenant à ce qui est déjà fait, je recommençais à négocier sur d'autres bases, au risque, sinon de nous aliéner Napoléon pour jamais, du moins de prolonger pour un temps illimité ce funeste état d'indécision, que V. M. nomme à si juste titre le pire de tous (S. 473), et auquel Elle me réitère l'injonction expresse de travailler à

mettre fin. Le comte de Tolstoi, à qui j'ai jugé devoir faire confidence en termes généraux des doutes que les dépêches du 12 m'avaient fait naître, a été absolument du même avis, et ses conseils pressants ont achevé de me fixer à la résolution que ma propre conviction me dictait, de ne point m'écarter de la marche qui nous a déjà conduits si près du but.

En effet, Sire, la partie politique de la convention projetée me paraît remplir toutes Vos vues et nous valoir des avantages dont il y a deux mois que nous n'eussions guère pu nous flatter. Point de cession territoriale, point d'expropriation des domaines, point d'accession à la ligue du Rhin. V. M. obtient au contraire une garantie précieuse de l'intégrité de Son territoire et une alliance qui, en Lui assurant pour le présent le degré d'indépendance possible, Lui ouvre plus d'une perspective pour l'avenir et ne Lui impose d'autre obligation que la prestation d'un secours de 16,000 hommes, borné pour la première année à 12,000 hommes, contre la seule maison d'Autriche. En offrant à l'Empereur un corps auxiliaire plus nombreux pour l'engager à se relâcher sur d'autres points, je craindrais beaucoup de réveiller en lui le soupçon qu'il existe chez nous des ressources dont il ne se doute pas, et de produire par conséquent l'effet opposé de la fixation de l'état militaire de la Prusse et d'une stipulation illusoire, puisqu'une organisation au moyen de laquelle V. M. ferait annuellement sortir de l'armée par congé ou par semestre 12 à 15,000 individus qui seraient remplacés par autant de nouveaux sujets, Vous mettrait à même, Sire, d'exercer successivement toute la population de Vos États au métier des armes, et de faire marcher par la suite, en cas de besoin, une armée bien plus considérable et toute nationale. J'observe au reste à cette occasion que le 3e article secret, qui n'exclut qu'une levée extraordinaire, ne serait point applicable, du propre aveu du comte de Champagny, à une milice déjà existante lors de la conclusion du traité, ce qui ne laisse pas de donner quelque latitude à V. M., au cas qu'Elle jugeât à propos de procéder de suite à la création d'un corps pareil . . .

Seit dem 29. Auguſt ruhen die Verhandlungen mit Champagny.

178. Prinz Wilhelm an den König.

Paris, 9. September 1808.

Eingegangen in Königsberg, am 21. September morgens; (vgl. S. 260).

Un incident aussi inattendu que disgracieux est venu mettre le comble aux difficultés dont ma pénible négociation n'était déjà que trop hérissée, et en a amené une conclusion bien différente de celle que je croyais encore pouvoir me promettre lors de l'expédition de ma dépêche du 2 de ce mois.

Am 3. September ladet Champagny den Prinzen und Brockhauſen zu einer Conferenz ein:

Il commença par nous annoncer la ferme résolution de l'Empereur de ne se désister ni de la somme de 140 millions de francs, imposée à la Prusse, ni du mode de payement stipulé à l'article 1er du second projet de traité annexé à mon dernier rapport. Nous renouvelâmes aussitôt, en les appuyant des arguments les plus convaincants, nos protestations solennelles et énergiques sur l'impossibilité où nous nous trouvions de souscrire à de pareils engagements, vu la certitude que nous avions de l'insuffisance de Votre Majesté pour les remplir. Après nous avoir écouté pendant quelque temps, le comte de Champagny tira d'un tas de papiers qu'il nous dit avoir été saisis sur la personne d'un assesseur Koppe, arrêté comme espion dans le nord de l'Allemagne, deux lettres attribuées au ministre d'État de V. M. le baron de Stein, et qu'il nous fit lire en original et en traduction. L'une de ces lettres, adressée à un banquier d'Altona, ne contenait que le refus d'un emprunt que celui-ci s'était offert à négocier pour la Prusse, et ce refus était accompagné de l'observation que le service de V. M. se trouvait assuré jusqu'au mois de février de l'année prochaine, deux circonstances dont le comte de Champagny se jugeait autorisé à conclure que les ressources de la Prusse n'étaient point aussi épuisées que nous le disions. La seconde de ces deux lettres, adressée au prince de Sayn-Wittgenstein à Dobberan et livrée à la connaissance du public dans la feuille ci-incluse du Moniteur d'hier, manifeste des desseins si hostiles contre la France et par conséquent si contraires aux véritables intentions de V. M., qu'il suffit de la seule supposition que le baron de Stein en soit l'auteur, pour le compromettre très désagréablement. Quoi que j'aie pu faire dans la vue de combattre cette supposition comme absolument gratuite, il paraît que l'on se croit sûr ici du fait et s'attendre à ce que V. M. Se résigne à ajouter à tant d'autres sacrifices sensibles celui des services d'un ministre dans l'intégrité et les grands talents duquel Elle plaçait à juste titre une confiance partagée par la nation entière. Du moins le comte de Champagny s'en est-il assez clairement expliqué dans ce sens, et c'est sans doute le but essentiel d'une stipulation qu'il nous déclara avoir l'ordre de mettre au nombre des articles secrets et qui impose à V. M. l'obligation de ne conserver à Son service aucun sujet appartenant aux provinces qu'Elle a cédées. A cette déclaration le comte de Champagny en joignit une seconde non moins embarrassante pour nous. Il nous dit que si l'Empereur avait eu plus tôt connaissance de la lettre susdite, il ne se serait relâché dans aucun cas de 180 millions qu'il se croyait en droit d'exiger de nous; que Sa Majesté Impériale voulait cependant ne point Se rétracter de ce qui était une fois concédé, mais qu'Elle était aussi plus résolue que jamais de n'y rien ajouter absolument, et que comme il Lui importait de savoir sans autre délai à quoi S'en tenir relativement à la Prusse, Elle demandait que par un simple oui ou non nous nous expliquassions dans l'espace d'un ou de deux jours tout au plus sur notre détermination de signer ou de ne

signer pas tel qu'il était le traité projeté. Il ne nous servit à rien d'insister sur les puissantes raisons qui nous faisaient désirer d'expédier un courrier à V. M., pour prendre Ses ordres à cet égard. Le ministre nous répliqua qu'il en résulterait un retard de 26 jours; que les arrangements auxquels l'Empereur était dans le cas d'aviser sur-le-champ lui défendaient d'admettre un tel retard; qu'il lui fallait donc dès à présent une réponse catégorique qui, affirmative ou négative, mît un terme à une négociation que S. M. I. ne pouvait nullement consentir à prolonger plus longtemps.

J'abandonne, Sire, au baron de Brockhausen le soin de rendre compte à V. M. de quelques entretiens subséquents qu'il a eus encore en particulier avec le ministre des relations extérieures. Sans nous conduire pour l'essentiel à un résultat différent, ils nous ont valu l'avantage de nous faire gagner trois jours de répit, que j'ai consacrés tout entiers à peser mûrement le pour et le contre des deux seuls partis entre lesquels il me restait le choix. D'un côté le besoin de calmer l'Empereur, dont l'extrême exaspération venait de m'être prouvée de nouveau par la publication de la lettre attribuée au baron de Stein, et de l'autre la connaissance parfaite que j'avais du vif et constant désir de V. M. de n'épargner aucun sacrifice pour mettre fin aux malheurs de la patrie en rentrant avec ce monarque dans des rapports d'amitié et d'alliance qui assurassent une garantie à la Prusse, m'ont enfin décidé hier à signer de concert avec le baron de Brockhausen, et tout en ne dissimulant pas l'un et l'autre nos très grands doutes sur la possibilité d'en remplir les conditions pécuniaires, le traité dont j'ai l'honneur d'adresser ci-joint l'instrument original à V. M.

J'espère maintenant obtenir de l'Empereur l'audience que j'avais en vain sollicitée jusqu'à présent, et j'en profiterai non-seulement pour me congédier auprès de S. M. I., mais aussi pour tâcher encore par mes pressantes représentations de La disposer à prolonger les termes du payement des 140 millions et à instruire Son intendant général à Berlin de nous en faciliter en toute manière le mode. La prompte mise en liberté de nos prisonniers de guerre et l'évacuation accélérée de la capitale seront également l'objet de mes plus vives instances. Puissé-je être assez heureux pour avoir à en mander un succès complet à V. M. ou plutôt pour venir le Lui annoncer moi-même, car le but de ma mission étant rempli, je crois rencontrer Ses hautes intentions en me hâtant autant que possible de retourner auprès d'Elle.

Der Prinz hat von Champagny die Zusage erhalten, daß die nöthigen Schritte zur Entlassung der preußischen Kriegsgefangenen sofort eingeleitet werden sollen. (Vgl. Nr. 164).

Votre Majesté me rendra la justice de croire que sans les circonstances les plus impérieuses jamais je n'eusse signé le traité que je Lui envoie. Ce ne sont pas les arguments par lesquels le baron de Brockhausen a cru me prouver que l'acquittement de 70 millions en argent comptant ou en bonnes lettres de change dans l'espace de 20 jours après la ratification serait possible, quoique

difficile, qui m'y ont déterminé. L'opinion contraire du baron de Humboldt et du sieur Le Coq avait une trop haute évidence pour elle et était appuyée d'ailleurs de l'avis de deux banquiers allemands consultés en secret, pour que je balançasse à l'admettre du moins comme plus vraisemblablement fondée. Mais la question que j'avais à résoudre devait être envisagée sous un autre point de vue. Quelque parti que je prisse, il offrait à mes réflexions de grands dangers. J'avais la mesure de ceux auxquels nous serions exposés en signant le traité. Le courroux de l'Empereur ne m'en laissait aucun [doute [1])] pour calculer nos périls en ne signant pas. Ceux-ci étaient imminents. Les autres étaient éloignés de plusieurs semaines, et la sagesse de V. M. pouvait trouver les moyens de les prévenir. Examinée d'après ces considérations, la résolution à laquelle je me suis arrêté a réuni les suffrages de toutes les personnes aux conseils desquelles V. M. a voulu que je recourusse, et je me flatte de l'espoir qu'Elle-même l'honorera de Sa haute approbation. Il y a six mois que l'incident de la saisie des lettres du baron de Stein, de l'authenticité desquelles je n'ai malheureusement que trop eu lieu de me convaincre, eût entraîné de suite la perte de la monarchie. Les conjonctures actuelles diminuaient peut-être ce danger, mais elles ne l'écartaient nullement. Avec le nombre immense de troupes dont Napoléon dispose, il lui en restait toujours assez pour exécuter contre la Prusse les mesures les plus violentes, et la teneur des lettres interceptées lui fournissait d'amples moyens d'en colorer l'injustice aux yeux de la nation française, de son armée et des puissances amies et alliées de la France, sans en excepter la Russie. En donnant un caractère officiel à ces lettres, il s'en serait appuyé pour représenter la paix de Tilsit comme rompue. Rentré en état de guerre ouverte avec nous, il pouvait raser nos forteresses, abattre nos forêts, distribuer nos domaines entre les comtes de l'Empire, enlever comme ôtages les personnes les plus riches et les plus distinguées, accélérer la banqueroute des États de la Marche, consommer en un mot la ruine de nos provinces, ou bien, en les en menaçant, procurer des partisans au système des puissances territoriales, système qui du moins est ajourné dans ce moment. Tel était, Sire, le péril que j'avais à éloigner, et j'en appelle aux papiers publics que je transmets à V. M. avec cette dépêche, pour prouver que je ne l'exagère pas. Je ne me dissimule point, d'un autre côté, les dangers qui résulteraient pour la patrie de l'impossibilité de remplir les conditions onéreuses du traité que je viens de signer. Ignorant absolument à combien peuvent se monter les fonds disponibles dont V. M. se trouve nantie, je ne saurais toutefois envisager encore cette impossibilité comme démontrée. Mais en la supposant telle, du moins reste-t-il, je le répète, plus de temps à V. M. pour conjurer l'orage et pour faire, si Elle le juge utile, de nouvelles

1) Das Wort fehlt in dem entzifferten Text.

propositions à l'Empereur. Peut-être les cours de Russie et de Vienne, toutes également intéressées à l'évacuation des États prussiens, concourront-elles à fournir à V. M. les moyens de Se libérer. Elle est sûre d'ailleurs de trouver de très grands dans le patriotisme et le dévouement de Ses fidèles sujets. En attendant, le parti que j'ai pris nous vaudra toujours l'avantage d'empêcher — ne fût-ce que momentanément — l'envoi de soldats nouvellement conscrits dans les États de V. M. et de ne point faire suspendre la retraite des troupes qui y sont. Il me procurera en outre la facilité d'obéir à Vos ordres, Sire, en hâtant mon retour auprès de V. M., tandis que, dans le cas d'une rupture de ma négociation, mon départ n'eût très probablement plus dépendu de moi.

Votre Majesté n'aura pas de peine à concevoir l'indignation avec laquelle j'ai lu la violente diatribe insérée dans le Journal de l'Empire d'aujourd'hui, à l'occasion de la lettre du baron de Stein (vgl. Nr. 268). Le sieur de Champagny m'avait solennellement déclaré hier que dès la signature de notre traité toute cette affaire serait livrée à l'oubli. Je me suis prévalu de cette assurance pour aller lui porter moi-même ce matin des plaintes sérieuses sur cet article outrageant. Il ne l'avait encore pas vu, et l'ayant lu en ma présence, il m'en a témoigné sa surprise et son mécontentement, en ajoutant qu'il était sûr que l'Empereur le partagerait et que le rédacteur de la feuille serait vertement réprimandé. Plus il est vraisemblable que celui-ci n'a point agi sans autorisation, moins je tiens compte de tout ce que le ministre m'a dit à cet égard.

Zur weiteren Aufklärung der im Eingang dieses Berichtes erwähnten Affaire des Stein'schen Briefes liegt im Geheimen Staatsarchiv eine Reihe von Schriftstücken vor, die sich bisher der Beachtung entzogen hatten. Es sind dies die Acten über die gerichtliche Untersuchung gegen einen Berliner Bürger Namens Jiesche, der dem oben (S. 244) erwähnten französischen Spion de Vigneron bei der Aufspürung des Stein'schen Briefes an Wittgenstein hülfreiche Hand leistete. Von Hamburg eingewandert, war Jiesche durch gewerbliche Thätigkeit in Berlin, — er beschäftigte sich mit der Anfertigung von Lederwaaren — zu einem wohlhabenden Manne geworden, verlor jedoch kurz vor dem Ausbruch des Krieges von 1806 durch verfehlte Speculationen sein ganzes Vermögen und kam sittlich soweit herunter, daß er sich dem Dienste des Landesfeindes verschrieb. Vigneron, der in dem listigen und abenteuerlichen Manne ein geeignetes Werkzeug für seine Zwecke entdeckt zu haben glaubte, stand schon seit dem Juni 1808 mit ihm in Verbindung. Dem französischen Gouvernement war damals die Meldung zugegangen, daß in der Gegend von Töplitz in Böhmen ehemalige preußische Officiere ein Werbelager errichtet hätten, um im Einverständniß mit dem Kurfürsten von Hessen, der seinen Wohnsitz vor Kurzem nach Prag verlegt hatte, und mit dem Gelde desselben ein Hülfscorps zur Unterstützung der Österreicher zu sammeln. Jiesche wurde von Vigneron nach Töplitz geschickt und überzeugte sich, daß an der Sache nichts Wahres sei: die Anwesenheit mehrerer während des letzten Feldzuges verwundeter preußischer Officiere, die in dem böhmischen Bade Heilung suchten, hatte das falsche Gerücht verursacht. Ein zweiter Act des Landesverrathes, den Jiesche beging, war seine Mitwirkung bei der Gefangennahme des mit der Überbringung des Briefes an Wittgenstein betrauten

Aſſeſſor Koppe. Er erhielt den Auftrag, die Perſon des Koppe, der ihm von Vigneron als »homme de confiance du ministre Stein« bezeichnet wurde, nicht aus den Augen zu verlieren, ihm auf Schritt und Tritt zu folgen und den Zeitpunkt ſeiner Abreiſe aus Berlin auszukundſchaften. Durch Verkehr mit den Dienſtleuten des Koppe'ſchen Hauſes wußte ſich Zieſche die von ihm gewünſchten Nachrichten zu verſchaffen, und auf ſeine Angaben hin ging die Verhaftung Koppe's unter den S. 244 erzählten Umſtänden vor ſich. Als die Franzoſen im December 1808 Berlin verließen, hielt Zieſche es für gerathen, ſich ebenfalls aus dem Staube zu machen. Er begab ſich im Gefolge Vigneron's nach Stettin, ſetzte auch hier ſeine Spionage fort, ging u. a. nach Stargardt, um den Franzoſen über die Truppenverſtärkungen zu berichten, die einem übertriebenen Gerüchte zufolge im Bereiche des Blücherſchen Corps ſtattfinden ſollten, wurde dann aber, als er im Begriff war, wieder im Verein mit Vigneron, ſich zu der franzöſiſchen Hauptarmee, die gegen Öſterreich operiren ſollte, zu verfügen, auf Grund einer bei dem Berliner Stadtgericht gegen ihn eingelaufenen Denunciation auf dem Wege nach Magdeburg, in Zieſar, verhaftet (März 1809), zuerſt nach Spandau, dann nach Colberg gebracht. Der Criminalſenat des Kammergerichts erklärte Zieſche des Landesverraths für ſchuldig und verurtheilte ihn zu zwanzigjähriger Feſtungs-Arbeitsſtrafe. Außerdem wurde durch richterliches Erkenntniß noch die Einleitung eines beſonderen Strafverfahrens gegen Zieſche vorbehalten, für den Fall daß Koppe vor ſeiner Befreiung aus der franzöſiſchen Gefangenſchaft das Leben verlieren ſollte. — Koppe erhielt 1811 die Freiheit wieder; Zieſche blieb noch Jahre lang in Haft: durch eine Cabinetsordre vom 22. Januar 1817 wurde ihm der Reſt ſeiner Strafzeit erlaſſen.

179. Prinz Wilhelm an den König.

Paris,
15. September 1808.

Le lendemain du départ du chasseur Bock, expédié d'ici le 10 à 2 heures du matin, le baron de Brockhausen fut inopinément prévenu par un billet du ministre des relations extérieures de se rendre dans la matinée au palais des Tuileries où l'Empereur comptait l'admettre à son audience. Il y fut introduit en qualité de ministre plénipotentiaire de Votre Majesté, et cette audience qui dura au delà d'une heure, prolongea d'autant le cercle diplomatique qui eut lieu le même jour. J'abandonne à Brockhausen le soin de rendre compte à V. M. de tout ce que l'Empereur lui a dit, et me hâte de passer à l'entretien remarquable que j'ai eu moi-même avec ce monarque dans l'audience de congé qu'il m'a accordée hier matin à Saint-Cloud.

Après lui avoir annoncé mon dessein de partir, en le priant de me charger de tout ce qu'il jugerait à propos de me confier, et en particulier de ses commissions pour V. M., je l'invitai d'un ton de franchise à me dire si j'osais me flatter que le traité que je venais de signer eût détruit enfin dans son esprit toute impression défavorable à la Prusse, et si je pouvais quitter sa cour avec la certitude de le laisser satisfait de notre façon d'agir et de notre empressement à remplir ses vues. Ma question, comme je m'y attendais, donna lieu à l'Empereur de me parler de la lettre interceptée du baron de Stein. Il ne m'en dissimula pas son mécontentement, qu'il n'exprima néanmoins qu'avec mesure

et d'une manière assez vague, et laissa tomber en même temps de nouvelles plaintes sur les dispositions de la cour de Königsberg en général, mais en exceptant constamment de tout ce qu'il me dit à cet égard la personne de V. M., à laquelle il rendit la plus parfaite justice. »J'estime beaucoup le Roi«, me dit-il; »j'ai une entière confiance en lui; dites-le lui bien. Le bonheur futur de son royaume est entre ses mains et dépendra de ses dispositions personnelles. S'il veut être mon ami vrai et loyal, je serai toujours le sien, mais aussi rien ne doit l'en détourner. Qu'il imite en cela l'empereur Alexandre, qui, malgré les cabales de son cabinet et de sa cour, ne cesse de m'être fidèlement attaché. Faites«, ajouta l'Empereur, »que tous ces faux calculs et toutes les intrigues contre les Français finissent chez vous; sans cela je ne pourrai croire à votre sincérité. En retournant dans vos palais, ne faites pas réflexion aux dommages qui pourront y avoir été causés par mes troupes, et n'éclatez plus en reproches amers contre nous«. — Lorsque je lui dis que je ne m'étais enfin déterminé à signer tel qu'il est le traité du 8, que pour lui prouver que les intentions de V. M. étaient toujours les mêmes et qu'Elle n'avait aucune part aux relations dont parle la lettre supposée ou véritable du baron de Stein, mais que je devais lui avouer que je ne voyais pas comment, attendu le grand épuisement des ressources de la Prusse, on acquitterait l'énorme contribution imposée à mon malheureux pays, d'autant plus qu'elle devait être payée dans un si court espace de temps, il m'interrompit et me demanda, jugeant sans doute à propos de faire semblant de l'ignorer, combien de temps on nous avait donné? Lui ayant articulé les conditions du traité, »Eh bien«, répliqua-t-il, »si vous montrez de la bonne volonté, vous me payerez dans deux ou trois ans; je ne veux nullement vous gêner« (S. 263). — Je remerciai Sa Maj. Imp. dans les termes les plus expressifs de cette promesse bienveillante et Lui observai que j'avais compté sur Sa générosité à cet égard, et que cette intime confiance avait essentiellement contribué à lever les doutes qui m'avaient empêché de souscrire plus tôt à des stipulations aussi onéreuses pour ma patrie. L'Empereur me répéta alors, et à plusieurs reprises, qu'il mettrait beaucoup de facilité dans le payement des contributions, pourvu toujours que nous montrassions de la bonne volonté, et il m'assura que dans ce cas il évacuerait même les trois forteresses avant le temps déterminé, peut-être déjà après le payement du premier tiers de la contribution. Il me réitéra en même temps la promesse la plus positive que, dès l'échange des ratifications, non-seulement les troupes françaises quitteraient, Sire, Vos États, mais que nos prisonniers de guerre seraient sur-le-champ remis en liberté. S. M. I. ne cessa de m'exprimer Son intention ferme et sérieuse de Se réconcilier franchement et pour toujours avec la Prusse, mais aussi Son attente de voir les mêmes sentiments renaître et exister désormais invariablement dans le cœur des Prussiens, du patriotisme et de l'attachement desquels à la famille de leur souverain il fit les plus grands

éloges. — »La Prusse«, continua l'Empereur, »est maintenant à-peu-près dans la même situation où elle se trouva lorsque Frédéric II monta sur le trône. Si elle est gouvernée avec sagesse, et que, simplifiant son administration intérieure beaucoup trop compliquée, l'on suive dans toutes les branches de celle-ci les principes d'une économie bien calculée, elle pourra dans peu d'années se former un nouveau trésor et se procurer des moyens d'entretenir sans gêne une armée de 50 à 60 mille hommes; elle aura donc tout ce qu'il faut pour occuper le quatrième rang entre les puissances de l'Europe et il entre dans mes vues de l'y maintenir. Personnellement je n'ai jamais rien eu contre elle, au contraire, elle m'a reconnu la première comme Empereur et ne s'est point montrée opposée aux premiers succès dont se date l'époque de ma gloire«. — En m'observant qu'Elle évacuait la Prusse, quoique les troupes russes occupassent encore la Moldavie et la Valachie, S. M. I. ajouta qu'Elle le faisait, parce qu'Elle pouvait compter sur l'empereur Alexandre, qui La comblait de témoignages d'amitié. Les conseils donnés par ce souverain à V. M. ne Lui étaient point inconnus, et ce fut apparemment pour me le prouver, que S. M. I. me fit entendre que l'un de ces conseils avait été d'accéder à la ligue du Rhin, propos qui ne fut toutefois accompagné d'aucune remarque qui montrât le moindre mécontentement de ce que cette accession n'a pas eu lieu. S. M. I. voulut bien au reste me confirmer Elle-même à cette occasion ce que le bruit public m'avait appris d'une prochaine entrevue qu'Elle aurait avec l'empereur Alexandre, qui, disait-Elle, devait se trouver déjà en route et avoir à l'heure qu'il est déjà atteint Königsberg. Elle termina notre entretien en me disant qu'Elle serait peinée d'une plus longue prolongation du séjour de V. M. dans cette dernière capitale, et qu'Elle envisagerait au contraire le plus prompt retour possible de notre cour à Berlin comme une première preuve distinguée de cette confiance dont je Lui avais souvent donné l'assurance et sur laquelle Elle aimerait beaucoup de pouvoir dorénavant compter pour toujours. L'Empereur ajouta encore, sans attendre que je lui en parlasse, qu'il ne tarderait pas à envoyer un ministre à Berlin, et qu'il allait s'occuper du choix d'un individu propre à remplir cette mission.

On dit que le départ de l'Empereur pour l'Allemagne est fixé à mardi prochain (20. Sept.). S'il m'est possible de terminer jusques là les visites de bienséance qui me restent encore à faire, je me mettrai en route dimanche. Étant invité aujourd'hui à dîner chez S. M. I. à Saint-Cloud, où je dois assister le soir au spectacle de la cour, je diffère jusqu'à demain l'expédition du référendaire Semmler, arrivé ici de Berlin comme courrier, et que je compte charger de porter la présente dépêche directement à Königsberg.

Je crois, Sire, à la sincérité des dispositions qui vient de me manifester l'Empereur, et ma croyance se fonde sur la force des circonstances qui l'obligent à revenir à notre égard sur ses pas. Son propre intérêt commence à lui com-

mander des ménagements pour la Prusse, et il pourra en résulter des chances très avantageuses pour nous; mais du caractère dont est Napoléon, toute ratification de notre traité qui ne serait pas pure et simple, détruirait absolument, à mon avis, l'effet de ces mêmes dispositions, et en nous faisant perdre le fruit des conjonctures actuelles, nous exposerait à toutes les suites d'une animosité irréconciliable de sa part; d'autant plus que l'Empereur ne m'a pas caché qu'il avait été extrêmement mécontent que dans le temps V. M. n'eût ratifié qu'en partie le traité conclu à Vienne. C'est surtout pour donner à V. M. le temps de peser dans Sa sagesse cette considération importante, que je me suis déterminé à l'envoi extraordinaire d'aujourd'hui et que j'ai cru devoir autoriser en Son nom le baron de Brockhausen à ne faire usage d'aucune ratification conditionnelle, au cas qu'il lui en arrivât une telle après mon départ, avant d'avoir reçu sur ce point les ordres ultérieurs que ma dépêche de ce jour engagerait V. M. à lui adresser par courrier. (S. 264.) Les notes offensantes contenues dans le Journal de l'Empire, jointes à mon dernier rapport, étaient, comme je m'en suis douté, l'effet du premier ressentiment que la lettre du baron de Stein a causé à l'Empereur. Je sais cependant avec certitude qu'elles étaient rédigées et livrées à l'impression non-seulement avant la signature de notre traité, mais aussi avant que l'Empereur pût avoir appris ma résolution d'y procéder.

Malgré les coups d'épingle donnés encore à l'Autriche dans plusieurs journaux français, il ne paraît pas douteux que la paix avec cette puissance ne soit maintenue, et il est très probable même que l'empereur François II a été invité à assister à l'entrevue qui doit avoir lieu à Erfurt ou à Weimar. Si je rencontre l'empereur de Russie, je ne manquerai pas de l'informer de l'état de nos affaires, et je chercherai, autant qu'il sera possible, de l'engager à parler pour nous à Napoléon et de s'appuyer des promesses que ce dernier m'a faites hier.

Les troupes françaises en Espagne occupent encore toujours la position de l'Èbre et y attendent les nombreux renforts qui leur sont envoyés sur tous les points. Le roi Joseph a son quartier général à Medina de l'Èbre. Barcelone est assiégée par les insurgés.

L'Empereur vient de m'envoyer un très beau cadeau consistant en quatre grands vases et deux cabarets de porcelaine de la fabrique de Sèvres et deux tapis de celle des Gobelins. . . .

180. Der König an Prinz Wilhelm.

Königsberg,
16. September 1808.

Empfang des Berichtes vom 2. September (Nr. 177).

. . . Je ne vous exprimerai point la surprise et la peine infinie avec la-

quelle je me suis convaincu par leur contenu qu'au moment même où l'empereur Napoléon assure partout, et nommément en Russie, vouloir terminer avec la Prusse à des conditions raisonnables, il renchérit encore sur celles dont il a jamais été question et en exige qui sont d'une exécution évidemment impossible. Soyez certain, mon cher frère, que je suis loin de vous attribuer la moindre faute à cet égard. . . .

Die Bedingungen, die Napoleon verlangt, sind unerfüllbar. Man muß auf die Intervention Alexander's in Erfurt rechnen. Wenn beim Eintreffen der Depesche der Vertrag noch nicht unterzeichnet sei, so möge der Prinz nur für den Fall abschließen, daß die Kriegssteuer auf 100 bis 112 Millionen ermäßigt und für die der Bank und der Seehandlung gehörigen Capitalien (S. 240) die Restitution zugesagt werde. Ist Napoleon schon zur Entrevue nach Erfurt abgereist, so soll der Prinz ihm folgen.

En général je désire, que vous reveniez, aussitôt que vous croirez le pouvoir sans nuire aux affaires.

180a. * Gutachten Stein's.

Ohne Datum
(21. September 1808)
vgl. S. 262.

Bemerkung von der Hand des Grafen Goltz: „erhalten den 21. Abends".

Ich kann nie zu einer Cession von Provinzen rathen, die Schwierigkeit der Wiederherstellung der Monarchie wird immer größer und verliehrt man Schlesien, so verliehrt man die Hälfte des Staats, 2 Millionen Menschen und $5^1/_2$ Million Thaler Revenuen.

Es ist schwer von hieraus zu bestimmen, welches die Folgen der verweigerten Ratification seyn werden zur Zeit, wo sich dieses ereignet, — es scheint mir nicht glaublich, daß die Freundschaft Rußlands Napoleon nicht mehr werth sein sollte als 10 Millionen Thaler von denen jetzt die Rede ist, und ich schmeichle mir, daß wenn Kayser Alexander festhält, so werden wir diese herunter bringen. — Hiezu kömmt, daß der Besitz der Preußischen Provinzen dem Kayser Napoléon höchstens 6—7 Millionen jährlich verschafft, wenn er aber die Berliner Convention annimmt, daß er eine größere Summe Geldes zu seinen zukünftigen und gegenwärtigen Unternehmungen erhält.

Sollte die Verwendung des Kayser Alexander gar nichts (nützen), weder in Ansehung der Zeit noch in Ansehung der Summe, so bleibt kein Mittel mehr übrig, als zu unterschreiben und zu halten was man kann.

Was kann dieses aber Kayser Alexander für eine Sicherheit auf die Zukunft geben?

VII.

Aus dem politischen Schriftwechsel mit dem Gesandten am französischen Hofe, Baron von Brockhausen. Zur Ergänzung der Correspondenz des Prinzen Wilhelm.

Januar bis December 1808.

181. Brockhausen an den König.

Paris, 8. Januar 1808. — Präsentirt Königsberg, am 24. Januar 1808.

Ankunft des Prinzen Wilhelm.

... Son Altesse Royale le prince Guillaume est arrivé ici le 3 au soir et le lendemain Elle a fait Son annonce au ministre Champagny et au grand maître des cérémonies. Après qu'Elle avait fait une visite au premier, Elle reçut une visite du grand maître des cérémonies qui La félicitait au nom de l'Empereur sur Son heureuse arrivée et Lui portait l'avis que Sa Majesté Impériale La verrait aujourd'hui à huit heures et demi du matin dans Ses petits appartements.

J'ai remis au ministre des relations extérieures la dépêche au baron de Jacobi qui renferme l'ordre de son départ de Londres et d'Angleterre en le priant de la faire parvenir à sa destination avec le premier parlementaire qui irait en Angleterre (S. 83). Il s'en est chargé en me disant toutefois qu'il était obligé de prendre avant tout les ordres de l'Empereur ...

182. Brockhausen an den König.

Paris, 31. Januar 1808.

Ehescheidung Napoleon's.

... L'affaire du divorce n'est plus l'objet des bruits publics. On prétend qu'on n'a pas trouvé à Pétersbourg le terrain favorable, que surtout la Grande-Duchesse n'a pas voulu donner son consentement. Cependant il y a des personnes qui croient que le projet n'est que suspendu ... (Vgl. S. 79 und Nr. 186).

183. Brockhausen an den König.

Paris, 5. Februar 1808. — Präsentirt Königsberg, am 22. Februar 1808.

Unterhaltung mit Champagny: englische Thronrede.

... Le ministre passa tout de suite au discours du parlement anglais et

me dit: »Les affaires de la Prusse n'ont pas gagné par ce discours. L'Empereur y a reconnu une intimité et une amitié secrète entre la Prusse et l'Angleterre, qui lui inspirent la plus grande méfiance contre elle et autant que la présence du Prince a été utile, autant ces propos ont-ils nui aux progrès de ses négociations. Il craint être sans garantie pour l'avenir. Il craint que Vos ports ne deviennent l'entrepôt des marchandises anglaises« . . . (S. 117, 118).

184. Brockhausen an den König.

Paris, 12. Februar 1808. — Präsentirt Königsberg, am 28. Februar 1808.

Russische Flotte im Tajo. Fürst Stahremberg.

. . . A son grand chagrin le comte Tolstoi se trouve sans nouvelles de sa cour depuis 6 semaines. Le dernier courrier russe venant de Pétersbourg et allant à Lisbonne à l'amiral Siniawine ne lui a rien apporté. La position de cette flotte russe est des plus critiques, car sans le secours des Français qui sont maîtres de Lisbonne la flotte pourrit dans le Tage, et si elle veut sortir, elle tombe au pouvoir des Anglais. Dans tous les cas son entretien coûtera des sommes immenses à la Russie. C'est cette situation de la flotte russe qui a fait imaginer au gouvernement français, comme on m'assure, de proposer à la Russie la vente de ces vaisseaux. Le bruit est général que les contributions de la Prusse aideront la France à acheter cette flotte et que leur montant doit être assigné à la Russie. Le projet paraît si simple et si bien imaginé qu'on n'en doute plus. S'il se réalise en effet, cet incident serait fort heureux et nous éviterait mille embarras avec la France. J'ai cru de mon devoir de porter ce bruit à la connaissance de V. M. (Nr. 188). Le prince de Stahremberg est traité ici avec une froideur décidée; on le blâme hautement de n'avoir pas donné au ministère anglais à son départ de Londres la déclaration de guerre qu'il était chargé de lui remettre. Il veut se disculper en disant qu'il l'avait cru superflue parce qu'il était impossible que l'Autriche et l'Angleterre puissent se faire la guerre. On m'assure que le mot traître a dû être insinué dans une de ces notes de Moniteur qui regardaient le prince de Stahremberg, mais que réflexion faite on l'a rayé. Ce qu'il y a de certain c'est que l'Empereur a fait porter des plaintes contre lui à Vienne et que l'omission du prince de Stahremberg a diminué la faveur dont l'Autriche jouissait ici (S. 103).

185. Der König an Brockhausen.

Königsberg, 5. März 1808.

Clérembault ist zum französischen Generalconsul in Königsberg ernannt, Flamang zum Consul in Memel.

. . . Il me reste à vous dire que M. l'intendant général Daru a annoncé

au comte de Goltz la nomination d'un consul général de France pour le royaume de Prusse devant résider à Kœnigsberg et d'un vice-consul pour Memel. Je me suis fait un plaisir d'aller à cet égard aussi au-devant des intentions de Sa Maj. Imp., quoique l'établissement des consulats généraux ait été précédemment aboli d'un commun accord entre le gouvernement français et la Prusse. J'ai fait déclarer à M. Daru que je consentais très volontiers à l'admission des sieurs Clérembault et Flamang dans les qualités susdits et aussitôt qu'ils arriveront ici, l'exequatur leur sera expédié tout de suite dans la forme accoutumée sur le vu de leur décret de nomination . . .

186. Brockhausen an den König.

Paris, 21. Februar 1808. — Präsentirt Königsberg, am 11. März 1808.

Ehescheidung Napoleon's; Franzosen in Rom.

. . . On avait dit ces jours-ci que le divorce n'aurait plus lieu, que la Grande-Duchesse Catherine avait mis une opposition invincible au mariage et que l'empereur Alexandre avait offert à sa place la plus jeune de ses sœurs. Cependant un article des feuilles semi-officielles où il est dit qu'à la réception du sieur Caulincourt toute la ville de Pétersbourg avait cru voir dans sa personne plus qu'un ambassadeur, a fait renouveler les bruits. (Nr. 182, S. 135.) On s'entretient déjà de l'arrivée prochaine du vice-roi d'Italie qui doit amener sa mère en Italie. En effet ce Prince est attendu ici le 2 de mars. Ce qu'il y a de certain c'est que la Grande-Duchesse de Berg et son parti travaillent en secret au divorce et que l'Impératrice fait tous ses efforts pour résister et pour écarter ce projet. On prétend aussi que l'acte de séparation signé par l'Impératrice, l'Empereur partira tout de suite pour Bordeaux et que pendant son absence le sénat recevra les pièces et prononcera sur la nécessité du divorce et d'un mariage qui peut affermir la dynastie régnante . . . . V. M. daignera voir par l'article en clair que les troupes françaises sont entrées à Rome et ont pris possession de cette ville et du patrimoine de Saint-Pierre. Depuis longtemps on parlait de cet événement qui doit avoir été précipité par le refus du Pape de sacrer les frères de l'Empereur et par d'autres oppositions aux volontés de ce souverain. Soit que ces motifs l'aient déterminé, soit qu'il ne l'ait été qu'à la suite du vaste plan conçu depuis la paix de Tilsit, l'opposition du Pape fait de la sensation en Italie et ici. Avant l'entrée des troupes françaises il a fait afficher une proclamation assez forte où il dit que n'ayant point provoqué ces actes d'hostilité, il verrait avec le calme d'une conscience pure tout ce qui lui arriverait, mais que rien le ferait dévier de son devoir. On porte à 15,000 hommes le corps qui occupe Rome. On croit que le Pape restera à la vérité à Rome, mais qu'il ne conservera que la puissance spirituelle, que l'État ecclésiastique sera provisoirement gouverné au nom de l'empereur Napoléon. . .

187. Brockhausen an den König.

Paris, 25. Februar 1808. — Präsentirt Königsberg, am 11. März 1808.

Die orientalischen Angelegenheiten.

. . . Malgré tant de protestations publiques que les journaux français ne cessent de vanter avec la plus grande affectation l'intimité des deux cours, malgré même les vues de l'empereur Napoléon sur la Grande-Duchesse Catherine, il est bien décidé que l'on ne se fie pas à la Russie, surtout à l'esprit de la nation et au nombreux parti anglais en Russie. Le comte Tolstoi ne cesse de me l'insinuer et il ajoutait même ces jours-ci qu'il avait des preuves qu'on voulait semer la mésintelligence entre la Russie et l'Autriche, et quant à la Turquie, des faits publics appuient les assertions de l'ambassadeur. Le Grand-Vizir reçoit des renforts, la marche des troupes de l'Asie est pressée et suivant des bruits d'ici le Sultan se rendrait incessamment à l'armée. Avec cela rien n'égale l'activité des courriers entre Paris et Constantinople. Il est clair qu'au moyen des Turcs on tient la Russie en échec; on la force même à faire la guerre à la Suède et à rester dans le lien de l'alliance avec la France. En faisant évacuer les provinces turques on s'attache la Turquie par les liens de la reconnaissance et on s'en sert pour l'expédition des Indes. Voilà la clef de tant d'affaires compliquées et de tant de contradictions entre les faits et les protestations. . .

188. Brockhausen an den König.

Paris, 3. März 1808. — Dechiffrirt Königsberg, am 20. März 1808.

Russische Mittelmeerflotte; Alopeus und Napoleon.

Quelque jours après l'arrivée du comte de Czernitscheff (S. 156), qui a porté une lettre autographe de l'empereur Alexandre à l'empereur Napoléon, le comte Tolstoi a dépêché le sieur Benckendorff, son premier aide de camp, pour Venise en le chargeant d'ordres pour le chef de l'escadre stationnée dans ces parages et pour le général commandant les Russes qui avaient débarqué après leur départ de Corfou sur les côtes de l'Italie. Je sais positivement qu'il a enjoint au chef des troupes de terre de se mettre incontinent en marche pour la Russie. Quant à la flotte, on en est très inquiet, puisqu'elle ne saurait retourner en Russie, ni rester à Trieste. Le comte de Tolstoi m'a dit à cette occasion qu'il avait sollicité vivement l'ordre aux troupes de s'en retourner en Russie. Par là la cour de Russie reçoit 20 à 25,000 hommes de bonnes troupes au sein de ses provinces. Le bruit dure encore que la France a proposé à la Russie d'acheter la flotte qui est dans le Tage et qu'elle lui assignerait

les contributions arriérées (Nr. 184); cependant je me suis donné des peines inutiles pour savoir de source ce qui en était[1]). Le sieur d'Alopeus a eu aujourd'hui une audience particulière chez l'Empereur qui a duré une heure. Il m'a dit qu'il avait trouvé que son désir de la paix avec l'Angleterre était assez prononcé et que toutes ses questions l'avaient marqué. Le sieur d'Alopeus ajoutait: »Ce n'est pas de même à Londres, où non seulement le sieur Canning, mais tout le ministère sont décidés à la continuation de la guerre et trouvent que la paix est moins à désirer que la continuation de la guerre«.

189. Brockhausen an den König.

Paris, 14. März 1808. — Präsentirt Königsberg, am 29. März 1808.

Abreise Stahremberg's.

Le prince de Stahremberg est parti de Paris avant-hier après avoir vu encore la déclaration de sa cour où elle tâche de pallier sa réticence au sujet de la déclaration de sa cour. Il n'était pas traité ici avec de grandes distinctions.

190. Brockhausen an den König.

Paris, 30. März 1808. — Dechiffrirt Königsberg, am 15. April 1808.

Audienz des Prinzen Wilhelm.

. . . Votre Majesté daignera voir par la relation de Son Altesse Royale les détails de Son audience d'hier chez l'Empereur[2]). Si elle n'a pas présenté de résultat net, au moins elle n'a rien d'inquiétant et de pénible; elle pourrait même donner lieu à quelques rayons d'espérance . . .

Il y a quelques personnes qui m'ont énoncé l'opinion que les affaires d'Espagne qui donnent encore tant de fil à retordre, pourraient nous être favorables; mais il faut voir si le peuple espagnol sera facile et traitable ou s'il ne le sera pas du tout; tout dépend de cette circonstance.

---

1) In einem Erlaß an Brockhausen vom 5. März 1808 sprach der König sein volles Einverständniß mit dem Gedanken aus, den von Frankreich zu zahlenden Kaufpreis für die russische Flotte im Tajo auf die preußische Contribution anzuweisen, allein die französische Regierung fand sich nicht veranlaßt, auf ein solches Abkommen einzugehen.

2) Vgl. Actenst. Nr. 152.

191. Brockhausen an den König.

Paris, 8. April 1808. — Dechiffrirt Königsberg, am 2. Mai 1808.

Napoleon über die Berliner; Spannungen zwischen Frankreich und Rußland.

Le duc d'Oldenburg, oncle de l'empereur de Russie, qui est venu à Paris pour plaider dans l'affaire du comte de Varel dont la souveraineté lui a été enlevée par le roi de Hollande, a dîné à Saint-Cloud chez l'Empereur peu de jours avant son départ. A ce dîner l'empereur Napoléon a parlé encore de la Prusse et pour la première fois il n'a marqué non seulement aucune animosité contre la personne de Votre Majesté, mais il a dit qu'Elle était bien respectable dans Son malheur par la privation qu'Elle S'imposait pour secourir d'autant plus Ses sujets malheureux; mais en parlant de la nation, et surtout des Berlinois, il s'est expliqué d'une manière très défavorable en les accusant de n'avoir montré ni patriotisme ni fidélité à leur souverain, et qu'à cet égard les Viennois s'étaient tout autrement montrés. Il faut nécessairement être surpris de voir l'Empereur parler de Vos malheurs, Sire, tandis qu'il est le maître de les finir à tout instant, mais depuis quelque temps il s'est habitué de parler des événements qu'il pourrait maîtriser seul en personne tierce, comme s'ils avaient lieu sans sa concurrence. C'est ainsi que peu de jours avant son départ il a dit: »Je dois suivre mon étoile et je vais la suivre« (S. 147). Cependant il n'y avait encore aucun plan d'arrêté ni pour le Nord ni pour le Sud. A la vérité il a couru des bruits sourds sur les cessions que la Prusse devait faire encore et des échanges qu'on allait lui proposer. On prétendait que le projet de rétablir la Pologne sur les débris de l'empire turc était fortement imprimé dans la tête de l'Empereur, et que toutes ses négociations à Vienne et surtout à Pétersbourg ne tendaient qu'à cela. Mais l'opinion générale est qu'avant son retour d'Espagne et avant que le sort de ce pays ne soit réglé, il ne songera à aucun autre plan. Mais cette importante résolution une fois décidée et affermie, soit par l'élévation d'une autre dynastie sur le trône de Madrid, soit par la cession de quatre provinces espagnoles jusqu'à l'Èbre à la France, il est bien clair que le tour viendra alors au Nord de l'Europe et qu'il proposera et fera accepter à la Russie les changements qu'il médite, soit pour le rétablissement de l'ancienne Pologne, soit pour les changements et translocations en Allemagne. Le comte de Tolstoi croit même qu'il prendra alors un ton menaçant vis-à-vis de la Russie. Avant le départ de l'Empereur et à l'arrivée du sieur de Saint-Aignant, beau-frère du sieur Caulincourt, qui avait été dépêché en courrier de Pétersbourg, il se répandit le bruit que la Russie était très mécontente du cabinet des Tuileries à cause des changements qu'il opérait en Italie, en Portugal et en Espagne, et que l'empereur Napoléon avait marqué de la surprise à la lecture des dépêches

de son ambassadeur. Comme ces bruits venant d'assez bonne source se maintiennent encore, il n'y a pas de doute qu'il n'y ait quelque chose à Pétersbourg qui déplaise ici, et je présume que le sieur Caulincourt se sera plaint, non du ministère de Russie actuel, dont il est à peu près sûr, mais de l'opinion générale qui règne en Russie et qui peut-être menace d'un éclat prochain ou forcera du moins à un changement de système. A ces bruits est venu se lier une sortie assez forte dans le Moniteur contre le général Buxhœvden et ses opérations en Finlande. Le comte Tolstoi ayant porté des plaintes au sieur de Champagny, on lui a dit que cette sortie avait échappé à l'attention des censeurs, ayant été extraite d'une lettre particulière de Riga . . .

192. Brockhausen an den König.

Paris,
27. April 1808.

Alexander's Verwendung für Preußen.

Le dernier courrier russe arrivé ici, il y a huit jours, a été bientôt suivi par le comte Czernitscheff (Nr. 188), qui est arrivé le 22 de ce mois. Il a apporté une lettre autographe de l'empereur Alexandre à l'empereur Napoléon et des dépêches au comte de Tolstoi, lesquelles renferment les instructions les plus précises de faire les démarches les plus pressantes pour faire accepter par l'Empereur la convention dont le baron de Stein était convenu avec l'intendant général Daru, et au surplus de tâcher de faire modifier encore les articles trop onéreux à la Prusse. Cette fois-ci l'instruction est conçue avec chaleur et énergie. L'empereur lui recommande de déclarer réitéremment que la tendre amitié qu'il portait au roi de Prusse avait encore augmenté par les longs malheurs de ce souverain et les souffrances de son peuple et de son intéressante famille; qu'il ne pouvait voir qu'avec une vraie douleur que la Prusse était réduite au dernier degré de misère et de malheur par l'état actuel des choses, et qu'il considérerait l'évacuation de la Prusse et le rétablissement du gouvernement du Roi comme la marque la plus signalée de l'amitié de l'empereur Napoléon. Enfin ces instructions ne laissant rien à désirer et donnant encore toute la latitude au comte de Tolstoi, il me fit prier de passer chez lui pour arranger les démarches qu'il s'agirait de faire (S. 156) . . .

Auf Grund weiterer Verabredungen mit Brockhausen verfaßt darauf Tolstoi seine Note an Champagny.

193. Brockhausen an den König.

Paris,
7. Mai 1808.

Dechiffrirt Königsberg,
am 18. Mai 1808.

Czernitscheff's Rückkehr aus Bayonne.

. . . Le sieur de Czernitscheff est de retour de Bayonne chargé de la ré-

ponse de l'empereur Napoléon à la lettre de l'empereur Alexandre qu'il avait remise à ce souverain. En même temps il a apporté à l'ambassadeur de Russie une lettre du ministre des relations extérieures, dans laquelle il accuse la réception de la dernière note importante sur les réclamations au sujet de la Prusse et dit qu'il en avait parlé à l'Empereur, mais qu'il attendait, pour la mettre sous les yeux de ce souverain, que le concours d'affaires et d'occupations dont l'Empereur était surchargé dans ce moment fût passé (S. 159). Une lettre du 24. avril dans laquelle le sieur de Champagny accuse la réception de la première note au sujet des affaires de la Turquie et de la Prusse, que le cabinet de France voulait confondre et mêler ensemble, est conçue à peu près dans les mêmes termes. Elle est parvenue au comte de Tolstoi trois jours avant la seconde . . .

194. Brockhausen an den König.

Paris, 12. Mai 1808. — Dechiffrirt Königsberg, am 25. Mai 1808.

Eindruck des Aufstandes in Madrid.

. . . Le carnage de Madrid laisse prévoir des scènes pareilles et bien plus fortes dans l'intérieur de l'Espagne. On ne doute non plus que le peuple d'Espagne, poussant le respect pour ses rois jusqu'au fanatisme, ne voulût se venger cruellement du départ forcé de son nouveau roi. Il paraît que plusieurs Grands d'Espagne, tels que le duc d'Infantado et les chefs de la Junte, seront enveloppés dans la disgrâce du jeune roi et mis dans un état de surveillance pénible; on croit même qu'on rendra quelques-uns responsables de ce qui pourrait arriver. Les soupçons se portent surtout sur l'ancien gouverneur du jeune roi qui possède toute sa confiance. Il en est de même du gouverneur général de la Catalogne que le cabinet de France accuse d'avoir montré trop de zèle pour sa patrie et son roi. En effet on assure aujourd'hui que des scènes plus importantes et plus sérieuses que celles de Madrid ont eu lieu à Barcelone auxquelles les troupes espagnoles ont pris part. On peut s'attendre que le désarmement du peuple espagnol après ces scènes ne manquera pas d'avoir lieu, mais on peut se représenter la fureur et l'exaspération d'un peuple aussi fier que l'espagnol, qui s'était opposé de toutes ses forces au départ du roi Ferdinand pour Bayonne, de manière qu'il a fallu trois proclamations pour le calmer et obtenir de lui qu'il ne mette plus d'obstacle au voyage du souverain . . .

195. Brockhausen an den König.

Paris, 13. Mai 1808. — Dechiffrirt mit Nr. 194.

Gerücht von der Entrevue; Theilnahme des Prinzen Wilhelm an letzterer.

L'entrevue des deux souverains suivant des indices assez sûrs devant en

effet avoir lieu à Weimar, j'ose croire qu'il sera de la plus haute importance que Son Altesse Royale le prince Guillaume se rapproche de cet endroit, afin d'être à portée de s'y trouver avant l'arrivée des deux souverains (Vgl. Nr. 160[a]). La décision des affaires de la Prusse devant se faire plutôt à cette entrevue qu'à Paris, il sera bien urgent d'avoir un surveillant à Weimar, qui tâche d'éluder le mal qui pourrait en résulter pour la Prusse, et s'efforce de la tourner en bien pour ses affaires. Connu des deux empereurs S. A. R. serait bien propre à rendre ce service à V. M. et à l'État. D'ailleurs rien ne marquant plus, que la prolongation du séjour de Paris serait d'une utilité essentielle pour le service de V. M., il semble encore que la convenance et la dignité demanderait que S. A. R. ne tardât plus longtemps à partir d'ici . . .

196. Brockhausen an den König.

Paris, 27. Mai 1808. — Präsentirt Königsberg, am 17. Juni 1808.

Unterredung Brockhausen's mit Fouché über Le Roux. Es liege kein Grund für das preußische Gouvernement vor, sagt Fouché, mit Le Roux Mitleid zu haben (vgl. Nr. 159).

»Il vous trahissait pendant sa première mission (S. 37); il me fournissait des notes, il en fournissait à d'autres; c'est lui qui m'a fourni le lendemain la lettre par laquelle le marquis de Lucchesini a allumé la guerre chez vous; je le faisais payer, il se faisait payer par d'autres, l'Angleterre, ou la Russie; c'est à ces deux fripons que vous devez vos malheurs. Ils ont commencé par vous tromper et ensuite ils vous ont précipité tête baissée dans la guerre désastreuse. Roux« — poursuivit-il — »a besoin de beaucoup d'argent, car c'est un dissipateur«. — En finissant la conférence il me dit: «Veuillez écrire au Roi et dire au Prince qu'ils ne doivent pas regretter un pareil sujet. Mais, encore une fois, persuadez bien votre gouvernement, que le renvoi du sieur Roux n'est relatif qu'à sa personne«. — Rien de si frappant que le ton franc et décidé avec lequel il me dit et me répéta tout ceci, mais aussi rien de plus vif que l'animosité qui l'anima contre Lucchesini et Roux, qu'il s'obstina à appeler les auteurs de la guerre, en observant que le dernier n'aurait jamais dû retourner à Paris . . .

197. Brockhausen an den König.

Paris, 21. Juni 1808. — Dechiffrirt Königsberg, am 5. Juli 1808.

Zustände in Spanien.

Votre Majesté daignera voir par le Moniteur ci-joint du 18 la proclamation formelle du roi Joseph comme roi d'Espagne. En même temps Elle y

verra l'adresse de la Junte au peuple espagnol, celle du nouveau roi aux Espagnols et différentes autres pièces d'un intérêt majeur puisqu'elles font connaître d'une manière authentique la situation du pays.

On n'y cache point que la majeure partie des provinces est déjà livrée aux horreurs de l'anarchie ou va l'être. Les exhortations pathétiques de la Junte présentent le mal comme très considérable. D'après les bruits publics ou ceux qu'on se dit à l'oreille, il est en effet très grand. Le peuple dans la plupart des villes réclame le roi Ferdinand et se trouve en rixe ouverte avec les troupes françaises. On ajoute qu'un très grand nombre d'Espagnols se sont réfugiés dans les montagnes et que d'autres menacent de les y suivre. On nommait des officiers assassinés dans leurs maisons ou sur la route. Cet état de choses a produit la résolution de faire venir d'ici toutes les troupes disponibles, et les ordres sont donnés que toute la nouvelle conscription doit se tenir prête à marcher en Espagne au premier signal. Il n'y a pas de doute que l'emploi de ces redoutables forces ne désarme et ne réduise ce malheureux pays après une lutte des plus sanglantes; mais il est sûr que cette résistance forcera la France d'y tenir une armée considérable: on peut l'évaluer à 120,000 hommes y compris tout ce qui a marché ces jours-ci de Paris. Il est aussi sûr d'un autre côté que le climat et le dénuement de tous les besoins de première nécessité causera de grandes pertes à cette armée. On parle d'un grand nombre de malades, on dit que les chaleurs excessives du mois de mai ont fait surtout beaucoup de mal. Rien n'égale la sévérité avec laquelle toute communication avec ce pays est coupée. Les lettres n'arrivent que très rarement et celles qui passent sont ou insignifiantes ou des lettres de négociants. Avec cela la police d'ici redouble d'activité. On a arrêté ces jours-ci le général Mallet suspect depuis quelque temps, ainsi que deux officiers des gardes et d'autres individus qui s'étaient permis des propos inconsidérés. On trouve sans doute nécessaire de surveiller l'esprit public plus sévèrement depuis les affaires d'Espagne, qui ont fait ici une grande sensation . . .

198. Der König an Brockhausen.

Königsberg,
15. Juli 1808.

Frankreich und Rußland.

Mes avis les plus récents me prouvent que, malgré toutes les appréhensions du contraire, le cabinet de Russie persiste invariablement dans le système qui l'attache si intimement à la France (S. 183). On fait tout ce qu'on peut pour ne pas mécontenter cette dernière. L'Empereur traite son ambassadeur avec une faveur toute particulière et l'a encore nouvellement engagé à prendre une maison de campagne près du château qu'il habite lui-même, où il le voit très fréquemment . . .

199. Brockhausen an den König.

Paris, 24. Juli 1808.

Dechiffrirt Königsberg, am 12. August 1808.

Spanische Angelegenheiten.

J'ai transmis à Votre Majesté quelques traits épars des grandes affaires qui se passent en Espagne. On était encore incertain si une grande partie des avis ne reposaient que sur des bruits exagérés, mais successivement on a eu des avis et des détails qui mettent hors de doute que les armées françaises éprouvent dans ce pays-là les plus grands revers, et qu'au lieu de réduire les provinces insurgées, elles ont de la peine à s'y maintenir et qu'elles sont généralement à la défensive la plus sensible. C'est ainsi qu'un officier de la marine russe venant de la flotte du Tage en traversant l'Espagne a rapporté au comte Tolstoi qu'il avait vu toutes les provinces par où il avait passé sous les armes, qu'il avait été témoin de l'acharnement inoui qui y régnait contre les soldats français, que quelque temps avant son passage par Madrid on y avait eu la confirmation de la défaite du corps de Dupont entre Séville et Cordoue, que depuis cet événement on n'avait eu aucune nouvelle de ce corps. On l'attribuait à la réunion des trois corps des insurgés et à la position de 2000 Anglais de la garnison de Gibraltar avec une nombreuse artillerie. Ce même officier avait entendu que le maréchal Moncey, s'étant avancé sur Valence, avait dû s'arrêter en chemin, voyant son corps trop faible et les difficultés trop grandes pour entreprendre l'attaque contre ce foyer d'insurrection; qu'un autre corps qui s'était avancé sur Badajoz avait éprouvé également un échec et se trouvait dans une position épineuse par la fermentation qui régnait en Portugal. Selon ces mêmes récits le combat de Saragosse, où le général Lefèbvre le jeune, par son impétuosité, s'était attiré un grand échec, avait fait le plus de tort aux Français, puisqu'il avait mis tout l'Aragon sous les armes et augmenté les forces à Saragosse jusqu'à 40,000 hommes. C'est le général Palafox qui commandait cette armée et il était en communication non interrompue avec les Anglais. A ces récits des avis particuliers ajoutent que la forteresse de Figueras, non loin des frontières de la France, avait été reprise aux Français par les habitants, mais qu'en revanche le général Savary avait repris Santander aux insurgés et aux Anglais. Ces derniers s'étaient embarqués pour se rendre au Ferrol et à la Corogne où les insurgés les attendaient. L'officier cité rapporte aussi que la Grande Junte qui s'était formée à Séville avait à sa tête le comte de Florida-Blanca et qu'elle avait publié un manifeste où elle déclare que les Espagnols ont pris les armes pour le jeune roi Ferdinand et le maintien de la religion. Une autre proclamation du général Palafox doit être plus forte et annonce que les insurgés ont absolument jeté le fourreau. Il dit que l'Espagne doit être tranquille et se reposer sur son climat et ses montagnes; qu'il

ne s'agit que d'être uni et de travailler au même but; qu'alors les secours de l'étranger ne manqueraient pas. Un exemplaire de ces proclamations a passé en Russie, mais ici leur circulation serait impossible . . .

. . . Il paraît que l'Empereur, plein de confiance dans son génie et son bonheur, n'a point encore renoncé à soumettre l'Espagne avec la force qu'il y a maintenant, et qu'il répugne à faire revenir une partie de l'armée de l'Allemagne, ce qui annoncerait aux yeux de l'Europe sa détresse et le forcerait à renoncer à ses autres plans. Mais des personnes qui calculent l'énergie et la solidité que les préparatifs des Espagnols ont acquis, et le soutien des Anglais, croient qu'il est impossible qu'il se passe encore longtemps des renforts de l'Allemagne. Nous avons donc derechef quelque espérance de nous voir enfin délivrés, mais ce qui est encore plus rassurant c'est de voir tomber ces projets qui nous réduiraient encore davantage et annuleraient presque l'existence de la Prusse, projets qui n'existaient que trop et sur lesquels je n'ai eu que trop de preuves. L'ambassadeur d'Autriche commence à se rassurer et il voit dans les événements qui se passent en Espagne le salut de sa cour. Sa liaison avec le comte Tolstoi devient plus intime, et ce dernier ne m'a pas caché que la cour de Vienne se renforce en Hongrie, puisqu'elle comptait en cas de besoin sur le secours de la Russie. Du reste je le tiens du ministre même qu'il n'existe aucune discussion entre sa cour et celle d'ici, mais il ne doute pas que des sujets ne puissent se trouver si on les voudrait . . .

General Vincent hat sich nur in Nancy aufgehalten[1]). Tolstoi meint, Alexander werde mehr für Preußen thun, sobald er erfährt wie es in Spanien steht.

200. Brockhausen an den König.

Paris, 27. Juli 1808.

Dechiffrirt Königsberg, am 12. August 1808.

Gerücht von einer Reise Napoleon's nach Straßburg.

. . . Depuis hier le bruit est général que l'Empereur, sans arriver à Paris, se rendra directement à Strasbourg, en prenant la route de Brest à Metz (S. 216). Ce bruit trouve le plus de croyance. Un autre, qu'il viendra à la vérité à Saint-Cloud, mais qu'il ne s'y arrêtera que quelques jours et qu'il repartira tout de suite pour Strasbourg, est moins accrédité. Si ces bruits se réalisent, il est bien clair que Paris est nul pour toute négociation quelconque et que ce n'est qu'à la proximité de l'Empereur qu'on peut espérer d'entamer quelque négociation. Son Altesse Royale instruite de ces avis, est Elle-même pénétrée de la nécessité de prendre un parti qui La rapproche de l'endroit où ce souverain se rendra. En effet, j'ose le dire que la nécessité de ce parti est urgente, puisqu'il est bien décidé que ce voyage ne peut avoir pour objet

1) Es war vielfach von einer Sendung des Generals an Napoleon die Rede gewesen.

que l'entrevue avec l'empereur de Russie ou bien la guerre avec l'Autriche et les grands changements en Allemagne médités depuis longtemps. Dans l'un et l'autre de ces cas la proximité de S. A. R. sera importante.

201. Goltz an Brockhausen.

Königsberg,
12. August 1808.

Erläuterung zu den Instructionen für Prinz Wilhelm vom 12. August (vgl. Nr. 170 und S. 212).

. . . Votre Excellence verra par les communications que Lui fera Son Altesse Royale Monseigneur le prince Guillaume, quel est le parti et la détermination que dans les circonstances présentes le Roi a cru devoir prendre, pour renouer une négociation tendante à mettre fin à notre état d'incertitude. Je me flatte que cette proposition viendra plus que jamais à propos dans ce moment-ci et que sous tous les rapports elle amènera au moins une explication décisive et donnera au Prince un prétexte plausible pour s'en retourner près du Roi, ce que d'accord avec V. E. je regarde comme indispensablement nécessaire. Le Roi est sûr que V. E. lui donnera une nouvelle preuve de Son dévouement en soutenant le Prince dans cette importante négociation par tous les moyens de Son expérience et de Son talent. Les instructions qu'il reçoit sont aussi précises qu'elles peuvent l'être dans la crise présente, et si les conditions que nous proposons ne devaient pas paraître acceptables, la suite de la négociation pourrait en amener d'autres, pourvu que l'on veuille entrer en matière sur le fond de la proposition.

202. Brockhausen an den König.

Paris,
11. August 1808.

Dechiffrirt Königsberg,
am 24. August 1808.

Eröffnungen Champagny's, die lediglich durch die Wendung der Ereignisse in Spanien beeinflußt sind.

C'est à cette tournure presque désespérée que nous devons ce changement surprenant dans le langage du sieur de Champagny et cet empressement de finir avec la Prusse au plus vite. Quelle différence dans le ton, les manières et les intentions! Il me pressait, il m'engageait à lui fournir au plus vite mes observations pour les porter tout de suite à la connaissance de l'Empereur. J'avais besoin de toute ma dissimulation diplomatique pour ne pas montrer trop de sérénité et pour cacher le trop vif empressement de terminer à tout prix . . .

203. Brockhausen an den König.

Paris, 18. August 1808.

Dechiffrirt Königsberg, am 29. August 1808.

Unterredung Napoleon's mit Metternich (vgl. S. 232).

. . . L'Empereur est revenu à Saint-Cloud la veille de sa fête. Dès le lendemain le corps diplomatique a été admis à l'audience. Sa Majesté s'est adressée tout de suite au comte de Metternich ambassadeur d'Autriche et lui a dit à peu près ceci: »Vos armements ont de quoi étonner; outre votre armée vous rassemblez une réserve et une milice nationale; ces efforts sont trop grands pour vos finances épuisées, ils ne sont pas faits pour la durée, ils ne peuvent donc avoir qu'un but offensif; en outre cette levée en masse électrise les têtes et inspire de la haine contre les Français et bientôt ceux-ci allant dans vos États essuieront des insultes, et ainsi progressivement ont se trouvera en guerre sans le savoir et sans peut-être le vouloir. Cette guerre, si elle commence, sera une guerre à mort; ou l'empereur d'Autriche viendra au centre de la France, ou j'irai aux derniers confins des États autrichiens. Les bruits et les alarmes qui existent sur un partage de l'Autriche sont absurdes. La Russie souffrira-t-elle ce partage, et sans la Russie pourrait-il avoir lieu, et même si elle ne le veut pas, la guerre pourrait-t-elle avoir lieu? Je serais bien aise d'avoir incessamment des éclaircissements sur ces mesures et sur cet appareil. J'aurais déjà retiré mes troupes de la Prusse sans cet incident; mais le puis-je aussi longtemps que vous menacez? Je ne le cache pas, je dois faire venir encore 100,000 hommes de l'Allemagne pour les envoyer en Espagne; ils auraient déjà passé l'Elbe si vos armements ne les avaient arrêtés tout court. Il faut me donner — a-t-il répété — des motifs de tranquillité«.

Le comte de Metternich est entré dans de longs détails pour prouver à l'Empereur que ces armements n'avaient aucun but offensif; qu'ils ne devaient pas même inquiéter la France; que l'Autriche ne pensait qu'à guérir ses plaies et à conserver la paix.

Il est à remarquer que l'entretien de l'Empereur était sur le ton de la douceur et de la modération. Ceux qui étaient à portée de l'entendre m'ont redit presque mot à mot ce que je viens de rapporter. Cet entretien, le ton et la publicité qu'on lui a donnée caractérisent à la fois la circonstance et la position de la France; il prouve que l'Empereur veut revenir sur ses pas, cacher encore ses projets, mais que c'est encore en menaçant qu'il dissimule l'embarras dans les affaires d'Espagne.

204. Brockhausen an den König.

Paris, 9. September 1808. — Dechiffrirt Königsberg, am 21. Septemberg 1808.

Der aufgefangene Brief Stein's.

Prinz Wilhelm und Brockhausen werden von Champagny zu einer Unterredung eingeladen (S. 245), bei welcher der Minister ihnen eröffnet:

Que l'Empereur voulant finir l'état d'incertitude où il se trouvait avec la Prusse, désirait enfin savoir à quoi s'en tenir pour régler les mouvements ultérieurs de son armée; qu'il fallait à Sa Majesté une réponse catégorique, un oui ou un non. Je fis observer au ministre que nous avions été prêts à signer le premier projet, mais qu'au moment de la signature une nouvelle prétention s'était élevée d'une nature si exorbitante que nous avions dû hésiter de procéder à la signature; que Son Altesse Royale avait encore le même désir de terminer, mais que liée par Ses instructions, par la détresse de Son pays, qui ne pouvait pas subvenir aux sommes exorbitantes qu'on exigeait de lui, Elle était hors d'état de conclure aux termes que l'Empereur exigeait. S. A. R. fit observer au ministre qu'Elle avait demandé à plusieurs reprises une audience à ce souverain pour lui faire en personne les remontrances les plus pressantes. Le comte de Champagny voyant par nos réponses combien nous étions décidés de tenir ferme à notre refus d'admettre l'exorbitante somme, il prit un ton plus sérieux et nous dit que l'Empereur l'avait chargé de déclarer qu'il avait lieu de se repentir d'avoir cédé sur la somme de cent quatre-vingt-dix millions qu'il était en droit de demander de la Prusse; qu'il était tombé entre ses mains une correspondance qui montrait combien le gouvernement prussien était l'ennemi de la France et des États des alliés. Le comte de Champagny commença par nous lire la traduction d'une lettre confidentielle du ministre d'État baron de Stein adressée au prince de Wittgenstein à Dobran; après nous avoir lu le passage où il est question du mécontentement qui règne en Allemagne et principalement dans le royaume de Westphalie et de la nécessité de la nourrir, il dit: »Vous voyez qu'il n'est question de rien moins que de soulever le royaume de Westphalie contre son souverain, et l'Empereur, comme de raison, a dû en être choqué et irrité au dernier point«. — Je lui répliquai: »Mais est-il-donc bien prouvé que cette lettre soit du baron du Stein?« — Le comte de Champagny me montra alors l'original et plusieurs pièces qui avaient été dans le même paquet; c'était un pouvoir au prince de Wittgenstein pour négocier un emprunt de 1,500,000 florins auprès de l'électeur de Hesse, une lettre de l'électeur de Hesse au prince de Wittgenstein, un plan de finances et une lettre du baron de Stein à un négociant d'Altona par laquelle ce ministre élude l'offre d'un emprunt. Il me demanda si je connaissais la main du baron de Stein; je lui dis que sa signature ressemblait à celle que

j'avais vue souvent, mais que l'authenticité de la lettre me paraissait très douteuse. — »Mais«, — dit-il — »comment serait-elle donc venue au milieu d'une foule d'autres pièces sur lesquelles il ne reste pas le moindre doute? On a saisi ces papiers chez un nommé Koppe, arrêté comme espion dans les provinces où l'armée française fait la police«. — »Cependant« — répliquai-je —, »qui nous répond si quelque ennemi de la Prusse à Berlin, quelqu'intendant malveillant, ne l'ait supposée en la glissant parmi les autres pièces?« — »Cela ne peut guère être possible« me répondit le comte de Champagny; — »au reste« — dit-il — »l'Empereur sous peu de jours doit savoir à quoi s'en tenir à l'égard de la Prusse, s'il doit compter sur un ennemi secret ou sur un ami et allié. Il désire donc que vous vous décidiez dans le plus court délai pour un oui ou un non . . .

Erwägungen, die für den Entschluß der Unterzeichnung sprechen mußten.

Le parti de signer tant de clauses désastreuses, et surtout celle somme que la détresse de la Prusse ne pourra presque pas acquitter dans un si court délai, était douloureux; mais il fallait choisir entre deux maux. La mesure de l'un était connue, celle de l'autre ne l'était pas. On ne pouvait calculer, où se porterait le mécontentement de l'Empereur; l'imagination se perdait dans toutes les suppositions. Avec cela l'état des choses avec l'Autriche avait changé: la France la flattait, la cajolait et elle paraissait sûre de son inaction.

205. Brockhausen an den König.

Paris, 16. September 1808. — Dechiffrirt Königsberg, am 28. September 1808.

Napoleon über sein Verhältniß zu Preußen.

Sogleich nach Unterzeichnung des Vertrags hat Prinz Wilhelm durch Champagny den Kaiser um eine Audienz für Brockhausen ersuchen lassen.

Le Ministre ayant reçu les déterminations de l'Empereur, ce fut dimanche, 11. de ce mois, que je fus introduit auprès de Sa Maj. Impériale avec les formes usitées en pareille occasion. En lui remettant mes lettres de créance, j'exprimai à l'Empereur les intentions invariables de Votre Majesté de maintenir l'union et la bonne harmonie avec la France. J'exprimai à S. M., combien il serait heureux si un parfait oubli du passé puisse faire renaître ces sentiments de confiance et d'amitié dont la Prusse attendait des jours heureux. L'Empereur prenant le ton d'un entretien familier me dit: »Vous avez à présent un traité, je le remplirai avec la dernière exactitude, mais je ne souffrirai pas qu'on s'en écarte de la moindre choise«. — Sur ma réplique que nous espérions que quant à l'article des contributions S. M. Impériale considérerait notre bonne volonté plutôt que nos facultés; que nous avions besoin non-seulement de Son indulgence pour les termes du payement, mais aussi de Son appui pour les emprunts à faire en Hollande, sans lesquels le pays, qui n'avait que

du billon, se trouvait hors d'état d'acquitter de si fortes sommes; que le Prince dans cette confiance avait signé le traité, qui contenait des clauses effrayantes sans le juste espoir de Son équité indulgente: — »Pour les affaires d'argent« — me répliqua l'Empereur — »nous verrons, mais pour les autres je serai d'une extrême rigueur«. — L'Empereur fit des observations sur ces clauses réservatoires, sur les traités éventuels que nos ministres devaient avoir préférés à une politique plus ouverte; il parcourut les différentes périodes où nous devions avoir été contraires à la France. Il s'arrêta surtout à celle qui avait causé la guerre, à la violation du territoire d'Anspach, aux scènes de Berlin. S. M. se plaignit de la duplicité du marquis de Lucchesini, du peu de sincérité, du peu de force du comte de Haugwitz, qui était venu à Vienne et à Paris pour faire un traité qu'il n'avait pas eu envie de tenir. Elle prétendit que tous les cabinets avaient eu à se plaindre de nous; qu'il fallait renoncer à cette politique, qu'il fallait être franchement l'ami ou l'ennemi de la France; que si jamais la Russie et la France venaient à se brouiller, qu'il fallait être de cœur et d'âme ou pour l'une ou pour l'autre; que ce serait le moyen d'avoir leur estime. De là S. M. passa aux griefs qu'Elle croyait avoir contre nos officiers, contre les nouvelles mesures ordonnées pour le rappel des semestriers pour une levée en masse. — »J'ai intercepté des lettres« — me dit-Elle — »qui me font connaître les sentiments qui règnent encore en Prusse, mais je ne les souffrirai plus; soyez persuadé que je serai prompt comme l'éclair pour arrêter les explosions de la malveillance contre moi qui pourrait renaître dans la suite chez vous. Par la lettre d'un de vos ministres j'ai vu comme on pense à mon égard et combien on a été prompt à profiter des affaires d'Espagne et d'en tirer un augure défavorable à la France. Cependant on se trompe; la France a une puissance si immense qu'elle fera face partout. Ne vous laissez plus bercer par ces faux rapports, comme ceux du marquis de Lucchesini qui agiotait sur les nouvelles, et comme ceux de Roux (Nr. 159, 196) qui marchait sur ses traces, duquel je tiens des lettres où il dépeint mes finances et ma situation comme désespérée. Ces ridicules nouvelles circulent chez vous; on calcule, on bâtit sur ces bases fragiles. Je sais tout, je connais la façon de penser de vos ministres; il est impossible de me tromper. Il faut avec moi de la franchise, de la loyauté; il faut dire les choses comme elles sont et ne pas se servir de petits subterfuges qu'on découvre et déconcerte. Vous êtes à présent à même de voir et de profiter de la confiance de votre souverain pour dissiper des erreurs. Je désire que la Prusse remplisse une place honorable parmi les puissances de l'Europe; j'y contribuerai dans la suite, si je vois de la sincérité: surtout que la Prusse ne vexe pas ses voisins qui m'intéressent sous plus d'un rapport. J'estime le Roi et j'ai placé confiance dans sa loyauté, mais je n'ai pas la même confiance dans ses ministres qui n'aiment pas la France«. — En terminant l'audience, il me dit: »Écrivez au Roi que j'ai pleine confiance en lui, que je n'ai jamais mé-

connu la loyauté de son caractère et que j'espère qu'il passera un hiver tranquille à Berlin« . . .

206. Brockhausen an den König.

Paris, 16. September 1808. — Dechiffrirt mit Nr. 205.

Audienz des Prinzen Wilhelm. Niederlage Junot's.

La mauvaise tournure des affaires d'Espagne et la nécessité de se tenir le dos libre fait que la défaveur où nous étions ici se changera bientôt en procédés amicaux. Déjà on éprouve des ménagements auxquels on était loin de s'attendre il y a quelques mois. On voudrait se faire une amie de la Prusse, mais on craint que tant d'offenses, que tant de calamités n'aient laissé une blessure profonde dans le cœur des Prussiens[1]). L'audience que Son Altesse Royale a eue avant-hier de l'Empereur prouve ce que j'avance. Elle était remarquable par tout ce qu'il a dit et promis. L'essentiel est qu'il s'est trouvé coulant et prêt à prolonger le terme de payement à trois ans[2]). Peut-être qu'à l'entrevue avec l'empereur de Russie il se trouve encore plus coulant. Cette entrevue, proposée dans l'idée d'arranger les affaires de l'Orient et de l'Allemagne et de s'assurer de l'assistance de la Russie en cas de guerre avec l'Autriche, a fait l'objet de tous les vœux de l'empereur Napoléon, et la certitude que celui de Russie y donnerait la main l'a consolé de tous les revers en Espagne. Il me paraît hors de doute qu'il sollicitera l'empereur Alexandre de garantir la tranquillité de l'Autriche . . .

. . . Une lettre de Londres du 3 qui s'est glissée à Paris renferme un extrait de la Gazette de la cour où il est dit que deux divisions de la grande expédition anglaise, ayant débarqué le 20 août sous les ordres du lord Wellesley, ont attaqué le 21 l'avant-garde du général Junot forte de 6,000 hommes, l'ont battue et repoussée; que le lendemain 22 le général Junot a marché sur eux avec toute son corps, que la bataille qui a eu lieu ce jour a été malheureuse pour les Français, qu'ils ont essuyé une défaite complète à 12 lieues de Lisbonne, que le 23 une nouvelle division anglaise sous le général Dalrymple ayant débarqué, le général Kellermann s'est présenté au quartier général des Anglais pour proposer une capitulation, qui était devenue nécessaire par la supériorité des forces anglaises, qu'on évaluait à 30,000 hommes, tandis que le général Junot n'avait que 14,000 hommes. On n'ajoute pas dans cette lettre si elle a été conclue. Quoiqu'on pouvait s'attendre depuis longtemps à la perte de ce corps d'armée, cette nouvelle a fait une forte sensation sur l'Empereur.

---

1) Randbemerkung von der Hand Stein's: »Et on les accumule et les perpétue»?
2) Vgl. Actenst. Nr. 179.

On peut maintenant évaluer à 80,000 hommes la perte des Français en Espagne et en Portugal. Aussi les préparatifs sont-ils immenses. Allemands, Polonais, Français et Italiens se joindront aux Français, et tous ceux qui tiennent au gouvernement sont sûrs de leur fait; la lutte toutefois sera sanglante et longue, car la force que les Espagnols vont opposer sera à peu près égale, et la grande expédition anglaise qu'on évalue à 80,000 hommes s'y joindra encore en débarquant ou sur les côtes espagnoles ou sur celles de la France. Tous ceux qui apprécient le moment présent et les sentiments qui dominent ici sont d'avis que l'Empereur se trouve dans une crise dont il aura de la peine à sortir. Le départ de l'Empereur pour les frontières de l'Espagne sera d'autant plus nécessaire qu'il a fait l'expérience que lorsque sa personne manque, ses généraux n'ont ni bonheur ni union . . .

207. Brockhausen an den König.

Paris,
29. September 1808.

Polizeiliche Maßregeln zum Schutz Napoleon's in Erfurt.

. . . La police secrète de Paris a pris des mesures très actives pour assurer la sûreté de l'Empereur en Allemagne, à cause, dit-on, de la fermentation qui règne dans ce pays. Outre 500 hommes des gardes on y a envoyé plus de 300 gensd'armes et un grand nombre d'agents secrets de la police qui se répandront dans les environs d'Erfurt . . .

208. Brockhausen an den König.

Paris,
25. October 1808.

Dechiffrirt Königsberg,
am 13. November 1808.

Rückkehr der französischen und russischen Couriere aus London.

Les courriers russes et français partis le 14 d'Erfurt pour Londres avec des dépêches pacifiques sont revenus l'un et l'autre dans la nuit du 24 au 25. Ils n'ont attendu que douze heures sur la réponse du cabinet de Londres. La dépêche que celui de Russie a apportée est adressée à l'ambassadeur de Russie à Paris. Toutefois le courrier a été obligé de s'arrêter ici pour attendre l'arrivée du comte de Romanzoff, qui doit arriver ce soir ou demain matin.

Jusqu'ici rien n'a transpiré du contenu de la réponse que le courrier français a apportée à l'Empereur; les conjectures ne manquent pas, mais il serait très inutile de s'y livrer . . .

209. Brockhausen an den König.

Paris,
31. October 1808.

Dechiffrirt
mit Nr. 208.

Napoleon's Abreise nach Spanien; Bilbao.

. . . L'inquiétude et l'abattement augmentent ici visiblement et à mesure que le moment approche où la lutte sur les frontières de l'Espagne va commencer. Des esprits sages ne voient pas sans frayeur ce nombre immense de troupes qu'on précipite sur une contrée où les magasins ne sont pas formés, où il n'y a que peu de grains et où il s'agit de nourrir 200,000 hommes et 60,000 chevaux. Aussi la baisse des fonds continue-t-elle, et même à l'apparence d'une négociation ils ne se sont pas relevés. Le discours de Fontanes, président du Corps législatif, respire l'inquiétude générale et le désir modéré de la paix. Tout le monde a été étonné qu'il ait osé parler sur ce ton et y mêler des conseils et des alarmes. Avant son départ l'Empereur a tout fait pour se rendre populaire; il est allé voir les travaux publics, les hospices, et a souvent fréquenté les spectacles. — Les dernières nouvelles d'Espagne et de Bilbao ont précipité son départ au moins de deux jours. Ce n'est qu'après son départ de Paris que ces nouvelles ont été ébruitées. On assure dans ce moment que le corps d'armée du maréchal Ney après avoir fait des tentatives inutiles, mais sanglantes pour reprendre Bilbao, se trouve coupé et cerné; que le maréchal Bessières, trop faible vis-à-vis du général Castaños, qui est à Logroño avec 70,000 hommes, a été défait à plusieurs reprises et doit nécessairement quitter son poste sur l'Èbre. L'ordre est parti le 26 de reprendre Bilbao coûte qui coûte, et de débusquer les Anglais et les Espagnols des côtes de la Biscaye. Les troupes font des marches forcées pour y arriver, mais on peut s'imaginer dans quel état elles se trouvent lorsqu'elles doivent marcher à l'ennemi . . .

210. Der König an Brockhausen.

Königsberg,
3. December 1808.

Entlassung Stein's; Brief der Gräfin Voß. Der Gesandte soll alles thun, was den Kaiser Napoleon zur Begünstigung der preußischen Anleihe in Holland veranlassen könne.

. . . Un autre objet qui me tient souverainement à cœur c'est de bien convaincre ce monarque de mes sentiments sincères et invariables à son égard et d'écarter de son esprit toute germe d'ombrage et de défiance. Dans ce but et en considération des circonstances précédemment survenues j'ai accordé au baron de Stein sa retraite entière de mon service. J'ai fait choix pour le remplacer pour les deux parties principales du département de l'intérieur, savoir celui des finances et de l'intérieur proprement dit, du conseiller privé des

finances baron de Altenstein et du président comte de Dohna, connus et distingués l'un et l'autre par un esprit de modération et de mesure et par des principes tout-à-fait analogues à la situation et aux relations actuelles de l'État . . .

. . . Le prince de Wittgenstein, comme vous le saurez également déjà, a été mis en état d'arrestation et ses papiers saisis à l'occasion d'une prétendue lettre interceptée, attribuée à la comtesse de Voss, dans laquelle une phrase doit faire allusion à l'idée atroce d'un empoisonnement. La comtesse de Voss désavoue absolument cette lettre et son contenu [1]). S'il était possible qu'une phrase pareille fût sortie de la plume de cette dame âgée de plus de 80 ans, ce ne pourrait être tout au plus qu'un mot écrit sans y réfléchir et bien certainement sans y attacher le moindre sens sérieux. L'imagination se refuse à la seule idée d'un soupçon pareil contre une personne aussi respectable par son âge et ses qualités personnelles, et il serait injurieux pour moi que l'on pût supposer tolérer à ma cour quiconque serait capable de se l'attirer. Le comte de Goltz a été chargé d'écrire de ma part dans ce sens à M. Davoust . . .

VIII.

Aus dem politischen Schriftwechsel mit dem preußischen Gesandten am Wiener Hofe, Grafen Finkenstein.

Januar bis December 1808.

211. Finkenstein an den König.

Wien, 22. Januar 1808.

Präsentirt Königsberg, am 4. Februar 1808.

Österreichische Friedensvermittelung in London (vgl. Nr. 59 ff.). Der Gesandte hat sich über den Verlauf dieser Angelegenheit folgende, wie er glaubt, ganz zuverlässige Nachrichten verschafft.

Lorsque l'empereur Napoléon, à l'occasion de la reddition de Braunau et de la conclusion de l'arrangement par lequel tous les différends existants entre l'Autriche et la France ont été mis de côté, prétendit forcer la cour de Vienne à faire cause commune avec la Russie et la France contre l'Angleterre, à se déclarer formellement contre cette puissance, à fermer ses ports dans la Mer Adriatique aux vaisseaux anglais, cette cour, qui voyait dans une déclaration pareille la ruine de son commerce, employa tous les moyens pour retarder aussi longtemps que possible la démarche à laquelle on voulait l'obliger, et

1) In den Memoiren der Gräfin Voß wird des Vorgangs nicht erwähnt.

prétexta surtout le mauvais état des fortifications de Trieste et Fiume, qui rendaient une clôture sévère des ports presqu'impossible. Mais dès que l'empereur Napoléon insista avec force qu'on devait se déclarer sans perte de temps, l'Autriche, qui dans son état d'isolement d'à présent était incapable de s'y refuser longtemps, voulut au moins observer la même marche que la cour de Pétersbourg a suivie dans cette affaire et offrir sa médiation à l'Angleterre avant de se déclarer. Elle exigea par conséquent de la cour de France, de se prononcer sur les bases qu'elle voudrait admettre en négociant sa paix avec l'Angleterre, et ayant eu connaissance de ces bases, qui n'étaient rien autres que les principes énoncés dans les différents offices et déclarations que la Russie a donnés sur l'Angleterre depuis la paix de Tilsit, conformes aux bases de la neutralité armée publiées par Catherine II et, par conséquent, inacceptables pour l'Angleterre, le cabinet de Vienne ne pouvait s'empêcher plus longtemps d'offrir sa médiation dans un office conçu en termes extrêmement forts, où les bases de la pacification admises par la France étaient énoncées, et qui finissait par la menace de faire cause commune avec la France et la Russie dans le cas que l'offre de sa médiation fût rejetée. Cet office, approuvé par l'empereur Napoléon et dont le ministre de France était si extrêmement content, ainsi que je l'ai mandé en son temps, fut envoyé par courrier à Londres, accompagné de l'ordre au prince de Stahremberg, de quitter cette capitale, s'il recevait une réponse négative, à laquelle on s'attendait ici d'un jour à l'autre. Mais le prince de Stahremberg, dont les principes sont connus, qui par mille raisons craint de quitter Londres, et qui ne pouvait se cacher qu'il devait recevoir une réponse négative, s'il remettait l'office tel qu'on le lui avait envoyé, prit sur lui d'en remettre un autre, calqué pour la forme sur l'office reçu par sa cour, mais dans lequel il omit tous les termes forts et menaçants, tout ce qui pouvait choquer la fierté du ministère britannique, et les bases énoncées par la France et qui aussi ne contenait rien que l'offre pure et simple de la médiation de l'Autriche. Votre Majesté daignera Se rappeler que le ministre de France, lors de l'arrivée de la réponse anglaise, soupçonna la cour d'Autriche de ne pas avoir fait remettre l'office approuvé par la France, ne pouvant pas s'imaginer la conduite arbitraire du prince de Stahremberg, qui motiva la réponse très amicale de la cour de Londres, de laquelle il est question précédemment. L'Angleterre y déclara entr'autres qu'elle avait d'autant moins de difficulté d'accepter les bons offices de l'Autriche, puisque cette puissance ne se trouvait pas comme la Russie liée par des traités avec la France, qui pouvaient contenir des stipulations secrètes contre la Grande Bretagne, raison qui avait empêché cette dernière puissance d'accepter la médiation de la Russie, après que celle-ci avait refusé de lui communiquer ses stipulations secrètes avec la France. Cette réponse, due à la conduite du prince de Stahremberg, embarrassa extraordinairement la cour d'Autriche, qui devait craindre de s'attirer

par là le mécontentement le plus complet de l'empereur Napoléon, qui ne manquerait pas de la forcer par des menaces, et peut-être même par des démonstrations hostiles, à se déclarer sans perte de temps contre l'Angleterre. Elle prit donc le parti d'envoyer des pleins pouvoirs illimités au comte de Metternich et même des blancs signés (S. 102) pour des déclarations à envoyer en Angleterre de concert avec le cabinet français et l'ambassadeur de Russie, avec une dépêche pour le prince de Stahremberg, dans laquelle il était fortement repris de ne pas avoir exécuté en plein les ordres de sa cour, dépêche qui fut communiquée à la cour de France. Le comte de Metternich, après s'être concerté à l'égard de l'office à envoyer à Londres avec le comte de Tolstoi, et dans l'absence de l'empereur Napoléon et du sieur Champagny avec le sieur de Talleyrand, voulut expédier sans perte de temps son office en Angleterre, lorsqu'il se trouva que le ministre de la marine avait défense expresse d'envoyer des parlementaires en Angleterre pendant l'absence de l'Empereur, son maître. Le comte de Metternich se vit donc obligé d'écrire en Italie au sieur de Champagny pour obtenir une exception à son égard. La réponse, pleine d'invectives et de termes injurieux contre l'Angleterre, et dans laquelle, comme j'ai lieu de croire, l'Autriche n'était guère ménagée, autorisait le sieur Cretelle [1]) dans le cas que l'Angleterre montrait des dispositions pacifiques, de fournir un vaisseau parlementaire au comte de Metternich. Cet ambassadeur envoya donc à Londres son office, approuvé par la France, qui doit y être arrivé dans les premiers jours de ce mois et qui, à ce qu'on m'assure, est conçu dans des termes qui devraient faire rejeter la médiation de l'Autriche et rendre impossible tout arrangement entre l'Angleterre et la France. En attendant l'empereur Napoléon aussitôt qu'il fut arrivé à Paris, a envoyé de son côté un office en Angleterre, dont le contenu est un secret pour tout le monde. Le général Andréossy n'en a certainement pas connaissance et doute fort que le gouvernement d'ici en ait reçu la communication, vu l'humeur de l'empereur Napoléon contre lui, humeur qui a éclaté dans toutes les occasions pendant son séjour en Italie. Dans les entrefaites et avant qu'en Angleterre on pût avoir connaissance des communications du comte de Metternich et de celles du gouvernement français, le prince de Stahremberg a reçu à différentes reprises des assurances de l'intention du gouvernement britannique d'entrer en négociations avec la France sous la médiation de l'Autriche et même d'envoyer un plénipotentiaire, si on était sûr qu'il fût bien reçu en France. Quoique le prince de Stahremberg ait donné connaissance ici de ces dispositions du gouvernement britannique par deux courriers, partis de Londres le 21 et 28 décembre, il n'est guère probable que ces dispositions seront les mêmes après que le gouvernement britannique aura connaissance de l'office envoyé par le

1) Gemeint iſt jedenfalls Decrès, der franzöſiſche Marineminiſter und Viceadmiral.

comte de Metternich, si les ouvertures de l'empereur Napoléon ne sont pas d'une nature extrêmement pacifique, ce qui est tout aussi peu probable. Le comte de Stadion paraît être lui-même de mon avis à cet égard et ne pas croire à la possibilité d'un arrangement entre la France et l'Angleterre. Questionné à ce sujet par une personne de ma connaissance, il a dit que si même les Anglais voulaient envoyer un plénipotentiaire, on ne pouvait guère se flatter qu'il en résulterait un arrangement, puisqu'il n'était pas probable qu'on put jamais convenir des premières bases de la négociation. En attendant l'humeur de l'empereur Napoléon paraît être à son comble contre la cour d'Autriche.

Andréossy hat dem Grafen Finkenstein Briefe des französischen Consuls in Triest gezeigt, in denen über das langsame Vorschreiten der Befestigungsarbeiten in den Häfen am adriatischen Meere Klage geführt wird: in Triest seien nur 25 Arbeiter bei den Bauten beschäftigt und die Positionsgeschütze, mit denen der Hafen armirt werden solle, stünden noch in Laybach.

211a. Finkenstein an den König.

Wien, 7. Februar 1808.

Präsentirt Königsberg, am 21. Februar 1808.

Verabschiedung Adair's.

Le sieur Adair vient de recevoir hier au soir une note du comte de Stadion, que toutes les relations étaient rompues entre l'Autriche et la Grande Bretagne.

212. Finkenstein an den König.

Wien, 14. Mai 1808.

Präsentirt Königsberg, am 28. Mai 1808.

Die österreichische Regierung schenkt jetzt dem Verweilen der französischen Truppen in Schlesien größere Aufmerksamkeit als bisher. Der Gesandte spricht mit Stadion über die Zustände in Schlesien. Dieser sagt:

Qu'en autant qu'il pouvait juger, l'empereur Napoléon, qui ne cachait point son inimitié contre la Prusse, n'avait nullement intention de rendre la Silésie à Votre Majesté; »au moins«, ajouta-t-il en propres termes, »dans toutes les négociations dont nous avons eu connaissance, il a constamment parlé de la Silésie comme d'une province encore à sa disposition pour la céder à qui bon lui semblerait«. Le comte de Stadion n'a pas voulu s'expliquer sur ces négociations, mais il a ajouté cependant que ce n'était certainement pas vis-à-vis de l'Autriche qu'on avait tenu ce propos, ce qui est très probable certainement. Je dois donc supposer que c'est plutôt au roi de Saxe auquel on a montré la perspective de pouvoir acquérir la Silésie, pour le rendre plus coulant sur des cessions à faire au royaume de Westphalie.

Ici l'on vit dans une inquiétude accablante sur l'avenir. L'Empereur a dit ces jours passés à une personne de ma connaissance, que la situation d'un souverain était bien peu à envier dans ce moment-ci, qu'il était hors d'état de travailler au bonheur de ses sujets, devant être continuellement en garde contre une attaque, de laquelle on ne pouvait se croire en sûreté que de trois mois en trois mois . . .

L'Empereur et son ministère paraissent attendre au reste avec une inquiétude bien pénible le dénouement des affaires d'Espagne, car il est très fort à craindre que l'Autriche ne jouira pas d'un long repos, si l'empereur Napoléon réussissait à arranger les affaires de ce royaume à son gré et d'y maintenir le calme.

213. Finkenstein an den König.

Wien, 23. Mai 1808. — Präsentirt Königsberg, am 5. Juni 1808.

Stimmung in Wien. — Wehrgesetz.

. . . Je remarque très bien qu'on est au désespoir ici de voir finir si promptement les affaires d'Espagne et qu'on craint beaucoup que l'Autriche aura son tour aussitôt que l'empereur Napoléon ne sera plus occupé ailleurs. On ne voit pas sans méfiance les armées françaises dans le Nord de l'Allemagne se rassembler dans des camps (S. 165), se pourvoir de trains, pour lesquels ils prennent les hommes et les chevaux dans les États de Votre Majesté pour se mettre plus en état d'agir contre l'Autriche, qui seule et sans allié, avec des frontières ouvertes, est plus en butte à une invasion des armées françaises et des alliés, desquelles elle se trouve presque entourée . . .

D'après la patente ci-jointe qui a paru sur la formation des milices, on devrait croire qu'on ait eu l'idée d'en créer un nombre très considérable, en rassemblant et en exerçant tous les hommes en état de porter les armes, et peut-être qu'on a le projet d'exécuter avec le temps cette mesure dans toute son étendue, mais pour le moment on ne tirera de ces milices de réserve qu'un bataillon par régiment, ce qui forme 28,000 hommes, comme je l'ai déjà dit précédemment; et certainement si on ne se hâte pas de traiter l'affaire plus en grand, il ne vaudra pas la peine d'avoir pour si peu de choses indisposé l'empereur Napoléon.

214. Finkenstein an den König.

Wien, 18. Juni 1808. — Präsentirt Königsberg, am 2. Juli 1808.

Übersendung des Edictes über die Bildung der Landwehr vom 9. Juni. Es zeigt sich nun doch, daß die Heeresorganisation einen größeren Umfang annimmt, als man bisher gedacht.

On a commencé hier déjà dans toute la monarchie autrichienne les recru-

tements pour les réserves avec une rigueur inconnue jusqu' ici, jusqu'à prendre de plusieurs comptoirs des jeunes gens de bonne famille en ne leur permettant pas même de retourner chez leurs parents, qui ont dû leur envoyer les habillements et l'argent nécessaire. D'après le plan actuel on formera deux bataillons de réserve par régiment d'infanterie au lieu d'un, comme on l'avait projeté précédemment, dont le premier sera fort de 700 et le second de 600 hommes, ce qui donnera une augmentation de 59,800 fantassins.

Les hommes qui composent ces réserves sont obligés à quatre semaines d'exercice par an en temps de paix et ne reçoivent des uniformes que quand ils seront joints aux régiments en cas de guerre.

Outre ces réserves on formera une milice par toute la monarchie autrichienne dont personne ne sera exempt.

Les recrutements pour mettre tous les régiments au grand complet vont également leur train, et dans un moment où l'on déclare vouloir réduire l'armée, on fait tout pour l'augmenter, car il est certain que quelques régiments ont déjà 800 surnuméraires. On achète de même beaucoup de chevaux pour la cavalerie et le train de l'armée. On doit sentir qu'en prenant ces mesures on ne fait qu'éveiller l'attention de l'empereur Napoléon et s'attirer son mécontentement; mais comme cet Empereur a montré par sa conduite vis-à-vis de l'Espagne ce que les puissances les plus fidèles ont à attendre de lui, l'Autriche a certainement raison de ne pas remettre des mesures nécessaires pour sa défense, dans la seule crainte de se brouiller avec lui quelques mois plustôt. Je crois même qu'il serait de son intérêt d'aller plus loin et de prévenir une attaque à laquelle elle doit s'attendre aussitôt que Napoléon ne sera plus occupé ailleurs, et certainement le moment présent serait le plus favorable pour se défaire du voisinage inquiétant des armées françaises dans les États prussiens et dans le duché de Varsovie; car il ne saurait être difficile à l'Autriche d'écraser les forces françaises qui la menacent de ce côté-là, ou de les chasser des États de V. M., avant que l'empereur Napoléon puisse arriver avec le reste de ses forces, dont il n'a que trop besoin en Espagne . . .

Nachrichten über den Aufstand in Spanien.

Mais quoique tout invite l'Autriche à se prévaloir des chances favorables du moment présent et à prévenir l'empereur Napoléon, qui depuis quelque temps déjà lui cherche querelle, qui doit regarder les mesures prises ici comme ouvertement dirigées contre lui et comme une déclaration de guerre, — je suis persuadé qu'elle laissera passer l'unique moment qui lui reste encore, et qu'elle ne fera la guerre que quand il plaira à l'empereur Napoléon de la leur déclarer . . .

En attendant les mesures qu'on prend ici ont excessivement alarmé le public, des bruits d'une guerre prochaine sont extrêmement accrédités ici, et

le décrédit des billets de banque, qui augmente journellement, en est la suite nécessaire.

En Bohême surtout les camps français en Silésie, les rassemblements des troupes françaises qui se font aux frontières et les propos hostiles que les Français y tiennent ouvertement contre l'Autriche avaient mis une telle alarme que le comte Vincent Collowrath, qui y commande, avait déjà ordonné la concentration de tous les régiments d'infanterie et de cavalerie et même fait avancer quelques troupes vers la Silésie, ce qui a beaucoup déplait à la cour. Il est clair en attendant que le gouvernement partage les inquiétudes du public à l'égard du rassemblement des troupes françaises en Silésie et qu'il craint extrêmement de voir tomber au pouvoir des Français les trois forteresses occupées par les troupes de Votre Majesté. Déjà précédemment, lorsque le baron de Stein m'avait chargé de demander des grains pour l'approvisionnement de ces forteresses, je m'étais clairement aperçu de ces inquiétudes, et maintenant qu'il se trouve ici une personne chargée de ces achats, le comte de Stadion, s'étant trahi par des questions réitérées à cet égard, je me suis servi de la crainte de voir tomber ces places, qu'il me témoignait si ouvertement, pour le porter à nous faciliter l'achat et l'exportation d'une quantité considérable de grains et autres objets nécessaires pour leur approvisionnement, en lui prouvant qu'il était maintenant plus encore de l'intérêt de l'Autriche que du nôtre que ces places ne tombassent point au pouvoir de la France. Le comte de Stadion, ayant demandé nouvellement encore, si V. M. ne Se verrait pas obligée de livrer ces places dans le cas que l'empereur Napoléon le demandât catégoriquement, j'ai cru devoir répondre que, quoique je ne connusse pas Ses intentions d'une manière précise, je croyais cependant m'apercevoir que V. M. Se refuserait hautement à une demande pareille, n'étant guère probable qu'on ferait autant de dépenses pour l'approvisionnement de ces places, si on croyait devoir les perdre. Je supplie V. M. de me munir des instructions les plus précises sur cette importante affaire, puisqu'il pourra devenir nécessaire qu'on rassure le gouvernement autrichien tant à cet égard qu'au sujet des craintes qu'on a ici que V. M. pourrait être forcée de joindre Ses troupes aux armées françaises dans le cas d'une rupture entre l'Autriche et la France. Il serait à souhaiter aussi que V. M. me fasse connaître d'une manière bien précise Ses intentions à l'égard des forteresses dans le cas que l'Autriche voudrait s'en emparer, certainement pas pour les garder, mais pour ne pas les laisser aux Français, ce qui pourrait facilement arriver, si une guerre entre l'Autriche et la France avait lieu.

215. Der König an Finkenstein.

Königsberg,
7. Juli 1808.

Antwort auf die Depesche vom 18. Juni.

J'avoue que la cour de Vienne s'étant non seulement abstenue de témoigner son intérêt efficace à la Prusse durant la guerre, mais ayant de plus, après la paix conclue, différé si longtemps de lui donner quelque signe de vie, je suis surpris d'une question à laquelle un cabinet ne peut se croire autorisé que par des relations étroites et suivies.

Der Gesandte hätte einfach auf die Verpflichtungen und die Rechte hinweisen sollen, die sich aus dem Tilsiter Vertrag für Preußen ergeben.[1]

Je suis résolu de remplir les premières avec la fidélité la plus scrupuleuse, mais je le suis également à m'opposer autant qu'il sera en mon pouvoir à toute prétention qui y serait contraire. Jusqu'ici nulle demande dans le sens indiqué ne m'a été faite. Je ne puis donc rien dire encore sur le cas gratuitement supposé, où, sans doute, tout dépendrait des circonstances d'alors et de la situation où je me trouverais, et vous sentirez d'ailleurs facilement vous-même, qu'avant d'entrer dans les explications qui y sont relatives, il m'importe de connaître, au juste, quel est positivement l'état des choses entre la France et l'Autriche, quelles sont les prétentions, les ouvertures et les propositions directes et officielles de la première et les relations actuelles de la dernière avec la Russie. Jusqu'ici l'Autriche a gardé envers moi le plus profond silence sur tous ces points et il n'y a par conséquent aucune raison pour que de mon côté je me prononçasse dès aujourd'hui sur le parti futur, que seul le développement des circonstances peut m'indiquer.

216. Finkenstein an den König.

Wien,
9. Juli 1808.

Dechiffrirt Königsberg,
am 27. Juli 1808.

Fortgang der Rüstungen.

Ces mesures sont poussées avec une énergie que je n'aurais jamais cru ce gouvernement capable et que je dois surtout attribuer aux trois Archiducs qui en ont la direction. La nation se prête avec un enthousiasme et une bonne volonté sans exemple. On a déjà le nombre suffisant pour les premiers bataillons de réserve, dont les seconds seront formés le 15 de ce mois, et le concours pour se faire inscrire dans les milices surpasse toute idée. J'ai vu les listes de plusieurs cercles, et ordinairement il y a outre le nombre requis plus que le double qui s'est offert à prendre les armes. On serait en état, comme je sais de science certaine, d'avoir au-delà d'une million d'hommes de milices (Nr. 219),

mais on s'est borné pour le moment à 500 milles, n'ayant pas assez d'armes pour ce nombre même, quoiqu'on fasse la liste des fusils de particuliers et que toutes les fabriques d'armes travaillent jour et nuit, dont une entre autres, à Vienne, fabrique par semaine 3500 fusils.

Von den geheimen Verhandlungen mit Rußland, die Stadion am 10. Juli durch das Gespräch mit dem Fürsten Kurakin einleitete (S. 196), hat Finkenstein keine Kenntniß erhalten.

Anmerkung: Die schriftliche Erklärung, welche Stadion am 14. Juli dem russischen Gesandten überreichte (S. 197), lautete nach einer Abschrift im Wiener Hof- und Staatsarchiv folgendermaßen:

Ne me souvenant pas exactement du passage relatif à la paix avec la Porte Ottomane, je me permets de rappeler ici en peu de mots ce que j'ai eu l'honneur de dire à ce sujet dans la conférence du dimanche. C'était l'assurance positive que la cour de Vienne souhaitait aussi vivement que sincèrement le rétablissement de la paix entre la Russie et la Porte, que la proposition de conserver dans cette paix à la première les possessions turques qu'elle occupe dans ce moment par ses armées, ne serait pas de raison pour notre cabinet de traverser de quelque façon que ce soit, une œuvre aussi désirable et aussi salutaire; que l'Autriche aurait à la vérité dans une telle stipulation plus d'un intérêt à consulter, entre lesquels j'ai cité la possession de la petite Valachie qui nous avait appartenue jusqu'à la paix de Belgrade; mais que ces intérêts ne pouvaient devenir que l'objet de pourparlers amicaux entre les deux cours impériales et n'influeraient pas sur notre conduite à l'occasion de la paix à laquelle nous serions au contraire charmés de contribuer avec la meilleure volonté.

217. Finkenstein an den König.

Wien, 16. Juli 1808. — Dechiffrirt Königsberg, am 29. Juli 1808.

Demonstration gegen den französischen Consul in Triest.

. . . Deux jours après le séjour de l'archiduc Jean dans cette ville, pour y former les milices, le peuple, et principalement ceux qui s'étaient fait inscrire dans ces corps se sont attroupés devant la maison du consul français et, sans cependant en venir à des voies de fait, ont insulté tant le Consul que tous les négociants de sa nation établis dans cette ville. Des cris de »vive François II!« et »la mort à Napoléon!« n'ont pas discontinué pendant trois heures, sans que les autorités civiles et militaires y aient mis le moindre empêchement, croyant peut-être ne pas devoir s'opposer à un enthousiasme aussi louable; conduite qui ayant donné lieu à ces excès ne saurait être que hautement désapprouvée par le gouvernement, auquel l'ambassadeur de France, qui en est extrêmement fâché et embarrassé, a porté hier des plaintes amères. Cet ambassadeur m'a parlé hier à cette occasion avec aigreur de la conduite de l'archiduc Jean, qu'il accusait quoiqu' absent d'avoir donné lieu à ces désordres . . .

218. Finkenstein an den König.

Wien,
30. Juli 1808.

Die Kaiserin; kriegerische Stimmung; Erzherzog Karl.

. . . Je dois répéter ce que j'ai déjà dit dans mes autres rapports, que l'Impératrice, qui développe tous les jours le talent éminent qu'elle possède pour régner, est l'âme de tout ceci, conseillée par ses frères et d'autres personnes à talent dont elle a su entourer l'Empereur. Comme elle est parvenue déjà à gagner tous les cœurs ici, on espère d'elle aussi qu'elle disposera les Hongrois à entrer dans les vues de la cour sans les lenteurs et les intrigues ordinaires. Certainement lorsqu'on a pris ici la résolution de s'armer, on n'a pensé qu'à se mettre en état de défense, mais j'ai prévu alors déjà que le poids de ces armements entraînerait vers la guerre. Le grand succès avec lequel on est parvenu à exécuter toutes les mesures qu'on a cru devoir prendre, donne lieu à des velléités guerrières, même parmi les personnes influentes qui se montrent très ouvertement. Plusieurs personnes, même des entours de l'archiduc Charles, ne cachent point leur opinion qu'on devrait se servir du moment et attaquer les armées françaises en Silésie et en Pologne avant que l'empereur Napoléon ait pu soumettre les Espagnols; l'armée et le public partagent la même opinion (S. 198) et sont animés du meilleur esprit possible, ce qui s'est montré très clairement ces jours-ci, lorsque le bruit s'était répandu que l'empereur Napoléon, sur la nouvelle des armements de l'Autriche, retirait son armée de l'Espagne et abandonnait ce royaume à son sort pour tourner ses armes de ce côté-ci, bruit auquel le public croyait, sans montrer le moindre découragement, mais que l'empereur Napoléon lui-même a démenti par l'envoi du roi Joseph à Madrid . . .

219. Finkenstein an den König.

Wien,
6. August 1808.

Zahlenangaben über den Bestand der Milizen und der Armee.

. . . Les esprits sont certainement montés à la guerre ici, et je dois confirmer tout ce que j'ai dit à l'égard de ces dispositions et de succès qu'ont eu les grandes mesures adoptées ici (Nr. 216); seulement on était trompé sur le nombre des milices déjà rassemblées qu'on faisait monter à 400,000 hommes. Mes recherches que j'ai été en état de poursuivre ces jours-ci, où j'ai été assez heureux de voir les listes, m'ont convaincu que le nombre des milices ne monte pour le moment qu'à 150,000 hommes, mais qu'on a le projet de les augmenter jusqu'à 400,000 et même dans la suite jusqu'au double; on est même mécontent dans le public que le gouvernement n'ait pas exécuté tout de suite cette

mesure plus en grand, ayant dû renvoyer et mécontenter un nombre énorme de monde qui voulait se faire inscrire encore, mais dans ce moment même, en comptant les milices à 150,000, les réserves à 120,000, où elles seront portées incessamment, et en évaluant l'armée à 300,000 hommes, ce qui est fort peu dans ce moment où tous les régiments sont bien au-delà du plus grand complet, l'Autriche peut déjà compter à présent presque 600,000 combattants, sans ce que la Hongrie et la Transylvanie devront fournir encore . . .

220. Finkenstein an den König.

Wien, 27. August 1808.

Dechiffrirt Königsberg, am 10. September 1808.

Der Gesandte berichtet über die Vorgänge in Spanien bis zur Flucht Joseph's von Madrid und fährt dann fort:

. . . Ces nouvelles ont produit un grand effet à Vienne et depuis leur arrivée par le courrier, qui n'a cependant pas encore porté la réponse aux dernières répliques de la cour d'Autriche, on observe plus de mouvement ici qu'auparavant. Mais malgré cela il n'existe ici ni plan ni système à l'égard de la conduite à tenir dans le moment présent; tout le monde sent et doit sentir qu'on est allé trop loin pour éviter la guerre qu'on aurait déjà sans la tournure des affaires en Espagne; que le moment présent est le plus favorable que l'Autriche puisse trouver pour attaquer les Français en Allemagne; mais on ne sait pas prendre de résolution à cet égard, on ne se croit pas prêt encore, et je ne crains que trop qu'on laissera échapper le bon moment et qu'on aura la guerre lorsque l'empereur Napoléon le voudra. Du moins il est sûr qu'on n'a pas encore pris son parti et la faute en est principalement à l'archiduc Charles. Ce Prince, qui a eu des velléités guerrières (Nr. 218) et qui en a encore momentanément, retombe toujours dans son apathie habituelle, de laquelle il ne sortira que lorsque l'heureux hasard aura fait prendre à l'Empereur, son frère, un parti vigoureux sans lui et l'aura placé à la tête d'une armée. Il craint la guerre et ne cache pas ses craintes à cet égard, s'étant toujours opposé à la formation des milices; il en montre trop ouvertement son éloignement et a mis par là cette mesure en défaveur auprès de l'armée, ce qui peut avoir des suites fâcheuses en mettant de la mésintelligence entre les milices et les troupes de ligne. Il fait certainement beaucoup de mal par cette conduite et par le pouvoir qu'il ne cesse d'accorder au général Grünne qui le domine, sans être même un de ses favoris . . .

221. Finkenstein an den König.

Wien,
3. September 1808.

Präsentirt Königsberg,
am 22. September 1808.

Napoleon und Tolstoi.

. . . Le comte de Tolstoi a eu une preuve assez convaincante du peu de confiance que l'empereur Napoléon met dans la Russie. Cet Empereur lui ayant témoigné son humeur des armements de l'Autriche, il a feint de croire aux intentions hostiles de cette puissance en disant: »Vous ne voulez pas la guerre; il faudra donc tâcher de forcer l'Autriche à se tenir tranquille; et une armée de 100,000 Russes sur les frontières de la Gallicie pourrait bien l'y engager«. — L'empereur Napoléon a répondu avec humeur qu'il n'en voulait pas et qu'il n'en avait pas besoin. Ce monarque s'est expliqué encore assez franchement vis-à-vis du ministre de Russie sur les affaires d'Espagne en lui disant en propres termes: »J'y ai commis deux grandes fautes, de n'y pas avoir envoyé 300,000 hommes au lieu de 180,000, et d'y avoir commencé les opérations dans une mauvaise saison; mais je saurai les réparer« . . .

222. Finkenstein an den König.

Wien,
17. September 1808.

Präsentirt Königsberg,
am 15. October 1808.

Erzherzog Karl in Preßburg; Erzherzog Johann.

. . . C'est surtout la pusillanimité de l'archiduc Charles qui paralyse tout ici. Ce Prince a déjà fait beaucoup de mal pendant son séjour à Presbourg, il a considérablement abattu l'enthousiasme des Hongrois, en se faisant un devoir de dire tout haut que l'Autriche était plus éloignée que jamais de la guerre. Aussi l'archiduc Jean et les deux frères de l'Impératrice sont on ne peut pas plus mécontents. Les deux derniers, naturellement fort circonspects, ont gardé de se prononcer, mais l'archiduc Jean a quitté Presbourg avec beaucoup d'humeur, sans cacher le mécontentement que la conduite vacillante de sa cour lui inspire; il paraît décidé de ne pas revenir à Vienne et de rester pendant l'hiver en Styrie, où il est adoré du peuple comme du soldat et où il travaille avec ardeur à la formation des milices, de la diminution desquelles il ne s'agit plus, grâce aux trois archiducs qui, en cela au moins, l'ont emporté sur l'archiduc Charles. La milice en attendant est dégoûtée de la défaveur que l'archiduc Charles lui montre, et le bel enthousiasme qui l'animait se perdra entièrement, si d'heureux hasards n'amènent pas une conduite plus ferme ici. On continue en attendant de former les troisièmes et quatrièmes bataillons de réserve, mais pour l'exercice de ces deux bataillons on procède

strictement d'après le règlement, et les deux premiers, après avoir été exercés pendant quatre semaines, ont été congédiés jusqu'à l'année prochaine . . .

Anwesenheit eines englischen Agenten.

. . . Il se trouve depuis peu ici une personne envoyée par le gouvernement britannique qui n'est qu'observateur jusqu'à présent, mais qui est munie, autant que je sais, des pleins pouvoirs les plus illimités pour accorder à l'Autriche, aussitôt qu'elle aura pris un parti vigoureux, tout ce qu'elle pourra demander[1]). Je supplie V. M. de me faire garder le secret à cet égard, puisque mon honneur est engagé que le secret de son séjour ne soit pas divulgué par moi. Le gouvernement en a certainement connaissance, mais fait semblant de l'ignorer . . .

223. Finkenstein an den König.

Wien, 1. October 1808.

Präsentirt Königsberg, am 15. October 1808.

Major Lucey; Stadion über die Beziehungen zu Preußen.

. . . Je me suis abstenu de parler jusqu'ici du séjour du comte de Lucey à Vienne (S. 265), croyant qu'il retournerait sous peu à Kœnigsberg et m'étant proposé de le charger de la dépêche dans laquelle je ferais mention de lui; mais comme la crise du moment, la lenteur des décisions de l'Autriche paraît devoir prolonger son séjour, je ne puis garder le silence à son égard. J'espère que le comte de Lucey me rendra la justice que je l'ai soutenu d'un côté de tous mes moyens et qu'en autant qu'il était possible je lui ai facilité les relations qui lui étaient nécessaires, que de l'autre je lui prédis du premier moment de son arrivée à quel point on était encore éloigné de la guerre (S. 272), et qu'il s'est persuadé par sa propre expérience que j'avais raison et que je connaissais parfaitement mon terrain. La convention conclue entre la France et la Prusse et la conduite contradictoire des troupes françaises dont V. M. sera informée directement et qui paraissent menacer les forteresses, m'ont donné une nouvelle occasion de me persuader de la justesse de mes observations à cet égard. Je me suis persuadé d'un côté que le gouvernement autrichien a la plus grande confiance dans les intentions de V. M., qu'il regarde cet arrangement comme uniquement relatif à l'évacuation de Ses États par les troupes françaises et qu'il est convaincu que V. M. n'aurait consenti à aucune condition contraire au bien général; mais que si même Elle était forcée de souscrire à des conditions pareilles, il plaindrait V. M. d'y avoir été contrainte par la force des circonstances, qui La mettront hors d'état de résister

1) Die fragliche Persönlichkeit war der englische Agent Johnson, der in den Depeschen des Grafen Hardenberg mehrfach erwähnt wird; vgl. Nr. 236.

à la volonté de la France et de la Russie conjointement, si ces deux puissances parviennent à se réunir entièrement, mais qu'un engagement pareil, extorqué par la force, ne saurait L'obliger à rien aussitôt qu'Elle se trouverait en état d'agir efficacement pour le bien général.

224. Der König an Finkenstein.

Königsberg,
5. October 1808.

Wird Österreich abrüsten oder den Moment, wo Napoleon das Gros seiner Streitkräfte in Spanien entwickelt hat, zu einem Angriff auf Frankreich benutzen? Alexander wird in Erfurt Alles thun, um dem Ausbruch des Krieges vorzubeugen.

Les dernières dépêches du prince Guillaume du 15 (Nr. 179) et 16 sont d'un contenu [1]) moins inquiétant, si je peux m'en rapporter aux promesses verbales de l'Empereur, comme la convention même contient des stipulations inexécutables par la grandeur des sommes à payer et les discussions à terminer. Vous pourrez faire confidentiellement, et sous le sceau du secret le plus absolu, part au comte de Stadion de la situation présente de mes affaires, et je me réserve de m'expliquer plus en détail au retour de l'empereur de Russie.

225. Finkenstein an den König.

Wien,
8. October 1808.

Präsentirt Königsberg,
am 24. October 1808.

Politik des Wiener Hofes.

. . . Ici tout se trouve encore dans la même stagnation et dans l'attente des résultats de l'entrevue à Erfurt, et la cour de Vienne paraît avoir remis jusqu'au moment où elle en sera instruite de se décider sur le parti à prendre dans la crise actuelle. Je ne veux pas dire par là qu'on se décidera sur le champ et que l'irrésolution devenue habituelle et presque maladie ici ne retardera quelque temps encore toute démarche active; mais la cour d'Autriche, qui n'ignore pas qu'elle est perdue dans l'esprit de l'empereur Napoléon, qui a trahi par des propos très forts son animosité contre elle, doit se décider tôt ou tard à la guerre, si elle ne veut pas courir à sa ruine, et les dangers qu'elle court sautent trop aux yeux de tout le monde, pour qu'on puisse croire que, malgré l'archiduc Charles et les autres trembleurs, elle ne se déciderait pas avant que l'empereur Napoléon soit parvenu à soumettre l'Espagne, ce qui sera toujours une entreprise très difficile, sinon impossible.

---

1) Die folgenden Worte von Stein eigenhändig dem Concept hinzugefügt.

226. Finkenstein an den König.

Wien,
15. October 1808.

Präsentirt Königsberg,
am 1. November 1808.

Eigenhändiges Schreiben des Kaiser Alexander.

. . . Le prince Kourakine a dû se rendre ces jours derniers à Presbourg pour remettre à l'empereur François une lettre autographe de son maître pleine d'assurances les moins équivoques d'amitié et contenant, à ce qu'on prétend, même l'assurance que jamais on ne se laissera entraîner dans des engagements qui pourraient être nuisibles à l'Autriche. (Vgl. S. 281).

Auf Wunsch Alexander's wird die Ernennung des Fürsten Schwarzenberg zum Gesandten in Petersburg beschleunigt werden (S. 299).

227. Der König an Finkenstein.

Königsberg,
18. October 1808.

Antwort auf Nr. 223.

. . . Je vois avec plaisir par la dernière que la cour de Vienne envisage ma situation sous le vrai point de vue et avec une équité dont je suis reconnaissant, en rapportant mes démarches à la nécessité où je me trouve, réduit de songer sur toutes choses au recouvrement de mes États. Je suis persuadé à mon tour de l'intérêt amical qu'elle prend à me voir obtenir ce but, qui ne saurait être indifférent à aucune des puissances voisines.

228. Finkenstein an den König.

Wien,
22. October 1808.

Präsentirt Königsberg,
am 9. November 1808.

Unerwartete Abberufung Kurakin's; Anerkennung Joseph's von Alexander unterstützt.

. . . Ici le prince Kourakine, — qui contre son attente vient de recevoir l'ordre de se rendre à Paris à la place du comte de Tolstoi, arrivé ici pour se rendre à l'armée russe en Valachie, — a eu ordre d'appuyer avant son départ la demande de l'ambassadeur de France de la reconnaissance du roi Joseph comme roi d'Espagne (S. 280) . . .

Die Antwort die darauf ertheilt werden wird, ist der Prüfstein für die Gesinnungen des Wiener Hofes.

229. Der König an Finkenstein.

Königsberg,
15. November 1808.

Der Gesandte hat unter dem 29. October gemeldet, daß Österreich die Anerkennung des Königs Joseph verweigert habe; mit Bezug auf die Verweigerung reſcribirt der König:

. . . Il faudra voir quelles en seront les suites, mais tout me paraît présager qu'elle n'en aura pas de sérieuses pour le moment, l'empereur Napoléon devant sans doute aller au plus pressé et tâcher avant toutes choses de soumettre les Espagnols, pour revenir ensuite à la charge pour la reconnaissance demandée. L'Autriche de son côté paraît loin encore de vouloir se porter à des mesures extrêmes, et sur ce point je ne puis, d'après toutes les circonstances que vous alléguez, qu'être de la même opinion que vous. Du reste [1]) je suis très éloigné de presser l'Autriche pour des explications catégoriques, mais il m'importe extrêmement d'être instruit de ses véritables intentions . . .

230. Der König an Finkenstein.

Königsberg,
3. December 1808.

Urtheil über die Politik Österreichs.

. . . Je conviens avec vous que la puissance de l'Autriche se trouve actuellement dans une attitude vraiment imposante. Mais je la crois toujours encore simplement défensive, et il faudra des événements tout au moins encore très incertains pour la mettre dans le cas d'un emploi actif de ses forces. Supposé même que, ne pouvant désarmer encore et voulant profiter de sa position actuelle, elle en vienne à mettre sur le tapis des propositions qu'elle jugerait nécessaires à sa sûreté future, il n'est point à dire pour cela que la guerre doive en être la suite infaillible et que de part et d'autre on ne cherche et ne trouve des biais de conciliation (S. 303).

231. Der König an Finkenstein.

Königsberg,
22. December 1808.

Nach Äußerungen, die Napoleon in Erfurt gethan, muß man annehmen, daß er nach den ersten glücklichen Erfolgen seiner Waffen in Spanien mit den Spaniern Frieden schließen werde.

Cette importante considération mettra sûrement le cabinet de Vienne très fort sur ses gardes et le parti contraire à la rupture s'en prévaudra pour soutenir sa thèse. Il paraît donc plus que probable, comme je vous l'ai déjà témoigné, que les mesures de cette cour se borneront à une défensive imposante, et il reste à voir, si dans le cas d'un arrangement des affai-

1) Von hier an bis zum Schluß eigenhändiger Zusatz Stein's in dem Concept.

res d'Espagne, elle serait attaquée elle-même, ou s'i l'on ne parviendra pas à s'entendre, comme dès lors elle y sera propablement disposée. La Russie fera sans aucun doute, l'impossible pour prévenir l'éclat d'une guerre.

IX.

Aus der Correſpondenz des ehemaligen hannöverſchen Geſandten in Wien, Grafen Hardenberg, mit dem engliſchen Miniſter Grafen Münſter in London.

Februar bis November 1808.

(Nach den Originalen des Königlichen Staatsarchives zu Hannover).

---

232. Hardenberg an Münſter.

Wien,
13. Februar 1808.

Stadion hat dem hannöverſchen Geſandten verſichert, daß das öſterreichiſche Cabinet Gewicht darauf lege, ihn in ſeiner Miſſion erhalten zu ſehen, wobei freilich große Vorſicht nöthig ſein wird, um nicht Andréoſſy's Verdacht zu erwecken. Hardenberg bemerkt, daß er ſeit dem Empfang einer miniſteriellen Depeſche vom 7. Auguſt 1807 keine Nachricht von London erhalten habe.

Le mariage de Sa Majesté l'Empereur et les fêtes de tout genre qui l'ont suivi avaient pour quelque temps sinon interrompu la marche des affaires, du moins produit une stagnation et détourné l'attention de tout autre objet, surtout comme à cette même époque l'on était d'un jour à l'autre dans l'attente des résolutions du cabinet de S. M. Britannique relatives à l'offre de la médiation de l'Autriche. Dans ce temps les observateurs n'avaient d'autre champ pour leur activité que de porter leur attention sur l'impression que ferait ce mariage sur les personnes qui en attendaient les résultats avec espoir ou avec crainte. Il est naturel que la famille de l'Impératrice doive se compter parmi les premiers, tandis que surtout l'archiduc Charles est à la tête du dernier parti. L'influence exclusive qu'il commençait à avoir depuis la mort de la défunte Impératrice doit diminuer en raison de celle que gagneront les beau-frères de l'Empereur, entre lesquels surtout l'archiduc Ferdinand est distingué à juste titre. L'Impératrice est encore trop jeune pour vouloir prendre part aux affaires; mais il n'est pas douteux que l'attachement vrai que l'Empereur a pour elle, et la direction de l'Archiduchesse mère lui feront gagner un crédit qui pourra un jour influer sur les affaires.

233. Hardenberg an Münster.

Wien,
4. Mai 1808.

Politische Lage.

. . . La situation politique de la cour d'ici n'a en résumé pas changé; le système est toujours de temporiser, et pour répéter le mot du ministre, de paraître endormi (S. 193). En attendant l'on travaille sur l'intérieur et principalement la partie des finances. J'apprends que dans une conférence récente la réforme partielle de l'armée et la création d'une milice a été résolue à l'assentiment de l'archiduc Charles, qui s'y était toujours vivement opposé, mais qui enfin en a entrevu la nécessité.

234. Hardenberg an Münster.

Wien,
1. Juni 1808.

Orientalische Angelegenheiten. Die Pforte mißtraut sowol Rußland als Frankreich und setzt ihre Rüstungen fort, weil sie weiß, daß Alexander niemals auf die Erwerbung der Donaufürstenthümer Verzicht leisten wird. Der Czar soll dem Fürsten Ypsilanti ein Jahresgehalt von 180,000 Rubel unter der Bedingung bewilligt haben, daß er seinen Aufenthalt in Rußland nehme. Frankreich wird diese Erwerbung niemals gutheißen, aber es hält einstweilen mit seinem Einspruch zurück.

. . . Il paraît que la France, occupée des affaires d'Espagne et d'Italie, ne sera pas fâchée de voir se rallumer la guerre entre la Russie et la Porte, et l'opinion générale est que ce ne sera qu'après que les deux puissances se seront affaiblies, qu'elle s'érigera en arbitre selon les circonstances d'alors et qu'elle n'attend que cette occasion pour entraîner la cour de Vienne, soit en la forçant de prendre une part active à cette guerre, soit en inondant la monarchie d'Autriche de troupes françaises, sous le prétexte de les faire passer en Turquie, ou de la nécessité d'avoir des armées de réserve près des frontières turques.

Die berühmte Schauspielerin Madame Georges, welche einst die Neigung Napoleon's besaß, ist nach Petersburg geschickt worden, um den Kaiser Alexander mit ihren Reizen zu bestricken und eine ähnliche Rolle dort zu spielen, wie Madame La Chevalier am Hofe des Czaren Paul.

235. Münster an Hardenberg.

London,
25. Juli 1808.

Bestätigung des Empfangs der Depeschen Hardenberg's bis zum 15. Juni.

Ce n'est que depuis trois jours qu'on m'a remis la lettre que vous aviez confiée à M. Adair. Son secrétaire a été retourné à Malte et n'est de là parti

que longtemps après le départ d'Adair, qui est allé aux Dardanelles, pour négocier avec la Porte, qui a manifesté son désir de s'arranger avec l'Angleterre. J'ai fait part au Roi et à M. Canning des propositions, qu'Adair vous à faites à l'égard de la correspondance avec le ministère britannique.

Vos lettres contiennent les uniques nouvelles directes que nous recevons aujourd'hui de la cour de Vienne, et c'est pour cela que je les ai régulièrement communiquées à M. Canning.

Sa Majesté m'a dit à ce sujet qu'il vaudrait mieux de continuer sur le même pied qu'auparavant, et M. Canning, qui est de la même opinion, m'a prié de vous demander s'il serait possible d'acheter une quantité considérable d'armes dans les États autrichiens, que l'on pourrait faire exporter par Trieste. L'Angleterre a fourni tant de mousquets que les arsénaux de ce pays ne suffisent plus à la demande, surtout à cause du grand nombre qu'exige l'Espagne. J'espère que toutes les scènes intéressantes qui se passent en ce pays vous seront connues. Toutes les provinces ont déclaré la guerre à la France, et la paix avec l'Angleterre. L'escadre française à Cadix a dû se rendre le 14 juin aux Espagnols, qui d'ailleurs ont eu plusieurs succès. On les assistera puissamment.

Le général Spencer est près de Cadix avec 5000 hommes. Wellesley a mis à voile le 12 du mois courant avec [1]) ... mille hommes. Le général Moore devait quitter Portsmouth aujourd'hui avec 11,000 hommes. Sous peu il y aura 32,000 soldats anglais, y compris 6000 Hanovriens, et cette armée sera complétée au nombre de 50,000.

On a raison de saisir cette dernière chance qui s'offre, et il est fort à espérer que la cour de Vienne songe qu'il ne lui en restera pas d'autre ci-après. L'on vient de faire des propositions indirectes, mais très avantageuses à la Russie, pour rétablir la paix avec cette puissance (S. 228 vgl. Nr. 236). J'espère que le mésentendu de la Suède n'aura pas de suites. Le roi de Suède a désavoué son ministre en ne voulant pas permettre à nos troupes de débarquer en Suède. Il avait fait plusieurs propositions pour des entreprises offensives, également extravagantes, au général Moore, auxquelles celui-ci devait se refuser. Ceci donna lieu à une conversation, à la suite de laquelle le Roi lui ordonna de ne pas quitter Stockholm (S. 227). Le général non obstant exécuta l'ordre qu'il avait annoncé d'avoir reçu depuis quelque temps, en retirant ses troupes, pour en faire d'après l'expression de la communication faite à cet égard à la Suède, usage ailleurs d'une façon analogue aux intérêts communs des deux couronnes. Quant à l'arrestation de Moore on a demandé des explications au roi de Suède et on vient d'arrêter le payement des subsides. Je crois que cette mesure le calmera et que le tout finira à rappeler

1) Die Zahl fehlt im Dechiffrement.

les ministres respectifs, et à en envoyer de nouveaux. Je fais partir sous une autre enveloppe à l'adresse de M. Rheinfelder[1]) les principales pièces, qui ont rapport à l'affaire d'Espagne. Je dois encore vous dire à ce sujet que le gouvernement britannique ne veut pas se mêler des affaires politiques de ce pays. C'est ce qu'on a répondu au ministre de Sicile, qui a proposé à d'y faire escorter son souverain. Le Roi a approuvé votre voyage à Baden, et je désire qu'il vous fasse beaucoup de bien.

236. Münſter an Hardenberg.

London,
5. Auguſt 1808.

Le secrétaire d'État M. Canning m'ayant offert une occasion sûre pour vous faire parvenir une lettre et m'ayant en même temps témoigné qu'il désirerait que je vous parlasse d'une ouverture indirecte qu'il vient de faire à Son Excellence M. le comte de Stadion[2]) au sujet des événements importants qui ont lieu en Espagne, et de l'avantage qu'on devrait tâcher d'en retirer pour soustraire l'Europe au joug de Bonaparte, je me suis rendu chez ce ministre pour me mettre plus exactement au fait de la nature des propositions qu'on serait disposé de faire à la cour d'Autriche. M. Canning m'a honoré de sa confiance en me faisant lire la lettre que lord Grenville Lewison Gower (ci-devant ambassadeur britannique à Saint-Pétersbourg) a adressée à sa demande à S. E. M. le comte de Stadion, avec lequel il a été lié durant son séjour à la cour de Russie. Cette lettre contient, à la vérité, tout ce qu'on peut dire sur la position respective des deux gouvernements. L'Angleterre reconnaît que la guerre que l'Autriche lui a déclarée n'est que l'effet des malheureuses circonstances du moment, et non de ses véritables dispositions. Elle est persuadée que l'Autriche sent que, tôt ou tard, elle aura à combattre pour son existence et qu'elle n'attend que le moment favorable pour se soustraire à l'influence de Bonaparte: mais elle croit devoir aussi lui rappeler que la perspective d'une issue heureuse d'un combat qui deviendra de jour en jour plus inégal ne saurait dépendre que de la sagesse avec laquelle on profitera du moment, et que la chance que présentent les affaires d'Espagne est peut-être l'unique espoir qui reste à l'Europe.

La manière dont la Grande Bretagne agit envers les Espagnols doit convaincre l'Autriche qu'elle ne témoignera aucun ressentiment envers les puissances qui ont été forcées à se déclarer contre elle, aussitôt qu'elles reconnaîtront leur véritable ennemi. L'Autriche n'a point d'intérêt à discuter avec

1) Der Secretär des Grafen Hardenberg.

2) Dieſe Eröffnungen wurden dem Grafen Stadion durch einen engliſchen Agenten, Johnſon, überbracht (vgl. Nr. 223).

l'Angleterre et la paix peut être rétablie au moment qu'elle se détachera du système que Bonaparte lui a fait adopter. L'Angleterre est cependant bien éloignée de vouloir inciter les puissances continentales à la guerre, à moins qu'elles ne croient elles-mêmes y trouver leur salut.

C'est à peu près le contenu des communications qui parviendront au comte de Stadion. Pour en faire sentir toute l'importance il faudrait vous donner un tableau fidèle des efforts des Espagnols pour leur liberté, ainsi que de ceux de l'Angleterre pour les secourir. Ce n'est que par ce tableau qu'on pourra juger de l'importance de la lutte que Bonaparte s'est attirée par ses procédés perfides. J'ai tâché de vous faire parvenir le premier cahier des pièces qui ont rapport à ces événements et je vous adresse encore aujourd'hui, sous couvert à M. Rheinfelder, les trois premiers numéros que le gouvernement à fait imprimer, afin que vous puissiez les communiquer au comte Stadion (S. 228). Incertain si ces pièces vous parviendront, je vous dirai en peu de mots, que toute l'Espagne est animée du même esprit pour venger son indépendance; que toute la nation s'est armée; que les différentes Juntes, établies dans les provinces, agissent avec prudence et courage, qu'ils ont déclaré la paix avec l'Angleterre, et ont remporté plusieurs victoires sur les Français, dont la première a été la prise de l'escadre qui se trouvait à Cadix. L'Angleterre a de son côté proclamé la paix avec l'Espagne et a déclaré ne vouloir que son indépendance et son intégrité; on l'a secouru de la manière la plus généreuse, non-seulement en lui envoyant des subsides pécuniaires et des armes, mais surtout en expédiant une armée qui se monte déjà au-delà de 30,000 hommes et qui sera portée sous peu à plus de 50,000 combattants. Le Portugal ayant suivi l'exemple de l'Espagne, la chance en devient d'autant plus favorable, et je me flatte de pouvoir vous dire sous peu que l'armée de Junot aura dû céder à l'expédition sous Sir Arthur Wellesley, qui est arrivé le 23 juillet sur les côtes du Portugal.

Vous voyez qu'on s'est engagé, de part et d'autre, dans cette lutte de manière à ne pouvoir plus reculer. Bonaparte ne peut pas se flatter de séduire toute une nation comme il a séduit des ministres, et cette guerre nationale prend un caractère différent des guerres précédentes. Les petits corps français ne sauront tenir contre la multitude des masses qui les entourent, et une grande armée réunie ne pourra se nourrir au milieu d'un peuple insurgé. Ceci offre la garantie aux puissances qui voudraient faire une diversion en faveur des Espagnols, qu'un changement soudain ne pourra pas jeter tout le poids de la guerre de leur côté. Il faudrait encore considérer l'avantage qu'on pourrait tirer en ce moment de l'effet que les procédés de Bonaparte envers le pape doivent produire sur les peuples catholiques et surtout du ressentiment que la majeure partie de l'Allemagne porte contre son oppresseur.

Rien ne serait plus heureux que si on pouvait ramener en ce moment la

Russie. On vient de lui faire de la part de l'Angleterre les offres les plus désintéressées. Cette communication ayant été faite d'une manière indirecte, la lettre de lord Lewison Gower n'en a pas fait mention; mais je crois qu'il doit être intéressant pour le comte de Stadion de connaître, à peu près, la nature des ouvertures qu'on a faites à cet égard, et je vous prie de communiquer à Son Excellence, en me rappelant à Son souvenir amical l'extrait ci-joint de la fin de la dépêche que j'ai adressée à M. de Bremer à ce sujet[1]). Peut-être que la cour d'Autriche pourrait de son côté contribuer au succès de cette tentative pour rétablir la paix dans le Nord, si désirable sous les circonstances présentes.

J'ai joint à la lettre qui contient les pièces relatives à l'Espagne un duplicata de ma lettre du 25 juillet que j'ai expédiée par la Hollande.

In einer Depesche vom 3. September meldet Graf Hardenberg, daß er die Schriftstücke über Spanien und die Abschrift der Weisung an Bremer dem österreichischen Premierminister übergeben habe. Stadion will zunächst die Befehle des Kaisers einholen, ehe er die Eröffnungen des Londoner Cabinets beantwortet.

237. Hardenberg an Münster.

Wien,
10. September 1808.

Erzherzog Carl.

. . . L'archiduc Charles, toujours fidèle à son système pacifique, s'est vivement opposé à l'organisation de la milice, par crainte que cela ne donnât de l'ombrage à la France, et par prédilection pour l'armée de ligne il la voit de mauvais œil (Nr. 222); ces sentiments sont partagés par l'armée, et l'on se prédit que dans l'occasion ces deux corps serviront moins bien ensemble que l'exigeait le salut de la patrie. L'on fait valoir cet argument pour prouver qu'il faut éviter de la mettre volontairement en danger par une guerre offensive, que les entours de l'archiduc Charles redoutent d'autant plus, qu'ils craignent que l'influence que les archiducs Ferdinand et Maximilien, frères de l'Impératrice, auraient occasion de gagner, ne diminue celle de leur prince et n'éclipse en partie sa réputation militaire. Aussi trouve-t-on déjà ici un parti assez nombreux qui convient que l'Autriche peut et doit tirer un grand parti des affaires de l'Espagne, mais seulement passivement, en mettant ce temps à profit pour compléter ses moyens de défense.

238. Hardenberg an Münster.

Wien,
17. September 1808.

Le 8 courant le prince Kourakine reçut un courrier de Pétersbourg à la

1) Leider sind die Nachforschungen nach diesem Schriftstück in dem Wiener Haus-, Hof- und Staats-Archiv ohne Resultat geblieben.

suite duquel il eut le lendemain une conférence très prolongée avec le général Andréossy et fit demander ensuite une entrevue au comte de Stadion, alors encore à Presbourg. Elle eut lieu le 10 à Fischament, à mi-chemin entre Presbourg et Vienne, et il m'est revenu de bonne source que l'office dont l'ambassadeur de Russie s'est acquitté, n'a été rien moins que satisfaisant pour la cour d'ici. Le cabinet de Pétersbourg, entrant tout-à-fait dans les vues de la France et indubitablement à son instigation, a témoigné ici ses vives alarmes sur les armements récents de l'Autriche et a fait de fortes représentations contre toutes mesures qui pourraient amener une rupture avec la France [1]).

239. Hardenberg an Münster.

Wien,
17. September 1808.

Je viens de voir dans ce moment une dépêche ministérielle de Pétersbourg en date du 5 septembre arrivée ici hier soir, qui confirme absolument ce que j'ai mandé dans mon n°. 46 (Nr. 238) sur l'intimité parfaite qui règne toujours entre le cabinet de Russie et la France [2]). Sur des bruits qui s'y

---

1) Die ruſſiſche Note, um die es ſich hier handelt, enthielt die Erwiederung Alexander's auf die Anträge, die Stadion am 10. Juli dem Fürſten Kurakin gemacht hatte (Nr. 216). In dieſer Note ſagte der Czar mit Bezug auf die Rüſtungen Öſterreichs:

Nul n'est meilleur juge des intérêts de l'Autriche que le cabinet de Vienne. Mais l'empereur François connaît ma franchise, il a paru l'estimer. Je ne dissimule donc pas que je crains, que ces grandes mesures, au lieu de conserver l'harmonie, pourraient l'altérer. La réserve va succéder à la confiance, le soupçon produira des explications, et ces explications conduiront à la guerre, qu'on a tant d'intérêt d'éviter.

L'armement est fait; il a réveillé l'attention. Il ne reste qu'à souhaiter que le cabinet de Vienne, marchant dans les principes de sa propre sagesse, écarte et atténue ce que cette mesure peut produire d'inimitié et qu'il dirige sa sollicitude à conserver la paix dont il a recueilli le fruit. Représentez-lui que je le désire avec ardeur. La paix de Tilsit, que j'ai contractée, ne peut-elle avoir ses engagements? Placez avec discrétion cette remarque dans vos conversations. Tant que la France et l'Autriche resteront unies d'intérêts, ma position n'aura rien qui ne soit parfaitement au gré de mes désirs. Je n'aurai alors qu'à veiller à diriger la puissance que le Ciel m'a confiée à l'avantage et à l'utilité réelle des deux Empires. Je sollicite l'empereur d'Autriche avec tous les droits que me donne une véritable amitié pour lui, de ne rien faire qui puisse changer ce tableau de mes plus étroites relations politiques. (W. St. A.).

2) Ein Auszug aus der Depeſche vom 5. September findet ſich in den Acten des Wiener Archivs. Darin heißt es:

Les affaires en Espagne allant mal, n'est-il pas permis de supposer, que Napoléon serait charmé de les ajourner quelque temps et de tomber avec toutes ses forces sur l'Autriche, et anéantir une des deux seules puissances qui peuvent encore lui donner ombrage en Europe?

Le parti le plus sage pour l'Autriche me paraîtrait donc de rester specta-

étaient répandus d'ouvertures de paix faites par le gouvernement britannique à l'empereur Alexandre, l'ambassadeur Caulincourt avait demandé avec hauteur que non-seulement la cour les démentît, mais prenne aussi des mesures pour que l'on ne puisse à l'avenir pas penser même à la possibilité d'un rapprochement avec l'Angleterre. Le démenti formel n'a pas été donné, mais la cour a cependant renforcé les ordonnances contre les communications avec l'Angleterre, pour donner un gage de sa bonne foi à la France.

240. Hardenberg an Münster.

Wien,
8. October 1808.

Dans ce moment je reviens d'une conférence de deux heures avec le comte de Stadion pour laquelle il m'avait fait secrètement inviter, et c'est à sa réquisition que je dois en partie en rendre compte dès aujourd'hui à Votre Excellence pour qu'Elle en informe Sa Majesté le Roi et le gouvernement britannique; quant aux autres objets de cette conférence, je dois, vu leur importance, dans les premiers jours en faire mon rapport à V. E. par une voie plus sûre. Le comte Stadion a commencé par me dire que tant d'après les nouvelles directes qu'il avait d'Erfurt jusqu'au 1er octobre, que d'après d'autres données qu'il s'était procurées, Napoléon y avait mis en avant le principe si souvent proclamé, que le but des conférences qui y auraient lieu était uniquement une paix générale; que l'empereur Alexandre, séduit par ce beau motif, et tout en croyant qu'il ne travaillait que pour le bien général et en même temps pour celui de l'Autriche, se laisserait entraîner à tout ce que Napoléon lui proposerait, mais qu'en effet il ne s'agissait de rien moins que d'un nouveau bouleversement total du continent qui devait, tout en procurant des avantages momentanés à l'Autriche, finir par l'écraser plus tard, seul but de Napoléon, qui ne tendait qu'à anéantir la seule puissance qu'il croyait encore avoir à craindre sur le continent, et qui l'aurait déjà entrepris, si les affaires d'Espagne ne l'avaient empêché d'employer dès à présent la force: qu'au reste ce projet n'était qu'ajourné et qu'en attendant il comptait en préparer la réussite par les résultats des négociations d'Erfurt, qui en partie roulaient sur l'anéantisse-

---

teur tranquille de la lutte que Napoléon a à soutenir en Espagne. Il sera toujours temps ensuite de prendre le parti que les circonstances suggéreront alors. En suivant cette conduite, l'Autriche m'éviterait la pénible nécessité de prendre fait et cause contre elle, car je n'y suis tenu, qu'autant qu'elle attaquera. — C'est à faire envisager à la cour de Vienne ce point de vue que doivent tendre tous vos efforts. Employez tous vos soins à empêcher de sa part une rupture, qui aurait les suites les plus malheureuses pour l'Europe, engagez-la à attendre avec calme et sagesse l'issue des événements si importants pour le moment. (Vgl. S. 253).

ment de la puissance de la Porte Ottomane en Europe, et sur le rétablissement du royaume de Pologne, peut-être en faveur du grand-duc Constantin. Le système, ajouta-t-il, auquel l'Autriche s'en tiendrait avec fermeté et constance et que dans toutes les communications tantôt orageuses tantôt amicales en apparence avec la France elle avait toujours professé, était de ne rien vouloir acquérir, mais aussi de ne pas céder un pouce de terrain de ce qu'elle possédait. Dans cet état des choses le comte Stadion est persuadé que les deux Empereurs, après avoir arrangé leur plan à Erfurt, feront, ne serait-ce que pour la forme, des ouvertures pacifiques à l'Angleterre et peut-être même voudront lui persuader que l'empereur d'Autriche, en égard des avantages momentanés que le plan susdit pourrait lui promettre, y eût accédé, et il craint que le cabinet de S. M. Britannique ajoutant foi à ces assertions pourrait montrer la facilité dangereuse à entrer en négociation sur de pareilles données; c'est pourquoi il désire qu'en son nom je prévienne par V. E. le ministère britannique que l'empereur d'Autriche s'en tiendra irrévocablement au système ci-dessus énoncé et n'accèdera à aucune proposition contraire au principe sur lequel il est basé, qui pourrait lui être faite en conséquence des arrangements qui se feront à Erfurt . . . Je dois encore ajouter, que quoique S. M. l'Empereur n'ait pas été formellement invité à l'entrevue d'Erfurt, l'on a cependant fait des démarches près de Ses ministres, pour les engager à déterminer leur souverain à s'y rendre [1]).

241. Hardenberg an Münſter.

Wien,
11. October 1808.

Recapitulation des in der vorigen Depeſche behandelten Themas. Stadion giebt die beſtimmteſte Verſicherung, daß Öſterreich nicht auf Eroberungen ausgehe, jede Länderabtretung und jeden Ländertauſch aber auf das Entſchiedenſte verweigern werde.

J'ai tout lieu de croire que la France a déjà fait pressentir de pareilles propositions, le comte Stadion dans la conversation ayant particulièrement appuyé sur ce que l'idée de devoir céder d'un côté pour acquérir de l'autre ne tendait en effet qu'à préparer d'avance la ruine de la monarchie autrichienne, et je me trompe fort si l'idée susdite ne comprenait la cession de la Gallicie contre l'acquisition d'une partie de territoire prise sur les possessions ottomanes. La cour de Vienne est résolue à faire plutôt la guerre que de céder de gré à de telles propositions que, comme elle en est persuadée, on lui fera dès qu'à Erfurt les plans seront finalement arrêtés, et que l'on tentera de faire réussir ici par ses négociations ou par des menaces. Dans la ferme persuasion, où elle est, que la guerre est inévitable, et peut-être aussi dans l'inten-

1) Vgl. Beer „Zehn Jahre öſterreichiſcher Politik" S. 329 ff.

tion préméditée de saisir le premier prétexte pour profiter des circonstances favorables du moment pour la commencer, elle recherche le rapprochement avec l'Angleterre et son assistance, et craint que surtout la Russie, mettant en avant ses idées philanthropiques d'une paix générale ne réussisse, en représentant la cour de Vienne comme portée à faire des sacrifices pour atteindre ce but, à égarer l'opinion du gouvernement britannique sur les vraies intentions de S. M. l'Empereur, et à lui faire entamer des négociations dans un moment où l'Autriche espère des avantages de la continuation de la guerre.

Lage Öſterreichs; Gefahr, daß ſich Alexander von den Vorſpiegelungen Napoleon's verführen läßt.

Stadion ſagt:

Qu'il serait fort possible que dans ces circonstances la cour de Vienne fût forcée à faire la guerre en quinze jours d'ici (S. 299): qu'à la vérité il désirerait pouvoir éloigner encore ce terme jusqu'au printemps, mais qu'heureusement l'on se trouvait ici en mesure de voir même un terme plus rapproché avec tranquillité.

Disponible Streitkräfte Öſterreichs: active Armee mehr als 300,000 Mann, 60,000 Mann Reſerve und 20,000 Mann als Contingent Ungarns zur Verſtärkung der Linientruppen, — dazu die Milizen und die ungariſche Inſurrection. In Betreff des Subſidientractates, den das Wiener Cabinet mit England abzuſchließen wünſche, heißt es weiter:

Il (le comte de Stadion) posa pour base de ses demandes le taux établi dans le traité de subsides de l'année 1805, où la cour de Vienne s'il s'en rappelait bien, s'était engagée à agir avec 300,000 hommes, pour l'armement desquels l'Angleterre avait accordé un premier fonds d'un million et demi et un subside annuel de 4 millions de livres sterling; que l'Autriche voulant ouvrir cette fois-ci la campagne avec 400,000 hommes, ses besoins seraient non-seulement plus grands, mais que surtout il était à désirer que le premier fonds fût augmenté, tant à cause de la hausse des prix de tous les objets d'armement que pour avoir un fonds toujours prêt à la main avec lequel l'on puisse influer sur les opérations du change: que sans un pareil fonds il était à prévoir qu'au moment du commencement de la guerre les billets de banque tomberaient au point que peut-être les frais de la guerre augmenteraient de manière à ôter toute possibilité d'y faire face, ce que l'on éviterait si l'on pouvait par un fonds en numéraire soutenir le papier-monnaie à une valeur proportionnée; que d'après ceci, et tout calcul fait, la cour aurait besoin d'un premier fonds de deux millions et demi, et de cinq millions de livres sterling de subsides annuels.

Stadion fügt noch die Bitte hinzu, daß das engliſche Cabinet eine den erſten Bedürfniſſen Öſterreichs entſprechende Summe nach Malta ſenden möge. Die Abſchickung eines Unterhändlers nach London ſei zur Wahrung des Geheimniſſes einſtweilen unthunlich; um Napoleon zu täuſchen, müſſe das Wiener Cabinet bis zum Ausbruch des Krieges den Anſchein freundſchaftlicher Beziehungen mit Frankreich aufrecht erhalten.

242. Hardenberg an Münster.

Wien,
26. November 1808.

Relation über die Verhältnisse Preußens.

Le manque absolu d'autres nouvelles intéressantes me donne le temps aujourd'hui de m'acquitter d'une réquisition qui m'a été faite, de donner à Votre Excellence un détail circonstancié de la situation actuelle de la Prusse, et de L'informer des communications qui m'ont été faites à ce sujet, et des ouvertures que j'ai été requis de mettre sous Ses yeux pour les faire passer au gouvernement britannique de Sa Majesté le Roi. Toute la monarchie prussienne, après s'être un peu remise de l'abattement dans lequel l'avaient plongée les désastres de son armée en 1807 et le résultat de la paix de Tilsit, et dans la suite exaspérée et poussée à bout par les exactions de l'armée ennemie et les contributions énormes imposées par le gouvernement français — contributions impossibles à payer puisqu'elles montent encore à 29 millions d'écus — n'a songé qu'à se relever de son abaissement, et à pouvoir profiter de quelque heureux événement futur, pour se soustraire au joug qui l'opprime, et au payement de sommes qui, si elles devaient se payer, achèveraient sa ruine, principalement en préparant de nouvelles forces prêtes à coopérer aux efforts que pourraient faire d'autres nations ou même d'autres provinces allemandes, pour reconquérir leur liberté ou pour diminuer la puissance de la France. A ces fins il s'est fait une association de quelques personnes les plus distinguées et des plus marquantes dans l'administration de la monarchie prussienne qui se sont partagées entre elles les différentes provinces, tant celles qui sont encore sous le sceptre prussien, que celles qui en ont été détachées par la paix de Tilsit, pour y diriger toutes les mesures tendantes au but susdit; et résolues comme elles le sont à plutôt recourir seules à la force, dans le cas où d'autres puissances ne les assisteraient pas, que de rester dans l'asservissement actuel, et de se voir ruiner sans espoir par le payement des 29 millions de contribution, elles ont dirigé en premier leur attention sur la réorganisation de la force armée. Le plan est connu et approuvé en entier par le souverain, qui cependant jusqu'ici a voulu paraître l'ignorer pour ne pas, si l'ennemi parvenait à le découvrir pendant qu'il occupait encore le pays, s'exposer lui à peut-être perdre sa couronne, et son pays à des malheurs plus grands qu'il n'en a déjà éprouvé. Par ce même motif aussi le Roi n'a officiellement autorisé encore aucun de ses ministres dans les cours étrangères, dont il pourrait à l'avenir solliciter l'assistance, ni à en donner connaissance, ni à entamer des négociations; ceci est en même temps la raison pourquoi il a différé jusqu'ici de faire passer en Angleterre un agent secret muni de ses pleins pouvoirs, et que c'est moi qui ai été requis à y faire parvenir les premières ouvertures.

Dans la Silésie, province la plus peuplée et la plus riche, mais aussi la plus foulée de la monarchie, le Roi a donné ses pleins pouvoirs à son aide-de-camp le comte de Gœtzen, officier de mérite et d'un attachement reconnu, et il est en même temps la personne de l'association susmentionnée, qui est chargée de l'organisation militaire de cette province. Je suis informé par l'organe d'un agent qu'il a envoyé ici muni de ses pleins pouvoirs dont je joins copie ici, du major comte de Lucey, aide-de-camp du Roi, que la force déjà armée en Prusse et en Poméranie, exclusivement des garnisons de Pillau, Graudenz et Colberg, est de 40,000 hommes et qu'il y a en outre 30,000 hommes déjà organisés mais non armés (vgl. Nr. 252). Les forces de la Silésie, y compris les garnisons de Cosel, Glatz et Silberberg, sont de 19,000 hommes armés; mais ils s'y trouvent de plus passé 50,000 soldats de l'ancienne armée, prêts à rentrer sous leurs drapeaux, et une masse de 20,000 hommes de nouvelle levée, déjà passablement dressée et organisée, mais tout ceci non armé, faute d'armes suffisantes. L'association n'a en même temps pas perdu de vue ni la Westphalie ni la Franconie et croit au moment de l'explosion pouvoir compter sur la reddition de la citadelle et de la forteresse de Magdebourg, ainsi que sur un nombre considérable de vieux soldats prêts à se faire enrégimenter, mais aussi ils sont paralysés par le manque d'armes. C'est ce défaut des objets nécessaires à l'armement et à l'équipement de ce nombre d'hommes déjà organisés en Silésie, qui force le comte de Gœtzen à solliciter au nom du pays l'assistance du gouvernement britannique et qui l'a porté à me faire présenter un mémoire dont ma dépêche contient l'extrait, pour le faire passer en Angleterre, réquisition à laquelle, ignorant en combien ce gouvernement pourrait trouver intérêt à appuyer les efforts de la Prusse, je n'ai pas osé me refuser. D'après le mémoire susdit, les besoins de la Silésie consistent en 60,000 fusils, 5000 chevaux de selle, 1000 chevaux de trait, 3000 selles, 1000 harnais, 3000 paires de pistolets et 2000 sabres, 100,000 aunes de drap et 200,000 ducats pour les achats de grains, poudre, paye d'officiers et soldats etc., et si, comme il est probable, les premiers objets ne pouvaient être fournis en nature, la valeur en est calculée à 300,000 ducats, ce qui porte la somme totale des secours sollicités de l'Angleterre pour la Silésie à 500,000 ducats. Le comte de Gœtzen, prévoyant que la plupart des objets mentionnés ne pourraient être achetés qu'en pays étranger, propose, dans le cas que le gouvernement britannique voulût acquiescer à sa demande, de faire déposer ou assigner les sommes accordées à Vienne à une personne de confiance, qui ne paierait que sur les assignations qu'il donnerait. Le comte de Gœtzen attache surtout la plus haute importance à l'acquisition instante d'un dépôt de 10,000 fusils qui se trouve en Autriche, et que le propriétaire veut vendre à raison de 30,000 ducats en or, et sollicite que le gouvernement britannique voulût du moins en premier assurer cette somme pour empêcher que ces armes ne tombent en

d'autres mains, et pour pouvoir d'abord armer suffisamment de troupes pour garnisonner la forteresse de Neisse, qui vient d'être évacuée par l'ennemi. L'association susdite en dernier se flatte qu'en ne pas différant l'exécution de ses projets agressifs contre ce qui reste de troupes françaises en Allemagne, elle ferait une diversion d'autant plus utile à la bonne cause et aux affaires de l'Espagne, qu'elle forcerait peut-être l'Autriche à prendre promptement part à la guerre, pour empêcher que le théâtre ne s'en établisse encore une fois si près de sa frontière, et elle espère qu'en raison de l'avantage qui en résulterait même pour l'Angleterre, ce gouvernement serait plus enclin à accorder les secours qu'on lui demande. N'étant que l'organe qui par les motifs susdits n'aie pu me refuser à faire parvenir cet exposé à V. E., je dois m'abstenir de tout commentaire, mais m'ayant été assuré en même temps que le roi de Prusse, moins gêné à présent par l'évacuation de son pays, est décidé de se mettre lui-même en avant lors de l'exécution de ces plans, je n'ai pu m'empêcher de suggérer l'idée de demander l'agrément de S. M. le Roi notre maître pour au plus tôt faire passer en Angleterre un agent prussien muni des pleins pouvoirs de son souverain.

X.

Aus dem handschriftlichen Nachlaß des Obersten Grafen Götzen, Flügeladjudanten König Friedrich Wilhelm's III.

Juli bis October 1808.

(Nach den Originalen im Archiv des Großen Generalstabes zu Berlin).

---

243. Allerhöchste Ordre an den Oberstlieutenant Grafen Götzen[1].

Königsberg,
23. Juli 1808.

Mein lieber Oberstlieutenant Graf von Götzen! Die gegenwärtigen Verhältnisse in Schlesien machen es nothwendig, daß Ihr Euch dorthin begebt, und unter dem Vorwande dort das Bad zu gebrauchen, die Angelegenheiten Meiner Truppen leitet. Damit dies jedoch ohne alles Aufsehen geschehe, so werdet Ihr vor jetzt nur das Commando unter dem Generallieutenant von Grawert führen, welcher aber die militärischen Angelegenheiten in den besetzten Provinzen insbesondere leiten wird. Sollten indeß außerordentliche Ereignisse eintreten, oder

1) Unmittelbar nach dem Antritt seiner Mission wurde Götzen zum Obersten ernannt.

die Umstände es erfordern, so autorisire Ich Euch, nach Eurer Einsicht und Überzeugung zu handeln, ohne erst weitere Rücksprache mit dem Generallieutenant von Grawert zu nehmen, oder seine Befehle zu erwarten. Die hier abschriftlich beiliegende Ordre an den Generallieutenant von Grawert zeigt die übrige Bestimmung dieser Verhältnisse. Der Major und Flügeladjudant von Klüx wird, wie Ihr aus dem ebenfalls abschriftlich beiliegenden Befehl ersehen werdet, sich in die Gegend von Cosel begeben und dort, wenn es die Umstände erfordern, das Commando übernehmen. Damit Ihr einige Unterstützung, Eures kränklichen Körpers wegen, habt, so werde Ich den Major und Flügeladjudanten Graf von Chasot ebenfalls nach Schlesien beordern und ihm aufgeben, Euch in Allem zu unterstützen. Eure Anhänglichkeit an Meine Person, Eure erprobte Thätigkeit und Einsicht läßt Mich mit Zuversicht hoffen, daß Ihr die militärischen Angelegenheiten in Schlesien mit Klugheit, Meinen Euch bekannten Ansichten gemäß, leiten werdet; Ich werde dagegen Eure Dienste zu erkennen wissen, und Euch beweisen, wie sehr Ich bin,

Euer wohlaffectionirter König
Friedrich Wilhelm.

Zusatz von der eigenen Hand des Königs:

„Die genauere Bestimmung des Major von Klüx kann vor der Hand noch Anstand haben".

Beilage.

Allerhöchste Ordre an den Generallieutenant von Grawert.

Königsberg,
*) Juli 1808.

Mein lieber Generallieutenant von Grawert! Die jetzigen Verhältnisse zwischen Frankreich und Österreich erregen meine Besorgnisse wegen der schlesischen Festungen und der dortigen Angelegenheiten überhaupt. Dabei fehlt es, wenn Euch die freie Communication benommen würde, an einem Befehlshaber für Mein in Ober-Schlesien befindliches Militär und Festungen. Von der andern Seite würde es ein großes Aufsehen erregen, wenn Ihr jetzt Euren Standpunkt verändern wolltet, welcher übrigens in Hinsicht der Verhältnisse der besetzten Provinzen den Umständen sehr angemessen ist. In dieser Lage finde Ich es für nöthig, den Oberstlieutenant und Flügeladjudanten Graf von Götzen nach der Grafschaft Glatz zu schicken, um in den obenerwähnten Fällen das Commando Meiner dortigen Truppen und Festungen zu übernehmen, und bis dahin die speciellen Angelegenheiten derselben unter Eurem Oberbefehl zu leiten. Da

*) Das Datum ist in der vorliegenden Abschrift nicht ausgefüllt.

dies aber Aufsehen erregen könnte, der körperliche Zustand des p. Graf von Götzen aber ohnehin eines Bades bedarf, so wird derselbe nur allein unter diesem Vorwande dort erscheinen und sich der ihm aufgetragenen Angelegenheiten nur unter der Hand annehmen. Ich glaube, daß hiebei auch der Major und Flügeladjudant von Klüx nützlich sein könnte, wenn er sich noch unvermerkt unter irgend einem Vorwande in die Gegend von Cosel begäbe, damit er die dortigen Angelegenheiten leiten, und wenn Gefahr drohete, dem Generalmajor von Puttkammer assistiren, oder wenn dessen Kräfte die letzten Dienste versagen sollten, an seine Stelle treten könnte. Ihr werdet daher das Nöthige mit ihm in dieser Hinsicht verabreden und die inliegende Ordre sicher zukommen lassen, wobei ich nochmals wiederhole, daß keine Meiner Festungen weder an österreichische noch französische Truppen, welche Umstände auch eintreten möchten, übergeben werden soll.

Ich überlasse Euch nunmehr demgemäß zu handeln und erneuere Euch die Versicherung, daß Ich bin

Euer wohlaffectionirter König
Friedrich Wilhelm.

244. Allerhöchste Ordre an den Generallieutenant von Grawert.

Königsberg,
26. August 1808.

Mein lieber Generallieutenant von Grawert. Obgleich die jetzigen Unterhandlungen mit dem französischen Cabinet höchst wahrscheinlich freundschaftliche Verhältnisse herbeiführen werden, so sollen dennoch die von Meinen Truppen besetzten Festungen nicht an französische Truppen unter keinen Umständen ohne besondere von Mir unterschriebene Befehle an die Commandanten übergeben werden, und diese werden nicht allein für die Erhaltung der Festungen verantwortlich gemacht, sondern auch für die hierzu erforderlichen Vorbereitungen, und Ich trage Euch auf, diesen Meinen allerhöchsten Befehl sowohl dem Obersten Grafen von Götzen als den Commandanten in Glatz, Cosel und Silberberg bekannt zu machen, jedoch mit der Précaution, welche Ich von Eurer Mir bekannten Klugheit erwarten darf.

Friedrich Wilhelm.

245. Major Lucey an den Obersten Grafen Götzen.

Wien,
30. August 1808.

Tous les préparatifs qu'on fait ici ne prouvent rien de plus que la crainte de la guerre; on est très scrupuleux sur tout ce qui pourrait faire naître une autre idée: les ordres sont conçus dans des termes qui n'ont qu'un sens; des réviseurs les étudient; et rien, absolument rien, n'annonce une rupture de la part de cette cour. Cependant j'ai cru m'apercevoir que les grands succès de

la nation espagnole ébranlent la stabilité du système suivi jusqu'à ce jour. J'ai entendu de différentes personnes que cet exemple était le plus beau qu'on pût donner à la nation allemande, et qu'il fallait se mettre à même de s'en servir. L'archiduc Max m'a dit qu'il ferait usage de mes ouvertures quand et partout où l'occasion s'en présenterait; le général Mayer m'a bien plus contenté encore; il désire la guerre parce qu'il la croit indispensable, mais tient à une personne sur laquelle il ne paraît pas compter beaucoup: son désir serait que de tout côté on lui en fît sentir la nécessité, et qu'un chacun répétât à ses oreilles, que si l'on laisse Bonaparte à même de porter toutes ses forces contre la valeureuse nation qu'il combat présentement, il ne vienne cependant à bout de lui imposer la loi, et qu'alors la nation allemande, n'ayant plus d'exemple à suivre, laisserait l'Autriche à la merci de ses forces défendre ses foyers, et n'en attendrait plus le salut qu'elle en espère. A ces fins le général Mayer m'a engagé à voir le ministre Stadion, et s'est offert même à m'en faciliter l'accès: mais je lui ai répondu que je ne pouvais me porter à une démarche qui n'aurait aucun caractère, et pour laquelle d'ailleurs je n'étais point envoyé, qu'on désirait savoir l'intention de l'Autriche, mais non lui en indiquer une (S. 266; vgl. Nr. 246). Il me pria de revenir à cinq heures, et qu'il me ferait faire la connaissance de quelqu'un qui m'écouterait avec plaisir: je fus exact au rendez-vous et je trouvai le colonel Wimpzel, adjudant du prince Charles. La conversation fut à peu près la même, et celui-là voulut que je parlasse l'archiduc lui-même, et m'engagea à rester ici jusqu'à son retour de Presbourg. Je le lui promis, et j'emportai avec moi la ferme persuasion, que ces messieurs étaient pour la guerre. Je fus deux heures avec eux, et ils écoutèrent avec plaisir mon opinion sur le point qui me paraît être le seul sur lequel doivent se diriger les colonnes autrichiennes au cas que l'Empereur résolut la guerre. Ils me firent d'abord quelques objections, et je m'aperçus que je les frappais en condamnant l'idée de croire préjudicier à la résistance des Français en interceptant leur communication avec la France; je leur peignis les Français forts de 180 mille hommes depuis la source de l'Oder jusqu'à son embouchure, et je leur expliquai, autant que je les conçois, toutes les difficultés qu'il y aurait à attaquer ce fleuve de front dans toute la longueur de son lit, tant par la difficulté de le passer, que par la langueur du déploiement le long de cette ligne; mais ils me parurent compter sur nos forteresses: mais lorsque je les eus assurés qu'ils ne les auraient que de vives forces, ils s'entreregardèrent, et je repris la suite de mes idées.

Je leur réitérai donc que débouchant par la Saxe, (ce que je crois fermement être le plan couché sur papier), ils se verraient entre deux feux et entre deux fleuves; que l'armée du Rhin s'avancerait à leur dos, que si leur déboucher se ferait par Glatz ou par Zuckmantel, ils seraient également talonnés par ces mêmes troupes et se verraient eux-mêmes coupés de toutes les res-

sources de leur pays, ce qui leur serait infiniment plus préjudiciable qu'aux Français, qui auraient devant eux une ligne de défense très forte et derrière eux un pays de trois ou quatre millions d'habitants, propres à recruter leur armée, et par conséquent propres à prolonger la guerre au moins d'une campagne; qu'au contraire, que si toutes les forces mobiles de l'Autriche passaient la Vistule sur Sendomir et Cracovie, ils forceraient Davoust à se jeter sur Custrin, et qu'un corps de cinquante mille hommes qui passerait à Troppau et descendrait en Brandebourg, entre monts et Oder, forcerait également les troupes stationnées en Silésie à quitter leur position, et à se replier sur Custrin ou sur Wittemberg; que sur Custrin l'armée vraisemblablement ferait front, et que le gain de la bataille entraînait la ruine de cette armée, vu que le passage de l'Oder leur serait impossible en présence des cinquante mille hommes venus de Troppau sur la rive gauche de ce fleuve, et pourchassés par ceux qui les auraient forcés à tenter cette retraite. . .

Als unterstützendes Moment für seinen Plan hebt Lucey hervor, daß die österreichische Armee, wenn sie ihre Operationsbasis von der Oder und Weichsel nähme, zugleich Galizien in Schach halten und einen Aufstand dieser Provinz verhindern würde.

Je leur peignis le malheureux état du Roi, l'épuisement de ses finances, l'abandon de ses amis, le néant de sa puissance; mais je leur observai, que son peuple plaignait sa misère, l'admirait dans ses malheurs et combatterait avec plaisir pour sa liberté: que l'armée était dans le pays éparse dans les cantons et facile à réunir; que l'étranger chassé au-delà de l'Elbe, donnerait à la Prusse le temps de renaître, et de s'occuper soit de la reprise des forteresses, soit du maintien de l'ordre dans les provinces démembrées ou limitrophes de ses anciens États, soit enfin à coopérer efficacement à l'affranchissement de toute l'Allemagne. . .

Lucey verspricht den österreichischen Officieren die Erzherzöge Carl und Johann in Preßburg aufzusuchen. Erzherzog Ferdinand hält sich in Brünn auf.

246. Lucey an Götzen.

Wien,
31. August 1808.

Au sujet d'une entrevue avec le ministre Stadion, je n'y ai point renoncé; je puis par le canal de quelqu'un autre que le général Mayer me procurer entrée chez lui et j'espère demain en être.

247. Lucey an Götzen.

Wien,
13. September 1808.

J'ai été à Presbourg, où j'ai parlé les archiducs Charles et Jean, j'en ai été infiniment bien reçu. Comme je compte retourner vers la fin de la semaine, je ne dirai rien de ce que j'ai pu conclure de tout ce que j'ai entendu: la seule certitude que je puis avancer c'est que pour ce moment rien n'annonce une

rupture; les régiments sont concentrés, deux camps peut-être se formeront, l'un en Hongrie, l'autre en Haute-Autriche, mais seulement pour exercer. . . Bonaparte doit avoir dit en pleine audience, et en présence de tous les diplomates de l'Europe, qu'il avait commis deux grandes fautes: la première, de n'avoir pas écrasé l'Autriche après la paix de Tilsit, et la seconde de n'avoir pris que 180 mille hommes pour entrer en Espagne (Nr. 221), mais qu'il réparerait ces fautes! Puis, s'étant tourné vers l'ambassadeur d'Autriche, il doit avoir dit: »Votre maître veut me faire la guerre, qu'il y réfléchisse bien! Je m'arrangerai avec la Prusse et je pourrai alors disposer d'un monde infini, habitué à la victoire et qui connaît les plaines d'Austerlitz et le chemin de Vienne«. — Que ce discours caractérise bien l'aveugle arrogance, et l'homme tel qu'il est! Que c'est à tort qu'on lui donne le titre de grand! Il ne fut jamais à mes yeux qu'un homme extraordinaire et il lui manquera toujours, pour un autre titre, les vertus de l'homme honnête, et celles de l'honnête homme.

248. Stein an Götzen.

Königsberg,
23. September 1808.

Vermerk von der Hand Götzen's:
»reçu par le capitaine de Tiedemann
Glatz, 6. October 1808«.

Les lettres que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser me sont parvenues par M. de R(oeder). Nous avons eu depuis l'empereur de Russie ici, et les négociations de Paris se sont terminées le 12 [1]) par la signature d'une convention absolument inexécutable. Déjà les propositions sont rejetées par nous dans les conférences. L'empereur de Russie a réitéré les assurances de son sincère attachement aux intérêts de la Prusse, de sa ferme résolution d'insister sur son évacuation et de lui obtenir des conditions tolérables sur la contribution. Il voit le danger qui menace l'Europe par l'ambition de Bonaparte, et je crois qu'il n'aura accepté l'entrevue que pour conserver encore quelque temps le repos extérieur. Je ne crois pas qu'il attaque à l'Autriche si elle sera en guerre avec la France. Les Français assurent mêmes positivement, dans les négociations avec nos plénipotentiaires, qu'ils sont arrangés avec l'Autriche et qu'ils sont occupés de l'Espagne. Je suis parfaitement convaincu qu'alors eux [2]) seront attaqués par la France.

Les papiers publics français vous auront instruit qu'une lettre que j'avais envoyée au prince Wittgenstein est tombée entre les mains de Napoléon, et il en a tiré parti pour effrayer le Prince et Brockhausen et les obliger à signer une convention absolument inexécutable, tant pour les sommes que pour le

1) Es liegt hier jedenfalls ein Versehen des Chiffreurs vor, denn gemeint kann nur die Convention vom 8. September sein.

2) So im Chiffrement; zu ergänzen ist: les Autrichiens.

mode du payement. La ratification n'a pas eu lieu. On s'attend que l'empereur Alexandre, qui avait également trouvé les conditions inadmissibles, parviendrait à obtenir une diminution de la contribution et les modifications de plusieurs autres articles onéreux, telles qu'une limitation des troupes à quarante-deux mille et sur les personnes des provinces cédées par le traité de Tilsit. Comme il importe à Napoléon de conserver la tranquillité dans le Nord, l'intervention de l'empereur Alexandre pourra être d'efficacité.

Il n'est pas impossible, que l'empereur Napoléon ajournerait les affaires de l'Espagne et attaquerait à l'Autriche, ce qui cependant n'est point vraisemblable, à juger d'après les pièces officielles qu'on vient de lire dans le Sénat, où l'empereur Napoléon s'est expliqué avec chaleur sur la nécessité pour les intérêts de la France de soumettre l'Espagne.

Quant à la conduite que nous avons à observer, elle me paraît très simple. Si l'Autriche commence la guerre, il faudra y prendre une part vigoureuse et former des troupes et des insurrections; en attendant il faut que nous évitons tout ce qui peut donner des soupçons aux Français, qui nous surveilleront maintenant avec une grande exactitude. Le maréchal Davoust est d'ailleurs très vert et violent et nous avons rien à attendre de lui de bon.

Il faut entretenir toujours parmi les troupes et les habitants du pays l'esprit de résistance et des dispositions favorables à se dévouer pour la bonne cause.

Conservez par conséquent vos liaisons avec les Autrichiens, assurez-les dans toutes les occasions que nous sommes disposés à concourir à sauver l'Allemagne et que les bruits que les Français répandent d'une réunion avec eux sont faux.

L'alliance que nous étions décidés à leur offrir le 11. août[1]) n'a point été mise en proposition par le prince Guillaume, parce que avant l'arrivée des dépêches, c'est-à-dire le 24, 25 et 26 août, Napoléon avait déjà fait renouer la négociation.

249. Götzen an Erzherzog Johann und in simili an Erzherzog Ferdinand.

Glatz,
7. October 1808.

Die Gnade, ja ich darf es sagen das Zutrauen, womit mich Euere Kaiserliche Hoheit bei meiner Anwesenheit in Wien beglückt haben, mehr aber noch Höchstihre bekannte große und Deutsche Denkungsart macht mich so dreist, Höchstdenselben beiliegendes Memoire zu überreichen. Ganz von der Lage und Denkungsart meines Hofes und meines Vaterlandes unterrichtet, und nicht ohne Kenntniß der übrigen europäischen Angelegenheiten, kann ich die Wahrheit des

1) Richtiger 12. August, vgl. Actenst. Nr. 170.

Gesagten verbürgen, und glaube nicht nöthig zu haben, die Bitte hinzuzufügen, es zu beherzigen, da ein Herz wie das Ihrige gewiß der Stimme der Wahrheit und der dringendsten Angelegenheit der gesammten Menschheit ganz offen ist; nur der Wunsch sei mir erlaubt, daß, besonders in dem Fall daß Österreich eine vortheilhafte Erklärung seinem Interesse ja noch zuwider halten sollte, Höchstdieselben nur einen solchen Gebrauch davon machen möchten, wodurch nicht allein unser Hof, sondern auch das Schicksal mehrerer Hundert der edelsten Menschen nicht compromittirt werde.

Vermerk am Rande: Abgegangen eodem durch Herrn von Tiedemann.

250. Memoire.

Undatirt,
am 6. oder 7. October 1808 verfaßt (S. 269).

In dem gegenwärtigen Augenblick muß das Schicksal von Europa entschieden werden, ob es in der Cultur und gesellschaftlichen Glückseligkeit fortschreiten oder in Barbarei zurücksinken soll. Preußen macht allerdings nur einen kleinen Theil des Ganzen aus, allein sein gänzlicher Fall, oder was einerlei ist, seine Unterwerfung unter Frankreich, reißt ein Hauptrad aus dem Werke, und giebt der Gegenpartei große Kräfte und Mittel, die er der guten Sache entzieht. Aber es ist auch nicht allein Preußen, es ist das ganze nördliche Deutschland, dessen Kräfte und Mittel mit Preußen hier verloren gehn, um dort zu wachsen.

Bei der Lage, in welcher sich gegenwärtig Europa befindet, sind nur zwei Fälle möglich, der eine: daß Frankreich mit Österreich sich accommodirt, alle Mittel gegen Spanien verwendet, dieses natürlich am Ende unterdrückt, unterdeß sich ganz Deutschland mit Preußen politisch unterwirft, seine Macht dann consolidirt, den letzten Funken von Hoffnung zu einer Befreiung unterdrückt, und dann seine Rache an Österreich ausübt, oder: daß es die spanischen Angelegenheiten ruhen läßt und jetzt schon mit aller Macht auf Österreich fällt.

Diesem letzteren Fall widersprechen zwar die Äußerungen des Kaisers im Senat und die Versicherung, welche er in allen Negotiationen mit anderen Höfen mischt, daß er nämlich von Seiten Österreichs ganz sicher sei. Allein kann nicht auch dieses Maske sein, um Österreich desto sicherer zu täuschen? Wenigstens scheint sich die Nachricht zu bestätigen, daß der größte Theil der aus Deutschland abmarschirten Truppen am Rhein stehen geblieben ist, und der lange Stillstand, welcher jetzt in den Operationen an der französisch-spanischen Grenze stattfindet, macht es nicht unwahrscheinlich, daß Negotiationen stattfinden, welches den Spaniern, die doch nie hoffen können, allein in Frankreich selbst Fortschritte zu machen, nicht zu verdenken ist, wenn sie sehen, daß das übrige Europa ihre heroische Kraftäußerungen nicht benutzt, um seinem Fall vorzubeugen, und sie ohne Unterstützung läßt.

In der Beilage sind die pecuniären Bedingungen des Tractats, welche der Prinz Wilhelm zu unterzeichnen gezwungen wurde, enthalten [1]). Es ist eine völlige Unmöglichkeit, sie zu erfüllen, und da nur dadurch die Räumung der Provinzen effectuirt werden soll, so beweisen sie, daß auch nur der Gedanke dieser Räumung nicht stattfindet, und daß der Tractat nur geschlossen werden sollte, um Rußland zu beruhigen, Österreich zu beunruhigen und Zeit zu gewinnen.

Aber außer diesen pecuniären Bedingungen sind noch andere ebenso unausführbare, z. B. die augenblickliche Entlassung aller Personen ohne Unterschied des Standes und Emploi's, welche nicht aus den noch jetzt preußischen Provinzen gebürtig sind. Dies würde den größeren und unentbehrlichsten Theil aller hiesigen preußischen Staatsdiener betreffen.

Der König hat demnach diesen Tractat zu realisiren verweigert, und der Kaiser von Rußland, der bei der Ankunft des Couriers gerade in Königsberg war und versicherte, daß seine Reise hauptsächlich die Erfüllung des Tilsiter Friedens beabsichtigte, hat es übernommen, andere Bedingungen zu negotiiren. Da der Kaiser von Frankreich jetzt Ruhe im Norden wünscht, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß er wenigstens scheinbar etwas nachgeben, und ebenso wahrscheinlich, daß der Kaiser von Rußland, der wegen des nicht glücklichen Krieges mit Schweden und wegen der innern Verhältnisse Ruhe von außen wünscht, auf die Ratification eines gemilderten Tractats dringen werde. Preußen wird ihn also, und mit ihm seinen Untergang unterzeichnen müssen, wenn nicht, und zwar schleunig, Hoffnung zur Errettung von einer andern Seite kömmt!

Durchdrungen von der Überzeugung, daß nur von dorther Rettung zu erwarten, daß sie aber auch ohnfehlbar sei, wenn Österreich sich der Sache Deutschlands annehmen wollte, sind alle Kräfte mit Energie aufgeboten worden, nicht allein in sich selbst eine beträchtliche Macht aufzustellen, sondern auch die vortreffliche Stimmung in ganz Deutschland zu benutzen. Beiliegendes Tableau (Nr. 250[a]) zeigt die gegenwärtige effective Stärke unserer Armee in Preußen und Pommern; außer diesen sind in Preußen 80,000 Mann schon gediente Leute in der Stille geübt und die Organisation vorbereitet worden, die in 20 Tagen vorrücken können, so wie die Cavalerie sich leicht um ein Dritttheil augmentiren kann. Artillerie ist für 100 Tausend in Bereitschaft.

In und bei den drei schlesischen, mit preußischer Besatzung versehenen Festungen sind gegenwärtig über 11 Tausend Mann, die sich trotz der strengsten Maßregeln der Franzosen täglich vermehren, effectiv unter den Waffen.

In Pommern, den Marken und Schlesien sind die durch den unleidlichen Druck vermehrte Treue einer nicht unkriegerischen Nation und die Mittel, welche allein 70 bis 80 Tausend im Lande zerstreute Soldaten darbieten, durch sich der guten Sache ganz aufopfernde Personen zum allgemeinen Zweck bearbeitet, und

1) Der Inhalt dieser Beilage erhellt aus der Darstellung S. 239.

entscheidende Schläge vorbereitet; Gleiches ist im ganzen nördlichen Deutschland, besonders aber in den abgetretenen preußischen Provinzen geschehen, und die Zügel dieser ganzen Unternehmung zusammengeknüpft worden, so daß es nur eines Winkes bedarf, um die Kraft des ganzen nördlichen Deutschlands von dem Niemen bis zum Rhein zu einem gemeinschaftlichen Zweck zu beleben und zu gebrauchen, welches bei der Schwäche der französischen Truppen in jenen Gegenden zu den entscheidendsten Resultaten führen muß.

Dies sind die Mittel, welche in diesem Augenblick der guten Sache noch zu Gebote stehen, und die man mit der äußersten Energie aufzubieten und aufzuopfern fest entschlossen ist, wenn Österreich noch zeitig genug sich erklärt. Hingegen ist kein Zweifel möglich, daß wenn nicht schon diese Vorbereitungen die Gesinnungen, die Kraft und den Willen bewährten, für alle diejenigen, welche in dieser Angelegenheit verwickelt sind, so wie der erste Schritt geschehen ist, kein Rücktritt mehr möglich ist.

Aber kein Augenblick ist zu verlieren. Mildert Napoleon seine Bedingungen, so muß wahrscheinlich der Tractat, wenn sich Österreich nicht vorher erklärt, in 10 bis 12 Tagen vollzogen werden. Hierdurch wird zwar in den Gesinnungen selbst nichts geändert, und jede künftige Erlösung willkommen sein, allein die Hauptkräfte sind dann gelähmt, der größte Theil, jetzt durch Hoffnung belebt, intimidirt. Es kann nicht fehlen, daß die französische Polizei bald die Haupttriebfedern der Maschine entdeckt, dem Ganzen, welches sie schon ahnt, auf die Spur kömmt; die edelsten Männer der Nation werden das Opfer werden, und die vielleicht einst an ihre Stelle treten, Revolution statt Befreiung bewirken, und bis zu diesem Zeitpunkt der größte Theil von Deutschlands Kräften, der jetzt noch der guten Sache zu Gebote steht, durch tyrannische Mittel zum Untergang Spaniens und Österreichs benutzt werden. Es findet jetzt nur ein gemeinschaftliches Interesse Österreichs und Preußens statt, der Fall des einen zieht früher oder später den Fall des andern unausbleiblich nach sich, folglich muß alles Mißtrauen, alle zeitraubende Negotiationen aufhören, und ich im Namen meines Vaterlandes um eine augenblickliche und bestimmte Erklärung dringen. Der Überbringer, Hauptmann von Tiedemann vom Generalstabe, welcher mir die neuesten Depeschen aus Königsberg überbracht hat, von der ganzen Lage genau unterrichtet worden ist und in jeder Rücksicht das vollständigste Zutrauen hat und verdient, wird die Gründe dieser Forderung näher auseinander setzen, und diese mich entschuldigen.

250a. Tableau über die Stärke der preußischen Armee ausschließlich der Truppen in Schlesien.

Truppen in (der Provinz) Preußen.

Infanterie:

1 Bataillon Leibgarde	800	Mann.
1 stes Ostpreußisches Regiment à $3^1/_2$ Bataill.	2632	„
2 tes „ „ „ „ „	2632	„
3 „ „ „ „ „ „	2632	„
4 „ „ „ à $2^1/_2$ Bataill.	1880	„
1 stes Westpreußisches Regiment à $3^1/_2$ Bataill.	2632	„
2 tes „ „ „ „ „	2632	„
2 tes Brandenburger Regiment à 2 Bataill.	1504	„
1 stes Schlesisches Bataill.	752	„
1 stes leichtes Bataill. v. Schüler	752	„
$^1/_2$ „ „ v. Danielowitz	376	„
7 Garnison Compagnien	490	„
	19,714	Mann.

Cavalerie:

4	Escadrons	Garde du Corps	400 Pferde.
4	„	Ostpreuß. Kuirassiere	400 „
4	„	Littauische Dragoner	400 „
8	„	Leib-Husaren	800 „
4	„	1 ste Westpreuß. Dragoner	400 „
4	„	2 te „ „	400 „
4	„	1 ste Brandenburg. Kuirassiere	400 „
4	„	„ „ Dragoner	400 „
8	„	Ulanen	800 „
2	„	1 ste Brandenburg. Husaren	200 „
2	„	Pommersche Dragoner	200 „
4	„	Neumärkische Dragoner	400 „
2	„	Pommersche Husaren	200 „
4	„	Schlesische Kuirassiere	400 „
4	„	Niederschlesische Husaren	400 „
4	„	Oberschlesische Husaren	400 „
			6600 Pferde.

Artillerie:

10	Compagnien	Ostpreußisches Artillerie-Regiment	1880 Mann.
5	„	reitender Artillerie	940 „
			2820 Mann.

Truppen in Pommern.

Infanterie:

Leib-Regiment Infanterie à $3^1/_2$ Bataill.	2632	Mann.
1stes Pommersches Regiment „ „	2632	„
Regiment Colberg „ „	2632	„
Leichtes Bataill. des 4. Ostpreuß. Regiments	752	„
	8648	Mann.

Cavalerie:

2 Escadrons Pommersche Dragoner	200	Pferde.
2 „ „ Husaren	200	„
2 „ 1. Brandenburgisches Husaren-Regiment. .	200	„
4 „ 2. „ „ „ . .	400	„
	1000	Pferde.

251. Stein an Götzen.

Ohne Datum, (4. od. 5. October 1808).

Vermerk von der Hand Götzen's: »reçu 14. Oct. 1808«.

Je saisis l'occasion sûre qui se présente de vous faire parvenir, Monsieur le Comte, cette lettre; — elle ne peut rien vous apprendre de nouveau, comme tout est en suspens dans l'attente de l'issue de l'entrevue de l'empereur Alexandre. Il est probable qu'il y aura des adoucissements pour les conditions de la convention signée par nos plénipotentiaires, mais on ne peut jamais compter sur une paix durable aussi longtemps que l'Elbe sera la frontière de la France, et ce ne sera que l'union de l'Autriche, de la Russie et de la Prusse qui pourra garantir pendant quelque temps l'existence de ces puissances.

Je désire que vous vous mettez en rapport direct avec l'archiduc Ferdinand, le frère de l'Impératrice régnante, et que c'est à lui que vous fassiez les ouvertures qui vous parviennent d'ici (Nr. 252), comme l'archiduc Charles traînera tout au plus les mesures vigoureuses. Ne pourrez-vous point faire une course en Moravie sur les terres du comte Magna?

Il serait essentiel de faire des contrats pour des armes en Autriche. Ne pourrez-vous point obtenir 20 mille fusils en peu de temps? On veut accorder à tout propriétaire de maison la permission d'avoir des armes, et il faudrait former des dépôts où les achats des particuliers se feraient. On ferait encourager les paysans par les seigneurs, et dans les villes on donnerait plus d'étendue aux „Schützengilden", si vous pouvez faire des contrats pour de bonnes armes à feu. Je pourrais vous faire des avances jusqu'au montant de 50 mille écus, mais il faut avoir les sûretés nécessaires pour que les armes soient de bonne qualité.

Dès que l'Empereur sera de retour et que nous serons instruits du résultat de cette entrevue, je vous ferai part.

On attend le prince Guillaume de retour ici, le Roi veut lui donner la place du ministre de la guerre en commission (S. 123).

Les pitoyables[1], conformément aux besoins du Roi, s'agitent et font tout pour paralyser toutes mesures vigoureuses et fortes. A l'avenir la force des choses les amènera neutres, et il faut s'y préparer.

Je vous envoie, Monsieur le Comte, quelques feuilles de notre gazette. Vous y trouverez un article où il y a des passages qui feront faire la grimace à quelques personnes![2] N'importe! Il faut marcher son chemin et abandonner les résultats à la providence. Ce n'est qu'en montant l'esprit des nations et en le mettant en fermentation qu'on peut parvenir à l'engager à déployer toutes ses forces morales et physiques.

S(tein).

252. Memorandum für Graf Götzen.

Bemerkung von der Hand Götzens:
„Davon ist Gebrauch gemacht
Glatz, 30. October 1808".

Der Graf v. Götzen wird aufgefordert, erneuerte Anträge in Wien zu machen und vorzustellen, daß Preußens Partie jetzt nicht länger zweifelhaft bleiben dürfe, daß es sich entscheiden müsse, wessen Freund es sei.

Die Convention, die Prinz Wilhelm abgeschlossen, ist mehr das Werk des Zwanges als der freien Wahl gewesen, hat ihm jedoch den Rückweg in sein Vaterland geöffnet. Sie enthält folgende Bedingungen, deren Erfüllung für Preußen ohnmöglich ist und daher, verbunden mit der Reise des Kaiser Alexander nach Erfurt, Veranlassung zur Nichtratification gegeben haben.

1. Bedingung der Convention: Preußen zahlt innerhalb eines Jahres größtentheils baar in Paris und in monatlichen Terminen 36 Millionen Reichsthaler;
2. die Preußischen Staaten werden 40 Tage nach der Ratification geräumt.
3. Preußens Armee wird auf 42,000 Mann herabgesetzt. Die Organisation derselben ist bis ins kleinste Detail vorgeschrieben;
4. 12,000 Franzosen behalten die Festungen Glogau, Cüstrin und Stettin besetzt und werden von Preußen unterhalten;
5. alle Militär- und Civilofficianten, die nicht Eingeborne des preußischen Staates, wie er gegenwärtig ist, sollen augenblicklich entlassen werden.

---

1) So lautet das der Chiffre entsprechende Wort, während man ein Substantiv mit der Bedeutung: die Furchtsamen oder Kleinmüthigen erwarten sollte.

2) Vermuthlich handelt es sich hier um die in der Nr. 78 der Königsberger Zeitung vom 29. September 1808 abgedruckten Bemerkungen zu den Kriegsartikeln, vgl. Nr. 269.

Der Brief des Ministers Stein hat wahrscheinlich den letztern Artikel erzeugt. Obgleich der Kaiser Napoleon auf die augenblickliche Entlassung dieses Ministers angetragen hat, so ist er sowohl als alle übrigen Ausländer doch noch beibehalten worden, und dies giebt den redendsten Beweis der Gesinnungen der Regierung. Aber wenn Österreich jetzt keine ganz entschiedene Partie gegen Frankreich nimmt, so dürfte für Preußen doch keine andere Wahl übrig bleiben, als sich an Frankreich anzuschließen, denn die Zeitumstände erlauben kein längeres Schwanken.

Der Kaiser Alexander ist von unsern Unternehmungen gegen Frankreich zufällig unterrichtet. Ohne sich dagegen zu erklären, hat er nur gerathen, sich mit diesen letzten Mitteln nicht zu übereilen (Nr. 252a). Es geht daraus hervor, daß er wenigstens nichts dagegen thun wird, welches auch seine gegenwärtige Lage gar nicht erlaubt.

Preußens Kräfte, mit denen man viel besser, als Rußland, Österreich unterstützen kann, bestehen jetzt wirklich aus über 50,000 Mann regulärer Truppen, worunter über 7000 Mann vorzüglicher Cavalerie, in Preußen und Schlesien 37 Batterien Feldgeschütz zu 8 Piecen, in Preußen 2, in Pommern eine, in Schlesien 3 Festungen, der in Ostpreußen völlig vorbereitete Landsturm von 80,000 Mann, zu dessen Armirung wir 40,000 Gewehre aus England erwarten, und endlich ein in allen Ländern zwischen der Weichsel und dem Rhein organisirter Aufstand, durch welchen nothwendig mehrere Festungen, die jetzt in den Händen der Franzosen sind, fallen müssen. Dieser Aufstand wird durch die preußische Regierung geleitet und erwartet nur eines Winkes derselben, um loszubrechen. An Geld für den Anfang fehlt es nicht, und in der Folge will England, mit dem man in directer Verbindung steht, das Nöthige hergeben.

Preußen wird mit allen seinen Kräften losbrechen, sobald Österreich den ersten, Krieg entscheidenden Schritt gethan hat, ohne Rücksicht auf dessen Erfolg zu nehmen.

Wenn Preußen ganz gewiß über die Absichten Österreichs ist, so kann es sich ereignen, daß es, um Zeit zu gewinnen, die Convention unterzeichnet, jedoch nur in der Absicht, sie nicht zu halten.

252a. General Graf Bubna an den Erzherzog Carl.

(Nach dem Original im Kaiserlich Österreichischen Generalstabsarchiv zu Wien).

Gitschinowes,
11. October 1808.

Bubna berichtet von der „letzten" Zusammenkunft mit Oberst Graf Götzen in der Ottendorfer Mühle (S. 268, 297). Götzen liest eine Note Stein's vor, durch welche er aufgefordert wird, jede Maßregel, die Österreich gegen Napoleon ergreifen würde, kräftigst zu unterstützen und darauf zu dringen, daß Österreich sich bald erkläre (S. 267 und Nr. 248). Die Versicherung, die Götzen abgegeben hat, lautet:

„Daß, wenn Österreich feindselige Schritte gegen Frankreich unternimmt, er

zu jeder Unternehmung, die man ihm unsererseits anweist, bereitwillig und, ohne die Befehle seines Hofes abzuwarten, zu handeln bevollmächtigt sei".

Wolle man auf diesen Antrag eingehen, bemerkt Bubna, so müsse man „das Recht des Stärkeren ausüben und dem König von Preußen vorschreiben, was Österreich ausgeführt wissen wolle".

Die sonst so stolzen und prahlerischen Preußen sind nun so klein, so herabgestimmt, daß sie in diesem Augenblick nur nach Erlösung seufzen, einer in abgemessenem Tone befehlenden Erklärung gern folgen werden.

Nach Götzen's Versicherung will der König, im Fall Österreich mit Frankreich bricht, mit der preußischen Armee über die Weichsel vordringen, sodann nach Umständen gegen die Oder operiren und Danzig mit der aus altgedienten Leuten, die im Lande zerstreut sind, und aus anderen Waffenfähigen schon vorbereiteten Landmiliz bloquiren. General Blücher soll seinerseits von Colberg aus die Bewegungen des Königs secundiren.

Bubna führt dann weiter aus: bis jetzt seien die Streitkräfte, über welche Götzen in der Grafschaft Glatz verfüge, nicht höher zu taxiren als auf 5 Bataillone Infanterie, 3000 Mann, und 400 Pferde. Nach Götzen's Äußerungen sei Preußen bereit sich anzuschließen, auch wenn die österreichischen Waffen anfangs nicht siegreich sein sollten. Es sei zwar nicht ersichtlich, was den Grafen Götzen zu einer solchen Erklärung berechtige, aber sie habe die Wahrscheinlichkeit für sich: der Geist der Factionen scheine in Preußen auf das höchste gestiegen, wie denn der Graf ihm gesagt habe: wenn die Feindseligkeiten begönnen, müßten Köpfe springen; auf der Liste derer, die dem Tode geweiht, stehe obenan der Feldmarschall Kalckreuth.

Ich gestehe, daß diese Confidenz mich unangenehm überrascht hat, denn die Allianzen der Factionen sind immer schwankend. Etwas von dieser Schilderung, die uns den preußischen Staat in einer solchen Krisis wie einstens Polen vor der letzten Theilung zeigt, kann man immerhin auf Rechnung des vehementen Charakters des Grafen Götzen, der nicht selten über die unbedeutendsten Dinge mit ausgesuchten Umschreibungen der Rede spricht, um die Nichtigkeit der Sache zu erheben, und vielleicht auch auf Rechnung einiger anderer Persönlichkeiten setzen.

„Die Einnahme dieses oder jenes Postens nehme ich auf mich", sagt Götzen; dies deute darauf hin, daß er separat agiren wolle. Bei seinem Hang zum Detailkrieg, werde er alle seine Operationen auf „Parteigängerstreiche" einleiten, wie er dies schon 1807 gethan, wo er einen „Lieutenantskrieg" geführt habe.

Durch Unvorsichtigkeit eines jungen Mannes soll der russische Kaiser die Organisation des Aufstandes in den preußischen Staaten und in Norddeutschland erfahren aber nicht mißbilligt, nur den Wunsch geäußert haben, daß man dieses Unternehmen bis auf die letzte Extremität aufschieben sollte (vgl. Nr. 252). Aus diesem Umstand der stillschweigenden Billigung eines wider den eigenen Alliirten directe gerichteten Unternehmens schließt man preußischerseits auf die Änderung des politischen Betragens des Kaisers von Rußland.

253. Lucey an Götzen.

Wien,
14. October 1808.

J'ai présenté le capitaine Tiedemann à l'archiduc (Charles), qui l'a parfaitement bien reçu. Son Altesse S'est exactement informée de tout et prit lecture de votre mémoire (Nr. 250) en notre présence; mais Tiedemann le lui ayant remis un peu trop tôt, il le mit d'abord en poche, mais sur l'objection que l'original nous était nécessaire, il le lut sur le champ et le trouva si bien conçu, si bien raisonné, qu'il dit, voir clair à toute la chose, et qu'il en demandait copie pour pouvoir demain le communiquer à l'Empereur, dans la visite qu'il comptait lui faire le lendemain, à quoi je n'ai pu me refuser.

Sa conversation fut intéressante en ce qu'elle me fit entrevoir qu'il était possible qu'une rupture prochaine vînt combler nos voeux, et qu'il me dit qu'en six ou huit jours il pourrait peut-être me donner là-dessus quelques franches ouvertures, en réponse à la question essentielle de votre mémoire. Dès que le temps sera écoulé, je retournerai chez lui et, s'il est possible, je l'engagerai à mettre par écrit ce qu'il voudra répondre, et Tiedemann partira aussitôt pour vous apporter cette résolution, et si cette réponse est positive et affirmative au sujet de la guerre, j'enverrai Holtey [1]) au Roi.

254. Lucey an Götzen.

Wien,
24. October 1808.

Seit Lucey's Anwesenheit hat die österreichische Regierung beinahe jede Woche ihre Haltung geändert; trotz aller Schwankungen aber wird es zum Kriege kommen; nur den Zeitpunkt und den Kriegsplan sucht das Gouvernement zu verheimlichen.

Mais je puis dire, sur les données les moins douteuses, que l'Italie est le théâtre qu'il choisira. C'est pourquoi jamais nous le porterons à faire parfaitement cause commune avec nous: jamais nous lui ferons prendre pour unique considération le sort de l'Allemagne, et son indépendance. . . Six ou huit archiducs, non établis, lui sont à charge, et l'Italie peut fournir des établissements à tous ces princes . . .

Nous ne pouvons nous déguiser, que la lettre du ministre Stein ne contribue beaucoup à nous exclure de toute confidence. On m'a même tout bonnement répliqué, que si l'on a pu compromettre ainsi les gens qui travaillent

---

1) Einer von den Feldjägern, durch welche die Correspondenzen des Grafen Götzen besorgt wurden.

pour soi, que n'auraient pas à risquer les externes qui voudraient s'y joindre! Que répondre à une telle objection? Nous ne devons donc nous attendre à n'avoir d'ouvertures qu'au moment où l'explosion devra partir; ou bien il faut que le Roi cherche dès à présent à se lier par un contrat avec cette cour; mais je ne conseillerai jamais à Sa M. de Se jeter dans les bras de cette puissance avec le calcul de toutes Ses forces, et de tous les moyens, parce que je suis convaincu que le bien de l'Allemagne et son indépendance n'entrent dans le plan du salut de l'Europe, qui est l'expression dont on se sert communément ici, que comme un détail qui peut en résulter après l'établissement en Italie de quelques frères et beau-frères de la maison d'Autriche; et que si le Roi découvrait toutes les ressources, on lui laisserait tout le poids de la guerre en Allemagne, pour marcher avec 200,000 hommes en Italie. Je sais qu'on peut répondre qu'il en pourrait résulter pour la Prusse un établissement solide entre la Vistule, le Rhin, le Main et la côte: mais je crois qu'il est trop essentiel de prévenir toute altercation au sujet du partage de l'Allemagne, pour ne pas désirer que l'Autriche fixe ses bornes au moment que la Prusse établira les siennes. . .

Aus all' diesen Gründen ist Lucey der Meinung, daß der preußische Staat sich zunächst um die Allianz Englands bewerben müsse, die ihm auch in den Augen Österreichs erhöhtes Gewicht verleihen würde. Von Österreich dürfe man die Wiederherstellung Preußens nicht erwarten: »L'Autriche ne prendra jamais à cœur notre rétablissement; que dis-je! elle ne le prendra même jamais en considération«.

255. Stein an Götzen.

Königsberg,
27. October 1808.

Präsentirt Glatz,
am 9. November 1808.

Je n'ai pas reçu de réponse de vous, Monsieur le Comte, sur mes lettres du vingt-trois de septembre (Nr. 248) et sur celle qui vous est parvenue par M. de Malachowski.

L'entrevue d'Erfurt a abouti, quant à nous, à faire modifier la convention de Paris en tant que la contribution est fixée à cent-vingt millions de livres payables en trois ans et des stipulations en cas d'une guerre contre l'Autriche.

Quant aux affaires générales, les deux Empereurs ont fait des offres de la paix à l'Angleterre, lesquelles cependant ne seront vraisemblablement point acceptées, à moins que la France n'assure l'indépendance de l'Espagne et ne se porte encore à des sacrifices en Allemagne. Je doute que l'ambition fougueuse de Napoléon lui permette de revenir à un système de modération. Il faudrait toujours continuer à entretenir l'esprit publique dans des bonnes dispositions à préparer tout dans l'intérieur par acheter des armes, des

formations masquées du militaire etc., pour qu'en temps de guerre contre l'Autriche on puisse parvenir à briser les chaînes.

J'attends avec impatience de vos nouvelles d'une réponse sur mes lettres antérieures.

XI.

Begutachtende Denkschrift Scharnhorst's zu dem im Februar 1808 von dem Friedensfürsten Godoi gestellten Antrag der Entsendung preußischer Truppen nach Spanien.

März 1808.

Unter dem 8. Februar 1808 meldete der preußische Geschäftsträger in Madrid Legationssecretär Henry dem König: »Le prince de Paz m'a dit: ‚Sa Majesté le Roi de Prusse pourrait nous rendre un grand service, si Elle voulait céder actuellement à l'Espagne 3 ou 4 mille hommes de Ses troupes tant d'infanterie que de cavalerie, ainsi que quelques officiers supérieurs bien habiles et instruits'«.

256. Denkschrift Scharnhorst's.

Ohne Ortsangabe und Datum.
(Zwischen dem 11. und 18. März 1808 in Königsberg geschrieben.)

Bei der Überlassung der Truppen an Spanien würden große und wesentliche Vortheile entstehen; es kommen dadurch Officiere, Unterofficiere und Leute zu Brot, welche ohne die Benutzung dieser Gelegenheit in Mangel und Elend versinken werden. Dazu werden diese Truppen für den Staat erhalten, in Thätigkeit gesetzt und durch Weltkenntnisse und Kriegserfahrungen brauchbare Officiere gebildet.

Aus diesen Gründen scheint es vortheilhaft zu sein, daß Seine Majestät den Antrag des Friedensfürsten geradezu annehmen und dabei erklären lassen, daß Allerhöchstdieselben die Bedingungen nicht bestimmen wollten, unter welchen diese Übernahme geschehen könnte, daß Sie aber glaubten, daß die Verhältnisse, welche der König von Spanien mit den Schweizern getroffen, hier Anwendung finden möchten. Sie setzten indeß hierbei voraus:

1) daß der französische Hof in diese Unternehmung einwilligte und daß von spanischer Seite dazu die Einleitungen gemacht würden;
2) daß die Überlassung auf bestimmte Zeit geschieht, die mit dem Wunsch beider Theile verlängert werden könne;

3) daß die Truppen hier auf Kosten des Königs von Spanien gekleidet, bewaffnet und equipirt werden;
4) daß die Truppen nicht in Afrika und Westindien, also nicht gerade in den ungesündesten auswärtigen Besitzungen Spaniens gebraucht werden.

Neben diesen Erklärungen könnte man den Herrn Henry bevollmächtigen, einen Überlassungstractat auf die Basis von dem mit den Schweizern abzuschließen, bei dem man jedoch gewisse Bedingungen, welche hier noch festzusetzen wären, voraussetzte. Man könnte die Anzahl der Truppen von Seiner Majestät bis zu dem Augenblick der Absendung abhängen lassen, indem man erklärte, daß man die Zahl der Freiwilligen, aus denen diese Truppen beständen, nicht vorher bestimmen könnte.

In Hinsicht der höhern Officiere außer den Regimentern könnte man sich bejahend erklären, aber beide Sachen mit einander als verbunden darstellen.

Es ist übrigens wichtig, solche Demarchen einzuschlagen, wodurch diese Angelegenheit geschwind beendigt wird, und es muß daher die Erklärung jetzt so bestimmt sein, daß darauf ein Tractat abgeschlossen werden kann.

Friedrich Wilhelm war nicht abgeneigt, unter den von Scharnhorst empfohlenen Modalitäten auf den Vorschlag des spanischen Hofes einzugehen: er verfügte am 18. März 1808 an Henry, daß die Angelegenheit in nähere Erwägung gezogen werden solle. Gleichzeitig beschloß der König, sich durch Vermittelung des Prinzen Wilhelm Gewißheit darüber zu verschaffen, wie die Entsendung der preußischen Truppen nach Spanien von dem Cabinet der Tuilerien aufgefaßt werden würde, und da der König den Wunsch hegte, vor jedem weiteren Schritt den Rath Stein's zu hören, so wurde die Depesche an den Prinzen zunächst nach Berlin geschickt, wo Stein damals verweilte, und diesem der Auftrag ertheilt, von dem Inhalt der Depesche Kenntniß zu nehmen und die Absendung derselben nach Paris zu inhibiren, wenn ihm der Gegenstand, um den es sich handelte, irgendwelche Bedenken einflößen sollte. Stein theilte ganz die Ansicht Scharnhorst's; allein als Prinz Wilhelm die Depesche empfing (Nr. 154), hatte es mit der Herrlichkeit des Friedensfürsten längst ein Ende genommen.

XII.

Aus den Cabinetspapieren König Friedrich Wilhelm's III.

März bis November 1808.

---

257. Der König an Bernadotte.

Königsberg,
21. März 1808.

Mon Cousin. Parfaitement instruit de l'intérêt équitable et constant que Votre Altesse manifeste en toute occasion de ma monarchie, je ne puis me refuser au plaisir de Lui en témoigner toute ma sensibilité. D'après Sa façon

de penser je Lui ferais tort en doutant qu'Elle ne veuille également en continuer les heureux effets à la Prusse toutes les fois que les circonstances le Lui permettront, et je La prie en ce cas d'être convaincue d'avance de ma parfaite reconnaissance, ainsi que de l'estime distinguée que je Lui ai vouée. Sur ce je prie Dieu, mon Cousin, qu'il vous ait en Sa sainte et digne garde.

258. Beyme an den König.

Königsberg,
12. Mai 1808.

Euerer Königlichen Majestät heutigen Entscheidung[1], meine Abreise bis zur bald zu erwartenden Rückkehr des Staatsministers von Stein auszusetzen, unterwerfe ich mich ebenso ehrfurchtsvoll, als ich die huldvollen Äußerungen Ihres gnädigen Vertrauens mit dem gerührtesten Dank erkenne. Da aber der Freiherr v. Stein seine Rückkehr von einer Zeit zur andern aussetzt, so werden Allerhöchstdieselben die Bemerkung nicht ungnädig aufnehmen, daß ich besorge, daß derselbe, ohne Allerhöchste unmittelbare Aufforderung, sich noch länger aufhalten lassen kann. Ich wage nicht über den Nutzen oder Schaden seines längeren Aufenthalts in Berlin abzusprechen. Es scheint aber fast, als ob derselbe, indem er das Beste Euerer Majestät und Ihrer Unterthanen zu befördern glaubt, doch wesentlich mehr dem französischen Gouvernement nütze. Ich will ihm damit keinen Vorwurf machen, weil die bisherige Erfahrung gezeigt hat, daß auch der Klügste den französischen Fallstricken nicht hat entgehen können. Alle Thatsachen beweisen aber, daß der Minister dort nachgegeben, was er hier abgerathen und dafür noch nichts als leere Versprechungen erhalten hat. Ich rufe nur die Zurücknahme der Tresorschein-Verordnungen, die Bewilligung der in Colberg in Beschlag genommenen Schiffe und die Übernahme des Verlusts bei der Reduction der Scheidemünze in das Gedächtniß zurück. Das allerschlimmste ist aber, daß, nach Briefen vom 6. aus sehr sicherer Quelle, der Minister gerade in dem Augenblicke der churmärkischen Kammer und den Ständen befohlen hat, von dem bisherigen Widerstande wegen der Läger abzustehen, wo diese Behörden die größte Hoffnung hatten, mit ihrer ausdauernden Festigkeit durchzudringen.

---

1) Beyme hatte am 10. Mai um die Erlaubniß gebeten, sich nach Berlin begeben zu dürfen, da es ihm nicht möglich sei, die Ordnung seiner Familienverhältnisse noch länger zu verzögern. Der König genehmigte das Gesuch am 12. Mai, sprach jedoch den Wunsch aus, daß Beyme die Rückkehr Stein's nach Königsberg abwarten möge. Es hieß in des Königs eigenhändig entworfener Resolution: „Ihre Gegenwart ist von dem größten Nutzen, da Sie der Einzige von den Mich umgebenden Personen sind, der die Verbindung des Ganzen mit seinen einzelnen Theilen vor Augen hat, worauf jetzt so viel ankommt. Sie sind ein Mann, der sich Meines Vertrauens stets vollkommen würdig gezeigt hat, und Sie wissen, daß Ich Sie jederzeit ebenso geschätzt als geachtet habe. Bleiben Sie Ihrer Denkungsart treu, so werden sich Meine Gesinnungen gegen Sie nie verändern".

So läßt also der Minister, dessen Autorität die Franzosen, wo es zum Besten des Staats gereichen kann, nicht anerkennen, sich dazu von ihnen brauchen, die Hindernisse, die sie nicht besiegen können, durch seine Autorität aus dem Wege zu schaffen (S. 169). Euere Königl. Majestät haben dort keinen Minister, sondern nur einen Bevollmächtigten, der sich aber von den Franzosen als Euerer Majestät Minister gegen Ihr Interesse brauchen läßt. Zu gleicher Zeit werden dadurch hier alle Geschäfte paralysirt, und das zu einer Zeit, wo es die höchste Nothwendigkeit ist, die wichtigsten Beschlüsse zu fassen und Einrichtungen auf den Fall einer gänzlichen Erschöpfung aller Ressourcen zu treffen; zu einer Zeit, wo die auswärtigen Angelegenheiten die höchste Weisheit und Besonnenheit in der Berathung und die größte Consequenz und Thätigkeit in der Ausführung erfordern, sich aber in der Hand eines Mannes befinden, der selbst der gemessensten Direction bedarf, und dessen Geschäftsführung ich nicht ohne die höchste Besorgniß vor den Folgen sehen kann. Nicht um meinetwillen, sondern für das heiligste Interesse Euerer Königl. Majestät und des Staats, bitte Allerhöchstdieselben ich, dem Staatsminister v. Stein zu befehlen, vor Ablauf dieses Monats ganz bestimmt zurückzukehren. Ich habe der dringendsten Aufforderungen ungeachtet in der Erwartung der Rückkehr des Freiherrn v. Stein, es immer von einer Zeit zur andern ausgesetzt, Allerhöchstdenenselben mein Anliegen vorzutragen. Die kirchliche Einsegnung meines einzigen Kindes habe ich, mit Besiegung der mächtigsten Antriebe des Vaterherzens in meiner Abwesenheit geschehen lassen; habe nicht geachtet, daß der Minister Euerer Majestät eine Geschäftseinrichtung vorgeschlagen, die meine Wirksamkeit theils ganz von der Willkür eines mir nachstehenden Geschäftsmannes abhängig gemacht, theils auf unwirksames Berathen ohne vorgängige eigene Prüfung und Einwirkung auf die Ausführung beschränkt hat; und endlich habe ich, um alles zusammenzufassen, bei der Überzeugung, wenig oder nichts nutzen zu können, doch aber die Verantwortlichkeit für die Folgen, wenigstens in der Opinion, theilen zu müssen, mein Herz und mein Auge nur auf Euere Königl. Majestät gerichtet, um Ihnen, wenn es möglich gewesen wäre, selbst die leiseste Unannehmlichkeit zu ersparen, die von meiner Seite, wenn auch noch so unverschuldet, herkäme. Das Opfer ist mir leicht geworden, weil die glühendste Dankbarkeit für so viel Huld und Gnade und die innigste Liebe und Verehrung das sonst mit jedem Opfer verbundene schmerzhafteste Gefühl in Wonne verwandelt haben. Nur die jetzt für das Leben und die Gesundheit der Meinigen eintretende Gefahr konnte mich vermögen, jetzt Empfindungen laut werden zu lassen, die ich gern mit in's Grab genommen hätte, wenn ich in einer Lage gewesen wäre, dadurch Euerer Königlichen Majestät und dem Vaterlande einen wesentlichen Dienst leisten zu können. Möchten Euere Majestät mich doch, so wie ich mich jetzt wie im Angesichte Gottes ausgesprochen habe, Ihres Vertrauens und Ihrer Gnade nicht unwürdig finden. Nur dann kann ich die Freudigkeit des Herzens ferner behalten, womit ich in die Vergangenheit blicke.

259. *Der König an Stein.

Königsberg,
15. Mai 1808.

J'approuve très fort Vôtre proposition de confier aux soins patriotiques du ministre d'État de Voss la commission importante que Mr. Sack s'est vu obligé d'abandonner, pour satisfaire les (S. 170, 173) autorités françaises. Je m'abstiens par prudence de toute réflection à cet égard, et je ne puis que déplorer le triste état des choses qui se prolonge malgré toutes les condescendances et tous les sacrifices imaginables jusqu'à un terme qui devra amener à peu près la ruine totale de toutes ressources. Vôtre présence doit sans doute avoir été dans ce moment de crise d'une importance majeure à Berlin; malgré cela la situation également fort critique, dans laquelle nous ne laissons pas de nous trouver içi, la demande également, et Vous me feriez plaisir de ne pas trop retarder Vôtre retour, surtout comme nos moyens pecuniairs tirent à leur fin, et que je crains toujours que, malgré vos espérances, il faudra encore aviser à de nouvelles épargnes. J'admire à la fois le courage, la fermeté et la résignation qui Vous accompagnent dans toutes Vos démarches dans l'attente de résultats heureux, comme autant de sacrifices que Vous portez à l'intérêt général, et j'en reconnais tout le prix.

260. Beyme an den König.

Steglitz,
26. Juli 1808.

Euerer Königlichen Majestät halte ich mich verpflichtet, von einer mit dem vormaligen Staatsminister v. Zastrow bei einem von ihm erhaltenen Besuche gehabten Unterredung Anzeige zu machen[1]). Ich weiß wie Allerhöchstdieselben über den Inhalt derselben mit Recht urtheilen, glaube aber daß Euere Königl. Majestät es nicht ungnädig bemerken werden zu erfahren, wohin die Absichten des Mannes eigentlich gerichtet sind, und wie derselbe sich über die wichtigsten Angelegenheiten des Staats äußert, zumal in letzterer Rücksicht der Umstand, daß ich nie dessen Vertrauen besessen habe, zu der Voraussetzung berechtigt, daß derselbe, wie er gegen mich sich äußert, auch gegen mehrere sich äußern werde, und dieses in Rücksicht seiner Verbindung mit mehreren Franzosen nicht ganz gleichgültig zu sein scheint.

Seine Absicht ist, wie er mir gerade herausgesagt hat, daß Euere Königl. Majestät ihm die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten wieder übertragen sollen. Doch protestirt er gegen jede Folgerung, daß er wirklich Minister bleiben oder Gehalt oder sonstige Belohnung haben wolle. Er will nur, wie er sich vermißt, Euere Königl. Majestät und das Vaterland retten und behauptet überzeugt zu sein, daß nur durch ihn das Mißtrauen, welches Kaiser Napoleon in Allerhöchstdero Gouvernement setze, gehoben werden könne. Nur durch seine einst-

1) Vgl. Pertz II, 191; S. 206.

weilige Zurückberufung an die Spitze der auswärtigen Angelegenheiten könne, wie er behauptet, das Vorurtheil der Franzosen, daß Euerer Königl. Majestät Staatsministerium, wegen der Verbindungen des Staatsministers v. Stein und des General v. Scharnhorst, imgleichen wegen des vormaligen Staatsministers Freiherrn v. Hardenberg, der durch die ihm persönlich attachirten Räthe Nagler und v. Altenstein noch immer Einfluß auf die Geschäfte habe und diesen Argwohn durch die, wenn auch noch so unschuldige Nähe seines Aufenthaltes verstärke, für ein hannoverisch-englisches Ministerium zu halten sei, gehoben werden. Er hat mir als ein ganz außer allen Zweifel gesetztes Factum erzählt, daß der Baron v. Jakobi vor seinem Abgange vom Londoner Hofe dem dortigen Ministerium ein Memoire übergeben habe, worin dasselbe Namens Euerer Königl. Majestät aufgefordert worden, bei dem künftigen Frieden mit Frankreich auf die Wiederherstellung der preußischen Monarchie zu bestehen. Er setzt hinzu, daß dieses dem französischen Gouvernement bekannt geworden und dessen Mißtrauen und Abneigung aufs neue verstärkt habe. Endlich schloß er mit der eindringlichen Aufforderung an mich, seine Ab- und Ansichten zu Euerer Königl. Majestät Kenntniß zu bringen. Alle meine Bemühungen ihm zu beweisen, daß Euerer Königl. Majestät Ministerium ganz und lediglich in dem Geiste des von Allerhöchstdenenselben angenommenen Systems der vollständigsten Aussöhnung und engsten Verbindung mit Frankreich arbeite und nicht den geringsten Anlaß zu jenem, bloß auf zufällige Allgemeinheiten gegründeten Argwohn gebe, vielmehr denselben durch die That widerlege, vermochten so wenig über ihn, als daß ich jene Erzählung von dem Baron v. Jakobi geradezu bestritt. Ich mußte mich zuletzt hinter die allgemeine Ausflucht zurückziehen, daß ich, nachdem ich meine gänzliche Entbindung von allen Geschäften erhalten, mich nicht für befugt halten könnte, über einen so wichtigen Gegenstand an Euere Königl. Majestät zu schreiben, sondern mich nur auf die allerunterthänigste Anzeige beschränken würde, daß er sich über das durch den Vice-Oberstallmeister v. Jagow und den General v. Köckritz im Allgemeinen an Allerhöchstdieselben gelangte Anerbieten näher gegen mich ausgelassen hätte, und daß ich bereit wäre, darüber nähere Anzeige zu thun, wenn Euere Königl. Majestät in dem jetzigen Zustande der öffentlichen Angelegenheiten Sich veranlaßt sehen sollten, solche von mir zu fordern.

Niemand fühlt mehr als ich, wie unangemessen es ist, daß entlassene Staatsbeamten sich immer noch in die Geschäfte eindrängen wollen, und ich finde jede directe oder indirecte Explication, in die Euere Königl. Majestät Sich gegen den v. Zastrow herablassen könnten, sehr bedenklich. Darum habe ich geglaubt meine Antwort so einzurichten, daß jede fernere Explication vermieden und allenfalls auf das Bezug genommen werden kann, was ihm durch den General v. Köckritz geantwortet worden.

261. *Der König an Beyme.

Königsberg,
11. August 1808.

Empfangen Sie zuvörderst meinen aufrichtigen Dank für Ihre gewiß wohl und herzlich gemeinten Glückwünsche. In Betreff der wiederholten indirekten Anträge des General Zastrow kann ich nichts weiter erwiedern, als daß ich mich unter jetzigen Umständen nicht bewogen finde, etwas in meinen gefaßten Beschlüßen abzuändern. Sie haben jedoch dafür zu sorgen, daß meine ablehnende Antwort keinen kränkenden Eindruck auf diesen Mann mache, den ich nicht zu kränken noch zu beleidigen beabsichtigen kann. — Seine Ansichten sind indessen irrig:

1. Hat sich Napoleon nie ungünstig, vielmehr mehreremale günstig über die Person des Ministers Stein geäußert. Daß Zastrow dessen Zutrauen mehr besitze, geht aus nichts hervor. Nicht einmal kann er die Wiedererstattung seiner entzogenen Güter erhalten. — 2. Ist hier niemand etwas von der durch Herrn Jacobi in London übergeben seyn sollenden Declaration bekannt. 3. Die Verhältnisse des General Scharnhorst, der Geh. Räthe Nagler und Altenstein sind Ihnen selbst zu bekannt, als daß sie von mir besonders zu erwähnen wären. So auch die Bewandniß mit dem Minister Hardenberg, der vergeblich um Päße angehalten hat, sich auf seine Güter in der Mark oder im Westphälischen begeben zu dürfen, und dem der General von Zastrow sich gewiß sehr verpflichten würde, wenn er ihm diese zu bewürken im Stande wäre. — Erfordert Napoleon's Politik, Scheingründe zu finden, um sich über Preußen zu beschweren, so werden ihm diese nie mangeln. Preußen hingegen hat keine Aufopferungen gescheut, wiewohl wie bekannt, umsonst, um das Vertrauen Napoleon's zu gewinnen. Es ist also alles geschehen und geschieht noch täglich alles, um dieses zu erreichen, und mehr läßt sich, wie mich dünkt, nicht thun (S. 207).

Daß Sie sich bemühen werden, jederzeit in der Art zu reden, um die Meinungen zu berichtigen, dafür bürgen mir Ihre Grundsätze.

Fr. W.

262. *Der König an Stein.

Königsberg,
16. October 1808 (vgl. Pertz II 257).

Il ne me parait guère douteux que la marche que nos affaires prendront à Erfurt ne soit celle que Vous présumés une fois les ratifications échangées [1]).

1) Stein hatte am 16. October an den König geschrieben: Mr. de Goltz doit craindre quelque espièglerie des suppôts de Napoléen et qu'on ne lui vole ou lui enlève de force ses papiers, c'est la raison de son silence, que Votre Majesté daignera trouver excusable. Il me paraît qu'on peut déjà diviner la marche: les ratifications sont échangées et l'empereur Napoléon n'a plus aucun motif pour se prêter à des adoucissements et il renvoie à Mr. Daru toute l'affaire.

Ce sera toujours une question difficile ou plutôt impossible à resoudre, si on a bien ou mal fait de ratifier. Je dois cependant en cette occasion observer encore que je ne me serais jamais décidé à ce parti si vous aviez été d'une opinion positivement contraire appuyée par des raisonnemens solides (S. 271), car tout ce que j'ai pu dire ou écrire au Cte Goltz à ce sujet avant son départ ne pouvait avoir de suite, comme il est parti d'ici sans avoir été muni de la ratification en question et sans qu'il fut seulement question d'un acte pareil, qui ne fut arretté qu'apres mon retour de Memel et après l'entrée des dépeches posterieures de Paris, commentées par le Coq [1]) : opinion partagée par Vous, qui me fit enfin prendre le parti, par Vôtre conseil, de ratifier in blanco. J'ai jugé utile de répéter içi en peu de mots la marche de cette affaire dont sans doute les suites sont aussi incommensurables d'un côté qu'elles ne l'auraient sans doute été de l'autre, puisque j'ai cru m'apperçevoir dans un de Vos derniers billets que Vous envisagez maintenant un peu différemment la chose. Cependant la confiance que m'inspirent Vos lumières ne me permettoit pas d'en agir autrement.

262a. * Eigenhändige Bemerkung des Königs.

(Vermuthlich an Stein gerichtet).

Ohne Datum,
wahrscheinlich 16. October 1808.

Le début du Comte Goltz à Erfurt, contenu dans la partie ci-jointe de cette dépeche, prouve évidemment que ce ministre avoit très bien saisi le sens dans lequel il s'agissoit de s'expliquer au sujet de l'affaire de la ratification. Je dois ajouter encore que dans ma lettre à l'Empereur de Russie (S. 261) dont il étoit le porteur je dis expressement que je n'avois pas signé encore le funeste traité de Paris, vu l'impossibilité absolue et totale de payer les 140 millions sur lesquels on s'obstine.

263. * Der König an Goltz.

Königsberg,
18. October 1808.

Empfang der Berichte aus Leipzig und Erfurt bis zum 10. October bestätigt.

Je ne sens que trop les grandes difficultés que vous avez rencontré et le danger qu'il y aurait eu, vu surtout la demande et les conseils reiterés et pressants de l'empereur de Russie, à vous refuser plus longtemps à la ratification pure et simple de la convention. Je rends avec plaisir la plus grande justice au zèle et à la sagesse dont toutes vos demarches portent l'empreinte et vous scais particulièrement gré, d'avoir constaté encore, par une déclaration posi-

1) Der König hatte sich am 22. September mit der Königin und dem Kronprinzen zur Truppenbesichtigung nach Memel begeben, von wo er am 25. nach Königsberg zurück-

tive, à l'occasion de l'échange des ratifications, l'impossibilité de remplir les conditions pecuniaires, telles qu'elles avaient été signées à Paris. Il me tarde infiniment de recevoir de votre bouche les détails importans que vous m'annoncez sur votre audience (S. 276). En attendant je ne puis que déplorer le peu d'énergie que vous avez trouvé du coté où j'attendais une intercession animée, qui n'aurait pas manqué d'être efficace.

Das Gerücht von Friedenseröffnungen, die Rußland und Frankreich dem englischen Cabinet gemacht haben, ist in Königsberg bereits bekannt.

264. * Stein an den König.

Königsberg,
18. October 1808 (vgl. Pertz II, 260).

J'ose mettre sous les yeux de Votre Majesté la lettre du Comte de Goltz, d'après laquelle il est d'avis que je me retire entierement du service pour influer en secret du lieu de mon sejour.

L'Empereur Napoléon sera probablement assés occupé par la guerre de l'Espagne pour ne point s'occuper de moi et il sera tranquilisé, si Votre Majesté me prive de la place de confiance qu'Elle a daigné m'accorder.

Ce cas existant Votre Majesté voudra me permettre

1) de lui proposer un plan d'organisation modifié et calculé sur la situation presente des affaires, qu'on mettroit en execution au moment de l'évacuation du païs;

2) de lui proposer la nomination des personnes auxquelles passeroient les fonctions de mon emploi, dans le choix desquelles je pars du principe que Votre Majesté veut reorganiser la monarchie sur les principes de respect pour la liberté des personnes et des proprietes qu'elle a adopté jusqu'ici, et qu'elle veut donner une constitution qui apelle toutes les lumieres et toutes les volontés au secours du gouvernement.

Dans cette nouvelle organisation administrative je pourrois trouver une place qui sans me mettre en evidence m'assure les moïens d'être encore util.

Le Comte Goltz parle d'un abandon absolu à la France, — pourvu que l'exemple des Puissances qui ont suivi ce systeme, celui de l'Hollande, de l'Espagne, de la Sardaigne et de l'Etrurie eut été plus rassurant.

Stein.

265. Hardenberg an den König.

A Braunsberg,
ce 13 de novembre 1808, au matin.

Voici les idées que Votre Majesté a daigné me demander par écrit. J'ai

kehrte. Die dépêches postérieures sind die Berichte des Prinzen Wilhelm und Brockhausen's aus Paris vom 15. u. 16. September 1808 (Nr. 179, 205); die Verfügung, durch welche dieselben beantwortet wurden (Nr. 266), war von Le Coq entworfen worden.

cru ne pas devoir m'arrêter un jour de plus à Brandebourg, afin de ne pas trop attirer l'attention, voilà pourquoi elles Vous parviendront un peu plus tard, Sire, que je ne l'aurais voulu. Votre Majesté jugera sans doute nécessaire de donner quelques instructions dans son temps au baron de Brockhausen relativement tant au renvoi du baron de Stein que du voyage de Pétersbourg.

Il m'est impossible d'exprimer à quel point je suis touché et pénétré des nouvelles marques de Vos bontés et de Votre confiance, Sire. Pourvu que le mauvais temps qu'il faisait avant-hier n'ait pas nui à la santé de Votre Majesté et à celle de la Reine! J'ose Vous supplier, Sire, de vouloir mettre aux pieds de Sa Majesté l'hommage de mon plus respectueux et inviolable dévouement et de l'agréer Vous-même du fond de mon âme avec mes vœux les plus ardents et les plus sincères [1]).

Denkschrift Hardenberg's.

Braunsberg,
12. November 1808.

Um Euerer Königlichen Mäjestät unschätzbarem Vertrauen zu entsprechen und den mir ertheilten höchsten Befehl zu befolgen, wiederhole ich dasjenige hier schriftlich, was ich die Ehre hatte, Höchstdenenselben mündlich über die Gegenstände zu sagen, zu deren Erörterung, Sie mich zuzuziehen, huldreichst geruhten. Ich glaube, mich dabei kurz auf die Resultate beschränken und in Absicht auf die Motive, besonders auf die Charakterisirung der Personen, auf jene mündliche Unterredung ehrerbietigst beziehen zu können. Jedoch erlaube ich mir hier und da einige Zusätze:

1) Es scheint mit der politischen Lage der Dinge schlechterdings nicht vereinbarlich, daß der sonst so verdienstvolle Staats-Minister Freiherr von Stein jetzt an der Spitze der Geschäfte bleibe, vielmehr, so groß auch der Verlust für Euerer Majestät Dienst ist, nicht zu vermeiden, daß er seine öffentliche Entlassung erhalte und sich entfernt von Berlin, in einem andern Ort Euerer Königl. Maj. Staaten aufhalte [2]). Die Idee, als Staatsrath in Dienstverbindung und in der Residenz zu bleiben, möchte noch weit nachtheiliger in Absicht auf die Folgen, die man vermeiden will, wirken, als die Beibehaltung der Stelle selbst. Dieses schließt indessen nicht aus, daß Euere Königl. Maj. das schriftliche Gutachten des Freiherrn von Stein for-

1) Von diesem französischen Übersendungsschreiben hat sich im Geheimen Staatsarchiv nur eine Abschrift erhalten, in der auch die Unterschrift des Verfassers fehlt; der Text der Denkschrift dagegen liegt in dem Original von Hardenberg's eigener Hand vor.

2) Auf ein Schreiben Altenstein's vom 25. November, in welchem mitgetheilt wurde, daß Stein noch immer zögere, sich zum Abschied zu entschließen, antwortete Hardenberg am 27. November aus Marienwerder: „Wie kann ein kluger und rechtlicher Mann so handeln, so verblendet sein?" und in sein Tagebuch schrieb er unter demselben Datum: »Stein lambine et tergiverse toujours encore pour partir«. Vgl. Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte I, 329.

dern können, wo Höchstdieselben es für nöthig finden. Euere Königl. Maj. werden ihm auch vermuthlich eine angemessene Pension gnädigst aussetzen, da er zumal wegen seiner Besitzungen, die in Ländern liegen, welche ganz unter französischem Einfluß stehen, gar nicht gesichert ist.

2) Der Schritt, ihn seiner Dienste zu entlassen, dürfte nicht länger aufzuschieben sein, als bis zu dem Augenblick, wo der Graf von Goltz die gegenwärtige Unterhandlung in Berlin abgeschlossen haben wird (S. 296), weil sonst der widrige Eindruck bei Napoleon immer ärger werden würde.

3) Die Idee eines größeren Staatsraths, dessen Bestimmung Berathung sehr wichtiger Angelegenheiten sein soll, ist an sich gut, aber sie ist secondair.

4) Das Dringendste ist, ein Ministerium einzurichten, das Euerer Königlichen Majestät Höchstdero Befehle unmittelbar vernehme und die Ausführung leite. Dieses würde bestehen:

a) Aus dem Minister für die auswärtigen Angelegenheiten, dem Grafen von der Goltz, dieser leitete die politische Division des Departements selbst; die Division der Hoheits-, Haus- und Familien-, auch der mit dem auswärtigen Departement verbundenen inneren Sachen unter ihm, als Divisionschef, der Geheime Legationsrath Nagler.

b) Aus dem Minister für die Finanzen, bisherigen Geheimen Finanzrath, dem Freiherrn Stein von Altenstein.

c) Aus dem Minister des Innern, dem bisherigen Kammerpräsidenten zu Marienwerder, Grafen von Dohna.

d) Aus dem Kriegsministerium, welches Euere Königl. Maj. schon durch den General von Scharnhorst und als Divisionschef für die Öconomie-Angelegenheiten durch den Grafen von Lottum versehen lassen.

e) Aus dem Justiz-Ministerium, welches der Kanzler Freiherr von Schroetter ebenfalls schon versieht. Die Gründe, warum der Freiherr von Altenstein und der Graf von Dohna zu jenen Stellen vorzüglich zu wählen sein dürften, und dem Kanzler Freiherrn von Schroetter das Justiz-Ministerium nicht zu entziehen wäre, erwähne ich hier nicht, sondern beziehe mich deshalb ehrerbietigst auf meine mündlichen Äußerungen.

5) Die vier erst genannten Minister trügen Euerer Königl. Maj. vereint vor, der Justiz-Minister zu besonders bestimmten Zeiten. Sie versammelten sich unter sich zur Berathung der gemeinschaftlich zu behandelnden Geschäfte, nach Beschaffenheit derselben entweder alle, oder theilweise. Dann leitete jeder seine Partie und wäre dafür verantwortlich.

6) Den Vortrag wegen der neuen Civil-Organisation und die Besorgung Euerer Königl. Maj. höchsten Befehle in Absicht auf diesen Gegenstand würde ich unterthänigst anrathen, dem Freiherrn von Altenstein zu übertragen, welcher damit völlig vertraut ist.

7) Den Ministern könnte freigestellt werden, folgende Personen Vorträge in ihrer Gegenwart, oder im Behinderungsfalle durch Krankheit, Abwesenheit, statt ihrer bei Euerer Königl. Maj. halten zu lassen:

a) Dem Grafen von der Goltz durch den Geheimen Rath Nagler in Sachen seiner Division, oder in Behinderungsfällen, in Sachen der politischen Division durch einen der Räthe derselben.

b) Den Ministern Freiherrn v. Altenstein und Grafen von Dohna durch den Geheimen Finanzrath von Klewitz.

c) Bei Behinderung des Kriegsministeriums werden Euere Königl. Maj. schon Höchstselbst Bestimmung treffen.

d) Inwiefern endlich der Geheime Finanzrath Sack ferner die Vorträge bei Höchstderoselben in Justizsachen zu halten haben werde, wird nach den Umständen leicht festgesetzt werden können.

8) Die Einsetzung und Organisation dieses Ministeriums müßte nothwendig mit der Dienstentlassung des Staatsministers von Stein gleichen Schritt halten und nicht einen Augenblick verspätet werden, damit die Leitung der Geschäfte nicht unterbrochen werde.

9) Sollten Euere Königl. Maj. die Reise nach Petersburg beschließen, so werden Allerhöchstdieselben wohl nur ein durchaus nothwendiges, kleines, vertrautes Geschäftspersonal mit dahin nehmen und befehlen, daß besonders innere Angelegenheiten, die nicht dringend sind, bis zu Höchstihrer Rückkunft liegen bleiben.

10) Die weitere Organisation sowohl der Ober- als der Unterbehörden, der beabsichtigten Nationalrepräsentation, des obenerwähnten größeren Staatsraths u. s. w. wird demnächst von Euerer Königl. Maj. unter Beiziehung Höchstihres Ministerii näher festgesetzt und nach Höchstihren Beschlüssen sodann ausgeführt werden können. Es scheint indessen nöthig, mit der Einrichtung der Stadträthe zu eilen, weil die Erwartungen hierauf sehr gespannt sind. Übrigens nehme ich mir aber die Freiheit, hier die Bemerkung zu wiederholen, wie höchst wichtig es sei, alles was die Theilnahme der Nation an den Angelegenheiten des Staats, an der Vertheidigung desselben ꝛc. betrifft, mit größter Vorsicht zu leiten, damit diese an sich vortreffliche und bei der Lage der Dinge sehr nöthige Sache so sei und bleibe, als es mit einer monarchischen Verfassung zu vereinigen ist, und nicht in etwas Revolutionäres ausarte. Bei der immer drohender werdenden und nicht aus den Augen zu verlierenden Gefahr, daß Napoleon die Vernichtung Preußens beabsichtige, ist Bearbeitung und Benutzung des Nationalgeistes allerdings äußerst wichtig, allein es ist vor allen Dingen nöthig, daß es eine kluge und sehr vorsichtige sei, damit sie nicht ohnerachtet der besten Absichten alles verderbe und in den Abgrund stürze. Ein Haupt-

grundsatz in Euerer Königl. Maj. Politik, über den ich ebenfalls Gelegenheit hatte, mich mündlich näher zu äußern und daher hier in kein weiteres Detail eingehe, muß jetzt meines Erachtens sein, alles Aufsehen sorgfältigst zu vermeiden. Und was macht wohl ein größeres und gefährlicheres Aufsehen, als eine unvorsichtige und unzeitige Bearbeitung des Volkes? Daß dieses aus Liebe und Anhänglichkeit an seinen König und an die Verfassung zu allen Opfern vorbereitet und willig sei, daß man dessen Gesinnungen kenne und wisse, was man von ihm fordern und erwarten kann, daß man in der Stille Pläne entwerfe, wie man seine Theilnahme mit großmöglichster Kraft zu benutzen im Stande sei — darauf kommt es an. Genaue Aufsicht auf Maßregeln einzelner Männer und auf Verbindungen, die mit den reinsten Zwecken dennoch großes unwiederbringliches Unglück herbeiführen könnten, ist diesemnach höchst nothwendig.

11) Zur Ausfertigung Euerer Königl. Maj. ersten Befehle wegen der Einrichtung des neuen Ministeriums schlage ich Höchstdenenselben den Geheimen Rath Nagler unterthänigst vor, so wie ich überhaupt glaube, daß er am besten den Zweck erfüllen wird, in Fällen, wo Allerhöchstdieselben eines besonderen vertrauten Expedienten zu Ausfertigung Ihrer Willensmeinung bedürfen, solche, sowie andre Aufträge zu Euerer Königl. Maj. Zufriedenheit zu besorgen. Er würde dabei des Titels eines Kabinetsraths gar nicht bedürfen. Außer seinen Verhältnissen als Divisionschef bei dem auswärtigen Departement würde er aber noch folgende zweckmäßige Bestimmungen erhalten können:

a) Der alte würdige Präsident des General-Postamts Geheimer Rath von Seegebarth wird schwer zu ersetzen sein, wenn nicht zu diesem in vielem Betracht wichtigen Posten Jemand wieder angezogen wird. Er wünscht sich selbst dazu den Geheimen Rath Nagler. Geruhten Euere Königl. Maj. dem Geheimen Rath von Seegebarth, der jetzt dadurch sehr gekränkt ist, daß auch ihm, wie andern Departementschefs, — meines Erachtens sehr unrecht und unzweckmäßig und zum großen Nachtheil für diese Dienstpartie, der er mit so seltener Geschicklichkeit und Thätigkeit vorsteht, — seine Eigenschaft als solcher genommen worden ist, dieses Departement als Chef zu lassen und ihm, als eine gewiß verdiente Belohnung, den Charakter als General-Postmeister zu ertheilen, zugleich aber den Geheimen Legationsrath Nagler ihm zu adjungiren und diesen zum Vice-General-Postmeister zu ernennen, so würde jene Absicht vollkommen erreicht und das Beste des Dienstes in mehrerer Hinsicht befördert werden. Mit dem auswärtigen Departement steht das Postwesen ohnehin in genauer Verbindung. Die Verhältnisse desselben zu jenem und zu den übrigen Ministern werden auch nicht schwer zu bestimmen sein.

b) Würde der Geheime Legationsrath Nagler dazu geeignet sein, die geheime

Polizei in der erforderlichen Verbindung mit dem Minister des Innern zu leiten und Euerer Königl. Maj. davon Vortrag zu machen.

12) Es kann nicht fehlen, daß gegen die Beschlüsse Euerer Königl. Maj. Reclamationen von mehreren Personen entstehen, die sich zurückgesetzt glauben werden, — das ist unvermeidlich, aber bei der hohen Wichtigkeit der Wahl auf solche persönliche Beschwerden nur insofern Rücksicht zu nehmen, als diejenigen, die es vorzüglich verdienen, etwa durch andere Auszeichnungen ꝛc. beruhigt werden können. Und dieses werden Euere Königl. Maj. nach Ihrer milden, menschenfreundlichen Denkungsart Höchstselbst gern wollen. Unter diesen Voraussetzungen ist es aber dann auch nothwendig, fest bei den genommenen Beschlüssen zu beharren und diejenigen, welche sich solche nicht gefallen lassen wollten, ohne Weiteres gehen zu lassen, nach den Umständen und nach ihrem Benehmen mit oder ohne Pension. Ich nehme mir die Erlaubniß, mich hier über einige Personen zu äußern, die mir eine solche Auszeichnung oder Beruhigung vorzüglich zu verdienen scheinen.

a) Der Staatsminister Freiherr von Schroetter würde vielleicht mit einer angesehenen Ober-Hofcharge abgefunden werden können, vielleicht mit Ertheilung des Schwarzen Adler-Ordens. Nur halte ich es für Pflicht zu erinnern, daß Hochdieselben in Absicht auf eine solche Hofcharge die Wünsche des Gesandten in Hamburg Baron Grote und das ihm gnädigst gemachte Versprechen werden berücksichtigen wollen.

b) c) Bei dem auswärtigen Departement sind der Geheime Legationsrath von Raumer, ein braver geschickter Mann, und der Geheime Legationsrath Küster, der auch mit Auszeichnung gedient hat, überflüssig. Ersterer qualificirt sich am besten für das Departement der Gesetzgebung und Verfassung und würde vorerst bei der Friedensvollziehungs-Commission fortarbeiten, letzteren haben Euere Königl. Maj. bereits in Cassel angestellt; ich glaube aber, daß es angemessen sein würde, und daß er völlig verdient, den Charakter eines Gesandten zu erhalten, sobald der König von Westfalen einen Gesandten an Höchstdero Hof sendet.

d) Der Geheime Finanzrath Sack, ein rechtschaffener, thätiger und geschickter Mann, hat sich durch vorige Dienste, sowie durch die Geschäfte bei der Friedensvollziehungs-Commission sehr verdient gemacht, und seine jetzigen Aufträge geben ihm neue Ansprüche.

e) Der Geheime Finanzrath und Präsident von Gerlach verdient ebenfalls als bisheriger Generalcommissarius in der Churmark und sonst alle Rücksicht.

f) Dem Chef-Präsidenten des Kammergerichts Beyme werden Euere Königl. Maj. gern einen öffentlichen Beweis Ihrer Achtung und Zufriedenheit geben, und er ist derselben würdig, ohnerachtet ich aus mehreren Gründen

nicht würde rathen können, ihn wieder zunächst bei Höchstihrer Person zu beschäftigen.

g) Ebenso hat der Präsident von Kircheisen um so mehr Ansprüche auf Höchstihre Gnade und auf eine Auszeichnung, da ihm Beyme vorgesetzt wurde, so sehr ich überzeugt bin, daß kein Grund vorhanden ist, ihn jetzt dem Kanzler von Schroetter bei Besetzung des Justizministeriums vorzuziehen. Die sich so laut äußernde öffentliche Meinung, das Beispiel in allen anderen Staaten, machen es bei der Reorganisation Euerer Königl. Maj. Monarchie nothwendig, wesentliche Schritte zu thun, um verdiente Männer des Bürgerstandes, gleich dem Adel auszuzeichnen, und überhaupt eine Rangordnung zu bestimmen, nach welcher der Ehrenplatz der Civilstellen besser gewürdigt und nicht nach dem Geburtsadel abgemessen wird. Vorjetzt aber scheinen einige solche Schritte um desto dringender, wenn Höchstdieselben jetzt zwei Minister vom alten Adel, wie die von Altenstein und Graf von Dohna, ernennen. Ich wünschte diesemnach, daß Euere Königl. Maj. geruhen möchten, den Präsidenten Beyme und den Geheimen Finanzrath Sack aus höchsteigener Bewegung und mit Befreiung von allen Gebühren in den Adelstand zu erheben und dann diesen beiden Männern, sowie den beiden Präsidenten von Gerlach und von Kircheisen, den Rothen Adler-Orden zu ertheilen.

h) Den Adelstand würde ich auch für den Geheimen Legationsrath Küster in seinen jetzigen Verhältnissen, sowie für den Geheimen Rath Nagler, bei der ihm zu bestimmenden Categorie für angemessen, und diese Männer einer solchen Auszeichnung vollkommen würdig finden. Hierdurch würden Euere Königl. Maj. viel für die Opinion thun, denn die Meinung derjenigen, denen diese Auszeichnungen theils als bisher nicht gewöhnlich auffallen möchten, ist nicht die öffentliche, so allgemein herrschende Opinion. Gerade, daß die beiden neuen Minister den Orden nicht erhielten, während ihn jene als besondere Belohnung bekämen, wäre, dünkt mich, zweckmäßig.

13) Um jeden Einwurf zu heben, der aus der Eigenschaft als Unterthanen abgetretener Provinzen gegen den Freiherrn von Altenstein, den Geheimen Legationsrath Nagler und den Geheimen Finanzrath Sack gemacht werden könnte, ertheilen Allerhöchstdieselben diesen Männern das Indigenat in Ihren jetzigen Staaten. Sie opfern gewiß gern jedes andere Verhältniß willig auf.

14) Der Geheime Finanzrath Sack würde vielleicht als Staatsrath der Partie der Gewerbe 2c. am zweckmäßigsten vorzusetzen sein, der Geheime Finanzrath von Klewitz neben seinen Beschäftigungen bei dem Ministerium auch eine besondere Partie leiten können.

15) Der Geheime Finanzrath von Schön wird mit großem Nutzen als Ge-

heimer Staatsrath bei irgend einem oder mehreren Geschäftszweigen dienen können, seine bisherige Bestimmung als Rath halte ich für ihn angemessen, nicht aber die eines Provinzialchefs oder Präsidenten.

16) Hierzu möchte sich eher der Geheime Finanzrath von Borgstede eignen, wenn nicht für gut gefunden wird, ihm auch als Geheimen Staatsrath die Leitung eines Fachs anzuvertrauen.

17) Der Geheime Finanzrath von Beyer der Zweite würde wie bisher dem seinigen vorstehen,

18) der Geheime Finanzrath von Schlaberndorf sich vornehmlich zu dem Rechnungsfach eignen,

19) der Geheime Finanzrath Stägemann zu seinem bisherigen Geschäfte. Wegen seiner gegenwärtigen Aufträge verdient er aber insonderheit eine Auszeichnung. Er ist, so viel ich weiß, Rittergutsbesitzer und würde auf die Ertheilung des Adels, glaube ich, Werth setzen, wenn Euere Königl. Maj. ihm solchen aus höchsteigener Bewegung und freien Stücken zu ertheilen geruhten.

20) Der Geheime Finanzrath von Quast würde eine Anstellung bei einem angemessenen Fache erhalten.

21) Ebenso die übrigen brauchbaren und in die neue Organisation passenden Geheimen Finanzräthe. Nach ihrer Qualification, nach ihrem Charakter und nach ihrem bisherigen Betragen würden die Geheimen Finanzräthe überhaupt Anstellungen finden, oder nach den Umständen mit Pension zur Ruhe gesetzt werden; eine sorgfältige Prüfung wird hierbei nöthig sein.

22) Über den Geheimen Rath Niebuhr habe ich mich mündlich erklärt. Der Geheime Rath L'Abbaye bei der Seehandlung hat auch Verdienste, besonders für das Praktische,

23) Es bleibt mir nur noch übrig, in Absicht auf die Besoldung der beiden anzustellenden Minister von Altenstein und Graf von Dohna mein unterthänigstes Gutachten dahin abzugeben, daß ich dafür halte, daß für jeden 8000 Rthlr. zu bestimmen sein möchten; die vorhandene freie Wohnung im Königlichen Accise-Dienst-Hause würde wohl, als ohnehin zu dem ihm bestimmten Posten gehörig, dem von Altenstein zufallen, der kein Vermögen und seine Mutter und Schwester zu unterhalten hat; daher es vorzüglich billig ist, ihn gegen Nahrungssorgen zu schützen.

Ich unterwerfe diese meine ehrerbietigsten Vorschläge Euerer Königl. Maj. höchster Prüfung. Höchst wesentlich scheint es mir vor allen Dingen, daß Höchstdieselben sich nicht bloß mit vollkommen geschickten, sondern auch mit bescheidenen Männern ohne Anmaßung umringen, die ganz rein von Charakter, zugleich eines hohen Gefühls von Ergebenheit und Anhänglichkeit fähig sind und Ihnen das jetzt so unendlich schwere Regierungsgeschäft wirklich erleichtern, aber doch dabei

stets vor Augen haben, daß Euere Königl. Maj. nicht nur durch stete Übersicht wirklich in Stand gesetzt werden, Höchstselbst kräftig zu regieren, sondern auch, daß Ihr Volk dieses spüre und keinen andern Glauben habe. Wenn der Graf von Dohna, wie ich nach allen eingezogenen Nachrichten vermuthe, der Erwartung entspricht, so hoffe ich, daß es Euerer Königl. Maj. ohne Verdruß und Unannehmlichkeiten gelingen wird, die Männer, welche solchergestalt Höchstihr Ministerium componiren würden, stets Höchstselbst zu dem großen Zweck hinzuleiten und zusammen zu halten.

Was aber Euere Königl. Maj. in Absicht auf diese Organisation sowohl als auf andere Gegenstände beschließen, dabei geruhen Sie dann so unabweichlich zu beharren, wenn man Ihnen auch noch so viele Einwendungen machte, da ein Rückschritt, jedes Schwanken in dieser kritischen Epoche, wo Ernst und Kraft in Entschließung, Belohnung und Strafe so dringend sind, unfehlbar doppelt nachtheilig auf die Opinion und Höchstihre ganze künftige Regierung werden würde, die durchaus kräftig sein muß und für deren Glück und Heil ich die heißesten Wünsche gen Himmel schicke.

XIII.

Zu den Verhandlungen in Erfurt.

Aus der Correspondenz des Ministers Grafen Goltz.

---

266. Der König an Goltz.

Königsberg,
29. September 1808.

Je vous transmets ci-joint copie de la lettre de l'empereur Napoléon (S. 263) que j'ai reçue avec les dépêches qui accompagnaient votre rapport de Schloppe du 25 (S. 273). Cette lettre m'a donné l'idée de lui en écrire une en retour pour lui exprimer mes sentiments sur l'impossibilité des conditions pécuniaires stipulées à Paris et réclamer les modifications indispensables. Vous la trouverez ci-jointe en original et en copie (S. 264). Si à l'arrivée de la présente ces modifications étaient déjà obtenues, il n'y aurait plus d'usage à faire de cette lettre. Dans le cas contraire vous en ferez part de suite à S. M. l'Empereur de Russie, et s'il la trouve convenable aux circonstances vous vous règlerez d'après ses conseils pour la remettre ou la faire parvenir à S. M. Impériale. Les dernières dépêches du Prince et du baron de Brockhausen (Nr. 179 u. 205) ont ranimé mes espérances et me paraissent comme

à vous de bon augure pour le succès de votre commission et des bons offices de l'empereur Alexandre. Vous voudrez aussi faire passer au baron de Brockhausen la réponse ci-jointe sous cachet volant destinée à lui accuser l'arrivée des dépêches et à l'informer historiquement de la marche des affaires.

Ad subscriptionem regis.

Zusatz.

Comme le terme de 30 jours pour la ratification expire le 8 octobre et qu'elle ne pourrait plus arriver à temps, en l'expédiant après l'entrevue, je me suis déterminé à vous adresser ci-joint cet acte de ratification, tant du traité que des articles secrets, en laissant en blanc l'espace nécessaire pour l'insertion de l'un et des autres, pour que vous puissiez en faire usage selon les circonstances et selon que ces actes pourront être modifiés, soit que vous les échangiez tout de suite vous-même ou les fassiez passer là où vous saurez que l'Empereur se trouve. La brièveté du temps a rendu la reliure et la décoration extérieure absolument impossible. Il suffira donc de déclarer que ces exemplaires seront échangés aussitôt que faire se pourra contre des exemplaires dans la forme usitée, comme on l'a fait dans le temps pour le traité de Tilsit.

Eigenhändige Bemerkung des Königs:

Vous aurez soin de faire savoir à l'empereur Alexandre que je me suis déterminé à ratifier le traité en question.

267. Goltz an Stein.

Erfurt,
9. October 1808 (vgl. S. 284).

Monsieur le Baron. Il m'en coûte infiniment d'écrire la lettre dont les circonstances et le devoir de l'amitié me font la loi. Jusqu'ici j'avais été assez heureux de ne pas entendre parler ici du fatal incident de l'interception de votre lettre, Monsieur le Baron, je croyais la chose oubliée, et je me livrais à l'espoir de vous voir conservé au service du Roi, mais depuis deux jours il ne me reste plus aucun doute que si l'on n'insiste pas sur votre sortie du ministère, on s'y attend au moins. Je souffre en prononçant ce mot, mais c'est vous rendre service que de ne pas vous cacher la vérité, c'est même en rendre au Roi. Napoléon attend le parti que le Roi prendra à votre sujet, pour prendre de là la boussole de ses projets et de ses intentions futures à l'égard de la France; c'est la raison pourquoi il ne veut pas le prescrire. La sortie qu'il m'a faite sur votre compte et quelques mots très significatifs qui lui sont échappés à cette occasion, dont je vous rendrai verbalement compte en temps

et lieu, ne me laissent aucun doute à ce sujet, et les confidences que m'a faites le comte de Champagny ont achevé de me convaincre, qu'il y va même dans le parti que vous prendrez de la conservation de votre fortune. Napoléon, en me parlant de vous, m'a dit: »Comment ose-t-il impunément professer pareils sentiments?« et Champagny à une autre occasion: »Au moins ne doit-il pas rester en évidence, quand même le Roi aurait encore besoin de ses lumières et de son talent«. Ces deux phrases nous disent ce qu'il vous reste à faire, si vous ne voulez pas risquer de compromettre le Roi. Que V. E. écoute le conseil d'un ami qui Lui est sincèrement attaché! Céder en apparence vos terres ou à Madame votre épouse ou à un de vos enfants, résigner pour le moment votre poste, vous retirer quelque part dans le voisinage de la cour, mettre à votre place un homme digne de la confiance du Roi, étranger s'il est possible, pour ne donner ombrage à personne et pour ne pas faire par son élévation au grade de ministre un mauvais effet dans le public, choisir pour cela un homme dont vous pouvez être sûr et qui ait le bon esprit de se laisser diriger par vos conseils, vous vouer pour quelque temps à la vie solitaire en apparence, et influer en secret du lieu de votre séjour par vos lumières sur la conduite de la partie des finances, — c'est le parti qui me paraît vous convenir, qui vous met à l'abri de toute chicane de la part des Français et qui accorde au Roi la satisfaction de lui conserver le secours de vos conseils, qui dans ce moment surtout doit lui être si important à tous égards. Je vous laisse à réfléchir sur cet avis, mais quelle que soit la détermination à laquelle il vous portera, ne la prenez pas avant mon retour, je vous en conjure! Il est dans votre caractère de ne pas méconnaître le motif qui dicte mon conseil; la circonstance dans laquelle l'État se trouve doit vous le rendre important. J'assure à Votre Exc. que nos affaires ne vont pas bien. Sans rien lui devoir, nous devons au fond tout à la Russie, et le moment est tel qu'il faut ménager et notre langage et notre conduite. Il faudra désormais un abandon absolu à la France, si nous ne voulons pas risquer de n'avoir qu'une existence précaire. La Russie entourée de piéges, l'Allemagne depuis l'entrevue d'ici plus que jamais paralysée, que nous reste-t-il pour le moment à espérer? quelle est la conduite que nous avons à tenir, sinon celle d'être bien avec la France, pour ne pas être engloutis! Je ne suis pas Français pour mon opinion, Votre Exc. le sait, mais quand la nécessité commande, que reste-t-il à faire? La tournure future des circonstances n'est aujourd'hui pas encore à calculer; elle seule pourra peut-être nous sauver, mais il s'agit d'exister jusqu'à cette époque.

Je suis avec les sentiments du plus sincère attachement etc.

XIV.

Bericht des preußischen Geschäftsträgers in Constantinopel, Bosgiovich, über die Revolution vom 28. Juli 1808.

267a. Bosgiovich an den König.

Constantinopel,
25. Juli 1808.

. . . L'arrivée de Mustapha Pascha et de plusieurs autres chefs de l'armée ottomane au quartier général du Vizir à Adrianople, que j'avais annoncée à Votre Maj. dans mon dernier rapport [1]), paraît n'avoir pas eu seulement pour objet les négociations supposées avec la Russie, mais aussi les mesures à prendre pour délivrer ce gouvernement de la domination des rebelles. Kabakei-Oglu, qui était le chef de la dernière insurrection et s'était conservé depuis le commandement des troupes en garnison dans les forteresses du Bosphore, a été surpris le 13 du courant avant l'aube du jour par 300 Albanais appartenants à Mustapha Pascha et directement détachés du camp, qui après lui avoir coupé la tête l'ont envoyée sur le champ à Mustapha Pascha; la garnison s'étant mise sous les armes au nombre de 3,000 hommes avait environné les Albanais, qui s'étaient retranchés dans un fort dit Fener-Coulesi; ils se canonnèrent réciproquement pendant deux jours; le troisième les Albanais manquants de vivres furent obligés de se faire jour les armes à la main, et ils le firent avec tant de bravoure qu'ils taillèrent en pièces plus de 1000 hommes et dispersèrent le reste avec très peu de perte de leur côté. On a été étonné de voir que la Porte dans ce démêlé n'avait pris du tout part, ni aux uns ni aux autres. A cette même époque on apprit que le Grand-Vizir et Mustapha Pascha avaient levé leurs camps d'Adrianople et marchaient à la tête de leurs armées vers la Capitale avec le Sankikscherif, c'est-à-dire, l'étendard sacré de Mahomet lequel il n'y a pas d'exemple qu'on ait fait rentrer avant la conclusion de la paix avec les infidèles. Cette nouvelle inattendue frappa tous les esprits et mit en alarme les missions étrangères, particulièrement celle de France, qui à cette occasion présenta trois notes consécutives pour demander la raison de tous ces événements. La Porte persista toujours à assurer le chargé d'affaires qu'elle n'avait pas été prévenue de la levée du camp et qu'elle ignorait abso-

1) In diesem Bericht vom 9. Juli hieß es: »Nous avons appris dernièrement que Mustapha Pascha de Rustschuck, Ismaïl, Bey de Seres et plusieurs autres commandants de l'armée de la Romélie s'étaient rendus à Adrianople auprès du Grand-Vizir«.

lument les motifs qui avaient pu y donner lieu, et réellement si on eut fait attention à l'alarme où était le ministère d'ici et le Sultan lui-même à la veille de l'entrée du camp, on aurait pu se persuader que les réponses de la Porte étaient sincères. Les armées arrivèrent le quatrième jour après leur départ d'Adrianople, là où l'on en emploie ordinairement quinze à seize; cette rapidité avait augmenté la consternation générale. Le Sultan, non sans sonder auparavant le terrain, fut selon l'usage à la rencontre de l'étendard du Prophète à une heure de la ville et le fit entrer le même jour; le Grand-Vizir et tous ses ministres entrèrent aussi et prirent leurs postes. L'Aga des Janissaires ne fut pas si tôt arrivé dans sa maison qu'il mourut de mort subite; les Janissaires ne voulurent pas lever le cadavre avant d'avoir été assurés par les médecins que sa mort était naturelle. Le troisième jour après l'entrée du Grand-Vizir, Mustapha Pascha, qui campait aux environs de la Capitale, vint à la Porte faire sa visite au Vizir, accompagné d'un corps de 1000 hommes de ses meilleures troupes armées de sabres, pistolets et longs fusils; il assista au grand conseil qui fut tenu le même jour et dont le premier résultat fut la déposition immédiate du Mufti, qu'on sait avoir été d'accord avec Kabakei-Oglu, le moteur de la dernière insurrection. Avant-hier le Sultan avec tout son Divan s'est rendu au camp de Mustapha Pascha et le même jour il est émané un ordre écrit de sa main par lequel il donne à Mustapha Pascha plein pouvoir d'agir comme il lui semble dans ces circonstances, non-seulement dans la Romélie, mais aussi dans la Natolie. On ne sait pas combien de temps ce Pascha campera dans nos environs, mais probablement il ne partira pas avant l'exécution des plans formés, parmi lesquels on suppose celui d'une réforme dans le corps des Janissaires qui pourrait compromettre la sûreté de la capitale sans la présence d'une armée imposante. Malgré que la Porte assure les ministres étrangers qu'il n'y a pas eu de négociation directe entre elle et la Russie, cependant il y a plusieurs données qui font croire le contraire, particulièrement la rentrée de l'étendard sacré. Il est certain que depuis que la dynastie ottomane existe, jamais affaire n'a été conduite avec autant de mystère; des personnes qui ont des canaux et des moyens pécuniaires n'ont pas pu découvrir encore le véritable but de ce qu'elle a fait, ni de ce qu'elle se propose de faire encore. . .

Conſtantinopel,
28. Juli 1808.

Dans mon dernier rapport du 25 courant j'ai eu l'honneur d'informer Votre Maj. que les mesures de Mustapha Pascha marquaient des dispositions à plusieurs réformes dans l'intérieur, mais on ne s'attendait pas plus à l'événement qui a eu lieu dans la journée de hier, et pour suivre exactement le fil de ces

événements, je commence par exposer tout ce qui s'est passé après le départ de la dernière poste. La Porte voyant que le public était généralement persuadé qu'elle avait conclu la paix avec la Russie et que la mission de France ne cessait pas d'interpeller le ministère à ce sujet par des notes réitérées, elle fit émaner et publier le 26 courant un firman dans lequel il est dit que la paix avec la Russie n'ayant pas encore été achevée, elle avait nommé Mustapha Pascha généralissime de ses armées tant de la Romélie que de la Natolie avec des pouvoirs illimités. Dans les journées du 26 et 27 ce Pascha reçut au camp les visites de presque toutes les missions étrangères. Le 28, une heure avant midi, il entra en ville à la tête de 8000 hommes, se rendit directement à la Porte chez le Grand-Vizir, qui se vit forcé à lui remettre immédiatement le grand sceau de l'Empire; il fit saisir sa personne et l'envoya sous bonne garde au camp où l'on croit qu'il aura eu la tête coupée; il installa aussitôt pour Caimakan l'actuel Chaousch-Pascha; de là, accompagné du Mufti et du Capitan-Pascha, il alla droit au Sérail avec l'intention de remettre sur le trône le sultan Selim. Ce projet n'a pu être effectué, car le sultan Mustapha n'eut pas si tôt entendu la catastrophe du Vizir que, devinant ce qui devait s'en suivre pour sa personne, il avait fait étrangler sur le champ le malheureux Selim, croyant par là se conserver sur le trône comme le plus âgé du sang; mais Mustapha Pascha et les ministres qui l'accompagnaient, pour prévenir tous les inconvénients qui seraient résultés, si malgré tout cela on avait laissé régner le sultan Mustapha, proclamèrent pour sultan Mahmoud, son frère, avec toutes les cérémonies et marques de réjouissance usitées en pareille occasion. La fin tragique de Selim a excité la compassion générale; Mustapha lui-même, obligé de rentrer dans les appartements des princes royaux, s'évanouit, dit-on, à la vue du cadavre encore fumant de son cousin. Ce plan de contre-révolution a été formé sans doute depuis l'année passée par quelque tête bien pensante, échappée à l'orage de la première révolution, afin d'ôter pour toujours aux insurgents toute influence dans les affaires et remettre les rênes du gouvernement entre les mains du souverain. . .

XV.

268. Brief des Ministers Freiherrn von Stein an den Fürsten Wittgenstein, 15. August 1808, mit den Bemerkungen des »Journal de l'Empire« vom 9. September, nach der Übersetzung im „Berliner Telegraphen" vom 18. September 1808.

(Vgl. S. 261 und Pertz II 231 ff.).

Ew. Durchlaucht werden in denen officiellen Schreiben, so Herr Koppe Ihnen zu überreichen die Ehre haben wird, alles finden, was sich auf die Geldgeschäfte selbst bezieht; ich erlaube mir nur noch einige Bemerkungen über unsere Lage im Allgemeinen.

Nach dem Rathe des Grafen G. L. W. hat man dem Prinzen W. wiederholt aufgetragen, eine Allianz, ein Hülfs-Truppen-Corps anzubieten [1]), und eine Verminderung oder Fristung der Contributionen zu erbitten: sollte aber d(er) K(aiser) wieder zu neuen Unternehmungen abreisen, sich auf eine anständige Art zu entfernen. Nimmt der K(aiser) unter den gegenwärtigen Umständen, wo wir ihm nützlich sein können, diese unsere Anerbietungen nicht an, so beweist er, daß er entschieden ist, uns zu vernichten; daß wir alles erwarten müssen.

Die Erbitterung nimmt in Deutschland täglich zu, und es ist rathsam, sie zu nähren und auf die Menschen zu wirken [2]). Ich wünschte sehr, daß die Verbindungen in Hessen und Westfalen erhalten würden, und daß man sich auf gewisse Fälle vorbereite, auch eine fortdauernde Verbindung mit energischen gut gesinnten Männern erhalte, und diese wieder mit andern in Berührung setzte. Sollten Ew. Durchlaucht mir hierüber Eröffnung thun können, so bitte ich Sie, mir Herrn Koppe oder sonst einen vertrauten Mann wieder herzuschicken.

Die spanischen Angelegenheiten machen einen sehr lebhaften Eindruck, und beweisen handgreiflich, was wir längst hätten vermuthen sollen. Es wird sehr nützlich sein, sie möglichst auf eine vorsichtige Art zu verbreiten [3]).

Man sieht hier den Krieg mit Österreich als unausbleiblich an! Dieser Kampf würde über das Schicksal von Europa entscheiden, und also auch über unsers [4]).

Welchen Erfolg erwarten Ew. Durchlaucht? Es ließen sich Pläne, die man im Frühjahr 1807 hatte, jetzt realisiren [5]). — Wo ist Herr von Meuring?

Der Graf von Vinc(ent) wird mich bald besuchen und eine Zeit lang hier bleiben. Der Kurfürst wird bei den jetzigen unruhigen Verhältnissen Gefahr laufen, daß man ihn und sein Eigenthum festhält! Das eine und das andre sollte er wenigstens sicher stellen, und fürchte ich sehr, er wird das Opfer seiner Unentschlossenheit und seiner Habsucht. Noch ist Herr von Jakobi hier nicht angekommen; man erwartet ihn heute (Vgl. S. 362). Seine Reise war langwierig und beschwerlich.

Man hat endlich den Entschluß gefaßt, Ancillon zum Erzieher des Kronprinzen zu wählen; mit der Ausführung wird noch einige Zeit hingehen. Unterdessen ist doch ein Schritt geschehen, welches bei unsrer Unentschlossenheit viel ist.

Daß die Frau von U. ganz ihrer ersten Idee entsagt hat, ist nicht gut, und würde der K(önigin) der Umgang mit einer gebildeten und durch Erfahrung und Leiden erprobten Dame von großem Nutzen gewesen sein. Die Finanzen des Hauses müssen schlecht stehen, denn man zahlt mir die 13,000 Gulden nicht, die man mir als Kaufschilling für einen Hof schuldig ist, den ich vor einigen Jahren an dasselbe verkaufte, und wünschte ich sehr, daß das Geld mir wieder zukäme, da die jetzigen Zeiten meinen Reichthum auch nicht vermehren, und ich mein Einkommen zu Rathe halten muß.

Ich vernehme, daß ein Theil Ihrer Freunde aus Holstein abgeht.

Der General Blücher ist sehr hinfällig; ihn zu unterstützen, hat man den Oberst Bülow nach Kolberg geschickt.

Mit den bekannten Gesinnungen der ausgezeichnetsten Hochachtung verbleibe ich

Ew. Durchlaucht
unterthänigster Diener
Stein.

An
Se. Durchlaucht den Fürsten von Sayn-Wittgenstein
zu Dobberan.

1. Anmerkung.

„Man bemerke wohl, daß Herr von Stein hier sehr reelle Vorschläge anbringt, das heißt: Anträge einer Allianz mit Frankreich und eines Hülfstruppen-Corps. Dieses Corps könnte nicht anders als gegen Rußland und Österreich gebraucht werden; und sicherlich sollte es wohl Österreich sein, wogegen es bestimmt wäre. Frankreich verlangt nicht dieses Hülfstruppen-Corps; diese Forderung konnte nie in einem gesunden Kopf Eingang finden; es ist Preußen, das ein Hülfstruppen-Corps gegen Österreich anträgt, und gleichwohl hat Österreich ihm nichts zu Leide gethan.

Der Herr von Stein setzt in der That voraus, daß der Kaiser dergleichen Anerbietungen nicht annehmen werde, und hieraus zieht er die Folgerung, daß es seine Absicht sei, Preußen zu vernichten. Der Herr von Stein sollte in der That glauben, daß der Kaiser dergleichen Anerbietungen von Seiten Preußens nicht annehmen könne, weil er die preußischen Minister kennt und genug mit Preußen gehandelt und unterhandelt hat, um zu wissen, wie weit man auf die Verbindungen, die mit demselben contrahirt werden, rechnen könne. Wir sind hier keineswegs gesonnen, gegen die Meinung anzustoßen, die man von den persönlichen Gesinnungen des Königs von Preußen haben sollte; aber wir können nicht bergen, daß, so lange dieser Fürst von seinem alten Ministerium umgeben ist, sein Cabinet kein Zutrauen einflößen wird. Sie hatten ihn dahin geleitet, die ganze Welt zu hintergehen, und der Brief des Herrn von Stein beweist, daß sie noch immer die nämlichen Grundsätze haben".

2. Anmerkung.

„Wie? Herr von Stein, ist dieses eine von den Wirkungen Ihrer Allianz? Sie wollen die Erbitterung nähren und auf die Menschen zu wirken suchen? Sie wollen Hessen und Westfalen empören, und doch der Alliirte Frankreichs sein? Man muß bekennen, daß Sie Ihre Allianz und Ihre Freundschaft durch Wohlthaten offenbaren. Hat man jemals zwei Paragraphen neben einander gesehen, die mehr Unwissenheit und mehr Schlechtigkeit verrathen? Hessen und Westfalen sind ruhig; sie betreten die Basis, die eine Nation begründen soll. Sie haben einen Fehler begangen, indem sie ihre Bürger haben Dienste in Preußen nehmen lassen; aber er wird verbessert werden.

Und Sie, Herr von Stein, entweder Sie werden erscheinen, um vor den Tribunalen von Westfalen von Ihren scheußlichen Plänen Rechenschaft zu geben, oder Ihre sehr beträchtlichen Güter werden confiscirt, und alsdann wird ein entlarvter Betrüger wenigstens bestraft".

3. Anmerkung.

„Was verstehen Sie darunter? fürchten Sie Deutschland zu erschrecken, indem Sie ihm den Abgrund zeigen, worin Sie dasselbe stürzen wollen? Sie wünschen ihm das Unglück der Spanier; Sie bereiten ihm das abscheuliche Schauspiel von Magistratspersonen, die auf öffentlichen Plätzen zerfleischt, von Städten, die eingeäschert werden, und von allen Gräueln eines fremden und bürgerlichen Krieges. Sie sind ein schlechter Bürger. Deutschland, das jetzt Sie erkennen wird, wird Ihre guten Gesinnungen für dasselbe zu Buch tragen".

4. Anmerkung.

„Herr von Stein, Sie sind ein ebenso schlechter Politiker als schlechter Bürger. Der Krieg mit Österreich wird nicht statthaben; das Contingent, welches Sie uns anbieten wollen, um diesen Krieg zu beginnen, wird keine Gelegenheit haben, seine Tapferkeit an den Tag zu legen".

5. Anmerkung.

„Wie, Herr von Stein, Sie wollen eine Allianz mit Frankreich schließen, ihm ein Contingent anbieten? So lautet der erste Paragraph Ihres Briefes. Durch den zweiten Paragraphen kündigen Sie an, daß Sie Deutschland in Aufruhr bringen, Hessen und Westfalen empören wollen, und wir müssen in der That sagen, daß Ihre Allianz eine sehr sonderbare Allianz ist. Aber in dem dritten Paragraphen verkündigen Sie ein anderes System: Sie wollen die Pläne erneuern, die man im Frühjahre 1807 gemacht hatte. Aber, Herr von Stein, Österreich wird eben so wenig als Frankreich Vertrauen in Ihre Versprechungen setzen und verlangt Ihr Contingent nicht. Hat man je einen solchen Wahnsinn gesehen?

Dies ist indessen die Moral gewisser Minister, und dies ist es, was so viel Ungewißheit in die Angelegenheiten ihrer Herren setzt. Mögen endlich die Fürsten sich von Männern umringen, die ihrer würdig sind, und deren erste politische Grundsätze Offenheit und Rechtschaffenheit sind. Mögen sie aus ihrer Diplomatie jene inneren Restrictionen, jene eventuellen Verhandlungen entfernen, die verbinden und nicht verbinden, und dann erst werden sie die Größe ihrer Väter wiederfinden!

Preußen, leset diesen Brief; dies sind eben diese Minister, die Euch die Opinion und die Achtung von Europa entzogen haben! Deutsche, leset diesen Brief, und betrachtet die Leiden, die man Euerm Vaterlande wünscht. Westfalen, leset diesen Brief, und lernet die Nothwendigkeit einsehen, es nicht zu erlauben, daß ein einziger Euerer Mitbürger in

fremden Dienſten verbleibe, ohne unter Euch auf ſeine erblichen Rechte und auf die ſeiner Güter Verzicht zu leiſten.

Und Ihr, Franzoſen, Ihr, Germanen der Conföderation, leſet dieſen Brief, und ſehet, wie ſehr die Mäßigung, die Großmuth gegen Menſchen, durch und durch verderbt, an der unrechten Stelle ſtehen. Unſere Sicherheit beruht bloß auf unſerer Organiſation, auf unſerer Anzahl, auf unſerer Energie. Wie viele von uns vernichtete Mächte ſind von unſerer eigenen Hand wieder empor gehoben worden! Wir hatten ein Recht auf ihre ewige Erkenntlichkeit, und wir haben bloß Undankbare verpflichtet und gerettet. Dieſe verſchrobenen und verderbten Menſchen, die die Ehre und das Intereſſe ihrer Herren und ihres Vaterlandes verrathen, ſind glücklicherweiſe ohne Muth, ohne Talente, ohne Mittel und ohne irgend ein Gefühl von dem, was groß und gerecht iſt; ſie wechſeln, zehn Mal in einem Tage, ihre Pläne, und der geringſte Wind, der ſich in der Luft bewegt, zerſtreut alle die kleinen Blättchen ihrer Politik".

XVI.

269. Bemerkungen, betreffend die Königl. Preuß. Verordnung zur Beförderung im Militär und die neuen Kriegsartikel.

(Abgedruckt in der Königsberger Zeitung [Königl. Preuß. Staats-, Krieges- und Friedens-Zeitung] vom 29. September 1808.)

Schriftliche und mündliche Äußerungen zeigen, daß die in der Überſchrift genannten Verordnungen nicht überall richtig verſtanden werden. Man will daher hier durch einige Bemerkungen Mißverſtändniſſen vorbeugen, wodurch die wohlthätige dankenswerthe Abſicht der Regierung verkannt, auch wohl dem böſen Willen hier und da Raum gelaſſen werden könnte.

Wenn die Verordnung über die Beſetzung der Stellen der Porteepee-Fähnriche und über die Wahl zum Officier in der Infanterie, Cavalerie und Artillerie mit folgendem Satze anfängt:

> „Einen Anſpruch auf Officierſtellen ſollen von nun an im Frieden nur Kenntniſſe und Bildung gewähren, im Kriege ausgezeichnete Tapferkeit und Überblick. Aus der ganzen Nation können daher alle Individuen, die dieſe Eigenſchaft beſitzen, auf die höchſten Ehrenſtellen im Militär Anſpruch machen. Aller bisher Statt gehabter Vorzug des Standes hört beim Militär ganz auf und Jeder, ohne Rückſicht auf ſeine Herkunft, hat gleiche Pflichten und gleiche Rechte" [1],

ſo ſcheint die Abſicht der Regierung ſo klar und beſtimmt ausgeſprochen zu ſein, daß Niemand darüber in Zweifel bleiben kann, ob der König bei ſich ſelbſt den feſten Entſchluß gefaßt habe, einem jeden ſeiner Unterthanen, adelichen und bürgerlichen, Miniſtern und Handwerkern u. ſ. w. dieſelben Rechte und Anſprüche

1) Vgl. Reglement über die Beſetzung der Stellen der Porteepee-Fähnriche und über die Wahl zum Officier u. ſ. w. vom 6. Auguſt 1808. Geſ.-Samml. I. S. 275.

zuzugestehen. Jede Klasse besonders zu benennen, wäre weder der Deutlichkeit und Bestimmtheit wegen nothwendig, noch würde es von einer besonderen Delicatesse gezeigt haben. Die Würde eines rechtschaffenen Bürgers und treuen Unterthanen ist die einzige, welche der Staat fordert, mit welchem Gewerbe oder Stande sie sich verbindet, ist ihm gleichgültig. Wie sehr wir ein Recht haben, diesem Versprechen der Regierung zu vertrauen, die ihren Unterthanen noch nie eine Unwahrheit sagte, noch nie ein Versprechen unerfüllt gelassen hat, zeigt insbesondere die bereits geschehene Ernennung gemeiner Soldaten zu Junkern, ehe noch die hier in Rede stehenden Verordnungen gegeben worden, aus einem innern Antriebe des Königs, zur Belohnung des Verdienstes. Denn unter diesen so Beförderten sind Söhne geringer Handwerker, die sich im letzten Kriege ausgezeichnet haben. Aber wenn auch keiner unter uns des Königs wahrhaft väterliche Absicht und den Sinn seiner Verordnungen verkennen darf, so scheint vielleicht einigen in der Ausführung, in dem Modus der Beförderung, unabsichtlich dagegen verstoßen zu sein. Dieser Modus ist nun folgender: Wird eine Officierstelle in Friedenszeiten erledigt, so wählen unter den vorhandenen Porteepee-Fähnrichen die sämmtlichen Lieutenants die 3 Individuen, welche sie für die vorzüglichsten halten. Diese werden von einer dem Regimente ganz fremden Examinations-Commission in der Hauptstadt des Armee-Corps über die in der Verordnung bestimmten Gegenstände geprüft; haben sie bestanden, so wählen die sämmtlichen Hauptleute aus den Dreien Einen und dieser wird vom Commandeur und den übrigen Stabs-Officieren dem Könige vorgeschlagen, wobei sie keinen anderen Einfluß haben, als das Recht eines verwerfenden und mit den Bestimmungsgründen begleiteten Gutachtens.

Vielleicht wird man sagen, daß weil der größte Theil der jetzigen Officiere aus Adelichen besteht, dieser Kaste dadurch die Macht bliebe, ferner die Officierstellen immer nur mit Adelichen zu besetzen. Hierauf wird der schlichte Menschenverstand sehr leicht mit folgenden Gründen antworten:

1) Es ist möglich, daß sich unter den Porteepee-Fähnrichen kein einziger Adelicher befindet. Denn wie entstehen sie? Es kann sich dazu ein Jeder melden, der 17 Jahr alt, von tadelloser Aufführung ist, drei Monate als Gemeiner gedient und vor der Examinations-Commission gezeigt hat, daß er die vorschriftsmäßigen Schulkenntnisse besitze. Das Attest der Examinations-Commission dient also gewissermaßen als Patent, und das Datum desselben zeigt die Ordnung an, welche die Candidaten unter sich haben. Hier ist also dem Officier, folglich auch dem Adelichen, nicht der geringste Einfluß gegeben; woraus sich dann von selbst versteht:

2) Da die Besetzung der Porteepee-Fähnrichsstellen eine bloße Folge des Bildungstriebes der Nation ist und mit demselben immer im geraden und nothwendigen Verhältnisse stehen wird, so ist zu vermuthen, daß das Verhältniß der

Adelichen zu den Bürgerlichen in den Porteepee-Fähnrichsstellen dasselbe sein wird, wie das Verhältniß gebildeter Adelichen zu den gebildeten Bürgerlichen in der Nation überhaupt, wenn nicht der Krieg hiervon eine Ausnahme macht, wo bloß Muth, Entschlossenheit und Überblick über den Werth der Subjecte zum Officier entscheiden.

3) Das Princip der Wahl muß bei Besetzung der erledigten Officierstellen durchaus wirksam sein. Denn wollte man das Dienstalter oder das Loos entscheiden lassen, so würde das Talent und die Fähigkeit dem Zufalle erliegen, der Sporn zum Guten fehlen und also dem Hauptübel nicht abgeholfen werden.

4) Die Wählenden konnten nur Officiere sein; weil der gemeine Soldat und Unterofficier den natürlichen Hang haben würden, diejenigen Individuen zu Officieren zu wählen, von denen sie sich die wenigste Strenge und Aufmerksamkeit zu versprechen hätten, und eine allgemeine Auflösung der Disciplin die Folge davon sein könnte. Überhaupt ist es in der Natur der Sache, daß der niedere Officier den Porteepee-Fähnrich besser kennen und beurtheilen kann, als der Unterofficier und gemeine Soldat.

5) Es sind die Lieutenants zur Wahl bestimmt, nicht bloß, weil sie die Porteepee-Fähnriche besser kennen werden, als die übrigen Officiere, indem sie nur allein mit ihnen in näherer Berührung stehen, sondern auch weil sie, als junge Männer, weniger Vorurtheile und Familienverbindungen haben werden.

6) Wenn dennoch die Möglichkeit einer parteilichen Wahl bliebe, so würde das ein Übel sein, was zufällig vorhanden ist, nicht vermieden werden konnte, mit jedem Tage abnimmt, weil mit jedem Tage mehr bürgerliche Officiere in die Armee kommen werden. Schon ehemals konnte man vielleicht annehmen, daß ein Fünftel oder ein Sechstheil aller Officiere der preußischen Armee aus Bürgerlichen bestand.

7) Endlich, wenn nicht zu verkennen ist, daß die Regierung alles gethan hat, den Modus des Avancements ihrer unparteiischen väterlichen Absicht entsprechend einzurichten, so bleibt für die noch möglichen Irrthümer der Regierung, als executive Gewalt, auch das Mittel, von Abwegen zurückzuführen. Ein Regiment, was dem Könige nur Adeliche zu Officieren vorschlüge, würde, wenn der Fall möglich wäre, bald in den Verdacht der Parteilichkeit fallen, und eine Untersuchung würde die wahre Ursache bald ausmitteln. Darum ist die Bestätigung eines jeden einzelnen Officiers durch den König selbst eine so große Wohlthat, die wir nicht verkennen dürfen. Einer solchen correctiven Einwirkung der executiven Gewalt bedürfen alle bürgerlichen Institutionen, und wer sich mit diesen Ansichten nicht begnügen will, der hole sich nur Rath aus der Geschichte politischer Constitutionen. Übrigens wird ein Jeder, der sich hier zu weit in subtile Untersuchungen vertieft, ein nicht zu rechtfertigendes Mißtrauen in seinem Herzen verrathen.

In den neuen Kriegsartikeln ist die allgemeine Verpflichtung zum Kriegsdienst angekündigt. Für diejenigen, denen die Sache und der Ausdruck fremd sind, bemerkt man hier, daß diese Verpflichtung nur für eine gewisse Zeit des Lebens in Wirksamkeit tritt. Es scheint hierüber noch nichts bestimmt zu sein, aber so viel läßt sich schon mit Wahrscheinlichkeit berechnen, daß diese Zeit nicht vor dem 17. oder 19. Jahre anfangen und nicht über das 23. und 25. dauern wird; so daß also Jedermann des Kriegsdienstes frei sein wird, der über 23 bis 25 Jahre hinaus ist. Der active Dienst wird in Friedenszeit durch die ganze Dienstzeit, etwa 22 Monate, weggehen. Aber auch von der ganzen Masse der in dem Alter von 17 bis 25 Jahren stehenden Bewohner des Staats wird derselbe vielleicht nur $^1/_5$ oder gar $^1/_6$ bedürfen, und alle übrigen werden ganz frei ausgehen, da die stehende Armee für Preußen immer verhältnißmäßig nur sehr klein sein wird. Überdies wird von der jetzigen Generation der größte Theil frei sein, welche schon das 17. Jahr passirt und noch nicht angestellt sind. Dies gilt wie sich versteht nur im Frieden; im Kriege treten andere Verhältnisse ein, und auch hier werden die besonderen Umstände eine große Verschiedenheit erzeugen. Doch hierüber bedarf es keiner großen Erörterung. Wer denkt nicht mit Stolz an die Pflicht, der natürliche Vertheidiger seines Vaterlandes zu sein, in der edelsten Bedeutung des Wortes, und wenn es jeder ist, der Hohe wie der Niedere, der Reiche wie der Arme; und befreit den Einen nicht die Geburt, so darf den Andern auch sein Geld nicht loskaufen. Ein Jeder tritt für sich selber ein! — Der Staat fordert einige Jünglingsjahre unseres Lebens, denn die Waffen müssen mit Jugendkraft geführt werden, und der Jüngling rechnet nicht so karg mit den Jahren. Er wird reicher an Erfahrungen, männlicher und kräftiger wiederkehren und so dastehen in seinem ganzen übrigen Leben. Darum ist der Kriegsdienst kein Übel, und wem er so erscheint, wer nur darauf denkt, wie er ihm entgehen will, rechtlich oder unrechtlich, der kann darauf rechnen, daß er zeitlebens der Gegenstand der Verachtung der Edlern sein wird. — Es ist wahrlich ein Vorurtheil oder Mangel guten Willens, wenn man glaubt, durch den Kriegsdienst verhindert zu sein, ein Gelehrter oder Kaufmann oder Staatsbedienter zu werden, — warum konnte man es bei den alten Völkern? Überdem wird, da ein gebildeter Mann unstreitig weniger Unterricht und Übung bedarf, um den Kriegsdienst zu erlernen und sich der Disciplin zu unterwerfen, der Staat ihm gerne einen Theil der Zeit schenken, die er bei der Fahne zubringen sollte, um sich desto besser seinem künftigen bürgerlichen Berufe zu widmen.

Biblioteka Główna UMK
300022098678

Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.

02205

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA
02205/6
W TORUNIU